Dietmar Süß
Kumpel und Genossen

Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte
Herausgegeben vom Institut für Zeitgeschichte

Band 55

Bayern im Bund

Band 4

R. Oldenbourg Verlag München 2003

Dietmar Süß

Kumpel und Genossen

Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976

R. Oldenbourg Verlag München 2003

Gefördert durch das Bayerische Staatsministerium
für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: http://www.oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf
Umschlagabbildung: Bergleute aus Sulzbach in den 1950er Jahren.
Foto: Stadtmuseum Sulzbach-Rosenberg
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN 3-486-56597-4

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung 1

1. Arbeitergeschichte nach 1945 1
2. Untersuchungsgegenstand und Aufbau der Arbeit 4
3. Forschungsstand und methodisches Konzept 9
4. Quellenlage 18

II. Kriegsende und Wiederaufbau: Die oberpfälzische Montanindustrie unter amerikanischer Besatzung 21

1. Kriegsende 1945 21
2. Betriebsräte zwischen Zusammenbruch und Wiederaufbau 26
3. Die Arbeiterbewegung organisiert sich neu: KPD, SPD und Gewerkschaften 48
4. Arbeiterleben in der Besatzungszeit: Soziale Lage der Hütten- und Bergarbeiter vor der Währungsreform 73

III. Politik und Arbeit im Betrieb nach Einführung der Montanmitbestimmung (1950–1962) 81

1. Einführung und Folgen der betrieblichen Mitbestimmung 81
   a) Das Mitbestimmungsgesetz in der bayerischen Montanindustrie 81
   b) Nicht mehr „Herr im eigenen Haus“: Reformbereitschaft und Blockadestrategien der Montanunternehmer 84
   c) „Keine Medizinmänner“: Die Arbeitsdirektoren Meisl und Zink 90
2. Partner, Streiter, Patriarchen: die Praxis der Betriebsrätearbeit ... 97
   a) „Herzlichen Glückwunsch, Genosse Stalin“ – SPD und KPD im Kampf um die Maxhütte 97
   b) Betriebsrat und innerbetriebliche Mitbestimmung 106
   c) Betriebliche Sozialpolitik 116
3. Arbeit und Arbeiter im Betrieb 127
   a) Beschäftigtenstruktur, Lohnentwicklung und soziale Lage 127
   b) Der neue Wert der Arbeit: Arbeitsbewertung und Industriearbeit im Umbruch 143
   c) Rationalisierung und technischer Wandel 151
   d) Arbeit und Bier: Arbeiteridentität, Männlichkeit und sozialer Konflikt am Hochofen 157

IV. Hegemonie und Stagnation: Gewerkschaften und Sozialdemokratie in den fünfziger und frühen sechziger Jahren ... 177

1. Die Macht der gewerkschaftlichen Organisation: Die Industriegewerkschaften Bergbau und Metall ... 177
   a) Mitgliederentwicklung, Organisationsstruktur, politische Leitbilder ... 178
   b) Tarifpolitik im Zeichen wachsender Verteilungsspielräume ... 200
   c) Kirchliche Konkurrenten: Die Christlichen Gewerkschaften und der Kampf um die Sonntagsarbeit ... 219
2. Arbeitergemeinden und Sozialdemokratie bis zum Godesberger Programm von 1959 ... 235
   a) Lokale Dominanz und regionale Diaspora der oberpfälzischen SPD ... 235
   b) Partei- und Betriebsgruppenarbeit in „Bayerns Ruhrgebiet" ... 247
   c) Die Traditionskompanie und ihre Feldzeichen: Die Ikonologie sozialdemokratischer Politik ... 263

V. Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise – Arbeits- und Sozialbeziehungen 1963–1976 ... 269

1. Wetterleuchten: Gewerkschaften und Betriebsräte in den sechziger Jahren ... 269
   a) Wirtschaftliche Entwicklung und gewerkschaftliche Organisation in der Hütten- und Bergbauindustrie ... 271
   b) Gewerkschaftliche Denk- und Handlungsfelder: Tarifpolitik, Notstandsgesetzgebung, Vertrauensleutearbeit ... 282
   c) Rebellion und Aufbruch: Jugendarbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft ... 302
2. Vom Arbeiter zum Arbeitnehmer? ... 320
   a) Löhne und Gehälter ... 321
   b) Arbeitszeit und Arbeitsbelastung ... 332
   c) Gesundheitsfürsorge und Gesundheitskontrolle: die Betriebskrankenkasse ... 337
   d) Vom „Fremdarbeiter" zum „Kollegen"? Ausländische Beschäftigte bei der Maxhütte ... 344
3. Unruhige Zeiten: Die Krisenjahre 1969–1976 ... 351
   a) Eine neue Arbeiterklasse? Gewerkschaftliche Handlungsmacht und Arbeiterbewußtsein in den Septemberstreiks von 1969 ... 351
   b) Der Anfang vom Ende: Gewerkschaften, Betriebsräte und Unternehmer zwischen Stahlboom und Stahlkrise (1970–1976) ... 365

VI. Zwischen Godesberg und Studentenprotest – die Sozialdemokratie auf dem Weg zur Volkspartei 1959–1976 385
1. Sozialer Wandel der ostbayerischen SPD 385
2. Die „zweite Bewährungsprobe": Der SPD-Bundestagswahlkampf 1965 392
3. „Oberpfälzische Tupamaros": SPD, Jusos und die Schüler- und Studentenbewegung 405

VII. Zusammenfassung 437

VIII. Anhang 451
1. Abkürzungsverzeichnis 451
2. Quellen- und Literaturverzeichnis 454

Nachwort 499

Personenregister 501

Veröffentlichungen aus dem Projekt „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949 bis 1973" 505

I. Einleitung

1. Arbeitergeschichte nach 1945

Ist die Arbeiterbewegung ein gescheitertes Projekt der Moderne?, fragte man Eric Hobsbawm wenige Monate vor dem Ende des 20. Jahrhunderts.[1] Der große alte Mann der britischen Geschichtsschreibung wies die Frage energisch zurück: Die Arbeiterbewegung sei nie nur ein Projekt, sondern vielmehr ein „soziales Phänomen" der Industriegesellschaft gewesen, „in der eine große Anzahl von Menschen ohne direkten Zugang zu den Produktionsmitteln leben und davon, daß sie sich gegen Lohn und Gehalt verdingen".[2] Darum geht es in der vorliegenden Arbeit: Um die Arbeiterbewegung als „soziales Phänomen", als Teil der industriellen Gesellschaft und Akteur im politischen Prozeß Westdeutschlands nach 1945.

Die Entstehung und Entwicklung der Arbeiterklasse, ihre Herkunft und Zusammensetzung sowie ihr Alltag und ihre Organisationsformen im 19. und frühen 20. Jahrhundert sind inzwischen ausgesprochen gut erforscht. Ganze Kellergewölbe füllen die Darstellungen zur Arbeiterbewegung im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Mit Euphorie und politischem Enthusiasmus haben sich die Sozialhistoriker der Blütezeit der Arbeiterbewegung gewidmet. Was viele vor allem antrieb, war die Frage: Wo war er geblieben, der Siegeszug des Proletariats?[3] Wo lagen die historischen Gründe für das scheinbare Scheitern der Arbeiterbewegung und den Aufstieg des Nationalsozialismus? Was hatte die Arbeiterbewegung „falsch" gemacht? Die Nachkriegszeit dagegen war für viele eher uninteressant, vergeblich suchte man hier nach der Nestwärme der untergegangenen, „heilen" Welt der Arbeiterbewegung, der sozialdemokratischen Rundumversorgung von der „Wiege bis zur Bahre." Von dem einstmals so stolzen sozialdemokratischen Milieu schien nicht mehr viel übrig geblieben zu sein. Kritiker der zweiten deutschen Demokratie machten dafür nicht zuletzt die Arbeiterbewegung selbst verantwortlich: Ein echter Neubeginn auf demokratisch-sozialistischer Basis, so Theo Pirker, sei im Westen vor allem deshalb gescheitert, weil die SPD darauf verzichtet habe, an die antikapitalistische Tradition der alten Arbeiterbewegung anzuknüpfen. Ihr Widerstand gegen die alliierten Neuordnungspläne sei viel zu schwach gewesen. Bewußt habe die Parteispitze davon abgesehen, das Parteileben im „Stile und im Sinne der alten deutschen Arbeiterbewegung"[4] wiederzubeleben.

[1] Vgl. Eric Hobsbawm, Die Arbeiterbewegung – ein gescheitertes Projekt der Moderne?, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 42 (2000), S. 3–10.

[2] Ebenda, S. 3.

[3] Vgl. Thomas Welskopp, Von der verhinderten Heldengeschichte des Proletariats zur vergleichenden Geschichte der Arbeiterschaft – Perspektiven der Arbeitergeschichte in den 1990er Jahren, in: 1999 3 (1993), S. 34–57.

[4] Theo Pirker, „Vom Ende der Arbeiterbewegung", in: Rolf Ebbighausen, Friedrich Tiemann

Mit der Modernisierung und Entideologisierung der Sozialdemokratie habe man das Prinzip der milieuspezifischen Solidarität, die „Vorform" einer nichtbürgerlichen Gesellschaftsordnung, aus den Augen verloren. Das Leitmotiv der Restaurationskritik Pirkers wurde in den siebziger und achtziger Jahren wiederholt aufgegriffen, variiert und mit polemischen Spitzen gegen den vermeintlich restaurativen Gesamtcharakter der Nachkriegsgesellschaft angereichert[5], bevor es sich dann in den neunziger Jahren fast ganz verlor.

In dieser Diskussion um das „Ende der Arbeiterbewegung"[6] ging es nicht zuletzt um die Deutungsmacht über die Geschichte der SPD nach 1945 und damit um eine primär politische Frage.[7] Die Forschung allerdings hat die weitreichenden Thesen bislang nicht überprüft. „So häufig und sorgfältig die Konstituierung der Arbeiterklasse untersucht worden ist, so impressionistisch sind bisher die Kenntnisse vom Auflösungsprozeß der Arbeiterklasse."[8] Gerhard Schildts Bilanz aus dem Jahr 1996 hätte kaum ernüchternder ausfallen können. Fast nichts läßt sich sagen über das oft beschworene „definitive Ende der alten Arbeiterbewegung"[9] in den sechziger Jahren, über die Erosion sozialdemokratischer Arbeitermilieus, den Wandel der Lebensbedingungen, der industriellen Arbeitsbeziehungen und das Verhalten der Arbeiter in den „Wirtschaftswunderjahren".[10] Die Arbeitergeschichte der Nachkriegszeit ist wie weite Teile der Sozial-, Alltags- und Erfahrungsgeschichte der späten fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahre ein unbearbeitetes Feld.[11]

(Hrsg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker, Opladen 1984, S. 39–51, hier S. 48; ders., Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, 2 Bde., München 1960; ders., Die verordnete Neuordnung. Grundlagen und Erscheinungen der Restauration, Berlin 1977.

5 Allgemein zur Diskussion vgl. Christoph Kleßmann, Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihrer Kritiker, in: GuG 11 (1985), S. 476–494; stark politisch motiviert Karl Heinz Roth, Die „andere Arbeiterbewegung" und die Entwicklung der kapitalistischen Repression von 1880 bis zur Gegenwart. Ein Beitrag zum Neuverständnis der Klassengeschichte in Deutschland, München 1977; ders. (Hrsg.), Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation einer Debatte, Hamburg 1994; differenziert dagegen Lutz Niethammer, Rekonstruktion und Desintegration: Zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellung im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979, S. 26–43.

6 Klaus Tenfelde, Überholt von der demokratischen Massengesellschaft. Vom Ende und Erbe der Arbeiterkultur, in: FAZ vom 7. 3. 1988; zur Diskussion vgl. den Band von Wolfgang Kaschuba, Gottfried Korff, Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.), Arbeiterkultur nach 1945 – Ende oder Veränderung?, Tübingen 1991; darin auch Klaus Tenfelde, Ende der Arbeiterkultur: Das Echo auf eine These, S. 19–30; Helga Grebing, Die SPD – eine Allerwelts- und Jedermann-Partei?, in: Susanne Miller, Malte Ristau (Hrsg.), Gesellschaftlicher Wandel – Soziale Demokratie – 125 Jahre SPD, Köln 1988, S. 29–42, hier S. 29f.

7 Vgl. Dietmar Süß, Voreilige Grabgesänge – Stand und Perspektiven der Arbeitergeschichte in der Bundesrepublik Deutschland, in: Theresia Bauer, Winfried Süß (Hrsg.), NS-Diktatur, DDR, Bundesrepublik. Drei Zeitgeschichten des vereinigten Deutschland, Neuried 2000, S. 233–262, hier S. 251–254.

8 Gerhard Schildt, Die Arbeiterschaft im 19. und 20. Jahrhundert, München 1996, S. 104.

9 Klaus Schönhoven, Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: GuG 25 (1999), S. 123–145, S. 137; folgendes nach ebenda.

10 Vgl. Klaus Tenfelde, Historische Milieus – Erblichkeit und Konkurrenz, in: Michael Hettlage, Paul Nolte (Hrsg.), Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, S. 247–268.

11 Das betont Thomas Schlemmer, Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973. Ein neues Projekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 46 (1998), S. 311–325, hier S. 311; an diesen Defiziten krankt zuletzt auch Axel Schildt, Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Um-

Sicher aber ist: Die Jahre des „großen Abräumens", in denen Westdeutschland „gewissermaßen bis auf die Gene durchindustrialisiert, technisiert und rationalisiert"[12] worden ist, bedeuteten auch für die Arbeiterschaft eine Phase des Umbruchs. Drei zentrale Entwicklungen mögen dies verdeutlichen: Die Reallöhne verdoppelten sich allein zwischen 1950 und 1965, so daß die Arbeiterhaushalte die frühere Enge und Beschränkung langsam, aber stetig verloren. Die Konsumchancen stiegen, die Ausbildungsmöglichkeiten verbesserten sich, viele Arbeiter konnten erstmals Wohneigentum erwerben, bei manchen blieb sogar etwas am Monatsende übrig, das auf die hohe Kante gelegt werden konnte. Dieser sozialgeschichtlich revolutionäre Prozeß[13], der das Gesicht der Arbeiterschaft so grundlegend umformte, betraf auch ihre Situation am Arbeitsplatz. Die Arbeitszeit sank und näherte sich schrittweise der 40-Stunden-Woche. Eine der zentralen gewerkschaftlichen Forderungen der fünfziger Jahre, „Am Samstag gehört Vati mir", konnte damit für die Arbeiter der meisten Branchen verwirklicht werden. Mit der Vollbeschäftigung verlor schließlich – zumindest bis Ende der sechziger Jahre – auch die Arbeitslosigkeit als gemeinsames Risiko der Arbeiterschaft ihren bedrohlichen Charakter. Hatten Arbeiter bis dahin immer unter der Unsicherheit und konjunkturellen Abhängigkeit des Arbeitsplatzes gelitten, so stärkte die Nachfrage nach der knappen Ware Arbeit ihre Stellung in der Wirtschaft erheblich. „Der Arbeiter von heute ist kein Proletarier mehr"[14], resümierte der Industriesoziologe Hans Paul Bahrdt bereits 1962. Aus einer am Rande der Gesellschaftsordnung stehenden revolutionären Klasse sei eine Schicht von „Arbeitsbürgern" mittelständischer Prägung geworden, die von den breiten kleinbürgerlichen Schichten kaum noch zu unterscheiden sei. Das kämpferische proletarische Klassenbewußtsein, der „missionarische Geist der Vergangenheit"[15], sei dem Arbeiter fremd geworden.

Diese wenigen Befunde verdeutlichen bereits die besondere Relevanz des Themas für die westdeutsche Nachkriegsgeschichte. Die vorliegende Studie ist ein erster Einstieg und versucht eine Annäherung aus drei unterschiedlichen Fragerichtungen. Erstens: Wie veränderten sich in den durch Wachstum und steigenden Wohlstand geprägten fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren soziale Lage, Arbeit und Mentalität der Arbeiter? Wie erlebte die Arbeiterschaft selbst den Prozeß der „Entproletarisierung" und welche generationsspezifischen Unterschiede gab es dabei? Bedeutete die „Entproletarisierung" der sozialen Lage auch

brüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: ders., Detlef Siegfried, Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 21–53.

[12] Hans-Peter Schwarz, Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsforschung über die Ära Adenauer, in: Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3: Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen, hrsg. von Kurt Düwell und Wolfgang Köllmann, Wuppertal 1984, S. 278–293, hier S. 289.

[13] So Josef Mooser, Abschied von der „Proletarität". Zur Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Werner Conze, Rainer M. Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 143–186, hier S. 162.

[14] Hans Paul Bahrdt, Die Industriearbeiter, in: Marianne Feuersenger (Hrsg.), Gibt es noch ein Proletariat?, Frankfurt am Main 1962, S. 25–33, hier S. 25.

[15] Ebenda, S. 33.

den Abschied vom „klassenbewußten" Arbeiter? Zweitens: Welche Folgen hatte die zunehmende Institutionalisierung und Verrechtlichung industrieller Konflikte für das Verhältnis von Unternehmern, Betriebsräten und Gewerkschaften und wann und unter welchen Bedingungen zeigte der sozialpartnerschaftliche Konsens seine ersten Risse? Wie nutzten die Arbeitsmarktparteien die formellen und informellen Handlungsspielräume innerhalb der Tarifautonomie und der Betriebsverfassung? Wer waren die Träger gewerkschaftlicher Tarifpolitik? Von welchen Ideen ließen sie sich leiten? Drittens: Wie sah das Leben in den traditionsreichen Arbeitervereinen aus? Wurden sie, wie es Klaus Tenfelde pointiert formuliert hat, „durch die demokratische Massengesellschaft überholt"[16]? Oder konnten sie ihren exklusiven, klassenspezifischen Charakter bewahren, und wenn ja, wie lange? Bedeutete das Jahr 1968 auch für das sozialdemokratische Milieu eine Zäsur? Wurden auch die Betriebe von den sozialen Unruhen und politischen Eruptionen erfaßt? Wie reagierten SPD und Gewerkschaften auf die Schüler-, Studenten- und Lehrlingsproteste? Wie weit wurden sie selbst davon mitgerissen und verändert? Fiel das „definitive Ende der Arbeiterbewegung"[17] tatsächlich in die sechziger Jahre?

2. Untersuchungsgegenstand und Aufbau der Arbeit

Es versteht sich von selbst, daß diese Fragen nicht umfassend, sondern nur partiell beantwortet werden können. Angesichts der Forschungsstandes empfiehlt sich ein regionaler und branchenspezifischer Zugriff.[18] Gegenstand sind zwei montanindustrielle Großbetriebe in den ehemaligen Landkreisen Burglengenfeld und Sulzbach-Rosenberg in der mittleren Oberpfalz: die Bayerische Braunkohlen-Industrie AG in Wackersdorf und die Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte. Die 1906 gegründete BBI[19], seit 1928 eine hundertprozentige Tochter der staatseigenen Bayernwerk AG und eng mit dem Dampfkraftwerk im naheliegenden Dachelhofen verbunden, war mit ihren rund 1400 Beschäftigten nach dem Krieg nicht nur einer der größten Arbeitgeber der Region, sondern zudem seit den siebziger Jahren nach der nordrhein-westfälischen Rheinbraun der zweitgrößte Braunkohlenförderer der Bundesrepublik[20], der als wichtiger Energielieferant entscheidend zum Wandel Bayerns vom Agrar- zum Industriestaat beitrug.[21] Die

[16] Vgl. Tenfelde, Massengesellschaft.

[17] Schönhoven, Aufbruch, S. 137.

[18] Die Arbeit entstand im Rahmen des Forschungsprojekts „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973" am Institut für Zeitgeschichte; vgl. dazu ausführlich Schlemmer, Gesellschaft.

[19] Einen ersten Überblick über die Geschichte der BBI gibt Ludwig Suckert, Braunkohle in Wackersdorf. Die wirtschaftliche Entwicklung der BBI AG, Regensburg, Weiden 1996.

[20] Die Geschichte der Braunkohlenindustrie ist bislang von der Forschung weitgehend vernachlässigt worden; vgl. dazu auch Manfred Faust, Die Anfänge der Arbeiterbewegung im linksrheinischen Braunkohlenrevier, in: IWK 32 (1996), S. 297–339, hier S. 297ff. Die Festschrift der Firma Rheinbraun von Arno Kleinebeckel, Unternehmen Braunkohle. Geschichte eines Rohstoffes, eines Reviers, einer Industrie im Rheinland, Köln 1986, behandelt die Geschichte der Arbeiterinnen und Arbeiter nur am Rande (S. 107–111).

[21] Vgl. zum energiewirtschaftlichen Stellenwert u. a. Leo Geiger, Die grenzlandwirtschaftliche Situation der Oberpfalz im Blick der Energieversorgung, in: Veröffentlichung der Akademie für Raum-

BBI lag im „Glückauf"-Landkreis Burglengenfeld, der nach der Gebietsreform von 1972 im Landkreis Schwandorf aufging. Schwandorf hatte sich schon früh zu einem regionalen Zentrum entwickelt; hier hatten sich zahlreiche Industriebetriebe angesiedelt. Einer davon war das nur wenige Kilometer entfernte Walzwerk in Maxhütte-Haidhof, Teil der Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte, dem 1853 gegründeten größten süddeutschen Eisen- und Stahlunternehmen.[22] Sitz der Maxhütte war seit 1863 Rosenberg, rund 50 Kilometer nördlich von Wackersdorf gelegen und Stadtteil der früheren Residenzstadt Sulzbach.[23] 1864 wurde in Rosenberg der erste Koksofen angeblasen, 1869 ging dort das erste Thomas-Stahlwerk in Betrieb, und 1872 baute die Maxhütte in der thüringischen Gemeinde Unterwellenborn ein weiteres Hüttenwerk. Im Laufe des 19. Jahrhunderts erweiterte die Maxhütte mit dem Erwerb von Erzfeldern und Kohlengruben in Fronberg und Auerbach ihre Rohstoffbasis, die nach 1945 das Überleben der Hütte sicherte. Das Unternehmen war seit 1929 im Besitz von Friedrich Flick, der die Aktienmehrheit von der saarländischen Industriellen-Familie Röchling erworben hatte. Während für die Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg nach vielen Krisen im Sommer 2002 das endgültige Aus kam[24], schloß die BBI 1982 ihre Tore, nachdem die Kohlevorräte erschöpft waren. Ende der fünfziger Jahre standen bei der BBI und der Maxhütte mit ihren Hauptwerken in Sulzbach-Rosenberg und Haidhof zusammen rund 10000 Arbeiter in Lohn und Brot. Beide Unternehmen zählten damit zu den wichtigsten bayerischen Arbeitgebern, von denen das Schicksal von bis zu 60000 Menschen abhing. Während die SPD in der Oberpfalz als traditionell agrarisch geprägtem, katholisch-konservativen Regierungsbezirk kaum eigenständiges politisches Gewicht besaß, konnte sie in der Region um die beiden Großbetriebe auf eine lange Tradition zurückblicken.[25] Die dortigen sozialdemokratischen Arbeitermilieus[26] galten als die „roten Inseln" der Oberpfalz. In Anlehnung an Klaus Tenfelde könnte man die Bergbau- und Hüttenstandorte auch zugespitzt als „Proletarische Provinz" bezeichnen.[27] Die Untersuchung bezieht aber auch die Kleinstädte und Gemeinden in den beiden Landkreisen ein, die Teil des Sozial- und Produktionsmilieus der ostbayerischen Montanindustrie waren und deren Lebensrhythmus entscheidend durch die Arbeit an den Hochöfen, Walzstraßen und Braunkohlengruben bestimmt wurde: durch die körperliche Belastung, die

forschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 444, Raum und Energie I, Probleme der energiewirtschaftlichen Regionalplanung, Hannover 1968, S. 75ff.; Rolf Schniotalle, Der Braunkohlenbergbau in der Bundesrepublik – seine Stellung im industrie- und energiewirtschaftlichen Gefüge, Wiesbaden 1977, S. 360.

22 Eine erste Darstellung bei Oskar Duschinger, Dietmar Zierer, Glanz und Elend der Maxhütte, Burglengenfeld 1990.

23 Die Stadt Sulzbach-Rosenberg entstand nach einer Zusammenlegung mehrerer Stadt- und Gemeindeteile 1934/1935.

24 SZ vom 6.6.2002: „Die Maxhütte ist am Ende"; Hüttenfeuer, Der Kampf um unsere Arbeitsplätze, ausgewählt und bearbeitet von Udo Achten, Düsseldorf 1991.

25 Vgl. Gerhard Müller, Arbeiterleben und Arbeiterbewegung in der Oberpfalz 1848–1919, Theuern 1988.

26 Zuletzt ausführlich und ausgewogen zum Milieubegriff Detlef Schmiechen-Ackermann, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen, Bonn 1998, S. 39–46.

27 Vgl. Klaus Tenfelde, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 bis 1945, in: Martin Broszat, Elke Fröhlich, Anton Grossmann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil C, München, Wien 1981, S. 1–382.

berufliche Sozialisation, den Berufsstolz sowie die politische Bindung an die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Untersucht werden vor allem Männer und männliches Verhalten in den Organisationen der Arbeiterbewegung und am Arbeitsplatz, weniger dagegen der Reproduktionsbereich von Familie und Freizeit; die geschlechtsspezifische Dimension wird aber genauso reflektiert wie die produktionsspezifischen Unterschiede der Industriearbeiterschaft in der Braunkohle- und der Eisen- und Stahlindustrie. Dies gilt besonders für die bergmännischen Traditionen und die unterschiedlichen Gewerkschaftsorganisationen von IG Bergbau und Energie und IG Metall.

Die Bergbau- und Hüttenstandorte in der mittleren Oberpfalz gehörten zu den für die Wirtschaftsstruktur Bayerns nicht untypischen, punktuell industrialisierten Orten inmitten eines agrarischen Umlands. Ihre Sozialstruktur war vor allem durch den hohen Anteil an Industriearbeitern und einen schwachen Mittelstand gekennzeichnet.[28] Die Großbetriebe der Montanindustrie prägten nicht nur das betriebliche, sondern auch das außerbetriebliche Leben, sie waren die größten Arbeitgeber und Gewerbesteuerzahler der Region, die häufig auch die Kommunalpolitik dominierten. Solche Industrieinseln mit ihren zumeist in der Hochindustrialisierung entstandenen Betrieben gab es auch in Selb, Kolbermoor, Penzberg, Peißenberg oder Rehau. Sie sind ein nicht genügend beachteter Aspekt der bayerischen Wirtschaftsgeschichte, der darauf hindeutet, daß der ökonomische Aufholprozeß der bayerischen Nachkriegswirtschaft kein geradliniger Weg in den High-Tech-Staat war.[29] Damit kommt ein wichtiger Teilaspekt der bayerischen Industrialisierungsgeschichte in den Blick, was ein ebenso wichtiger Grund für die Auswahl der Untersuchungsregion war wie ihre strukturelle Ähnlichkeit mit den großen Revieren der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie, die zumindest für den Bereich der branchenspezifischen Arbeits- und Sozialbeziehungen und die Frage gewerkschaftlicher und sozialdemokratischer Hegemonie als Folie für die Entwicklung in Bayern behandelt werden kann. Ein systematischer Vergleich wird dabei nicht verfolgt, wohl aber immer wieder der Blick über den engen regionalen und betrieblichen Kontext hinaus Richtung Westen gelenkt. Der Untersuchungszeitraum umfaßt die Jahre vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur großen Stahlkrise Mitte der siebziger Jahre und dem Verkauf der Maxhütte an die Klöckner-Werke AG 1976. Besonders für die Frage der Wiedergründung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung nach dem Zweiten Weltkrieg werden aber auch die Jahre vor 1933 mit in die Untersuchung einbezogen.

Wie jede Regionalgeschichte steht auch diese Arbeit vor der Schwierigkeit, Balance zu halten zwischen dem Spezifischen des Untersuchungsgegenstandes und

[28] Zum Begriff und Konzept der Orte punktueller Industrialisierung vgl. Georg Goes, Arbeitermilieus in der Provinz. Geschichte der Glas- und Porzellanarbeiter im 20. Jahrhundert, Essen 2001, S. 10–13; allerdings bleibt die Studie trotz ihrer elaborierten Einleitung in der empirischen Umsetzung vieles schuldig. Das gilt besonders für die Frage der Erosion sozialdemokratischer Arbeitermilieus nach 1945; vgl. erstmals zum Problem punktueller Industrialisierung Tenfelde, Provinz, S. 2f.

[29] Vgl. Paul Erker, Industriewirtschaft und regionaler Wandel. Überlegungen zu einer Wirtschaftsgeschichte Bayerns 1945–1995, in: Maximilian Lanzinner, Michael Henker (Hrsg.), Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Forschungsperspektiven zur Geschichte Bayerns nach 1945, Augsburg 1997, S. 41–51.

den übergeordneten Entwicklungen der westdeutschen und bayerischen Nachkriegsgeschichte. Die Geschichte der industriellen Beziehungen und der Sozialdemokratie nach 1945 wird mit dem Blick auf die Oberpfalz nicht neu geschrieben werden können. Der methodische Reiz des Zugriffs liegt dagegen in der Möglichkeit, soziale, politische und ökonomische Veränderungsprozesse aus der Nahoptik der Region und der Betriebe zu analysieren und die Phasen gesellschaftlichen Wandels in der Bundesrepublik zu gewichten. Der Ansatz einer Arbeiter- und Industriegeschichte „von unten" erlaubt es, sowohl einzelne Akteure und ihr Verhalten zu untersuchen, als auch nach den strukturellen Rahmenbedingungen zu fragen[30], in die soziales Handeln eingebunden ist. Überschaubare, regionale und betriebsbezogene Untersuchungsräume ermöglichen zudem, das Arbeiterleben in seiner Vielschichtigkeit zu veranschaulichen und so differenziert wie möglich zu analysieren. Sperrige Begriffe wie sozioökonomische Lage und Arbeiterbewußtsein, Arbeit und Alltag gewinnen hier Gestalt und werden in ihren unterschiedlichen Schattierungen sichtbar, so daß sich auch kollektive wie individuelle Erfahrungen am Arbeitsplatz und in den Organisationen der Arbeiterbewegung aufzeigen lassen. Diese Chance gilt es zu nutzen, ohne dabei zu vergessen, daß die räumliche und betriebliche Begrenzung die interpretatorische Reichweite und Übertragbarkeit auf andere Regionen einschränkt.

Die Gliederung der Arbeit orientiert sich an der Chronologie und den unterschiedlichen sozialen Handlungsfeldern, wobei die Beziehungsgeschichte von Betrieb und organisierter Arbeiterbewegung im Vordergrund steht. In Kapitel II werden die Jahre zwischen Kriegsende und Wiederaufbau unter amerikanischer Besatzung untersucht, wobei näher auf die soziale Lage der Belegschaft und die Folgen des Krieges für die Beschäftigten eingegangen wird. Wie lange dauerte es, bis sich Sozialdemokraten und Gewerkschaften reorganisierten? Aus welchen Quellen speiste sich der Neubeginn? Besonders wichtig wird in diesem Zusammenhang die Rolle der Vertriebenen und Flüchtlinge sein, die es in großer Zahl in die Oberpfalz verschlagen hatte und denen ein entscheidender Anteil am Aufbau der Arbeiterbewegung zukam. Zudem wird nach dem Verhältnis von Sozialdemokraten und Kommunisten innerhalb und außerhalb des Betriebes gefragt. Wurde der Betrieb und vor allem der Betriebsrat selbst zum politischen Konfliktfeld? Wer waren die Interessenvertreter der Arbeitnehmer? Welche Legitimation besaßen sie? Was waren die Ziele und die Motive ihrer Arbeit? Wie entwickelte sich das Verhältnis zu den Unternehmern?

In Kapitel III stehen die sozialen Beziehungen im Unternehmen im Mittelpunkt. Dabei wird die makrohistorische Analyse „durch die mikrohistorische Analyse sozialer Prozesse auf Betriebsebene"[31] erweitert. Primär geht es um die Wirkungsgeschichte der Montan-Mitbestimmungsgesetzgebung in den fünfziger Jahren, den Funktions- und Bedeutungswandel von Betriebsräten, die sozial-

[30] Das ist auch eine der Forderung von Thomas Welskopp, Arbeitergeschichte im Jahr 2000. Bilanz und Perspektiven, in: traverse 2 (2000), S. 15–30, hier S. 22.

[31] So die Aufforderung von Helmuth Trischler, Partielle Modernisierung. Die betrieblichen Sozialbeziehungen im Ruhrbergbau zwischen Grubenmilitarismus und Human Relations, in: Matthias Frese, Michael Prinz (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 145–171, hier S. 168f.

strukturellen Veränderungen der Belegschaft und die sozialen Konflikte am Arbeitsplatz. Neben der Einkommensentwicklung, der innerbetrieblichen Qualifizierung und den Folgen von Rationalisierung werden auch die 1955 eingeführten Arbeitsbewertungssysteme analysiert. Die BBI war eines der ersten Unternehmen in Westdeutschland, das diese Art der Lohnfindung einführte, so daß sich die Chance bietet, die Auswirkungen der sozial-, betriebs- und arbeitswissenschaftlichen Diskussionen am konkreten Beispiel zu überprüfen.

In Kapitel IV werden zunächst die gewerkschaftlichen Organisationen, die IG Bergbau und Energie, die IG Metall und ihre Gegner, die christlichen Gewerkschaften, untersucht. Ein Schwerpunkt liegt hier auf der Analyse der Tarifpolitik, die sich nicht allein auf die Verhandlungsergebnisse beschränkt, sondern auch die Verhandlungen und die Akteure selbst in den Blick nimmt, so daß sich neue Aufschlüsse über das Selbstverständnis der Arbeitsmarktparteien ergeben können. Dann wird die Aufmerksamkeit auf die Untersuchung der Sozialdemokratie in den Arbeiter- und Industriegemeinden bis zum Jahr des Godesberger Programms 1959 gelenkt. Wer waren die führenden Kräfte der SPD in den fünfziger Jahren? Wie eng war die Verbindung von Partei und Betrieb? Welche Rolle spielten die SPD-Betriebsgruppen als Verbindungsglied von Betriebs- und Kommunalpolitik? Hier wird vor allem nach den sterbenden und den vitalen Bestandteilen des sozialdemokratischen Milieus gefragt, den Vereinen und Vorfeldorganisationen und ihren symbolischen Traditionsbeständen. Wie groß war das Bedürfnis der Parteimitglieder, „von der Wiege bis zur Bahre" betreut zu werden? Gab es jetzt vielleicht andere Organisationen wie den Betrieb, die viele der alten Aufgaben übernahmen?

In Kapitel V wendet sich der Blick wieder auf den Betrieb und die industriellen Beziehungen der Mikro- und Mesoebene. Diesmal stehen die Jahre zwischen der Hochkonjunktur in den sechziger Jahren bis zur weltweiten Stahlkrise Mitte der siebziger Jahre und die formellen wie informellen Beziehungen der Arbeitsmarktparteien im Vordergrund. Welche Formen von Kooperation und Konflikt bestimmten die Tarifpolitik zwischen Boom und Krise? Wie stabil war der sozialpartnerschaftliche Konsens zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern? Im September 1969 kam es erstmals zu „wilden Streiks", die bei Gewerkschaften und Arbeitgebern zu großer Verunsicherung führten. Was war das für eine Belegschaft, die sich der gewerkschaftlichen Führung entzog? Waren es die „entproletarisierten" Arbeiter, die sich nun klassenkämpferisch gebärdeten? Wichtig wird es auch sein, die Bedeutung von „1968" und der studentischen Rebellion genauer auszuloten. Schließlich gab es viele in den Gewerkschaften, die vor allem den Protest gegen die Notstandsgesetze unterstützten. Gab es darüber hinaus weitere Berührungspunkte? Wo verliefen die politischen und kulturellen Grenzen zwischen Studentenbewegung und Gewerkschaften?

Das Jahr 1968 und seine Folgen werden auch im Mittelpunkt des VI. Kapitels stehen, das sich mit der ostbayerischen Sozialdemokratie zwischen Godesberg und den Studentenunruhen beschäftigt. Zunächst wird der Frage nachgegangen, ob sich auch die lokale SPD in den sechziger und frühen siebziger Jahren zur Volkspartei wandelte. Dabei wird der sozialstrukturelle, generations- und geschlechtsspezifische Wandel genauso untersucht werden wie das Verhältnis von

SPD und Katholizismus. Abschließend wird die Beziehung zwischen Schüler- und Studentenbewegung und Sozialdemokratie genauer untersucht. Wie reagierte die SPD auf die Herausforderung durch die Außerparlamentarische Opposition (APO), von deren Mitgliedern viele am Ende der sechziger Jahre in die SPD und bei den Jungsozialisten eintraten? Was erwarteten sich die jungen Genossen von der Partei Willy Brandts? Was wollten sie erreichen? Wie groß war der Einfluß der Jusos auf die Kommunalpolitik? Und wie veränderte sich schließlich die SPD und das sozialdemokratische Milieu zwischen 1967 und 1975/1976?

Abschließend werden die Ergebnisse vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die Neuorientierung der Arbeitergeschichte und der Diskussion um das „Ende der Arbeiterbewegung" diskutiert. Vor allem gilt es dabei die Frage zu beantworten, welche Vorzüge und welche Nachteile eine mikropolitisch erweiterte Arbeitergeschichte besitzt und welche Möglichkeiten sich daraus für eine intensivere Zusammenarbeit von Industriesoziologie und politischer Sozial- und Unternehmensgeschichte ergeben.

3. Forschungsstand und methodisches Konzept

Die Arbeitergeschichte befindet sich in der Krise. Dieser Befund ist mittlerweile so oft und von so vielen Seiten konstatiert worden, daß man fast meinen möchte, alle Wiederbelebungsversuche seien aussichtslos.[32] Es ist unstrittig, daß der Übergang von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und damit der Bedeutungsverlust körperlicher Arbeit sowie die Implosion des doktrinären Staatssozialismus nach 1989 für den Niedergang mitverantwortlich sind. Für manche wirkt die Arbeitergeschichte wie ein Fossil der ersten Computergeneration: äußerlich mächtig und imposant, aber technisch überholt und kaum mehr in der Lage, Antworten auf neue Probleme zu geben. Viele ihrer alten Protagonisten haben inzwischen enttäuscht Abschied genommen von den politischen Visionen der sechziger und siebziger Jahre. Eric Hobsbawms Bekenntnis, seine Arbeiten seien vor allem durch seine radikal-liberale, sozialistische Haltung und seine Sympathie für die Arbeiterschaft im Kampf gegen die „Reaktion"[33] inspiriert gewesen, bietet für viele jüngere Forscher kein hinreichendes Argument mehr dafür, sich mit Arbeitergeschichte zu beschäftigen.

Doch sind es vermutlich nicht nur politische, sondern in noch stärkerem Maße methodische Probleme, die die Arbeitergeschichte in die Defensive gezwungen

[32] Zur internationalen Diskussion vgl. auch: Marcel van der Linden (Hrsg.), The End of Labour History, Supplement 1, International Review of Social History 38 (1993); Terry Irving (Hrsg.), Challenges to Labour History, Sydney 1994; Jürgen Kocka, New Trends in Labour Movement Historiography: A German Perspective, in: International Review of Social History 42 (1997), S. 67–78.

[33] Vgl. seinen Kommentar in: Margaret C. Jacob, Ira Katznelson, „Agendas for Radical History", in: Radical History Review 36 (1986), S. 27f.: „Others can speak for themselves, but I for one have seen my work on the era of the first industrial revolution and its impact on the workers as defending and continuing of Edwardian liberal-radicals like the Hammonds, Christian socialists like Tawney and Fabians like the Webbs. The defects of our ancestors are patent. We have criticized them and got beyond them. Still, we see ourselves as going on their side against reaction, and I think they would have seen themselves on our side."

haben.[34] Arbeitergeschichte hat in den späten sechziger und siebziger Jahren als Motor der modernen Sozialgeschichte die Forschung maßgeblich voran gebracht. Allerdings sind inzwischen einige der ursprünglichen Ausgangshypothesen ins Wanken geraten. Die Vorstellung, mit der Durchsetzung des Kapitalismus sei ein dominanter Typus von Lohnarbeit und eine Arbeiterschaft mit einem geschlossenen Klassenbewußtsein entstanden, ist ebenso unhaltbar geworden wie die Annahme, eine lineare Homogenisierung der Arbeits- und Lebensbedingungen sei die wichtigste Grundlage kollektiven Verhaltens gewesen.[35] Das gängige Erklärungsmuster „Lage-Bewußtsein-Verhalten" verlor an Überzeugungskraft, weil differenzierte Deutungsmodelle den Alleinvertretungsanspruch des seit den späten sechziger Jahren dominierenden Klassenbegriffs immer stärker in Frage stellten[36] und neue soziale Bewegungen wie die Umwelt- und Frauenbewegung den Blick für nicht-klassenstrukturierte soziale Beziehungen und gesellschaftliche Konflikte öffneten. Vielen erschienen die antagonistischen Kapitalverhältnisse so übermächtig, daß betriebliches Konfliktverhalten zum bloßen Nebenprodukt der außerbetrieblichen Auseinandersetzungen zwischen den Vertretern von Arbeit und Kapital wurde. Daß auf diese Weise Organisationen und gesellschaftliche Institutionen nur sehr unzureichend beschrieben werden konnten, machte eines der zentralen Defizite der Arbeitergeschichte aus.[37]

Die Auseinandersetzung um die Geschichte der Arbeiterschaft blieb lange auf das 19. und frühe 20. Jahrhundert beschränkt.[38] Josef Mooser ist einer der wenigen Autoren[39], die sich mit der Arbeiterschaft nach 1945 eingehender beschäftigt haben. Seiner Ansicht nach hat die Arbeiterschaft nach 1945 „Abschied von der Proletarität" genommen.[40] Den Terminus „Proletarität" gebraucht Mooser neben

[34] Vgl. dazu auch den Beitrag von Geoff Eley, Keith Nield, Farewell to the Working Class?, in: International Labour and Working-Class History 57 (2000), S. 1–30.

[35] Vgl. dazu u. a. Kathleen Canning, Gender and the Politics of Class Formation: Rethinking German Labor History, in: American Historical Review 97 (1992), S. 736–768; Andrew Metcalfe, Sex and solidarity. Fraternity, patriarchy and labour history, in: Irving, Challenges, S. 88–112; Dick Geary, Labour History, the ‚Linguistic Turn' and Postmodernism, in: Contemporary European History 9 (2000), S. 445–462.

[36] Vgl. Thomas Welskopp, Ein modernes Klassenkonzept für die vergleichende Geschichte industrialisierender und industrialisierter Gesellschaften. Kritische Skizzen und theoretische Überlegungen, in: Karl Lauschke, Thomas Welskopp (Hrsg.), Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994, S. 48–106.

[37] Vgl. Ira Katznelson, The „Bourgeois" Dimension: A Provocation About Institutions, Politics, and the Future of Labor History, in: International Labour and Working-Class History 46 (1994), S. 7–32, hier S. 18f.

[38] Dafür noch immer anregend Klaus Tenfelde, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn-Bad Godesberg 1977.

[39] Ein anderen Zugriff mit Hilfe der Oral-History haben die Mitarbeiter des LUSIR-Projekts unter der Leitung von Lutz Niethammer gewählt. Vgl. dazu u. a. Ulrich Herbert, Vom Kruppianer zum Arbeitnehmer, in: Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Hrsg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist". Nachkriegs-Erfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 2, Berlin, Bonn 1983, S. 233–276; zum Projekt insgesamt Lutz Niethammer, Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten". Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet, Bd. 3, Berlin, Bonn 1985, S. 392–445.

[40] Josef Mooser, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frank-

Max Webers Konzept der „sozialen Klasse" als zweiten Strukturbegriff, der allgemeine, aus der Marktlage des Arbeiters resultierende Merkmale beschreibt. Im wesentlichen sind damit die Markt- und Einkommensabhängigkeit des proletarischen Lebens, die Lohnarbeit und Fremdbestimmtheit der beruflichen Tätigkeit gemeint. Moosers Studie „Arbeiterleben in Deutschland" basiert in erster Linie auf der systematischen Auswertung statistischer Materialien. Als Indikatoren der Entproletarisierung dienten ihm vor allem intergenerationelle berufliche Mobilität, Heiratsverhalten und Einkommensentwicklungen. Mooser kommt dabei zu dem Schluß, daß die Zugehörigkeit zur Arbeiterschaft in den wirtschaftlichen Boomjahren ihre bis dahin lebensweltlich prägende Bedeutung verloren habe. Der „Abschied von der Proletarität"[41] bedeutete aber aus seiner Sicht keine endgültige Auflösung der Klassengegensätze. Im Gegenteil: Strukturelle Grenzlinien existierten trotz der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung in der Bundesrepublik weiter. Dies gelte, so Mooser, vor allem für die Bereiche: Einkommen, Körperlichkeit von Arbeit, Risiko von Arbeitslosigkeit, Ausbildung und Heiratsverhalten. Die soziale Homogenität der Arbeiterschaft habe dagegen keine Entsprechung in der Selbstwahrnehmung der Arbeiterschaft gefunden. Diese habe sich zunehmend als Teil der Mittelschichten betrachtet, das kollektive Empfinden für die gemeinsame Lage sei verloren gegangen. Dies scheint aus der Sicht Moosers ein wichtiges Indiz dafür zu sein, daß sich im Prozeß der Homogenisierung und Differenzierung der Arbeiterschaft „gleichsam das Gesicht der Klasse verändert" hat, so daß „traditionelle Sinngehalte der Klassenzugehörigkeit erodierten."[42]

So überzeugend Moosers Überlegungen sind, sein überwiegend sozialstatistischer Zugriff muß viele Fragen offen lassen.[43] Die Akteure verschwinden hinter den Zahlenkolonnen genauso wie branchenspezifische, betriebliche, regionale, generationelle oder geschlechtsspezifische Eigenheiten des Arbeiterlebens. Abhilfe können hier, wie Klaus Schönhoven 1999 anregte, regionale und lokale Untersuchungen schaffen, die sich mit den „Tendenzen struktureller und kultureller Modernisierung"[44], der Lockerung traditioneller Bindungen innerhalb des sozialdemokratischen Milieus[45] und den Phasen und Geschwindigkeiten sozialer Ver-

furt am Main 1984, S. 228; bilanzierend ebenda, S. 224–236; einflußreich, aber nur verkürzt rezipiert André Gorz, Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Frankfurt am Main 1980.

[41] Vgl. dazu Michael Schneider, Gibt es noch ein Proletariat? Aktuelle Beobachtungen zu einer alten Kategorie, in: AfS 28 (1988), S. 517–524.

[42] Mooser, Arbeiterleben, S. 227.

[43] Wenig Neues bietet dazu Josef Mooser, Regionalisierung und Kontraste in der Arbeitergeschichte der 50er Jahre. Niedersachsen in der bundesrepublikanischen Perspektive, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen, Hannover 1998, S. 197–205.

[44] Klaus Schönhoven, Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: GuG 25 (1999), S. 123–145, hier S. 139.

[45] Einen ersten Versuch in dieser Hinsicht unternimmt Peter Alheit u.a., Gebrochene Modernisierung – Der langsame Wandel der proletarischen Milieus. Eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus in den 1950er Jahren, 2 Bde., Bremen 1999; angeregt durch Josef Mooser hat sich die interdisziplinäre Forschergruppe mit der Untersuchung zweier Werften in Bremen und Rostock, der AG Weser und der Neptun Werft, beschäftigt und nach der Stabilität von Arbeitermilieus in Ost und West gefragt. Bei aller Kritik an der gelegentlich fehlenden historischen Einbettung kann die Studie doch zumindest für Westdeutschland zeigen, wie oberflächlich allzu rasche „Entproletarisierungsvermutungen" sind. Wann sich der „Proletarier", ein Begriff, der erstaunlicherweise trotz einer sonst sehr abwägenden theoretischen Erörterung zu Beginn,

änderungsprozesse auf der Mikro- und Mesoebene[46] beschäftigen. Ähnliches gilt auch für die Geschichte der Gewerkschaften, der Betriebsräte oder einzelner Belegschaften. Christoph Kleßmanns frühe Aufforderung, Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte stärker nach Branchen, Regionen und Unternehmen zu differenzieren[47], ist bislang kaum aufgegriffen worden.[48] Während die Forschung für die Jahre zwischen Kriegsende und Währungsreform mittlerweile recht weit vorangeschritten[49] ist, sind quellengestützte Arbeiten zu den fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren Mangelware.[50] Für Bayern fällt der Befund nicht anders aus.[51] Hier gibt es weder für die großen Organisationen, den DGB-Landesbezirk

unreflektiert übernommen wird, zum Arbeitnehmer wandelt, kann von den Autoren allerdings erst in sehr groben Umrissen deutlich gemacht werden. Gleiches gilt für die Mechanismen einer vermeintlichen, begrifflich ebenfalls sehr vagen „Etatisierung" des proletarischen Milieus in den fünfziger Jahren.

46 Einen ersten knappen Überblick über die Geschichte der SPD in einzelnen Bundesländern gibt Helga Grebing, Von der „Traditionskompanie" zur „Staatspartei". Die Modernisierung der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren im regionalen Vergleich, in: Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle, Klaus Tenfelde (Hrsg.) Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. FS für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 205–221; ferner Katrin Kusch, Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1951), Mainz 1989; Renate Meyer-Braun, Die Bremer SPD 1949–1959. Eine lokal- und parteigeschichtliche Studie, Frankfurt am Main 1982; auf breiter Quellengrundlage vor allem Holger Martens, Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schleswig-Holstein 1945–1959, 2 Bde., Paderborn 1998; wichtig Stefan Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975, Düsseldorf 1990.

47 Vgl. Christoph Kleßmann, Betriebsräte im Wiederaufbau, in: Heinrich-August Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland. 1945–1953, Göttingen 1979, S. 43–73, hier S. 47; eine kaum beachtete Pionierstudie ist in dieser Hinsicht Hans-Rainer Engelberth, Gewerkschaften auf dem Lande. Gewerkschaftsbund und Industriegewerkschaft Metall 1945–1971. Vergleichende historische Untersuchung über einen DGB-Kreis mit Verwaltungsstelle der IG Metall (Oberbergischer Landkreis) und einen DGB-Kreis ohne Verwaltungsstelle der Einzelgewerkschaften (Landkreise Euskirchen und Schleiden), Köln 1997.

48 Eine der wenigen Arbeiten, die sich dieser Frage nähert, ist Paul Erker, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1991; ders., Die Arbeiterschaft bei MAN 1945–1950, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiterschaft im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 546–572; knapp auch Christoph Kleßmann, Politisch-soziale Traditionen und betriebliches Verhalten von Industriearbeitern nach 1945. Umrisse am Beispiel zweier Werke, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag, Göttingen 1982, S. 365–381.

49 Vgl. Michael Fichter, Aufbau und Neuordnung: Betriebsräte zwischen Klassensolidarität und Betriebsloyalität, in: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke und Hans Woller, München ^{3}1990, S. 469–549; Michael Rüther, Zwischen Zusammenbruch und Wirtschaftswunder. Betriebsratstätigkeit und Arbeiterverhalten in Köln 1945 bis 1952, Köln 1991; zwar umstritten, aber nach wie vor von großem Wert sind die Arbeiten, die im Rahmen des LUSIR-Projekts durchgeführt worden sind. Vgl. dazu beispielhaft Michael Zimmermann, „Geh zu Hermann, der macht dat schon". Bergarbeiterinteressen im nördlichen Ruhrgebiet, in: Niethammer, „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist". S. 277–310; ebenfalls anregend Alexander von Plato, Nachkriegssieger. Sozialdemokratische Betriebsräte im Ruhrgebiet – Eine lebensgeschichtliche Untersuchung, in: ebenda, S. 311–359.

50 Dazu jüngst, gestützt vor allem auf Interviews, Wofgang Hindrichs u. a., Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen 2000; für die Geschichte der IG Bergbau erste Ansätze in: Karl Lauschke, Schwarze Fahnen an der Ruhr. Zur Politik der IG Bergbau und Energie in der Kohlenkrise, Marburg 1984.

51 Einen knappen Überblick bietet Klaus Tenfelde, Geschichte der Arbeiter in Bayern. Grundlagen-Entwicklung-Typologie, in: Acht Stunden sind kein Tag: Geschichte der Gewerkschaften in Bayern. Katalog zur Wanderausstellung 1997/98. Haus der Bayerischen Geschichte. Hrsg. von Ludwig Eiber u. a., Augsburg 1997, S. 15–23.

Bayern[52], die IG Metall und die bayerische Sozialdemokratie[53], noch zu führenden Personen der Arbeiterbewegung[54], Belegschaften einzelner Werke, geschweige denn zu Detailfragen einschlägige Vorarbeiten. Die Arbeitergeschichte Bayerns befindet sich damit wie die westdeutsche Arbeitergeschichte insgesamt auf einem unsicheren Boden. Hilfreich sind vor allem Überlegungen, die in jüngerer Zeit um die Neukonzeptionalisierung der Arbeitergeschichte angestellt werden. Thomas Welskopp hat diese Diskussion mit seiner, wenn auch manchmal überzogenen Kritik an der „Sozialgeschichte der Väter"[55] angestoßen. Wichtig war vor allem sein Hinweis, daß die Argumentationskette „Lage-Bewußtsein-Verhalten" zu einer Reduzierung der Perspektive auf die soziale Lage der Arbeiter geführt habe und das Verhalten der Arbeiterschaft vor allem aus ihren Organisationen[56], nicht jedoch aus der betrieblichen Lebenswirklichkeit erklärt wurde.[57] Im Zentrum der historiographischen Neuorientierung steht folglich vor allem das Verhältnis von Arbeiter- und Unternehmensgeschichte.[58]

[52] Einen knappen Überblick mit dem Schwerpunkt auf dem 19. und frühen 20. Jahrhundert gibt Klaus Schönhoven, Geschichte der Gewerkschaften in Bayern: Forschungsergebnisse und Fragestellungen, in: Acht Stunden sind kein Tag, S. 24–33; auch Schönhoven betont die Defizite der Gewerkschaftsforschung für die Zeit nach 1945, vgl. ebenda, S. 33; Claudia Lanig-Heese, Gewerkschaften in Bayern 1945 bis 1949, Marburg 1991; Michael Schröder, „In der vereinten Kraft muß unsere Stärke liegen!" Zur Geschichte des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, Köln 1985; ferner Dorit-Maria Krenn, Dietmar Grypa, „Wir sind erst Christen, dann Deutsche, dann Arbeiter". Die Christlichen Gewerkschaften in Bayern, in: Acht Stunden sind kein Tag, S. 54–66; für das 19. Jahrhundert zuletzt Susanne Mutert, Die bayerischen Gewerkschaften im 19. Jahrhundert. Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes (1868/69–1890), Essen 1997.

[53] Zur Geschichte der bayerischen SPD gibt es nach wie vor keine umfangreiche, quellengestütze Studie; Rainer Ostermann (Hrsg.), Freiheit für den Freistaat. Kleine Geschichte der bayerischen SPD, Essen 1994; Emil Werner, Im Dienst der Demokratie. Die bayerische Sozialdemokratie nach der Wiedergründung 1945, München 1982; Wolfang Behr, Sozialdemokratie und Konservativismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte der Nachkriegsentwicklung Bayerns, Hannover 1969; zusammenfassend Alf Mintzel, Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer, Passau 1998, S. 113–141.

[54] Eine Ausnahme bildet die Biographie Waldemar von Knoeringens, wobei diese Studie sich mit der Zeit nach 1945 kaum beschäftigt: Hartmut Mehringer, Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie, München u.a. 1989; Peter Kritzer, Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979; die jüngste biographische Studie zu Georg Kronawitter, dem ehemaligen Münchner Oberbürgermeister, kann aus wissenschaftlicher Sicht nicht befriedigen. Vgl. Walter Grasser, Friedrich Hettler, Der „rote Schorsch". Georg Kronawitter – ein bayerischer Politiker, Wallmoden 1998.

[55] Vgl. Thomas Welskopp, Die Sozialgeschichte der Väter: Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft, in: GuG 24 (1998), S. 173–198.

[56] Auch in der Studie von Gerhard A. Ritter, Klaus Tenfelde, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992, wird der Betrieb als eigenständiges Handlungsfeld kaum berücksichtigt; zur Kritik vgl. auch Klaus Weinhauer, Arbeiterklasse ohne Arbeiterhandeln, in: 1999 8 (1993), H. 3, S. 80–88.

[57] Für die Neuorientierung der Arbeitergeschichte anregend: Rüdiger Hachtmann, Industriearbeit im Dritten Reich, Göttingen 1989; ebenfalls Klaus Weinhauer, Alltag und Arbeitskampf im Hamburger Hafen. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1918–1933, Hamburg 1994.

[58] Eindringlich dazu vor allem Thomas Welskopp, Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte, in: GuG 22 (1996), S. 118–142; Karl Lauschke, Arbeitergeschichte und Unternehmensarchive, in: Archiv und Wirtschaft 33 (2000), S. 166–171; einen instruktiven Überblick über den Stand der unternehmenshistorischen Forschung bei Paul Erker, Aufbruch zu neuen Paradigmen. Unternehmensgeschichte zwischen sozialgeschichtlicher und betriebswirtschaftlicher Erweiterung, in: AfS 47 (1997), S. 321–365; zur Diskussion innerhalb der Unternehmensgeschichte vgl. einführend Toni Pierenkemper, Unterneh-

Daß der Betrieb vernachlässigt wurde, lag vor allem daran, daß die sozialtheoretische Diskussion ihn lange Jahre in erster Linie als zweckrationale Organisation gedeutet hat, die sich ausschließlich an Profitinteressen orientiert habe.[59] Dabei wurde nicht berücksichtigt, daß Unternehmen auch als differenzierte Sozialsysteme zu verstehen sind, in denen betriebsstrategische Entscheidungen nicht nur die Sache des Management sind, sondern auch Produkt fragiler Machtverhältnisse zwischen Betriebsrat, Gewerkschaft, Belegschaft und Unternehmensführung. Der Betrieb erscheint in diesem Licht nicht mehr als streng hierarchisch strukturiertes Gebilde, das im Zeichen der Logik der kapitalistischen Wirtschaft steht.[60] Vielmehr werden auch der Aktionsradius von Arbeitnehmern deutlich, die Handlungsspielräume innerbetrieblicher Mitbestimmung und die unterschiedlichen Formen von Macht-, Herrschafts- und Kommunikationsbeziehungen innerhalb eines Unternehmens.[61] Der Betrieb wird damit als Seismograph sozialer Veränderungen in den Blick genommen und Arbeitergeschichte mehr als bisher in den Betrieb hineinverlagert.[62]

Solchen Fragen ist bisher vor allem die Industrie- und Organisationssoziologie nachgegangen. Hierzu liegen unter dem Stichwort „Mikropolitik im Unternehmen" bereits eine Reihe von Arbeiten vor.[63] Im deutschsprachigen Raum wurde der Begriff der „micropolitics"[64] erst von Horst Bosetzky[65] und schließlich in den

mensgeschichte: eine Einführung in ihre Methoden und Ergebnisse, Stuttgart 2000; der Schwerpunkt liegt aber vor allem auf der Zeit vor 1945; ders., Was kann eine moderne Unternehmensgeschichte leisten? Und was soll sie tunlichst vermeiden, in: ZfU 44 (1999), S. 15–31; Anne Nieberding, Clemens Wischermann, Unternehmensgeschichte im institutionellen Paradigma, in: ZfU 43 (1998), S. 35–48.

[59] Einen Überblick über den Stand der Industriesoziologie bieten Burkart Lutz, Gert Schmidt, Industriesoziologie, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung. Herausgegeben von René König, Bd. 8, Stuttgart [2]1977, S. 101–262, hier S. 168–181; Martin Birke, Michael Schwarz, Der Betrieb als arbeitspolitische Arena der Arbeits- und Technikgestaltung, in: Soziale Welt 41 (1990), H. 2. S. 167–182; Joke Frerichs, Betrieb als System und Handlungsstruktur, in: Gerd Peter (Hrsg.), Arbeiterforschung, Dortmund 1991, S. 11–123; Peter Alheit, Lebenswelt „Betrieb". Zur wissenssoziologischen Bedeutung der Arbeitssphäre, Frankfurt am Main 1995.

[60] Ein lange Zeit kaum rezipierter Versuch liegt mit der Arbeit von Rudolf Vetterli, Industriearbeit, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation. Dargestellt am Beispiel der Georg Fischer AG (1890–1930), Göttingen 1978, vor. Vetterlis Untersuchung war eine der ersten, die sich um eine enge Verbindung von Unternehmensgeschichte, Sozialgeschichte und Industriesoziologie bemühte. Sie ist in ihrer analytischen Tiefenschärfe und argumentativen Stringenz bislang kaum übertroffen. In eine ähnliche Richtung geht auf der Grundlage neuerer industriesoziologischer Forschungen Thomas Welskopp, Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994.

[61] Grundlegend dazu Anthony Giddens, Die Konstitution der Gesellschaft, Frankfurt am Main [2]1995; Lauschke, Welskopp, Mikropolitik.; anregend Werner Plumpe, Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik. Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur chemischen Industrie, München 1999, bes. S. 20–32.

[62] In diese Richtung weisen auch die knappen Bemerkungen bei Christian Kleinschmidt, Unternehmensgeschichte als Sozial- und Alltagsgeschichte, in: Frank Markowski (Hrsg.), Der letzte Schliff. 150 Jahre Arbeit und Alltag bei Carl Zeiss Jena, Berlin 1997 (Begleitband zur Ausstellung), S. 282–301; vgl. auch Karl Lauschke, Traditionelle und alternative Betriebsgeschichte?, in 1999 4 (1989), H. 2, S. 175–179.

[63] Einen knappen Überblick gibt Martin Brüggemeier, Anke Felsch, Mikropolitik, in: Die Betriebswirtschaft 52 (1992), H. 1, S. 133–136.

[64] Erstmalig wird der Begriff gebraucht bei Tom Burns, Micropolitics. Mechanisms of Institutional Change, in: Administrative Science Quarterly 6 (1961), S. 257–281.

[65] Horst Bosetzky, Mikropolitik, Machiavellismus und Machtkumulation, in: Willi Küpper, Günther

achtziger Jahren durch den Betriebswirt und Organisationssoziologen Günther Ortmann aufgegriffen.[66] Seine Kritik galt dem vermeintlichen „mainstream" der industriesoziologischen Forschung[67]: Zu lange, so sein Vorwurf, habe die Industriesoziologie an ihrer starren marxistischen Theorieorientierung und ihrem ökonomischen Determinismus festgehalten. Der Glaube an die Rationalität des innerbetrieblichen Geschehens habe dazu geführt, daß die Industriesoziologie blind geworden sei für den Zusammenhang von industrieller Entwicklung, Technik und betrieblicher Organisation. Ortmann zog aus seiner Kritik vor allem eine Konsequenz: Die Industriesoziologie sollte eine theoretische Neuorientierung im Zeichen einer institutionellen und politischen, kognitiven und interpretativ-kommunikativen Ausrichtung wagen. Dabei müsse der Blick auf die „historischen Kontingenzen, offene[n] Optionen, institutionelle[n] und kulturelle[n] Bedingungskonstellationen"[68] gerichtet werden. Als alternatives Modell schlug Ortmann das Konzept der Mikropolitik[69] vor, das durch eine Analyse des Binnenlebens von Organisationen die soziale, politische und ökonomische Gestaltung der Mikroebene von Gesellschaft entschlüsseln sollte. Das Neue seiner Überlegungen sah Ortmann vor allem in dem Versuch der Überwindung des Kontrollparadigmas[70] innerhalb der Industriesoziologie, das in einer Konzentration auf die endogenen und exogenen Momente der Kontrolle im kapitalistischen Produktionssystem bestanden habe. Demgegenüber betonen Ortmann und andere[71] das Zusammenspiel und die sich gegenseitig bedingenden Elemente von Macht und Freiheit, von Kontrolle und Konsens. „Die Freiheit des einen bedeutet eine machtvolle Restriktion der Möglichkeiten des anderen; Kontrolle zielt nicht auf den ohnehin total Willfährigen – der bedarf keiner Kontrolle – sondern auf Individuen mit – und sei es noch so residualer – eigener Autonomie."[72] Der Begriff der Mikropolitik dient damit zur strategischen Organisationsanalyse[73], die sich darum bemüht, die politischen Dimensionen von Organisationen zu beleuchten und den „Glaube[n] an

Ortmann (Hrsg.), Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen, Opladen ²1992, S. 27–37.

66 Vgl. Günther Ortmann, Macht, Spiel, Konsens, in: Willi Küpper, ders. (Hrsg.), Mikropolitik, S. 13–26; ders., Formen der Produktion, Opladen 1995; ders., u.a. (Hrsg.), Computer und Macht in Organisationen. Mikropolitische Analysen, Opladen 1990.

67 Günther Ortmann, „Dark Stars" - Institutionelles Vergessen in der Industriesoziologie, in: Niels Beckenbach, Werner van Treeck (Hg.), Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, Göttingen 1994, S. 85–118.

68 Ortmann, Dark Stars, S. 93.

69 Ortmann, Macht, S. 16.

70 Vgl. dazu in erster Linie die Arbeit von Harry Braverman, Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt am Main 1980; Richard Edwards, Herrschaft im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt am Main 1981; David M. Gordon u.a., Segmented Work, Divided Workers: The Historical Transformation of Labor in the United States, New York 1982.

71 Vgl. u.a. Heiner Minssen, Kontrolle und Konsens. Anmerkungen zu einem vernachlässigten Thema der Industriesoziologie, in: Soziale Welt 41 (1990), S. 365–382, hier S. 366ff.

72 Ortmann, Macht, S. 16.

73 Dazu ausführlich Michel Crozier, Erhard Friedberg, Die Zwänge kollektiven Handelns. Über Macht und Organisation, Frankfurt am Main 1993.

die Potenz der Hierarchie"[74] zu erschüttern, ohne daß dabei die „Macht des Kapitals oder die Zwänge der Umwelt absolut gesetzt werden sollen".[75]

Wichtiges Analyseinstrument ist die Spiel-Metapher. Damit sollen Organisationen wie Unternehmen als das „Ergebnis einer Reihe von Spielen"[76] unterschiedlich autonomer Akteure wie Betriebsrat, Gewerkschaft oder Geschäftsführung verstanden werden. Durch formelle und informelle Regeln sind sie an das Gesamtsystem gebunden und orientieren ihr Handeln an erfolgversprechenden Strategien innerhalb des Spiels. Auf diese Weise werden sie in die Organisation integriert, sie unterwerfen sich den Anweisungen und Regeln, die ihnen das Spiel vorgibt, und tragen so – freiwillig oder auch gegen ihre eigene Absicht – zur Erfüllung der Organisationsziele bei. Die Teilnehmer des Spiels sind dabei zwar an organisationsspezifische Rationalitäten gebunden und handeln kontingent, sie sind aber nicht notwendigerweise gleich starke Spieler. Sie unterscheiden sich durch die Beherrschung organisationseigener Unsicherheitszonen genauso wie durch die Relevanz ihres Handelns für die Organisation. Die Entscheidungsoffenheit der Akteure, die innerorganisatorische Wandlungsfähigkeit sowie die Funktionsfähigkeit und Effizienz von Organisationen stehen im Zentrum des Spiel-Begriffs, der sich sowohl gegen systemfunktionale wie systemdeterministische Erklärungsmodelle abgrenzt.[77]

In der Geschichtswissenschaft sind diese, vielfach sehr abstrakt klingenden Überlegungen bislang kaum rezipiert worden.[78] Allerdings sind in den letzten Jahren im Umfeld des Arbeitskreises für kritische Unternehmens- und Industriegeschichte Bemühungen erkennbar, die großen Theorieentwürfe praktisch umzusetzen.[79] Mit Karl Lauschkes Studie über die „Hoesch-Arbeiter und ihr Werk"[80] liegt mittlerweile auch für die Nachkriegszeit eine methodisch reflektierte Arbeit vor, die auf eine mikropolitisch erweiterte Unternehmensgeschichte zielt und

[74] Achim Brosziewski, Wozu Mikropolitik, in: ders. (Hrsg.), Mikropolitik. Referate der Tagung der Universität St. Gallen, 22.–24. 2. 1996, Dokumentation Nr. 8 der Sektion „Politische Soziologie" der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, St. Gallen 1996, S. 9–12, hier S. 10.

[75] Ortmann, Macht, S. 19; vgl. auch ders., Mikropolitik und systematische Kontrolle, in: Jörg Bergstermann u. a. (Hrsg.), Systemische Rationalisierung als sozialer Prozeß. Zu Rahmenbedingungen und Verlauf eines neuen betriebsübergreifenden Rationalisierungstypus, Bonn 1991, S. 99–122.

[76] Crozier, Friedberg, Zwänge S. 69; folgendes nach ebenda.

[77] Vgl. dazu auch Martin Birke, Betriebliche Technikgestaltung und Interessenvertretung als Mikropolitik. Fallstudien zum arbeitspolitischen Umbruch, Wiesbaden 1992, S. 52–63.

[78] Vgl. dazu Dietmar Süß, Mikropolitik und Spiele: zu einem neuen Konzept für die Arbeiter- und Unternehmensgeschichte, in: Jan-Otmar Hesse, Christian Kleinschmidt, Karl Lauschke (Hrsg.), Kulturalismus, neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte, Essen 2002, S. 117–136.

[79] Vgl. Erker, Aufbruch, S. 328–334; Werner Plumpe, Christian Kleinschmidt (Hrsg.), Unternehmen zwischen Markt und Macht. Aspekte deutscher Unternehmens- und Industriegeschichte, Essen 1992; einen Überblick bei Ulrich Pfister, Werner Plumpe, Einleitung: Plädoyer für eine theoriegestützte Geschichte von Unternehmen und Unternehmern, in: Westfälische Forschungen 50 (2000), S. 1–21.

[80] Vgl. Karl Lauschke, Die Hoesch-Arbeiter und ihr Werk. Sozialgeschichte der Dortmunder Westfalenhütte während der Jahre des Wiederaufbaus 1945–1966, Essen 2000; ders., Industrielle Beziehungen im Betrieb nach 1945: Das Beispiel der Dortmunder Westfalenhütte, in: Plumpe, Kleinschmidt (Hrsg.), Unternehmen, S. 123–136; ders., „In die Hände spucken und ran!" Arbeiterschaft und Betriebsräte während der Nachkriegsjahre. Zugleich ein Literaturbericht, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 19 (1990), S. 313–338; ders., „Wir sind heute mehr Mensch als früher". Unternehmenskultur in einem montanmitbestimmten Großbetrieb der fünfziger Jahre, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1993, H. 2, S. 137–157.

nach dem Handeln der Belegschaft fragt. Auf breiter Quellenbasis untersucht Lauschke aus der Mikroperspektive eines Betriebes der Eisen- und Stahlindustrie zentrale Probleme der Unternehmens- und Arbeitergeschichte wie beispielsweise die unterschiedlichen Formen von Konflikt und Kooperation oder Disziplinierungs- und Machtformen der subsidiären Betriebsordnung. Fixiert auf das Belegschaftshandeln, muß er jedoch außerbetriebliche Faktoren unweigerlich vernachlässigen. Das gilt für die Lebensverhältnisse der Industriearbeiterschaft, die Veränderungen der Arbeitermilieus und die Verbindung von innerbetrieblich organisierter Arbeiterbewegung mit ihren lokalen und regionalen Parteiorganisationen. Damit wird auch zugleich die grundsätzliche Gefahr aller Arbeiten deutlich, die auf dem Mikropolitik-Ansatz basieren: die Verabsolutierung des Betriebes und die Ausblendung nicht-betrieblicher sozialer und politischer Wirkungszusammenhänge.[81]

Um die unterschiedlichen Dimensionen des Arbeiterlebens analytisch verknüpfen zu können, scheint es sinnvoll, das soziale Handlungsfeld[82] Betrieb als Teil eines Sozial- und Produktionsmilieus zu begreifen. Damit sollen die vielfältigen branchenspezifischen Strukturierungsprinzipien deutlich gemacht und geläufige Vorannahmen über den Grad an Kohärenz und Homogenität proletarischer Lebenswelten überprüft werden. Vier Bereiche bilden das Korsett eines so revidierten Ansatzes[83], der für die vorliegende Studie maßgeblich ist: Erstens der Betrieb, zweitens der Markt, die branchenspezifische Konjunktur und der regionale Arbeitsmarkt, drittens die politischen Organisationen, also die SPD, die KPD und die Gewerkschaften, und viertens die außerbetriebliche Lebenswelt, zu der u.a. die Bereiche Wohnen und Freizeitverhalten gehören. Der Begriff „soziales Handlungsfeld" beschreibt dabei einerseits die strukturellen Rahmenbedingungen von Handlungen, deutet aber gleichzeitig auf die Spielräume und Ressourcen von historischen Akteuren hin, die selber die Regeln ihrer Handlungen mitbestimmen. Für die Geschichte der Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik geht von solchen Überlegungen eine besondere Anziehungskraft aus: Nimmt man Hans Günter Hockerts Einschätzung ernst, der die Abschleifung sozialer Milieus zu den wesentlichen Merkmalen der Geschichte Westdeutschlands nach 1945 zählt[84], dann wird es über einen methodisch so erweiterten Ansatz der Arbeiter- und Unternehmensgeschichte möglich, wesentliche Kennzeichen der Nachkriegszeit zu verdeutlichen: die spezifische Form des sozialpartnerschaftlichen Konsenses und der westdeutschen Arbeitsverfassung[85], die Öffnung und Wand-

[81] Einen überzeugenden Weg schlägt Hartmut Berghoff mit seinem Konzept „Unternehmensgeschichte als Gesellschaftsgeschichte" vor. Hartmut Berghoff, Zwischen Kleinstadt und Weltmarkt. Hohner und die Harmonika 1857–1961, Paderborn u.a. 1997, S. 13–17. Die Studie Berghoffs verbindet pointiert die Geschichte des Familienbetriebes Hohner mit der Geschichte von Stadt, Region, Branche und Belegschaft.

[82] Vgl. Welskopp, Arbeit, S. 42–47.

[83] Vgl. Welskopp, Arbeit, S. 47ff.

[84] Vgl. Hans Günter Hockerts, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: APuZ, B 29/30 (1993), S. 3–19, hier S. 16.

[85] Vgl. Gerhard A. Ritter, Der Sozialstaat – Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München ²1991; Bernd Frick, Die Funktionsfähigkeit der bundesdeutschen Betriebsverfassung. Quantitative und qualitative Evidenz im Überblick, in: Industrielle Beziehungen 4 (1997), H. 3, S. 172–195.

lung der Sozialdemokratie von der Klassen- zur Volkspartei und damit die Gleichzeitigkeit von Erosion und Transformation sozialdemokratischer Arbeitermilieus. Die vorliegende Studie nimmt also die interdisziplinäre Diskussion um eine Rekonzeptionalisierung der Arbeiter- und Unternehmensgeschichte auf und versucht, sie für die Sozial- und Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik fruchtbar zu machen.

4. Quellenlage

Die Quellengrundlage der Arbeit ist insgesamt gut, teilweise sogar ausgezeichnet. Mehrere zentrale Bestände wurden für diese Arbeit erstmals ausgewertet. Zunächst waren es die Akten der Bayerischen Braunkohlen-Industrie AG. Der Bestand im Staatsarchiv Amberg umfaßt Akten vor allem aus der Zeit nach 1945. Vorhanden sind die Korrespondenzakten mit den staatlichen Stellen, der Gemeinde und dem Landkreis sowie die Unterlagen des betriebsmedizinischen Dienstes, innerbetriebliche Statistiken zur Lohn- und Gehaltsentwicklung der Belegschaft, zur Unfallhäufigkeit und zum Krankenstand. Leider sind zwischen der Schließung der BBI und der Archivierung zahlreiche Dokumente vernichtet worden, so unter anderem die Handakten der Vorstandsmitglieder und die Unterlagen des Lohn- und Gehaltsbüros. Im Archiv des Bayernwerkes, das möglicherweise Abhilfe schaffen könnte, sind nach Aussage des Unternehmens[86] keine einschlägigen Dokumente vorhanden. Überliefert ist zumindest teilweise auch der Schriftwechsel mit dem Arbeitgeberverband im Bergbau, dem Berg- und Hüttenmännischen Verein (BHV). Die monatlichen Rundschreiben des BHV vermitteln einen genauen Einblick in tarifpolitische und arbeitsrechtliche Konflikte zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften. Die Aufsichtsratsprotokolle der BBI sind im Staatsarchiv Amberg nicht vorhanden. Allerdings finden sich in den Beständen des bayerischen Finanz- und Wirtschaftsministeriums zumindest für die Zeit bis 1950 Ersatzüberlieferungen. Für weitere Fragen wurden ferner die Akten der bayerischen Staatskanzlei und des Arbeitsministeriums sowie das Archiv des bayerischen Landtages und das Archiv des Statistischen Landesamtes eingesehen. Bearbeitet wurde außerdem der Bestand des Bergamtes Amberg, der ebenfalls im Staatsarchiv Amberg verwahrt wird. Hier fanden sich die Sozialberichte des Unternehmens für 1958 und 1966. Teile der innerbetrieblichen Statistik wurden zudem in der Betriebszeitung der BBI, dem Bayerischen Braunkohlen Bergbau, veröffentlicht und konnten für die Arbeit ergänzend herangezogen werden. Die noch bestehende „Neue Maxhütte" verfügt nach eigenen Angaben über keine einschlägigen Unterlagen mehr. Einige Konkurse und Besitzerwechsel haben frühere Bestände sehr schmal werden lassen, allerdings zeigte das Unternehmen auch keinerlei Interesse an der Erforschung seiner Geschichte. Als hervorragende Parallelüberlieferung erwies sich das teils unverzeichnete Betriebsratsarchiv der Maxhütte aus Sulzbach-Rosenberg im IG Metall-Zentralarchiv und im DGB-Archiv. Der Bestand, der den gesamten Untersuchungszeitraum umfaßt, beinhaltet neben den

[86] Brief der Bayernwerk AG an den Verf. vom 20. August 1997.

Betriebsratsprotokollen auch die Berichte der Sozialabteilung, die Aufsichtsratsprotokolle und die Unterlagen der Betriebskrankenkasse sowie die Korrespondenz mit Gewerkschaften, Vertrauensleuten und Betriebsdirektion. Für die Frage nach Arbeitsidentität und sozialem Konflikt im Produktionsprozeß waren vor allem die nicht-veröffentlichten soziologischen Untersuchungen einschlägig, die im Auftrag des WWI, des Wirschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituts des DGB, Anfang der fünfziger Jahre in der Maxhütte durchgeführt wurden und neben umfangreichen sozialstatistischen Daten auch Gruppeninterviews mit Arbeitern verschiedener Produktionsbereiche enthalten. Sie befinden sich ebenfalls im IG-Metall Zentralarchiv.

Eingesehen wurden außerdem die Akten in den Gemeinde- und Stadtarchiven von Sulzbach-Rosenberg, Wackersdorf, Schwandorf, Burglengenfeld und Maxhütte-Haidhof, die vor allem für die Beziehung zwischen Unternehmen und Gemeinde aufschlußreich sind, und die Akten des IG Bergbau-Bezirks Süddeutschland und der Geschäftsstelle Nordbayern, die in unverzeichneten Ordnern verwahrt werden. Von besonderem Interesse sind hier die Protokolle der Tarifverhandlungen der IG Bergbau Nordbayern mit der BBI zwischen 1950 und 1978. Unterlagen der IG Metall-Verwaltungsstellen Amberg und Regensburg sind dagegen nicht mehr vorhanden bzw. nicht zugänglich. Allerdings sind im Bayerischen Wirtschaftsarchiv die Bestände des Arbeitgeberverbandes der oberpfälzischen Hüttenindustrie und darin die von beiden Seiten autorisierten Tarifverhandlungsprotokolle überliefert. Konsultiert wurden schließlich die umfangreichen Bestände der Abteilung Mitbestimmung und Organisation im zentralen Archiv der IG Bergbau in Bochum sowie die Experten-Interviews, die Anfang der achtziger Jahre mit den BBI-Betriebsräten und dem Arbeitsdirektor Hans Meisl für eine Gewerkschaftsstudie über die Folgen der Mitbestimmung durchgeführt worden sind.[87] Bei aller Vorsicht gegenüber Zeitzeugenberichten als historischer Quelle[88] bieten die Interviews doch einen genauen Einblick in die Aufgaben und Probleme von Betriebsrat und Arbeitsdirektor. Da die Betriebsratsprotokolle mit wenigen Ausnahmen vernichtet wurden, sind sie eine unverzichtbare Ersatzüberlieferung für die wenigen Unternehmensakten, in denen Betriebsräte als Akteure in Erscheinung treten.

Für die Geschichte der SPD liegen neben den weitgehend unverzeichneten Abgaben des Bezirks Niederbayern/Oberpfalz sowie den Unterlagen des SPD-Landes- und Parteivorstandes im Archiv der sozialen Demokratie auch die Akten des Parteiarchivs der SPD Schwandorf und einige private Sammlungen vor. Während die Überlieferung für die fünfziger Jahre insgesamt eher dürftig ist, nimmt die Dichte und Qualität im Laufe der sechziger Jahre deutlich zu. Hilfreich für die

[87] Vgl. Norbert Ranft, Vom Objekt zum Subjekt. Montanmitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945, Köln 1988.

[88] Vgl. dazu u.a. Hans Günter Hockerts, Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: APUZ B 28/2001, S. 15–30, hier S. 19–21; Alexander von Plato, Zeitzeugen und die historische Zunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis, in: BIOS 13 (2000), S. 5–29; Lutz Niethammer, Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: ders., Alexander von Plato (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten", S. 392–445.

Frühgeschichte der Parteien insgesamt sind die Akten der amerikanischen Militärregierung für Bayern (OMGBY), die sich im Institut für Zeitgeschichte befinden.

II. Kriegsende und Wiederaufbau: Die oberpfälzische Montanindustrie unter amerikanischer Besatzung

1. Kriegsende 1945

Die Kämpfe um das oberpfälzische Industriezentrum Sulzbach-Rosenberg hatten nicht lange gedauert. Dann waren unter der Übermacht der amerikanischen Truppen die letzten verzweifelten Verteidigungsversuche zusammengebrochen.[1] In den Nachmittagsstunden des 22. April 1945 war die Stadt von zwölf Jahren verbrecherischer Diktatur befreit. Nachdem die beiden NSDAP-Funktionäre, der Ortsgruppenleiter und stellvertretende Bürgermeister Georg Pickel und sein Stellvertreter Otto Müller, nur wenige Tage zuvor noch dazu aufgerufen hatten, die Stellungen zu halten und bedingungslos weiterzukämpfen, mußten sie die Stadt nun kleinlaut den amerikanischen Militärbehörden übergeben. Zügig übernahmen die Amerikaner das Kommando. Die Bevölkerung wurde aufgefordert, die Luftschutzkeller zu verlassen und den Anweisungen der Besatzungsmacht Folge zu leisten.[2] Die Ausgangszeit blieb zunächst auf wenige Stunden beschränkt. Waffen, Fotoapparate und Propagandamaterial waren abzugeben, die Häuser weiß zu beflaggen. Die führenden Köpfe der Nationalsozialisten[3] wurden, sofern sie sich nicht bereits abgesetzt hatten, verhaftet und die rund 650 russischen, polnischen, französischen und belgischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen aus den Lagern um Sulzbach-Rosenberg befreit.[4]

Die Einheiten der 71. US-Infanterie Division, die die Oberpfalz befreiten, beschlagnahmten umgehend die Gebäude der öffentlichen Verwaltung und richteten ihre Zentrale im alten Amtsgericht der Stadt ein. Wie in vielen anderen bayerischen Städten und Gemeinden wurde die örtliche Gendarmerie zunächst entwaffnet, einige Polizisten wurden sofort durch die amerikanische Militärpolizei festge-

1 Stadtarchiv Sulzbach-Rosenberg, A 2700, Memoiren des Regierungsinspektors Richard Ludwig beim Landratsamt Sulzbach-Rosenberg (Manuskript vom 15. 4. 1945 bis Ende Mai 1945).

2 Stadtarchiv Sulzbach-Rosenberg, A 1829, Polizeimeister Leinhäupl vom 25. 6. 1945.

3 IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/73–1/43, Die führenden Nationalsozialisten des Landkreises und ihre Stellung in der Gegenwart vom 31. 4. 1949.

4 Dazu ausführlich Reiner Ehm, „Stalag XIII A" Sulzbach-Rosenberg: kein Einzellager, sondern ein Lagerkomplex, in: Das Kriegsende in Sulzbach-Rosenberg. 22. April 1945, hrsg. vom Stadtmuseum Sulzbach-Rosenberg, Amberg 1995, S. 43–52, hier S. 50; die Anzahl der Zwangsarbeiter bei der Maxhütte läßt sich noch nicht genau bestimmen. Am 1. Juli 1944 waren in allen Werken der Maxhütte insgesamt 1414 Kriegsgefangene beschäftigt, davon 1007 russische Zwangsarbeiter; vgl. IfZ-Archiv, Nürnberger Dokumente, NI 3297, Meldung von Ausländischen Arbeitskräften bei der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 4. 7. 1944.

setzt.[5] Auf großgedruckten Plakaten konnte die Bevölkerung um den Luitpoldplatz, dem Mittelpunkt des städtischen Lebens, lesen, was sie in Zukunft von der Militärregierung erwarten durften: „Ich, General Dwight Eisenhower, Oberster Befehlsherr der Alliierten Streitkräfte, gebe hiermit Folgendes bekannt: Die Alliierten Streitkräfte, die unter meinem Oberbefehl stehen, haben jetzt deutschen Boden betreten. Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet [...] werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beseitigen, die NSDAP auflösen sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtssätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben."[6]

Das öffentliche Leben war schon vor dem 22. April weitgehend zusammengebrochen. In der Agonie der letzten Kriegswochen war die Versorgungslage der einheimischen Bevölkerung außerordentlich schwierig geworden. Die große Zahl von Flüchtlingen und Evakuierten[7], die in die Region strömten, vergrößerten die gravierenden Ernährungsengpässe noch, auf die die lokalen NSDAP-Eliten schon lange keine Antwort mehr wußten. Zwischen Mai 1939 und Dezember 1945 war die Bevölkerung in Sulzbach-Rosenberg von 11501 auf 15762 angestiegen[8] und erreichte im Oktober 1946 annähernd 17000 Personen[9]; wenige Tage vor der Kapitulation hielten sich fast 3200 Evakuierte vor allem aus dem Norden Deutschlands und dem benachbarten Nürnberg in der Stadt auf.[10] Der Hilferuf Johann Häuslers, des wiedereingesetzten alten BVP-Bürgermeisters aus der Weimarer Republik, war wohl nicht übertrieben, als er im November 1945 auf die großen Schwierigkeiten seiner Stadt bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge hinwies. Zwar grassierten noch keine schweren Krankheiten bei den geschwächten Frauen, Männern und Kindern aus dem Osten, aber die Lösung der akuten Krise sei nur durch einen sofortigen Zuzugsstopp zu gewährleisten.[11] Dies war freilich nicht möglich, denn noch war kein Ende der Flüchtlingstrecks abzusehen, die vor allem aus der nahen Tschechslowakei in der Oberpfalz eintrafen.

Bei aller Not hatten die Flüchtlinge noch Glück im Unglück. Brot und Kartoffeln, Fleisch und Mehl waren zwar genauso Mangelware wie Milch für die Kinder oder Heizmaterial für den bevorstehenden Winter. Immerhin aber war die Infrastruktur der Stadt in ihrem Kern intakt geblieben.[12] Nur vereinzelt hatten in den Tagen vor dem 22. April alliierte Jagdbomber die Gegend um die Maxhütte ange-

[5] Ausführlich Thomas Schlemmer, Die Amerikaner in Bayern. Militärregierung und Demokratisierung nach 1945, in: Heinrich Oberreuter, Jürgen Weber (Hrsg.), Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland, München 1996, S. 67–99.

[6] Stadtarchiv Sulzbach-Rosenberg, Gedrucktes Plakat zum Aushang, 1945, Proclamation No. 1.

[7] Vgl. grundlegend Katja Klee, Im „Luftschutzkeller des Reiches". Evakuierte in Bayern 1939–1953. Politik, soziale Lage, Erfahrungen, München 1999.

[8] Stadtarchiv Sulzbach-Rosenberg, A 5443, Personenstandsaufnahme am 10. 12. 1945.

[9] Stadtarchiv Sulzbach-Rosenberg, A 5445, Volkszählung am 29. 10. 1946.

[10] Johannes Hartmann, Das Leben in Sulzbach-Rosenberg in den ersten Nachkriegsjahren, in: Kriegsende, S. 53–76, hier S. 59.

[11] Stadtarchiv Sulzbach-Rosenberg, 2251, Halbmonatsbericht des Bürgermeisters Häuslers an den Landrat von Sulzbach-Rosenberg vom 20. 11. 1945.

[12] Zu den Versuchen der Kommunalpolitiker, die Ernährung der Bevölkerung zu sichern vgl. beispielsweise die Diskussion über die Einführung von Volksküchen im Stadtrat 1946. Stadtarchiv Sulzbach-Rosenberg, Protokolle des Stadtrates vom 4. 10. 1946, 30. 10. 1946, 20. 12. 1946.

griffen. Die Arbeitersiedlungen der Hütten- und Grubenarbeiter blieben von Bomben genauso verschont wie die Schulhäuser und die großen Schloßanlagen, in denen seit 1942 ein Teil des evangelischen Waisenhauses aus Potsdam untergebracht war. Gleiches galt auch für die Hochöfen und Schachtanlagen der Maximilianshütte und die wenigen Hallen und Firmengebäude anderer kleinerer Betriebe.[13] Es gab zwar Schäden am Rathaus und an der Pfarr- und Annabergkirche, das war aber nicht vergleichbar mit den Verwüstungen, die alliierte Fliegerangriffe in der Gegend um Schwandorf, dem zweiten Zentrum der oberpfälzischen Montanindustrie, angerichtet hatten. Dort waren bei einem alliierten Bombardement fünf Tage zuvor etwa 1250 Menschen ums Leben gekommen.[14] Am 23. April 1945 erreichten amerikanische Truppen auch Schwandorf und Wackersdorf. In der Wackersdorfer Pfarrchronik hielt Pfarrer Hermann Köstelbacher seine Eindrücke über diesen Tag fest: „Heute gegen 5 Uhr abends drangen die ersten Amerikaner von Brückelsdorf her in Wackersdorf ein, so überraschend schnell, daß sie kaum gemeldet werden konnten. [...] Etwa eine Stunde danach mußten wir den Pfarrhof für die amerikanischen Ärzte und das Sanitätspersonal räumen. Gottdank ist der Ort kampflos übergeben worden."[15] Am selben Tag wurde auch das Verwaltungsgebäude der BBI besetzt, das sich etwa sechs Kilometer südlich von Schwandorf befand, und das gesamte Unternehmen der Besatzungsmacht unterstellt. Der Leistungsfähigkeit der BBI tat dies allerdings keinen Abbruch. Schon wenige Tage nach der Besetzung lief der Braunkohlenabbau wieder auf vollen Touren, und etwa 600 Kumpel aus der Region sorgten dafür, daß in der Oberpfalz – im wörtlichen Sinne – die Lichter nicht ausgingen. Auch den Amerikanern war die überlebenswichtige Funktion der BBI klar. „Die Beschlagnahme von Kohle aus Gruben", so der zuständige Offizier John G. Collins, „die das [...] Kraftwerk versorgen, durch Militärische [sic] Einheiten, müssen sorgfältig geprüft werden, um den Betrieb dieses Werkes nicht zu gefährden."[16] Immerhin 100 Tonnen Rohkohle lieferte die BBI seit Juli 1945 täglich an die U.S. Army, das entsprach etwa 20 Prozent ihrer Gesamtförderung.

An der Spitze des Betriebes war zunächst alles beim alten geblieben. Die Amerikaner griffen erst im September 1945 ein, als sie den nationalsozialistischen „Betriebsführer" Hermann Everding sowie Betriebsdirektor Dehne ablösten. 1875 geboren, hatte Everding seit 1928 an der Spitze der BBI gestanden. Der kantige Oberbergwerksdirektor und „aufrichtige[r] Parteigenosse"[17] war bei der Belegschaft alles andere als unumstritten. Immer wieder war es in den dreißiger und vierziger Jahren über die Frage der Arbeitszeiten zu massiven Auseinandersetzungen gekommen, zuerst mit den Betriebsräten und Gewerkschaften, nach der „Machtergreifung" dann mit den DAF-Vertrauensmännern. Die Vorwürfe, Ever-

[13] Vgl. Hartmann, Kriegsende, S. 67.
[14] Ausführlich dazu Georg Klitta, Das Finale des Zweiten Weltkrieges in Schwandorf, Schwandorf 1970.
[15] Zit. nach Josef Rappel, Wackersdorf – Das Werden einer modernen Industriegemeinde, Amberg 1974, S. 185.
[16] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 591, Hauptquartier der Militärregierung für Bayern, Abteilung öffentliche Versorgung, an die Bayernwerk A.G. vom 6. 7. 1945.
[17] BWA, V7/58, Schreiben an den Treuhänder der Arbeit vom 4. 7. 1935 (ungezeichnet, Hermann Everding).

ding betreibe eine unsoziale, den nationalsozialistischen Betriebsfrieden gefährdende, zu rigide Arbeitseinsatzpolitik beschäftigte selbst die DAF-Zentrale in Berlin und führte beinahe zu einer offenen Rebellion der Vertrauensmänner.[18]

Ernst Meißner, der von der amerikanischen Militärregierung eingesetzte Direktor, sah in diesem Augenblick Anlaß zu vorsichtiger Hoffnung: Die betriebswirtschaftlich wichtigsten Unterlagen waren unbeschädigt geblieben, Bilanzen und Buchhaltungsunterlagen sowie Revisionsberichte, montangeologische Zeichnungen und Pläne für die Erweiterung der Abbauanlagen vorhanden.[19] Meißner war von Beruf chemisch-technischer Kaufmann. 1889 in Breslau geboren, hatte er fünf Semester Bergbau und Chemie, anschließend weitere drei Semester Handelswissenschaften[20] studiert. Das Bayernwerk war zunächst wenig begeistert über die Berufung Meißners. Er war Flüchtling aus Breslau und hatte keine nennenswerten Erfahrungen im oberpfälzischen Bergbau. Allerdings mußte der Vorstand schon bald anerkennen, daß es Meißner innerhalb weniger Monate gelungen war, „das Unternehmen wieder flottzumachen."[21] Er wurde daraufhin ermächtigt, Maschinen und Anlagen zu erwerben, die die Produktion und den Abbau weiter gewährleisten sollten.

Sein Optimismus und die rasche Wiederaufnahme der Produktion konnten aber nicht über die gravierenden Probleme hinwegtäuschen, vor denen der Bergbau in der Oberpfalz stand.[22] Die montangeologische Topographie war hier wie in Süddeutschland insgesamt seit Jahrhunderten durch die kleinräumige Struktur des Bergbaubetriebes geprägt. Zwar gab es in Deutschland kaum ein vergleichbar reichhaltiges Gesteinsvorkommen wie in Nord- und Ostbayern, doch waren diese Vorkommen in der Regel nur schwer abbaubar und selten so rentabel, daß der erwartete Ertrag die hohen Investitionskosten rechtfertigte.[23]

Mit Ausnahme der BBI war der oberpfälzische Bergbau vor allem für die regionale Industrie von Bedeutung. Doch auch die BBI war nicht in der Lage, mit der starken und übermächtigen Konkurrenz des Rhein-Ruhrgebietes, des Saarlandes, der Braunkohle der Niederlausitz oder Böhmens Schritt zu halten. Vieles spricht zudem dafür, daß die großen Kohlemagnaten in den zwanziger Jahren versuchten, gerade bei den kleineren Zechen wichtige technologische und betriebswirtschaftliche Anpassungsprozesse zu verhindern, um im rohstoffarmen Bayern keine noch so schwache Konkurrenz entstehen zu lassen.[24] Nach 1945 war das Ende vieler dieser kleinen Betriebe gekommen, nachdem die geringe Heizkraft der

[18] BWA, V7/58, Schreiben an das Bayerische Staatsministerium der Finanzen vom Juni 1935; BWA, V7/58, BBI an den Süddeutschen Berg- und Hüttenmännischen Verein vom 1. 6. 1935; BWA, V7/58, Die Arbeitsverhältnisse im Braunkohlenwerk Wackersdorf vom 9. 7. 1935.

[19] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 179, Headquarters Third U.S. Army, APO 403, Production Control Agency, Industrial Investigation Report vom 8. 8. 1945.

[20] BayHStA, MF, 72040, Betreff: BBI vom 3. 9. 1945.

[21] BayHStA, MF, 72040, Vormerkung über eine Besprechung im Haus der Bayernwerk AG vom 17. 12. 1945.

[22] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/53–3/5, Landesstelle Kohle an das Bayerische Wirtschaftsministerium vom 3. Juni 1946; OMGBY, RG 260, 13/53–3/5, Coal Mining Industry in Bavaria vom 19.11.1945.

[23] Vgl. dazu ausführlich Helmut Gudden, Bergbau in Ostbayern. Geschichte-Geologie-Bergtechnik, Amberg 1986.

[24] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/53–3/5, Industrial Investigation Report Coal Mines, (undatiert, vermutlich 1945/1946).

Kohle und der hohe Kostenaufwand der Gewinnung es unrentabel werden ließen, Investitionen zu tätigen.[25]

Mit der BBI in Wackersdorf verhielt es sich auf den ersten Blick anders. Das 1906 gegründete Unternehmen war seit 1928 eine hundertprozentige Tochter des Bayernwerkes, damit in Staatsbesitz und mit größerem finanziellen Rückhalt, der auch umfangreiche Investitionen möglich machte. Allerdings hatte die Braunkohleförderung in der Oberpfalz von Beginn an unter erheblichen Strukturdefiziten gelitten: Die Braunkohleflöze gehörten zu den geologisch schwierigsten in Deutschland, daher war der Abbau teuer und die Qualität unbefriedigend. Rentabel war die BBI nur durch die verbundwirtschaftliche Anbindung an ein Dampfkraftwerk, das sich in unmittelbarer Nähe, in Dachelhofen bei Schwandorf, befand. Diese Verknüpfung war es, die die herausragende Bedeutung[26] der BBI für die beinahe zusammengebrochene Energieversorgung[27] – und nicht nur für die Oberpfalz – ausmachte.

Weitsichtige, für das Unternehmen überlebensnotwendige Planungen waren den Zwängen der Kriegswirtschaft untergeordnet worden, schließlich hatte Everding die Unternehmensstrategie auf die energiewirtschaftliche Hilfeleistung für die Aluminiumproduktionsstätten in Schwandorf, die Maxhüttenbetriebe und die Oberpfalzwerke reduziert.

Da die vorhandenen Abbaufelder bei Kriegsende maximal noch für zwei bis drei Jahre reichten, ein Neuaufschluß jedoch rund fünf Jahre dauerte, sah die BBI 1945 düsteren Zeiten entgegen. Auch eine Betriebsstillegung war nicht ausgeschlossen.[28] In einem Brief vom August 1945 warnte Meißner den bayerischen Ministerpräsidenten Fritz Schäffer (CSU) vor der drohenden Katastrophe: „Mit zunehmender Besorgnis wird in ernsthaften Kreisen die Beobachtung gemacht, daß die Förderung von Braunkohle und die Herstellung von Briketts auf der Anlage in Wackersdorf nicht mit der erforderlichen Energie durchgeführt wird. Vorstellungen und Anregungen blieben fruchtlos. Hinweise auf den unübersehbaren Schaden, den die Bevölkerung durch Kohlenmangel und Arbeitslosigkeit erleidet, blieben ungehört und wurden als Folge des verlorenen Krieges und Einfluß der Besatzung abgetan."[29]

Meißner war im August 1945 noch nicht im Amt, aber mit den Problemen der BBI schon gut vertraut. Er befürchtete, daß die Führungsriege, die bis auf wenige Ausnahmen der NSDAP angehört hatte, eine Blockade des Arbeitsprozesses und

[25] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/53–3/5, Landesstelle Kohle an das Bayerische Wirtschaftsministerium vom 3. Juni 1946.

[26] So auch das Urteil, das wohl im Auftrag der bayerischen Landesstelle Kohle für die amerikanische Militärregierung angefertigt wurde. Die BBI besitze „greatest importance for Bavaria", so die Gutachter. IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/53–3/5, Industrial Investigation Report Coal Mines, (undatiert, vermutlich 1945/1946).

[27] Vgl. Stephan Deutinger, Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie". Energiepolitik und regionale Energieversorgung 1945 bis 1980, in: Thomas Schlemmer, Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, München 2001, S. 33–118, bes. S. 40ff.

[28] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Der Zustand der Braunkohlengrube Klardorf bei Wakkersdorf vor dem Jahre 1945, Gutachten von Hermann Dyck an Herrn Direktor Meißner der BBI AG vom 4.7.1949.

[29] BayHStA, MF, 72040, Direktor Meißner an den Herrn Ministerpräsidenten Fritz Schäffer vom 13. 8. 1945; folgendes nach ebenda.

eine bewußte Verschlechterung der Lebens- und Versorgungsbedingungen der Bevölkerung hinnehmen würde, um daraus persönlichen Profit zu schlagen. Er hatte freilich nicht nur die wirtschaftliche Lage im Auge, als er sich an den Ministerpräsidenten wandte, sondern auch die politische. Ihn schreckte die Vorstellung, daß die Energiekrise und die Krise der BBI einer politischen Radikalisierung Vorschub leisten könnten, die es unter allen Umständen zu verhindern galt.

„Nach oberflächlicher Überprüfung der Produktionsmöglichkeit habe ich die Überzeugung gewonnen, daß man bei intensiver Arbeit die Leistung der Anlage um mindestens 65% steigern und ca. 300 Arbeiter in Brot setzen könnte. Hierdurch würde nicht nur die auf Braunkohle angewiesene Industrie angekurbelt, sondern man würde auch die Möglichkeit haben, den sich katastrophal entwickelnden Kommunismus in der Oberpfalz wirksam zu bekämpfen. Bolschewistische Agitatoren nützen den Arbeitsmangel und die wirtschaftliche Notlage, die noch durch ca. 600000 Flüchtlinge gesteigert wird, mit allen Mitteln aus und entwickeln sich zu einer Gefahr, der man in Kürze nicht mehr Herr werden dürfte. [...] Der jetzige Zustand mit dem räumlichen Nebeneinander demokratischer, kommunistischer und versteckter nationalsozialistischer Richtungen, die sich alle um die Menschen in der Oberpfalz bemühen, bedeutet eine Unheil verkündende Zwischenlösung, die den Keim eines nahen Zusammenbruchs in sich trägt."

Solche Befürchtungen hatten 1945 nicht wenige. In Wirklichkeit war die Gefahr einer politischen Radikalisierung im Einzugsbereich der BBI jedoch gering. Weder in Wackersdorf noch in Schwandorf konnten die KPD oder ähnliche Gruppen Fuß fassen. Worauf Meißner anspielte, war möglicherweise etwas anderes.

2. Betriebsräte zwischen Zusammenbruch und Wiederaufbau

Vermutlich hatte der BBI-Direktor die Betriebe der Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte im benachbarten Haidhof und Sulzbach-Rosenberg vor Augen, in denen kommunistische Betriebsräte noch vor den ersten Betriebsratswahlen das Kommando übernommen hatten. An deren Spitze stand seit 1945 mit Georg Dürs ein 45jähriger Walzarbeiter, der bereits in der Weimarer Republik Mitglied der KPD gewesen war und sich auch nun wieder im Betrieb und in der Stadt für die Kommunisten engagierte.[30] Im Rosenberger Werk[31] hatten die Arbeiter seit April zunächst vor verschlossenen Werkstoren gestanden, und auch nachdem die Produktion einige Monate später wieder angelaufen war, war die Zukunft des Betriebes alles andere als gesichert. Die Maximilianshütte befand sich nämlich vollständig im Besitz der Familie Flick, und Friedrich Flick[32], der Firmengründer und

[30] Zwar sind keine Wahlergebnisse, sondern nur noch Wahlvorschlagslisten für die erste Betriebsratswahl vom 8. 10. 1945 überliefert, doch sprechen zahlreiche Hinweise dafür, daß Dürs nach den Wahlen zum Vorsitzenden oder Sprecher des Betriebsrates gewählt wurde. DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 216, Wahlvorsitzende Dürs vom 4.10.1945.

[31] Zum gesamten Besitz des Flick-Konzerns, der auf das gesamt Reichsgebiet und die Eisen-Stahl und Bergbauindustrie verteilt war: IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/72–1/31, Summary of the Flick-Konzern (undatiert, vermutlich 1947).

[32] Nach wie vor fehlt eine seriöse Biographie des ebenso umstrittenen wie erfolgreichen Industriemanagers Flick.

Konzernlenker, saß seit Juni in Haft. Ihm drohte eine Anklage als Kriegsverbrecher, und die völlige Zerschlagung seines weitverzweigten Wirtschaftsimperiums war durchaus im Bereich des Möglichen[33], denn die Amerikaner sahen in ihm nicht zu unrecht einen derjenigen nationalsozialistischen Industriellen, „die auf unterschiedliche Weise hinter den Kulissen arbeiteten, nichtsdestoweniger genauso gefährlich wie der deutsche Militarist, der SS-Mann und der Parteiführer" waren[34], wie es im Fahndungsaufruf des US-Geheimdienstes hieß. Flicks Besitz unterstand zunächst dem bayerischen Landesamt für Vermögensverwaltung, das das frühere Vorstands-, aber nicht Parteimitglied Erich Enzmann als Treuhandverwalter der Maxhütte eingesetzt hatte. Das war aber nur eine Übergangsregelung, denn auf der Potsdamer Konferenz vom 17. Juli bis 2. August 1945 hatten die Alliierten zunächst eine umfassende Dezentralisierung der deutschen Wirtschaft und damit auch eine Entflechtung der Stahlindustrie vorgesehen.[35] Dies konnte auch Demontage heißen und betraf in erster Linie die schwerindustriellen Ruhrmagnaten, deren Besitz unter der Kontrolle der britischen Armee stand, aber natürlich in Süddeutschland auch die Maxhütte als Teil des Flick-Konzerns. Insgesamt 1800 Objekte hatten die Alliierten in einem Industrieplan[36] erfaßt und zur Demontage vorgesehen.[37]

Nur unter größten Mühen gelang es dem Treuhänder, in enger Kooperation mit dem bayerischen Wirtschafts- und Finanzministerium[38], die schon weitgediehenen alliierten Demontagepläne für die Maxhütte zu verhindern[39], so daß die Produktion seit dem Frühjahr 1946 wieder langsam anlaufen konnte. Zugute kamen den Maxhüttenbetrieben in Haidhof und Rosenberg dabei sicherlich die gravierenden Konflikte der Alliierten in der Deutschlandpolitik, die schon im Mai 1946 zur Einstellung der Reparationslieferungen aus der amerikanischen Zone in die Sowjetunion geführt hatten.[40] Dennoch war die Ausgangslage der Maxhütte trotz

[33] Hier kann nur ganz am Rande auf die Rolle Flicks im Nationalsozialismus eingegangen werden; zum Einsatz von Zwangsarbeitern bei Flick auch mit weiterführender Literatur vgl. Friederike Littmann, Vom Notstand eines Haupttäters – Zwangsarbeit im Flick-Konzern, in: 1999 1 (1986), S. 4–43; zum Prozeß gegen Friedrich Flick im Rahmen der „Nürnberger Prozesse" vgl. Susanne Jung, Rechtsprobleme der Nürnberger Prozesse – dargestellt am Verfahren gegen Friedrich Flick, Tübingen 1992.

[34] OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank. Übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik (Hamburg), Nördlingen 1986, S. LXXXIXf.

[35] Dieser Komplex ist mittlerweile umfassend erforscht. Vgl. dazu Werner Bührer, Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986.

[36] Documents on Germany under Occupation 1944–1954, selected and edited by Beate Ruhm von Oppen, Oxford 1955, S. 113 und S. 239–245.

[37] Vgl. dazu Werner Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Frankfurt am Main 1980, S. 25.

[38] Die Diskussion um die Eigentumsverhältnisse der Maxhütte standen immer wieder auch auf der Tagesordnung der bayerischen Staatsregierung; vgl. Die Protokolle des Bayerischen Ministerrates 1945–1954. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, Das Kabinett Hoegner I, 2 Bde., bearbeitet von Karl Ulrich Gelberg, München 1997, Bd. 1, Nr. 25 vom 2. 5. 1946, S. 483f.

[39] IGM-ZA im AdsD, Abt. W, Exposé der IG Metall Bezirksleitung München über die Maxhütte und den Flick-Konzern, S. 2 (undatiert, um 1950).

[40] Vgl. Toni Pierenkemper, Hans-Günther Sohl: Funktionale Effizienz und autoritäre Harmonie in der Eisen- und Stahlindustrie, in: Paul Erker, ders. (Hrsg.), Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten, München 1999, S. 53–107, hier S. 80ff.

intakter Hochöfen und Walzstraßen keinesfalls rosig.[41] Daran hatte nicht nur die Teilung Deutschlands Schuld, die dem Flick-Konzern seine Unternehmungen in Sachsen und Thüringen und besonders das moderne, und als Ersatz für Haidhof gedachte Stahlwerk in Unterwellenborn raubte, die jetzt unter sowjetischer Verfügungsgewalt standen; vorsichtige Schätzungen gingen von einem Verlust von rund 43 Mio. RM aus. Schlimmer war vermutlich, daß die bayerischen Werksteile, allen voran Sulzbach-Rosenberg, während der Jahre der forcierten Kriegswirtschaft stark abgenutzt, kaum überholt und erneuert worden waren. Dies war um so gravierender, als die Maxhütte über keinerlei finanzielle Ressourcen mehr verfügte, die es ihr erlaubt hätten, diese Anpassungsleistungen aus eigener Kraft zu vollbringen. Schuld daran war die Unternehmensleitung zum großen Teil selbst. Flick war zwischen 1943 und 1944 zusammen mit seinen Söhnen in einem zwar rechtlich vermutlich einwandfreien, aber äußerst zwielichtigen Tauschgeschäft, wie die juristischen Gutachter im nachhinein feststellten, zum alleinigen Aktionär der Maxhütte geworden. Die konzerninterne Umverlagerung durch die Übervorteilung der kleinen Aktionäre in den letzten Kriegsjahren, die „allen Grundsätzen demokratischer Gestaltung des Wirtschaftslebens"[42] widersprochen hatte und nur durch die Zustimmung führender nationalsozialistischer Finanz- und Wirtschaftskreise möglich gewesen war, führte beinahe zur Halbierung des Reinvermögens. Hinzu kam, daß anfangs die dringend benötigten Kokslieferungen für die Hochöfen wegfielen, die man bis dahin zum Selbstverbraucherpreis aus den Flick eigenen Zechen im Ruhrgebiet bezogen hatte. Später setzten die Kokslieferungen wieder ein, wurden nun aber aufgrund der konzerninternen Umgestaltung wie jeder Fremdbezieher behandelt. Die Folge waren Preiserhöhungen, die die Maxhütte nach Kriegsende zusätzlich belasteten. Immerhin waren der Maxhütte die Erzvorkommen in Auerbach und Rosenberg geblieben, deren Qualität außergewöhnlich hoch war und in Europa nur von den schwedischen Erzen übertroffen wurde. Was die Arbeiter und Angestellten zusätzlich verunsicherte, war der erhebliche Verlust der zur Pensions- und Ruhegeldkasse gehörenden Wertpapiere in einem Umfang von rund 10 Mio. RM.[43] Damit bedrohten die Kriegsfolgen nicht nur die Zukunftshoffnungen der noch aktiven Arbeiter und Angestellten, sondern auch die Altersansprüche der altgedienten Pensionisten.

Über die erste betriebliche Arbeitnehmervertretung bei der Maxhütte, die sich dieser existentiellen Sorgen annahm, läßt sich nicht sehr viel sagen. Alles deutet aber darauf hin, daß sich die Arbeiter bei Kriegsende rasch organisierten und bald auch einen ersten Betriebsrat bildeten, dessen Mitglieder ihr Mandat vor allem ihrem Ansehen in der Belegschaft verdankten. Dabei blieb es aber nicht lange, denn bereits am 1. September 1945 erließ das bayerische Arbeitsministerium eine „Wahlordnung für die Wahl von Betriebsobleuten" über die Wiederzulassung de-

[41] IGM-ZA im AdsD, Abt. W, Maxhütte, Gutachterliche Aeußerung über die Wirkung und die rechtliche Bedeutung der Hingabe der Beteiligungen der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte m.b.H. gegen den Erwerb eigener Geschäftsanteile (undatiert).

[42] Ebenda, S. 29.

[43] Der Buchbestand betrug vor dem Krieg 21,7 Millionen RM, der Kurswert 1946 lag lediglich mehr bei 11,37 Millionen Reichsmark; ebenda, S. 25.

mokratisch legitimierter Belegschaftsvertreter.[44] Diese sah vor, in jedem Unternehmen Betriebsobleute zu wählen, sofern mindestens ein Viertel der Arbeitnehmer über die Zwischeninstanz der Arbeitsämter bei der Militärregierung einen Antrag auf Zulassung stellten. „Zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen der Arbeitnehmer dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Unternehmers bei der Erfüllung seiner Aufgaben der Leistungsfähigkeit des Betriebes können in allen Betrieben Betriebsobleute gewählt werden", hieß es einleitend. Die Formulierung der Arbeitnehmerrechte blieb insgesamt sehr vage und diente kaum dazu, die bereits vorhandenen Spielräume der Betriebsräte und Obleute weiter auszudehnen. Weder war von den Gewerkschaften die Rede, noch von der aktiven Beteiligung der Arbeitnehmervertreter in wirtschaftlichen Fragen. Lediglich die Mitwirkung bei der Entnazifizierung wurde ihnen ohne Vorbehalte zugesprochen. Mit ihrer Wahl verpflichteten sich die Betriebsobleute, zum Wohle des Unternehmens zu handeln; von der Mitbestimmung über betriebswirtschaftliche Grundsatzentscheidungen blieben sie allerdings ausgeschlossen. Die Enttäuschung der Gewerkschaften und Betriebsräte über die gesetzlichen Rahmenbedingungen war deshalb besonders groß. Ihre Wahlperiode blieb zunächst auf drei Monate beschränkt, wobei sie „ihr Amt ohne Benachteiligung von Personen auf Grund ihrer Rasse, ihres Glaubens, ihres Geschlechts oder ihrer politischen Einstellung mit Ausnahme von Maßnahmen gegen Nationalsozialisten und aktive Anhänger der nationalsozialistischen Ideologie zu führen" hatten. Die Verordnung sah zudem vor, in Betrieben wie der Maxhütte mit 1000 bis 2000 Beschäftigten fünf Betriebsobleute zu wählen.

Betriebsräte der ersten Stunde

Für die erste reguläre Wahl der Betriebsobleute vom 8. Oktober 1945[45] fehlen zwar genaue Ergebnisse, doch ergibt sich aus der überlieferten Arbeiter-Kandidatenlisten eine erste, noch sehr schemenhafte Skizze der Zusammensetzung des Betriebsrates[46]: Neben einem Jugendvertreter und einer Frauenvertreterin, die beide erst am Ende der Weimarer Republik zur Welt gekommen waren, waren sechs der sieben Kandidaten in den Jahren zwischen 1887 und 1898 geboren und hatten ihre Arbeit bei der Maxhütte noch im Kaiserreich aufgenommen. Lediglich ein Arbeiter war nach der Jahrhundertwende geboren. Zwar liegen keine genauen Angaben über die Werkszugehörigkeit mehr vor, doch deuten der hohe Ausbildungsstand und die Wohnorte der Kandidaten darauf hin, daß sie viele Jahre, wenn nicht gar

[44] Amtsblatt des Bayerischen Arbeitsministeriums 1, Nr. 1, vom 20. 3. 1946, S. 13 f., folgendes nach ebenda; dazu auch knapp Lanig-Heese, Gewerkschaften, S. 65–70.

[45] Beim Werk Rosenberg finden sich bereits für Oktober 1945 erste Anzeichen einer funktionierenden Betriebsratsarbeit, der die ersten allgemeinen Betriebsratswahlen am 8. Oktober 1945 organisierte; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 216, Wahlvorsitzender Christof Heldrich am 26. 9. 1945 an das Arbeitsamt; zum Neubeginn bei der Maxhütte auch, allerdings sehr knapp, Hartmann, Kriegsende, S. 67 f.; Joachim Genosko, Die ostbayerische Eisenindustrie von 1945–1986, in: Die Oberpfalz, ein europäisches Eisenzentrum, hrsg. vom Bergbau- und Industriemuseum Ostbayern Bd. 12/1, S. 391–398, hier S. 391 f.; Rainer Gömmel, Die Maxhütte als größter Industriebetrieb, in: Eisenerz und Morgenglanz, Geschichte der Stadt Sulzbach-Rosenberg, 2 Bde., Bd. 2, Amberg 1999, S. 451–462, hier S. 457 f.

[46] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 185, Gefolgsschaftsliste für die Arbeitnehmer-Vertreter Wahl von 1945.

Jahrzehnte, für die Maxhütte tätig gewesen waren. Das Durchschnittsalter lag mit rund 53 Jahren ähnlich hoch wie bei den Hoesch-Betriebsräten in Dortmund.[47] Auch sonst unterschieden sich die Maxhütten-Betriebsräte nicht sehr von ihren Kollegen aus dem Ruhrgebiet. Ähnlich wie dort vergrößerte sich bei den Wahlen 1947 und 1948 die Gruppe derjenigen, die nach der Jahrhundertwende geboren war; einer durchgreifenden Verjüngung kam diese Entwicklung freilich nicht gleich. Bei den Betriebsratswahlen im Juni 1948[48] lag der Altersdurchschnitt bei etwa 47 Jahren. Die Jahrgänge der nach 1910 geborenen Arbeiter und Angestellten fehlten vollständig; ein weiteres Indiz nicht nur für die tiefen Risse, die der Zweite Weltkrieg in die Personaldecke der Maxhütte gerissen hatte, sondern auch für die Rekonstituierung der Betriebsratsarbeit nach 1945 aus den Kräften der alten Weimarer Arbeiterbewegung.[49]

Dies galt nicht nur für die Betriebsräte, sondern auch für deren Vorsitzende.[50] Mit Georg Dürs, Johann Zintel und Johann Geismann führten drei unterschiedliche Männer als Vorsitzende des Betriebsrates die Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg aus den Trümmern der Nachkriegszeit in die junge Bundesrepublik, die alle bereits in der Weimarer Republik bei der Maxhütte beschäftigt und auch politisch aktiv gewesen waren. Seit April 1946 stand Georg Dürs an der Spitze des Betriebsrates und Johann Geismann war sein Stellvertreter. Der 1900 geborene Dürs und der zwei Jahre ältere Montageschlosser Johann Geismann gehörten der KPD an und waren bereits seit Mitte der zwanziger Jahre kommunalpolitisch aktive Kommunisten gewesen. Aufgewachsen waren sie in der Umgebung der Hochöfen und hatten ihr Handwerk – wie auch ihre Väter und andere Familienmitglieder – auf der Maxhütte erlernt. Ihre Ausbildung unterschied sie nicht nur von den zahlreichen ungelernten Arbeitern im Werk, sondern machte sie zugleich als qualifizierte Facharbeiter zu einem raren Gut, das die Betriebsdirektion händeringend für den Wiederaufbau benötigte. Die KPD dominierte in den Anfangsjahren nach 1945 die Betriebsratsarbeit nicht nur in Sulzbach-Rosenberg, sondern auch in Haidhof und knüpfte damit an die lange Tradition ihrer erfolgreichen Betriebsarbeit im Maxhüttengebiet an, die ihr schon in den zwanziger Jahren führende Positionen im Werk und in den Erzgruben gesichert hatte. Die Region galt deshalb nicht um-

[47] Vgl. Lauschke, Hoesch-Arbeiter, S. 99ff.

[48] Wahlergebnis in: DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 8/9, Betriebsrat an Direktor Westphal vom 15. 12. 1949; von den 11 gewählten Betriebsräten konnten für acht die Geburtsdaten erhoben werden, vermutlich sind zwei der nicht verifizierbaren Personen die Angestelltenvertreter, so daß sich die Ergebnisse im wesentlichen auf die Arbeitervertreter beschränken. Die Angaben über die Geburtsdaten, Berufe und Parteimitgliedschaft stammen aus mehreren Quellen: DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 185, Stand der Belegschaft von 1945; IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/73–2/26, Verzeichnis der gültigen Wahlvorschläge für SPD, KPD, Christlich-Soziale Union, Antifaschistisch-Demokratische Union (um 1946); IFZ-Archiv, OMGBY, RG 260, C0475/3, Communist Party Sulzbach-Rosenberg, List of members up to status of 31 March 1946; ebenda, Half-monthly report from 13. 4. 1946, SPD-members.

[49] Zu den ersten Betriebsratswahlen in ganz Bayern vgl. IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/30–1/6, Report of the Bavarian Ministry of Labor concerning shop stewards elections during the month November 1945 vom 28. 1. 1946.

[50] Für die BBI und deren ersten Vorsitzenden, den 1910 in Wackersdorf geborenen und zwischen 1948 bis 1973 amtierenden Betriebsratsvorsitzenden Georg Baierl, vgl. Dietmar Süß, „Glückauf in der Oberpfalz": Industriearbeiter, Gewerkschaften und Betriebsräte im ostbayerischen Braunkohlenrevier nach dem Zweiten Weltkrieg, Magisterarbeit an der LMU München 1998, S. 40–43.

sonst in der Einschätzung führender Funktionäre als eine der Hauptschlagadern kommunistischer Betriebsarbeit in Nordbayern.

Neben den kommunistischen Betriebsräten gab es zugleich eine größere, wenn auch nicht genau quantifizierbare Anzahl sozialdemokratischer und eine kleinere Gruppe CSU-naher Betriebsräte. Zunächst sah es aber so aus, als sei die Kluft, die die Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik gelähmt[51] hatte und deren ideologische Auseinandersetzungen Gift für eine erfolgreiche Bekämpfung des Nationalsozialismus gewesen war, überwunden. Die unmittelbare Not hatte viele alte Wunden zunächst mühsam verdeckt, und erst im Laufe des Jahres 1947 sollten die alten Feinde erneut zu Gegnern werden. Nach den Betriebsratswahlen vom Mai verschoben sich die Gewichte innerhalb des Gremiums, und Dürs verlor seine Mehrheit.[52] Glaubt man dem Protokoll, so lieferten sich die kommunistischen mit den übrigen Betriebsräten eine heftige Kontroverse über die Wahl Johann Zintels. Der 1883 geborene Dreher war zeitgleich mit Dürs in den Betriebsrat gewählt worden und galt als SPD-naher Betriebsrat, der wie seine kommunistischen Kollegen 1933 in „Schutzhaft" genommen worden war. Als erster meldete sich in der entscheidenden Sitzung Johann Geismann zu Wort, der zugleich auch Vorsitzender der örtlichen Gewerkschaft war. Zwar forderte er „die Anwesenden auf, keinen parteipolitischen Zank im Betriebsrat auszufechten und auch bei der Wahl des ersten Vorsitzenden sich nicht nach politischen Gesichtspunkten, sondern lediglich nach der Fähigkeit des Betreffenden zu richten." Gleichzeitig sprach er sich aber gegen dessen Wahl aus, die den Betriebsrat in seiner Position gegenüber der Direktion schwächen würde. Vermutlich glaubte Geismann, die Abwahl Dürs würde nicht nur der KPD schaden, sondern zu einem vollkommenen Gesichtsverlust des Betriebsrates führen, falls nach außen der Eindruck entstehe, die Arbeitnehmervertreter würden sich dem Druck beugen, der auf ihrem Vorsitzenden lastete, und ihn deshalb aus der Schußlinie nehmen.

Im Kern ging es bei der Abwahl Dürs jedoch noch um etwas anderes: Erstens war Dürs auch in den eigenen Reihen nicht unumstritten. Die KPD-Bezirksleitung Niederbayern/Oberpfalz schätzte ihn als zwar „einen sehr treuen und ehrlichen, wenn auch politisch etwas schwachen Genossen" ein, der aber immer einen „ehrlichen Willen" gezeigt und die Partei nie geschädigt habe.[53] Seine ungeschickte Führungsstrategie war wohl für den „beträchtlichen" Bedeutungsverlust der KPD in der Maxhütte mitverantwortlich, wie der Bericht an den Parteivorstand selbstkritisch vermerkte. Bei den Wahlen, die Zintel mit neun zu drei Stimmen gegen Dürs für sich entscheiden konnte, scheinen nicht einmal die kommunistischen oder den Kommunisten nahe stehenden Betriebsräte geschlossen hinter ihrem bisherigen Vorsitzenden gestanden zu haben. So ging selbst der Posten des zweiten Vorsitzenden an einen Sozialdemokraten, Konrad Hauenstein, während

[51] Vgl. Erwin Lehner, Sulzbach-Rosenberg zur Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, in: Eisenerz, S. 329–368, Bd. 1, hier S. 339–349.

[52] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, 8, Protokoll der Betriebsratssitzung vom 2. 6. 1947; folgendes nach ebenda.

[53] BA Berlin, BY 1, 287, Bericht über die Versammlung und Konferenzen im Unterbezirk Niederbayern/Oberpfalz vom 7. 11. 1946; dort auch der Hinweis, Dürs habe die KPD wegen angeblicher „Verleumdung" verlassen, der zuständige „Instrukteur" habe ihn aber für die KPD wiedergewinnen wollen, womit er offenkundig Erfolg hatte; folgendes nach ebenda.

sich Geismann und Dürs ebenfalls um diesen Posten beworben hatten und sich die Stimmen nun teilten. Am Ende verloren beide, und Johann Zintel konnte durch die Berufung eines Jugend- und eines Flüchtlingsvertreters, den Sozialdemokraten Fritz Mertel und Willi Kalkbrenner, seine Position weiter untermauern.

Neben den inneren Spannungen der KPD wird an der Eskalation im Betriebsrat zweitens auch die wachsende Rivalität zwischen den sozialdemokratischen und kommunistischen Betriebsräten der „ersten Generation" deutlich. Bei der Wahl Dürs zum Betriebsratsvorsitzenden war er 1946 mit der Unterstützung einiger Sozialdemokraten gewählt worden, die ihm nun, auch auf Druck des Ortsvereinsvorstandes, die Unterstützung versagten.[54] Johann Zintel war gleichzeitig als parteiloser, aber bekanntermaßen SPD-naher Kandidat und überzeugter Gegner der Nationalsozialisten auch kompromißfähig für die kleine Zahl christlicher beziehungsweise der CSU nahestehender Betriebsräte[55], auf deren aktive Mithilfe die Sozialdemokraten bei Dürs Abwahl und der Installierung ihrer eigenen Funktionäre angewiesen waren. Der SPD-Vorsitzende und Maxhüttenarbeiter Georg Prechtl brachte das Ziel der aufgekündigten Zusammenarbeit mit der KPD auf den Punkt: Es gehe um nicht weniger als darum, den kommunistischen Einfluß endgültig auszuschalten.[56] Dies gelang freilich 1947/48 erst in Ansätzen, denn bei den nächsten Wahlen brach das mühsam zusammengeschmiedete Bündnis wieder auseinander, die SPD- oder SPD-nahen Betriebsräte entzogen sich noch einmal der Parteiorder und wählten Johann Geismann, den über alle Parteigrenzen hinweg populären Gewerkschafter und „stärkste(n) Genosse(n)"[57] der KPD, zum Vorsitzenden, während der SPD wieder nur der Stellvertreterposten blieb. Dürs dagegen war zwar von den Vertrauensmännern noch einmal aufgestellt worden, schaffte aber den Einzug in den Betriebsrat nicht.

Die alte Feindschaft war in den Monaten des Zusammenbruchs hinter der Einsicht zurückgetreten, daß nur eine die politischen Differenzen überwindende, pragmatische betriebliche Wiederaufbaupolitik mit reduzierter ideologischer Aufladung Erfolg versprechend sei. So hätten die oberpfälzischen Sozialdemokraten wie Kommunisten wohl die Aufforderung des kommunistischen Belegschaftssprechers der Dortmunder Westfalenhütte unterschreiben können, nicht soviel über eine vermeintlich demokratische oder diktatorische Vorgehensweise zu philosophieren: „Wir dürfen nicht so viel reden, sondern müssen etwas mehr arbeiten, mehr vorwärts und nicht rückwärts muß unsere Parole sein."[58] Das Gros der Maxhüttenbetriebsräte teilte diese Einsicht. Trotz mancher Konflikte fielen die Beschlüsse des Betriebsrates durchweg einstimmig aus, betriebliche Themen standen im Vordergrund, und politische Streitpunkte wurden in der Regel ausgespart. An einer sich zuspitzenden Politisierung der Betriebsratsarbeit hatten auch

[54] Zu den Vorgängen vgl. IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/72–2/16, Report about the membership meeting of the SPD in Sulzbach-Rosenberg Hütte vom 24. Mai 1947.

[55] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/72–2/16, Report about the course of the CSU chairmanship meeting am 22. Mai 1947.

[56] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/72–2/16, Report about the membership meeting of the SPD in Sulzbach-Rosenberg Hütte am 24. Mai 1947.

[57] So die Einschätzung der Bezirksleitung der KPD. Vgl. BA Berlin, BY 1, 287, Bericht über die Versammlung und Konferenzen im Unterbezirk Niederbayern/Oberpfalz vom 7. 11. 1946.

[58] Zit. nach Lauschke, Hoesch-Arbeiter, S. 101.

die Kommunisten kein Interesse, ihr primäres Augenmerk galt ebenso wie das der anderen Betriebsräte den akuten Wiederaufbausorgen der Maxhütte und dem Hunger der Belegschaft.

Gesetzliche Grundlagen der Betriebsrätearbeit

Als der Alliierte Kontrollrat im April 1946 fast zeitgleich mit dem Produktionsbeginn bei der Maxhütte sein eigenes Betriebsratsgesetz erließ, hatte es auf die Situation der Maxhütte wenig Einfluß. Offenkundig hatten die Alliierten aber schon bei der Ausarbeitung der Verordnung erkannt, daß ihre Bestimmungen von der lokalen Dynamik und der Eigeninitiative vieler Arbeitervertreter überholt worden war. Sie gingen davon aus, bereits vielerorts auf gewählte oder durch die Militärregierung eingesetzte Betriebsräte zu treffen. Ähnlich wie auch in anderen Großbetrieben des Ruhrgebietes[59], in Köln[60], Stuttgart[61] oder Bremen[62], bestand auch in Sulzbach-Rosenberg zu diesem Zeitpunkt bereits ein Betriebsausschuß[63], der auch von den staatlichen Stellen und der Militärregierung anerkannt wurde. Die alliierten Pläne trafen weder bei den Gewerkschaften noch bei den Betriebsräten auf große Zustimmung.[64] Denn das Gesetz schuf nur einen sehr ungenau definierten Rahmen für die arbeitsrechtliche Grundlage der Betriebsrätearbeit. Im Gegensatz zu den ausführlichen Bestimmungen des Weimarer Betriebsrätegesetzes[65] beinhaltete es lediglich 13 knappe Artikel. Die Kompetenzen der Betriebsräte legten die Alliierten nicht präzise fest. Vielmehr sollten die Vertreter der Arbeitnehmer „ihre Aufgaben im einzelnen und die dabei zu befolgenden Verfahren"[66] eigenständig ausloten. Die Vereinbarungen über Betriebsordnungen fielen ebenso darunter wie das Recht zur Überprüfung der Arbeitssicherheit, die Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern oder die Umsetzung der Tarifvertragsbeschlüsse. Die Betriebsräte, die eng mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten sollten, wurden vor unzulässigen Eingriffen der Arbeitgeber in ihre Arbeit geschützt und sollten von der Werksleitung die für ihre Arbeit notwendigen Informationen erhalten. Möglich, nicht jedoch zwingend vorgeschrieben, war zu-

[59] Vgl. Karl Lauschke, Betriebsausschüsse und gewerkschaftlicher Neubeginn in Dortmund 1945. Die Anfänge der Metallarbeitergewerkschaft im Lichte neuer Quellen, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 78 (1987), S. 125–171.

[60] Vgl. Martin Rüther, Zwischen Zusammenbruch und Wirtschaftswunder. Betriebsrätetätigkeit und Arbeiterverhalten in Köln 1945 bis 1952, Bonn 1991, S. 59–116.

[61] Ähnlich auch für den Stuttgarter Raum vgl. Michael Fichter, Aufbau und Neuordnung: Betriebsräte zwischen Klassensolidarität und Betriebsloyalität, in: Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland. Hrsg. von Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller, München ³1990, S. 469–549, hier S. 487.

[62] Vgl. Peter Brandt, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau – Ausprägung – Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976, ders., Betriebsräte, Neuordnungsdiskussion und betriebliche Mitbestimmung 1945–1948. Das Beispiel Bremen, in: IWK 20 (1984), S. 156–202.

[63] Im Werk Haidhof der Maxhütte war bereits im Oktober 1945 die Produktion wieder angelaufen. Dort wurde der Betriebsrat vermutlich von der amerikanischen Militärregierung eingesetzt. Vgl. Oskar Duschinger, Dietmar Zierer, Glanz und Elend der Maxhütte, Burglengenfeld 1990, S. 193–202.

[64] Vgl. Fichter, Betriebsräte, S. 534ff.

[65] Präzise dazu Plumpe, Mitbestimmung, S. 37–65.

[66] Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Gesetz Nr. 22 vom 30. 4. 1946, S. 133ff.; vgl auch Michael Fichter, Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944–1948, Opladen 1982, S. 176ff.

dem die „Anwesenheit von Vertretern des Betriebsrates bei Zusammenkünften des aufsichtsführenden Organs des Betriebes zu Informationszwecken", wobei der Begriff der Mitbestimmung keine Erwähnung fand. Ausdrücklich betonten die Alliierten die karitative Funktion des Betriebsrates, in dessen Aufgabenbereich die „Schaffung und Leitung von sozialen Leistungen, die der Wohlfahrt der Arbeiter eines Betriebes dienen", fielen.[67]

Unternehmerische Verantwortung der Betriebsräte

Besonderes Kopfzerbrechen machte den Betriebsräten seit Monaten die Frage, wie die Hütte in der Zeit des Produktionsstillstandes ihre Arbeiter und Angestellten entlohnen sollte. Die Geschäftsleitung, die noch bis Ende Dezember in den Händen des schon vor 1945 amtierenden Otto-Ernst Flick, dem Platzhalter und Sohn Friedrich Flicks, Hermann Terberger und Fritz Wesemann lag[68], hatte die Gehälter der Arbeiter und Angestellten gekürzt und einen Teil in den unbezahlten Urlaub geschickt.[69] Die Betriebsobleute, unter ihnen Georg Dürs, wandten sich energisch gegen die Pläne der Direktion. Sie erzwangen mit Hilfe des bayerischen Arbeitsministeriums, das als Schlichter in dem Konflikt auftrat, einen Kompromiß, der die Eingriffe in das Gehaltsgefüge zurücknahm. Die Vereinbarung stellte fest: Die Geschäftsleitung hatte gegen geltendes Arbeitsrecht verstoßen, da sie weder für ihre Entlassungen die Zustimmung des Arbeitsamtes eingeholt, noch die gesetzlich üblichen Kündigungsfristen berücksichtigt hatte. Hinzu kam, daß die Senkung von Gehältern, auch im gegenseitigen Einverständnis, angesichts des geltenden Lohnstopps von Beginn an rechtswidrig gewesen war. Die Vereinbarung, die zwischen Betriebsobleuten und Geschäftsleitung gefunden wurde, war in mehrerlei Hinsicht bemerkenswert. „In Anerkennung der wirtschaftlich schwierigen Lage der Firma [...] und im Bestreben, den Arbeitern und Angestellten bei Wiederaufnahme der Produktion ihre Arbeitsplätze zu erhalten", vereinbarten Betriebsleitung und Betriebsobleute ein Verfahren, das für die entlassenen Angestellten zumindest die Geltung des gesetzlichen Kündigungsschutzes von zwei Monaten vorsah und ihnen so die größten Härten ersparte; außerdem wurde den Entlassenen die Differenz zwischen vertraglich vereinbarten und tatsächlich ausgezahlten Gehältern erstattet. Die weiteren Kürzungen der Angestelltengehälter wurden zwar nicht zurückgenommen, allerdings sozial ausgewogener gestaltet.

Diese Einbußen waren unangenehm, aber trotzdem zu verschmerzen, denn im Januar 1946, zum Zeitpunkt der Schlichtung, war der Produktionsbeginn bereits wieder absehbar. Der Betriebsrat, der diesen Namen damals noch nicht trug, sorgte mit Verve für die Einhaltung der arbeitsrechtlichen Bestimmungen, über die sich die Geschäftsleitung nur allzu gerne hinweg gesetzt hätte. Überhaupt trat

[67] Zur weiteren parlamentarischen Diskussion um das bayerische Betriebsrätegesetz vgl. Hildegard Kronawitter, Wirtschaftskonzeption und Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie in Bayern 1945–1949, München u. a. 1988, S. 150–159.

[68] Vgl. Hartmann, Kriegsende, S. 66.

[69] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Vereinbarung über die Regelung der Gehaltszahlung für Angestellte der Firma Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 17. 1. 1946. Das Dokument ist zugleich das erste, das Auskunft über die frühe Tätigkeit des Betriebsrates gibt; folgendes nach ebenda.

in den Verhandlungen ein Betriebsrat auf, der nicht nur über ein hohes Maß an juristischer Sachkompetenz verfügte, sondern auch noch Selbstvertrauen besaß und gleichermaßen von der Eisenwerkgesellschaft wie von Vertretern des Arbeitsministeriums als Verhandlungspartner anerkannt war. Seine Forderungen blieben begrenzt, und er war vor allem darauf bedacht, maximale sozialpolitische Leistungen und ein hohes Maß an sozialer Gerechtigkeit für die Belegschaft zu erzielen. Auch in den unmittelbaren Monaten nach Kriegsende blieb das „Strategie-Monopol"[70] der Unternehmer, die alleinige Kompetenz über betriebs- und investitionspolitische Fragen unangetastet, und es wäre völlig verfehlt, von einem „machtfreien Raum"[71] innerhalb der Hüttenwerke und Gruben zu sprechen. Zwischen Werksleitung und Betriebsrat galt ein, wie es Lutz Niethammer genannt hat, oftmals auch unausgesprochener „Wachstumspakt"[72], der die Betriebsräte darauf festlegte, bei allen Konflikten eines nie aus den Augen zu verlieren: Den festen Willen, das Werk und die Produktion wieder in Schwung zu bringen.

Als Gegenleistung der Unternehmer erwarteten die Betriebsräte ihre Anerkennung als Verhandlungspartner auf allen Ebenen. Dies galt auch für die symbolische Ordnung betrieblicher Selbstinszenierung. Empört reagierten die Betriebsräte deshalb, als im Oktober 1947 einer der alten Hochöfen unter den Augen zahlreicher prominenter politischer Vertreter der Staatsregierung wieder angeblasen wurde, sie aber nicht eingeladen waren. Der Betriebsrat nahm für sich in Anspruch, „dass das Anblasen eines Ofens oder sonstige betriebliche Feiern in erster Linie Sache der Arbeiterschaft und – abgesehen von der Direktion – nicht der Hauptverwaltung" sei. Um die herausragende Bedeutung der Arbeitnehmer für die Zukunft des Betriebes zu unterstreichen, dürften bei „derartigen Anlässen neben der Direktion und den Ehrengästen zu allererst die Betriebsräte als Vertreter der Arbeiter teilnehmen"[73]. Damit forderten sie einen angemessenen Platz, der sich gleichsam auf Augenhöhe zur Betriebsdirektion befand, und unterstrichen damit ihren Anspruch, gleichermaßen diszipliniert, verantwortungsvoll und gleichberechtigt den Kurs der Maxhütte durch die stürmischen Nachkriegsjahre mitzusteuern.

Der Betriebsrat verfolgte also keine grundsätzliche Oppositionspolitik. Die Form der Konfliktaustragung war eine „argumentativ-konfliktäre"[74], deren Rückhalt der hohe, beinahe hundertprozentige Grad der gewerkschaftlichen Durchdringung und Organisationsfähigkeit des Betriebes[75] sowie die Einbindung

[70] Burkart Lutz, Krise des Lohnanreizes. Ein empirisch-historischer Beitrag zum Wandel der Formen betrieblicher Herrschaft am Beispiel der deutschen Stahlindustrie, Frankfurt am Main, Köln 1975, S. 40ff.

[71] Pirker, Macht, S. 117.

[72] Lutz Niethammer, Strukturreform und Wachstumspakt. Westeuropäische Bedingungen der einheitsgewerkschaftlichen Bewegung nach dem Zusammenbruch des Faschismus, in: Heinz Oskar Vetter (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975, S. 303–358, hier S. 303ff.; Lauschke, Hoesch-Arbeiter, S. 106.

[73] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 4, Betriebsrat an den Vorstand der Maxhütte vom 28. 10. 1947.

[74] Hermann Kotthoff, Betriebsräte und Bürgerstatus. Wandel und Kontinuität betrieblicher Mitbestimmung, München, Mering 1994, S. 311.

[75] In Haidhof waren 1947 bereits 100 Prozent der Belegschaft organisiert, in Sulzbach-Rosenberg immerhin rund 95 Prozent der Arbeiter und 71 Prozent der Angestellten, ein Organisationsgrad,

in das traditionelle Arbeitermilieu der Industrieregion Sulzbach-Rosenberg bildete. Eines war den Beteiligten klar: Ob man nun wollte oder nicht, die Not zwang zur Zusammenarbeit. Dabei prägten sich neue Spielregeln und Formen der Austarierung von Konflikten ein. Dieser Lern- und Anpassungsprozeß war für manche, wie den ersten Betriebsobmann und KPD-Funktionär Dürs, offenkundig besonders schmerzhaft. Dürs war ein KPD-Mann alten Schlages, er dachte in den Kategorien des Klassenkampfes und hatte deshalb auch für die gemeinsame Krisenbewältigung von Kapital und Arbeit wenig übrig, wie sich im Februar 1947, kurz vor seiner Abwahl als Betriebsratsvorsitzender, zeigte: Damals diskutierte der Betriebsrat mit der Betriebsdirektion die Frage, wie die Lebensmittelversorgung der Belegschaft gewährleistet werden könne.[76] Der Hunger war allgegenwärtig, und der einzige Ausweg schienen Kompensationsgeschäfte zu sein, die sich freilich hart am Rande der Legalität bewegten. Eisen gegen Lebensmittel zu tauschen, war angesichts des Mangels und der harten Arbeit, die die Hüttenarbeiter zu verrichten hatten, ein häufiges Geschäft. Die Direktion hatte sich zu einem solchen Tausch entschlossen, ohne allerdings den Betriebsrat davon in Kenntnis zu setzen. Das Geschäft, vorbei an den zuständigen Organen, flog auf, nachdem der Betriebsratsvorsitzende Dürs „hinter dem Rücken der Direktion", wie man ihm vorwarf, die Zulässigkeit des Handels beim Ernährungsamt angezweifelt und damit die kritischen Nachfragen der Behörde veranlaßt hatte. Dürs lag damit ganz auf der offiziellen Linie der bayerischen KPD, fand aber mit seinem Verhalten weder die Zustimmung seines Parteifreundes und Betriebsratskollegen Geismann[77] noch seines sozialdemokratischen Stellvertreters Hauenstein. Er stand mit seiner Position weitgehend alleine, die die parteipolitische Programmatik vor das unmittelbare Wohl der Belegschaft stellte. Die anderen Mitglieder des Betriebsrates waren durchaus bereit, zusammen mit der Direktion die Verantwortung für die anrüchigen Transaktionen zu übernehmen. „Klar ist in diesem Fall nur noch nicht die Haltung des Betriebsobmanns Dürs, der von sich aus ja erklärt hat, daß er Kompensationen auf dem Gebiete der Lebensmittel nicht für gut heißen könne"[78], hielt das Protokoll fest. Das Direktoriumsmitglied Westphal erinnerte den Betriebsrat mit deutlichen Worten daran,

„daß für den Fall, wo der Betriebsrat die Mitverantwortung bei derartigen Geschäften übernehme, es selbstverständlich wäre, daß gemeinsam von allen Betriebsratsmitgliedern dieser Standpunkt zu teilen wäre, wenn im Betriebsrat selbst die Entscheidung mit Stimmenmehrheit für die Beteiligung an diesen Kompensationsgeschäften gefallen wäre. Es wurde von ihm

der aus der Sicht des Gewerkschaftssekretärs Enderlein „mehr als gut" war. DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Sitzung der Betriebsräte der Hüttenindustrie am 10. 9. 1947.

[76] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Sitzung mit Betriebsdirektion, Protokoll der Sitzung zwischen Betriebsdirektion, Sozialabteilung und Betriebsrat vom 14. 2. 1947; folgendes nach ebenda.

[77] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Sitzung mit Betriebsdirektion, Protokoll der Sitzung zwischen Betriebsdirektion, Sozialabteilung und Betriebsrat vom 31. 1. 1947; dort erklärte Geismann, daß von seiten des Betriebsrates niemand eine Anzeige bei der Prüfungsstelle erstattet habe und die Initiativen für die staatlichen Untersuchungen wohl auf die Behörde selbst zurückgehen müßten.

[78] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Sitzung mit Betriebsdirektion, Protokoll der Sitzung zwischen Betriebsdirektion, Sozialabteilung und Betriebsrat vom 14. 2. 1947; folgendes nach ebenda.

ausdrücklich darauf hingewiesen, daß in anderen Werken in dieser Beziehung die Direktion mit dem Betriebsrat gemeinsam zum Wohl der Belegschaft alle nur erdenklichen Maßnahmen ergreifen würde, um für die Belegschaft Erleichterung zu schaffen. Erforderlich aber wäre für eine derartige Zusammenarbeit, daß das Mißtrauen des Betriebsrates gegen jede Handlung der Direktion verschwindet."

Auf ein Informationsrecht über die Kompensationsgeschäfte könne der Betriebsrat pochen, keinesfalls aber eine Form der Mitsprache verlangen, die die Handlungsfreiheit der Verwaltung behindern würde. Dürs und einige andere KPD-Funktionäre, die bei der Belegschaft großes Vertrauen genossen, sahen dies anders. Sie orientierten sich noch immer an radikalen Verhaltensmustern der Weimarer Republik und standen einer gedeihlichen, aus der Not geborenen Zusammenarbeit mit den Unternehmern skeptisch gegenüber. Die Durchsetzung sozialpartnerschaftlicher Leitbilder, die mehr waren als der gemeinsame Versuch, sich gegen Eingriffe von außen zu wehren, verlief bei der Maxhütte deshalb weniger reibungslos als bei ähnlichen Hüttenwerken des Ruhrgebietes.[79] Dies hing aber möglicherweise auch mit der tiefen persönlichen und politischen Feindschaft zusammen, die Dürs und der Treuhanddirektor Enzmann für einander empfanden und das Verhandlungsklima so weit vergiftete, daß Enzmann sich nur noch unter massivem Druck bereit fand, an Gesamtbetriebsratssitzungen teilzunehmen, bei denen auch sein streitbarer Kontrahent zugegen war.[80] Daß Dürs in der Frage der Kompensationsgeschäfte im Betriebsrat auf sich allein gestellt war, nahm die Direktion mit Genugtuung zur Kenntnis. Auch sie war sich bewußt: Ein zermürbender Kleinkrieg würde auf Dauer auch ihren eigenen Interessen schaden. Es war deshalb nicht bloße Rhetorik, als die Werksleitung im Anschluß an das gescheiterte Geschäft im Januar 1948 öffentlich erklärte: Der Wiederaufbau des Werkes sei „in erster Linie dem Fleiß des Arbeiters und der Treue zu seinem Arbeitsplatz"[81] zu verdanken. Das führte sie aber nicht dazu, ihre Machtpositionen freiwillig zu räumen oder ohne Druck weitreichende Zugeständnisse zu machen. Die Unternehmerseite ließ über den Kernbereich ihrer Macht nicht mit sich reden. Darüber hinaus war sie durchaus zu Kompromissen bereit, weil sie die Arbeiterschaft beim Wiederaufbau benötigte, keine langen Arbeitskämpfe riskieren und schließlich die Arbeiter in eine gemeinsame Front gegen die Militärregierung einbinden wollte, von der ja noch lange die Demontage drohte. Wie die Kompromisse dieser „Konfliktpartnerschaft"[82] zwischen Betriebsräten und Betriebsdirektion ausfielen, dafür gab es keine Regie und keine Gesetzmäßigkeit. Für ihre Ziele mußte die Arbeiterschaft mit großer Leidenschaft streiten, um den Arbeitgebern Kompromisse abzuringen. Fest stand aber auch, daß auf beiden Seiten die Kompromißbereitschaft stieg, sobald der gemeinsame Bezugspunkt in seiner Existenz

[79] Vgl. Lauschke, Hoesch-Arbeiter, S. 100f.

[80] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 3, Betriebsrat an Dir. Enzmann vom 30. 1. 1947; IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, 8, Protokoll der BR-Sitzung vom 2. 6. 1947.

[81] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 4, Bekanntmachung der Werksleitung über Kompensationsgeschäfte vom 18. 1. 1947; Arbeitskleidung, Haushaltsgeräte und Einrichtungsgegenstände seien an die Belegschaft verteilt worden, und die Direktion habe von den erworbenen Gegenständen nichts erhalten. Diese öffentliche Rechtfertigung war nötig geworden, da Gerüchte aufgetaucht waren, Enzmann und andere hätten sich möglicherweise an den Tauschgeschäften beteiligt.

[82] Der Begriff wird verwandt bei Walther Müller-Jentsch (Hrsg.), Konfliktpartnerschaft, Akteure und Institutionen der industriellen Beziehungen, München, Mering, 1991.

in Frage gestellt wurde: der Betrieb. Das zwang immer wieder zur Besonnenheit und zum Pragmatismus, aber auch zum Versuch, die Deutungsmacht über betriebswirtschaftliche Rahmendaten zu erhalten. Die Teilnehmer am strategischen Spiel innerhalb der Organisation Betrieb waren an einen strukturbildenden Komplex aus Spielregeln gebunden, die den Akteuren unterschiedlich ausfüllbare Handlungsoptionen und „Spielzüge" einräumten und sie zugleich aber an die innere Logik des Spiels, den Erhalt der Organisation, banden. Damit besaßen sie einen wesentlichen Anteil an der Bestandssicherung der Maxhütte. Der Versuch, innerhalb des Spiels unterschiedliche Interessen durchzusetzen, wurde so gleichzeitig zum sozialen Integrationsmechanismus der beteiligten Akteure, unabhängig von weiterbestehenden Ungleichheiten der Spieler selbst.

Tarifverhandlung ohne Tarifpartner

Die Grenzen dieses Integrationsprozesses waren nicht starr, sie wurden immer wieder neu ausgelotet und blieben eine umkämpfte Größe. Immer wieder stritten Betriebsräte um den Erhalt von betriebswirtschaftlichen Rahmendaten der Unternehmensentwicklung oder die Neueinstellung von Personal: Mußten die Betriebsräte beispielsweise über die Besetzung von Stellen nur in Kenntnis gesetzt werden oder hatten sie hier weitergehendere Mitspracherechte, die es auch möglich machten, die Besetzung von wichtigen Positionen im Produktionsablauf zu beeinflussen?

Die gesetzliche Regelung bot Raum für weitreichende Interpretationen der arbeitsrechtlichen Grundlage und war für den Betriebsrat mit ein Grund dafür, die eigenen Forderungen immer wieder von neuem vorzutragen – nicht ohne Erfolg. Ende 1948 stimmte die Betriebsdirektion in einer Besprechung mit den Betriebsräten der Hütten- und Grubenbetriebe und der IG Metall sogar ein, in Anlehnung an die Praxis im Ruhrgebiet und in der britischen Besatzungszone, Vertreter des Betriebsrates und der Gewerkschaft in den Aufsichtsrat zu berufen.[83] Dies war in anderen Montanunternehmen üblich, bei der Maxhütte bis zum November 1948 aber noch undenkbar gewesen, nicht zuletzt deshalb, weil in der amerikanischen Besatzungszone die weitgehenden Mitbestimmungsrechte, die die Briten gewährten[84], auf wenig Resonanz gestoßen waren. Das Zugeständnis war eine Form der Vorleistung, um die Arbeitnehmervertretung auf eine maßvolle Lohnpolitik einzuschwören.[85] Enzmann, der die informelle Runde leitete, zog dabei alle Register

[83] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, gelbe Mappe (P-W), Protokoll über die ausserordentliche Sitzung des Treuhanddirektoriums mit den Betriebsräten der Hauptverwaltung, des Werkes Rosenberg und des Werkes Haidhof unter Anwesenheit des Gewerkschaftssekretär Enderlein vom 1. 1. 1948; folgendes nach ebenda.

[84] Vgl. Gabriele Müller-List, Neubeginn bei Eisen und Stahl im Ruhrgebiet. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der nordrhein-westfälischen Eisen- und Stahlindustrie 1945–1948, Düsseldorf 1990; Gloria Müller, Mitbestimmung in der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht – Unternehmer – Gewerkschaften, Düsseldorf 1987; grundlegend dies., Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945–1975, Essen 1991.

[85] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, gelbe Mappe (P-W), Protokoll über die ausserordentliche Sitzung des Treuhanddirektoriums mit den Betriebsräten der Hauptverwaltung, des Werkes Rosenberg und des Werkes Haidhof unter Anwesenheit des Gewerkschaftssekretär Enderlein vom 1. 1. 1948; folgendes nach ebenda.

seines Verhandlungsgeschickes. Das betriebswirtschaftliche Szenario, das er vor den Arbeitnehmervertretern zeichnete, war schauerlich: Die Qualität des Hochofenkokses sei so minderwertig wie nie zuvor, die Produktionskosten und Schrottpreise des Siemens-Martin-Stahlwerkes und der Elektroöfen seien explodiert, und der Gesellschaft fehle, nicht zuletzt aufgrund der im Gegensatz zum Ruhrgebiet ausbleibenden staatlichen Subventionen, Kapital, um die maroden Produktionsstätten in Haidhof zu sanieren. Nicht einmal ein Minimum an Betriebssicherheit könne dort gewährleistet werden, so daß die Arbeiter um Leib und Leben fürchten müßten. „Wenn also jetzt", so schloß Enzmann seine gleichermaßen drohenden wie wehklagenden Ausführungen, „neue Lohnerhöhungen übernommen werden müßten, dann sei die Gesellschaft nicht in der Lage, am 13.1.49 die Kosten für Löhne und Gehälter, für Steuern [...] aufzubringen, ohne dass sie entweder ins Passiva gerät oder aber ihre unbedingt notwendigen Investitionsaufgaben nicht durchführen kann". Er wolle aber noch einmal an die sozialen Leistungen der Gesellschaft im vergangenen Jahr 1948 erinnern, die Deputatkohle, Schulspeisungen, Geburts- und Sterbebeihilfen, Krankengelder, Butterbrotbeilagen und Wohnungsbausubventionen, um den Willen der Gesellschaft zur gedeihlichen Zusammenarbeit mit der Belegschaft zu verdeutlichen. Enzmann verschwieg freilich dezent, wieviele der Leistungen nur auf den hartnäckigen Druck der Betriebsräte zustande gekommen waren. Sein Vorhaben, „erst einmal im engsten Kreis über den einzuschlagenden Weg eine Klarheit zu erzielen" – und zu diesem Kreis zählte er gleichermaßen die Betriebsräte und die Gewerkschaftsspitze –, verdeutlicht aber bereits einen allmählichen Wandel, der sich in der Wahrnehmung und der realen innerbetrieblichen Machtverteilung vollzog. Ohne die Vertreter des Faktors Arbeit wäre es kaum möglich gewesen, die katastrophale Lage der Arbeiterschaft, ihren Unmut über die niedrigen Lohnzuwächse, hohen Preise und schlechte Versorgungslage zu kanalisieren, um nicht mögliche Streiks oder „latente[n] Minderleistungen" zu provozieren. Die Sprache des Protokolls war deutlich die der Unternehmerbank, doch schien der amtierende Betriebsratsvorsitzende Geismann gewillt, der zwar leicht übertrieben skizzierten, dennoch alles andere als rosigen wirtschaftlichen Lage der Maxhütte Rechnung zu tragen. Er wisse durchaus die Arbeit des Treuhanddirektoriums zu würdigen, könne aber nicht für die Disziplin der Belegschaft garantieren, falls die Lohnforderungen abgelehnt würden, erklärte Geismann mit allem Nachdruck. Die Vorverhandlungen, die ergebnislos endeten, verdeutlichten einerseits – bei allen Differenzen – das nicht geringe Maß an Kooperationsbereitschaft auf beiden Seiten, andererseits die unterschiedlichen Machtressourcen, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in die Waagschale der Aushandlungsprozesse werfen konnten. Das Handlungssystem der industriellen Beziehungen, in das beide Seiten eingebunden waren, wies in den Besatzungsjahren und insbesondere vor der Einführung eines neuen Tarifvertragsgesetzes im Jahr 1949[86] einen außerordentlich hohen Mischungsgrad von Vertrags-, Mitwirkungs- und Regelungsmodellen auf, die zugleich Ausdruck autoritärer beziehungsweise staatlicher oder marktferner Lenkungsformen der Ar-

[86] Dazu ausführlich Kapitel IV. 1b, S. 200–219.

beitsbeziehungen waren.[87] Die Ausschöpfung der vorhandenen Wissens- und Machtressourcen strukturierte dieses Handlungsfeld, in dem sich Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter bewegten und je nach Konstellation die Spielverläufe zu bestimmen vermochten. Die Klammer bildete – zumindest zu diesem frühen Zeitpunkt – die Vorstellung, nur gemeinsam die gewaltigen Anlaufschwierigkeiten beheben zu können. Keineswegs hatten sich die unterschiedlichen Interessen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Wohlgefallen aufgelöst. Noch immer schimmerte ein ums andere Mal in der Politik des Direktoriums eine patriarchalische „Herr im Hause" -Mentalität hervor, der jedes Zugeständnis hart abgetrotzt werden mußte. Das Informationsmonopol über die innerbetriebliche Statistik, die Produktions- und Absatzentwicklung blieb unangetastet, doch wurde es zunehmend löchriger.

Versorgungsinstanz Betriebsrat

Der Betriebsrat beschäftigte sich in seiner alltäglichen Arbeit nicht nur mit den nackten Zahlen der Unternehmensstatistik und arbeitsrechtlichen Bestimmungen. Mindestens ebenso wichtig für seine Autorität war sein leidenschaftlicher, bisweilen kämpferischer Anspruch, der Sozialanwalt der hungernden und frierenden Belegschaft sein zu wollen und ihr Leben damit erträglicher zu gestalten.[88] Seine Verhandlungsmacht in den Tarifgesprächen leitete sich nicht zuletzt aus seiner Rolle als effiziente Institution der nicht-öffentlichen Versorgung, als engmaschiges Netzwerk und Parallelinstanz zu den nur unzureichend funktionierenden Behördenapparaten der staatlichen Verwaltung ab.[89] Obwohl die Vermutung, die „absolute Dominanz der Versorgungsfrage"[90] habe die Arbeitnehmervertreter zu einem, wie sich Zeitgenossen erinnern, bloßen „Kartoffelbetriebsrat"[91] gemacht, über das tatsächlich umfassende Gewicht und die vielfältigen Arbeitsfelder der Betriebsräte hinwegtäuscht, gehörte die Beschaffung und Verteilung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen mit zu seinen zentralen Aufgaben. Überall fehlte es an den elementarsten Gütern: Mehl und Getreide waren kaum vorhanden, Käse, Fleisch, Kartoffeln und Fisch nur in minimalen Portionen und kaum ausreichend für eine Person, geschweige denn für eine ganze Familie.[92] Der damalige Betriebsratsvorsitzende der BBI erinnerte sich:

„Damals hat ja der gesamte Vorstand der IG Bergbau oder auch der Betriebsrat mehr oder weniger die Tätigkeit des Vorstandes ausgeübt, um Linderungen der sozialen Not auf dem materiellen Weg zu erreichen. Nicht so sehr über Geld geschah das, sondern mehr über Fahr-

[87] Zur Typologie industrieller Beziehungen vgl. Friedrich Fürstenberg, Kulturelle und traditionale Faktoren der Arbeitsbeziehungen aufgrund der Sozialstruktur, in: Günter Endruweit u. a. (Hrsg.), Handbuch der Arbeitsbeziehungen. Deutschland, Österreich, Schweiz, Berlin u. a. 1985, S. 3 ff.

[88] Vgl. Lauschke, Hoesch-Arbeiter, S. 115.

[89] Ähnlich auch ebenda, S. 103.

[90] Vgl. Martin Rüther, Zwischen Zusammenbruch und Wirtschaftswunder. Betriebsratstätigkeit und Arbeiterverhalten in Köln 1945 bis 1952, Bonn 1991, S. 566; auch Everhard Holtmann, Politik und Nichtpolitik. Lokale Erscheinungsformen politischer Kultur im frühen Nachkriegsdeutschland. Das Beispiel Unna und Kamen, Opladen 1989, S. 132–135.

[91] Vgl. Alexander von Plato, „Der Verlierer geht nicht leer aus". Betriebsräte geben zu Protokoll, Berlin, Bonn 1984, S. 202.

[92] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 3, Aktennotiz über die Kartoffelversorgung vom 21. 10. 1947; IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, 8, BR-Maxhütte, Betriebsratssitzung vom 3. 2. 1948.

radschläuche, Bekleidung, Carepakete und alles mögliche. Die Verteilung der Carepakte war damals mit die wichtigste Aufgabe, für die es einen eigenen zuständigen Betriebsrat gab."[93]

Es erforderte das ganze Organisationsgeschick der Arbeitnehmervertretung, die Waren so gerecht als möglich zu verteilen und wieder neue Quellen aufzutun.[94] Dabei gerieten die Betriebsräte der Maxhütte selbst untereinander in Konkurrenz. Mit einem gewissen Stolz berichtet der ehemalige Betriebsratsvorsitzende von Haidhof, Richard Edenhofer, wie er es kurz nach der Währungsreform geschafft habe, zum „oberpfälzischen Jennerwein", zum Fleischdieb, zu werden.[95] Durch ein Versehen wurden zwei Ochsen, die für die Maxhütte in Rosenberg vorgesehen waren, nach Haidhof weitergeleitet. Edenhofer nutzte die Gunst der Stunde, ließ die beiden Ochsen in die Metzgerei der Werksgaststätte bringen, dort schlachten und über Bezugsscheine an die Maxhüttenarbeiter verteilen. Später dann, erzählt Edenhofer, habe er eine Auseinandersetzung zwischen dem Betriebsratsvorsitzenden von Sulzbach-Rosenberg, Johann Geismann, und dem Treuhänder Erich Enzmann mitbekommen. Geismann wartete immer noch ungeduldig auf das Fleisch für die Belegschaft, das der Direktor im Gegenzug gegen einige Eisenträger von zwei Bauern getauscht hatte.

Nicht immer ließen sich die Probleme auf diese leichte Art lösen. Immer wieder diskutierten die Betriebsräte in ihren langen Sitzungen, wie die notleidenden Familien mit den Mitteln des Betriebsrates zusätzlich unterstützt werden konnten. Sie bemühten sich, die drohende Katastrophe aus Hunger und Überlastung mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln aufzufangen, sie gründeten betriebseigene Schusterwerkstätten und Nähstuben und machten in Bitt- und Drohbriefen die staatlichen Stellen und die Militärbehörden auf die notleidenden Beschäftigten in den Maxhüttenbetrieben aufmerksam.[96] Immer wieder kam es dabei zu Konflikten mit der Betriebsdirektion, die mit Vorwürfen überhäuft wurde, sich nicht genügend für die notleidende Belegschaft eingesetzt und die Mitspracherechte des Betriebsrates[97] verletzt zu haben, und es war schon ein kleiner Erfolg, wenn die Betriebsräte der Hüttenverwaltung nach zähen Diskussionen ein unentgeltliches Glas Bienenhonig abtrotzen konnten.[98]

[93] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit den BBI-Betriebsräten vom 26. 8. 1982, Georg Baierl.

[94] Dafür finden sich besonders in den Unterlagen der unmittelbaren Nachkriegszeit zahlreiche Belege; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 3, Betriebsrat der Hauptverwaltung vom 25. September 1947; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 3, Aktennotiz über die Kartoffelversorgung vom 21. 10. 1947; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Sitzung der Betriebsräte der Hüttenindustrie vom 10. 9. 1947; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Protokoll über die Sitzung zwischen der Betriebsdirektion, Sozialabteilung und dem Betriebsrat vom 10. 1. 1947; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Bekanntmachung vom 24. September 1946; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Betriebsrat an Dir. Enzmann vom 24. Juli 1946.

[95] „Kommt nicht in Frage, meine Herren". Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeitnehmer in der Oberpfalz – erlebt und erzählt von Richard Edenhofer. Aufgezeichnet und herausgegeben von Manfred Leiss und Hermann Novak, o.O.o.J, S. 8.

[96] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, 8, Betriebsrat der Maxhütte Sulzbach-Rosenberg an den Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Baumgartner, vom 29. 10. 1946.

[97] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, 8, BR-Protokoll vom 25. 10. 1946.

[98] „Kommt nicht in Frage, meine Herren", S. 8.

Wohnungsbau

Aber nicht nur der Hunger und die Löhne beschäftigten den Betriebsrat, sondern auch die gravierenden Wohnungsprobleme der Belegschaft.[99] Die Not der Arbeiter- und Flüchtlingsfamilien war unübersehbar[100], der Problemdruck enorm, den der mangelnde Wohnraum verursachte. Es schien beinahe, als würden in der Eisen- und Stahlregion der Oberpfalz wieder ähnlich karge und beengte, ja „proletarische" Lebensverhältnisse einziehen wie zu Beginn des Jahrhunderts.[101] Die „Behausungsfrage"[102] hatte sich in der Maxhüttenregion wie auch in anderen Schwerindustriezentren nach 1945 dramatisch zugespitzt. Während das Werk Haidhof wie die BBI in unmittelbarer Nähe der Stadt Schwandorf lag und die Wohnungen der Beschäftigten von den Zerstörungen erheblich betroffen waren, gab es in Sulzbach-Rosenberg zwar keine größeren Schäden an der Bausubstanz, doch war schon vor 1933 der billige Wohnraum knapp und die Werkswohnungen begehrt gewesen. Jetzt kam hinzu, daß zusätzlich die Flüchtlinge und Vertriebenen aufgenommen werden mußten. Besonders in den Barackensiedlungen der Werke um Rosenberg und Haidhof, in denen teilweise zuvor die Zwangsarbeiter und ausländischen Arbeitskräfte in bereits damals unhaltbaren Zuständen gelebt hatten, mußten sich nun oft sechs oder sieben Frauen und Männer einen Raum teilen. Um diese Probleme zu lösen, arbeiteten die Betriebsräte, die eine eigene Wohnungskommission gegründet hatten, eng mit der Wohnungsverwaltung des Betriebes zusammen.[103]

Bei einem ihrer Rundgänge stellte die Wohnungskommission mit Erschrecken fest, daß ihre schlimmsten Erwartungen über die Situation in den Lagern noch übertroffen wurden. Möbel waren dort kaum vorhanden und die hygienischen Zustände in einem unhaltbaren Zustand.[104] Es konnte kein Zweifel bestehen, daß zur Lösung der dringenden Probleme die Vertreter von Kapital und Arbeit, wie auch in anderen Fragen des betrieblichen Wiederaufbaus, an einem gemeinsamen Strang ziehen mußten. In den Sitzungen zwischen der Wohnungsverwaltung und der Wohnungskommission des Betriebsrates wurde die Wohnungsbelegung diskutiert und der Direktion Vorschläge über die notwendigen Investitionen unterbreitet. Die letzte Entscheidung blieb freilich auf seiten der Werksleitung, wobei im Wohnungsbereich ohne die Zustimmung des Betriebsrates kaum ein Beschluß gefällt wurde. Beide Parteien verfolgten unterdessen das Ziel, die knappe Res-

[99] Vgl. einführend Günther Schulz, Wiederaufbau in Deutschland, Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik 1945–1957, Düsseldorf 1994; ders., Wohnungspolitik und Soziale Sicherheit nach 1945: Das Ende der Arbeiterwohnungsfrage, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 483–506; Axel Schildt, Wohnungspolitik, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998, S. 151–189, bes. 166–178.

[100] Ausführlich zur Zerstörung des Wohnungsbestandes vgl. Klaus von Beyme, Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebau in beiden deutschen Staaten, München u.a. 1987, S. 25ff.; ebenfalls Adelheid von Saldern, Häuserleben. Zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute, Bonn ²1997, S. 256–259.

[101] Vgl. Müller, Arbeiterleben, S. 79–82.

[102] Roland Rainer, Die Behausungsfrage, Wien 1948.

[103] Zum Beispiel DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 7, Protokoll über die Sitzung der Wohnungsverwaltung mit der Wohnungskommission vom 20.11.1947.

[104] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, gelbe Mappe (P-W), Bericht über die Besichtigung der Wohnraumbaracken vom 2. 9. 1948; folgendes nach ebenda.

source Wohnraum in der Region um das Werk möglichst an die eigenen Arbeiter zu verteilen, den vorhandenen Werkswohnungsraum von werksfremden Mietern zu befreien und vor allem die Arbeiter und Familien zu fördern, die bereits seit längerer Zeit bei der Maxhütte arbeiteten. Nachdem in der Oberpfalz der Arbeitskräftemangel und die Fluktuation in den Großbetrieben ein ähnlich gravierendes Problem wie im Ruhrgebiet oder im Saarland darstellte, bemühten sich Betriebsräte und Direktion, möglichst rasch die alte Stammarbeiterschaft wiederzugewinnen und neue Kräfte an das Werk zu binden. Dies galt insbesondere auch, wie die Kommission betonte, für die Söhne von Maxhüttenarbeitern, von denen man hoffte, sie selbst würden eine neue „Stammarbeiterschaft heranziehen".[105] Insgesamt errichtete die Maxhütte zwischen 1947 und 1951 an ihren Standorten 809 Werkswohnungen und war damit einer der größten Bauherrn der gesamten Oberpfalz.[106] Friedrich Flick faßte einige Jahre später die paternalistischen Motive für den betrieblichen Wohnungsbau aus der Sicht der Konzernleitung in einer Aufsichtsratssitzung zusammen. „Der Eigentumserwerb bilde für den einzelnen Siedler einen erfreulichen Lohn seines Fleißes und seiner Sparsamkeit. Für das Werk bedeute er die Festigung eines bodenständigen Facharbeiterstammes. Die grundsätzliche Bedeutung liege auch darin, daß auf dem Weg über diese Art der Ansiedlung auch den Flüchtlingen und den Vertriebenen die Möglichkeit zur Eigentumsbildung gegeben sei, die in ihnen das Gefühl bestärke, endgültig eine neue Heimat gefunden zu haben."[107]

Gemeinsam versuchten Betriebsrat und Direktion, die Ansprüche, die von den Vertretern des Kreiswohnungsamtes auf die Werkswohnungen erhoben wurden, zurückzudrängen. Sie waren dafür auch bereit, sich über mögliche soziale Bedenken und Härtefälle hinwegzusetzen.[108] Zentraler Streitpunkt war unter anderen die Frage, ob die Belegschaftsmitglieder der Maxhütte durch das Kreiswohnungsreferat als Wohnungsbewerber akzeptiert würden. Die Vertreter des Landkreises und insbesondere der Flüchtlingsbeauftragte hatten argumentiert, daß die Arbeiter der Maxhütte durch den Werkswohnungsbau beinahe ausreichend versorgt seien und hinter den obdachlosen Flüchtlingen zurücktreten müßten. Die Lage der Flüchtlinge war tatsächlich außerordentlich prekär. Insgesamt befanden sich im Sommer 1948 unter den 33486 Einwohnern des Landkreises 10145 Flüchtlinge. In der Stadt Sulzbach-Rosenberg waren sie vor allem im Lager Loderhof in der Nähe des Bahnhofes untergebracht, das zu dieser Zeit rund 530 Personen Unterkunft gewähren konnte.[109] Die Verhandlungsstrategie der „Maxhütterer" richtete sich aber nach der Versorgungslage der eigenen Klientel und den Produktionsplänen der Betriebsdirektion. In schwierigen Gesprächen und unter Einsatz massiven Drucks erzwangen die Vertreter der Wohnungsverwaltung und der

[105] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 7, Protokoll der Sitzung der Wohnungsverwaltung und Wohnungskommission vom 20. 11. 1947.
[106] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 213, Sitzung des Beirates der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte m.b.H. vom 3. 12. 1951.
[107] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 202, Aufsichtsratssitzung vom 8. 8. 1958.
[108] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 7, Protokoll der Sitzung der Wohnungsverwaltung und Wohnungskommission vom 20. 11. 1947; folgendes nach ebenda.
[109] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/73–1/97, Kreisbeauftragter für das Flüchtlingswesen des Landkreises Sulzbach-Rosenberg vom 28. 6. 1948.

Wohnungskommission einen Beschluß, der es auch den Angehörigen der Maxhütte erlaubte, sich als Wohnungssuchender beim Kreiswohnungsamt zu bewerben.[110] Zugleich konnte auf Initiative des Betriebsrates erreicht werden, die rund 50 werksfremden Familien weitgehend in anderen Siedlungen und Baracken unterzubringen und den Wohnungsraum somit für die Stammarbeiterschaft zu räumen. Einmal mehr zeigte sich darin die Politik des Betriebsrates, für den oberste Priorität das unmittelbare Wohl und die Versorgung der Belegschaft vor möglicherweise dringenderen Bedürfnissen der restlichen Bevölkerung besaß.

Die gemeinsame Front der scheinbar verschmolzenen Pole von Arbeitgebern und Arbeitnehmern war freilich nicht so geschlossen, wie es von außen schien. Nur kurze Zeit nach den Verhandlungen mit den Vertretern der Kommunen drohte der „Betriebsfrieden", den der Treuhanddirektor immer wieder beschwor, massiv gestört zu werden.[111] Äußerer Anlaß war die Diskussion zwischen der Wohnungskommission des Betriebsrates und der Sozialabteilung über die angemessene und sozialverträgliche Höhe der Mietpreise für die Werkswohnungen. Die Mieten der Maxhütte lagen weit unterhalb der Preise des noch weitgehend staatlich regulierten Wohnungsmarktes und unterboten insbesondere die Forderungen, die andere Werke, wie die benachbarte Luitpoldhütte, für ihre Wohnungen erhoben. „Mit diesen äusserst niedrigen Mieten wolle das Treuhanddirektorium einen weiteren Beweis dafür liefern, daß es durch ein grosszügiges Sozialprogramm alle wirtschaftlichen und sozialen Nöte und Sorgen der Belegschaft nicht nur versteht, sondern auch zu lindern bemüht ist." Dies war freilich nur die eine Seite der Medaille. Denn das Wohnungsbauprogramm war für die Werksleitung kein Selbstzweck. Damit verbunden war vielmehr eine klare Aufforderung an die Arbeiterschaft, sich politisch ruhig zu verhalten und den „Arbeitsfrieden" zu wahren. Die „soziale Tat" der niedrigen Mietpreise werde nur unter der Voraussetzung geleistet, daß sich die Arbeiterschaft nicht an Streiks oder anderen Arbeitsunterbrechungen beteiligte. Andernfalls „behalte es sich das Treuhanddirektorium ausdrücklich vor, die Mietpreise für die Siedlungen heraufzusetzen." Die Arbeitgeber versuchten damit, die Daumenschrauben der sozialpolitischen Erpressung anzuziehen und der zeitgleichen Diskussion, die innerhalb der Gewerkschaft über einen geplanten gesamtbayerischen Generalstreik geführt wurde[112], den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dabei ging die Sozialabteilung so weit, bereits vereinbarte Kompromisse wie Übergangshilfen und Weihnachtsgratifikationen vom Wohlverhalten und der Unterordnung unter den „Arbeitsfrieden" abhängig zu machen. Wie der Betriebsrat auf die unverhohlene Kriegserklärung reagierte, läßt sich nicht mehr genau sagen. Doch zeigt das Verhalten der Arbeit-

[110] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 7, Protokoll über die Belegung von Altwohnungsraum vom 26. 10. 1948; folgendes nach ebenda. Während das Protokoll der Verhandlungen sonst in allen Bereichen Übereinstimmung zwischen Betriebsrat und Direktion feststellen konnte, ging in diesem Fall der Betriebsratsvorsitzende Geismann über die Forderungen Enzmanns hinaus, der sich auf einen Kompromiß mit den kommunalen Entscheidungsträgern einlassen wollte.

[111] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 7, Sozialabteilung an das Treuhanddirektorium zur Festlegung der Mietpreise für die neuen Siedlungswohnungen vom 10. November 1948; folgendes nach ebenda.

[112] Dazu Lanig-Hesse, Gewerkschaften, S. 225–232.

gebervertreter ihr, von Dürs polemisch auch als „Diktatur"[113] bezeichnetes, herrisches Auftreten. Im Ernstfall war der Vorstand durchaus bereit, den konsensualen Weg, den er von den Arbeitnehmern gebetsmühlenartig einforderte, zu verlassen und sich autoritär-paternalistischer Konfliktstrategien zu bedienen, um die Streitfälle für sich zu entscheiden.[114]

Entnazifizierung

Doch selbst solche Rückfälle konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich das realpolitische Kräftefeld nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches geändert hatte und sich Entscheidungen durch die Unternehmensleitung nicht einfach mehr diktieren ließen. Kaum ein anderer Bereich zeigt dies deutlicher als die Diskussion um die politische Säuberung der Hüttenbetriebe. Bereits der Alliierte Kontrollrat hatte die Mitwirkung der Betriebsräte bei der Entnazifizierung von öffentlichen und privaten Unternehmen[115] vorgesehen, ließ aber noch offen, wie die Kompetenzverteilung zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen Betriebsräten und Werksbesitzern aussehen sollte. Entscheiden mußte sich dies in den Betrieben.

Treibende Kraft war auch hier zu Beginn der Spruchkammertätigkeit der beherzt und couragiert auftretende Betriebsratsvorsitzende Georg Dürs. Im Juni 1946 wurde die Geschäftsstelle der Spruchkammer im Sulzbacher Waisenhaus eröffnet, die bis April 1948 rund 24000 Fragebögen bearbeitet hatte. Die Sulzbach-Rosenberger Spruchkammer, die ab 1. Juli 1948 mit der Hauptkammer Amberg zusammengelegt wurde, stufte 36 Personen als Belastete, 340 als Minderbelastete, 749 als Mitläufer und 14 als Entlastete ein.[116] Genaue Angaben über Verfahren gegen Maxhütten-Arbeiter und Angestellte liegen nur vereinzelt vor, doch deuten die zahlreichen Diskussionen innerhalb des Betriebsrates über die Frage der Wiedereinstellung belasteter Personen die Brisanz und allgegenwärtige Bedeutung der Entnazifizierungsfrage an. Im Gegensatz zu den Militärbehörden war der Betriebsrat der Auffassung, daß für die Bewertung der Fragebögen, die für die Wiedereinstellung notwendig waren, der Betriebsrat die entscheidende Instanz sei. Dürs und die übrigen Betriebsobleute drohten angeblich mit einer vollständigen Sabotage der Entnazifizierungsbemühungen, falls die Fragebögen zur Beurteilung zuerst auf die Schreibtische der Direktion gelangten und damit die vermeintlichen Befugnisse des Betriebsrates umgangen würden. In der politischen Überprüfung der Belegschaft sahen die Betriebsobleute damit eine ihrer zentralen, gesetzlich geschützten Aufgaben[117], über deren Umsetzung ein möglichst breiter Konsens

[113] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 216, Bericht vom 11. Februar 1947.

[114] Ob man dies als eine typische „autoritäre Harmonie" beschreiben kann, bleibt fraglich, denn das Paradox kann keine Analyse der Beziehungsmuster unterschiedlicher strategischer und konzeptioneller Verhaltensmuster leisten. Vgl. zu diesem Deutungsmuster Pierenkemper, Hans-Günther Sohl, S. 105ff.

[115] Control Council, Law Nr. 22, Sammlung der vom Alliierten Kontrollrat und der Amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven, zusammengestellt von Ruth Hemken, Stuttgart 1946.

[116] Vgl. Hartmann, Kriegsende, S. 59.

[117] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 216, Special Branch Sulzbach-Rosenberg an den Betriebsrat vom 20. 12. 1946.

der Arbeitnehmervertreter über etwaige politische Unterschiede hinweg erzielt werden sollte. Als im November 1946 der Betriebsrat über die Einstellung des vormaligen Oberingenieurs Behmenburg diskutierte, forderte Dürs die Betriebsräte auf, ihre Einschätzung abzugeben und sich dabei nicht von dessen Bewertung als Entlasteter blenden zu lassen. Der Betriebsratsvorsitzende „wies darauf hin, dass für ihn eine Wiedereinstellung nicht in Frage komme. Des Weiteren [sic] erklärte Dürs, dass es aber nicht allein auf seine Entscheidung ankomme. Er lege vielmehr Wert darauf, dass auch seine Kollegen Stellung nehmen."[118] Einstimmig kamen die Betriebsräte zu dem Schluß, den vormals leitenden Angestellten nicht einstellen zu wollen und mit der Betriebsdirektion nochmals in Verhandlung zu treten. Über Monate stand der Fall Behmenburg[119] auf der Tagesordnung der Gespräche zwischen Betriebsräten und Treuhanddirektion. Im Juni 1947 berichtete der für kurze Zeit amtierende Betriebsratsvorsitzende Zintel von einem ausführlichen Gespräch mit Behmenburg, da dieser sich bereits mehrmals um den Posten des neuen Walzwerkleiters beworben habe. „Nach Aussage des Herrn Behmenburg hat ihm der Treuhänder erklärt, dass die Entscheidung über seine Wiedereinstellung alleine beim Betriebsrat liege. Die Betriebsräte des Maschinenbetriebes und des Walzwerkes werden in der kommenden Woche bei der Belegschaft hören, wie sich die Belegschaft zur Wiedereinstellung von Behmenburg stellt."[120]

Das Verfahren im Fall Behmenburg ist aus mindestens zwei Gründen besonders bemerkenswert: Erstens hatte das Treuhanddirektorium die Entscheidungsbefugnis in der Frage der umstrittenen Wiedereinstellung offenkundig in die Hände des Betriebsrates gelegt. Damit hatte es unumwunden dessen politische und juristische Zuständigkeit anerkannt und seine Machtressourcen für so weitgehend erachtet, daß ein offener Konflikt aussichtslos erschien. Gleichzeitig hielt es der Betriebsrat der Walzwerke, in denen Behmenburg wieder an leitender Position tätig werden sollte, für geboten, die Belegschaft selbst entscheiden zu lassen. Dies war wohl weniger Ausdruck einer Entscheidungsschwäche der Arbeitnehmervertreter als die grundlegende Einsicht, die Arbeiter an den Hochöfen und Walzstrassen in die Politik der Entnazifizierung miteinzubeziehen, ihren Forderungen nach Partizipation bei der Ausübung betrieblicher Politik Rechnung zu tragen und ihren Einfluß so unmittelbar sichtbar werden zu lassen. Für eine Apathie der Belegschaften und politisches Desinteresse spricht dieses Verhalten jedenfalls nicht. Obwohl eine Entscheidung der Belegschaft nicht überliefert ist, scheint Behmenburgs Antrag auf Wiedereinstellung durch die Arbeiter endgültig abgelehnt worden zu sein.

Offenkundig kam es in den Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Betriebsdirektion allerdings nicht dazu, daß die Betriebsräte die Personalpolitik des Unternehmens diktieren konnten, jedenfalls nicht so, wie es Dürs gewünscht und gefordert hatte. Doch in der Praxis erfolgte kaum eine Wiedereinstellung gegen den Willen der Arbeitnehmervertreter. Nicht selten mußte der Treuhänder Enzmann

[118] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, 8, Betriebsratsprotokoll vom 22.11. 1946.
[119] Leider sind die näheren Umstände nicht weiter bekannt. In den staatlichen und städtischen Archiven konnten keine weiteren Unterlagen gefunden werden.
[120] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Protokoll über die Betriebsratssitzung vom 24. 6. 1947.

dem Betriebsrat Rede und Antwort über umstrittene Kandidaten stehen, der ihn mit bohrenden Nachfragen ein ums andere mal in schwere Bedrängnis brachte.[121] Das selbstbewußte Auftreten der Betriebsräte unter kommunistischer Führung hatte in ganz Bayern für Aufsehen gesorgt. Selbst das bayerische Kabinett zeigte sich besorgt, da anscheinend in der Maxhüttenregion, wie Staatsminister Ludwig Erhard berichtete, „Betriebsführer und Vorarbeiter, wenn sie denazifiziert worden seien, von den Betriebsräten abgelehnt würden." Gemutmaßt wurde, daß die „Ablehnung nicht aus politischen Gründen erfolgte, sondern aus irgendwelchen Ressentiments, die auf die Zeit vor 1933 zurückgingen".[122] Diese Vermutung läßt sich anhand der Verhandlungen zwischen Betriebsleitung und Betriebsrat kaum belegen, deutet aber an, wie intensiv sich einige Belastete bemühten, politische Kanäle einzuschalten, um wieder in ihre alten Funktionen zurückkehren zu können.

Einer der Prüfsteine ihrer Entnazifizierungspolitik war neben der Klärung früherer aktiver Parteimitgliedschaft in der NSDAP auch der Umgang mit den zahlreichen Zwangsarbeitern, die bei der Maxhütte seit Kriegsausbruch beschäftigt waren.[123] Wer hier durch besondere Grausamkeit und offenkundig ungerechte Behandlung aufgefallen war, hatte es schwer, wieder eingestellt zu werden. Auch hier konnten sich die Betriebsräte in der Regel darauf verlassen, daß ein dichtes Netz an Informanten, vor allem die gewerkschaftlichen Vertrauensleute aus den einzelnen Betriebsteilen, für Aufklärung sorgte. Fälle, wie die des Meisters Johann Georg Herbst waren keine Ausnahme, der sich im November 1948 mit der Forderung an den Betriebsrat wandte, ihn wieder bei der Maxhütte zu beschäftigen und die gegen ihn erhobenen Vorwürfe der Mißhandlung von Fremdarbeitern für nichtig zu erklären.[124] Offenkundig war Herbst mit grober Brutalität gegen die rund 115 russischen und 30 polnischen Zwangsarbeiter vorgegangen, die ihm neben anderen Kriegsgefangenen aus Westeuropa unterstanden und für deren Einsatz er in der Adjustage verantwortlich zeichnete.[125] Für die katastrophalen hygienischen Verhältnisse, unter denen die russischen Gefangenen in den Barackenlagern leben mußten und in denen immer wieder gefährliche Krankheiten grassierten, gab Herbst noch in seiner Verteidigungsschrift den Inhaftierten selbst die Schuld. Als Zeugen für sein vermeintlich angemessenes, geradezu freundschaftli-

[121] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Protokoll über die Betriebsratssitzung vom 3. 7. 1946.

[122] Protokoll des Kabinett Hoegner I., Bd. 1, Nr. 28 vom 29. 5. 1946, S. 534.

[123] Dazu ausführlich demnächst Dietmar Süß, „Keine rohen Eier" - Zwangsarbeit in der Maximilianshütte 1941–1945.

[124] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, grüne Mappe, Schriftverkehr H-N, Herbst an die Betriebsräte der Maxhütte Werk Rosenberg vom 8. 11. 1948; folgendes nach ebenda.

[125] Das bestätigt auch die Aussage des Adjustagearbeiters Johannes Lier: „In nicht ganz erinnerlicher Zeit, jedoch bei winterlicher, nasskalter Witterung, erschien eines Tages auf meiner Arbeitsstelle im Werk ein russischer Kriegsgefangener. Seine Füsse waren in alte Lumpen gehüllt, seine Kleidung war notdürftig. Als ich mich mit ihm in gebrochenem Deutsche verständigte, wo er seine Schuhe habe, sagte er mir: ‚Kaputt'. Als ich den Gefangenen darauf hinwies, er solle sich von Obermeister Herbst Holzschuhe geben lassen, sagte mir der Gefangene mit dem Hinweis auf seine Füsse: ‚Meister nichts'. Drauf ging ich selbst zum Obermeister Herbst und bat denselben, er solle doch dem Gefangenen Holzschuhe geben. Obermeister Herbst schrie mich mit den Worten an: ‚Die sollen verrecken.' Der Gefangene mußte dann seine Arbeit ohne Schuhe verrichten." IfZ-Archiv, NI-6809 F, Eidesstattliche Erklärung von Johannes Lier vom 14. 5. 1947.

ches Verhalten benannte Herbst nicht umsonst Oberingenieur Behmenburg. Die Entscheidung gegen ihn sei durch bittere „Gehässigkeit" bestimmt, schimpfte Herbst. Seine Apologie, die von den Betriebsräten mit eisigem Schweigen quittiert wurde, gipfelte in der Forderung, den „Fall nochmal zu prüfen und aus diesem mir so grossen zugefügten Unrecht, nach Recht und Gerechtigkeit entscheiden zu wollen."[126]

Daß die Betriebsräte und Vertrauensleute in den Produktionsstätten der Hochofenbetriebe und Walzwerke sich in der Regel sehr genau überlegten, für wessen Einstellung sie sich einsetzen sollten und in der Lage waren, zwischen unterschiedlichen Graden an Belastung zu unterscheiden[127], verdeutlicht ihr lauter Protest gegen die Einstufung des Betriebsdirektors Westphal als „Mitläufer" an die Spruchkammer des Landkreises Sulzbach-Rosenberg vom September 1947.[128] Westphal war zwischen Dezember 1933 und August 1934 SA-Anwärter gewesen, dann angeblich wegen Nichterscheinens zum Dienst aus der Mitgliederliste gestrichen worden. Er war seit 1934 Mitglied eines SA-Herrenbundes und bereits kurz zuvor der DAF, später auch der NSV beigetreten, ohne allerdings ein Amt zu bekleiden. „Herr Westphal", so urteilten die Betriebsräte im Einklang mit der örtlichen Gewerkschaft, habe sich „nicht nur nicht im nazistischen Sinne beschäftigt", sondern sei vielmehr ein „Gegner des Nazismus" gewesen, der sich immer nach seinen Kräften für die Arbeiterschaft eingesetzt habe und deshalb großen Respekt verdiene. Der Urteilsspruch müsse deshalb noch einmal überprüft und Betriebsdirektor Westphal in die Gruppe der Entlasteten eingestuft werden. Der einhellige Aufschrei hatte Erfolg, und Westphal konnte sein Amt als Direktor und Vorstandsmitglied weiter ausüben.

Die Machtverhältnisse zwischen den Sozialpartnern blieben indes labil, die Initiativen wechselten und die jeweiligen Erfolgsbilanzen waren Ergebnis von Aushandlungsprozessen, in denen die Suche nach Bündnispartnern auch außerhalb der Betriebstore eine zunehmend wichtigere Rolle spielte.

3. Die Arbeiterbewegung organisiert sich neu: KPD, SPD und Gewerkschaften

Neben den roten Hochburgen in Selb und Hof gehörte die Maxhüttenregion bereits seit den zwanziger Jahren zu den Zentren der nordbayerischen Kommunisten.[129] In den Gemeinden der unmittelbaren Umgebung der Maxhüttenbetriebe konnte die KPD in ihren Hochburgen im Krisenjahr 1932 wie in der Arbeiterge-

[126] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, grüne Mappe, Schriftverkehr H-N, Herbst an die Betriebsräte der Maxhütte Werk Rosenberg vom 8. 11. 1948.

[127] Exemplarisch auch die Diskussion um die Wiedereinstellung eines vormaligen Angestellten: IGM-ZA im AdsD, 8, Betriebsratssitzung vom 17. 2. 1948.

[128] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 4, Betriebsrat an die Spruchkammer des Landkreises Sulzbach-Rosenberg vom 23. 9. 1947; folgendes nach ebenda.

[129] Zur Geschichte der bayerischen KPD vgl. Hartmut Mehringer, Die KPD in Bayern 1919–1945. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Bayern in der NS-Zeit. Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand. Hrsg. von Martin Broszat und Hartmut Mehringer, München 1983, Bd. 5, S. 1–286, S. 15, 21, 56–67.

meinde Leonberg bis zu 40 Prozent der Stimmen erzielen und stellte sowohl in Rosenberg wie in Maxhütte-Haidhof die Mehrheit der Betriebsräte.[130] In der Stadt Sulzbach wurde die KPD bei den Landtagswahlen 1924 erstmals stärkste Partei mit 24,5 Prozent und ließ damit die Sozialdemokratie, die lediglich auf 17,9 Prozent kam, weit hinter sich. Die NSDAP, die nach ihrem Verbot getarnt als „Völkischer Block" antrat, konnte einen weit über die Stadtgrenzen hinaus beachteten Wahlerfolg mit 18,9 Prozent verbuchen.

Im stärker ländlich und protestantisch geprägten Bezirk Sulzbach war es für die KPD weitaus schwerer, politisch Fuß zu fassen. Hier wählte man traditionell nationalliberal und konservativ, am Ende der Weimarer Republik nationalsozialistisch. Nach ihrem Erfolg von 1924 verlor die KPD mit der Stabilisierung der Weimarer Republik seit Mitte der zwanziger Jahre wie vielerorts in der gesamten Maxhüttenregion an politischer Durchschlagskraft[131]: Bei den Landtags- und Reichstagswahlen von 1928 büßte sie beispielsweise in Sulzbach ihren Spitzenplatz wieder ein, die BVP wurde mit rund 34 Prozent stärkste Partei, gefolgt von der Sozialdemokratie mit 25 Prozent, der DNVP mit knapp 20, der KPD mit 13 und der NSDAP mit rund 10 Prozent. Zu schweren, oftmals auch gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten war es wie auch in den Großstädten des Reiches ebenfalls in Schwandorf, Burglengenfeld, Amberg oder Sulzbach-Rosenberg gekommen. Straßenschlachten, antiparlamentarische Hetze und gezielte Übergriffe insbesondere von SA-Einheiten auf bekannte Kommunisten und ihre Wohnviertel kündigten ohne Umschweife an, auf welch tönernen Füßen das politische Leben der ersten deutschen Demokratie stand.[132]

Die Wahlerfolge in den Industrielandkreisen Burglengenfeld und Sulzbach-Rosenberg dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß die bayerische KPD außerhalb ihrer großstädtischen Hochburgen in München, Augsburg, Nürnberg und einiger punktueller Industrieinseln trotz zum Teil erheblicher Stimmengewinne doch wohl nicht mehr als eine „politische Sekte"[133] war. Weder ihre Vorfeldorganisationen noch ihre publizistische Breitenwirkung konnten mit der rund 90000 Mitglieder umfassenden Sozialdemokratie Schritt halten.[134] Nur vereinzelt gelang es ihr, in Nord- und Südbayern ein „kommunistisches Sondermilieu"[135] aufzubauen, in dem sie prägend und dominierend in alle Lebensbereiche einwirkte und ein eigenes Organisations- und Kommunikationsgeflecht zu konstituieren vermochte.

[130] Zu den Vorgängen in Leonberg: Stadtarchiv Maxhütte-Haidhof, 1–120, Organisation der Polizei, 1928–1945.

[131] Ausführlich zur Beziehungsgeschichte von KPD und NSDAP vgl. Andreas Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/1939. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.

[132] Staatsarchiv Amberg, Regierung der Oberpfalz 14195, Halbmonatsberichte des Regierungspräsidenten vom 23. 1. 1923 u. 19. 11. 1923; Stadtarchiv Sulzbach-Rosenberg, schriftliche Aufzeichnung von Johann Georg Übler.

[133] Mehringer, KPD, S. 55.

[134] Zur Geschichte der bayerischen SPD vgl. Hartmut Mehringer, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Bayern in der NS-Zeit. Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand. Hrsg. von Martin Broszat und Hartmut Mehringer, München 1983, Bd. 5, S. 287–432.

[135] Mehringer, KPD, S. 56.

Erschwerend für die bayerischen Kommunisten, die am unteren Ende der reichsweiten organisatorischen Leistungsbilanz lagen, kam vermutlich noch die Reorganisation der Parteistrukturen von der Wohn- auf die Betriebsorganisation hinzu.[136] Die Umstellung auf Betriebszellen als zentraler Organisationsinstanz scheiterte im überwiegend ländlichen Bayern selbst in den industriellen Ballungsräumen. Die Betriebszellenpolitik, die seit Mitte der zwanziger Jahre die Organisation straffen und disziplinieren sollte, unterschätzte nicht nur die Prägekraft des Arbeiterlebens durch die Wohngebietsorganisation, sondern auch den durch schwere körperliche Anstrengung geprägten Arbeitsrhythmus in Großbetrieben wie der Maxhütte oder der BBI. Besonders der Schichtbetrieb und die weiten Anfahrtswege behinderten die Organisation von Parteiversammlungen, Schulungen und Wahlkämpfen, die in der Regel nicht im Betrieb, sondern der nächstgelegenen Gastwirtschaft stattfinden sollten; ein Umstand, der besonders bei den Ehefrauen der Arbeiter wiederholt zu bittersten Klagen führte. Die zunehmende Bürokratisierung der Parteiarbeit tat ein übriges, die lokalen, ehrenamtlichen Funktionsträger zu überfordern und ihren Unmut anzustacheln.[137]

Obwohl der organisatorischen Strukturreform der KPD-Arbeit kein Erfolg beschieden war, war die KPD eine feste politische Größe der Maxhüttenregion. Als die Nationalsozialisten auch in Bayern am 9. März 1933 die Macht ergriffen[138], trafen sie auf eine kommunistische Partei, die tief verankert war im betrieblichen Sozialmilieu der Eisenwerk-Gesellschaft und ihrer Gruben. Keinesfalls wäre es zutreffend, sie für eine marginalisierte Splittergruppe der Arbeiterbewegung zu halten, die lediglich in Krisenzeiten von Wählerwanderungen und hohen Arbeitslosenzahlen profitieren konnte. Die große Zahl kommunistischer Betriebsräte spricht zumindest dafür, daß sich die KPD in Teilen der Betriebe und Wohngemeinden als fester und ernstzunehmender Bestandteil der Arbeiterbewegung etabliert hatte.

Die örtlichen Funktionäre, die ihre Partei am 1. Dezember 1945 mit der Zustimmung der amerikanischen Besatzungsbehörden wieder ins Leben rufen konnten[139], hatten bereits in den zwanziger Jahren eine tragende Rolle in der Betriebszellenpolitik gespielt: Dazu gehörte beispielsweise der erste Betriebsratsvorsitzende nach 1945 des Werkes in Maxhütte-Haidhof, der KPD-Vorsitzende und

[136] Vgl. Mehringer, KPD, S. 39f.

[137] Vgl. Georg Fischer, Vom aufrechten Gang eines Sozialisten. Ein Parteiarbeiter erzählt, Berlin, Bonn 1979, S. 93f.

[138] Zu den Vorgängen in Sulzbach-Rosenberg, wo bereits zwei Tage zuvor die Nationalsozialisten das Rathaus stürmten, vgl. Lehner, Sulzbach-Rosenberg, S. 349–353.

[139] Die Zahl der Forschungsarbeiten hierzu ist mittlerweile Legion. Ein Überblick hierzu in: Siegfried Heimann, Die Sozialdemokratie: Forschungsstand und offene Fragen, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteiforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 147–186; für Bayern immer noch einschlägig: Hans Woller, Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986, S. 167–186; Peter Zeitler, Neubeginn in Oberfranken. Die Landkreise Kronach und Kulmbach, Kronach 1997, S. 249–273. Die Geschichte der bayerischen KPD nach 1945 ist bislang noch nicht hinreichend untersucht worden; erste Ansätze in: Peter Gohle, Die Aktionsgemeinschaft zwischen SPD und KPD in München nach dem Ende des Nationalsozialismus – ein Vergleich innerhalb der amerikanischen und der britischen Besatzungszone, Magisterarbeit, LMU München 1995.

Gemeinderat Michael Dietz[140], der ebenso wie Georg Dürs und Johann Geismann von den Nationalsozialisten verfolgt und 1933 in „Schutzhaft" genommen wurde. Letzterer war nicht nur Gemeinderat, sondern zugleich Initiator eines antiklerikalen „Verbandes für Freidenkertum und Feuerbestattung", in dem Kommunisten und Sozialdemokraten gemeinsam agitierten und zum Austritt aus der Kirche aufriefen.[141] Die unbestrittene Führungspersönlichkeit in der Weimarer Republik war Johann Georg Übler. Er überlebte die Verfolgungswellen des NSDAP-Kreisleiters und Oberbürgermeisters, Paul Arendt, des „kleinen Hitlers" von Sulzbach-Rosenberg[142], wie ihn der Volksmund nannte, und die Inhaftierung im KZ Dachau. Bereits in jungen Jahren gehörte Übler offenkundig zu den wenigen besoldeten Parteifunktionären in Nordbayern und war auch den Behörden der Oberpfalz bereits wegen seines propagandistischen Geschicks aufgefallen.[143] Die Jahre der Verfolgung und des Widerstandes hatten freilich an der Substanz der Kommunisten gezehrt. Ihre Vereine waren zerschlagen, ihr dichtes, informelles Netzwerk in den Arbeitersiedlungen rund um die Maxhütte durch die Jahre des Krieges zerstört.

Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches gelang es der nordbayerischen KPD und ihren alten Führungskadern in Sulzbach-Rosenberg[144], Amberg[145] und Schwandorf[146] rasch, an die Organisationsstruktur der Weimarer Republik anzuknüpfen[147] und ihre Anhängerschaft zu sammeln, die sich – wie auch vor 1933 – vornehmlich aus der Industriearbeiterschaft der Gruben und Hüttenbetriebe rekrutierte.[148] Von den 20 Kandidaten, die die KPD 1946 zu den ersten Kommunalwahlen nominierte[149], und nur darauf können sich wegen fehlender anderer Quellen Aussagen zur Sozialstruktur stützen, waren 15 Arbeiter und lediglich drei Angestellte. 13 Kandidaten waren bereits vor 1933 Mitglied der KPD gewesen, die offenkundig trotz Krieg und Verfolgung personell nicht völlig aufgezehrt war und die wohl nie ganz abgerissenen informellen Verbindungen reaktivieren konnte. Die sieben, erst nach 1945 in die KPD eingetretenen Kandidaten gehörten bis auf eine Ausnahme zur jüngeren Generation der Partei unter 35 Jahren, die in der Weimarer Republik noch keine tragenden Funktionen übernommen hatten.

Zum Zeitpunkt ihrer Lizensierung waren von den 45 Mitgliedern bereits 23 vor 1933 in der KPD gewesen[150]; bis März 1946 erhöhte sich die Zahl der KPD-Mit-

[140] Stadtarchiv Maxhütte-Haidhof, 1–131, Schutzaufsicht und Meldung, Vorstand des BA Burglengenfeld an die Ortspolizeibehörde vom 30. 4. 1933.
[141] Vgl. Lehner, Sulzbach-Rosenberg, S. 341.
[142] Ebenda, S. 346.
[143] Staatsarchiv Amberg, Regierung der Oberpfalz, 13907; Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Burglengenfeld, 4368.
[144] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, CO/475/3, Communist Party, List of members bis zum 31. 3. 1946.
[145] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, CO/454/1, Formation of political parties, 19. 11. 1945.
[146] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, CO/463/4, Monthly political activity report für den Landkreis Burglengenfeld vom 1. 3. 1946.
[147] Zur Wiedergründung und Organisationsdiskussion vgl. u.a. Fischer, Gang, S. 198f.
[148] Zur Geschichte der KPD nach 1945 vgl. zusammenfassend Dietrich Staritz, Die Kommunistische Partei Westdeutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 3, Opladen 1983, S. 1663–1809, bes. S. 1791 ff.
[149] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, CO/475/3, Verzeichnis der gültigen Wahlvorschläge, Kommunistische Partei (undatiert).
[150] Angaben nach IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, CO/475/3, Communist Party Sulzbach-Rosenberg,

glieder auf insgesamt 76, von denen 35 auch in der Weimarer Republik Kommunisten gewesen waren; drei der neu Aufgenommenen waren zuvor in der Sozialdemokratie aktiv. Etwas anders stellte sich die Situation im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz dar, in dem von den 3564 Mitgliedern der KPD im April 1946 nur rund 37 Prozent bereits vor 1933 schon der Partei beigetreten waren; ein weiteres Indiz für die regionale Verankerung und ihr im Vergleich größeres Potential der Kommunisten in der Maxhüttenregion.[151]

Ohne die genauen Geburtsorte zu kennen, sprechen die Wohnorte, die sich zumeist in den bereits vor dem Krieg gebauten Arbeitersiedlungen befanden, ebenfalls dafür, daß die KPD auf Personen zurückgreifen konnte, die bereits über viele Jahre in Sulzbach-Rosenberg lebten und zur Stammarbeiterschaft der Maxhütte gehörten. Ihre schnelle Reorganisationsfähigkeit zeigte sich in den unmittelbaren Nachkriegsjahren bis etwa Mitte 1946, als die KPD nicht nur finanziell[152], sondern auch personell die sozialdemokratische Konkurrenz bei weitem übertraf. Bis Ende 1946 konnte die KPD in Sulzbach-Rosenberg ihre Mitgliederzahl auf insgesamt 90, bis zum Frühjahr 1947 auf etwa 110 steigern[153], verlor dann aber ganz im Gegensatz zur SPD langsam, aber doch deutlich an Mitgliedern und war im August 1948[154] wieder auf dem Stand von 1946, und die Tendenz war weiter abnehmend. Der kurze politische Aufbruch, wie ihn auch der Landesvorsitzende Fischer rückblickend ausgemacht hatte[155], schien beendet und die Partei blickte mit wachsender Sorge besonders auf die Entwicklung in Schwandorf und Burglengenfeld, dem zweiten Zentrum der oberpfälzischen Eisen- und Stahlindustrie.[156] „Wir müssen erkennen, daß der Nazismus tiefe Wurzeln in unser Volk geschlagen hat, daß er ausnahmslos alle Schichten und Altersklassen angefressen hat"[157], urteilten deshalb kurz nach Kriegsende die Funktionäre der Region bitter. 1946 konnte die Stadt- und Landkreisleitung noch das mit weitem Abstand beste Ergebnis der Oberpfalz an den Vorstand nach München melden: In 13 Orts- und Stadtteilgruppen waren um das Werk in Maxhütte-Haidhof 471 Mitglieder, darunter auch 36 Frauen registriert; bis zum Februar 1948 gewann die KPD noch einmal 12 neue Anhänger und konnte damit ihre Spitzenposition verteidigen. Der nur mehr leichte Anstieg hatte sich der allgemeinen Mitgliederentwicklung im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz angepaßt: Auch hier stieg die Zahl der KPDler nur

List of members up to status of 31 March 1946. Zur sozialen Schichtung der KPD-Mitglieder liegen leider keine näheren Angaben vor.

[151] BA Berlin, BY 1, 578, KPD Bezirksleitung Niederbayern/Oberpfalz an die Landesbezirksleitung vom 4.4. 1946.

[152] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, CO/475/3, SPD im Stadt- und Landkreis Sulzbach-Rosenberg vom 13. 4. 1946; IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, CO/475/3, Communist Party, Monthly balances vom 10. 4. 1946; IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, CO/436/2, Monthly Political Activity Report vom 31. 5. 1946.

[153] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/73–1/31 Quarterly Historical Report vom 10. 10. 1947.

[154] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/73–1/31, Sub-Office Sulzbach-Rosenberg vom 4. 8. 1948.

[155] Vgl. Fischer, Gang, S. 228.

[156] Angaben nach BA Berlin, BY 1, 578, Organisationsstand und Mitgliederstärke im Unterbezirk Niederbayern und Oberpfalz am 31. 12. 1946; Angaben nach BA Berlin, BY 1, 578, Mitgliederbewegung und Kassierung des Bezirks Niederbayern/Oberpfalz vom Februar 1948.

[157] BA Berlin, BY 1, 287, Entschließung der Bezirkskonferenz der Kommunistischen Partei Nordbayern zur politischen Lage, Ende 1945, pag. 11.

mehr um knapp zwei Prozentpunkte auf insgesamt 6018 und erreichte damit ihren Zenit.

Allein die quantitative Beschreibung, gegenüber der eine gewisse Grundskepsis ob der Datengrundlage notwendig ist, sagt über das Parteileben noch recht wenig aus, zumal die Zahlenangaben für die alliierten Behörden oft übertrieben hoch waren. Im Mai 1948 meinte beispielsweise die Bezirksleitung von Niederbayern/Oberpfalz ungewohnt selbstkritisch: Von den Mitgliedern sei nur ein Bruchteil aktiv und politisch mangelhaft geschult. Man könne den Eindruck gewinnen, als sei ein „Teil unserer bewährten Genossen zur Zeit mit einer Müdigkeit behaftet", deren Ursache vor allem in den Jahren der Verfolgung zu suchen sei. Möglicherweise sei dies auch der Grund dafür, warum der „volkstümlich[e] gewordene Kapitalismus" des Schwarzen Marktes das „verschüttete Klassenbewußtsein noch nicht zum Durchbruch" hat kommen lassen.[158]

Von der anfänglichen Euphorie und den Hoffnungen auf eine politisch aktive und gemeinsam agierende Arbeiterschaft war hier nicht mehr viel zu spüren. Zunächst hatten die alten und wenigen neuen Mitglieder nach Kriegsende in ihrem Gründungsstatut[159] die vordringlichsten politischen Aufgaben formuliert: Die Schaffung eines „demokratischen Deutschlands" und die „restlose[n] Beseitigung des Nationalsozialismus, Imperialismus und Militarismus." An ihrer Spitze standen im Landkreis ein gewählter Kreissekretär und drei weitere Vertreter, in deren Verantwortung die Parteiorganisation lag. Beinahe zeitgleich mit der lokalen Wiedergründung hatten sich Ende 1945 die nordbayerischen Kommunisten zu ihrer ersten Bezirkskonferenz zusammengefunden und schlossen sich dabei in ihrer Entschließung dem von Wilhelm Pieck formulierten Gründungsaufruf der KPD an.[160] Die „Einheit der antifaschistischen Bewegung" ebnete aus Sicht der KPD den Weg für eine „Demokratie des schaffenden Volkes", eine „parlamentarisch-demokratische Republik", die nicht die gleichen Fehler wie die Weimarer Republik begehe und der „reaktionären Verwaltungsbürokratie" die Verantwortung für Deutschland übertrage. Auch die KPD trage durch ihre Unfähigkeit, die „antifaschistische Front zu schließen", einen Anteil am Sieg der „Verbrechergesellschaft" und den „Trümmern unserer Häuser und Arbeitsstätten". Die „Ausrottung des Hitlerismus" und die Bestrafung der „SS-Banditen" sollten aber nicht dazu verleiten, alle ehemaligen Parteimitglieder der NSDAP zu bestrafen. Nur eine Entscheidung über die Schuld jedes Einzelnen und ihre Haltung zum Wiederaufbau Deutschlands dürfe der Maßstab für mögliche Sanktionen sein.[161]

Trotz dieses vermeintlichen Kurswechsels und der Annäherung an die Sozialdemokraten gelang es nur sehr mühsam und in ganz kleinen Schritten, die Betriebsgruppenarbeit, das zentrale KPD-Aktionsfeld[162] in der Maxhüttenregion,

[158] BA Berlin, BY 1, 288, Monatsbericht der Organisation Niederbayern/Oberpfalz für Mai 1948.

[159] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, Special Political Party Report, Statue of Communist Party vom 7. 1. 1946; folgendes nach ebenda.

[160] Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, hrsg. von Ossip K. Flechtheim, Bd. III, Berlin 1963, S. 313ff.

[161] BA Berlin, BY 1, 287, Entschließung der Bezirkskonferenz der Kommunistischen Partei Nordbayern zur politischen Lage, Ende 1945, pag. 10.

[162] Zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit der KPD in Bayern vgl. BA Berlin, BY 1, 928, Erweiterte Landesleitungssitzung mit Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären vom 8. 12. 1946.

wieder in Schwung zu bringen. Zwar hatte die Partei schon im Herbst 1946 einen eigenen Verantwortlichen für die Betriebsrätearbeit des Unterbezirks Niederbayern/Oberpfalz ernannt, dessen Aufgabe zuvorderst die Koordinierung und Schulung der Betriebsräte der Maxhütte- und der Luitpoldhütte in Amberg sein sollte.[163] Doch rissen die Klagen über die nur „mäßige[n] Erfolge"[164], wie es euphemistisch über das beständige Scheitern besonders in der Maxhüttenregion hieß[165], nicht ab. Während in Haidhof zu dieser Zeit wenigstens auf dem Papier eine KPD-Gruppe um die Betriebsräte Michael Dietz und Michael Baumann bestand, hatten sich trotz nachhaltiger Ermahnung durch die Landesleitung weder in Sulzbach-Rosenberg noch in dem Tagebaubetrieb der BBI in Wackersdorf[166] die Kommunisten zusammengeschlossen.[167] Ein Grund lag sicherlich darin, daß die führenden Kommunisten wie Johann Geismann einer wachsenden Belastung ausgesetzt waren und neben dem Kampf um das alltägliche Überleben in der „Zusammenbruchsgesellschaft" gleichzeitig wegen mangelnder personeller Ressourcen Funktionär im Betrieb, in der Gewerkschaft oder der Partei waren, damit nicht immer gleichermaßen aktiv sein konnten. Ihnen blieb sprichwörtlich keine Zeit, sich um den neuesten Stand der ideologischen Entwicklung kommunistischer Flügelkämpfe zu kümmern. So wundert es nicht, daß viele der beklagten Defizite ihre Ursache in den innerparteilichen Spannungen der KPD selbst hatten. Der programmatische Kurswechsel seit 1935 und die neue Taktik der „Nationalen Front" war vielen KPD-Mitgliedern in den Jahren der Diktatur wegen der gestörten Kommunikationsbedingungen wenn nicht gar verborgen geblieben[168], so doch erst mit größerer Verzögerung bekannt geworden. Deshalb beklagte die Partei- und Unterbezirksleitung in München und Regensburg immer wieder die „innerparteilichen Schwierigkeiten"[169], die Partei ideologisch auf Kurs zu bringen und die Funktionäre in den Regionen über den Stand der politischen Zielvorstellungen zu informieren. Dahinter verbarg sich freilich ein zweiter Problemkreis, der auch im Falle der Maxhütte eine zentrale Rolle spielte. Schon im Sommer 1944 hatte der amerikanische Geheimdienst festgestellt: „Many Communists are repor-

[163] BA Berlin, BY 1, 272, Monatsbericht der Abteilung Betriebe-Sozialwesen an die Leitung des KPD Landesbezirks Bayern Oktober/November 1946, pag. 46.

[164] BA Berlin, BY 1, 272, Bericht an die Leitung des KPD-Landesbezirks Bayern für Oktober 1946, pag. 38. In dem Bericht werden alle Betriebsgruppen, die erfaßt sind, kurz charakterisiert und keine der Maxhüttenbetriebe erwähnt. Nicht überall war die KPD mit ihren Bemühungen so wenig erfolgreich wie in Sulzbach-Rosenberg und Haidhof. In den großen Industriestädten wie Nürnberg, München oder Augsburg waren eine Reihe Kommunisten in Führungspositionen von Betriebsräten und Gewerkschaften gewählt worden. Dazu BA Berlin, BY 1, 272, Gesamtbericht über die Betriebsarbeit im Landesbezirk Bayern vom 21. 5. 1947, pag. 49–52.

[165] Vgl. beispielsweise BA Berlin, BY 1, 288, Konferenz aller Landkreisvorsitzenden des Bezirks Niederbayern/Oberpfalz vom 27. 9. 1947, pag. 87; BA Berlin, BY 1, 288, Bericht der Abteilung Betriebe/Soziales beim Bezirksvorstand Niederbayern/Oberpfalz für August 1947, pag. 128.

[166] Erst 1950 wurde bei der BBI der Versuch unternommen, eine Betriebsgruppe zu gründen, der allerdings kläglich scheiterte, einerseits aus organisatorischer Schwäche, andererseits, weil die SPD mit aller Macht die Betriebsratsarbeit der KPD zu verhindern versuchte. BA Berlin, BY 1, 947, Politischer Bericht der Org. Instrukteur-Abteilung des KPD Landesvorstandes Bayern für Juni 1950.

[167] BA Berlin, BY 1, 288, Bericht über den Aufbau von Betriebsgruppen im Stadtkreis Regensburg und im Unterbezirk Niederbayern-Oberpfalz (undatiert, vermutlich Dezember 1946), pag 38.

[168] Staritz, Partei, S. 1684ff.

[169] BA Berlin, BY 1, 288, Tätigkeitsbericht der Unterbezirksleitung Niederbayern/Oberpfalz für August 1946, pag. 10.

ted to disagree with the official party line of Volksfront democracy and moderate demands. These socalled ‚new communists' refuse to abandon the ideal of proletarian dictatorship [...]. The new communists represent a left opposition to the official line and probably will bear the label of „Trotzkyists" in the future."[170]

In ihrer einstigen Hochburg legten offenkundig ähnlich gelagerte parteiinterne Kontroversen die Arbeit der Betriebsgruppen lahm. In scharfer Form wurde Georg Übler von den Verantwortlichen in der Parteileitung attackiert und für die katastrophale Situation in der Maxhütte verantwortlich gemacht, die mit der Abwahl Georg Dürs als Betriebsratsvorsitzendem für die Kommunisten eingetreten war: „Die Arbeit unserer Genossen in Rosenberg ist sehr schwach. Der Kreisleiter von Sulzbach/Rosenberg, Genosse Übler, ist nach dreimaliger Aufforderung nicht erschienen. Ihm werden von verschiedenen Seiten trotzkistische Bestrebungen vorgeworfen. Es scheint, dass Genosse Übler in sehr schlauer Art das Vorwärtskommen der Betriebsarbeit sabotiert und es müsste in dieser Hinsicht einmal ganz energisch vorgegangen werden. Der Einfluss unserer Genossen [...] hat beträchtlich verloren."[171]

Ob Übler tatsächlich im Hintergrund an den Fäden gezogen und möglicherweise die Abwahl eines innerparteilichen Konkurrenten gefördert und dafür sogar mit Johann Zintel einen SPD-nahen Nachfolger akzeptiert hatte, darüber läßt sich nur noch spekulieren. Hinweise darauf gibt es jedenfalls keine. Offenbar vermutete der Berichterstatter in Übler einen Sympathisanten der Gruppe um den ehemaligen Landesvorsitzenden Georg Fischer und den Amberger Kreissekretär Wilhelm Kaiser. Beide gehörten zur innerparteilichen Opposition und wurden 1950 im Zuge der „Selbstreinigung"[172], wie die Parteiführung es nannte, als „Parteischädlinge" aus der KPD ausgeschlossen oder kamen einem Parteiausschluß durch ihren eigenen Austritt zuvor. Viele aus dieser Gruppe fanden wie Georg Fischer in der SPD ihre neue politische Heimat.[173] Obwohl gesundheitlich schwer angeschlagen, hielt Übler den Druck, der auf ihn ausgeübt wurde, aus, blieb seiner kommunistischen Überzeugung treu und übte sein Amt allen Widerständen und Anfeindungen zum Trotz weiterhin aus; immerhin konnte er 1948 das Ergebnis der ersten Stadtratswahlen von 1946 von 6,9 Prozent noch einmal auf 7,5 Prozent steigern, und selbst 1952, als die KPD kaum noch in den bayerischen Kommunalparlamenten vertreten war, schaffte er mit etwas mehr als sechs Prozent den Einzug in den Stadtrat.

Die harsche Kritik an seiner Person ließ bis zu Beginn der fünfziger Jahre jedoch nicht nach. Er blieb der Parteileitung ein Dorn im Auge: Keine der zahlreichen, durch die Parteileitung eingeforderten Bemühungen um den Aufbau einer funktionierenden Betriebsgruppe war von Erfolg gekrönt. Gleiches galt, wie die Landesleitung mit Erschrecken feststellte, auch für die Parteiorganisation. Obwohl die Maxhüttenregion neben München, Nürnberg, Augsburg und Schwein-

[170] Office of Strategic Services, Research and Analysis Branch, R&A 1550 vom 10. 7. 1944: The German Communist Party, S. 47, zit. nach Staritz, Partei, S. 1684.

[171] BA Berlin, BY 1, 288, Bericht über die Versammlung und Konferenzen im Unterbezirk Niederbayern/Oberpfalz vom 7. 11. 1946.

[172] BA Berlin, BY 1, 288, Protokoll über die erweiterte Bezirksvorstandssitzung der KPD in Regensburg am 19. 11. 1947, pag. 94.

[173] BA Berlin, BY 1, 930, Landesvorstandssitzung der bayerischen KPD vom 6./7./8. 1. 1950, pag. 10.

furt zu den Schwerpunkten der kommunistischen Agitation in Bayern zählte[174], befanden sich dort die Betriebsgruppen und die gesamte Partei aus der Sicht der bayerischen Parteispitze in einem desolaten Zustand. „Das ideologisch-politische Niveau"[175], so der Berichterstatter, sei erschütternd, ein aktives Parteileben derzeit unmöglich. Besonders die „opportunistische Politik des Kreisvorsitzenden" habe den „gefährlichen Zustand" herbeigeführt und verhindert, „dass die Parteidiskussion [...] ernsthaft geführt" werden könne.

Neben den strukturellen und organisatorischen Schwächen der KPD in Nordbayern[176] wiesen die Beobachtungen des Berichterstatters vor allem auf den seit etwa 1947/1948 beginnenden überregionalen Anpassungs- und Unterwerfungsprozeß der KPD unter die Strategie der Kominform und den Umbau zu einer bolschewistischen Partei des „neuen Typus" im Sinne der Leitideen des Demokratischen Zentralismus hin[177]: Die nationalistisch-revolutionäre Agitation nach außen – gegen das vermeintliche „Adenauer-Regime" – war zu Beginn des Kalten Krieges begleitet von inneren Säuberungen gegen angebliche Links- und Rechtsabweicher, „Trotzkisten", „Titoisten"[178] und westliche Agenten, von denen auch die nordbayerischen Kommunisten nicht verschont blieben. Die inneren politischen Spannungen hatten, wie gesehen, auch die Entwicklung der Mitgliederschaft und Parteistruktur nicht unberührt gelassen. Die Krise der Partei, ihre ideologische Radikalisierung und geistige wie personelle Verarmung traf besonders auch die kommunistischen Betriebsräte, die sich durch ihre doppelte Loyalität, gegenüber der klassenkämpferischen Ideologie ihrer Partei und der Einbindung der Eisen- und Stahlindustrie in den marktwirtschaftlichen Wiederaufbauprozeß, hin- und her gerissen fühlten. So war es kein Wunder, daß die Parteiführung Dietz und Geismann für „äusserst opportunistische[n] Erscheinungen"[179] hielt, die keinen „konsequenten", also konfliktverschärfenden Standpunkt eingenommen und sich „zu eng mit der Betriebsleitung verflochten" hätten.[180]

[174] BA Berlin, BY 1, 944, Landesvorstand der KPD, Sekretariat, undatiert (um 1950).

[175] BA Berlin, BY 1, 947, Politischer Bericht der Org. Instrukteur-Abteilung für Februar, März und April 1950; folgendes nach ebenda; ebenfalls dazu BA Berlin, BY 1, 947, Politischer Bericht der Org. Instrukteur-Abteilung des KPD Landesvorstandes Bayern für Juni 1950.

[176] BA Berlin, BY 1, 273, Bericht über die Gemeindewahlen von 1946: „Das Wahlergebnis selbst kam für den Kenner der Verhältnisse in Bayern nicht überraschend, da zum Beispiel der Bezirk Nordbayern auch vor 1933 nur in ungefähr 300 Ortschaften organisiert verankert war. Die Hetze der Nazis in den 2 Jahren ihrer Herrschaft gegen den Bolschewismus richtete vor allen Dingen auf dem flachen Lande – eine überragende Domäne der katholischen [sic] – eine verheerende Wirkung an. Die vielen ungültigen Stimmen sind ein Beispiel dafür, wie stark auch heute noch die Nazis auf dem flachen Lande sind. Zu all dem kam noch der Terror des Klerus, die durch Abreißen unserer Agitationsplakate, durch Druck auf Gaststättenbesitzer, den Kommunisten keine Versammlungsräume zur Verfügung zu stellen, unsere gesamte Arbeit wesentlich erschwerten. Auch die Besatzungsbehörden machten uns Schwierigkeiten, z. B. Flugblätter sollten ins Englische übersetzt werden, was in der Kürze der Zeit ein Ding der Unmöglichkeit war [...]. Die CSU erhielt eine breite Unterstützung durch die amerikanischen Militärbehörden, dazu kommt noch, dass sie auf dem Lande in Gestalt der Geistlichkeit, Bürgermeister und anderen Organen des Staates über ein breites Netz von Wahlhelfern verfügte."

[177] Staritz, Partei, S. 1673.

[178] Aus der Sicht eines bayerischen „Titoisten" vgl. Fischer, Gang, S. 229f.

[179] BA Berlin, BY 1, 947, Politischer Bericht der Org. Instrukteur-Abteilung für Februar, März und April 1950.

[180] BA Berlin, BY 1, 947, Politischer Bericht der Org. Instrukteur-Abteilung des Landesvorstandes für September bis November 1950.

Die örtlichen Funktionäre bemühten sich offenkundig darum, innerhalb des Betriebes die Gräben zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten durch eine weitere Politisierung nicht noch zu verschärfen.[181] Immerhin stellten sie mit Geismann nicht nur bis in die Gründungstage der Bundesrepublik den führenden Betriebsrat, sondern auch noch den weit über die Parteigrenzen hinweg angesehenen Spitzenrepräsentanten der örtlichen Einheitsgewerkschaft. Der Preis dafür war, daß im Betrieb orthodoxe Kommunisten wie Georg Dürs nicht mehr gehalten werden konnten. Die Notwendigkeit zur innergewerkschaftlichen wie innerbetrieblichen Kompromißfindung hatte ihre Betriebsräte in eine Zwickmühle gebracht, die zu massiven Konflikten zwischen kommunistischer Zentrale und ihrer lokalen Peripherie führen mußte. [182]

„Für ein neues und besseres Deutschland" – SPD und Gewerkschaften

Wenigstens in einer Hinsicht unterschieden sich Sozialdemokraten und Kommunisten nicht voneinander. Auch die SPD wurde in Burglengenfeld, Schwandorf, Haidhof und Sulzbach-Rosenberg vor allem von den altgedienten Genossen der Weimarer Republik aufgebaut. Die Voraussetzungen dafür waren nicht schlecht, denn diese Orte hatten bereits vor 1933 zu den Hochburgen der SPD gezählt.[183] Vielen SPD-Mitgliedern, die sich unmittelbar nach Kriegsende in den armseligen Wirtshausstuben und zerbombten Wohnungen wieder zusammenfanden, war die Zeit der Verfolgung, Illegalität und Flucht ins Gesicht geschrieben, als sie sich am 15. Oktober 1945 unter der Federführung Lorenz Sichlers das erste Mal wieder trafen und – noch illegal – die SPD wieder ins Leben riefen.[184]

Der 1907 geborene Zimmermann Lorenz Sichler, dessen Vater Franz die Sozialdemokratische Partei ein Jahr vor seiner Geburt in Schwandorf mitgegründet hatte und ihr erster Vorsitzender war, gehörte seit 1921 der SPD an und war zuvor in der Arbeiterjugend aktiv gewesen. Unter den Teilnehmern der Wiedergründungsfeier befanden sich beinahe ausnahmslos Männer (und eine Frau), die bereits vor 1933 in die Partei eingetreten waren, oder deren Söhne, die zumindest den Geist der Arbeiterbewegung in einer ihrer Vorfeldorganisationen, den in der Region starken „Falken" oder dem traditionsreichen Arbeiterradfahrerbund, eingeatmet hatten. Ihr Gründungsaufruf „Für ein neues und besseres Deutschland" hob mit großem Pathos die Verdienste der Sozialdemokratie für die untergegangene erste deutsche Demokratie hervor und rief die Arbeiter dazu auf, sich hinter dem Banner der SPD zu sammeln. „Kämpft mit uns für Frieden, Freiheit und Sozialismus", lautete der Appell der Schwandorfer Sozialdemokraten. Bei ihrer

[181] Selbst die wenigen vorhandenen gemeinsamen Resolutionen der kommunistischen Betriebsräte aus Haidhof, Sulzbach-Rosenberg und der Luitpoldhütte waren in ihren Forderungen und in ihrer Sprache sehr moderat. BA Berlin, BY 1, 272, Entwurf einer Resolution der kommunistischen Betriebsräte der Max- und Luitpoldhütte an die bayerische Landesregierung und Gewerkschaft vom 26. 5. 1946, pag. 18–20.

[182] BA Berlin, BY 1, 272, Bericht der Abteilung Arbeit und Soziales des Landesvorstandes der KP über die Durchführung der Betriebsarbeiterkonferenz in der Oberpfalz vom 10. 3. 1948, pag. 113–116.

[183] Franz Sichler, 75 Jahre SPD-Ortsverein Schwandorf, Festschrift, o.O.o.J., S. 48–52.

[184] Im Landkreis Burglengenfeld wurde die SPD wie auch die anderen Parteien seit dem 18. Oktober 1945 zugelassen, in Sulzbach-Rosenberg erfolgte die Lizenzierung durch die Besatzungsbehörden erst zwei Monate später; ebenda, S. 62f.

ersten Jahreshauptversammlung nach Kriegsende konnte Lorenz Sichler, der Ortsvereinsvorsitzende, und sein Stellvertreter, Karl Zimmer, im abbruchreifen Gasthaus „Zum letzten Fünferl" stolz der Öffentlichkeit verkündigen: Innerhalb weniger Monate hatten sich bereits wieder 139 Mitglieder der SPD angeschlossen und sie zur stärksten politischen Kraft in der Stadt und im Landkreis gemacht. So war es kein Wunder, daß sein Bruder Franz Sichler, 1909 in Schwandorf geboren und auch ein Mitglied der traditionsreichen oberpfälzischen Sozialdemokratenfamilie, nach Kriegsende bis zu den ersten Kommunalwahlen im Jahr 1946 von den amerikanischen Besatzungsbehörden als Bürgermeister ernannt wurde. Sichler war wie sein Bruder Lorenz bereits vor 1933 in der Partei aktiv gewesen, Müller von Beruf und hatte neben seinem Engagement in der sozialistischen Jugend zwischen 1928 und 1933 das Amt des Ortsvereinskassieres ausgeübt.[185]

Kurz vor dem Silvesterfest 1945 war die innerparteiliche Reorganisation in ihren oberpfälzischen Hochburgen soweit vorangeschritten, daß die Sozialdemokraten zwischen Teublitz, Burglengenfeld, Schwandorf und Wackersdorf ihre Kräfte bündeln und wieder einen schlagkräftigen Kreisverband ins Lebens rufen konnten, zu dessen Vorsitzendem ebenfalls Franz Sichler gewählt wurden.[186] Die meisten von ihnen waren Stahlarbeiter und Bergmänner, die entweder in den Tagebaubetrieben der BBI oder bei der Maxhütte beschäftigt und wie Ludwig Simbeck aus Wackersdorf oder Xaver Detter aus Klardorf zudem innerhalb der montanindustriellen Unternehmen der Region Betriebsräte oder zumindest Gründungsmitglieder der örtlichen Gewerkschaften waren.

Ihre politischen Ziele[187] eröffneten die Sozialdemokraten des Landkreises der Militärregierung in einem umfangreichen Manifest[188]: Die Entnazifizierung und Entmilitarisierung des öffentlichen Lebens und der Industrie, den Aufbau einer antifaschistischen, demokratischen Staatsform, die Schaffung einer ökonomisch und sozial ausgewogenen Wirtschaftsordnung, in der die Schlüsselindustrien wie die des Montansektors sozialisiert werden sollten, die Freiheit der Wissenschaft und die Erziehung der Jugend auf demokratischer Basis, die Beseitigung aller Formen von religiöser oder rassischer Diskriminierung und die Wiedergutmachung für die Opfer des nationalsozialistischen Terrors.

Mit ihrem Programm warben sie nicht nur, wie es die KPD tat, um die Arbeiter der Schwerindustrie, sondern auch um die Beamten, Angestellten, Bauern und Intellektuellen, die bereit waren, „to fight against Fascism for the liberty of the people, of the democracy and for socialism." Im Kern blieb die SPD zwischen Naab und Vils in den unmittelbaren Nachkriegsjahren eine Partei der Arbeiter, Handwerker und kleinen Angestellten, doch machten bereits die Wahlergebnisse

[185] AdsD, SPD Niederbayern/Oberpfalz, 40, Fragebogen an die Mitglieder des bayerischen Landtages.

[186] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, CO/463/4, Military Government, Capt. E. Fichter, Applications for Founding Political Parties vom 29.12.1945.

[187] Die Forschung zur (Wieder-)Gründungsgeschichte der SPD ist mittlerweile kaum mehr zu überschauen. Vgl. neuerdings die Aktenedition und mit einer ausgewogenen Einleitung von Willy Albrecht, Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, bearbeitet und hrsg. von Willy Albrecht, Bd. 1, 1946–1948, Bonn 1999, S. XIII–XX.

[188] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, CO/463/, Military Government, Capt. E. Fichter, Applications for Founding Political Parties, Appendix 1, Program of the Social Democratic Party of Germany, vom 29. 12. 1945; folgendes nach ebenda.

der Stadtratswahlen von 1946 und die Landtagswahlen des gleichen Jahres deutlich, daß die SPD mit 43,9 und 45,7 Prozent auf dem besten Weg war, auch für neue Wählerschichten der oberpfälzischen Industriestadt attraktiv zu werden. Seit der Kommunalwahl 1948 stellte sie mit Lorenz Sichler den ersten sozialdemokratischen Oberbürgermeister Schwandorfs.

So wie im Ruhrgebiet[189] kamen auch in Schwandorf, Sulzbach-Rosenberg und Burglengenfeld die treibenden Kräfte des Wiederaufbaus aus mehreren Gruppen: Die erste bildeten sozialdemokratische und gewerkschaftliche Funktions- und Mandatsträger der Weimarer Republik, die zumeist etwa um 1890 geboren und als Facharbeiter in ihren Betrieben oder Handwerksstätten besonders qualifiziert waren. Die zweite bestand aus ehemaligen Mitgliedern der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), die – wie der spätere Bezirksvorsitzende von Niederbayern/Oberpfalz und Bundestagsabgeordnete Franz Höhne – bei Kriegsende etwa 35 bis 40 Jahre alt waren und zu den aktivsten und mutigsten sozialdemokratischen Widerstandskämpfern gehört hatten[190]; Söhne und (seltener) Töchter sozialdemokratischer Arbeiterfamilien, die – in der Regel um 1925 geboren – nur noch die zerschlagene Arbeiterbewegung aus eigenem Anschauen kannten, machten die dritte Gruppe aus, während sich die vierte aus zumeist jüngeren Männern und ehemaligen Wehrmachtssoldaten zusammensetzte, die vor 1933 nicht SPD gewählt hatten, durch ihre Erfahrungen im Krieg zu Gegnern des Nationalsozialismus geworden waren und nun den Weg zur Sozialdemokratie fanden. Eine fünfte Gruppe trug viel zur spezifischen Prägung der oberpfälzischen wie der bayerischen SPD bei, die im (Wieder-) Gründungsprozeß der SPD an Rhein und Ruhr so gut wie keine Rolle spielte: die sudetendeutschen und schlesischen Sozialdemokraten.[191] Der Flüchtlingsanteil lag in den beiden Industrielandkreisen zeitweise bei etwa 30 Prozent, und viele der Vertriebenen blieben in der Region, weil sie hofften, die großen Betriebe, die Maxhütte und die BBI, könnten ihnen eine neue berufliche Chance bieten. Die Maxhüttenregion wirkte dabei gleichsam wie ein Magnetfeld für eine Gruppe von Flüchtlingen und Vertriebenen, die selbst aus der Arbeiterbewegung stammten, oder zuvor in ähnlichen Industriebranchen beschäftigt gewesen waren.

Einer der politisch aktiven Neubürger war der 1900 geborene Otto Breitfelder, der bereits auf ein bewegtes Leben zurückblicken konnte, als er 1946 in Haidhof ankam: Breitfelder stammte aus einer kinderreichen Arbeiterfamilie und war wie viele der Flüchtlinge in der Gegend um Falkenau aufgewachsen.[192] Wie auch sein Vater wurde er noch vor seiner Einberufung zum Kriegsdienst 1917 Gewerkschaftsmitglied, arbeitete nach Kriegsende bis 1921 zunächst im tschechischen Heer, anschließend im Bergbau und fand schließlich eine Anstellung als Straßenwärter. Von früh auf politisch und gewerkschaftlich aktiv, war er noch 1938 in

[189] Für die Typologie vgl. am Beispiel Gelsenkirchens Goch, Arbeiterbewegung, S. 445.

[190] Ausführlich dazu Hartmut Mehringer, Die bayerische Sozialdemokratie bis zum Ende des NS-Regimes. Vorgeschichte, Verfolgung und Widerstand, in: Bayern in der NS-Zeit. Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand. Hrsg. von Martin Broszat und Hartmut Mehringer., München 1983, Bd. 5, S. 287–432, bes. S. 361–376.

[191] Vgl. Sichler, 75 Jahre, S. 67.

[192] Zur Biographie von Otto Breitfelder: Stadtarchiv Maxhütte, 0–24, Gemeindevertretung, Nachrufe, Trauerrede des Bürgermeisters, (undatiert, aus dem Jahr 1965).

Konflikt mit den Nazis geraten, die ihn weiterhin schikanierten und zurücksetzten. Als sich 1945 das Blatt wendete, war er als überzeugter NS-Gegner in eine Umsiedlungskommission der tschechischen Regierung berufen worden, was es ihm wohl erlaubt hätte, in seiner Heimat zu bleiben.

Da aber seine Kinder und deren Familienangehörige vertrieben worden waren, entschloß sich auch Breitfelder dazu, das Sudetenland zu verlassen. Breitfelders erste Unterkunft in der neuen Heimat war das Barackenlager in unmittelbarer Nähe des Bahnhofes. Die katastrophale Arbeitskräftesituation der Maxhütte ermöglichte es ihm, rasch auf die Beine zu kommen, diesmal als Eisenfahrer im Blechwalzwerk, und auch politisch und gewerkschaftlich war er bald wieder aktiv. Auf seine langjährige Erfahrung in der Gewerkschaft und der Sozialdemokratie konnten und wollten die Genossen in Maxhütte-Haidhof nicht verzichten. Nicht lange dauerte es, bis Breitfelder und viele andere seiner früheren Mitstreiter[193], die mit ihm zusammen in den Landkreis gekommen waren, die kurzzeitig abgebrochenen sudetendeutschen Netzwerke ihrer eigenen Arbeiterbewegungstradition wieder zu errichten vermochten: Bereits 1948 wurde er in den Betriebsrat gewählt, dem er ohne Unterbrechung bis zu seinem Tode 1965 angehörte, und 1950 war das Vertrauen, das die gesamte Belegschaft und nicht nur die Flüchtlinge und Vetriebenen in ihn setzten, so groß, daß er sich bei der Wahl zum stellvertretenden Vorsitzenden des Betriebsrates durchsetzen konnte. Das Fundament dafür hatte er unter anderem durch sein Engagement beim Wiederaufbau der Sozialdemokratie gelegt, deren Wiedergründung er mitbetrieb und deren Ortsvereinsvorsitzender er nach Kriegsende war. Neben seiner Funktion als Betriebsrat und führendes SPD-Mitglied knüpfte er in Haidhof auch an seine kommunalpolitischen Erfahrungen aus dem Sudetenland an und kandidierte 1952 mit Erfolg für den Stadtrat.

Die Mitgliederzuwächse und Organisationsfähigkeit nach 1945 verdankte die SPD vielfach diesen erfahrenen und durch ein engmaschiges personelles wie institutionelles Netzwerk verbundenen sudetendeutschen Sozialdemokraten, die auch die zahlreichen Lücken schließen konnten, die der Zweite Weltkrieg in den Reihen der oberpfälzischen Sozialdemokraten verursacht hatte. Immerhin zählte die SPD – nach eigenen Angaben – bereits im Sommer 1947 über 1200 Mitglieder im Landkreis und hatte damit nicht nur ihre Mitgliederzahlen innerhalb eines Jahres beinahe verdoppeln können, sondern es gelang auch, den Abstand zu den anderen Parteien, zur CSU mit 426 und zum hartnäckigen Konkurrenten auf der Linken, der KPD, mit 345 Mitgliedern weiter auszubauen[194] – und dies nicht zuletzt durch den anhaltenden Zustrom an Flüchtlingen. Seit 1948 hatte sich der Trend zwar

[193] Eines von vielen Beispielen für die Bedeutung der sudetendeutschen Sozialdemokraten in den Altindustrielandkreisen ist auch der in Königsberg an der Eger (Kreis Falkenau) geborene Bergmann Emil Köferl (1907–1963), der zunächst aktiv in der sozialdemokratischen Sportbewegung und Leiter der republikanischen Wehr in Egerstadt war und nach der Annexion durch die Nationalsozialisten als Gewerkschaftsmitglied und aktiver Sozialdemokrat in Dachau inhaftiert (1938/1939) wurde. Nach 1945 wurde Köferl SPD-Ortsvorsitzender in der kleinen Gemeinde Meßnerskreuth in unmittelbarer Nähe zur Maxhütte, nach der Eingemeindung durch die Stadt Maxhütte-Haidhof sozialdemokratischer Gemeinde- und Kreisrat und stellvertretender Bürgermeister von Maxhütte-Haidhof. Stadtarchiv Maxhütte-Haidhof, 0–24, Gemeindevertretung, Nachrufe, Willy Bauer am 30. 11. 1963 über den Tod des 2. Bürgermeisters Emil Köferl.

[194] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 10/79–1/4, Annual Historical Report Covering Period 1. 7. 1946–30. 6. 1947.

umgekehrt, und die CSU konnte im Vergleich leicht zulegen.[195] Doch kurz vor der Währungsreform traf die Einschätzung der Militärregierung aus dem Jahr 1946 noch immer zu, die in der SPD die Partei mit der stärksten Präsenz und organisatorischen Schlagkraft sah.[196]

Vor 1933 hatte die Stärke der SPD neben ihrer starken Mitgliederbasis nicht zuletzt in ihrem ausgeprägten Vereinsleben und ihren Vorfeldorganisationen gelegen. Was aber sollte mit den einstmals sinnstiftenden, das Milieu konstituierenden Arbeitervereinen, mit den sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen, den freien Sport- und Gesangsvereinen, den Arbeiterschachklubs, den Freidenkern und Naturfreunden geschehen?[197] Lohnte es sich, an diese mit Gewalt abgebrochenen Traditionen anzuknüpfen oder war über sie die Zeit hinweggegangen? Welche Formen der Arbeiterkulturfomen sollten bewahrt, welche nicht wiederbelebt werden? Kurt Schumacher selbst hatte keinen Zweifel daran gelassen, daß die Arbeiterbewegung sich noch weiter öffnen sollte und die engen, klassenspezifischen Lagergrenzen geweitet werden müßten, wenn das Ziel erreicht werden sollte, die „bürgerliche Intelligenz" und die breiten Mittelschichten für eine linke Volkspartei zu gewinnen. Der Rückzug in die Wagenburg des selbstgenügsamen Vereinslebens schien ihm dafür der falsche Weg. Vielfach hatte sich das Problem auch von selbst erledigt: Die Auflösung der sozialdemokratischen Vereine 1933 und der Einzug ihres Vermögens hatten vielen einst mitgliederstarken Organisationen wie dem Arbeiter Rad- und Kraftfahrerbund in Teublitz oder Burglengenfeld das Rückgrat gebrochen. Der dringend benötigte Nachwuchs blieb aus, denn für die Kinder aus den sozialdemokratischen Arbeiterfamilien war es nicht mehr selbstverständlich, in den Organisationen des eigenen „Lagers" aufzuwachsen, Sport zu treiben und ihre Freizeit zu verbringen. Nach 1945 war eine erhebliche Zahl der alten Vereine zu schwach, durch den Krieg zu ausgedünnt, um wieder neu beginnen zu können.[198]

Natürlich war Kurt Schumachers Einstellung in den sozialdemokratischen Enklaven der Oberpfalz unmittelbar nach Kriegsende nicht überall bekannt, und es entsprach auch nicht immer dem Bedürfnis der Genossinnen und Genossen, kulturelle Traditionsbestände der Arbeiterbewegung einfach über Bord zu werfen. In Schwandorf beispielsweise bemühte sich die SPD wie auch in anderen Hochburgen[199], die Restbestände ihrer Gesangs- und Sportvereine unter verändertem Namen, aber doch gleichbleibendem Konzept den veränderten Umständen anzu-

[195] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 10/79–1/4, Quarterly Historical Report 1. 1. 1948–31. 3. 1948; die CSU hatte nach eigenen Angaben am 31. 3. 1948 503, die SPD 1249 und die KPD 342 Mitglieder im Landkreis Burglengenfeld.

[196] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/33–2/5–6, Monthly Historical Report, März 1946; folgendes nach ebenda.

[197] Vgl. dazu auch Renate Meyer-Braun, Doch kein Ende der Arbeiterkultur nach 1945? Der Bremer Sportverein TURA – ein Beispiel für die Beharrungskraft des Arbeitermilieus in den 1950er Jahren, in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 12 (1998), H. 1, S. 7 – 28.

[198] Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Burglengenfeld, 20167, Enteignung der Sportvereine; ein Beispiel dafür ist der Allgemeine Turn- und Sportverein Pirkensee-Ponholz; vgl. zu dessen Geschichte: Staatsarchiv Amberg, Bezirksamt Burglengenfeld, 210161, Antragsformular für den Allgemeinen Turn- und Sportverein Pirkensee-Ponholz vom 14. November 1947 an das Landratsamt Burglengenfeld.

[199] Exemplarisch dazu Goch, Arbeiterbewegung, S. 459–469.

passen. Der Wandel des Bundes „Freier Sänger" zum 1947 gegründeten Volkschor war wie die Reanimation des Arbeiter-Radfahrerbundes der schwierige Versuch, die durch den Krieg verschütteten Bruchstücke lokaler sozialdemokratischer Gegenkultur freizulegen und dabei zugleich an die „Ansätze proletarisch geprägter klassenübergreifender Kulturtendenzen der Weimarer Zeit"[200] anzuknüpfen. Beides war nicht notwendigerweise ein Widerspruch, sondern vielfach aus der Not der zusammengebrochenen Arbeiterkulturorganisationen geboren. Das sozialdemokratische Parteileben bestand so in diesen ersten Nachkriegsjahren eben nicht nur aus der Jahreshaupt- und der monatlichen Mitgliederversammlung. Es galt, nicht nur das eigene Überleben, sondern auch das vieler anderer Sozialdemokraten zu gewährleisten und neben den alltäglichen Problemen über die Frage zu streiten, welcher der richtige Weg zum demokratischen Sozialismus sei. Über die Zukunft des untergegangen Deutschen Reiches wurde – nicht nur in der SPD – auf lokaler oder regionaler Ebene mit großer Ernsthaftigkeit gerungen, die ein anderes Licht auf die viel beschworene „politische[n] Apathie"[201] der Nachkriegsjahre wirft. Zu Wahlkampfveranstaltungen selbst in kleineren Dörfern und Gemeinden, die auch vor 1933 kaum je eine Parteiveranstaltung gesehen hatten, mobilisierten die Sozialdemokraten, ganz ähnlich wie im übrigen auch die Kommunisten und die CSU, manchmal 30, 40 oder auch 80 Frauen und Männer, deren „Hunger nach Politik" bisweilen deutlich spürbar war.

Die SPD knüpfte 1945 in vielem an Traditionen an, die 1933 abrupt abgebrochen worden waren. Weder in Berlin noch in Köln, München, Nürnberg oder in den kleinen industriellen Zentren der Oberpfalz erlebte die Partei eine bloße Wiedergründung, eine nahtlose Übernahme des zweifellos noch weiterhin dominierenden Weimarer Politikstils. In mancherlei Hinsicht kann man auch von einem „Neubau"[202] sprechen, dessen Elemente hinter der oft demonstrativ herausge-

[200] Dietrich Mühlberg, Zum Stand kulturgeschichtlicher Proletarierforschung in der DDR, in: Friedhelm Boll (Hrsg.), Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Krieg. Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit, Wien u.a. 1986, S. 71–88, hier S. 85; Mooser, Arbeiterleben, S. 214.

[201] Die Debatte über die vermeintliche politische Apathie der jungen Generation beziehungsweise den fehlenden politischen Partizipationswillen der deutschen Bevölkerung hat zu erstaunlichen Verzerrungen geführt. Besonders unfruchtbar erwies sich dabei die über Jahre, vor allem in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre geführte Diskussion um die Frage nach Restauration oder Neubeginn. Freilich wurden dabei alle Elemente des politischen Aufbruchs ausgeblendet, die gerade auf lokal- und regionaler Ebene überall mit Händen zu greifen sind. Zur Restaurationsdiskussion vgl. Eberhard Schmidt, Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1974[5]; Ernst-Ulrich Huster u.a., Determinanten der Restauration 1945–1949, Frankfurt am Main 1972; Horst Lademacher, Aufbruch oder Restauration – Einige Bemerkungen zur Interdependenz von Innen- und Außenpolitik der Gründungsphase der Bundesrepublik, in: Imanuel Geiss, Bernd-Jürgen Wendt (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf [2]1974, S. 563–584; Werner Abelshauser, Die verhinderte Neuordnung? Wirtschaftsordnung und Sozialstaatsprinzip in der Nachkriegszeit, in: Politische Bildung 9 (1976), S. 53–72; einflußreich für die gewerkschaftliche Kritik an der jungen Bundesrepublik war die polemische Analyse von Theo Pirker, Die verordnete Neuordnung. Grundlagen und Erscheinungen der Restauration, Berlin 1977, bes. S. 30ff.; in eine ähnliche Richtung weist von Plato, Verlierer, S. 113–123.

[202] Helga Grebing, Probleme einer Neubestimmung demokratisch-sozialistischer Politik nach 1945, in: Bernd Faulenbach (Hrsg.), Sozialdemokraten und Kommunisten nach Nationalsozialismus und Krieg: zur historischen Einordnung der Zwangsvereinigung, Essen 1998, S. 55–68, S. 66ff.

stellten Fassade ungebrochener Kontinuität anfangs noch nicht genau zu erkennen waren. Besonders die Sozialdemokraten der Maxhüttenregion erlebten durch die Integration der Flüchtlinge einen organisatorischen Schub und eine Dynamik, ohne die die Partei schwer hätte wieder Tritt finden können.

Die Langlebigkeit und emotionale Verbundenheit mit den Traditionsbeständen der Weimarer Zeit blieb als kulturelles Deutungsmuster der Nachkriegsgegenwart in der Maxhüttenregion vielerorts deutlich sichtbar. Äußeres Zeichen war in Schwandorf die Wiedereröffnung des ehemaligen, nun umgebauten und erweiterten SPD-Vereinslokales „Weißes Rößl" zum „Volkshaus" im März 1949, in dem nur wenige Monate nach der Eröffnung neben den Gliederungen der sozialdemokratischen „Parteifamilie"[203], der Arbeiterwohlfahrt, den Jungsozialisten und den sozialdemokratischen Frauen, auch der Arbeiterbildungsverein seine Heimstätte fand. Die Veranstaltungen dort waren gleichermaßen Konkurrenz zu den katholischen Bildungsstätten des Kolpingwerkes und der Versuch, das enge Milieu durch Vorträge und Kurse zu erweitern, die über den beschränkten sozialdemokratischen Aktivistenkreis und deren Familienangehörige hinauswiesen.

Um das Selbstverständnis der SPD ging es nicht nur bei der Frage nach der Wiedergründung der alten Arbeitervereine und dem Bau eines sozialdemokratischen Parteihauses. Anlaß zur ständigen Diskussion bot die Frage, wie das Verhältnis der SPD zur KPD bestimmt werden sollte; hier war – jedenfalls rückblickend betrachtet – die künftige Ausrichtung der SPD das eigentliche Thema. Kurt Schumacher, der unumstrittene Parteivorsitzende[204], hatte auch hier den Ton gesetzt und allen Versuchen, die beiden Parteien zu verschmelzen, eine klare Absage erteilt. Lokale Initiativen der „Aktionseinheit" trügen „den peinlichen Charakter des Mangels an Ehrlichkeit" und seien „der Tummelplatz schärfster Kämpfe".[205] Die Partei, so Schumacher, solle sich von der plötzlichen Wendung der KPD zur Demokratie, wie sie auch die nordbayerischen Kommunisten vollzogen hatten, nicht täuschen lassen. Es seien grundsätzliche Differenzen, die Beurteilung des Nationalsozialismus, die zukünftige Staats- und Wirtschaftsordnung und die Rolle der Sowjetunion, die mehr als eine punktuelle, aus der aktuellen sozialen Not geborene Zusammenarbeit verhindern würden. Zwar halte er wenig von einem blindwütigen Antikommunismus, doch komme für die SPD ein Zusammenschluß mit der KPD niemals in Frage; es gehe um die Gewinnung der kommunistischen Anhänger, mithin die „Sozialdemokratisierung der breiten Massen"[206].

Ungeachtet dieser Konflikte kam es in vielen Städten Westdeutschlands zu Aktionsgemeinschaften, Zweckbündnissen und ersten Ansätzen zur Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD. Die gemeinsame Erfahrung der NS-Verfolgung

[203] Sichler, 75 Jahre, S. 67.

[204] Vgl. Dieter Dowe (Hrsg.), Kurt Schumacher und der „Neubau" der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, Bonn 1996; Peter Merseburger, Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher, eine Biographie, Stuttgart 1995; Helga Grebing, Kurt Schumacher als Parteivorsitzender und seine Kontrahenten, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik (Hrsg.), Kurt Schumacher und seine Politik, Berlin 1996, S. 73–89.

[205] Vgl. Kurt Schumacher, Politische Richtlinien für die SPD in ihrem Verhältnis zu den anderen politischen Faktoren, 1945, in: Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, Bonn ³1990, S. 249–281, hier S. 271 f.

[206] Ebenda, S. 276.

spielte dabei eine wichtige Rolle, ferner die Einschätzung, daß Hitler nie an die Macht gekommen wäre, wenn die Arbeiterparteien sich nicht selbst im ideologischen Kleinkrieg paralysiert hätten und schließlich der anfängliche Pragmatismus vieler KPD-Funktionäre, der den Schluß nahelegte, die Kommunisten hätten aus Grabenkriegen gelernt und jedem dogmatischen Sektierertum definitiv abgeschworen. Auf dieser historischen Erfahrung basierte der Wunsch vor allem des Jahres 1945, die sozialdemokratische Hegemonie unter Einbezug der Kommunisten[207] zu erzielen. Die Unterschiede innerhalb der SPD waren offenkundig enorm: Während es in den Stadtstaaten und Großstädten Nord- und Ostdeutschlands, aber auch in München zahlreiche, sehr unterschiedlich motivierte Formen der Zusammenarbeit gab, waren Versuche, die Arbeiterschaft hinter einem einzigen roten Banner zu sammeln, in den katholischen Regionen West- und Süddeutschlands in der Regel rasch zum Scheitern verurteilt.[208]

Und in der Tat war in der Oberpfalz von solchen Kooperationsabsichten wenig zu spüren. Dort, wo es punktuelle Kooperationen und schüchterne Annäherungsversuche gab[209], brachen sie spätestens 1946 abrupt ab, nachdem die Nachrichten über die gewaltsamen Formen der Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der sowjetischen Besatzungszone und besonders im nahen Thüringen auch die nordostbayerischen Sozialdemokraten erreicht hatten.[210]

Der Schwandorfer Landtagsabgeordnete und zweite Sekretär des SPD-Bezirks Niederbayern/Oberpfalz, Franz Sichler, verwies in einem Gespräch mit der amerikanischen Militärregierung nicht ohne Stolz darauf, daß die Sozialdemokraten seines Bezirks die kommunistischen Vereinigungsbestrebungen strikt ablehnten.[211] 96 Prozent der SPD-Mitglieder, so Sichler, hätten sich gegen die Aktionseinheit und für den Kurs Kurt Schumachers ausgesprochen.[212] Die Sozialdemokraten hatten an ihrer antikommunistischen Einstellung keinen Zweifel gelassen, und so war es nur folgerichtig, daß der SPD-Bezirksvorstand unter seinem Vorsitzenden Franz Höhne 1947 den Parteigliederungen jede Form der Zusammenarbeit mit der KPD[213] verbot, und die überwiegende Mehrheit der sozialdemokrati-

[207] Ausführlich dazu Detlef Siegfried, Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf". SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Kiel 1992.

[208] Vgl. Grebing, Probleme, S. 63.

[209] Der alte Streit: freiwilliger Zusammenschluß oder Zwangsvereinigung? Die Vereinigung von SPD und KPD zur SED vor 50 Jahren. Dokumentation über die Diskussionsveranstaltung des Berliner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung und des Kautsky-Bernstein-Kreises e.V. am 20. Januar 1996 im Berliner „Haus am Köllnischen Park", Berlin 1996; Egon Bahr, Zwangsvereinigung: Zur Erinnerung an den April 1946 und die Gründung der SED, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 33 (1986), S. 9–25; Peter Steinbach, Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Jahre 1946: Eine Phase der Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und Sowjetkommunismus im 20. Jahrhundert, in: Geschichte als Aufgabe. Berlin 1988, S. 677–707; Beatrix Bouvier, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945 – 1953, Bonn 1996.

[210] Vgl. Zwangsvereinigung von SPD und KPD in Thüringen, hrsg. von der SPD Thüringen, Erfurt 1996.

[211] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/13/36–1/6, Interview with Mr. Sichler am 4.3.1947.

[212] Vgl. Detlef Lehnert, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848–1983, Frankfurt am Main 1983, S. 170f.

[213] BA Berlin, BY 1, 288, Protokoll der erweiterten Bezirksvorstandssitzung der KPD in Regensburg vom 19. 11. 1947, pag. 92.

schen Basis unterstützte diesen Kurs vorbehaltlos.[214] An die Stelle der anfänglichen, zumeist informellen Wiederaufbaubündnisse, wie sie insbesondere auf betrieblicher Ebene zu beobachten gewesen waren, trat die zunehmende Konkurrenz und alte Feindschaft.

Trotz scharfer Attacken hielt die KPD unverdrossen an ihrem Ziel, der „Aktionseinheit der Arbeiterklasse", fest.[215] Der Amberger KPD-Kreissekretär Kaiser überschätzte bei weitem die Bereitschaft der Sozialdemokraten in der oberpfälzischen Maxhüttenregion, als er kurz vor den Kommunalwahlen 1946 behauptete, es gebe zahlreiche SPD-Mitglieder, die bereit zu einer Zusammenarbeit mit der KPD seien, und sich nur durch ihren Parteivorsitzenden Kurt Schumacher und seine antikommunistischen Hetztiraden abschrecken ließen.[216] Er hatte dabei möglicherweise mehr die umstrittene Mitgliederbefragung der Berliner SPD im März 1946 als die Situation im nördlichen Bayern im Auge; dort sprachen alle Indizien gegen seine Interpretation und entlarvten sie als einen politischen Wunschtraum, der, wie eine sich selbst erfüllende Prophezeiung, nur lange genug beschworen werden mußte, um wahr zu werden. Der bei seinen Genossen in München so wenig gelittene Johann Übler machte sich noch nach den Landtagswahlen in Hessen 1947, bei denen SPD und KPD zusammen die Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreichen konnten, größte Hoffnungen, endlich die „Reaktion", die bürgerlichen Parteien, auf parlamentarischem Weg überholen zu können.[217]

Waren die jüngeren Sozialdemokraten[218] und die Flüchtlinge[219] aus der Sicht der KPD noch für die Parole der Aktionsgemeinschaft ansprechbar, so sperrten sich vor allem die alten Sozialdemokraten, die in ihrem politischen Bewußtsein „rückständig" und noch belastet durch die harten Konflikte der frühen 30 Jahre waren, gegen ein Bündnis. Da half es auch nichts, durch gezielte Aktionen Zwietracht im gegnerischen Lager säen zu wollen, um die unterschiedlichen Generationen innerhalb der SPD gegeneinander auszuspielen. „Es ist sonst wie überall", hieß es im Herbst 1947 in einem internen Bericht über die Lage in Burglengenfeld, „nämlich, daß mit den führenden Funktionären der SPD schwer etwas anzufangen ist."[220] Der Grund, so gestanden sich zumindest einige der Funktionäre ein, lag vielfach auf der Hand: „Der frühere Kampf gegen die SPD", stellte einer der Landkreisvorsitzenden in ungewohnter Deutlichkeit fest, „schlägt heute auf uns

[214] Vgl. Sichler, 75 Jahre, S. 63.

[215] Geradezu wehleidig beschwerten sich die führenden Funktionäre aus Niederbayern/Oberpfalz über die ständigen Attacken der SPD, die das gemeinsame Ziel konterkarierten. BA Berlin, BY 1, 288, Protokoll über die erweiterte Bezirksvorstandssitzung der KPD in Regensburg am 19. 11. 1947, pag. 92f.

[216] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/32–2/10–12, Report of KPD Meeting in Schwandorf vom 15. 6. 1946.

[217] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/72–2/16, Report of the Communist Party meeting vom 30. 3. 1947 in Sulzbach.

[218] BA Berlin, BY 1. 288, Protokoll über die erweiterte Bezirksvorstandssitzung der KPD in Regensburg am 19. 11. 1947, pag. 94.

[219] BA Berlin, BY 1, 288, Protokoll der erweiterten Bezirksvorstandssitzung der KPD in Regensburg vom 19. 11. 1947, pag. 98f.; folgendes nach ebenda.

[220] BA Berlin, BY 1, 288, Konferenz aller Landkreisvorsitzenden des Bezirks Niederbayern/Oberpfalz vom 27. 9. 1947, pag. 85. Dort auch die gleichlautende Einschätzung aus dem gesamten Bezirk; folgendes nach ebenda.

zurück. Wir haben zwar mit einzelnen Genossen Verbindung, aber nicht mit den führenden [...]."

Auf dem Weg zur Einheitsgewerkschaft

Etwas anders verhielt es sich zunächst beim Wiederaufbau der Gewerkschaften, neben dem Betrieb das zweite wichtige Feld sozialdemokratischer und kommunistischer Kooperation und Konkurrenz nach Kriegsende. Im Zentrum der nordbayerischen Arbeiterbewegung, in der rund fünfzig Kilometer von Sulzbach-Rosenberg entfernt liegenden fränkischen Industriemetropole Nürnberg, eröffnete Lorenz Hagen[221], späterer Präsident des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, am 9. Dezember 1945 die Gründungsfeier des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Eindringlich beschwor Hagen, der auch später für einige Jahre Aufsichtsratsmitglied der Maxhütte werden sollte, die früher getrennt organisierten und sich feindlich gegenüberstehenden christlichen, kommunistischen und sozialdemokratischen Gewerkschafter: „Wir müssen [...] bei der Gründung der neuen Gewerkschaft von ganz anderen Gesichtspunkten ausgehen, als dies vor der unseligen Nazizeit war. Wir können es uns nicht mehr leisten, daß wir aufgespalten sind in Gruppen oder Grüppchen nach weltanschaulichen oder religiösen Gesichtspunkten oder nach industrieller oder auch handwerklicher Gliederung. Sind wir uns darüber klar, daß eine neue Zeit neue Formen verlangt, dann kann es bei den weit größeren Aufgaben, die der neuen Gewerkschaft gestellt sind, nur eine Einheitsgewerkschaft geben."[222]

Die Zerschlagung der Gewerkschaften hatte zugleich auch das Ende spezifischer Sozialisationsinstanzen und Eigenkulturen der Arbeiterbewegung bedeutet, deren Katalysatorenfunktion den gewerkschaftlichen Nachwuchs geformt und in die Organisation eingebunden hatte. Die „volksgemeinschaftlichen" Integrations- und Aufstiegsangebote der DAF knüpften nach 1933 zwar teilweise an Traditionsstränge der Arbeiterbewegung an, interpretierten sie aber autoritär und rassistisch um und boten nach 1945 kaum ein personelles Reservoir, aus dem heraus junge Männer und Frauen an die Gewerkschaft herangeführt werden konnten. So war es nicht verwunderlich, daß viele lokale Gewerkschaftsausschüsse auf ihre erfahrenen Funktionsträger aus der Weimarer Zeit zurückgreifen mußten. Über alle Partei- und Konfessionsgrenzen hinweg dominierte bei den Gewerkschaftern die Überzeugung, daß die Zeit der Trennung in konkurrierende Organisationen durch die Erfahrung der Weimarer Republik und die Zeit des Nationalsozialismus überlebt sei. Die neue Einheitsgewerkschaft, die sich nicht mehr parteipolitisch binden und weltanschaulich offen sein sollte, fand über die politischen Grenzen breite Zustimmung. Freilich hieß dies nicht, daß die Einheitsgewerkschaft zum

[221] Lorenz Hagen (1885–1965), Maschinenschlosser aus Amberg, seit 1902 Mitglied des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, sei 1908 SPD-Mitglied, 1920–1928 Betriebsratsvorsitzender bei den Siemens-Schuckert Werken in Nürnberg, Geschäftsführer des ADGB Nürnberg 1930–1933, während der NS-Zeit in Dachau und Buchenwald inhaftiert, 1947–1949 Vorsitzender des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, 1950–1955 Vorsitzender des bayerischen DGB, MdL 1946–1954.

[222] DGB-Archiv im AdsD, DGB-Landesbezirk Bayern, 32/78, Der Neuaufbau der Gewerkschaft und ihre Aufgaben in Staat und Wirtschaft. Rede des Vorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes am 9. 12. 1945 im Opernhaus Nürnberg.

Biotop politischer Neutralität werden sollte. Denn schon bei den ersten überregionalen Treffen der bayerischen Gewerkschafter im August hatten die Vertreter aus Nordbayern, Sozialdemokraten wie Katholiken, darauf gedrungen, eine straffe und zentralistisch geführte Organisation zu schaffen, an deren Spitze altgediente und jeden politischen Konfrontationskurs vermeidende Männer stehen sollten. Das zielte vor allem darauf ab, die Wahl kommunistischer Vertreter in exponierte Stellungen zu verhindern. Zugleich sollte dies gewährleisten, die Arbeiterschaft diszipliniert hinter die gewerkschaftliche Führung zu scharen und sie damit nicht verführbar für eine radikalisierte und aktionistische Politik der „Straße" zu machen.[223] Hinter der Beschwörungsformel „Einheitsgewerkschaft" und dem ehrlichen Ringen um eine überparteiliche, in wirtschaftlichen und sozialen Fragen aber nicht neutrale Gewerkschaft, verbargen sich also seit der Gründung massive Konflikte, die insbesondere die Rolle der KPD betrafen.

Gewerkschaftsgründung

Vielerorts waren in Bayern unmittelbar nach Kriegsende gewerkschaftliche Initiativen entstanden, oftmals unkoordiniert und abhängig von den lokalen Behörden der Militärregierung. Ihre Initiatoren stammten oftmals aus den Reihen der Betriebsräte, für deren Arbeit es seit September 1945 eine erste, vorläufige Regelung gab. Die „Wahlordnung für die Wahl von Betriebsobleuten in Bayern"[224], die den wildwuchernden Betriebsvertretungen Einhalt gebieten und die ungeklärte Rechtslage der Betriebsratsarbeit regeln sollte, unterließ es jedoch, ihren genauen Aufgabenbereich klar zu umreißen. Die Gewerkschaften suchte man in der Verordnung vergeblich. Das änderte sich erst mit den alliierten Richtlinien zur Gewerkschaftsarbeit vom 5. Dezember 1945, die den institutionellen Rahmen der Gewerkschaftsgründung vorgeben sollte.[225] In einem zweistufigen Verfahren mußten die Initiatoren zunächst nachweisen, daß die geplante Gewerkschaft vom Willen der Arbeitnehmer getragen war.[226] Die Militärbehörden wollten aber nur solche Zusammenschlüsse lizensieren, die im Sinne ihrer „grass-roots" Politik von Betriebsobleuten getragen wurden.[227] Die Organisationsausschüsse aus betrieblichen Vertretern wurden von den Militärbehörden autorisiert, die für die „Anerkennung der Gewerkschaft nunmehr erforderlichen Schritte" einzuleiten. Damit war die zweite Stufe erreicht; nun wurde aus dem Kreis des Organisationsausschusses der Vorstand der Gewerkschaft gewählt. Seine Aufgaben wurden durch die Militärbehörden deutlich umrissen: Er sollte die noch massiv durch die amerikanischen Behörden reglementierten Tarifvertragsverhandlungen der Arbeiter und Angestellten führen, bei der Entnazifizierung der Betriebe und der „Beseiti-

[223] Zentralinstitut für Sozialwissenschaftliche Forschung der FU-Berlin, OSS Mission for Germany, Preparations for Trade Union Activities in Bavaria, Field Intelligence Study 16 vom 8. 8. 1945.
[224] Amtsblatt des Bayerischen Arbeitsministeriums vom 20. 3. 1946, S. 13f.
[225] Ausführlich dazu Michael Fichter, Besatzungsmacht und Gewerkschaften. Zur Entwicklung und Anwendung der US-Gewerkschaftspolitik in Deutschland 1944–1948, Opladen 1982.
[226] Richtlinie der Militärregierung für die Bildung, Verschmelzung und Vereinigung von Gewerkschaften sowie über die Behandlung bereits vor der Veröffentlichung dieser Richtlinie genehmigter Gewerkschaften, in: Amtsblatt des Bayerischen Arbeitsministeriums, Nr. III/293/45, vom 5. 12. 1945; folgendes nach ebenda.
[227] Ausführlich dazu auch Laning-Heese, Gewerkschaften, S. 71–78.

gung des Militarismus mitwirken, die Erziehung in demokratischem Geiste fördern, mitarbeiten beim Wiederaufbau und der Entwicklung einer friedlichen deutschen Wirtschaft, die Politik der Alliierten hinsichtlich der Ausschaltung monopolistischer Tendenzen und Kartelle unterstützen und alle anderen Aufgaben und Zielsetzungen, die normalerweise einer Gewerkschaft zukommen, fördern".[228] Ziel war eine Gewerkschaft, die nicht wie die nationalsozialistische Deutsche Arbeitsfront (DAF) einem blinden „Führerprinzip" folgte, sondern getragen war „von wahrhaft demokratischem Geist", also von der Arbeiterschaft selbst.

Mit der Richtlinie reagierten die Militärbehörden zugleich auf die inzwischen weiter gewachsene Zahl lokaler Gewerkschaftsgründungen, die bereits im September und Oktober 1945 von den zuständigen Stellen am Ort die Erlaubnis zur Gründung erhalten, aber durch OMGBY noch nicht anerkannt worden waren. Die vorhandenen, über siebzig Gewerkschaften in Nord- und Südbayern[229] mußten sich nochmals einem Überprüfungsverfahren unterziehen und sollten schließlich auch die Möglichkeit erhalten, sich überregional zusammenzuschließen. Trotz der Reglementierungen konnten die bayerischen Gewerkschaften am Vorabend der Gründung des BGB wieder über 250000 Mitglieder organisieren, von denen ein Großteil in München, Nürnberg und Regensburg beheimatet war.[230] Ende März 1947 konstituierte sich schließlich nach einer mehrmonatigen Diskussion um die Finanz- und Organisationsstruktur der Bayerische Gewerkschafts-Bund in München, dessen einzelne Industriegewerkschaften ihre Kompetenzen an eine starke Zentrale unter Vorsitz Lorenz Hagens delegierten.[231]

In der Montanregion zwischen Wackersdorf und Sulzbach-Rosenberg war es noch vor dem Erlaß der alliierten Richtlinien zur Bildung von Gewerkschaften gekommen: Ganz im Sinne der amerikanischen „grass-roots"-Gewerkschaftspolitik entwickelten sich zwischen Oktober und Dezember 1945 aus den einzelnen Betriebsausschüssen der Tagebaubetriebe wie in Ponholz und Wackersdorf überparteiliche, wenn auch sozialdemokratisch dominierte Berg- oder Metallarbeiterverbände, die sich zunächst nach einzelnen Industriebranchen und Betrieben organisierten und ihre Funktionäre und Repräsentanten aus der Mitte der Betriebsobleute wählten; nicht anders verliefen auch die Gründungen der Metall- und Eisenbahnarbeiter in Schwandorf und der Zementarbeiter in Burglengenfeld.[232]

Die Arbeiter und Angestellten der Maxhüttenbetriebe in Sulzbach-Rosenberg hingegen waren organisatorisch bereits einen Schritt weiter. Sie riefen am 28. Oktober 1945 den „Demokratischen Gewerkschaftseinheitsverband Maxhütte" ins

[228] Richtlinie der Militärregierung für die Bildung, Verschmelzung und Vereinigung von Gewerkschaften sowie über die Behandlung bereits vor der Veröffentlichung dieser Richtlinie genehmigter Gewerkschaften, in: Amtsblatt des Bayerischen Arbeitsministeriums, Nr. III/293/45, vom 5. 12. 1945.

[229] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/29–3/4, Liste der zugelassenen Gewerkschaften; vgl. Laning-Heese, Gewerkschaften, S. 75, Anm. 55.

[230] Geschäftsbericht des Bayerischen Gewerkschaftsbundes für das Jahr 1947, München 1948, S. 18f.

[231] Vgl. Laning-Heese, Gewerkschaften, S. 134ff.

[232] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/29–3/4, Gewerkschaftsgründungen im Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz (undatiert).

Leben und signalisierten damit bereits, wie sehr ihnen daran gelegen war, alle politischen Richtungen zu integrieren.[233] Das Tempo der Gründung des Dachverbandes[234] der Berg- und Metallarbeiter, Walzwerker und Bergleute läßt zudem vermuten, daß bereits vor der Gründung des einheitlichen Gewerkschaftsverbandes lose, gewerkschaftsähnliche Organisationen oder zumindest zahlreiche Kontakte zwischen Gewerkschaftern unterschiedlicher Flügel bestanden hatten, deren informelles Netzwerk weder durch die DAF noch durch den Krieg zerstört worden war und nun reaktiviert werden konnte. An ihre Spitze wählten die Gewerkschafter der Bergarbeiter und Hüttenmänner den kommunistischen Vorsitzenden des Maxhütten-Betriebsrates, Johann Geismann[235], der auch 1947 in seinem Amt bestätigt wurde: Von 31 Stimmen konnte er immerhin 26 auf sich verbuchen; er fand damit deutlich größeren Zuspruch als sein sozialdemokratischer Stellvertreter Gratzlik, der auf 21 Stimmen kam. Mitglied der gewerkschaftlichen Führungsriege wurde auch die 47 Jahre alte CSU-Landtagsabgeordnete Maria Deku, vor 1933 Zentrums-Mitglied, die in der katholischen Frauenbewegung aktiv und zugleich eine exponierte Vertreterin der christlich-sozialen Arbeitnehmer war.[236]

Offenkundig war die Belegschaft mit ihrer Gewerkschaft, der Industriegewerkschaft Bergbau und Hüttenwesen, durchaus zufrieden. Wie großen Anklang sie fand und wie tief ihre Verankerung war, zeigte nichts deutlicher als der hohe Organisationsgrad[237]: In Haidhof, Bodenwöhr und der BBI lag der Organisationsgrad der Arbeiter bei 100 Prozent, in Sulzbach-Rosenberg bei immerhin fast 95 Prozent und in der Luitpoldhütte bei noch rund 90 Prozent. Auch bei den Angestellten meldeten Haidhof, Weiherhammer und Wackersdorf eine beinahe 100prozentige Organisation, während sie traditionell in Sulzbach-Rosenberg mit 71 Prozent unter dem regionalen, aber noch oberhalb des landesweiten Durchschnitts lag. Der Organisationsgrad innerhalb der Bergbauindustrie war bereits vor 1933 hoch gewesen, und die IG Bergbau und Hüttenwesen konnte an diese abgebrochene Tradition nach 1945 wieder anknüpfen. Innerhalb des BGB gehörte sie mit etwas mehr als 23 000 Mitglieder im Sommer 1947 trotz ihres prominenten Vorsitzenden, dem sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Andreas Piehler[238], zu den Branchenorganisationen mit nur geringer Gestaltungsmacht. Ihr politischer Wirkungsbereich blieb auf die Gebiete um Penzberg und Peißenberg, das ober-

[233] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/29–3/4, Gewerkschaftsgründungen im Regierungsbezirk Niederbayern-Oberpfalz. Die Genehmigung erfolgte am 28. 10. 1945; ebenfalls IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/30–3/3.

[234] Der offenbar erste Zusammenschluß war wohl der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Ansbach, der am 10. September 1945 genehmigt wurde; vgl. IfZ-Archiv OMGBY, RG 260, 13/28–1/3.

[235] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/72–2/16, Trade Union in Sulzbach-Rosenberg, 25. 1. 1947; folgendes nach ebenda. Leider sind kaum Akten über die Gründungsgeschichte der Gewerkschaften in den Landkreisen Sulzbach-Rosenberg und Burglengenfeld überliefert. Vor allem interne Organisationsberichte aus der Zeit unmittelbar nach 1945 fehlen; gleiches gilt auch für die Gründergeneration.

[236] Maria Deku (1901–1983), geb. in Düsseldorf, nach 1945 Regierungsreferentin in Regensburg, 1946 Mitglied der Verfassunggebenden Landesversammlung, 1946–1948 MdL für die CSU.

[237] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Sitzung der Betriebsräte der Hüttenindustrie am 10. 9. 1947.

[238] Andreas Piehler (1888–1967), 1920–1933 Bezirksleiter des Freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes Schwandorf, seit 1918 SPD-Mitglied, seit 1946 Geschäftsführer der Süddeutschen Knappschaft, MdL 1946–1958.

bayerische Pechkohlenrevier und die nördlicheren oberpfälzischen Industrielandkreise beschränkt.[239] Dort dominierten die Bergarbeiter und Hüttenleute den BGB und gehörten zu den prägenden Kräften des gewerkschaftlichen Neubeginns.

Neben der Gewerkschaft der Berg- und Hüttenarbeiter waren zwischen Naab und Vils seit Ende 1945 zahlreiche andere Industriegewerkschaften entstanden, die sich in den BGB-Ortskartellen zusammenschlossen. Im Schwandorfer Gewerkschaftsausschuß[240] gehörte wie auch in Burglengenfeld[241] die Bauarbeitergewerkschaft zur zweitgrößten Gruppe. Daneben bestanden in Schwandorf Vereinigungen der Holz-, Land- und Forstwirtschaft, der Metall-, Chemie- und Lederindustrie sowie der öffentlichen Betriebe und Verwaltung. Bei allen diesen Zusammenschlüssen fanden sich erstaunlich viele jüngere Leute. In Schwandorf lag der Anteil der jüngeren männlichen Gewerkschafter unter 21 Jahren bei etwas mehr als 11 Prozent, in Sulzbach-Rosenberg und der de facto Betriebsgewerkschaft der Maxhütte lag ihr Anteil sogar bei 16 Prozent. In ganz Bayern waren zu Beginn des Jahres 1947 insgesamt 37444 Gewerkschaftsmitglieder unter 21 Jahren alt; nicht einmal ein Jahr später waren es bereits 80000. Damit war annähernd jeder zehnte bayerische Gewerkschafter unter 21 Jahren.[242] Leider ist wenig über die frühen politischen Aktivitäten der jungen, aber auch der älteren Gewerkschafter zwischen 1946 bis 1948 überliefert. Alles deutet aber darauf hin, daß es sich bei der Formierung der Einheitsgewerkschaft um einen erstaunlich disziplinierten, raschen und offenkundig konfliktarmen Prozeß gehandelt hatte.[243] Dies dürfte in der Maxhütte nicht zuletzt an Johann Geismann gelegen haben, der zunächst breites Vertrauen in allen politischen Lagern genoß und so als eine Person der Integration sowohl die kommunistischen Arbeiter und die KPD als auch die christlichen Arbeiter und Sozialdemokraten zumindest eine Zeitlang für sich gewinnen konnte, bevor der stalinistische Kurswechsel und die Säuberungswellen der KPD zu einem weitgehenden Bruch auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung führten und die Kommunisten einen überregionalen Bedeutungsverlust erlitten.[244]

Vermutlich lag die KPD-Landesleitung mit ihrer Einschätzung nicht völlig falsch, als sie im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in den bayerischen Gewerkschaften im September 1946 festhielt: „Mit wenigen Ausnahmen ist die Zusammenarbeit mit den Kollegen innerhalb der Gewerkschaften eine durchaus normale."[245] Das klang nicht euphorisch und weit entfernt von jeder agitatorischen Aktionseinheitsrhetorik, die oft und oft ihre Verlautbarungen diktierte. Während sich die Zusammenarbeit zwischen KPD und SPD auf Parteiebene bis Ende 1946 von Monat zu Monat verschlechtert hatte,

[239] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/30–3/3, Monatlicher Mitgliedsbericht der Gewerkschaften, Bayerischer Gewerkschaftsbund, Bergbau und Hütten, Juni 1947.
[240] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/30–3/3, Monatlicher Mitgliedsbericht der Gewerkschaften, Ortsausschuss Schwandorf, August 1947.
[241] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/30–3/3, Monatlicher Mitgliedsbericht der Gewerkschaften, Ortsausschuss Burglengenfeld, September 1947.
[242] Geschäftsbericht des Bayerischen Gewerkschaftsbundes für das Jahr 1947, S. 120.
[243] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 72–2/16, Report of the Industrial Trade Union's meeting, 23. 3. 1947.
[244] Vgl. Niethammer, Strukturreform, S. 349f.
[245] BA Berlin, BY 1, 272, Bericht, September 1946, pag. 33.

stellte der IG Metall-Landessekretär und KPD-Funktionär Fritz Salm[246] mit gewisser Genugtuung fest: Es sei gelungen, „die Spaltung, die Splitterung" der Gewerkschaftsbewegung durch die „fortschrittlichen Gewerkschafter aus allen Richtungen" zu überwinden.[247] Sie hätten erkannt, „daß die Gewerkschaft ihre Aufgabe nur dann erfüllen kann, wenn wir die Schwächen der Vergangenheit" beseitigen.

Ob dies tatsächlich bedeutete, daß Kommunisten und Sozialdemokraten innerhalb der Gewerkschaften ohne größere Konflikte zusammenarbeiteten, muß bezweifelt werden. Denn auch innerhalb der Gewerkschaften nahm der Richtungsstreit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten immer schärfere Formen an.[248] Die sozialdemokratischen Gewerkschafter ließen nichts unversucht, die Kommunisten in die Defensive zu drängen, und der stalinistische Kurswechsel der KPD machte die Zusammenarbeit vielfach unmöglich und veranlaßte zahlreiche Kommunisten, die Partei zu verlassen und in die SPD einzutreten.

Am Ort waren die Spielräume bisweilen erheblich größer; dies deshalb, weil sich in der stärker an praktischen Fragen orientierten lokalen Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit der Vorrat an Gemeinsamkeiten immer wieder erneuerte und hier die Kommunisten wie Johann Geismann auch nicht dem kommunistischen Zerrbild entsprachen, das bisweilen der antikommunistischen Propaganda führender Sozialdemokraten um Kurt Schumacher entsprach. Wenn über Löhne und Gehälter, die Regelung von Arbeitszeiten oder um betriebliche Sonderleistungen verhandelt wurde, ging es zunächst nicht um Ideologie und Utopie. Die Kommunisten hätten jeden Rückhalt in der Belegschaft verloren und sich zwangsläufig in die Sackgasse der Isolation begeben, wenn sie den pragmatischen Weg dauerhaft verlassen hätten. Doch auch hier standen die Zeichen seit 1947 auf Sturm. Die sozialdemokratischen Gewerkschafter der Oberpfalz wollten nicht mehr tatenlos zusehen, wie an der Spitze der Betriebe Kommunisten standen. Die ideologischen Konflikte übertrugen sich nun – mit gewisser zeitlicher Verzögerung und nach dem Ende der bittersten Not – auch auf die Betriebe, in denen Kommunisten und Sozialdemokraten zunächst eng zusammen gearbeitet hatten.

Bei allen Unterschieden gab es doch in beiden Lagern viele, die sich wie der stellvertretende Generalsekretär des BGB, Max Wönner, mehr gewerkschaftlichen Einfluß auf die Ordnung der neuen Wirtschaftsverfassung gewünscht hätten. Mit tiefer Enttäuschung erinnerte er im März 1949 während einer Großveranstaltung des BGB auf dem mit 800 Zuhören überfüllten Schwandorfer Marktplatz daran, daß das Ziel der Gewerkschaft nicht eine „kapitalistische[n]", sondern eine „soziale Demokratie" in Deutschland gewesen sei.[249] Die Hoffnungen auf eine umfassende Sozialisierung der Schlüsselindustrien und eine wirtschaftsdemokra-

[246] Fritz Salm (1904–1966), Werkzeugmacher, 1946 2. Vorsitzender des ADGB, ab 1947 Landessekretär der IG Metall in Bayern, 1948 Vorstandssekretär der IG Metall in der Bizone, 1956–1965 Mitglied der Geschäftsführenden Vorstandes der IG Metall.

[247] BA Berlin, BY 1, 928, Erweiterte Landesleitungssitzung mit Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären am 8. 12. 1946; folgendes nach ebenda.

[248] Zum Verhältnis zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten im Betrieb vgl. Lauschke, Hoesch-Arbeiter, S. 241–265.

[249] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 10/110-2/12, Meeting of Bavarian Trade Union in Schwandorf, vom 29. 3. 1949.

tische Umgestaltung, die zu den Kernelementen des gewerkschaftlichen Forderungskataloges zählte, erwiesen sich jetzt als machtpolitisch nicht umsetzbar und politisch kaum mehrheitsfähig. Dennoch, so Wönner, müsse es verhindert werden, daß die Kriegsfolgen, die Not und das Elend der Arbeiter, die Preissteigerungen und Versorgungsengpässe alleine durch die immer wieder geschundene Arbeiterschaft getragen werde, während die Unternehmer wenig für den Wiederaufbau leisteten und die wahren Gewinner der Währungsreform seien.

Nicht alle Gewerkschafter zogen eine vergleichsweise bittere Bilanz der ersten Nachkriegsjahre. Gemeinsam war jedoch auch moderateren Stimmen wie Andreas Piehler die Sorge, die Arbeiterschaft könne wie nach dem Ersten Weltkrieg nun zum zweiten Mal der Verlierer großer gesellschaftlicher Umbrüche sein.[250] Er setzte seine Hoffnungen für die kleineren Gruben in Auerbach und Ponholz, aber auch für die BBI auf die Unterstützung der amerikanischen Besatzungsbehörden und den bayerischen Staat. In dessen Verantwortung lag aus seiner Sicht das Wohl der oberpfälzischen Bergarbeiter, und nur er konnte das Überleben durch die Verstaatlichung der Bergbaubetriebe sichern. Für Wönner und den gemäßigteren Piehler galt, was sich auch für andere Funktionäre der Gewerkschaften feststellen ließ, der Widerspruch nämlich, „zwischen einer überhöhten gemeinwirtschaftlichen Utopie und einer praktizierten Wiederaufbaupartnerschaft mit den Militärregierungen, verbliebenen Unternehmern und staatlichen Organen"[251], die vielfach zu einer verzerrten Wahrnehmung der Chancen und Risiken gewerkschaftlicher Politik in den Besatzungszonen führten.

Ganz in diesem Sinne interpretierten sie ähnlich wie die Betriebsräte ihren Auftrag sehr weitgehend und versuchten, ihn trotz alliierter Reglementierungen insbesondere des Tarifsektors in Bereiche auszudehnen, die herkömmlicherweise nicht in ihren Verantwortungsbereich gefallen waren.[252] Möglicherweise wirkten die Widerstände, die sie vor allem von seiten der amerikanischen Militärbehörden erfuhren, sogar integrationsfördernd für die unterschiedlichen Flügel, die auf diese Weise einen wichtigen Impuls für den Erfolg der Einheitsgewerkschaft bildeten. Die Organisationsfrage und die Beseitigung der Folgen der Zusammenbruchsgesellschaft standen zunächst im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Arbeit. Der rasante Mitgliedergewinn der ersten Jahre deutet auf den raschen Vertrauensgewinn und die Integrationsfähigkeit der Gewerkschaften hin, und dies trotz ihrer gescheiterten wirtschaftsdemokratischen Pläne und parteipolitischen Rivalitäten. Freilich versteckten sich hinter den rohen Zahlen auch das Eigengewicht und die spezifischen Interessen der Arbeiter und Angestellten, die in den Zeiten des Mangels sich nicht willen- und interessenlos hinter ihren gewerkschaftlichen Funktionären sammelten und auch bereit waren, ihren Eigensinn in politischen Protest umzuwandeln.

[250] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 9/72–2/16, Report of the Miners Trade-Union meeting in Sulzbach-Rosenberg vom 22. 6. 1947.

[251] Vgl. Niethammer, Strukturreform, S. 342.

[252] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Sitzung der Betriebsräte der Hüttenindustrie am 10. 9. 1947; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Niederschrift über die Betriebsräteausschußsitzung vom 17. 1. 1949.

4. Arbeiterleben in der Besatzungszeit: Soziale Lage der Hütten- und Bergarbeiter vor der Währungsreform

Als die amerikanischen Soldaten im April 1945 das Verwaltungsgebäude der BBI besetzten, war die Zahl der Arbeiter auf den niedrigsten Stand seit 1932 gesunken. Wenige Wochen vor der Kapitulation des Deutschen Reiches standen bei der BBI nur noch 469 Arbeiter in Lohn und Brot. Etwa ein Drittel von ihnen arbeitete in der Brikettfabrik, weitere 20 Prozent in den Reparaturwerkstätten, die übrigen verteilten sich zu etwa gleichen Teilen auf den Bahn- und den Abraumbetrieb. Zusätzlich waren bei der BBI 46 Angestellte tätig, von denen 19 in der Verwaltung, 11 bei der Bahn oder im Abraum, sieben weitere in den Reparaturwerkstätten und die übrigen als Telephonisten oder Gärtner beschäftigt waren. 1906 hatte das Unternehmen mit 111 Arbeitern und Angestellten begonnen; bis 1923 konnte die BBI ihre Belegschaft mehr als verzehnfachen. Nach dem Höchststand von 1284 im Jahr 1923 sank die Zahl der Beschäftigten in der Weimarer Republik von Jahr zu Jahr und erreichte kurz vor der Machtergreifung Hitlers mit 291 Arbeitern und Angestellten ihren Tiefpunkt. Danach erhöhte sich die Zahl der BBI-Belegschaft wieder, und 1941 zählte man 709 Arbeiter und Angestellte. Nach der kriegsbedingten Abnahme der Belegschaft bis 1945 stieg die Zahl rasch wieder an. Im Juni 1946 waren schon wieder 860 Männer in Bayerns größtem Tagebau beschäftigt. Der Trend setzte sich bis 1948 fort: 1947 waren 1149, ein Jahr später bereits 1204 Braunkohlearbeiter im Einsatz. Nicht viel anders verlief die Personalentwicklung in den Betrieben der Maxhütte[253]: Bis kurz vor Kriegsende 1945 arbeiteten in den Betriebsteilen rund um Rosenberg etwa 2230 Arbeiter und 268 Angestellte, in Maxhütte-Haidhof weitere 1724 Walzwerker und 139 Angestellte. Ähnlich wie bei der BBI stieg die Zahl der Maxhüttenarbeiter mit Produktionsbeginn im Frühjahr 1946 wieder deutlich an und lag im September 1949 bei insgesamt 6539 in allen Gruben und Hütten, von denen rund 8,8 Prozent Angestellte waren.[254]

Flüchtlinge

In den Jahren der Besatzung waren die Auftragsbücher bei der Maxhütte und bei der BBI voll. Man suchte händeringend Arbeitskräfte und fand sie nicht nur unter den vielen Kriegsheimkehrern, sondern auch unter den Flüchtlingen. Im Juni und Juli 1945 waren in Wackersdorf insgesamt 2140 Einwohner registriert, davon 669 Flüchtlinge, also mehr als 31 Prozent.[255] Ein Großteil der Flüchtlinge stammte aus dem oberschlesischen Kohlenrevier, ihnen war der Braunkohlentagebau der BBI deshalb auch nicht fremd[256], und sie konnten ohne große Anlernzeit die Arbeit

[253] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 3, Übersicht über Gefolgschaftszahlen, (undatiert, um 1949).

[254] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 209, Geschäftsbericht 1952/1953.

[255] Gemeindearchiv Wackersdorf, 7–70/ 29/1, Schriftverkehr mit der Militärregierung, Bericht des Headquarters 90th Div, Artillery APO 90, U.S. Army über Wackersdorf (undatiert, vermutlich Juni oder Juli 1945).

[256] Gemeindearchiv Wackersdorf, 7–70/ 29/1, Bekanntmachung des Headquarters, 915th Field Artillery Bataillon Fronberg, John H. Daniels, Flüchtlingstransport am 6.8.1945 von Schwandorf aus ins Saarland.

aufnehmen.[257] 1948 waren von 1084[258] Arbeitern, die zum Kern der Belegschaft gehörten, bei der BBI 187 oder 17,2 Prozent Flüchtlinge. Vor allem in den mittleren Jahrgängen der 30- bis 40-jährigen waren Flüchtlinge stark vertreten. 28,2 Prozent gehörten in diese Altersgruppe, dagegen nur 20,2 Prozent der in Wakkersdorf gebürtigen Arbeiter. Generell war im Krieg der Altersdurchschnitt der Arbeiter gestiegen. Annähernd 25 Prozent waren über 50 Jahre und immerhin noch 15 Prozent über 60 Jahre. Bei den Flüchtlingen war die Zahl derjenigen, die vor der Jahrhundertwende geboren waren, erheblich geringer: Nicht einmal zehn Prozent gehörten dieser Altersgruppe an, die auf dem Arbeitsmarkt und besonders im strapaziösen Bergbau nur schwer vermittelbar war. Dagegen waren Bergleute, die nach 1920 geboren waren, bei den Flüchtlingen mit 18,1 Prozent weniger häufig vertreten als bei den Oberpfälzern mit 21,3 Prozent.

Nicht wenige Flüchtlinge hatten bereits in ihren alten Zechen führende bergmännische Positionen innegehabt; und einige schafften in ihrer neuen Heimat den Sprung nach oben.[259] Offensichtlich war es für Flüchtlinge möglich, durch Leistung und bergmännische Erfahrung ähnliche Karrierewege einzuschlagen, wie sie auch der einheimischen Belegschaft offen standen. Die BBI bot aber nicht nur ehemaligen Bergarbeitern aus dem Sudetenland und Schlesien eine Beschäftigung. Auch Flüchtlinge, die bisher in handwerklichen oder kaufmännischen Berufen tätig gewesen waren, kamen im Braunkohlentagebau unter.[260] Allerdings mußten viele wie Karl Frieb, der 1911 im Sudetenland geboren worden war und als Kaufmann gearbeitet hatte, beruflich wieder ganz von vorne beginnen und ihr Geld als einfache Bergmänner verdienen.

Arbeitsbelastung und Lohnentwicklung

Die Arbeit im Braunkohlentagebau war für Neubergleute rasch erlernbar, und die körperliche Belastung war erheblich geringer als im Untertagebau an Rhein und Ruhr. Während im nordrhein-westfälischen Steinkohlerevier ein Großteil der Hauer und Schlepper die maximale Schwerarbeiterzulage erhielten, waren es bei der BBI im Oktober 1946 lediglich 40 von 958[261] Kumpel, die zumeist als Kohlenhauer tätig waren. Die anderen Arbeiten bei der BBI verteilten sich auf die War-

[257] Gemeindearchiv Wackersdorf, 7–70/ 29/1, Hauptquartier 915th Field Artillery Bataillon an die Militärregierung Burglengenfeld vom 7. 6. 1945. Drakonische Strafen drohten die Amerikaner denjenigen an, die nicht bereit waren, sich am Wiederaufbau zu beteiligen: „Informieren Sie alle Personen die augenblicklich im Kreise Burglengenfeld leben, dass sie zu arbeiten haben, ohne Rücksicht auf Rasse, Nationalität, Religion oder Geschlecht. Nur Schwerkranke und kleine Kinder sind ausgeschlossen. Weisen sie alle Bürgermeister an, dass diejenigen, die sich weigern zu arbeiten, keine Nahrungsmittel erhalten werden." Ebenda.

[258] Die Schwankungen der Belegschaftsangaben für einzelne Jahre ergeben sich aus der monatlich geführten Betriebsstatistik und der im Tagebau jahreszeitlich bedingten Entlassung von Beschäftigten. Wenn nicht anders angegeben, gelten die Durchschnittsangaben für den Monat September; folgende Angaben nach Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 48, Altersaufbau der Belegschaft vom Oktober 1948; Prozentwerte nach eigenen Berechnungen.

[259] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 48, Betreff: Anerkennung als Steiger, Aufseher und Lokführer durch das Bergamt Amberg vom 28. 7. 1948; folgende Angaben nach ebenda.

[260] Gemeindearchiv Wackersdorf, 46–480/71–1, Zuzug seit dem 1. 10. 1945, (undatiert, vermutlich Dezember 1945).

[261] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 48, BBI an das Oberbergamt vom 22. 8. 1946 wegen Förderungssteigerung.

tung und Bedienung der Fördermaschinen, der Gleisanlagen und Kettenbahnen, die Herstellung von Briketts und die Überprüfung der Abraumbewegung[262] – was weit weniger strapaziös war. Die Arbeiter waren hier zwischen 48 und 54 Stunden tätig, während die Wochenarbeitszeit der Kohlenhauer 48 Stunden nicht überschritt.

Die durchschnittliche Arbeitsleistung des einzelnen BBI-Arbeiters nahm unmittelbar nach Kriegsende wieder zu und übertraf rasch die Höchstleistungen der Kriegsjahre.[263] Im Sommer 1946 förderte ein Bergmann im bayerischen Braunkohlentagebau 3,72 Tonnen Kohle pro verfahrener Schicht, im Januar 1947 waren es bereits 4,4 Tonnen und im Mai 4,84 Tonnen. Im gleichen Zeitraum war die Gesamtproduktion von 70000 Tonnen auf 91000 Tonnen im Monat gestiegen. In anderen Branchen setzte die Produktivitätssteigerung meist erst nach der Währungsreform ein.[264] Doch die hohe Nachfrage nach Briketts zwang die BBI-Arbeiter zu weit überdurchschnittlichen Arbeitsleistungen, die nur möglich waren, weil die Arbeiter kaum fehlten und weil sie bereit waren, höhere Wochenarbeitszeiten als beispielsweise in der Metallindustrie in Kauf zu nehmen. Die Bergarbeiter erhielten in den Gruben der BBI und der Maxhütte für ihre außerordentliche Belastung als Ausgleich eine höhere Zuteilung an Brot, Fleisch, Fett und Kaffee, die bei den Hüttenarbeitern zu erheblichem Ärger und bei der Direktion und den Betriebsräten zu der Sorge führte, der Arbeitsfrieden und die Produktionsleistung des Werkes seien gefährdet.[265] Die Arbeitsmoral, so hielten es zumindest die Betriebsräte der Hüttenindustrie intern fest, sei rapide gesunken, und der Mangel an Kleidung, Essen und angemessenen Löhnen habe die Zahl der Diebstähle und Überfälle in die Höhe schnellen lassen. Es fehle nicht viel und die Arbeiterschaft sei nicht mehr kontrollierbar.[266] Generell fürchtete man Arbeitsniederlegungen und wilde Streiks. Mancher der Betriebsräte sah in den Forderungen der Belegschaft ein Indiz, daß in der Arbeiterschaft Unzufriedenheit, Neid und Angst dominierten. Es schien nicht mehr lange zu dauern, bis die Arbeiterschaft die Dinge selbst in die Hand nehmen würde und nicht mehr auf die Betriebsräte und Gewerkschaften vertraute – eine Sorge, die nicht nur die Betriebsräte der Maxhütte angesichts der katastrophalen Lebensmittelversorgung umtrieb.[267]

Damit unterschied sich die Lage in der Maxhütte nicht wesentlich von anderen Metallunternehmen an der Ruhr oder den bayerischen Industriezentren.[268] Für besonderen Unmut unter der Belegschaft sorgte der Beschluß der Militärregierung, angesichts sinkender Produktivität und wachsender Versorgungsschwierig-

[262] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 48, BBI an das Bergamt Amberg vom 17. 6. 1946 betreffend Lebensmittelzulagen für Bergarbeiter.

[263] Erst ab diesem Zeitpunkt liegen monatliche Zahlen über die pro-Kopf-Leistung vor; Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 48, BBI an das Oberbergamt vom 22. 8. 1946; Angaben nach ebenda.

[264] Vgl. Erker, Ernährungskrise, S. 282.

[265] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 8/9, Betriebsräte der Maximilianshütte an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft vom 26. 5. 1948.

[266] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 8/9, Protokoll über die Betriebsratssitzung am 4. 11. 1947.

[267] Vgl. Erker, Arbeiter, S. 558.

[268] BayHStA, MArb, 2171, Präsident des Landesarbeitsamt Nordbayern, Dr. Jacobs, an die Militärregierung, vom 3. Mai 1947: „Von allen Arbeitsämtern wurde und wird ständig über die gesunkene Arbeitsmoral, besonders bei Jugendlichen, geklagt. Es ist ohne weiteres klar, daß die Zeit der Nazidiktatur und des Krieges nicht der Erziehung zur friedlichen Arbeit gedient haben."

keiten im Herbst 1947 ein Mehrarbeitsprogramm zu starten, das zwar erhöhte Lebensmittelrationen für die besonders belasteten Arbeiter in den Schwerindustriesektoren, aber keine Lohnanreize bot.[269] Der Streit über die Frage der Arbeitszeit und der Rationenverteilung zwischen den Betriebsteilen der Maxhütte führte ähnlich wie bei MAN zu massiven Konflikten zwischen Betriebsrat, Belegschaft und Unternehmensleitung[270] und veranlaßte die Rosenberger Betriebsräte schließlich in einem Brandbrief[271] an das Wirtschaftsministerium, auf die aktuelle Versorgungskrise und die ihrer Ansicht nach ungerechtfertigten Unterschiede im Lohngefüge aufmerksam zu machen.[272] Besonders die Drohkulisse möglicher Beschneidungen der Lebensmittelzulagen in Bereichen, die nicht zu den Schwerstarbeiten gezählt wurden und damit von den Vergünstigungen ausgenommen waren, empfanden die Arbeiter als empörend. Dahinter verbarg sich die Vorstellung, ein „gerechter" Lohn sei in der Schattenwirtschaft des Schwarzmarktes der Naturallohn und die betriebliche Politik der Zulagen und materiellen Sonderleistungen die angemessene Antwort, auf die Unsicherheit der Inflation und Knappheit zu reagieren.

Bei den Hochöfen weigerten sich zu Beginn des Jahres 1947 die Arbeiter, die erhöhten Schichtleistungen zu verfahren und sabotierten auf ihre Weise die Produktion: Sie verließen in der Regel eine halbe Stunde vor dem eigentlichen Schichtschluß ihre Arbeitsplätze und regulierten auf diese Weise ihre Arbeitszeit selbst. Die Werksleitung protestierte energisch dagegen. Sie wandte sich mit ihrem Einspruch allerdings nicht zuerst an die Meister und Vorarbeiter, sondern an den Betriebsrat, den sie für zuständig und so einflußreich hielt, das Problem, das vor allem den Schichtwechsel und damit die kontrollierte Energieversorgung der Hochöfen betraf, zu lösen.

„Ich bitte Sie deshalb eindringlich", so die Werksleitung in ihrem Schreiben an den Betriebsrat, „uns in unserem Bestreben, die Leute wieder zu ihrer Pflicht zurückzuführen, zu unterstützen, da ich sonst gezwungen bin, mit den schärfsten Maßnahmen durchzugreifen, um einen reibungslosen Ablauf der Produktion sicher zu stellen."[273] Hinzu kam, daß sich 1947 die Zahl derjenigen erhöhte, die sich arbeitsunfähig meldeten; viele waren vermutlich tatsächlich krank, andere konnten oder wollten nicht mit den gesteigerten Produktionsanforderungen Schritt halten. Offenkundig reagierten die amtlichen Stellen. Vermutlich auf Intervention der Maxhütte wurde der Druck auf die Ärzte des Landkreises erhöht, damit diese die Patienten genauer als bisher auf ihre Arbeitseinsatzfähigkeit prüfen sollten. In einem Rundschreiben wies der zuständige Arzt der Vertrauensstelle Amberg seine Medizinerkollegen des Kassenbezirks an, „im Interesse der Erhaltung des Arbeitseinsatzes", die Beurteilung der Arbeitsfähigkeit streng zu prüfen. Er gehe davon aus, so der zuständige Arzt Bernard Jaroschka, daß „in so manchen Fällen

[269] Bayerisches Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge (Hrsg.), Tätigkeitsbericht 1945–1950, S. 87ff.

[270] Vgl. Erker, Arbeiter, S. 558.

[271] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 8/9, Betriebsräte der Maximilianshütte an das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft vom 26.5.1948.

[272] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 8/9, Lebensmittelzulagen für die Arbeiter der Maxhütte vom 23. 6. 1948.

[273] DGB-Archiv, BR-Maxhütte, 3, Werksleitung an den Betriebsrat vom 31. 1. 1947.

leichtester Erkrankung oder Verletzung, die hauptsächlich nur 2–3 Tage währt, von einer Krankmeldung überhaupt Abstand genommen werden" könne.[274]

Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft hatte viele Gründe. Einer davon war ohne Zweifel die enttäuschende Lohnentwicklung. Trotz der steigenden Förderzahlen war „der Lohn auf den Hund gekommen"[275], wie es der Betriebsratsvorsitzende Baierl der BBI im Rückblick empfand. Im Mai 1945 waren die Löhne je verfahrene Schicht tatsächlich in allen Bereichen des Unternehmens auf den niedrigsten Stand seit der Weltwirtschaftskrise 1929/1930 gesunken.[276] Dies galt für die Akkordarbeiter im Gruben- und Abraumbereich ebenso wie für qualifizierte Handwerker, Lokführer, Maschinisten und Gleiswärter. Besonders deutlich wird die lohnpolitische Zäsur des Jahres 1945, wenn man die Leistungs- und Gesamtlöhne in den Blick nimmt[277]: Mit monatlichen Abweichungen hatten die Gesamtlöhne immer zehn bis 15 Prozent über den Leistungslöhnen gelegen. Im April/Mai 1945 war der prozentuale Abstand zwischen Leistungs- und Gesamtlöhnen so gering wie seit 1930 nicht mehr gewesen. Bei Kriegsende hatten sich Leistungs- und Gesamtlöhne in den einzelnen Berufsgruppen bis auf wenige Prozentpunkte angenähert. Das war vor allem auf den Wegfall betrieblicher Zusatzleistungen[278] wie Zahlungen für Kinder, Wohngeld oder Kohlendeputate zurückzuführen, die den bergmännischen Arbeitsplatz trotz aller Risiken so begehrt gemacht und einen wichtigen zusätzlichen Einkommensfaktor gebildet hatten.

Der Verlust traf 1945 alle Belegschaftsmitglieder. Allerdings führte die Binnendifferenzierung der Löhne zu einer unterschiedlichen Verteilung der sozialen Härten. An der Spitze der BBI-Lohngruppen standen die Akkordarbeiter in den Kohlengruben, die 6,24 RM Leistungs- und 6,77 RM Gesamtlohn erhielten, an zweiter Stelle rangierten noch vor den Handwerkern in den Reparaturbetrieben die Fabrik- und Bahnarbeiter, die 5,34 RM beziehungsweise 5,91 RM verdienten. Den letzten Platz nahmen die Beschäftigten im Grubenabraum ein, die ohne betriebliche Sozialleistungen auf insgesamt 4,98 RM pro verfahrener Schicht kamen.

Bis zum September 1946 erreichten die Löhne der BBI-Arbeiter wieder fast den Vorkriegsstand, und im September 1948 lagen sie je nach Lohngruppe zwischen 20 und 25 Prozentpunkten über dem Stand von 1938.[279] Grund für die steigende Einkommensentwicklung seit dem Sommer 1946 war die „kleine Lohnreform"[280] der amerikanischen Militärregierung, die aus Angst vor einer Hyperinflation die Lohn- und Preisentwicklung zunächst sehr streng kontrolliert hatte, sie 1946 aber wieder lockerte, damit „die niedrigsten Lohnsätze für Ganztagsarbeit nicht unter

[274] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 3, Vertrauensärztliche Dienststelle Amberg, (undatiert, um 1947).

[275] Archiv der IG BE, Slg. Norbert Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Georg Baierl.

[276] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 3419, Jahresstatistik Teil I. Die Lohnangaben werden im Bergbau nach verfahrenen Schichten gemessen.

[277] Die Entgeltstruktur im Bergbau unterschied zwischen Leistungslöhnen, die Schicht- und Erschwerniszulagen beinhalteten, und Gesamtlöhnen, die zusätzlich übertarifliche Zulagen beinhalteten.

[278] Dazu auch Erker, Ernährungskrise, S. 100f. und S. 109–120.

[279] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 3419, Jahresstatistik Teil I, Angaben nach eigenen Berechnungen für den September des jeweiligen Jahres.

[280] Vgl. Erker, Ernährungskrise, S. 101.

dem erreichbaren Existenzminimum"[281] lägen. Damit kam eine Entwicklung in Gang, die später nicht mehr aufzuhalten war: nämlich eine beginnende Umschichtung des Lohngefüges, die zur relativen Angleichung der Einkommen von Facharbeitern, angelernten und ungelernten Arbeitern führte und die auch in anderen Branchen zu beobachten war.[282] Hilfsarbeitern und ungelernten Arbeitern im Grubenbereich gelang es schneller als den hochqualifizierten Bagger- und Lokführern, das Lohnniveau der Vorkriegszeit zu erreichen, und bei den Lohnsteigerungen der Jahre 1946 und 1947 lag ihr Bruttolohnzuwachs drei bis fünf Prozentpunkte über dem der Facharbeiter.[283] Die Lohnzuwächse nach 1946 konnten allerdings nicht mit dem Anstieg der Lebenshaltungskosten Schritt halten. In Bayern waren allein zwischen 1945 und 1947 die Ausgaben für Ernährung, Wohnung, Heizung und Bekleidung um annähernd 30 Prozentpunkte gestiegen.[284] Damit wird deutlich, was der Betriebsrat Georg Baierl meinte, als er davon sprach, daß die Löhne der BBI „auf den Hund gekommen"[285] seien. Dabei lagen die Löhne bei der BBI bayernweit fast an der Spitze. Nur im Penzberger Pechkohlenbergbau und in einigen oberpfälzischen Eisenerzgruben konnte mehr verdient werden als in Wackersdorf. Im Juni 1947 betrug der durchschnittliche Stundenlohn aller Arbeiter in der bayerischen eisenschaffenden Industrie 0,85 RM[286], während die BBI-Arbeiter im Schnitt etwa 16 Pfennig mehr verdienten.[287] Vergleichbare Einkommen erhielten in anderen industriellen Sektoren nur Facharbeiter der Metall- oder Gießereiindustrie, deren Verdienst mit 1,07 RM beziehungsweise 1,05 RM in der Stunde[288] aber noch immer unter dem Spitzenlohn eines qualifizierten Handwerkers oder Facharbeiters der BBI lag. Anders sahen die Dinge aus, wenn man das Rheinland als Vergleichspunkt wählt. Schon in den zwanziger Jahren war die BBI in der lohnpolitischen Entwicklung weit hinter dem Rheinland, der tarifpolitischen Leitregion des Braunkohlentagebaus, zurückgelegen. 1924 betrug der Hauer- und Schichtlohn im rheinischen Braunkohlenbergbau bei einer neunstündigen Schicht 4,64 RM, während er in Wackersdorf bei einer zehnstündigen Schicht bei 2,30 RM lag.[289]

Das hatte sich auch nach 1945 nicht wesentlich geändert. Ein Vergleich der rheinischen und bayerischen Lohntafeln im Jahr der Währungsreform macht deutlich:

[281] BayHStA, MArb, 130146, Lohnpolitische Grundsätze von OMGUS vom 9. 11. 1946, zit. nach Erker, Ernährungskrise, S. 105.

[282] Vgl. Erker, Ernährungskrise, S. 106.

[283] Diese Entwicklung wird auch deutlich bei Rolf Wagenführ, Sozialwirtschaftliche Bilanz des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 19 (1949), S. 88–104, hier S. 92.

[284] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, S. 188 (Indexziffern der Lebenshaltungskosten in Bayern von April 1945 bis Dezember 1947); zum Problem der Berechnung von Teuerungsraten in der unmittelbaren Nachkriegszeit vgl. Oskar Anderson, Über die Neuberechnung von Indexziffern der Lebenshaltungskosten in Deutschland, in: Weltwirtschaftliches Archiv 62 (1949), S. 171 ff.

[285] Archiv der IG BE, Slg. Norbert Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Georg Baierl.

[286] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, S. 178.

[287] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 3419, Jahresstatistik Teil I, Angaben nach eigenen Berechnungen.

[288] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, S. 178.

[289] Vortrag von Karl Braunreiter zum 80-jährigen Gründungsfest der IG-Bergbau Ortsverwaltung Wackersdorf, gehalten am 22. 10. 1989, S. 2, Kopie im Besitz des Verf.

Die Spitzenverdiener im Köln-Aachener Revier, die Baggerführer und qualifizierten Facharbeiter, verdienten nach der Währungsreform immer noch rund 17 Prozent mehr als ihre bayerischen Kollegen, wenn auch der Unterschied im Vergleich zur Vorkriegszeit etwas zurückgegangen war. Gleiches galt auch für die Beschäftigten anderer Lohngruppen.[290] Die Währungsreform 1948 führte zunächst zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. In Bayern nahm die Zahl der Arbeitslosen zwischen Juni und Ende August 1948 von 145727 auf 270025 zu.[291] Vor allem im Juli war es zu großen Entlassungswellen gekommen. Die BBI machte hier keine Ausnahme. Zwischen Juni und Juli 1948 mußte die Werksleitung 291 Arbeiter (rund 23 Prozent der Belegschaft) entlassen, die zum überwiegenden Teil im Abraum tätig gewesen waren. Vor allem junge Arbeiter, die in den Jahren zuvor wegen der Scheinblüte auf dem Brikettmarkt[292] eingestellt worden waren, verloren jetzt in der „Stabilisierungskrise"[293] ihre Arbeitsplätze, da betriebsbedingte Kündigungen vor allem nach dem Kriterium der Werkszugehörigkeit ausgesprochen wurden.[294] Ab September 1948 war jedoch bei der BBI wie auf dem bayerischen Arbeitsmarkt „ein allmähliches Einspielen der Wirtschaft auf die neue Situation zu beobachten."[295] Die Entlassungswelle ebbte langsam ab.

Für die Maxhütte liegen zwar keine monatlichen Erhebungen für das Krisenjahr 1948 vor, doch zeigt ein Blick auf die Beschäftigten der Jahre 1948 bis 1951 eine ähnliche Entwicklung.[296] Im Geschäftsjahr 1948/1949 arbeiteten in allen Betrieben der Maxhütte durchschnittlich rund 6517 Beschäftigte (davon 516 Angestellte), ein Jahr später war die Zahl der Beschäftigten um etwa 200 Personen gesunken. Die Werke in Haidhof und Sulzbach waren von den Einbrüchen in unterschiedlicher Weise betroffen: Während von den 2032 Arbeitern in den Rosenberger Hütten- und Rohrwerken 1948/1949 kaum jemand entlassen wurde[297], verloren in Haidhof 140 der 2456 Arbeiter ihre Stellung.[298] Die Arbeitsmarktanalytiker und Ökonomen des Landesarbeitsamtes Nürnberg schätzten die Zukunft der BBI und der Maxhütte durchweg positiv ein. Ihre Euphorie über die zukünftige Entwicklung des Wiederaufbaus blieb aber sehr gedämpft: „Wenn man meint, dass die deutsche Wirtschaft trotz ihrer Behinderung durch vorerst unvermeidliche Produktionsumwege, [...] unelastischen Wohnraum und körperliche Leistungsminderung [...] dem Leistungsstandard der Welt in Wettbewerbsfragen angepaßt wer-

[290] Jahrbuch 1948/49. Hrsg. vom Hauptvorstand der IG Bergbau, Bochum o.J., S. 166 und S. 169. Für die Lohngruppen II bis V lag die Differenz durchschnittlich bei etwa 15 Prozent. Prozentangaben nach eigener Berechnung. Mit den Löhnen im Ruhrgebiet konnte die BBI noch weniger mithalten; vgl. dazu ebenda, S. 513.

[291] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1952, S. 89.

[292] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 4307, Denkschrift über die Lage im Bayerischen Braunkohlenbergbau vom 3. 1. 1949.

[293] Zum Begriff vgl. Erker, Ernährungskrise, S. 302.

[294] Ein ähnliches Schicksal ereilte eine Reihe bayerischer Betriebe, deren Überlebensfähigkeit nur durch staatliche Eingriffe oder die Scheinblüte des Schwarzmarktes gegeben war, vgl. Erker, Ernährungskrise, S. 263.

[295] Vgl. Erker, Ernährungskrise, S. 264.

[296] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 198, Sozial-Bericht zur Aufsichtsratssitzung im Januar 1954, S. 3; folgendes nach ebenda.

[297] Ebenda, S. 4.

[298] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 198, Sozial-Bericht zur Aufsichtsratssitzung im Januar 1954, S. 5.

den kann, dann wird es doch sehr schwierig sein, die dabei zu tragenden Lasten halbwegs gerecht zu verteilen. Die Arbeitnehmer dürften dabei die schwächsten Schultern haben."[299]

Die Erfahrungen, mit denen die Arbeiterschaft in die westdeutsche Demokratie nach Kriegsende, Währungsreform und deutscher Teilung eintraten, waren auf vielfache Weise gebrochen und ambivalent. Was blieb übrig von der nationalsozialistischen Betriebsgemeinschaft und ihren Akteuren und Zielen, welchen Einfluß konnten die Arbeiter und ihre gewählten Vertreter in den Betriebsräten und Gewerkschaften ausüben, wie weit reichte ihre Loyalität und Konsensbereitschaft gegenüber den Unternehmern und Kapitaleignern? Nicht jede Form der Kooperation nach 1945 war jedenfalls notwendigerweise Ausdruck wirkungsmächtiger Kräfte der nationalsozialistischen Betriebsgemeinschaftspropaganda.[300] Die zum Überleben so zwingend notwendige Kunst der Improvisation tradierte zwar auch Formen der Konfliktbewältigung, wie sie auch aus den Kriegsjahren bekannt waren, doch war dies nicht gleichbedeutetend mit der erfolgreichen Durchdringung nationalsozialistischer Betriebspolitik.[301] Ihre Grenzen fand sie im neuen, oder besser alten Selbstbewußtsein der Arbeitnehmerakteure, die bereits vor 1933 Funktionsträger der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen gewesen waren. Wie immer man den Erfolg oder Mißerfolg der betrieblichen Entnazifizierung bewertet, so scheint doch einiges dafür zu sprechen, daß die „Betriebsgemeinschaft" wenn schon nicht aufgehoben, doch zumindest eine wichtige Umdeutung erfuhr, deren Kern die Frage der Partizipation bildete. Nur unter dieser neuen Prämisse ließen sich Belegschaft und Betriebsräte auf den „Wiederaufbaukonsens" ein, ja forcierten ihn angesichts der Not mit all ihrer Kraft, ohne aber grundsätzlich das Verhältnis von Kapital und Arbeit in Frage zu stellen. Die gemeinsame Erfahrung der Ernährungskrise und die Bedrohung durch die alliierten Demontagepläne und Produktionseingriffe führten zu einem kaum zu überschätzenden Solidarisierungseffekt zwischen Werksleitung, Betriebsrat und Belegschaft, der gelegentlich den Eindruck erweckte, erst die unmittelbare Not bei Kriegsende und die Wiederaufbaujahre hätten die Ziele der „Volksgemeinschaft im Betrieb" verwirklicht. Als diese gemeinsame Front sich langsam aufzulösen begann, gewann einerseits das Bewußtsein fortdauernder sozialer Klassengrenzen wieder an Gewicht, andererseits legten der rasche wirtschaftliche Aufschwung und die Erfahrungen der alles in allem erfolgreich überstandenen Aufbaukrise der jungen Republik den Grundstock für neue Formen institutionalisierter sozialer Konfliktlösungsmechanismen.

[299] IfZ-Archiv, OMGBY, RG 260, 13/105–1/6, Präsident des Landesarbeitsamtes Nordbayern vom 2. 8. 1948.

[300] So klingt es an bei Erker, Arbeiter, S. 571.

[301] Vgl. ausführlich Matthias Frese, Betriebspolitik im „Dritten Reich". Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933–1939, Paderborn 1991.

III. Politik und Arbeit im Betrieb nach Einführung der Montanmitbestimmung (1950–1962)

1. Einführung und Folgen der betrieblichen Mitbestimmung

a) Das Mitbestimmungsgesetz in der bayerischen Montanindustrie

Als der Bundestag am 14. April 1951 nach harten und zähen Auseinandersetzungen in dritter Lesung das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Montanindustrie verabschiedete, bemerkte der Verhandlungsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Hans vom Hoff: „Ein großer Erfolg, einer der größten in der Gewerkschaftsgeschichte, ist [...] erzielt worden".[1] Damit schienen die Gewerkschaften ihrem Ziel, das Hans Böckler bereits im März 1946 formuliert hatte, ein großes Stück näher gekommen zu sein. „Wir müssen in der Wirtschaft selber als völlig gleichberechtigt vertreten sein, nicht nur in einzelnen Organen der Wirtschaft, nicht in den Kammern der Wirtschaft allein, sondern in der gesamten Wirtschaft. Also der Gedanke ist der: Vertretung in den Vorständen und Aufsichtsräten der Gesellschaft."[2]

Mit gleicher Energie und Leidenschaft wie die Spitzenfunktionäre des DGB hatten die Betriebsräte der Maxhütte und der BBI ihre Basis für die Mitbestimmungsfrage zu mobilisieren versucht, die im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Forderungen zur Ausgestaltung der sozialstaatlichen Ordnung der jungen Bundesrepublik stand. Wenn die politische Stimmungslage in der bayerischen Montanindustrie auch weniger aufgeregt war als in den Ruhrgebietsstädten, so ließen doch die örtlichen Funktionsträger keine Gelegenheit aus, die Belegschaften über die aktuellen Verhandlungen zu informieren und um Unterstützung zu werben. Die „Zeit des Aufbruchs"[3], die Vorstellung, mit der Mitbestimmung beginne eine neue gewerkschaftliche Zeitrechnung, elektrisierte die Betriebsräte und Entscheidungsträger vor Ort. Keine Reise war zu lang, kein Weg in das Ruhrgebiet zu beschwerlich, um an den zahllosen Veranstaltungen der Gewerkschaftsgremien und

[1] Mitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951, bearbeitet von Gabriele Müller-List, in: Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Vierte Reihe. Deutschland seit 1945. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz, Bd. 1, Düsseldorf 1984, Protokoll des zweiten Teils der 6. Sitzung des Bundesausschusses des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Auszug), 172b, S. 474.

[2] Die Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone, Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbunds (britische Besatzungszone), 1947–1949, Köln 1949, S. 79.

[3] „Kommt nicht in Frage, meine Herren", S. 28; folgendes nach ebenda.

Ausschüsse teilzunehmen, mit Kollegen aus der ganzen Republik zu diskutieren und Erfahrungen im Umgang mit den Unternehmern auszutauschen. Die beiden Maxhüttenbetriebsräte Fritz Mertel, zugleich auch der Vorsitzende der IG Metall-Ortsverwaltung, und Heinrich Steuernthal fuhren im Herbst 1950 zur zentralen Veranstaltung des DGB und der IG Metall nach Essen, um dort über die geplanten Streikmaßnahmen zur Erhöhung des Drucks auf die Arbeitgeber mitzuentscheiden und die Forderung nach Einführung der Mitbestimmung zu bekräftigen. Im Betriebsrat berichteten sie anschließend ausführlich über die Diskussion zwischen Hans Böckler und Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der sich der paritätischen Besetzung der Aufsichtsräte in den Aktiengesellschaften widersetzte.[4] Mit den Stimmen der beiden Oberpfälzer beschlossen die Delegierten in Essen, die Arbeiter der westdeutschen Hüttenindustrie über die Streikmaßnahmen entscheiden zu lassen; sie fanden damit auch die einhellige Zustimmung ihrer Kollegen des Bergbaus. Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die Maxhütte zu kämpfen hatte, war sich Mertel allerdings bewußt, daß ein Streik nicht um jeden Preis geführt werden dürfe.[5] Es galt, die Kampfbereitschaft und die Geschlossenheit der Gewerkschaft zu demonstrieren. Mertel war beinahe sicher, daß es ausreichen würde, die Muskeln spielen zu lassen, d.h. eine Urabstimmung durchzuführen, um die Regierung unter Konrad Adenauer unter Druck zu setzen. Für die Mobilisierung der Belegschaft gegen Bonn waren die gewerkschaftlichen Vertrauensmänner als Vermittler der Mitbestimmungsidee von entscheidender Bedeutung. Sie waren diejenigen, die an den Hochöfen die Überzeugungsarbeit leisten mußten, die Abstimmungen organisierten und das Informationsmaterial unter den Belegschaftsmitgliedern verteilten. Aber auch führende IG Metall-Funktionäre wie Erwin Essl waren an der Basis aktiv. Er besuchte die Vertrauensleute in der Maxhütte und informierte dort über den neuesten Stand der Verhandlungen in Bonn. Der Erfolg gab ihm Recht: Bei der Urabstimmung über den geplanten Streik für die Einführung der Mitbestimmung gaben beinahe 100 Prozent der Arbeiter und Angestellten der Gewerkschaft ihre Zustimmung zum Verhandlungskurs des DGB.[6]

Das Gesetz über die Montan-Mitbestimmung[7], dessen Verabschiedung Hans

[4] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, blaue Mappe, Protokoll über die Betriebsratssitzung vom 27. November 1950.

[5] SRZ vom 5. 1. 1951: „Streikt die Belegschaft der Maxhütte?"; SRZ vom 9. 1. 1951: „Streikgefahr nicht absolut akut".

[6] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 5, Protokoll der Generalversammlung der Industrie-Gewerkschaft Metall vom 14. 1. 1951; Archiv der IG BCE, Bezirk Süddeutschland, Niederschrift über die Geschäftsstellenleiterkonferenz vom 23. 1. 1951; Vgl. SZ vom 9. 1. 1951: „Bayerische Bergarbeiter vor Streik". Schon kurz zuvor hatten die von der Mitbestimmung betroffenen Stahlarbeiter der Max- und der Luitpoldhütte ihre Streikbereitschaft unterstrichen, indem sie mit 96 Prozent dem Streikbeschluß der IG Metall-Führung zustimmten.

[7] Die Forschung zur Montan-Mitbestimmung ist mittlerweile nur noch schwer überschaubar. Präzise in der Argumentation ist Michael Schneider, Demokratisierungs-Konsens zwischen Unternehmern und Gewerkschaften? Zur Debatte um Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung, in: Axel Schildt, Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau: die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998 (aktualisierte Studienausgabe), S. 207–222, besonders S. 213–218; vgl. dazu zusammenfassend (auch mit Blick auf die internationale Entwicklung) Mitbestimmung und Betriebsverfassung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien seit dem 19. Jahrhundert: 16. Wissenschaftliches Symposium der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, hrsg. von Hans Pohl, Stuttgart 1996; pointiert aus industriesoziologischer Sicht zur Montanmitbestimmung Wal-

Böckler nicht mehr erlebte, betraf die Unternehmensorganisation der Maxhütte und der BBI gleich in mehrfacher Hinsicht[8]: Das gesellschaftsrechtliche Organ, über das die Mitbestimmung sichergestellt werden sollte, war der Aufsichtsrat, der die betriebswirtschaftlichen und unternehmensstrategischen Entscheidungen treffen sollte. Die paritätische Mitbestimmung, wie sie in dem neuen Gesetz geplant worden war, sah einen Aufsichtsrat mit in der Regel 15 Mitgliedern vor, von denen jeweils sieben von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite vorgeschlagen wurden. Das 15. Aufsichtsratsmitglied durfte weder Repräsentant eines Spitzenverbandes der Gewerkschaften oder der Wirtschaft sein noch eine derartige Position in den letzten Jahren ausgeübt haben. Auch Angehörige des Unternehmens konnten diese Funktion nicht bekleiden[9], da der neutrale Mann die Aufgabe hatte, im Streitfalle zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu vermitteln und übergeordnete Interessen zu berücksichtigen.[10] Diese Integrationsfunktion sollte schon durch das Wahlverfahren sicher gestellt werden: Die Mehrheit des Aufsichtsrates sollte den neutralen Mann wählen, so daß er in keinem Falle gegen den Willen der Arbeitnehmer oder der Arbeitgeberseite sein Amt antreten konnte.

Das Wahlverfahren für die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat sah zwei Stufen vor: Das Vorschlagsrecht kam den Betriebsräten des Unternehmens und den Gewerkschaften zu. Der Betriebsrat sollte zwei Vertreter, einen Arbeiter und einen Angestellten, stellen, die im Unternehmen beschäftigt waren. Die drei weiteren Mitglieder waren meistens Gewerkschaftsfunktionäre der jeweiligen Branchengewerkschaft oder des DGB. Die eigentliche Wahl erfolgte durch die Betriebsrätekonferenz, die Vollversammlung aller Betriebsräte der Werksteile. Zuvor hatte die Gewerkschaft allerdings die Möglichkeit, die Betriebsräte zu beraten. Bindend waren diese Vorschläge für die Betriebsrätekonferenz jedoch nicht.[11] Neben der Parität in den Aufsichtsräten bedeutete die neugeschaffene Position des Arbeitsdirektors ein zweites wichtiges Strukturprinzip des Gesetzes. Neu war die Position wegen des Aufgabenfeldes, das der Arbeitsdirektor zu betreuen hatte, neu war sie auch deshalb, da der Arbeitsdirektor dem Vorstand angehörte und das Vertrauen der Arbeitnehmerseite besitzen mußte. Für seine Wahl benötigte er eine doppelte Mehrheit, eine auf der Arbeitnehmerbank und eine im gesamten Auf-

ther Müller-Jentsch, Mitbestimmung als kollektiver Lernprozeß. Versuch über die Betriebsverfassung, in: Karsten Rudolph u.a. (Hrsg.), Geschichte als Möglichkeit. FS für Helga Grebing, Essen 1995, S. 42–54; im Rahmen einer umfassenden gewerkschaftlichen Studie zur Wirkungsgeschichte der Mitbestimmung entstand Norbert Ranft, Vom Objekt zum Subjekt. Montanmitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945, Köln 1988; die Diskussion bestimmend vor allem Thum, Mitbestimmung; Ulrich Borsdorf, Der Anfang vom Ende? – Die Montanmitbestimmung im politischen Kräftefeld der frühen Bundesrepublik (1951–1956); in: WSI-Mitteilungen 3 (1984), S. 181–195; bilanzierend aus gewerkschaftlicher Sicht Rudolf Judith (Hrsg.), 40 Jahre Mitbestimmung. Erfahrungen – Probleme – Perspektiven, Köln 1986.

[8] BGBl. 1951, Teil. I, S. 347–350.

[9] Zur juristischen Diskussion um den elften Mann vgl. Hans-Wilhelm Kötter, Die Bestellung des elften Mitgliedes im künftigen Aufsichtsrat der Montangesellschaften, in: NJW 11 (1951), S. 417–421.

[10] Vgl. dazu Ranft, Objekt, S. 40.

[11] Zur Frage des Aufsichtsratsvorsitzenden vgl. Hans-Wilhelm Kötter, Der Vorsitz im Aufsichtsrat der Montangesellschaften unter Herrschaft des Mitbestimmungsgesetzes der Arbeitnehmer, in: Juristische Rundschau 15 (1951), S. 449ff.

sichtsrat; gegen den erklärten Willen der Arbeitnehmer konnte er nicht gewählt werden.

Der Arbeitsdirektor war gleichberechtigtes Vorstandsmitglied und trug ebenso wie seine Vorstandskollegen die Gesamtverantwortung für die Unternehmensentwicklung. Genauso wie der kaufmännische und der technische Direktor war er für die Preis-, Absatz-, Investitions- und Produktpolitik des Unternehmens verantwortlich. Daneben hatte er auch eine besondere Ressortverantwortung, deren Bereich sich im Gegensatz zu denjenigen der anderen Vorstandsmitglieder direkt aus der Montanmitbestimmung ergab: Personal- und Sozialangelegenheiten. Der diesbezügliche Paragraph des Montan-Mitbestimmungsgesetzes ließ allerdings offen, welche genauen Aufgaben dem Personal- und Sozialressort oblagen. Die herrschende juristische Meinung wies dem Arbeitsdirektor die Aufgaben Personalplanung und Personalverwaltung, Tarifwesen und den gesamten sozialen Bereich, also betrieblicher Wohnungsbau, Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit zu.

b) Nicht mehr „Herr im eigenen Haus": Reformbereitschaft und Blockadestrategien der Montanunternehmer

Die bayerischen Arbeitgeberverbände machten kein Hehl aus ihrer Abneigung gegen das Modell der Montan-Mitbestimmung.[12] Mit scharfen Worten geißelte im Herbst 1952 der Vorsitzende der Vereinigung der bayerischen Arbeitgeberverbände Otto Meyer auf der Jahrestagung des Verbandes die vermeintlich „sozialistischen Pläne", die der DGB mit seiner Politik der Mitbestimmung verfolge und die darauf hinausliefen, innerhalb der Wirtschaftsordnung Westdeutschlands „kollektivistischen Einflüssen" zum Durchbruch zu verhelfen.[13] Nur mühsam konnte sich Meyer dazu durchringen, das Mitbestimmungsgesetz zu akzeptieren. Für seine harsche Kritik an den Gewerkschaften erntete der Arbeitgeberpräsident und Vorstandsvorsitzende der MAN bei den Vertretern der Industrie viel Beifall. Nüchterner waren dagegen die Analysen des Wirtschaftslobbyisten und Nürnberger Bundestagsabgeordneten Hans Wellhausen (FDP). Er hielt zwar die Position des Arbeitsdirektors für eine „Mißgeburt", und auch an den Regelungen zur Parität in den Aufsichtsräten ließ Wellhausen, der seit 1931 im Vorstand der MAN gesessen und die FDP im Frankfurter Wirtschaftsrat vertreten hatte, kein gutes Haar. Immerhin sah er aussichtsreiche Chancen, „daß verständige Arbeitgeber und verständige Arbeitnehmer mit diesem Gesetz arbeiten können und sich daher auch positiv einstellen müssen unbeachtet aller berechtigter Kritik in einzelnen Punkten, die einer Reform in Zukunft durchaus bedürftig sind".

Bei der BBI schienen die Gewerkschaften tatsächlich auf solche „verständigen Arbeitgeber" zu stoßen. Jedenfalls löste die Einführung der paritätischen Mitbe-

[12] Zur Geschichte der bayerischen Arbeitgeber nach dem Zweiten Weltkrieg vgl. Eva Moser, Bayerns Arbeitgeberverbände im Wiederaufbau. Der Verein der Bayerischen Metallindustrie 1947–1962, Stuttgart 1990, bes. S. 153–211; Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern, Bericht über das Geschäftsjahr 1955/1956, S. 271 f.

[13] IGM-ZA im AdsD, 1-1/1114a, Bericht über die Teilnahme an der erweiterten Mitgliederversammlung der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern vom 11. 9. 1952; folgendes nach ebenda.

stimmung bei der Muttergesellschaft des oberpfälzischen Tagebauunternehmens keine übertriebenen Ängste oder vergleichsweise scharfen Attacken wie die Otto Meyers aus. Der Betriebsratsvorsitzende der BBI, Georg Baierl, berichtete aus der entscheidenden Sitzung des Bayernwerk-Aufsichtsrates: „Ich kann mich noch erinnern, wie die Sache Mitbestimmung im Aufsichtsrat vorgetragen wurde, da hat der Generaldirektor Wächter, der, so wie es sich für einen Generaldirektor gehört, einen Bart wie Hindenburg trug, gesagt: ‚Ich bin der Meinung, daß wir der Sache recht gut gegenüberstehen müssen, und wir, Herr Baierl, führen das gleich ein.'"[14] Aus den Aufsichtsratsprotokollen des Bayernwerks[15] und der BBI[16] ergeben sich tatsächlich keine Hinweise auf kontroverse Diskussionen über die Frage der Mitbestimmung. Eine vorsichtige Annäherung an die Einschätzung der Muttergesellschaft erlaubt die Auswertung der Unternehmenszeitschrift *Bayerischer Braunkohlen Bergbau*, die seit 1954 gemeinsam von Rheinbraun und BBI herausgegeben wurde. „Was sollte der Arbeitnehmer über die Mitbestimmung wissen?"[17], fragte die Zeitung drei Jahre nach Einführung der Mitbestimmung bei der BBI und stellte klar: Entscheidend an der neuen Sozialordnung sei, daß beide Sozialpartner sich im Betrieb selbst einigen und der Staat allenfalls als eine Art Vermittler in bestimmten Fällen in Erscheinung treten dürfe. Darin unterscheide sich die „neue deutsche Erfindung" weitgehend von den übrigen europäischen Modellen. Allerdings könne von der Rechtsform noch nicht auf den Inhalt und die konkrete Ausgestaltung geschlossen werden. Nicht weniger wichtig als die Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit sei die gesetzliche Verpflichtung, den Betrieb für jeden Arbeiter und Angestellten „zum Lebensraum zu gestalten".[18] An die Stelle des Konfliktes industrieller Gegner solle eine verantwortliche Arbeitsgemeinschaft von Kapital und Arbeit treten, die nicht mehr wie in der Vergangenheit von Mißtrauen geprägt sei.

Die Bedeutung dieser Worte wird erst bei genauerem Hinsehen deutlich: Der Begriff der Mitbestimmung wird nicht im Zusammenhang mit der Beteiligung der Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen des Betriebes

[14] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Georg Baierl.

[15] Zur Geschichte des Bayernwerks vgl. die Festschrift zum 100jährigen Firmenjubiläum von Manfred Pohl, Das Bayernwerk, München 1996; Pohl blendet alle alltags- und sozialgeschichtlichen Aspekte aus seiner Arbeit aus und konzentriert sich allein auf die strategischen Entscheidungen des Bayernwerkes. Die Frage der Mitbestimmung oder der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat spielt in seiner Studie keine Rolle.

[16] BayHStA, MF, 70498, Sitzung des Aufsichtsrates der Bayernwerk AG vom 11. 6. 1951; nach Auskunft des Bayernwerkes vom 25. 8. 1997 sind keine Akten mehr zur Geschichte der BBI im Unternehmensarchiv vorhanden. Obwohl alle Indizien für einen größeren Bestand beim Bayernwerk sprechen, konnte so nicht auf das einschlägige Material des Firmenarchivs zurückgegriffen werden. Der Bestand im Finanzministerium endet leider bereits 1952. Im Aufsichtsrat der BBI lassen sich aus den Protokollen ebenfalls keine Rückschlüsse auf die politische wie wirtschaftliche Rolle der Mitbestimmung ziehen.

[17] Bayerischer Braunkohlen Bergbau (BBB), H. 7, 1955, S. 6; folgende Zitate ebenda.

[18] Die Argumentation folgt fast wörtlich der Werksgemeinschaftsrhetorik der Weimarer Arbeitgeberverbände. Rüdiger Hachtmann hat sehr eindringlich und schlüssig auf die Kontinuität des Betriebsgemeinschaftsbegriffs von der Weimarer Republik über den Nationalsozialismus bis in die frühe Bundesrepublik hingewiesen. Vgl. dazu Rüdiger Hachtmann, Arbeitsverfassung, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998, S. 27–54, bes. S. 27–34; ebenfalls in der Firmenfestschrift der BBI Bayerische Braunkohlen-Industrie AG (Hrsg.), 50 Jahre BBI 1906–1956, München 1956, S. 85ff.

diskutiert – es geht vielmehr um „Mitverantwortung".[19] Die gestalterische Dimension des Mitbestimmungsgesetzes verlor in dieser Argumentation zugunsten der Verpflichtung auf das allgemeine Betriebswohl. In gleicher Weise wurde auch die Funktion der Gewerkschaften interpretiert, die nach Auffassung der Arbeitgeber nicht die Teilhabe an der unternehmerischen Macht anstrebten, sondern für die Disziplinierung der organisierten Arbeiter und Angestellten und deren Immunisierung gegen radikales Gedankengut sorgen sollten. „Die Gewerkschaften wurden durch dieses Gesetz berechtigt, am Betriebsleben Anteil zu nehmen. Das wird für sie eine Erziehungsaufgabe größten Umfanges gegenüber ihren Mitgliedern bedeuten."[20] Trotzdem kann es keinen Zweifel an der grundsätzlichen Bereitschaft der Braunkohlenindustrie geben, die Mitbestimmung als neues Strukturprinzip anzuerkennen. „Für die Unternehmensleitung selbst erwächst die Aufgabe, alle Mitarbeiter über die Gegebenheiten und die Ziele der Unternehmensleitung unterrichtet zu halten." Die Braunkohlearbeitgeber lehnten die Mitbestimmungsgrundsätze also nicht kategorisch ab; doch waren sie bemüht, die Mitbestimmung in der Praxis in engen Grenzen zu halten und die Arbeitnehmer auf ihre gesamtbetriebliche Verantwortung zu verpflichten.

In der bayerischen Eisen- und Stahlindustrie war die Ausgangslage ungleich komplizierter als in der staatseigenen BBI. Denn hier war die Frage der Mitbestimmung eng mit der montanindustriellen Neuordnung und Entflechtung verknüpft. Ziel der westlichen Besatzungsmächte war es, die Konzentration ökonomischer Macht in den Händen der Ruhrgebietsmagnaten zu verhindern, die traditionelle Konzernbindung von Bergbau- und Stahlindustrie zu lösen und politisch belastete Führungskräfte aus ihren leitenden Stellungen zu verdrängen. Für den bis 1952 der staatlichen Treuhänderaufsicht unterstehenden Flick-Konzern hieß dies: Der Konzern wurde zerschlagen. Dabei entstand neben anderen auch das selbständige Unternehmen der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte AG mit einem Grundkapital von 60 Mio. DM und rund 7500 Beschäftigten.[21] Zur Maxhütte gehörten der Bergbau in Sulzbach und Auerbach, die Hütten- und Rohrwerke in Rosenberg und Haidhof sowie die Gießerei in Fronberg und das Kalkwerk in Vilshofen. Die Familie Flick war hundertprozentiger Eigentümer des Stammkapitals der Maxhütte, doch verkaufte sie 1951, noch unter dem Druck der Dekartellierungspolitik, 26 Prozent aller Geschäftsanteile für 20 Mio. DM an den bayerischen Staat, der damit die wirtschaftliche Zukunft der Maxhütte und ihrer Belegschaft in der strukturschwachen Oberpfalz dauerhaft sichern wollte.[22]

Die Frage der zukünftigen Besitzverhältnisse und die Rückkehr von Friedrich Flick wurden von den Betriebsräten leidenschaftlich diskutiert. Die Vorbehalte

[19] „Aus Mitbestimmung ergibt sich aber die Verpflichtung, und diese Mitarbeit ist nur denkbar, wenn sie einmal bereit ist, Mitverantwortung zu übernehmen und wenn sie andererseits mitdenkt." BBB, H. 7, 1955, S. 6.

[20] Ebenda.

[21] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 192, Combined Steel Group an die Friedrich Flick Kommanditgesellschaft, vom 9. 7. 1952.

[22] BayHStA, StK, 14186, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen an den Bayerischen Ministerpräsidenten vom 19. 11. 1951; zur kontroversen Diskussion im Kabinett; BayHStA, StK, 14186, Ministerratssitzung vom 4. 4. 1951, Beteiligung Bayerns an der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte m.b.H.

gegen den alten Konzernherren waren bei den Arbeitern und Angestellten erheblich. Ihre Sorge war groß, daß die Rückkehr Flicks den willkommenen Anlaß bot, über die zukünftigen Eigentumsverhältnisse zu entscheiden, ohne die Betriebsräte und die Belegschaft zu hören.[23] Manche befürchteten sogar, die hart erkämpften, aber gesetzlich noch nicht verankerten Mitbestimmungsrechte zu verlieren. Dazu zählte vor allem die Aufnahme zweier Betriebsräte in den Beirat der Eisenwerk-Gesellschaft, die dort nicht, wie bei der BBI, geduldet waren, sondern über das gleiche Rede- und Stimmrecht verfügten wie die übrigen Aufsichtsratsmitglieder. Die Präsenz eines dritten Vertreters war allerdings am Widerstand der Arbeitgeber gescheitert.[24]

Friedrich Flick wurde nicht, wie er selbst glauben machen wollte, mit offenen Armen von den Maxhüttenarbeitern empfangen. Mit deutlichen Worten machten die Betriebsräte der Hauptverwaltung im Spätsommer 1948 ihrem Unmut darüber Luft, daß nun wieder die alten Herren an die Schalthebel der Macht zurückkehren sollten: „Die Belegschaft, die mit ihrer Arbeit den wichtigsten Faktor in der Wirtschaft bezw. in der Produktion darstellt, wird sich nicht mehr ohne weiteres eine Wirtschafts- und Betriebsform aufzwingen lassen, die nicht ihre volle Zustimmung gefunden hat."[25] Andernfalls sei der Arbeitsfriede gefährdet, und die Arbeiter könnten sogar die Produktion stillegen. Sollte Flick ohne Rücksprache mit den Betriebsräten das Betriebsgelände betreten, so forderten radikale Stimmen, sollten sofort die Sirenen oder, wie die Arbeiter sie nannten, die „Kapitalistenhörner" ertönen und damit das Signal für den sofortigen Streik geben.[26] In einem Protestschreiben an den IG Metall-Vorstand forderten die Betriebsräte die Gewerkschaftsführung im August 1950 auf, nicht tatenlos zuzusehen, wie der „Kriegsverbrecher" Flick zusammen mit seiner Familie versuche, das Werk wieder zu übernehmen. Es sei noch nicht lange her, da habe der Bundesvorstand in Frankfurt die Verantwortlichen des Krieges noch offen benannt. „Jetzt, wo die Gefahr besteht, dass sich die gleichen Dinge wiederholen und das Volk durch die Übernahme der verantwortlichen Positionen durch die wirklich Kriegsschuldigen wieder ins Unglück zu geraten droht, hüllt sich die Bundesleitung [...] in Schweigen und überlässt das Handeln den in den betroffenen Betrieben tätigen Kollegen."[27]

Auch die Vertreter der IG Metall Verwaltungsstellen in Amberg unterstützten diese Position. Als sie aber erkannten, daß die Rückkehr Flicks kaum mehr zu verhindern war, knüpften sie daran die Bedingung, „das volle Mitbestimmungsrecht in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Fragen" sowie umfangreiche Lohn- und Pensionserhöhungen und zahlreiche Verbesserungen der betrieblichen Sozialfürsorge bei der Maxhütte einzuführen.

[23] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 216, Betriebsrat der Hauptverwaltung an das Bayerische Finanzministerium vom 21. August 1948.
[24] „Kommt nicht in Frage, meine Herren", S. 28.
[25] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 216, Betriebsrat der Hauptverwaltung an das Bayerische Finanzministerium vom 21. August 1948.
[26] „Kommt nicht in Frage, meine Herren", S. 27.
[27] Archiv der IG BE, Bezirk Bayern, 678, Betriebsräteausschuß der Maxhütte an den Vorstand der IG Metall vom 29. 8. 1950; folgendes nach ebenda.

Diese Zugeständnisse waren für die Arbeitnehmer deshalb so wichtig, weil sich die Maxhütte Anfang der fünfziger Jahre in einer Phase der strukturellen Anpassung an den gemeinsamen Markt der Europäischen Montanunion befand und deshalb für die Jahre 1952 bis 1954 ein umfangreiches Investitionsprogramm in Höhe von 50 Mio. DM plante, wobei ständig die Gefahr bestand, daß die sozialen Sonderleistungen in Vergessenheit gerieten.[28] Wie konkret diese Gefahr war, zeigte die Forderung des Aufsichtsratsmitgliedes und Staatssekretärs im bayerischen Finanzministerium, Richard Ringelmann, und des Finanzdirektors Odilo Burkart nach einem „Stillhalten der Gefolgschaft im Interesse des Ganzen", um die Arbeitsplätze und die Wettbewerbsfähigkeit nicht zu gefährden.

Die ersten Sitzungen des 1953 neu gebildeten Aufsichtsrates der Maxhütte unterschieden sich nicht wesentlich von denen anderer bayerischer Montanunternehmen. Denn auch hier gab es keine grundsätzlichen Auseinandersetzungen oder öffentlichen Äußerungen der Arbeitgeberseite, die die Mitbestimmung in Frage stellten. Dies lag nicht zuletzt daran, daß sich ihre schärfsten Kritiker wie Otto Meyer für die Arbeit in einem mitbestimmungspflichtigen Betrieb disqualifiziert hatten und nicht mehr neu berufen worden waren.[29] Klar war aber auch bei der Maxhütte: Die Arbeitgeber zogen die Grenzen der Mitbestimmung ziemlich eng, und sie erinnerten die Arbeitnehmervertreter immer wieder daran, die Disziplin zu wahren und Eigeninteressen geringer zu veranschlagen als das vermeintliche „Betriebswohl", das sie selbst definierten. Mitbestimmung meinte in ihrem Sinne vor allem Mitverantwortung für das Unternehmensganze – eine Interpretation, die viel Spielraum ließ und tarif- und sozialpolitische Forderungen schnell mit dem Argument gesamtbetrieblicher Rentabilität und Konkurrenzfähigkeit abzuwürgen versuchte.

Von einem wirklichen Umdenken war jedenfalls nicht viel zu spüren. Allerdings löste die Vorstellung, mit den Betriebsräten und Gewerkschaften an einem Tisch zu sitzen, auch keine neurotischen Kollektivierungsängste mehr aus. Dafür war die Zusammenarbeit auf vielen Ebenen, insbesondere zwischen Betriebsräten und Betriebsdirektion, in den Wiederaufbaujahren zu intensiv und zu erfolgreich gewesen, als daß solche Stereotypen wirklich hätten überzeugend vorgetragen werden können. Vermutlich sahen die meisten Arbeitgeber die Mitbestimmung als notwendiges Übel, die den veränderten politischen Rahmenbedingungen der jungen Bundesrepublik geschuldet waren. Lamentieren half hier nichts.

Allerdings war auch bei den Arbeitnehmern keine wirkliche Euphorie über die neu gewonnene Macht in den Aufsichtsgremien zu spüren.[30] Fritz Mertel und Richard Edenhofer, die beiden neugewählten Betriebsratsvorsitzenden aus Rosenberg und Haidhof, die Betriebsräte Heinrich Steuernthal für die Angestellten und

[28] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 192, Beiratssitzung vom 26. 3. 1952; folgendes nach ebenda.

[29] Für die Arbeitgeber saßen im Aufsichtsrat der Maxhütte: Finanzminister Friedrich Zietsch, die beiden Staatssekretäre Richard Ringelmann und Willi Guthsmuths, der Bankdirektor Josef Bogner, der Hüttendirektor Ernst Wiegand, der Generaldirektor der Münchner Rückversicherungs-Gesellschaft Alois Alzheimer und Otto-Ernst Flick.

[30] IGM-ZA im AdsD, 1-1/1114a, Aktennotiz über die Sitzung der Aufsichtsratsvorbesprechung vom 16. 6. 1953.

Johann Paulus für die Grube Auerbach, Erwin Essl, der bayerische IG Metall-Vorsitzende, Lorenz Hagen, der bayerische DGB-Vorsitzende, und Wolfgang Ritscher, Vorstandsmitglied der gewerkschaftseigenen Bank für Arbeit und Wirtschaft[31], gingen ihre neue Aufgabe eher nüchtern an. Sie ließen sich von den Ökonomen der IG Metall über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie informieren, diskutierten eingehend die geplanten Investitionsvorhaben und berieten die Strategien, wie sie auch in den Ausschüssen der Aktiengesellschaft angemessen repräsentiert sein könnten. Das Klima der Verhandlungen war meist entspannt, nur in seltenen Fällen kam es zu Differenzen, etwa bei der Frage der Zusammensetzung der Ausschüsse oder im Bezug auf die Rolle des Vorsitzenden.[32] Hier war die Tonlage durchaus auch härter; während Lorenz Hagen und Erwin Essl vehement dafür plädierten, die Parität zum Leitmotiv aller Entscheidungen zu machen, sperrten sich die Arbeitgeber, allen voran der bayerische Finanzminister Zietsch gegen eine solche, seiner Ansicht nach weit überzogene Interpretation. Lebhaften Beifall fand er dafür vor allem bei Otto-Ernst Flick, dem Sohn Friedrich Flicks, der darauf bestand, daß trotz aller Mitbestimmungsmodelle und paritätischer Ausschüsse der Vorsitzende des Aufsichtsrates, also Flick senior selbst, eine besondere Verantwortung für das Unternehmen trage, die ihm auch durch das neue Gesetz und seine Geschäftsordnung nicht genommen werden könne.

Ein wichtiges Ziel konnten die Arbeitnehmervertreter bereits in den ersten Sitzungen erreichen: die sozialen Belange stärker zu berücksichtigen.[33] In den Aufsichtsratssitzungen boten sich dafür bis dahin ungekannte Chancen. Das lag nicht nur an der Präsenz der Arbeitnehmervertreter, sondern vor allem an ihren Kontrollmöglichkeiten und der institutionalisierten Berichterstattungspflicht der Arbeitgeber[34] sowie am Einflußgewinn der gewerkschaftlichen Zentralen, die die Verhandlungsstrategie zunehmend bestimmten. Es gab keine Rechtsfrage, keine Stellenbesetzung, kein Rationalisierungs- oder Finanzierungsprogramm, das mit den Experten des IG Metall-Vorstandsbüros nicht zuerst eingehend diskutiert worden wäre. Die gemeinsame Linie wurde in der Regel in einer vorbereitenden Sitzung aller sieben Gewerkschafter und Betriebsräte festgelegt, zu der jeweils auch ein hauptamtlicher Funktionär des Vorstandes hinzukam. Möglicherweise liegt hier eine der wesentlichen innergewerkschaftlichen Folgen der Mitbestimmung, nämlich ein starker Zentralisierungsschub, der dazu führte, daß betriebliche Entscheidungen durch externe gewerkschaftliche Berater und Funktionsträger gefällt wurden.

[31] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 192, Aufsichtsratssitzung der Maxhütte vom 23.7.1952.
[32] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 197, Aufsichtsratssitzung der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 16.6.1953.
[33] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 193, Aufsichtsratssitzung vom 31.8.1953.
[34] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 216, Sitzung des Beirates der Maxhütte vom 3.12.1951.

c) „Keine Medizinmänner": Die Arbeitsdirektoren Meisl und Zink

Den zweiten Trumpf, den die Arbeitnehmer in den Händen zu halten meinten, um die starren betrieblichen Führungsstrukturen aufzubrechen, war der neue Posten des Arbeitsdirektors.[35] Heinrich Imig, der Verhandlungsführer der IG Bergbau in der Mitbestimmungskommission, war sich der Sprengkraft der gewerkschaftlichen Pläne deutlich bewußt: „Wir können uns die Schmerzen der Herren vorstellen. Kommt nämlich ein Arbeitsdirektor als gleichberechtigtes Vorstandsmitglied hinzu, dann würde hier in die geheiligten Privilegien einer Kaste eingegriffen, und zwar der Kaste der Herren Bergassessoren."[36] Für den maßgeblichen Kopf der gewerkschaftlichen Forschung, den Leiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts, Erich Potthoff, bestand die Hauptaufgabe des Arbeitsdirektors darin, die gesellschaftliche und technologische Modernisierung des Managements zu forcieren und die politische Mitbestimmung durch die Arbeitnehmer zu gewährleisten.[37] Zum Aufgabenfeld des Arbeitsdirektors gehörten für Potthoff im wesentlichen die Bereiche Personalwesen, Arbeitsrecht, Ausbildung, Arbeitsplatzgestaltung, Unfallverhütung, medizinische Versorgung, betriebliches Sozialwesen und Werkswohnungen.[38] Neu war die Abteilung „Leistung", die den Einfluß tayloristischen Denkens deutlich macht: „Hier kommt es darauf an, die im Betrieb durchgeführten Maßnahmen an die neuesten arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse anzupassen beziehungsweise dafür zu sorgen, daß Maßnahmen, die anderwärts bereits erprobt sind, auch im eigenen Betrieb Eingang finden. Ein besonderes Augenmerk verdienen in diesem Zusammenhang das betriebliche Vorschlagswesen und die Pflege von Betriebserfindungen."[39]

Die Arbeitgeberseite hatte mit dem Arbeitsdirektor anderes im Sinn. Fritz Siebrecht, der Berater der Deutschen Kohlenbergbauleitung (DKBL), definierte im Frühjahr 1952 die Position der „Bergbauherren": Der Arbeitsdirektor könne nicht „schematisch" einen Aufgabenbereich für sich in Anspruch nehmen, weil dies eine „Herabsetzung der übrigen Vorstandsmitglieder" bedeute. Es sei „grundfalsch", so Siebrecht, aus dem Montanmitbestimmungsgesetz zu folgern, „daß hier ein neues Fachgebiet geschaffen werden solle, daß also neben die Fächer Finanz, Technik, Verkauf ein Fachgebiet Mensch" treten müsse. Ein Ressort „Mensch im Betrieb" führe zum Kompetenzverlust anderer Abteilungen und sei ein Eingriff in die Selbständigkeit gleichrangiger Abteilungen.[40] So ähnlich wie Siebrecht argumentierte auch die DKBL. In einem internen Gutachten, das Vorschläge für die Gestaltung zukünftiger Geschäftsordnungen von Unternehmens-

[35] Ausführlich und überzeugend zur Diskussion um die Einführung des Arbeitsdirektors vgl. Ranft, Objekt, S. 103–137; ebenfalls aufschlußreich ist das Memorandum des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Die Aufgaben des Arbeitsdirektors, in: Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie, o.O.o.J. (1954), S. 703.

[36] Außerordentliche Generalversammlung der IG Bergbau am 30. Januar 1951 in Essen, Protokoll, Bochum o.J., S. 9.

[37] Vgl. Erich Potthoff, Der Kampf um die Montanmitbestimmung, Köln 1957, S. 23.

[38] Vgl. Ranft, Objekt, S. 167.

[39] Neuordnung der Eisen- und Stahlindustrie, S. 704.

[40] Der Arbeitsdirektor im Bergbau – von Gerichtsassessor a.D. Fritz Siebrecht, in: Glückauf, H. 1/2 1952, S. 21 f.; folgende Zitate nach ebenda.

vorständen machte[41], forderte sie, den Vorstandsmitgliedern, mithin also auch dem Arbeitsdirektor, keine klaren Aufgaben zu übertragen und allen Mitgliedern den Bereich „Mensch im Betrieb" zuzuordnen. Die Kompetenzen der Arbeitnehmervertreter sollten auf die Bereiche Belegschaftsstatistik, Sicherung des Belegschaftsstandes, Anwerbung von Arbeitskräften, Bergarbeiterwohnungsbau, Bildungsarbeit (allerdings ohne betriebliche Ausbildung), Werksfürsorge, Gesundheitsdienst und das Freizeitwesen beschränkt bleiben.

Die schwerwiegenden Differenzen über die Rolle des Arbeitsdirektors[42] ließen sich auf dem Papier nicht ausräumen. Es mußte sich also in der Praxis zeigen, welche Variante sich schließlich durchsetzen würde.

Bei der BBI war Hans Meisl der Arbeitsdirektor. Als er im Frühjahr 1952 das erste Mal nach Schwandorf fuhr, begleitete ihn neben seiner Freude und Neugierde auf die neue Arbeit in der Braunkohlenindustrie vor allem große Unsicherheit. „Was in Gottes Namen erwartet mich da wohl?"[43], fragte er sich auf der mehrstündigen Fahrt von München in die Oberpfalz wieder und wieder. Meisl, Jahrgang 1916, stammte aus München.[44] Sein Vater, ein Elektromeister, hatte den Sohn nach der Volksschule zunächst auf die höhere Handelsschule und dann auf die Oberrealschule geschickt, die Meisl 1934 mit Erfolg abschloß. Anschließend absolvierte er in einer Münchner Holzgroßhandlung eine kaufmännische Lehre und fand seine erste Anstellung als Rechnungsgehilfe bei der Oberbayerischen AG für Kohlenbergbau in Penzberg. Im Pechkohlenbergbau blieb Meisl auch im Krieg tätig, zwei Jahre nach Kriegsende stieg er zum Rechnungsprüfer und leitenden Angestellten auf. Außerdem entsandten ihn die Angestellten als Vertrauensmann in den Betriebsrat. 1948 wurde Meisl, der bereits seit 1946 der neugegründeten IG Bergbau angehörte, zum zweiten Vorsitzenden der Fachgruppe Angestellte im Bezirk Süddeutschland gewählt. Seine gewerkschaftliche Karriere setzte sich mit der Wahl in den Bezirksausschuß der IG Bergbau 1949 fort und wurde gekrönt durch die Berufung zum Arbeitsdirektor der Bayerischen Braunkohlen-Industrie AG.

Der Ruf nach Wackersdorf kam überraschend. Denn zunächst hatten die IG Bergbau-Funktionäre aus München und Bochum den stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden aus Penzberg, den Leiter der Abteilung Betriebsstatistik, Rudolf Coppik, nach Wackersdorf schicken wollen. Der 1914 geborene Oberschlesier und Industriekaufmann war erst seit 1945 im oberbayerischen Pechkohlenrevier beschäftigt[45], zunächst allerdings nur als Grubenhilfsarbeiter im Untertagebau, da im Verwaltungsbetrieb keine Stelle zu besetzen war. 1947 hatte sich ihm die Chance geboten, die Materialverwaltung zu übernehmen, und Coppik nutzte sie. Aufgrund seiner organisatorischen Fähigkeiten beförderte ihn die Oberbayeri-

[41] Archiv der IG BE, Abteilung M, Arbeitsdirektor, Geschäftsordnung für den Vorstand (21. 8. 1951). Interne Stellungnahme der DKBL.

[42] Dazu auch Karl Lauschke, Mitbestimmungseliten in der Eisen- und Stahlindustrie. Das Beispiel der Arbeitsdirektoren, in: Das Ruhrgebiet – Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946–1996. Hrsg. von Rainer Bovermann u.a., Essen 1996, S. 320–334.

[43] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit dem Arbeitsdirektor Hans Meisl vom 26. 8. 1982.

[44] Biographische Angaben nach Archiv der IG BE, Karteikarten Arbeitsdirektor, Hans Meisl.

[45] Zur Biographie vgl. Archiv der IG BE, Bewerbungen Arbeitsdirektoren, 8, Rudolf Coppik an die IG Bergbau Bochum vom 4. 1. 1952.

sche AG für Kohlenbergbau 1949 zum Rechnungsführer und kurze Zeit später zum Leiter der betriebsstatistischen Abteilung. Neben der Karriere in der Hauptverwaltung wurde Coppik Angestelltenvertreter im Betriebsrat und Mitglied in der Tarifkommission der IG Bergbau, was ihn in den Augen der Gewerkschafter aus München und Bochum für den Posten in Wackersdorf besonders qualifizierte. Sie forderten Coppik nachdrücklich zu seiner Bewerbung auf, vergaßen aber, nach der Zustimmung der Betriebsräte aus Wackersdorf zu fragen.

Die Entscheidung für Coppik löste dort scharfe Kritik aus. Georg Baierl, seit 1947 Betriebsratsvorsitzender und ein Jahr später als Gast Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, mobilisierte sofort seine Kollegen, als er die Neuigkeit hörte. Sein Argument, erinnert er sich: Keine Preußen nach Bayern! „Uns wurde von der IG Bergbau ein Mensch namens Coppik vorgeschlagen. Der klingt ja nicht gerade bayerisch der Name. Der Coppik ist auch nach Wackersdorf gekommen, ein wunderbarer Kerl übrigens; wir [der Betriebsrat] und ich haben gesagt: wollt's ihr den Coppik? Daß es nicht überall mit dem Kopf geht, naja, und auch gar nicht bei den Bayern; und da sind wir dann nach München gefahren und haben gesagt: Tut uns den Preußen nicht bringen."[46] Die Vorbehalte der Betriebsräte waren so groß, daß die Funktionäre zurücksteckten. Die Basis konnte ihre Forderungen durchsetzen und mit Hans Meisl einen Mann gewinnen, den Georg Baierl bei seiner Tätigkeit im Vorstand der IG Bergbau Süddeutschland kennen und schätzen gelernt hatte. Von seiten der Konzernleitung des Bayernwerks waren weder gegen Coppik noch gegen Meisl Bedenken geäußert worden.

Hans Meisl nahm seinen Dienst als Arbeitsdirektor am 1. April 1952 auf. Eine Geschäftsordnung, die sein zukünftiges Arbeitsfeld regelte, gab es nicht. Da ihn auch die Gewerkschaft nicht auf seine neue Aufgabe vorbereitet hatte, war er zunächst ziemlich ratlos. Meisl war fremd im Braunkohlentagebau, er war fremd in Wackersdorf, und er verfügte noch über kein eigenes Netzwerk, das ihm helfen konnte, „hinter die Kulissen" der BBI zu schauen. „Ich saß am ersten Tag hier an meinem Schreibtisch und wußte nicht, was ich tun sollte. Nur eine Aufgabe kannte ich, das hatten die Kollegen mir bereits zuvor gesagt: daß der Arbeitsdirektor bei Beerdigungen der BBI-Angehörigen einen Kranz niederlegen sollte. Dies war die einzige Aufgabe, die mir von Anfang an zugeteilt war."[47] Andreas Piehler war Meisl auch keine große Hilfe. Piehler, Bergarbeiterfunktionär und Landtagsabgeordneter, wußte über die Arbeit des Arbeitsdirektors nur zu sagen: „Ein Arbeitsdirektor muß seinen Namen schreiben können, und er braucht eine Sekretärin".[48]

Meisl gelang es überraschend schnell, im Betrieb Fuß zu fassen, wie überhaupt gesagt werden muß, daß bei der BBI die Einführung der Mitbestimmung weit aus weniger schwierig als bei anderen montanmitbestimmten Unternehmen war. Eine interne Studie des Hauptvorstands der IG Bergbau und Energie über die Zuständigkeiten und Aufgabenfelder der Arbeitsdirektoren nach mehr als zehn Jahren

[46] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Georg Baierl.
[47] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit dem Arbeitsdirektor Hans Meisl vom 26. 8. 1982.
[48] So berichtet Hans Meisl; Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit dem Arbeitsdirektor Hans Meisl vom 26. 8. 1982.

Mitbestimmungspraxis[49] zeigt die Konflikte auf, die sich in ähnlicher Form in vielen Betrieben stellten. Weniger als ein Drittel aller Arbeitsdirektoren war Mitte der sechziger Jahre für die Angelegenheiten der außertariflichen Angestellten zuständig; die Vorstände hatten sich in diesen Fällen schlichtweg geweigert, diesen Bereich an die Arbeitsdirektoren abzugeben. Selbst die Zuständigkeit für die tarifvertraglich beschäftigten Angestellten mußten sich die Arbeitsdirektoren hart erkämpfen, und vielfach war ihr Einsatz nicht von Erfolg gekrönt.

Unbestritten war lediglich die Entscheidungskompetenz für die Angelegenheiten der Arbeiter. Meisl hatte es leichter. Er bezog weder ein niedrigeres Gehalt als seine Vorstandskollegen – im Erzbergbau an der Ruhr noch 1955 durchaus üblich –, noch wurden ihm bei seiner vordringlichsten Aufgabe, der Gestaltung des Tarifwesens, von seiten seiner Vorstandskollegen Steine in den Weg gelegt. Probleme resultierten allerdings daraus, daß bis zu seinem Amtsantritt kein eigenes Personalressort existiert hatte. Nicht einmal Personalakten waren angelegt worden, und einen Personaldirektor hatte es im Vorstand nicht gegeben. Meisl mußte deshalb zunächst das Chaos in der Personalverwaltung beseitigen, eine Personenkartei aufbauen und sich einen Überblick über die Beschäftigtenlage verschaffen. Im Gegensatz zu seinen Kollegen im Ruhrgebiet mußte Meisl aber nicht um das Personalressort kämpfen, da er nicht in den Herrschaftsbereich eines anderen Vorstandsmitgliedes eindrang.[50]

Anders sah es bei der Neugestaltung des Lohn- und Gehaltsbüros aus. Bis zur Montanmitbestimmung fiel die Abrechnung über Löhne und Gehälter in den Kompetenzbereich der Buchhaltung, und diese unterstand traditionell dem kaufmännischen Direktor. Meisl reklamierte den Bereich für sich und konnte zunächst ohne größere Widerstände die Zuständigkeit für die Arbeiterlöhne gewinnen. Hier gab es von Anfang an weder im Aufsichtsrat noch im Vorstand Einsprüche; ebenso unbestritten war, daß Meisl für die Bereiche Sozial- und Gesundheitswesen, innerbetriebliches Vorschlagswesen und Werkswohnungsbau alleinverantwortlich sein sollte. Doch die Frage der Angestelltenlöhne war heiß umkämpft. „Das Gehalt war der Buchhaltung unterstellt, und um das war in den ersten Jahren ein heftiger Kampf entbrannt. Mein kaufmännischer Kollege war der Meinung, das gehörte alles zu seinem Bereich der kaufmännischen Verwaltung. Das hat Streit gegeben. Es hat auch Gespräche mit der Organisation [dem Bayernwerk] gegeben, die sich nicht für meinen Vorschlag erwärmen konnten. Aber es blieb dabei, daß das Lohnbüro mir unterstellt war".[51]

Meisl war bei seinem Amtsantritt auch kein ganz gleichberechtigtes Mitglied des Vorstands. Das lag vor allem an dem selbstherrlichen „Herr-im-Hause"[52]

[49] Archiv der IG BE, Abteilung M, Akte Geschäftsverteilung Arbeitsdirektoren, Vergleichende Darstellung der Geschäftsberichte der Arbeitsdirektoren unter Zugrundelegung des Geschäftsverteilungsplans (undatiert).

[50] Vgl. Günther Geisler, Alfred Hesse, Die Institution des Arbeitsdirektors. Erfahrungen und Überlegungen zu einem Funktionswechsel in der Stahlkrise, in: Judith, Mitbestimmung, S. 179–201, S. 180f.

[51] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit dem Arbeitsdirektor Hans Meisl vom 26. 8. 1982.

[52] Bernd Weisbrod, Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrkohlenbergbau. Vom „Herr-im-Hause" zur Mitbestimmung, in: Gerald D. Feldman, Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau, München 1989, S. 107–162, bes. S. 160ff.

Standpunkt des Vorstandsvorsitzenden Dr. Ernst Mallia, der die Mitbestimmung nicht als Chance für eine neue Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern sie als lähmend und betriebs- wie volkswirtschaftlich verfehlt empfand. Der Jurist und ehemalige Regierungsdirektor Mallia war 1949 vom Bayernwerk nach Wackersdorf gekommen. Das Mutterwerk hatte ihn dorthin geschickt, um die Umsiedlung von Wackersdorf, die durch den Neuaufschluß eines Kohlefeldes notwendig geworden war, zu organisieren. Er war es, der bis zu seinem Ausscheiden aus der Bayerischen Braunkohlen-Industrie im Jahr 1960 verhinderte, daß die außertariflichen und leitenden Angestellten dem Ressort Personalwesen des Arbeitsdirektors unterstellt wurden. Mallia tat auch sonst alles, um die Kompetenz von Hans Meisl auf die eines reinen „Sozialdirektors" zu beschränken und ihn von den unternehmensstrategischen Entscheidungen fernzuhalten. Dem neuen Vorstandsmitglied gelang es trotzdem, im Laufe der fünfziger Jahre zu einem starken Mann im Betrieb zu werden. Er verstand sich als Teil eines Modells, das einen Meinungs- und Willensbildungsprozeß zwischen Kapital und Arbeit einleiten wollte, bei dem neben technischen und ökonomischen, auch personal- und sozialpolitische Argumente zur Geltung kommen sollten. Dieser neue Stil, dessen Protagonisten dem „Faktor Mensch" im Produktionsprozeß größere Aufmerksamkeit schenken wollten und gleichzeitig den Anspruch größerer Modernität, Transparenz und Effizienz erhoben, brauchte im Ruhrgebiet wie in der bayerischen Montanindustrie Zeit, um sich durchzusetzen.[53]

Bei der Maxhütte war dies nicht anders. Auch dort war der ebenfalls 1952 vom Aufsichtsrat ernannte Arbeitsdirektor Hans Zink zunächst nicht der Wunschkandidat, sondern nur eine Kompromißlösung. Die Betriebsräte der Maxhütte hatten anfangs den Bezirkssekretär der IG Metall, Georg Wachter, vorgesehen, der bereits seine Zusage für die Kandidatur gegeben hatte. Wachter, Kind einer dreizehnköpfigen Arbeiterfamilie, hatte sich vom einfachen Arbeiter zum Meister und schließlich zum allseits anerkannten hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionär hochgearbeitet. Ihm trauten die Betriebsräte zu, die neuen Aufgaben mit Energie und Kompetenz auszufüllen und ihre Interessen zu vertreten. Als prominenter Gewerkschafter stieß er aber nicht nur bei den Arbeitgebern auf Ablehnung, auch die IG Metall-Spitze zeigte sich von dem Vorschlag wenig begeistert. Denn die dünne Personaldecke verbot es aus der Sicht der Zentrale, die tragenden Kräfte der Gewerkschaftsarbeit abzuziehen und in die Betriebe zu schicken, in denen sie nurmehr für die Belegschaft der Maxhütte, nicht aber für die 200000 Metallarbeiter in Bayern wirken konnten. Deshalb, so das Argument der Gewerkschaftsführung, sei Wachter besser in München als in der Oberpfalz aufgehoben, und es müsse nach einem anderen Kandidaten gesucht werden.

Viele Betriebsräte fühlten sich durch die zentralistische Politik des Vorstands brüskiert, der keine Rücksicht auf die Basis zu nehmen schien und Wachter dazu drängte, seine Kandidatur zurückzuziehen.[54] Es solle, so forderte einer der Gewerkschafter, „erst einmal in unserer eigenen Gewerkschaft nach demokratischen

[53] Vgl. Ranft, Objekt, S. 128–137.

[54] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 5, Protokoll über die Konferenz der Betriebsräte der Maxhütte vom 5. 6. 1952; folgendes nach ebenda.

Grundsätzen verfahren" werden. Dies bedeute, „dem Willen der Mehrheit der Kollegen Rechnung [zu] tragen" und sich „nicht nach dem Willen des Vorstandes der Gewerkschaft oder der Arbeitgeber" zu richten. Keinesfalls dürfe es soweit kommen, daß der Belegschaft ein Arbeitsdirektor „aus dem Westen" diktiert werde. Schließlich, so Heinrich Steuernthal, müßten sich die Aufsichtsratsmitglieder wie auch die Betriebsräte an den Wünschen der Arbeitnehmer im Betrieb orientieren. Das Mitbestimmungsgesetz beinhalte zwar kein imperatives Mandat, trotzdem müßten sich die Aufsichtsratsmitglieder durch die Vorschläge der Belegschaftsvertreter vor Ort gebunden fühlen. Bei der geheimen Probeabstimmung setzten sich die Befürworter Wachters mit großer Mehrheit durch; sie signalisierten damit der Gewerkschaftsspitze ihre Kritik und ihre Entschlossenheit, über die Zukunft der Mitbestimmung in ihrem Betrieb mitzuentscheiden.

Viel war allerdings nicht zu machen. Die IG Metall erhöhte den Druck auf Wachter, der schließlich seine Kandidatur zurückzog.[55] Hans Zink, der neue Aspirant, der auf Vorschlag Erwin Essls ins Spiel gebracht worden war, fand dagegen auf allen Seiten breite Zustimmung.[56] Der gebürtige Nürnberger war bei seinem Amtsantritt 49 Jahre alt und zuvor sieben Jahre Betriebsratsvorsitzender der Süddeutschen Bremsen AG gewesen.[57] Zink hatte eine Lehre im Maschinenbau absolviert, anschließend die Hüttenschule in Saarbrücken besucht und das Ingenieurdiplom erworben. Seine erste Anstellung hatte er zunächst Mitte der zwanziger Jahre bei Krauss-Maffei gefunden. Nach einigen Jahren bei den Duisburger Gas-, Wasser- und Elektrowerken war er 1934 wieder nach Bayern zurückgekehrt und Leiter des Konstruktionsbüros der Süddeutschen Bremsen AG geworden. Im Gegensatz zu Meisl hatte Zink keine längere gewerkschaftliche Erfahrung; er war aber langjähriger Betriebsratsvorsitzender und leitender Angestellter gewesen und erfüllte außerdem ein besonders wichtiges Kriterium: Er war kein „westdeutscher Import".

Zink oblag als formal gleichberechtigtem Vorstandsmitglied die Verantwortung für alle Lohn- und Gehaltsempfänger, für das Tarifwesen genauso wie für die Schulung und Ausbildung der Lehrlinge und Facharbeiter, die soziale Fürsorge, die Wohnungsverwaltung, die Betriebskrankenkasse und den Unfallschutz.[58] Er konnte auf einen Stab an Mitarbeitern zurückgreifen und stand auch nicht vor vergleichbar ungeordneten Verhältnissen wie Hans Meisl. Obwohl über die Machtverteilung innerhalb des Vorstandes kaum etwas gesagt werden kann[59], spricht einiges dafür, daß Zink einen äußerst schweren Stand hatte und kaum in der Lage war, sich wachsenden Respekt zu verschaffen, was wohl auch damit zusammenhing, daß ihm die Welt der Hochöfen kaum bekannt war. Im vierköpfigen Vorstand der Maxhütte überließ man ihm in der Außenvertretung des Unternehmens nur die zweitrangigen Verpflichtungen: Während der kaufmännische Direktor und starke Mann im Vorstand, Erich Enzmann, die Maxhütte in allen Wirt-

[55] IGM-ZA im AdsD, 1–1/1114a, Aktennotiz vom 16. 6. 1952.
[56] IGM-ZA im AdsD, 1–1/1114a, Erwin Essl an den IG Metall-Vorstand vom 8. 8. 1952
[57] Archiv der IG BE, Karteikarten Arbeitsdirektor, Hans Zink.
[58] IGM-ZA im AdsD, 1–1/114a, Geschäftsverteilungsplan (undatiert, um 1952).
[59] Dem Verfasser wurde die Einsicht in das Archiv des Unternehmens selbst nicht gestattet, so daß auch die Vorstandsprotokolle nicht ausgewertet werden konnten.

schaftsvereinigungen und Interessenverbänden vertrat, blieben Zink nur die Auftritte bei den Jubilarfeiern und sonstigen festlichen Veranstaltungen, die zwar einen wichtigen gesellschaftlichen Zweck erfüllten, aber ohne zentralen Einfluß auf die Kernbereiche der unternehmerischen Investitionspolitik waren.[60] Nicht viel anders scheint seine Rolle im Aufsichtsrat gewesen zu sein. Im Gegensatz zu den Gewerkschaftsvertretern um ihren Wortführer Erwin Essl ergriff Hans Zink in der Regel nur dann das Wort, wenn es um seinen Sozialbericht ging, in dem er knapp die Veränderungen der Belegschaft, die Lohn- und Gehaltsentwicklung, den Unfallschutz und den betrieblichen Wohnungsbau skizzierte. In den Diskussionen über betriebswirtschaftliche Grundsatzentscheidungen, über zukünftige Rationalisierungsschritte, Absatzmärkte und Unternehmensziele blieb er zumeist stumm.[61] Das blieb auf die Dauer nicht unbemerkt. Die Kritik entzündete sich aber nicht allein daran, sondern hatte auch mit Defiziten zu tun, die sich in seinem eigenen Aufgabenbereich ergeben hatten. Es fiel Zink offenkundig schwer, Entscheidungen zu fällen, und oft wirkte er unvorbereitet auf seine Gesprächspartner, die ihn für überfordert hielten.[62] Die Arbeitnehmervertreter des Aufsichtsrates sparten deshalb schon kurze Zeit nach seiner Wahl nicht mit Vorwürfen, Zink könne die Interessen der Arbeitnehmer im Vorstand nicht angemessen vertreten.[63] Sie hielten Zink vor allem vor, daß er nicht in der Lage sei, die kontinuierlich steigenden Betriebsunfälle[64] einzudämmen, die in seinen Verantwortungsbereich fielen und für deren Bekämpfung der Aufsichtsrat erhebliche Gelder zur Verfügung gestellt hatte.

Besonders gestört war das Verhältnis zwischen Arbeitsdirektor und Betriebsrat. Dabei spielte neben Zinks Umgang mit der Belegschaft auch sein Auftreten in der Öffentlichkeit eine Rolle. Offenkundig nahmen es die Betriebsräte ihrem Arbeitsdirektor übel, daß er sich kaum bei der Belegschaft zeigte, große Distanz zu ihr wahrte und sich eher als ein weiteres Vorstandsmitglied als ein Arbeitnehmervertreter im Gewande eines Direktors verstand. Die Kritik äußerte sich zunächst nur vorsichtig und hinter vorgehaltener Hand und bezog sich vor allem auf den mangelnden Informationsaustausch und die Kontaktpflege mit den Arbeitnehmern, den der distanzierte und bisweilen herrschaftlich auftretende Zink vernachlässigte. Aber auch persönliche Verfehlungen hielt man ihm vor. Die Vorhaltun-

[60] IGM-ZA im AdsD, 1-1/114a, Aufsichtsratssitzung vom 24. 11. 1952, Vertretung der Gesellschaft nach außen. Die beiden anderen Vorstandsmitglieder, der Finanzdirektor Burkart, und der technische Direktor Hennecke übernahmen die Vertretungen in den Vereinigungen und Institutionen, die speziell finanz-, bilanz- und steuerpolitische bzw. technisch-wissenschaftliche Fragen behandelten.

[61] Dies gilt im Grunde für seine gesamte Amtszeit; bei den Sitzungen schwieg er zumeist, und an den Diskussionen beteiligte er sich nur selten. Bei aller Vorsicht gegenüber den stark redigierten Protokollen fällt das Schweigen Zinks und seine Bedeutungslosigkeit besonders auf. DGB-Archiv im AsdD, BR-Maxhütte, 193, Aufsichtsratssitzung vom 19. 5. 1953, und Aufsichtsratssitzung vom 16. 6. 1953.

[62] IGM-ZA im AdsD, 1-1/1114a, Aktennotiz über die Aufsichtsrats-Vorbesprechung vom 16. 6. 1953.

[63] IGM-ZA im AdsD, 1-1/1114a, Niederschrift über die Aufsichtsrats-Vorbesprechung der Maxhütte vom 10. 1. 1954.

[64] Vgl. dazu V. 2b.

gen, die auch den IG Metall-Vorstand beschäftigten[65], lösten sich nach einigen klärenden Gesprächen zwar nicht in Wohlgefallen auf, doch klangen die Beschwerden im Laufe des Jahres 1954 weitgehend ab. Zink erhielt eine Atempause. Die Mitbestimmung schien auch bei der Maxhütte nach anfänglichen Turbulenzen in sicheres Gewässer zu gleiten.

2. Partner, Streiter, Patriarchen: die Praxis der Betriebsrätearbeit

a) „Herzlichen Glückwunsch, Genosse Stalin" – SPD und KPD im Kampf um die Maxhütte

Aber nicht nur das Verhältnis zwischen Arbeitsdirektor und Betriebsrat war Anfang der fünfziger Jahre prekär. Auch der Betriebsrat war in sich gespalten: Die tiefen Gräben zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, die mancherorts nach 1945 für kurze Zeit überbrückt werden konnten, brachen spätestens seit 1947/1948 wieder auf. Wieviele Betriebsräte bei der Maxhütte 1950 noch der KPD angehörten, läßt sich nicht mehr sagen; ob tatsächlich elf der 14 Betriebsräte in Haidhof KPD-Mitglieder waren, wie es in einer Landesvorstandssitzung der Partei hieß, darf bezweifelt werden.[66] Die KPD stellte aber mit Michael Dietz und Johann Geismann die Betriebsratsvorsitzenden in beiden großen Werken. Die auf den ersten Blick weiterhin bestehende Dominanz der KPD in der Maxhütte erweist sich jedoch bei genauerem Hinsehen als trügerisch. Der Mitgliederschwund hatte sich seit 1948 fortgesetzt, und die parteiinterne „Schädlingsarbeit"[67], wie die KPD-Funktionäre die Ausschaltung politischer oder persönlicher Gegner in den eigenen Reihen nannten und der auch führende lokale Funktionäre zum Opfer gefallen waren, tat ein übriges, um in den Landkreisen Burglengenfeld und Sulzbach-Rosenberg das Parteileben fast zum Erliegen zu bringen. Die Analyse eines der führenden Kommunisten aus Sulzbach-Rosenberg, Pilhofer, fiel deshalb 1951 besonders bitter und beinahe schon resignativ aus: Organisatorisch liege die Partei am Boden. Sie sei durch die Auseinandersetzungen um den politischen Kurs gelähmt, die Kreisleitung habe aufgehört zu arbeiten, und die Mitglieder ließen sich nicht mehr mobilisieren. Der Kampf für die deutschlandpolitischen Ziele der SED und KPDSU[68], den sich die KPD auf ihre Fahnen geschrieben hatte, könne auf diese Weise nicht geführt werden. Pilhofer mutmaßte, daß in der Maxhüttenregion nur noch zehn Prozent der Mitglieder aktiv seien und für die Unterschriftenkampagne der KPD zum „Volksentscheid" über die Einheit Deutschlands werben konnten. Auch Gründe für das Desaster der KPD nannte Pilhofer:

[65] IGM-ZA im AdsD, 1-1/1114a, Niederschrift über die Sitzung der Aufsichtsratsvorbesprechung vom 10. 1. 1954.
[66] BA Berlin, BY 1/930, Landesvorstandssitzung des KPD-Landesverbandes Bayern vom 6.–8. 1. 1950, pag. S. 61.
[67] BA Berlin, BY 1/930, Landesvorstandssitzung des KPD-Landesverbandes Bayern vom 6.–8. 1 1950, pag. S. 61.
[68] Vgl. Staritz, Partei, S. 1721 ff.

„Der grösste Teil unserer Mitglieder besteht aus älteren Genossen, die vor 1933 sehr aktiv waren und die wir heute notwendig brauchen würden, weil sie gute Beziehungen zu Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionären haben, heute [aber] nicht mehr bereit sind selbst in dieser Frage nur das geringste mitzuhelfen, dass selbst die Betriebsratsvorsitzenden sich scheuen nur den Mund aufzumachen. Diese Genossen sind sogar soweit gekommen, dass sie zugegeben haben, dass sie sich durch die Zeit von 1933–1945 das Nichtstun so angewöhnt haben, dass sie sich nicht entschliessen können mitzuarbeiten. Heute stehen wir vor der Situation, dass die Gartenarbeit beginnt und die Genossen bei Versammlungen und Schulungen fehlen."[69]

Der Rückzug vieler Mitglieder ins Privatleben und die wachsende ideologische Verengung in Richtung einer zunehmenden Moskau-Hörigkeit betraf die Betriebsgruppen der KPD ebenso wie die Kreis- und Ortsorganisationen. Die zaghaften Versuche, mit Hilfe der Landesleitung in München die Arbeit in den Betrieben wieder in Gang zu bringen, waren kaum von Erfolg gekrönt. Zwar war die kommunistische Betriebsgruppe in Haidhof mit formell 119 Mitgliedern 1950 die zweitgrößte in Bayern, doch waren dies in der Regel nur „Karteileichen", Leute, die an der politischen Diskussion nicht interessiert waren. Da eine funktionierende und kontinuierlich arbeitende Leitung fehlte, blieben eigenständige Aktionen zumeist aus.[70]

Lediglich einige Betriebsteile wie die Hauptwalzstraße waren fest in kommunistischer Hand, nur dort verfügte die KPD über ein dichtes informelles Netzwerk, die letzten Überreste des einstigen kommunistischen Sondermilieus.[71] Schuld an der Misere war aus der Sicht der Landesleitung das „Doppelzünglertum"[72] des Betriebsratsvorsitzenden Johann Geismann, der die Kampfbereitschaft der Arbeiter nicht nutzen wolle und sich stattdessen lieber auf „faule Kompromisse" mit der Unternehmerschaft und dem „Kriegsverbrecher" Flick einlasse. Für die KPD in Bayern war die politische „Schwäche" ihrer Führungskader umso schmerzlicher, als die Maxhütte mit ihren angeblichen „Panzerschichten" einer der Hauptschauplätze der Kampagne gegen „Remilitarisierung" und „Refaschisierung"[73] der Bundesrepublik sein sollte.[74] Dort hätten sich nach der Auffassung des zuständigen Instrukteurs der Parteileitung eigene Ausschüsse mit dem Ziel bilden sollen, Aktionen gegen die Wiederbewaffnung zu organisieren. Geplant war, angesichts der allgemeinen Kritik an den Plänen der Bundesregierung[75] ein möglichst breites Bündnis zwischen Sozialdemokraten, Kommunisten und Pazifisten zu schaffen.

[69] BA Berlin, BY 1/931, Bericht über die 1. Landesleitungssitzung vom 14.–15. 4. 1951, pag. 38.
[70] BA Berlin, BY 1/947, Politischer Bericht der Org.-Instrukteur-Abteilung der KPD für Februar, März und April 1950, pag. 30.
[71] BA Berlin, BY 1/931, Bericht über die 1. Landesleitungssitzung vom 14.–15. 4. 1951, pag. 61.
[72] Ebenda, pag. 81.
[73] Der nationale Kampf des Deutschen Volkes für den Frieden, gesamtdeutsche Beratungen über Wahlen zur Nationalversammlung und den Abschluß eines Friedensvertrages und die nächsten Aufgaben der KPD, Rede von Max Reimann auf der 2. Tagung des Parteivorstandes der KPD am 9. 11. 1951, Herne o.J. (1951).
[74] BA Berlin, BY 1/931, Bericht über die 1. Landesleitungssitzung vom 14.–15. 4. 1951, pag. 61.
[75] Vgl. Hans-Adolf Jacobsen, Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950–1955, in: Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Boppard 1975, S. 63 f.

Wie auch an vielen anderen Orten scheiterten die Ausschüsse daran, daß sich die besonders umworbenen Sozialdemokraten nicht beteiligen wollten, obwohl es in der Partei und der Gewerkschaft viele gab, die den Wiederbewaffnungsplänen mit großer Skepsis, ja strikter Ablehnung gegenüberstanden.[76] Der Versuch scheiterte, dem Protest gegen die Bundesregierung eine eigenständige organisatorische Form unter kommunistischer Führung zu geben. Im Auerbacher Erzbergwerk fand sich nicht ein einziger Sozialdemokrat zur Zusammenarbeit bereit, und in Sulzbach-Rosenberg kam es nur zu einer gemeinsamen Erklärung der Betriebsrats- und IG Metall-Vorsitzenden gegen die Remilitarisierung.[77] „Es ist unsere Pflicht, [...] die Remilitarisierung und Aufrüstung abzulehnen und alle Mittel für eine moralische und soziale Aufrüstung aufzuwenden, weil nur sie geeignet sind, die innen- und außenpolitischen Spannungen zu vermeiden und zu beseitigen." Es sei offensichtlich, so Heinrich Steuernthal, Andreas Laurer, Johann Geismann und Fritz Mertel, daß die Entscheidungen der Regierung nicht dem Willen der Bevölkerung, sondern nur „einer kleinen reaktionären Besitzerschicht" entspräche. Die Konsequenz aus zwei grausamen Weltkriegen könne nur sein, auf militärische Konflikte zu verzichten. Es dürfe nicht noch einmal soweit kommen, daß ein Krieg gegen den Willen des Volkes geführt werde. Daraus müsse die Konsequenz gezogen werden, das Volk selbst entscheiden und es über die Frage der Wiederbewaffnung abstimmen zu lassen.

Die Resolution, die dank der Initiative der IG Metall unter ihrem sozialdemokratischen Vorsitzenden Fritz Mertel zustande kam, war allerdings nicht der Auftakt zu einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, weder innerhalb der Gewerkschaft noch zwischen den Parteien. Die KPD versuchte zwar geschickt, die Resolution und die gemeinsame Kritik an der Wiederbewaffnung und den „kriegsvorbereitenden Maßnahmen" der Regierung zum Anlaß zu nehmen, die SPD zu „Friedensgesprächen" zu überreden. Doch die Antwort der Sulzbacher Sozialdemokraten fiel ebenso schroff wie eindeutig aus[78]: Die KPD sei nicht berechtigt, so der Ortsvereinsvorsitzende von Rosenberg, Trebst, in seinem Antwortschreiben, über den Krieg des Westens zu reden, solange gerade durch die „vom Kommunismus beherrschten Ländern der östlichen Welt der Weltfrieden" bedroht werde. Eine gemeinsame Gesprächsgrundlage könne es mit einer Partei nicht geben, die die Oder-Neiße-Grenze als „Friedensgrenze" akzeptiere.

Die zunehmenden Spannungen zwischen den beiden „feindlichen Brüdern" machten auch vor den Toren der Maxhütte nicht halt. Für die SPD war es höchste Zeit und außerdem eine Prestigefrage ersten Ranges, die alten KPD-Funktionäre abzulösen. In Haidhof hatten sozialdemokratische Betriebsräte und SPD-Mitglieder deshalb bereits Mitte 1946 eine Betriebsgruppe ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe war es – ganz im Gegensatz zu den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten – nicht nach einem überparteilichen Konsens zu suchen, sondern gezielt die Betriebsrätearbeit zu politisieren und ein Gegengewicht zur kommunistischen Füh-

[76] BA Berlin, BY 1/931, Bericht über die 1. Landesleitungssitzung vom 14.–15. 4. 1951, pag. 39.
[77] SRZ vom 10. 2. 1951: „Regierungsmaßnahmen gegen den Willen des Volkes".
[78] SRZ vom 13. 1. 1951: „An die Ehrlichkeit des Schreibens ist nicht zu glauben".

rung des Betriebsrates zu bilden. Mit an der Spitze stand der 1923 geborene Werkzeugmacher und zukünftige starke Mann in Haidhof, Richard Edenhofer.[79] Aufgewachsen war Edenhofer bei seinen Großeltern auf einem Bauernhof. Sein Großvater war treuer Anhänger der Bayerischen Volkspartei (BVP) gewesen und hatte den Enkel zur Motorenfabrik Messerschmitt in die Lehre geschickt. Dort besuchte der junge Mann zwischen 1939 und 1942 die Werkberufsschule und wurde zum Werkzeugmacher ausgebildet. Seine ersten Kontakte zur Sozialdemokratie und den Gewerkschaften machte Edenhofer in der französischen Kriegsgefangenschaft, die ihn, wie er nachträglich berichtete, entscheidend prägte. Ebenfalls inhaftierte alte Sozialdemokraten brachten ihn mit dem Gedankengut der Arbeiterbewegung in Berührung und sensibilisierten ihn, so erinnert er sich, für Fragen der sozialen Gerechtigkeit und die Geschichte der Sozialdemokratie. Geradezu sehnsüchtig war er nach einem neuen politischen Halt, nach einer positiven Utopie, die ihn nicht so enttäuschen würde, wie es der Nationalsozialismus getan hatte. Nach seiner Entlassung fand Edenhofer im Frühsommer 1947 eine Anstellung bei der Maxhütte; der Schritt in die IG Bergbau und Hütten folgte kurze Zeit später. Edenhofer gehörte schon früh zu ihren Aktivposten: Er war Mitbegründer der Gewerkschaftsjugend, und mobilisierte seit 1948 kontinuierlich rund 20 Jugendliche für die Jugendarbeit, die sich einmal in der Woche im Kasino der Maxhütte zu politischen oder gewerkschaftlichen Schulungen, zu Sportwettkämpfen oder Theateraufführungen trafen. Edenhofer wurde Jugendsprecher und damit gleichzeitig kooptiertes Mitglied des Betriebsrates, wobei das Kontrollratsgesetz einen Jugendvertreter eigentlich nicht vorsah. „Wir setzten also durch unser Handeln Recht", faßte er die Strategie der jungen Gewerkschafter zusammen, die vehement darauf pochten, daß der Betriebsrat auch die Interessen der Lehrlinge und jungen Arbeiter und Angestellten vertrat. Wenn Edenhofers Rückblick auch leicht verklärend ausfällt, so verdeutlicht er doch das enorme Selbstvertrauen der nachwachsenden gewerkschaftlichen Funktionsträger, zu der auch der Jugendvertreter in Sulzbach-Rosenberg, Fritz Mertel, gehörte.

Mertel wurde 1924 in Rosenberg geboren und war nur wenige Jahre älter als Richard Edenhofer.[80] Zwischen 1930 und 1938 besuchte er die evangelische Volksschule, anschließend begann er bei der Maxhütte eine Lehre als Schlosser, die er 1941 mit einer Facharbeiterprüfung abschloß. Dann wurde er wie sein Haidhofer Kollege zum Kriegsdienst eingezogen und kehrte wenige Wochen nach Kriegsende nach Haidhof zurück. Mertel und Edenhofer hatten vieles gemeinsam: Sozialisation in der NS-Zeit und in den Kriegsjahren, eine gute berufliche Qualifikation, auch ihr Weg in die Gewerkschaftsbewegung und später in die Sozialdemokratie verlief ähnlich. Mertel trat zunächst in die Gewerkschaft ein, wurde bald Jugendvertreter im Betriebsrat und fand wie Edenhofer schließlich noch vor der Gründung der Bundesrepublik zur Sozialdemokratie. Für beide wurde die gewerkschaftliche Organisation die Durchgangsschleuse zur SPD, in der sie sich erst dann engagierten, als sie bereits als junge Funktionäre der IG Metall und auch in

[79] Zur Biographie vgl. „Kommt nicht in Frage, meine Herren", S. 1–4.

[80] Biographische Angaben nach ‚Vorwärts', Wahlzeitung des SPD-Ortsvereins Sulzbach-Rosenberg vom März 1956 (Kopie im Besitz des Verf.).

den Betriebsräten aktiv waren und erste politische Erfahrungen gesammelt hatten.[81] Im Unterschied zu den führenden Funktionären der Arbeiterbewegung fehlte den jungen Hoffnungsträgern jedoch der „Stallgeruch" des sozialdemokratischen Milieus. Sie kannten das Netzwerk gewerkschaftlicher oder sozialdemokratischer Vorfeldorganisationen allenfalls aus den Erzählungen ihrer Kollegen am Arbeitsplatz. Denn nicht bei den Falken hatten sie ihre freie Zeit verbracht, sondern in der Hitler-Jugend.

Auch von den alten Konflikten zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten erfuhren beide zunächst nicht viel. Beide hatten sie die kurze Zeit der Annäherung 1945/1946 nicht selbst erlebt. Doch gingen die Auseinandersetzungen um die richtigen „sozialistische[n] Ideen"[82] für das geteilte Nachkriegsdeutschland nicht spurlos an den beiden jungen Männern vorüber. Betriebsräte waren aus der Sicht Edenhofers nicht nur „betriebliche Interessenvertreter, sondern genauso politische Funktionäre"[83], und so war es nur folgerichtig, daß er es zusammen mit anderen Sozialdemokraten als eine zentrale Aufgabe sah, mit Hilfe der Betriebsgruppe und einer sozialdemokratischen Liste bei den Betriebsratswahlen 1950 anzutreten, um die kommunistische Mehrheit zu brechen – eine Taktik, die so oder ähnlich auch in anderen bayerischen Großunternehmen, bei Kugelfischer in Schweinfurt oder Krauss-Maffei in München von den Sozialdemokraten praktiziert wurde.[84] Das Ziel war klar: Es sollte verhindert werden, daß die Kommunisten noch kurz vor den Wahlen eine weitere Liste für die Betriebsratswahlen einreichen konnten, mit der sie ihre Wahlerfolge auf zweifache Weise abzusichern versuchten.[85]

Unterstützung fanden die Sozialdemokraten der Maxhüttenregion bei hochrangigen Gewerkschaftsfunktionären und auch bei der Parteileitung in München, denen die kommunistisch dominierten Betriebsräte ein besonderer Dorn im Auge waren. Der Landesverband der SPD attackierte die Kommunisten im Vorfeld der Betriebsratswahlen in einem Flugblatt, das von den Betriebsgruppen verteilt worden war, die nur ein Ziel verfolgten: „den Weg zur rücksichtslosen bolschewistischen Diktatur" einzuschlagen. „Auf scheinheilige Weise", so die SPD, „biedern sie sich in der Maske der ‚guten Gewerkschafter' und der ‚Friedenskämpfer' an, um aus dem gewerkschaftlichen Einheitswillen und der Friedensliebe der westdeutschen Arbeitnehmerschaft Kapital für ihre politischen Ziele zu schlagen." Doch die „Schandpolitik der rußlandhörigen Kommunisten" gefährde die Demokratie und die mühsam errungenen Freiheitsrechte der Arbeiter.[86] Um die Arbeit der Betriebsgruppen zu unterstützen, aber auch um neue Gründungen anzuregen, beschloß der Landesvorstand unter seinem Vorsitzenden Waldemar von Knoerin-

[81] Eine ähnliche Entwicklung gilt auch für die erste Generation der Betriebsräte der BBI und das Verhältnis von SPD und Gewerkschaften; vgl. dazu Süß, „Glückauf", S. 46 f.

[82] „Kommt nicht in Frage, meine Herren", S. 4.

[83] Ebenda, S. 5.

[84] AdsD, SPD-Landesverband Bayern, 222, SPD-Betriebsgruppenorganisation, Bezirk Südbayern, Vorläufiger Bericht über die Betriebsratswahlen 1951 (undatiert); Vorläufige Übersicht zu den Betriebsratswahlen 1951 vom 20. 9. 1951.

[85] AdsD, SPD-Landesverband Bayern, 222, SPD-Betriebsorganisation, Mitteilungsblätter des Bezirks Südbayern vom 15. 9. 1951.

[86] AdsD, SPD-Landesverband Bayern, 222, „Überlegt, bevor Ihr wählt", Flugblatt (undatiert, um 1950).

gen präzise Richtlinien für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Die Stoßrichtung war eindeutig: Die KPD sollte zurückgedrängt und um ihre einflußreichen Positionen in den Betrieben gebracht werden.[87] Die Sozialdemokraten sollten sich um möglichst enge Kontakte zu den Betriebsräten bemühen, eigene Gruppen bilden und zugleich die Vertreter der Ortsvereine in ihre Arbeit einbinden und sich überbetrieblich im Rahmen der Bezirksverbände vernetzen. Während die Betriebsgruppenarbeit in Rosenberg allenfalls auf dem Papier bestand, waren die Sozialdemokraten in Haidhof den programmatischen Richtlinien des Landesvorstandes einige Schritte voraus. Während in München noch intensiv über eine Strategie diskutiert wurde, wie man den Kommunisten ihre Hochburgen entreißen konnte, waren in Haidhof längst Vorbereitungen für eine Machtprobe angelaufen. Besonderen Anteil daran hatte offenkundig der DGB und die IG Metall. Sie hatten Richard Edenhofer eigens zu einer mehrwöchigen Schulung in ihr Bildungszentrum nach Kochel geschickt, wo er, wie er sich später erinnerte, rhetorisch, politisch und juristisch „förmlich gedrillt worden"[88] war, um aus dem anstehenden Konflikt als Sieger hervorzugehen.

Die antikommunistische Strategie ging auf. Von den 15 Sitzen konnten die Sozialdemokraten insgesamt sieben, die christlichen Gewerkschafter, die sich bereits im Vorfeld zu einer Zusammenarbeit mit der SPD-Gruppe entschlossen hatten, zwei Plätze erringen, während die Kommunisten ihre Mehrheit einbüßten. Im Betriebsrat stand nun ein Machtkampf bevor, und auch die Kommunisten sahen deutlich, daß die Koalition aus christlich-sozialen und sozialdemokratischen Kandidaten darauf abzielte, den amtierenden Betriebsratsvorsitzenden Michael Dietz abzulösen.

Am 23. Mai 1950 traf sich der neugewählte Betriebsrat zu seiner konstituierenden Sitzung. Mit den Stimmen der christlichen Arbeitnehmer und unter dem lautstarken Protest der Kommunisten wurde Edenhofer mit knapper Mehrheit zum neuen Vorsitzenden gewählt. Die KPD-Betriebsräte waren allerdings nicht gewillt, ihre Machtbasis ohne Widerstand aufzugeben. Sie fochten die Wahl an und mobilisierten ihre Anhängerschaft im Blechwalzwerk zu einem Streik gegen den vermeintlichen Putsch. Die Sitzung des Betriebsrates, der trotz der Demonstrationen weiter tagte, endete schließlich im tumultartigen Chaos; die Wahl freilich war vollzogen, und auch die bis tief in die Nacht streikenden KPD-Anhänger konnten nicht verhindern, daß Edenhofer und seine christlich-sozialdemokratische Koalition als eindeutige Gewinner aus dem Konflikt hervorging. Die Hüttenverwaltung, die auch mit dem alten Betriebsrat aus ihrer Sicht zufriedenstellend zusammengearbeitet hatte, sah dies ähnlich und signalisierte am Tag nach der „feindlichen Übernahme" ihre Bereitschaft zur weiteren Zusammenarbeit mit dem neuen Betriebsrat.

[87] AdsD, SPD-Landesverband Bayern, 222, Richtlinien für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit im Bereich des SPD-Landesverbandes Bayern, vom 4. 6. 1951.

[88] „Kommt nicht in Frage, meine Herren", S. 5; zum folgenden nach ebenda.

„Freundliche Übernahme" in Rosenberg

Der Machtwechsel im Rosenberger Betriebsrat verlief ohne solche Begleitmusik und war doch in der Konsequenz von ähnlich großer Bedeutung. Freilich waren die Ausgangsbedingungen andere: Der Grad der Politisierung war bei aller Konkurrenz und Gegnerschaft geringer als in Haidhof. Weder gab es eine funktionierende KPD- noch eine SPD-Betriebsgruppe, die sich zur Speerspitze der antikommunistischen Agitation hätte entwickeln und die bestehenden Spannungen weiter verschärfen können. Mit Johann Geismann stand 1950 zudem ein Kommunist an der Spitze des Betriebsrates, der für seine pragmatische Politik und seine Kooperationsbereitschaft mit den Unternehmern wiederholt auch aus den eigenen Reihen angegriffen worden war und sich deshalb nur schwer auf das Zerrbild eines fremdgesteuerten Parteigängers Walter Ulbrichts reduzieren ließ. Das erleichterte die tägliche Zusammenarbeit in Betrieb und Gewerkschaft, erschwerte es aber den sozialdemokratischen Betriebsräten und IG Metall-Funktionären, die Autorität und das Ansehen Geismanns bei der Belegschaft zu untergraben.

Konflikte ergaben sich auch weniger aus der praktischen Betriebsratsarbeit, sie resultierten vielmehr vor allem aus der „großen" Politik und ihren Frontstellungen. Das zeigte sich beispielsweise, als Johann Geismann im Herbst eine offizielle Delegation des Betriebsrates in das Schwesterwerk der Maxhütte nach Unterwellenborn in Thüringen schicken wollte.[89] Der Amberger Gewerkschaftssekretär Enderlein protestierte dagegen. Bei dem Besuch in der DDR gehe es den Kommunisten vor allem darum, den Betriebsrat für eine „politische Aktion" zu mißbrauchen und die Parteipolitik in die Gewerkschaft zu tragen. Dies sei das wahre Gesicht „dieser Sektierer, die eine unerhört scharfe Sprache sprechen gegen die Sozialdemokraten", so Enderlein. Zusammen mit der örtlichen SPD befürchtete er, der Besuch im Osten könnte durch die SED/KPD propagandistisch so ausgeschlachtet werden, daß der Eindruck entstehe, die Gewerkschaft und die sozialdemokratischen Betriebsräte seien auf kommunistischen Kurs gebracht worden. Der energische Protest blieb nicht ohne Wirkung, und Geismann mußte von seinen Plänen ablassen.

Nur wenige Monate später herrschte neuerlicher Aufruhr; und wieder aus ähnlichen Gründen. Der kommunistische Betriebsrat hatte nämlich – wie auch viele andere Kommunisten in den westdeutschen Betrieben – die Belegschaften Ende 1949 aufgefordert, sich an einer Geschenkaktion anläßlich des Geburtstages Josef Stalins zu beteiligen.[90] Ohne Absprache mit dem Gesamtbetriebsrat und der Belegschaft hatte Geismann eine armlange Eisenbahnschiene mit der Inschrift anfertigen lassen: „Herzlichen Glückwunsch von der fortschrittlichen Arbeiterschaft der Maxhütte Sulzbach-Rosenberg."[91] Diese sollte Stalin mit einem Begleitschreiben übersandt werden, in dem der Betriebsratsvorsitzende die früheren Geschäftsverbindungen zur Sowjetunion betonte und für engere Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Maxhütte und ihrem östlichen Nachbarn warb.

[89] BA Berlin, BY 1/930, Landesvorstandssitzung der KPD-Bayern vom 6.–8. 6. 1950, pag. 61; folgendes nach ebenda.

[90] BA Berlin, BY 1/930, Landesvorstandssitzung der KPD-Bayern vom 6.–8. 1. 1950, Referat des Gen. Schirmer, pag. S. 29.

[91] SRZ vom 13. 12. 1949: „Was geht in der Maxhütte vor?".

Damit hatte sich Geismann in mehrfacher Hinsicht angreifbar gemacht: Er hatte nicht nur seine Stellung als Betriebsratsvorsitzender mißbraucht, um für die KPD Werbung zu betreiben, sondern auch seinen Gegnern die Chance eröffnet, ihn und alle KPD-Betriebsräte der Maxhütte als Marionetten des Bolschewismus und der Unfreiheit zu denunzieren. Im zunehmend giftigeren Klima des Ost-West-Konfliktes konnte dies nicht folgenlos bleiben. Das Mißtrauen gegen die Kommunisten war bei den alten sozialdemokratischen Gewerkschaftern nach wie vor deutlich spürbar; diese hatten noch selbst als ADGB-Funktionäre erlebt, wie die KPD und ihre Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO) das Verhältnis zwischen den beiden Gewerkschaftsflügeln beschädigt und die Gewerkschaftsbewegung gelähmt hatten. Dem Kurswechsel, den Fritz Salm nach Ende des Krieges vor Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionären proklamiert hatte und der von der Idee der „Aktionseinheit" getragen war, begegneten sie mit äußerster Skepsis.[92]

Fritz Enderlein, der Amberger Gewerkschaftssekretär, hatte diesen öffentlichen Bekundungen nie getraut. Als er jetzt mit Fritz Mertel und den übrigen sozialdemokratischen Betriebsräten von der Geschenkinitiative Geismanns erfuhr, sah er eine günstige Gelegenheit, den kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden in die Schranken zu weisen. Er und seine Kollegen zwangen Geismann dazu, sich auf einer Betriebsversammlung vor der Belegschaft zu rechtfertigen. Nicht einmal 25 Prozent der Belegschaft hätten einem Geschenk an Stalin zugestimmt, wetterte Mertel gegen den kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden.[93] Es sei ein Skandal, daß die Widmung alle Belegschafter als „rückständig" denunzierte, die sich nicht den kommunistischen Zielen unterwerfen wollten. Mertel nutzte die Gunst der Stunde und warf Geismann zugleich vor, sein Amt für „politische Angelegenheiten" mißbraucht und seine Betriebsratskollegen hintergangen zu haben. Der Amberger Rechtsreferent des Bayerischen Gewerkschaftsbundes, Ewald Kaiser, der als unabhängiger Gutachter der Einheitsgewerkschaft in die Betriebsversammlung geladen war, teilte die Vorwürfe Mertels. Das Geschenk an Stalin, so Kaiser, habe nicht dem Willen der Arbeiter und Angestellten entsprochen und sei auf die Anregung der KPD zurückzuführen. Die Einheitsgewerkschaft dürfe auf keinen Fall durch politische Aktionen einiger Radikaler gespalten werden, deshalb könne er die Vorgehensweise Geismanns nur schärfstens mißbilligen. So in die Enge gedrängt, erklärte Geismann sich bereit, sein Amt zur Verfügung zu stellen, falls die Arbeiter und Angestellten ihm das Vertrauen entziehen würden.

Auf diesen Moment hatten Fritz Enderlein und Fritz Mertel gewartet. Mertel stellte den Antrag, in geheimer und schriftlicher Abstimmung die Beschäftigten darüber entscheiden zu lassen, ob Geismann als Vorsitzender des Betriebsrates und Integrationsfigur weiterhin tragbar sei.[94] An den Hochöfen und Werkbänken begann eine heftige Diskussion: Sollte der allseits anerkannte Geismann abgelöst werden? Hatte er bei der Belegschaft tatsächlich seinen ganzen Kredit verspielt, den er sich über beinahe fünf Jahre Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit erwor-

[92] BA Berlin BY 1/928, Erweiterte Landesleitungssitzung der KPD vom 8. 12. 1946, Fritz Salm.
[93] SRZ vom 13. 12. 1949: „Die Schienen der Maxhütte für politische Gleise ungeeignet"; folgendes nach ebenda.
[94] BA Berlin, BY 1/930, Landesvorstandssitzung der KPD-Bayern vom 6.–8. 1. 1950, Referat des Gen. Schirmer, pag. S. 29; folgendes nach ebenda.

ben hatte? War er am Ende, wie die Kommunisten glaubten, Zielscheibe einer Kampagne, die von einigen Gewerkschaftern auf Anweisung der amerikanischen Militärbehörden initiiert worden war?

Das Ergebnis der Abstimmung war keineswegs eindeutig: Rund 900 Belegschaftsmitglieder der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg sprachen Geismann ihr Vertrauen aus und forderten ihn auf, sein Amt weiterhin auszuüben, rund 600 glaubten jedoch, Geismann sei nach seiner Parteinahme für die Kommunisten und Josef Stalin nicht mehr tragbar und müsse zurücktreten. Damit war der Antrag gescheitert, und die KPD feierte den Abstimmungserfolg ihres Betriebsratsvorsitzenden als großen Sieg über die „Feinde der Arbeiterklasse". Für die Sozialdemokraten im Betrieb war die Niederlage besonders schmerzhaft. Sie hatten es nicht geschafft, die Mehrheit der Maxhüttenarbeiter hinter sich zu bringen. Selbst viele ihrer eigenen Parteigänger und Vertrauensleute hatten für Geismann gestimmt. Sie honorierten die Leistungen Geismanns unabhängig von seinem Parteibuch und hatten gut in Erinnerung, welche großen Verdienste er sich in den Monaten und Jahren nach Kriegsende erworben hatte. Die parteipolitische Zugehörigkeit trat hier wie auch in vielen anderen Betriebsratswahlen hinter der persönlichen Leistung und der Beliebtheit des Kandidaten zurück.[95] Dennoch: Vierzig Prozent der Belegschaft hatten sich offen für einen Wechsel an der Spitze des Betriebsrates ausgesprochen. Geismanns Sieg hatte einen bitteren Beigeschmack. Seine Autorität war schwer beschädigt, die Belegschaft stand nicht mehr geschlossen hinter ihm – ein Todesurteil für jeden Betriebsratsvorsitzenden. Damit war der vemeintliche Sieg nicht mehr als der Anfang vom Ende der Ära Geismann; er war nur noch ein Vorsitzender auf Abruf, mehr nicht.

Nachdem die Abwahl gescheitert war, verzichteten die Drahtzieher im Hintergrund auf weitere offene Angriffe. Der Machtwechsel sollte bei den nächsten Betriebsratswahlen 1951 erfolgen: Während Richard Edenhofer in Haidhof die Ablösung des KPD-Betriebsratsvorsitzenden zusammen mit den christlichen Arbeitnehmern durch eine eigene sozialdemokratische Liste durchgeführt hatte und der Betriebsratswahlkampf damit bereits im Vorfeld zum Spiegel der parteipolitischen Konflikte geworden war, blieb es in Rosenberg bei einer gewerkschaftlichen Einheitsliste.[96] Diese wurde freilich von Fritz Mertel angeführt, dem zukünftigen Betriebsratsvorsitzenden, der mit weitem Abstand die meisten Stimmen für sich verbuchen konnte. Als gewerkschaftliche und betriebliche Integrationsfigur war Geismann unbrauchbar geworden. Allerdings fand man offenkundig hinter den Kulissen eine Lösung, die ihn sein Gesicht wahren ließ und die zugleich seine noch immer vorhandene Reputation verdeutlichte: Geismann wurde von seinen Gefolgsleuten wieder für die gewerkschaftliche Einheitsliste nominiert und dabei zumindest nicht offen durch die Sozialdemokraten blockiert. Vermutlich war dies eine der Abmachungen gewesen. Geismann gab ohne Umschweife seine Position als Betriebsratsvorsitzender an einen Sozialdemokraten ab, blieb aber weiterhin im Betriebsrat. Hinter dem Sozialdemokraten Andreas Laurer, dem zukünftig

[95] AdsD, SPD-Landesverband Bayern, 222, Vorläufiger Bericht über die Betriebsratswahlen von 1951.

[96] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, 8, Berichtsbogen zur Betriebsrätewahl 1951.

stellvertretenden Vorsitzenden, erzielte er das drittbeste Ergebnis. Sein Abschneiden bedeutete mehr als nur einen Achtungserfolg, denn er errang ihn trotz der Widerstände in den eigenen Reihen, den kommunistischen und gewerkschaftlichen. Am Ende befand er sich zwischen allen Stühlen, ohne organisatorische Verankerung und eigene Hausmacht. Die Akzente im Betriebsrat sollten von nun an andere setzen.

b) Betriebsrat und innerbetriebliche Mitbestimmung

Neben dem Mitbestimmungsgesetz war das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 die zweite Säule der innerbetrieblichen Ordnung.[97] Es regelte die Funktionen und Aufgaben der Betriebsräte, die bis dahin unbestimmt gewesen waren und sich danach bemessen hatten, welche Autorität der Betriebsrat nach 1945 erworben hatte. Zu den wichtigsten Regelungen des neuen Gesetzes gehörte die Orientierung aller Entscheidungen an den wirtschaftlichen Interessen des Betriebes und die Wahrung der betrieblichen Friedenspflicht, was den Betriebsrat nicht nur darauf festlegte, Konflikte einvernehmlich zu lösen, sondern generell „nicht konfliktorientiert"[98] vorzugehen. Dies schloß parteipolitische Neutralität ein, denn der Betriebsrat war als Repräsentant der Gesamtbelegschaft aufgefordert, nur die Interessen der gesamten Arbeitnehmerschaft zu beachten und den Vorrang der tarifvertraglichen Regelungen vor betrieblichen Vereinbarungen zu akzeptieren.

Das Gesetz brachte für die Betriebsräte Mitspracherechte in sozialen, personellen und wirtschaftlichen Bereichen.[99] Einklagbar waren die Mitwirkungsmöglichkeiten des Betriebsrates nur in sozialen Angelegenheiten. Das Herzstück des Betriebsverfassungsgesetzes, der Paragraph 52, regelte die Mitbestimmung des Betriebsrates u. a. in den Bereichen Arbeitszeit, Lohnauszahlung, Berufsausbildung, betriebliche Sozialpolitik, Einführung neuer Entlohnungsformen und den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Belegschaft. In personellen Fragen war die Macht des Betriebsrates allerdings schon begrenzter. Echte Mitbestimmungsrechte hatte das Gremium bei der Erstellung von Personalfragebögen und der Aufstellung allgemeiner Kriterien für die Einstellung, Versetzung, Umgruppierung und Kündigung von Arbeitnehmern, ein Vetorecht dagegen nur bei personellen Einzelmaßnahmen und Versetzungen innerhalb des Betriebes.[100] Bei der

[97] Vgl. dazu Gesetz zur Durchführung und Ergänzung des Kontrollratsgesetzes Nr. 22 (Betriebsrätegesetz) vom 1. 8. 1947, in: Amtsblatt des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, S. 165. Zur Diskussion um das Kontrollratsgesetz der amerikanischen Militärregierung vgl. die Ausführungen von Lanig-Hesse, Gewerkschaften, S. 49–52; allerdings leiden Lanig-Hesses Ausführungen unter ihrer additiven Erzählweise. Die Genese des Betriebsrätegesetzes, das das erste seiner Art in den Besatzungszonen war, bleibt weiterhin ein Desiderat, was angesichts der ausgezeichneten Aktenlage überrascht. Als Einführung dient: Das Bayerische Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge. Tätigkeitsbericht 1945–1950, o.O.o.J., S. 71 ff.

[98] Däubler, Wolfgang, Arbeitsrecht, Bd. 1, S. 444; folgendes nach ebenda.

[99] Nach § 55 BetrfVG unterlag der Betriebsrat bei Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, die ihm bekanntgeworden und vom Arbeitgeber ausdrücklich als geheimhaltungsbedürftig bezeichnet worden war, der Schweigepflicht.

[100] Verweigerte der Betriebsrat bei Kündigungen seine Zustimmung, sah der Gesetzgeber eine Einspruchsfrist des Betriebsrates von zwei Monaten vor, in denen die Arbeitsgerichte angerufen werden konnten, wobei die Kündigung ihre Wirksamkeit bis zu einer Entscheidung des Gerichts behielt.

Gestaltung des Arbeitsplatzes, des Arbeitsablaufs und der Arbeitsumgebung mußte der Betriebsrat lediglich unterrichtet werden und konnte dann nur beratend mitwirken.[101]

Damit ist klar: Das Betriebsverfassungsgesetz stellte die traditionellen betrieblichen Machtverhältnisse nicht in Frage.[102] Der Betriebsrat hatte aber eine Mittlerfunktion im Spannungsfeld von Belegschaft, Unternehmensführung und Gewerkschaft, die nicht genau definiert war und auf vielfältige Weise interpretiert werden konnte. Zeitgenössische Sozialforscher meinten, dessen Zwitterrolle[103] könne eine „Gefährdung der Integration des Betriebes"[104] zur Folge haben. Aber welchen Handlungsspielraum hatten die Betriebsräte nach Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes tatsächlich? Wurden sie zu einer intermediären Grenzinstitution, die die Interessen der Arbeiter vertrat, sich aber zugleich den unternehmerischen Betriebszielen unterordnete? Wie groß war ihre Stabilisierungs- und Integrationsfähigkeit, wie einschneidend die Veränderung, die die beiden neuen Gesetze mit sich brachten, wie tief die Enttäuschung über die gescheiterten Pläne einer wirtschaftsdemokratischen Umgestaltung? Und schließlich: Gewöhnten sich die Betriebsräte schon bald an die pragmatische Einübung kapitalistischer Spielregeln in der Mitbestimmungspraxis?

Die Gesamtbelegschaft der BBI hatte zunächst nur sehr verschwommene Vorstellungen davon, wie groß das Reformpotential war, das in den neuen Gesetzen steckte. Auch den gewerkschaftlichen Basiseliten war nicht klar, welche Konsequenzen es hatte, daß Hans Meisl, der „Neue" aus Hausham, sich nun in einem betrieblichen Sektor engagierte, der bisher die Domäne des Betriebsrates gewesen war, und daß nun auch ihre Vertreter im Aufsichtsrat saßen und über den Kurs des Unternehmens mitsprachen. Sicher waren sich nur die jungen Betriebsräte. Für sie leitete die Mitbestimmung eine „neue Zeit" ein, in der die gewerkschaftliche Macht auf ein breiteres, rechtlich abgesichertes Fundament gestellt würde, wie BBI-Betriebsrat Karl Braunreiter später in einem Interview sagte:

„Wir waren damals die jungen Leute, etwa um die 20 Jahre, und es war ja für uns genauso wie für die alten Belegschafter etwas Neues. Und wenn man jung ist und progressiv, ja, da haben wir damals in die Richtung gedacht. [...] Also, wir haben erwartet, daß wir im Zuge der Mitbestimmung wesentlich besser in der Vorstandsetage vertreten sind als vorher. Entscheidend war für uns, jawohl, jetzt kommt diese Mitbestimmung. Wir haben es als Funktionäre propagiert, weil wir ja gesagt haben: Jetzt paßts auf, das wird jetzt alles wesentlich besser. Wir sind bei den Personalentscheidungen mit dabei, nicht nur im Betriebsrat, sondern auch in der Vorstandsetage, und das waren eben diese Dinge, die man eben für gut geheißen hat."[105]

Die jungen Betriebsräte verbanden mit der Mitbestimmung zwei Hoffnungen: mehr Macht für die Gewerkschaft im Betrieb und mehr soziale Gerechtigkeit für

[101] § 62 BetrfVG .

[102] Vgl. Walther Müller-Jentsch, Soziologie der Industriellen Beziehungen: eine Einführung, Frankfurt am Main ²1997, S. 217.

[103] Grundlegend zur industriesoziologischen Betriebsräteforschung vgl. Hermann Kotthoff, Betriebsräte und betriebliche Herrschaft. Eine Typologie von Partizipationsmustern im Industriebetrieb, Frankfurt am Main, New York 1981; vgl. auch die Anschlußstudie: ders., Betriebsräte und Bürgerstatus. Wandel und Kontinuität betrieblicher Mitbestimmung, München, Mering 1994.

[104] Ralf Dahrendorf, Die Sozialstruktur des Betriebes, Wiesbaden 1972, S. 34f.

[105] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Karl Braunreiter.

die Belegschaft.[106] Vor allem die tiefe Kluft zwischen Angestellten und Arbeitern[107] bei der Bezahlung, den Kohlendeputaten und dem Weihnachtsgeld empörte sie. „Hier am Platz für mehr Gerechtigkeit sorgen"[108], das war das erklärte Ziel des Betriebsratsvorsitzenden Baierl, und die Mitbestimmung sollte dazu im Dickicht tarifpolitischer Ungleichheit eine Handhabe bieten. Die Betriebsräte erkannten rasch, welche Möglichkeiten sich aus der Parität im Aufsichtsrat ergaben. In der „Vorstandsetage", wo sie bisher nur als Gast dabei gewesen waren, erblickten sie eine neue Arena innerbetrieblicher Entscheidungsfindung, in der sie nun selbst mit Sitz und Stimme vertreten waren und ihre Interessen zur Geltung bringen konnten. Sie glaubten, nun mehr Gewicht zu haben und dies in die Aushandlungsprozesse einbringen zu können. Eine neue, noch unklare Vorstellung von „Macht"[109] hatte viele Betriebsräte ergriffen, die sie entschieden zur Geltung bringen wollten.

Dazu zählte auch die Möglichkeit, über den Arbeitsdirektor die betriebliche Politik zu beeinflussen. Das Montan-Mitbestimmungsgesetz verpflichtete die Arbeitsdirektoren Meisl und Zink sowohl auf das Wohl des Gesamtunternehmens als auch auf die Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Konnte der Arbeitsdirektor aber tatsächlich „wie ein Medizinmann Wunder bewirken"?[110] Waren die Hoffnungen der Maxhüttenarbeiter überzogen, die meinten, „daß nun alles schneller vorwärtsgeht" und alle betrieblichen Probleme und Sorgen der Arbeiter und Angestellten geregelt würden?

Hans Meisl war sich dieser Zwitterstellung von Anfang an bewußt: „Das sind so Dinge der Mitbestimmung, genauso wie mit dem Arbeitsdirektor. Die Geschichte hat man jedem erstmal erklären müssen. Weil, der Arbeitsdirektor wird von unten nicht anders angeschaut als der kaufmännische Direktor. Der Kumpel da draußen unterscheidet mit der Ausnahme bestimmter Teile nicht; der sagt, das ist der Direktor da drüben und aus. Der Kumpel denkt in keiner Weise, wo die Sache herkommt."[111]

Meisl wie Zink hielten sich keineswegs für den verlängerten Arm des Betriebsrates und für ein bloßes Vollstreckungsorgan der Gewerkschaften. Für sie stand ihre Verpflichtung auf das Unternehmensganze im Vordergrund und nicht das sozialpolitische Wunschdenken der Betriebsräte, deren Begehrlichkeit sie häufig für überzogen hielten. „Ich war ja nicht der Weihnachtsmann"[112], umschrieb Meisl seine Haltung gegenüber den Ansprüchen der Belegschaft und des Betriebsrates. Meisls und Zinks Auftreten gegenüber den Arbeitern und Angestellten war deshalb von Anfang an distanziert, weshalb es auf seiten der Belegschaft, aber auch beim Betriebsrat, erhebliche Verstimmungen gab. Der Vorwurf lautete: Meisl habe

[106] Zur Generationserfahrung und generationellen Unterschieden der BBI-Betriebsräte vgl. Süß, „Glückauf", S. 39–48; weitergehende Aussagen über die Betriebsräte der Maxhütte lassen sich nicht machen, weil die Unterlagen hierzu nur sehr lückenhaft sind. Deshalb wurde an dieser Stelle darauf verzichtet.

[107] Zur Sozialstruktur der Belegschaft vgl. ausführlich Kapitel III. 3a.

[108] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Georg Baierl.

[109] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Karl Braunreiter.

[110] „Kommt nicht in Frage, meine Herren", S. 29.

[111] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Hans Meisl.

[112] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit Arbeitsdirektor Hans Meisl vom 26. 8. 1982.

sich zu selten im Betrieb sehen lassen und zu wenig das Gespräch mit der Belegschaft gesucht – ein Vorwurf, den bekanntlich auch Hans Zink oft zu hören bekam. Auch das unter Gewerkschaftern und Kollegen übliche „Du" lehnte der Wackersdorfer ab. Als Vorstandsmitglied wollten sie die innere Freiheit behalten, gerade auch mit dem Blick auf Konflikte, in denen sich Kollegen schnell in Kontrahenten verwandeln konnten. Hans Meisl und Hans Zink waren also alles andere als basisnahe „Volkstribune", doch konnte sich Meisl im Gegensatz zu seinem Kollegen Autorität verschaffen. Die Belegschaft respektierte seine Arbeitsleistung. Sein Fleiß und seine Energie fanden genauso Anerkennung wie die Erfolge der betrieblichen Sozialpolitik bei der BBI, für die er maßgeblich verantwortlich zeichnete. Dies war sicherlich ein entscheidender Grund dafür, daß die anfänglich allzu großen Hoffnungen, die mit der Etablierung des Arbeitsdirektors verbunden gewesen waren, im Laufe der fünfziger Jahre einer realistischen Sicht wichen: Der Arbeitsdirektor galt mehr und mehr als Mittler zwischen Belegschaft und Vorstand.[113]

Anders als die meisten Betriebsräte stand der Großteil der Arbeiter und Angestellten der Einführung der Mitbestimmung eher indifferent gegenüber. BBI und Maxhütte unterschieden sich hier kaum voneinander. „Die Kumpels zu überzeugen war nicht einfach"[114], so die Betriebsratsvorsitzenden aus Haidhof, Rosenberg und Wackersdorf. Es mußte oft mühsame Arbeit geleistet werden, und es dauerte Jahre, so meinten jedenfalls die Funktionäre, bis sich der Gedanke der Mitbestimmung durchsetzen konnte. 1953 waren 60 Prozent der Arbeiter im Werk Rosenberg davon überzeugt, daß die Mitbestimmung positiv zu beurteilen war, beinahe 30 Prozent teilten diese Einschätzung nicht und sahen in der Mitbestimmung nicht den Hebel, um die Einflußmöglichkeiten der Belegschaft auszuweiten, und noch rund 11 Prozent hatten sich noch keine Meinung gebildet[115] – für eine Belegschaft, die fast zu 100 Prozent gewerkschaftlich organisiert war, kein zufriedenstellendes Ergebnis und zudem ein deutlicher Hinweis auf die Vorbehalte und die Unkenntnis, die einen Teil der oberpfälzischen Stahlarbeiter wie auch ihre Kollegen in den Hüttenbetrieben des Ruhrgebiets[116] trotz aller gewerkschaftlichen Aufklärung weiterhin besaß.

Die Bilanz nach einem Jahr fiel dementsprechend nüchtern aus: Nur rund zwölf Prozent meinten, die augenblickliche Form der Mitbestimmung sei „gut" und erfolgreich; als „genügend" schätzten sie knapp 40 Prozent ein, während immerhin 34,1 Prozent der Arbeiter der Überzeugung waren, daß die Möglichkeiten der neuen Partizipationsformen im Betrieb noch lange nicht ausgeschöpft und die Mitbestimmung bislang „schlecht" verwirklicht worden sei.[117] Einen der Gründe für den aus ihrer Sicht alles andere als glücklichen Start sah die Belegschaft in der fehlenden Kompetenz und Durchsetzungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Füh-

[113] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982.
[114] „Kommt nicht in Frage, meine Herren", S. 29.
[115] IGM-ZA im AdsD, WWI, 358, MH-Studie, Gesamtwerk, Mitbestimmungsurteile.
[116] Zur Umfrage über die Beurteilung der Mitbestimmung unter den Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet vgl. Popitz, Gesellschaftsbild, S. 134–142.
[117] IGM-ZA im AdsD, WWI, 358, MH-Studie, Gesamtwerk, Werk; Angaben nach ebenda.

rung und ihrer Vertreter in den neuen Organen.[118] 41 Prozent vertraten diese Auffassung und sprachen damit den Betriebsräten und Funktionären deutlich ihr Mißtrauen aus. Manche Arbeiter zweifelten sogar daran, ob sie oder ihre gewählten Vertreter überhaupt in der Lage seien, den Anforderungen des Mitbestimmungsgesetzes entsprechen zu können. So bedächtig und wenig selbstbewußt waren etwas mehr als 26 Prozent. Ihnen stand eine Gruppe von 62,6 Prozent der Arbeiter gegenüber, die sich zutrauten, ihre Geschicke durch die Mitbestimmung stärker als früher selbst in die Hand zu nehmen. Daß es ihnen dabei erst an zweiter oder dritter Stelle um höhere Löhne und an erster Stelle um die Verantwortung für das Unternehmen und die Produktion ging, machten sie ebenfalls deutlich.

Den Gewerkschafts- und Betriebsratsvertretern blieb die Skepsis der Belegschaft nicht verborgen. Richard Edenhofer erklärte sie sich mit dem geringen Politisierungsgrad der oberpfälzischen Arbeiter, von denen viele Nebenerwerbslandwirte waren und neben ihrer Hauptbeschäftigung noch kleine Höfe betrieben, auf denen sie Gemüse und Getreide anbauten. Diese Arbeiterbauern, deren Anteil an den Beschäftigten kaum zu quantifizieren ist, aber einen erheblichen Teil der Belegschaft ausgemacht haben muß[119], waren in den Augen Edenhofers an der Mitbestimmung kaum interessiert. „Sie waren, wenn es die Not erforderte, aktive Gewerkschafter"[120], ein gewerkschaftliches Bewußtsein, eine Verwurzelung in der Tradition der Arbeiterbewegung, fehlte ihnen aber, und das machte es um so schwerer, sie für Proteste und Demonstrationen der IG Metall zu mobilisieren. Die übrige Belegschaft verhielt sich gegenüber der Mitbestimmung nicht ganz so gleichgültig, aber auch sie war von Euphorie oder leidenschaftlichem Interesse weit entfernt. Georg Baierl beschrieb dieses Dilemma im Rückblick deutlich:

„Wir sind hier Funktionäre. Für uns war es klar, daß die Mitbestimmung eine gute Sache war. Wenn man hier die Belegschaft anspricht, ist es nicht mehr so eindeutig. Ein Betrieb, der von 1700 auf 400 Männer sein Personal herunterfährt, da wird jeder sagen: ‚Was willst Du denn mit der Mitbestimmung? Ich brauche eine Arbeit!' Die Belegschaft hat auf die Mitbestimmung und die Wahl des Aufsichtsrates nur indirekt Einfluß gehabt, also eigentlich nur durch die Wahl der Betriebsräte. Sie hat also nicht mitwirken können. Das sehe ich als Manko. Die Belegschaft hat die Frage der Mitbestimmung wohl bis heute nicht verstanden."[121]

Baierl sprach damit einen wichtigen Punkt an. Konnten Entlassungen durch das neue Gesetz verhindert werden, wenn die Unternehmen die miserable Auftragslage ins Feld führten?

Daß es so schwierig war, den Gedanken der Mitbestimmung[122] zu vermitteln, dürfte auch an der mangelnden Fähigkeit der gewerkschaftlichen Funktionäre ge-

[118] Ähnlich kritisch gingen auch die Hüttenarbeiter in anderen Regionen mit ihren Belegschaftsvertretern ins Gericht; vgl. dazu Popitz, Gesellschaftsbild, S. 143–147.

[119] So berichtet beispielsweise der Maxhüttenarbeiter Johann Feuerer rückblickend: „Wir Maxhütte-Arbeiter haben damals noch richtig zusammengehalten. Viele von uns hatten auch noch eine kleine Landwirtschaft zu Hause. Wenn im Werk eine Schicht zu Ende war, wartete schon die häusliche Bauernarbeit auf sie." Vgl. ders.: Mit dem Wagen zur Maxhütte, in: Duschinger, Zierer, Glanz, S. 549–552, hier S. 551.

[120] „Kommt nicht in Frage, meine Herren", S. 29.

[121] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Georg Baierl.

[122] Ähnlich auch Karl Lauschke, „In die Hände spucken und ran!" Arbeiterschaft und Betriebsräte während der Nachkriegsjahre. Zugleich ein Literaturbericht, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 19 (1990), S. 313–338.

legen haben, das neue Gesetz in die Sprache der „Kumpel" zu übersetzen. Auch wenn die meisten Betriebsabteilungen in Sulzbach-Rosenberg mit ihrem jeweiligen Vertreter im Betriebsrat zufrieden waren (83,4 Prozent)[123], klagten sie doch darüber, über die Veränderungen im Betrieb nicht ausreichend informiert zu sein. Mehr als zwei Drittel der Belegschaft hielt es für dringend geboten, zukünftig in kürzeren Abständen als bisher Belegschaftsversammlungen durchzuführen, um für einen besseren Informationsfluß zwischen Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaft zu sorgen. Dieser war auch dringend notwendig, denn von der Einstellung des neuen Arbeitsdirektors hatten die Arbeiter vor allem von anderen Kollegen erfahren (59,2 Prozent), nur zu einem erheblich geringeren Anteil (22,3 Prozent) durch die Betriebsräte, die es wohl zu Beginn der fünfziger Jahre in der Maxhütte noch nicht verstanden hatten, ein engmaschiges Informationsnetz zu knüpfen, das in solchen Fällen eine rasche Benachrichtigung der Belegschaft gewährleistete.

Viele Betriebsräte und auch der Arbeitsdirektor gaben sich ausgesprochen elitär und machten sich kaum die Mühe, die Belegschaft zu erreichen. Ein Betriebsrat der BBI meinte dazu: „Der Belegschaft war es [die Mitbestimmung] nur schlecht vermittelbar. Wie soll man das dem Kind dann beibringen?"[124] Sein Betriebsratskollege, der junge Gewerkschafter Karl Braunreiter, sah das anders. Im Unterschied zu seinem älteren Kollegen betonte er die positive Veränderungskraft der Mitbestimmung, die sich nicht nur bei den Betriebsräten, sondern auch direkt bei den Arbeitern bemerkbar gemacht habe:

„Vielleicht ein kurzes Beispiel wie es vorher war. Der Vorstand und der Betriebsrat hat ja Sitzungen gehalten, und ich kann mich noch gut erinnern wie der Dr. Mallia, damals der Vorstandsvorsitzende, in der Betriebsratssitzung das Geschäftsergebnis erläutert hat. Ich bin ja gelernter Kaufmann, ein bißchen was versteh ich auch, aber er stellt sich da hin in der Betriebsratssitzung und erklärt, wir haben dieses Jahr ein sehr gutes Geschäftsjahr abgewickelt, und Soll und Haben gleicht sich aus. Das war also seine Aussage zum Geschäftsergebnis. Nachdem aber hier die Mitbestimmung eingeführt worden ist, und wir dann über den Arbeitsdirektor und den Wirtschaftsausschuß mehr im BR informiert worden sind, hat auch der Gesamtbetriebsrat und die Ortsverwaltung wesentlich mehr Einsicht in das Geschäftsgebaren dieses Betriebes gewonnen, [...] so daß also die Belegschaft mehr oder weniger informiert darüber war, wie sich hier im Betrieb das Wirtschaftliche entwickelt. Aber ich meine, daß vor der Einführung der Mitbestimmung die Belegschaft doch nie so informiert war, auch über die betrieblichen Veränderungen und die Umsiedlung, wie dann durch die Mitbestimmung. Dadurch, glaube ich, hat die Belegschaft das alles besser verstanden und ruhiger hingenommen, wie oft so in Betrieben, wo es keine Mitbestimmung gibt, wo oft der Vorstand einfach beschließt, siehe AG, und der Fall damit erledigt ist."[125]

Diese neue Transparenz, die nicht nur für die gewerkschaftlichen Funktionäre und Betriebsräte galt, sondern auch für die Belegschaft, bedeutete zwar keinen direkten Machtzuwachs, sie ebnete aber den Weg für bisher ungekannte Kommunikationsstile. Bei vielen Betriebsräten blieb allerdings zunächst die Skepsis groß[126],

[123] IGM-ZA im AdsD, WWI, 358, MH-Studie, Gesamtwerk, Soziale Beziehungen.
[124] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982.
[125] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Karl Braunreiter.
[126] Auch die gewerkschaftsnahen Sozialwissenschaftler mußten zunächst feststellen, daß ihre hohen Erwartungen, die sie an die Mitbestimmung gestellt hatten, nach zehn Jahren noch nicht erfüllt waren. Heinz Seidel stellte 1961 ernüchtert fest: „Es ist dennoch sowohl für damals [1952] als auch

ob bei allem frischen Wind auch machtpolitisch eine neue Zeit angebrochen war. Bald sollte es einen ersten Test geben, der die Mitbestimmung auf ihre erste Bewährungsprobe stellte.

Mitbestimmung und Reprivatisierung

Über Zuwächse und neue Investitionen informiert zu werden, war eine wichtige Errungenschaft. Doch wie stand es um die Mitbestimmung in aktuellen Krisensituationen oder wenn es um Grundsatzfragen der Unternehmensverfassung ging? Konnten mit Hilfe der neuen betrieblichen Informationssysteme, von denen die Betriebsräte gesprochen hatten, umstrittene Entscheidungen beeinflußt oder gar verhindert werden? Die Arbeitnehmervertreter bei der Maxhütte waren jedenfalls schon unmittelbar nach Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes vor diese Frage gestellt, als der Freistaat 1954 seine Anteile an der Maxhütte wieder an Friedrich Flick verkaufen und das Unternehmen ganz in privatwirtschaftliche Hand überführen wollte. Die 26 Prozent des Freistaates an der Maxhütte waren de facto eine Sperrminorität gewesen; ohne die Zustimmung des Finanzministeriums konnten dort keine gesellschaftsrechtlichen Veränderungen durchgeführt werden. Mit Ausnahme der SPD unterstützten alle Fraktionen des bayerischen Landtages die Pläne des Staatsministers für Wirtschaft und Verkehr, Hanns Seidel, die Maxhütten-Anteile und andere staatliche Beteiligungen zu veräußern und sie „als Deckungsmittel für außerordentliche Haushaltsausgaben zu verwenden."[127] Geplant war, die etwa 30 Millionen DM, die man sich für den Verkauf erwartete, in den Straßenbau zu investieren, um auf diesem Weg die angespannte Haushaltslage des Jahres 1954 zu überbrücken.[128] Die Staatsregierung unter Ministerpräsident Ehard führte bereits seit Ostern 1954 erste Sondierungsgespräche mit Friedrich Flick, der an einem Rückerwerb der staatlichen Besitzanteile stark interessiert war.[129]

Anders als CSU-Politiker wie Hanns Seidel[130] und Otto Schedl, die grundsätzliche Bedenken gegen die „Allmacht des Staates" hatten und fürchteten, Staatsbeteiligungen könnten dazu führen, daß der einzelne Mensch zu einem bloßen „Rädchen an der Maschine"[131] degeneriere, widersetzten sich die Betriebsräte und Gewerkschafter der Maxhüttenregion dem drohenden Anteilsverkauf. Die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat, Fritz Mertel, Erwin Essl und Lorenz Hagen,

für die Gegenwart erstaunlich, daß die Mitbestimmung sich nicht positiver auf das Bewußtsein der Belegschaft ausgewirkt hat." Ders., Gibt es ein „Mitbestimmungsbewußtsein" der Montanbelegschaften?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 13 (1962), S. 540–545, hier S. 543.

127 BGVBl. 1954, S. 147.

128 BayHStA, StK, 14186, Die Beteiligung des Bayerischen Staates an der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte AG, (undatiert, um 1955).

129 BayHStA, StK, 14186, Finanzminister Zietsch an den Bayerischen Ministerpräsidenten vom 25. 3. 1955.

130 Der Wirtschafts- und Verkehrsminister hatte bereits bei der Entscheidung des Ministerrates von 1951, Teile der Maxhütte zu erwerben, große Bedenken gegen eine staatsinterventionistische Politik angemeldet, die er nur in absoluten Notfällen für gerechtfertigt hielt; dieser Sonderfall lag bei der Maxhütte 1954 seiner Ansicht nach nicht vor. BayHStA, StK, 14186, Protokoll des Ministerrates vom 4. 9. 1951, Beteiligung Bayerns an der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte.

131 So Otto Schedl, MdL und Landrat des Landkreises Neumarkt i.d.Opf. in einer Rede vor den Betriebsräten der Maxhüttenbetriebe. IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Protokoll über die Betriebsräte-Vollkonferenz in Haidhof vom 6. 7. 1954.

mißtrauten den Zusagen Friedrich Flicks, den Standort Maxhütte mit seinen qualitativ hochwertigen Erzen dauerhaft halten zu wollen. In einer Diskussion mit Ministerpräsident Ehard machten sie ihre Skepsis gegenüber den Plänen der Staatsregierung deutlich und wiesen darauf hin, daß die staatlichen Beteiligungen überwiegend positive Folgen gehabt hätten: das Unternehmen habe auf diese Weise eine Vielzahl tiefgreifender Strukturprobleme lösen können.[132] Nur die „Beteiligung des Staates gebe Gewähr", so Mertel, „dass der Betrieb der Maxhütte nach der wirtschaftlichen und sozialen Seite in der bisherigen Form weitergeführt" werden könne.

Mertels Befürchtung, der Verkauf der staatlichen Sperrminorität könne die Existenzgrundlage der Maxhütte gefährden, teilten nicht nur die Vertreter des DGB und der IG Metall[133], sondern auch alle Betriebsräte[134] und Kommunalpolitiker der Industrielandkreise Sulzbach-Rosenberg und Burglengenfeld.[135] Immerhin waren mehrere zehntausend Frauen und Männer im nördlichen Bayern direkt oder indirekt von der Maxhütte abhängig. Ihre Sorge war groß, daß das einzige Großunternehmen der Region zum Spielball spekulativer Interessen werden würde und der Konkurrenz insbesondere der französischen und italienischen Stahlindustrie, die sich auf dem süddeutschen Markt mit steigender Intensität engagierte, durch seine Standortnachteile auf Dauer nicht mehr gewachsen sei.[136] Zwar sei eine Stillegung der Hütte derzeit ausgeschlossen, meinte Mertel.[137] Doch zeige ein Blick in die Geschichte des Werkes, wie rasch sich ein blühendes Unternehmen zu einem wirtschaftlichen Problemfall entwickeln könne, das ohne fremde Hilfe nicht überlebensfähig sei. Nur der Staat berücksichtige die Sorgen und Nöte der Menschen auch in Krisenzeiten, ein Unternehmen dagegen nicht. Das Flick-Imperium war in Mertels Augen dafür ein besonders eindringliches Beispiel. Der Konzern hatte ja bereits in den dreißiger Jahren geplant, das Werk in Unterwellenborn weiter auszubauen und dafür Investitionen in Haidhof zu unterlassen, wo der Betrieb möglicherweise ganz geschlossen werden sollte. Es sei offensichtlich, daß Großunternehmen die soziale Verpflichtung gegenüber den Arbeitnehmern der Region für nachrangig hielten. „Kollegen", rief Mertel den Maxhütten-Beschäftigten selbstbewußt zu, niemand dürfe vergessen, „daß die deutsche Arbeiter- und Angestelltenschaft es war, die 1945, als noch kein Unternehmer sichtbar war, den Karren aus dem Dreck gezogen hat. [...] Wenn ein deutsches Wirtschaftswunder geschehen ist, dann ist es in erster Linie diesen Kollegen zu danken und deshalb haben die Kollegen auch ein Recht [...] mitzusprechen,

[132] BayHStA, StK, 14186, Vormerkungen über eine Besprechung des Herrn Ministerpräsidenten Ehard und dem Betriebsrat der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 28. Juli 1954; folgendes nach ebenda.

[133] BayHStA, StK, 14186, DGB-Bayern und IG Metall-Bezirksleitung München an die Fraktionen des bayerischen Landtages vom 2. 7. 1954.

[134] BayHStA, StK, 14186, Entschließung der Betriebsrätevollkonferenz am 6. 7. 1954.

[135] BayHStA, StK, 14186, Stadtrat Burglengenfeld an den bayerischen Minsterpräsidenten Ehard vom 6. 8. 1954.

[136] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Protokoll über die Betriebsräte-Vollkonferenz vom 6. 7. 1954, Erwin Essl.

[137] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 144, Betriebsversammlung des Werkes Rosenberg von 30. 7. 1954; folgendes nach ebenda.

insbesondere deshalb mitzusprechen, weil es um die Existenz dieser Kollegen und Familien geht."

Mertel konnte aber nicht verborgen geblieben sein, daß das Mitbestimmungsgesetz hier nicht griff. Der stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende und DGB-Vertreter Wolfgang Ritscher machte der Belegschaft in einer Betriebsversammlung im Sommer 1954 deshalb keine übertriebenen Hoffnungen, trotz der „Ära der Mitbestimmung"[138] die Entscheidungen der Staatsregierung in die gewünschte Richtung lenken zu können. Den einzigen Weg, die Staatsregierung von ihrem Vorhaben abzubringen, sah er darin, alle nur denkbaren parlamentarischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den drohenden Verkauf zu verhindern. Da sie selbst frühzeitig durch ihre Vertreter im Aufsichtsrat informiert waren, konnten die Arbeitnehmervertreter die Belegschaft zumindest frühzeitig informieren. Immerhin konnten die Arbeitnehmervertreter im Vorfeld politische Bündnispartner suchen, Kommunalpolitiker, Gewerkschafter, Parlamentarier und Parteigliederungen mobilisieren und hoffen, daß sie, wie die sozialdemokratische Landtagsfraktion, in den Ausschüssen[139] und Plenardebatten[140] Druck auf die Staatsregierung ausübten – eine Waffe, die zwar diesmal stumpf blieb, die ihnen aber bislang, wie Ritscher durchaus anerkennend bemerkte, nicht zur Verfügung gestanden hatte.

Letztlich stieß die Gegenmacht der Betriebsräte und Gewerkschafter hier an ihre strukturellen Grenzen. Fritz Mertel hielt deshalb die Regelungen über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer für nicht ausreichend. Solange der paritätisch besetzte Aufsichtsrat nicht die Stillegung von Hütten, die Entlassung von Arbeitern oder den Verkauf des Unternehmens verhindern könne, solange die Macht in den Händen von auswärtigen Aktionären liege und die Frage des „Eigentums nicht einwandfrei geklärt" sei, solange bleibe das Mitbestimmungsrecht unbefriedigend.[141] Es war jedoch keine Resignation, die aus den Worten des Betriebsratsvorsitzenden sprach. Denn Mitbestimmung bedeutete für Mertel auch einen moralischen und politischen Anspruch der Beschäftigten, von den Unternehmern „als gleichberechtigte Staatsbürger" anerkannt zu werden. Diesen Status konnte den Maxhüttenarbeitern niemand mehr streitig machen, die immerhin die ersten gewesen waren, die nach dem Krieg wieder Stahl ausgestoßen hatten. Nach den harten, entbehrungsreichen Jahren nach 1945 hatten sie ein Recht darauf, gehört zu werden.

Das bayerische Kabinett unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner interessierte diese Bedenken nicht weiter. Unter seiner Federführung fällte die Vierer-Koalition aus SPD, FDP, BP und BHE die endgültige Entscheidung für den Verkauf der 26 Prozent Staatsbeteiligung.[142] Im Kabinett gab es keinen Widerstand gegen die Pläne. Unter gezielter Ausschaltung der SPD-Landtagsfraktion, von der

[138] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Protokoll über die Betriebsräte-Vollkonferenz vom 6. 7. 1954, Wolfgang Ritscher.
[139] AdbL, 143. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr vom 27. 7. 1954.
[140] Stenographische Berichte über die 210. Sitzung des bayerischen Landtages vom 2. 8. 1954, 2. WP., S. 1795–1847.
[141] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Protokoll über die Betriebsräte-Vollkonferenz vom 6. 7. 1954, Fritz Mertel.
[142] IfZ-Archiv, NL Hoegner, Bd. 384, Protokoll des außerordentlichen Ministerrates vom 28. 3. 1955.

Hoegner befürchtete, sie könne das Vorhaben gefährden[143], setzte die Vierer-Koalition den Kurs der Vorgängerregierung fort und verkaufte Anfang April 1955 ihre Anteile an Friedrich Flick.[144]

Wie selbstbewußt und kämpferisch die Arbeitnehmervertreter waren, zeigte sich im Juni 1955, als die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern drei Monate nach dem Verkauf der Maxhütte an Flick eine verheerende Bilanz der Montan-Mitbestimmung zog. „Die 1951 in Nachfolge zu den entsprechenden Anordnungen der britischen Besatzungsmacht erfolgte Sondergesetzgebung über die Mitbestimmung bei Kohle und Eisen (Montanindustrie) hat die an sie geknüpften Hoffnungen, einem befriedeten Zusammenwirken von Arbeitgeberschaft und Gewerkschaften zu dienen, nicht erfüllt."[145] Das Gesetz eröffne den Gewerkschaften die Möglichkeit, ihren Einfluß auf die Industrie auszudehnen und schade letztlich den Interessen der freien Marktordnung. Die Arbeitgeber wollten damit vor allem verhindern, daß die weitgehenden Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer auch auf solche Konzerngesellschaften ausgedehnt würden, die nur einen Teilbereich ihrer Produktion im montanindustriellen Sektor hatten und für die der Bundestag ebenfalls nach einer neuen gesetzlichen Regelung suchte. Sollte dies eintreten, so die Arbeitgeber, dann drohten dem „Weiterbestehen einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung der westdeutschen Bundesrepublik außerordentliche Gefahren". Das Montan-Mitbestimmungsgesetz sahen die bayerischen Arbeitgeber als alliiertes Oktroi, dem sie zähneknirschend hatten zustimmen müssen.[146] Besonders schmerzhaft mußte für sie zudem sein, daß seit Mai 1956 ein weiteres bayerisches Unternehmen, die Bayerischen Berg-, Hütten- und Salzwerke AG, nach langem Streit durch Beschluß des bayerischen Ministerrates ebenfalls unter das Mitbestimmungsgesetz fiel.[147]

Im Aufsichtsrat der Maxhütte lösten die Äußerungen der Arbeitgeber stürmische Proteste aus.[148] IG Metall-Bezirksleiter Erwin Essl verlangte eine eindeutige Erklärung, nicht ohne zuvor noch einmal auf das Leitmotiv der Gewerkschaften hinzuweisen: die Reduzierung der Spannungen zwischen Kapital und Arbeit, ohne freilich die eigentumsrechtlichen Verhältnisse in Frage zu stellen. Finanzdirektor Odilo Burkart und Arbeitsdirektor Zink konnten deshalb nicht anders, als die Erklärung des Arbeitgeberverbandes öffentlich zurückzuweisen und die erfreulichen Erfahrungen bei der Maxhütte hervorzuheben, die nach ihrer Ansicht ein gelungenes Beispiel für eine „sehr gute" Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaft und Arbeitgebern seien. Das mag für Fritz Mertel, Richard Edenhofer und Erwin Essl nach ihrem vergeblichen Kampf gegen die Reprivatisierung der Maxhütte nur ein schwacher Trost gewesen sein. Und doch wurde einmal mehr deut-

[143] IfZ-Archiv, NL Hoegner, Bd. 383, Ministerratsprotokoll vom 17. 1. 1955.
[144] BayHStA, StK, 14186, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, Staatsminister Friedrich Zietsch, an den Bayerischen Ministerpräsidenten vom 22. 4. 1955.
[145] BWA, V2/530, VAB Geschäftsbericht 1954/1955, Resolution des Vorstandes der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern vom 2. 6. 1955, S. 183 f.; folgendes nach ebenda.
[146] Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern, Bericht über das Geschäftsjahr 1955/1956, S. 272 ff.
[147] Deutscher Gewerkschafts-Bund, Landesbezirk Bayern, Geschäftsbericht 1955–1956, S. 214.
[148] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 199, Aufsichtsratssitzung vom 25. 7. 1955; folgendes nach ebenda.

lich, daß die „Ära der Mitbestimmung" nicht nur auf dem Papier begonnen hatte. Die Arbeitgeber mußten sich für ihre Äußerungen vor den Arbeitnehmern verantworten. Das war mehr als jemals zuvor.

c) Betriebliche Sozialpolitik

Schöne Worte waren den Betriebsräten und Gewerkschaften allerdings nicht genug. Es mußte sich in der täglichen Praxis im Betrieb zeigen, was die Mitbestimmung und das Betriebsverfassungsrecht wert waren, und Praxis hieß vor allem: betriebliche Sozialpolitik.[149] Sollten die Betriebsräte auf diesem Gebiet erfolgreich sein, so war klar, daß auch das Modell der Mitbestimmung seine Tauglichkeit bewiesen hatte.[150] Für die Implementierung des Mitbestimmungsgedankens war das geradezu eine Notwendigkeit. Noch war aber keineswegs klar, welche Kompetenzen sich der Betriebsrat würde aneignen können.

Im Vordergrund stand bei der BBI zunächst die betriebliche Wohnungsfrage, die 1952 mit dem Umzug und der Neueinweihung von Wackersdorf zu einem Problem erster Ordnung wurde. Für die Gemeinde Wackersdorf bedeutete die Umsiedlung eine Zäsur, die nicht nur als Verlust alter heimatlicher Bindungen, sondern auch als Beginn einer neuen Phase der Industrialisierung empfunden wurde.[151] Die Vorbehalte waren überall spürbar. Doch war den meisten auch klar, daß es zum Neuaufschluß keine Alternative gab, falls nicht 1000 Arbeiter und An-

[149] Einen Überblick über verschiedene Interpretationen des keineswegs klar definierten Begriffs liefert für das 19. und frühe 20. Jahrhundert Thomas Welskopp, Betriebliche Sozialpolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Eine Diskussion neuerer Forschungen und Konzepte und eine Branchenanalyse der deutschen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, in: AfS 34 (1994), S. 333–374, hier S. 349 f.; dazu auch Wolfram Fischer, Die Pionierrolle der betrieblichen Sozialpolitik im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, in: Hans Pohl (Hrsg.), Betriebliche Sozialpolitik deutscher Unternehmen seit dem 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1978, S. 34–51; für die Zeit nach 1945 fehlen bislang systematische Untersuchungen, die den Funktionswandel betrieblicher Sozialpolitik angemessen analysieren; kaum befriedigen kann Roland Hauck, Sozialpolitik der Unternehmen unter dem Einfluß der Mitbestimmung der Arbeitnehmer, Köln u. a. 1963. An dieser Stelle werden nicht die unternehmerischen Strategien im Zentrum der Analyse stehen, sondern es wird darum gehen, den Bereich betriebliche Sozialpolitik, also die Leistungen der sozialen Unternehmenspolitik, als Spielfeld unterschiedlicher Interessen zu begreifen und vor allem das Handeln und die Motive des Betriebsrates näher zu untersuchen. Unter diesem Aspekt ist der Bereich betrieblicher Sozialpolitik bislang ebenfalls noch völlig unzureichend untersucht, was auch für die Zeit nach 1945 gilt.

[150] Ähnlich waren die Erwartungen an den Betriebsrat in montanmitbestimmten Betrieben; vgl. dazu Burkhard Stachelhaus, Arbeitnehmervertretung und Mitbestimmung: Die Tätigkeit des Betriebsrates auf Westfalen seit 1945, in: Glückauf-Stiftung (Hrsg.), Zeche Westfalen. Ein Jahrhundert Steinkohlenbergbau in Ahlen, Essen 2000, S. 239–259, S. 244 f.

[151] „Mit dem Untergang von Alt-Wackersdorf und der Umsiedlung nach Neu-Wackersdorf", vermerkte der Wackersdorfer Chronist Josef Rappel, „erfolgte ein endgültiger Abschied von einem Jahrhunderte alten Herkommen. Es war nicht der Umzug, wie ihn z. B. der Städter von einer Mietwohnung zur anderen vornimmt. Es war ein Abschied von der vertraulichen Heimeligkeit und Häuslichkeit, in der viele Generationen gleichen Blutes gelebt und gewirkt haben und deren Geist in jedem Winkel noch gespürt werden konnte. Es war ein harter, schmerzlicher Abschied von der Heimat, die wohl meist ärmlich aussah und wenig Bequemlichkeit bot und wenig Komfort enthielt. Aber sie strahlt eine Wärme aus, die ein ‚nüchterner Stadtmensch' gar nicht empfinden kann. Der Umzug erfolgte in einen neuen Ort, in neue Häuser ohne Tradition, aber mit modernen Einrichtungen, Bad und WC, Tapeten an den Wänden, vielen Geräten, die das Leben erleichtern und bequem machen, mit Autogaragen, hübschen Gärten, in einen Ort mit Rathaus, Kirche, Schule, geteerten und bei Nacht hell erleuchteten Straßen, mit vielen anderen Annehmlichkeiten." Rappel, Wackersdorf, S. 16 f.

gestellte den Gang zum Arbeitsamt antreten sollten. Die Umsiedlung war aus ihrer Sicht die notwendige Konsequenz aus der fast fünfzigjährigen Geschichte der Region; auch die wenigen Bauern mußten dafür den Preis durch den Verlust alter Anbaugebiete hinnehmen.[152] In gleicher Weise argumentierte 1952 der bayerische Finanzminister Zietsch, der in der Umsiedlung nicht nur eine hervorragende technische und logistische Erfolgsgeschichte erblickte, sondern den Neuaufschluß und den Neubau einer ganzen Stadt auch als Symbol für den wirtschaftlichen Aufstieg Bayerns vom Agrar- zum Industriestaat wertete.[153] Die BBI konnte zwischen 1948 und 1954 mit der Unterstützung der Bayerischen Landesbodenkredit-Anstalt und der Bayerischen Landwirtschaftsbank 259 werkseigene und 218 werksgeförderte Wohnungen in Neu-Wackersdorf bauen.[154] Im Zuge des bundesweiten Bergarbeiterwohnungsbauprogramms[155] wurden zusätzlich 112 Eigenheime mit 185 Wohnungseinheiten geschaffen.[156] Etwa 37 Prozent aller Belegschaftsangehörigen konnten so in werkseigenen beziehungsweise durch die BBI geförderten Wohnungen in Neu-Wackersdorf und der neuen Siedlung Brückelsdorf untergebracht werden. Mit dieser Leistung, so stellte der Vorstandsvorsitzende der BBI, Mallia, 1954 stolz fest, stehe die BBI im sozialen Wohnungsbau „an der Spitze aller Industriewerke Bayerns."[157] Die neuen Wohnungen boten den zumeist jungen Bergarbeiterfamilien, die in der Regel zwei bis drei Kinder unter 14 Jahren hatten[158], erstmals die Möglichkeit, die beengten Verhältnisse der Eltern zu verlassen.

Auf den Betriebsrat kam damit viel Arbeit und Verantwortung zu. An der Schnittstelle zwischen staatlicher Wohnraumbewirtschaftung, Flüchtlingsverwaltung und Unternehmensstrategie hatte das Gremium eine entscheidende Mittlerfunktion, und zwar nicht nur bei der Erstzuteilung der Wohnungen und Eigenheime, sondern auch bei der Verteilung frei werdender Wohnungen. Zwar hatte er keine direkte Entscheidungsgewalt; die lag beim Vorstand beziehungsweise bei Arbeitsdirektor Meisl. Doch der Betriebsrat war für die Belegschaft der erste Ansprechpartner, er leitete die Gesuche weiter, schlug mögliche Kandidaten vor, verhandelte mit dem Arbeitsdirektor und mußte sich gegenüber den Belegschaftsangehörigen rechtfertigen. Dabei kam es immer wieder zu Konflikten. Es herrschte,

[152] Gemeindearchiv Wackersdorf, 827/118–2, Gemeinderat Wackersdorf an den Münchner Merkur vom 4. 7. 1949, S. 4. Die Umsiedlung von Wackersdorf geschah in enger Kooperation zwischen Betrieb und Staat. Alle Berichte über die vier Jahre des Neubaus deuten tatsächlich darauf hin, daß die großzügigen Angebote und Entschädigungen, die die BBI den Bewohnern machte, einen enorm hohen Akzeptanzgrad bei der Bevölkerung erreichten.

[153] Bayerische Staatszeitung vom 5. 7. 1952: „Ein ganzes Dorf zog um".

[154] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 48, Betr. Aufsichtsratssitzung Bayernwerk am 4. 12. 1954, Bericht über die BBI.

[155] Dazu vgl. ausführlich aus der nordrhein-westfälischen Perspektive Günther Schulz, Weihnachtsmann und Geldbriefträger? Der Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen und die Wohnungsbaupolitik des Bundes bis zum Ende der fünfziger Jahre, in: Geschichte im Westen 4 (1988), S. 151–172, besonders S. 161–164; grundsätzlich zur Frage des Wohnungsbaus in der Bundesrepublik vgl. Günther Schulz, Wohnungspolitik und soziale Sicherheit nach 1945: Das Ende der Arbeiterwohnungsfrage, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 483–506.

[156] Angaben nach BBB, H. 193, 1977, S. 3.

[157] Ebenda.

[158] Gemeindearchiv Wackersdorf, 827/118–2, Gemeinderat Wackersdorf an die Bayerische Braunkohlen Industrie-Aktiengesellschaft, Umsiedlung Wackersdorf; hier: Wohnraumlenkung, vom 21. September 1950.

so hieß es, eine einsame „Cliquenwirtschaft" und „Willkürverteilung"[159]. Der Betriebsrat entscheide selbstherrlich und absolutistisch über die Vergabe der Werkswohnungen. Diese Vorwürfe änderten aber nichts daran, daß der Betriebsrat in puncto Wohnungsvermittlung immer größeren Einfluß gewann und schließlich beinahe dort eine Monopolstellung erlangte.

Während der Betriebsrat bei der Wohnungsfrage erst langsam in seine dominierende Rolle hineinwuchs, war bei der Einstellung von neuen Belegschaftsangehörigen von Beginn an unstrittig, daß der Betriebsrat der BBI hier nicht nur informiert werden mußte, sondern ein gewichtiges Wort mitsprechen würde. Zwar gab es keine formellen Bindungen, die Unternehmensleitung legte dem Betriebsrat aber nicht nur die Arbeitsverträge vor, sondern begründete diese auch ausführlich und bat sogar – nicht nur pro forma – um die Zustimmung des Betriebsrates.[160] Gleiches galt für die Lehrlingsausbildung und -auswahl.

Bei der Maxhütte bediente man sich dazu eines Einstellungstests. Von einem jungen Mann, der sich um einen kaufmännischen Ausbildungsplatz bewarb, erwartete man nicht nur ein breites Allgemeinwissen in Geographie und Wirtschaft, sondern er sollte auch wissen, was die Abkürzung „DGB" bedeutete – die einzige politische Frage, die der Test beinhaltete.[161] Das war mehr als ein Wink mit dem Zaunpfahl; Betriebsrat und Gewerkschaft führten den Neuen vor Augen, wer die Interessenvertretung aller, auch der jungen Arbeitnehmer im Betrieb war und über wen sich die Lehrlinge in Zukunft informieren sollten. Der Einstellungstest bestand ferner aus Rechenaufgaben, einer Nacherzählung und einem Diktat sowie verschiedenen Gedächtnis- und Kombinationsübungen. Außerdem wurde die Sprach- und Ausdrucksfähigkeit des Bewerbers getestet. Es galt, Satzteile zu vervollständigen und die richtigen grammatikalischen Anschlüsse zu finden. Der Prüfungstext war zugleich pädagogisches Programm und beinhaltete die „zehn Gebote" der Lehrlingsausbildung: „Ihr dürft Euch keines groben Vergehens gegen die Ehrlichkeit schuldig machen", hieß es dort und „Einem Betrüger können wir keinen Glauben schenken."[162] Auch die Grundregeln für die Zusammenarbeit in der Lehrlingswerkstatt waren im Prüfungstext zu lesen. „Es geht nichts über einen guten Kameraden." Ehrlich und kameradschaftlich, pflichtbewußt, motiviert und leistungsbereit sollte der neue Lehrling sein. „Es liegt nur an mir, wenn ich den Glauben an mich verlieren soll" – damit schloß die Prüfung. Der ideale Belegschaftsangehörige, wie er im Test beschrieben war und wie er auch den Betriebsräten vorschwebte, paßte sich an die vorgegebenen Regeln an, verhielt sich solidarisch, mußte sich stets neu motivieren und suchte die Schuld für Unzulänglichkeiten am Arbeitsplatz eher bei sich selbst als bei anderen.

Damit war auch einer der wichtigsten Wesensmerkmale des Betriebsrates skizziert: Die Institution vertrat nicht nur Arbeitnehmerinteressen gegenüber der Werksleitung und berücksichtigte nicht nur „soziale Gesichtspunkte" bei der Ein-

[159] BBB, H. 41, 1962, S. 23.
[160] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 3976, An den Betriebsrat vom 8. 4. 1953.
[161] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 5, Einstellungsprüfung für die kaufmännischen Lehrstellenbewerber 1954.
[162] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 5, Einstellungsprüfung für die kaufmännischen Lehrstellenbewerber 1954, Rechtschreibung und Sprachlehre.

stellung, wie der BBI-Betriebsratsvorsitzende Baierl betonte[163], sondern der Betriebsrat verstand sich nach innen auch als Instrument betrieblicher Sozialdisziplinierung. Einer seiner wichtigsten Aufgaben sah er in der Durchsetzung der Arbeitsordnung und der Arbeitsruhe.

Dazu gehörte die Bekämpfung des Alkoholismus am Arbeitsplatz, die Mißbilligung von „Bummelei" und mangelndem Arbeitswillen. Dabei schreckten die Betriebsräte auch vor harscher Kritik an den eigenen Leuten nicht zurück, wie folgendes Beispiel zeigt: Josef B., Betriebsrat und Zugführer im Stellwerk der BBI-Werksbahn, war während einer Nachtschicht im Portierhaus eingeschlafen, von einem Kollegen gefunden und an den Werkmeister gemeldet worden. Der Vorstand verwarnte B., da er sich „einer schweren Verletzung"[164] seiner Dienstpflicht schuldig gemacht habe. „Die Verfehlung wiegt um so schwerer", so der Vorstand, „als man von Ihnen als Betriebsratsmitglied hätte erwarten sollen, daß Sie Ihren Arbeitskollegen nicht mit schlechtem, sondern mit gutem Beispiel vorangehen." Bei einem nochmaligen Verstoß gegen die Arbeitsvorschriften drohte eine fristlose Entlassung. Der Betriebsrat begrüßte die strenge Verwarnung ausdrücklich. Er beklagte lediglich die vorgesehene Geldstrafe und die Androhung der Entlassung im Wiederholungsfall, aber stimmte grundsätzlich der Einschätzung des Vorstandes zu, daß es sich hier um einen besonders gravierenden Verstoß gegen die Arbeitsordnung handle. Im übrigen wurde B., so der Betriebsrat in seinem Antwortschreiben an die Direktion, „von sämtlichen Betriebsräten wegen seines ungebührlichen Verhaltens scharf angegriffen und ihm vor Augen geführt, dass solche Vorkommnisse"[165] die Arbeit des Betriebsrates stark behindern würden.

Seit Beginn der fünfziger Jahre mußte sich der Betriebsrat nicht mehr den existentiellen Versorgungsproblemen der Belegschaft widmen. Sein Augenmerk fiel nunmehr auf die Verteilung des wachsenden Wohlstands und auf die verbesserte Gesundheitsvorsorge der Arbeitnehmerschaft.

Betriebskrankenkasse

Zentrale Institution der betrieblichen Gesundheitsfürsorge war die Betriebskrankenkasse.[166] Sie regulierte den Zugang und die Verteilung eines Großteils der sozialpolitischen Leistungen des Unternehmens und sorgte für den Schutz oder zu-

[163] BBB, H. 41, 1962, S. 6.

[164] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 3976, Schreiben der BBI AG an Josef B. vom 13. 9. 1951; folgendes nach ebenda.

[165] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 3976, Betriebsratsvorsitzender Baierl an die Direktion der Bayer. Braunkohlen-Industrie A.G. vom 15. 9. 1951.

[166] Die Geschichte betrieblicher Krankenkassen liegt, vor allem für die Zeit nach Ende des Zweiten Weltkrieges, bislang nahezu im dunklen, weil die Unternehmen in der Regel keinen Aktenzugang gewähren. Oftmals liegen nur unzureichende Festschriften vor; Johannes Lipp, Aus der Geschichte der Betriebskrankenkasse Girmes, Oedt 1992; Marlene Maurhoff, 100 Jahre Audi Betriebskrankenkasse Neckarsulm, Neckarsulm 1994; aus juristischer Sicht vgl. Joachim Kasper, Die Betriebskrankenkasse zwischen selbständigem Betrieb und unselbständigem Betriebsteil, Diss., Göttingen 1993; einen ersten Überblick gibt Kurt Friede, Die Betriebskrankenkassen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1974; knapp auch in Michaela Häffner, Nachkriegszeit in Südwürttemberg. Die Stadt Friedrichshafen und der Kreis Tettnang in den vierziger und fünfziger Jahren, München 1999, S. 256–262.

mindest für die Abfederung arbeitsplatzspezifischer Risiken. Gleichzeitig bot die breite Palette gesundheitlicher Vor- und Fürsorge einen zusätzlichen Anreiz für die Beschäftigten, bei der Maxhütte zu arbeiten. Die Betriebskrankenkasse war deshalb für die Unternehmer kein Selbstzweck, sondern Teil einer doppelten Strategie: Erstens möglichst niedrige Krankenstände zu erreichen und zweitens die Belegschaft über die Leistungen zu pazifizieren und an den Betrieb zu binden. Die Betriebsräte waren Teil dieses betriebspolitischen Aushandlungsfeldes. Die Frage war nur: Wie nutzten sie ihre Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Gremien der Betriebskrankenkasse? Wie weit ließen sie sich auf die Unternehmenslogik ein und förderten durch ihr Handeln die soziale Kontrolle der Belegschaft? Konnten sie eigene Akzente setzen und der betrieblichen Sozialpolitik eine neue Stoßrichtung geben?

Eine Betriebskrankenkasse existierte bereits in den ersten Jahren nach Gründung der Maxhütte.[167] Mitglied konnte werden, wer bei einem der Betriebe der Maxhütte beschäftigt oder Familienangehöriger eines „Maxhütteres" war. Arbeitgeber und Arbeitnehmer trugen wie in den gesetzlichen Krankenversicherungen jeweils die Hälfte der Beiträge. Die Leistungen, die die Betriebskrankenkasse ihren Mitgliedern gewährte, lagen in der Regel deutlich höher und umfaßten ein vielfältigeres Angebot als die der Allgemeinen Ortskrankenkassen. Den Kurs der BKK bestimmten die Vertreterversammlung und der Vorstand. Die Vertreterversammlung bestand aus jeweils 18 Versicherten- und Arbeitgebervertretern, die über die Wahl des BKK-Vorstandes, die Aufstellung der Krankenordnung, die Bestimmungen über die Beitragszahlung und Leistungsgewährung an die Versicherten entschied.[168] Mindestens einmal im Jahr tagten der Vorstand und die Vertreterversammlung gemeinsam und beschlossen mit einfacher Mehrheit die zukünftigen Maßnahmen. Der Vorstand der BKK war paritätisch besetzt. In ihm saßen jeweils sechs Vertreter der Versicherten und sechs Arbeitgeber, die nicht zugleich Mitglieder der Vertreterversammlung sein durften. Zu den Aufgaben des Vorstandes gehörten neben der allgemeinen Verwaltung der Krankenkasse u. a. die gerichtliche und außergerichtliche Vertretung der BKK, die Vermögensverwaltung, die Mitwirkung bei der Festsetzung von Ortslöhnen, die Anstellung von Pflegepersonal, der Einzug der Beiträge und die Gewährung der Leistungen. Die Mitwirkung von Betriebsräten an der betrieblichen Fürsorge und Risikoabsicherung wurde nur an zwei Stellen ausdrücklich erwähnt: Sie wurden als externe Berater und Experten hinzugezogen, um beispielsweise über spezifische Probleme der Unfallhäufigkeit Auskunft zu geben oder im Konfliktfall zwischen Versichertem und Krankenkasse zu vermitteln. In der Praxis waren die Betriebsräte aber kaum aus der Arbeit der Betriebskrankenkasse wegzudenken. Mehr noch: Sie waren als gewählte Vertreter der versicherten Arbeiter und Angestellten der Maxhütte eine wesentliche Stütze der Betriebskrankenkasse.

[167] 100 Jahre Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte 1853–1953, S. 114f.

[168] Vgl. dazu BGBl. Teil I 1951, S. 124: „Gesetz über die Selbstverwaltung und über Änderungen von Vorschriften auf dem Gebiet der Sozialversicherung"; knapp zur Diskussion über die Frage der Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane Johannes Frerich, Martin Frey, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 3. Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herstellung der Deutschen Einheit, München, Wien 1993, S. 152f.

Schon bei den ersten Sitzungen des vorläufigen Beirates nach Kriegsende war der Betriebsrat durch Johann Geismann und Heinrich Steuernthal vertreten, die nachdrücklich unterstrichen, welch hohen Stellenwert sie der BKK und ihrer eigenen Mitwirkung daran beimaßen.[169] Die Diskussion um die Neuregelung der Krankenordnung machte dies schlagartig deutlich: Strittig war zwischen dem Vertreter der Arbeitgeber und einigen Betriebsräten, wie lange und zu welcher Tageszeit krankgeschriebene Belegschaftsangehörige ihre Wohnung verlassen durften, ohne ihren Anspruch auf Krankengeld zu verlieren.[170] Der Satzungsentwurf hatte zunächst nur einige Stunden Ausgehzeit am Vormittag vorgesehen. Die Betriebsräte hielten diese Regelung für zu starr und schlugen stattdessen mehr Flexibilität vor, die es beispielsweise möglich machen sollte, im Sommer auch abends das Haus für einen Spaziergang zu verlassen. Der Vorschlag des stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden Laurer, die zeitliche Regelung zwar in der festgeschriebenen Form zu belassen, dafür aber den Ärzten zu ermöglichen, von abweichenden Vereinbarungen „großzügig Gebrauch zu machen" und die Regelung direkt mit den Patienten zu klären, wurde von den Arbeitgebern grundsätzlich abgelehnt. Sie befürchteten, daß „eine solche Maßnahme in vielen Fällen zu einem erheblichen Mißbrauch führen" könne, und damit die Krankenordnung ausgehebelt würde. Nach längerer Diskussion kamen die beiden Parteien überein, den Satzungsentwurf nicht zu verändern, die Ärzte aber in einem gesonderten Schreiben auf ihre Berechtigung hinzuweisen, in medizinisch notwendigen Fällen abweichende Ausgehzeiten festzusetzen. Damit war eine Kompromißlinie gefunden, die den Anliegen beider Seiten Rechnung trug: Die Arbeitgeber sahen gewährleistet, daß die Versicherten keinesfalls die Zeit ihrer Krankheit dazu benutzen konnten, ihren privaten Vergnügungen nachzugehen; die Versicherten dagegen blieben vor rigiden Eingriffen in das Arzt-Patient-Verhältnis bewahrt, indem sie den Arbeitgebern individuelle Vereinbarungen und Ausnahmen abtrotzten, die ihnen zumindest die Möglichkeit ließen, Abweichungen von der Krankenordnung durchsetzen zu können. Beide Seiten wurden damit der „große[n] Verantwortung" gerecht, die Arbeitsdirektor Zink von allen Mitgliedern der betrieblichen Selbstverwaltungsorgane einforderte: dem gesundheitlichen Schutz der Belegschaft und der Leistungsfähigkeit der Maxhütte.

In diesem Spannungsverhältnis zwischen Arbeits- und Gesundheitsschutz auf der einen und Produktivitätsorientierung, unternehmerischem Expansionskurs und Kostendämpfung auf der anderen Seite wirkte die BKK auch in den folgenden Jahren als Integrations- und Ausgleichsinstanz, die unmittelbar auf veränderte betriebswirtschaftliche Anforderungen und Umweltbedingungen reagieren konnte und zugleich die Partizipationsorgane und -instrumente ergänzte, die Montanmitbestimmungs- und Betriebsverfassungsgesetz geschaffen hatten. Die Vertreter von Kapital und Arbeit konnten hier über ihre unterschiedlichen Interessen in der betrieblichen Fürsorge verhandeln, konkret, von Fall zu Fall und

[169] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 109, Niederschrift über die Sitzung des Beirates der BKK vom 17. 12. 1951.

[170] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Mappe Betriebskrankenkasse, Niederschrift über die Sitzung der Vertreterversammlung der Betriebskrankenkasse vom 17. 12. 1953; folgendes nach ebenda.

ohne ideologische Fixierung, und mußten dabei den gemeinsamen Fluchtpunkt, den Zink beschrieben hatte und der zugleich der Basiskompromiß aller Bargaining-Prozesse[171] in der Maxhütte war, im Auge behalten.

Die Betriebsräte standen auch in den Verhandlungen der Selbstverwaltungsorgane in einem doppelten Loyalitätskonflikt: Das Betriebsverfassungsgesetz verpflichtete sie auf das „Betriebswohl". Für die Versicherten hieß das, daß ihre Vertreter nicht nur ihre, sondern zugleich auch die Unternehmensinteressen vertreten mußten. Dies bedeutete nicht notwendigerweise einen Widerspruch. Wie die Betriebsräte jedoch mit diesem Problem umgingen, welche Konsensangebote sie entwickelten, ob es überhaupt eine befriedigende Lösung geben konnte und welche Loyalitäten schließlich schwerer wogen, zeigte sich vornehmlich im Konfliktfall, wie in der Auseinandersetzung um die gestiegene Unfallhäufigkeit in den Jahren 1955/1956.

Mit Entsetzen stellten die Aufsichtsratsmitglieder der Maxhütte im Sommer 1955 fest[172], daß Unfallhäufigkeit und krankheitsbedingte Fehlzeiten dramatisch zugenommen hatten. Innerhalb von weniger als 24 Monaten hatte sich der Krankenstand bei der Maxhütte um beinahe 65 Prozent erhöht[173], die damit einen Spitzenplatz unter den westdeutschen Hüttenwerken einnahm. Obwohl die Zahl der BKK-Mitglieder beinahe konstant bei rund 3600 Männern, Frauen und Familienmitgliedern im Jahresdurchschnitt geblieben war, war die Zahl der Versicherungsfälle, also der ausgestellten Krankenscheine, von 7882 im Jahr 1955 auf 8981 im Jahr 1956 emporgeschnellt.[174] Gleichzeitig hatte sich die Zahl der Krankheitstage von 35 155 auf 64 546 erhöht. Die durchschnittliche Dauer der Arbeitsunfähigkeit war damit von 20 Tagen im Jahr 1955 auf 31 Tage im Jahr 1956 angestiegen. Besonders auffällig an dieser Entwicklung war, daß auch die Zahl der Betriebsunfälle stark zunahm. Die Zahl der so verursachten Ausfallstunden erhöhte sich zwischen 1955/1956 und 1956/1957 von 227 812 auf 251 554[175], wobei ein genauer Blick auf die Unfälle deutlich macht, daß es zwischen den einzelnen Betriebsteilen erhebliche Unterschiede gab. Es waren vor allem die Bergbaubetriebe in Sulzbach und Auerbach, die besonders hart betroffen waren.[176] Die Unfälle ereigneten sich besonders in den Bereichen, in denen neue Geräte bedient und gewartet werden mußten, bei der Benutzung von Fördereinrichtungen und Hebezeugen sowie bei Bau- und Montagearbeiten, der Gebäudeausbesserung und der Schuttverwertung, alles Bereiche, in denen sich unmittelbar der Einsatz neuer Maschinen und neuer

[171] Zum Begriff vgl. auch Müller-Jentsch, Soziologie, S. 210f.; eine weitergehende Einführung bei Allan Flanders, Collective Bargaining: A Theoretical Analysis, in: British Journal of Industrial Relations 6 (1968), S. 1–26.

[172] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 199, Aufsichtsratssitzung der Maxhütte vom 25. 7. 1955, Erwin Essl.

[173] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Mappe Betriebskrankenkasse, Niederschrift über die Sitzung der BKK mit den Kassenärzten vom 25. 9. 1956; folgendes nach ebenda.

[174] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Mappe Betriebskrankenkasse, Niederschrift über die Sitzung des Vorstands und der Vertreterversammlung der BKK Maxhütte vom 29. 3. 1957; Zahlenangaben nach ebenda.

[175] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 202, Sozial-Bericht für das Geschäftsjahr 1956/1957, S. 47.

[176] Ebenda, S. 50.

Produktionstechniken auswirkten, deren Einführung und Benutzung offenkundig nicht sorgfältig vorbereitet worden war.[177]

Die Konsequenzen waren gravierend und erschöpften sich nicht in dem beträchtlichen Imageschaden aller Seiten. Denn je höher die Krankenstände stiegen, desto rascher sank das Vermögen der Betriebskrankenkasse und damit die Ressourcen der betrieblichen Sozialfürsorge. Alleine die Kosten für Heilverfahren, Kuren und Erholungsmaßnahmen für Erwachsene hatten sich von 1954 bis 1956 beinahe verdoppelt. Konkret bedeutete dies eine Vermögensabnahme von rund 63 300 DM, was etwas mehr als sieben Prozent der jährlichen Einnahmen entsprach.[178] Kein Wunder, daß die Verantwortlichen nach Ursachen forschten.

Warum, so fragten Arbeitgeber, Ärzte und Betriebsräte, tanzte die Maxhütte „gegenüber dem Westen so gänzlich aus der Reihe"[179]? Wie konnten die ungewöhnlich vielen Ausfälle erklärt und welche Strategien mußten angewandt werden, um diese Entwicklung zu stoppen, die die Leistungsfähigkeit der Maxhütte zu gefährden schien? Die Antworten darauf fielen unterschiedlich aus: Einige Betriebsräte vermuteten, der vergangene „Katastrophenwinter" sei schuld und für die steigende Anzahl der Erkältungskrankheiten verantwortlich. Manche Mediziner hielten dagegen, in der Krankenentwicklung spiegle sich das Arbeitsverhalten der jüngeren Arbeitergeneration wider, die sich schneller krankschreiben lasse als ihre älteren Kollegen und ihre Marktposition in der Phase der Hochkonjunktur und Vollbeschäftigung seit Mitte der fünfziger Jahre ausnütze, um ihre neuen Konsum- und Freizeitbedürfnisse zu befriedigen. Wenig überzeugend fanden die Betriebsräte das Argument, der erhöhte Krankenstand hänge mit dem Investitionsprogramm der Maxhütte und der Umstrukturierung zahlreicher Arbeitsplätze zusammen und sei damit eine Folge der erhöhten Produktivitätsanforderungen für die Arbeiterschaft. In den Hütten des Ruhrgebietes seien die technischen Neuerungen ebenfalls und rascher durchgeführt worden und auch das Arbeitstempo sei höher als in der Oberpfalz; trotzdem liege der Krankenstand der Maxhütte über dem der westdeutschen Hütten. Es müßten also lokale Ursachen verantwortlich sein für die mißliche Situation, meinte der Betriebsrat.

Einen der möglichen Gründe sahen Arbeitgeber wie Versichertenvertreter in der hohen Zahl der Maxhüttenarbeiter, die nebenbei noch in der Landwirtschaft tätig waren. „Es ist eine Schande", so der BKK-Chef, „wenn man erfahren muß, daß ein ziemlicher Teil der Belegschaft außerhalb des Betriebes für den halben Lohn arbeitet. Deswegen gehen auch an die in Frage kommenden Belegschaftsmitglieder schriftliche Verwarnungen hinaus. Gleichzeitig werden sie darin aufgefordert, sich endgültig zu entscheiden, ob sie ihrer Tätigkeit bei der Gesellschaft oder ihrer nebenberuflichen Beschäftigung Vorzug geben wollen."[180]

[177] Ebenda, S. 45.

[178] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Mappe Betriebskrankenkasse, Betriebskrankenkasse der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte, Gegenüberstellung der Einnahmen und Ausgaben von 1956.

[179] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Mappe Betriebskrankenkasse, Niederschrift über die Sitzung des Vorstands und der Vertreterversammlung der BKK Maxhütte vom 13. 9. 1956.

[180] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Mappe Betriebskrankenkasse, Nieder-

Die innerbetriebliche Statistik bot keine Anhaltspunkte für diese Vermutung, doch schien auch den Betriebsräten die Kritik an der doppelten Erwerbstätigkeit plausibel und richtig, und dies nicht nur aus Gründen des Arbeitsschutzes, sondern auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht. „Wir als Betriebsräte verstehen einerseits die Versicherten, wir können aber auch nicht mitansehen, daß Dinge vor sich gehen, die auf eine gewisse Interessenlosigkeit an der Arbeit schließen lassen."[181] Um ein Ansteigen der Beiträge zu verhindern und gleichzeitig die Leistungen der Betriebskrankenkasse erhalten und ausbauen zu können, war es aus der Sicht der Betriebsräte im BKK-Vorstand deshalb nur konsequent, Belegschaftsmitglieder, „die auf Kosten anderer krank feiern," zu ermahnen und durch einen weiteren Arzt untersuchen zu lassen.[182] Es dürfe, so stellten alle übereinstimmend fest, „für den wirklich Kranken keine Beleidigung" sein, zum Vertrauensarzt vorgeladen zu werden. Den Versichertenvertretern falle die Aufgabe zu, „aufklärend" auf die Belegschaft zu wirken, um „wieder einen echten Krankenstand" bei der Maxhütte zu erreichen. Der bisherige Anstieg schien offenkundig unnatürlich, Ergebnis fehlender Disziplin und zu großer Spielräume der Belegschaft. Es bestand kein Zweifel an der Dringlichkeit, möglichst rasch der betriebswirtschaftlich schädlichen „Freiheit zum Kranksein" einen Riegel vorzuschieben. Hier zeigte sich erneut: Die Betriebsräte orientierten sich an der Leitvorstellung eines leistungsbezogenen Produktivitätsbündnisses, in dem sie sich selbst als „Erzieher" der Belegschaft, als disziplinierende Kraft verstanden, die das Ziel verfolgte, die Krankenstände so niedrig wie möglich zu halten und gleichzeitig die sozialen Leistungen beständig zu erweitern.

Daß der zweite Aspekt, die Fürsorge und die sozialen Leistungen, nicht zu kurz kam und im allgemeinen Konsenspragmatismus unterging, wurde im Streit um die Rolle des Vertrauensärztlichen Dienstes in der Maxhütte besonders deutlich. Ihm warfen die Betriebsräte vor, die Arbeitnehmer schneller, als es eigentlich vertretbar sei, wieder gesund zu schreiben.[183] „Erhebliche Bedenken" bestanden insbesondere gegen die Behandlungspraxis des leitenden Vertrauensarztes, dessen „Objektivität" aus der Sicht der Betriebsräte nicht gewährleistet war. Dessen Interpretation des sensiblen Arzt-Patient-Verhältnisses schien ihnen zu einseitig unternehmens- und leistungsbezogen und zu wenig arbeitnehmerorientiert. Dieses Mißtrauen wuchs durch die Praxis der Betriebskrankenkasse, Arbeiter und Angestellte bereits nach fünf- oder sechstägiger Erkrankung zum Vertrauensarzt vorzuladen, um den Grad der Erkrankung feststellen zu lassen. Bei den Betriebsräten stieß dieses Verfahren auf erheblichen Widerstand, da so „auf die Person des Erkrankten keinerlei Rücksicht" genommen würde. In ihren Augen reichte es aus, die Diagnosen der Kassenärzte frühestens nach zwei oder drei Wochen durch die

schrift über die Sitzung des Vorstandes und der Vertreterversammlung der BKK Maxhütte vom 10. 7. 1956.

[181] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Mappe Betriebskrankenkasse, Niederschrift über die Aussprache mit den Kassenärzten vom 25. 9. 1956.

[182] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Mappe Betriebskrankenkasse, Niederschrift über die Sitzung des Vorstandes und der Vertreterversammlung der BKK Maxhütte vom 5. 12. 1956; folgendes nach ebenda.

[183] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Mappe Betriebskrankenkasse, Aktennotiz vom 29. 2. 1956; folgendes nach ebenda.

Vertrauensärzte noch einmal überprüfen zu lassen, und nur dann Ausnahmen zuzulassen, wenn es begründete Verdachtsmomente für einen Betrug gegenüber der betrieblichen Krankenkasse gebe. Zudem sollte es möglich sein, daß nach schweren Operationen oder Erkrankungen die Vorladung zum Vertrauensarzt noch später erfolgte und generell nicht dogmatisch, sondern abhängig vom individuellen Genesungsprozeß gehandhabt wurde. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen und die Arbeit des Vertrauensarztes besser überprüfen zu können, stellten die Betriebsräte im Vorstand der Krankenkasse den Antrag, zukünftig bei den auf Anweisung des Geschäftsführers durchzuführenden vertrauensärztlichen Untersuchungen zwei Vorstandsmitglieder hinzuzuziehen, um bei der Beurteilung der Fehlzeiten sowohl den Arbeitsplatz als auch die Dienstzeit des Beschäftigten zu berücksichtigen.[184] Nach kontroverser Diskussion und einem Rechtsgutachten des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und soziale Fürsorge, das insbesondere die Frage der Schweigepflicht der Vorstandsmitglieder klären sollte, fanden die Betriebsräte mit ihrem Plan eine Mehrheit für ihre Vorschläge. Die Niederlage für den Vertrauensarzt, der kurze Zeit später krankheitsbedingt aus der Maxhütte ausscheiden mußte, war damit besiegelt und deshalb besonders bitter, weil er sich nun auch noch in seinem Urteil vor Nicht-Medizinern verantworten mußte. Der Sieg hatte freilich auch eine Kehrseite. Denn die Versichertenvertreter übernahmen nun nicht nur die Aufgabe, die Arbeitnehmer vor dem strengen Regiment des Vertrauensarztes zu schützen, sondern wurden gleichsam unbemerkt selbst Teil des Überprüfungsmechanismus, dem sie sich schlechterdings nicht mehr entziehen konnten.

Genau das war der Fall; auch mit der neuen Regelung vermochte man den Anstieg des Krankenstandes nicht zu stoppen. Im Herbst 1956 wurden deshalb die örtlichen Kassenärzte konsultiert, die mit ihrer Analyse auch nicht lange auf sich warten ließen[185]: Der Wechsel des vertrauensärztlichen Dienstes war ihrer Einschätzung nach verantwortlich für den hohen Krankenstand. Die ständig wechselnden Vertrauensärzte neigten dazu, so ihr Argument, ihre Patienten zu schnell und zu leichtfertig für arbeitsunfähig zu erklären. Sie könnten das „verantwortungsvolle Amt" nicht angemessen ausfüllen. Ein Kassenarzt schlug deshalb vor, daß künftig Patienten, von denen angenommen werden könne, daß sie nicht oder nicht mehr arbeitsunfähig seien, sofort der Betriebskrankenkasse gemeldet werden sollten. Im Klartext hieß das nichts anderes, als daß die Mediziner sich nicht der Prämisse der Heilung und Prävention von Krankheiten, sondern der möglichst raschen Arbeitsaufnahme und produktiven Verwertungskraft ihrer Patienten verschreiben wollten. Dies hätte freilich einen eklatanten Bruch der ärztlichen Schweigepflicht zugunsten der Maxhütte dargestellt. Die Ärzte wären zu einem Instrument der sozialen und gesundheitlichen Kontrolle der Beschäftigten unter der Prämisse der Produktivitätsorientierung geworden und hätten damit nahtlos

[184] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Mappe Betriebskrankenkasse, Niederschrift über die Sitzung des BKK-Vorstandes der Maxhütte vom 26. 4. 1956; folgendes nach ebenda.

[185] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Mappe Betriebskrankenkasse, Niederschrift über die Aussprache mit den Kassenärzten vom 25. 9. 1956; folgendes nach ebenda.

an die leistungsmedizinischen Traditionen der NS-Zeit angeknüpft.[186] Einige der Ärzte mißbilligten diese Pläne, allerdings erfolgte die Ablehnung weniger aus rechtlichen oder moralischen als aus praktischen Erwägungen, denn schließlich war es nicht auszuschließen, daß die Patienten von der Informationsweitergabe erfuhren und sich künftig einen anderen Arzt suchten, was finanzielle Einbußen für die Mediziner zur Folge gehabt hätte. Zustimmung fand aber die Bewertung eines Kassenarztes, der meinte: „Wenn der behandelnde Arzt glaubt, daß er vom Patienten verkauft wird, muß er sofort Herrn G. [den Geschäftsführer der BKK] verständigen."[187] Auch die Versichertenvertreter und Betriebsräte widersprachen dem nicht, sie glaubten ebenfalls, daß ein wesentlicher Grund für die erhöhten Fehlzeiten in der Krankschreibungspraxis der Vertrauensärzte lag – ein Befund, der im offenen Widerspruch zu der heftigen Kritik stand, die der Betriebsratsvorsitzende nur wenige Monate zuvor geäußert hatte.

Die Gründe für die ambivalente Politik lassen sich keineswegs eindeutig klären. Vermutlich waren die Betriebsräte, die zugleich als Versichertenvertreter in die tägliche Arbeit der Betriebskrankenkasse eingebunden waren, besonders bereitwillig, ihre Rolle als kontrollierende und disziplinierende Sozialversicherungsanwälte der Belegschaft zu interpretieren. Zu große Nachsicht hätte ihre Glaubwürdigkeit untergraben – auch auf die Gefahr hin, von den normalen Kollegen angefeindet zu werden. Nur so blieben sie ein wichtiger Faktor im Betrieb, und nur so behielten sie ihren Einfluß, der freilich in den Auseinandersetzungen mit den Unternehmern immer wieder von neuem erkämpft werden mußte. Die Zwänge, die die Kasse als Institution organisierten Handelns schuf, normierte die Akteure durch ihre bloße Teilnahme am Spiel. Wollten sie am Ende nicht mit leeren Händen dastehen, blieb ihnen nichts anderes übrig, als sich den Regeln und Zielen zu unterwerfen, die die Organisation ihnen vorgab.[188] Die formalisierten Spielregeln waren aber weder starr noch existierten sie losgelöst von den Akteuren. Die Kritik Mertels an der bestehenden Praxis des vertrauensärztlichen Dienstes hatte eine der Regeln für die Mitspieler verändert, ohne die grundsätzliche Existenz der Betriebskrankenkasse in Frage zu stellen. Ihre Ausprägung erfuhr die Institution erst durch die Machtbeziehungen der handelnden Spieler und ihren Strategien. Indem die Versichertenvertreter der Argumentation der Arbeitgeber und ihren Interessen folgten, glaubten sie zugleich, ihre eigenen Interessen und die Verantwortung, die sie als Mandatsträger ausübten, wahrzunehmen. Es schien ihnen nicht mehr sinnvoll, ja strategisch kontraproduktiv, die Kritik des Betriebsratsvorsitzenden aufrechtzuerhalten.

Der Betriebsrat wurde damit zu einer „Grenzinstitution"[189], deren Aufgabe es war, im Spannungsfeld der unterschiedlichen Interessen von Versicherten, Ärzten und Betriebsleitung zu vermitteln. Seine, von manchem Gewerkschafter und So-

[186] Dazu ausführlich Winfried Süß, Der „Volkskörper" im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, München 2003 (im Druck).

[187] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Mappe Betriebskrankenkasse, Niederschrift über die Aussprache mit den Kassenärzten vom 25. 9. 1956.

[188] Vgl. Crozier, Friedberg, Zwänge, S. 69.

[189] Friedrich Fürstenberg, Der Betriebsrat – Strukturanalyse einer Grenzinstitution, in: KZfSS 10 (1958), S. 418–429, hier S. 426.

zialforscher beklagte „institutionell schwache Autorität“[190] führte im Falle der betrieblichen Sozialpolitik mitnichten zu einer „Gefährdung der Integration des Betriebes“[191] – im Gegenteil. Erst durch die Teilhabe seiner Vertreter an den unterschiedlichen Institutionen betrieblicher Sozialpolitik konnte der intermediäre Charakter des Betriebsrates seine volle Wirkung entfalten, die vor allem darin bestand, als Interessenvertreterin des Faktors Arbeit die Ansprüche der Belegschaft an den Produktivitätszuwächsen der Hütte zu artikulieren und gleichzeitig die Wunschvorstellungen mit den betriebswirtschaftlichen Möglichkeiten in Einklang zu bringen. Damit verknüpften der Betriebsrat als Institution und seine Akteure als strategische Spieler zwei konkurrierende Handlungslogiken, die sich immer wieder in unterschiedlichen Konfigurationen und Machtbeziehungen wiederholten und zu Kompromissen zwangen, letztlich aber doch zu beachtlichen Ergebnissen führten. Die Erfolge und der Reputationsgewinn der Betriebsräte lagen sicherlich auch daran, daß ihnen die konjunkturelle Entwicklung der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie genügend Spielraum verschaffte, um als betriebliche Sozialpolitiker in Erscheinung zu treten. Im wirtschaftlichen Wiederaufbau der Nachkriegsjahre bot sich für die Betriebsräte in der betrieblichen Sozialpolitik ein bislang unbekanntes Aktionsfeld, von dem die Beschäftigten unmittelbar profitierten und aus dem die Betriebsräte eine besondere Legitimation erhielten.

3. Arbeit und Arbeiter im Betrieb

a) Beschäftigtenstruktur, Lohnentwicklung und soziale Lage

1950/1951 waren die Folgen der Währungsreform, die den Arbeitsmarkt so spürbar in Turbulenzen verwickelt hatten, beinahe überwunden: Die Kündigungen konnten rückgängig gemacht werden, und neue Kräfte wurden eingestellt, so daß die Zahl der Beschäftigten mit 6643 bei der Maxhütte bereits den höchsten Stand der Unternehmensgeschichte erreichte; 1951/1952 stieg sie nochmals auf 7035, ein weiteres Jahr später auf 7277, um schließlich im September 1955 beinahe 8000 zu erreichen.[192] Die Ungleichzeitigkeit der Personalentwicklung in Rosenberg und Haidhof blieb auch nach der Währungsreform erhalten; denn in Haidhof dauerte es noch gut ein Jahr länger als in Rosenberg, bis der Beschäftigtenverlust des Jahres 1948 ausgeglichen war, und hier wurden auch in den folgenden Jahren keine vergleichbar hohen Zuwächse verbucht wie im Stammwerk.

Was verbirgt sich hinter diesen dürren Zahlen? Wie veränderte sich die Struktur der Belegschaft durch die Neueinstellungen? Waren hier deutliche Umschichtungsprozesse zu erkennen? Unterschieden sich die Arbeiter und Angestellten der Maxhütte von denen der BBI, und wenn ja, wodurch? Machten sich die anziehende Konjunktur und die technischen Innovationen im Arbeitsalltag und auch

[190] Friedrich Fürstenberg, Grundfragen der Betriebssoziologie, Köln u.a., 1964, S. 158f.
[191] Dahrendorf, Sozialstruktur, S. 34f.
[192] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 199, Sozialbericht für das Geschäftsjahr 1954/55, S. 6.

im Portemonnaie der Beschäftigten bemerkbar? Und schließlich: Waren die Arbeiter zufrieden mit der Entwicklung oder hatten sie sich mehr versprochen?

Alter, Betriebszugehörigkeit und Ausbildung von Arbeitern und Angestellten

Die Zahl der Beschäftigten hatte bei der BBI 1951 mit rund 1500 ihren Höhepunkt erreicht, in den fünfziger Jahren schwankte sie zwischen 1300 und 1400. 1959 lag das Durchschnittsalter der Gesamtbelegschaft mit 39 Jahren nur um 0,8 Jahre über dem Stand von 1948, da bei Entlassungen darauf geachtet worden war, vor allem diejenigen zu kündigen, die zuletzt eingestellt worden waren.[193] Ein Arbeiter bei der BBI war im Durchschnitt 38,3 Jahre alt, ein Angestellter dagegen 43,7 Jahre, was seinen Grund vor allem in den längeren Ausbildungs- und Studienzeiten hatte.

Die Unternehmensleitung war damit ihrem Ziel, eine feste, eng an die „BBI-Familie" gebundene Stammbelegschaft aufzubauen, durchaus nahegekommen, mußte aber zugleich im Auge behalten, daß die Belegschaft nicht zu überaltern begann. Das durchschnittliche Dienstalter der Gesamtbelegschaft lag 1959 bei 13,6 Jahren. Die betrieblichen Sozialleistungen scheinen vor allem innerhalb der Arbeiterschaft zu einer allgemeinen Zufriedenheit mit ihrem Betrieb geführt zu haben. Wer bei der BBI arbeitete, der blieb dort, was sich auch darin äußerte, daß Wackersdorf von dem allgemeinen Abwanderungssog in strukturstärkere Regionen fast ganz verschont blieb.[194] Rund ein Viertel der Arbeiterschaft, die 1958/1959 bei der BBI beschäftigt war, arbeitete bereits seit der NS-Machtergreifung bei der BBI, rund 31 Prozent war seit Kriegsbeginn im Wackersdorfer Tagebau beschäftigt. Die Arbeiter, die zwischen 1945 und 1948 bei der BBI angefangen hatten und unter denen sich zahlreiche Flüchtlinge befanden, bildete mit 34,6 Prozent oder 388 Personen die größte Gruppe innerhalb der Belegschaft. Die Integration der Flüchtlinge in den Arbeitsprozeß war soweit gelungen, daß sie dauerhaft blieben und nicht in andere Branchen abwandern wollten. Für die jungen Lehrlinge in den Handwerks-, Gleis- und Reparaturbetrieben bot die BBI eine dauerhafte Berufsperspektive. In der Regel wurden fast alle Lehrlinge übernommen, zumal bei ihrer Auswahl schon darauf geachtet worden war, möglichst nur solche jungen Männer einzustellen, die durch Vater, Bruder oder andere Verwandte eine persönliche Bindung zur BBI hatten. Sie sahen in der BBI nicht nur eine Stätte des eigenen Broterwerbs, sondern die neue, eigene „Betriebsfamilie".

Auch die Maxhütte verfolgte mit Nachdruck das Ziel, eine feste Stammarbeiterschaft mit möglichst enger Werksbindung aufzubauen, und das nicht ohne Erfolg: Die Hochofenbelegschaft setzte sich 1953 zu über 60 Prozent aus Arbeitern zusammen, die in den Jahren nach 1945 zur Maxhütte gestoßen waren; 7,5 Prozent von den insgesamt 483 Arbeitern in diesem Werksteil hatten bereits vor 1918 bei

[193] Im Frühjahr 1958 war saisonal bedingt 48 Arbeitern gekündigt worden. Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959; Zahlenangaben zur Belegschaftsentwicklung nach ebenda.

[194] Zur Bevölkerungsbewegung in der Oberpfalz und in Bayern vgl. Angaben in Statistisches Jahrbuch für Bayern 1958, S. 41. Die Oberpfalz gehörte zur Region, die die höchsten Bevölkerungsverluste hinnehmen mußte.

der Maxhütte gearbeitet, 18,6 Prozent hatten in der Weimarer Republik dort eine dauernde Beschäftigung gefunden und 11 Prozent zwischen 1933 und 1939. Bei der Hochofenbelegschaft lag der Anteil der neuen Belegschaftsmitglieder leicht über dem Werksdurchschnitt. Viele derjenigen, die zwischen 1945 und 1947 zur Maxhütte kamen, waren sudetendeutsche Flüchtlinge; ihr Anteil lag bei den Hochofenarbeitern bei 33,5 Prozent und damit weit über dem Betriebsdurchschnitt.

Insgesamt war etwa jeder fünfte Maxhüttenarbeiter zu Beginn der fünfziger Jahre ein Flüchtling. Sie waren allerdings sehr unterschiedlich auf die einzelnen Betriebsteile und Werksbereiche verteilt: In Haidhof bewegte sich ihr Anteil knapp unterhalb des Durchschnitts, in den Gruben von Auerbach und Sulzbach lag er nur zwischen 12 und 13 Prozent, in Rosenberg hingegen waren 23 Prozent der Beschäftigten Flüchtlinge, in Fronberg 30 Prozent und im Kalkwerk Vilshofen sogar mehr als 37 Prozent. Die Attraktivität der Maxhütte als krisensicherer Arbeitgeber in einer strukturschwachen Region scheint auch hier – wie bei der BBI insgesamt – auf Einheimische wie Flüchtlinge gleichermaßen anziehend gewirkt zu haben. Jedenfalls gab kaum einer der Beschäftigten, der in den Nachkriegswirren in der Eisen- und Stahlindustrie gelandet war, seinen Arbeitsplatz wieder auf.

Die Fluktuationsquote in den Abteilungen des Hochofens hielt sich mit kleineren Schwankungen bei rund 10 Prozent. Das entsprach einer „normalen" Entwicklung[195], die keinen größeren Anlaß zur Sorge bot, wie sozialwissenschaftliche Experten versicherten.[196] Die Furcht vor der großen Fluktuation, die das Unternehmen nach Ende des Krieges beschäftigt hatte, erwies sich hier wie auch im Wackersdorfer Tagebau im Laufe der fünfziger Jahre immer mehr als gegenstandslos. Das zeigte nicht nur der allgemeine Trend der Fluktuationsbewegung, sondern war auch an den Gründen, die für das Ausscheiden der Arbeiter verantwortlich waren, erkennbar[197]:

Zu Beginn der fünfziger Jahre bildeten Kündigungen durch die Arbeitgeber die Ausnahme. Einige Jahre später hatte sich das Bild bereits verändert: 1955/1956 waren bei 961 Zugängen nur 461 Abgänge zu verzeichnen; etwas weniger als die Hälfte davon erfolgte durch die Kündigung der Arbeitnehmer, etwa 20 Prozent durch Entlassung, und rund 24 Prozent schieden durch Invalidität oder Tod aus. Die Veränderungen der Arbeitskräftenachfrage wurde besonders in dem Verhältnis zwischen Kündigungen durch die Arbeitnehmer beziehungsweise durch die Arbeitgeber deutlich, das sich erheblich zugunsten des Personalbüros der Maxhütte verschoben hatte. Die Maxhütte konnte ihren Arbeitskräftebedarf ohne große Mühen befriedigen, sie konnte die natürlichen Abgänge auffangen und mußte nicht fürchten, daß unzufriedene Arbeiter ihr in großen Scharen den Rükken kehrten.

[195] Im Stahlwerk lag die Fluktuationsquote im gleichen Zeitraum bei 10,3 Prozent, im Walzwerk etwas niedriger mit 7,0 Prozent; Angaben nach IGM-ZA im AdsD, WWI, 359, Bericht, Teil II., 2/Stahlwerk, 3/Walzwerk.

[196] IGM-ZA im AdsD, WWI, 359, Bericht, Teil II., 1/Hochofen.

[197] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 199, Sozialbericht für das Geschäftsjahr 1954/1955, S. 15.

1953 war der typische Hochofenarbeiter[198] dieser Jahre seit 1940 bei der Maxhütte beschäftigt und etwa um 1910 geboren; 23,8 Prozent der Arbeiter (115) waren noch vor der Jahrhundertwende zur Welt gekommen, die größte und durch die Flüchtlinge deutlich gestärkte Gruppe war die Alterskohorte zwischen 1900 und 1914 mit 37,3 Prozent (180). Nur 43 Männer (8,9 Prozent) gehörten der Altersgruppe der im Ersten Weltkrieg Geborenen an, deren Anzahl noch kleiner war als die Gruppe derjenigen, die nach 1931 geboren waren und seit etwa 1950 am Hochofen arbeiteten. Angesichts des schnellen Wachstums und der Modernisierung der Maxhütte, die das umfangreiche Investitionsprogramm des Vorstandes forciert hatte, veränderte sich die Struktur der Belegschaft deutlich: 1959 waren 22 Prozent aller Arbeiter erst seit weniger als fünf Jahren bei der Maxhütte beschäftigt. Sie bildeten damit eine beinahe genauso große Gruppe wie diejenigen, die bereits auf eine Dienstzeit von 20 bis 45 Jahren zurückblicken konnten. Mehr als 60 Prozent der Arbeiter waren jünger als 40 Jahre, das Durchschnittsalter lag wie bei der BBI bei etwa 39 Jahren und hatte sich seit 1948 nur leicht erhöht. Allerdings standen die Unternehmen der ostbayerischen Montanindustrie damit vor ähnlichen Problemen wie beispielsweise die Dortmunder Westfalenhütte, wo das Durchschnittsalter der Arbeiter zur gleichen Zeit bei knapp 37 Jahren lag.[199] Denn auch dort fürchtete man, daß die zahlreichen neuen, unerfahrenen Belegschaftsmitglieder nicht oder nur langsam die Lücken füllen konnten, die durch die Kriegsverluste der Altersgruppe zwischen 30 und 40 Jahren entstanden war.[200]

Angestellte

Die Zahl der Angestellten stieg bei der Maxhütte nach 1945 kontinuierlich. Selbst in den Krisenjahren zwischen 1948/1949 und 1949/1950, als die Gesamtbelegschaft insgesamt schrumpfte, erhöhte sie sich von 516 auf 549. Während im Jahr der Währungsreform der Anteil der Angestellten an der Gesamtbelegschaft noch bei rund 7,9 Prozent lag, war er zehn Jahre später auf 10,7 Prozentpunkte gestiegen; im Geschäftsjahr 1958/1959 waren damit von 8106 Beschäftigten 859 Angestellte.[201] Die Gründe für diesen kontinuierlichen Anstieg hatten weniger mit den innerbetrieblichen Aufstiegschancen oder der Möglichkeit des Übergangs vom Arbeiter- ins Angestelltenarbeitsverhältnis zu tun als mit den technischen und administrativen Neuerungen eines expandierenden Betriebes, der mehr Ingenieure, technische Zeichner und besondere Fachkräfte für den Verkauf, die Lohnbuchhaltung und Steuerabteilung brauchte, um die immer größer werdenden Aufgaben zu bewältigen. Dies betraf vor allem die neu gebauten Abteilungen in Haidhof und Rosenberg, aber auch das Rohrwerk, das für die leistungsfähigeren Produktionsanlagen dringend technische Führungskräfte, Meister und spezielle

[198] IGM-ZA im AdsD, WWI, 359, Bericht, Teil II., 1/Betriebsgruppe Hochofen, Generationsgruppen.
[199] Vgl. Lauschke, Hoesch-Arbeiter, S. 135.
[200] Für die Westfalenhütte zusammenfassend ebenda, S. 132–141.
[201] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 202, Sozialbericht der Maxhütte für das Geschäftsjahr 1958/1959.

Fachingenieure benötigte.[202] Die Maxhütte behalf sich hier mit Neueinstellungen, setzte aber in stärkerem Maße auch auf den kaufmännischen Nachwuchs aus den eigenen Reihen, der nach der Lehrzeit gleich einen gesicherten Arbeitsplatz erhielt, was ebenfalls dazu beitrug, den Anteil der Angestellten an der Belegschaft zu erhöhen.

Mit den verstärkten Neueinstellungen veränderte sich auch die Altersstruktur der Belegschaft: Im Geschäftsjahr 1958/1959 war beinahe die Hälfte aller Angestellten jünger als 35 Jahre und hatte nur noch in Ausnahmefällen den Zweiten Weltkrieg als aktive Soldaten erlebt; bei den Arbeitern dagegen lag der Anteil der unter 35jährigen mit rund 40 Prozent deutlich niedriger. Etwa ein Viertel aller Angestellten war zwischen 1945 und 1949 eingestellt worden, unter ihnen ein erheblicher Teil an Flüchtlingen. Neben den vielen jüngeren Angestellten verfügte das Unternehmen allerdings auch noch über einen Kern von älteren und erfahrenen Angestellten, in deren Obhut die neuen kaufmännischen Angestellten und Lohnbuchhalter ihre ersten beruflichen Erfahrungen machen konnten: Rund 23 Prozent waren bereits zwischen 15 und 25 Jahren bei der Maxhütte und immerhin 14 Prozent derjenigen, die zwischen Gründung der Weimarer Republik und der nationalsozialistischen Machtergreifung 1933 in den Hütten und Gruben Arbeit gefunden hatten, waren 1959 immer noch hier tätig.[203]

Der Weg in die Konsumgesellschaft

Es ist schwer zu sagen, wie durchlässig die Grenzen zwischen Arbeitern und Angestellten waren, wie vielen Arbeitern der Sprung nach oben gelang. Klar ist aber, daß im Hinblick auf den Konsum ein langsamer Prozeß der Angleichung stattfand – und das vor dem Hintergrund eines allgemein steigenden Konsumniveaus im Verlauf der fünfziger Jahre. Ein Blick in die Haushaltsrechnungen verdeutlicht diese Entwicklung[204]: In Arbeiterhaushalten wurde 1949 zwar noch immer mehr für Nahrungsmittel ausgegeben als bei Beamten und Angestellten, doch hatte sich die Spanne zwischen 1927/1928 und 1949 ebenso deutlich verringert wie die absoluten Ausgaben für die Lebenshaltung.[205] Zwischen 1949 und 1953 stieg das

[202] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 199, Sozialbericht zur Aufsichtsratssitzung im Januar 1954, S. 14f.

[203] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 202, Sozial-Bericht der Maxhütte für das Geschäftsjahr 1958/1959, S. 14.

[204] Angaben nach „Der Einfluß der Einkommenshöhe, der sozialen Stellung und der Gemeindegrößenklasse auf die Verbrauchsstruktur von Arbeitnehmerhaushalten", in: Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes 82 (1950), S. 178–181, S. 179. Auf Gemeindeebene liegen Daten über die Haushaltsrechnungen von Arbeiterhaushalten nicht vor. Vorhanden sind lediglich die aggregierten Daten des Bayerischen Statistischen Landesamtes. Aufgrund der Spitzenstellung bei den Löhnen und den betrieblichen Sozialleistungen wird der Abschied von der Proletarität bei der BBI vermutlich sogar bereits früher als in anderen Branchen begonnen haben. Mit privaten Haushaltsrechnungen als historischer Quelle hat auch Michael Wildt, Der Weg in die Konsumgesellschaft. Mangelerfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994, gearbeitet. Allerdings sind seine weiterreichende Schlußfolgerungen nicht immer zwingend, da sich sein Quellenmaterial vor allem auf Hamburg konzentriert und spezifische ländliche Entwicklungen damit kaum angemessen erfaßt werden können.

[205] Die Haushaltsrechnungen für das Jahr 1927/1928, in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1938, Berlin 1938, S. 325–329, und für das Jahr 1937, in: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1941/1942, Berlin 1942, S. 448; dazu ausführliche Angaben auch bei Erker, Ernährungskrise, S. 398.

durchschnittliche Monatseinkommen eines bayerischen Arbeiters von 318 DM auf 431 DM, und damit das ausgabenfähige Einkommen um annähernd 35 Prozentpunkte.[206] Für die Arbeiter in den Montanunternehmen traf diese Entwicklung noch stärker zu, da ihre Löhne durch besondere betriebliche Vergünstigungen und tarifvertragliche Regelungen über dem durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen lagen.

Das machte sich auch beim Verbrauch bemerkbar: Zwischen 1949 und 1953 stieg der absolute Anteil der Ernährungsausgaben, während sich der relative Anteil an den Gesamtausgaben reduzierte[207]; 1950 erreichte die Ernährungslage der Arbeiterhaushalte etwa wieder den Stand der Vorkriegszeit. Arbeiter mußten nun aber einen geringeren Teil ihres Lohnes für Essen und die Ernährung ihrer Familien ausgeben.[208] Die Hungerjahre nach 1945, die viele Beschäftigte noch Jahre später lebhaft in Erinnerung hatten[209], waren zu Beginn der fünfziger Jahre langsam zu Ende gegangen. Bei der BBI- und Maxhüttenbelegschaft verlief dieser Prozeß ähnlich, vermutlich sogar noch schneller. Das lag zum einen an den vergleichsweise hohen Löhnen in der Montanindustrie, zum anderen aber auch an den positiven Auswirkungen des betriebseigenen und staatlichen Wohnungsbaus. Die Bergarbeiterfamilien wurden beim Bau von Wohnungen unterstützt, und ihre Mieten waren durch das Werk subventioniert, was zur Folge hatte, daß mehr Geld für den Verbrauch und den Konsum zur Verfügung stand.[210]

Viel war das immer noch nicht. Den Arbeitnehmerhaushalten bot sich zu Beginn der fünfziger Jahre „nach wie vor nur die Möglichkeit einer auf das Mindestmass beschränkten Lebenshaltung."[211] Die vierköpfige Familie eines Meisters bei der Maxhütte, der 1951 438,60 DM[212] nach Hause trug und damit über dem bayerischen und betrieblichen Durchschnitt lag, gab von ihren täglichen Ausgaben rund 70 Prozent für Essen, Brot und Milch, Butter und Wurst aus; die Kosten für Obst und Schokolade, Kaffee, Bier oder andere Genußmittel waren in diesem Haushaltsposten genauso wenig enthalten wie das Fahr- und Schuldgeld der Kinder und die Kosten für die Lehrbücher. Als „zusätzliche Sonderausgaben" belasteten den Haushalt Miete, Licht und Brennmaterial, Schuhreparaturen und neue Kleidung; pro Jahr, so die Berechnung, reichte das Budget gerade, um einen neuen Anzug, zwei Hemden, zwei Hosen und ein neues Paar Schuhe für beide Eltern-

[206] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1952, S. 276f.; Statistisches Jahrbuch für Bayern 1955, S. 347.

[207] So auch Erker, Ernährungskrise, S. 399; vgl. ebenfalls Günther Thiede, Wandel der Ernährungskosten von 1950 bis 1954 unter dem Einfluß von Mengen-, Preis- und Qualitätsveränderungen, in: Agrarwirtschaft 4 (1955), S. 272–277; vgl. auch „Die Ernährung in Arbeitnehmerhaushalten in Bayern 1950/1951", in: Bayern in Zahlen 6 (1952), S. 321–324.

[208] Vgl. Erker, Ernährungskrise, S. 404; dazu „Struktur der Ernährungsausgaben von Arbeitnehmerhaushalten 1937 (Reich) und 1950/1951 (Bayern)", in: Bayern in Zahlen 6 (1952), S. 323.

[209] BBB, H. 67, 1967, S. 23.

[210] „Der Einfluß der Miete auf die Verbrauchsstruktur in Arbeitnehmerhaushalten" in: Bayern in Zahlen 7 (1953), S. 106.

[211] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Denkschrift der IG Metall-Bezirksleitung München: Wie lebt eine Arbeitnehmerfamilie", April 1954.

[212] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, 8, Ausgaben für den Unterhalt einer 4-köpfigen Familie, vom 15. 6. 1951; die Angaben, die den Berechnungen zugrunde liegen, spiegeln eher den Verbrauchshaushalt einer Arbeiterfamilie wider, die an der Spitze der Lohnpyramide stand; insgesamt dürften die Dispositionsmöglichkeiten deutlich geringer gewesen sein.

teile zu erwerben, insgesamt beliefen sich die Ausgaben dafür jährlich auf rund 190 DM. Große Sprünge waren also nicht zu machen, an private Versicherungen war kaum zu denken, geschweige denn an eine Urlaubsreise. Am unteren Ende der betrieblichen Lohnskala war die Lage selbstverständlich noch düsterer, und wie schwer mußten es erst die Arbeitnehmer in weniger herausgehobenen und nicht so gut dotierten Positionen haben?[213] Doch auch hier ging es langsam aufwärts.

In den fünfziger Jahren setzte sich diese Entwicklung weiter fort. Die Reallöhne stiegen zwischen 1950 und 1955 bundesweit um 5,3 Prozent und zwischen 1955 und 1960 um weitere 5,0 Prozent.[214] Mit wöchentlichen Bruttolöhnen von 115,13 DM im November 1957 gehörte der bayerische Bergbau zur Spitze im Freistaat.[215] Allerdings blieben die Lohnabschlüsse im bayerischen Braunkohlentagebau nach wie vor rund 15 Prozent hinter denen des Rheinlandes zurück.[216] Während der durchschnittliche Wochenverdienst eines Arbeiters in Peißenberg im Februar 1955 bei 95,43 DM lag, fand sein Kumpel in der Oberpfalz nur 80,62 DM[217] in seiner Lohntüte.

In der Bayerischen Braunkohlen-Industrie verdiente 1957 ein verheirateter, angelernter Arbeiter mit zwei Kindern jährlich 5737,89 DM.[218] Darin waren 120 DM Hausstandsgeld sowie 120 DM Kindergeld enthalten, die ihm tarifvertraglich zustanden, sowie der Anspruch auf Deputate im Wert von rund 180 DM. An die Süddeutsche Knappschaft, die bergmännische Sozialversicherung, mußte er rund 670 DM abführen, so daß er 5063,58 DM im Jahr oder knapp 422 DM im Monat für seine Familie und sich zur Verfügung hatte. Was dieses Einkommen für die Versorgung der Arbeiterfamilien bedeutete, welche Ausgaben an Priorität gewannen, welche an Bedeutung verloren, wie – mit anderen Worten – der Weg in die Konsumgesellschaft aussah, zeigt sich deutlich an den Ausgaben für Lebensmittel[219]:

[213] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Denkschrift der IG Metall-Bezirksleitung München: Wie lebt eine Arbeitnehmerfamilie", April 1954, S. 2.

[214] Vgl. Martin Osterland u.a. (Hrsg.), Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt am Main 1973, S. 112.

[215] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1958, Durchschnittliche Wochenarbeitszeit und Bruttoverdienste der Industriearbeiter im November 1957 und Februar 1958, S. 319; die Zahlen enthalten die Angaben für Braun- und Pechkohle zusammen. In den Wintermonaten waren die Verdienstmöglichkeiten zumindest bei der BBI höher, weil der Energiebedarf dann besonders groß und die Arbeitszeit dementsprechend lang war. Folglich täuschen die Zahlen ein etwas zu hohes Lohnniveau vor. Andere Branchen, wie zum Beispiel der Erzbergbau, die Metall- und auch die Eisen- und Stahlindustrie, erreichten in den Sommermonaten bei etwa gleicher Stundenzahl ein ähnliches, oft auch höheres Lohnniveau. Freilich lag der Bergbau auch in seinen schlechten Monaten immer noch weit im oberen Drittel der Einkommenspyramide. Ebenda.

[216] Jahrbuch 1958/1959. Hrsg. vom Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau, Bochum, S. 395 und S. 399; im Vergleich mit den anderen westdeutschen Braunkohletagebauen lag die BBI weiterhin nach Hessen an letzter Stelle.

[217] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1955, Wochenarbeitszeit und Effektivlöhne der im Bergbau tätigen Arbeiter 1952 und 1955, S. 31. Im Vergleich zu den erheblich kleineren Braunkohlengruben des ostbayerischen Reviers waren die Effektivlöhne der BBI allenfalls durchschnittlich. Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 3799, Korrespondenz der BBI mit IG Bergbau: Effektivlöhne im Braunkohlenbergbau der ersten fünf Monate 1954 (undatiert).

[218] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959.

[219] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1958, S. 328f. Die Berechnung erfolgte für 4-Per-

Bayerische Arbeitnehmerfamilien mit einem vergleichbaren Einkommen wie bei der BBI gaben 1957 nur noch 47,2 Prozent ihres monatlichen Verdienstes für Nahrungsmittel aus, während es 1950 noch 54,9 Prozent gewesen waren. Die gestiegenen Reallöhne machten den Speiseplan abwechslungsreicher. Die Ausgaben für die wichtigsten Versorgungsgüter wie Brot, Milch und Kartoffeln sanken sowohl absolut als auch real, während Fleisch, Fisch und Wurst nun auch in Arbeitnehmerhaushalten häufiger auf den Tisch kamen.

Das galt auch für die Hüttenarbeiter, die wie ihre Kollegen aus dem Tagebau und den Eisenerzwerken ebenfalls deutlich mehr in ihrem Portemonnaie hatten. Bayernweit lagen die Brutto-Verdienste der männlichen Arbeiter in der eisenschaffenden Industrie in der Regel knapp hinter den Spitzenverdiensten des Pechkohlenbergbaus auf Rang zwei der Lohnpyramide, allerdings mit weitem Abstand vor anderen Industriezweigen wie beispielsweise der metallverarbeitenden und der chemischen Industrie[220]: Im Dezember 1950 verdienten männliche und weibliche Arbeitnehmer durchschnittlich noch 73,69 DM pro Monat, bis November 1955 war der Brutto-Verdienst auf 113,34 DM angestiegen, 1956 erreichte er 120,97 DM; in der chemischen und metallverarbeitenden Industrie waren im gleichen Zeitraum die Löhne von rund 63 DM auf nur 84 DM beziehungsweise 87 DM angestiegen.

Die Verdienstmöglichkeiten differierten bei der Maxhütte je nach Betriebsteil beträchtlich[221]: Im Rohrwerk stieg der durchschnittliche Nominallohn von 1,41 DM im Oktober 1953 auf 2,59 DM im September 1957, während er in Haidhof mit 2,52 DM etwas niedriger, aber noch über dem der Gruben in Auerbach und Sulzbach lag. Auch innerhalb der Werke und Betriebsteile gab es große Unterschiede: Ein Arbeiter am Hochofen des Werkes Rosenberg erhielt im Januar 1953 1,72 DM Effektivstundenlohn; nur unwesentlich wich er im Walzwerk mit 1,74 DM davon ab. Die besten Verdienstmöglichkeiten hatten die Arbeiter im Stahlwerk, die es auf 1,83 DM in der Stunde brachten. Ein weiteres Kriterium für die Höhe des Lohnes war neben dem Produktionsbereich das Alter der Beschäftigten. Egal ob am Hochofen, im Walz- oder im Stahlwerk: Am wenigsten verdienten die jungen, oftmals erst kurze Zeit bei der Maxhütte beschäftigten Arbeiter, die nach 1931 geboren waren.[222] Besonders auffällig war dies im Stahlwerk. Hier bekamen die Jungarbeiter und Lehrlinge 40 Pfennig weniger in der Stunde als die zwischen 1900 und 1914 geborenen Spitzenverdiener.[223]

Auch die Länge der Werkszugehörigkeit beeinflußte den Verdienst erheblich[224]: Die Hochofenarbeiter, die zwischen 200 und 299 DM mit nach Hause brachten

sonenhaushalte, deren monatliche Verbrauchsausgaben 1950 bei 200 bis 350 DM, 1953 bei 275 bis 450 DM und 1957 bei 300 bis 500 DM lagen. Das durchschnittliche Einkommen eines BBI-Arbeiters fiel bei allen Stichjahren in den angegebenen Bereich der monatlichen Ausgaben, so daß Rückschlüsse auf die Vebrauchsstruktur der Braunkohlenarbeiter zulässig sind.

220 Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1958, S. 312.

221 DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 202, Sozial-Bericht der Maxhütte für das Geschäftsjahr 1958/1959, Entwicklung der Normalstundenlöhne für Voll-Lohnempfänger.

222 IGM-ZA im AdsD, WWI, 359, Bericht, Teil II., 1/Betriebsgruppe Hochofen/Stahlwerk, Walzwerk, Generationsgruppen; Angaben nach ebenda.

223 Dies galt auch für das Walzwerk und den Hochofen; ebenda.

224 IGM-ZA im AdsD, WWI, 359, Bericht, Teil II., 1/Betriebsgruppe Hochofen, Bruttoverdienstgruppen.

(9,5 Prozent), waren in der Regel erst seit 1942 bei der Maxhütte; wer zwischen 300 und 399 DM verdiente (30 Prozent), arbeitete im Durchschnitt seit 1941 in der oberpfälzischen Stahlindustrie, und die Arbeiter in der höchsten Lohngruppe mit 400 bis 499 DM (53,4 Prozent) arbeiteten seit 1939 in der Hütte. Der Verdienst der Sudetendeutschen am Hochofen lag trotz ihrer relativ kurzen Werkszugehörigkeit bereits 1953 leicht über dem Durchschnitt der Gesamtbelegschaft. Ihre Ursache dürfte diese Entwicklung, die in ähnlicher Weise auch im Stahlwerk zu beobachten war, im hohen Ausbildungsstand der Flüchtlinge gehabt haben, die bereits nach einer kurzen Anlernzeit beschäftigt werden konnten.

Blickt man über die einzelnen Betriebsteile hinaus, so zeigt sich trotz aller Differenzierungen in der Montanindustrie wie auch in der gesamten bayerischen Wirtschaft eine seit etwa 1948 einsetzende Tendenz zur Nivellierung der Nominallohneinkommen[225], die mit einem inneren Umschichtungsprozeß der Arbeiterschaft verbunden war. Betrug der Unterschied in den Brutto-Wochenverdiensten zwischen männlichen Facharbeitern und angelernten Arbeitern im Dezember 1950 noch rund 3,60 DM, so war er 1956 auf wenige Pfennige zusammengeschmolzen; allerdings hatte sich im gleichen Zeitraum, in dem die Differenz zwischen Facharbeitern und Angelernten zunehmend geringer geworden war, der Abstand zwischen den höchsten Lohngruppen und den ungelernten Arbeitern – wenn auch nur unwesentlich – vergrößert. Bei der Maxhütte lag das vor allem an den Akkordarbeitern, deren Stundenlohn unmittelbar von ihrer eigenen Mengenleistung abhängig war.[226] Zwischen 1952 und 1957 stieg ihr Verdienst um knapp 15 Pfennige in der Stunde mehr als jener der Zeitlöhner, die einen festen Ecklohn und auch Leistungszulage erhielten. Ein wichtiger zusätzlicher Faktor für den Verdienst waren zudem die Sonn- und Feiertagsschichten, die mit der Hausse auf dem Stahlmarkt und der allgemein gebesserten Wirtschaftslage seit dem Korea-Boom an Bedeutung gewannen.[227]

Mit Beginn der Rationalisierungs- und Modernisierungsbemühungen waren spätestens seit 1952 erhebliche Anstrengungen unternommen worden, trotz der schrittweise sinkenden Wochenarbeitszeit von 48 auf 45 Stunden die verfahrenen Schichten insgesamt zu steigern. Dies verlangte Neueinstellungen, erhöhte aber zugleich die Belastung für die Arbeitnehmer, die auch verstärkt an den Sonn- und Feiertagen in den Betrieb kommen sollten. Die Arbeit an diesen Tagen war allerdings besonders lukrativ, da die Arbeitnehmer einen Zuschlag von 75 Prozent erhielten.[228] Besonders in der Hochphase der Investitionen zwischen 1953–1956 summierte sich die Anzahl der verfahrenen Stunden an Sonn- und Feiertagen bei der Maxhütte auf einen Stand, der deutlich höher als der westdeutsche Durchschnitt war: Im Geschäftsjahr 1954/1955 lag der Anteil dieser verfahrenen Stunden bei 7,2 Prozent, im gesamten Bundesgebiet bei lediglich 6,4 Prozent; im darauffolgenden Jahr ging die Schere noch weiter auseinander; erst im September

[225] Vgl. Erker, Ernährungskrise, S. 304.
[226] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 202, Sozial-Bericht der Maxhütte für das Geschäftsjahr 1958/1959, Entwicklung der Normalstundenlöhne für Voll-Lohnempfänger.
[227] Vgl. Müller, Strukturwandel, S. 184–203.
[228] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 202, Sozial-Bericht der Maxhütte für das Geschäftsjahr 1956/1957, S. 37.

1957 fügte sich die Maxhütte in den allgemeinen Bundestrend ein. Besonders für die Arbeiter an den Hochöfen und in den Walzwerken dürften die Sonntagsschichten eine wichtige Einnahmequelle gewesen sein, auf die sie nur ungern verzichten wollten und deren höhere Belastung sie vielfach in Kauf nahmen.

Die hohe Arbeitsbelastung war der Preis, den viele Arbeiter für den langsamen Nivellierungs- und Umschichtungsprozeß bezahlen mußten. Dazu gehörte die Akkordarbeit genauso wie die Sonn- und Feiertagsschichten, die auch geringer qualifizierten Arbeitskräften ein größeres Stück vom „Wohlstandskuchen" sicherte. Es konnte trotz aller bestehenden sozialen Ungleichheiten keinen Zweifel geben: Die Arbeiterhaushalte begannen, ihre proletarische Enge zu verlassen. Das galt für die Arbeiter der oberpfälzischen Montanindustrie genauso wie für die Arbeitnehmer im Bundesgebiet. Zwischen 1950 und 1957 verdoppelte sich der private Verbrauch von 61,8 Mrd. DM auf 123 Mrd. DM[229]; das Leben von Arbeitern wurde damit etwas leichter, ihnen stand mehr Geld für Hausrat und Bekleidung, für Bildung und Erholung zur Verfügung, und auch Qualitätsprodukte und Luxusgüter hielten nun langsam Einzug in die Arbeiterhaushalte.[230]

Heirat, Familie, Kinder

Mit dem bescheidenen Wohlstand veränderte sich auch das Heiratsverhalten. In der unmittelbaren Nachkriegszeit war die Zahl der Eheschließungen in ganz Bayern auf den niedrigsten Stand seit dem Ersten Weltkrieg gesunken.[231] Die unsichere Lage hatte viele davon abgehalten, zu heiraten und eine Familie zu gründen. 1946 und 1947 stieg die Zahl der Eheschließungen aber rasch an und pendelte sich zu Beginn der fünfziger Jahre wieder auf dem Stand der Vorkriegszeit ein.

Bei der BBI war diese Entwicklung ebenso zu spüren: Der Anteil der Unverheirateten an der Gesamtbelegschaft war seit Kriegsbeginn kontinuierlich von 18,8 auf rund 4 Prozent im Mai 1945 gesunken.[232] Nach 1945 erreichte die Zahl der Unverheirateten in nur wenigen Monaten wieder das Niveau das Jahres 1939. Im Juli 1945 waren bereits wieder 7,3 Prozent der Arbeiter verheiratet, ein Jahr darauf hatte sich die Zahl mehr als verdreifacht. Der Höhepunkt wurde im Mai 1948 erreicht, als von 905 Arbeitern 318 oder rund 35 Prozent unverheiratet waren. 1959 waren von 1120 Arbeitern nur mehr 12,1 Prozent oder 136 ledig. Innerhalb von knapp zehn Jahren war ihr Anteil damit um 14 Prozent gesunken.[233] Bei der Maxhütte hatte der Anteil der Ledigen an der Gesamtbelegschaft 1948 ein ähnlich hohes Niveau wie bei der BBI erreicht, er nahm aber nicht mit der gleichen Geschwindigkeit ab: 1952 waren 23,5 Prozent der Arbeiter unverheiratet, 1959 noch immer 17,8 Prozent, rund fünf Prozent mehr als bei der BBI.[234]

[229] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1958, S. 324.
[230] Ebenda, S. 330.
[231] Ebenda, S. 24.
[232] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 3419, Familienstand der BBI-Belegschaft zwischen 1939 und 1949, Prozentangaben nach eigenen Berechnungen.
[233] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 3419, Jahresstatistik, Familienstand der BBI Vollarbeiter.
[234] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 196, Sozialbericht für das Geschäftsjahr 1951/1952, S. 4.

In der familiären Struktur der BBI-Belegschaft spiegeln sich unmittelbar die demographischen Verschiebungen der Kriegszeit wider, die für ganz Deutschland galten: Der Krieg hatte zu einem großen „Frauenüberschuß" beziehungsweise Männermangel geführt, der auch nicht durch Flüchtlinge und Vertriebene ausgeglichen werden konnte. Die unsichere wirtschaftliche und soziale Lage, die Versorgungsengpässe und Wohnungsnöte ließen viele vor einer Heirat zurückschrekken. In Wackersdorf war dies nicht anders. Erst nach der Währungsreform und vollends in den fünfziger Jahren stabilisierte sich die ökonomische Situation so weit, daß viele, genauso auch die Beschäftigten der BBI, wieder zuversichtlicher in die Zukunft schauten. Dort lag die Zahl der Arbeiterfamilien mit Kindern 1959 nur leicht unter dem Bundesdurchschnitt: 26,3 Prozent der Familien hatten ein Kind, 24,5 Prozent zwei Kinder, 9,3 Prozent drei Kinder und rund 6 Prozent der Arbeiter mehr als vier Kinder.[235] Die Unterschiede zwischen Arbeiter- und Angestelltenfamilien hatten sich dagegen am Ende der fünfziger Jahre bereits stärker als im bundesweiten Durchschnitt angeglichen.[236] Eine wichtige Voraussetzung für die Gründung einer Familie war vor allem für die Beschäftigten der Großbetriebe geschaffen worden: der werkseigene Wohnungsbau. In Wackersdorf war beispielsweise für viele Arbeiter durch die Umsiedlung der Gemeinde die Möglichkeit entstanden, im Rahmen der notwendigen staatlichen und betriebseigenen Wohnungsbauprogramme nicht nur in billige Werkswohnungen zu ziehen, sondern zudem durch staatliche und betriebliche Zuschüsse Wohnungseigentum zu erwerben.

Bei den umfangreichen Wohnungsbauprogrammen für die Neubergleute an der Ruhr war nach 1945 besonders darauf geachtet worden, daß innerhalb der Zechenkolonien Platz für Kleingärten blieb, in dem die Bergleute nach der Schicht Obst und Gemüse anbauen und vielleicht noch Ziegen, Hasen oder andere Tiere halten konnten. Die Planungen der Wohnungsbaugesellschaft bayerischer Kohlenbergwerke[237], die in Bayern für das bundesweite Bergarbeiter-Wohnungsbauprogramm und damit auch für Wackersdorf zuständig war, orientierten sich für alle Siedlungsbauten an einem ähnlichen Leitbild:

„Was der Bergmann von der Wohnung selbst, von ihrer Größe und Ausstattung verlangt, bleibt durchaus in einfachem bescheidenem Rahmen. Helle Freundlichkeit und Sauberkeit gehen ihm vor äußerem Schein. Darum steht auch der Wunsch nach der guten Stube, nach der ‚kalten Pracht', die nie benutzt wird, ganz zurück. Dem einzigen Wohnraum aber, der Wohnküche, wird eine auffallende Sorgfalt gewidmet. Das Wohnen und Kochen in einem Raum ist so eingebürgert, daß Lösungen mit abgetrennter Küche nicht verlangt, sogar ganz

[235] Angaben nach Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959.

[236] Statistisches Bundesamt, Fachserie A, Bevölkerung und Kultur, Reihe 2, Sonderbeitrag: Kinderzahl der Ehen, 1962, S. 17–19; für die Maxhütte liegen keine getrennten Erhebungen zum Familienstand der Arbeiter und Angestellten vor.

[237] Die Wohnungsbaugesellschaft bayerischer Kohlenbergwerke war der Zusammenschluß der Kohlenbergwerke zur Bündelung der bayerischen Interessen bei der Finanzierung und Planung von Wohnungsbauprojekten und damit das entscheidende Koordinationsgremium zwischen Unternehmen und Staat im betrieblichen Wohnungsbau. Die Verhandlungen über den Wohnungsbau wurden in der Regel nicht mit dem Unternehmen direkt, sondern mit der Wohnungsbaugesellschaft geführt; Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 4008, Wohnungsbaugesellschaft bayerischer Kohlebergwerke, Satzung, undatiert, vermutlich 1947.

abgelehnt werden. [...] Was neben der Wohnküche noch gebraucht wird, entspricht ziemlich einheitlich dem Raumbedarf der normalen Kleinwohnung, zwei Schlafräume, Speis, Abort, Kelleranteil und eine große Holzlege. Die sogenannte Holzlege, ein einfacher Bau zur Unterbringung von Holz, Geräten und Kleintieren, ist ein wichtiges Zubehör der Wohnung. Wenn sie in Bergmannssiedlungen nicht von vornherein groß genug vorgesehen wird, kommen bald die Zubauten dazu, die dem Bild oft weh tun."[238]

Wichtig erschien den Planern von Regierung und Betrieb, bei den neuen Siedlungen wesentliche Elemente bergmännischer Kultur nicht zu verdrängen. Die Kleintierhaltung gehörte ebenso dazu wie die Möglichkeit zur Gartenarbeit.[239] Das Leitbild der staatlichen Instanzen für den Bergarbeiterwohnungsbau offenbart letztlich aber doch einen Bedeutungswandel der bergmännischen Neben- oder Kleinerwerbslandwirtschaft: Nicht mehr die zwar kleinräumige, aber doch subsistenzfähige Siedlung mit landwirtschaftlichem Nebenerwerb war das vorrangige Ziel, sondern der Bergmann, der seinen Garten vor allem als Ausgleich zur harten bergmännischen Arbeit ansah, galt am Beginn der fünfziger Jahre als förderungswürdig. Die neuen Wohnungen wurden vor allem mit dem Ziel gebaut, soziale und kulturelle Stabilität zu gewährleisten. Sie boten zudem für das Unternehmen die Möglichkeit, die Stammbelegschaft an das Werk zu binden, die überdies die Chance erhielt, bisherige Untermietverhältnisse in den elterlichen Wohnungen oder in den Barackensiedlungen der Umgebung des Werkes zu verlassen und Eigentum zu erwerben. Für die Flüchtlinge, die zu etwa vierzig Prozent in den Genuß der staatlichen Wohnungsbauförderung gekommen waren, bot der Wohnungsneubau, der im Zuge der Gemeindeumsiedlung stattgefunden hatte, eine geradezu einmalige Chance zur sozialen Integration.[240]

Tatsächlich verfügte kaum ein BBI-Bergmann über mehr als einen Kleingarten. Dem Typus eines Arbeiterbauern oder eines in „ländliche[m] Grund und Boden verwurzelte[n] Typ des bayerischen Industriearbeiters"[241], entsprachen die Männer aus dem ostbayerischen Braunkohlenrevier jedenfalls nicht.[242] Daß der landwirtschaftliche Nebenerwerb in Wackersdorf im Gegensatz zu anderen bergbaulichen Regionen eher die Ausnahme blieb, lag vor allem an der wirtschaftsgeographischen Struktur des Tagebaus. Während sich die Schächte im Steinkohlenbergbau immer tiefer in die Erde bohrten, war der Abbau von Braunkohle zwingend auf eine ständige Ausdehnung der Abbauflächen angewiesen. Landwirtschaft war

[238] Siedlungen der bayerischen Wohnungsbaugesellschaft, München 1948, S. 34.

[239] Vgl. Gunter Ipsen, Elisabeth Pfeil, Heinrich Popitz, Soziologische Erhebungen zum Bergarbeiter-Wohnungsbauprogramm, Schlußbericht, Dortmund 1952. Dazu Michael Prinz, Hans H. Hanke, „Man weiß nicht, was noch kommt". Zum Wandel wirtschaftlicher Zukunftsvorstellungen seit dem Ersten Weltkrieg im Spiegel bergmännischen Wohnens, in: Matthias Frese, Michael Prinz (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 35–58.

[240] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, 48, Betr. Aufsichtsratssitzung Bayernwerk am 4. 12. 1954, Bericht über die BBI.

[241] Erker, Sehnsucht, S. 499f.

[242] Gemeindearchiv Wackersdorf, 70–700/104–2, Gemeinde Wackersdorf an die Molkerei Schwandorf zur Aktualisierung der Milch- und Butterkartei am 30. 10. 1947; Prozentangaben nach eigener Berechnung. Angaben zur Wackersdorfer Bevölkerungsentwicklung nach: Bayerische Gemeindestatistik 1970. Bd. 4, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Ergebnisse der Volkszählung am 27. Mai 1970, Teil B, H. 304b der Beiträge zur Statistik Bayerns. Hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München 1972, S. 52ff.

in der Umgebung von Tagebaubetrieben kaum zu betreiben, so daß sich mit der Gründung der BBI das gesamte räumliche Gefüge der Region verändert und sich den Produktionsbedingungen des „Schwarzen Goldes" angepaßt hatte.[243]

Die Überwindung der proletarischen Enge setzte damit für viele Arbeiter bei der BBI mit dem Neubau von Wackersdorf ein. Mehr als 44 Prozent verfügten bereits 1959 über ein eigenes Haus[244], während es bundesweit 1968 erst 32 Prozent waren.[245] Der Anteil der Arbeiterfamilien in Wohnungen und Häusern mit drei bis vier Zimmern wird noch höher, wenn die 188 Arbeiterfamilien einbezogen werden, die in den werkseigenen Wohnungen lebten und damit ebenfalls über mehr als nur ein oder zwei Zimmer verfügten.[246]

Die positive Bilanz täuscht aber darüber hinweg, daß es trotz der allgemeinen, besonders im Wohnungsbau spürbaren Aufwärtsentwicklung weiterhin bestehende schichtspezifische Unterschiede gab. Wohnen blieb in den fünfziger Jahren für Arbeiter und Angestellte soziales Unterscheidungsmerkmal. Die Ausgangssituation war für beide Gruppen zunächst in etwa gleich. Bevor die Ausbildung nicht beendet war, lebten die jungen Arbeiter und Angestellten zu Hause bei ihren Eltern. Danach allerdings ging die Entwicklung auseinander. Während nur 1,5 Prozent der Angestellten in privaten Mietwohnungen lebten, waren es bei den Arbeitern 32,1 Prozent. Mehr als 86,5 Prozent der Angestellten wohnten entweder in Werkswohnungen oder in Eigenheimen. Besonders auffällig ist die ungleiche Verteilung des betriebseigenen Wohnraums: Nur 16,7 Prozent der Arbeiter, jedoch mehr als 50 Prozent der Angestellten kamen in diesen Genuß. Auch räumlich blieben beide sozialen Klassen voneinander getrennt: Die Häuser der leitenden Angestellten standen vor allem im Süden Schwandorfs, im eigens durch die BBI gebauten Rothlindenviertel. Die Arbeiter und einfachen Angestellten dagegen wohnten zum überwiegenden Teil im Schwandorfer Lindenviertel oder in den neugeschaffenen Siedlungen Brückelsdorf und Wackersdorf.[247]

Diese Tendenz war auch in Haidhof und Sulzbach-Rosenberg zu beobachten. Für die Arbeiter kam erschwerend hinzu, daß trotz intensiver Anstrengungen

[243] Anders dagegen war dies bei der Maxhütte. Hier war ein erheblicher Teil der Arbeiterschaft als Nebenerwerbslandwirte tätig. Wie groß dieser Anteil war, läßt sich kaum mehr sagen, weil schon der Versuch, genaue Zahlen zu erheben, ein innerbetriebliches Politikum gewesen und auf entscheidenden Widerstand der Belegschaft gestoßen wäre. Schließlich wurde von vielen befürchtet, daß damit zugleich das Ende aller Nebenerwerbsbeschäftigungen eingeleitet würde. Deshalb schlugen selbst noch in den siebziger Jahren alle Initiativen, solche Erhebungen durchzuführen, im Ansatz fehl. Mündliche Auskunft von Manfred Leiss am 17. 2. 2000.

[244] Angaben nach Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959, Wohnverhältnisse der Belegschaft.

[245] Vgl. Osterland, Materialien, S. 170. Beim genaueren Hinsehen wird deutlich, daß es vor allem die Arbeiter auf dem Land waren, die über eigene Häuser verfügten. Denn je kleiner die Gemeindegrößenklasse, desto höher war der Anteil der Arbeiter am Wohnungseigentum.

[246] Mehr als 61 Prozent der BBI-Arbeiter lebten 1959 bereits in geräumigen Häusern beziehungsweise Werkswohnungen, die nicht mehr zu vergleichen waren mit den Barackensiedlungen der Zwischenkriegszeit. Angaben nach Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959, Wohnverhältnisse der Belegschaft, Angaben nach eigenen Berechnungen. In den Jahren bis 1966 hatte sich an der Wohnungsverteilung kaum etwas verändert; Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialstatistik der BBI für das Geschäftsjahr 1965/66, Wohnungen der Belegschaft.

[247] So auch Gerhard Zitzler, Die jüngere Entwicklung von Schwandorf unter der Berücksichtigung der Frage der künftigen Entwicklungstendenzen, Zulassungsarbeit Regensburg 1980, S. 122 ff.

durch das Unternehmen keine vergleichsweise günstigen Wohnverhältnisse wie in Wackersdorf geschaffen werden konnten. Mitte der fünfziger Jahre war der Wohnungsbedarf immer noch enorm, und es konnte keinesfalls davon die Rede sein, daß sich das Arbeiterleben gänzlich aus seiner proletarischen Enge befreit hatte. 1953 gaben knapp 30 Prozent der 1267 Befragten des Werkes Rosenbergs an[248], sie lebten in „schlechten" und aus ihrer Sicht völlig unzureichenden Wohnungen, rund 40 Prozent hielten ihre Situation für „annehmbar", aber erheblich verbesserungswürdig und wiederum beinahe 30 Prozent waren mit ihren Wohnungen zufrieden und hielten sie für „gut"; mehr als 81 Prozent gaben an, zur Miete zu wohnen, während immerhin schon 18 Prozent stolze Besitzer eines Eigenheimes waren; über die Möglichkeit, sich im eigenen kleinen Garten zu erholen, verfügten 52,6 Prozent. Zahlreiche Wohnungen waren nach wie vor überbelegt, und der Wunsch der Arbeiter nach Eigenheimen blieb groß. Im Laufe der fünfziger Jahre besserte sich die Situation, wenn auch nicht durchgreifend. Immerhin konnten aber alle Arbeiter, die nach dem Krieg in Barackensiedlungen untergebracht waren, die Notunterkünfte verlassen und in alte, wenn auch baufällige Werkswohnungen umziehen.[249] Insgesamt schätzte die Sozialabteilung 1959, daß noch 605 Belegschaftsmitglieder, darunter 550 Arbeiter, in allen Betrieben der Aktiengesellschaft nicht ausreichend mit Wohnraum versorgt seien; das waren 6,7 Prozent aller Beschäftigten. Im Vergleich zum Geschäftsjahr 1951/1952 war damit der Anteil von Wohnungsbedürftigen an der Gesamtbelegschaft um mehr als 6,5 Prozentpunkte zurückgegangen. Zur Verfügung standen 1959 etwas mehr als 2000 Wohnungseinheiten[250], von denen 1145 den Hütten- und Grubenarbeitern um Sulzbach-Rosenberg zugute kamen.

Arbeit und Krankheit[251]

Die Wohnungssituation der Arbeiter und Angestellten in den Industriegemeinden der Montanindustrie hatte die fortdauernden sozialen Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten deutlich gemacht. Galt dies in gleicher Weise auch für die Verteilung gesundheitlicher Risiken im Produktionsprozeß? Hatten rationellere Abbaumethoden und die Einführung moderner Arbeitstechniken auch zu einer geringeren Belastung der Arbeiter geführt und damit den Bedeutungsgrad der Körperlichkeit ihrer Tätigkeit gemindert?[252]

[248] IGM-ZA im AdsD, WWI, 358, MH-Studie, Befragung Gesamtwerk, Soziale Lage; folgendes nach ebenda.

[249] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 202, Sozial-Bericht der Maxhütte für das Geschäftsjahr 1958/1959, Wohnungsbau, Wohnungsbestand und Wohnungsbedarf.

[250] Der Wohnraumbestand wurde durch die Wohnungsverwaltung in Wohnungseinheiten gemessen. Eine Wohnungseinheit entsprach einem Zimmer oder einer Küche, wobei die Quadratmeterzahl differieren konnte. In den Sozialberichten finden sich leider keine genaueren Angaben über die Wohnungseinteilung.

[251] Für die Maxhütte fehlen leider genaue Aufstellungen über alters- und berufsspezifische Erkrankungen wie sie für die BBI vorliegen.

[252] Für die Eisen- und Stahlindustrie stellte beispielsweise eine arbeitsmedizinische Studie, die den Zeitraum zwischen 1949 und 1969 untersuchte, fest: „Die Arbeitsbelastung hat sich in den letzten zwanzig Jahren relativ geringgradig verändert. Man muß damit rechnen, daß heute noch von den im Produktionsgeschehen stehenden Belegschaftsmitgliedern rund 25 bis 30 Prozent eine Schwerarbeit, teilweise mit erheblicher Überbelastung, ausführen müssen. Die Eisen-Stahl-Industrie hat also im Rahmen der Automation im Hinblick auf die Arbeitserleichterung nur am Rande Nutzen

Wenig spricht dafür: Die Zahl der Betriebsunfälle, neben der Arbeitszeit und den arbeitsbedingten Krankheiten ein zentraler Indikator für die Arbeitsbelastung, erreichte bei der BBI 1959 den höchsten Stand aller Tagebaubetriebe in Westdeutschland.[253] Allein zwischen 1958 und 1959 stieg die Zahl der Unfälle um rund 30 Prozent.[254] Eine Aufschlüsselung nach Betriebsabteilungen zeigt, daß die größte Zunahme in den Produktionsstätten zu verzeichnen war, in denen der technische Wandel und die Rationalisierungsschritte besonders rasch durchgesetzt wurden. Besonders die Beschäftigten im Tagebau-Nord, im Bahnbetrieb und der Bandreparaturkolonne, diejenigen also, die für die Instandhaltung oder die unmittelbare Nutzung der Förderbänder verantwortlich zeichneten, waren stärker als in den Jahren zuvor betroffen. Von den 130 Unfällen mit Personenschaden war nur einer auf technisches Versagen zurückzuführen, die übrigen 129 auf Bedienungsfehler der Arbeiter[255], was darauf schließen läßt, daß die Schulung an den neuen Maschinen ebenso zu wünschen übrig ließ wie die Schutzmaßnahmen der Sicherheitsabteilung.[256] Auch bundesweit war die Unfallhäufigkeit zwischen 1950 und 1960 um mehr als 50 Prozent gestiegen.[257] Dann sank sie wieder leicht ab und lag 1965/1966 etwa auf dem Stand von 1955. Bergbaubetriebe wie die BBI lagen im Branchenvergleich noch an der Spitze und dies mit deutlichem Abstand vor der Eisen- und Stahlindustrie.[258]

Arbeiter waren aber nicht nur häufiger Opfer von Unfällen, auch die gesundheitlichen Folgen wogen ungleich schwerer als bei den Angestellten. Den höchsten Anteil an den „Krankfeierzeiten"[259] der Belegschaft hatten 1959 die Infektions- und Erkältungskrankheiten (31,3 Prozent), gefolgt von den Unfall- und Verletzungsfolgen (26,6 Prozent), wobei die Arbeitsunfälle mit 15,8 Prozent besonders ins Gewicht fielen.[260] Die längsten Ausfallzeiten wurden jedoch bei den

gezogen. [...] Automatisierte Arbeitsplätze [...] stellen nicht notwendigerweise eine Arbeitserleichterung dar. Häufig hat sich die Arbeitsbelastung lediglich verschoben, von einer u.U. zunächst überwiegend muskulären Belastung zu einer Belastung, die zwar muskulär geringer ist, aber erhebliche statische Arbeitselemente beinhaltet bzw. mit erhöhten Klimabelastungen einhergeht." Vgl. Thomas Hettinger u.a., Die physische Belastung an Arbeitsplätzen der Eisen-Stahl-Industrie, in: Arbeit und Leistung 23 (1969), H. 11, S. 203ff.

253 Jahrbuch 1958/1959. Hrsg. vom Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau, S. 1476; BBB, H. 49, 1964, S. 26.

254 Angaben nach Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959.

255 So waren zum Beispiel die durch Maschinen und Werkzeuge verursachten Unfälle um insgesamt 100 Prozent gestiegen. Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959.

256 Da die meisten Unfälle durch Fallen, Reißen und Stoßen geschahen, hatte der Betriebsrat seit Mitte der fünfziger Jahre gefordert, für alle Arbeiter ein besonderes Schuhwerk einzuführen, das in den Kohlefeldern einen sicheren Stand verleihen sollte. Erst nachdem die exorbitante Steigerung der Unfallhäufigkeit bekannt geworden war, konnte der Betriebsrat den Vorstand dafür gewinnen, die neuen Schuhe zu finanzieren. Vgl. dazu BBB, H. 52, 1964, S. 3.

257 Vgl. Osterland, Materialien, S. 84.

258 Ebenda, S. 85.

259 Mit „Krankfeierzeiten" wird der zeitgenössische Begriff der betrieblichen Sozialstatistik übernommen, ohne freilich der Konnotation des „Blau machens" zu folgen.

260 Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959.

typisch bergmännischen Berufskrankheiten[261] gemessen: Schädigungen der Atemorgane sowie Hautkrankheiten.[262] Während Arbeiter häufiger wegen schwerer Erkrankungen ausfielen, waren Angestellte nicht so lange, dafür aber häufiger arbeitsuntauglich. Der Krankenstand der Angestellten lag 1959 mit 7,42 Prozent um rund drei Prozentpunkte höher als bei den Arbeitern, wobei die BBI damit bundesweit keinesfalls aus dem Rahmen fiel.[263] Die kurzen, aber häufigen Fehlzeiten der Angestellten hingen vermutlich damit zusammen, daß nur sie Anspruch auf Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hatten und damit auch in den ersten 14 Tagen keine Gehaltseinbußen hinnehmen mußten, während die Arbeiter vom ersten Krankheitstag an weniger Lohn bekamen.

Eine Aufschlüsselung der Krankheitsfälle und -tage nach Krankheitsursachen und Lebensalter zeigt mehrere Entwicklungslinien[264]: Die Belegschaftsmitglieder unter 30 Jahren waren am häufigsten von Unfällen betroffen, sie hatten aber insgesamt die kürzesten „Krankfeierzeiten". Die mittlere Gruppe (30–50) war in der Regel länger krank als die jüngeren Kollegen, dafür war bei ihr aber insgesamt die Zahl der krankheitsbedingten Ausfälle geringer. Die Gruppe der über 50jährigen war gesundheitlich besonders anfällig. Im Krankheitsfall fielen die älteren Belegschaftsmitglieder erheblich länger aus als ihre jüngeren Kollegen. Auch die Art der Krankheiten veränderte sich altersspezifisch: Herz-, Kreislauf- und Atmungserkrankungen trafen vor allem die Älteren über 50 Jahre, während mit Infektionserkrankungen alle Beschäftigten gleichermaßen zu kämpfen hatten.

Die gesundheitlichen Folgekosten des Bergmannsberufs blieben auch am Ende der fünfziger Jahre hoch. Vor allem gab es enorme körperliche Verschleißerscheinungen, die das Arbeiterleben vom Berufsleben der Angestellten unterschieden. Unfallopfer, bei denen wohl auch Alkohol eine gewisse, wenn auch statistisch nicht nachweisbare Rolle spielte, wurden insbesondere jüngere Bergleute; bei ihnen war die Unerfahrenheit die Hauptursache für Verletzungen und Unfälle. Je älter und erfahrener die Arbeiter waren, desto geringer wurde das Risiko, nun nahmen aber berufsbedingte Erkrankungen immer mehr zu: Je höher das Lebensalter, desto größer wurde das Risiko, dauerhaften gesundheitlichen Schaden zu erleiden. Die hohe Belastung führte folglich dazu, daß Arbeiter bei der BBI in der Regel bereits mit 58,5 Jahren, Angestellte dagegen erst mit 63,5 Jahren pensioniert wurden.[265]

[261] Jahrbuch 1950/1951. Hrsg. vom Hauptvorstand der IG Bergbau, Bochum o.J., S. 139–144; dort auch kurz zur gewerkschaftlichen Forderung nach einer neuen Berufskankheitenverordnung; ebenda. S. 144.

[262] Die drei Erkrankungsarten zusammen umfaßten im Geschäftsjahr 1958/1959 rund 17 Prozent gesundheitsbedingter Ausfälle. Bei Herz- und Kreislauferkrankungen fiel ein BBI-Arbeiter durchschnittlich knapp 39 Tage aus. Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959.

[263] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959.

[264] Drei Gruppen werden dabei unterschieden: Gruppe I bis 30 Jahre, Gruppe II 30 bis 50 Jahre und Gruppe III über 50 Jahre. Angaben nach Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959.

[265] Die Geschäftsleitung der BBI nannte als Grund für die frühere Pensionierung der Arbeiter ihre große körperliche Belastung; ebenda.

b) Der neue Wert der Arbeit: Arbeitsbewertung und Industriearbeit im Umbruch

Die fünfziger Jahre waren für die bayerische Montanindustrie eine Zeit umfassender technischer Veränderungen. Die BBI hatte die Brikettierungs- und Abbauverfahren modernisiert, Förderbänder ersetzten die früheren Gleisanlagen, und die Produktionszahlen schnellten in die Höhe. Mit der gleichen Geschwindigkeit wie die technologischen Innovationsschübe die Abbaustätten veränderten, war auch die Arbeit im Tagebau einem starken Anpassungsdruck unterworfen. Neue Maschinen schufen und veränderten Arbeitsplätze mit neuen qualifikatorischen Anforderungsprofilen. Die einfache, in den Tarifverträgen geregelte Unterscheidung in gelernte und ungelernte Arbeiter konnte der wachsenden Diversifikation der Arbeitsplatzstruktur immer weniger gerecht werden.[266] In den Gewerkschaftszentralen in Bochum, Düsseldorf und Frankfurt beobachtete man diese Entwicklung, die nicht nur die BBI, die Max- und die Luitpoldhütte in Amberg[267], sondern auch alle größeren westdeutschen Kohlengruben und Hüttenwerke erfaßt hatte, mit großer Aufmerksamkeit.[268] Um die Bewertung und – was wichtiger war – die Bezahlung der Arbeit im Bergbau den neuen Produktionsstrukturen anzupassen und gleichzeitig von den Rationalisierungserfolgen in anderen Branchen zu lernen, gründeten die IG Bergbau und die Arbeitgebervertreter 1949 einen gemeinsamen Ausschuß für Arbeitsstudien, in dem über die Rationalisierung von Betriebsabläufen, die Ermittlung von Arbeitsmeßverfahren, die Objektivierung der Lohngestaltung und der gerechten Leistungsentlohnung sowie die Einführung verschiedener Arbeitsbewertungssysteme diskutiert wurde.[269] Nach anfänglicher Skepsis gegen neue Formen der Lohnfindung im Bergbau, war die Spitze der IG-Bergbau aber spätestens im November 1952 dazu bereit, Arbeitszeitstudien zuzustimmen und mögliche Veränderungen auch tarifvertraglich abzusichern.[270] Ihr Verhandlungsführer in dieser Frage war der Bezirksleiter von Aachen, Karl van Berk, der einen der stärksten tagebaudominierten IG Bergbau-Bezirke repräsentierte. Das war kein Zufall, denn in der Braunkohlenindustrie hatte man nach 1945 früher und durchgreifender Rationalisierungsschritte eingeleitet als im Steinkohlenbergbau, und die dortigen Gewerkschafter hatten frühzeitig erkannt, daß die dabei eingeführten neuen Entlohnungsformen nicht nur notwendig, sondern auch vorteilhaft für die Arbeiter waren.[271]

Auch die für die Hüttenwerke in Amberg, Haidhof und Rosenberg zuständige IG Metall stand der Einführung der analytischen Arbeitsbewertung grundsätzlich positiv gegenüber. Sie knüpfte aber ihre Zustimmung, ähnlich wie die IG Berg-

[266] Vgl. u.a. Friedrich Fürstenberg, Einführung in die Arbeitssoziologie, Darmstadt 1977, S. 84ff.
[267] Vgl. Volker Nichelmann, Der Amberger Erzbergbau und die Luitpoldhütte von 1800–1945, in: VHVO 126 (1986), S. 99–343.
[268] Zum folgenden vgl. Jahrbuch 1952. Hrsg. vom Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau, S. 223.
[269] Ebenda, S. 225.
[270] Die IG Bergbau hatte in einem Schreiben vom 27. November 1952 der DKBL mitgeteilt, daß sie weiter zu einer Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern bereit sei und sich an Versuchen zur Einführung des REFA-Systems zu beteiligen; vgl. ebenda.
[271] Ebenda, S. 227.

bau-Funktionäre, an klare Vorgaben[272]: Keinesfalls dürfe die Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung dazu führen, die normativen und materiellen Regelungen der Mantel- und Lohntarifverhandlungen durch Betriebsvereinbarungen aufzuweichen oder das System des Flächentarifvertrages zu untergraben. Ausgangspunkt ihres Argwohns war eine Umfrage unter ihren Betriebsräten über die Entwicklung der betrieblichen Lohnermittlung.[273] Danach hatte sich insbesondere in den Großbetrieben der Metallindustrie wie der Max- oder der Dortmunder Westfalenhütte die Tendenz durchgesetzt, daß die Lohngruppen der Tarifverträge immer weniger zur Anwendung kamen und durch betriebliche Sondervereinbarungen abgelöst wurden. Die Strategie der Arbeitgeber, Arbeitssysteme vorbei an den gewerkschaftlichen Organen auf Betriebsebene zu verhandeln, führte aus der Sicht der Gewerkschaften dazu, daß ihr gesetzlich verankertes Recht auf Mitbestimmung bei den Formen der Entlohnung zunehmend ausgehebelt wurde – ein klarer Verstoß gegen das Tarif- und Betriebsverfassungsgesetz, wie sie meinten. Selbstkritisch bemerkten sie auch, daß der alte Lohngruppenaufbau nicht mehr zeitgerecht sei, mit ihm lasse sich immer weniger auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes und die fortschreitenden Rationalisierungs- und Automatisierungsprozesse der Metallindustrie reagieren.

Für die Gewerkschaften hatte in den Verhandlungen oberste Priorität, alle Arbeitsbewertungssysteme, die nicht tariflich vereinbart waren, zu revidieren oder zumindest noch einmal neu zu überprüfen und an die gewerkschaftlichen Zielvorgaben anzupassen.[274] Das Selbstbewußtsein, das aus ihrer Forderung sprach, hing eng mit der Einführung der Montan-Mitbestimmung zusammen, die, wie Beobachter aus den Betrieben der bayerischen Montanindustrie bemerkten, die Initialzündung für die Einführung der Arbeitsbewertung gab und zugleich den rechtlichen Rahmen für die Forderung markierte, daß nur in paritätisch besetzten Kommissionen über die Lohnfindung verhandelt werden dürfe.[275] Gewerkschaftliches Minimalziel war dabei, daß nach Einführung einer Entlohnungsmethode kein Arbeitsplatz finanziell schlechter dotiert sein durfte; schließlich, so bemerkten die Gewerkschaften technikkritisch, müsse in der sich nun „anbahnenden Epoche der Automation“[276] eine Verbreiterung der Kluft zwischen sozialem und technischem Fortschritt verhindert werden.[277]

In regionalen Arbeitskreisen wurden die Gewerkschaftsfunktionäre aus den Geschäftsstellen und Betrieben auf die Verhandlungen vorbereitet und über die Grundzüge der neuen Lohn- und Tarifpolitik, über Arbeitsstudien, Arbeitsphysiologie, Arbeitsorganisation und Rationalisierungsmaßnahmen informiert. Auch in Amberg, Regensburg und Nürnberg gab es ebenfalls seit Beginn der fünfziger

[272] IGM-ZA im AdsD, 242 a/b, Gewerkschaftliche Leitsätze zur Arbeitsbewertung vom 8. 8. 1951; folgendes nach ebenda.
[273] Geschäftsbericht 1954/1955 des Vorstandes der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1956), S. 97–100.
[274] Ebenda, S. 91 ff.
[275] Die analytische Arbeitsbewertung bei der Luitpoldhütte Aktiengesellschaft in Amberg, S. 8 (Kopie im Besitz des Verf.).
[276] Geschäftsbericht 1954/1955 des Vorstandes der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1956), S. 108.
[277] Vgl. Wilhelm Baldamus, Der gerechte Lohn. Eine industriesoziologische Analyse, Berlin 1960.

Jahre Arbeitsstudienkreise der IG Metall, in denen sich die Betriebsräte und Vertrauensleute der Max- und der Luitpoldhütte ihr Know-how für die Tarifverhandlungen und Arbeitsplatzanalysen aneignen und sich mit anderen Gewerkschaftern über regionale Besonderheiten austauschen konnten.[278] Ein wesentlicher Gedanke, so vermittelten die gewerkschaftlichen Referenten und Sozialwissenschaftler des WWI auf ihren Kursen in der Oberpfalz, sollte unabhängig von branchenspezifischen oder geographischen Besonderheiten für alle Verhandlungen über Arbeitsbewertungssysteme gelten.[279] Die Bemessungsgrundlage für die Neubewertung durfte nur die „menschliche Normalleistung"[280] sein, also jene Produktivität, „die von jedem hinreichend geeigneten Arbeitnehmer nach genügender Übung und ausreichender Einarbeitung ohne Gesundheitsschädigung auf die Dauer erreicht und erwartet werden kann, wenn er die richtigen Verlust- und Erholungszeiten" zuerkannt bekomme.

Dieses Ziel verfolgten auch die verantwortlichen Gewerkschafter bei Rheinbraun und bei der BBI, wo fast zeitgleich mit den Wesergruben über die Einführung der Arbeitsbewertung verhandelt wurde.[281] Im Vorfeld der tarifvertraglichen Vereinbarung zwischen der IG Bergbau Nordbayern und dem Vorstand der BBI warb Hans Meisl 1955 bei der Belegschaft um Zustimmung für die analytische Arbeitsbewertung.[282] Nüchtern erläuterte er ihre Grundprinzipien für sein Unternehmen:

„Sinn und Zweck der neuen Methode ist es, eine gerechtere Lohnfindung zu ermöglichen, und zwar dadurch, daß nicht mehr der einzelne Arbeiter, sondern der Arbeitsplatz, an dem er steht, [...] bewertet wird. Jeder Arbeitsplatz stellt unterschiedliche Anforderungen an Wissen und Können, an Verantwortung, an Körper und Geist und Anforderungen durch Umgebungseinflüsse an den Arbeiter. Die analytische Arbeitsbewertung will nicht einseitig die Fachausbildung in den Vordergrund stellen, sondern jeder Anforderungsart das ihr zukommende Gewicht beimessen."[283]

Bis dahin hatte man vor allem zwischen Zeitlöhnern und Nichtzeitlöhnern unterschieden. In die erste Gruppe fielen Facharbeiter, gelernte und ungelernte Arbeiter sowie Arbeiterinnen, die das niedrigste Einkommen hatten. Ihr Lohn bemaß sich nach Alter, Qualifikation und Betriebszugehörigkeit, wobei die tariflichen Leistungen in der Regel durch arbeitsplatzspezifische Zulagen erheblich über-

[278] Geschäftsbericht 1954/1955 des Vorstandes der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1956), S. 92f.

[279] Ebenda, S. 96.

[280] IGM-ZA im AdsD, 242 a/b, Gewerkschaftliche Leitsätze zur Arbeitsbewertung vom 8. 8. 1951; folgendes nach ebenda.

[281] Im Bereich der IG Metall waren 1955 in 6,5 Prozent der Betriebe Methoden der Arbeitsplatzbewertung eingeführt worden, allerdings erhielten bereits 163554 der Beschäftigten, rund ein Fünftel aller Metallarbeiter, ihren Lohn nach dem neuen Lohnsystem. Die Einführung der Arbeitsplatzbewertung war demnach vor allem von der Größe der Betriebe abhängig: Während von den Unternehmen bis 200 Beschäftigte nur 1,6 Prozent die Arbeitsplatzbewertung eingeführt hatten, waren es in der Gruppe über 2500 Beschäftigte annähernd 30 Prozent. Vgl. Geschäftsbericht 1954/1955 des Vorstandes der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1956), S. 102.

[282] Die Begriffe „analytische Arbeitsbewertung" beziehungsweise „analytische Arbeitsplatzbewertung" werden synonym gebraucht.

[283] BBB, H. 6, 1955, S. 27. Der Artikel Hans Meisls in der Werkszeitschrift trug den programmatischen Titel: „Um einen gerechteren Lohn".

schritten wurden, was das Lohnsystem oftmals bis zur Unkenntlichkeit verzerrte und betriebsübergreifende Vergleiche erschwerte.[284] Die zweite Gruppe, die der Nichtzeitlöhner, bildeten die Arbeitnehmer, die im Akkord beschäftigt waren oder nach einem der beweglichen Leistungssysteme entlohnt wurden. Für die Berechnung ihres Lohnes galt beispielsweise in der oberpfälzischen Hüttenindustrie noch zu Beginn der fünfziger Jahre die Tarifordnung des Jahres 1941, die die Richtschnur für die geltenden Akkordsätze und wechselnden Prämien der Grundlöhne gab.[285] Konkret hieß das: Bei den Nichtzeitlöhnern wurden den Grundlöhnen rund 15 Prozent zugeschlagen, und die Arbeiter erhielten zudem weitere, nicht akkordfähige Zulagen, die sich ebenfalls an der Lohntafel der Zeitlöhner orientierten. Das „Lohngewirr"[286] und das Chaos der unterschiedlichen Prämien-, Akkord- und Zeitlöhne, das sich im Laufe der Jahre entwickelt hatte und das selbst die Verantwortlichen in den Lohnbüros zunehmend vor Probleme stellte, „schrien nach einer Neuordnung".[287]

Gewerkschaften und Unternehmensleitung entschieden sich in Wackersdorf wie auch in anderen montanindustriellen Großbetrieben bei der Suche nach Lösungen für ein Arbeitsbewertungsverfahren, das auf die Überlegungen von Hans Euler und Hans Stevens zurückging. Diese beiden Arbeitswissenschaftler hatten bereits zu Beginn der dreißiger Jahre zu den Vordenkern ihrer noch jungen Disziplin gehört.[288] 1935 hatten sie für den Verein Deutscher Eisenhüttenleute ein einflußreiches Bewertungsmodell entwickelt, das zur Grundlage für den späteren Bewertungsplan der Reichsgruppe Industrie wurde und auch die Forschungen des Arbeitswissenschaftlichen Instituts[289] der DAF und seine Arbeitszeitstudien entscheidend prägte. Während in den zwanziger Jahren nur über die Frage einer differenzierten Bezahlung für unterschiedliche industrielle Tätigkeiten diskutiert wurde[290], zielten die Überlegungen von Euler und Stevens auf eine grundsätzliche Umgestaltung des Entlohnungssystems. 1941 veröffentlichte der Sozialwirtschaftliche Ausschuß der Reichsgruppe Industrie ihre bis in die fünfziger Jahre

[284] Die analytische Arbeitsbewertung bei der Luitpoldhütte Aktiengesellschaft in Amberg (Kopie im Besitz des Verf.), S. 2–8; folgendes nach ebenda.

[285] Ebenda, Lohntarifvertrag für die Gewerblichen Arbeitnehmer der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte Sulzbach/Rosenberg und der Luitpoldhütte Amberg vom 6. 9. 1951, S. 25 (Anlage 1); ebenda, Lohntafel der Tarifordnung vom 1. 9. 1941, S. 27 (Anlage 2).

[286] Ebenda, S. 6.

[287] Ebenda, S. 7.

[288] Einen instruktiven Überblick über den Stand der historischen Rationalisierungsforschung gibt Rüdiger Hachtmann, Industriearbeiterschaft und Rationalisierung. Bemerkungen zum Forschungsstand, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1996, S. 211–258; neuerdings zur Rationalisierungsdiskussion im Nationalsozialismus vgl. Richard J. Overy, Rationalization and the ‚Production Miracle' in Germany during the Second World War, in: ders., War and Economy in the Third Reich, Oxford 1994, S. 343–375.

[289] Zu den Arbeitszeitstudien des AWI vgl. Hachtmann, Industriearbeit, S. 161–223.

[290] Zu den Anfängen der Arbeitsbewertung in Deutschland vgl. Josef Wibbe, Die Arbeitsbewertung in Deutschland, in: ZfhF, 4 (1952), H. 9, S. 135–136; ebenso Paul Erker, Das Bedaux-System. Neue Aspekte der historischen Rationalisierungsforschung, in: ZfU 41 (1996), S. 139–158, bes. S. 143–148; Christian Kleinschmidt, Rationalisierung als Unternehmensstrategie. Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets zwischen Jahrhundertende und Weltwirtschaftskrise, Essen 1993, S. 298ff.; Heidrun Homburg, Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt, Management, Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin 1900–1939, Berlin 1991.

einflußreichen Bewertungspläne.[291] Diese sahen ein analytisches Stufenwertzahlenverfahren vor, das fünf Kategorien zur Bemessung von Arbeit vorsah: Benötigte Fachkenntnisse, Geschicklichkeit, körperliche und geistige Anstrengung, Verantwortung für Betriebsmittel, Arbeitsgeräte und die Gesundheit anderer sowie Umgebungseinflüsse. Für die Höhe des Lohnes waren die Kategorien „körperliche und geistige Anstrengung" und Verantwortung besonders wichtig. Aus ihrem Anteil sollten sich jeweils 27 Prozent des zukünftigen Gesamtlohns ergeben, während die Ausbildung mit einem Gewichtungsgrad von 19 Prozent erst an dritter Stelle folgte. Die Arbeitsbelastungen und der Faktor Geschicklichkeit lagen auf den Plätzen vier und fünf.

Die Grundidee der analytischen Arbeitsbewertung wird bereits in den Plänen der Reichsgruppe Industrie deutlich: Arbeit wird nicht mehr als Ganzes bewertet, sondern in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt, um eine genaue Meßbarkeit der Leistung des einzelnen zu gewährleisten. Ein wesentlicher Schritt dafür war zunächst eine genaue Festlegung von Bewertungskriterien sowie eine detaillierte Arbeitsplatzbeobachtung und -beschreibung. Ziel war es, die summarische Schätzung des Arbeitswertes durch ein objektiviertes Meßverfahren abzulösen. Der Arbeitswissenschaftler Josef Wibbe stellte dazu fest: „Ebenso wie man zur Messung physikalischer Vorgänge, z. B. des Fallvorgangs, diese in seine einzelnen Teile zerlegt, um von der Beobachtung der Teilakte zu einer Beurteilung des Ganzen zu gelangen, so wird hier jede Tätigkeit auf ihre Teilbeanspruchungen untersucht und damit das Urteil über die Arbeitsschwierigkeit quantifizierbar gemacht."[292]

In der arbeitswissenschaftlichen Diskussion der Nachkriegszeit wurde nahtlos an die Überlegungen von Euler und Stevens angeknüpft, die auch international großes Ansehen genossen.[293] In nur leicht modifizierter Form entwickelte sich ihr Modell zum gebräuchlichsten Arbeitsbewertungssystem in der noch jungen Bundesrepublik[294], das auch bei der BBI zur Anwendung kam.

Dieses Verfahren erlaubte eine präzise Beschreibung des einzelnen Arbeitsplatzes und ermöglichte damit, wie Hans Meisl sagte, eine „weitgehend gerechte Lohnfindung".[295] Das war keineswegs nur ein leeres Versprechen des Arbeitsdirektors, um die in der Belegschaft vorhandenen Bedenken[296] gegen die neuen Entlohnungsverfahren auszuräumen, die den Übergang von einer ausbildungs- zu einer arbeitsprozeßbezogenen Bezahlung signalisierten und damit die Voraussetzung dafür schufen, „die alte hierarchische Arbeitsordnung entsprechend Qualifikation, Alter und Geschlecht und damit Ungleichheiten der Lohnzahlung zu eliminieren."[297]

[291] Vgl. Die Arbeitsbewertung in den Betrieben der Fachgemeinschaft Eisen- und Metallindustrie, Sonderdruck 1941.
[292] Josef Wibbe, Entwicklung, Verfahren und Probleme der Arbeitsbewertung, München 1953, S. 23 f.
[293] Vgl. Wibbe, Entwicklung, S. 38.
[294] Vgl. Wibbe, Entwicklung, S. 56.
[295] BBB, 1955, H. 6, S. 28.
[296] Ebenda.
[297] Vgl. Erker, Bedaux-System, S. 157. Die Folgen des Bedaux-Systems, einem vor allem in den zwanziger Jahren in der deutschen Gummiindustrie angewandten Arbeitsbewertungssystem, waren mit denen der analytischen Arbeitsbewertung durchaus vergleichbar; ders., Wachsen im Wettbewerb. Eine Zeitgeschichte der Continental AG, Düsseldorf 1996, S. 203 f.; dazu ebenfalls Erwin Rochau, Das Bedaux-System, Praktische Anwendung und kritischer Vergleich mit dem REFA-System,

Anforderungsarten und Wertzahlen nach Euler und Stevens[298]

Hauptgruppe	Anforderungsart	Theoretisch höchste Wertzahl
Erste Hauptgruppe: Wissen und Können	Fachkenntnisse	7
	Körperliche Geschicklichkeit	4
Zweite Hauptgruppe: Verantwortung	Betriebsmittel und Erzeugnisse	3
	Sicherheit anderer	3
	Arbeitsablauf	3
Dritte Hauptgruppe: Körper und Geist	Muskelarbeit (körperl. Anstrengung)	8
	Aufmerksamkeit (Anforderung an die Sinnesorgane)	2
	Nachdenken (geistige Beanspruchung)	4
Vierte Hauptgruppe: Umgebungseinflüsse	Temperatur	3
	Wasser, Säure	2,5
	Schmutz und Staub	3
	Gase und Dampf	2
	Lärm, Erschütterung	2,5
	Blendung, Lichtmangel	1,5
	Erkältungsgefahr	1,5
	Unfallgefährdung	2

Der Tarifvertrag für die Arbeiter der BBI, der zwischen dem Fachausschuß Braunkohlenbergbau des Bayerischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins und der IG Bergbau Ende 1955 abschlossen wurde[299], sollte in den Augen der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer den entscheidenden Akzent dafür setzen. Die Schichtlöhner erhielten einen neuen Lohn, der sich aus einem variablen und je nach Arbeitsplatz differierenden Arbeitswertlohn und einem für alle gleichen Festlohnanteil zusammensetzte. Eine interne paritätisch besetzte Bewertungskommission hatte die Aufgabe, die Punktzahlen für die Bewertung zu ermitteln und bei produktionsbedingten Veränderungen eine neue Einstufung vorzunehmen. Damit sicherten sich die Arbeitnehmer bei der BBI, ganz wie es die Zielvorgabe der Gewerkschaftsspitze gewesen war, großen Einfluß auf die zukünftige Arbeitsplatz- und Lohnstruktur. Parallel dazu wurde der Lohnsektor dem Arbeitsbereich des Arbeitsdirektors unterstellt, dessen Einfluß damit auf dem sensiblen Terrain der Lohn- und Gehaltsentwicklung deutlich erweitert wurde.

Die analytische Arbeitsbewertung war damit gleichermaßen Ursache, Anlaß

Würzburg 1952; zur zeitgenössischen Diskussion vgl. Fritz Stein, Die betriebswirtschaftliche Bedeutung und Auswirkung des Bedaux-Systems, Diss. Uni Gießen 1932.

[298] BBB, 1955, H. 6, S. 27; Euler, Stevens, Unterlagen und Anleitungen für die analytische Arbeitsbewertung, in: Werkstatt und Betrieb 81 (1948), H. 3 und H. 4.

[299] Archiv der IG BE, Arbeitsplatzbewertung Bayerische Braunkohle Schwandorf, Lohntarifvertrag für die Arbeiter der BBI (undatiert, 1955).

und Bedingung für den Ausbau der Kompetenzen des Arbeitsdirektors: Sie bot und schuf ein neues Handlungsfeld, das sich besonders in den Anfangsjahren der Montan-Mitbestimmung geradezu als mikropolitisches Aktionsfeld aufdrängte, und besonders Hans Meisl und die IG Bergbau wußten es für ihr Ziel zu nutzen, weitgehende lohnstrukturelle Ungleichgewichte und die eigene innerbetriebliche Stellung über das Vehikel „analytische Arbeitsplatzbewertung" zu verstärken. Grund dafür war vor allem, daß mit der Einführung der Arbeitsbewertung zugleich auch das Abrechnungswesen des gesamten Unternehmens wie bei der Luitpoldhütte auf Hollerith und damit auf den neuesten Stand der Technik umgestellt wurde.[300] Bis dahin war die Lohnberechnung auf Arbeitskarten durchgeführt worden, die die Arbeitsplatznummer, eine Kurzbezeichnung der Tätigkeit und die entsprechende Wertzahl des Arbeitsplatzes enthielten. Das neue Verfahren erforderte zunächst die Erstellung eines neuen Lohnschlüssels, um die innerbetriebliche Statistik leistungsfähiger zu gestalten. Die Verantwortung für die Erfassung aller einzelnen Arbeitsplätze lag bei der Bewertungskommission, die unter der Federführung des Arbeitsdirektors und seinen Mitarbeitern der Abteilung Lohnfindung arbeitete. Damit besaß das neue Vorstandsmitglied eine Schlüsselposition in den Verhandlungen um die Einstufung der Arbeitsplätze und bereits kurz nach Einführung der Montan-Mitbestimmung eine zentrale Machtposition innerhalb des Unternehmens.

Die Folgen für die Arbeiter der BBI wurden gleich bei den ersten Tarifverhandlungen 1957 spürbar. Die Gewinner der neuen Arbeitsplatzbewertung waren vor allem die ungelernten Arbeiter. Ihre Eingruppierung erfolgte nun nach dem Tätigkeitsprofil und dem Schwierigkeitsgrad des Arbeitsplatzes, während die formelle Qualifikation an Bedeutung verlor. Damit wurde zwar das Gefälle der Arbeiterlöhne nicht aufgehoben. Es kam aber zu einer weiteren Angleichung, da die Arbeiter der unteren Lohngruppen in weitaus größerem Maße von den Zuwächsen profitieren konnten als die gelernten Arbeiter der ersten beiden Lohngruppen. Ähnlich wie bei den Wesergruben[301] lagen die Steigerungsraten in den schlechter bezahlten Gruppen 1954 zwischen 15 und 30 Prozent.[302] Die Verlierer waren, wenn man so will, vor allem die im Tagebau beschäftigten gut qualifizierten Handwerker, die freilich auch weiterhin an der Spitze der Lohnpyramide standen. Ihr Widerstand gegen die Einführung der analytischen Arbeitsbewertung war besonders in den Anfangsjahren groß, weil sie sich durch das neue Verfahren nicht angemessen berücksichtigt fühlten und ihre Position in der betrieblichen Hierarchie gefährdet sahen.[303]

Damit unterschieden sich die Auswirkungen der Arbeitsbewertung der BBI nicht wesentlich von denen in Unternehmen anderer Branchen[304]: In der Metallindustrie waren nach einer Umfrage der IG Metall im Jahr 1955 bei 72,5 Prozent der Beschäftigten die Ausgangslöhne männlicher Arbeitnehmer der untersten

[300] Die analytische Arbeitsbewertung bei der Luitpoldhütte Aktiengesellschaft in Amberg, S. 22f. (Kopie im Besitz der Verf.).
[301] Jahrbuch 1952. Hrsg. vom Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau, S. 227.
[302] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Karl Braunreiter.
[303] Ebenda.
[304] Geschäftsbericht 1954/1955 des Vorstandes der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1956), S. 101–104.

Lohngruppe genauso gestiegen wie die Gesamtlohnsumme je Person in insgesamt 80 Betrieben, in denen mehr als 89 Prozent der von der Arbeitsbewertung betroffenen Arbeitnehmer beschäftigt waren. Die IG Metall war, und dies überraschte und entsetzte die Gewerkschafter in gleicher Weise, nur in etwa 60 Prozent aller Betriebe an der Einführung und Umsetzung der Arbeitsbewertung direkt beteiligt gewesen und konnte dabei keinen vergleichbar großen Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsplätze wie bei der BBI nehmen.

Kritik an den neuen Verfahren gab es nicht nur bei der BBI: In der Metallindustrie meldeten die Betriebsräte in insgesamt 24 Betrieben mit zusammen rund 40000 Beschäftigten Vorbehalte der Belegschaft. Das Verfahren war nämlich äußerst komplex und verlangte Sachkenntnis und Fingerspitzengefühl von denen, die die Eingruppierung vornehmen mußten. Der Betriebsrat bemühte sich intensiv darum, den „Schwarzmalern"[305] und „Pessimisten", die das ganze Verfahren in Frage stellten, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Er betonte dabei vor allem den Aspekt der Gerechtigkeit. Die Einstufung in Lohngruppen sei ungerecht gewesen und von der Belegschaft nicht mehr wirklich akzeptiert worden, erklärte der Betriebsrat Johann-Georg Wagner. Die Gewerkschaft habe deshalb eine „absolut bejahende Stellung" zur analytischen Arbeitsplatzbewertung eingenommen. Zugleich trat Wagner Befürchtungen entgegen, die Arbeitgeberseite könne allein über die Bewertung entscheiden. Die Beurteilung eines Arbeitsplatzes sei Sache einer Kommission der Tarifpartner. Die Arbeitnehmervertreter, die der Betriebsrat in diese Kommission entsandt habe, seien dafür eigens durch gewerkschaftliche Fachkräfte geschult worden. Der Betriebsrat sicherte jedem Belegschaftsmitglied das Recht zu, Beschwerde gegen eine vermeintliche Minderbewertung führen zu können, die dann von dem paritätisch besetzten Gremium geprüft würde. Die Arbeitsbewertung sollte, so die Hoffnung der innerbetrieblichen Funktionsträger, der Schlüssel zur Beseitigung der gewachsenen Ungerechtigkeiten im BBI-Lohngefüge sein.

Im Rückblick erläuterte der damalige Betriebsratsvorsitzende Georg Baierl die Motive für die Haltung des Betriebsrates und der Gewerkschaft in der Frage der Arbeitsbewertung:

„Diese Neubewertung konnte aufzeigen, wo die Belegschaft der Schuh drückt. Und wenn die Belegschaft selbst bis dahin immer wieder darauf hingewiesen hat, daß etwas nicht stimmt, dann hat man das als Betriebsrat zwar vielleicht auch selber gesehen, daß irgend etwas nicht in Ordnung ist, aber erst die analytische Arbeitsbewertung hat die Ungleichheiten offen zu Tage gebracht. Und dann ging es eigentlich los hier, die unterschiedlichen Arbeitsplatzgruppen zusammenzubasteln."[306]

Für die Tarifgestaltung bedeutete das neue Verfahren eine erhebliche Vereinfachung.[307] Nach der grundsätzlichen Einigung über die Bewertung der einzelnen Arbeitsplätze, die bei der BBI im Herbst 1955 erzielt worden war, brauchte man in den folgenden Jahren nur mehr über die Anhebung des Grundbetrages und die anzuwendenden Steigerungsraten zu verhandeln. Im Laufe der sechziger Jahre

[305] BBB, 1955, H. 6, S. 28; folgendes nach ebenda.
[306] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Georg Baierl.
[307] Ähnlich argumentierte bereits Eugen Beck, Arbeitsplatzbewertung und Tarifgestaltung, insbesondere im Eisenhüttenwesen, Diss., TU Aachen 1941, S. 53.

wurde das aber immer schwieriger, ohne daß aber das Modell der Arbeitsbewertung von den Gewerkschaften, Betriebsräten oder von den Unternehmern in Frage gestellt worden wäre. Während die Arbeitnehmer vor allem das Ziel verfolgten, lohnpolitisch „für mehr Gerechtigkeit zu sorgen"[308], waren auf seiten der Arbeitgeber auch andere Absichten im Spiel. Die Schaffung leistungsgerechter Löhne war in ihren Augen die Voraussetzung für umfassende Rationalisierungsmaßnahmen und Effizienzsteigerungen, und die genaue Beschreibung der Arbeitsabläufe bot der Unternehmensleitung die Möglichkeit, nach Mechanisierungspotentialen zu suchen und arbeitstechnische Verbesserungen einzuführen, die die Produktivität der Arbeiterschaft steigern sollten.[309] Auch die Belegschaft war im übrigen dazu aufgerufen, Hinweise zur effizienteren oder „gesünderen" Gestaltung von Arbeitsabläufen zu geben; die finanziellen Mittel, die für solche Hinweise zur Verfügung standen, wurden aufgestockt. Hinzu kam, daß die Betriebszeitung die innovativen Arbeiter, ihre Ideen und ihre betriebliche Vorbildfunktion ausführlich vorstellte. Die Arbeitsbewertung war damit „über die Betriebskostenrechnung zum Schrittmacher einer ständigen Rationalisierungsarbeit [geworden], der jeder Anreiz genommen würde, solange schlechte Betriebsverhältnisse lohnmäßig abgewälzt werden können."[310]

Dies war die eine Seite der Medaille. Aber die Frage des Verhältnisses von Rationalisierung und Arbeitsplatzbewertung hatte noch einen weiteren Aspekt. Das betriebliche Rationalisierungsprogramm war nämlich auch ein neues Aktionsfeld von Politik im Unternehmen und die analytische Arbeitsbewertung der Schauplatz betriebspolitischer Konflikte im Ringen um den „neuen Wert" der Arbeit. Durch die besonders hohe Bewertung einzelner Merkmale wie etwa „Unfallgefahr" konnten die Unternehmer beispielsweise dazu angehalten werden, die Sicherheit im Betrieb zu erhöhen. Die Werksleitung konnte umgekehrt durch die Einführung einer Kategorie „Arbeitsgenauigkeit" die Arbeitsintensität und -qualität messen und damit tarifliche Anreize für Leistungssteigerungen schaffen.

c) Rationalisierung und technischer Wandel

Die angedeuteten Interessengegensätze in der Bewertungskommission können angesichts fehlender Quellen nicht im Detail nachvollzogen werden.[311] Ein Vergleich der analytischen Arbeitsbewertung von 1955 und 1969 zeigt aber doch zumindest drei gravierende Veränderungen: erstens den technologischen Wandel der BBI, zweitens – damit eng verbunden – die Veränderung der Arbeitsplatzstruktur und drittens die zunehmende Angleichung der Arbeitsbewertung.

[308] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI-Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Georg Baierl.

[309] Für die BBI vgl. Eberhard Schadow, Untersuchungen über die Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in einem Betrieb der Braunkohlen-Industrie, Zulassungsarbeit, Universität Hamburg 1957.

[310] A. Bauer, Die Stellung der Arbeitsbewertung innerhalb des Leistungsproblems, in: ZfA (2) 1949, S. 203.

[311] Wie die Betriebsratsprotokolle, fehlen auch alle schriftlichen Aufzeichnungen über die Arbeit des Gremiums, das für die analytische Arbeitsplatzbewertung zuständig war. Auch in den Akten der BBI-Registratur und den Betriebsräteinterviews finden sich leider keine Hinweise auf mögliche Konflikte bei der Einstufung der Arbeitsplätze.

Noch zu Beginn der fünfziger Jahre betrachtete die Belegschaft die technischen Veränderungen mit großer Ehrfurcht, ja Sorge. Die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes spielte dabei eine genauso große Rolle wie das Staunen über die „Wunder" der Mechanisierung im Tagebau.[312] Der neue, übergroße Schaufelradbagger, der seit Winter 1954 bei der BBI zum Einsatz kam, überstieg das Vorstellungsvermögen der Belegschaft. Der technische Wandel, der den gewohnten Arbeitsplatz verändert hatte, war für viele durchaus gespenstisch. „Menschenfresser" und „Monster" waren deshalb die Begriffe, mit denen die Belegschaft versuchte, das Unbekannte zu fassen.

Horst Kern und Michael Schumann haben mit als erste eine Klassifikation industrieller Arbeit nach dem Grad der Mechanisierung vorgeschlagen[313], um das Verhältnis von Arbeiterbewußtsein[314] und Industriearbeit näher zu bestimmen. Ihnen ging es vor allem um die Frage der Entfaltung der „Eigenfähigkeiten" der technischen Apparaturen, die den Arbeitsprozeß zunehmend bestimmten. Die beiden Industriesoziologen versuchten, den Charakter der technischen Eingriffe in die Produktion systematisch zu beschreiben und damit die Auswirkungen für die Arbeitssituation der Beschäftigten zu bestimmen. Aus ihrer Studie ergeben sich mindestens drei wesentliche Problembereiche, die für die Frage nach dem „neuen Wert" von Arbeit wichtig sind. Erstens: Wie veränderten sich die Möglichkeiten für die Beschäftigten, ihre Tätigkeit „eigenständig zu planen und durchzuführen"?[315] Zweitens: Wie wandelten sich die Anforderungen, „die der Arbeitsprozeß verlangt, um erfolgreich abgewickelt zu werden"[316] und drittens: Welchen Einfluß hatte der Rationalisierungsschub des BBI-Tagebaus auf die sozialen Beziehungen der Arbeiter?

Anfang der fünfziger Jahre waren bei der BBI noch die gleichen Abraumgeräte in Betrieb, die bereits in den zwanziger Jahren zum Einsatz gekommen waren, die Schmalspur- und Kettenbahn genauso wie der Eimerkettenbagger. Der Kohlenabbau erfolgte vor allem im sogenannten Schurrenbetrieb. Er wurde also von Hand vorgenommen, die wenigen Diesel- und Elektrobagger erreichten lediglich eine geringe Abraumtiefe. Mit der Erweiterung des Dampfkraftwerkes Dachelhofen 1950/1951 mußte die Förderleistung erhöht werden, so daß die alten Abbaumethoden bald nicht mehr wirtschaftlich waren. In den fünfziger und frühen sechziger Jahren kam es deshalb zur Umstellung der Materialförderung von Kippwagen und Dampflokomotiven auf Bandstraßen und zur Anschaffung von Schaufelradbaggern, die nicht nur den schwierigen Ablagerungsverhältnissen, sondern auch den gestiegenen Erfordernissen der Abtragshöhe gerecht wurden; damit konnte auch der ständig steigende Bedarf des Dampfkraftwerkes befriedigt werden. Bis

[312] Kreisblatt Amberg Nr. 1 vom 1. 12. 54.

[313] Vgl. Horst Kern, Michael Schumann, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein, Frankfurt am Main 1985, S. 66. Die Studie gehört mittlerweile zu den „Klassikern" der industriesoziologischen Forschung. Vgl. auch Horst Wiedemann, Die Rationalisierung aus der Sicht der Arbeiter, Köln 1967 und Heinrich Popitz u.a., Technik und Industriearbeit, Tübingen 1957.

[314] Dazu auch Werner Haal, Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Das Klassendenken ist stärker denn je, in: WISO-Korrespondenz 3 (1958), H. 6, S. 100–108.

[315] Kern, Schumann, Industriearbeit, S. 66.

[316] Ebenda.

1959 wurden insgesamt vier Schaufelradbagger mit immer größerer Leistungsfähigkeit eingesetzt, deren technische Kontrolle aber zunehmend schwieriger wurde. Um die automatisierten Betriebsteile miteinander zu verzahnen, bedurfte es erstmals eigenständiger Regelungs- und Überwachungseinrichtungen:

„Bei der Vielseitigkeit der Betriebszustände, der Länge des Bandstraßenzuges und der großen Anzahl der Übergabestellen [*der Kohle*] war zur Überwachung der Anlage und zur zentralen Steuerung [...] die Errichtung eines Bandleitstandes zwingend erforderlich. Charakteristisch für diesen ‚Leitstand' war, daß er über eine Wechselsprechanlage mit sämtlichen Übergabestellen verbunden war, eine Einrichtung, die sich in der Folgezeit gerade bei Erkennung und Behebung von Störungen ganz hervorragend bewährt hat."[317]

Die Modernisierung erfaßte alle zentralen Bereiche der BBI gleichermaßen. Zwischen 1956/1957 und 1973 wurde der Fahrzeugbestand der Werksbahn, die den Transport der Kohle nach Dachelhofen gewährleistete, vollkommen erneuert. Die Dampflokomotiven wurden durch moderne Dieselloks ersetzt und die Anzahl der Kohlenwagen von 38 auf 58 erhöht.[318] Bis zur Umstellung waren auf jeder Lokomotive, die in der Regel etwa 7000 Tonnen Kohle und 1500 Tonnen Asche täglich transportierte, ein Lokführer, ein Heizer und ein Zugführer beschäftigt. Auf den neuen Zugmaschinen wurde dagegen nur noch ein Lokführer benötigt, der die dreieinhalbfache Menge Kohle und Asche bewegen konnte.

Der Ausbau des Schienennetzes und die erhöhte Benutzungsfrequenz der Werksbahn stellte die BBI-Eisenbahner vor wachsende logistische Schwierigkeiten. 1957 ersetzte die BBI deshalb die bislang mechanischen Stellwerke durch elektrisch betriebene Weichen mit Lichtsignalen, so daß die Gleis- und Signalanlagen durch Anlagenkontrolleure zentral gesteuert werden konnten. „Zur Einstellung einer Fahrstraße", so beschrieb die BBI-Leitung den neuen Arbeitsplatz, „bedient der Stellwerkswärter auf seinem Leuchtstelltisch nur noch die Start- und Zieltaste. Sämtliche Weichen und Signale laufen dann automatisch in die gewünschte Richtung. Flankenfahrten und Zugzusammenstöße auf einer so gesicherten Strecke sind durch die Stellwerkschaltung bei richtiger Handhabung ausgeschlossen."[319]

Mit den Stellwerkswärtern war eine neue Berufsgruppe entstanden, die über ein besonderes Qualifikationsprofil verfügte: Detaillierte Kenntnisse des Signalsystems waren notwendig und außerdem ein erhebliches Maß an Abstraktionsfähigkeit und nicht zuletzt auch Berufserfahrung im Bahnbetrieb und ein besonderes Maß an Verantwortungsbewußtsein, schließlich genügte es nicht, nur die Start- und Zieltaste zu betätigen, um den reibungslosen Ablauf des Bahntransportes zu gewährleisten.

Auch die Arbeiter in anderen Betriebsteilen wie den Werkstätten und Magazinen waren von den Veränderungen betroffen. Ihr Aufgabenprofil blieb zwar gleich, die neue Technik drang aber auch hier vor; die Qualifikationsansprüche stiegen vor allem bei der Instandhaltung. Nach den hohen Investitionen in die

[317] Bayerische Braunkohlen-Industrie AG (Hrsg.), 75 Jahre BBI. 1906–1981, Schwandorf 1981, S. 61.
[318] Ebenda, S. 70.
[319] Ebenda, S. 72.

Bagger- und Bandanlagen brauchte man zunehmend mehr Arbeiter, die bereit und fähig waren, die neuen Maschinen zu warten und zu reparieren, eigene Vorschläge zur Produktionsstättenverbesserung einbrachten und zeigten, daß sie Eigenverantwortung für den Betrieb und ihren Arbeitsplatz übernehmen konnten.[320] Die Unternehmensleitung forcierte diese Entwicklung durch den gezielten Ausbau der Lehrlingswerkstätten, in denen der Nachwuchs auf die veränderten Arbeitsbedingungen vorbereitet werden sollte.[321] Fast zeitgleich mit den großen Investitionen in den Maschinenpark baute die BBI 1956 ihre Werkstätten aus und paßte sich den veränderten Produktionsbedingungen an. Danach konnten jährlich etwa 20 bis 25 Lehrlinge geschult werden, die den Stamm der zukünftigen Facharbeiterschaft bildeten.

Zu Beginn der sechziger Jahre hatte sich das Gesicht des Tagebaus grundlegend verändert.[322] Die „Monster" waren aus der Vorstellungswelt der Arbeiter verschwunden; man hatte sich an sie gewöhnt. Die Sorge, Rationalisierung und Automatisierung würden Arbeitsplätze vernichten, war weitgehend verflogen, denn es wurden immer auch neue geschaffen, so daß niemand aus der Belegschaft Opfer der „Menschenfresser" wurde. Die neuen Arbeitsplätze waren vor allem im Tagebaubetrieb entstanden, wo der Betrieb und die Wartung der Schaufelradbagger viel Personal erforderte, nicht nur hochqualifizierte Fachkräfte, sondern auch zahlreiche Arbeiter mit geringeren Qualifikationen, die die reparaturanfälligen Maschinen betreuen, die Elektrizitätsversorgung sicherstellen, den Abtransport des Abraums mit Hilfe der neuen Bandanlagen kontrollieren und die Bandanlagen gegebenenfalls reparieren mußten.

Der Wandel der Produktionsanlagen führte aber nicht zu einer völligen Veränderung der traditionellen Arbeitsplatzstruktur. Zahlreiche Berufe, wie die der Heizkesselwärter, Dieselgreifführer oder Kettenbahnwärter, waren zwar verschwunden, doch mehr als zwei Drittel der Arbeitsplätze von 1970 hatten noch den gleichen Charakter wie fünfzehn Jahre zuvor.[323] Sie waren aber besser bezahlt, denn die Angleichung der Löhne unterschiedlicher Einkommensgruppen, die bereits bei den ersten Tarifverhandlungen im Anschluß an das neue Bewertungsverfahren 1956 sichtbar geworden war, setzte sich auch in den sechziger Jahren weiter fort. Davon profitierten vor allem zwei Beschäftigtengruppen: diejenigen, deren Arbeit bislang am unteren Ende der Arbeitsplatzrangliste stand, und Arbeiter, deren Fähigkeiten durch den technischen Wandel besonders gefragt waren und die sich damit ständig wie die Betriebs- oder Baggerschlosser dem maschinellen Veränderungsdruck anpassen mußten. An der Einkommenshierarchie änderte sich damit wenig. Die Aufseher und Vorarbeiter in den Tagesanlagen, Elektro- oder Maschinenbetrieben waren auch 15 Jahre nach der Einführung der analytischen

[320] Für die Braunkohle galt ähnliches wie für Eisen und Stahl: „Mit starren, moralgebundenen und autoritären Formen betrieblicher Arbeitspolitik war das immer weniger vereinbar, wohl aber mit dem eher nüchternen, den einzelnen Beschäftigten stärker fordernden und fördernden ‚Betriebsstil'." Vgl. Lauschke, Unternehmenskultur, S. 157.

[321] Vgl. Bayerische Braunkohlen-Industrie AG (Hrsg.), 75 Jahre BBI, S. 84.

[322] Zu den Angaben über die analytische Arbeitsplatzbewertung des Jahres 1969 vgl. Archiv der IG BCE Nordbayern, Archiv, Tarifvereinbarung vom 1. 9. 1969, Anlage, Gruppe 1 bis 7.

[323] Angaben nach eigenen Berechnungen.

Arbeitsplatzbewertung die Spitzenverdiener der BBI. Der Abstand zu den folgenden Rängen hatte sich aber deutlich reduziert.

Als Folge des Umstrukturierungsprozesses im Tagebaubetrieb stieg der Facharbeiteranteil an der Gesamtbelegschaft zwischen 1958 und 1966 von 36 auf 44 Prozent. Die Zunahme war allerdings nicht auf die Neueinstellung abgeworbener Fachkräfte[324], sondern auf einen innerbetrieblichen Mobilisierungsschub zurückzuführen, der vielen angelernten Kräften durch die Umsetzung in den neuen Produktionsbereich den Wechsel auf einen besser bezahlten Arbeitsplatz ermöglichte. Die analytische Arbeitsbewertung trieb diese Entwicklung voran, weil nun die im Beruf gemachten Erfahrungen und Fähigkeiten mehr zählten als das starre Kriterium fachlicher Ausbildung, das bis dahin allein über die Eingruppierung entschieden hatte. Die Rationalisierungsmaßnahmen bewirkten also häufig genau das Gegenteil dessen, was ursprünglich befürchtet worden war: Die Arbeiter fielen nicht „ins Bergfreie", sondern hatten bessere Chancen zum sozialen Aufstieg.

Mit der zunehmenden Mechanisierung der Produktion begannen sich auch die Typen industrieller Arbeit zu verschieben. Vor allem wuchs die Zahl derer, deren Aufgabe es war, Anlagen, Maschinen und Apparate zu bedienen sowie Steuerungs- und Schaltarbeiten zu verrichten. Damit veränderten sich auch der Charakter der Arbeit, die Belastungsintensität und der Grad an Arbeitsautonomie. Die Folgen von Automatisierung und Technisierung dürfen aber nicht überschätzt werden, wie der Vergleich der Arbeitsbewertungen von 1955 und 1969 deutlich macht; sie waren nur in Teilbereichen des Tagebaus spürbar[325], vor allem im Abbaubereich und bei der Werksbahn. In den Tagesanlagen und Reparaturwerkstätten mußte man sich zwar auch umstellen und eine Fülle an neuen, technisch anspruchsvolleren Aufgaben übernehmen. Doch den dort beschäftigten Arbeitern genügten ihre Ausgangsqualifikationen, eine Portion Geschicklichkeit und Erfahrung, um die gestellten Anforderungen auch weiterhin erfüllen zu können.[326] Der Kernbereich des Braunkohlenabbaus, die Tagebauanlagen, waren zwar weitgehend mechanisiert; die meisten BBI-Beschäftigten waren deshalb aber noch lange keine Automaten- oder Meßwartenkontrolleure.[327] Ihre Arbeit blieb in erster Linie eine manuelle.

Doch was bedeutete das? Mindestens zwei Grundtypen lassen sich unterscheiden: die handwerkliche Arbeit und die einfache Handarbeit am Produkt[328]. Die Kriterien der analytischen Arbeitsbewertung zeigen die Unterschiede zwischen beiden Typen. Ein Gießer beispielsweise mußte außerordentlich geschickt sein,

[324] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialstatistik der BBI für das Geschäftsjahr 1965/66.

[325] Zum Gesamtproblem Automatisierung vgl. für Bayern in den sechziger Jahren: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge (Hrsg.), Soziale Probleme der Automation in Bayern, München 1969.

[326] Die Folge war, „daß auf höheren Mechanisierungsstufen neben qualifizierten Formen der Industriearbeit auch repetitive Teilarbeiten fortbestehen, ein Umstand, der die quantitative Bedeutung der qualifizierten Automationsarbeiten einschränkt [...]." Kern, Schumann, Industriearbeit, S. 312.

[327] Hier war die technische Entwicklung in anderen Branchen wie zum Beispiel der Chemie- oder Genußmittelindustrie erheblich weiter vorangeschritten als bei der BBI. Vgl. dazu Kern, Schumann, Industriearbeit, S. 138.

[328] Vgl. Kern, Schumann, Industriearbeit, S. 75 f.

während von einem Kesselwärter weniger verlangt wurde, weshalb der Stellenwert der Kategorie Geschicklichkeit für die Gesamtqualifikation seines Arbeitsplatzes geringer war als im Falle des Gießers. Im Gegensatz zu Branchen, in denen die Produktionsabläufe stärker rationalisiert und mechanisiert waren als im Tagebau, führte die Dominanz der handwerklichen Fertigung bei der BBI zu einem relativ hohen Maß an Arbeitsautonomie. Das galt natürlich vor allem für die Handwerker selbst. Aber auch einfache Handarbeiter konnten die Geschwindigkeit des Arbeitsvollzugs mitbestimmen, sie konnten sie beschleunigen und verzögern und waren so in der Lage, die körperlichen Belastungen, denen sie ausgesetzt waren, zumindest phasenweise zu steuern und damit eine Belastungsumverteilung vorzunehmen. Die Wahl der Arbeitsmittel und Arbeitsabläufe konnten sie dagegen genausowenig bestimmen wie den standardisierten Arbeitsgegenstand, mit dem sie ihre Tätigkeit ausübten. „Doch innerhalb dieses Rahmens", so urteilten Horst Kern und Michael Schumann, „besteht auch bei einfachen Handarbeiten die Möglichkeit eines gewissen Einflusses auf die Arbeitsmethoden. [...] Aber selbst dieser kleine Einfluß ist für den einfachen Handarbeiter wichtig, denn er erweitert seine Möglichkeit zur Reduktion der Arbeitsbelastungen."[329]

Zu große Dispositionsmöglichkeiten versuchte die BBI allerdings durch arbeitsorganisatorische Eingriffe zu verhindern. Ein Mittel dazu war das leistungsbezogene Entlohnungssystem, ein anderes die detaillierten Arbeitsordnungen, die die genaue Abfolge der Produktionsschritte regelten und genau vorschrieben, welchen Qualitätsansprüchen die Arbeitsleistung genügen mußte. Im Tagebau wurde im wesentlichen Einzel- und Gruppenarbeit verrichtet. Einzelarbeit war meist die Sache der qualifizierten Fachkräfte wie der Elektroschlosser, die relativ autonom waren, während einfache Handarbeiter in der Regel in unterschiedlich strukturierten Gruppen zusammenarbeiteten.[330] Die Übergänge zwischen der Handarbeit und der Arbeit an Maschinen und Apparaten waren allerdings fließend. Der Wechsel auf einen stärker maschinell geprägten Arbeitsplatz markierte für viele BBI-Arbeiter im Laufe der sechziger Jahre den Beginn des sozialen Aufstiegs. Diese Entwicklung hatte freilich auch ihre Schattenseiten. Hatten die „Aufsteiger" früher in Gruppen und relativ autonom gearbeitet, so waren nun gravierende Änderungen zu verzeichnen: Arbeitsablauf, Arbeitsgeschwindigkeit, Arbeitstechniken und Produktqualität waren nun normiert, die früheren Gestaltungsspielräume fast ganz verschwunden.

Welche Folgen dies für die Kommunikation und den Zusammenhalt der Arbeiter hatte, ist schwer zu sagen, weil für die BBI keine umfangreichen Befragungen der Belegschaft vorliegen. Auch die Arbeitsordnungen helfen hier nur wenig weiter.[331] Was die Frage nach den Folgen des technischen Wandels angeht, so scheint

[329] Ebenda, S. 77f.

[330] Das Problem der Gruppenarbeit, ihre Strukturierung und unterschiedlichen Modelle wird in der Industriesoziologie seit jeher intensiv diskutiert. Vgl. dazu neuerdings Karl Schmierl, Umbrüche in der Lohn- und Tarifpolitik, Frankfurt am Main, New York 1995.

[331] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Arbeitsordnung. Sicherlich waren die Möglichkeiten zur informellen Kontaktaufnahme der Belegschaft in weniger mechanisierten Bereichen des Tagebaus, in denen die beiden Grundtypen der Handarbeit dominierten, größer als in den umfassend rationalisierten Produktionsstätten. Doch weitreichendere Aussagen können aufgrund der nicht verfügbaren Quellen nicht gemacht werden.

sich die Vermutung von Horst Schumann und Michael Kern zu bestätigen[332], daß die neuen Arbeitsanforderungen, die aus der Mechanisierung entstanden, auf wenige Berufsgruppen begrenzt blieben.[333] Im übrigen waren die Qualifizierungsreserven der BBI-Arbeiter – ähnlich wie auch in anderen Industriebranchen[334] – groß genug, um den Folgen des technischen Wandels der Industriearbeit aus eigener Kraft gerecht werden zu können. Arbeitserfahrung und das hohe Niveau der betriebseigenen Ausbildungsstätten hatten dazu geführt, daß der Rationalisierungsprozeß ohne Qualifizierungsprobleme der BBI-Belegschaft verlief.

d) Arbeit und Bier: Arbeiteridentität, Männlichkeit und sozialer Konflikt am Hochofen

Die Frage nach den innerbetrieblichen Macht-, Herrschafts- und Kommunikationsbeziehungen, nach der Wahrnehmung und Interpretation von körperlicher Arbeit und ihren spezifischen Leistungskriterien, kann man dagegen für die Maxhütte erheblich genauer beantworten als dies für die BBI möglich ist. Allerdings kann die großangelegte Untersuchung, die das Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitut des DGB zu Beginn der fünfziger Jahre in der Maxhütte und einer Reihe anderer westdeutscher Hüttenwerke durchführte, nur einen punktuellen Eindruck über die vielschichtigen Probleme am Arbeitsplatz vermitteln, zumal die umfassenden technischen Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, die der Aufsichtsrat 1952 beschlossen hatte, erst zum Teil umgesetzt worden waren.[335]

Als die Sozialforscher die Maxhütte aufsuchten, um durch Gruppeninterviews und Umfragebögen die dortige Arbeitswelt zu erforschen, konnte das Unternehmen mit Zuversicht der Entwicklung entgegen blicken, die der Eintritt der Bundesrepublik in den gemeinsamen europäischen Stahlmarkt mit sich brachte. Die Auftragsbücher waren voll, die Produktion lief auf vollen Touren, und auch der Zweckpessimismus des Vorstandes konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß

[332] Vgl. Kern, Schumann, Industriearbeit, S. 25.

[333] Ebenda, S. 316.

[334] Kern und Schumann, deren Studie auf der Grundlage von Automobil-, Chemie-, Glas-, Holz-, Genußmittel-, Papier- und Textilindustrie basierte, kommen zu ähnlichen Ergebnissen. Vgl. Kern, Schumann, Industriearbeit, S. 50 und S. 316.

[335] Bei der Untersuchung handelt es sich um eine nicht veröffentlichte Studie des WWI, die in erster Linie angefertigt wurde, um einen Überblick über die Folgen der Einführung der Montanmitbestimmung zu gewinnen. Das Thema Mitbestimmung bildete freilich nur einen kleinen Teil der Studie, die über zwei Jahre zwischen 1952 und 1953 in einigen größeren Hütten des Ruhrgebietes, des Saarlandes und schließlich auch der Oberpfalz durchgeführt wurde. Gefragt wurde zudem die gesamte Belegschaft, jeweils unterteilt auch nach Betriebsteilen, nach ihrer Arbeitsplatz- und Lohnzufriedenheit, ihrer sozialen Lage, ihrem Verhältnis zu Kollegen, Meistern und Betriebsräten, ihrer Einstellung zum Werk und ihrer Beurteilung persönlicher Aufstiegsmöglichkeiten. Der Rücklauf der Fragebögen war mit 56 Prozent sehr hoch und spricht deutlich für den hohen Grad an Repräsentativität. Zusätzlich wurden durch die gewerkschaftsnahen Sozialforscher umfangreiche Gruppendiskussionen über die Situation am Arbeitsplatz im Werk Rosenberg durchgeführt. Die Gespräche wurden durch die Sozialwissenschaftler moderiert. Die statistischen Erhebungen und Umfrageauswertungen befinden sich im: IGM-ZA im AdsD, WWI, 358, MH-Studie; die Gruppeninterviews sind nicht vorhanden, konnten aber in der Überlieferung eines ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden eingesehen werden: IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg.

sich die Entwicklung der Maxhütte insgesamt erfreulich gestaltete.[336] Die erhöhten Produktionsanforderungen und zusätzlichen Schichten hatten unter der Arbeiterschaft jedenfalls nicht zu gravierenden Verstimmungen oder Kritik an der Unternehmensleitung geführt[337]; jedenfalls waren beinahe zwei Drittel der Beschäftigten im Werk Rosenberg mit ihren Arbeitsplätzen zufrieden.

Körperlichkeit

Was machte nun aber einen Arbeiter zum Arbeiter, was waren die besonderen Anforderungen, die die Arbeit am Hochofen benötigte? Das vordringliche Kennzeichen, so sagten 46 Prozent der Arbeiter, war die „körperliche Anstrengung"; an zweiter Stelle (40 Prozent) folgten „gute Nerven", was sich vor allem auf die physische Konstitution bezog, und die „Geschicklichkeit", die Fähigkeit, sich in komplexen und vielfach auch gefährlichen Arbeitsabläufen zurechtzufinden, erreichte mit 31 Prozent, dicht gefolgt von der Kategorie „Verantwortung für den Arbeitsablauf", den dritten Platz; „Fachkenntnisse" nahmen erst den fünften Platz ein.

Das Gefühl, einer Arbeit nachzugehen, die den Körper ständig zu Höchstleistungen zwang und ihm alle Reserven bis zur Erschöpfung abverlangte, besaßen zwar nicht alle Arbeiter. Der Grad der Belastung unterschied sich am Hochofen, dem Walz- und Stahlwerk und den Bereichen der Instandsetzung und Elektrobetrieben erheblich. Besonders belastend war die Arbeit für die 123 Schrott- und Koksverlader, die unmittelbar am Rosenberger Hochofen schufteten, für die Befeuerung verantwortlich waren und sich kaum vor der glühenden Hitze schützen konnten. Die meisten der Koksverlader waren zwischen 1900 und 1914 geboren[338] und hatten vor allem in den Jahren zwischen 1945 und 1947 den Weg zur Maxhütte gefunden. Der Anteil derer, die an ihrem Arbeitsplatz nicht viel auszusetzen hatten, war in dieser Gruppe deutlich geringer als in anderen Betriebsteilen: Nur etwas mehr als 50 Prozent waren mit ihrem Arbeitsplatz „zufrieden", während über 44 Prozent ihren Arbeitsplatz lieber heute als morgen gegen einen weniger anstrengenden eingetauscht hätten. Über 90 Prozent bewerteten die eigene Tätigkeit als „schwer", und eine beinahe gleich große Gruppe sah in „körperlicher Anstrengung" die wichtigste aller Qualifikationen; der Bereich „Verantwortung für den Arbeitsablauf" schien den meisten dagegen weniger bedeutsam, und andere Fähigkeiten wie „Nachdenken" schien ihnen kaum notwendig, um die Knochenarbeit erledigen zu können. Die täglichen Verladearbeiten in der Nähe der Gluthitze eines Hochofens hatte bei den Arbeitern zugleich die Sorge vor Unfällen wachsen lassen und sie in dem Gefühl bestärkt, von der Unternehmensleitung nicht ausreichend geschützt zu werden. Ähnlich sah dies auch der zuständige gewerkschaftliche Vertrauensmann, der zugleich erster Schmelzer am Hochofen war und damit die verantwortungsvollste Aufgabe der Gruppe ausübte:

[336] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 209, Geschäftsbericht 1952/1953.

[337] Angaben nach IGM-ZA im AdsD, WWI, 358, MH-Studie, Gesamtbelegschaft; Angaben nach ebenda.

[338] 43,8 Prozent oder insgesamt 68 Arbeiter; die zweitgrößte Alterskohorte stellte die Gruppe der zwischen 1885 und 1889 Geborenen mit 23,3 Prozent.

„Der Hochofen unterscheidet sich vor allem dadurch von anderen Betrieben, daß man bei ihm vor Überraschungen nicht sicher ist. Da kommen vor allem häufig unregelmäßige Gänge vor, die an die Arbeitskraft und an die Gesundheit des einzelnen Schaffenden erhebliche Anforderungen stellt. Zweitens ist der Hochofenbetrieb an sich gesundheitsschädlich, vor allem wegen der Temperaturunterschiede. Vor allem im Winter, wo Außentemperaturen von 20° vorhanden sind, dann haben wir an der Arbeitsstelle z. B. am Abstichloch oder Schlackenloch 50 bis 60° Hitze. Das ergibt einen Temperaturunterschied von mindestens 50 bis 60°. Es kommt vor, daß man beim Abstich schwitzt und wenn man 10 m weit weg geht, sind 10° Kälte. Dieser rasche Temperaturwechsel stellt an die Gesundheit des einzelnen ganz besondere Anforderungen, und die Erkältungskrankheiten sind deshalb laufend bei uns vorhanden. Man kommt aus dem Katarrh nicht mehr heraus."[339]

Nicht anders erging es dem dritten Schmelzer am Hochofen, dessen primäre Aufgabe darin bestand, die Schlackenrinne zu bauen, den Abstich wieder zu entfernen und die Sandmaschine zu bedienen. Es sei weniger die Schinderei als die Hitze, so der Stahlarbeiter, die ihn täglich bis zur Erschöpfung fordere. Die Unruhe und die Unzufriedenheit unter den Schmelzern und Koksverladern waren deshalb nur allzu verständlich: 17 Prozent fühlten sich von ihren Vorgesetzten ungerecht behandelt und bewerteten das Betriebsklima als „schlecht"; das Ergebnis war um so auffälliger, als im gesamten Werk Rosenberg nur 9,2 Prozent ihre Vorgesetzten kritisierten. Heftige Konflikte muß es aber nicht nur zwischen Meistern und Arbeitern, sondern auch mit den Arbeitnehmervertretern gegeben haben, deren Kredit bei den Kollegen des Hochofens gering war. Auf die Frage: „Wie vertragen sie sich mit dem zuständigen Betriebsrat", gaben nur 70 Prozent der Schrott- und Koksverlader an, sie seien zufrieden und würden sich „gut" mit den zuständigen Betriebsräten verstehen. 14 Prozent dagegen antworteten, ihr Verhältnis sei schlecht, und weitere 15,7 Prozent wollten keine Auskunft geben[340]; ähnlich äußerten sich auch die Gichtarbeiter.[341] Sie litten ebenfalls unter der Hitze, zugleich aber auch unter den Gasen des Hochofens, die immer wieder selbst erfahrene Arbeiter überforderten. Der Rhythmus ihrer Arbeit wurde durch die Schrägbahn bestimmt, die rund 2000 Wagen pro Schicht beförderte. Jeder dieser Wagen mußte durch die Crew, die aus zwei Ofenleuten, vier Schiebern und einem „Polanti", wie man den Vorarbeiter nannte, bestand, zum Seilzug gezogen werden. Die Ofenmänner waren dafür zuständig, die Wagen von der Weiche aus um den Ofen herumzuschieben und schließlich den Schrott in den Ofen zu kippen. Mit ihrer Kritik an den Betriebsräten unterschieden sich die beiden Crews besonders deutlich von Belegschaften anderer Werksteile. Denn dort waren insgesamt nur rund acht Prozent der Meinung, das Verhältnis zum Betriebsrat sei gestört; etwa genauso vielen schien die Beziehung zu den Meistern und Vorarbeitern zerrüttet. Die Gruppe der Unzufriedenen, die angesichts der Arbeitsbelastung über zu niedrige Löhne klagten und sich von ihren gewerkschaftlichen Interessenvertretern nicht ausreichend

[339] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion im Hochofenbetrieb am 14. 4. 1953, S. 2.

[340] IGM-ZA im AdsD, WWI, 358, MH-Studie, Schrottverlader/Koksverlader, Soziale Beziehungen.

[341] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion mit der Frühschicht der Gicht am 15. 4. 1953, S. 2ff.

unterstützt fühlten, war damit in diesem Betriebsteil beinahe doppelt so hoch wie im Werksdurchschnitt.[342]

Die Folgen ihres hohen Arbeitseinsatzes und der spezifischen Verantwortung, die sie auf sich nahmen, der Ruin des eigenen Körpers, stand den Walzern und Maschinisten deutlich vor Augen: „Eines macht den Mann bei seiner Arbeit vor allem kaputt. Das ist erstens die Hitze und zweitens wenn er 8 Stunden auf einem Fleck der Eisenplatte stehen muss, z.B. an dem Platz wo ich [der Walzer] stehe, sagen wir mal angenommen auf Trägern. Da geh ich andauernd auf einem Platz von 1 qm umeinander, weiter komme ich nicht. 8 volle Stunden auf einem Platz dort stehen und dauernd in ein Eck reinschauen, das ist nicht angenehm."[343]

Die Rationalisierungsmaßnahmen innerhalb des Walzwerkes hatten ambivalente Folgen: Aus der Sicht der Blockwalzer und Maschinisten führten sie nicht dazu, ihre Arbeit zu erleichtern – im Gegenteil: Mit dem Bau der neuen Walzstrecke waren die Arbeitsbedingungen, die Bewegungsfreiheit und die Regenerationszeit noch knapper geworden. Zusammengepfercht „wie in einem Sack" müßten sie ihre Arbeit an der Strecke verrichten, und es sei beinahe unmöglich, die Hitze zu ertragen. Nur wer körperlich und geistig „auf Draht sei", könne die Arbeit überstehen: „Früh wenn sie anfangen oder mittags das ist ganz gleich, dann kennt man sie noch und wenn sie eine Stunde dort-stehen, sind sie ganz schwarz da kennt sie keiner mehr. Das ist der Ruß, der ganze Gestank von dem Teer auf den Walzen. Wenn da einer etwas schwächer gebaut ist, der fällt unweigerlich um."[344] Aber selbst Walzer, die sich den Anforderungen ihres Arbeitsplatzes gewachsen fühlten, gaben zu, täglich angespannt, müde und erschöpft zu sein. „Wir haben meistens 2 Blöcke auf der Walze, einen auf der Vorwalze und einen auf der Fertigwalze. Wenn der eine fertig ist, kommt der andere schon wieder an. Wenn wir keine Störungen haben, arbeiten wir ununterbrochen."[345]

Allerdings hatten die Modernisierungsmaßnahmen für einige der Beschäftigen auch zu erheblichen Erleichterungen geführt. Die Mechanisierung der Blockwalze machte die Arbeit, wie die Walzer unterstrichen, erheblich leichter als in früheren Jahren. Vor allem durch den Einsatz von zwei weiteren Maschinisten und die automatisierte Wasserfüllung sei die Belastung spürbar zurückgegangen.[346] Die Arbeiter lehnten also die technischen Veränderungen im Betrieb keinesfalls ab. Sie wußten genau zu unterscheiden, welche Folgen die Entwicklung für sie persönlich hatte. Trotz der Vorbehalte, die Walzer wie auch die Konverterarbeiter gegen die Rationalisierungsmaßnahmen vorbrachten, waren kaum grundsätzliche Bedenken gegen die Pläne der Unternehmensleitung zu hören, die in ihrem Ausmaß schließlich auch von den Arbeitnehmervertretern mitgetragen wurden. Vermutlich war der Widerstand auch deshalb nicht besonders intensiv,

[342] IGM-ZA im AdsD, WWI, 358, MH-Studie, Gesamtbelegschaft, Soziale Beziehungen.
[343] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion mit der Frühschicht des Walzwerkes am 20. 4. 1953, S. 2.
[344] Ebenda, S. 3.
[345] Ebenda, S. 5.
[346] Ebenda, S. 8.

weil keiner der Arbeiter sich in den Gesprächen darüber beschweren mußte, durch die Mechanisierung finanziell benachteiligt worden zu sein.[347]

Verantwortung und Arbeitsbewußtsein in der Arbeitskolonne

Unabhängig von ihren Arbeitsplätzen waren sich die Hochofenarbeiter darin einig, daß die Produktion nur dann reibungslos ablaufen konnte, wenn sich alle der besonderen Verantwortung ihrer Arbeit bewußt waren und sich innerhalb der Arbeitsgruppen solidarisch verhielten. Die Crews erzwangen von allen Beteiligten ein hohes Maß an Verläßlichkeit und Kooperationsbereitschaft, um die Härte der Arbeit und die intensiven Belastungen bewältigen zu können. Hier wurde täglich solidarisches Verhalten in den Arbeitsgruppen eingeübt, „die, da sie an die widersprüchlichen Bedingungen des Produktionsprozesses anknüpften, einerseits dem Angriff der betrieblichen Leitungsorgane weitgehend entzogen waren, zum anderen aber – aufgrund der starken Arbeitsgruppenisolierung in der Produktion – eine sehr harte Barriere gegenüber darüber hinausgehenden Vereinheitlichungstendenzen schufen."[348]

Nach außen zeigten die Gruppen deshalb ein äußerst geschlossenes Bild: Mehr als 95 Prozent waren sich sicher, ihrem Arbeitskollegen vertrauen zu können, über Streit oder offene Feindschaft klagte kaum jemand. „Wichtig ist", so hob einer der Vertrauensleute hervor, „daß die Leute zusammenpassen; wenn sie zusammenpassen, dann hilft eben einer dem anderen bei der Arbeit. Auch hier heißt es, einer trage des anderen Last. Kameradschaft und Kollegialität ist notwendig, dann ist die Arbeit meistens schon um 50 % erleichtert."[349] Die Fluktuation der Hochofenbelegschaft war in der Regel trotz der Arbeitsbedingungen sehr niedrig, meistens wechselten die Arbeiter nur krankheitsbedingt ihren Arbeitsplatz, nicht aber, weil sie sich wünschten, in anderen Bereichen des Werkes beschäftigt zu werden. Das Gefühl, einer kooperativen „Produktionsgemeinschaft" anzugehören, besaß zumindest auch der Betriebsratsvorsitzende Mertel: „Ich glaube", erläuterte er den Sozialforschern, „daß der Hauptgrund, warum die Leute so schwer von ihrer Arbeit weggehen der ist, daß sie sich an ihre Umwelt und ihre Kollegen gewöhnt haben und es gibt sicher viele, die lieber 5 Pfg. oder 10 Pfg. weniger in Kauf nehmen würden, wenn sie nur mit ihren Kollegen zusammenbleiben können. Denn wenn einer ins Walz- oder ins Stahlwerk kommt, da kennt er ja nicht einmal die Arbeitskollegen."[350]

Die Konsequenz dieser starken Selbstbezogenheit der Arbeitsgruppen war eine deutliche Abgrenzung und Konkurrenz gegenüber anderen Werksteilen, deren

[347] Vgl. auch ähnliche Ergebnisse bei Popitz, Gesellschaftsbild, S. 43–54; leider liegen für die Maxhütte keine näheren Angaben über die Einschätzung der Rationalisierung vor, so daß weitergehende Aussagen unterbleiben müssen; dazu auch Herbert Wiedemann, Die Rationalisierung aus der Sicht des Arbeiters. Eine soziologische Untersuchung in der mechanischen Fertigung, Köln 1967.

[348] Rainer Lichte, Betriebsalltag von Industriearbeitern. Konflikthandeln einer Belegschaftsgruppe vor und während einer Betriebsstillegung, Frankfurt am Main, New York 1978, S. 505.

[349] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion im Hochofenbetrieb am 14. 4. 1953, S. 5.

[350] Ebenda, S. 13.

Grundlage eine spezifisch leistungsorientierte und berufsbezogene Arbeitsidentität war. Mit besonderem Zorn blickten vor allem zahlreiche Facharbeiter aus den Reparaturwerkstätten auf ihre Kollegen, die am Hochofen beschäftigt waren.[351] „Stur" seien sie und ohne Verständnis für die Probleme des laufenden Betriebes. Besonders erbost waren die Facharbeiter über die vermeintliche Geringschätzung ihrer technischen und handwerklichen Fähigkeiten und die offenkundige Mißachtung ihrer Produktionsstätten durch die anderen Abteilungen. Vielen Produktionsarbeitern fehle, so ihr einhelliges Urteil, jedes Verständnis für die Maschinen im Betrieb, und es komme immer wieder vor, daß die Arbeiter ihr Material sogar „mutwillig" beschädigten.[352] Der Gipfel der Unverschämtheit sei schließlich erreicht, wenn dann noch die Reparaturen der Facharbeiter als „Murks" bezeichnet und die Qualität ihrer Arbeit durch die grobschlächtigen „Holzhacker"[353] in Frage gestellt werde. Es könne nicht sein, daß gerade die aus der Landwirtschaft in die Industrie gewechselten, ungelernten Arbeiter die verdienten und qualifizierten Stammarbeiter kritisierten. „Es ist so", erklärte einer der Schmiede,

„die Betriebsarbeiter haben dem Facharbeiter gegenüber kein Verständnis, sie wissen nicht, daß sie absolut nicht arbeiten können, wenn wir die Mängel und die Sachen nicht wieder herrichten, damit sie wieder arbeiten können, obwohl sie im Verhältnis einen wesentlich höheren Stundenlohn haben als die Facharbeiter. [...] Da macht einer Bauernknecht, dann kommt er in die Maxhütte und kommt durch irgendeinen Zufall in irgendeinen Betrieb hinein, sei es jetzt am Hochofen, Stahl- oder Walzwerk, der hat dann – er muß es freilich verdienen und es ist ihm gegönnt, einen Stundenlohn, der um 30 bis 40 Pfg. höher liegt als der des Facharbeiters."[354]

Die Differenzen zwischen den Arbeitsgruppen um die Frage nach der Qualität der Arbeit und ihrer Entlohnung, die zugleich Auskunft über den jeweiligen Stellenwert innerhalb der Produktion geben sollte, war keine ganz neue Entwicklung, sondern reichte nach Meinung älterer Facharbeiter mehr als vier Jahrzehnte zurück. Sie bildete eines der konstituierenden Merkmale der Arbeitsorganisation im Stahlwerk und beeinflußte die Vorstellungswelt der Industriearbeiter und ihr Bewußtsein von Arbeit in entscheidender Weise. So kritisch die Arbeitsgruppen über andere Werksteile sprachen, eine Gemeinsamkeit vergaßen sie nie zu betonen: Sie nahmen sich gegenseitig als „Arbeiter" und „Kollegen", als grundsätzlich gleichberechtigte und gleichermaßen abhängig Beschäftigte wahr. Unabhängig von der beruflichen Stellung, egal ob sie Facharbeiter, Dreher, Walzer oder Konvertermänner waren: Sie beschrieben sich als Männer, deren Schicksal durch die gleichen Rahmenbedingungen des Industriebetriebes, durch Unfallrisiken und körperliche Arbeit bestimmt wurde.[355] Eine politische Stoßrichtung war damit nicht unmittelbar verbunden, und die Vorstellung, Teil einer großen, gemeinsam handelnden Arbeiterklasse zu sein, schien den Maxhüttenarbeitern suspekt, zu-

[351] Ebenda, S. 4.
[352] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion mit Facharbeitern vom 22. 4. 1953, S. 8f.
[353] Ebenda, S. 13.
[354] Ebenda, S. 8.
[355] Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch Popitz, Gesellschaftsbild, S. 169f.

mindest verzichteten sie darauf, vergleichbare Kategorien zur Selbstbeschreibung zu gebrauchen.

Andere Begriffe waren wichtiger: „Vertrauen" bildete in den Gesprächen der Arbeiter und Vertrauensleute mit den Sozialforschern die entscheidende Klammer für den Zusammenhalt der Arbeitsgruppen. Er diente zur Selbstbeschreibung und Abgrenzung, zur Integration und Exklusion der Crews; in ihm spiegelten sich die arbeitsplatzspezifischen Verhaltensnormen wider, die durch die Gruppe vorgegeben, erlernt und weiter tradiert wurden. Ein Maschinist in der Fertigstraße des Walzwerkes machte dies in der Analyse seiner Arbeitssituation beispielhaft deutlich:

„Da ist natürlich eine ungeheure Aufmerksamkeit nötig, und Kraft wird beansprucht. Die Hebel gehen natürlich nicht so spielend, als wenn man einen Bleistift in der Hand hat. Zumal wenn über die Hälfte des Ventils aufgemacht wird, dann drückt der Dampf ziemlich stark her. Da müssen die Blöcke abgefangen werden, was nicht mit allen Touren geschehen kann, das ist alles ziemlich schwierig und kostet ziemliche Nerven, auch hat man Verantwortung für Menschenleben und ausserdem für die Maschine."[356]

Der Grad der „Verantwortung"[357], den sich der Maschinist zubilligte, sollte einerseits seine exponierte Stellung im Produktionsprozeß untermauern; nur seine Leistungsfähigkeit garantierte die ungestörte Produktion, und seine außerordentliche Belastbarkeit war es, die die Sicherheit seiner Arbeitskollegen garantierte. Die „Nerven", die physische wie psychische Dauerbelastung, die ihm die Tätigkeit abverlangte, waren andererseits sein persönlicher Preis, der für ihn zugleich auch die Quelle seines Selbstwertgefühles bildete. Denn je höher die körperliche Leistung, desto größer war das Ansehen innerhalb der Crews.

Mit Nachdruck betonte deshalb ein Walzer die gleichrangige Bedeutung seiner manuellen Geschicklichkeit und „grossen Muskelkraft", die er für den Wesenskern seiner Arbeit hielt und es ihm möglich machte, als „Mann" im Werk bestehen und gelten zu können. „Wenn der Block gedreht wird", so der Walzer, „braucht man ziemliche Kraft dazu, der wiegt 1200 kg, und den muß ein Mann wenden."[358] Wer dies nicht konnte und unter der Last des Gewichts zusammenbrach, dem blieb das „Vertrauen" und die Anerkennung der Arbeitskameraden versagt. Er konnte für sich nicht in Anspruch nehmen, „männlich", also körperlich belastbar zu sein. Die Definitionsgewalt darüber lag innerhalb der Arbeitsgruppe, die das Mögliche an Belastbarkeit selbst regelte; Männlichkeit und Leistungsfähigkeit waren gleichsam synonyme Begriffe, die die innere Hierarchie der Gruppe maßgeblich mitsteuerten. Der von den Stahlarbeitern und Walzern immer wieder gebrauchte Begriff der „Leistung" umschrieb jedoch nicht einen rational definierten Arbeitsaufwand. Seine geschlechts- und körperbezogene Verwendung war Teil eines vielschichtigen sozialen, technischen und ökonomischen Leistungsbegriffs,

[356] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion mit der Frühschicht des Walzwerkes am 20. 4. 1953, S. 13.

[357] Vgl. auch Popitz, Gesellschaftsbild, S. 115 f.

[358] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion mit der Frühschicht des Walzwerkes am 20. 4. 1953, S. 3.

dessen Deutung Ergebnis eines innerbetrieblichen Aushandlungsprozesses zwischen den Arbeitern in den unterschiedlichen Crews und den Produktionserwartungen des Unternehmens war.[359]

Karriere und beruflicher Aufstieg

„Leistung" hatte noch eine weitere Bedeutung: Mit Stolz verwiesen die Maschinisten nicht nur darauf, die körperlichen Belastungen ihres Arbeitsplatzes aushalten zu können, sondern auch auf ihren ganz persönlichen Karriereweg innerhalb des Betriebes, der sie in die Position gebracht habe, „Verantwortung" zu tragen.

„Wir sind eingestellt worden, da waren wir so 14 Jahre alt, da haben wir zuerst Schmierbuben gemacht. Ab und zu haben wir dann ersatzweise den Rollgang gefahren. Wenn man in das Alter gekommen ist, ist man dann auf den Kran oder auf die Steuerbühne gekommen und hat sich so langsam heraufgearbeitet. Dadurch bekommt man die Erfahrung, so daß man einen verantwortungsvollen Posten wie den Tiefenofenkran, die Anstellung oder die Blockschere wirklich betreuen kann, und der Obermaschinist weiß, da hab ich wirklich einen verantwortungbewußten Mann [...]"[360]

Die innerbetriebliche Karriere verlief typisch für die Arbeiter, die bereits unmittelbar nach der Volksschule zur Maxhütte gekommen waren und wie ihre Väter dort ein Leben lang blieben und sich als Ungelernte durch ihre gewonnene Erfahrung und Geschicklichkeit hocharbeiteten. Weniger wichtig als die Ausbildung waren für die Walzer und Maschinisten vor allem die Dienstjahre und die Bereitschaft, wie sie sagten, „arbeiten zu wollen". Faulheit wurde durch die Crews nicht geduldet, und wer, wie es ein Blockwalzer meinte, „nicht richtig schwitzen"[361] konnte oder wollte, dem legte man nahe, eine andere Beschäftigung zu suchen. Andernfalls drohten ihm durch die Gruppe Sanktionen.[362] Überall gebe es zwar Männer, so berichtete ein Kolonnenführer aus der Adjustage, die „sich gewissermaßen ‚umbringen' und andere, die faulenzen", doch sei eine gewisse Arbeitsdisziplin zwingend notwendig, und „menschliche Schwäche" sei keine Entschuldigung für Faulheit und eine „falsche Einschätzung der Arbeit." Diese Form der kollektiven Selbsterziehung spiegelte sich auch in den engen familiären Bindungen wider, die oft Generationen von Rosenbergern an das Werk band: In der Umfrage des WWI gaben 1953 53,1 Prozent an, daß ihr Vater bereits bei der Maxhütte arbeitete; 21,5 Prozent hatten einen Bruder, 17,7 Prozent einen Onkel und 11,1 Prozent noch einen Großvater, die bei der Maxhütte in Lohn und Brot standen.[363]

[359] Vgl. auch Fürstenberg, Einführung, S. 75; eine kritische Auseinandersetzung mit dem Leistungsprinzip bietet Claus Offe, Leistungsprinzip und industrielle Arbeit, Frankfurt am Main 1970.

[360] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion mit der Frühschicht des Walzwerkes am 20. 4. 1953, S. 15.

[361] Ebenda, S. 9.

[362] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion Adjustage am 21. 4. 1953, S. 30ff.; folgendes nach ebenda.

[363] IGM-ZA im AdsD, WWI, 358, MH-Studie, Gesamtwerk, Werk.

Flüchtlinge

Was geschah aber, wenn die Arbeitskräfte wie die Flüchtlinge nicht aus dem betrieblichen Milieu stammten? Welche Formen von Inklusion und Exklusion gab es bei neuen Kollegen, die eine andere berufliche Sozialisation hatten? Wie funktionierte dort der Integrationsmechanismus der Crews? An der Gicht[364] arbeiteten beispielsweise neben der traditionellen Stammarbeiterschaft zahlreiche Flüchtlinge, deren früherer Arbeitsalltag oftmals einem anderen zeitlichen Rhythmus und einer anderen Belastungsintensität unterworfen war; ihnen fehlte die betriebliche Sozialisation, und auch ein dicht geknüpftes familiäres Netzwerk, das sie in die Produktionsabläufe und die informellen Regeln des Stahlwerkes hätte einweisen können, war ihnen unbekannt. Über seinen beruflichen Werdegang bei der Maxhütte berichtete einer der Flüchtlinge, ein ehemaliger Kaufmann, der seit 1946 im Hüttenwerk arbeitete, um seine sieben Kinder zu ernähren: „Ich habe keine Erfahrung, ich bin auf die Gicht gekommen und seitdem bin ich oben. Unten habe ich einmal Koks gefahren. Der Vorarbeiter hat mich gefragt, ob ich oben auf der Gicht bleiben will. Ich sagte: Ja, mir gefällt es oben. [...] Daß ich 6 oder 7 mal in der Woche mit Kopfschmerzen heimgehen muss, das ist etwas alltägliches, aber ich muss ja verdienen."[365] Für viele der Flüchtlinge, die zuvor in ihrer sudetendeutschen Heimat als Techniker, kaufmännische Angestellte oder Metzger gearbeitet hatten, mußte die Umstellung auf die harte Arbeit im Hüttenwerk besonders schmerzlich und einschneidend gewesen sein. Schließlich war ihnen die Welt der Hochöfen genauso fremd wie die Oberpfalz, wo sie nun ihre Zelte aufschlugen.

Erstaunlich war allerdings ihre Anpassungsfähigkeit an die neue Situation, und von Lethargie oder Resignation war nicht viel zu spüren. 1946, so berichtete einer der zahlreichen Flüchtlinge, habe er bei der Maxhütte seine Arbeit aufnehmen können. Kellner war er von Beruf, doch hatte er sich bereits kurz nach dem Krieg von der Maxhütte anwerben lassen. Obwohl er offenkundig von eher schwächlicher Konstitution war, fand er wegen des akuten Personalmangels gleich eine Beschäftigung am Hochofen. Drei Jahre arbeitete er dort, bis er sich nach einem Konflikt mit einem Vorgesetzten versetzen ließ. „Mit meinem gelernten Beruf habe ich vollkommen abgeschlossen, mir bleibt nichts anderes übrig als die Maxhütte. Mein einziger Wunsch ist, daß mir eine Gelegenheit geboten wird, vorwärts zu kommen, z. B. hätte ich zum Elektriker Interesse."[366] Das Ziel, „vorwärts" zu kommen, war bei vielen Flüchtlingen von der Hoffnung getragen, wieder in solchen Berufen arbeiten zu können, die annähernd dem Profil ihrer früheren Beschäftigung entsprachen.[367] Davon träumte auch ein ehemaliger Flugzeugmechaniker, der nach seiner Flucht seit Kriegsende bei der Maxhütte eine Beschäftigung gefunden hatte. Seine erste Station war die Adjustage. Schließlich kam er über das

[364] Oberer Aufschluß eines Hochofens einschließlich der Beschickungsöffnung und der Arbeitsplattform.

[365] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion mit der Frühschicht der Gicht am 15. 4. 1953, S. 18f.

[366] Ebenda, S. 23.

[367] Ebenda, S. 22.

Walz- und das Stahlwerk, die Ziegelei und die Seilbahn in den Hochofenbetrieb und auf die Gicht. Er setzte alle seine Hoffnungen auf die sich abzeichnende Wiederaufrüstung der jungen Bundesrepublik und die Gründung der Bundeswehr, die ihm als ehemaligen Rüstungsarbeiter, so meinte er, eine neue berufliche Perspektive eröffnete. Trotz einiger Rückschläge war er zuversichtlich, den beruflichen Neubeginn noch einmal zu schaffen, zumal er sich nicht vorstellen konnte, wie die Maxhütte einen qualifizierten Arbeiter seines Formates nicht fördern könne: „Die Chance [zum beruflichen Aufstieg] ist noch nicht ganz vergeben. Wenn ich tatsächlich auf der Gicht 60 Jahre alt werden sollte, das kann ich mir nicht vorstellen, auf der Gicht möchte ich nicht so lange bleiben, zumindest müßte mir etwas anderes geboten werden."[368]

Dem beruflichen Aufstieg waren aber gerade zu Beginn der fünfziger Jahre enge Grenzen gesetzt, weil für die führenden Positionen in der Regel Männer aus der alten Stammbelegschaft mit ihrer langjährigen Werkszugehörigkeit und Berufserfahrung bevorzugt wurden.[369] Vor allem die alten Facharbeiter der Maxhütte achteten mit Argusaugen darauf, daß ihre angestammte Position nicht durch die Flüchtlinge untergraben und ihre Karriere- und Aufstiegswege durch sie unterlaufen würden. Es waren deshalb vermutlich nicht nur die komplexen Arbeitsplatzanforderungen, die zu der Regelung geführt hatten, Flüchtlinge mit einer Facharbeiterausbildung zunächst zwei Jahre als Lehrlinge „herumlaufen" zu lassen, wie ein Schmied abfällig bemerkte, und sie erst danach selbständig in der Produktion oder den Reparaturbetrieben zu beschäftigen.[370] Die Rückstufung mochte möglicherweise formal wegen der anders gelagerten Produktionsbedingungen und der mangelnden Hochofenerfahrung vieler Flüchtlinge gerechtfertigt gewesen sein. Offenkundig spielte aber bei der Rückstufung zum „Lehrling" auch der Versuch eine Rolle, die gewachsenen Hierarchien innerhalb der Arbeitsgruppen nicht „von außen" zu gefährden. Wer einmal wieder auf der Stufe und dem Ansehen des „Lehrlings" angelangt war, tat sich nach seiner erneuten Ausbildungszeit schwer, in den Wettbewerb mit seinen ehemaligen Vorgesetzten und Ausbildern zu treten. Der Begriff des „Lehrlings", mit dem die einheimische Stammbelegschaft die oft 30- bis 40jährigen Flüchtlinge aus Schlesien und dem Sudetenland bezeichneten, ließ keinen Zweifel an der Distanz, ja Abneigung, die viele der alten Maxhüttenarbeiter gegenüber den Flüchtlingen empfanden.[371] Zunächst erwartete man von den Flüchtlingen Anpassung und Unterordnung, und erst nach einer Übergangszeit war man bereit, die Neuen mit verantwortungsvollen Aufgaben zu betrauen.

Viele der Flüchtlinge waren zwar froh, überhaupt eine Arbeit gefunden zu haben, doch bot ihr oftmals hoher Qualifikationsgrad auf der einen und ihr vielfach berufsferner Arbeitseinsatz auf der anderen Seite zumindest in den frühen fünfzi-

[368] Ebenda, S. 21.
[369] Ebenda, S. 23.
[370] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion mit Facharbeitern am 22. 4. 1953, S. 12.
[371] Die Konflikte zwischen Einheimischen und Flüchtlingen werden von Zeitzeugen bestätigt, vgl. dazu Kurt Bendler, Das Höllenloch, in: Duschinger, Zierer, Glanz, S. 523–534, hier S. 525.

ger Jahren einen ständig schwelenden Konfliktherd.[372] Die viel beschworene „Kameradschaft" hatte für die Flüchtlinge keinesfalls ihre Gültigkeit völlig verloren, und doch war die solidarische Integrationsfähigkeit gleichsam von reduzierter Wirkungsmacht gewesen. Andere Spannungen und Konflikte traten hinzu, zu denen vor allem die Macht- und Herrschaftsbeziehungen am Arbeitsplatz, zwischen Meistern, Vorarbeitern und Arbeitern gehörten.

Meister

Die Position des Meisters war weitreichenden Veränderungen unterworfen. Denn mit der Modernisierung hatte nicht nur die Komplexität der Stahlherstellung zugenommen, sondern sich auch die Entscheidungsstruktur zugunsten der Arbeitsgruppen verlagert. Die gestiegene Arbeitsteilung erhöhte die Bedeutung einzelner Bindeglieder der Produktion und vergrößerte damit die Möglichkeit zur arbeitsplatznahen Problemlösung.[373] Für den Stellenwert der Meister hatte dies ganz unmittelbare Folgen[374]: Sein Machtverlust war unübersehbar. Er hatte seine ursprüngliche Gelenkstellung zwischen Betriebsleitung und Produktionsarbeitern und seine formale Autorität weitgehend eingebüßt, wozu vor allem die Möglichkeit gehört hatte, selbständig über die Personalrekrutierung, über die Ein- und die Ausstellung der Arbeiter zu entscheiden.[375] Seine Autorität war durch die Umstruktuierung der Arbeitsabläufe abgewertet und seine Kompetenz neu verteilt worden. Mit dem Ausbau des Hüttenwerkes waren in allen Werksteilen neue Arbeiterpositionen geschaffen worden, die zwar nominell unterhalb der Ebene der Meister angesiedelt waren, trotzdem jedoch wie die Erstarbeiter vergleichbar verantwortungsvolle Führungsfunktionen wahrnahmen. Damit wurde gleichsam „von unten" die soziale Distanz zwischen Arbeitern und Meistern verringert.[376] Eine zweite, durch die Betriebsleitung vielfach forcierte Entwicklung trug ebenfalls zur veränderten Rolle der Meister bei: ihre tarifliche Einbindung durch die Akkordarbeit der Crews. Auch die Meister waren von der Leistung der Arbeitsgruppe abhängig, ein Teil ihres Lohnes wurde durch die Arbeiter erwirtschaftet, die sie beaufsichtigten. Damit war der Bedeutungsunterschied zwischen beiden Gruppen zwar nicht verschwunden, doch mußten sie vielfach erkennen, daß die Handlungsmacht der Arbeitsgruppen in immer geringerem Umfang von der Beziehung zum Meister abhängig war. Ein Meister, der wie in der Adjustage mit eisernem Besen kehrte, war eher die Ausnahme: „Das ist so in der Adjustage," berichtete ein Arbeiter, „wenn einer nicht spurt, wie der Meister es haben will, oder langsamer arbeitet, dann bekommt er eben einen anderen, schlechteren Arbeitsplatz, als Dreckfresser sozusagen."[377] Solche willkürlichen Sanktionen gehörten

[372] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion mit der Frühschicht der Gicht am 15. 4. 1953, S. 24.

[373] Vgl. Welskopp, Arbeit, S. 585.

[374] Präzise Welskopp, Arbeit, 535–541.

[375] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion mit der Frühschicht des Walzwerkes am 20. 4. 1953, S. 6.

[376] Vgl. Welskopp, Arbeit, S. 538.

[377] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion

Mitte der fünfziger Jahre nicht mehr in das Repertoire der Meister. Seine Leitungsverantwortung beruhte nur noch in Ausnahmefällen auf seiner persönlich-autokratischen Kontrolle des Arbeitsprozesses; eher war er zu einem arbeitstechnischen Instrukteur geworden, der selbst den neuen Instrumenten indirekter Kontrolle der Stahlherstellung unterworfen war. Die Walzarbeiter machten dies im Gespräch mit den Sozialforschern deutlich:

„DL [WWI-Sozialfoscher]: Ist es so, daß Eure Arbeit einfach anfällt oder habt ihr viel mit Anweisungen des Vorarbeiters oder des Meisters zu tun? X [Arbeiter]: Der Meister ist der Maßgebende. Der Meister bekommt seinen Rapport und daran muß er sich halten. DL: Wie oft habt Ihr mit dem Meister zu tun? X: Die ganze Zeit, den ganzen Tag über. DL: Schafft er viel an oder schwebt er wie ein Engel über dem ganzen? X: Der ist einmal dort und einmal da, einmal am Tiefofen und einmal an der Walze und schaut, daß alles weiter geht. Wenn eine Störung ist an der Fertigstraße, dann kommt er her und sagt, wir müssen blocken und wenns dann wieder fertig ist, dann geht er wieder hinüber. So ist er dauernd unterwegs. DL: Angenommen, den Meister trifft der Schlag (was Gott verhüten möge), läuft dann der Betrieb einfach weiter? (allgemeine Zustimmung), oder muß dann einer von Euch raus und muß den Meister ersetzen? 1. Walzer: Der 1. Walzer ist der Stellvertreter des Meisters."[378]

Der unmittelbaren Kontrolle durch den Meister konnten sich die Arbeiter, wie sie selbst bemerkten, immer häufiger entziehen, da ihr Vorgesetzter mit einer Vielzahl von Aufgaben beschäftigt und an ihren Arbeitsplätzen nicht präsent war. Seine Funktion als Koordinator und Instrukteur schien vielen sogar austauschbar, da auch andere qualifizierte und erfahrene Arbeiter aus der Crew sich zutrauten, seine Aufgaben übernehmen zu können. Der Betriebsplan hatte den ersten Walzer bereits zum formellen Stellvertreter bestimmt, so daß die Position des Meisters abgeschwächt und er in die Arbeitsgruppe integriert wurde. Die Meister erfüllten ihre neuen Aufgaben ganz unterschiedlich: Am Hochofen führte er nur eine allgemeine Aufsicht über den reibungslosen Ablauf der Produktion, im Walzwerk genügte ihm das nicht. Hier bestand er darauf, über jeden einzelnen Schritt zu wachen, und wollte er, wie die Walzer kritisch bemerkten, „überall mit dabei sein." Ein ständiger Streitpunkt zwischen Arbeitern und Meistern blieb – unabhängig vom Produktionsort – die Verfügungsgewalt über die Zeit, die Einteilung der Pausen. Die Arbeiter im Walzwerk klagten besonders darüber, nur dann Pausen machen zu können, falls der Meister ihnen dies gewährte. Es stand in seiner Macht, den Zeitpunkt zu bestimmen, wann eine Arbeitspause den Produktionsfluß am wenigstens gefährde. „Wenn der Meister sagt, wir können heute keine Pause machen, dann ist vielleicht noch die Möglichkeit, daß einer den anderen ablöst oder daß der Meister einen hinstellt, der den und jenen ablöst."[379] Allerdings schien er seine Entscheidung zuvor noch einmal mit seiner Crew zu besprechen, um einerseits die Belastung möglichst gering zu halten, andererseits jede Form von Leerlauf und Blockaden zu verhindern.

durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion in der Adjustage vom 21. 4. 1953, S. 30.

[378] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion mit der Frühschicht des Walzwerkes vom 20. 4. 1953, S. 22 f.

[379] Ebenda, S. 4.

Gleich wie die Meister ihre Aufgabe wahrnahmen: Sie waren in jedem Fall an den „Rapport", an die Betriebsleitung und Ingenieure und ihre vorgeschriebenen Produktionsvorgaben gebunden, die es einzuhalten galt und denen sie genauso unterworfen waren wie die Arbeiter selbst. Die Kontrollmechanismen am Arbeitsplatz hatten damit eine neue Qualität erreicht: Denn der persönliche Einfluß durch die Meister wich immer stärker der indirekten Kontrolle durch die Leistungsvorgaben der betrieblichen Führung, die weniger die Überwachung des einzelnen Arbeitsplatzes als das Arbeitsergebnis, die Produktivität, in den Blick nahmen. Die Kontrolle im Hüttenwerk erhielt damit ein neues Gesicht: Es war nicht mehr der antreibende Meister, der mit Lohnabzug drohte, sondern ein hochkomplexes und oftmals nur schwer durchschaubares Lohnsystem aus Akkord- und Prämienlöhnen, das den Arbeitsdruck in die einzelnen Gruppen verlagerte. Die auf „Kameradschaft", Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein basierende soziale Disziplinierungsinstanz der Crew bot zwar einerseits eine Institution, aus der heraus sich die Handlungsmacht der Belegschaft und ein gewisser Grad an Autonomie speisten, andererseits förderten ihre internen sozialen Verhaltensnormen eine grundsätzliche Bereitschaft, sich den Zwängen der Produktivitätserweiterung und damit der wachsenden, gleichsam anonymen indirekten Kontrolle zu unterwerfen. Ob diese ambivalente Wirkung tatsächlich, wie behauptet wird, „sowohl den Gruppenzusammenhalt festigen"[380] und zugleich im „Routinebetrieb hohe Produktionsziffern gewährleisten konnte", ist dabei durchaus fraglich. Gerade weil in der Crew „Leistungsanforderungen gewöhnlich durchaus auf Leistungsbereitschaft stießen", schien das Konkurrenzverhalten der Arbeiter innerhalb der Gruppen zunehmend größer zu werden und nicht in jedem Fall kompatibel gewesen zu sein mit dem Wunsch nach kollektiver Gruppensolidarität. Denn die Diskussion um den „gerechten" und angemessenen Lohn äußerte sich nicht nur in der Rivalität zwischen den einzelnen Arbeitsgruppen; sie hatte zugleich auch das Binnenleben der Crews erfaßt.

Lohn und Leistung

Die Hochofen-, Stahl- und Walzwerkarbeiter machten aus ihrer Unzufriedenheit über die Löhne keinen Hehl: Während nur 15 Prozent der Beschäftigten des Hochofens angaben, mit ihrem Lohn zufrieden zu sein, lag ihr Anteil bei den Walzwerkern lediglich bei zehn Prozent, und das Schlußlicht bildeten die Arbeiter des Stahlwerkes, von denen nur 9,5 Prozent der Überzeugung waren, für ihre Leistung angemessen bezahlt zu werden.[381] Die Produktionsarbeiter gehörten damit zu den Gruppen im Betrieb, die ihren Lohn mit Abstand für den schlechtesten hielten und sich erheblich benachteiligt fühlten. So betonten beispielsweise die Stahlarbeiter den eigenständigen Beitrag, den sie für den Gesamtbetrieb leisteten und leiteten daraus selbstbewußt ihren Anspruch auf eine höhere Entlohnung ab, in der sie gleichsam die (betriebs-)öffentliche Anerkennung ihres Arbeitseinsatzes sahen. Keinesfalls waren sie bereit, sich von der betrieblichen Führung schikanie-

[380] Welskopp, Arbeit, S. 543; folgendes nach ebenda.
[381] IGM-ZA im AdsD, WWI 359, MH-Studie Teil II., Bericht über die einzelnen Betriebsgruppen; Hochofen (Tabelle 1a), Stahlwerk (Tabelle 1a), Walzwerk (Tabelle 1a).

ren zu lassen. Als der Leiter des Stahlwerkes Vogel einige Stahlarbeiter dazu nötigte, besonders gefährliche Arbeiten zu übernehmen und ihnen zurief: „Und wenn wir alle verrecken, das muss geschafft werden"[382], war die Empörung groß. An ihrer Leistungsbereitschaft und ihrem Arbeitswillen ließen sie keinen Zweifel. Doch waren sie nicht bereit, sich demütigen zu lassen. „Es ist letztens ein Kollege zu mir gekommen, den dieser Vogel ein großes A.... geheißen hat. Dies ist auch das Letzte, was es gibt von einem Vorgesetzten dem Arbeiter gegenüber. Immer ist der Arbeiter noch derjenige, der die Arbeit macht."

Die Lohnpolitik der Arbeitsgruppen war allerdings von großen Interessenunterschieden gekennzeichnet. Vor allem die Spitzenverdiener in den Arbeitsgruppen achteten darauf, ihre herausgehobene Position innerhalb des Arbeitsprozesses nicht durch eine zu große Annäherung der Lohngruppen zu gefährden und womöglich die gewachsenen Hierarchien „von unten" in Frage zu stellen. Der erste Schmelzer am Hochofen, Vertreter des Meisters und zugleich auch gewerkschaftlicher Vertrauensmann, machte dies deutlich: „Ich bin der Ansicht, daß jeder genügend verdienen muss zum Leben, aber wenn ein Arbeitsplatz keinen finanziellen Anreiz mehr bietet, dann wird keiner ein Interesse mehr haben, danach zu trachten."[383] Falls zwischen dem ersten, zweiten und dritten Schmelzer kein Unterschied mehr bestehe, sei die Konsequenz, daß alle drei Männer die Verantwortung von sich schieben und sich jeweils auf den anderen verlassen würden. Die Arbeit bleibe dann unweigerlich liegen, weil die Arbeiter ihrem Meister immer antworten könnten: „Du hast genau den gleichen Verdienst wie ich, schau doch Du raus". Die Einsicht, Leistungsfähigkeit, Verantwortung und Autorität in der Lohnpolitik miteinander zu koppeln, gehörte offenkundig mit zu den gewerkschaftlichen Zielvorgaben, die durch die Vertrauensmänner in den Arbeitsgruppen zu implementiert werden versuchte. Der Begriff der „Arbeitsehre" erhielt unter diesen Vorzeichen seine ganz eigene Bedeutung:

„DL [WWI-Sozialforscher]: Frage an die 3. Schmelzer, ob sie weniger Interesse am Aufstieg hätten, wenn die Spanne geringer wäre? - Allgemeiner Protest: Schon die Ehre als 1. Schmelzer tätig zu sein, ist viel wert. Jeder will doch vorwärts kommen. 1. Schmelzer: Auf die Ehre kann man verzichten, erklärt er unter ziemlichem Protest, daß die jetzigen 3 Leute nicht 1. Schmelzer machen würden, wenn keine Lohnspanne zwischen dem 1. und dem 2. und 3. Mann liegen würde, weil der 1. Schmelzer den ganzen Krach von oben bekommt."[384]

Die indirekte Kontrolle, die Verbindung von lohnpolitischen Anreizen und Sanktionen gaben die Spitzenverdiener unter den Arbeiter wie der erste Schmelzer gleichsam nach „unten" weiter. Dort trafen diese Vorstellungen nicht auf ungeteilte Zustimmung. Ein „gerechter" Lohn sah aus der Perspektive der nachgeordneten Schmelzer anders aus. Aus der Sicht des zweiten Schmelzers sollte das gesamte Prämien-System, auf dem die Lohnfindung basierte, zugunsten eines

[382] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion mit Konverterarbeitern am 16. 4. 1953, S. 33; folgendes nach ebenda.

[383] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen Franz Kick, Diskussion durchgeführt von der Untersuchungsstelle des WWI im Werk Rosenberg, Diskussion am Hochofenbetrieb am 14. 4. 1953, S. 14; folgendes nach ebenda.

[384] Ebenda, S. 19.

„anständigen" Stundenlohnes wegfallen. „Das Prämien-System ist nur eine Treiberei. Wenn es z. B. Stahl gibt, haben wir die meiste Arbeit und der Hochofen verdient am wenigsten, das Walzwerk am meisten. Wenn es Stahl gibt, haben wir dazu meist auch noch schlechte Gänge. Will die Maxhütte mehr Eisen haben dann, sollen sie eben 4 oder 5 Mann an den Ofen stellen, da haben wir auch nicht mehr Arbeit".[385] Wenn dagegen an der Grundstruktur der Entlohnung derzeit nichts geändert werden könne, so müßten zumindest die bestehenden Stundenlohnunterschiede ausgeglichen werden. Über diese Frage entbrannte bei den Hochofenarbeitern eine leidenschaftliche Debatte.

Während die Vorgesetzten, der Vizemeister und vor allem der erste Schmelzer an der bestehenden Lohnordnung unbedingt festhalten wollten und mit aller Schärfe darauf hinwiesen, wie notwendig aus ihrer Sicht die Abstände zwischen den einzelnen Positionen für die Arbeitsmotivation seien, konnten ihre Untergebenen darin nichts anders als eine bloße „Ungerechtigkeit"[386] erkennen. Die anderen Crew-Mitglieder wollten keine einheitlichen Stundenlöhne, schließlich waren sie der Überzeugung, daß unterschiedliche Verantwortung unterschiedlich honoriert werden müsse. Der Teufel lag freilich im Detail. Welche unterschiedlichen Stundenlöhne waren noch akzeptabel und welche bereits „ungerecht"? „Maßgeblich", so der zweite Schmelzer, „sollte die körperliche Arbeit sein, denn wenn man schwer arbeitet, muss man mehr essen und das kostet Geld. Etwas mehr soll der 1. Schmelzer ruhig haben, aber nicht 20 Pfg."[387] Der Weg dorthin sollte über eine Erhöhung des Grundlohnes erfolgen, die neben der Leistungsunabhängigkeit vor allem die Möglichkeit eröffnete, die Lohnabrechnung genauer nachvollziehen zu können. So könnte die „Treiberei" verringert und die undurchsichtige Erhebung der Produktionszahlen durchsichtiger gestaltet werden.[388]

Galt die Kritik an dem System der Entlohnung auch für die Differenzen innerhalb der Arbeitsgruppen? Daß die Arbeiter höhere Löhne forderten, war verständlich, aber wie beurteilten sie die Lohnhierarchie in ihren Arbeitsgruppen, wie schätzten sie die Differenzen auf dem Gehaltsstreifen ein? Waren diese gerecht und der Leistung entsprechend oder eher Ausdruck betrieblicher Willkür, undurchsichtiger Abrechnungsvorgänge der Betriebsleitung und falscher Beurteilungskriterien? Bezogen auf das gesamte Werk Rosenberg hielten 24,8 Prozent der Arbeiter die unterschiedlichen Stundenlöhne in ihren Abteilungen für richtig, 36,8 Prozent meinten, die Differenzen seien zu groß, und plädierten dafür, bestehende Ungerechtigkeiten innerhalb der Lohnskala einzuebnen; etwa ein Viertel war dagegen der Auffassung, ihr Lohn spiegle noch immer nicht deutlich genug die arbeitsplatzspezifische Verantwortung und Leistungsfähigkeit im Arbeitsprozeß wider.[389] Die Meinung des zweiten Schmelzers am Hochofen, die „Treiberei" des Prämien-Systems abzuschaffen, fand im gesamten Werk keine Mehrheit: Nur rund 24 Prozent forderten, den Lohn weniger stark von der unmittelbaren Pro-

[385] Ebenda, S. 21.
[386] Ebenda, S. 16.
[387] Ebenda, S. 17.
[388] Ebenda, S. 19.
[389] IGM-ZA im AdsD, 358, MH-Studie, Gesamtbelegschaft, Entlohnung; 12,6 Prozent gaben auf die Frage nach der Beurteilung der Stundenlohnunterschiede keine Antwort.

duktion ihrer Abteilung abhängig zu machen, dagegen schien die Orientierung an der Produktionskraft der Arbeitsgruppen und der eigenen körperlichen Leistungsfähigkeit bei deutlich mehr als der Hälfte der Arbeiterschaft das bestimmende Moment ihrer Arbeitsmotivation zu sein. 56,3 Prozent meinten, das Prämiensystem müsse noch weiter ausgebaut und der Lohn noch enger an die Produktion der Abteilung angebunden werden.[390] Die indirekte Kontrolle und Disziplinierung der Arbeiter hatte damit tatsächlich das Innenleben der Crews und ihre internen Regulierungsmechanismen erfaßt; kollektive Selbsterziehung bedeutete damit nicht nur mehr „Solidarität" und Kameradschaft, sondern vor allem Arbeitsstolz, Leistungsbewußtsein und die Bereitschaft zur Mehrarbeit.

Kampf um Bier

Was aber geschah, falls im Konfliktfall die Identität und Integrationsfähigkeit der Arbeitsgruppen auf die Probe gestellt wurde? Einer dieser Konfliktfälle in der mikropolitischen Arena war der weit über die Region bekannt gewordene „Bierstreik"[391] im Frühjahr 1960, der für 32 Stunden rund 7500 „Maxhütterer" die Arbeit niederlegen ließ und die Autorität des Betriebsrates massiv untergrub.

Was war geschehen? Am 29. Februar machte der Vorstand der Maxhütte eine spektakuläre Ankündigung[392]:

„1. Der Bierkonsum innerhalb der Werke wird auf die Pausenzeiten beschränkt und darf nicht mehr als eine halbe Flasche betragen. 2. Der Verkauf erfolgt zu ortsüblichen Preisen, er beginnt 1 Stunde vor der festgesetzten Pausenzeit. Der Verkauf endet mit der Pausenzeit. Die Abgabe erfolgt nur an Brotzeitholer. 3. Verstöße werden gemäß der Arbeitsordnung geahndet; im zweiten Falle führen Verstöße zur fristlosen Entlassung [...] Für Meister und Angestellte der Werke und Gruben wird mit dem heutigen Tag jeder Alkoholgenuß untersagt."

Die Begründung für die Entscheidung war unmißverständlich: „Diese Anordnung ist in erster Linie erforderlich geworden, weil trotz unserer gesteigerten Bemühungen hinsichtlich des Unfallschutzes und der Verringerung der Unfallhäufigkeit im Verlaufe des letzten Jahres nicht nur kein Erfolg eingetreten ist, sondern die Unfallhäufigkeit eine weitere Steigerung erfahren hat." Intern hatten der Vorstand und der Aufsichtsrat schon längere Zeit über eine solche Maßnahme nachgedacht.[393] Es gab zahlreiche Hinweise[394], daß die hohen Unfallzahlen nicht nur auf die schlechten Arbeitsbedingungen zurückzuführen seien, wie der Betriebsrat behauptete.[395] Es konnte keinen Zweifel geben, daß eine der Hauptursachen auch im hohen, bundesweit rekordverdächtigen Bierkonsum lag. Weder in einem baye-

[390] Angaben nach IGM-ZA im AdsD, 358, MH-Studie, Gesamtbelegschaft, Entlohnung; rund 20 Prozent der Belegschaftsmitglieder ließen diese Frage unbeantwortet.
[391] Dazu Nürnberger Nachrichten vom 7. 3. 1960: „Bierstreik-Kompromiß"; MM vom 8. 3. 1960: „Bierstreik"; Sulzbach-Rosenberger Zeitung vom 5. 3. 1960: „Überschäumende Maßkrüge".
[392] IGM-ZA im AdsD, 1–1/1795, Bekanntmachung des Maxhütten-Vorstandes vom 29. 2. 1960; folgendes nach ebenda.
[393] Sammlung Leiss, Institut für Medizinische Arbeitsforschung an die Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 16. 10. 1953; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 201, Aufsichtsratssitzung der Maxhütte vom 18. 2. 1957, Dir. Leihener zum Sozialbericht von Arbeitsdirektor Zink.
[394] IGM-ZA im AdsD, 1–1/1795, Werksarzt Dr. Winkler (Maxhütte-Haidhof): Die Wirkung des Biergenusses am Arbeitsplatz, Erhebung über Unfälle und Bierverbrauch vom 1. 10. 1958–30. 9. 1959.
[395] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 39, Betriebsratssitzung vom 15. 2. 1960.

rischen noch in einem der westdeutschen Eisen- und Stahlunternehmen gehörte der Alkohol so sehr zum Selbstverständnis und täglichen Arbeitsrhythmus wie bei den Beschäftigten der Maxhütte: Im Geschäftsjahr 1956/1957 lag der monatliche Bierverbrauch je Arbeiter bei über 17 Liter, in Haidhof sogar bei über 33 Liter Bier.[396] Der Verbrauch konnte in Sommermonaten sogar noch ansteigen, während er im Winter niedriger lag. Selbst in Spitzenzeiten tranken die Arbeiter des nur fünfzig Kilometer entfernten MAN-Betriebes in Nürnberg nur rund 15 Liter Bier im Monat, in der Schweinfurter Industrie und bei Kugelfischer lediglich 7,5 Liter. Zwei Liter Bier waren deshalb für die meisten der Arbeiter, wie sie selbst sagten, nicht die Ausnahme, sondern „der normale tägliche Verbrauch."[397] Biertrinken war integraler Bestandteil der Arbeitsgruppen und ihrer Geselligkeitsformen während der Arbeitszeit und Relikt einer über Arbeitergenerationen tradierten Bedürfnisstruktur.[398] Ein Arbeiter hielt rückblickend fest: „Was allerdings kein schönes Bild abgab, vor allem für die zahlreichen Besucher, waren die auf den Tischen oder an geschützten, kühlen Plätzen stehenden Seidel- und Maßkrüge. Zwei Stunden nach Beginn der Arbeitszeit standen sie schon dort, und sie blieben auch dort stehen bis zum Schichtende." Zur Körperlichkeit der Arbeit und zum „Eigen-Sinn"[399] der Arbeiter gehörte Alkoholkonsum unmittelbar dazu.[400] Er entschädigte für die harte Arbeit, ließ körperliche Belastungen erträglicher werden und war soziales Unterscheidungskriterium. Das Trinkverhalten der Arbeiter, zumeist in größerer Runde, häufig schon vor Dienstbeginn und oft während der Schichten, kam einer habituellen Distanzierung gegenüber den Angestellten gleich, bei denen das gemeinsame Biertrinken verpönt und nicht Teil der männlichen Arbeitsgruppenidentität war.[401]

Um so heftiger mußte die Reaktion der Arbeiter auf die Anordnung des Aufsichtsrates sein, einen zentralen Bestandteil ihrer traditionellen Arbeitsidentität einer neuen, „modernen" Arbeitsethik zu unterwerfen, deren Rationalitätskriterien „angestammte" Arbeiterrechte mißachtete. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich in den beiden großen Werken die Nachricht über den Vorstandsbeschluß. Wild diskutierten die aufgebrachten Arbeiter in ihren Arbeitsgruppen über den Affront der Betriebsleitung. Tumult brach aus, als ein Mitglied der Betriebsleitung die

[396] IGM-ZA im AdsD, 1–1/1795, Süddeutsche Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, Bezirksverwaltung Nürnberg, an Senator Hermann Schramm vom 19. 1. 1960.

[397] Zit. nach Duschinger, Zierer, Glanz, S. 240; folgendes nach ebenda.

[398] Sammlung Leiss, Stellungnahme des Werksarzts Dr. Winkler (Maxhütte-Haidhof): Die Wirkung des Biergenusses am Arbeitsplatz (undatiert, um 1960); vgl. dazu auch Wolfgang Kaschuba, Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990, S. 94 f.

[399] Zum „Eigen-Sinn"-Konzept und seiner Umsetzung vgl. Alf Lüdtke, Arbeit, Arbeitserfahrung und Arbeitspolitik. Zum Perspektivenwandel in der historischen Forschung, in: ders., Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrung und Politik vom Kaiserreich in den Faschismus, Hamburg 1993, S. 351–440.

[400] Anregend vor allem James S. Roberts, Drink, Temperance and the Working Class in Nineteenth-century Germany, Boston 1984.

[401] Für die Geschichte der Arbeiter nach 1945 fehlen hier einschlägige Studien; vgl. einführend und methodisch anregend Ute Vomberg, Identität und Arbeitserfahrung. Eine theoretische Konzeption zu einer Sozialpsychologie der Arbeit, Frankfurt am Main 1978; noch immer wegweisend Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeitserfahrung in der Geschichte, Göttingen 1986.

Entscheidung vor den Demonstranten zu erklären versuchte. Nur Pfiffe erntete er, nicht aber Verständnis.[402]

Aber was wollte man tun? Eine Protestnote beschließen, den Betriebsrat oder die Gewerkschaft informieren? Ohne die örtlichen Funktionäre einzuweihen, entschloß sich die Frühschicht in Haidhof, nach der Pause die Arbeit niederzulegen und vor der Sozialabteilung gegen den Beschluß zu demonstrieren. Fast geschlossen befanden sich die Eisenwerker aus Haidhof im Ausstand. Der „wilde Streik" richtete sich in erster Linie gegen den Vorstand. Seine Aktion sollte aber auch dem Betriebsrat signalisieren, daß die Belegschaft in dieser Frage zu keinen Kompromissen bereit war und die Betriebsräte mit dem Zorn der „Maxhütterer" rechnen müßten, falls sie nicht willens oder in der Lage dazu seien, die Verordnung auf dem Verhandlungsweg zu Fall zu bringen. Mittlerweile hatte der Streik, der den Führungsanspruch des Betriebsrates in Frage zu stellen drohte, auch auf Sulzbach-Rosenberg übergegriffen. Keiner der Tarifabschlüsse und keine andere Entscheidung des Vorstandes hatte in der Geschichte der Maxhütte nach dem Krieg die Belegschaft in vergleichbarer Weise elektrisiert. Offenbar war hier ein wunder Punkt getroffen, der so sehr in den Bereich der Arbeitsidentität eingriff, daß die sonst disziplinierte und gewerkschaftlich geschlossene Belegschaft zu dem Instrument des „wilden Streiks" griff und nicht darauf vertrauen wollte, bis der Betriebsrat die Angelegenheit zufriedenstellend zu ihren Gunsten entschieden hatte. In Bayern, betonte einer der Maxhüttenarbeiter während einer eilig einberufenen Betriebsversammlung, „ist das Bier kein Genußmittel, sondern ein Nahrungsmittel" und gehöre zum täglichen Leben „wie der Rotwein für die Franzosen".[403] Eine Sitzung jagte die nächste, und der Betriebsrat versuchte vergeblich, Arbeitsdirektor Zink davon zu überzeugen, daß die Unfallhäufigkeit und der Bierkonsum in keinem direkten Zusammenhang stand.[404] Was die Betriebsräte aber noch erheblich mehr in Rage brachte, war die Tatsache, daß sie im Vorfeld über die Entscheidung des Vorstandes nicht in Kenntnis gesetzt und um ihre Meinung gefragt worden waren – ein grober Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz, wie Fritz Mertel, der Betriebsratsvorsitzende aus Sulzbach-Rosenberg, fand.[405] Weil auf betrieblicher Ebene keine Einigung zwischen dem Betriebsrat und Arbeitsdirektor Zink zustande kam, riefen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die tarifliche Schlichtungsstelle an. Es war Sonntag, der 6. März, und noch immer befanden sich zahlreiche Arbeiter in Haidhof und Sulzbach-Rosenberg im „wilden Streik". Er könne zwar den Zorn der Belegschaft verstehen und halte auch die Anliegen für berechtigt, meinte der IG Metall-Bezirkssekretär Eduard Schleinkofer, ein Streik ohne die Führung der Gewerkschaft und ohne die Unterstützung des Betriebsrates sei aber nicht hinnehmbar. Eine Lösung des Konflikts sollte deshalb so rasch wie möglich die eigens nach München berufene Schiedskommission unter Vorsitz des bayerischen Arbeitsministers Walter Stain herbeiführen.[406] Für

[402] Sammlung Leiss, Aktenvermerk über den Bierstreik am 3. und 4. 3. 1960.
[403] Zit. nach Duschinger, Zierer, Glanz, S. 244.
[404] Sammlung Leiss, Gesamtbetriebsrat der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte an den Vorstand vom 23. 2. 1960.
[405] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 39, Betriebsratssitzung vom 15. 2. 1960.
[406] IGM-ZA im AdsD, 1–1/1795, Kurzniederschrift über die Verhandlungen der tariflichen Schlichtungsstelle vom 6. 3. 1960.

die Arbeitnehmer nahmen neben Schleinkofer und Erwin Essl der Gesamtbetriebsrat der Maxhütte teil, die Arbeitgeber wurden von Direktor Leihener und Arbeitsdirektor Zink sowie drei Arbeitgeberverbandsfunktionären vertreten. Die Verhandlungsposition der Arbeitnehmervertreter war allerdings alles andere als günstig. Zwar schien ihre Kritik an der Form, wie die Anordnung zustande gekommen war, berechtigt. In der Sache waren ihre Argumente jedoch schwach, nachdem in vielen anderen Unternehmen bereits seit längerer Zeit generelles Alkoholverbot bestand und dafür kostenlos Milch und andere Getränke ausgeschenkt wurden.

Nach mehr als zehnstündigen Verhandlungen einigten sich beide Seiten darauf, den Alkoholkonsum in zwei Etappen einzuschränken. Zunächst wurde die Anordnung des Vorstandes aufgehoben und der Ausschank von Alkohol wieder unbegrenzt gestattet, allerdings stärker reglementiert als zuvor: Nur noch zwei Stunden pro Schicht war es möglich, Bier zu kaufen, und Getränke von zuhause mitzubringen, wurde strikt untersagt. Bei Verstößen sollte in Zukunft hart durchgegriffen werden, und der Betriebsrat stimmte zu, bei Unfällen im Verdachtsfalle Blutuntersuchungen durchführen zu lassen. Bis März 1961 sollte diese Regelung gelten, die ihrerseits alles andere war als die Umsetzung der Belegschaftsforderungen. Obwohl der Betriebsrat den Kompromiß als Erfolg verbuchen sollte[407], standen die Arbeiter schließlich beinahe mit leeren Händen und ohne Bier da. Ab März 1961 sollte der Alkoholgenuß noch weiter reduziert und jedes Belegschaftsmitglied pro Schicht nicht mehr als einen halben Liter Bier trinken dürfen. Die Rücknahme des Vorstandsbeschlusses war nicht mehr als ein symbolischer Akt. Die Botschaft des Schlichterspruches war mehr als eindeutig: Alkohol am Arbeitsplatz gefährdet die Arbeitsleistung und die Sicherheit des Betriebes. Einen unbegrenzten Ausschank konnte es deshalb nicht geben. Zwar zeigte sich auch der Arbeitsdirektor unzufrieden über die einjährige Übergangszeit, in der auch weiterhin ohne Limit Bier getrunken werden konnte und die ganz nach dem Geschmack der Arbeiter war[408], doch letztlich konnte er mit dem Ergebnis zufrieden sein. Der „Einstieg in den Ausstieg" übermässiger Mengen Alkohol am Arbeitsplatz war damit geschafft.

Die Enttäuschung über das Verhandlungsergebnis stand vielen Arbeitern deutlich ins Gesicht geschrieben, als sie am Tag darauf von der Vereinbarung erfuhren. Ein gellendes Pfeifkonzert mußte der Sicherheitsbeauftragte Kraetsch über sich ergehen lassen, als er die Belegschaft über die neuen Richtlinien informierte.[409] Was hatte der Betriebsrat getan, um ihre Forderungen zu vertreten? Warum hatte er sie nicht mehr unterstützt? Hatte er sie am Ende sogar verraten? Die Pfiffe galten nicht nur dem Sicherheitsbeauftragten, sondern auch dem Betriebsratsvorsitzenden, der den mageren Kompromiß zu verantworten hatte.

Zwar kehrten die Arbeiter mürrisch wieder an ihre Arbeitsplätze zurück. Ganz von ihren Gewohnheiten ablassen wollten sie allerdings trotzdem nicht. Ihr „Ei-

[407] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 111, Betriebsrat der Maxhütte an den Chefredakteur der Betriebszeitung der Westfalenhütte, Hoischen, vom 17. 5. 1960.

[408] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 203, Aufsichtsratssitzung der Maxhütte vom 2. 8. 1960, Sozialbericht Arbeitsdirektor Zink.

[409] Vgl. Duschinger, Zierer, Glanz, S. 244; folgendes nach ebenda.

gen-Sinn" trotzte den Reglementierungen der Betriebsordnung. Manche begannen, heimlich Flaschen einzuschmuggeln, um sie dann mit ihren Arbeitskollegen zu trinken, andere fälschten die Bierzettel für die Kantine. Immer wieder suchten die Arbeiter nach Möglichkeiten, die Anordnung zu umgehen.

Der Betriebsrat dürfte zwar genauso wie die Betriebsleitung zufrieden gewesen sein, daß schon bald nach dem Schlichterspruch die Unfallzahlen tatsächlich zurückgingen. Sein Ansehen und vor allem die Reputation des Betriebsratsvorsitzenden Fritz Mertel war allerdings durch den „wilden Streik" erheblich beschädigt worden. Die Zustimmung zu dem Eingriff in ihre Arbeitsidentität dürfte bei einigen Arbeitern nicht nur zu einem „eigen-sinnigen" Verhalten geführt haben, das sich bewußt über formelle Regelungen und Disziplinierungsmaßnahmen hinwegsetzte. Es schien nicht ausgeschlossen, daß sich der Unmut der Belegschaft nicht nur in verbalen, sondern auch in politischen Protesten niederschlug. Schließlich standen die nächsten Betriebsratswahlen vor der Tür. Der „Eigen-Sinn" der Arbeiter hätte sich dann auch auf den Wahlzetteln artikulieren können. Der „Kampf ums Bier" wäre in dem Fall nicht nur eine bittere Niederlage für die protestierenden Arbeiter, sondern auch für die IG Metall und den amtierenden Betriebsrat geworden. Noch aber fehlte jemand, der aus dem Unmut politisches Kapital schlagen konnte.

IV. Hegemonie und Stagnation: Gewerkschaften und Sozialdemokratie in den fünfziger und frühen sechziger Jahren

1. Die Macht der gewerkschaftlichen Organisation: Die Industriegewerkschaften Bergbau und Metall

Nach 1945 gehörten die Gruben der Maxhütte in Sulzbach und Auerbach und der BBI neben dem oberbayerischen Pechkohlenrevier zu den organisatorischen Schwerpunkten der IG Bergbau in Bayern. Die IG Bergbau-Ortsverwaltung in Wackersdorf zählte zu den aktivsten Gruppen im süddeutschen Raum, aus der immer wieder hochrangige Funktionäre hervorgingen. Die Ausgangslage war für die bayerischen Gewerkschafter im Montanbereich nach dem Zweiten Weltkrieg in mehrfacher Hinsicht besonders schwierig gewesen: Der Ende März 1947 in München gegründete Bayerische Gewerkschaftsbund[1] hatte zwar eine starke Zentrale, aber nur schwache Einzelgewerkschaften, die nur unzureichend auf die schwierigen regionalen und branchentypischen Probleme reagieren konnten. Erst in der Bezirkskonferenz vom 5. und 6. März 1949 entstand aus der bayerischen Landesgewerkschaft Bergbau und Hüttenwesen der Bezirk Süddeutschland der Industriegewerkschaft Bergbau mit Sitz in Bochum, wobei die vormalige Landesgewerkschaft mehr als 7000 ihrer Mitglieder an die IG Metall abgeben mußte und die Zuständigkeit für die Beschäftigten der Hüttenindustrie verlor.[2]

Der neugegründete Bezirk Süddeutschland, mit Geschäftsstellen in Stuttgart, München, Freiburg und Amberg, umfaßte zunächst nicht nur Teile von zwei Besatzungszonen, der amerikanischen und französischen, sondern auch mehrere Länder, was anfangs zu erheblichen Schwierigkeiten führte. Aus ihren organisatorischen Stützpunkten rekrutierte sich auch das gewerkschaftliche Führungspersonal der ersten Stunde: Bezirksleiter Hermann Werthmann kam genauso wie sein Stellvertreter Josef Winzinger und der Bezirksjugendsekretär und spätere SPD-Landtagsabgeordnete Anton Weilmaier aus der oberbayerischen Pechkohle; im Bezirksausschuß saßen mit Andreas Piehler, Hans Meisl, dem späteren BBI Arbeitsdirektor, Karl Lepicek und Adolf Steigenberger vier weitere Vertreter aus Penzberg und Peißenberg, während der BBI-Betriebsratsvorsitzende Georg Baierl die ostbayerischen Braunkohlenreviere vertrat.

[1] Zur Geschichte des Bayerischen Gewerkschaftsbundes fehlen bislang umfassende Forschungen, nur unzureichend ist Lanig-Heese, Gewerkschaften.

[2] Archiv der IG BE, A (Org.) 6, Industrie-Gewerkschaft Bergbau, Bezirk Süddeutschland, Jahresabschluß für die Zeit vom 1.1. – 31. 12. 1949, S. 1 ff.

a) Mitgliederentwicklung, Organisationsstruktur, politische Leitbilder

Nach der Gründung des Bezirks Süddeutschland der IG Bergbau 1949 zählte man in der Stuttgarter Geschäftsstelle gerade 1576 Mitglieder[3], in München und Amberg waren es zusammen immerhin 18627 Organisierte. Ein Vergleich mit dem Ruhrgebiet macht allerdings die unterschiedlichen Dimensionen zwischen Ruhr- und bayerischem Bergbau deutlich: Mehr als 275000 Kumpel arbeiteten zwischen Recklinghausen und Essen in den Zechen unter Tage, 15 mal mehr als in Bayern.[4] Erst für das Jahr 1950, also dem Zeitpunkt, als der Bezirk Süddeutschland auch satzungsgemäß in die Industriegewerkschaft Bergbau eingegliedert wurde, liegen detaillierte Angaben über die organisatorische Dichte und finanzielle Stärke der IG Bergbau in ihren einzelnen Tarifbezirken Süddeutschlands[5] vor. Die Geschäftsstellen Amberg und München waren die mit weitem Abstand mitgliederstärksten: Während in Freiburg und Heilbronn[6] zusammen knapp 3700 Mitglieder vor allem in den Bereichen Kali, Salz und Salinenabbau arbeiteten, waren in Amberg, dem Sitz der IG Bergbau Nordbayern, 19506378 und in München 8742 Arbeiter und Angestellte organisiert. In München dominierte die oberbayerische Pechkohle mit mehr als 86 Prozent und 7534 Gewerkschaftsmitgliedern alle übrigen bergbaulichen Unternehmen, während der Einzugsbereich der Geschäftsstelle Amberg, der die vielfältigste geologische Struktur aufwies, von den Bereichen Braunkohle (1.732), Kaolin (1.212), Schwefelkies (917) und Ton (833) geprägt war. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad lag in München bei 97 Prozent, in Amberg bei 88,7 Prozent und in Freiburg bei 80,5 Prozent.[7] Je kleiner die Betriebe waren, desto schwerer war es für die IG Bergbau, in den Unternehmen Fuß zu fassen. Vor allem in Kleinbetrieben mit oft nur drei oder vier Beschäftigten, wie beispielsweise beim Abbau von Ton und Torf oder auch Schwefelkies, stieß die IG Bergbau auf erhebliche Rekrutierungsschwierigkeiten. Hier fehlten die Betriebsräte, die fast alle in der Gewerkschaft waren, und oft auch die Ortsverwaltungen der IG Bergbau, die als Motoren und Katalysatoren gewerkschaftlicher Politik und gewerkschaftlicher Werbung dienten.

Die IG Bergbau Nordbayern, in deren Tarifbezirk die BBI und die Gruben der Maxhütte lagen, reagierte auf dieses Problem mit vermehrter Werbungs- und Versammlungsaktivität. Im Jahr 1950 initiierte sie mit 128 Versammlungen annähernd zehn Mal so viele wie in München und Heilbronn. Im Zentrum standen neben aktuellen tarifpolitischen Fragen, der Diskussion um die Rolle der Angestellten in der Gewerkschaft und die zukünftige Gestaltung der Jugendarbeit vor allem die aktuelle Krise der oberpfälzischen Braunkohlenindustrie. Keine der kleineren Gruben schien den Sommer überleben zu können, Entlassungen standen bevor, und in der strukturschwachen Oberpfalz waren auch Ersatzarbeitsplätze nicht in Sicht. Die besondere Problemlage des Bezirks Nordbayern wurde dabei sichtbar:

[3] Archiv der IG BE, A (Org.), Jahresbericht 1950, Organisation und Personal; Angaben nach ebenda.
[4] Jahrbuch 1948/49. Hrsg. vom Hauptvorstand der IG Bergbau, Bochum o.J., S. 521.
[5] Alle Angaben nach Archiv der IG BCE, A (Org.) 9.1, Mappe 2.
[6] Die Geschäftsstelle war nach dem Beitritt zur IG Bergbau von Stuttgart nach Heilbronn verlegt worden, um näher an den Betrieben Nord-Württembergs zu sein.
[7] Archiv der IG BE, A (Org.) 9.1, Mappe 2. Die Zahlen für die Geschäftsstelle Heilbronn weisen erhebliche Fehler auf und sind nicht verläßlich.

Die diversifizierte geologische Struktur und die Struktur der Betriebsgrößen machten die Unternehmen besonders krisenanfällig. Die kleinen Gruben und Zechen waren allesamt der Konkurrenz aus dem Ruhrgebiet und der Tschechoslowakei nicht gewachsen; die Kohle von dort war nämlich nicht nur billiger, sondern hatte zudem noch einen höheren Heizwert. Zehn von 19 Gruben hatten nach Ansicht des sozialdemokratischen Bergbauexperten Andreas Piehler keine Zukunftsaussichten mehr.[8] In akuter Gefahr waren 2800 Arbeitsplätze, deren Verlust für die industriearme Oberpfalz ein arbeitsmarkt- und strukturpolitisches Fiasko gewesen wäre. Über die Zukunft der Braunkohle in Bayern gingen die Einschätzungen freilich weit auseinander. Andreas Piehler forderte die Staatsregierung auf, einen Kredit über 500000 DM zu gewähren, um zumindest die kurzfristigen Schwierigkeiten überwinden zu helfen. Vor allem müsse bis zum nächsten Winter gewartet werden, um Bayerns Energieversorgung nicht völlig von der politischen Entwicklung im Osten abhängig zu machen. Ziel könne in jedem Fall nur sein, den bayerischen Braunkohlenbergbau „endlich einmal in einer Hand"[9] zusammenzufassen. Sozialisierung war also das Schlüsselwort. Der Vertreter des Arbeitsministeriums, Ministerialdirektor Richard Oechsle, der ebenfalls Sozialdemokrat war und später selbst Arbeitsminister seiner Partei wurde, vertraute dagegen mehr auf die heilenden Kräfte des Marktes. „Die Illusion, den Braunkohlenbergbau auf lange Sicht zu halten, muß aufgegeben werden. Die heute arbeitsfähigen Betriebe sollen gehalten, der Markt aufnahmefähig gemacht werden. Dabei spielen Preis und Qualität eine erhebliche Rolle."[10]

Einig waren sich alle Fraktionen des Landtages, daß für den kommenden Winter jede Tonne Kohle gebraucht würde und hierfür auch in geringerem Umfang Kredite gewährt werden müßten. Das einzige Unternehmen, das von der Kohlenkrise nicht in seiner Existenz bedroht werde, sei, so der Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Hugo Geiger, die BBI in Wackersdorf, die mit ihrer Anbindung an das Dampfkraftwerk über einen festen Abnehmer verfüge. Die anderen Gruben stünden hier weitaus schlechter da, zumal die Braunkohle der Oberpfalz nicht besonders wetterfest sei und rasch an Heizwert verliere.

Hinzu kam für die Betriebe die neue Grenzlage, die die oberpfälzischen Betriebe, die schon bisher durch die schwache Infrastruktur der Region im Wettbewerb benachteiligt gewesen waren, noch zusätzlich schwächte.[11] Die unterschiedlichen Konjunkturentwicklungen von Eisenerz, Stein-, Ton-, Flußspat- und Braunkohlenbergbau machten es ungleich schwerer als in Südbayern, gewerkschaftlich geschlossen zu agieren, da die Verhandlungen nicht für ganze Branchenzweige, sondern nur für einzelne Unternehmen geführt werden konnten.

In den ersten Jahren nach 1945 waren für die IG Bergbau Nordbayern zwei hauptamtliche Funktionäre tätig: Fritz Ritzinger, bereits vor 1933 in der ostbayerischen Bergarbeitergewerkschaft aktiv und seit 1945 wieder Gewerkschaftssekre-

[8] AdbL, Ausschuß für Wirtschaft, 33. Sitzung vom 13. 7. 1948, S. 5ff.
[9] AdbL, Ausschuß für Wirtschaft, 33. Sitzung vom 13. 7. 1948, S. 3.
[10] AdbL, Ausschuß für Wirtschaft, 33. Sitzung vom 13. 7. 1948, S. 11.
[11] Staatsarchiv Amberg, BA Burglengenfeld, 22683, Bericht über die wirtschaftliche Rentabilität der Oberpfälzer Braunkohle im Verhältnis zur Konkurrenz aus der Tschechoslowakei aus dem Jahr 1949.

tär, und Georg Graßler, ebenfalls alter Gewerkschaftssekretär und spezialisiert auf Angestelltenfragen.[12] 1952 trat mit Adolf Fabry ein Vertreter einer neuen Generation gewerkschaftlicher Funktionäre[13] an die Spitze der IG Bergbau, die nicht mehr in der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung der Weimarer Republik wurzelte, sondern ihre Jugend im Dritten Reich verbracht und ihre ersten verantwortlichen Positionen nach dem Zweiten Weltkrieg übernommen hatte. Adolf Fabry, 1921 in Kappel bei Freiburg im Breisgau geboren, war Bergmann. Seit 1950 gehörte er als Jugendvertreter dem Bezirksausschuß an, 1950/51 wurde er vom Vorstand[14] auf die gewerkschaftseigene Akademie der Arbeit in Frankfurt[15] geschickt, die jungen, angehenden Funktionären des Deutschen Gewerkschaftsbundes eine akademische, speziell auf den gewerkschaftlichen Alltag hin konzipierte Ausbildung ermöglichen sollte, auch wenn sie nicht das Abitur vorweisen konnten.[16] Das elfmonatige Studium wurde von der Gewerkschaft finanziert und verfolgte neben der allgemeinen Wissensvermittlung das Ziel, die jungen Frauen und Männer zu befähigen, „Vorgänge und Verhältnisse denkend zu erfassen und geistig-seelisch zu bewältigen und sich als Glieder einer Gemeinschaft zu fühlen und danach zu handeln."[17] Unterrichtet wurden die Teilnehmer durch prominente gewerkschaftsnahe Professoren und Intellektuelle wie den Sozialpolitikexperten Ludwig Preller oder den katholischen Theologen und Sozialethiker Oswald von Nell-Breuning. Auf Fabrys Lehrplan standen im ersten Trimester eine allgemeine Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten und die Grundzüge der industriellen Welt. Besonderen Wert legte die Akademie zudem in den ersten drei Monaten auf die Vermittlung von generellen Arbeitstechniken, eine Einführung in die Volkswirtschaft und das BGB mit dem Schwerpunkt Arbeitsvertragsrecht sowie die Entwicklung der Sozialpolitik und der politischen Geschichte des Industriezeitalters.[18] Im zweiten Trimester ging es um die theoretische Schulung der Funktionäre und die Vertiefung der volks- und rechtswissenschaftlichen Kenntnisse des ersten Ausbildungsabschnitts. Hinzu kamen, mit zeitlich etwas geringerem Aufwand, Lehrveranstaltungen zur Sozialpolitik und Betriebswirtschaft, zum Verfassungsrecht und zur Wirtschaftstheorie. Karl Marx wurde im Unterricht genauso behandelt wie John Maynard Keynes[19], die amerikanischen Neoklassiker oder die katholischen wie evangelischen Sozial- und Wirtschaftsethiker. Im letz-

[12] Vgl. Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Nordbayern. Geschichte der Geschäftsstelle in Amberg, o.O.o.J., S. 79.

[13] So argumentiert auch Ulrich Beer, Die junge Generation der Gewerkschaften. Gründe und Hintergründe von Nachkriegsjugendlichen zu gewerkschaftlicher Aktivität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7 (1956), S. 219–225.

[14] Archiv der IG BCE, Bezirk Süddeutschland, Bezirksvorstand, Protokoll der Geschäftsstellenleiterkonferenz vom 15. 1. 1950.

[15] Die Akademie der Arbeit war die bereits in der Weimarer Republik gegründete Kaderschmiede für den gewerkschaftlichen Funktionärsnachwuchs. Die Ausbildung, die ohne Hochschulabschluß möglich war, richtete sich vor allem nach den Aufgabenfeldern zukünftiger Gewerkschaftssekretäre. Für die Bildung eines schlagkräftigen Funktionärskorps war die AdA von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Vgl. Gerhard Kroebel, Die Aufgaben der politischen und sozialen Hochschulen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (2) 1951, S. 473 ff.; ebenso Dieter Schewe, Hochschulreform und Hochschulexperiment, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4 (1953), S. 673–678.

[16] Vgl. Akademie der Arbeit, Mitteilungen, Neue Folge 8 (September 1953), S. 2 f.

[17] Ebenda, S. 17.

[18] Ebenda, S. 20.

[19] Zur Biographie vgl. Charles Hession, John Maynard Keynes, Stuttgart 1986.

ten Trimester stand die praktische Anwendung der theoretischen Kenntnisse im Vordergrund. Adolf Fabry und die anderen 53 Teilnehmer, die überwiegend aus der ÖTV und der IG Metall stammten[20], wurden nun speziell für ihre Tätigkeiten in Betrieben, gewerkschaftlichen Verwaltungsstellen, Sozialversicherungsanstalten oder Genossenschaften vorbereitet. Bei der Vermittlung achteten die Dozenten darauf, möglichst solche Probleme zu behandeln, die einen unmittelbaren Gegenwartsbezug hatten und nicht dem wissenschaftlichen Elfenbeinturm entsprungen waren. Ergänzt wurden die Kurse der Akademie durch Arbeitsgemeinschaften, in denen die Studierenden selbständig den Unterrichtsstoff nachbereiten sollten, ein umfangreiches Kulturprogramm, Betriebsführungen, aktuelle politische Vorträge und journalistische Praktika. Für viele der Teilnehmer war dies die erste Begegnung mit einer qualifizierten, umfassend angelegten wissenschaftlichen Ausbildung.

Die anderen Teilnehmer waren wie Adolf Fabry im Durchschnitt etwa 30 Jahre alt. Die meisten konnten schon auf eine Karriere als Betriebsrat oder Jugendvertreter in ihrer Gewerkschaft zurückblicken. Allerdings hatten von Fabrys Jahrgangsteilnehmern nur 14 eine höhere Schulbildung, die es ihnen erleichterte, die komplexen Aufgaben einer Verwaltungsstelle oder die Vorbereitung von Tarifverhandlungen zu übernehmen. Die meisten hatten nur die Volksschule besucht oder waren durch ihre Teilnahme am Krieg in ihrem Ausbildungsweg blockiert worden.[21] Immerhin hatte die Zeit in den Kriegsgefangenenlagern, die einige der jungen Gewerkschafter nach Kriegsende verbringen mußten, mit dazu beigetragen, ihre Fremdsprachenkenntnisse zu verbessern, so daß rund 26 Prozent Englisch sprachen. Die große Mehrheit stammte aus Arbeiterfamilien (60,3 Prozent), 18,8 Prozent aus Angestellten- oder Beamtenhaushalten. Adolf Fabry hatte wie der überwiegende Teil des Nachwuchses nach den vielfach enttäuschten Hoffnungen des Dritten Reiches noch vor der Währungsreform in der Gewerkschaft eine neue politische Heimat. Doch was machte diese neue politische Heimat aus? Gehörten auch Adolf Fabry und die nachwachsenden Gewerkschafter zu der von Helmut Schelsky beschriebenen „skeptischen Generation"[22], die betont nüchtern und abgeklärt, von allen Ideologien enttäuscht sich auf eine „sachlich-fachliche"[23] Haltung zurückgezogen hatte? Die Ergebnisse einer Umfrage unter den Absolventen der ersten Jahrgänge der Akademie der Arbeit, zu denen auch der spätere IG Bergbau-Funktionär gehörte, waren keinesfalls eindeutig. In Fabrys Generation der zwischen 1918 und 1928 geborenen Junggewerkschafter finden sich nur wenige Vertreter eines politischen Radikalismus mit einem einheitlichen, geschlossenen Weltbild. Dementsprechend bot auch der Marxismus nur für einen sehr kleinen Teil ein attraktives Deutungsmuster; Begriffe wie „Arbeiterklasse" oder „Proletariat" tauchten in der Regel nur noch selten in ihren politischen Äu-

[20] Vgl. Akademie der Arbeit, Mitteilungen, Neue Folge 8 (September 1953), S. 26f.
[21] Vgl. Helmuth R. Wagner, Eine neue Gewerkschafts-Generation, in: Akademie der Arbeit, Mitteilungen, Neue Folge 11 (Februar 1956), S. 8–28, hier S. 10.
[22] Helmut Schelsky, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf 1957; dazu Franz-Werner Kersting, Helmut Schelskys „Skeptische Generation" von 1957. Zur Publikations- und Wirkungsgeschichte eines Standardwerkes , in: VfZ (50) 2002, S. 465–495.
[23] Wagner, Gewerkschaftsgeneration, S. 18.

ßerungen auf. Selbst aus dem Gedankengebäude des Sozialismus und seinen unterschiedlichen ideengeschichtlichen Variationen gewann nur eine Minderheit der Gewerkschafter die Instrumente zur umfassenden gesellschaftlichen Analyse. Als Motive für ihr gewerkschaftliches Engagement nannten die Kursteilnehmer eine moralische oder humanistische Verpflichtung, sich für die Arbeiterschaft einzusetzen.[24] Für einen erheblichen Teil spielten zudem christliche und religiöse Beweggründe eine wichtige Rolle, „Solidarität" zu üben; bezeichnenderweise hatten nur wenige von ihnen mit der Kirche gebrochen.

Der Großteil des Ausbildungsjahrganges blieb also skeptisch gegenüber abgeschlossenen Ideologien. Es wäre aber falsch anzunehmen, den jungen Gewerkschaftern um Adolf Fabry hätte jedes politische Bewußtsein gefehlt. Kaum einer sah sich selbst als rein pragmatischen Sachpolitiker; was sie antrieb war die vage Vorstellung, die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten, als deren Sprachrohr sie sich fühlten. Der Königsweg war für die meisten aber keine radikale Gesellschaftskritik, sondern der Gedanke der Sozialpartnerschaft, der Mitbestimmung und der Wirtschaftsdemokratie. Von ihren Gewerkschaftskollegen, die bereits vor 1933 aktiv gewesen waren und deren Erbe sie antreten sollten, unterschied sie die Erfahrung der geschlossenen gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Sozialisation. Die bitteren Erlebnisse des Krieges hatten ein übriges dazu getan, manche jugendliche Begeisterung für radikale und totalitäre Ideologien rasch abkühlen zu lassen. Doch daß der „Mißbrauch ihres jugendlichen Idealismus für die niedrigen Zwecke des Nationalsozialismus" zu einer „Verwerfung aller bewußten Bindungen"[25] in dieser Generation geführt hatte, erscheint mehr als zweifelhaft. So skeptisch, wie Helmut Schelsky vermutet hatte, blickte der gewerkschaftliche Nachwuchs jedenfalls zu Beginn der fünfziger Jahre nicht in die Zukunft, eher schon realistisch und hoffnungsvoll, schließlich ahnte er, welche Chancen die neue staatliche Ordnung für die Arbeitnehmer und für ihn persönlich bot. Mit dieser Zuversicht trat Fabry wenige Monate nach Abschluß seines Studiums an der Akademie der Arbeit seine neue Aufgabe als Leiter der IG Bergbau und Energie Ortsverwaltung in Amberg an, die er mehr als dreißig Jahre, von 1952 bis 1983, ausübte.

Fabrys Arbeitsbereich blieb in den dreißig Jahren seiner Tätigkeit weitgehend unverändert. Er war verantwortlich für die Leitung der Geschäftsstelle und vor allem für den Kernbereich gewerkschaftlicher Arbeit, die Tarifpolitik. Alles, was damit zusammenhing, lief bei ihm im Mosacherweg zusammen, er saß am Verhandlungstisch, er koordinierte die Absprachen zwischen Gewerkschaft und Betriebsräten und hielt den Kontakt mit der Münchner und Bochumer Zentrale. Der Geschäftsstellenausschuß, dem Fabry ebenfalls vorstand, legte die Richtlinien für die regionale Tarifpolitik fest, hier fanden die unterschiedlichen Industriezweige ein Forum des Informationsaustausches, und hier wurden alle drei Monate aktuelle wirtschafts- und sozialpolitische Fragen diskutiert.[26]

[24] Ebenda, S. 19f.
[25] Ebenda, S. 26f.
[26] Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 1 vom 20. 12. 1952.

Mitgliederentwicklung

Die IG Bergbau Nordbayern selbst änderte ihr Gesicht in Fabrys Amtszeit radikal. Schon ein erster Blick auf die Beschäftigten- und Mitgliederentwicklung macht die Dramatik des Strukturwandels deutlich[27]: Waren Ende 1957 noch 8895 Arbeiter und Angestellte in der Montanindustrie des Geschäftsstellenbereiches beschäftigt, so sank die Zahl bis 1967 auf 6336. Weitere zehn Jahre später war die Quote noch einmal um 10,7 Prozentpunkte gefallen, nun zählte man nur noch 5254 Arbeiter und Angestellte.

Die Beschäftigtenentwicklung verlief bei Arbeitern und Angestellten in unterschiedliche Richtungen. Während sich die Zahl der Arbeiter zwischen 1957 und 1967 um 34,2 Prozentpunkte von 8294 auf 5452 reduzierte, konnten die Angestellten in dem gleichen Zeitraum ein Plus von mehr als 32 Prozentpunkten verbuchen; ihre Zahl stieg damit von 601 auf 884. Zwischen 1967 und 1977 setzte sich dieser Trend fort: Die Zahl der beschäftigten Arbeiter nahm noch einmal um 1350 (24,7 Prozentpunkte) ab, die Angestelltenschaft stabilisierte sich nicht nur, sondern legte nochmals um 268 zu. Innerhalb von zwanzig Jahren büßte der nordbayerische Bergbau damit mehr als vierzig Prozent seiner Arbeiter ein. In der Mitte der sechziger Jahre verlief der Abbau an Arbeitsplätzen besonders rasch, in den siebziger Jahren verlangsamte er sich, ohne aber ganz eingedämmt werden zu können.

Quote und Zahl der organisierten Gewerkschafter spiegeln diesen Negativtrend ebenfalls wider: Konnte die IG Bergbau Nordbayerns 1957 immerhin 81,8 Prozent aller Beschäftigten im Montanbereich erfassen, so waren es 1967 nur noch 69,4 Prozent. Die entscheidende Wende erfolgte in den Jahren zwischen 1964 und 1966, in denen einige der Gruben aus den Altindustrielandkreisen Burglengenfeld und Sulzbach-Rosenberg schließen mußten.[28] Die IGBE verlor in zehn Jahren 39,6 Prozent oder 2879 ihrer zahlenden Mitglieder, wobei diese katastrophale Entwicklung vor allem auch dadurch entstand, daß viele Arbeiter der Gewerkschaft den Rücken kehrten. „Die Arbeiter sind vom gewerkschaftlichen Denken abgekommen", faßte das Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses Hammer die Entwicklung zusammen.[29] Die Ortsverwaltung Wackersdorf der IG Bergbau brauchte über solche Verluste nicht zu klagen. Im Gegenteil: Der Organsiationsgrad konnte sogar noch gesteigert werden. Seit 1959 waren alle Arbeiter der BBI in der IG Bergbau organisiert, und auch die neuen Belegschaftsmitglieder wurden unmittelbar bei ihrer Einstellung durch die Betriebsräte für die Gewerkschaft geworben.[30] Die IG Berg-

[27] Vgl. Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Nordbayern. Geschichte der Geschäftsstelle in Amberg, o.O.o.J., S. 78. Alle Zahlenangaben nach ebenda.

[28] Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 41 vom 26. 9. 1966, S. 149.

[29] Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 23 vom 24. 4. 1961, S. 79.

[30] Angaben bei Karl Braunreiter, Festrede aus Anlaß des 80jährigen Bestehens der Ortsgruppe Wackersdorf, 22. 10. 1989, Kopie im Besitz des Verf. 1959 war es bei der BBI zum Konflikt zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaft gekommen, als die Werksleitung die Beitragskassierung abschaffen wollte. Die Gewerkschaftsfunktionäre bemühten sich daraufhin, von allen Belegschaftsangehörigen eine Lohnabtretungserklärung einzuholen, und konnten damit eine Steigerung der Organisationsquote von 95 Prozent auf 100 Prozent erreichen; Hinweis nach ebenda. Leider fanden sich weder in den Akten noch bei den Interviews Hinweise auf diesen Konflikt. Da die Quellen-

bau konnte hier ihre hegemoniale Stellung weiter behaupten und auch neue Arbeiter und Angestellte von der Gewerkschaftsidee überzeugen.

Neben dem Mitgliederschwund ist noch ein weiterer Prozeß zu beobachten: die Überalterung der Gewerkschaft. Ende 1957 waren in Nordbayern 805 Gewerkschaftsmitglieder[31] Rentner, was einem Anteil von 9,96 Prozent entsprach. Zehn Jahre später war die Zahl der Pensionisten bereits auf 1387 gestiegen. Der leichte Rückgang der organisierten Rentner um 117 auf 1361 bis zum Jahr 1977 war vor allem auf den Austritt von Pensionisten zurückzuführen, die nicht mehr gewillt waren, nach ihrer Zeit im Erwerbsleben Beiträge an die Industriegewerkschaft zu zahlen.

Für das organisatorische Netzwerk der IGBE hatte der Mitgliederschwund katastrophale Folgen. Denn bereits zu Beginn der sechziger Jahre deutete sich an, was zehn Jahre später zu einer strukturellen Krise der Bergarbeitergewerkschaft in Nordbayern werden sollte: der Verlust der regionalen Verankerung. Von ursprünglich 54 Ortsgewerkschaftsgruppen im Jahr 1950 waren 1978 lediglich 18 übrig geblieben.

Strukturwandel und Gewerkschaftspolitik in der nordbayerischen Montanindustrie

Der Druck auf die IG Bergbau nahm seit Ende der fünfziger Jahre von verschiedenen Seiten her stetig zu: Der internationale Wettbewerb[32] führte auf dem europäischen Erz-, Kaolin- und Energiemarkt zu einem verschärften Konkurrenzkampf, dem die oberpfälzischen Gruben kaum gewachsen waren. „Die Eisengrube Auerbach", stellte Adolf Fabry am 22. Oktober 1960 resigniert fest, „liegt mit seinen [sic] Gestehungskosten höher, als die Einfuhr schwedischer hochwertiger Erze mit ihren Transportkosten. Ebenfalls werden russische Erze preisgünstig angeboten, hier handelt es sich um rein politische Preise."[33] Ähnlich wie im Ruhrgebiet hatten es in der Oberpfalz viele Bergbaubetriebe in den relativ absatzsicheren fünfziger Jahren versäumt, so Fabry, „zu rationalisieren und sind jetzt nicht mehr konkurrenzfähig."[34] Auch der nordbayerische Tonbergbau blieb von der Bergbaukrise[35] nicht verschont. Um das Jahr 1958 wurde die Tongrube

lage zur Geschichte der IG Bergbau Ortsverwaltung Wackersdorf ausgesprochen schlecht ist und sich nur wenige Akten im privaten Besitz befinden, mußte auf eine weitergehendere Analyse verzichtet werden.

31 Die Statistik trennt nicht zwischen Rentnern, die zuvor Arbeiter oder Angestellte waren.

32 Vgl. dazu Lauschke, Schwarze Fahnen, S. 5–31; Heinrich Guthermuth, Der Bergbau im Schatten der industriellen Revolution, in: Protokoll. 7. Generalversammlung der IG Bergbau vom 3. bis 8. Juli 1960, Bochum, o.J.; Wilhelm Haverkamp, Strukturelle Veränderungen in der Wirtschaft und ihre Auswirkungen, in: Bergbau und Wirtschaft 13 (1960), H. 1; grundsätzlich aus gewerkschaftlicher Sicht: Industriegewerkschaft Bergbau, Denkschrift zur Lage im Steinkohlenbergbau (15. Januar 1959), in: Bergbau und Wirtschaft, 12 (1959), H. 2.

33 Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 22 vom 22.10. 1960, S. 76.

34 Ebenda; zur Rolle der IG Bergbau in der Kohlenkrise auch Lauschke, Schwarze Fahnen, Werner Abelshauser, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945, München 1984, besonders S. 73ff.; Christoph Nonn, Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958 – 1969, Göttingen 2001, S. 64–95.

35 Vgl. Industriegewerkschaft Bergbau, 1957–1960. Statt Kohlen-Krise Energiepolitik. Eine chronologische Darstellung, Bochum o.J.

Schönhald bei Wiesau stillgelegt, einige Jahre später folgte die Grube Schippach bei Obernburg am Main. Zeitgleich waren auch die Schwefelkiesgruben in die Krise geraten: 1962 und 1963 wurde die Belegschaft der Bergbau GmbH „Bayernland" in der Nähe von Waldsassen von etwa 150 auf 60 Beschäftigte reduziert, bis Ende August 1971 auch dieses Unternehmen mangels wirtschaftlicher Konkurrenzfähigkeit seinen Betrieb einstellte. Innerhalb von wenig mehr als zwanzig Jahren war ein gesamter Wirtschafts- und Beschäftigungszweig zwischen Aschaffenburg, Weiden, Amberg und Regensburg beinahe vom Erdboden verschwunden.[36]

Die anhaltenden Absatzschwierigkeiten und die ausbleibenden Erfolge bei der Werbung von Neumitgliedern ließen die Funktionäre der IG Bergbau schon im Frühjahr 1961 sorgenvoll in die Zukunft blicken: „Entgegen des [sic] Mitgliederabbaus steht der gesamte Verwaltungsapparat der Gewerkschaft mit unveränderter Verwaltungsbesetzung gegenüber. Es muß also bei weiter fallendem Mitgliederstand auch das Verwaltungspersonal mit abgebaut werden. [...] Die Organisation muß sich mit Nachdruck mit den Verwaltungsschwierigkeiten auseinandersetzen, um wieder gesunde finanzpolitische Verhältnisse zu erreichen."[37] Die Bochumer Hauptverwaltung reagierte auf die finanziellen Engpässe mit einer Politik der Zentralisierung.[38] Die Kompetenzen der peripheren süddeutschen Geschäftsstellen wurden zugunsten der Zentrale in Bochum oder der Bezirksgeschäftsstelle in München beschnitten, ihre tarifpolitischen Spielräume beschränkt. Ein erster, auch öffentlich sichtbarer Schritt auf diesem Weg war die Bestellung eines Tarifsekretärs für den gesamten Bezirk Süddeutschland durch den Hauptvorstand, in dessen Hand zukünftig die Koordination und die Umsetzung der tarifpolitischen Vorgaben lag. Freilich überzeugte das Argument der Zentrale, der Tarifsekretär „entlaste" die Geschäftsstellen, die damit wieder mehr für die Mitgliederwerbung und -betreuung tun könnten, nur partiell. Die Klagen der Branchenvertreter waren bald unüberhörbar. Sie bemängelten nicht nur organisatorische Defizite, sondern fühlten sich durch die Zentrale in München oft schlecht informiert und vor ihren Mitgliedern bloßgestellt. Der nordbayerische Bildungsobmann Horst Schwellnus fand deshalb im Geschäftsstellenausschuß große Zustimmung, als er auf der Frühjahrsversammlung 1962 den Bezirksvorstand heftig attackierte: „Es muß künftig im Bezirksvorstand noch Klarheit darüber geschaffen werden, daß die Verhandlungen oder wichtige Entscheidungen, wo die Bezirksleitung federführend ist, auch den Geschäftsstellen oder den zuständigen Ortsgruppen sofortige Information zugeleitet werden. Ein jeder Funktionär ist seiner Belegschaft gegenüber verantwortlich und muß über die z. Zt. anstehenden wichtigsten Probleme Bescheid wissen."[39]

[36] Zu den Konsequenzen der Wirtschaftskrise für die gewerkschaftliche Jugendarbeit vgl. Süß, Glückauf, S. 78ff.

[37] Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 23 vom 24. 4. 1961, S. 78.

[38] Vgl. Heinrich Guthermuth, Organisationsfragen der IG Bergbau, in: Protokoll. 5. Generalversammlung der IG Bergbau vom 7. August bis 13. August 1955, Bochum o.J., 207–220, bes. S. 218ff.

[39] Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 27 vom 2. 4. 1962, S. 94.

Diese Klagen rissen auch in den folgenden Jahren nicht ab. Im Gegenteil: Mitgliederverluste und Zechensterben sorgten für ein gereiztes Klima, in dem auch größere Konflikte zwischen der Oberpfälzer Peripherie und dem Münchener Zentrum gediehen. Der Streit eskalierte im Sommer 1963, als bei den Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag im Gipsbergbau weder die zuständigen Vertreter der IGBE Ortsverwaltungen noch der Geschäftsstellenleiter Adolf Fabry konsultiert worden waren. Vor allem für Adolf Fabry, dessen ureigenste Aufgabe die Aushandlung der Tarife war, bedeutete der Alleingang des Bezirksvorsitzenden Anton Weilmaier und dessen Tarifsekretär einen Schlag ins Gesicht. Seine Autorität als Verhandlungspartner der Arbeitgeber schien untergraben und damit seine Position innerhalb der Organisation geschwächt.

„Kollege Käppner-Gipsbergbau erklärt, daß neuerdings durch die Tarifabteilung keine Mitteilungen an die Funktionäre mehr kämen, sondern die Funktionäre würden durch die Werksleitungen erfahren, was tarifpolitisch geschehen sei. So habe er jetzt erfahren, daß der Lohntarif gekündigt worden sei, daß im Urlaub eine Änderung des Manteltarifvertrages erfolgt sei. Er fragt deshalb den Kollegen Fabry, ob dieser informiert sei. Dieser erklärt hierauf, daß er davon nichts wisse. Auf Grund dieser Mitteilungen und Beanstandungen in der Tarifarbeit entwickelt sich eine allgemeine Diskussion. Es wird von Seiten der Vorstandsmitglieder festgestellt, daß die Vorbereitungen und die Durchführung der Tarifverhandlungen viel zu langsam von [sic.] sich gehe. Man sei bisher gewohnt gewesen, daß meist vor den Kündigungen Entwürfe vorgelegt würden, oder zumindest gleich darauf mit den Kollegen beraten würde und daß dann versucht würde, die Verhandlungen schnell voranzutreiben und in kürzeren Abständen zu verhandeln. Das jetzige Tempo sei, so erklärten die Vorstandsmitglieder, nicht tragbar."[40]

Der gereizte Ton und die gesamte Stoßrichtung der Entschließung waren für die innergewerkschaftliche Auseinandersetzung äußerst ungewöhnlich. Verletzte persönliche Eitelkeiten spielten dabei gewiß eine Rolle. Vor allem aber ging es um eine grundsätzliche Neugewichtung zwischen den verschiedenen gewerkschaftlichen Organen.[41] Die unter den Vorzeichen der Effizienzsteigerung und Professionalisierung durchgeführte Zentralisierung verlief also keineswegs reibungslos und konfliktfrei. Die politische Schlagkraft, so wurde in München und Bochum argumentiert, resultiere aus starken bürokratischen Verwaltungsapparaten, die einen genaueren Überblick über die wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gesamtentwicklungen besäßen.[42] Deswegen war es nicht verwunderlich, daß die Vorgehensweise der nordbayerischen Gewerkschafter auf entschiedenen Widerspruch in der Zentrale stieß. Bei der Sitzung des Geschäftsstellenausschusses am 16. September 1963 wies der Bezirksstellenleiter Anton Weilmaier persönlich die Kritik zurück und rief die Kollegen aus Amberg zur Räson: „Koll. Weilmaier ergriff anschlie-

[40] Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 30 (undatiert, vermutlich August 1963), S. 106.

[41] Zur innergewerkschaftlichen Zentralisierung und deren Kritik vgl. Joachim Bergmann, Organisationsstruktur und innergewerkschaftliche Demokratie, in: ders., Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1979, S. 210–239, hier S. 218ff.

[42] Vgl. dazu Joachim Treu, Stabilität und Wandel in der organisatorischen Entwicklung der Gewerkschaften. Eine Studie der organisatorischen Entwicklung der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Frankfurt am Main 1979, S. 210ff.; Protokoll des 3. Gewerkschaftstages der IG Bergbau und Energie am 9. und 10. September 1963 in der Kongreß- und Messehalle in Düsseldorf, hrsg. vom Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie, Bochum 1983, S. 26ff.

ßend das Wort und begründete die Dringlichkeit seiner Teilnahme an dieser Sitzung. Er verwies insbesondere darauf, daß alle Probleme, die den süddeutschen Raum betreffen, in 1. Linie von der Bezirksleitung aus gesteuert und gelöst werden sollen."[43] Weilmaier reklamierte für sich die Verantwortung und die Entscheidungsgewalt bei allen wesentlichen Fragen der Tarifpolitik. Alle Bestrebungen zu mehr Eigenständigkeit lehnte er schroff ab und machte unmißverständlich deutlich, daß er keinesfalls bereit sei, etwa zugunsten der Geschäftsstellen Kompetenzen abzugeben. Danach schien keiner der Gewerkschafter mehr den Mut zu haben, die Mißstände und Irritationen offen anzusprechen. Bis Ende der sechziger Jahre fand sich niemand mehr, der die Münchner Bezirksstelle offen attackierte.

IG Metall in Nord- und Ostbayern

Die Probleme der IG Metall waren andere. Dies hing vor allem mit der Konjunktur der Eisen- und Stahlindustrie zusammen, die durch den Korea-Krieg einen außerordentlichen Boom erlebt hatte[44]: Allein der durchschnittliche Auftragseingang für die Walzstahlerzeugnisse, einem der wichtigsten Gradmesser für die Entwicklung der Weiterverarbeitungsindustrie, stieg zwischen 1949 und 1950 von 445 000 Tonnen auf 1 160 000 Tonnen.[45] Die Schere zwischen Auftragseingang und Produktionskapazität ging im Laufe des Jahres 1950 immer weiter auseinander, die Auftragsbücher wurden immer dicker, und die Lieferzeiten für Bandstahl, Walzdraht und Feinbleche, alles Produkte, die auch in den Maxhüttenwerken[46] produziert wurden, verzögerten sich.[47] Nur für kurze Zeit und in Reaktion auf das Ende des Korea-Krieges erfuhr die konjunkturelle Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie einen kurzen Einbruch, der allerdings, wie bei der Max- und der Luitpoldhütte, als sehr schmerzlich empfunden wurde.[48] Im Laufe des Jahres 1954 zogen die Investitionen der Eisen- und Stahlkonzerne wieder an und erreichten zwischen 1955 und 1956 ihren vorläufigen Höhepunkt. Zwischen 1952 und 1961 investierten die Konzerne der Eisen- und Stahlindustrie rund drei Milliarden Dollar und steigerten damit die Produktionsleistungen in einem bis dahin nicht gekannten Umfang.[49] Während die deutschen Montankonzerne 1952 noch 18,6 Mio. Tonnen Rohstahl produziert hatten, konnten sie ihre Leistung bis 1957 auf 28 Mio. steigern; bis zum Jahr 1961 erhöhte sich die Rohstahlproduktion nochmals und lag schließlich bei 33,5 Mio. Tonnen. Ein Ende der Zuwachsraten war

[43] Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 31 vom 16. 9. 1963, S. 110.

[44] Ausführlich dazu Müller, Strukturwandel, S. 184–203.

[45] Die deutsche Eisen- und Stahlindustrie, Statistische Vierteljahrshefte, Oktober-Dezember 1950, S. 73.

[46] Für die Maxhütte galten die positiven Folgen des Korea-Booms in gleicher Weise. Finanzdirektor Burkart hielt das Geschäftsjahr 1951/1952 im Hinblick auf die Auslastung und die Produktionserwartungen für ein „außergewöhnlich günstiges Jahr", in dem die Maxhütte das absolute „Spitzenergebnis" in ihrer Unternehmensgeschichte erzielt habe. DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 193, Aufsichtsratssitzung vom 31. 8. 1953.

[47] Vgl. Stahl und Eisen 16 (1950), S. 730.

[48] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 199, Aufsichtsratssitzung vom 25. 7. 1955, Bericht Direktor Enzmann.

[49] Vgl. Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952–1962. Ergebnisse, Grenzen und Perspektiven. Bericht eines Sachverständigenausschusses unter Vorsitz von Rolf Wagenführ, hrsg. von der EGKS, Hohe Behörde, Luxemburg 1963, S. 108.

nicht abzusehen, und die Prognosen der Hüttenexperten gingen davon aus, daß der Weltstahlverbrauch zwischen 1960 und 1975 von 340 Mio. Tonnen Rohstahl um mindestens 630 Mio. Tonnen zunehmen würde.[50]

Während also die IG Bergbau im Ruhrgebiet wie auch in Nordbayern seit Mitte der fünfziger Jahre gegen die Kohlekrise und das Zechensterben ankämpfen mußte[51], konnten die Arbeitnehmervertreter in der Metallindustrie mit größerer Gelassenheit in die Zukunft blicken. In den Betrieben der Max- und der Luitpoldhütte, wo der Kern der aktiven Gewerkschafter arbeitete, waren zu Beginn der fünfziger Jahre rund 7700 Metallarbeiter organisiert[52], 1961 war ihre Zahl bereits auf 9306 angestiegen.[53] Für den gleichen Zeitraum meldete die bayerische IG Metall stolz einen Mitgliederzuwachs von 48470 an die Gewerkschaftszentrale in Frankfurt: 1950 waren 166820 IG Metall-Mitglieder in München registriert, 1961 hatte sich ihre Zahl auf 215290 und damit um 29,1 Prozent erhöht.[54] Die Verwaltungsstelle in Regensburg, die weniger als Amberg durch die Montanindustrie geprägt war und zu der als schwerindustrielles Unternehmen nur das Walzwerk in Haidhof gehörte, war eine der wenigen Verwaltungsstellen in der Bundesrepublik[55], die trotz günstiger Konjunktur einen realen Mitgliederverlust hinnehmen mußte: 1951 wurden von Regensburg aus rund 9100[56] Mitglieder verwaltet, zehn Jahre später waren es nur noch rund 7770.[57] Hier lagen auch besondere Verhältnisse vor. Die Industriegewerkschaft Metall in Regensburg, die Ende September 1946 in einer Versammlung von Betriebsräten und Vertrauensleuten der umliegenden Werke gegründet worden war[58], litt noch bis in die frühen sechziger Jahre an den Folgen des „Bayernstreiks" von 1954, bei dem über 100000 bayerische Metallarbeiter für höhere Löhne und Gehälter in den Ausstand getreten waren.[59] Der

[50] Vgl. Müller, Strukturwandel, S. 293.

[51] Nonn, Ruhrbergbaukrise, S. 97–113.

[52] Geschäftsbericht 1952/1953 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1954), S. 202 und S. 206.

[53] Geschäftsbericht 1960/1961 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1962), S. 378.

[54] Ebenda, S. 376; der Tarifbezirk Süddeutschland mit Sitz in München war zwar flächenmäßig der größte aller Tarifbezirke, doch stand er von den Mitgliederzahlen nur an vierter Stelle. Auch die Zuwachsraten der Organisierten nahmen sich im Vergleich zum Bundesgebiet sehr bescheiden aus: Hier lagen die bayerischen IG Metaller vor Hagen an vorletzter Position; vgl. ebenda.

[55] 1950 hatte die IG Metall in Westdeutschland 1290098 Mitglieder, 1961 waren es bereits 1849572; Angaben nach ebenda.

[56] Geschäftsbericht 1952/1953 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1954), S. 206.

[57] Geschäftsbericht 1960/1961 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1962), S. 381.

[58] Vgl. Metall und Metaller/innen in und um Regensburg. 100 Jahre IG Metall, Verwaltungsstelle Regensburg. Ausgewählt und bearbeitet von Walter Meyer, hrsg. von der Verwaltungsstelle Regensburg der Industriegewerkschaft Metall, Regensburg o.J. (1991), S. 121ff.

[59] Ausführlich dazu Rudi Schmidt, Der Streik in der bayerischen Metallindustrie von 1954. Lehrstück eines sozialen Konflikts, Köln 1995; die Arbeit, die auf eine unveröffentlichte Dissertation aus dem Jahr 1975 zurückgeht, ist bislang die einzige, die sich genauer mit dem größten Streik in der bayerischen Nachkriegsgeschichte beschäftigt. Allerdings hat Schmidt darauf verzichtet, sowohl die Literatur nach 1975 einzuarbeiten als auch überhaupt weitergehende Forschungen zur bayerischen Nachkriegsgeschichte zu berücksichtigen. Problematisch ist zudem seine Entscheidung, staatliche oder verbandliche Akten nicht hinzuzuziehen, so daß seine Darstellung vielfach unausgewogen bleibt; vgl. dazu Dörrich, Schönhoven, Industriegewerkschaft, Dok. 69 vom 27. 7. 1954, S. 519–522.

Streik, an dem sich die Maxhüttenbetriebe und die Luitpoldhütte aus tarifvertragsrechtlichen Gründen nicht beteiligten[60] – die Betriebe waren bis 1959 nicht im Verein der Bayerischen Metallindustrie (VBM), sondern im Arbeitgeberverband der Bayerischen Erzbergbau- und Hüttenbetriebe organisiert –, endete mit einer für die IG Metall schmerzlichen Niederlage.[61] Die Unternehmer hatten den Konflikt als Testfall für die zukünftige Machtverteilung in der Tarifpolitik benutzt[62] und waren deshalb mit unnachsichtiger Härte gegen die Streikenden, die gewerkschaftlichen Funktionäre und die verantwortlichen Betriebsräte vorgegangen.[63] Ihnen war es außerdem gelungen, den Tarifkonflikt in eine Region wie Bayern zu verlagern, die aufgrund ihrer räumlichen und gewerkschaftlichen Organisationsstruktur der Unternehmerseite ganz andere Vorteile bot als das in Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg der Fall gewesen wäre. In Regensburg hatten zwar mehr als 94 Prozent der Organisierten in den metallverarbeitenden Betrieben für einen Arbeitskampf gestimmt, doch die anfänglich hohe Streikbereitschaft legte sich nach und nach. Insbesondere die Angestellten in der IG Metall schreckten sofort zurück, als die Unternehmer bereits kurz vor Streikbeginn deutlich machten, daß sie auf den Arbeitskampf mit fristlosen Kündigungen reagieren würden.[64]

Der Verlauf des Streiks ließ keinen Zweifel, daß die Gewerkschaftsführung in München, die ihrer Sache so sicher gewesen war, ihre Kräfte weit überschätzt hatte. Die Streikfront blieb nur in den Betrieben einigermaßen geschlossen, deren gewerkschaftliche Tradition vor das Jahr 1933 zurückreichte. In neuen, kriegsverlagerten Betrieben wie bei Siemens, die über keine altgediente Stammarbeiterschaft und kein dichtes gewerkschaftliches Netzwerk verfügten, ebbte die Protestwelle bald ab. Den Gewerkschaften gelang es dort nicht, die Belegschaft gegen den steigenden Druck der Unternehmer zu immunisieren und ihnen auch finanziellen Schutz zu bieten. Die Konsequenzen des mageren Schiedsspruchs, der lediglich eine geringe Erhöhung des Ecklohnes der Zeit- und Akkordlöhne brachte, waren Gift für die Gewerkschaftsarbeit: Scharenweise traten Mitglieder aus, die finanziellen Ressourcen waren weitgehend aufgebraucht, und in den Betrieben mußten die gewerkschaftlichen Vertrauensleute oft und oft wieder bei Null beginnen.

Im Verwaltungsstellenbereich der Industriegewerkschaft Metall Amberg hatte der Bayernstreik der Gewerkschaftsbewegung keine vergleichbar tiefen Wunden geschlagen. Das galt nicht nur für die Mitgliederzahlen, sondern für die gesamte Organisationsstruktur der IG Metall, die neben den Hüttenbetrieben auch die Metallarbeitnehmer im nordöstlichen Tirschenreuth und Weiden umfaßte.[65] In

[60] Die Unternehmer der Max- und der Luitpoldhütte waren im Arbeitgeberverband der Bayerischen Erzbergbau- und Hüttenbetriebe zusammengeschlossen.

[61] So urteilte schließlich auch der Vorsitzende der IG Metall, Otto Brenner: „Daß die Unternehmer in dem Kampf in Bayern für sich einen Entscheidungskampf sahen, daß es für sie geradezu der Modellfall dafür werden sollte, wie man die organisierte Arbeitnehmerschaft in die Knie zwingt, dafür haben wir einige bestimmte Hinweise." Protokoll des 3. ordentlichen Gewerkschaftstages vom 13.–18. 9. 1954 in Hannover, Frankfurt am Main 1954, S. 167f.

[62] Vgl. dazu Verein der Bayerischen Metallindustrie: Streik oder Partnerschaft, o.O.o.J. (1954).

[63] Vgl. Schmidt, Streik, S. 133–137.

[64] Vgl. Verwaltungsstelle Regensburg, Metaller, S. 133.

[65] Die Verwaltungsstelle Amberg umfaßte das Gebiet des Stadt- und Landkreises Amberg, die Stadt

den Jahren 1952/1953 hatten die oberpfälzischen Gewerkschafter etwas mehr als 171 600 DM eingenommen[66]; ihr Finanzvolumen war damit knapp hinter dem von Erlangen an siebter Stelle aller bayerischen Verwaltungsstellen gelegen. In den folgenden Jahren konnte Amberg überdurchschnittlich von der Konjunktur in der Metallindustrie profitieren, 1960/1961 lag es auf Rang fünf im innerbayerischen Vergleich. Selbst die Abstände zu den großen Metallindustrie-Zentren in Nürnberg und München wurden in den zehn Jahren seit der Einführung der Montanmitbestimmung erheblich geringer.[67] Das außerordentliche Wachstum, das nur noch, wenngleich von einem niedrigeren Niveau ausgehend, durch die Ingolstädter IG Metall als Zentrum der bayerischen Automobilindustrie überschritten wurde[68], schlug sich auch gleichzeitig in den Ausgaben nieder. Vor allem stellte man neues Personal ein, um die erhöhten Anforderungen durch neue Mitglieder und die steigende Zahl der kleineren Metallbetriebe bewältigen zu können, so daß sich der Posten für Gehälter um rund 37 Prozent erhöhte. Die Weiträumigkeit des Tarifbezirks zwang die IG Metall in Amberg überdies wie kaum eine andere Verwaltungsstelle dazu, einen erheblichen Anteil der Mittel für den Unterhalt von Fahrzeugen und für Fahrgelder auszugeben – ein Kostenfaktor, der auch den Haushalt der IG Bergbau stark belastet hatte.

Fritz Enderlein war in den Jahren der Expansion der Motor der IG Metall in Amberg. Der 1897 geborene Oberpfälzer war bereits mit 15 Jahren Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes geworden, 1932 hatte er nach vielen ehrenamtlichen Funktionen in der Regensburger Gewerkschaftsbewegung den Posten des hauptamtlichen Kassierers übernommen. Schon wenige Tage nach der Machtergreifung war der Gewerkschaftsfunktionär und Sozialdemokrat ins Fadenkreuz der Nationalsozialisten geraten; er wurde zunächst für mehrere Jahre in das Konzentrationslager Dachau, später in das KZ Flossenbürg gesperrt. Enderlein überlebte die Haft, trug aber schwer an den Mißhandlungen und den Entbehrungen dieser Zeit. Nach 1945 gehörte er zu den Männern der ersten Stunde, die die Gewerkschaftsarbeit in der Oberpfalz wieder in Gang setzten: Im Juli 1947 wurde er zunächst Sekretär der IG Bergbau und Hütten und damit sowohl für die Max- und die Luitpoldhütte als auch für die BBI zuständig. Nach der Gründung der IG Metall übernahm er im Frühjahr 1949 die Funktion des 1. Bevollmächtigten in

Weiden sowie die Landkreise Sulzbach-Rosenberg, Neunburg v. Wald, Tirschenreuth, Kemnath, Eschenbach, Vohenstrauß, Neustadt/Waldnaab, Nabburg und Oberviechtach. Zahlstellen befanden sich in Sulzbach-Rosenberg, Weiherhammer, Bodenwöhr, Trabitz und Tirschenreuth.

66 Zahlenangaben nach Geschäftsbericht 1952/1953 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1954), S. 186; die größte bayerische Verwaltungsstelle war München, deren Gesamteinnahmen sich auf 1 594 978,81 DM beliefen, dahinter folgten mit weitem Abstand Nürnberg, Augsburg und Schweinfurt.

67 Geschäftsbericht 1960/1961 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1962), S. 359.

68 Zur Verwaltungsstelle Ingolstadt vgl. die Arbeit von Thomas Schlemmer, „Eine Entwicklung amerikanischen Maßstabes". Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der bayerischen Boom-Region Ingolstadt 1948 bis 1975 (in Vorbereitung); die Verwaltungsstellen in Kempten und Landshut konnten ihre Gesamteinnahmen zwar ebenfalls beträchtlich steigern, fielen aber bayernweit wegen ihres trotz allem geringen industriellen Bedeutungsgrades kaum ins Gewicht; Geschäftsbericht 1960/1961 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1962), S. 359.

Amberg. Er blieb dies bis 1959, als ihn seine angeschlagene Gesundheit zwang, sein Amt niederzulegen.[69]

Sein Nachfolger wurde der vierzigjährige Herbert Püschel, der bereits seit Mitte der fünfziger Jahre als potentieller Nachfolger gehandelt worden war. Püschel war als Flüchtling erst nach Ende des Krieges in die Oberpfalz gekommen.[70] Seine Gewerkschaftslaufbahn hatte bei der Mathiaszeche in Schwandorf begonnen. Im Braunkohlentagebau arbeitete er zunächst Unter- und Übertage, als Maschinist und Zimmermann. Die Karriere des begabten Organisators verlief in großen Sprüngen: Im Oktober 1945 war der Sudetendeutsche erst der Gewerkschaft beigetreten, 1948 wurde er freigestellter Betriebsratsvorsitzender und Mitglied der SPD. Die Gewerkschaft berief ihn in die Tarifkommission, er wurde Mitglied im Gesamtbetriebsrat der Maxhütte, der die Mathiaszeche gehörte, und Zahlstellenleiter der Süddeutschen Knappschaft. Anfang der fünfziger Jahre besuchte Püschel beinahe zeitgleich mit Adolf Fabry die Akademie der Arbeit in Frankfurt und stieg 1957 zum hauptamtlichen Kassierer auf. Nach zwei Jahren als 1. Bevollmächtigter wurde Püschel 1961 zum Arbeitsdirektor der Luitpoldhütte bestellt und als Bundestagskandidat der SPD nominiert.

Neben den beiden hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionären Püschel und Enderlein bildeten 12 Beisitzer sowie ein zweiter ehrenamtlicher Bevollmächtigter die Leitung der Ortsverwaltung.[71] Die Beisitzer waren in der Regel selbst Betriebsratsvorsitzende und repräsentierten die unterschiedlichen Sparten der Metallindustrie. Nur drei von 12 waren bereits in der Weimarer Republik in der Gewerkschaftsbewegung aktiv gewesen und hatten noch ein Mitgliedsbuch des DMV besessen, die übrigen waren wie Herbert Püschel oder Adolf Fabry unmittelbar nach Kriegsende zur Gewerkschaftsbewegung gestoßen und zwischen 1920 und 1928 geboren.[72]

Vertrauensleutearbeit

Trotz der erheblichen Alters- und Erfahrungsunterschiede der lokalen gewerkschaftlichen Funktionsträger stimmten 1956 doch alle der Einschätzung des 1. Bevollmächtigten Püschel zu, daß sich die betrieblichen Vertrauenskörper vielfach in einem desaströsen Zustand befanden und es höchste Zeit sei, hier energisch einzugreifen.[73] Besonders in den kleineren Betrieben fehlten oft Vertrauensleute der IG Metall, die das gewerkschaftliche Banner hätten hochhalten können; dies war um so schmerzlicher als die Vertrauenskörper die entscheidenden Transmissionsriemen der gewerkschaftlichen Idee waren, ohne deren Existenz die vielfältigen Aufgaben der Mitgliederwerbung, Schulung und Nachwuchsrekrutierung kaum bewältigt werden konnten.[74] Deshalb hatte die Bezirksleitung schon Anfang der

[69] Zwei Jahre später, am 19. Oktober 1961, starb Fritz Enderlein.
[70] IGM-ZA im AdsD, 1117, Lebenslauf und gewerkschaftlicher Werdegang von Herbert Püschel.
[71] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 121, Ortsstatut der Verwaltungsstelle Amberg (undatiert, um 1958/1959).
[72] IGM-ZA im AdsD, 2942, Org. Amberg, Ortsverwaltung der Verwaltungsstelle Amberg 1957.
[73] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 146, Geschäftsbericht für das Jahr 1956 der Industriegewerkschaft Metall Amberg.
[74] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 146, IG Metall-Bezirksleitung München, Richtlinien für

fünfziger Jahre auf Initiative des Hauptvorstandes beschlossen, die Vertrauensleutearbeit auf eine einheitliche organisatorische Grundlage zu stellen.[75] Die IG Metall-Mitglieder sollten in ihren Betrieben in geheimer Abstimmung ein Gremium wählen, das nicht nur die „Durchführung gewerkschaftlicher Aufgaben und Beschlüsse" und die Einhaltung der Satzung überwachen sollte. Aufgabe der Vertrauensleute war es zudem, über die Ziele der Gewerkschaft aufzuklären, die Beitragsverwaltung zu organisieren, in sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen zu beraten und Beschwerden der Mitglieder über tarifliche oder arbeitsbedingte Probleme entgegenzunehmen.[76] Die Vertrauensleute sollten als Mittler zwischen den einfachen Mitgliedern und der IG Metall-Ortsverwaltung die Effizienz der gewerkschaftlichen Arbeit steigern und Konflikte zwischen Führung und Basis ausräumen. Die Vertrauensmänner wurden für zwei Jahre gewählt und bestimmten aus ihrem Kreis einen Vorsitzenden und einen Stellvertreter, die in enger Absprache mit der Amberger Verwaltung zu den Sitzungen des Gremiums einluden.

Vieles davon blieb allerdings Plan. Selbst bei der Maxhütte, dem größten Betrieb der Verwaltungsstelle, gab es offenkundig in der Mitte der fünfziger Jahre noch erheblichen Handlungsbedarf – und dies trotz des hohen Organisationsgrades. Eindringlich appellierte die IG Metall der Sulzbach-Rosenberger Hütte an ihre Mitglieder, den Auf- und Ausbau des Vertrauenskörpers ernster als bisher zu nehmen.[77] In jedem Betriebsteil und Büro sollten sich Kolleginnen und Kollegen zusammenfinden und aus ihrem Kreis Vertreter wählen. Die Kandidaten müßten charakterlich „einwandfrei" und mit der Gewerkschaftsarbeit gut vertraut sein. Sie sollten durch „vorbildliche Bereitschaft zur Mitarbeit" und „fachliche Tüchtigkeit" aufgefallen sein und es sich zur Aufgabe machen, die „Solidarität" zwischen Arbeitern und Angestellten zu fördern. Ein bayerischer Vertrauensmann faßte stellvertretend für die DGB-Spitze das Leitbild eines Gewerkschafters im Betrieb zusammen:

„Mutig und freudig den Tag anpacken, die Arbeit anpacken, ein Mann sein. Wenn ich zu mir selbst Vertrauen habe, das Rechte zu tun, trotz alledem, aufrecht allen Lebensfragen ins Auge zu sehen, an alle Gefahren herangehe, ‚denken und tun' übe, dann folgen mir ach die Zaghaften. Was kann der unsoziale Arbeitgeber tun, wenn wir geschlossen dastehen, gar nichts. Pünktlich sein, gewissenhaft alle, auch die kleinsten Lebensdinge erledigen, wenn es schwer fällt [...] Meine Waffen müssen scharf sein, müssen in Ordnung sein [...] Einige Spielregeln aus der Volkswirtschaft lernen, lernen damit es sitzt wie das Einmaleins, die Zeitung lesen, die ‚Quelle' lesen, dazu zwinge ich mich gern. Ich will keinen Volkswirtschaftler, keinen Rechtsanwalt aus mir machen, sondern einen ganzen Vertrauensmann, den freiwilligen ‚Unteroffizier' der Gewerkschaft, den Träger des Millionenkörpers. [...] Eine verschworene Gewerkschaft müssen wir bilden, wirkliche Kameraden und Gewerkschafter werden, im klei-

die Arbeit der gewerkschaftlichen Vertrauensmänner in den Betrieben der bayerischen Metallindustrie; folgendes nach ebenda.

[75] Ausführlich dazu Klaus Koopman, Gewerkschaftliche Vertrauensleute. Darstellung und kritische Analyse ihrer Entwicklung und Bedeutung von den Anfängen bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) und der Industriegewerkschaft Metall (IGM), 2 Bde., München 1979, hier S. 444–447.

[76] Vgl. Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Richtlinien für die Vertrauenskörper in der Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt am Main 1955.

[77] DGB-Archiv im AdsD, 5, IG Metall Sulzbach-Rosenberg Hütte vom 16. 7. 1955; folgendes nach ebenda.

nen, im Betrieb, Büro, überall mit derselben Leidenschaft ringen und handeln [...] Die Stärke einer Gewerkschaft sind nicht ihre ‚Häuser und Mauern', sondern ihre Vertrauensmänner. ‚Wir sind die Schmiede der neuen Zeit' [...]"[78]

Vermutlich werden nicht alle oberpfälzischen DGB- und IG Metall-Mitglieder den martialischen, an die nationalsozialistische DAF Rhetorik angelehnten Tonfall begrüßt haben. Der moralische Anspruch war jedenfalls weitreichend, und es war deshalb kein Wunder, weshalb sich zunächst nicht viele Gewerkschaftsmitglieder für die Arbeit begeistern konnten.

Mit Unterstützung Fritz Enderleins wurde in der Maxhütte wie auch in anderen Betrieben seit Mitte der fünfziger Jahre die Zusammenarbeit der Vertrauensleute verstärkt und ihre Arbeit in den Betrieben ausgebaut. Im Hinterkopf hatte Enderlein dabei immer noch die Niederlage der IG Metall in der Auseinandersetzung um das Betriebsverfassungsgesetz und den Bayernstreik[79], die im wesentlichen eine Niederlage der Organisation gewesen war. 1956 kamen die Vertrauensleute zu 43 Sitzungen zusammen, in denen die gewerkschaftlichen Spitzenfunktionäre aus Nürnberg, Regensburg oder München über die neuesten Entwicklungen der Tarifpolitik und der Arbeitszeitfrage informierten.[80] Vor dem Bayernstreik hatten solche Zusammenkünfte viel seltener stattgefunden, am Ende der Amtszeit Enderleins 1959 waren sie zu einer festen Institution geworden.

Jugendarbeit

Hatte die Vertrauensleutearbeit eine vielversprechende Entwicklung genommen, so mußten sich die Gewerkschaften über einen anderen zentralen Bereich ihrer Arbeit erheblich größere Sorgen machen: die Rekrutierung von Jugendlichen und Lehrlingen in den Betrieben der Metallbranche. Ähnlich wie die IG Bergbau konnten auch die Funktionäre der IG Metall nicht mehr sicher sein, daß die jungen Metallarbeiter mit ihrem Eintritt in den Betrieb zugleich das Aufnahmeformular für die Gewerkschaft unterschrieben. Ihnen fehle, stellte der Geschäftsbericht 1959 mit großem Bedauern fest, die Erfahrung der „traditionsreichen Gewerkschaftsbewegung" und das Wissen über deren klare politische Ziele.[81] Bei der Jugendarbeit müßten deshalb „neue Wege" eingeschlagen werden, um den Geschichts- und Traditionsverlust der jungen Generation auszugleichen und ihr die gewerkschaftlichen Werte wie Solidarität neu zu vermitteln. Im Zentrum sollte nicht in erster Linie die Rekrutierung der Jugend, sondern die „Sorge und Verantwortung" um die nachwachsende Generation und ihre Immunisierung gegen politische Verirrungen stehen.

Die gewerkschaftliche Jugend der Maxhütte war mit rund 80 nominellen Mitgliedern die mit Abstand aktivste im Ortsverwaltungsbereich. Neben regelmäßigen Treffen, Diskussionsveranstaltungen mit Arbeitsdirektor Zink, Vertretern des Arbeitsamtes, der Bundeswehr und Unternehmern waren es vor allem die Film-

[78] Der Vertrauensmann, in: Die Quelle 1 (1950), H. 5, S. 108f., folgendes nach ebenda.
[79] Vgl. auch Koopmann, Vertrauensleute, S. 463–467.
[80] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 146, Geschäftsbericht für das Jahr 1956 der Industriegewerkschaft Metall Amberg.
[81] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsbericht der Ortsverwaltung Amberg der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Verwaltungsstelle Amberg 1959, S. 11.

abende der jungen Gewerkschafter aus Sulzbach-Rosenberg, die weit über den Kreis der organisierten Mitglieder hinaus großen Zuspruch erhielten.[82] Die Gewerkschafter, die beispielsweise amerikanische Unterhaltungsfilme und gewerkschaftliche Schulungs- oder Dokumentarfilme zeigten[83], konnten mit ihren regelmäßigen Filmabenden einen wichtigen Teil der städtischen Freizeitkultur dominieren und fanden damit in der Öffentlichkeit breite Anerkennung, zumal die städtische Jugendarbeit kaum über Ressourcen verfügte und nur selten attraktivere Alternativen anzubieten vermochte. Die Filmabende erfüllten einen dreifachen Zweck: Sie sollten den Ansprüchen der Jugend gerecht werden und unterhalten. Außerdem unterstrichen sie die soziale und kulturelle Bedeutung der Gewerkschaften für das Leben in der Industriestadt Sulzbach-Rosenberg und dienten insofern der öffentlichen Selbstdarstellung der gesamten Gewerkschaft und der Mitgliederwerbung. Schließlich vermittelten sie gleichsam en passant Normen und politische Ziele der Gewerkschaftsbewegung. Filme wie „Made in Germany", die den Aufstieg des Physikers und Unternehmers Carl Zeiss zeigten, zeichneten eine Gesellschaft, deren Grundpfeiler Leistungsbereitschaft, Aufstiegswille und soziale Gerechtigkeit waren. Die Triebkräfte seines Aufstieges und die kollegiale Zusammenarbeit mit seinen treuen Vertrauten Ernst Abbe[84] und Werner Löber sollte die Gewerkschaftsjugend anspornen, diesem Ideal nachzueifern.[85]

Franz Kick, Jugendvertreter im Betriebsrat, seit Herbst 1956 Leiter der IG Metall-Jugendgruppe in Sulzbach-Rosenberg[86] und Organisator der gut besuchten Filmabende, konnte Anfang der sechziger Jahre voller Selbstbewußtsein an die Eltern der neuen Maxhütten-Lehrlinge appellieren, ihre Kinder der gewerkschaftlichen Obhut anzuvertrauen und sie auf die besondere Qualität der gewerkschaftlichen Jugendarbeit hinweisen:

„Die seelische und körperliche Umstellung eines Jugendlichen von der Schule in den Beruf bringt es mit sich, daß in dieser Zeit der Umstellung und Entwicklung eine besondere Betreuung und Fürsorge notwendig ist. Die Umwelteinflüsse wie Film, Fernsehen, Bücher usw. wirken heute viel stärker als früher auf die Jugendlichen ein. Es bedarf einer besonderen Zusammenarbeit aller Kräfte, mit denen der junge Mensch in Berührung kommt. Tatsache ist, daß heute neben der Berufsausbildung und Elternhaus eine Jugendgruppe als dritter wichtiger Erziehungs- und Bildungsfaktor sehr wichtig, ja ich möchte sagen, unumgänglich ist."[87]

Der Anspruch Kicks ging sehr weit: Die Gewerkschaftsjugend sollte den jungen Arbeiter und Angestellten zu einem mündigen Bürger machen. Ohne die Ge-

[82] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 146, Protokoll über die Mitgliederversammlung der Zahlstelle IG Metall Sulzbach-Rosenberg vom 24. 2. 1957.

[83] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 121, Protokoll der 2. Vertreterversammlung der IG Metall vom 14. 6. 1959 in Sulzbach-Rosenberg.

[84] Vgl. die leider etwas unkritische Darstellung bei Harald Volkmann, Carl Zeiss und Ernst Abbe – ihr Leben und ihr Werk, Düsseldorf 1966; zur Unternehmensgeschichte neuerdings Frank Markowski (Hrsg.), Der letzte Schliff. 150 Jahre Arbeit und Alltag bei Carl Zeiss Jena, Berlin 1997.

[85] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 121, Rundschreiben der IG Metall Amberg vom 11. 3. 1960.

[86] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 107, Betriebsratssitzung vom 19. 11. 1956.

[87] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 120, IG Metall Amberg, Jugendgruppe und Arbeitskreis Junger Gewerkschafter Maxhütte-Rosenberg vom 1. 12. 1961.

werkschaft, so die Vorstellung Kicks, könne sich die Jugend in der modernen Industriegesellschaft kaum zurecht finden. Im Kern war dies eine äußerst patriarchalische, um nicht zu sagen autoritäre Vorstellung von Jugendarbeit: Die jungen Leute müßten an der Hand genommen, geführt, angeleitet und durch die Organisation geschützt werden. Sie selber seien nicht in der Lage, Antworten auf die Herausforderungen der schnellebigen Zeit zu finden. Kick hatte selbst eine intensive gewerkschaftliche Schulung durch die Amberger Verwaltungsstelle erfahren. Die IG Metall-Verantwortlichen sahen darin eine ihrer Hauptaufgaben: Den ehrenamtlichen Funktionären ein angemessenes geistiges „Rüstzeug" mitzugeben, das ihnen half, die komplexer werdende Gesellschaft zu verstehen und die Chancen zu nutzen, die die neuen wirtschaftlichen, technischen und tarifvertraglichen Rahmenbedingungen für die Arbeitnehmer boten.[88] Im Zentrum der Wissensvermittlung standen arbeits- und sozialversicherungsrechtliche Themen. Die Einführung in das Betriebsverfassungsgesetz gehörte ebenso zu den Abend- und Wochenendkursen wie Informationen über die aktuelle Rechtsprechung der Arbeits- und Sozialgerichte oder die Neugestaltung der Rentenversicherung. Als besonders zugkräftig erwiesen sich Veranstaltungen, die einen unmittelbaren Bezug zur Arbeitswelt besaßen, zur Arbeitszeitfrage, zu innerbetrieblichen Mitsprachemöglichkeiten oder Tarifverträgen; dagegen war die Teilnahme an primär politischen Seminaren wie beispielsweise zum Ost-West-Konflikt eher dürftig.[89] Weder die Mitglieder noch die Führung der Verwaltungsstelle waren an der Politisierung ihrer Arbeit in den oberpfälzischen Betrieben sonderlich interessiert. Nachdem der Kampf um die Montanmitbestimmung und das Betriebsverfassungsgesetz entschieden war und die Organisation über eine solide personelle wie finanzielle Basis verfügte, richtete sich das Augenmerk nicht mehr auf die Grundsatzfrage der wirtschaftlichen Umgestaltung der westdeutschen Nachkriegsordnung. Wie in anderen Gewerkschaften gewann die Vorstellung einer sozialreformerischen Politik auch unter den kritischen IG Metall-Gewerkschaftern an Zustimmung, deren Ziel in der Teilhabe der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Wohlstand und nicht in der Überwindung der marktwirtschaftlichen Ordnung bestand.[90]

Entscheidenden Anteil an diesem pragmatischen Kurs hatten nicht zuletzt die Betriebsräte und örtlichen IG Metall-Gruppen der oberpfälzischen Montanindustrie, die gleichsam „von unten" die Strategie der Frankfurter, Münchner und Amberger Zentralen am Machbaren und Notwendigen maßen. Radikale politische Forderungen gehörten in den fünfziger und frühen sechziger Jahren mit Sicherheit nicht zu ihrem Programm. Dennoch kam es wiederholt zwischen gewerkschaftlicher Zentrale und den betrieblichen und regionalen Interessenvertretern zu gravierenden Zusammenstößen und Meinungsverschiedenheiten, die im Falle

[88] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsbericht der Ortsverwaltung Amberg der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Verwaltungsstelle Amberg 1959, S. 9f.

[89] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsberichte der IG Metall Verwaltungsstelle Amberg, Geschäftsbericht der Industriegewerkschaft Metall Amberg, Bericht an die 1. Ordentliche Vertreterversammlung 1961, S. 10.

[90] Vgl. Helga Grebing, Gewerkschaften: Bewegung oder Dienstleistungsorganisation - 1955–1965, in: Hemmer, Schmitz (Hrsg.), Geschichte, S. 149–182, hier S. 151–154.

der Maxhütte beinahe den Ausschluß des Betriebsratsvorsitzenden und 1. Bevollmächtigten der IG Metall Sulzbach-Rosenberg, Mertel, zur Folge gehabt hätte.

Was war geschehen? Hermann Reusch, einer der einflußreichsten Stahlindustriellen des Ruhrgebietes und entschiedener Gegner der Mitbestimmung, hatte im Januar 1955 auf der Hauptversammlung der Gutehoffnunghütte Aktienverein lauthals gegen die Mitbestimmung polemisiert und sie als den Versuch einer „brutalen Erpressung durch die Gewerkschaft"[91] bezeichnet, die nur deshalb möglich gewesen sei, weil sich die staatliche Ordnung zu dieser Zeit noch nicht gefestigt hatte.[92] Die Montanmitbestimmung, so Reusch, sei eine „fundamentale Durchbrechung der bisher geltenden gesellschaftlichen Prinzipien" gewesen. Die Rede war kaum mißzuverstehen: Sie war eine Kampfansage an das System der Mitbestimmung und an die Gewerkschaften. Die ließen mit ihrer Kritik nicht lange auf sich warten.[93] Drei Tage nach Reuschs wohl kalkuliertem Auftritt legten zunächst die Belegschaften der Hüttenwerke Oberhausen, der Gelsenkirchner Drahtwerke und der Walsumer Hafenanlagen für 24 Stunden die Arbeit nieder. Die Vorstände von DGB, IG Metall und IG Bergbau griffen diese Initiativen auf, die aus den Betrieben heraus entstanden waren, und beschlossen auf einer Vertrauensleuteversammlung einen eintägigen Warnstreik, der zwei Tage nach dem Treffen, am 22. Januar, durchgeführt werden sollte.[94]

Dieser Beschluß war ohne Rücksprache mit den regionalen Verwaltungsstellen und den Betriebsräten getroffen worden, obwohl sie es waren, die die Arbeitsniederlegung organisieren sollten. Fritz Mertel und auch der Betriebsratsvorsitzende der Luitpoldhütte hielten es für äußerst problematisch, innerhalb eines Tages die gewerkschaftlichen Gegenmaßnahmen zu ergreifen.[95] Besonders der Betriebsratsvorsitzende machte auf der entscheidenden Funktionärsversammlung mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß er wegen der knappen Vorbereitungszeit keine Möglichkeit sehe, „den Streik zur Durchführung zu bringen", ohne den Ablauf des kontinuierlichen Hüttenbetriebes zu gefährden – ein Risiko, „was der Belegschaft und auch dem Betrieb gegenüber nicht zu verantworten" sei.

Der Betriebsratsvorsitzende, so führte Mertel aus, sei durch das Betriebsverfassungsgesetz nicht nur zur Mitbestimmung berechtigt, sondern trage auch Mitverantwortung für das gesamte Unternehmen.[96] Er stand mit seinen Vorbehalten nicht allein. Auch die übrigen delegierten Gewerkschafter und Maxhüttenbetriebsräte lehnten den Streik kategorisch ab, weil sie „materiellen Schaden" für die Hütten vermeiden wollten, wußten sie doch ebenso gut wie der Vertreter der Hochofenbelegschaft Flierl, daß das vorhandene Personal nicht einmal für einen

[91] Informations- und Nachrichtendienst der Bundespressestelle des DGB, Bd. X (1955), S. 17; folgendes nach ebenda.

[92] Zu dem Vorgang vgl. auch Müller, Strukturwandel, S. 268–272.

[93] Zur Reaktion der IG Metall vgl. Dörrich, Schönhoven, Industriegewerkschaft, Dok. 74 vom 13. 1. 1955, S. 565 f.

[94] Dazu auch Ulrich Borsdorf, Der Anfang vom Ende? Die Montan-Mitbestimmung im politischen Kräftefeld der frühen Bundesrepublik (1951–1956), in: Rudolf Judith (Hrsg.), 40 Jahre Mitbestimmung: Erfahrungen, Probleme, Perspektiven, Köln 1986, S. 41–61, hier S. 53–58.

[95] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 146, Protokoll über die ausserordentliche Funktionärstagung der IG Metall Zahlstelle Sulzbach-Rosenberg Hütte vom 9. 2. 1955; folgendes nach ebenda.

[96] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 146, Protokoll über die ausserordentliche Funktionärstagung der IG Metall Zahlstelle (undatiert, um 1955); folgendes nach ebenda.

Notbetrieb ausreichen würde. Neben der betrieblichen Loyalität, die Mertel prägte, kam noch ein zweiter, innergewerkschaftlicher Grund hinzu, der ihn in seiner ablehnenden Haltung bestärkte: Es könne nicht sein, so meinte er, einen Streik ad hoc einzuberufen, der nicht von der Vertrauensleutekonferenz und der IG Metall-Ortsverwaltung beschlossen worden sei. Der gewerkschaftliche Zentralismus hatte hier aus der Sicht Mertels zu einer Entmachtung der lokalen Organisationen der Gewerkschaft geführt, was er keinesfalls hinzunehmen bereit war. Schließlich könnten die örtlichen Funktionsträger besser als alle anderen Funktionäre im Westen beurteilen, wann ein Streik sinnvoll und durchführbar sei. Die Rosenberger IG Metaller stellten daher nach einer hitzigen Diskussion den Antrag, den Streik in der oberpfälzischen Industrie nicht durchzuführen. Politisch hielten sie ihn zwar für richtig, aber weder für organisatorisch machbar, betriebswirtschaftlich wünschenswert noch hilfreich für die Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationskraft. Das Ergebnis fiel knapp aus: Mit 65 gegen 58 Stimmen bei 50 Enthaltungen lehnte die Funktionärstagung den Proteststreik ab und stellte sich damit hinter den Vorschlag des Maxhütten-Betriebsratsvorsitzenden.

Die Amberger Kollegen schlugen als Alternative vor, den Streik eine Woche zu verschieben.[97] Darauf reagierte die bayerische IG Metall mit massiver Kritik. Der Bezirksausschuß, das höchste Gremium neben der jährlichen Vertreterversammlung, ging Anfang Februar 1955 einen Schritt weiter und leitete ein Feststellungsverfahren gegen Fritz Mertel wegen „gewerkschaftsschädlichem Verhalten" ein. Der Bezirksausschuß hatte damit eines der schwersten Geschütze gegen Mertel aufgefahren. Zwar hatten sie auf ein direktes Ausschlußverfahren, bei dem seine Ämter unmittelbar geruht hätten, verzichtet. Doch bedeutete auch das Feststellungsverfahren einen schweren Schlag gegen den Betriebsratsvorsitzenden, obwohl er seine gewerkschaftlichen Funktionen bis zu einer endgültigen Entscheidung weiter ausüben durfte.

In München fühlte sich die IG Metall-Führung unter Erwin Essl durch die „Renegaten" aus Sulzbach-Rosenberg düpiert.[98] Während bundesweit mehr als 800 000 Berg- und Metallarbeiter in den Ausstand getreten waren[99], gab es neben der Max- und der Luitpoldhütte nur noch zwei westdeutsche Werke, die am 22. Januar gearbeitet hatten.[100] Durch ein derartiges Vorgehen sei die gewerkschaftliche Geschlossenheit in Frage gestellt, so die Mitglieder des Bezirksausschusses. Die IG Metall werde handlungsunfähig, wenn sich Teile bestimmter Betriebe aus egoistischen, betriebssyndikalistischen Motiven nicht der Disziplin der Mehrheit unterwerfen würden. Sie befürchteten überdies, einen erheblichen Ansehensverlust innerhalb der westdeutschen Organisation erlitten zu haben, schließlich konnte man ihnen nur allzu leicht den Vorwurf machen, daß sie nicht in der Lage waren, innerhalb ihres Verantwortungsbereiches die Reihen geschlossen zu halten.

[97] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 146, Entschließung aller Vertrauensleute und Betriebsräte der Maxhütte in Rosenberg (undatiert, um 1955).

[98] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 146, Protokoll über die ausserordentliche Funktionärstagung der IG Metall Zahlstelle (undatiert, um 1955); folgendes nach ebenda.

[99] Metall vom 26. 1. 1955, S. 1 ff.

[100] IGM-ZA im AdsD, Tarifbewegung 1955-T vom 13. 5. 1955; (darin eine Aufstellung über die Streikbeteiligung).

Als Wortführer der Kritik wurde Fritz Mertel von der Münchner Bezirksleitung zum Sündenbock für die Entscheidung der oberpfälzischen Metaller gemacht. Völlig außer acht ließen die aufgebrachten Funktionäre aus der bayerischen Landeshauptstadt, daß die Entscheidung eine legitime Grundlage besaß. Immerhin stand die Mehrheit der ordentlichen Delegierten hinter ihm. Die Reaktion in der „Provinz" auf das Feststellungsverfahren ließ nicht lange auf sich warten. Man sah keinesfalls nur Fritz Mertel, sondern die gesamte Maxhüttenbelegschaft und ihre Gewerkschafter an den Pranger gestellt. In einer Solidaritätserklärung aller Vertrauensmänner und Betriebsräte der Maxhütte in Rosenberg wiesen die örtlichen IG Metall-Mitglieder alle Vorwürfe, Mertel habe der Gewerkschaft Schaden zugefügt, brüsk zurück[101]:

„Wenn von einem gewerkschaftsschädlichen Verhalten von Kollege Mertel gesprochen wird, so können wir nur sagen, daß wohl der Neid der anderen Betriebe vorhanden ist, denn durch die Tätigkeit von Kollegen Mertel haben sich die Löhne allein im Werk Rosenberg von Oktober 1951 bis Dezember 1954 für Zeitlöhner von DM 1,29 auf DM 1,79, bei Leistungslöhner von DM 1,46 auf DM 2,07 und im Durchschnitt von DM 1,36 auf DM 1,90 entwickelt. Nicht nur die betriebliche Arbeit von Kollege Mertel findet bei allen Belegschaftsmitgliedern ungeteilte Zustimmung, auch die gewerkschaftliche Arbeit ist einwandfrei. [...] Es ist wirklich absurd, von einem gewerkschaftsschädigenden Verhalten zu sprechen, wenn solche Leistungsdaten gegenüberstehen. Es wäre ein gewerkschaftsschädigendes Verhalten allerdings, wenn ein Feststellungsverfahren zur Durchführung gelangen würde, denn schließlich stehen in Kürze ja Betriebsratswahlen bevor."

Die Vertrauensleute und Betriebsratskollegen gingen schließlich sogar noch einen Schritt weiter. Sie drohten der Bezirksleitung, ihre Arbeit so lange ruhen zu lassen und die Beitragszahlungen so lange auszusetzen, bis das diskriminierende Verfahren eingestellt sei und der Bezirksvorstand sich bei Mertel entschuldigt habe. Die Entschuldigung blieb zwar aus, doch ließen sich in einigen internen Gesprächen zwischen den verantwortlichen Funktionären die Probleme ausräumen[102], so daß das Feststellungsverfahren niedergeschlagen wurde. Die IG Metaller aus Sulzbach-Rosenberg entrichteten danach wie immer pünktlich ihre Beitragszahlungen an den Vorstand.

Obwohl die Auseinandersetzung schließlich ohne weitere Blessuren beendet werden konnte, war sie mehr als nur eine kurze rebellische Episode in der oberpfälzischen Gewerkschaftsgeschichte. Die Betriebsräte der Maxhütte hatten hier wie in anderen Fällen Selbstbewußtsein demonstriert und entgegen der Beschlußlage der gewerkschaftlichen Führungsapparate in Frankfurt und München auf einer eigenständigen und ihren Bedürfnissen angemessenen Position bestanden.[103] Fritz Mertel war nicht bereit gewesen, Entscheidungen zuzustimmen, die sich seiner Ansicht nach negativ für „seine" Belegschaft und „seinen" Betrieb auswirken

[101] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 146, Entschließung aller Vertrauensleute und Betriebsräte der Maxhütte in Rosenberg (undatiert); folgendes nach ebenda.

[102] IGM-ZA im AdsD, 1–2/588, Gemeinsame Erklärung vom 10. 3. 1955.

[103] Der Streikbeschluß war nicht der erste Fall einer solchen Entscheidung gegen die gewerkschaftliche Beschlußlage. Bereits wenige Jahre zuvor hatte der Betriebsrat der Maxhütte eine Regelung für Karenztage mit der Unternehmensleitung ausgehandelt, die durch den Vorstand heftig kritisiert wurde. Das hatte den Betriebsrat freilich nicht daran gehindert, an seiner Regelung festzuhalten. DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 5, Betriebsrat der Hütte Rosenberg an den Vorstand der IG Metall vom 24. 6. 1952.

konnten. Er schreckte auch vor einem Konflikt mit der Bezirksleitung unter Erwin Essl nicht zurück, ja er nahm sogar in Kauf, das angespannte Verhältnis zwischen München und der oberpfälzischen Provinz weiter zu belasten.[104] Ob dabei die Leitlinien des Vorstandes verletzt würden, erschien ihm nachrangig. Mertel und mit ihm die Mehrheit der Amberger Delegierten pochten auf ihr Recht, dem Recht der mitgliedernahen Vertretungsinstanzen, selbst über Streikmaßnahmen zu entscheiden. Diese Politik entsprach ganz den Erfahrungen der betrieblichen Kooperation, die die Arbeitnehmervertreter der Max- und der Luitpoldhütte seit Kriegsende praktiziert hatten, lief aber den Zentralisierungsbestrebungen der Gewerkschaftsführung diametral entgegen, die vor allem darauf bedacht war, die gewerkschaftliche Schlagkraft in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner nicht durch egoistische Abweichungen schwächen zu lassen.[105] Mitte der fünfziger Jahre gab es innerhalb des verbandlichen Zentralismus und der bürokratischen Ausformung des Apparates für die unteren Organisationsebenen noch soviel Spielraum, um nicht jede Vorgabe unmittelbar umsetzen zu müssen. Die Zwangsmaßnahmen der Bezirksleitung machten aber deutlich, daß diese Zeit ihrem Ende entgegen ging und daß die hauptamtlichen Funktionäre nicht gewillt waren, ihre Autorität durch regionale Gewerkschafts- und Betriebsratsgrößen untergraben zu lassen, geschweige denn die Dynamik der Zentralisierung zu drosseln. Das Feststellungsverfahren gegen Mertel – immerhin ein Gewerkschafter, dessen Stimme auch im Beirat des IG Metall-Hauptvorstandes gehört wurde[106] – markierte die Grenze lokaler Eigenständigkeit. Der massive Widerstand der gewerkschaftlichen Basis hatte die Führung zwar zu einem Einlenken veranlaßt, und Sanktionen waren verhindert worden. Aber es war abzusehen, daß sich in Zukunft die Gewichte innerhalb des spannungsreichen Beziehungsgeflechts von Zentrale und Peripherie so deutlich zuungunsten der lokalen Interessenvertreter entwickeln würden, daß diese sich kaum mehr dem Zugriff und den Anweisungen aus München oder Frankfurt entziehen konnten.[107] Die IG Metall und IG Bergbau waren in den fünfziger und sechziger Jahren einem dauernden Anpassungsdruck ausgesetzt, auf den sie in vielfacher Weise reagierten: durch Modernisierung, Zentralisierung und Stärkung der inneren Bindekräfte. Wie aber veränder-

[104] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 113, Fritz Mertel an Erwin Essl vom 14. 2. 1955.

[105] Vgl. Joachim Bergmann, Organisationsstruktur und innergewerkschaftliche Demokratie, in: ders., Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1979, S. 210–239, hier S. 219f.

[106] Vgl. beispielsweise Dörrich, Schönhoven, Industriegewerkschaft, Dok. 65 vom 18./19. 5. 1954, S. 494f.

[107] Schon kurze Zeit nach der vorläufigen Beilegung des Konflikts kam es zu einem weiteren Vorfall, der das schwierige Verhältnis zwischen München und der Oberpfalz deutlich machte. Die Bezirksleitung in München hatte eine Musikgruppe engagiert, die im Rahmen gewerkschaftlicher Festveranstaltungen im Maxhüttengebiet auftreten sollte. Die Ortsverwaltungen, die über die geplante Tournee nicht informiert waren, sollten sich, so forderte die Bezirksleitung, mit 1000 DM an den Veranstaltungen beteiligen. Die Reaktion des Betriebsrates der Maxhütte, die ebenfalls zur Kasse gebeten werden sollte, fiel mehr als deutlich aus: „Es freut uns ausserordentlich, dass die Bezirksleitung plötzlich auf den Gedanken kommt, die Musikgruppe Schweinfurt als Kulturbringer in den finsteren oberpfälzischen Wald zu schicken. Es wäre sicherlich ein sehr interessanter Abend, wir sind aber der Auffassung, dass bei einem Kostenaufwand von DM 1000 dieses Geld anderweitig angelegt werden sollte und zwar in Form, dass man unter Umständen Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären beider Werke den Besuch einer schönen Operette in München ermöglicht, wobei ebenfalls keine höheren Kosten anfallen". DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 5, Betriebsrat der Maxhütte Sulzbach-Rosenberg an die IG Metall Amberg vom 28. 12. 1955.

ten sich die Instrumente, die sie bei der Bewältigung von Krisen zum Einsatz brachten, und welche tarifpolitischen Konzepte wurden dabei zu unterschiedlichen Zeiten verfolgt?

b) Tarifpolitik im Zeichen wachsender Verteilungsspielräume

Spätestens nach der bitteren Niederlage im Streit um ein neues Betriebsverfassungsgesetz hatten die Gewerkschaften erkannt, daß ihren Vorschlägen zur wirtschaftsdemokratischen Gestaltung der jungen Bundesrepublik kaum Aussicht auf Erfolg beschieden war. Doch welche Haltung sollten die Gewerkschaften nun einnehmen? Nur die restaurativen Tendenzen der Bundesregierung unter Konrad Adenauer zu beklagen, war vielen Gewerkschaftern wie dem IG Metall-Vorsitzenden Otto Brenner zu wenig. In den großen Einzelgewerkschaften und innerhalb des DGB begann deshalb sehr bald die Diskussion über die neue Rolle der Gewerkschaften, nachdem offensichtlich geworden war, daß die umfassenden Reformpläne des Münchner Grundsatzprogrammes von 1949 kaum zu realisieren waren.[108] Statt Sozialisierung der Schlüsselindustrien und Mitbestimmung in allen Wirtschaftszweigen rückten andere Elemente gewerkschaftlicher Politik in den Vordergrund, allen voran die Tarifpolitik, die schon im Aktionsprogramm von 1955 eine besondere Rolle innerhalb der gesellschaftspolitischen Reformansätze der Gewerkschaften gespielt hatte. Im Mittelpunkt der „programmatischen Selbstbescheidung"[109] stand die Erwartung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Angestellten durch den Hebel einer energischen Tarifpolitik zu erreichen. Der IG Metall-Vorsitzende Brenner machte keinen Hehl aus seiner Ansicht, daß politische Wunschvorstellungen nicht die Richtschnur der Gewerkschaftsarbeit sein sollten. Die Gewerkschaften mußten sich seiner Ansicht nach programmatisch am Machbaren orientieren und Ideen entwickeln, die trotz des politischen Gegenwindes aus den Parlamenten umsetzbar seien.[110]

Die Tarifverhandlungen boten aus der Sicht des Spitzenfunktionärs die Chance, die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern auf ein Politikfeld zu verlagern, auf dem es leichter war als im politischen Streit um die Mitbestimmung, für die Beschäftigten bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und einen angemessenen Anteil am wirtschaftlichen Aufschwung durchzusetzen. Tarifverträge schützten durch die vertraglich festgelegten Verkehrsbeziehungen jeden einzelnen Arbeitnehmer, sie sicherten den wöchentlichen Lohn und regelten sozialpolitische Leistungen, die nicht in den Kernbereich der staatlichen Daseinsfürsorge fielen. Die Arbeitgeberseite versprach sich dagegen von der Tarifautonomie vor allem zweierlei: die Herstellung stabiler Lohnstrukturen und Arbeitsbedingungen und die Schaffung eines rechtlichen Rahmens, der die Arbeitnehmer zur Kooperation

[108] Vgl. Hans Otto Hemmer, Stationen gewerkschaftlicher Programmatik. Zu den Grundsatzprogrammen des DGB und ihrer Vorgeschichte, in: Erich Matthias, Klaus Schönhoven (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde, Bonn 1984, S. 349ff.; Protokoll des Gründungskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 12.–14. Oktober 1949, Köln 1950, S. 318–330.

[109] Rainer Kablitz, Gewerkschaftliche Tarifpolitik in den Jahren des Wirtschaftswunders, in: Hemmer, Schmitz (Hrsg.), Geschichte, S. 186–247, hier S. 186.

[110] Protokoll des 4. ordentlichen Bundeskongresses des DGB, Hamburg 1956, S. 347f.

zwang und somit die Ordnungsfunktion um eine weitergehende Befriedungsfunktion erweiterte.

Umstritten blieb freilich die Stoßrichtung der Tarifpolitik: Sollten die Gewerkschaften, wie es der ökonomische Vordenker des WWI, Viktor Agartz[111], Anfang der fünfziger Jahre forderte[112], versuchen, durch eine „expansive Lohnpolitik" das volkswirtschaftliche Gleichgewicht zu steuern und durch höhere Löhne zugleich die Produktivität anzukurbeln? Damit wäre die Tarifpolitik zum wirtschafts- und konjunkturpolitischen Steuerungsinstrument geworden. Nicht bei allen Gewerkschaftern stießen diese radikalen Pläne auf Zustimmung. Besonders die Vertreter der IG Bau-Steine-Erden und der IG Bergbau sparten nicht mit Kritik an den aus ihrer Sicht unrealistischen und ökonomisch falschen Eingriffen in das Wirtschaftsleben.[113] Christliche Arbeitnehmer um ihren führenden theoretischen Kopf, den katholischen Sozialwissenschaftler Oswald von Nell-Breuning[114], setzten dagegen stärker auf die Gewinnbeteiligung der Arbeitnehmer und ihre Vermögens- und Eigentumsbildung.[115] In ihren Augen ging es neben einer produktionsorientierten Lohnpolitik vor allem um den Ausbau sozialpolitischer Leistungen für die Beschäftigten.

Doch das waren nur Pläne und Absichten, die Realität in den Betrieben sah oft anders aus. Als beispielsweise Hans Meisl sein Amt bei der BBI antrat, lag nicht nur das Personalwesen, sondern auch der Tarifbereich völlig brach.[116]

„Die BBI als Einzelbetrieb hatte keine Verbindung zu anderen Betrieben [...], sie konnte aber auch nicht im luftleeren Raum Tarifarbeit machen. Für die Gewerkschaft war es auch schwer aus dieser isolierten Stellung der BBI heraus, Sachen zu erzwingen. Es war ein Vergleich mit dem Bayernwerk unerwünscht, weil dies ein Energieversorgungsunternehmen ist und die BBI ein Bergbauunternehmen. Mit VAW [Vereinigte Aluminium Werke] wurde der Vergleich ebenso abgelehnt wie mit der Oberbayerischen Pechkohle, weil das ja Tiefbau ist, mit der Mathiaszeche wurde der Vergleich abgelehnt, weil dies ja ein Nebenbetrieb eines Bauunternehmens war. Der Vergleich mit Auerbach wurde ebenso abgelehnt, weil dies ja Erz war. Also, wir hingen vollkommen in der Luft. Das war für mich natürlich sehr deprimie-

[111] Viktor Agartz (1887–1964), seit 1915 Mitglied der SPD und der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung; 1947 Leiter des Zwei-Zonen Wirtschaftsamtes in Minden, zwischen 1949–1955 Mitglied der Leitung des WWI; nach heftigen Kontroversen um seine wirtschaftswissenschaftlichen Positionen mußte er 1955 sein Amt als Mitgeschäftsführer des WWI niederlegen; 1958 wurde Agartz aus der SPD ausgeschlossen.

[112] Vgl. Informations- und Nachrichtendienst des DGB, Bd. VIII, o.O.o.J. (1954), S. 7.

[113] Vgl. Bergmann u.a., Gewerkschaften, S. 205–211; grundsätzlich zur Tarifpolitik der IG Bergbau vgl. Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (Hrsg.), 25 Jahre Tarifpolitik der IG Bergbau und Energie, Bochum o.J. (1976).

[114] Oswald von Nell-Breuning (1890–1991) SJ, katholischer Theologe und Sozialwissenschaftler; seit 1928 lehrte Nell-Breuning christliche Gesellschaftslehre an der philosophisch-theologischen Hochschule St. Georgen in Frankfurt am Main. 1949 übernahm er zudem einen Lehrauftrag an der gewerkschaftlichen Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main und gehörte zu den entschiedenen katholischen Befürwortern der Einheitsgewerkschaft; zum Konflikt der beiden führenden Wirtschaftstheoretiker des DGB vgl. Wolfgang Schroeder, Christliche Sozialpolitik oder Sozialismus. Oswald von Nell-Breuning, Viktor Agartz und der Frankfurter DGB Kongreß 1954, in: VfZ 39 (1991), S. 179–220.

[115] Dazu Yorck Dietrich, Eigentum für jeden. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950–1961, Düsseldorf 1996, S. 61–76.

[116] Zur Lohn- und Tarifpolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit und vor allem dem gesetzlichen Rahmen vgl. Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge. Tätigkeitsbericht 1945–1950, o.O.o.J., S. 81–99, bes. S. 81–85.

rend, denn für den Vorstand führte damals noch Dr. Mallia die Verhandlungen, und der lehnte alles mit solchen Begründungen ab. Und für Baierl war es fast unmöglich, etwas zu erreichen. Das hat dann zu Vergleichen mit Rheinland geführt. Mit dem Ergebnis, daß wir feststellten, Rheinland ist uns etwa 15% voraus. Diese Orientierung galt seit 1957."[117]

Die Situation in der bayerischen Braunkohlenindustrie war keineswegs untypisch. Nach Kriegsende konnte das System der regelmäßigen Lohntarifverhandlung erst langsam etabliert werden. 1945 hatte der alliierte Kontrollrat die nationalsozialistischen Tarifordnungen der „Reichstreuhänder der Arbeit" für verbindlich erklärt[118], was einzelnen Unternehmen wie der BBI und der Maxhütte nur wenig Spielraum für eigene tarifpolitische Lösungen ließ.[119] Diese Tarifordnungen regelten ähnlich wie die Tarifverträge in der Weimarer Republik die Arbeits- und Urlaubszeiten sowie die Zeit- und Akkordlöhne. Doch statt die vertraglichen Beziehungen der freien Arbeitsmarktparteien zu strukturieren, handelte es sich bei den Tarifordnungen um autoritär-staatliche Erlasse, deren Umsetzung vor 1945 durch den „Betriebsführer" überwacht wurde.[120]

Der Wandel von der nationalsozialistischen Tarifordnung zum Mantel- und Lohntarifvertrag marktwirtschaftlicher Prägung vollzog sich trotz der geänderten staatlichen Rahmenbedingungen nicht über Nacht, sondern dauerte je nach Betrieb und Branche mehrere Jahre. Ein wesentlicher Schritt war dabei das Tarifvertragsgesetz vom 9. April 1949, das den juristischen Rahmen der Tarifautonomie für Gewerkschaften und Arbeitgeber fixierte[121]: das liberal-demokratische Grundprinzip der freien wirtschaftlichen Verkehrsordnung. Das Gesetz war von Gewerkschaften und Arbeitgebern gemeinsam gefordert worden, die beide daran interessiert waren, den Einfluß des Staates auf ihre bilateralen Beziehungen so gering wie möglich zu halten, und sich deshalb darum bemühten, abgeschlossene Tarifverträge beim Eintrag in das ministerielle Tarifregister nicht noch einmal materiell prüfen zu lassen. Vier Dimensionen[122] sind dabei von besonderer Bedeutung: Erstens handelt es sich bei der Tarifautonomie um ein paritätisches Konfliktlösungs- und Normsetzungsverfahren zur Regelung von Arbeitsverhältnissen. Zweitens sind die Träger beziehungsweise Akteure der Tarifautonomie Interessenorganisationen, also Arbeitgeber oder einzelne Unternehmen und Gewerkschaften. Drittens ist die Arena der Auseinandersetzung eine staatsfreie, nicht aber eine rechtsfreie Sozialsphäre. Die Ergebnisse von Tarifverhandlungen resultieren

[117] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit Arbeitsdirektor Meisl vom 26. 8. 1982.

[118] Militärregierung, Deutschland, Kontrollgebiet des obersten Befehlshabers, Gesetz Nr. 77, in: Sammlung der vom alliierten Kontrollrat und der amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven, Stuttgart 1948.

[119] Vgl. 40 Jahre Gewerkschaftsbund in Bayern 1947–1987, hrsg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Bayern, München (1987), S. 9.

[120] Vgl. dazu Andreas Kraning, Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich, Stuttgart 1983, S. 164–184; Hachtmann, Industriearbeit, S. 32ff. und S. 349ff.

[121] Vgl. dazu ausführlich Jürgen P. Nautz, Die Durchsetzung der Tarifautonomie in Westdeutschland. Das Tarifvertragsgesetz vom 9. April 1949, Frankfurt am Main u.a. 1985, besonders S. 113–162; grundlegend zum Tarifvertragsrecht Hugo Sinzheimer, Der korporative Arbeitsnormvertrag. Eine privatrechtliche Untersuchung, 2 Bde., Leipzig 1907/1908; ders., Arbeitsrecht und Rechtssoziologie. Gesammelte Reden und Aufsätze, 2 Bde., Frankfurt, Köln 1976; die nach wie vor beste Analyse bei Hansjörg Weitbrecht, Effektivität und Legitmität der Tarifautonomie. Eine soziologische Untersuchung am Beispiel der deutschen Metallindustrie, Berlin 1969.

[122] Vgl. dazu ausführlich Müller-Jentsch, Industrielle Beziehungen, S. 202–211.

viertens aus Machtprozessen, aus Konflikten und Kompromissen der Tarifparteien; von psychologisch geschickter Verhandlungstaktik sind sie weit weniger bestimmt. Der Erfolg und die Durchsetzungsfähigkeit der Tarifpartner hing von mehreren, miteinander korrespondierenden Faktoren ab, deren unterschiedliche Akzentuierung und argumentative Instrumentalisierung Kernelemente der industriellen Auseinandersetzung waren: Die allgemeine wirtschaftliche Lage der Branche gehörte ebenso dazu wie der Organisationsgrad der Tarifparteien und der innerorganisatorische Willens- und Meinungsbildungsprozeß. Die Ablösung der Tarifordnungen durch Manteltarifverträge vollzog sich in den einzelnen Branchen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Vorreiter waren in den fünfziger Jahren die Unternehmen der Montanindustrie. Kaum zu übersehen war der tarifpolitische Schub, den die Einführung der Mitbestimmung in Betrieben wie der Maxhütte und der BBI bewirkt hatte.

Die ersten Lohnverhandlungen nach Einführung der Montanmitbestimmung fanden in der bayerischen Braunkohlenindustrie Ende Oktober 1952 statt.[123] Die Vertreter der IG Bergbau Fritz Ritzinger und Adolf Fabry sowie für den Betriebsrat Josef Dobler und Georg Baierl nahmen daran teil, ferner Hans Meisl, der Arbeitsdirektor, und seine Vorstandskollegen Ernst Mallia und Wolfhart Scharf. Der Vorstandsvorsitzende Mallia führte die Verhandlungen, die sogleich in eine hitzige Phase eintraten, als für die Arbeitnehmerseite Fritz Ritzinger die Forderung der Gewerkschaft nach einer Lohnerhöhung von sechs Pfennig pro Stunde vortrug. Der altgediente Funktionär der IG Bergbau begründete seinen „Wunsch" nach höherem Lohn mit dem gewerkschaftlichen Auftrag, für bessere Lebensbedingungen der Arbeiter zu sorgen und die anhaltende „Unzufriedenheit und radikalistische Störungen in der Belegschaft hintanzuhalten". Volkswirtschaftlich hielt er seine Forderung für gerechtfertigt, zumal im Jahr 1951 „eine gewisse Erhöhung der Lebenshaltungskosten" zu beobachten gewesen sei und die Löhne mit dieser Entwicklung Schritt halten müßten.

Ritzingers Angebot war in jeder Beziehung maßvoll, fast bescheiden. Er blieb deutlich hinter den tarifpolitischen Vorgaben zurück, die Hans vom Hoff, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, für die Beschäftigten der Kohleindustrie erhoben hatte.[124] In den Tarifverhandlungen müsse, so vom Hoff beinahe zur gleichen Zeit, als sich die Arbeitnehmervertreter mit den Vorständen der BBI im Kasino des Werkes trafen, nicht nur auf die Entwicklung der Lebenshaltungskosten geachtet, sondern die steigende Produktivität der Unternehmen als Meßlatte der Forderungen genommen werden. Conditio sine qua non dafür war, daß den Gewerkschaften alle Unterlagen über die Leistungsfähigkeit der einzelnen Betriebsteile und die jeweiligen Bemessungsgrundlagen der Produktivität zur Verfügung gestellt wurden. In Nordbayern war das nicht der Fall. Gewerkschaftern und Betriebsräten der BBI ging es wie vielen ihrer Kollegen: Sie hatten keinen Zugriff auf die innerbetriebliche Statistik und waren ihren Kontrahenten heillos unterlegen.

[123] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Niederschrift über die Lohnbesprechung für die BBI am 21. 10. 1952 vorm. 11 Uhr; folgende Zitate ebenda.

[124] Vgl. Hans vom Hoff, Die gewerkschaftlichen Aufgaben in der Wirtschaft, in: Bergbau und Wirtschaft 5 (1952), S. 535–538, hier S. 536.

Dieses informationspolitische Defizit behinderte die Gewerkschaften in ihrem Ringen, Löhne und Gehälter an die Produktivität anzupassen.

Mallia konnte deshalb kühl seinem Verhandlungspartner Fritz Ritzinger entgegnen, angesichts der derzeitigen Haushaltslage sei eine Lohnerhöhung in der Größenordnung des gewerkschaftlichen Vorschlags nicht zu vertreten.[125] „Eine gewissenhafte Berechnung habe ergeben, daß für jeden Pfennig Lohnerhöhung die Tonne Rohkohle um DM 0,028 mehr belastet würde, also bei einer Jahresförderung von 2000000 t das derzeitige Defizit sich um rd. DM 56000,– erhöhen müßte. Der Vorstand der BBI habe jedoch nicht die Möglichkeit, die Mehrbelastung anderweitig aufzufangen, oder von sich aus die Gefahr eines Unterschusses in solchem vorherzusehenden Ausmaß einer Verteuerung der Kohle zuzustimmen. Hierzu sei unbedingt das Einverständnis des Aufsichtsrates und die Stellungnahme des Bayernwerkes einzuholen [...]."

Die Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung hielt Mallia für nicht durchführbar. Er war allenfalls bereit, eine bescheidenere, produktivitätsorientierte Lohnerhöhung zuzugestehen, die freilich unterhalb der gewerkschaftlichen Vorstellung lag. Die Arbeitnehmervertreter standen gegen die Argumente, die Mallia und sein Vorstandskollege Scharf vortrugen, nahezu gänzlich auf verlorenem Posten. Der Übermacht der Zahlen, die sie nicht kannten und die sie auch nicht überprüfen konnten, hatten sie wenig entgegenzusetzen. Was ihnen vor allem fehlte, war der Zugang zum betrieblichen Herrschaftswissen. Josef Doblers Hinweis, daß die geforderten Lohnerhöhungen nur einem Bruchteil der geplanten Investitionen entsprächen, ließen die Arbeitgebervertreter nicht gelten. Schroff wiesen sie darauf hin, daß „damit die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen sei, daß die Lohnerhöhung das bestehende Defizit vergrößere und nicht nur eine einmalige, sondern eine laufende Ausgabe sei". Dem Bayernwerk werde bereits „durch die als erforderlich anerkannten Neuanschaffungen", die auch von den Gewerkschaften akzeptiert würden, ein so hoher Kohlenpreis zugemutet, daß „auch der geringste Mehrbetrag die Gefahr in sich berge, gegenüber Kohlen- oder gar Stromlieferanten aus dem Rheinland die Konkurrenzfähigkeit zu verlieren."

Adolf Fabry und Fritz Ritzinger brachten schließlich noch das starke Lohngefälle zwischen dem Westen und Bayern ins Spiel, um ihre These von der unzureichenden Bezahlung der BBI-Belegschaft zu untermauern, und erklärten, „daß die Belegschaft für eine Lohnerhöhung unter 4 Pf. kein Verständnis aufbringen würde". Die Arbeitgeber ließen sich davon nicht beeindrucken und schlugen ihrerseits vor, die Stundenlöhne um 0,02 DM zu erhöhen. Das lehnten die Gewerkschafter aber ebenso wie einen weiteren Vorschlag der Arbeitgeber ab, nämlich nur den Soziallohn kräftig zu erhöhen. Ohne Einigung gingen beide Tarifpartner auseinander und vertagten die Entscheidung, um zunächst eine – vor allem von den Gewerkschaften geforderte – Stellungnahme des Bayernwerkes und des Aufsichtsrates einzuholen, der bei der Hauptversammlung der BBI-Aktionäre im Februar 1952 gewählt worden war. Dabei waren neben den fünf Vertretern der

[125] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Niederschrift über die Lohnbesprechung für die BBI am 21. 10. 1952 vorm. 11 Uhr; folgendes nach ebenda.

Anteilseigner[126] auch fünf Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat gekommen: Georg Baierl und Josef Buckenleib als Betriebsräte, Walter Schmidt vom Hauptvorstand der IG Bergbau Bochum, Ernst Grünzing, Mitglied im Landesvorstand des DGB Bayern und Andreas Piehler. Die Chancen standen hier also deutlich besser.

Weitere Aufzeichnungen über die Tarifverhandlungen von 1952 sind nicht vorhanden. Die Arbeitnehmervertreter scheinen aber im paritätisch besetzten Aufsichtsrat mehr Zustimmung gefunden zu haben als beim Vorstand unter Führung von Mallia. In einem Schreiben an die Industriegewerkschaft Bergbau teilte Arbeitsdirektor Meisl vier Wochen nach der ersten Tarifverhandlung mit: „Die tariflichen Stundenlöhne wurden pauschal um DM 0,06, die monatlichen Grundgehälter der Angestellten – entsprechend der Lohnerhöhung – um durchschnittlich 4,5% erhöht."[127] Bemerkenswert an dem Ergebnis war neben der Durchsetzung der ursprünglichen Forderung der Arbeitnehmer vor allem der letzte Punkt der Tarifvereinbarung zwischen BBI und IG Bergbau. „Die vorstehende Lohnvereinbarung gilt bis zum 30. 9. 1953 und kann von diesem Termin ab mit 4-wöchiger Frist zum Quartalsschluß gekündigt werden, sofern nicht außergewöhnliche Umstände oder Ereignisse eine vorzeitige Kündigung rechtfertigen. (Als außergewöhnlicher Umstand für die Kündigung ist z. B. ein nicht nur konjunkturell bedingtes Ansteigen der Lebenshaltungskosten – Indexziffern um mehr als 5 Punkte – anzusehen.)"[128] Während die Arbeitgeber zunächst immer wieder gewarnt hatten, die Angleichung der Löhne an die Preisentwicklung führe in den unternehmerischen Bankrott, erblickte der Vorstand nun in den Lebenshaltungskosten einen „außergewöhnlichen" und damit zentralen Faktor der Lohnpolitik. Die Einführung der Mitbestimmung trug offensichtlich erste Früchte, auch in dieser Hinsicht.

Damit ist auch schon gesagt, weshalb den Gewerkschaften so sehr daran gelegen war, eine Entscheidung des Aufsichtsrates herbeizuführen: Seit der Mitbestimmung verfügten sie dort über eine Plattform, auf der sie ihren Forderungen so nachhaltig Gehör verschaffen konnten, daß gegen ihren Widerstand nur mehr schwer Politik im Unternehmen zu betreiben war. Ein Vorteil war sicher auch, daß Mallia und Scharf nicht direkt mit Sitz und Stimme im Aufsichtsrat vertreten waren, während mit dem Betriebsratsvorsitzenden Baierl ein Arbeitnehmervertreter sowohl im höchsten unternehmerischen Entscheidungsgremium als auch in der Tarifverhandlungskommission saß. Bei strittigen Forderungen scheint es im Aufsichtsrat eine Mehrheit für die gewerkschaftliche Position gegeben zu haben,

[126] Dies waren Staatssekretär Dr. Ringelmann, Dr. Schmeller, Geheimer Rat Wächter und Direktor Wolf vom Bayernwerk und Dr. Schulze von der Braunschweigischen Braunkohlenindustrie; als elfter Mann wurde der Präsident des Oberbergamtes, Nagelmann, gewählt; den Vorsitz des Aufsichtsrates hatte Bayernwerkdirektor Wolf inne, seine beiden Stellvertreter waren Andreas Piehler und Geheimer Rat Wächter; BayHStA, MWi, 23606, Vollzug des Mitbestimmungsgesetzes von 1951 (undatiert).

[127] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Bayerische Braunkohlen-Industrie Aktiengesellschaft an die Industriegewerkschaft Bergbau, Geschäftsstelle Amberg vom 22. 11. 1952; folgendes nach ebenda.

[128] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Vereinbarung zwischen der Industriegewerkschaft Bergbau, Bochum, Hattingerstrasse, Geschäftsstelle Amberg und der Bayerischen Braunkohlen-Industrie AG., Schwandorf, gültig mit Wirkung vom 1. 11. 1952.

die dann zu dem Tarifabschluß führte. Ungewöhnlich war daran nicht nur, daß der Aufsichtsrat tarifpolitische Fragen mit beeinflußte – ein Vorgang, der sich später in dieser Form nicht wiederholte – sondern auch, wie weitgehend die Gewerkschaften ihre Interessen durchzusetzen vermochten. Vermutlich hing dies nicht zuletzt auch mit einer sich vorsichtig abzeichnenden Kompetenzerweiterung des Arbeitsdirektors zusammen, der seit November 1952 für alle Lohn- und Gehaltsfragen mit zeichnungsberechtigt war und zusammen mit Mallia und später auch mit Scharf die Betriebsvereinbarungen und Tarifverträge unterschrieb. Gestützt wird diese Vermutung durch die raschen Erfolge, die Meisl schon unmittelbar nach seinem Amtsantritt vorweisen konnte.

Schon im April 1953 kam es zwischen der BBI – unter der Federführung des Arbeitsdirektors – und der IG Bergbau zum Abschluß eines Manteltarifvertrages, der von Gewerkschaft und Betriebsrat seit Jahren gefordert worden war. Mit Ausnahme der Rekultivierungsarbeiter, die aus dem Manteltarif ausgeschlossen waren, hatten die Arbeiter der BBI nun erstmals in der Unternehmensgeschichte einen einheitlichen, rechtlich kodifizierten Bezugsrahmen, der Arbeitszeiten, Urlaub, die Lohnauszahlung und die Höhe der Löhne, das Gedinge und den Akkord, Hausstand- und Kindergeld, die Lohnfortzahlung bei Krankheit, Erschwerniszulagen und die Deputatausgabe an aktive Belegschaftsmitglieder und Pensionisten verbindlich regelte.[129] Das größere Maß an Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen[130], das damit erreicht war und das mit der Einführung der Mitbestimmung einen entscheidenden Impuls erfahren hatte, wird auch aus der Vielzahl an Betriebsvereinbarungen zwischen Werksleitung und Betriebsrat in den ersten zwölf Monaten nach Meisls Amtsantritt deutlich: Sonderleistungen für langjährig Beschäftigte[131] und klare Richtlinien für die Vergütung von Dienstreisen[132] gehörten ebenso dazu, wie die Vereinbarung über die Arbeitsbefreiung von betrieblichen Jugendvertretern für ihr Amt im Betriebsrat[133] und eine Reihe weiterer Abkommen.

In nicht einmal zwei Jahren nach der Einführung der Mitbestimmung war bei der BBI also das tarifpolitische Chaos beseitigt worden. Insbesondere der Manteltarifvertrag bedeutete für die Arbeitnehmer einen großen Erfolg. Wesentlichen Anteil daran hatte Hans Meisl, dessen Spielraum in puncto Tarifverhandlungen in den fünfziger Jahren immer größer wurde. Über die Zuständigkeit Meisls für den Tarifbereich gab es von Anfang an weder im Vorstand noch im Aufsichtsrat ernsthaften Dissens. Ungewöhnlich war jedoch, daß Meisl als Arbeitnehmervertreter seit etwa 1959/1960 die Tarifverhandlungen für den Vorstand führte, sie also nicht nur vorbereitete, sondern auch als direkter Widerpart der Arbeitnehmervertre-

[129] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Manteltarifvertrag für die Arbeiter der Bayerischen Braunkohlen-Industrie AG, Schwandorf vom 30. 4. 1953.

[130] Ausführlich dazu Rainer Erd, Verrechtlichung industrieller Konflikte. Normative Rahmenbedingungen des dualen Systems der Interessenvertretung, Frankfurt am Main, New York 1978; ders., Verrechtlichte Gewerkschaftspolitik. Bedingungen ihrer Entwicklung und Veränderung, in: Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften. Hrsg. von Joachim Bergmann, Frankfurt am Main 1979, S. 143–182, hier S. 149–153.

[131] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Betriebsvereinbarung vom 26. 10. 1953.

[132] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Aktennotiz vom 28. 10. 1953.

[133] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Betriebsvereinbarung über die Tätigkeit des Betriebs-Jugendvertreters vom 1. 6. 1954.

tung, von Gewerkschaften und Betriebsräten, fungierte. Weder in der benachbarten Max- oder Luitpoldhütte noch in den großen Zechen des Ruhrgebiets oder in einem anderen Bergbauunternehmen war es üblich, daß Arbeitsdirektoren als Tarifmanager für das Unternehmen auftraten. Die Folgen waren ambivalent: Für die Betriebsräte und die Gewerkschaft war der Verhandlungskontrahent ja zugleich nomineller Bündnispartner, der aber explizit die Interessen des Unternehmens und die Vorstandsbeschlüsse zu vertreten hatte. Von Vorteil war sicherlich, daß der Arbeitsdirektor die Verhandlungen nicht nur lenken, sondern Verteilungsspielräume weiter fassen konnte als seine Vorstandskollegen und damit eher in der Lage war, Kompromisse auszuloten. Freilich fiel die Antwort auf die Frage, ob dieses Modell sinnvoll sei, bei Meisl und den Betriebsräten unterschiedlich aus. Hans Meisl selbst meinte im Rückblick:

„Nein, erkennbare Probleme gab es nicht. Sicher, Probleme insofern, daß die jeweiligen Sprecher natürlich sich mehr gewünscht hätten an Information und über Möglichkeiten, die gegeben sind. [...] In beiden Richtungen fühlte ich mich natürlich gebunden. Mein Dienstvertrag gebietet mir, die Interessen der Firma zu wahren; das habe ich versucht, so gut ich konnte. Ich habe keine Informationen gegeben. Ich hätte auch kaum Informationen geben können. Denn unsere Tarifabschlüse bedurften ja weitestgehend der Zustimmung des Bayernwerkes und wie weit man beim Bayernwerk zu gehen bereit gewesen wäre, war für mich nicht erkennbar. Wir haben uns im Vorstand über die Forderungen unterhalten. Wir haben seit 1957 einen sehr brauchbaren Anhaltspunkt gehabt durch die Tarifabschlüsse im Rheinland, wir konnten uns ausrechnen, wenn Rheinbraun mit 5% abschließt, werden wir nicht darunter liegen können. Dann habe ich es als meine Aufgabe angesehen, die Forderungen in eine Form zu bringen, wie sie für uns brauchbar ist, weil nicht alles, was bei Rheinbraun gut ist, bei uns auch gut sein muß."[134]

Betriebsrat Josef Wiendl kam dagegen zu einer anderen Einschätzung. Aus seiner Sicht wäre es für die „Psychologie der Verhandlung" besser gewesen, wenn auf der anderen Seite des Verhandlungstisches nicht Hans Meisl gesessen hätte. „Weil wir müssen dann gegen unseren Kollegen verhandeln, und in dem Augenblick der Tarifverhandlung ist er Vertreter des Vorstands. Einfacher wäre es, wenn er nicht dabei wäre. Bei Rheinbraun war zum Beispiel kein Arbeitsdirektor mit dabei. Obwohl, wir haben uns deswegen auch nicht gehauen."[135] Das mag vielleicht auch daran gelegen haben, daß es vermutlich immer wieder zu strategischen Absprachen zwischen Gewerkschaft, Betriebsrat und Arbeitsdirektor kam. Meisl wurde zwar nicht müde, seine Verschwiegenheit als Vorstandsmitglied zu betonen. Die Betriebsräte waren aber durch informelle Absprachen über die tarifpolitische Schmerzgrenze der Arbeitgeber informiert. Offensichtlich war Meisl im Gespräch unter vier Augen, vor allem mit Georg Baierl, den er ja bereits seit 1947 aus dem Bezirksausschuß der IG Bergbau kannte, erheblich auskunftsfreudiger als er nach außen hin zeigen konnte.

Kein Geheimnis war es dagegen, daß es zwischen Betriebsrat und IG Bergbau von Beginn an enge taktische Absprachen über die tarifpolitischen Ziele gab. Seit den frühen fünfziger Jahren war ein BBI-Betriebsrat immer auch im Geschäftsstellenvorstand der IG Bergbau Nordbayern vertreten; im Vorstand der Ortsver-

[134] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit Arbeitsdirektor Hans Meisl vom 26. 7. 1982.
[135] Archiv der IG BE, Slg. Ranft, Interview mit BBI Betriebsräten vom 27. 8. 1982, Josef Wiendl.

waltung Wackersdorf waren dies zunächst Josef Dobler[136] und Josef Buckenleib, später Karl Braunreiter, Josef Wiendl und Johann Kulzer. Im Vorfeld der jeweiligen Verhandlungen informierten die IG Bergbau und ihr Vorsitzender Adolf Fabry die Betriebsräte nicht nur. Sie sprachen mit ihnen die Kündigungen von Tarifverträgen und die Höhe der gewerkschaftlichen Lohn- und Gehaltsforderung ab, bevor man sich mit den Arbeitgebern an den Verhandlungstisch setzte. Das Netzwerk gewerkschaftsnaher Stellvertretung ließ die Arbeitnehmerseite somit in den Auseinandersetzungen mit einer Zunge sprechen. Die personelle Kontinuität und Vertrautheit in den paritätisch besetzten Gremien und die Expansion des Energiesektors taten ein übriges, daß die Tarifverhandlungen in einem ausgeprägten Klima sozialpartnerschaftlichen Konsenses stattfinden konnten. Mehr noch: Der „institutionalisierte Klassenkonflikt"[137], wie ihn Theodor Geiger beschrieben hatte, war bei der BBI fast schon zur korporatistischen Verschmelzung von Kapital und Arbeit geworden, die in Hans Meisl ihren Katalysator besaß. Die verbundwirtschaftliche Struktur der BBI und ihre Anbindung an die Muttergesellschaft Bayernwerk begünstigten diese Entwicklung maßgeblich, denn der Vertrag zwischen BBI und Bayernwerk sah vor, daß Überschüsse und Verluste nicht durch das Unternehmen selbst, sondern durch die Muttergesellschaft getragen wurden. Einen betriebswirtschaftlichen Freibrief bedeutete dies in guten Zeiten zwar nicht, doch erhöhte es die Bereitschaft des Vorstandes und des Aufsichtsrates der BBI zur Koalitionsbildung gegen die Muttergesellschaft, um gemeinsam mit den Arbeitnehmervertretern für technologische Investitionen und betriebliche Sozialmaßnahmen zu streiten. Das Bayernwerk bildete als Geldgeber die Klammer, die Arbeitnehmer und Arbeitgeber trotz mancher Spannungen noch stärker zusammenhielt.[138]

Als sich die Tarifparteien im Herbst 1960 im Sitzungssaal der BBI trafen[139], hatte sich die wirtschaftliche Lage im Vergleich zu 1952 entscheidend gebessert: Die Investitionen in die Bagger- und Bandanlagen schlugen sich in deutlich niedrigeren Produktions- und Abbaukosten nieder, das Dampfkraftwerk des Bayernwerks in Dachelhofen baute seine Kilowattstundenzahl jährlich weiter aus, die BBI stellte weiteres Personal ein und konnte den Bedarf nach dem „schwarzen Gold aus der Oberpfalz" kaum befriedigen. Mallia war Anfang des Jahres aus Altersgründen ausgeschieden und durch Georg Kramer ersetzt worden. Kramer war 1907 als Sohn eines Schreinermeisters geboren worden. Nach einem Studium der Staatswissenschaften arbeitete er zunächst als Betriebsprüfer und Steuerberater für die Tonwerke in Ponholz und die Süddeutsche Treuhandgesellschaft. Nach dem Krieg leitete er das Donaukraftwerk Jochenstein, bevor er 1960 zur BBI

[136] Mitglied im Geschäftsstellenvorstand zwischen 1952–1967, vgl. Industriegewerkschaft, S. 83ff.

[137] Theodor Geiger, Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln 1949, S. 29f.

[138] Es verwundert deshalb nicht, daß Andreas Piehler, der langjährige Gewerkschaftsfunktionär und sozialdemokratische Landtagsabgeordnete, nach seinem offiziellen Ausscheiden aus dem Aufsichtsrat zum Ehrenvorsitzenden gewählt wurde und dieses Amt bis zu seinem Tode bekleidete. Mit einem gewissen Stolz stellte der kaufmännische Direktor der BBI fest: „Wohl in keinem anderen montan-mitbestimmten Unternehmen hat es so etwas bisher gegeben: Ein Arbeiter wird Ehrenvorsitzender des Aufsichtsrates. Das spricht dafür, welch einmaliger Geist die BBI auszeichnet." In: BBB, H. 7, 1956, S. 5.

[139] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Niederschrift über die Tarifverhandlung vom 14. 9. 1960 im Verwaltungsgebäude der BBI in Wackersdorf.

kam.[140] Im Vorstand hatte seine Berufung zur Folge, daß es keinen Vorsitzenden, sondern nur noch gleichberechtigte Vorstandsmitglieder gab, die ihre Arbeitsbereiche eigenständig vor dem Aufsichtsrat vertraten. Arbeitsdirektor Meisl übernahm nun anstelle des Patriarchen Mallia die Verhandlungsführung bei den Tarifgesprächen.

Die Zusammensetzung der Tarifrunde hatte sich inzwischen erweitert: Neben Adolf Fabry war mit Anton Weilmaier, dem Bezirksleiter der IG Bergbau und Energie Süddeutschland, ein weiterer hochrangiger Gewerkschaftsfunktionär vertreten. Fünf Betriebsräte komplettierten die Arbeitnehmerseite. Zur Arbeitgeberdelegation gehörte neben den Vorstandsmitgliedern auch ein Vertreter des Bayerischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, des Arbeitgeberverbandes der Bergbauindustrie, der allerdings während der Verhandlungen kein einziges Mal das Wort ergriff. Ab Mitte der fünfziger Jahre gewannen in immer stärkerem Maße die betriebsfremden Gewerkschaftsfunktionäre an Einfluß auf die Tarifpolitik, während der Einfluß der Betriebsräte zurückging.

Auch in anderer Hinsicht lassen sich Veränderungen im Vergleich zu 1952/1953 feststellen, die nicht zuletzt damit zusammenhingen, daß das Betriebsverfassungsgesetz dem Betriebsrat neue Chancen eröffnete. Vor allem verfügten die Arbeitnehmervertreter nun über die gleichen betriebswirtschaftlichen Rahmendaten und über Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Unternehmen. Sie konnten sich mit den Kolleginnen und Kollegen von Rheinbraun austauschen und hatten über den Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat des Bayernwerkes auch die notwendigen Informationen der Münchner Zentrale. So leicht wie noch 1952 ließ man sich 1960 nicht mehr mit Zahlen und Daten und scheinbaren Handlungszwängen unter Druck setzen. Als der neue Direktor Kramer auf die im Vorfeld übergebene Ausarbeitung[141] hinwies, wonach das Lohngefälle zwischen RWE und Bayernwerk 12,2 Prozent betrage, und folgerte, daß bei der Wahrung des traditionellen Abstandes zwischen beiden Revieren nur eine Lohnerhöhung von fünf Prozent in Frage käme, konterte Weilmaier wohl vorbereitet mit den Informationen der IG Bergbau aus Köln und Frechen[142]: Die Berechnungen seien irreführend, weil sie von falschen Voraussetzungen ausgingen. Bei RWE seien im Gegensatz zur BBI die Ruhegelder mit in der allgemeinen Lohnerhöhung berücksichtigt. Der Abstand sei also in Wirklichkeit erheblich größer, zumal es dort zusätzliche Sozialleistungen durch Betriebsvereinbarungen gebe. Die IG Bergbau könne aus diesem Grund die Berechnung des Vorstandes nicht anerkennen und fordere eine Tariferhöhung um rund 12 Prozent. Kramer ließ sich relativ schnell von der Plausibilität der gewerkschaftlichen Argumentation überzeugen. „Der Vorstand der BBI ist im

[140] BBB, H. 32, 1960, S. 2.

[141] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Betr.: Lohn- und Gehaltserhöhung der BBI ab 1. 10. 1960, S. 5.

[142] Zur Geschichte des stärksten Braunkohlentarifbezirks fehlt leider bisher eine eingehende Untersuchung; diese wäre wichtig, um die energiepolitischen Entscheidungen der nordrhein-westfälischen Landesregierung in der Steinkohlenkrise aus einer zweiten Perspektive beleuchten zu können. An der Aktenlage würde eine solche Arbeit, in deren Zentrum Rheinbraun mit seinen mehr als 20000 Arbeitnehmern stehen müßte, nicht scheitern, da die Unterlagen der IG Bergbau vollständig an das nordrhein-westfälische Hauptstaatsarchiv abgegeben wurden; im zentralen Archiv der IG Bergbau finden sich zur Geschichte der Region zwischen Aachen, Neuss und Köln leider nurmehr die veröffentlichten Geschäftsberichte. Vgl. auch Paul, Braunkohlenpolitik, S. 75ff.

Einvernehmen mit dem Vorstand der BAG bereit", so Kramer, „um den Abstand zwischen BBI und Rheinbraun nicht noch weiter zu vergrößern, eine Lohnerhöhung von 8,7 Prozent zu gewähren, wie sie das Rheinland am 1. 7. 1960 durchgeführt hat".[143]

Während unter dem alten Vorstandsvorsitzenden Mallia noch alle Vergleiche mit anderen Tarifbezirken strikt abgelehnt worden waren, war der Vorstand nun selbst zur der Überzeugung gekommen, daß die Lohnentwicklung bei der BBI nicht von der bei Rheinbraun abgekoppelt werden konnte. Der Belegschaft sei dies wohl kaum vermittelbar, außerdem erhöhe es womöglich die Bereitschaft zur Abwanderung in attraktivere Regionen. So jedenfalls dachte der Vorstand.[144]

Sowohl das Ergebnis als auch der Verlauf scheinen bis etwa 1966/67 typisch für den Charakter der Tarifverhandlungen bei der BBI gewesen zu sein. Seit Mitte der fünfziger Jahre lagen die Lohn- und Gehaltserhöhungen in der Regel zwischen acht und zwölf Prozent. Die Gewerkschaften vermochten sich mit ihrer Forderung nach Anpassung an die Leistungen bei Rheinbraun und Bayernwerk durchzusetzen, nicht aber mit dem Anspruch, die Kumpel müßten wegen der schweren körperlichen Belastung im Bergbau an der Spitze der Lohnpyramide stehen. Begreift man die Tarifauseinandersetzungen als Ausdruck des Beziehungsgefüges zwischen Kapital und Arbeit, so wird deutlich, daß die „Zentrierung der Gewerkschaftspolitik auf die Tarifpolitik"[145] zwar keine Umverteilung mittels „expansiver Lohnpolitik"[146] bewirkte. Für die Belegschaft der BBI und die Bergarbeiter im Bundesgebiet konnten aber große sozialpolitische Fortschritte erreicht werden. Die Tarifverträge boten dem BBI-Vorstand die Möglichkeit zu sicherer Kalkulation, während die Gewerkschaft durch Manteltarife und Betriebsvereinbarungen umfassende Leistungen für ihre Belegschaft erzielte und damit auch ihre eigene Legitimation aufrecht erhalten und weiter ausbauen konnte.[147] Der Übergang zur Manteltarifordnung bei der BBI im Jahre 1953 bedeutete zwar noch immer keine Aufhebung der Trennung von Arbeitern und Angestellten, von Gelernten, Ungelernten und Facharbeitern sowie von Frauen- und Männerarbeit. Das Verhältnis der Tarifpartner wurde aber grundsätzlich neu geordnet, die gewerkschaftliche Position langfristig gestärkt.

Die ohne größere Konflikte erzielten lohnpolitischen Erfolge blieben nicht auf die BBI beschränkt. Sie waren im gesamten Bergbaubereich nicht die Ausnahme, sondern die Regel.[148] In Wackersdorf kam allerdings eine Besonderheit hinzu:

[143] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Niederschrift über die Tarifverhandlung vom 14. 9. 1960 im Verwaltungsgebäude der BBI in Wackersdorf; folgendes nach ebenda.

[144] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Niederschrift über die Tarifverhandlungen vom 14. 9. 1960; darin auch zu den Verhandlungsabschlüssen für die Angestellten.

[145] Rainer Kalbitz, Gewerkschaftliche Tarifpolitik in den Jahren des Wirtschaftswunders, in: Hemmer, Schmitz (Hrsg.), Geschichte, S. 183–247, hier S. 186.

[146] Zum Konzept der expansiven Lohnpolitik vgl. ausführlich Viktor Agartz, Gewerkschaft und Arbeiterklasse, München ²1973; ders., Wirtschafts- und Steuerpolitik. Expansive Lohnpolitik. Herausgegeben von Hans Willi Weinzen, Berlin 1986.

[147] Zur Tarifordnung der Bundesrepublik vgl. auch die knappe, aber präzise Darstellung in Hachtmann, Arbeitsverfassung, S. 44–48.

[148] Vgl. zur tarifpolitischen Entwicklung im Bergbaubereich Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (Hrsg.), 25 Jahre Tarifpolitik der IG Bergbau und Energie, Bochum o.J., S. 10–15; auch Kalbitz, Tarifpolitik, S. 213.

die Rolle des Arbeitsdirektors. Dessen Sonderstellung als Arbeitnehmervertreter im Vorstand, der gleichzeitig zum Verhandlungskontrahenten wurde, löste zwar bei manchem Betriebsrat ein ungutes Gefühl aus, zumal das gelegentlich barsche Auftreten und die Distanz, die Meisl zur Belegschaft wahrte, durchaus irritieren konnte. Die Gewerkschaften profitierten aber zweifelsohne von ihrem „Mann im Vorstand". Denn Meisl war nicht nur Verhandlungsführer der Arbeitgeberseite, er war zugleich Moderator, Gewerkschafter und den Zielen der IG Bergbau und Energie verpflichtet. Bei den Tarifgesprächen von 1960 war er derjenige, der mehrfach Kompromißangebote machte und der die Autorität besaß, sie sowohl im eigenen Vorstand zu vertreten als auch seinen Gewerkschaftskollegen schmackhaft zu machen, da diese wußten, daß Meisl sich mit all seiner Kraft für die Belange der Belegschaft einsetzte. Dieses Vertrauen, das er auf beiden Seiten genoß, erleichterte die Auseinandersetzungen ungemein. Hinzu kam, daß der Orientierungsrahmen, den die beiden Leittarife von Rheinbraun und Bayernwerk boten, manchen Konflikt vorzeitig entschärfte, weil die Meßlatte, die nicht unterschritten werden durfte, bekannt war. Das wurde freilich erst Ende der fünfziger Jahre relevant; bis dahin hatten die Gewerkschaften große Schwierigkeiten, ihre tarifpolitischen Forderungen an die westdeutsche Tarifentwicklung anzupassen.

Die Gewerkschaften waren über die Betriebsräte fest im Betrieb verankert und fanden bei Meisl stets Gehör. Effiziente Organisation und Zentralisierung waren für sie die wesentliche Voraussetzung dafür, daß so etwas wie informationspolitische Waffengleicheit mit dem Tarifpartner herrschte. Die Entwicklung hatte aber auch zur Folge, daß der Einfluß der betrieblichen Arbeitnehmervertreter in den Tarifverhandlungen immer mehr zurückging, weil diese im Gegensatz zu den Kollegen in den Geschäftsstellen Amberg oder München nicht über die personelle, organisatorische und finanzielle Ausstattung verfügten, um den wachsenden Tarifdschungel und die wirtschaftliche Konjunkturlage zu überblicken.

Tarifpolitik in der bayerischen Hüttenindustrie

Auch die Betriebsräte der Maxhütte verloren seit Beginn der fünfziger Jahre viel von ihrer tarifpolitischen Eigenständigkeit. Bis zum DGB-Aktionsprogramm von 1955, das – auch als Reaktion auf den Bayernstreik – einen entscheidenden Zentralisierungsschub in allen Einzelgewerkschaften bewirkte, fehlten in der Metallindustrie klare, vom IG Metall-Vorstand in Frankfurt ausgegebene tarifpolitische Leitlinien. Vielfach wichen die Laufzeiten der Tarifverträge regional ebenso von einander ab wie Lohn- und Gehaltsabschlüsse, und eine Vielzahl von Betriebsvereinbarungen und Sonderregelungen, die auf Initiative des Betriebsrates zustande gekommen waren, hatten das Verhandlungsmonopol der Gewerkschaften bisweilen unterlaufen. Tarifpolitik, das hatte Erwin Essl mit Blick auf die Satzung frühzeitig und immer wieder deutlich gemacht, war Aufgabe der IG Metall-Bezirksleitung und nicht der Betriebsräte vor Ort.[149]

Daß er es war, der die Richtung vorgab, daran ließ er schon vor den bundesweiten Beschlüssen keinen Zweifel aufkommen. Vor allem galt dies dort, wo er, wie

[149] Satzung der IG Metall (1949), § 24,4.

bei der Maxhütte, unmittelbar mit der Verhandlungsführung betraut war. Selbstverständlich gehörten auch Fritz Mertel, der Betriebsratsvorsitzende, und sein Stellvertreter zu den Mitgliedern der Lohnkommission, die mit dem Tarifpartner, dem Fachausschuß „Hüttenindustrie" des Bayerischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins, verhandelte. Ihre betrieblichen Kenntnisse und ihre Verankerung in der Belegschaft machten sie zu einem wichtigen Faktor der Tarifpolitik.[150] Gerade jedoch in der Etablierungsphase des westdeutschen Tarifsystems boten selbstbewußt und eigenständig auftretende Betriebsräte Anlaß für erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Hauptvorstand, Bezirksleitung und Betriebsrat.[151] Ihre Stimmen hatten Gewicht, doch bestimmend war schon zu Beginn der fünfziger Jahre der Bezirksleiter Erwin Essl, der zugleich auch im Aufsichtsrat der Maxhütte saß und über die wirtschaftliche Entwicklung der Branche genauestens informiert war. Zusammen mit der Ortsverwaltung benannte er die Tarifkommission, die für ihre dreijährige Amtsperiode durch die Bezirkskonferenz bestätigt werden mußte.[152] Dazu gehörten grundsätzlich neben den hauptamtlichen Vertretern der Bezirksleitung die Leiter der IG Metall-Ortsverwaltungen, die freigestellten Betriebsratsvorsitzenden der Max- und der Luitpoldhütte und ehrenamtliche Betriebsratskollegen beider Werke.[153]

Noch Anfang der fünfziger Jahre waren regelmäßige Lohnrunden, in denen über die Anpassung der Einkommen an die Produktivität gerungen wurde, keineswegs in allen Tarifbezirken selbstverständlich.[154] Es war deshalb bereits ein erster Erfolg der IG Metall, daß sie im Frühjahr 1952 zeitgleich mit der Einführung der Montanmitbestimmung und noch vor der BBI den Abschluß eines Manteltarifvertrages für die oberpfälzischen Hütten vermelden konnte, der die alten nationalsozialistischen Tarifordnungen ablöste.[155]

Im Unterschied zur Braunkohlenindustrie umfaßte der tarifvertragliche Geltungsbereich nicht nur ein, sondern mehrere Großunternehmen der Eisen- und Stahlindustrie, die sich trotz ihrer Randlage am heftig umkämpften europäischen Markt behaupten mußten. Für die IG Metall-Delegierten der Lohnkommission bedeutete der härtere Wettbewerb spürbar konfliktreichere Ausgangsbedingungen für die Lohnrunden als dies ihre Kollegen der IG Bergbau und Energie in Wackersdorf bei ihren Treffen mit den Arbeitgebern erwarten durften. Hier hatte nicht nur die besondere wirtschaftliche Situation, sondern auch die verbundwirtschaftliche Struktur und die sozialpartnerschaftliche Betriebspolitik mit Arbeitsdirektor Meisl an der Spitze manchen Streit im Vorfeld der Verhandlungen bereits verhindern können. Den Gewerkschafts- und Betriebsratsvertretern saß mit Hans Zink zwar ebenfalls ein Arbeitsdirektor gegenüber, doch interpretierte der umstrittene Zink seine Rolle als Vorstands- und Unternehmensvertre-

[150] Vgl. Bergmann u.a., Gewerkschaften, S. 372ff.
[151] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 5, Betriebsrat Rosenberg an den Vorstand der IG Metall vom 24. 6. 1952.
[152] Vgl. Richtlinien der IG Metall für die Bildung der Tarifkommission, o.O.o.J. (1958), I, 3,5.
[153] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 171, Anwesenheitsliste zur Lohn- und Gehaltsverhandlung für die oberpfälzische Hüttenindustrie am 3. 3. 1958.
[154] Vgl. Bergmann u.a., Gewerkschaften, S. 234ff.
[155] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 159, Kommentar zum Manteltarifvertrag für die gewerblichen Arbeitnehmer der oberpfälzischen Hüttenindustrie vom 16. 5. 1952.

ter erheblich offensiver und wurde deshalb von den Arbeitnehmervertretern auch nicht als echter Bündnispartner anerkannt. Zink gelang es auch im Tarifbereich nicht, vergleichbare Kompetenzen zu erwerben, wie dies Hans Meisl gelungen war. Die Verhandlungsführung in den Tarifverhandlungen lag so auch nicht bei ihm, sondern in den Händen des Verbandsgeschäftsführers der Bayerischen Metallindustrie, Eugen Bunzel, der bereits bis 1934 in führender Stellung für den bayerischen Arbeitgeberverband tätig gewesen war.[156] Zink blieb eine blasse Figur.

In der Lohn- und Gehaltsrunde 1958[157] präsentierte Erwin Essl den Arbeitgebern das Verhandlungsangebot der Gewerkschaft. Es lautete: Zehn Prozent Erhöhung der Tariflöhne und -gehälter. In einem Nürnberger Hotel und nicht in der beinahe privaten Atmosphäre des Werkskasinos erläuterte er in der ersten Lohnrunde die Gründe für die Höhe der gewerkschaftlichen Forderung[158]: Die Preissteigerungen der letzten Monate seien ungeheuerlich, die Arbeitnehmer müßten für Brot zehn Prozent und für Obst und Gemüse bis zu 15 Prozent mehr ausgeben. Am Ende bliebe ihnen trotz gestiegener Arbeitsleistung immer weniger im Portemonnaie. Das war nicht nur gewerkschaftliche Polemik: Seit den Bundestagswahlen im September 1957 hatte der Preisauftrieb tatsächlich eine neue Geschwindigkeit erreicht. Die Lebenshaltungskosten waren insgesamt um 3,4 Prozent und für Nahrungsmittel sogar um 4 Prozent gestiegen.[159] Die Entwicklung der Preise war aber nur eines der beiden zentralen Argumente. Das zweite bezog sich auf die Gesamtsituation der oberpfälzischen Hüttenindustrie. Die Luitpold- und die Maxhütte hatten nach Ansicht Essls trotz der schlechten Standortbedingungen „eine gute Entwicklung genommen" und ihren Platz in der bayerischen Wirtschaft durch die gemeinsame Kraftanstrengung von Arbeitgebern und Arbeitnehmer behaupten und sogar ausbauen können. Dies gelte besonders für die Maxhütte, die im April 1957 nach Angaben der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie eine Leistungssteigerung von 14,6 Prozent und einen Rückgang der Verarbeitungskosten von 15 Prozent vorweisen könne. Diese erstaunlichen Erfolge seien nicht nur auf Rationalisierungen und eine kluge Politik des Vorstandes zurückzuführen, sondern auch auf die Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer, die nun nichts als ihren gerechten Anteil am wirtschaftlichen Erfolg des Unternehmens forderten. Dies sei umso angemessener, als die effektiven Durchschnittsverdienste der oberpfälzischen Hüttenindustrie im Vergleich zu Nordrhein-Westfalen deutlich schlechter seien und bundesweit am Ende der Lohnskala lägen.

[156] Vgl. dazu auch Moser, Arbeitgeberverbände, S. 79.

[157] Die Überlieferung in den Gewerkschafts-, Betriebsrats-, Unternehmens- und Wirtschaftsarchiven beginnt systematisch erst im Jahr 1958. Vorher liegen keine Niederschriften über Tarifverhandlungen und nur vereinzelte Dokumente vor, so daß die Darstellung auf die späten fünfziger und frühen sechziger Jahre begrenzt bleibt.

[158] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 171, Niederschrift über die Lohn- und Gehaltsverhandlungen in der oberpfälzischen Hüttenindustrie vom 3. 3. 1958, S. 1.

[159] Essls Angaben basierten auf den Berichten des Statistischen Bundesamtes. Vgl. für seine zutreffenden Hinweise: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1957, S. 505 f.; zur Entwicklung der Preise für Nahrungsmittel vgl. Angaben nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1958, S. 430–433.

Das Verhandlungsangebot der bayerischen IG Metall konnte man nur schwerlich als Ausdruck einer „aggressiven Lohnpolitik“[160] verstehen, wie sie Viktor Agartz vorgeschlagen hatte. Die Steigerung der Lohnquote gehörte jedenfalls nicht zum Forderungskatalog der Gewerkschaften. Die bayerischen IG Metaller lehnten sich in ihrer Begründung an das Argumentationsmuster an, das der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner bereits auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall von 1956 ausgegeben hatte.[161] Seine – wenig präzise – „aktive Lohnpolitik“ beinhaltete zwei Kernelemente: einen größeren Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt und eine Stärkung der Massenkaufkraft. Letzteres hatte Essl zwar an anderer Stelle immer wieder betont[162], in der ersten Verhandlungsrunde hielt er es aber offenkundig für sinnvoller, sich in dieser Frage zunächst in Zurückhaltung zu üben. Weniger zurückhaltend war er mit seiner Forderung nach einer Erhöhung des Sonntagszuschlags für alle Beschäftigten um 75 Prozent.[163] Die Gewerkschaft hatte diese Forderung schon ein Jahr zuvor erhoben, sie aber nicht durchsetzen können. Die bayerischen Metaller gingen hierbei noch einen Schritt weiter als ihre Kollegen im Ruhrgebiet, die den Sonntagszuschlag nur für die Beschäftigten der Hochöfen- und Hüttenkokereien ausgehandelt hatten.

Der Verhandlungstermin stand für die Gewerkschafter unter keinem guten Stern.[164] 1958 zeichnete sich nämlich in der gesamten Metallindustrie ein konjunktureller Abschwung ab. Der spürbare Einbruch auf den in- und ausländischen Absatzmärkten machte es Eugen Bunzel leicht, Erwin Essl die kalte Schulter zu zeigen. Höflich, aber unmißverständlich erklärte er, daß zwar auch die Arbeitgeber von der Notwendigkeit überzeugt seien, den allgemeinen Wohlstand und das Sozialprodukt zu vermehren. Doch der berechtigte Anteil, den die Arbeitnehmer erhalten sollten, müsse am Stand der wirtschaftlichen Entwicklung gemessen werden. Bunzel machte deutlich, daß er die Anliegen der Gewerkschaft nicht nur für überzogen, sondern für volkswirtschaftlich schädlich hielt. Sie verstärkten die „inflationistischen Tendenzen“[165], vor denen die Gewerkschaften selbst mit gutem Recht gewarnt hätten. Aus der Sicht der Arbeitgeber war am Ende der fünfziger Jahre der Zeitpunkt gekommen, eine Phase zu beenden, in der die „Übereinstimmung der Tarifpartner zu groß“ gewesen „und die bisherige Lohnpolitik auf Kosten der Allgemeinheit“ geführt worden sei. Die Gewerkschaftspolitik, so Bunzel, komme ihm wie eine „Vogel-Strauß-Politik“ vor, die sich den unangenehmen ökonomischen Wahrheiten nicht stellen wolle. Letztlich

[160] Bergmann u.a., Gewerkschaften, S. 199; vgl. auch Viktor Agartz, Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung 1953. Expansive Lohnpolitik, in: WWI-Mitteilungen 6 (1953), H. 12, S. 245ff.

[161] Vgl. Otto Brenner, Freiheit und Menschenwürde – von der Idee zur Wirklichkeit, in: Industriegewerkschaft Metall, Protokoll des Gewerkschaftstages 1956, Frankfurt o.J. (1957), S. 226ff.

[162] Vgl. auch die Entschließung des IG Metall-Hauptvorstandes, die Erwin Essl und Alois Wöhrle im IG Metall-Vorstand unterstützen, in: Merkel, Industriegewerkschaft, Dok. 24 vom 13. 5. 1959, S. 340.

[163] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 171, Niederschrift über die Lohn- und Gehaltsverhandlungen in der oberpfälzischen Hüttenindustrie vom 3. 3. 1958, S. 2; die Erhöhung sollte für alle Arbeitnehmer gelten, die die geleistete Sonntagsarbeit nach zwei Wochen abfeierten.

[164] Zur Tarifbewegung von 1958 vgl. knapp auch Bergmann u.a., Gewerkschaften, S. 238f.

[165] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 171, Niederschrift über die Lohn- und Gehaltsverhandlungen in der oberpfälzischen Hüttenindustrie vom 3. 3. 1958, S. 4; folgendes nach ebenda.

sei eine Erhöhung der Produktionskosten für die oberpfälzischen Hütten „nicht zumutbar."

Deutlicher hätte man die gewerkschaftlichen Forderungen nicht zurückweisen können! In Bunzels Antwort war keine Rede von einer Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung, geschweige denn von einem, wie auch immer definierten „gerechten" Anteil am Sozialprodukt. Bunzel vermied es zudem, der IG Metall überhaupt ein Angebot zu unterbreiten. Er mahnte sie allerdings, ihre Mitverantwortung für die Unternehmen nicht außer acht zu lassen. Die Mitbestimmung habe den Gewerkschaften nicht nur die Möglichkeit eröffnet, innerhalb der Unternehmen mitzuentscheiden. Durch das Gesetz seien sie verpflichtet, gemeinsam mit den Unternehmen nach Lösungen zu suchen, die das Überleben der oberpfälzischen Hüttenindustrie nicht zusätzlich gefährdeten.[166] Geschickt wandte Bunzel mit diesem Argument die Mitbestimmung und das lange Jahre umstrittene wirtschaftliche Informationsrecht gegen die Gewerkschaften und ihre Tarifpolitik.

Die Strategie, den „Schwarzen Peter" den Gewerkschaften zuzuschieben, war zwar alles andere als originell, jedoch in einer Phase des Konjunkturtiefs trotzdem sehr wirkungsvoll. Bunzel selbst trat dabei zwar unmißverständlich, aber nicht erpresserisch auf. Diesen Part übernahm der Vorstandsvorsitzende der Maxhütte, Direktor Enzmann. Nachdem er die wirtschaftliche Lage der Maxhütte in den düstersten Farben gezeichnet hatte, erklärte er den Gewerkschaften ungeschminkt sein Verhandlungsziel: „Er würde es als einen Erfolg betrachten, wenn künftig keine ungünstigen Änderungen mehr eintreten würden. Würde das der Fall sein, dann hätten Lohnverhandlungen keinen Sinn, weil dann Walzenstraßen stillgelegt werden müssen." Lohnerhöhungen, so lautete die Botschaft, bedeuteten eine Gefährdung des betriebswirtschaftlichen Erfolges. Unverhohlen drohte Enzmann mit dem Abbruch der Tarifgespräche, und er scheute sich auch nicht, Entlassungen anzukündigen, falls im Laufe der Auseinandersetzungen ein Ergebnis zustande käme, das oberhalb der bisherigen Lohnsumme lag.

Während also bei den fast parallel stattfindenden Gesprächen im bayerischen Bergbau weitgehend Übereinstimmung herrschte, zeigten sich in der oberpfälzischen Hüttenindustrie erhebliche Differenzen, die noch nicht absehen ließen, wer als Sieger aus der Lohnrunde 1958 hervorgehen würde. Eines war aber jetzt schon klar: Das tarifpolitische Ziel, das die Gewerkschaften ausgegeben hatten, war bereits am Ende der ersten Runde überholt, weil nicht kompromißfähig. Die zehnprozentige Lohn- und Gehaltserhöhung dürfte nicht mehr als der Versuch gewesen sein, das erste Angebot möglichst hoch anzusetzen, um dann Schritt für Schritt ein Ergebnis auszuhandeln, das etwa um die Hälfte niedriger liegen konnte, ohne daß eine Seite einen Gesichtsverlust fürchten mußte.

Ein eher strukturelles Problem der Tarifpolitik in den fünfziger und frühen sechziger Jahren war von Erwin Essl und Eugen Bunzel in der ersten Runde noch nicht angesprochen worden, trat aber bald offen zu Tage[167]: Wie in vielen Hütten-

[166] Ebenda, S. 12.

[167] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 171, Stellungnahme (des Betriebsrates) zu den am 5. 3. 1958 überreichten Neuvorschlägen für die betrieblichen Leistungslöhne für das Rohrwerk und das Werk Rosenberg.

werken bestand auch bei der Maxhütte ein deutlicher Unterschied zwischen den tariflich festgelegten und den tatsächlichen Löhnen, die von der Höhe der betrieblichen Produktionsprämie abhingen. Die Entscheidungen über Leistungslöhne wurden zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung in eigenen Betriebsvereinbarungen geregelt, was den Gewerkschaften ein besonderer Dorn im Auge war, weil damit die Flächentarifverträge ihre Wirkung verloren. Oft spiegelten die Tariflöhne das Lohn- und Einkommensniveau nur noch unzureichend wider, weil sich ein erheblicher Teil des Arbeiterverdienstes an der Produktion orientierte. Die Betriebsdirektion hatte auf dieses Verfahren gedrängt, weil die enormen Investitionen in die Werksanlagen zu einer veränderten Leistungskapazität geführt hatten. Sie wollten die „Normalleistungen" messen, die die Richtschnur für die Akkordzulagen bildeten. Die Arbeitgeber nutzten nun die offene Situation der Tarifverhandlung dazu, die Betriebsvereinbarungen zu kündigen, den Betriebsrat und die Gewerkschaft in die Defensive zu drängen und sie gegeneinander auszuspielen.

Während sie dem Betriebsrat ein, wenn auch inakzeptables Angebot unterbreiteten, verweigerten sie auch in der zweiten Sitzung der Tarifpartner überhaupt jedes konkrete Angebot.[168] Essl reagierte empört auf den durchsichtigen Versuch, die Verhandlungen zu blockieren. Ihn ärgerte das Verhalten der Arbeitgeber nicht zuletzt deshalb, weil wenige Tage zuvor für die nordrhein-westfälische Eisen- und Stahlindustrie ein Abschluß gefunden worden war, der eine sechsprozentige Erhöhung der Tarifgehälter und eine Arbeitszeitverkürzung auf 44 Stunden vorsah. Mit welcher Begründung, so fragte Essl, wolle sich die oberpfälzische Hüttenindustrie der Tarifverhandlung verweigern, während es im Ruhrgebiet bereits zu einem vernünftigen Ergebnis gekommen sei. Falls sich die Vorstände der Max- und der Luitpoldhütte entschließen sollten, nur einer nominalen Lohnerhöhung zuzustimmen, die keine effektiven Auswirkungen für die Arbeiterhaushalte habe, sei die Gewerkschaft gezwungen, ihre Belegschaft zur Urabstimmung aufzurufen. Was dies bedeute, dürfe jedem Arbeitgeber klar sein: Streik![169] Wenn sie den Verhandlungstisch wieder ohne konkreten Vorschlag verließen, sei er sicher, daß es unter der Belegschaft „zu großen Unruhen und Mißstimmung"[170] kommen werde.

Beide Parteien wußten um ihren hohen Einsatz. Ein Arbeitskampf wäre für die oberpfälzische Hüttenindustrie zur Unzeit gekommen. Das Klima zwischen beiden Parteien war eisig. Die Arbeitgeber hatten durch die Kündigung der Betriebsvereinbarungen dem Zorn der Gewerkschaft neue Nahrung geliefert, und den Hinweis des Maxhütten-Vorstandes Petersen, die Modernisierungsmaßnahmen und Investitionen dürften nicht allein den Arbeitnehmern zugute kommen, empfanden Erwin Essl und Fritz Mertel in Anbetracht der gestiegenen Lebenshaltungskosten und der permanent bewiesenen Leistungsbereitschaft der Belegschaft als Hohn gegenüber der Arbeiterschaft.

[168] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 171, Niederschrift über die Tarifverhandlung für die oberpfälzische Hüttenindustrie vom 15. 4. 1958 in Nürnberg, folgendes nach ebenda.
[169] Ebenda, S. 2.
[170] Ebenda, S. 3.

Wie sollte es weiter gehen? Den Arbeitgebern war bewußt, daß sie sich mit ihrer provozierenden Taktik auf einem schmalen Grad bewegten. Ein Scheitern wollten sie nicht riskieren, die Richtung und Geschwindigkeit der Gespräche aber weiter diktieren. Auf ihren Antrag wurde die Sitzung zuerst unterbrochen und dann in kleiner Runde fortgesetzt. Auch die Spitzenunterhändler Essl und Bunzel bemühten sich um Schadensbegrenzung und darum, wieder Bewegung in die Verhandlungen zu bringen, ohne sich allerdings auf einseitige Zugeständnisse einzulassen. Das Problem war nur, daß sich die Arbeitgeber weiterhin mit allen Kräften dagegen wehrten, über höhere Löhne und Gehälter zu verhandeln.[171] Der vorläufige Kompromiß für die nächsten Sitzungen sah zwei Punkte vor: Auf die Tagesordnung der Tarifgespräche sollte die Neuregelung der gekündigten Betriebsvereinbarungen über die Prämien- und Leistungslöhne gesetzt werden. Damit übernahm die IG Metall anstelle des Betriebsrates die Verhandlungsführung in dieser für die Arbeitnehmer finanziell entscheidenden Frage. Ihrem Ziel, die innerbetrieblichen Lohn- und Gehaltsregelungen zu beseitigen und in den gewerkschaftlich geschützten Bereich des Tarifvertrages zu überführen, waren sie damit einen großen Schritt näher gekommen. Die Kröte, die sie dafür schlucken mußten, war allerdings groß: Die IG Metall erklärte sich bereit, „äußerstenfalls"[172] die Neuregelung der Tarife zurückzustellen, „wenn sich die Parteien über das Ausmaß der Lohnerhöhungen nicht einigen können, ehe die betrieblichen Differenzen beseitigt sind."[173] Dies sei unter der Voraussetzung akzeptabel, daß sich beide Tarifpartner bereits zum jetzigen Zeitpunkt auf einen Termin für das Inkrafttreten der neuen Löhne und Gehälter verständigen könnten.

Die Gewerkschaften rückten damit stillschweigend von ihren Ausgangsforderungen ab. Nicht einmal der nordrhein-westfälische Abschluß stand mehr zur Diskussion. Die Tarifkommission übte sich angesichts des Konjunktureinbruches in lohnpolitischer Zurückhaltung. Auch sie konnte die rückläufigen Absatzzahlen nicht ignorieren. Zumindest ein Ziel versuchte die IG Metall zu erreichen, nämlich ihren Einfluß auf die innerbetriebliche Lohngestaltung und ihren tarifpolitischen Kompetenzbereich auszudehnen und die Koordinierung der Abschlüsse zentral zu steuern. Wenigstens sollten die Arbeitgeber auf diese Weise daran gehindert werden, nach der Kündigung der Betriebsvereinbarungen die Lohnsumme von der Preisentwicklung abzukoppeln – eine Gefahr, die nach den Äußerungen der Arbeitgeber durchaus realistisch schien und einen realen Lohnabbau bedeutet hätte.

In den folgenden Wochen tauschten Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihre Vorstellungen über die konkrete Lohngestaltung bei einzelnen Arbeitsplätzen und in einzelnen Betriebsteilen aus.[174] Von einer Einigung war man aber trotz der Zugeständnisse der Gewerkschaften noch meilenweit entfernt. Der gewerkschaftlichen Verhandlungsoffensive und immer neuen Kompromißvorschlägen begegneten die

[171] Ebenda, S. 5.
[172] Ebenda, S. 6.
[173] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 171, Ergebnisniederschrift über die Tarifverhandlungen für die oberpfälzische Hüttenindustrie mit der IG Metall am 15. 4. 1958.
[174] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 171, Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte an die IG Metall Bezirksleitung München vom 23. 5. 1958; Stellungnahme des Betriebsrates zu der Kündigung der Leistungslohnabkommen für das Werk Maxhütte-Haidhof vom 28. 3. 1958.

Vertreter der Hüttenindustrie, wie bereits in den Lohnrunden zuvor, zunächst mit kühler Ignoranz.[175] Obwohl eine Entscheidung drängte und neben der Maxhütte noch eine Reihe anderer tarifpolitischer Entscheidungen anstanden, zogen es die Vertreter des Arbeitgeberverbandes noch einmal vor, auf Zeit zu spielen. Gegen den Widerstand Erwin Essls setzten sie durch, die Verhandlungen zu vertagen, um, wie sie sagten, in aller Ruhe die Kosten des Angebots zu prüfen. Nach dem auch eine weitere Sitzung[176] keinen Durchbruch brachte, einigten sich beide Seiten schließlich nach heftigen Auseinandersetzungen auf die Anrufung eines Schlichters.

Der Schlichterspruch, dem sich beide Parteien im Juli 1958 unterwarfen, sah zugleich eine Neuregelung des betrieblichen Prämiensystems und seiner Berechnungsgrundlagen sowie eine Erhöhung der Tariflöhne vor.[177] Der Ecklohn wurde pro Stunde für die Maxhütte auf DM 1,78 angehoben und den Leistungslöhnern eine Qualifikationszulage von durchschnittlich zehn Prozent gewährt; bei zehn Prozent des Tariflohnes lagen auch die Leistungszulagen der Zeitlöhner, während die Tarifgehälter der Angestellten um sechs Prozent stiegen.[178] Insgesamt blieb das Volumen des Abschlusses etwa im Rahmen der bisherigen Lohnsumme. Einige Fragen der Lohnfindung, vor allem die Festsetzung der „Normalleistung"[179], blieben weiterhin umstritten. Allerdings kamen beide Tarifparteien überein, zunächst den tariflosen Zustand durch das drohende Auslaufen der Tarifvertragslaufzeiten zu verhindern und die Schlichtungsverhandlungen zu einem späteren Zeitpunkt fortzusetzen.[180]

Konnte die IG Metall mit dem Ergebnis zufrieden sein? Erwin Essl und Fritz Mertel mußten mit gemischten Gefühlen auf die Lohnverhandlungen zurückblikken. Die konjunkturelle Lage und die besondere Situation der Maxhütte am Rand des europäischen Stahlmarktes hatten ihren Tribut gefordert und im Krisenjahr 1958 ihre bargaining power deutlich geschwächt.[181] Daran konnte auch der hohe Organisationsgrad der IG Metall in der Max- und der Luitpoldhütte nichts Wesentliches ändern.[182] Die Streikandrohung und die Unterstützung durch die Frankfurter Gewerkschaftszentrale hatten ihre Wirkung aber doch nicht ganz verfehlt: Immerhin hatten die Arbeitgeber ihre Position aufgegeben, nur einen Vertrag zu unterzeichnen, der einen Lohnabbau beinhaltete, und immerhin

[175] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 107, Protokoll über die Betriebsratssitzung vom 24. 6. 1958, folgendes nach ebenda.

[176] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 171, Niederschrift über die Fortsetzung der Tarifverhandlungen für die oberpfälzische Hüttenindustrie mit der IG Metall vom 26. 6. 1958.

[177] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 107, Niederschrift über die Fortsetzung der Tarifverhandlungen vom 10. 7. 1958.

[178] Vgl. das Ergebnis des Schiedsspruchs für die oberpfälzische Hüttenindustrie vom 10. 7. 1958 (Abschrift), in: „Kommt nicht in Frage, meine Herren", S. 95.

[179] Da sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer nach wie vor an dem Begriff „Normalleistungen" rieben, wurde er im Urteil des Schiedsspruches durch „Prämienausgangsbasis" ersetzt.

[180] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 168, Niederschrift über die Besprechung des Schiedsspruches für die oberpfälzische Hüttenindustrie vom 23. 7. 1958.

[181] Zu den strukturellen Bedingungen für Tarifparteien vgl. auch Müller-Jentsch, Industrielle Beziehungen, S. 210f.

[182] Nach Holger Meyer ist der Organisationsgrad der Gewerkschaften für ihre tarifpolitische Handlungsmacht nicht entscheidend. Eine plausible Begründung kann er dafür nicht bieten. Vgl. Holger Meyer, Faktoren unterschiedlichen Tarifverhaltens. Gesamtmetall und Gesamttextil im Vergleich. Diss., Berlin 1998, S. 31.

konnte die IG Metall den „Wildwuchs" betrieblicher Sondervereinbarungen stoppen und ihre Entscheidungskompetenz auf die Ebene der Verkaufsbedingungen der Arbeitskraft ausdehnen.[183] Damit erfuhr die duale Struktur von Tarifautonomie und Betriebsverfassung eine spürbare Gewichtsverlagerung zugunsten der Gewerkschaften. In die Arena der Tarifautonomie wurden Konfliktgegenstände verlagert, über die bislang zwischen Betriebsrat und Management verhandelt worden war. Die funktionale Differenzierung der Konfliktebenen zwischen Kapital und Arbeit in unterschiedliche Arenen der Auseinandersetzung erwies sich damit als ein anpassungsfähiges System industrieller Beziehungen, das zugleich die Machtbalance unterschiedlicher Akteure widerspiegelte. Zumindest in dieser Frage konnte die IG Metall-Bezirksleitung in München einen kleinen Erfolg verbuchen, indem sie die duale Struktur zu ihren Gunsten veränderte.

Der Schlichterspruch selbst bot keinen Anlaß für Zufriedenheit. Denn von den Ausgangsforderungen der IG Metall war kaum etwas übrig geblieben. Das galt für die Frage einer Erhöhung des Anteils der Arbeitnehmer am Sozialprodukt ebenso wie für den Streitpunkt Arbeitszeitverkürzung. Den Arbeitgebern war es gelungen, die gewerkschaftlichen Initiativen ins Leere laufen zu lassen. Nach Jahren nur widerwillig akzeptierter Tariflohnerhöhungen bot ihnen der Einbruch auf dem Stahlmarkt den willkommenen Anlaß, ihre gestärkte Verhandlungsmacht auszuspielen. Es mag zutreffend sein, daß es zwischen den gewerkschaftlichen Spitzenfunktionären und den Repräsentanten des bayerischen Arbeitgeberverbandes bereits seit den fünfziger Jahren gute und bisweilen enge persönliche Verbindungen gegeben hat.[184] Von einer besonderen „bayerischen Note" der Tarifpolitik zu sprechen, scheint dagegen übertrieben. Die Verhandlungen zwischen der IG Metall und der oberpfälzischen Hüttenindustrie lassen jedenfalls zu diesem Zeitpunkt davon nichts erkennen. Einer sozialpartnerschaftlichen Idylle glich das Verhältnis der Tarifparteien jedenfalls nicht.[185]

c) Kirchliche Konkurrenten: Die Christlichen Gewerkschaften und der Kampf um die Sonntagsarbeit

Während die IG Metall mit den Attacken der Arbeitgeber fertig werden mußte, plagten die IG Bergbau andere Sorgen.[186] Ihr drohte in Gestalt der Christlichen Gewerkschaften Konkurrenz im eigenen Lager zu erwachsen. Diesen gelang es nämlich seit Anfang der sechziger Jahre, in einigen kleineren Betrieben Fuß zu fassen und sich gegen den massiven Widerstand der Einheitsgewerkschaft zu eta-

[183] Vgl. Müller-Jentsch, Industrielle Beziehungen, S. 195f.

[184] Vgl. Moser, Arbeitgeberverbände, S. 153.

[185] Dafür spricht auch die „Tarifflucht" des Arbeitgeberverbandes im Jahr 1959, als man kurz vor Abschluß des Vertrages den Arbeitgeberverband wechselte, um einen günstigeren Tarifvertrag zu erhalten; zur Reaktion der Gewerkschaften vgl. „Kommt nicht in Frage, meine Herren", S. 35; grundsätzlich zur Tarifpolitik des VBM vgl. Moser, Arbeitgeberverbände, S. 212–235.

[186] Zur Geschichte der Christlichen Gewerkschaft in Bayern nach 1945 vgl. Krenn, Grypa, Gewerkschaften, S. 61–63. Eine umfassende Darstellung zur Geschichte der katholischen Arbeitnehmerbewegung in Bayern hat nun Dietmar Grypa vorgelegt: Die Katholische Arbeiterbewegung in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1963), Paderborn u. a. 2000; für das Bundesgebiet vgl. Helene Thiesen, Christlich-soziale Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaftsfrage 1945–1953, Diss., Bonn 1988.

blieren. Das war kein neuer Konflikt: Seit Anfang der fünfziger Jahre war es immer wieder zu erheblichen Spannungen zwischen christlich-sozialen Gruppen und dem DGB gekommen. Die Frage der zukünftigen Wirtschafts- und Sozialordnung stand dabei ebenso im Zentrum der Auseinandersetzung wie die Diskussion um die Wiederbewaffnung oder die künftige bayerische Schulpolitik.[187] Die Spannungen zwischen katholischer Kirche und CDU auf der einen und dem DGB auf der anderen Seite waren spätestens seit dem Bundestagswahlkampf von 1953 offenkundig geworden. Hohe katholische Würdenträger traten immer häufiger als Kritiker der Einheitsgewerkschaft auf und warfen dem DGB vor, die christlich-sozialen Interessen nicht ausreichend zu vertreten und einseitig auf die Sozialdemokratie zu setzen. Manche der christlichen Gewerkschafter, die bisher im DGB und in der IG Bergbau organisiert gewesen waren, glaubten, Indizien dafür zu haben, daß die Bergarbeitergewerkschaft unter dem fatalen Einfluß kommunistischer Agitatoren stehe, deren Macht nur durch eine eigene Organisation zu begrenzen sei.

Solche Vorwürfe wurden immer lauter und mündeten schließlich in der Frage, ob die Einheitsgewerkschaft für Katholiken überhaupt noch tragbar sei. Die Gegenreaktion vieler Gewerkschafter war beinahe vorprogrammiert: Sie fühlten sich in ihren alten antikirchlichen Feindbildern bestätigt und vermuteten hinter dem Störfeuer, das insbesondere die Katholische Arbeitnehmer Bewegung (KAB) entfachte, eine gefährliche Mischung aus „Kapital, Klerus und kirchenhörigen Arbeitergruppen".[188]

Zunächst im Geheimen wurden auf unterschiedlichen Ebenen Initiativen zur Gründung einer christlichen Gewerkschaft vorangetrieben.[189] Die Strategie sah vor, in einer ersten Phase engagierte katholische Christen in den Betrieben anzusprechen, ihre Unzufriedenheit mit dem DGB zu schüren und sie von der Notwendigkeit einer christlichen Alternative zur bestehenden Einheitsgewerkschaft zu überzeugen. Nach der betrieblichen Mobilisierungsphase, in der den katholischen Arbeitnehmerorganisationen eine zentrale Rolle zufiel, sollte schließlich die überregionale Vernetzung erfolgen.[190] Ein erster Schritt auf diesem Weg war die Gründung der „Betriebsaktion Rhein-Ruhr", in der sich die christlich-sozialen Kollegen, die sich in ihren Betrieben nicht angemessen berücksichtigt fühlten, bei den Betriebsratswahlen 1955 zu einer eigenen Liste zusammenschlossen und in unmittelbare Konkurrenz zur Einheitsgewerkschaft traten.

Die Erfolge im Bundesgebiet ließen sehr zu wünschen übrig. Aus der Sicht führender katholischer Standesvertreter gab es dennoch keinen Grund, das Vorhaben einer Gewerkschaftsgründung aufzugeben. Zwar bestritt die KAB noch immer alle Vorwürfe ihrer christlichen Kollegen innerhalb des DGB, die Einheitsgewerkschaft spalten zu wollen[191], doch waren im ganzen Bundesgebiet Initiativen zu erkennen, die keinen Zweifel daran ließen, daß mit Unterstützung eines erheb-

[187] Vgl. zusammenfassend Schroeder, Katholizismus, S. 181–184.
[188] Vgl. Schroeder, Katholizismus, S. 183.
[189] Ebenda, S. 173 ff.
[190] Vgl. dazu die Darstellung aus der Sicht der christlichen Arbeitnehmer: Lesius, Der Weg von unten! Zur Gründung christlicher Arbeiter- und Angestelltengewerkschaften in Deutschland, Essen 1954 (im Selbstverlag).
[191] Vgl. Scholl, Neugründung, S. 45 f.

lichen Teils der katholischen Bischofskonferenz die Gründung einer eigenen, christlichen Gewerkschaft vorbereitet wurde. Der Gründungskongreß der CGD fand schließlich am 30. Oktober 1955 in Essen statt. Der wütende Protest des DGB konnte daran nichts ändern.[192]

Der CGD blieb in Bayern wie im Bund eine marginale Erscheinung.[193] Regional konnte er aber durchaus Bedeutung erlangen.[194] Die Schwerpunkte der Gründungsinitiativen lagen neben dem Saarland[195] im Ruhrgebiet und im Sauerland, in Teilen Hessens und auch in Nord- und Ostbayern.[196] Hier waren es vor allem die Regionen um Bamberg, Lichtenfels und Schweinfurt[197] sowie die Region zwischen Weiden und Amberg, in denen der CGD Stützpunkte aufbauen konnte. Verläßliche Angaben über Mitgliederzahlen des CGD liegen für den Untersuchungszeitraum nicht vor; auf dem Höhepunkt der Entfaltungskraft in den siebziger Jahren waren es wohl bayernweit nicht mehr als 48000 Frauen und Männer, zehn Jahre zuvor etwa 10000 weniger.[198] Während die großen Gewerkschaften IG Metall oder ÖTV die christliche Konkurrenz nur in Ausnahmefällen als ernstzunehmende Konkurrenz wahrnahmen, sah die organisatorisch schwächere Bergarbeitergewerkschaft in den Werbe- und Gründungsinitiativen der CGD mehr als nur eine nur lästige Bedrohung, zumal in einem Land wie Bayern, das überwiegend katholisch war. Während in Großbetrieben wie der Bayerischen Braunkohlen-Industrie AG der Organisationsgrad, die soziale Vernetzung mit der Gemeinde und die Reputation der Gewerkschaft so groß war, daß kaum Versuche unternommen wurden, Listen gegen die IG Bergbau aufzustellen und das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zu durchbrechen, waren die Arbeiter kleinerer Bergbaubetriebe, die über keine längere Gewerkschaftstradition oder nur über einen schwachen Funktionärsapparat verfügten, durchaus empfänglich für die Werbungsversuche des CGD.[199] Selbst bei der BBI gab es in den frühen sechziger Jahren kurze Zeit das Gerücht, daß neben der IG Bergbau auch eine Liste christlicher Gewerkschafter zur Betriebsratswahl antreten wolle. Der Betriebsrat reagierte zusammen mit der IG Bergbau-Ortsverwaltung Wackersdorf rasch und suchte

[192] Zur Reaktion der IG Metall: Metall vom 26. 10. 1955, S. 2; Metall vom 9. 11. 1955, S. 3: Zur Neugründung der christlichen Gewerkschaften in Deutschland, in: Herder-Korrespondenz 10 (1955/1956), S. 191–195. Zum Einfluß des CGD vgl. IGM-ZA im AdsD, 0613/614, CGD-Umfrage 1956–1957.

[193] Vgl. dazu aus IG Metall-Sicht Otto Heßler, „Ein Gebilde ohne Substanz". Das Ergebnis einer Umfrage über die CGD, in: Der Gewerkschafter 1957, H. 4, S. 2f.; zu den Anfängen auch Grypa, Arbeiterbewegung, S. 444–451.

[194] Dazu Merkel, Industriegewerkschaft Metall, Dok. 10 vom 3. 5. 1957, S. 89–96.

[195] Im katholischen Saarland konnten die christlichen Gewerkschaften ihre größten Erfolge verbuchen und sich teilweise als hartnäckiger Konkurrent des DGB etablieren; vgl. Hans-Christian Hermann, Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945 bis 1955, Saarbrücken 1996.

[196] Dörrich, Schönhoven, Industriegewerkschaft Metall, Dok. 80 vom 30. 11. 1955, S. 653 ff; Dörrich, Schönhoven, Industriegewerkschaft Metall, Dok. 83 vom 2. 2. 1956, S. 660ff.; zu diesem Zeitpunkt soll der CGD rund 8000 Mitglieder gehabt haben, was freilich von Gewerkschaftsseite als deutlich zu hoch angesehen wurde.

[197] Ausführlich auch Ludwig Unger, Die katholische Arbeitnehmerbewegung auf neuen Wegen – das katholische Werkvolk in der Erzdiözese Bamberg 1946–1963, Bamberg 1993; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 121, Rundschreiben der IG Metall Bezirksleitung vom 14. 9. 1959, S. 7.

[198] Angaben nach Krenn, Grypa, Gewerkschaften, S. 61. Die Zahlen, die auf den Angaben des CGB-Landesvorsitzenden Günther Biesenberg beruhen, scheinen wohl eher zu hochgegriffen.

[199] Dazu vgl. Krenn, Grypa, Gewerkschaften, S. 62.

das Gespräch mit einem Vertreter der CSU und dem katholischen Werkvolk. Die Gerüchte erwiesen sich dann allerdings als gegenstandslos, die Einheitsgewerkschaft stand nicht in Frage, so daß der Betriebsrat das Problem zur „vollsten Befriedigung der Organisation" lösen und alle Spaltungsversuche unterbinden konnte.[200]

IG Metall und christliche Gewerkschaften in der Eisen- und Stahlindustrie

Während die nordbayerischen Bergarbeiter ihr Terrain gegen die „Spalter der Einheitsgewerkschaft" souverän verteidigen konnten[201], hatten die Maxhütten-Betriebsräte und die IG Metall-Funktionäre der Ortsverwaltung in Sulzbach-Rosenberg größere Mühe, die Herausforderung zu bestehen. Im Bundesgebiet war das anders; dort endete der Versuch des Christlichen Metallarbeiter Verbandes, bei den Betriebsratswahlen mit eigenen Listen anzutreten, in einem Fiasko.[202] Bei der Maxhütte hingegen konnten die christlichen Gewerkschafter 1961 eine Reihe eigener Kandidaten durchsetzen und die absolute Hegemonie der IG Metall in Frage stellen.[203] Das hatte Gründe, und die hingen vor allem mit der aktuellen Schwäche der IG Metall und des Betriebsrats zusammen.

Fritz Mertel war als Betriebsratsvorsitzender überraschend zurückgetreten und nahm eine führende Position in der technischen Betriebswirtschaftsstelle in Haidhof an.[204] Diese Entscheidung sorgte für große Unruhe. Mertel begründete seinen Abschied aus Sulzbach-Rosenberg mit dem Hinweis, er habe innerhalb der Belegschaft das Vertrauen für seine Arbeit verloren. Tatsächlich waren viele Arbeiter mit der Verhandlungslinie des Betriebsratsvorsitzenden während des Bierstreiks[205] nicht einverstanden gewesen. Seine Kompromißbereitschaft hatte ihn in den Augen vieler als Arbeitnehmervertreter diskreditiert, und noch immer war die Empörung über den eingeschränkten Alkoholkonsum groß. Hartnäckig hielten sich jedoch auch Gerüchte, der langjährige Vorsitzende habe sich von der Unternehmerseite mit der neuen Position in Haidhof „kaufen" lassen.[206] Die Hintergründe lassen sich im einzelnen nicht mehr genau aufhellen, klar ist aber, daß der Unmut an der Basis sich bald nicht mehr nur gegen den unrühmlichen Abgang Mertels richtete, sondern auch gegen den gesamten Betriebsrat und das „SPDDGB-Monopol"[207] und die vermeintlich korrupten Funktionäre. Es wurde eine Unterschriftenaktion gestartet, in der der Rücktritt des gesamten Betriebsrates gefordert

[200] Auskunft Hans Kulzer vom 26. 8. 1997.
[201] Vgl. dazu Süß, „Glückauf", S. 76ff.
[202] Geschäftsbericht des Vorstandes 1958/1959 der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1960), S. 83. Von den 46215 gewählten Betriebsräten gehörten lediglich 183 dem CMV an.
[203] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Betriebsratswahl, Vorschlagsliste für die Wahl des Betriebsrates vom 29. 3. 1961.
[204] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 39, Betriebsratssitzung vom 18. 7. 1960; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 144, Tätigkeitsbericht des Betriebsrates vom 5. 9. 1960.
[205] Vgl. dazu S. 172–176.
[206] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Rote Mappe, vertrauliche Aktennotiz (undatiert, 1960).
[207] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Betriebsratswahl, Flugblatt der Christlichen Gewerkschaft, Ortsstelle Sulzbach-Rosenberg zur Betriebsratswahl am 20. 4. 1961.

wurde.[208] Vor allem die christlichen Gewerkschafter spielten dabei eine prominente Rolle. Sie präsentierten sich der Belegschaft als Erneuerer und forderten „neue Männer in den Betriebsrat".[209] Mit ihrer Wahl sollte die „gleichmacherische[n] Lohnpolitik auf dem Rücken der sozial Schwachen"[210] beendet und christlich-soziale Solidarität statt der „Zwangsunion der Funktionäre" zum neuen betrieblichen Leitbild werden. Besonders kritisierten sie den „sozialen Zwang zur Sonntagsarbeit", den sie durch den IG Metall-Betriebsrat ausgeübt sahen.

Die IG Metall warnte vor den Folgen der Spaltung und der Fraktionsbildung im Betriebsrat: „Habt Vertrauen zu Eurer Gewerkschaft"[211], mahnte sie die Stahlarbeiter. „Die Erfahrungen der Vergangenheit, vor allem aber Erfahrungen aus ähnlichen Situationen, die andere Belegschaften durchstehen mußten, haben uns gelehrt und bewiesen, daß bei solchen Aktionen immer nur andere profitieren und letzten Endes Belegschaftsmitglieder selbst geschädigt werden." Der flammende Appell blieb aber ohne Wirkung, die Spaltung ließ sich nicht mehr verhindern.

Das war so nicht unbedingt vorauszusehen gewesen. Denn bei aller Skepsis gab es kurz nach Kriegsende zunächst weder für die katholischen Geistlichen noch für die katholischen Arbeiter in Rosenberg einen Zweifel: Die Einheitsgewerkschaft galt ihnen trotz größerer Vorbehalte als hohes und schützenswertes Gut. Zwar müsse auf „strenge Neutralität geachtet werden"[212], doch könne an einer „aktiven Mitarbeit" kein Weg vorbeiführen. Schließlich, so führte der zuständige Präses Schindler anläßlich der Gründung des DGB 1949 vor den Mitgliedern des katholischen Werkvolkes aus, habe der Gewerkschaftsbund zahlreiche Beschlüsse des Bochumer Katholikentages[213] aufgenommen und sich damit in die gleiche Richtung orientiert, die Papst Pius XI. in sozialpolitischen Fragen vorgegeben habe. Die katholische Soziallehre schütze die arbeitenden Menschen genauso wie das Eigentum, erklärte Schindler bei anderer Gelegenheit. „Wenn wir auch wissen, daß die Erde nie ein Paradies sein wird, so ist es doch Pflicht der Politik, der Unternehmer und des Staates, eine wirtschaftliche Grundlage zu schaffen, die den Menschen vor wirtschaftlichen Schwierigkeiten und unvorhergesehener Not schützt."[214] Es war deshalb konsequent, daß die Rosenberger Katholiken auch zeitgleiche Initiativen ihrer protestantischen Glaubensbrüder ablehnten, die in Essen eine eigenständige evangelische Gewerkschaft außerhalb des DGB ins Leben gerufen hatten.[215]

[208] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 39, Betriebsratssitzung vom 29. 8. 1960.

[209] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Betriebsratswahl, Flugblatt der Christlichen Gewerkschaft, Ortsstelle Sulzbach-Rosenberg zur Betriebsratswahl am 20. 4. 1961.

[210] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Betriebsratswahl, Flugblatt der CGD Pressestelle: „Wir alle wollen" (undatiert).

[211] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 121, IG Metall Amberg, Aufruf vom 20. 9. 1960; folgendes nach ebenda.

[212] Sammlung Stubenvoll, Auszüge aus dem Protokollbuch der KAB, Sulzbach-Rosenberg, vom 1. 1. 1948.

[213] Vgl. Peter Friedemann, Sozialer Katholizismus im Wandel am Beispiel des Katholikentages 1949, in: Rainer Bovermann u. a. (Hrsg.): Das Ruhrgebiet. Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946–1996, Essen 1996, S. 63–79.

[214] Sammlung Stubenvoll, Auszüge aus dem Protokollbuch der KAB, Sulzbach-Rosenberg, vom 9. 5. 1954.

[215] Sammlung Stubenvoll, Auszüge aus dem Protokollbuch der KAB, Sulzbach-Rosenberg, vom 1. 1. 1948.

Trotz dieser gemeinsamen Grundüberzeugung blieb das Fundament der Einheitsgewerkschaft dünn. Differenzen gab es beispielsweise bei kultur- und gesellschaftspolitischen Fragen wie der Stellung der Frau in der Arbeitswelt, der Kindergeldfrage[216] oder bei der Bildungsarbeit. Während die IG Metall für eine Politik der Gleichberechtigung und für die Angleichung der Löhne von Frauen und Männern eintrat, machte das katholische Werkvolk mit seinen geistlichen Würdenträgern an der Spitze keinen Hehl daraus, welche gravierenden, ja „unchristlichen" Folgen daraus für die abendländische Gesellschaft erwachsen würden: Im Frühjahr 1954 wies Präses Salat deshalb vor rund 40 Männern mit großer Emphase darauf hin, daß die Forderung nach Gleichberechtigung von Mann und Frau im „Widerspruch zur Bibel" stehe.[217] Dort heiße es schließlich, die Frau sei dem Mann untertan, und auch Papst Pius XI. habe deutlich gemacht, daß in einer Ehe wie im Leben „einer vorausgehen und der andere ihm folgen" solle. Die größte Gefahr lauerte nach Ansicht des Werkvolkes in dem zunehmenden Verfall von Sitte und Moral in der modernen Gesellschaft. Eines Tages, so der kulturpessimistische und antimoderne Grundtenor, werde das abendländische Volk wie einst das stolze Rom „hingerafft".[218] „Die Zerfressenheit der eigenen und übrigen Völker des Abendlandes" bedrohe das christliche Europa, dem nur mit „radikalkatholischem Denken" begegnet werden könne. Daß freizügige und unmoralische Kinofilme wie „Die Sünderin"[219] überhaupt gezeigt werden durften, war den Katholiken in Sulzbach-Rosenberg ein deutliches Zeichen für den zunehmenden moralischen Verfall der westlichen Welt. Im Laufe der fünfziger Jahre verschärfte sich die Tonlage ihrer Kritik, und insbesondere die geistliche Leitung ließ bei den Veranstaltungen des Werkvolkes keine Gelegenheit aus, um vor moralischen Fehltritten zu warnen und die katholischen Arbeitnehmer zu Treue und Gehorsam aufzurufen. Die moderne Welt habe sich, so der Grundtenor der Kritik, zu einer anonymen und gottlosen Gesellschaft entwickelt, in der alle Menschen nur noch ihren eigenen Zielen nacheiferten, sich aber weder um die Gemeinschaft noch um den Mitmenschen zu kümmern bereit seien. Die Triebfeder der Zeit sei das Gewinnstreben und der „persönliche[n] Vorteil".[220]

Zeitgleich mit der Verschärfung ihres Kampfes gegen den „Zeitgeist" wurde auch die Kritik an der Einheitsgewerkschaft immer schärfer. Der örtliche Klerus wollte seine Gefolgschaft vor einer Vereinnahmung durch den politischen Gegner schützen und rief zu offenem Widerstand gegen den „Materialismus" und „Sozia-

[216] Auf seiten des Werkvolkes hatte besondere Empörung ausgelöst, daß einige Gewerkschafter 1951 das Kindergeld als „Aufzuchtprämie" bezeichnet und die Familienpolitik der Union massiv kritisiert hatten. Zwar hielt es Fritz Mertel für kaum möglich, mit den christlichen Kollegen in dieser Frage einen Konsens zu erzielen, doch schien ihm der Konflikt nicht so gravierend, als daß er die Einheitsgewerkschaft hätte gefährden können. DGB-Archiv im AdsD, 5, Betriebsrat Mertel an den IG Metall-Vorstand vom 13. 11. 1951.

[217] Sammlung Stubenvoll, Auszüge aus dem Protokollbuch der KAB, Sulzbach-Rosenberg, vom 4. 4. 1954, folgendes nach ebenda.

[218] Sammlung Stubenvoll, Auszüge aus dem Protokollbuch der KAB, Sulzbach-Rosenberg, vom 4. 3. 1951.

[219] Zur Rezeptionsgeschichte des Films vgl. Kirsten Burghardt, Werk, Skandal, Exempel. Tabubruch durch fiktionales Modell: Willi Forsts „Die Sünderin" (BR Deutschland 1951), München 1996.

[220] Sammlung Stubenvoll, Auszüge aus dem Protokollbuch der KAB, Sulzbach-Rosenberg, vom 13. 4. 1958.

lismus" bei der Maxhütte auf. Damit geriet auch der Betriebsrat unter immer heftigeren Beschuß, in dem man bisweilen die Speerspitze des Moskauer Bolschewismus zu erkennen glaubte. „Die Wahrheit erkennen, die Wahrheit bekennen und aus der Wahrheit leben"[221] überschrieb Werkvolk-Präses Alois Schindler 1951 seine Festpredigt anläßlich des sechzigsten Jahrestages der Sozial-Enzyklika „Rerum Novarum". Wenn es freilich darum gehe, das katholische Bekenntnis auch im Betrieb unter Beweis zu stellen, fehle es den katholischen Arbeitern häufig an Mut, für ihr christliches Bekenntnis einzustehen. Massiv attackierte Schindler den Betriebsrat[222]: „Eine kleine Gruppe Kommunisten könne im Betrieb das große Wort führen, sie nehmen den Mund voll und lügen unwidersprochen". Katholische Männer sollten nicht nur am Sonntagvormittag pflichtbewußt in die Kirche gehen und Gott loben, sondern müßten auch im Alltag ihren Glauben bezeugen und ihrem politischen Gegner nicht gleichgültig gegenüberstehen. „Ein richtiger Mann", so Schindler, „dürfe keinen Zweifel darüber lassen, auf welcher Seite er stehe", und dies könne nur die Union und Konrad Adenauer sein.

Bereits im Vorfeld der Betriebsratswahlen von 1955 war das Verhältnis zwischen der örtlichen IG Metall und dem katholischen Werkvolk merklich angespannt gewesen.[223] Noch stand die Einheitsgewerkschaft aber nicht zur Disposition. Die engagierten christlichen Gewerkschafter blieben in der IG Metall und kandidierten auf der Einheitsliste. Doch wurde die Kritik an den „roten Funktionären"[224], die aus der Sicht der Katholiken die IG Metall beherrschten und innerhalb des Betriebes für die SPD und ihre marxistischen Parolen warben, zunehmend lauter.[225] „Zu keiner Zeit", so das harsche Urteil des Werkvolk-Präses Salat, „sei das katholische Werkvolk notwendiger als heute gewesen, wo Marxismus und Materialismus mit allen legalen und illegalen Mitteln versucht in die Menschen einzudringen." Wer damit gemeint war, lag auf der Hand: Die Sozialdemokratie und der DGB, deren vordringliches Ziel die „politische Zersetzung des Arbeiters" sei.[226]

Dabei blieb es nicht. Der geistliche Leiter und die Mitglieder des Werkvolkes riefen dazu auf, in den neuen Betriebsrat nur Katholiken und Mitglieder ihres Verbandes zu wählen.[227] Das war mehr als eine offene Kampfansage der Gruppe, die sich als „christlich-soziale Kollegenschaft" innerhalb des DGB organisiert hatte. Die Reaktion der IG Metall fiel entsprechend deutlich aus: Es sei eine Beleidigung für jeden „anständigen Gewerkschafter und [für jedes] Belegschaftsmitglied,

[221] Sammlung Stubenvoll, Auszüge aus dem Protokollbuch der KAB, Sulzbach-Rosenberg, vom 20. 5. 1951, folgendes nach ebenda.

[222] Sammlung Stubenvoll, Auszüge aus dem Protokollbuch der KAB, Sulzbach-Rosenberg, vom 19. 1. 1958; folgendes nach ebenda.

[223] Vgl. zu den Betriebsgruppen des Werkvolkes und zu den Spannungen mit dem DGB Grypa, Arbeiterbewegung, S. 310–325.

[224] Sammlung Stubenvoll, Auszüge aus dem Protokollbuch der KAB, Sulzbach-Rosenberg, vom 8. 8. 1954.

[225] BayHStA, NL Ehard, 1203, Erfahrungsbericht für die Zeit vom 26. bis 29. 1. 1953 im Raum Oberpfalz vom komm. CSU-Landesgeschäftsführer Alois Engelhard.

[226] Sammlung Stubenvoll, Auszüge aus dem Protokollbuch der KAB, Sulzbach-Rosenberg, vom 20. 3. 1955.

[227] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 146, Flugblatt der IG Metall (1955); zu den Werkgemeinschaften der christlichen Arbeitnehmer vgl. auch Grypa, Arbeiterbewegung, S. 313–324.

wenn die katholische Geistlichkeit glaubt, gemeinsam mit dem katholischen Werkvolk das Christentum in Pacht zu nehmen." Schließlich sei es nicht die Kirche, sondern die Gewerkschaft gewesen, die die Lohnerhöhung gegen den erbitterten Widerstand der Unternehmer erkämpft habe. Die Kirchen blieben in diesen Fragen zumeist stumm. Die Gewerkschafter der Maxhütte forderten deshalb die Belegschaft auf, diese „unerhörte Provokation" entsprechend zu quittieren und in den Betriebsrat keinen der „sogenannten christlichen Arbeitnehmer" zu wählen, die sich innerhalb des Werkvolkes engagierten.

Vor der gefährlichen „Doppelgesichtigkeit mancher IG Metall-Mitglieder"[228] warnte auch die IG Metall-Bezirksleitung in München. In einzelnen Fällen, so urteilte sie, könne man die „undurchsichtige und zweifelhafte Haltung sogenannter ‚christlicher' Kollegen" beobachten, „die als Mitglieder der IG Metall die CGD, bezw. ihr nahestehende Kräfte, offen oder indirekt unterstützen." Trotz des heftigen Protests der IG Metall konnten die christlichen IG-Metaller und Werkvolkmitglieder vier der 18 Sitze im Betriebsrat erobern. Ihr Rückhalt bei einem Teil der Belegschaft war also ungebrochen.

Treibende Kraft der christlichen Metaller war Hans Donhauser. Er war Vorsitzender des katholischen Werkvolkes und zugleich auch Betriebsrat der Maxhütte. Bereits sein Vater war vor dem Zweiten Weltkrieg aktiver christlicher Gewerkschafter gewesen und hatte 1947 den katholischen Arbeiterverein wieder mit aufgebaut. Die katholische Arbeitnehmerbewegung, die bereits vor 1933 in Sulzbach-Rosenberg über eine schlagkräftige, wenn auch gemessen an den freien Gewerkschaften eher kleine Organisation verfügt hatte, bildete den Kern der christlichen Gewerkschafter. In der Regel waren die Funktionsträger von Werkvolk und „christlich-sozialen Kollegen" identisch, und politische wie strategische Entscheidungen wurden in der Regel in den örtlichen Gremien des Werkvolkes gefällt, deren Mitglieder beinahe ausnahmslos Parteigänger der CSU waren.[229] Neben der parteipolitischen Vorfeldarbeit für die CSU gab es ein zentrales Aktionsfeld, das die christlichen Gewerkschafter und das katholische Werkvolk der Maxhüttenregion in besonderer Weise bewegte: die Ausdehnung der Sonntagsarbeit in der Montanindustrie.

Worum ging es? Die Eisen- und Stahlindustrie boomte, und um eine möglichst umfassende Nutzung der Betriebsanlagen zu gewährleisten und der steigenden Nachfrage gerecht zu werden, waren die Hütten im Ruhrgebiet schon Mitte der fünfziger Jahre auf einen dreischichtigen Betrieb umgestiegen.[230] Die Erhöhung der wöchentlichen Betriebszeit war aber nur unter der Voraussetzung möglich, daß die geltenden Regelungen zur Sonntagsarbeit durch Sondergenehmigungen außer Kraft gesetzt wurden. Zwar hatte das Grundgesetz bereits Sonn- und Feiertage als „Tage der Arbeitsruhe" anerkannt und gesetzlich geschützt[231], doch regelten die jeweiligen Gewerbeordnungen die genauen Vorschriften, unter welchen

[228] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 121, Rundschreiben der IG Metall Bezirksleitung München vom 14. 9. 1959, S. 3; folgendes nach ebenda.

[229] Sammlung Stubenvoll, Auszüge aus dem Protokollbuch der KAB, Sulzbach-Rosenberg, vom 28. 10. 1951.

[230] Sammlung Stubenvoll, Weissbuch über die Sonntagsarbeit in der Stahlindustrie, erarbeitet vom Wissenschaftlichen Beirat der KAB (um 1960).

[231] GG Art. 140.

Bedingungen Sonntagsarbeit zulässig war. Im Ruhrgebiet arbeiteten die Elektrostahl- und Siemens-Martin-Werke bis 1957 auf der Basis einer außerordentlichen Produktionsgenehmigung aus dem Jahr 1895.[232] Diese erlaubte es, sonntags ab 18.00 Uhr mit der Produktion zu beginnen. In der zwölfstündigen Produktionsruhe, die die Gewerbeordnung vorsah, konnten die Unternehmen jedoch ihre Reparatur- und Instandhaltungsarbeiten durchführen, so daß die Beschäftigten im Drei-Schichten-Betrieb bereits regelmäßig auch am Sonntag arbeiten mußten.

Mit dem nordrhein-westfälischen Arbeitszeitabkommen von 1957 erhielt die Diskussion um die Sonntagsarbeit neuen Schwung.[233] Die Vereinbarung der Tarifparteien reduzierte die Arbeitszeit auf 42 Wochenstunden und kam damit einem zentralen Anliegen gewerkschaftlicher Reformpolitik sehr nah.[234] Zugleich bot sie aber den Unternehmern die Möglichkeit, den Betrieb auf vier Schichten mit insgesamt 168 Produktionsstunden umzustellen. Das von den nordrhein-westfälischen Stahlproduzenten entsprechend bearbeitete Kabinett unter Ministerpräsident Karl Arnold (CDU) war damit bundesweit die erste Länderregierung, die eine solche Ausnahmeregelung erließ und es damit ermöglichte, die Wartung der Anlagen auf die Wochentage zu verlagern, damit auch am Wochenende regulär produziert werden konnte.

Die Maxhütte setzte dieser Beschluß zur Förderung des Stahlstandortes unter Zugzwang. Um im nationalen Wettbewerb nicht noch weiter zurückzufallen, stellte das Unternehmen im Mai 1959 bei der Gewerbeaufsicht Regensburg einen Antrag auf die Einführung der „kontinuierlichen Arbeitsweise für das Hüttenwerk Rosenberg".[235] In einigen Abteilungen wie im Hochofenbetrieb, im Kraftwerk und in der Gaserzeugung war auch bei der Maxhütte die eingeschränkte Arbeit an Sonntagen bereits zulässig, der Antrag zielte jedoch auf eine Sondergenehmigung auch für das Thomasstahl- und das Walzwerk ab.

Doch nicht alle waren über diese Entwicklung glücklich. Scharfe Kritiker einer wie auch immer gearteten Ausdehnung des Schichtbetriebes waren vor allem die Repräsentanten katholischer Arbeitnehmerorganisationen.[236] Wie die deutsche Bischofskonferenz, befürchteten auch die christlichen Metallarbeiter in Rosenberg, daß die Einführung der gleitenden Arbeitswoche das „in unserer Zeit schon bedrohte Familienleben noch weiter schädigen und ein Kernstück unserer Gesellschaftsordnung in Gefahr bringen" würde.[237] Die Anforderungen und der Zeitrhythmus einer marktwirtschaftlichen Ordnung standen im Widerspruch zum

[232] Merkel, Industriegewerkschaft, Dok. 55 vom 30. 5. 1961, S. 631–634, hier S. 631.

[233] Vgl. Heinz Theo Risse, Der christliche Sonntag in der ‚gleitenden Arbeitswoche', in: Frankfurter Hefte 12 (1957), S. 314–322; KNA-Pressedienst vom 15. 1. 1957, Gleitende Arbeitswoche. Materialdienst.

[234] Vgl. dazu Frese, „Samstags gehört Vati mir", S. 74–83; ausführlich Michael Schneider, Streit um Arbeitszeit. Geschichte des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung in Deutschland, Köln 1984.

[235] Sammlung Stubenvoll, Staatssekretär im Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge, Paul Strekert, an Landrat Dr. Raß, MdL, vom 7. 7. 1960; folgendes nach ebenda.

[236] Vgl. auch „Abschaffung des Sonntags in der deutschen Stahlindustrie", in: Herder Korrespondenz 11 (1956/1957), S. 236–241.

[237] Sammlung Stubenvoll, Weissbuch über die Sonntagsarbeit in der Stahlindustrie, erarbeitet vom Wissenschaftlichen Beirat der KAB (undatiert, um 1960), Stellungnahme der Bischofskommission für Wirtschaft und Gesellschaft innerhalb der Fuldaer Bischofskonferenz vom September 1960, o.O.o.J.

Wertekanon der christlichen Kirchen. Kirchliches Sonntagsgebot und unternehmerische Profitinteressen ließen sich nur schwer auf einen Nenner bringen. Deshalb wandten sich die örtlichen katholischen und evangelischen Pfarreien an den Betriebsrat und forderten ihn auf, alles zu unternehmen, um die drohende Einführung der gleitenden Arbeitswoche zu verhindern. Der ökonomische Druck, unter dem die Hütte stehe, sei zwar enorm, erklärten die evangelischen Christen in einem Schreiben an den Betriebsrat der Maxhütte. „Doch meinen wir, daß wir gerade im Westen – im Gegensatz zum Osten – uns niemals bemühen sollten, die Religion und das Menschliche vom Wirtschaftlichen beherrschen zu lassen."[238] In das gleiche Horn stießen auch die katholischen Pfarrämter von Sulzbach und Rosenberg. „Da wir die Würde der menschlichen Person für weitaus höher erachten als materiellen Erfolg, lehnen wir aber jegliche Ausweitung der Sonntagsarbeit – egal in welcher Form – ab."[239]

Selbstverständlich versuchte auch Hans Donhauser eine Reduzierung der bis dahin geltenden 16-stündigen sonntäglichen Produktionspause zu verhindern. Schon diese Regelung sei „unchristlich, unsozial" und widerspreche „ganz klar dem Gesetz Gottes", erklärte Donhauser in einem Schreiben an Bundesarbeitsminister Theodor Blank (CDU).[240] „Man möchte nicht glauben, dass sich eine Staatsführung, die sich zum Schutze des Sonntages und der Familie in der Verfassung bekennt, auch nur an eine solche Lösung dieser wichtigen Frage heranwagt – und das noch in einer Zeit der Hochkonjunktur, der zusehends fortschreitenden Technik bezw. der Arbeitszeitverkürzung." Es sei ihm unverständlich, wie eine Partei, der viele katholische Arbeitnehmer angehörten, sich dem Druck der Industrie beugen und christliche Grundsätze über Bord werfen könne. Dann sei der Weg nicht mehr weit, bis in Deutschland, ähnlich wie in der Sowjetunion, die Verfassung nur noch auf dem Papier stehe.

Ähnlich kämpferisch äußerte sich Donhauser auch im Betriebsrat. Dort gehörte er zusammen mit einigen christlichen Kollegen zu der kleinen Opposition, die sich auch von Hinweisen auf wirtschaftliche Sachzwänge nicht überzeugen ließ, den Plänen der Maxhüttenbetriebsleitung zuzustimmen, am Sonntag zusätzliche Schichten zu verfahren.[241] Bei der Abstimmung im Betriebsrat mußten er und seine Gefolgsleute allerdings eine schmerzhafte Niederlage einstecken: mit 13 zu 4 Stimmen befürworteten die übrigen Betriebsräte den Antrag der Betriebsdirektion – allerdings nicht vorbehaltlos; auch die Mehrheit der IG Metall-Betriebsräte kritisierte die Pläne zur Ausweitung der Sonntagsarbeit.[242] Ihr Zugeständnis machten sie häufig davon abhängig, wie die Arbeitgeber zusätzliche Schichten

[238] IGM-ZA im AdsD, 1–1/1114-b, Evang-Lutherisches Pfarramt an den Betriebsratsvorsitzenden der Maxhütte vom 4. 12. 1959.

[239] IGM-ZA im AdsD, 1–1/1114-b, Erklärung der katholischen Pfarrämter vom 6. 12. 1959.

[240] Sammlung Stubenvoll, Hans Donhauser, 1. Vorsitzender des katholischen Werkvolkes Sulzbach-Rosenberg an Bundesarbeitsminister Theodor Blank vom 1. 9. 1960; gleichlautende Schreiben gingen an das Bundeswirtschaftsministerium, den Arbeitsminister von NRW, Bischöfe und CSU-Politiker.

[241] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 107, Protokoll der außerordentlichen Betriebsratssitzung vom 17. 10. 1958; Protokoll über die außerordentliche Betriebsratssitzung vom 17. 10. 1958 (Zusätzliche Sonntagsproduktion).

[242] Als ein Beispiel unter vielen: DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 39, Außerordentliche Betriebsratssitzung vom 7. 10. 1960.

entlohnten. Blieb die Betriebsdirektion unter der Grenze eines Sonn- und Feiertagszuschlages von 75 Prozent, sank die Chance auf eine rasche Einigung mit den Betriebsräten erheblich.[243] Die Betriebsräte befanden sich hier in einer unbequemen Lage: Sie kannten die grundsätzlichen Vorbehalte der christlichen Arbeiter, sie wußten aber, daß viele Belegschaftsmitglieder die enormen Verdienstmöglichkeiten am Sonntag durchaus reizten, und sie durften auch das Gesamtwohl des Unternehmens nicht außer acht lassen.[244]

Allerdings blieben der Betriebsratsvorsitzende Mertel und sein Konkurrent und Kollege Hans Donhauser skeptisch gegenüber den Ausführungen der Betriebsleitung, die nach ihrer Einschätzung dazu neigte, die Konjunkturlage aus taktischen Gründen weitaus dramatischer darzustellen als sie in Wirklichkeit war. Und schon gar nicht waren sie bereit, sich den erpresserischen Versuchen der Unternehmensleitung zu unterwerfen, die Ende März 1959 behauptete, daß nur durch weitere Sonntagsschichten die Existenz der Maxhütte und ihrer Arbeiter gesichert werden könne.[245] Die Gewerkschafter beider Flügel waren sich in der Zurückweisung dieser Versuche ausnahmsweise einig. Wenn sie auch politisch Welten trennten, so lag ihnen beiden daran, die „Sonntagnachtschichten für die Zukunft zu verhindern."[246]

Die Spitze der IG Metall in Frankfurt hielt sich in der Debatte um die Sonntagsarbeit lange zurück. Sie hatte intern das Signal ausgegeben, erst dann eine öffentliche Stellungnahme abzugeben, wenn die Bundesregierung die seit geraumer Zeit geplante Gesetzesvorlage in das Parlament eingebracht haben würde.[247] Bis dahin gelte, so der IG Metall-Vorsitzende Otto Brenner, der Grundsatz: Sonntagsarbeit dürfe grundsätzlich keine Ausdehnung der Arbeitszeit und keine Lohneinbußen zur Folge haben. Die Argumente hatten zwar ein ähnliches Ziel, sie waren aber anders motiviert als die der christlichen Arbeitnehmer. Für die meisten Arbeiter war der Sonntag nämlich nicht „heilig", aber er spielte eine zentrale Rolle bei der Frage der generellen Arbeitszeitverkürzung und im Kampf für ein arbeitsfreies Wochenende. Das erhöhte die Verhandlungsbereitschaft der IG Metall, denn die Einführung der gleitenden Arbeitswoche bot die Möglichkeit, sich die Zustimmung über den Abbau von Wochenarbeitsstunden und lohnpolitische Forderungen teuer bezahlen zu lassen.[248]

Die christlichen Gewerkschafter dagegen erblickten im Kampf gegen die Sonntagsarbeit eine große Chance, sich als Hüterin christlicher Arbeitnehmerinteres-

[243] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 39, Außerordentliche Sitzung des Betriebsrates vom 20. 8. 1959.

[244] Vgl. dazu auch Otto Neuloh, Rudolf Braun, Erich Werner, Die durchlaufende Arbeitsweise: Sonntagsarbeit im Urteil der Stahlarbeiter, Tübingen 1961.

[245] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 39, Außerordentliche Betriebsratssitzung vom 31. 3. 1959.

[246] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 144, Betriebsversammlung vom 5. 9. 1960. Über die Rolle des Betriebsrates in der Frage um die Sonntagsarbeit urteilte Mertels Nachfolger im Amt des Betriebsratsvorsitzenden, Peter Spies: „Es kann in jedem Fall gesagt werden, dass der Betriebsrat alle Möglichkeiten herangezogen hat, um diese Sonntagnachtschichten für die Zukunft zu verhindern. Nachdem auch beim 2. Schlichtungsverfahren wiederum versucht wurde mit den Argumenten sämtlicher kirchlicher Stellen und auch vom sozialen und sittlichen Standpunkt aus die Ablehnung zu begründen, wurde unser Antrag trotzdem abgelehnt." Ebenda.

[247] Merkel, Industriegewerkschaft, Dok. 46 vom 13/14. 9. 1960, S. 551.

[248] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 39, Außerordentliche Betriebsratssitzung vom 20. 8. 1959.

sen in einer säkularen Gesellschaft zu profilieren und damit ihre selbständige Existenz neben der übermächtigen Einheitsgewerkschaft unter Beweis zu stellen. Gleichzeitig konnten sie die vermeintliche Untätigkeit und abwartende Haltung des DGB und der IG Metall attackieren und den Gewerkschaften vorhalten, „den Sonntag für ein Linsengericht verkauft"[249] zu haben. Hans Donhauser war in diesem Konflikt die zentrale Figur innerhalb des katholischen Netzwerkes. Er konnte die christlichen Arbeitnehmer in der Maxhütte mobilisieren, und er verfügte als Verbandsfunktionär über weitreichende Kontakte zur Spitze des Bistums Regensburg, in dessen Territorium die Maxhütte lag.

Hans Donhauser bemühte sich intensiv um eine möglichst weitgehende Unterstützung durch den Regensburger Erzbischof Michael Buchberger[250], dessen Wort in der Maxhüttenregion großes Gewicht besaß und der auch von der Unternehmensleitung gehört wurde. Die Strategie Donhausers und des Werkvolkes war klar: In der Frage der Sonntagsarbeit und der gleitenden Arbeitswoche durfte es keine Kompromisse geben.

Aber auch die Direktion machte ihren Einfluß auf den Bischof geltend. Er sollte eine Erklärung abgeben, die ihr zumindest Spielraum gab, in der anziehenden Konjunktur des Jahres 1960 die Produktion auszuweiten. In einem informellen Gespräch konnte einer der Direktoren, Dr. Sittard, selbst Mitglied der Kirchenverwaltung und aktiver Katholik, den greisen 86jährigen Erzbischof für einen Kompromiß gewinnen, der den strikt ablehnenden Kurs seiner örtlichen Pfarrer und der Laienverbände konterkarierte: Er stimmte dem Vorschlag Sittards zu, in Ausnahmefällen bereits am Sonntagabend um 22.00 Uhr mit den Produktionsschichten bei der Maxhütte zu beginnen.[251]

Damit war eingetreten, was Donhauser und alle aktiven Werkvolk-Mitglieder unbedingt vermeiden wollten: Die katholische Front war durch die in Unkenntnis der genauen Probleme gefallene Äußerung des Erzbischofs auseinandergebrochen, und der Unternehmensleitung war ein wichtiges Argument in die Hände gespielt worden, mit dem in Zukunft immer auf die bischöfliche Autorität und deren Zustimmung zur punktuellen Sonntagsarbeit verwiesen werden konnte. Hans Donhauser und der Präses des katholischen Werkvolkes im Erzbistum Regensburg, Fritz Morgenschweis, ein gebürtiger Rosenberger, waren entsetzt, als sie vom Inhalt des Gesprächs zwischen Sittard und dem Bischof erfuhren, zumal sie natürlich gleich erkannten, daß sich nun auch der Generalvikar, bislang einer ihrer wichtigsten Bündnispartner und Protagonisten in der Auseinandersetzung, nicht mehr mit der gleichen Energie für die Anliegen des Werkvolkes einsetzen konnte wie bisher, wollte er seinen Erzbischof nicht offen brüskieren. Donhauser und Morgenschweis vereinbarten, ihr Wissen zunächst nicht an die Mitglieder ihres

[249] Merkel, Industriegewerkschaft, Dok. 55 vom 30. 5. 1961, S. 632; vgl. auch Regensburger Bistumsblatt 30 (1961), Nr. 7 vom 12. 2. 1961: „Gemeinsam gegen den Sonntag – Industrie und SPD Hand in Hand". Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln vom 24. 1. 1957, „Westdeutsche Bischöfe antworten der IG Metall"; ähnlich auch die Berichterstattung in den Medien der katholischen Verbandspresse; vgl. beispielsweise Kettler-Wacht vom 15. 1. 1957: „Der Sonntag muß Sonntag bleiben".

[250] Michael Buchberger (1874–1961), seit 1927 Bischof von Regensburg, seit 1950 Titularerzbischof.

[251] Sammlung Stubenvoll, Diözesanpräses Morgenschweis an Hans Donhauser vom 23. 1. 1960; folgendes nach ebenda.

Verbandes weiterzugeben, schließlich sei es kaum zu vermitteln, warum der Erzbischof aus der gemeinsamen Argumentationslinie ausschere. Die einzige Möglichkeit, aus der verfahrenen Situation herauszukommen, sah Morgenschweis darin, „daß das Werkvolk Rosenberg ab nun mehr den Bischof mit Sorgen und Bitten befeuert. Er muß ja dann reagieren."

Das tat Donhauser. Denn ohne die Unterstützung des Erzbischofs war die Position des Werkvolkes und der katholischen Arbeitnehmer schwach, konnten sie doch in den Verhandlungen mit der Betriebsleitung schlecht auf die christliche Sittenlehre verweisen, so lange nicht einmal der Erzbischof ihre Pläne mittrug. Gemeinsam mit dem örtlichen Pfarrer und Fritz Morgenschweis gelang es Donhauser schließlich, den Bischof zu einem Schreiben an die Direktion der Maxhütte zu bewegen, in dem er seine beziehungsweise die Position auch der katholischen Laien und Arbeiter in der Maxhütte formulierte[252]: Er habe erfahren, so der Erzbischof Anfang Februar 1960, daß die Unternehmensleitung trotz der damaligen Absprachen doch die „kontinuierliche Arbeitszeit" einführen wolle. In den umliegenden Pfarreien habe dies verständlicherweise zu erheblicher Unruhe und berechtigtem Widerspruch geführt. „Über die Tragweite des Problems brauche ich mich nach der Aussprache mit Herrn Direktor Sittard wohl nicht näher zu erklären. Die gleitende Arbeitswoche wäre für das Familienleben, für das kirchliche und soziale Leben ein äußerst verhängnisvoller Eingriff in eine Jahrhundert lang bestbewährte Tradition und hätte Folgen, die nicht zu verantworten wären."

Der Brief des Bischofs klang sehr entschieden. Doch in der entscheidenden Passage über die Einführung der Sonntagnachtschicht blieb er vage und ließ der Betriebsdirektion erheblichen Interpretationsspielraum, weil er keine Bedingungen für eine solche Genehmigung formulierte.[253] Dem Vorsitzenden des Werkvolkes war deshalb schon beim ersten Lesen klar geworden, wie wenig hilfreich die erzbischöfliche Verlautbarung in der aktuellen Diskussion sein würde. Sie könne, so seine Befürchtung, von den Gegnern sogar als Zustimmung zur Sonntagnachtschicht verstanden werden.[254] Zwar konnte mit Verweis auf diese Erklärung und angesichts des Widerstandes des Betriebsrates unter Vorsitz von Fritz Mertel der Maxhütte dann doch im Rahmen eines Schiedsverfahrens das Zugeständnis abgerungen werden, die in anderen westdeutschen Hütten übliche gleitende Arbeitswoche nicht einzuführen.[255] Doch bleibe, wie Donhauser in einem Brief an den Erzbischof enttäuscht vermerkte, ein „bitterer Wehrmutstropfen [sic]"[256], da das Unternehmen durch das Arbeitsministerium[257] eine Erlaubnis für

[252] Sammlung Stubenvoll, Erzbischof Michael Buchberger an die Direktion der Maxhütte vom 3. Februar 1960 (Abschrift); folgendes nach ebenda.

[253] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 144, Betriebsversammlung (undatiert, Berichtszeitraum des Betriebsrates vom 1. 3. 1960–31. 8. 1960), S. 3.

[254] Sammlung Stubenvoll, Hans Donhauser an den Diözesanpräses des Katholischen Werkvolkes Fritz Morgenschweis am 22. 2. 1960; zu den Vorgängen auch Hans Donhauser an Fritz Morgenschweis vom 9. 7. 1960.

[255] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 144, Betriebsversammlung (undatiert, Berichtszeitraum 1. 3. 1960–31. 8. 1960), S. 3.

[256] Sammlung Stubenvoll, Katholisches Werkvolk von Sulzbach-Rosenberg und Sulzbach-Rosenberg Hütte an Erzbischof Michael Buchberger vom 2. 3. 1960.

[257] Dazu auch Sammlung Stubenvoll, Paul Strekert, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziale Fürsorge an den Landrat Dr. Raß vom 7. 7. 1960.

den sonntäglichen Schichtbeginn um 22.00 Uhr erhalten hatte. Grundlage der Genehmigung bildete die Entscheidung des Schlichters, des Vizepräsidenten des Landesarbeitsamtes Nürnberg, May. Da eine bundesweite Regelung zu diesem Zeitpunkt noch ausstand, wollten die Länderminister der Parlamentsentscheidung in Bonn nicht vorgreifen, und sahen davon ab, eigenständige Schritte hin zu einer Lockerung der Gewerbeordnung zu unternehmen.[258] In der Verhandlung der Schiedsstelle rächte sich nun, wie Hans Donhauser schon Monate zuvor befürchtet hatte, die zwiespältige Erklärung des Erzbischofs. Der Verhandlungsführer des Betriebsrates Fritz Mertel, der sich trotz aller politischen Differenzen in der Ablehnung der Nachtschichten mit Hans Donhauser einig wußte, gab in der Verhandlung auf die Frage des Schlichters, wie die beiden Konfessionen die Sachlage beurteilten, zu verstehen, daß sowohl der evangelische wie katholische Geistliche die Forderung der Betriebsräte unterstützen würden. Mertel hatte diesen Satz noch nicht zu Ende gesprochen, da fielen ihm Arbeitsdirektor Zink und sein Vorstandskollege Sittard ins Wort und erklärten dem Schlichter, daß die Ausführungen des Betriebsratsvorsitzenden unrichtig seien und der Erzbischof ihnen die Genehmigung für den sonntäglichen Produktionsbeginn um 22.00 Uhr erteilt habe.

Fritz Mertel fiel aus allen Wolken. Er hatte den Eindruck, von den Katholiken und ihren hohen Würdenträger überspielt worden zu sein.[259] Nach dem Schlichterspruch sah sich Hans Donhauser deshalb vor der Vertrauensleutekonferenz heftiger Kritik ausgesetzt. Die katholischen Christen, so der Vorwurf, sprächen offenkundig mit mehreren Zungen und seien kein verläßlicher Partner – eine Vermutung, von der viele IG Metall-Funktionäre schon seit längerem überzeugt waren. Da nützte es auch nichts, daß der Erzbischof wenig später in einem Brief an den Betriebsrat seine mißverständlichen Äußerungen klarzustellen versuchte und darauf hinwies, daß er in dem Gespräch mit Sittard der Vorverlegung der Montagsschicht auf Sonntag 22.00 Uhr nur in „Ausnahmefälle[n] und Notstände[n]" zugestimmt habe.[260] Der politische Flurschaden dürfte für Hans Donhauser und den Einfluß der katholischen Arbeitnehmer enorm gewesen sein. Innerhalb der IG Metall hatten sie ihren Kredit wohl weitgehend verspielt.

Auf dem Höhepunkt der Kampagne im Frühjahr und Sommer 1960 – der Bundestag verhandelte bereits über eine Änderung der Gewerbeordnung von 1895[261] – erfolgte der Austritt eines erheblichen Teiles der christlichen Gewerkschafter aus der IG Metall und die gleichzeitige Gründung des Christlichen Metallarbeiterverbandes in Sulzbach-Rosenberg[262] – ein Schritt, der zwar von katholischer Seite begrüßt, von den evangelischen Christen in Sulzbach-Rosenberg aber nicht unterstützt wurde. Sie hielten an der Einheitsgewerkschaft fest, schließlich waren

[258] Sammlung Stubenvoll, Hans Donhauser an Fritz Morgenschweis vom 7. 7. 1960; folgendes nach ebenda.
[259] Sammlung Stubenvoll, Fritz Morgenschweis an Hans Donhauser vom 9. 7. 1960.
[260] Sammlung Stubenvoll, Der Bischof von Regensburg an den Betriebsrat der Maxhütte vom 22. 7. 1960 (Abschrift).
[261] Zur parlamentarischen Debatte um die Sonntagsarbeit vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 132. Sitzung vom 11. 11. 1960, S. 7545–7565.
[262] Sammlung Stubenvoll, Auszug aus dem Protokollbuch der KAB Sulzbach-Rosenberg, 1961 (zusammenfassender Bericht).

sie davon überzeugt, durch die konfessionelle Aufspaltung der Gewerkschaftsbewegung wieder in alte, überwunden geglaubte Schlachtordnungen zurückzufallen, zumal völlig klar war, daß es sich bei den christlichen Gewerkschaften im Kern um eine katholische Organisation handelte, in der neue Spannungen vorprogrammiert waren.[263]

Der Kampf um die Sonntagsarbeit und die Gewerkschaftsgründung sollte die eigenen Reihen einen, und dies war um so dringender geboten, als die Gründung einer eigenen Gewerkschaft auch unter den katholischen Gewerkschaftern umstritten war.[264] Die Gründung erfolgte zu einem Zeitpunkt, als die Dynamik aus Protest und politischem Erfolg weitgehend wieder verpufft war. Der neue CMV war deshalb weniger ein Zeichen von katholischem Selbstbewußtsein, sondern vielmehr auch Ausdruck politischer Schwäche. Gefährlich konnten sie der IG Metall zu diesem Zeitpunkt nicht mehr werden. Die Institutionalisierung der Opposition sollte den ersten Anzeichen der Lähmung der eigenen Mitgliederbasis entgegenwirken, die wenig Grund zu der Hoffnung gaben, die christlichen Gewerkschafter könnten aus der Diskussion um die Sonntagsarbeit politisches Kapital schlagen. Im Gegenteil: „Bei uns", so mußte Hans Donhauser feststellen, „ist eine allgemeine Gewerkschaftsmüdigkeit festzustellen [,] die uns wenig Hoffnung gibt, eine starke CGD auf die Beine zu stellen."[265]

Viele waren über das Ergebnis enttäuscht, das der Vermittlungsausschuß des Bundestages ausgehandelt hatte.[266] Es sah vor, die Produktion von Thomasstahl-Konvertern sonntags zwischen 6–22 Uhr zu unterbrechen und den Arbeitnehmern in der Eisen- und Stahlindustrie jährlich 26 arbeitsfreie Sonntage mit 40-stündigen Ruhezeiten einzuräumen.[267] In den Zeiten des Produktionsstillstandes erlaubte die Regelung auch weiterhin Reparaturschichten. An der Arbeitsweise des Hochofenbetriebes nahm die Verordnung keine Veränderung vor. Dieser wurde auch an Sonn- und Feiertagen gestattet, und auch an der vollkontinuierlichen Produktion wurde festgehalten.[268] Obwohl Donhauser in der Öffentlichkeit die kirchenamtliche Zustimmung zu der Neuregelung der Sonntagsarbeit unterstrich und guthieß, mußte sie für ihn selbst und die christlichen Arbeitnehmer in

[263] Evang.-Lutherisches Landeskirchliches Archiv Nürnberg, V 902, Bd. IV, Brief des Evanglisch-Lutherischen Pfarramts Maxhütte an den Landeskirchenrat, Aktionsgemeinschaft für Arbeiterfragen, vom 8. 11. 1961: „In der Versammlung des Arbeitskreises (Arbeitskreis für Arbeitnehmerfragen) MH am 19. 10. 1961 kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung mit dem Vertreter der christlichen Gewerkschaften. In der Frage der Einheitsgewerkschaft griff er unsere Kirche schwer an: ‚Die evangelische Kirche hat es sich leicht gemacht', als sie damals bei der Gründung christlicher Gewerkschaften eine ablehnende Stellung eingenommen hat. Die anwesenden Arbeiter haben mit Leidenschaft die Einheit der Gewerkschaften im DGB verteidigt. Dem Vertreter der christlichen Gewerkschaften wurde allgemeine Ablehnung zuteil."

[264] Vgl. ausführlich Schroeder, Katholizismus, S. 185–230.

[265] Sammlung Stubenvoll, Hans Donhauser an die Verbandsleitung des Katholischen Werkvolkes vom 22. 10. 1960.

[266] BGBl. 1961, Teil I, 7. 7. 1961, S. 900f.

[267] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 144, Tätigkeitsbericht des Betriebsrates vom 21. 1. bis 11. 4. 1961, S. 2f.; zu den Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Kompromisses vgl. ebenda.

[268] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 144, Betriebsversammlung vom 8. 9. 1961, S. 10f.; Sammlung Stubenvoll, Bekanntmachung des Betriebsrates, der Betriebsdirektion und der Sozial- und Belegschaftsabteilung vom 15. 5. 1964.

Rosenberg eine bittere Niederlage bedeuten[269], schließlich war die Zulässigkeit der Sonntagnachtschicht nun gesetzlich verankert.

In der Sache waren IG Metall-Betriebsräte und ihre christlichen Kollegen vielfach nicht weit auseinander gewesen. Keineswegs war die gewerkschaftliche Basis nur dem „Primat der Wirtschaft und der Technik"[270] gefolgt, und auch die katholischen Gewerkschafter waren sich der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen durchaus bewußt. Der Konflikt verlief daher ähnlich wie zwischen gewerkschaftlichen und kirchlichen Spitzenfunktionären auch innerhalb der Betriebe und Regionen primär entlang kulturpolitischer und ideologischer Grenzlinien. Die Diskussion um die Sonntagsarbeit bot lediglich den äußeren Anlaß für die grundsätzliche Auseinandersetzung um die Zukunft der Einheitsgewerkschaft und die Rolle der christlich-sozialen Arbeitnehmerschaft innerhalb des DGB. Nicht zu unrecht hatten andere christlich-soziale Gewerkschafter innerhalb des DGB wie der Bezirksleiter der IG Metall in Hagen, Bruno Trawinski, schon zu Beginn der Kontroverse befürchtet, daß die katholische Kritik an den tarifvertraglichen Regelungen und der gewerkschaftlichen Politik, „im letzten Ende die IG Metall" treffen solle, „um ihre katholische Gewerkschaft – die CGD – fördern zu können."[271] In der Maxhüttenregion dürfte das Ziel sehr ähnlich gewesen sein. Auch hier hatte Erzbischof Buchberger deutlich zu verstehen gegeben, wem seine Sympathien galten.[272] Doch hatte er selbst mit dazu beigetragen, daß das Ansehen der christlich-sozialen Kollegen und der CGD-Betriebsräte durch die Auseinandersetzung um die Sonntagsarbeit nach anfänglicher Zustimmung bald wieder sank, ohne freilich ganz zu verschwinden. Die IG Metall jedenfalls konnte Anfang der sechziger Jahre zu Recht für sich in Anspruch nehmen, das „Problem" der CGD in der Maxhütte und im gesamten IG Metall-Einflußbereich der Verwaltungsstellen in Amberg und Regensburg weitgehend wieder im Griff zu haben.[273] Prüfstein und sichtbarstes Zeichen ihres Durchsetzungsvermögen war dabei die Tarifpolitik, deren Erfolge für die Zustimmungsbereitschaft der Belegschaftsmitglieder bei der Maxhütte, aber auch bei der BBI die entscheidende Meßlatte bildete. Selbst vielen Kritikern war nicht verborgen geblieben, daß nur eine einige Vertretung der Arbeitnehmer eine reelle Chance besaß, die Interessen der Arbeiter und Angestellten der Maxhütte erfolgreich zu vertreten. Dafür boten die christlichen Gewerkschaften alles in allem keine Gewähr, dafür waren sie personell und organisatorisch zu schwach. Sie waren Ventil für die Unzufriedenen und Überreste eines stark klerikal geprägten katholischen Arbeiterverbandes der Vorkriegszeit. Attraktiv wirkten sie als Teil des konfessionellen Referenzsystems nur noch für den engsten Kern des katholischen Milieus. Das genügte, um ein Stachel im Fleisch der IG Metall zu sein. Mehr als ein punktuelles Ärgernis für die übermächtige Einheitsgewerkschaft waren die christlichen Gewerkschaften nicht.

[269] SRZ vom 31. 7. 1961: „Künftig Thomasstahl-Konverter sonntags außer Betrieb"; Sammlung Stubenvoll, Auszüge aus dem Protokollbuch der KAB Sulzbach-Rosenberg, 1961.
[270] So behauptet es Schroeder, Katholizismus, S. 216.
[271] Zit. nach Schroeder, Katholizismus, S. 217.
[272] SRZ vom 25. 7. 1960: „Nur Gott selbst kann vom Sonntag dispensieren".
[273] Vgl. Geschäftsbericht 1961/1962 der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Verwaltungsstelle Amberg, S. 3.

2. Arbeitergemeinden und Sozialdemokratie bis zum Godesberger Programm von 1959

a) Lokale Dominanz und regionale Diaspora der oberpfälzischen SPD

Die oberpfälzischen Ortsvereine gehörten nicht zu den erfolgsverwöhnten Parteigliederungen der SPD. Das war vor 1933 so gewesen, und das sollte auch nach 1945 so sein. Die agrarisch geprägte, weitgehend katholische Oberpfalz war wie kaum eine andere Region in der Bundesrepublik für die SPD ein steiniges Feld. Ihre organisatorische Verankerung in den Städten und Gemeinden war schwächer als in fast allen anderen SPD-Bezirken.[274] Nirgends, so stellte der SPD-Bezirkssekretär Franz Sichler Mitte der fünfziger Jahre bitter fest, sei es schwerer, für die SPD zu werben, als in Ostbayern.[275] Woran lag das?

Der SPD-Bezirk Niederbayern/Oberpfalz mit seinem organisatorischen Stützpunkt in Regensburg umfaßte die strukturschwächsten Gebiete des geteilten Deutschlands. Auf 333 Kilometer grenzte der Parteibezirk direkt an den „Eisernen Vorhang" – von Tirschenreuth im nördlichen Bayern bis nach Passau. Viele der kleinen Städte, Märkte und Dörfer, die seit jeher zu den Notstandsgebieten gehörten und besonders unter hoher Arbeitslosigkeit litten, waren nach 1945 auch noch von ihren wirtschaftlichen Verbindungen nach Sachsen, Thüringen und der Tschechoslowakei abgeschnitten. Das Steueraufkommen war hier, im Vergleich zum Bund, ebenso niedrig wie die Löhne in Industrie, Handel und Handwerk und das Niveau der Bildungseinrichtungen, der Gesundheitsfürsorge oder der Energieversorgung.[276] Die Oberpfalz und Niederbayern waren Gegenden, denen viele den Rücken zukehrten, keine, in die man freiwillig zog.

In der Weimarer Republik konnte die katholisch-klerikale BVP in der Oberpfalz ihre größten Erfolge verbuchen. Nach 1945 hatte hier die interkonfessionelle Sammlungspartei CSU einen ihrer Schwerpunkte, den sie im Kampf gegen ihre konservative Rivalin, die Bayernpartei (BP), nach und nach festigte und ausbaute.[277] Bayernweit lag die CSU bei den Bundestagswahlen von 1953 bei 47,9 Prozent, die SPD bei 23,3 Prozent; in der Oberpfalz hingegen konnte die CSU mit 56,1 Prozent ihr zweitbestes Ergebnis erzielen, während die SPD mit 22,6 Prozent unter dem Landesdurchschnitt blieb.[278] Je katholischer und agrarischer die Stimmbezirke waren, desto schmerzlicher fielen die Ergebnisse für die SPD aus: In Gemeinden, in denen – wie vielfach in der Oberpfalz und Niederbayern – fünfzig und mehr Prozent der Beschäftigten hauptberuflich in der Landwirtschaft tätig waren, konnte die SPD bayernweit nur 12,5 Prozent der Stimmen erringen,

[274] Lediglich in 17,6 Prozent der niederbayerischen und oberpfälzischen Gemeinden war die SPD mit einem Ortsverein vertreten, nur der Bezirk Rheinland/Hessen-Nassau war mit 12,7 Prozent noch schwächer; Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1954/1955, S. 204.

[275] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Parteitagsbericht 1955, S. 7.

[276] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1952, S. 168f., S. 187, S. 201, S. 370ff. S. 394, S. 399.

[277] Dazu ausführlich Schlemmer, Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955, München 1998.

[278] Vgl. BSB, H. 193, S. 12.

die CSU dagegen 57,4 Prozent; in Gemeinden, in denen besonderes viele Wählerinnen und Wähler in einem Gewerbe beschäftigt waren, gelang es der SPD, den Abstand zur CSU deutlich zu verringern: Hier kam sie auf 29,8 Prozent der Stimmen, die CSU dagegen „nur" auf 41,8 Prozent.[279]

Erfolgreich war die SPD in der Oberpfalz in erster Linie dort, wo sich seit dem ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert um die Orte punktueller Industrialisierung eine Industriearbeiterschaft gebildet hatte. Daran änderte auch der Krieg und der Zuzug von Vertriebenen und Flüchtlingen nichts Wesentliches. Sozialdemokratische Hochburgen waren neben der Großstadt Regensburg vor allem der „Glückauf"-Landkreis Burglengenfeld mit seinen industriellen Herzkammern, der BBI und der Maxhütte, Amberg mit der Luitpoldhütte und – mit etwas Abstand – Sulzbach-Rosenberg.[280] Das beste Wahlergebnis in der Oberpfalz erzielten die Sozialdemokraten in Wackersdorf mit knapp 60 Prozent, dicht gefolgt von weiteren Arbeitergemeinden der BBI, wie in Klardorf und Katzdorf, in denen die SPD ebenfalls deutlich über 50 Prozent kam. Ähnliche Erfolge konnte die SPD auch in den benachbarten Arbeitergemeinden der Maxhütte, in Pirkensee, Leonberg, Teublitz und Maxhütte verbuchen. Mit Schaudern sprachen deshalb katholische Geistliche und CSU-Mitglieder von der „schwere[n] Lage des Christentums im Raum Burglengenfeld" und der beängstigenden „rote[n] Herrschaft", die so Angst einflößend sei, daß sich christliche Arbeiter nicht mehr zu erkennen geben trauten.[281] Nicht anders verhielt es sich aus der Sicht der CSU in der Stadt Burglengenfeld. Dort erreichte die SPD die absolute Mehrheit, in Schwandorf lag sie mit 39,6 Prozent mehr als 17 Prozentpunkte über dem oberpfälzischen Durchschnitt und nur knapp hinter der CSU, und in Sulzbach-Rosenberg waren ihre 32,1 Prozent immer noch ein beachtliches Ergebnis. Allerdings blieb hier die CSU mit 42,7 Prozent die mit Abstand stärkste Partei. Von einer sozialdemokratischen Hegemonie konnte am Sitz der Hauptverwaltung der Maxhütte keine Rede sein. Überhaupt entsprach das Ergebnis, wie das Mitglied des Bezirksvorstands Franz Höhne selbstkritisch bemerkte[282], weder in Ostbayern noch auf Bundesebene den hochgesteckten Erwartungen. Das Ziel, Konrad Adenauer als Bundeskanzler abzulösen und stärkste Partei zu werden, verfehlten die Sozialdemokraten 1953 mit bundesweit 29,4 Prozent deutlich, während CDU und CSU auf zusammen 43,7 Prozent der Erststimmen kamen.

Probleme hatte es in der oberpfälzischen SPD nicht nur in den rein ländlichen Gebieten gegeben, sondern auch in den Gemeinden von Sulzbach-Rosenberg, in denen viele Maxhüttenarbeiter wohnten, die neben ihrer industriellen Tätigkeit auch noch als Nebenerwerbslandwirte arbeiteten. Das agrarische Umland des Industriebetriebes war ihr weitgehend verschlossen und blieb eine Domäne der CSU. Der Schwerpunkt der SPD lag in der Stadt und in den Arbeiterwohnsiedlungen rund um das Werk, in denen auch die Gewerkschaften über ihre Ortskar-

[279] Vgl. BSB, H. 193, S. 16.
[280] Alle Angaben nach BSB, H. 193, S. 51 f. u S. 66 f.
[281] BayHStA, NL Ehard, 1203, Erfahrungsbericht für die Zeit vom 26.1. bis 29. 1. 1953 im Raum Oberpfalz vom komm. Landesgeschäftsführer der CSU Alois Engelhard.
[282] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Parteitagsbericht 1955, S. 3.

telle und Beitragskassierer präsent waren. Hier lag das Potential für eine erfolgreiche sozialdemokratische Basisarbeit, das genutzt werden sollte, um die Niederlage im Bundestagswahlkampf wettzumachen. Das jedenfalls glaubten die führenden Strategen in der Regensburger Parteizentrale: „Es ist dringend notwendig", so Bezirkssekretär Franz Sichler, „daß die sozialdemokratische Betriebsgruppenarbeit weiter aktiviert wird, denn die Industrie-Arbeiterschaft soll und muß der Hauptkern der sozialdemokratischen Partei bleiben."[283]

In der Oberpfalz bestanden zu diesem Zeitpunkt 57, in Niederbayern 32 Betriebsgruppen der SPD, von denen viele freilich nur auf dem Papier existierten oder aus kaum mehr als einem Vertrauensmann bestanden.[284] Die Selbstdefinition als Industriearbeiterpartei mußte in einem landwirtschaftlich dominierten Regierungsbezirk wie der Oberpfalz unweigerlich zu erheblichen Problemen führen. Ob damit breite Bevölkerungsschichten, ob Bauern, Beamte und der Mittelstand für die Partei zu gewinnen waren, blieb mehr als fraglich. Bei den Landtagswahlen von 1954 gelang es der SPD immerhin, den Abwärtstrend im Regierungsbezirk zu stoppen. Ihr immer noch bescheidenes Ergebnis lag jetzt bei 27,5 Prozent – das waren zwei Prozent mehr als in den Landtagswahlen von 1950 und knapp fünf Prozent über dem Ergebnis der Bundestagswahl von 1953.[285] Während die SPD bayernweit an der 28 Prozentmarke stagnierte, konnten die oberpfälzischen und die niederbayerischen Genossen zumindest leicht zulegen. Dieser kleine Erfolg ging vor allem darauf zurück, daß die SPD in ihren Hochburgen Punkte sammeln konnte: Im Stimmkreis Regensburg-Stadt erreichte der junge, 1915 geborene SPD-Kandidat Rudolf Schlichtinger mit 37,2 Prozent mehr als nur einen Achtungserfolg; der Volksschullehrer konnte das SPD-Ergebnis von 1950 um 8,5 Prozent verbessern und unterlag nur knapp dem CSU-Mitbewerber im Rennen um das Landtagsmandat.[286] Das beste Ergebnis aller sozialdemokratischen Landtagskandidaten erzielte Bezirkssekretär Franz Sichler im traditionell starken SPD-Stimmkreis Burglengenfeld, Schwandorf-Stadt und Roding. Gegenüber der Wahl von 1950 legte der populäre Sichler noch einmal 2,5 Prozentpunkte zu. Allerdings genügten seine 37,9 Prozent nicht, um sein Direktmandat zu verteidigen. Denn die CSU konnte mit ihrem jungen Spitzenkandidaten Franz Sackmann[287] 42,7 Prozent der Stimmen auf sich vereinen.

Die Arbeitergemeinden der BBI und der Maxhütte blieben allerdings für Sackmann unbezwingbare sozialdemokratische Trutzburgen. In Schwandorf verpaßte Sichler nur knapp die absolute Mehrheit, im nahen Burglengenfeld wählten ihn 55,6, in Pirkensee 59,3 und in Klardorf 61,1 Prozent der Bürger.[288] Die deutlichste Abfuhr im ganzen Landkreis erhielt der Vorsitzende Sackmann von den Bergleu-

[283] Ebenda, S. 9.

[284] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 0, Anschriften von grösseren Betriebsgruppen vom 31. 7. 1959.

[285] Vgl. Alf Mintzel, Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer, Passau 1998, S. 30, Tab. 2: Landtagswahlen 1946–1998 nach Regierungsbezirken in Prozent.

[286] Vgl. BSB, H. 201, S. 28f.

[287] Franz Sackmann, geb. 1920 in Kaiserslautern, 1950–1953 Geschäftsführender Vorsitzender der CSU München, 1952–1956 JU-Landesvorsitzender, 1956–1966 Landrat in Roding, danach Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium, vgl. dazu auch Johannes Dobkowitz, Die Ära Sackmann im Landkreis Roding, in: Rodinger Heimat 1 (1984), S. 43–62.

[288] Vgl. BSB, H. 201, S. 86f.

ten aus Wackersdorf: Nur jeder fünfte (20,6) wählte den gelernten Chemiker und amtierenden Vorsitzenden der Jungen Union, zwei Drittel (66,4) votierten für ihren Genossen Sichler. Anders sah es dagegen im Landkreis Roding aus. Die SPD führte hier ein Schattendasein, es gab keine flächendeckende Organisation, keine Parteibasis, keine Betriebsgruppen oder Gewerkschaften. Roding gehörte zu den ärmsten ostbayerischen Landkreisen. Hier mangelte es an allem: an geteerten Straßen, an Schulen und Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft[289], weshalb die Arbeitslosigkeit vor allem im Winter erschreckende Ausmaße erreichte. Die Konzentration der SPD auf die Industriearbeiter machte sich in dieser Gegend besonders negativ bemerkbar. Die Sozialdemokraten bekamen hier kaum ein Bein auf den Boden, und man mußte bisweilen ziemlich mutig sein, um sich in den Wirtshäusern als Genosse zu erkennen zu geben. Nur 17,9 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen im Landkreis Roding auf Franz Sichler; eine bittere Enttäuschung zwar, aber sicherlich nicht unbedingt eine Überraschung angesichts der organisatorischen Schwierigkeiten. Franz Sackmann dagegen legte in Roding mit 58,2 Prozent den Grundstein seines Erfolges, der ihn als direkt gewählten Stimmkreisabgeordneten in das Münchner Maximilianeum führte.

Im Stimmkreis Amberg/Sulzbach-Rosenberg sah es für die SPD außerhalb der kreisfreien Stadt Amberg und Sulzbach-Rosenberg ähnlich düster aus wie im Landkreis Roding; größere Industriebetriebe suchte man dort vergeblich, und die meisten Menschen arbeiteten in der Land- und Forstwirtschaft. Mit ihrem Spitzenkandidaten, dem DGB-Kreissekretär Anton Falb[290], hatte die SPD kaum eine Chance, auf dem flachen Land, bei den Bauern, Handwerker und den Beschäftigten im mittelständischen Gewerbe gegenüber der CSU Boden gut zu machen. Falb war alles andere als ein Volkstribun und besaß nicht die Fähigkeit, die spezifischen Probleme der bäuerlichen Landbevölkerung und des Mittelstands aufzugreifen. Das war ein generelles Problem der SPD auch auf Bundesebene.[291] Für diese Schichten fehlte ihr die Sprache und das Verständnis. Das Mitbestimmungs- und das Betriebsverfassungsgesetz stand bei fast allen Wahlkampfveranstaltungen auf der Tagesordnung, die schwierige Situation der Milchwirtschaft dagegen kaum.

Das Kalkül der SPD war vor allem darauf gerichtet, mit dem gebürtigen Egerländer den zahlreichen Flüchtlingen und Vertriebenen des Landkreises in der Sozialdemokratie eine Heimat anbieten zu können. Vielen von ihnen dürfte Falb, der bereits 1950 über die Liste in den Landtag gelangt war, noch aus den dreißiger Jahren bekannt gewesen sein, als er in Brüx hauptamtlicher Bezirkssekretär der SPD gewesen und nach der „Angliederung" des Sudetenlandes an das Deutsche Reich

[289] Dazu demnächst ausführlich Jaromír Balcar, Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972 (in Vorbereitung); auf die Lage in Roding wird hier besonders eingegangen; dazu auch ders., Die Kosten der Erschließung. Kommunale Infrastrukturpolitik auf dem Land und ihre Folgen für die Gemeinden (1948–1972), in: Daniela Münkel (Hrsg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000, S. 244–277.

[290] Anton Falb, geb. 1905 in Mühlberg, 1920–1926 kaufmännischer Angestellter, 1926–1928 Wehrdienst, 1928–1934 Gemeindesekretär, 1935–1938 SPD-Parteisekretär, nach Entlassung und Verfolgung durch die Nationalsozialisten Einzug zur Wehrmacht, seit 1945 Gewerkschaftssekretär in Amberg.

[291] Vgl. hierzu Klotzbach, Weg, S. 59f.

als NS-Gegner 1938 verhaftet worden war. Falb und andere sudetendeutsche Sozialdemokraten hatten entscheidenden Anteil daran, daß die SPD nach 1945 in der Oberpfalz wieder auf die Beine kam. Erfolgreich waren die Sozialdemokraten nämlich auch im Stimmkreis Amberg/Sulzbach-Rosenberg nur in den Industriearbeitergemeinden rund um die Max- und die Luitpoldhütte und in Sulzbach-Rosenberg selbst. Dort gelang es ihnen wie 1950 stärkste Partei zu werden und ihr Ergebnis sogar noch um drei Prozentpunkte zu verbessern. Die SPD kam auf 36,5 Prozent der Stimmen und lag damit drei Prozentpunkte vor der CSU.[292] Der Abstand war allerdings deutlich zusammengeschmolzen, nachdem es den Christlich-Sozialen auch in Sulzbach-Rosenberg gelungen war, die Bayernpartei an den Rand zu drängen. Eine Chance, das Direktmandat für den Landtag zu gewinnen, besaß Anton Falb nicht. Er mußte vor allem in den Landgemeinden Stimmeneinbußen hinnehmen. Sie waren so groß, daß er in seinem Stimmkreis gegen den Trend der oberpfälzischen SPD insgesamt 1,2 Prozentpunkte einbüßte. Mit 27,5 Prozent lag man hier nur noch unwesentlich über dem Durchschnitt der SPD in der Oberpfalz.[293]

Die fünfziger Jahre waren für die oberpfälzischen Sozialdemokraten Jahre der Stagnation.[294] Einzelne Erfolge konnten nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der Parteibezirk am Rand der Republik in einer ähnlichen Krise wie die Gesamtpartei unter Erich Ollenhauer befand. Mitte der fünfziger Jahre sank die Mitgliederzahl bundesweit unter die Marke von 600000 – eine Entwicklung, die in der Bonner Baracke wie auch in der Regensburger Parteizentrale größte Besorgnis auslöste.[295] Vom Schwung und den Hoffnungen der ersten Nachkriegsjahre war nicht mehr viel übrig geblieben: 1951 verfügte die Partei in der Oberpfalz über 8261 Mitglieder, darunter 924 Frauen. Der stärkste Unterbezirk, die wichtigste Parteigliederung unterhalb des Bezirks, war der Stadt- und Landkreis Regensburg mit 1818 Mitgliedern, vor Weiden mit 1645 und Schwandorf mit 1608.[296] Bis zum Jahre 1955 trat die Partei in ihrer Mitgliederentwicklung auf der Stelle. 8230 Mitglieder hatte sie zu diesen Zeitpunkt, 31 weniger als 1951. Immerhin war es ihr gelungen, den Frauenanteil zu erhöhen; ihre Zahl stieg auf 980, was zumindest ein kleiner Silberstreif am Horizont war. Erst seit 1956 konnte die Partei wieder Neueintritte verbuchen; bis 1957 immerhin 881, so daß die Zahl der Parteimitglieder auf 8942 anstieg.[297]

Über die soziale Schichtung der SPD-Mitglieder im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz sind genaue Angaben nur sehr schwer zu machen.[298] Genaueres kann

[292] Vgl. BSB, H. 201, S. 100f.
[293] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Parteitagsbericht 1955, S. 12.
[294] Zu einem ähnlichen Urteil für die Bundes-SPD kommen Lösche, Walter, SPD, S. 140.
[295] Ebenda. S. 137f.; Zwischen 1948 und 1954 verlor die SPD rund 300000 Mitglieder.
[296] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Parteitagsbericht 1953, S. 10, folgendes nach ebenda. Über die soziale Schichtung der Mitglieder gibt die innerparteiliche Statistik keine Auskunft.
[297] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Parteitagsbericht 1958, S. 9.
[298] Die entsprechenden monatlichen Meldungen an den Parteivorstand sind bis auf wenige Ausnahmen nicht mehr auffindbar.

man nur über diejenigen Mitglieder sagen, die neu zur SPD stießen.[299] Insgesamt waren es im Januar 1956 248, von denen 152 (61,2 Prozent) als Arbeiter und nur 11 (4,4 Prozent) als Angestellte beschäftigt waren, während Neueintritte von Beamten, Handwerkern oder Landwirten eine absolute Ausnahmeerscheinung waren. Die zweitstärkste Gruppe bildeten mit 15,7 Prozent (39) dagegen die Hausfrauen. Insgesamt lag der Anteil der weiblichen Neumitglieder bei 17,3 Prozent. Die SPD behielt damit ihren Charakter als männlich dominierte Industriearbeiterpartei, ganz so wie es Franz Sichler bekundet hatte, auch in den fünfziger Jahren. Von einer Volkspartei, die neue soziale Schichten zu überzeugen vermochte, war sie im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz weit entfernt. Zwar gelang es ihr, auch jüngere Arbeiter an die Partei zu binden. Aber die rund 30 Prozent der neuen Mitglieder, die unter 30 Jahre alt waren, reichten bei weitem nicht aus, um die Partei wesentlich zu verjüngen. Den stärksten Zuwachs verzeichnete die SPD in der Altersgruppen zwischen 41 und 60 Jahren, die rund 35 Prozent aller Neuaufnahmen ausmachten und nicht dazu beitrugen, das Durchschnittsalter der Sozialdemokraten wesentlich zu senken.[300] Die SPD war also in Gefahr, sich bald selbst zu überleben, wenn sie es nicht schaffte, sich personell zu verjüngen, den Parteiapparat zu modernisieren und der „Traditionskompanie" programmatisch und kulturell ein neues Gesicht zu geben.

So jedenfalls sahen es wohl auch einige Mitglieder des Bezirksvorstandes von Niederbayern/Oberpfalz. Die Enttäuschung der Bundestagswahlen von 1953 ließ sich lange nicht überwinden, und einige, wie etwa Franz Höhne, meinten, es sei höchste Zeit, sich von alten Zöpfen und der Anwendung „veralteter Methoden"[301] zu trennen. Was das genau hieß, war allerdings noch nicht ganz klar. So weit wie manche radikale Parteireformer, die nach dem Wahldebakel gefordert hatten, die roten Parteifahnen einzumotten und die Anrede „Genosse" abzuschaffen, wollten die Oberpfälzer Genossen jedenfalls nicht gehen.[302] Ein totaler Bruch mit den alten Symbolen kam vor allem für die Parteiveteranen, die wie Anton Falb bereits in der Weimarer Republik an führender Stelle tätig gewesen waren und nur mit Mühe und Not Verfolgung und Krieg überstanden hatten, nicht in Frage. Das galt für den Bezirk, trotz zaghafter Ansätze aber auch für die Mehrheit im Bonner Parteivorstand.[303]

Zunächst schien die Ausgangslage für die Bundestagswahlen von 1957 allerdings nicht ungünstig zu sein. Die SPD lag in den Meinungsumfragen des Jahres 1956 erstmals vor der Union[304], und die Erfolge bei einigen Kommunalwahlen und der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hatten in der Parteispitze die Hoffnung auf einen Sieg über die Adenauer-Regierung genährt. Spitzenfunktio-

[299] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 25, Statistische Erhebung über die berufliche und altersmäßige Gliederung der dem Parteivorstand gemeldeten neu aufgenommenen Mitglieder zwischen 1.1. und 31. 1. 1956.

[300] Ähnlich entwickelte sich die Mitgliederstruktur auch in anderen Bundesländern und SPD-Gliederungen, vgl. z. B. Martens, Geschichte, Bd. 1, S. 180.

[301] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Parteitagsbericht 1955, S. 3.

[302] Dazu Hans-Joachim Mann, Ist die SPD noch die Partei von Godesberg? Funktion und Entstehungsprozeß des Godesberger Programms, in: Der Bürger im Staat 23/1 (1973), S. 18–25.

[303] Vgl. Stefan Appelius, Fritz Heine. Die SPD und der lange Weg zur Macht, Essen 1999, S. 279ff.

[304] Vgl. Noelle, Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, S. 262f.

näre wie Fritz Heine, der Presse- und Propagandachef der Partei, sahen die SPD auf dem besten Weg, die stärkste Kraft in Bonn zu werden.[305] Soweit gingen die Sozialdemokraten in Bayern und in der Oberpfalz nicht. Doch war man auch hier voller Zuversicht, daß die Partei von der Regierungsarbeit der sozialdemokratisch geführten Vierer-Koalition unter Wilhelm Hoegner profitieren könne.[306] Die Wahlkampfstrategen in der Bonner Baracke um Fritz Heine und Erich Ollenhauer zielten mit ihrer Wahlpropaganda vor allem auf die rund fünf Millionen Wechselwähler, von denen die Meinungsforscher sprachen. „Zu finden sind sie", wie der sozialdemokratische ‚Vorwärts' analysierte, „eigentlich in allen Schichten unseres Volkes, quantitativ am stärksten jedoch wohl in jener bürgerlichen Mittelschicht, die 1953 in ihrer Furcht vor wirtschaftlichen ‚Experimenten' oder gar vor dem wieder einmal ‚drohenden' Kommunismus in so außergewöhnlichem Maße den beschwörenden Gesten des Bundeskanzlers und CDU-Parteichefs Gehör schenkten."[307] „Sicherheit für alle"[308] sollte das Leitmotiv eines betont „sachlich positive[n]"[309] Wahlkampfes sein, mit dem die Sozialdemokraten in die Auseinandersetzung mit der Union ziehen und die Wechselwähler gewinnen wollten.

Bald mußten sie aber feststellen, daß sie der CDU/CSU in mehrfacher Hinsicht unterlegen waren: Finanziell und logistisch konnten sie dem Wahlkampf der Union kaum etwas entgegensetzen. Die CDU hatte nicht nur größere materielle Ressourcen, mehr Flugblätter, Wahlzeitungen und Plakate. Ihre Werbeträger transportierten in der Regel auch eine einfache, pointierte Botschaft, während die SPD in bester sozialistischer Aufklärungstradition das Wahlvolk mit viel Text pädagogisch unterweisen wollte. Neue Wahlkampfmethoden kamen erst vereinzelt zum Einsatz, und auch von ihrem „Nein-Sager" Image, das Herbert Wehner schon früher kritisiert hatte[310], vermochte sich die Partei nicht zu lösen.

Adenauer fiel es deshalb leicht, die SPD in die Defensive zu drängen.[311] Geschickt nutzte die Union den diffusen Antikommunismus breiter Bevölkerungsgruppen aus und schreckte auch nicht davor zurück, die SPD als verlängerten Arm Moskaus und Walter Ulbrichts zu denunzieren.[312] So unzutreffend diese Parolen auch waren: sie zeigten – auch als Reaktion auf die Niederschlagung des Aufstands in Ungarn 1956 durch sowjetische Truppen – Wirkung.

Das Ergebnis der Bundestagswahlen von 1957 kam denn auch einer mittleren Katastrophe gleich. Die SPD gewann zwar 2,3 Prozentpunkte hinzu, lag aber mit 31,8 Prozent der Zweitstimmen weit hinter der Union. Diese gewann noch einmal fünf Prozentpunkte hinzu und kam auf 50,2 Prozent – ein Erfolg, den sie,

[305] Vgl. Appelius, Heine, S. 289.
[306] Vgl. dazu vor allem Bernhard Taubenberger, Die Viererkoalition in Bayern (1954–1957), Magisterarbeit an der Universität Bonn 1997.
[307] Vorwärts vom 11. 1. 1957: „Es geht um den ‚weichen' Wähler".
[308] Sitzung des Parteivorstandes, Parteiausschusses, der Kontrollkommission und Bundestagsfraktion vom 15. 6. 1957, in: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Sitzungsprotokolle 1949–1957, Bd. 8/I, Zweiter Halbband, bearb. von Petra Weber, Düsseldorf 1993, S. 424 f.
[309] Klotzbach, Weg, S. 391.
[310] Vgl. Appelius, Heine, S. 281.
[311] SPD Jahrbuch 1956/1957, Appell von Vorstand, Parteiaussschuß, Kontrollkommission und Bundestagsfraktion am 15. 8. 1957, S. 354.
[312] Vgl. Schwarz, Adenauer, Bd. 2, S. 339 f.

wie die Demoskopen wußten, vor allem den Rentnern zu verdanken hatten.[313] In der Oberpfalz war es der SPD nicht viel besser ergangen. Sie legte zwar auch hier zwei Prozentpunkte zu und erreichte nun 24,6 Prozent; das Ergebnis war aber gemessen an den großen Erwartungen alles andere als zufriedenstellend, und von einem Direktmandat war man weiter denn je entfernt. Selbst der Bezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Franz Höhne kam im „Glückauf"-Landkreis Burglengenfeld lediglich nur auf magere 25,2 Prozent der Erststimmen.[314] Während führende Parteistrategen und die sozialdemokratische Presse das Ergebnis trotzdem als Sieg verkaufen wollten und jedes „Versagen der eigenen Parteiorganisation"[315] abstritten, ging die Wahlkampfleitung in Regensburg mit sich und der Parteiführung schonungslos ins Gericht[316]: Weder die Besetzung der politischen Themen, noch die Organisation des Wahlkampfes oder die Presse- und Propagandaarbeit waren aus der Sicht der oberpfälzischen Genossen auch nur annähernd befriedigend verlaufen. Zwei zentrale Themen des Wahlkampfes, die Ablehnung der Wehrpflicht[317] und die Wirtschaftspolitik, waren nach Ansicht der Wahlkämpfer bei der Bevölkerung kaum auf Resonanz gestoßen. Die von der Regierung propagierte allgemeine Wehrpflicht habe hingegen breite Zustimmung gefunden, weshalb von neuem darüber nachgedacht werden müsse, ob die Partei weiter auf der grundsätzlichen Ablehnung bestehen solle. Einen programmatischen Kurswechsel forderten die Oberpfälzer auch in wirtschaftspolitischen Fragen. Ihre Kritik bezog sich auf Inhalt und Form: So wie die Plakate waren auch die Ausführungen des SPD-Wirtschaftsexperten und Gewerkschafters Heinrich Deist[318] gewesen: zu lang und zu kompliziert. Der „Sozialplan für Deutschland"[319], mit dem die SPD in den Bundestagswahlkampf gezogen war, ein mehr als zweihundertseitiges Konvolut, ließ sich kaum auf einen Nenner bringen. War die SPD nun für oder gegen die Sozialisierung, für oder gegen den freien Markt?

Das waren die Fragen, die die Wähler beschäftigten. Die gewundenen Aussagen der SPD lieferten dafür keine griffigen Antworten, zumal auch der Münchner Parteitag von 1956 im Vorfeld der Wahl keine Klärung über den wirtschaftspolitischen Kurs gebracht hatte.[320] Die Frage der Sozialisierung stand bei den traditionellen, marxistisch inspirierten Kräften nach wie vor hoch im Kurs. Nicht umsonst hatte Fritz Heine den Wahlkampf unter das Motto „Sicherheit durch Neuordnung"[321] stellen wollen. Damit war er zwar gescheitert, für viele in der SPD

[313] Vgl. Wolfgang Hartenstein, Klaus Liepelt, Günter Schubert, Die Septemberdemokratie – Ein Beitrag zur Soziologie der Bundestagswahl, in: Neue Gesellschaft, 5 (1958), H. 1, S. 9–20, hier S. 9.
[314] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Wahlergebnisse-Bundestagswahlen 1953–1957.
[315] Zit. nach Appelius, Heine, S. 298.
[316] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Zusammenstellung der Erfahrungen und Feststellungen unserer Wahlkampfleiter im Bundestagswahlkampf 1957, vom 5. 10. 1957; folgendes nach ebenda.
[317] Vgl. Klotzbach, Weg, S. 356–362.
[318] Heinrich Deist (1902–1964), 1953–1964 MdB-SPD, Wirtschaftsexperte der Partei, seit 1958 stellvertretender Fraktionsvorsitzender.
[319] Sozialplan für Deutschland. Auf Anregung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vorgelegt von Walter Auerbach u. a., Berlin, Hannover [3]1958.
[320] Vgl. Klotzbach, Weg, 376f.
[321] Appelius, Heine, S. 292.

galt die Sozialisierung und Gemeinwirtschaft, wenn auch nicht mehr in radikaler und dogmatischer Form, immer noch als wirtschaftspolitischer Königsweg. Die Wahlkämpfer in der Oberpfalz forderten dagegen von der Parteispitze, die „Einwendungen gegen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung" und die „Frage der Sozialisierung" zu überdenken. Vielleicht war doch nicht alles falsch an der sozialen Marktwirtschaft? Zumindest Heinrich Deist und Karl Schiller, die ökonomischen Reformer der Partei, warben darum, sich von der Vorstellung zu lösen, Wirtschaftspolitik könne noch „im Sinne der traditionellen Parteiutopien"[322] erfolgreich sein. Im ‚Vorwärts' machte Deist unmißverständlich deutlich: „Wer für eine freiheitliche politische Ordnung eintritt, muß sich auch in der Wirtschaft zu einem größtmöglichen Maße von Freiheit bekennen."[323] Das schloß staatliche Kontrolle und eine Regulierung durch die öffentliche Hand nicht aus, war aber doch eine neue Tonart, die in der Oberpfalz offenkundig besser ankam als die kämpferischen Parolen von einst.

Die Bilanz der Presse- und Organisationsarbeit ließ ebenfalls keinen Zweifel daran aufkommen, daß viele der sozialdemokratischen Probleme hausgemacht waren[324]: Die Parteipresse hatte den Wahlkampf nicht ausreichend unterstützt, so wurde moniert, Kontakte zu den örtlichen Pressevertretern fehlten genauso wie eine ausreichende Zahl von Plakatständern sowie aktiver und fähiger Wahlkämpfer. Oft war nur dort plakatiert worden, wo auch ein Ortsverein war – das mochte in den Industriearbeitergemeinden der Maxhüttenregion genügen, die „Organisationswüsten" im Bayerischen Wald und die ländlichen Regionen im Umland der Industrieinseln waren damit aber kampflos preisgegeben worden. Aber selbst in den Industrieregionen, in denen die SPD stärker verwurzelt war, hatte sie nach dem Dafürhalten der Wahlkampfleiter vielfach strategische Fehler begangen: Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, einer der zentralen Stützen der SPD, war alles andere als zufriedenstellend gewesen; während sich die Union auf ihre „natürlichen Verbündeten", die katholischen Laiengruppen und kirchlichen Würdenträger habe verlassen können, habe die SPD ihre Verbindung zum DGB nur unzureichend genutzt. Der Partei, so die Selbstdiagnose, sei es nicht gelungen, ihre Kräfte zu bündeln und das vorhandene Potential auszuschöpfen. In der Öffentlichkeit hatte sie zwar fast gebetsmühlenartig ihre innere Geschlossenheit bekundet. Intern jedoch sorgte der Streit zwischen lokalen Parteiorganisationen um die Kandidatenaufstellung für erhebliche, oftmals persönlich ausgetragene Konflikte, die die Ausgangslage im Wahlkampf zusätzlich erschwerte und nicht dazu beitrugen, die Bereitschaft der Mitglieder zu erhöhen, sich im Wahlkampf für die Sozialdemokratie zu engagieren.[325]

[322] Klotzbach, Weg, S. 376 f.

[323] Vorwärts vom 3. 8. 1956: „Freiheitliche Ordnung. Grundlagen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik." Zugleich betonte Deist aber, daß auch der Staat aktiv und kontrollierend in den Wirtschaftsprozeß eingreifen müsse, um die Wirtschaft am Leben zu erhalten; ebenda.

[324] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Zusammenstellung der Erfahrungen und Feststellungen unserer Wahlkampfleiter im Bundestagswahlkampf 1957, vom 5. 10. 1957, S. 2.

[325] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Heinrich Schophol an Franz Sichler vom 22. 3. 1957; AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Franz Plank, Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Niederbayern/Oberpfalz, an den bayerischen SPD-Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen vom 12. 5. 1957.

Das dürfte einer der Gründe dafür gewesen sein, daß die Partei selbst ihre eigene Klientel nicht bei der Stange halten konnte: „Eine systematische Betriebsgruppenarbeit muß aufgebaut werden, um den Industriearbeiter wieder für Politik zu interessieren und ihn als Mitglied und Wähler der SPD zuzuführen."[326] Die Partei, so glaubten viele, verliere ihre Stammwähler.[327]

Als gravierendes Defizit erwies sich zudem, daß die Partei bei der Auswahl der Referenten wenig Fingerspitzengefühl gezeigt hatte, wie die Oberpfälzer kritisch bemerkten: „Die Zuweisung von Referenten, welche nicht im Stande [sic] sind, sich auf die Mentalität des bayerischen Wählers einzustellen, muß in Zukunft unterbleiben", so die ultimative Forderung aus Regensburg.[328] So rissen die Klagen nicht ab[329], und es konnte kein Zweifel daran bestehen, daß die Eingangstore der Wagenburg auch in diesem Bundestagswahlkampf verschlossen geblieben waren.

Während den Parteireformern 1953 schon nach kurzer Zeit der Wind aus den Segeln genommen worden war, begann nach der verlorenen Bundestagswahl von 1957 auf allen Ebenen eine breit angelegte Reformdiskussion. Der Parteivorstand selbst gab dazu noch vor dem Jahreswechsel den Anstoß: Die Wahlergebnisse mit ihren regionalen Besonderheiten müßten genau geprüft, die „Mobilisierung des Geistes in engster Zusammenarbeit mit der Wissenschaft und den Ländern weitergehen", die Jugend an die SPD gebunden und die Organisationsstruktur der Partei überprüft werden, damit sie in die Lage versetzt wird, alle Schichten der Bevölkerung an ihrer Arbeit teilnehmen zu lasen."[330]

Die programmatischen und organisatorischen Defizite der Partei waren überall zu spüren. An vielen Stellen bemühten sich jüngere und gerade in Führungspositionen aufgestiegene Sozialdemokraten wie Willy Brandt, Helmut Schmidt und Fritz Erler darum, der Partei ein neues Gesicht zu geben. In Ostbayern griff der Unterbezirksvorsitzende von Regensburg-Land, der Mediziner und Vorsitzende der SPD-Arbeitsgemeinschaft Sozialistischer Ärzte Bayerns, Dr. Georg Oeckler[331], die Reformimpulse auf. Im Februar 1958 wollten die niederbayerischen und oberpfälzischen Sozialdemokraten in Kelheim über die geplanten organisatorischen Veränderungen debattieren und eigene Vorschläge für den zwei Monate später in Stuttgart stattfindenden Bundesparteitag erarbeiten. Im Vorfeld des Bezirksparteitages warb Oeckler dafür, die alten Scheuklappen abzulegen, sich neuen gesellschaftlichen Gruppen zu öffnen und das Image als reine Arbeiterpartei abzulegen[332]:

[326] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Zusammenstellung der Erfahrungen und Feststellungen unserer Wahlkampfleiter im Bundestagswahlkampf 1957, vom 5. 10. 1957, S. 1.

[327] Vgl. Klotzbach, Weg, S. 400.

[328] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Zusammenstellung der Erfahrungen und Feststellungen unserer Wahlkampfleiter im Bundestagswahlkampf 1957, vom 5. 10. 1957, S. 2.

[329] Ernüchternd mußten die Wahlkämpfer im Bundestagswahlkampf Weiden in einer ersten Bilanz feststellen, daß zahlreiche der geplanten Veranstaltungen überhaupt nicht stattgefunden hatten. Oftmals waren organisatorische oder infrastrukturelle Probleme dafür verantwortlich. AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Niederschrift über die Wahlkampfleiterbesprechung in Regensburg vom 15. 12. 1956.

[330] SPD-Jahrbuch 1956/1957, S. 355 f.

[331] Dr. Georg Oeckler, geb. 1918 in Langquaid/Ndb., Arzt, Eintritt in die SPD 1946, seit 1949 Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte Bayerns.

[332] Volkswacht vom 7.–13. 2. 1958: „Was wir vom nächsten Bezirksparteitag erwarten"; folgendes nach ebenda.

„Der Partei Kurt Schumachers sind die Schuhe zu eng und zu klein geworden. [...] Wir sind eine Volkspartei geworden und haben auch die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen, wenn wir den 30% Turm mit einem kräftigen Sprung nehmen wollen. [...] In unseren Reihen finden sich Arbeiter, freiberuflich Schaffende, Universitätsprofessoren, und alle haben wir das gleiche Ziel. Die Frage lautet nicht, welcher Berufsgruppe gehört unser besonderes Augenmerk, sondern welche Grundsätze sind uns allen gemeinsam, aus welchen Stand wir auch kommen mögen. Unsere Partei darf keine Standesinteressenpartei sein."

Oecklers Vision einer neuen Sozialdemokratie ging aber noch weiter. „Das Bewährte muß bleiben. Manches muß sich aber ändern, genauso wie sich nach ewigen Gesetzen die Zeiten ändern und die Welt, in der wir leben." Damit meinte der sozialdemokratische Akademiker eine weitgehende Organisations- und Finanzreform der Partei, die vor allem den unteren Parteigliederungen zugute kommen sollte. Von ihren bayerischen und Bonner Spitzengenossen erhielten die reformwilligen Parteimitglieder während des Bezirkstages wenig Unterstützung. Erich Ollenhauer warnte vor tiefgreifenden organisatorischen Schnitten. Sie seien „gefährlich, da ihre Wirkung den Wesenskern der Sozialdemokratie antasten würde. Die SPD könne unmöglich ein politischer Woolworth-Laden werden und jeweils für einen Pfennig billiger verkaufen als die Konkurrenz."[333] Und Wilhelm Hoegner, der sozialdemokratische „Übervater", erblickte in den Reformideen sogar den „bösen Wolf im frommen Schafspelz".

Viel kam auch in Kelheim nicht heraus. Halbherzig war die Beteiligung des Bezirks an der intensiven und zum Teil hitzigen Diskussion[334], die innerhalb der Partei über die Frage der Parteireform geführt wurde. Der Bezirkstag konnte sich lediglich zu dem nebulösen Appell durchringen, die Neuausrichtung der Partei müsse den „wertvolle[n] Kern sozialdemokratischer Tradition" bewahren und die Organisation festigen.[335] Was der „Kern" sozialdemokratischer Identität und ihr historisches Erbe genau war, blieb offen, weshalb sich auch jeder diesem wachsweichen Beschluß anschließen konnte. Das dürfte einer der Gründe dafür gewesen sein, warum der Beschluß in der innerparteilichen Diskussion verhallte und die niederbayerischen und oberpfälzischen Genossen in der Auseinandersetzung um den zukünftigen Kurs der Partei keine prägende Rolle spielten. Weder beim SPD-Parteitag in Stuttgart 1958, auf dem die entscheidenden Weichen für eine kulturelle und politische Öffnung gestellt wurden, noch während des Parteitags in Bad Godesberg 1959 meldeten sich die Vertreter Ostbayerns zu Wort. Während einzelne Kreisverbände umfangreiche Gegenentwürfe zum neuen Programm einbrachten[336] und heftig über die Leitidee des Grundsatzprogrammes stritten[337], die Partei in Zukunft auf den Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität aufzubauen und sich von „letzten" Werten zu verabschieden, blieben die Sozi-

[333] Volkswacht vom 7.–13. 3. 1958: „Eine Demonstration der Stärke und Geschlossenheit: der 5. Bezirksparteitag der SPD Niederbayern-Oberpfalz"; folgendes nach ebenda.
[334] Vgl. Klotzbach, Weg, S. 422ff.
[335] Volkswacht vom 7.–13. 3. 1958: „Eine Demonstration der Stärke und Geschlossenheit: der 5. Bezirksparteitag der SPD Niederbayern-Oberpfalz".
[336] SPD-Parteitagsprotokoll 1959, Bonn o.J. (1960), S. 545–551.
[337] Vgl. die Änderungsanträge zum Vorschlag der Programmkommission, in: ebenda, S. 543–609. Weder der Bezirk noch einer seiner Unterbezirke oder Ortsvereine brachte während der Diskussion einen eigenständigen Änderungsantrag ein.

aldemokraten aus dem Zonenrandgebiet stumm. Kaum ein anderer Bezirk beteiligte sich weniger an der Auseinandersetzung um die Zukunft der Partei.

Mit Sorge verfolgte der stellvertretende Parteivorsitzende Herbert Wehner die Entwicklung in Ostbayern. Es war ihm nicht verborgen geblieben, daß eine der Ursachen für die besonderen Probleme der ostbayerischen SPD in der unflexiblen und hierarchischen Führungsstruktur des Bezirks lag. „Große bayerische Landgebiete", so Herbert Wehner, „verlangen zwingend nach einer organisatorischen Regelung, die nur denkbar erscheint, wenn sowohl in Niederbayern und der Oberpfalz als auch im bayerischen Schwaben die Errichtung von Unterbezirkssekretariaten gewährleistet wird."[338] Diese neue, hauptamtliche Institution konnte nur mit Geldern und auf Kosten der Bezirksleitung geschaffen werden, die auf diesen Vorschlag denn auch mit größter Zurückhaltung reagierte. Lediglich einen Punkt aus der innerparteilichen Diskussion griffen die Oberpfälzer Sozialdemokraten um Franz Höhne und Franz Sichler heraus, weil sie sich von ihm den raschesten Erfolg versprachen und weil er am ehesten in ihre Vorstellung von einer zukünftigen Sozialdemokratie paßte: die Reform der Betriebsgruppenarbeit. Intern hatte man bereits eingestanden, daß die Betriebsgruppen als eine der wichtigen Säulen der Parteiorganisation im Bundestagswahlkampf nicht gerade geglänzt hatten, weil vielfach die Vernetzung mit den lokalen Parteigliederungen nur unzureichend gewesen war. Jetzt, nach der Bundestagswahl, wollte man diese Schwächen beseitigen. „Unsere Genossen in den Betriebsgruppen fühlen sich manchmal von der politischen Leitung des Unterbezirks verlassen. Die Betriebsgruppenarbeit wird von manchem führenden Funktionär oft als nebensächlich betrachtet. [...] Der Bezirksvorstand ist der Auffassung, daß wenn man die politische Bedeutung der Betriebsgruppenarbeit für unsere Partei erkennt, mehr getan werden muß, um unsere Genossen in den Betrieben politisch und organisatorisch zu unterstützen."[339]

Nachdem die CSU und die christlichen Gewerkschaften versuchten, in Betrieben wie der Maxhütte Fuß zu fassen, sei es zwingend erforderlich, die Betriebsgruppenarbeit auszubauen. Eng angebunden an die Ortsvereine und lokalen Parteiorganisationen sollten in den Betriebsgruppen alle sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen aus sozialdemokratischer Sicht behandelt werden. Das konnte gewerkschaftliche Aufgaben wie Tarifabschlüsse oder Streiks ebenso betreffen wie die Neuregelung der Sozialversicherung oder die Steuerpolitik.[340] Die Stärkung der Betriebsgruppe sollte die Antwort auf die fehlende Vernetzung sein, die die Oberpfälzer in ihrer Analyse des Bundestagswahlkampfes beklagt hatten. So sah es auch Herbert Wehner, einer der Motoren der Organisationsreform, der alles tat, um den Austausch zwischen sozialdemokratischen Gewerkschaftern und aktiven Genossen vor Ort zu forcieren. Wie aber sollten die Vorschläge konkret umgesetzt werden, und: betrafen sie überhaupt die entscheidenden Fragen, die die So-

[338] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 76, Herbert Wehner, Organisationspolitische Aufgaben (undatiert, um November 1958), S. 6.

[339] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Parteitagsbericht 1958, S. 3f.

[340] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 76, Herbert Wehner, Organisationspolitische Aufgaben (undatiert, um November 1958), S. 2f.

zialdemokraten an der Parteibasis am Ende der fünfziger Jahre bewegten? Wie sah das Verhältnis von Betrieb und Sozialdemokratie, wie das Parteileben in den fünfziger Jahren aus? Und ergaben sich daraus vielleicht nicht ganz andere Konsequenzen?

b) Partei- und Betriebsgruppenarbeit in „Bayerns Ruhrgebiet"

Die Ausgangslage der SPD in den von der Montanindustrie geprägten ostbayerischen Kommunen war alles andere als schlecht. Bei den Kommunalwahlen von 1952 wurde die SPD dort in allen Industriearbeitergemeinden stärkste Partei; je höher der Anteil der Industriearbeiter war, desto größere Erfolge feierten die Sozialdemokraten. In Wackersdorf erzielte die SPD 61,8 Prozent[341], in Teublitz 52,7[342] und in Burglengenfeld sogar 65,1 Prozent.[343] Die absolute Mehrheit in den Stadträten war ihnen damit sicher. Lediglich in Maxhütte-Haidhof mußte die SPD mit 35,8 Prozent der Christlichen Wählergemeinschaft knapp den Vortritt lassen, weil ihr dort mit der KPD ein starker Konkurrent die Stimmen der Arbeiterschaft streitig machte. Der konservative Wahlblock erhielt wie die SPD sechs Sitze im Gemeinderat, die KPD mit 8,5 Prozent der Stimmen zwei.[344]

In Schwandorf konnte die SPD mit Lorenz Sichler an der Spitze ebenfalls einen deutlichen Wahlsieg verbuchen: 62,5 Prozent der Bürger stimmten für den SPD-Kandidaten und amtierenden Oberbürgermeister Sichler, während sein Gegenkandidat von der CSU lediglich 37,5 Prozent erreichte. Zugleich wurde die SPD erstmals stärkste Fraktion im Stadtrat; mit 43,4 Prozent erhielt sie neun Sitze, während die CSU mit 27,9 Prozent nur sechs, die Unabhängigen Wähler mit 14,1 drei und die Heimatvertriebenen zwei Sitze und 8,7 Prozent der Stimmen erreichten.[345]

Die Erfolge in ihren industriellen Hochburgen waren wesentlich verantwortlich für ihr bayernweit beachtetes Ergebnis im Landkreis Burglengenfeld. Dort erzielten die Sozialdemokraten mit 48,9 Prozent beinahe die absolute Mehrheit der Stimmen; ein in ganz Altbayern unübertroffener Erfolg. Anders lagen die Dinge im Landkreis Amberg. Dort übertraf die SPD zwar das Ergebnis auf Regierungsbezirksebene von 22,2 Prozent um 1,4 Prozentpunkte, der CSU konnte sie aber auch auf kommunaler Ebene nur in den Arbeiter- und Industriegemeinden der Max- und der Luitpoldhütte Paroli bieten. Nicht viel besser war die Lage der SPD in Sulzbach-Rosenberg. Hier kam sie auf 26,2 Prozent der Stimmen und lag damit gleich auf mit der CSU.[346] Allerdings machte ihr vor allem die Gründung einer eigenen Flüchtlingspartei zu schaffen: ihr Stimmenanteil war im Gegensatz zu den Kommunalwahlen von 1948 um rund 10 Prozent gesunken, während der 1952 erstmalig antretende Wahlblock der Heimatvertriebenen[347] auf 14,6 Prozent

[341] AbSL, Gemeindemappe Wackersdorf, Kommunalwahl 1952.
[342] AbSL, Gemeindemappe Teublitz, Kommunalwahl 1952.
[343] AbSL, Gemeindemappe Burglengenfeld, Kommunalwahl 1952.
[344] AbSL, Gemeindemappe Maxhütte-Haidhof, Kommunalwahl 1952.
[345] AbSL, Gemeindemappe Schwandorf, Kommunalwahl 1952.
[346] AbSL, Gemeindemappe Sulzbach-Rosenberg, Kommunalwahl 1956.
[347] Bei den Kommunalwahlen 1948 war bereits eine Union der Ausgewiesenen angetreten, die auf 5,26 Prozent der Stimmen kam.

der Stimmen kam. Bei den Kommunalwahlen von 1956 konnte die SPD hier den größten Stimmenzuwachs in der gesamten Oberpfalz verbuchen: Sie erzielte 27,2 Prozent der Stimmen und lag damit drei Prozent über dem Durchschnitt im Regierungsbezirk. In der Stadt selbst gewann die SPD rund acht Prozent; sie rangierte mit 34 Prozent knapp zwei Prozentpunkte hinter der CSU, die acht Sitze im Stadtrat hatte, während die SPD lediglich sieben erhielt. Der Gesamtdeutsche Block/BHE büßte vier Prozentpunkte ein und lag bei rund zehn, während die traditionell starke FDP zusammen mit der Unabhängigen Liste auf 16,7 Prozent der Stimmen kam.

Einen Stimmenzuwachs meldete 1956 auch die Schwandorfer SPD, die noch einmal zwei Prozentpunkte zulegte; sie hatte jetzt knapp 46 Prozent und zehn Stadträte, während die CSU nur auf 26,6 Prozent der Stimmen kam und sechs Abgeordnete stellte.[348] Ihren triumphalsten Erfolg feierten die Sozialdemokraten der Oberpfalz in der BBI-Gemeinde Wackersdorf: 72,1 Prozent schenkten der SPD ihr Vertrauen. Der enge Zusammenhang von Betriebsgröße, Arbeiteranteil und sozialdemokratischen Wahlerfolgen ist überdeutlich: Je größer die Betriebe waren und je länger sie bereits vor Ort (wie die BBI, die Aluminiumfabrik, das Dampfkraftwerk oder die Maxhütte) existierten, je gewachsener die Sozialstruktur der Betriebe und der Belegschaft war, desto stärker war die Affinität der Industriearbeiterschaft zur Sozialdemokratie. Wichtig für den längerfristigen Erfolg der SPD dürfte aber noch ein anderer Faktor gewesen sein: Die Industriearbeitergemeinden gehörten im Gegensatz zu den krisengeschüttelten, agrarischen Armenhäusern der nördlichen und östlichen Oberpfalz zu den Gewinnern der fünfziger Jahre – und zwar in mehrfacher Hinsicht: Hier gab es Arbeitsplätze, hier verdiente man gutes Geld, und hierher strömten viele Arbeitskräfte, weshalb die Zahl der Einwohner rapide stieg.[349] Nicht alle „Neubürger" gingen zur SPD oder wählten sie; die SPD als dominierende Milieupartei, die auch in den Betrieben und Gewerkschaften ein entscheidendes Wort mitsprach, hatte aber doch wesentlich bessere Chancen der Rekrutierung und Werbung als andere Parteien. Anders als in agrarischen Regionen wie Roding, wo erst mühsam eine Parteistruktur aufgebaut werden mußte, verfügte die SPD in den industriellen Zentren über einen weitgefächerten, funktionierenden Apparat, der auch flexibel genug war, um auf die Bedürfnisse der „Neuen" reagieren zu können. Hier waren die traditionellen Themen der SPD noch relevant, sie gewannen an Attraktivität und lebensweltlicher Bedeutung, da sie die Menschen unmittelbar am Arbeitsplatz ansprachen. Die Möglichkeit, die eigene Existenzberechtigung als Partei der industriellen Welt unter Beweis stellen zu können, bot den äußeren Rahmen für eine erfolgreiche Kommunalpolitik der Sozialdemokratie.

Unternehmen wie die BBI und die Maxhütte waren damit nicht nur Produktions- und Arbeitsstätten. Sie waren zugleich auch Katalysatoren der ständigen Erneuerung und Kräftigung milieuspezifischer Bindungen. Doch wie sahen diese

[348] AbSL, Gemeindemappe Schwandorf, Stadtratswahlen 1956; alle Angaben nach ebenda.

[349] Für den Zeitraum zwischen 1950 bis 1956 vgl. für den Landkreis Burglengenfeld Bayerische Gemeinde- und Kreisstatistik 1958, H. 207, Bd. 2, S. 6; für den Landkreis Cham ebenda, S. 10; für Beilngries S. 6.

aus? Und: Welchen Veränderungen waren sie in den fünfziger Jahren unterworfen?

An der Spitze der örtlichen Partei standen in den fünfziger Jahren in der Regel noch die gleichen Genossen, die nach 1945 den Neubeginn organisiert hatten. In Sulzbach-Rosenberg und Maxhütte-Haidhof waren es die Maxhüttenarbeiter Max Trebst und Georg Ehrenreich, in Schwandorf stand Otto Kuhn an der Spitze des Ortsvereins. Ihren Charakter als Arbeiterpartei hatte die SPD auch in den fünfziger Jahren noch nicht eingebüßt: Mehr als 35 Prozent der SPD-Mitglieder in Schwandorf waren 1954 als Arbeiter bei der BBI, im Dampfkraftwerk Dachelhofen oder bei den Vereinigten Aluminium Werken beschäftigt; in den kleineren Arbeitergemeinden der Umgebung dürfte der Anteil der Arbeiter noch deutlich größer gewesen sein und weit über 50 Prozent gelegen haben. In der Stadt Schwandorf mit ihren vielen Verwaltungseinrichtungen wie dem Arbeitsamt konnte die SPD bereits zahlreiche Angestellte und Beamte für sich gewinnen: Der Anteil der Angestellten lag bei 15,3 Prozent, der der Beamten bei rund 10,1 Prozent, und die Kaufleute und die mittelständischen Gewerbetreibenden waren mit 11,2 Prozent vertreten.[350] Das Rückgrat der Partei bildete nach wie vor die Industriearbeiterschaft. Das galt auch für die kommunalen Funktionsträger der SPD, die sich zu einem erheblichen Teil aus den Beschäftigten der Großbetriebe rekrutierten.

In Wackersdorf, Teublitz, Maxhütte-Haidhof waren zwischen 1948 und 1960 fast alle Gemeinderäte der SPD bei der BBI oder der Maxhütte als Arbeiter beschäftigt[351]; in Sulzbach-Rosenberg lag der Anteil der Arbeiter unter den Mitgliedern der SPD-Fraktion zwischen 62,5 Prozent bei den Stadtratswahlen von 1948 und 71,4 Prozent bei den Kommunalwahlen von 1956.[352] Die Mitglieder der Kommunalparlamente, die überwiegend zwischen 1900 und 1915 geboren waren, gehörten vielfach zu den qualifizierten Facharbeitern im Betrieb, sie waren Meister oder hatten zumindest herausgehobene Positionen als Vorarbeiter inne. Oftmals waren SPD-Stadträte nicht nur in der Kommunalpolitik aktiv, sondern zugleich erfahrene Betriebsräte oder wie Richard Edenhofer oder Fritz Mertel Betriebratsvorsitzende. Mertel kandidierte 1956 sogar für das Amt des Bürgermeisters von Sulzbach-Rosenberg, scheiterte aber mit seinem Versuch, von der Spitze des Betriebes an die Spitze der Stadtverwaltung zu wechseln. Doch war es häufig der Fall, daß vor der Karriere in der Kommunalpolitik einige Jahre Praxis als Betriebsrat standen und die Arbeit gleichsam als „Bewährungsprobe" galt. Neben den qualifizierten Facharbeitern und Betriebsräten gab es zwei weitere „Typen" sozialdemokratischer Kommunalpolitiker. Der eine war eher in den größeren Gemeinden und Städten wie Burglengenfeld, Amberg oder Schwandorf vertreten und verdiente sein Geld nicht mehr in seinem ursprünglichen Beruf als Arbeiter, sondern als besoldeter Funktionär der Partei oder der Gewerkschaft. In

[350] Archiv der SPD Schwandorf, Zusammenstellung für die Generalversammlung vom 29. 5. 1954 (Angaben nach eigenen Berechnungen).

[351] AbSL, Gemeindemappen für Wackersdorf, Teublitz, Maxhütte-Haidhof für die Kommunalwahlen von 1948, 1952 und 1956.

[352] 1948/1952 lag der Arbeiteranteil unter den Mitgliedern der SPD-Fraktion bei 62,5 Prozent, 1952/56 bei 60 Prozent und 1956/1960 bei 71,4 Prozent. Angaben nach AbSL, Gemeindemappen Sulzbach-Rosenberg, Kommunalwahl 1948, 1952, 1956.

Sulzbach-Rosenberg saß zwischen 1952 und 1956 mit dem Bergmann Hans Pilhofer ein hauptamtlicher Gewerkschafter des DGB mit in der Stadtratsfraktion, in Schwandorf waren zusammen mit dem amtierenden Oberbürgermeister Lorenz Sichler, dem Bezirkssekretär und Landtagsabgeordneten Franz Sichler und den Gewerkschaftssekretären Max Kuhn und Josef Fretschner vier von neun Stadträten hauptamtlich als Politiker oder Gewerkschafter beschäftigt.[353]

Eine andere Gruppe waren die Vertriebenen und Flüchtlinge. Stadträte wie Otto Breitfelder und Emil Köferl[354] in Haidhof oder Viktor Hudek in Sulzbach-Rosenberg waren keine Ausnahme. Sie waren bereits in ihrer alten Heimat politisch in der Arbeiterbewegung aktiv gewesen und konnten einige Jahre kommunalpolitische Erfahrung vorweisen. Nach schwierigem Start hatten sie sich meist rasch gesellschaftlich und politisch etablieren können und waren zu einem unverzichtbaren Teil der Parteiorganisation geworden: Ihre führenden Vertreter bekleideten nicht nur kommunalpolitische Ämter, sie waren auch in den Betriebsräten, in der sudetendeutschen Landsmannschaft[355] und in den sozialdemokratischen Ortsvereinen aktiv – und trugen so maßgeblich dazu bei, daß lokale SPD-Gliederungen den Aderlaß des Krieges rasch ausgleichen konnten. Innerhalb der SPD in den Arbeiter- und Industriegemeinden waren sie eine entscheidende Mittlerinstanz zwischen Sozialdemokratie und den Vertriebenen- und Flüchtlingsverbänden.

1954 stammten 115 der 365 (31,5 Prozent) Genossen des Ortsvereins Schwandorf aus dem Sudetenland und Schlesien.[356] Die meisten von ihnen waren bereits vor 1933 Mitglieder der Partei gewesen. Zu einer Verjüngung der Partei trugen die Flüchtlinge allerdings nicht bei. Im Gegenteil: Rund 36 Prozent waren älter als 55 Jahre, während der Anteil der aus Schwandorf stammenden Genossen in dieser Altersgruppe bei etwa 30 Prozent lag; die zweitstärkste Altersgruppe bei den Vertriebenen und Flüchtlingen bildeten die zwischen 1905 und 1915 Geborenen: 32,4 Prozent von ihnen waren zwischen 45 und 55 Jahre alt, bei den „einheimischen" Sozialdemokraten war diese Altersgruppe lediglich mit 28,1 Prozent vertreten.[357] Ein grundsätzliches Problem, das zwar durch die Flüchtlinge leicht verschärft, aber nicht durch sie ausgelöst worden war, traf die Partei, wie es bereits Franz Sichler für den ganzen Bezirk Niederbayern/Oberpfalz beklagt hatte, an ihrem Lebensnerv: Der Partei fehlte die Jugend. 1955 waren 17,2 Prozent der 376 Mitglieder unter 35 Jahre, über 36 Prozent waren aber bereits vor 1900 geboren und damit älter als 55 Jahre; bis zum Jahr der Bundestagswahl von 1957 konnte die SPD zwar durch ihre Werbeaktion die Zahl ihrer Mitglieder auf 422 erhöhen, der Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter 35 Jahren sank aber auf 15,4 Prozent; gleichzeitig waren rund ein Fünftel der Genossen über 60 Jahre und

[353] AbSL, Gemeindemappe Schwandorf, Kommunalwahl 1952.
[354] Stadtarchiv Maxhütte, 0–24, Nachruf Willy Bauer auf Emil Köferl (1907–1963) am 30. 11. 1963.
[355] Emil Scheidler, Stadtrat von 1956–1972, war 23 Jahre Vorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Maxhütte-Haidhof, zwischen 1965–1972 zweiter Bürgermeister und Betriebsratsmitglied in der Maxhütte.
[356] Archiv der SPD Schwandorf, Zusammenstellung für die Generalversammlung vom 29. 5. 1954 (Angaben nach eigenen Berechnungen).
[357] Archiv der SPD Schwandorf, Generalversammlung der SPD vom 17. 5. 1955 (Angaben nach eigenen Berechnungen).

damit nahe an der Pensionsgrenze oder bereits aus dem aktiven Erwerbsleben ausgeschieden.[358]

Den führenden Funktionären blieb der Sklerotisierungsprozeß der Parteibasis nicht verborgen. Die Partei brauche dringend „neues Leben"[359], hieß es auf der Jahreshauptversammlung der Amberger SPD 1955. Das „erkämpfte Erbe der Väter", so der Schwandorfer Ortsvereinsvorsitzende Kuhn, müsse verteidigt und die Jugend wieder an die Partei gebunden werden.[360] Aber wie? Die Partei entwikkelte mehr und mehr den Charme eines proletarischen Altherrenclubs, der gerne der großen Schlachten der Arbeiterbewegung gedachte, die viele der jungen Erwachsenen nur noch aus den Erzählungen der alten Sozialdemokraten kannten. Sie hatten das dichte Netzwerk aus Partei, Vorfeldorganisationen nur noch in seiner Auflösungsphase erlebt. Diese „heile Welt" der sozialdemokratischen Familie, die ältere Mitglieder in den Ortsvereinen immer wieder beschworen, hatten sie nicht mehr kennengelernt. Selbst der Nachwuchs aus den bewährten sozialdemokratischen Familien ging nicht mehr wie früher automatisch in die Partei, etwa in die Jugendgruppen der Falken, um dort ihre Freizeit zu verbringen. Dieser Automatismus, so jedenfalls die Wahrnehmung der Sozialdemokraten, war zerbrochen, die Jugendgruppen führten ein kümmerliches Dasein und standen immer kurz davor, wegen mangelnder Beteiligung aufgelöst zu werden.[361] Offenkundig war für die Jugendlichen die jugendpflegerische Pädagogik der Arbeiterbewegungskultur kaum mehr attraktiv – ein Problem, vor dem nicht nur die Falken, sondern auch die Jugendgruppen der Gewerkschaften standen.[362] Nur Flugzettel zu verteilen und im Wahlkampf Plakate kleben – damit war kaum ein Jugendlicher mehr zu gewinnen. Diese traditionellen Sozialisationsinstanzen hatten sich überlebt und waren auch durch elterlichen Druck nicht mehr zu revitalisieren.

Die Bindungskraft des sozialdemokratischen Milieus zeigte hier deutliche Risse. Selbst für aktive Genossen besaß die Partei nicht mehr den gleichen sozialen Stellenwert im Lebensrhythmus wie es vor 1933 der Fall gewesen war. Der Ruf der Parteispitze nach größerer Anteilnahme am Parteileben blieb deshalb oft und oft ungehört. In einem dramatischen Aufruf appellierte Otto Kuhn 1961 an die sozialdemokratische „Ehre" seiner Mitglieder, um der Partei neues Leben einzuhauchen:

„Ich muß die Frage an euch stellen, wo seid Ihr? wo bleibt Ihr? Habt Ihr alle unseren alten Kampfruf ‚Einer für alle und alle für Einen' vergessen? Vergessen die alte, gute Kameradschaft von gestern, heute und morgen? Vergessen unser altes Kampflied der sozialdemokratischen Partei ‚Wacht auf, Verdammte dieser Erde, die stets man noch zum Hunger zwingt'. Ich als Vorsitzender der SPD Ortsgruppe Schwandorf rufe euch zu: ‚Wacht auf, wacht endlich auf, es ist höchste, allerhöchste Zeit, ehe es in unserem heutigen Bundesdeutschland wieder zu spät ist.' "[363]

[358] Archiv der SPD Schwandorf, Generalversammlung der SPD vom 28. 4. 1957 (Angaben nach eigenen Berechnungen).
[359] Volkswacht vom 13. 4.–19. 4. 1955: „Berichte aus Amberg".
[360] Archiv der SPD Schwandorf, Generalversammlung der SPD vom 17. 5. 1955, Bericht des Vorsitzenden, S. 2.
[361] Archiv der SPD Schwandorf, Generalversammlung der SPD vom 28. 4. 1957, Bericht des Vorsitzenden, S. 8; Protokoll zur SPD-Ausschußsitzung vom 9. 11. 1959.
[362] Vgl. zu ähnlichen Schwierigkeiten im Ruhrgebiet Goch, Arbeiterbewegung, S. 459–465.
[363] Archiv der SPD Schwandorf, Generalversammlung der SPD vom 15. 4. 1961, Bericht des Vorsitzenden, S. 3.

Kuhns Appell war eine Reaktion auf die immer größer werdenden Schwierigkeiten, die Parteiversammlungen zu füllen und die Restbestände der Arbeiterbewegungskultur zu sichern, die die Jahre der Verfolgung und den Krieg überdauert hatten. Immerhin gab es noch einige davon, und es war keineswegs so, daß in den fünfziger Jahren alle Traditionen und Milieureste vollkommen verschwunden waren.

Der SPD-Ortsverein war noch immer ein Ort der Geselligkeit und des sozialdemokratischen Freizeitlebens. Im Jahreskreis der Parteiveranstaltungen waren Kegeln, Kartenspielen, Wandern und Radtouren mit der ganzen Familie ebenso integrale Bestandteile wie Faschingsbälle und Weihnachtsfeiern. Besonders bei letzteren versuchte man, die Traditionen der Arbeiterbewegung zu pflegen und die Größe der „echten, sozialdemokratischen Familie", wie Otto Kuhn meinte, unter Beweis zu stellen.[364] Während die katholische Kolping-Familie sich vor dem 24. Dezember traf, feierten die Sozialdemokraten ihr Weihnachtsfest erst am 2. Weihnachtstag.[365] Die Feier knüpfte nahtlos an die ritualisierten Formen an, die bereits vor 1933 bestanden hatten und die vielen älteren Parteimitgliedern das Gefühl vermittelten, die Arbeiterbewegung habe wider allen Unkenrufen den Krieg unbeschadet überstanden. Einmal im Jahr schien wahr zu sein, wovon so viele träumten: Die sozialdemokratische Familie lebte und zeigte ihr vielseitiges Gesicht. Die Jugendgruppe der Naturfreunde[366], die sozialdemokratische Antwort auf den „bürgerlichen" Alpenverein[367], eröffnete die gutbesuchte Feier im Rössl-Saal des Schwandorfer Volkshauses mit einem Lied[368]; dann trat der Arbeitergesangsverein in Aktion, schließlich trug eine Genossin ein Weihnachtsgedicht vor. Den politischen Jahresrückblick übernahm der Ortsvereinsvorsitzende Otto Kuhn. Bei seiner Rede anläßlich des Weihnachtsfestes von 1956 erinnerte er seine Parteifreunde auch an das Elend der ungarischen Flüchtlinge, die Opfer des Kommunismus geworden seien und „wegen ihrer Freiheitsliebe hinter Gefängnismauern schmachten" müßten. „Noch immer sind wir weit entfernt, daß in aller Welt der Frieden und die Liebe, die uns die Weihnachtsbotschaft kündigt, eingekehrt sind". Im Anschluß an seine Rede bat er die Genossinnen und Genossen, aufzustehen und gemeinsam „Stille Nacht, Heilige Nacht" zu singen. Nach einem weiteren Musikstück, wieder von der Naturfreundejugend dargebracht, führte die Parteijugend ein kleines Theaterstück mit dem Titel „Süßer die Glocken nie klingen" auf. Mit Liedern des Arbeitergesangsvereins („Bald prangt, den Morgen zu verkünden" aus Mozarts Zauberflöte) und „Unterhaltungsmusik", klang die Weihnachtsfeier aus.

Geselligkeit und „Beisammensein" gehörten untrennbar zur sozialdemokratischen Familienidylle, die für die aktiven Genossen einen Wert an sich darstellte. Ähnlich wie sich auch die BBI und die Maxhütte als „Familie" betrachteten, lebten vor allem viele ältere Sozialdemokraten in der Vorstellung, die Partei sei eine

[364] Volkswacht vom 4. 1.–10. 1. 1957: „Aktuelles aus Schwandorf".
[365] Archiv der SPD Schwandorf, Einladung zur Weihnachtsfeier des SPD-Ortsvereins vom 26. 12. 1955.
[366] Vgl. 50 Jahre Naturfreunde in Schwandorf i.Bay. 1922–1972, o.O.o.J.
[367] Vgl. Jochen Zimmer (Hrsg.), Mit uns zieht die neue Zeit: die Naturfreunde. Zur Geschichte eines alternativen Verbandes in der Arbeiterkulturbewegung, Köln 1984.
[368] Archiv der SPD Schwandorf, Generalversammlung vom 12. 5. 1956, S. 4; folgendes nach ebenda.

politische und soziale Lebens- und Schicksalsgemeinschaft, die nicht nur Programme erstellen, sondern auch die Lebenswelt ihrer Mitglieder vollständig auszufüllen vermochte.

Trotz der großen Wunden, die ihr der Krieg und die nationalsozialistische Verfolgung geschlagen hatte, überlebten einige der sozialdemokratischen Arbeiterkulturvereine und Vorfeldorganisationen. Sie alle hatten aber eines gemeinsam: Es mangelte ihnen an aktiven Mitgliedern. Das galt für die sozialdemokratischen Frauen, die Falken, die Arbeitersportvereine, aber auch der Volkschor kämpfte ständig ums Überleben. Selbst die in den zwanziger Jahren überregional bekannten Arbeiter-, Rad- und Kraftfahrervereine aus Wackersdorf und Schwandorf konnten trotz ihrer Unterstützung durch die IG Bergbau und die lokalen sozialdemokratischen Politiker nie wieder an ihre Vorkriegserfolge anknüpfen; zu dünn war die Personaldecke.[369]

Lediglich mit ihrer Theatergruppe gelang es der SPD, öffentlich präsent zu sein und eine Zielgruppe anzusprechen, die über die enge Parteiklientel hinausging. Theaterspielen besaß in der Arbeiterjugendbewegung eine lange Tradition[370], und so war es kein Wunder, daß ein erheblicher Teil der Laienspielgruppe aus der sozialistischen Jugend und den bekannten Schwandorfer SPD-Familien stammte.[371] Auf dem Spielplan der Theatergruppe stand aber in diesen Jahren keinesfalls politische oder sozialistisch-klassenkämpferische Bühnenkunst. Die Sozialdemokraten wollten unterhalten und Kurzweil bieten. Zerstreuung und Vergnügen waren ihre Leitmotive, nicht die Agitation. Sie spielten deshalb vor allem Lustspiele, ländliche Volksstücke und Schwänke, die für die Parteigenossen genauso wie für die anderen Bürger aus Schwandorf eine vergnügliche Abendunterhaltung boten. „Der Schwur auf der Kreuzberg Alm", den die Genossen 1957 aufführten[372], oder ihr, wie sich der Ortsvereinsvorsitzende erinnerte, „frisches, flottes Spiel Früchterl vom Lärchenhof"[373] ein Jahr später, wurden nicht nur innerhalb der Partei bejubelt, sondern auch vom Schwandorfer Publikum mit viel Beifall bedacht. Die Theatertruppe der SPD präsentierte sich auch in den umliegenden Dörfer und Gemeinden. Das war, sicher nicht nur in Wahlkampfzeiten, eine gute Möglichkeit, die SPD als Partei zu zeigen, die sich mit ihrem Kulturangebot an breite Schichten und nicht nur an die Beschäftigten im Braunkohlenbergbau und in der Aluminiumindustrie wandte. Arbeiter spielten in den Stücken allenfalls eine untergeordnete Rolle; es war vor allem die Lebenswelt kleinbürgerlicher Schichten, um die es in den Stücken ging. Das zeigt: Es gab keine Strategie, die Kulturarbeit für propagandistische Zwecke zu nutzen. Die SPD war aber präsent; das genügte, und mehr wäre wohl auch vom Publikum kaum angenommen worden, das – hier wie auch

[369] Volkswacht vom 21.6–27. 6. 1957: „Aus Wackersdorf".

[370] Vgl. dazu Dietmar Klenke, Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik, Bonn 1992; Peter von Rüden, Das Arbeitertheater zwischen politischer Aufklärung und Anpassung an den bürgerlichen Kulturbetrieb, in: Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918. Hrsg. von Peter von Rüden unter Mitw. von Gerhard Beier u.a., Frankfurt am Main u.a. 1979, S. 223–260.

[371] Archiv der SPD Schwandorf, Sozialdemokratische Partei, Ortsgruppe Schwandorf, Programm „Der Schwur auf der Kreuzberg Alm" (undatiert, um 1957).

[372] SPD-Archiv Schwandorf, Generalversammlung vom 28. 4. 1957, S. 6.

[373] SPD-Archiv Schwandorf, Generalversammlung vom 26. 4. 1958, S. 5.

bei anderen Parteien – an Unterhaltung interessiert war und nicht mit Losungen und Parteipolitik behelligt werden wollte.

Parteiarbeit bestand allerdings auch in den fünfziger Jahren nicht nur aus der gemeinsam verbrachten Freizeit. In der Regel traf sich der Ortsverein einmal im Monat zu einer Mitgliederversammlung im Volkshaus. Das Muster der Veranstaltungen war meist das gleiche: Der Ortsvereinsvorsitzende begrüßte die Mitglieder und stellte den Referenten vor, der den Abend mit einem etwa einstündigen Vortrag gestaltete. Kritische Fragen und Diskussionsbeiträge waren zwar nicht untersagt, bildeten aber eher die Ausnahme als die Regel. Eine offene und rege Diskussionskultur paßte nicht zur großen Parteifamilie, in der man geduldig dem Vorsitzenden und führenden Funktionären folgte. Das Themenspektrum und die Referentenauswahl waren breit gestreut. Da das Städtedreieck Burglengenfeld, Schwandorf und Teublitz eine der wichtigsten sozialdemokratischen Hochburgen in der Oberpfalz war, traten hier vor allem zu Wahlkampfzeiten oftmals hochkarätige Politiker auf. Der bayerische Ministerpräsident Wilhelm Hoegner[374], der Landesvorsitzende Waldemar von Knoeringen[375], aber auch bundespolitische Prominenz wie Herbert Wehner[376], Fritz Erler oder Franz Neumann[377] gaben sich in der Maxhüttenregion die Ehre und hielten dort vor oftmals mehr als tausend Menschen imposante Wahlveranstaltungen ab. In den Ortsvereinen der Region berichteten die sozialdemokratischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten regelmäßig über ihre Arbeit. Im Zentrum stand dabei vor allem die Außen- und Deutschlandpolitik. Franz Höhne, Bundestagsabgeordneter und Vorsitzender des SPD-Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz, berichtete beispielsweise im Herbst 1955 vor den Schwandorfer Genossen über das Treffen der Westmächte und der Sowjetunion in Genf[378], über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion und Adenauers erfolgreiche Bemühungen um die Rückkehr deutscher Kriegsgefangener.[379] Auch die Wiedervereinigung und die Auseinandersetzung mit der DDR gehörten zu den Themen, die immer wieder auf der Agenda der Ortsvereine standen. Neben den aktuellen Entwicklungen vor und hinter dem „Eisernen Vorhang" war es vor allem die Erinnerung an den 17. Juni 1953 und das Gedenken an die Opfer des Arbeiteraufstandes gegen das SED-Regime, die immer wieder Anlaß zur Abrechnung mit den kommunistischen Gegnern gaben.[380]

Aber nicht nur über die „große" Weltpolitik informierten die geladenen Parteipolitiker, sondern auch über bundespolitische oder regionale Themen. Gebannt verfolgten die Schwandorfer Genossen 1955 die Diskussion um die Zukunft der Maxhütte. Sollte der Freistaat wirklich seine Anteile an Flick zurückverkaufen

[374] SPD-Archiv Schwandorf, Generalversammlung vom 12. 5. 1956, S. 5.
[375] Ebenda, S. 6.
[376] Volkswacht vom 7.–13.6. 1957: „Herbert Wehner in der Oberpfalz".
[377] SPD-Archiv Schwandorf, Generalversammlung der SPD vom 26. 4. 1958, S. 3.
[378] Das Treffen fand vom 18.–23. Juli statt, und es war das erste Mal seit den Treffen in Jalta und Potsdam, daß die Siegermächten des Zweiten Weltkrieges wieder an einem Tisch saßen, um über die Entspannung der internationalen Beziehungen zu verhandeln.
[379] SPD-Archiv Schwandorf, Generalversammlung vom 12. 5. 1956, S. 4; zum außenpolitischen Hintergrund vgl. Görtemaker, Geschichte, S. 329–338.
[380] SPD-Archiv Schwandorf, Generalversammlung vom 29. 5. 1954, S. 3.

oder konnte man durch die Mobilisierung von Partei und Gewerkschaften diese Entscheidung verhindern?[381] Die SPD brachte dabei sogar einen transportablen Projektor zum Einsatz, mittels dessen die entscheidenden Passagen der Landtagsdebatte in den Ortsvereinen gezeigt werden konnten. Auch Franz Sichler, ihr Vertreter in München, informierte über den Verlauf der Debatte und den Einsatz der Fraktion und der Partei für den Erhalt der staatlichen Besitzanteile.[382]

In wahlkampflosen Zeiten war es naturgemäß etwas ruhiger in den Ortsvereinen. Schwandorf war aber doch bedeutend genug, daß auch jetzt prominente Redner und Experten gewonnen werden konnten, die nicht nur die „klassischen" Themen behandelten. „Kann die Ausblutung des Mittelstandes verhindert werden?", hieß im Spätsommer 1955 eine von mehreren SPD-Veranstaltungen zur Mittelstandspolitik.[383] Die Partei lud dafür auch nicht in das Volkshaus, sondern in das „Gasthaus Zur Post" ein, um die Schwelle für Nicht-Parteimitglieder möglichst niedrig zu halten.[384]

Diese Strategie schien aufzugehen. Zwar war der Referent, der Nürnberger Landtagsabgeordnete und Fraktionssekretär Martin Albert, alles andere als ein Vertreter des Mittelstandes[385], doch seine Forderungen nach besserer finanzieller und steuerrechtlicher Unterstützung für die Gewerbetreibenden fanden beim einschlägigen Publikum so großen Anklang, daß der Abend getrost als Erfolg verbucht werden konnte.[386] Anders verhielt es sich wenige Monate später, als die Partei in Schwandorf zu einer Veranstaltung in das Volkshaus lud und einen unbekannten Referenten präsentierte. Dieser mußte vor fast leeren Rängen über die Umsatzentwicklung von Handel und Gewerbe sprechen. Gekommen waren offenkundig nur die treuesten der treuen Sozialdemokraten, nicht aber die eigentliche Zielgruppe, die sich möglicherweise bereits durch den Veranstaltungsort abschrecken ließ.

Höhepunkt im Parteileben waren die Sitzungen der Ortsvereine, in denen der Vorstand, die Kandidaten für öffentliche Ämter oder Delegierte für Parteitage gewählt wurden. Hier kam es, ganz entgegen aller Gewohnheiten, zu hitzigen Diskussionen.

Wer etwas wurde, war freilich oft an anderer Stelle entschieden worden, nämlich im Parteiausschuß. Dieses Gremium, in dem der Vorsitzende, sein Stellvertreter, der Kassierer, Vertreter der Jugend und der Frauen, der Stadtratsfraktion und einige weitere Delegierte saßen, war die eigentliche Schaltzentrale der Partei. Dort wurden Veranstaltungen und Wahlkämpfe geplant, die Auswahl der Referenten

[381] Vgl. auch Dietmar Süß, Auf dem Weg zu einer neuen Sozialordnung? Die Einführung der Montan-Mitbestimmung bei der Maxhütte 1950–1955, in: Von Erzgräbern und Hüttenleuten, hrsg. vom Stadtmuseum Sulzbach-Rosenberg 2000, S. 107–118, hier S. 112–116.

[382] SPD-Archiv Schwandorf, Generalversammlung vom 29. 5. 1954, S. 2.

[383] SPD-Archiv Schwandorf, Generalversammlung vom 12. 5. 1956, S. 4.

[384] Vgl. dazu Peter Lösche, Abschied von der Klassenpartei – das Ringen der SPD um die Mittelschichten, in: Dowe, Schumacher, S. 93–109.

[385] Martin Albert (geb. 1909 in Neumarkt/Oberpfalz), gelernter Schlosser, Tätigkeit als Werkmeister und technischer Vorstand in der Rundfunkindustrie, 1935 entlassen und in „Schutzhaft" genommen, nach dem Krieg wird er 1945 SPD-Vorsitzender in Nürnberg, 1946 Landessekretär der SPD in Bayern und schließlich 1947 Fraktionssekretär der SPD im bayerischen Landtag.

[386] Schwandorfer Tagblatt vom 2. 9. 1955: „Sorgen des Mittelstandes in aktueller und allgemeiner Sicht".

festgelegt und nach Wegen gesucht, die lethargischen Mitglieder zu aktivieren. Dafür gründete die Partei nach der verlorenen Bundestagswahl von 1957 einen eigenen „Diskussionsarbeitskreisausschuss", der sich alle drei Wochen im Volkshaus treffen sollte, um über „politische, wissenschaftliche und kulturelle Probleme" der Gegenwart zu diskutieren.[387] Angesprochen werden sollten damit vor allem die „geistig Schaffenden", Akademiker, Lehrer und Juristen. Deutlicher konnte das Bedürfnis zumindest eines Teils der Mitglieder kaum zum Ausdruck kommen, die politische Kultur der Partei zu reformieren und ein Forum für eine offene Diskussion drängender Fragen wie das Scheitern der Viererkoalition, die westdeutsche Atompolitik, die Wiedervereinigung und den Aufbau der Bundeswehr zu haben.[388] Daß solche Initiativen bitter nötig waren und daß das sozialdemokratische Milieu in Schwandorf dringend der Revitalisierung bedurfte, zeigte sich nie deutlicher als im März 1958, als die Wahl des Oberbürgermeisters auf der Tagesordnung stand. Die SPD ging mit Lorenz Sichler in das Rennen[389], der das Amt bereits seit 1948 innehatte, während sich CSU und Unabhängige Wähler, anders als sechs Jahre zuvor, auf einen gemeinsamen Kandidaten einigten, den gebürtigen Schwandorfer Dr. Josef Pichl, einen Juristen, wie immer wieder betont wurde.[390]

Die Leistungsbilanz Sichlers konnte sich durchaus sehen lassen[391], auch wenn es nach wie vor Streit um den Bau eines örtlichen Krankenhauses gab, dessen Verzögerung dem amtierenden Oberbürgermeister angelastet wurde. Die Sozialdemokraten starteten den Wahlkampf unter dem Motto, mit dem schon Konrad Adenauer gegen die SPD angetreten war: „Keine Experimente – wir bleiben bei unserem Alten".[392] Neben dem Wiederaufbau der völlig zerstörten Stadt, dem Ausbau der kommunalen Infrastruktur und der Forcierung des Wohnungsbaus betonte die SPD vor allem die soziale Herkunft ihres Kandidaten: „Lorenz Sichler stammt aus der Arbeiterklasse und ist gebürtiger Schwandorfer. Wer könnte die Nöte und Sorgen der Bevölkerung dieser schicksalsvollen Stadt besser kennen als er. Ihm wurde bei seiner Geburt kein Privileg oder Reichtum in die Wiege gelegt, sondern er mußte das nackte Leben mit all seinen Nöten und Erschwernissen an Leib und Seele erfahren." Anders als 1952, als Sichler leichtes Spiel gehabt hatte, entwickelte sich das Rennen um das Amt des Schwandorfer Oberbürgermeisters im Frühjahr 1958 zu einem mit harten Bandagen ausgetragenen Lagerwahlkampf, bei dem sich ein christlich-konservatives und ein sozialdemokratisches Bündnis gegenüberstanden. Der Ausgang der Wahl schockierte die Anhänger der SPD: Lorenz Sichler erreichte lediglich 46 Prozent, sein Herausforderer Pichl dagegen rund 54 Prozent.

Die SPD hatte damit eines ihrer wichtigsten öffentlichen Ämter im gesamten Landkreis und im Regierungsbezirk eingebüßt. Daß sie noch immer die stärkste Fraktion im Stadtrat stellte, war nur ein schwacher Trost, zumal auch noch das

[387] SPD-Archiv Schwandorf, Generalversammlung vom 28. 4. 1957, S. 7.
[388] Volkswacht vom 25. 10–31. 10. 1957: „Aktuelles aus Schwandorf".
[389] Schwandorfer Tagblatt vom 9. 1. 1958: „Lorenz Sichler erhielt das volle Vertrauen der SPD".
[390] Schwandorfer Tagblatt vom 31. 1. 1958: „CSU für einen rechtskundigen Oberbürgermeister".
[391] Schwandorfer Tagblatt vom 2. 1. 1958: „In guter Zusammenarbeit wurde das Gemeinwohl über die Parteipolitik gestellt".
[392] SPD-Archiv Schwandorf, Ein offenes Wort zur Nominierung der beiden Oberbürgermeisterkandidaten in der Stadt Schwandorf (undatiert, 1958); folgendes Zitat ebenda.

schlechte Abschneiden bei der Bundestagswahl verschmerzt werden mußte.[393] Innerhalb der Partei löste das Ergebnis zwar keine Rebellion gegen die Parteiführung aus – dafür waren die Sozialdemokraten viel zu diszipliniert. Doch der Wunsch nach Veränderung bekam durch den doppelten Schiffbruch, den die SPD erlitten hatte, neue Nahrung. In der Partei gärte es. Die tröstenden Worte des Parteivorsitzenden, die Genossen sollten nicht verzagen und auf bessere Zeiten hoffen, genügten nicht mehr. Eine erste Konsequenz zog die Parteileitung unmittelbar im Anschluß an die verlorene OB-Wahl: Um in der lokalen Öffentlichkeit präsenter zu sein, die Mitglieder stärker an die Partei zu binden und ein dichteres Informations- und Kommunikationsnetz zu schaffen, gründete man in jedem Stadtviertel eigene Sektionen, die sich regelmäßig treffen, einen Vorstand wählen, mit Sitz und Stimme im Parteivorstand vertreten sein und die Stadtratskandidaten aufstellen sollten.[394] Die städtischen Stimmbezirke, die die Grundlage für die Sektionen bildeten, galt es, so Lorenz Sichler, in Zukunft für „eine wahlagitatorische Arbeit zu gewinnen".[395]

Das war eine Strategie, wie sie zeitgleich auch von anderen sozialdemokratischen Ortsvereinen in der Maxhüttenregion verfolgt wurde. Burglengenfeld etwa – mit rund 470 Mitgliedern, darunter vor allem Arbeiter aus der Maxhütte, der größte Ortsverein im Unterbezirk – reformierte ebenfalls seine Organisationsstruktur und führte die Sektionsgliederung ein.[396] Umstritten war anfangs allerdings die organisatorische Anbindung an die Partei: Wer sollte an der Spitze der Sektionen stehen? Die Stadträte des Stimmbezirks oder selbständig gewählte Funktionäre? Keinesfalls war beabsichtigt, durch die Dezentralisierung ein neues Gegengewicht zum Parteivorstand entstehen zu lassen. Wie oft und zu welchem Zweck wollte man sich treffen? Sollten die Treffen eher „gesellschaftlicher u. kameradschaftlicher"[397] Art sein, mehr allgemeinpolitische Inhalte oder Organisationsfragen im Vordergrund stehen? Alles das war zunächst noch nicht geklärt. Wichtig schien den Verantwortlichen im Parteiausschuß vor allem eines: Die Sektionen sollten eine gewisse „Breitenwirkung" erzielen, ohne daß im „Getriebe ein Totlauf" entstand.

Solche Reforminitiativen gab es kurz vor und nach dem Godesberger Programm von 1959 überall. Schwandorf war da kein Sonderfall. Auch in anderen Ortsvereinen deutete sich ein vorsichtiger Wandel zu mehr Offenheit an. Die starren, aufklärerisch-belehrenden Vorträge, die so typisch waren für SPD-Veranstaltungen, erfuhren gelegentlich eine gewisse Auflockerung. Rudolf Schlichtinger, Lehrer, Landtagsabgeordneter und Hoffnungsträger der SPD aus Regensburg, experimentierte bei seinen Veranstaltungen im Maxhüttengebiet mit neuen Methoden, um die Zuhörer zu motivieren und ihre eigenen Vorstellungen und Ideen in die Parteiversammlung einfließen zu lassen. Nicht mehr der Monolog des Referenten stand im Mittelpunkt, sondern die Interaktion mit den Genossen – ein für

[393] SPD-Archiv Schwandorf, Generalversammlung der SPD vom 26. 4. 1958, S. 8.
[394] SPD-Archiv Schwandorf, Parteiausschuß, Sektionseinteilung bei der Ortsleitung (undatiert, Juni 1958).
[395] SPD-Archiv Schwandorf, Protokoll der Ausschußsitzung vom 17. 6. 1958.
[396] Volkswacht vom 3.5.–8.5.1958: „Burglengenfeld berichtet".
[397] SPD-Archiv Schwandorf, Protokoll der Ausschußsitzung vom 17. 6. 1958; folgendes nach ebenda.

die SPD beinahe revolutionärer Einschnitt. Schlichtinger teilte die Teilnehmer einer Veranstaltung in Arbeitsgruppen auf, die sich selbständig mit einem bestimmten Thema befassen und ihre Ergebnisse in einer anschließenden Diskussion vorstellen sollten.[398] Er selbst führte zwar in das Thema ein und moderierte das Gespräch, doch die entscheidenden Impulse kamen von den Mitgliedern selbst, die nicht mehr nur zum Zuhören verurteilt waren. Wenn auch das Arbeitsgruppenexperiment trotz der positiven Resonanz die Ausnahme blieb und die Veranstaltungen in der Regel in traditionellen Bahnen verliefen, wurde doch immer mehr das Bedürfnis der Mitglieder zur offenen Aussprache und politischen Auseinandersetzung deutlich. Immerhin vier Stunden nahm sich die Partei in Schwandorf Zeit, das Godesberger Programm Punkt für Punkt zu besprechen, um dessen Grundgedanken zu bewerten.[399] Erst um Mitternacht beendete der Ortsvereinsvorsitzende die rege Debatte, in der nicht nur die hauptamtlichen Funktionäre oder prominente Parteimitglieder wie Franz Höhne und Lorenz Sichler das Wort ergriffen, sondern auch einfache Mitglieder. Kaum ein Thema wurde ausgespart: Über die Frage der Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand wurde ebenso diskutiert wie über den Wohnungsbau, die sozialdemokratische Mittelstandspolitik und das Verhältnis der SPD zu den Kirchen und Gewerkschaften. „Jeder kann nach seinem Glauben in unserer Partei selig werden", faßte Franz Höhne die Botschaft des Godesberger Programms zusammen, das bei den Schwandorfer Genossen auf allgemeine Zustimmung stieß.

Ortskartell und Betriebsgruppenarbeit

In Schwandorf zog man aber auch noch andere Konsequenzen aus den Rückschlägen von 1957/1958. Auf Anregung der SPD trafen sich im Spätsommer 1958 die Vertreter von Vereinen und Institutionen, die der Sozialdemokratie und der Arbeiterbewegung nahestanden, um, wie es hieß, „Überschneidungen von Terminen und Veranstaltungen zu vermeiden".[400] Der Einladung ins Volkshaus waren der DGB, die Einzelgewerkschaften IG Metall, IG Chemie-Papier-Keramik, IG Bau-Steine-Erden, die ÖTV und IG Bergbau sowie Mitglieder des Verbandes der Kriegsopferfürsorge (VdK), des Trachtenvereins D'Naabtaler und die Betriebsräte der örtlichen Großbetriebe aus Dachelhofen, der BBI und der VAW gefolgt. Im Kern ging es um eine Bündelung aller Kräfte, die zum sozialdemokratischen Lager gehörten.[401] Niederlagen wie bei den Oberbürgermeisterwahlen sollte es in Zukunft nicht mehr geben. Die SPD hielt sich bei diesem Treffen und bei den Wahlen für den Vorstand des „Ortskartell" genannten Zusammenschlusses geschickt im Hintergrund, weil nicht deutlich werden sollte, daß hier eine neue Aktionsplattform für sozialdemokratische Politik in Schwandorf entstand. Zum Vor-

[398] SPD-Archiv Schwandorf, Generalversammlung vom 11. 6. 1960, S. 2.

[399] SPD-Archiv Schwandorf, Protokoll zur Vierteljahresversammlung der SPD Schwandorf vom 4. 12. 1957; folgendes nach ebenda.

[400] Volkswacht vom 1.8–7.8.1958: „Schwandorf teilt Ortsvereine nach Stadtteilen auf"; folgendes nach ebenda.

[401] Darauf zielte auch die beinahe gleichzeitige Gründung einer Funktionärskonferenz ab, bei der sich die Spitzen von Gewerkschaft, SPD, Falken und sozialdemokratischen Betriebsräten in mehrmonatigem Abstand zu Strategiegesprächen auf lokaler Ebene treffen sollten; SPD-Archiv Schwandorf, Partei- und Fraktionsausschußsitzung vom 31. 10. 1958.

sitzenden wurde der ÖTV-Gewerkschafter und Sozialdemokrat Rudolf Klobe, zu seinem Stellvertreter Adolf Walz von der IG Bau-Steine-Erden und zum Schriftführer Josef Robl von der IG Chemie-Papier-Keramik gewählt. Die engere Anbindung der Gewerkschaften an die SPD erhielt mit dem Ortskartell und mit einer eigenen Funktionärskonferenz ihre institutionelle Paßform. Die Partei bemühte sich also, ihre Fühler aus der Wagenburg herauszustrecken; die Organisationsdebatte zeigte erste Wirkungen.

Das galt auch im Hinblick auf die Betriebsgruppen, die nun ebenfalls wie von Wehner seit längerem gefordert, aktiviert und enger an die Partei angebunden wurden. In einigen Ortsvereinen war dies bereits eine Selbstverständlichkeit. In Maxhütte-Haidhof etwa, mit 200 Mitgliedern eine der sozialdemokratischen Bastionen im Altindustrielandkreis Burglengenfeld, war bereits Ende der vierziger Jahre im Kampf gegen die kommunistischen Betriebsräte eine sozialdemokratische Betriebsgruppe gebildet worden.[402]

Die Leiter der jeweiligen Betriebsgruppen im Walzwerk und im Bergbau gehörten beide satzungsgemäß zum Vorstand des SPD-Ortsvereins; eine Regelung, wie sie für die SPD-Ortsvereine Burglengenfeld und auch für Amberg mit der Betriebsgruppe der Luitpoldhütte galt.[403] In Schwandorf hatte man diesen Schritt lange nicht für nötig befunden; jetzt plante der Parteiausschuß auch hier, in den Großbetrieben der Region mit Hilfe aktiver Sozialdemokraten am Ort, Betriebsgruppen zu bilden und sie in das Ortskartell zu integrieren.

Als Vorbild diente ihnen die Arbeit der Amberger Betriebsgruppe in der Luitpoldhütte, die weit über die Region hinaus bekannt war.[404] Ihr Ziel, so formulierten sie, sei die Schaffung einer „sozialistische[n] Erziehungs- und Kampforganisation". Das klang zunächst nach Klassenkampf und Kaderschmiede, gab aber nicht die eigentlichen Motive wieder. Die zumeist jüngeren Sozialdemokraten wollten nämlich nichts wissen „von grauen Theorien, von Dogmen", die an der Arbeiterschaft und ihren Bedürfnissen vorbeigingen. Nicht revolutionäre Agitation, sondern pragmatische Politik für die Belegschaft war das selbstgesteckte Ziel: „Im Blick liegt nicht der idealistische Arbeiter, sondern der im Betrieb schwer schaffende und ringende Mensch." Aus ihrer Sicht hatten die Versammlungen im Betrieb gegenüber den Sitzungen der Ortsvereine einen zentralen Vorzug: Während die Parteiarbeit in einer „Atmosphäre der Freizeit" stattfinde und Menschen unterschiedlicher sozialer Schichten, Berufsgruppen und Interessen zusammenführe, kämen in der Betriebsgruppe nur Beschäftigte eines Betriebes mit überwiegend gleichen Zielen zusammen. Die individuellen Forderungen, so glaubten die führenden Vertreter der Amberger Genossen der Luitpoldhütte, ließen sich dort „zu einem solidarischen Klasseninteresse" umformen und verlören schließlich „ein Stück von dem ihm innewohnenden Egoismus" und ihrer „geistigen Isolierung". Drei eng miteinander verbundene Ziele wurden vor allem verfolgt: Die Betriebsgruppe sollte erstens das verlorene Klassenbewußtsein der Arbeiterschaft stärken und die Belegschaft für soziale und politische Probleme des Betriebes,

[402] Volkswacht vom 11. 1.–17. 1. 1957: „Jahreshauptversammlung des SPD-Ortsvereins Maxhütte/Haidhof".
[403] Volkswacht vom 29. 3. – 4. 4. 1957: „Berichte aus Amberg".
[404] Volkswacht vom 29. 4.–5. 5. 1955: „Berichte aus Amberg"; folgendes nach ebenda.

aber auch der Gesellschaft insgesamt sensibilisieren. Zweitens ging es darum, der Arbeiterschaft einen Rahmen zu bieten, in dem sie anders als im Produktionsalltag frei diskutieren und politische Verantwortung übernehmen konnte. Drittens, und das war vor allem für die SPD entscheidend, sollte eine lebendige „Wechselwirkung zwischen Betriebsgruppe und Gesamtbelegschaft" erzielt werden. Damit wollte man der Partei im mikropolitischen Aktionsfeld Betrieb eine größere Öffentlichkeit verschaffen, die Belegschaft nicht nur für die Arbeit der Betriebsgruppe, sondern auch für die Ziele der Sozialdemokratie insgesamt interessieren und den Stimmenanteil unter den Arbeitern und Angestellten der Hütte steigern. Das war besonders dort nötig, wo sozialdemokratisch dominierte Gewerkschaften und Betriebsräte durch Konkurrenten aus dem christlich-konservativen Lager attackiert wurden. Während dies bei der BBI nie der Fall gewesen war und sich dort parallel zur Gewerkschaft auch keine lebens- und aktionsfähige Betriebsgruppe halten konnte, war der politische Problemdruck in Amberg, Haidhof und Sulzbach-Rosenberg erheblich größer.[405] Hier hatten sich die SPD-Betriebsgruppen in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten bereits als äußerst hilfreich erwiesen.[406] Gegen die christlichen Gewerkschafter, die Mitte und Ende der fünfziger Jahre Fuß zu fassen drohten, sollte dieses Instrument ein weiteres Mal zum Einsatz kommen.

In der Luitpoldhütte fiel es der SPD relativ leicht, eine eigene Betriebsgruppe aufzubauen. Die Belegschaft war beinahe geschlossen gewerkschaftlich in der IG Metall oder der IG Bergbau organisiert – ein wichtiger Startvorteil im Vergleich zu den kleinen und mittelständischen Betrieben, in denen nicht einmal fest institutionalisierte Betriebsräte eine Selbstverständlichkeit waren. Hinzu kam, daß der neu berufene Arbeitsdirektor der Luitpoldhütte, Werner Paul Schmidt, nicht nur ein überzeugter Gewerkschafter, sondern auch ein engagierter Sozialdemokrat war.[407] Mit ihm hatten die Genossen im Betrieb einen wichtigen Fürsprecher im Vorstand, der sich trotz seiner Arbeitgeberfunktionen offen zur Sozialdemokratie bekannte, Betriebsgruppenarbeit unterstützte und bald innerhalb der SPD Führungsaufgaben übernahm.[408] Das war neben den positiven Effekten der Mitbestimmungsgesetzgebung und der großindustriellen Struktur ein weiterer wichtiger Grund, der es der SPD-Betriebsgruppe leichter als in anderen Unternehmen machte, politisch aktiv zu werden. In Bayern war dies jedenfalls eine einmalige Situation und sicher mit ein Grund, warum viele ostbayerische Genossen nach Amberg schauten.

Es waren vor allem jüngere Sozialdemokraten, die sich in der Betriebsgruppe der Luitpoldhütte engagierten. Diese schafften es als einzige Gliederung im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, Mitte der fünfziger Jahre ein eigenes, monatlich erscheinendes Mitteilungsblatt für die Kumpels zu veröffentlichen, das sich als

[405] Vgl. dazu S. 219–234.
[406] Vgl. dazu S. 97–106.
[407] IGM-ZA im AdsD, 1–1, 1117, Lebenslauf Werner Paul Schmidt (geb. 1909 in Eisenberg/Thüringen), Mitglied der SAJ seit 1922; 1926 Eintritt in den Deutschen Metallarbeiterverband, Mitglied der SPD seit 1929; 1946–1952 Ortsvereinsvorsitzender in Grafing und Mitglied des Kreistages.
[408] Volkswacht vom 7.–13. 3. 1958: „Eine Demonstration der Stärke und Geschlossenheit: der 5. Bezirksparteitag der SPD Niederbayern-Oberpfalz"; Schmidt war Mitglied des Parteiausschusses des Bezirks Niederbayern/Oberpfalz und u.a. auch des Parteivorstandes der Amberger SPD.

zentrales Werbe- und Agitationsmittel in der betrieblichen Auseinandersetzung erwies.[409] Darüber hinaus organisierte die Betriebsgruppe öffentliche Versammlungen, in denen über die Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung, die Verteilung des knappen betrieblichen Wohnraumes, die Bewertung von Tarifabschlüssen und alle anderen Probleme, die mit der Montanmitbestimmung zusammenhingen, diskutiert werden konnte. Die SPD-Betriebsgruppe war schließlich selbstbewußt genug, in die Auseinandersetzung um den SPD-Kandidaten im Bundestagswahlkreis Amberg einzugreifen, die 1957 die Genossen beschäftigte.[410]

Im Vorfeld der Bundestagswahlen von 1957 war es zwischen einzelnen Kreisverbänden im Bundestagswahlkreis Amberg zu erheblichen Konflikten um die Aufstellung der Kandidaten gekommen. Jede der Parteigliederungen versuchte mit allem Nachdruck, dem eigenen Vertreter eine günstige Ausgangsposition für den Einzug in den Bonner Bundestag zu verschaffen. Die Sozialdemokraten der Luitpoldhütte meldeten sich in der Auseinandersetzung ebenfalls lautstark zu Wort und forderten den Bezirksvorstand auf, den 47jährigen Staatsanwalt Heinrich Schophol aus Amberg zu unterstützen.[411] Zwei Gründe waren für sie ausschlaggebend: Erstens hielten sie es für zwingend geboten, daß der zweitgrößte Stimmbezirk der Oberpfalz mit rund 200000 Wählern im nächsten Bundestag vertreten sein müßte. Das war bisher nicht der Fall gewesen. Nötig schien dies der SPD-Betriebsgruppe aber vor allem aufgrund der industriellen Struktur der Region. Mit der Luitpold- und der Maxhütte gehörten die montanindustriellen Zentren zum Wahlkreis Amberg, während die SPD-Konkurrenten aus Neumarkt keine vergleichbar gewichtigen volkswirtschaftlichen Größen ins Feld führen konnten.

Dieser regionale Lobbyismus war selbstverständlich und keinesfalls außergewöhnlich. Das zweite Argument für Schophol ging über den engen betrieblichen und regionalen Kontext hinaus. Die Sozialdemokraten aus der Luitpoldhütte hielten den Staatsanwalt auch deshalb für besonders geeignet, weil er „nicht nur die Arbeiterschaft" anspreche, „sondern darüber hinaus auch den sogenannten Mittelstand und hier die besonders zahlreich vertretende Beamtenschaft." Um in Amberg – neben Regensburg das zweite wichtige Verwaltungszentrum der Oberpfalz – überhaupt eine Chance zu haben, mußte der Kandidat über ein sozialdemokratisches Profil verfügen, das nicht nur für ihre traditionelle Klientel, sondern auch für andere Wählergruppen attraktiv war. Ob dieses zweifellos plausible Argument nur taktisch vorgeschoben oder das Ergebnis der betrieblichen Zusammenarbeit von Arbeitern und Angestellten war, die in den innerparteilichen Entscheidungsprozeß miteinflossen, ist schwer zu sagen. Es paßte aber in die bisherige Linie der

[409] Volkswacht vom 29.4.–5.5.1955: „Berichte aus Amberg"; leider sind nur ganz vereinzelte Exemplare überliefert, so daß eine systematische Auswertung ausbleiben muß. Die SPD-Betriebsgruppen in Haidhof und Sulzbach-Rosenberg waren zu einer ähnlichen Kraftanstrengung nicht in der Lage; folgendes nach ebenda.

[410] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Franz Plank, Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Niederbayern/Oberpfalz an den bayerischen SPD-Landesvorsitzenden Waldemar von Knoeringen vom 12. 5. 1957.

[411] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 17, SPD-Betriebsgruppe Luitpoldhütte an den SPD-Bezirksvorstand Regensburg vom 15. 3. 1957; folgendes nach ebenda.

Betriebsgruppenarbeit, möglichst breite Kreise anzusprechen und dogmatische Verengungen zu vermeiden.

Entfernte sich die Betriebsgruppe schon mit diesen Aktivitäten weit von ihrer eigentlichen Aufgabe, so ließ sie endgültig die Grenzen hinter sich, als sie 1957 einen Brief an den Generalsekretär der Vereinten Nationen richtete und ihm einen Vorschlag für die „Sicherung des Friedens im europäischen Raum" unterbreitete.[412] Darin forderte sie die Stationierung von UN-Truppen auf deutschem Boden, die nicht aus den alliierten Staaten kommen sollten, die Auflösung der Bundeswehr und der NVA, freie und geheime Wahlen für ein gesamtdeutsches Parlament, die Bildung einer neuen Regierung und eine UN-Garantie für die Grenzen des wiedervereinigten Deutschlands – alles Forderungen, die meilenweit von der Beschlußlage der Parteiführung entfernt waren und dem politischen Gegner in die Hände spielten.[413] Die Führung reagierte prompt:

„In der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist es von je her üblich gewesen, dass Vorschläge und Anregungen, ganz besonders auf aussenpolitischem Gebiet, zuerst den Parteigremien mitgeteilt werden, dort durchgesprochen wurden und erst dann der Öffentlichkeit unterbreitet worden sind. Wir brauchen dabei nicht zu erwähnen, dass z.Zt. unsere Partei mit allen politischen Gegnern in schwerem Kampf sich um die Durchsetzung der sozialdemokratischen Aussenpolitik befindet. [...] Wir bitten Euch, dass, wenn in Eurer Betriebsgruppe wieder Anregungen von aussenpolitischer Tragweite gegeben werden, diese erst dem Bezirksvorstand und Parteivorstand mitzuteilen".[414]

Gleichzeitig wurde die Betriebsgruppe aber von höchster Stelle für ihre aktive Parteiarbeit gelobt und aufgefordert, in ihrem Engagement für die Sozialdemokratie nicht nachzulassen. Die außenpolitischen Ambitionen hatten damit einen erheblichen Dämpfer bekommen.

So ärgerlich für die Parteioberen solche unüberlegten Aktionen waren: Es bestand kein Zweifel, daß die Betriebsgruppen für die Partei eine wichtige „Türöffnerfunktion" für ihren Zugang zum Betrieb und damit zur Verbindung von Betriebs- und Kommunalpolitik boten. Außerhalb der gewerkschaftlichen Organisation, deren „roter Farbanstrich" nach außen nicht zu grell aufleuchten durfte, konnten funktionierende Betriebsgruppen den sozialdemokratischen Politikern ein wichtiges Forum der Selbstinszenierung und der Agitation bieten. Besonders in Wahljahren war dies gefragt, aber auch während tarifpolitischer Auseinandersetzungen wie im Konfliktjahr 1958.[415] Die Betriebsgruppe der Maxhütte lud beispielsweise während der laufenden Verhandlungen in der bayerischen Eisen- und Stahlindustrie alle wichtigen sozialdemokratischen Funktionäre zu einer Großveranstaltung ein[416], und wenige Monate vor den Landtagswahlen im November nutzten die SPD-Politiker den tarifpolitischen Konflikt zu einer Abrechnung mit

[412] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Betriebsgruppe der SPD in der Luitpoldhütte, Erzbergbau- und Hüttenbetriebe an den Generalsekretär der Vereinten Nationen vom 1. 3. 1957.

[413] Vgl. zur außenpolitischen Diskussion in der SPD in den Jahren 1955–1957 Klotzbach, Weg, S. 362–366; Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956/19057, S. 14.

[414] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 15, Antwortschreiben an die Betriebsgruppe der Luitpoldhütte vom 20. 3. 1957 (ungezeichnet, vermutlich Parteivorstand Bonn, Betriebsgruppenreferat).

[415] Vgl. dazu Kapitel IV 1b.

[416] Volkswacht vom 11. 7.–17. 7. 1958: „Betriebsgruppenversammlung in Maxhütte-Haidhof".

der CSU und einer Solidaritätsadresse an die Belegschaft. Der Einladung der Betriebsgruppe waren zahlreiche sozialdemokratische Kommunalpolitiker gefolgt: der sozialdemokratische Landrat des „Glückauf-Landkreises", Walter Haschke, der Bezirkssekretär und Landtagsabgeordnete aus dem nahen Schwandorf, Franz Sichler, die SPD-Bürgermeister aus Burglengenfeld und Maxhütte-Haidhof, Xaver Muggenthaler und Hermann Gierl, sowie der 1. Bevollmächtigte der IG Metall Regensburg, der Sozialdemokrat Albert Zimmermann, und sein Kollege und Parteifreund Richard Edenhofer, der Betriebsratsvorsitzende des Hüttenwerkes.

Erfolgreiche Betriebsgruppen wie die Amberger blieben allerdings die Ausnahme. Oft taten sich die Sozialdemokraten im Betrieb sehr schwer, neben den gewerkschaftlichen Vertrauensleuten ein eigenes organisatorisches Netzwerk aufzubauen. Vieles blieb wie in Sulzbach-Rosenberg oder Schwandorf im Ansatz bereits stecken, und eine engere Verzahnung beider Handlungsfelder nicht mehr als eine unerfüllte Hoffnung. Es ging den Betriebsgruppen nicht viel besser als anderen sozialdemokratischen Vorfeldorganisationen, die ums Überleben kämpften. Der Versuch, das sozialdemokratische Milieu durch die Gründung eigener Betriebsgruppen wieder zum Leben zu erwecken, war anachronistisch und vielerorts zum Scheitern verurteilt. An einer harten politischen Auseinandersetzung außerhalb tarifpolitischer Fragen, waren viele Arbeiter nicht interessiert. In den sechziger Jahren sollte die Betriebsgruppenarbeit schließlich weitgehend einschlafen. Das hing auch damit zusammen, daß das Unternehmen selbst immer mehr soziale, kulturelle und genossenschaftliche Aufgaben und Leistungen übernahm, für die es vor 1933 sozialdemokratische Organisationen gegeben hatte. Die Mitbestimmungsrechte und die Expansion der betrieblichen Sozialpolitik zeigten hier ihre integrierende Wirkung für die Belegschaft. Der Betriebsrat mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Entscheidungsträgern war das politische Gravitationszentrum für die Arbeitnehmer, nicht die Parteigruppen. Die, wenn man so will, Verbetrieblichung des Milieus, an der die Arbeiterbewegung selbst maßgeblichen Anteil hatte, entzog der Betriebsgruppenarbeit weitgehend die Basis.

c) Die Traditionskompanie und ihre Feldzeichen: Die Ikonologie sozialdemokratischer Politik

Als es Ende der fünfziger Jahre in der SPD zu gären begann und vieles auf den Prüfstand gestellt wurde, was die Partei seit langem begleitet und geprägt hatte, wurde auch die Frage aktuell, wie es die Sozialdemokraten mit ihren alten Symbolen und Feldzeichen halten wollten. Waren sie noch zeitgemäß? Waren manche nicht entwertet, weil auch der kommunistische Gegner sie oder Abwandlungen davon verwandte? Der Kampf um die politische Deutungsmacht war an die Frage gebunden, wer die legitime Vertreterin der Arbeiterbewegung war. „Pankow hat keine demokratische Legitimation"[417], hatte Willy Brandt 1956 den Delegierten des Münchner Parteitages zugerufen und für die SPD das historische Erbe des de-

[417] Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. 7. 1956 in München o.J., S. 108–110, hier S. 109.

mokratischen Sozialismus reklamiert. Politisch waren die Fronten klar abgesteckt. Aber wem gehörte der gemeinsame symbolische Traditionsbestand, wem gehörte die rote Fahne, die Arbeiterfaust und der 1. Mai? Konnte man ihn einfach dem politischen Gegner überlassen und nach neuen Identifikationssymbolen und Kommunikationsformen suchen, oder mußte er energisch gegen den östlichen Zugriff verteidigt werden?[418]

Die Parteiführung nach 1945 versuchte einen Spagat. Bei der Vorstellung des Wahlprogrammes für die Bundestagswahlen 1953 in Frankfurt ließ die Partei 104 Fahnen, darunter auch die Breslauer Lassalle-Fahne von 1864, wie der sozialdemokratische ‚Vorwärts' stolz meldete[419], aufmarschieren. Auch der Saal war in rotes Tuch gehüllt, überall hingen rote Transparente mit dem schwarz-goldenen Schriftzug der SPD. Das Medienecho auf diese „größte Flaggenparade nach 1945"[420] fiel keinesfalls so aus, wie es sich der Parteivorstand erhofft hatte: Bei kritischen Beobachtern stießen diese Massensymbole auf erhebliche Vorbehalte, erinnerten sie doch eher an die zurückliegenden totalitären Regime, als daß sie die junge westdeutsche Demokratie repräsentierten. Zugleich schrecke die Partei, wie beispielsweise Fritz Erler oder Carlo Schmid bemerkten, mit der roten Fahne andere Zielgruppen außerhalb der Industriearbeiterschaft ab und lasse das politische Empfinden der Mittelschichten unberücksichtigt. Die Fahne, so ihre Forderung, sollte nicht mehr bei jeder Gelegenheit und mit solcher Wucht eingesetzt werden.[421]

Die rote Fahne begleitete die Geschichte der SPD wie kein anderes Symbol. Sie erinnerte an ihre freiheitliche Tradition und ihre historischen Wurzeln in der Revolution von 1848. Sie war gleichermaßen politisches Unterscheidungskriterium, milieuspezifisches Bindeglied und sozialistisches Zukunftsprogramm, Ausdruck revolutionärer Spontaneität und ritualisierten Protests.[422] Vieles davon war nach dem Krieg in Frage gestellt und die Sozialdemokratie – zumindest symbolisch – noch auf der Identitätssuche. Verzichtet hatte die Parteiführung hingegen auf die rote, geballte und schlagende Faust, die in den zwanziger und dreißiger Jahren zentraler Ausdruck kommunistischer Selbstinszenierung in ihrem Kampf gegen das „Kapital" und die „sozialfaschistischen" Sozialdemokraten gewesen war und dies auch nach 1945 wieder werden sollte.[423] Vollständig verschwunden war auf allen Wahlplakaten, Flugblättern und Zeichnungen auch der sozialdemokratisch-utopische „Volksmarxismus in Gestalt einer pseudoreligiösen Erlösungslehre"[424],

[418] Grundsätzlich, allerdings ohne die spezifisch deutsch-deutsche Sicht dazu: Gottfried Korff, History of Symbols as Social History? Ten preliminary notes on the image and sign systems of social movements in Germany, in: IRSH, Marcel van der Linden (Hrsg.), The end of labour history? Supplement 1 (38) 1993, S. 105–125; ders., Rote Fahne und geballte Faust. Zur Symbolpolitik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: Dietmar Petzina (Hrsg.), Fahnen, Fäuste, Körper, Symbol und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986, S. 27–60; Rüdiger Voigt (Hrsg.), Symbole der Politik, Politik der Symbole, Opladen 1989; Ralf Rytlewski, Birgit Sauer, Ulrike Treziak, Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung, Opladen 1997, S. 247–257.

[419] Neuer Vorwärts vom 15. 5. 1953: „Mit uns das Volk – mit uns der Sieg!"

[420] SZ vom 12. 5. 1953: „Aus Frankfurt schallt's: Auf zum großen Wahlgefecht".

[421] Vgl. dazu Hartmut Soell, Fritz Erler – Eine politische Biographie, Bd. 1, Bonn 1976, S. 245ff.

[422] Vgl. Korff, History, S. 113f.

[423] Vgl. Korff, Fahnen, S. 34–44.

[424] Heinrich August Winkler, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin, Bonn 1984, S. 148.

wie er noch die wilhelminische SPD geprägt hatte. Diese Säkularisierung der politischen Symbole, die bereits in den zwanziger Jahren begonnen hatte, setzte sich nach dem Krieg weiter fort. Freiheitsgöttinnen und Heiligenscheine waren auf SPD-Plakaten nicht mehr zu finden. Zwischen dem Rückzug auf die traditionsstiftende Arbeiterbewegungsidentität und zeitgemäßer Anpassung an die junge Bundesrepublik lavierte die SPD lange hin und her, wie auch die Enthüllung des Schwandorfer SPD-Parteibanners im August 1958 zeigte.[425]

Auf diesen Augenblick hatte die Partei hin gefiebert[426]: Der letzte Sonntag im August war ein heißer Tag. Die Sozialdemokraten hatten sich herausgeputzt, und aus allen Teilen Bayerns und der Oberpfalz waren Abgesandte sozialdemokratischer Ortsvereine, des DGB, der Arbeitersport- und Gesangsvereine, der Falken, der Arbeiterwohlfahrt und die Betriebsräte der kleinen und größeren Betriebe aus Sulzbach-Rosenberg, Burglengenfeld, Schwandorf und Amberg gekommen. Eine neue Fahne war nötig geworden, weil die alte 1933 vor den Nationalsozialisten versteckt, dann aber nicht wieder gefunden worden war.[427]

Auf dem Schwandorfer Marktplatz war kaum mehr ein freier Platz.[428] Tausend Schaulustige und Parteigenossen hatten sich versammelt. Kurz nach zehn Uhr zogen die ostbayerischen Sozialdemokraten und ihre Bannerträger in Reih und Glied durch die Straßen der Stadt, deren Oberbürgermeisteramt sie gerade verloren hatten. Vorneweg marschierten Ortsvereinsvorsitzender Otto Kuhn und seine beiden Vorstandskollegen, der Fraktionsvorsitzende Josef Fretschner und der Ex-Oberbürgermeister Lorenz Sichler. Dahinter folgten die Ehrengäste der Schwandorfer SPD, die die besondere Bedeutung der Fahnenenthüllung unterstrichen: an erster Stelle der stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen, daneben der Bezirksvorsitzende für Niederbayern/Oberpfalz, Franz Höhne, Franz Sichler, der Bezirkssekretär und Landtagsabgeordnete aus dem Stimmbezirk Schwandorf, der Oberbürgermeister von Weiden, Hans Schelter, dessen Ortsverein die Patenschaft für die Fahne übernommen hatte, Landrat Haschke und die beiden Mitglieder des Bezirksvorstand, Arbeitsdirektor Schmidt und Josef Rothammer aus Regensburg. Den Mittelpunkt des Umzuges bildeten die Bannerträger der oberpfälzischen Ortsvereine, sechs weißgekleidete „Ehrenjungfrauen" im Alter von Kommunionkindern, die „Roten Trommler" aus Regensburg und mehrere Musikkapellen, die das Bild der machtvollen ostbayerischen Sozialdemokratie über die Stadtgrenzen hinaus verbreiten sollten. Als sich der Zug auf dem Markplatz versammelt und in einem Halbkreis aufgestellt hatte, blickte alles gebannt auf die rot-golden geschmückte Ehrentribüne. Dort sollte der feierliche Akt vollzogen werden, dessen „hoher Priester" Waldemar von Knoeringen war. Das rote Banner, so von Knoeringen, begleite die Arbeiterbewegung seit 1863,

[425] Volkswacht vom 5. 9.–11. 9. 1958: „Waldemar von Knoeringen enthüllte Schwandorfer SPD-Parteibanner"; folgendes nach ebenda.

[426] Die Vorbereitungen für den Festakt waren schon Monate vorher angelaufen; SPD-Archiv Schwandorf, Protokoll zur Ausschußsitzung vom 12. 5. 1958.

[427] Vgl. Sichler, 75 Jahre, S. 70.

[428] Volkswacht vom 5. 9.–11. 9. 1958: „Waldemar von Knoeringen enthüllte Schwandorfer SPD-Parteibanner", folgendes nach ebenda; vgl. auch knapp Sichler, 90 Jahre, S. 70f.

„da Ferdinand Lassalle es ihr mit auf den Weg gab. Die Fahne hat ihr abenteuerliches Schicksal gehabt, sie mußte in Katakomben verschwinden, blieb aber doch nach allen Auseinandersetzungen Siegerin. So manifestiert die Fahne noch heute die Erfolge der sozialdemokratischen Bewegung. Sie ist Ausdruck unserer Hoffnungen und unseres Glaubens, Sinnbild unseres Wollens, eine neue bessere Welt zu gestalten. Entsprechend dieses Gedanken möge auch die neue Fahne aufgenommen werden in die Kämpferschar der Sozialdemokraten."[429]

„Freundschaft, Freundschaft", den alten Parteigruß, riefen die Schwandorfer Genossen schließlich jubelnd, als von Knoeringen das Banner enthüllte. Feierlich übergab er die rote Fahne an Otto Kuhn, den Ortsvereinsvorsitzenden, der gelobte, „dieses Freiheitssymbol" in Ehren zu halten und die Fahne weiterzutragen, selbst „wenn der Mann auch fällt." Der Jugend möge die Fahne das immerwährende Zeichen der „alten Losungen Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" sein. Die Fahne war schlicht, in gelber Schrift stand auf rotem Hintergrund: „Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD – Ortsverein Schwandorf 1906 – 1956". Keine Verzierungen, kein Laub, kein zusätzliches Symbol. Wie üblich, brachte der Ortsverein Weiden, der die Patenschaft für die Fahne übernommen hatte, ein eigenes Band an der Fahnenspitze an. Das Banner solle, so der Vorsitzende aus Weiden Zebisch, ein Zeichen für „eine bessere Zukunft" der nachwachsenden sozialistischen Jugend sein. Die besten Wünsche der oberpfälzischen und niederbayerischen Sozialdemokraten überbrachte Bezirksvorsitzender Franz Höhne und heftete mit dem „Gruß der Industriearbeiterschaft Glückauf" ein zweites, kostbares Band an die Fahne, deren stolze Träger Schwandorfer Falken in weißen Sonntagshemden und dunkler Schärpe waren.

Nach der Fahnenenthüllung und vor dem Beginn eines großen Parteifestes mit Musik, Tanz und Bier ergriff zum Abschluß der Veranstaltung Waldemar von Knoeringen noch einmal das Wort. Die Partei, so Knoeringen, befinde sich mitten in einer Phase des Umbruchs. Der Stuttgarter Parteitag von 1958 habe den Weg dafür geöffnet, „im Sinne einer neuen Politik denken zu lernen." Wolle die SPD aus dem 30-Prozent Turm ausbrechen, müsse sie sich behutsam, aber doch in vielfältiger Weise ändern. Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit müßten mit „neuen Formen" erkämpft werden. Besonders scharf attackierte der stellvertretende Parteivorsitzende „jene Täuscher, die die Sozialdemokratie als eine Gegnerin des Christentum hinstellen" wollten. „Die SPD", so Knoeringen, habe den „wahren christlichen Glauben stets geachtet" und werde dies auch in Zukunft tun. „Gehen wir hinaus in die Städte, aufs Land", rief er zum Schluß den ostbayerischen Genossen zu, „bauen wir den Geist der Zukunft auf, stärken wir die Sozialdemokratie und führen wir sie zum Siege." Dann stimmten Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Betriebsräte gemeinsam das alte Lied der Arbeiterbewegung an: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit".

Die Gleichzeitigkeit von Ungleichzeitigkeiten war das bestimmende Merkmal des Festaktes. Die Fahne war das Symbol einer besseren Zukunft geblieben, des geschlossenen Milieus, seiner Standfestigkeit. Über der Trutzburg „Sozialdemokratie" wehte wie bei der Gründung der Partei in Schwandorf 1906 die rote Fahne. Sie integrierte die sozialdemokratische Familie und blieb wichtiges soziales

[429] Volkswacht vom 5. 9.–11. 9. 1958: „Waldemar von Knoeringen enthüllte Schwandorfer SPD-Parteibanner".

und politisches Unterscheidungskriterium zu den „bürgerlichen" Kreisen der Stadt. Sie verkörperte gleichermaßen die utopische Hoffnung und den festen politischen Willen, die Gesellschaft nach den Vorstellungen der demokratischen Sozialisten zu formen. Sie verband ihre leidvolle Geschichte, die Entbehrungen, politischen Niederlagen und Verluste, ihre Opfer und ihren unerschütterlichen Glauben, am „Ende der Geschichte" als Siegerin hervorzugehen. Die Fahne integrierte nicht nur symbolisch, sondern auch in ihrer Realgeschichte die unterschiedlichen Erfahrungen der sozialdemokratischen Generationen: die Jahre des mühsamen Aufstieges und der Verfolgung der Schwandorfer Gründergeneration, genauso wie die Zukunftserwartungen der nachwachsenden Falken, an die sich das Ritual der Fahnenenthüllung besonders richtete. Deshalb trugen nicht die ältesten, im Kampf erprobten Genossen die Fahne, sondern der Nachwuchs der Partei. Deren weißes Hemd, das sie sonst allenfalls bei der Fronleichnamsprozession, dem 1. Mai oder einem Familienfest anzogen, unterstrich den Feiertagscharakter der Zeremonie und die religiöse Tradition, in der die Fahnenenthüllung unverkennbar stand. Die Beschwörung der Vergangenheit war aber nicht ungebrochen. Fahne, Feier und Festansprache lösten sich ein Stück vom Gestern, sie wiesen auch in die Zukunft, in der sich die Partei verändern und anpassen mußte.

Schon bei der Gestaltung der Fahne wurde das deutlich. Man nahm Abschied von sozialen und politischen Deutungsversuchen, hinter denen sich die Partei hätte scharen sollen; noch deutlicher war es aber beim Festumzug, bei dem die Musikkapellen und „Roten Trommler" Marsch- und Unterhaltungsmusik und keine sozialistischen Arbeiterlieder intonierten. Die Rede von Knoeringens markierte den deutlichsten Einschnitt; er betonte gleichzeitig die traditionsreiche Geschichte der sozialdemokratischen Fahne und ließ im gleichen Atemzug keinen Zweifel an der Notwendigkeit, die Partei zu reformieren, stärker auf das katholische Milieu zuzugehen und die Scheuklappen abzulegen – ein Hauch von Godesberg lag über dem Schwandorfer Marktplatz. Die Fahnenenthüllung war damit beides: ein Akt der sozialdemokratischen Geschichtsdeutung, historischer Selbstverortung und Sinnstiftung, eine Heerschau des Milieus; zugleich aber auch der Ausdruck eines innerparteilichen Ringens um eine neue Identität, eine neue Ausrichtung und Interpretation der Leitbegriffe Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Kaum jemand verstand es wie von Knoeringen, Aufbruch und Traditionswahrung miteinander zu verbinden. In Schwandorf machte er den jungen Falken und den alternden Genossen deutlich: Trotz aller Unkenrufe und Niederlagen – tot war die Sozialdemokratie noch lange nicht.

V. Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise – Arbeits- und Sozialbeziehungen 1963–1976

1. Wetterleuchten: Gewerkschaften und Betriebsräte in den sechziger Jahren

1963 verabschiedete der DGB unter seinem Vorsitzenden Ludwig Rosenberg[1] mit den Stimmen der oberpfälzischen Berg- und Hüttenarbeiter ein neues Grundsatzprogramm.[2] Vierzehn Jahre zuvor waren die Gewerkschafter beim Bundeskongreß in München noch von der Notwendigkeit überzeugt gewesen, die marktwirtschaftliche Ordnung zu überwinden und an ihre Stelle eine in Teilen planwirtschaftlich organisierte Wirtschaftsdemokratie mit verstaatlichten Schlüsselindustrien zu setzen. Im neuen Grundsatzprogramm war dagegen deutlich zu spüren, wie intensiv die Gewerkschaften um eine neue gesellschaftliche Standortbestimmung rangen.

Vollbeschäftigung, Reallohnsteigerung, Arbeitszeitverkürzung und der Ausbau der sozialversicherungsrechtlichen Leistungen waren lang ersehnte Ziele der gewerkschaftlichen Politik, von denen viele in den vergangenen Jahren Wirklichkeit geworden waren. Trotz regionaler und branchenspezifischer Schwierigkeiten, die im oberpfälzischen Grenzland herrschten, konnten Ludwig Rosenberg und IG Metall-Chef Otto Brenner auf diese bundesweiten Entwicklungen mit berechtigtem Stolz verweisen.

Wie weit sich die Gewerkschaften auf die soziale Marktwirtschaft und ihre Spielregeln einlassen sollten, blieb allerdings weiter umstritten. Daran hatte auch die günstige Konjunkturlage nichts geändert. In der Präambel des neuen Programms hieß es zwar, die kapitalistische Ordnung habe den Arbeitnehmer der „Willkür des Unternehmers" ausgeliefert, wirtschaftliche Krisen und soziales Elend heraufbeschworen und die „gesellschaftliche Gleichberechtigung" der Arbeiter und Angestellten verhindert.[3] Doch im Gegensatz zur unmittelbaren Nachkriegszeit waren die Hoffnungen auf eine grundsätzliche Umgestaltung des westdeutschen Wirtschaftssystems inzwischen verflogen; die Gewerkschafter hatten sich weitgehend mit der sozialen Marktwirtschaft und ihren Aushandlungsprozessen abgefunden. Es waren allen voran die Vertreter der sozialpartnerschaftlich-

[1] Ludwig Rosenberg (1903–1977), 1956–1962 stellvertretender und 1962–1969 Vorsitzender des DGB.

[2] Zur Diskussion um das DGB Grundsatzprogramm vgl. Schneider, Kleine Geschichte, S. 312–317.

[3] Protokoll. Außerordentlicher Bundeskongreß des DGB in Düsseldorf, 21. und 22. 11. 1963, Düsseldorf o.J., S. 449–543, hier S. 449f.

konsensorientierten Gruppe um Georg Leber[4] (IG Bau-Steine-Erden) und Heinrich Gutermuth[5] (IG Bergbau und Energie), die diesen Kurs innerhalb des DGB gegen die IG Metall und ihre Forderung nach staatlicher Lenkung verfochten. Den ungelösten Streit spiegelte das Düsseldorfer Programm wider, dem kein einheitlicher Gesellschaftsentwurf zu Grunde lag und das daher ein Amalgam unterschiedlicher gewerkschaftlicher Antworten auf die moderne Industriegesellschaft war. Es ließ genügend Raum für systemkritische wie systemkonforme Positionen und Traditionsstränge der Gewerkschaftsbewegung, verzichtete auf endgültige Dogmen und bot damit für die rivalisierenden Flügel einen akzeptablen Kompromiß.[6]

Im Zentrum der gewerkschaftlichen Programmdebatte standen neben der Ausdehnung der paritätischen Mitbestimmung auf alle Wirtschaftszweige, der gerechten Lohn- und Einkommensverteilung, der Investitionslenkung, staatlichen Rahmenplanung und der Kontrolle wirtschaftlicher Macht sozial- und kulturpolitische Ziele. Der DGB wollte seine gesellschaftliche Funktion nicht auf die eines bloßen Tarifanwalts beschränkt wissen. Im Gegenteil: Die Demokratisierung der Gesellschaft nicht nur in den Bereichen der Wirtschaftsordnung, sondern auch im Bildungs-, Sozialversicherungs- und Gesundheitswesen sowie der Kulturpolitik waren integrale Bestandteile des Düsseldorfer Programmes und des drei Jahre später verabschiedeten Aktionsprogrammes.[7] So unterschiedlich die Einzelgewerkschaften ihre Akzente in wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Fragen setzten, so war ihnen doch der sozialreformerische Impetus gemein, dessen Klammer der DGB und das Grundsatzprogramm bildeten.

Auf den ersten Blick schien es, als könnten die Gewerkschaften voller Zuversicht und Selbstbewußtsein in die sechziger Jahre blicken. Programmatisch hatte der DGB seine Position als Verteidiger sozialer und politischer Grundrechte der Arbeitnehmer in der explodierenden westdeutschen Wohlstandsgesellschaft zu finden begonnen. Zugleich vermeldete die Organisationsabteilung in Düsseldorf von Jahr zu Jahr neue Mitgliederrekorde: Zwischen 1950 und 1965 nahm die Zahl der DGB-Mitglieder von rund 5,4 Millionen auf 6,57 Millionen zu[8]; entscheidenden Anteil daran hatte die IG Metall, die 1965 die zwei Millionen-Grenze überschritt und seit 1950 etwa 700000 neue Mitglieder zählte.[9]

Doch die nackten Zahlen täuschten über die tatsächlichen Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Mitgliederrekrutierung und der dürftigen Verankerung der Gewerkschaften in neuen Produktionszweigen hinweg.[10] Denn die wachsende Zahl der Erwerbstätigen[11] bedeutete nicht zwangsläufig eine Erhöhung des ge-

[4] Georg Leber (geb. 1920), 1957–1966 1. Vorsitzender der IG Bau-Steine-Erden, 1957–1982 MdB (SPD), 1966–1969 Bundesverkehrsminister, 1972–1978 Bundesverteidigungsminister.

[5] Heinrich Gutermuth (1898–1977), 1926–1933 Sekretär des Gewerkvereins der Christlichen Bergarbeiter Deutschlands, 1953–1956 2. Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, 1956–1964 1. Vorsitzender der IG Bergbau und Energie, Mitglied der SPD.

[6] Zu den Reaktionen im IG Metall-Vorstand vgl. Merkel, Industriegewerkschaft, Dok. 92 vom 2. 10. 1963, S. 998–1007.

[7] Dazu auch Grebing, Gewerkschaften, S. 177–180.

[8] Zahlenangaben nach Müller-Jentsch, Basisdaten, S. 68.

[9] Ebenda, S. 80.

[10] Ausführlich dazu Wolfgang Streeck, Gewerkschaften als Mitgliederverbände. Probleme gewerkschaftlicher Mitgliederrekutierung, in: Bergmann, Beiträge, S. 72–110.

[11] Müller-Jentsch, Basisdaten, S. 30.

werkschaftlichen Organisationsgrades. Die IG Metall mit ihren dynamischen Wachstumsbranchen der Automobil- und Maschinenbauindustrie mußte trotz ihrer Mitgliedergewinne einen spürbaren Rückgang ihres Organisationsgrades hinnehmen: Von 52,3 Prozent kurz vor der Einführung der Montanmitbestimmung sank er bis 1965 auf 37,5 Prozent.[12] Andere große Gewerkschaften standen vor ähnlich gravierenden Problemen[13], und selbst die traditionell hoch organisierte IG Bergbau mußte in den Jahren der Struktur- und Bergbaukrisen nicht nur enorme Mitgliederverluste hinnehmen[14], sondern auch beobachten, wie der Organisationsgrad innerhalb von 15 Jahren einbrach und von 97 Prozent auf 68,5 Prozent im Jahr 1965 fiel.

Auch eine zentrale programmatische Frage blieb nach wie vor offen: Wie sollten die Gewerkschaften auf die veränderte soziale Schichtung und die Strukturveränderungen des Arbeitsmarktes reagieren? Der Anteil der Arbeiter an den Lohnabhängigen sank kontinuierlich: Lag er 1950 noch bei 71,8 Prozent, so ging er bis zum Jahr 1966 auf 59 Prozent zurück.[15] Innerhalb der Gewerkschaften war der Arbeiteranteil zwar im gleichen Zeitraum ebenfalls von 81,1 Prozent auf 77,8 Prozent gesunken, während Beamte und Angestellte von 6,5 Prozent auf 9 Prozent beziehungsweise von 10,4 Prozent auf 13,2 stiegen. Doch mit der Dynamik des inneren Umschichtungsprozesses der Arbeitnehmerschaft konnten die Gewerkschaften offenkundig nur schwer Schritt halten. Die Mitgliederschaft drohte außerdem zu überaltern, und Defizite bestanden nach wie vor bei der Organisierung der Angestellten und Frauen. Für die IG Metall stellte Alois Wöhrle[16] 1965 ernüchternd, aber doch zuversichtlich fest: „Nach wie vor schlägt sich nur ein vergleichsweise bescheidener Teil der Zugänge in einen Effektivzuwachs nieder. [...] Man kann sagen, daß wenigstens zehn Mitglieder geworben werden müssen, um eines dauernd für unsere Gewerkschaft zu gewinnen. Der Wirkungsgrad unserer Arbeit entspricht noch bei weitem nicht der Anziehungskraft der IG Metall. Zweifellos ist er einer Verbesserung fähig. Darauf müssen sich die Bemühungen unserer Funktionäre richten."[17]

a) Wirtschaftliche Entwicklung und gewerkschaftliche Organisation in der Hütten- und Bergbauindustrie

In Amberg glaubten sich die Verantwortlichen der IG Metall auf dem richtigen Weg, die anspruchsvollen Ziele ihres zweiten Vorsitzenden umsetzen und die Attraktivität der IG Metall erhöhen zu können. „Erfreulich", so der Nachfolger von Herbert Püschel, Wolfgang Sieler in seinem Rückblick 1965, sei, daß „die Anzie-

[12] Zahlenangaben nach Müller-Jentsch, Basisdaten, S. 80.
[13] Vgl. Schneider, Gewerkschaften, S. 309f.
[14] Zwischen 1950 und 1965 sank die Zahl der IG Bergbau-Mitglieder von rund 580000 auf etwa 450000. Vgl. dazu Müller-Jentsch, Basisdaten, S. 98.
[15] Dazu auch Mooser, Arbeiterleben, S. 28–43.
[16] Alois Wöhrle (1903–1985), seit 1919 Mitglied des DMV, 1945 Betriebsratsvorsitzender der AGFA-Kamera-Werke München, 1946–1948 Vorsitzender der IG Metall in Bayern, 1956–1968 2. Vorsitzender der IG Metall München.
[17] Geschäftsbericht 1962, 1963 und 1964 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main o.J. (1965), S. 71.

hungskraft unserer Organisation [...] weiter angehalten hat. Die Aufgabe, die sich Ortsverwaltung und Geschäftsführung gestellt hatte, mehr Mitglieder zu gewinnen, ist positiv eingelöst worden."[18]

Zwischen 1959 und 1965 war die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 9107 auf rund 10000 angestiegen.[19] Die Arbeiterschaft der großen Hüttenwerke bildete mit 82,7 Prozent das organisatorische Rückgrat der IG Metall in Amberg, Angestellte aus den neu entstandenen Betrieben konnte sie dagegen nur in sehr geringem Umfang binden: Ihr Anteil lag bei etwas mehr als sieben Prozent aller IG Metall-Mitglieder (783), unter ihnen waren 153 Frauen. Allerdings konnte die IG Metall auch im Amberger Raum die enormen Wachstums- und Beschäftigungsschübe kaum für sich nutzen. Zwischen 1957 und 1964 war die Zahl der Erwerbstätigen in der Metallindustrie im Einzugsbereich der Verwaltungsstelle förmlich explodiert[20]: Innerhalb von nur sieben Jahren nahm sie um 37 Prozent zu und lag schließlich bei über 17000. „Auch die kleine Welt unserer Verwaltungsstelle", bemerkten die verantwortlichen Funktionäre mit ebenso großer Euphorie wie Skepsis, sei „mitgerissen in der sich permanent wandelnden Welt. Wir sind nicht isoliert, sondern ein Teil dieses Ganzen. Die Wirtschaft hat auch in unserem Raum eine nie geahnte Entwicklung genommen. Technik und Forschung haben das Gesicht dieser Erde verwandelt und verändern es täglich neu."[21] Nach wie vor dominierten die Großbetriebe der Eisenerzeugung und Metallverarbeitung den Wirtschaftsraum Amberg und Sulzbach-Rosenberg. Doch war nicht zu übersehen, wie sich die Gewichte innerhalb der Metallindustrie zu verlagern begannen. Die Schwerindustrie, allen voran die krisenanfällige Luitpoldhütte, taumelte trotz allgemein günstiger Konjunkturbedingungen von einer Krise zur nächsten. Andere Wirtschaftszweige der Metallindustrie waren für die strukturellen Verschiebungen und die wachsende industrielle Beschäftigung verantwortlich. In nur wenigen Jahren siedelten sich dank staatlicher Subventionen zahlreiche neue, technologisch hochwertige Betriebe der Elektrotechnik und der Feinmechanik mit hunderten neuer Arbeitsplätze an. So entstand beispielsweise Anfang der sechziger Jahre in Stadlern bei Schwandorf ein neues medizintechnisches Werk, das der strukturschwachen Region rund 200 neue Arbeitsplätze brachte, und auch in Floß führte die Errichtung eines Kabelfertigungsbetriebes zu 300 neuen Stellen. In diesen und anderen neu entstandenen, mittelständischen Unternehmen mußte die IG Metall bei null anfangen. Hier gab es keine gewerkschaftliche Tradition und kaum personelle Anknüpfungspunkte.

Hüttenindustrie zwischen Korea-Boom und Rezession 1966/67

Eines war den Betriebsräten und Gewerkschaftern bei all ihren Überlegungen völlig klar: Die oberpfälzische Eisen- und Stahlindustrie war wie ihre westdeutsche Konkurrenz seit Mitte der sechziger Jahre in den Sog der wachsenden Über-

[18] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsberichte Amberg, Geschäftsbericht 1963 bis 1965. Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. Verwaltungsstelle Amberg, S. 32.
[19] Ebenda, S. 33; Zahlenangaben nach ebenda.
[20] Ebenda, S. 6; erhoben wurde die Zahl der Erwerbstätigen in Industriebetrieben mit zehn und mehr Beschäftigten.
[21] Ebenda, S. 2.

produktions- und Absatzkrise in der europäischen Montanunion geraten. Die raschen Investitions- und Modernisierungsschübe seit Mitte der fünfziger Jahre hatten zwar in vollem Umfang durchgeschlagen. Der Stahlbedarf war allerdings nicht in gleicher Weise gestiegen, und mit der Sowjetunion und Japan drängten neue Anbieter auf den hart umkämpften Markt. Die Hohe Behörde ging in ihren Berechnungen für das Jahr 1965 von einem Ausstoß von insgesamt 103 Mio. Tonnen Rohstahl aus, von denen lediglich etwa 88 Mio. einen Käufer fanden.[22] Der Konkurrenzkampf ließ Preise und Erlöse der Stahlproduzenten gleichermaßen in den Keller fallen. Den einzigen Ausweg aus dieser Misere sah die Luxemburger Behörde in einer besseren Steuerung der Marktmechanismen. Die zahlreichen Marktteilnehmer sollten sich zusammenschließen, den Markt besser kontrollieren, durch den Konzentrationsprozeß das Angebot regulieren und nötigenfalls auch die Produktion zurückschrauben.

Als Reaktion auf die veränderten Marktanforderungen begannen 1960 Hoesch und die Dortmund Hoerder Hüttenunion zusammenzuarbeiten und freie Kapazitäten zu verpachten; durch den Kooperationsvertrag sollten die vorhandenen Ressourcen besser genutzt und der Bau neuer Anlagen verhindert werden. Andere Unternehmer wie Mannesmann folgten dem Beispiel, und angesichts des verschärften Wettbewerbs wurden auf Initiative der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie seit Juni 1966 vier regionale Walzstahlkontore mit dem Ziel gegründet, durch zentrale Steuerung den Verkauf und die Produktion von Walzstahl langfristig zu regulieren und die Produktionskosten zu minimieren.[23] Die treibenden Kräfte der neuen Syndikate waren die Stahlproduzenten von Rhein und Ruhr: Thyssen und Krupp gehörten ebenso dazu wie Mannesmann, Hoesch und Klöckner; lediglich einige kleine Unternehmen wie die Max- und die Luitpoldhütte waren den Walzkontoren ferngeblieben. Die Gründe für die Sulzbach-Rosenberger Konzernstrategen, dem Zusammenschluß der übermächtigen Stahlmagnaten vorerst nicht beizutreten, lagen in der besonderen betriebswirtschaftlichen Struktur der Hütte und den Bedingungen, an die der Beitritt geknüpft war. Die Kontore waren besonders für die kleinen Unternehmen existenzbedrohend, denn die Verkaufssyndikate waren nur einem Ziel verpflichtet, wie der führende Stahlfunktionär und Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie deutlich machte: Sie sollten den Markt stabilisieren, vor konjunkturellen Einbrüchen schützen und stabile Erlöse erzielen. „Die Methode, dieses Ziel zu erreichen," so der spätere CDU-Bundestagsabgeordnete Herbert W. Köhler, „bestand darin, die Zahl der Anbieter zu verkleinern".[24] Für die Maxhütte wäre in diesem Konzert der Großen kaum Platz gewesen. Vor allem die strenge Regulierung der Investitionstätigkeit durch die Syndikate hätte der oberpfälzischen Hüttenindustrie einen ihrer wenigen Trümpfe aus der Hand genommen.

Problematisch war für die Maxhütte aber, daß sich mit den eigenen billigen Erzen Standortnachteile immer schwerer ausgleichen ließen. Ausländische und

[22] Vgl. Ludwig Trabert, Kapazitätsüberhang – Zentralproblem der Montanunion, in: Der Volkswirt 19 (1965), S. 15–19, hier S. 15.
[23] Vgl. Müller, Strukturwandel, S. 379 f.
[24] Herbert W. Köhler, Wesen und Wirkung der Walzstahlkontore, in: Eisen und Stahl 87 (1967), Nr. 6, S. 352–366, hier S. 352.

eisenhaltigere Erze überschwemmten den deutschen Markt, die die Sulzbacher und Amberger Erzlagerstätten zunehmend konkurrenzunfähig machten. Nur einen Weg hielten Vorstand und Aufsichtsrat der Maxhütte für aussichtsreich, um den Bestand der Hütte wahren zu können: „der Weg in die Qualität, Spezialität bzw. Weiterverarbeitung und Veredlung."[25] Nur durch hohe Investitionen und effektive Rationalisierung konnte die Hütte ihren Grad nachfrageorientierter Flexibilität aufrechterhalten, der sie in die Lage versetzte, Standortnachteile auszugleichen und sich durch hochwertige Produkte gegen das Massenangebot aus dem Westen und dem europäischen Ausland, insbesondere aus Frankreich und Italien, auf dem süddeutschen Markt zu behaupten.[26] Die Vorhaben betrafen in erster Linie den Hochofenbetrieb und das Thomasstahlwerk. Die Planungsstäbe hielten es für technisch wie betriebswirtschaftlich geboten, den Koksverbrauch durch die Verwendung neuer Blasetechniken und die Erhöhung der Heißwindtemperatur zu senken; effizienter und kostengünstiger sollte die Stahlherstellung werden.

Zufrieden zeigte sich die Betriebsdirektion mit den Investitionen in das Walzwerk. Die Walzstraßen arbeiteten auf Hochtouren, und nur einige Anlagen wiesen, so der Geschäftsbericht, eine erhöhte Störanfälligkeit auf und sollten ausgetauscht und durch rationellere ersetzt werden.[27] Hinter der scheinbar harmlosen „Störanfälligkeit" verbarg sich eines der Grundprobleme des Haidhof-Werkes der Maxhütte. Bis auf das Kaltwalzwerk, das erst 1960 gebaut worden war, konnten weder das Siemens-Martin Stahlwerk noch die übrigen Warmblech- oder Profilwalzwerke eine rentable Erlös-Herstellungsrelation vorweisen.[28] Ob das Warmblechwalzwerk überhaupt eine Zukunft hatte und sich umfangreiche Investitionen lohnen würden, war keineswegs sicher.

Die Kunden waren jedenfalls mit der Stahlqualität der Maxhütte sehr zufrieden, und so wunderte es nicht, daß der Vorstand bis zum Frühsommer 1966 über eine mangelnde Auftragslage nicht zu klagen brauchte. Allerdings war die Auftragsentwicklung bereits seit Ende der fünfziger Jahre deutlichen Schwankungen unterworfen[29]: Zwar erhöhten sich die eingegangenen Bestellungen für Walzwerkerzeugnisse zwischen den Geschäftsjahren 1959/60 und 1965/66 von 560700 Tonnen auf 797200 Tonnen, doch gab es 1960/1961 und 1963/1964 deutlich spürbare Einbrüche, so daß kein Anlaß bestand, allzu euphorisch in die Zukunft des „Stahlzeitalters" zu blicken. Das galt angesichts des krisenanfälligen Stahlmarktes auch für die Rohstahlerzeugung, deren Gesamtvolumen sich im gleichen Zeitraum um knapp 17,5 Prozent auf 821200 Tonnen erhöhte, die aber wie alle Produkte der Maxhütte unter wachsenden Preisdruck geriet.

[25] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Freitagsgespräche, Betriebsdirektor Dr. Sittard: „Allgemeiner Überblick über die Maxhütte", vom 18. 10. 1966.

[26] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 209, Geschäftsbericht der Maxhütte für 1965/1966.

[27] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Freitagsgespräche, Betriebsdirektor Dr. Sittard: „Allgemeiner Überblick über die Maxhütte", vom 18. 10. 1966.

[28] Richard Edenhofer, Strukturveränderung im Werk Maxhütte-Haidhof der Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte mbH. und seine Auswirkungen auf die Belegschaft, vom 7. 2. 1969, zit. nach: Duschinger, Zierer, Glanz, S. 267.

[29] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 209, Geschäftsbericht der Maxhütte für 1965/1966, Auftragseingang, Versand und Umsatz.

Die diversifizierte Angebotsstruktur und die gute Auslastung der Fertigungsanlagen in Haidhof und Sulzbach-Rosenberg halfen der Maxhütte, das Rezessionsjahr 1967 auch als „Außenseiter" auf dem Stahlmarkt zu überstehen. Während zwischen Juni 1966 und Juli 1967 bundesweit die Zahl der Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie um rund 30000 sank und Experten damit rechneten, daß in Zukunft etwa 15000 bis 20000 Beschäftigte jährlich entlassen würden, überstand die Maxhütte den Einbruch ohne Kurzarbeit oder Kündigungen. Der Personalbestand sank zwar zwischen 1966 und 1967 von 9397 auf 9042 Beschäftigte, doch konnte das Unternehmen die nötige Kostenminimierung durch die Einsparung frei werdender Stellen erreichen und mußte niemanden entlassen.[30] Natürlich litt auch die oberpfälzische Hüttenindustrie unter dem Einbruch der Industrieproduktion, der auf führende Politiker, Gewerkschafter und Ökonomen wie ein Schock wirkte.[31] Die Erlösentwicklung blieb hinter den Erwartungen zurück. Zwar blieb Flicks Konzern, dessen wichtigste Absatzgebiete nach wie vor im Inland lagen, im Gegensatz zu zahlreichen westdeutschen Unternehmen von den Folgen der sinkenden Exporterlöse verschont. Zu schaffen machte den ostbayerischen Stahlproduzenten aber die ausländische Konkurrenz im eigenen Revier. Preiseinbußen waren die Folge, und selbst die sonst krisensichere Röhrenherstellung geriet unter Druck.

Der Kern der Hütte war freilich nicht gefährdet. Stolz konnte die Betriebsdirektion trotz der wirtschaftlichen Spannungen den Anteilseignern und der Belegschaft mitteilen, daß die Nachfrage nach Walzstahl der Maxhütte selbst auf dem Höhepunkt des Konjunktureinbruchs nicht nur nicht zurückgegangen, sondern sogar weiter angestiegen sei: von 873000 Tonnen auf 1007000 Tonnen.[32] Der Betriebsrat stimmte bereitwillig Sonder- und Sonntagsschichten zu, um die bestellten Mengen Rohstahl termingerecht fertigstellen zu können[33], und Ende 1967 meldete das Unternehmen wieder erheblichen Personalbedarf. Klug und vorausschauend war bislang die Strategie des Vorstandes und des paritätisch besetzten Aufsichtsrates gewesen, konsequent die Modernisierung und Rationalisierung des Werkes und seiner Produktionsanlagen zu forcieren, wozu beispielsweise die Einführung einer neuen, weltweit anerkannten Technik gehörte, mit der Roheisen im Konverter zu Stahl verarbeitet werden konnte.

Die IG Metall und der Betriebsrat, die den meisten Vorschlägen zustimmten, sahen die mit hohen Investitionen betriebene Rationalisierung im Erzbergbau und in den Werken in Haidhof und Sulzbach-Rosenberg, wie sie sagten, „mit einem lachenden und einem weinenden Auge".[34] Die ambivalenten Konsequenzen dieser Strategie blieben ihnen keinesfalls verborgen. Einerseits bedeutete beispiels-

[30] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Betriebsversammlung, Betriebsversammlung vom 17. 11. 1967, S. 4.

[31] Vgl. Knut Borchardt, Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden?, in: Zäsuren nach 1945: Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. Hrsg. von Martin Broszat, München 1990, S. 21–33, hier S. 22.

[32] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 209, Geschäftsbericht der Maxhütte für 1967, Auftragseingang, Versand und Umsatz.

[33] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Betriebsversammlung, Betriebsversammlung vom 17. 11. 1967, S. 6 f.

[34] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Betriebsversammlung, Betriebsversammlung vom 12. 3. 1968, S. 5; folgendes nach S. 5 ff.

weise die Umstellung der gefährlichen Schlackenabfuhr im Thomas-Stahl-Werk auf gleislose Fahrzeuge und der Ausbau des betrieblichen Straßennetzes eine spürbare Erleichterung und eine beträchtliche Verringerung der Unfallgefahr für die Arbeiter. Andererseits waren mit der Modernisierung, so der Betriebsratsvorsitzende Peter Spies, „auch menschliche Probleme verbunden, die nicht einfach zu lösen" seien. Zwanzig Arbeitsplätze meist langjähriger Belegschaftsmitglieder wurden durch die neue Technik überflüssig, und Spies, zugleich Mitglied im Geschäftsstellenausschuß der IG Metall Amberg, wurde nicht müde, die soziale Verantwortung des Unternehmens zu betonen und sich dafür einzusetzen, die Arbeiter durch innerbetriebliche Umsetzungen vor „größere[n] Härten" zu bewahren. Weder die Gewerkschaft noch die Betriebsräte zweifelten daran, daß in Zukunft immer weniger Menschen immer mehr Leistung bringen müßten. Da der Personalbedarf der Hütte jedoch nach wie vor hoch war, gab es keinen Grund, Arbeitnehmer zu entlassen. Noch jedenfalls.

Andere Betriebe der oberpfälzischen Hüttenindustrie standen weniger günstig da. Mit großer Sorge beobachteten die Amberger Gewerkschaftsfunktionäre die Folgen der Rezession bei der Luitpoldhütte und den Hüttenwerken in Weiherhammer, die sich beide bereits seit längerem nur mit großer Mühe auf dem Markt behaupten konnten. Die Erzlagerstätten der Luitpoldhütte waren schon 1964 stillgelegt worden. In langwierigen Verhandlungen hatte die krisen- und sozialplanerfahrene IG Bergbau und Energie die Muttergesellschaft überzeugen können, den Kern der Belegschaft bei der Luitpoldhütte zu übernehmen.[35] Damit war die über 1000jährige Geschichte des Bergbaus in Amberg zu Ende gegangen – ein weiteres, unübersehbares Indiz für den Strukturwandel der ost- und nordbayerischen Montanindustrie. Der Luitpoldhütte drohten deshalb einschneidende Veränderungen: Das ohne die Grundstoffindustrien unrentabel gewordene Hüttenwerk sollte zu einem Gießerei- und Weiterverarbeitungsbetrieb umstrukturiert, die Kokerei und der Hochofen geschlossen werden. Für hunderte Arbeitnehmer konnte dies trotz engmaschiger Sozialpläne nur bedeuten: Arbeitsplatzverlust.[36]

Nicht so dramatisch, aber ebenfalls äußerst schwierig gestaltete sich die Situation in Bodenwöhr und Weiherhammer. Die sinkende Nachfrage nach Gießereierzeugnissen und Maschinen traf die kleinen Hütten noch schwerer als die Flickbetriebe in Haidhof und Sulzbach-Rosenberg. Sie waren durch ihre fehlende Investitionskraft und räumliche Lage doppelt benachteiligt. Die Preise für ihre Produkte hatten 1967 einen Tiefstand erreicht, so daß sich Kurzarbeit und Entlassungen nicht mehr vermeiden ließen. Um die Kosten zu senken, versuchten die Arbeitgeber, übertarifliche Lohnbestandteile zu beseitigen und die Vorgabezeiten für die Akkordarbeiter zu erhöhen – beides Maßnahmen, die auf den entschiedenen Widerstand der Belegschaft und der IG Metall stießen und einen kurzen Proteststreik der aufgebrachten Arbeiter zur Folge hatten.[37]

[35] Geschäftsbericht der IG Bergbau und Energie 1966, zit. nach: Die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Nordbayern (Hrsg.), Geschichte der Geschäftsstelle Amberg, o.O.o.J., S. 34.
[36] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsstelle Amberg, Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 5f.
[37] Ebenda, S. 6.

Innerhalb kürzester Zeit war den Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie bewußt geworden, daß die eigene Arbeitskraft, bis vor wenigen Jahren noch ein knappes Gut, im Marktwert deutlich gesunken war. Viele Arbeitnehmer sahen sich durch eine drohende Arbeitslosigkeit in ihrer Existenz gefährdet; eine Erfahrung, die für die jüngeren Beschäftigten völlig neu war. Von Massenarbeitslosigkeit zu sprechen war sicherlich übertrieben, doch waren die rund 672000 registrierten Arbeitslosen im Januar 1968 ein irritierender Faktor in der sonst so erfolgsverwöhnten und vor Kraft strotzenden Republik.[38] Die Oberpfälzer traf der Einbruch besonders hart: In den Winterhalbjahren 1966/1967 und 1967/1968 stieg die Arbeitslosenquote in den Arbeitsamtsbezirken Schwandorf und Weiden auf 15 bis 16 Prozent, vereinzelt und saisonal bedingt sogar auf etwa 40 Prozent – so hoch wie nirgends sonst in Bayern.

An der Organisations- und Mitgliederstruktur der IG Metall ging der Konjunktureinbruch nicht folgenlos vorüber. Nach dem Rekordjahr 1965 gelang es der IG Metall weder in Amberg noch in Regensburg, ihren Organisationsgrad über die Krise hinweg stabil zu halten. Zwischen 1966 und 1968 verlor die Amberger Verwaltungsstelle mehr als 500[39], die Regensburger mehr als 600 Mitglieder[40]; damit war wieder das Niveau von Anfang der sechziger Jahre erreicht. Der Mitgliederverlust, der die IG Metall 1968 in beinahe allen Verwaltungsstellen beutelte[41], reduzierte natürlich auch die finanzielle Schlagkraft der Organisation. Denn die Krise hatte vor allem solche Betriebe erfaßt, in denen überdurchschnittliche Beiträge bezahlt wurden, die nun in der Kasse fehlten. Als aktive Beitragszahler fielen außerdem zahlreiche invalide Beschäftigte weg, die über Sozialpläne den Betrieb verlassen mußten und aufgrund ihrer körperlichen Gebrechen entbehrlich und nicht mehr produktiv genug waren und so die ersten Opfer des Stellenabbaus wurden. Schließlich lag es auch an der Kurzarbeit wie in Weiherhammer oder Bodenwöhr, daß das Beitragsaufkommen sank; die Beitragssätze richteten sich nämlich nach den wöchentlichen Löhnen und Gehältern, und die Gewerkschaften wollten ihren Mitgliedern für die Phase der Arbeitspausen während der Kurzarbeit keine vollen Beiträge abverlangen[42]: Die Einnahmen der Verwaltungsstelle Amberg sanken deshalb zwischen 1966 und 1968 von rund 703000 DM auf etwa 651000 DM. Am Ende der Rezession schrieb die Gewerkschaft erstmals rote Zahlen.

[38] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1968, S. 131.

[39] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsstelle Amberg, Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 49.

[40] Angaben nach eigenen Berechnungen; vgl. dazu Industriegewerkschaft Metall, Geschäftsbericht 1965 bis 1967 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main o.J. (1968), Tabelle: Mitglieder in den einzelnen Verwaltungsstellen, Verwaltungsstelle Regensburg; Industriegewerkschaft Metall, Geschäftsbericht 1969 bis 1970 des Vorstands der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main o.J. (1971), Tabelle: Mitgliederentwicklung in den Verwaltungsstellen, Verwaltungsstelle Regensburg.

[41] Industriegewerkschaft Metall, Geschäftsbericht 1965 bis 1967 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main o.J. (1968), Tabelle: Mitglieder in den einzelnen Verwaltungsstellen.

[42] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsstelle Amberg, Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 54.

Schlimmer noch ging es der IG Bergbau und Energie. Die Bergbaukrise, die an der Ruhr zu heftigen politischen Auseinandersetzungen, zahlreichen Zechenstilllegungen und Entlassungen geführt hatte[43], verschonte auch Nordbayern nicht, im Gegenteil: Sie beschleunigte die seit längerem anhaltende Krise.[44] Die wirtschaftliche Lage, so die führenden Mitglieder der IG Bergbau, sei bei allen Betrieben in Nordbayern „angespannt und rückläufig."[45] Die Absatzeinbußen der Steinkohlenindustrie und die wachsenden Haldenbestände[46] führten sogar dazu, daß trotz steigendem Primärenergieverbrauch die Produktion im Westen wie in Bayern gedrosselt werden mußte. Den Druck, der durch den Bau der Erdölraffenerien und Pipelines im Großraum Ingolstadt auch auf dem bayerischen Markt entstanden war, bekamen die bayerischen Kohlengruben mehr als deutlich zu spüren.[47] Heiz- und Mineralöl drängten mit immer größerer Macht auf den Markt, und selbst die zahlreichen Subventionen und Stützungsversuche durch die nordrhein-westfälische Landesregierung und die Bundesregierung in Bonn konnten nichts an der Dramatik des Zechensterbens ändern.

Gesamtwirtschaftlich fielen die nordbayerischen Bergbaubetriebe nicht ins Gewicht, für die strukturschwache und industriearme Region am Rande der Republik waren die Folgen jedoch gravierend. Als 1968 nach 212 Jahren die einzige Steinkohlegrube Bayerns im oberfränkischen Stockheim unter dem Druck der allgemeinen Bergbaukrise aufgeben mußte, endete damit nicht nur ein Kapitel der bayerischen Bergbaugeschichte.[48] Ungewiß blieb zudem die Zukunft der Kumpel aus dem Untertagebergbau, da Ersatzarbeitsplätze in der näheren Umgebung kaum vorhanden waren.[49] Nicht viel anders erging es den 350 Arbeitern und Angestellten der unrentabel gewordenen Pegnitzer Eisenerzgrube „Kleiner Johannes", die wenige Monate zuvor die letzte Schicht verfahren hatte. Sie hofften darauf, daß die Staatsregierung den längst fälligen Strukturwandel forcieren und neuen Betrieben bei der Ansiedlung unter die Arme greifen werde. Als die zugesagten Hilfen zunächst ausblieben und sich die Bergleute betrogen fühlten, wehten erstmals auch in Pegnitz – zeitgleich wie in Dortmund und Gelsenkirchen – schwarze Fahnen, die den Zorn und die gewerkschaftliche Geschlossenheit im Ringen der Bergleute um neue Arbeitsplätze unter Beweis stellen sollten.[50] „Arbeiten, nicht stempeln", lautete ihre Devise.[51]

Je mehr Zechen schlossen und je rascher der Organisationsgrad der IG Bergbau und Energie in Nord- wie in Südbayern sank[52], desto schwerer tat sich die Ge-

[43] Vgl. dazu ausführlich Lauschke, Schwarze Fahnen, S. 192–262; Nonn, Ruhrbergbaukrise, S. 171–259 u. S. 374–384.
[44] Vgl. dazu Kapitel IV. 1a, S. 184–187.
[45] Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 42 vom 27. 2. 1967.
[46] Unternehmensverband Ruhrbergbau, Geschäftsbericht 1964–1966, o.O.o.J., S. 37.
[47] Vgl. ausführlich dazu Deutinger, Lebensfrage, S. 62–72.
[48] Kronacher Volksblatt vom 2. 4. 1968: „212 Jahre Bergbau gehen zu Ende".
[49] Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 37 vom 9. 11. 1965.
[50] Industriegewerkschaft, Geschichte, S. 41–44.
[51] Aufruf zur Demonstration am 27. 1. 1968, abgedruckt in: Industriegewerkschaft, Geschichte, S. 41.
[52] Vgl. Industriegewerkschaft, Geschichte, S. 71.

werkschaft in den schwierigen Verhandlungen um einen Sozialplan. Der Rückgang des Organisationsstandes auf 70,6 Prozent bis zum März 1966 unterschied sich zwar nicht wesentlich von dem des Ruhrgebietes[53], war aber für die kleine und ohnehin schon mitgliederschwache Gewerkschaft doch ein besonders herber Schlag. Hinzu kam die Entscheidung der Bochumer Zentrale, angesichts des Mitgliederschwundes und der finanziellen Schwierigkeiten, in der sich die Gewerkschaft nach der Stillegung der Pechkohlenzechen im oberbayerischen Penzberg und Hausham[54] befand, die Bezirksleitung mit Sitz in München zum 31. Dezember 1966 aufzulösen.[55] Statt dessen sahen die Pläne des Vorstandes vor, den hauptamtlichen Bezirksvorstand abwechselnd durch die Geschäftsstellenleiter der Bezirke in München, Amberg, Heilbronn und Freiburg zu besetzen. Der Bergbau, das erkannten selbst die überzeugtesten Gewerkschafter, hatte in Bayern keine Zukunft mehr.

Lediglich ein großes Unternehmen blieb von der wirtschaftlichen Talfahrt weitgehend verschont: die BBI. Das Braunkohlenunternehmen hatte frühzeitig auf die Kohleverstromung gesetzt, um die schwierigen montangeologischen Grundprobleme[56] des ostbayerischen Kohlenreviers abzufedern. Denn die Flöze der BBI waren weitverzweigt, schwer aufzuschließen und häufig von großen Fischweihern überdeckt, so daß es erheblichen finanziellen und personellen Aufwands bedurfte, nach der Auskohlung eines Braunkohlenfeldes weitere Lagerstätten zu erschließen. Bayernwerk und BBI trugen dieser Ausgangslage in mehrfacher Hinsicht Rechnung: Die Kooperation, die seit 1928 mit dem Dampfkraftwerk Dachelhofen bestand und die die Abnahme der BBI-Kohle sicherte[57], wurde seit den fünfziger Jahren immer enger. Ein Organschaftsvertrag zwischen der BBI und der Bayernwerk AG machte aus beiden Unternehmen eine wirtschaftliche und organisatorische Einheit mit Gewinn- und Verlustabführung. Die Bayernwerk AG gewährte der BBI einen festen Arbeits- und Kohlengrundpreis und garantierte die Übernahme aller Verluste.[58] Im Gegenzug sicherte sie sich die Energieversorgung ihres Kraftwerkes durch die Wackersdorfer Braunkohle und die Dienste eines der wenigen bayerischen Energieträger. Während die kleineren Tagebaue der Oberpfalz trotz der Unterstützungskredite der Staatsregierung von Jahr zu Jahr größere Schwierigkeiten bekamen und am Ende schließen mußten, konnte die BBI ihre Position nicht nur halten, sondern ausbauen. Ein entscheidender Grund dafür war zweifelsohne die Rationalisierungswelle in der Braunkohlenindustrie[59] zu

[53] Zum Stichtag 30. 6. 1966 waren in den Ruhrbezirken (Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund, Oberhausen, Essen und Bottrop) 72,5 Prozent der Beschäftigten des Ruhrbergbaus in der IG Bergbau und Energie organisiert; in vier der sechs Bezirke lag der Organisationsgrad unter 70 Prozent, lediglich Dortmund stach mit 87,1 Prozent heraus und hob das Durchschnittsergebnis deutlich; vgl. Lauschke, Schwarze Fahnen, S. 209.

[54] Knapp dazu, Deutinger, Lebensfrage, S. 70 ff; dazu ist an der Universität Passau eine Dissertation zum oberbayerischen Pechkohlenrevier nach 1945 von Margarete Drexe entstanden.

[55] Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 42 vom 27. 2. 1967.

[56] Ausführlich dazu Roland Bachmeier, Die Braunkohlenlagerstätten Rauberweiher bei Wackersdorf/Oberpfalz aus montangeologischer Sicht, Erlangen 1992.

[57] Vgl. dazu ausführlich auch M. Rotheigner, 40 Jahre Strom für Bayern aus der Wackersdorfer Braunkohle, in: BBB, H. 77, S. 1–6, hier S. 1.

[58] Dazu auch Suckert, Braunkohle, S. 78 f.

[59] Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein (Hrsg.), Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein

Beginn der fünfziger Jahre. Die BBI wurde von ihr nicht nur erfaßt, sie wurde selbst zum technologischen Vorzeigeunternehmen, in dem sich Besucher aus der ganzen Welt über die neuesten Entwicklungen der Tagebautechnik informierten. Der Schritt zur technisierten Massenproduktion[60] fand schon 1954 mit der Anschaffung dreier Schaufelradbagger statt.[61] Ähnlich wie im Rheinland und in Helmstedt, wo im gleichen Zeitraum ebenfalls immer leistungsfähigere Schaufelradbagger zum Einsatz kamen und die Investitionsquote stieg, war das Ziel der Modernisierung ein dreifaches[62]: erstens die Qualifizierung der Arbeiterschaft, zweitens der Abbau von Arbeitsplätzen durch Rationalisierung und drittens der Austausch älterer Bagger und Geräte durch leistungsstärkere und bedienungsfreundlichere Maschinen.

Der Aufschluß der Südfelder, auf denen die neuen Bagger, „Menschenfresser"[63], wie man sie nannte, arbeiten sollten, konfrontierte die BBI-Ingenieure auch mit der Aufgabe, neue Lösungen für den Abtransport des Abraumes zu finden. Die herkömmlichen Methoden der Verkippung waren nicht mehr zeitgemäß. Sie konnten keinen kostengünstigen und raschen Abtransport gewährleisten, dafür war das Gelände des Tagebaus zu verzweigt. Erstmalig kam es weltweit in der Braunkohlenindustrie[64] zum Einsatz riesiger Bandanlagen, die Transport und Verkippung übernahmen. Die mehr als sieben Kilometer langen Bänder konnten sich besser als die Züge dem unebenen Gelände der Kohlenfelder anpassen, sie verursachten erheblich geringere Wartungskosten als die älteren Gleisanlagen, und sie waren rasch zu verlegen und wieder aufzubauen. Dies war vor allem bei den ständig wandernden Abbaufeldern von nicht zu unterschätzender Bedeutung.[65] Durch die schwierigen Abbauverhältnisse immer wieder neu herausgefordert, baute die BBI ihren technologischen Vorsprung weiter aus. Ergebnis war die – in Kooperation mit anderen Ingenieuren – entstandene „Deutsche Tagebautechnik", der Exportschlager der deutschen Braunkohlenindustrie.[66] Nach der Schließung der Brikettfarbik 1964, die wie die gesamte Brikettproduktion Westdeutschlands schon seit Ende der fünfziger Jahre in die Krise geraten war, konzentrierte

1885–1960, o.O, 1960, S. 7f.; vgl. ebenfalls Wolfgang Raack, Der Braunkohlenbergbau der Bundesrepublik, Essen 1962, S. 27.

60 Vgl. Jürgen Radkau, „Wirtschaftswunder" ohne technologische Innovation? Technische Modernität in den 50er Jahren, in: Schildt, Sywottek (Hrsg.), Modernisierung, S. 129–154, besonders S. 135–141.

61 Kreisblatt Amberg vom 1. 12. 1954: „Riesiger Schaufelradbagger für Wackersdorf-Steinberg".

62 Vgl. Hans Blohm, Der technische Fortschritt in der Entwicklung der deutschen Braunkohlenindustrie unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt, in: Braunkohle 1951, H. 11/12, S. 212–220.

63 So der Name, den die Belegschaft den neuen Baggern gab. Zum Verhältnis Arbeit und Technik vgl. Kapitel III. 3c.

64 Die Vorreiterrolle der BBI betont auch der Deutsche Braunkohlen-Industrie-Verein (Hrsg.), Braunkohlen-Industrie-Verein: „Der Übergang vom Zug- auf den Bandbetrieb hat seinen Ausgangspunkt im Tagebau Schwandorf gefunden." Ebenda, S. 54.

65 Dazu Wolfhart Scharf, Die Bandanlagen der Bayerischen Braunkohlen-Industrie-Aktiengesellschaft, in: Braunkohle 1953, H. 5/6, S. 75–83.

66 Kernelement war das „Zusammenspiel modernster Transport- und Absatzgeräte. Als Gewinnungsgerät diente hierbei der Schaufelradbagger, den Transport des Abraums und der Kohle übernehmen Bandstraßen, die Kohle wird dabei zu Vorratsbunkern oder Verladeanlagen transportiert, während die Verkippung der Abraummassen durch spezielle Absatzgeräte, sogenannte Bandabsetzer, erfolgt." Suckert, Braunkohle, S. 69; ebenfalls dazu Bachmeier, Braunkohlenlagerstätte, S. 178 und S. 190.

sich die BBI in ihrer Firmenpolitik ganz auf die Belieferung des Dampfkraftwerkes – eine Entscheidung, die wesentlich für das Überleben des Unternehmens verantwortlich sein sollte.

Bereits Ende der dreißiger Jahre war der Anteil der Rohbraunkohle an der öffentlichen Stromerzeugung mit mehr als 60 Prozent im Bundesvergleich außerordentlich; bis 1968 war die Verbindung noch enger geworden, so daß die BBI das Dampfkraftwerk zu 91,6 Prozent belieferte.[67] Bei der BBI war damit in den Jahren der Bergbaukrise die Schwerpunktverlagerung hin zur Braunkohlenverstromung bereits so gut wie abgeschlossen, als er in anderen westdeutschen Revieren gerade erst anzulaufen begann – ein wichtiger Grund, warum die Oberpfälzer mit anderen Energieproduzenten auf dem boomenden Energiemarkt so gut mithalten konnten. Dachelhofen wurde durch die Muttergesellschaft schrittweise zu einem Großkraftwerk ausgebaut, dessen Engpaßleistung zwischen 1950 und 1962 um etwa das sechsfache auf 400 MW anstieg. Noch schneller verlief die Stromerzeugung, die im gleichen Zeitraum sogar um das achtfache von 0,3 Mrd. kWh auf 2,6 Mrd. kWh zunahm. 1969 konnte Dachelhofen mit Hilfe der Wackersdorfer Kohle rund sieben Prozent der Engpaßleistung aller bayerischen Kraftwerke erbringen. Dieser Anteil war kontinuierlich gestiegen und spielte für die Energieversorgung in Ostbayern und der Oberpfalz eine herausragende Rolle, denn bereits ein Drittel des Schwandorfer Stroms genügte in den Jahren 1966/1967, um den gesamten Energiebedarf der Oberpfalz zu decken; mit der Gesamtleistung des Dampfkraftwerkes wäre es sogar ohne weiteres möglich gewesen, die Energieversorgung Ostbayern (OBAG), deren Versorgungsgebiet weite Teile der Oberpfalz, Niederbayerns und das östliche Oberbayern umfaßte, mit Strom zu beliefern. Die BBI und die gesamte Braunkohlenindustrie überstanden die Rezessionsjahre ohne größere Blessuren. Ihr gelang es sogar, ihren Anteil an der immer wichtigeren öffentlichen Stromerzeugung in den Jahren zwischen 1950 und 1968 von rund 25 Prozent auf 36 Prozent zu Lasten der Steinkohle auszubauen und die Schwäche des Untertagebaus für die eigene Marktposition zu nutzen.[68]

Auf lange Sicht war die Existenz der BBI als Kohlelieferant zur Stromerzeugung erheblich bedroht, da geomorphologische Untersuchungen unmißverständlich gezeigt hatten, daß das Kohlenreservoir in Wackersdorf zu Beginn der achtziger Jahre erschöpft sein würde. So war es also nicht die Kohlenkrise, die für das Ende der BBI 1982 verantwortlich werden sollte, sondern die Auskohlung der oberpfälzischen Braunkohlenfelder. Doch für die nahe Zukunft mußten sich Konzernleitung, Betriebsrat und Gewerkschaft im Gegensatz zu anderen bayerischen Montanunternehmen keine größeren Sorgen machen. „In diese Zeit der düsteren Prognosen und des Bangens kann die BBI auf ein wiederum recht erfolgreiches und im Ergebnis zufriedenstellendes Jahr zurückblicken"[69], meinte Arbeitsdirektor Hans Meisl anläßlich des Barbarafestes 1967. Während in allen Industriezweigen die Konjunktur nachlasse, die Wirtschaft stagniere und vielfach nicht mehr genügend Aufträge eingingen, könne die BBI beruhigt feststellen, daß sie für die

[67] Vgl. Schniotalle, Braunkohlenbergbau, S. 360f.; folgende Angaben nach ebenda.
[68] Ebenda, S. 388.
[69] BBB, H. 67, 1967, S. 2; folgendes nach ebenda.

Muttergesellschaft kein „Sorgenkind" sei. Zwar konnte das Unternehmen im Geschäftsjahr 1966/67 mit 4,5 Millionen Tonnen Kohle nicht mehr das Spitzenergebnis des Vorjahres erzielen, doch war es ihr trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen gelungen, die Pro-Kopf-Leistung je Schicht auf Rekordhöhe zu steigern. Ähnlich wie bei der Maxhütte wirkten sich die Investitionen in die modernisierten Abraumgeräte sehr positiv aus. „Die Zeiten mit dem extremen, grundlosen Schlamm, mit dem wir früher zu kämpfen hatten, [...] die sind uns heute weitgehend fremd", erklärte der Arbeitsdirektor zufrieden. Adolf Fabry, der nordbayerische IG Bergbau-Vorsitzende, freute sich mit Meisl und den örtlichen Gewerkschaftsvertretern, in Wackersdorf das große Bergmannsfest feiern zu können, ohne den Kumpel wie an anderen Orten der Region neue Horrormeldungen über die Zukunft ihrer Arbeitsplätze mitteilen zu müssen.[70] Gerade in diesen schweren Zeiten, so Fabry, komme er besonders gern zur BBI, die nicht nur wirtschaftlich gesund, sondern auch gewerkschaftlich stark organisiert sei. Schließlich gehörten beinahe alle Arbeiter und Angestellten des Tagebaus der IG Bergbau und Energie an. Die beginnende Arbeitslosigkeit und die strukturellen Umbrüche der westdeutschen Montanindustrie, die vielerorts für schweres Kopfzerbrechen sorgten, berührten die Beschäftigten des oberpfälzischen Braunkohlentagebaus kaum. Ihre Arbeitsplätze waren – noch – sicher.

b) Gewerkschaftliche Denk- und Handlungsfelder: Tarifpolitik, Notstandsgesetzgebung, Vertrauensleutearbeit

Fabrys Arbeit war gemessen an den gegebenen Umständen recht erfolgreich. Die tarifliche Verankerung eines Urlaubsgeldes für die Beschäftigten der nordbayerischen Bergbaus bewerteten die Gewerkschaften und ihre Mitglieder 1965 zurecht als Erfolg. Nur wenigen Arbeitern in der Flußspatindustrie blieben die vereinbarten acht bis zehn DM vorenthalten.[71] Nach den Verhandlungen blickte der Gewerkschaftsfunktionär aus Amberg zufrieden auf die zurückliegende Lohnrunde: „Tarifpolitisch wurde mit großem Erfolg gearbeitet", erklärte Fabry vor den führenden lokalen Gewerkschaftern und Betriebsräten. Das war sicherlich übertrieben und galt nicht für alle Branchen. 15prozentige Lohn- und Gehaltssteigerungen wie im Braunkohlentagebau waren zweifellos die Ausnahme; und auch die Zeiten, in denen wie noch 1963/1964 der oberpfälzischen Bergbau ausländische Arbeitskräfte benötigte, weil der heimische Arbeitsmarkt trotz Strukturschwäche nicht ausreichte und Unternehmer und Gewerkschaften über fehlenden Nachwuchs klagten, waren mit der Rezession endgültig vorüber.[72] Mit der Bergbaukrise und den überbordenden Haldenbestände wurden auch die gewerkschaftlichen Ziele bescheidener. Vor den Tarifverhandlungen 1966 unterstrich Walter Arendt, der Vorsitzende der IG Bergbau, zwar nochmals kämpferisch, „trotz

[70] Ebenda, S. 8.
[71] Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 38 vom 22. 12. 1965.
[72] Archiv der IG BCE Nordbayern, Protokollbuch des Geschäftsstellenvorstandes, Protokoll Nr. 41 vom 29. 6. 1966.

Krise den sozialen Fortschritt für die Bergleute" verteidigen zu wollen.[73] Er betone dies so deutlich, „weil es nicht wenige Stimmen in Deutschland" gebe, „die mit der Sanierung des Bergbaus bei den Löhnen und den Sozialleistungen anfangen möchten." Feierschichten und Entlassungen prägten das Bild des westdeutschen Bergbaus in der Rezession, und es war kein Wunder, daß selbst im traditionell eher konfliktarmen Bergbau die Verhandlungsrunden von Streikdrohungen und Urabstimmungen begleitet wurden.[74] Angesichts der sterbenden Zechen zwischen Rhein und Ruhr und an Naab und Vils bot die gewerkschaftliche Rhetorik nur ein kurzzeitiges Ventil für die schmerzlichen Folgen, die sich hinter dem Begriff des „Sozialplan" verbargen, der zum neuen Schlagwort für bergmännische Problemlösungsstrategien bei massivem Personalabbau wurde.

Sozialplan und Rationalisierungsfolgen

Das „ureigenste Kind der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung"[75] war unter Federführung der IG Bergbau und Energie im Kontext der Kohlenkrise zur sozialpolitischen Krisenbewältigung und zum innerbetrieblichen Interessenausgleich entwickelt worden.[76] Rechtliche Grundlage bildete die im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 vorgesehene Mitsprachemöglichkeit der Betriebsräte bei „Betriebsänderungen".[77] An oberster Stelle stand das Ziel, die „zur Rentabilitätserhaltung erforderlichen Anpassungsmaßnahmen"[78] zu ergreifen und die dafür nötigen Finanzmittel „politisch einzuwerben und notfalls zu ertrotzen, und zwar in einem Umfang, der den relativen Spitzenplatz der Bergbaueinkommen unter den gewerblichen Arbeitnehmern wahrt." Einen bedingungslosen Kampf für den Erhalt von gänzlich unrentablen Arbeitsplätzen schien der IG Bergbau gesamtwirtschaftlich unverantwortlich. Auf dieser Basis entwickelte sie in den Jahren der Bergbaukrise seit Ende der fünfziger Jahre eine auch für andere Gewerkschaften und Branchen vorbildhafte Strategie, die auf die pragmatische Vermittlung von Mitglieder- und Organisationsinteressen sowie ökonomischen „Systeminteressen" zielte. Offenkundig hatte sie früh erkannt, daß sie ihre organisationspolitischen Handlungsspielräume nur dann halten und vielleicht sogar erweitern konnte, wenn sie die oft schmerzliche Unterscheidung zwischen Zukunftsbeleg-

[73] Protokoll. Außerordentlicher Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie vom 23. bis 24. September 1965, Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie, o.O.o.J., S. 181; folgendes nach ebenda.

[74] Vgl. dazu Jahrbuch 1966/1967, hrsg. vom Hauptvorstand der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum o.J., S. 107ff.

[75] Jürgen Kädtler, Gewerkschaften und Arbeitslosigkeit. Zwischen Vollbeschäftigungsziel und selektiver Besitzstandswahrung, Göttingen 1986, S. 213; allerdings hatte es bereits vor dem Ersten Weltkrieg und in der Weimarer Republik Unternehmen wie Zeiss-Jena gegeben, die im Rahmen ihrer betrieblichen Sozialpolitik Abfindungen zahlten; vgl. dazu auch Heinrich Ohl, Der Sozialplan nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Recht und Praxis kompensatorischer Leistungen für den Verlust des Arbeitsplatzes, Jur. Diss, Universität Göttingen 1976, S. 10–17.

[76] Vgl. dazu auch Gerhard A. Ritter, Der Ausbau des Sozialstaates und die Differenzierung der Sozialpolitik in der Bundesrepublik, in: ders., Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts, Opladen 1998, S. 89–115, hier S. 99–106.

[77] §§ 72–75 BetriebsVG.

[78] Hans Peter Müller, Manfred Wilke, Braunkohlepolitik in der Steinkohlegewerkschaft. Die Energiepolitik der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie im Vereinigungsprozeß 1990 bis 1994, Berlin 1996, S. 12; folgendes nach ebenda.

schaften und Abbaubelegschaften mitmachte und deren bittere Konsequenzen abzumildern versuchte.[79] Die Politik des Sozialplanes war hierfür das geeignete Mittel, das nun auch in Nordbayern zum Einsatz kommen sollte.

Bekanntlich hatten es die Gruben in Auerbach und Sulzbach immer schwerer, mit den kostengünstigeren schwedischen Erzen mitzuhalten. Eine Kostensenkung war unumgänglich. Personal mußte abgebaut und in anderen Betriebsteilen untergebracht werden. Die Zukunft war ungewiß, und noch immer warteten die Kumpel auf die Entscheidung des Aufsichtsrates über den Aufschluß eines weiteren Erzstollens, der die Zukunft der übrigen Bergleute gesichert hätte.[80] In Haidhof stand zwar nicht die Existenz des Werkes in Frage. Umfassende Rationalisierungsmaßnahmen waren aber auch hier unvermeidlich. Nur diesmal bestand bei den Gewerkschaftern und Betriebsräten kein Zweifel, daß die organisatorischen und technischen Änderungen nicht mehr „personenneutral" durchgeführt werden konnten.[81] Von 1200 bis 1300 Beschäftigten war die Rede, die in den nächsten Jahren in Haidhof ihren Arbeitsplatz verlieren, umgesetzt oder in der Vorruhestand versetzt würden.[82] Planspiele und Gerüchte kursierten und verunsicherten die Beschäftigten, den eines klar vor Augen stand: Außer der Maxhütte gab es, wie Richard Edenhofer während einer SPD-Veranstaltung zugespitzt formulierte, nur Truppenübungsplätze und kaum andere Beschäftigungsmöglichkeiten in der Region.[83] Würden die Arbeiter zum „Strandgut der Automation" werden, wie man vielerorts befürchtete? Zwar ging das Aufsichtsratsmitglied Erwin Essl nicht von Entlassungen und zahlreichen Arbeitslosen im Landkreis Sulzbach-Rosenberg und Burglengenfeld aus. Doch Grundvoraussetzungen dafür sei, daß die bayerische Staatsregierung ihre Zusage einhalte, die Neuansiedlung von Unternehmen aktiv zu fördern und es nicht nur bei bloßen Ankündigungen zu belassen. Kurzarbeit und Feierschichten waren in der Geschichte der Maxhütte keine Unbekannten, über die dauerhafte Entlassung von Arbeitnehmern nachzudenken, bedeutete für viele Arbeitnehmervertreter wie Richard Edenhofer aber ein Zäsur. Er war sich keinesfalls sicher, ob die bayerische Staatsregierung die sozialdemokratische Enklave durch ihre fehlende aktive Strukturpolitik „nicht zu einem Armenhaus verkommen" lassen wolle[84] – ein Vorwurf, den auch Franz Sichler beständig wiederholte und der Staatsregierung ihre mangelnde wirtschaftliche Planungskompetenz vorhielt. Tatsächlich hatte es erst sehr zaghafte Überlegungen bei den zuständigen staatlichen Behörden gegeben, wie die drohende Arbeitsmarktkrise in der Oberpfalz überwunden werden konnte. Noch aber hielt man in München die Probleme nicht für so drängend, daß man sich zum akuten Handeln genötigt fühlte. An etwas konnte es aber keinen Zweifel geben: Der Arbeitsmarkt in den beiden oberpfälzischen Industrielandkreisen war zu einem Politikum erster Ordnung geworden. Obwohl keine unmittelbare Gefahr bestand, konnten aufmerksame Beobachter erkennen, daß sich Rationalisierung und der strukturelle Wandel

[79] Ebenda, S. 49.
[80] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 18, Sitzung des Gesamtbetriebsrates der Maxhüttenbetriebe vom 16. 6. 1969.
[81] Vgl. Duschinger, Zierer, Glanz, S. 277.
[82] MZ vom 1. 10. 1968: „Alarm im Glückauf Landkreis".
[83] Zit. nach Duschinger, Zierer, Glanz, S. 264; folgendes nach ebenda.
[84] Ebenda, S. 265; folgendes nach ebenda.

der Eisen- und Stahlindustrie zu einer arbeitsmarkpolitischen Zeitbombe entwikkelt hatte, deren Zündung in der wirtschaftlichen Krise die monoindustrielle Struktur des regionalen Arbeitsmarktes in die Katastrophe führen mußte.

Auf betrieblicher Ebene war man hier zumindest einen Schritt weiter als in der Politik: Im Frühsommer 1968 schlossen deshalb der Gesamtbetriebsrat und der Vorstand der Maxhütte nach längeren Verhandlungen, die bereits in den Rezessionsmonaten des Jahres 1967 begonnen hatten, die erste Betriebsvereinbarung „zur finanziellen Sicherung älterer Mitarbeiter infolge vorzeitiger Pensionierung".[85] Es müsse damit gerechnet werden, so gestanden sich die Tarifparteien ein, daß „Arbeitskräfte im Zuge geplanter Investitionen freigesetzt" würden. Rationalisierung und Beschäftigtenausbau waren nicht mehr die zwei Seiten der gleichen Medaille. Die „langen fünfziger Jahre" waren unwiederbringlich zu Ende gegangen.[86]

Die Probleme und finanziellen Belastungen waren freilich noch überschaubar und hatten nicht die beunruhigende Dimension wie im Ruhrgebiet erreicht. Zunächst wollten Gewerkschaft, Betriebsrat und Arbeitgeber versuchen, die Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern, um auch älteren Belegschaftsmitgliedern neue Arbeitsplätze anbieten zu können, die bislang – wegen der starken körperlichen Belastung – jüngeren und voll erwerbsfähigen Maxhüttenarbeitern vorbehalten geblieben waren. Nur in Ausnahmefällen, in denen eine innerbetriebliche Umbesetzung nicht mehr vertretbar war, sollte der Sozialplan greifen und den älteren Belegschaftsmitgliedern den Übergang in die Rente erleichtern. Der Personenkreis, für den der Sozialplan galt, blieb beschränkt. Er erfaßte alle gewerblichen Arbeiter und Angestellten zwischen dem 59. und 65. Lebensjahr, die nach einjähriger Arbeitslosigkeit einen rechtlichen Anspruch auf vorgezogenes Altersruhegeld besaßen und aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden waren. Der alte Maxhüttenarbeiter sollte für seine Treue belohnt werden und als Vorbild für alle anderen Arbeitnehmer dienen. Die Maxhütte ließ ihre Beschäftigten, die sich für sie sprichwörtlich „krumm gelegt" hatten und deren Gesundheit in den Auerbacher und Sulzbacher Gruben stark in Mitleidenschaft gezogen war, auf ihre alten Tage nicht im Stich. Das war die Botschaft des Sozialplanes.

Die Zahlungen aus dem Topf des Sozialplanes endeten mit dem Augenblick, in dem der Empfänger einen Anspruch auf eine Erwerbsunfähigkeitsrente oder ein Altersruhegeld besaß. Sollte der ehemalige Maxhüttenbeschäftigte ein neues Arbeitsverhältnis aufnehmen können, so erfolgte die Zahlung des Überbrückungsgeldes anteilig bis zum Tag des Arbeitsbeginns, wobei alle besonderen Vergünstigungen, wie sie für Pensionisten üblich waren, erst mit der Beendigung des neuen Beschäftigungsverhältnisses oder mit dem 65. Lebensjahr wieder gewährt wurden.[87] Auf Drängen des Betriebsrates, der in den Verhandlungen immer wieder auf die 100prozentig gewerkschaftlich organisierte Belegschaft und ihre Kampfbereitschaft hinwies[88], beinhaltete der Sozialplan eine zusätzliche Härtefallklau-

[85] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeorndeter Bestand, Betriebsvereinbarung, Betriebsvereinbarung Nr. 33 vom 16. 5. 1968; folgendes nach ebenda.

[86] Zum Begriff vgl. Werner Abelshauser, Die Langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966, Düsseldorf 1987.

[87] Dazu zählten besondere Geschenke, Weihnachtsgratifikationen, Ausflüge usw.

[88] Edenhofer, Strukturveränderungen, zit. nach Duschinger, Zierer, Glanz, S. 270.

sel, die es ermöglichte, bei neuen Problemen, die bei der Verabschiedung des Sozialplanes unbeantwortet oder übersehen worden waren und sich in der Praxis als sozial ungerecht zeigten, weitere Maßnahmen zu vereinbaren, um „aufkommende Härten" zu verhindern.

Auch die Durchführung des Sozialplanes atmete bei der Maxhütte den Geist der Mitbestimmung.[89] Ein paritätisch besetzter Sozialausschuß überwachte alle Schritte. Die Betriebsvereinbarung legte ihn darauf fest, bei seinen Entscheidungen nicht allein vermeintliche betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten zu berücksichtigen, sondern „im Einvernehmen mit den Betroffenen die notwendigen Maßnahmen festzulegen." Nicht ausschließen wollten beide Parteien, daß die Entlassenen und „Freigestellten" nach einer Übergangszeit wieder zur Maxhütte zurückkehren konnten. Vielleicht, so ihre Vermutung, handelte es sich bei den wirtschaftlichen Schwierigkeiten Ende der sechziger Jahre nicht um die Vorboten einer beginnenden, noch schwereren Krise, sondern nur um einen Konjunkturabschwung, dessen Ende absehbar war. Deshalb hatten in der Konstruktion des Sozialplanes auch die noch nicht vergessenen Erfahrungen aus den Jahren des Arbeitskräftemangels ihren Niederschlag gefunden. Betriebsrat und Arbeitgeber hatten sich darauf geeinigt, alles daran zu setzen, damit die „freigestellten" Maxhüttenarbeiter in ihrer Überbrückungszeit nicht von anderen Unternehmen abgeworben würden. Mit Hilfe der zuständigen Arbeitsverwaltung wollten sie gemeinsam die Vermittlung an „fremde" Arbeitgeber verhindern und eine rasche Wiedereingliederung in einen der Maxhüttenbetriebe ermöglichen.

Die Wiedereinstellung zu den alten Bedingungen und alten Rechten, die besonders für die knappschaftlich versicherten Bergleute attraktiv und lohnend war, hatte bereits im Vorfeld der Verhandlungen zu einer der wesentlichen gewerkschaftlichen Forderungen gehört.[90] Den Gewerkschaften ging es vor allem darum, den jüngeren Beschäftigten der Maxhütte den Arbeitsplatz zu erhalten und den älteren Arbeitern „das Ausscheiden aus dem Betrieb sozial erträglich"[91] zu gestalten. Im Kern bedeutete dieses Vorgehen die Abkehr vom pauschalen Solidargedanken, der zwischen Zukunftsbelegschaft und Abbaubelegschaft nicht unterschied. An seine Stelle trat eine „selektive" Solidarpolitik, die zwar eine gezielte Verkleinerung der Belegschaft ermöglichte, mitnichten aber die Ablösung des individuellen Solidarschutzes begünstigte. Ganz im Gegenteil: Auch weiterhin galt das bergmännische Wort: „Niemand darf ins Bergfreie fallen".

Die Struktur dieses sozialpolitischen Interventionsinstrumentariums[92], wie es bei der Maxhütte und anderen nordbayerischen Betrieben zum Einsatz kam und noch in größerem Umfang zum Einsatz kommen sollte, war von IG Bergbau- und IG Metall-Gewerkschaftern und Betriebsräten gemeinsam erarbeitet und umgesetzt worden. In der betrieblichen Praxis waren die unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen zugunsten einer gemeinsamen Interessenpo-

[89] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Betriebsvereinbarung, Gemeinsame Erläuterung zur Durchführung der Betriebsvereinbarung Nr. 33 vom 16. 5. 1968; folgendes nach ebenda.

[90] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 52/2, Verwaltungsstelle Metall der Industriegewerkschaft Amberg an alle Betriebsräte im Verwaltungsstellenbereich vom 1. 2. 1967, S. 3 f.

[91] Ebenda, 6 f.

[92] Dazu vor allem Müller, Wilke, Braunkohlepolitik, S. 11–39.

litik für die Beschäftigten zurückgestellt worden. An der gewerkschaftlichen Basis sah man angesichts drohender Pleiten und Mitgliederverluste politische Unterschiede nicht besonders gern. Zu akut waren die Probleme, als daß man sich in ideologischen Auseinandersetzungen hätte verlieren können. Wenn es einen Gegner gab, dann stand der nicht im eigenen, sondern im Arbeitgeberlager.

Das war nicht selbstverständlich gewesen. Schließlich bestanden auf zentraler Ebene beträchtliche Meinungsverschiedenheiten. Die IG Bergbau gehörte innerhalb des DGB zu den entschiedensten Verfechtern einer sozialpartnerschaftlich-marktwirtschaftlichen Ordnung. Sie verteidigte das duale System der Interessenrepräsentation von Tarifautonomie und Betriebsverfassung[93] sowie einen ausgeprägten Industriealismus[94], während ihre positive, gelegentlich sogar euphorische Haltung zum westlichen Industriesystem bei anderen Industriegewerkschaften auf Vorbehalte, häufig auch auf massive Kritik stieß. Der DGB und namentlich die IG Metall hatten dagegen große Mühe, diesen Anpassungsprozeß zu bewältigen.

Aufklärung durch Kapitalismuskritik – die IG Metall

Der bayerische Bezirksleiter der IG Metall und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende der Maxhütte, Erwin Essl, gehörte im Freistaat zu den lautstarken Kritikern eines zu konsensualen und industriefreundlichen Gewerkschaftskurses, wie ihn in seinen Augen die IG Bergbau steuerte. Während die Verhandlungen über den Sozialplan bei der Maxhütte noch liefen, erläuterte der ebenso streitbare wie charismatische Gewerkschaftschef im Frühjahr 1968 den bayerischen Delegierten der IG Metall-Bezirkskonferenz in Bamberg seine Vision von der zukünftigen Rolle der Arbeiterbewegung.[95] Ein Ziel, so Essl, hatten die Gewerkschaften mit der Gründung der Bundesrepublik erreicht: Die formelle Benachteiligung war durch das Grundgesetz aufgehoben worden, die Erwerbstätigen waren den Unternehmern nicht mehr schutzlos ausgeliefert. Nicht geändert hätten sich dagegen die wirtschaftlichen Machtverhältnisse in Westdeutschland. Die Macht liege noch immer in der Hand der Großindustrie. Mit Hilfe ihrer organisatorischen Vernetzung sicherten sich die Arbeitgeber auch in der Demokratie ihren Einfluß auf die Politik und die Herrschaftsgewalt über die Arbeitnehmer. „Wer nicht über gleiche Macht verfügt, ist mehr oder minder unfrei", urteilte Essl. Die Arbeiterbewegung sei noch ein gutes Stück von ihrem eigentlichen Ziel entfernt, so lange der „formalen Gleichberechtigung" eine „materielle, inhaltliche Ungleichheit gegenüber"[96] stehe. Die soziale Schieflage sei in den vergangenen Jahrzehnten des Wirtschaftswunders und der „Ideologie Ludwig Erhards" keineswegs aufgehoben worden. Allerdings seien sich die Arbeitnehmer ihrer „tatsächlichen gesellschaftlichen Situation" nicht bewußt geworden: Erstens würden sich die Erwerbstätigen ihre Entfremdung nur ungern eingestehen und lieber billige Entschuldigungen für fehlendes politisches Engagement suchen; zweitens würden die Arbeiter immer häu-

[93] Vgl. ausführlich Müller-Jentsch, Industrielle Beziehungen, S. 194–201, besonders S. 194 f.
[94] Zum Begriff vgl. Clark Kerr u.a., Industrialism and industrial man, Cambridge/Mass. 1960.
[95] IGM-ZA im AsdD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, 18. ordentliche Bezirkskonferenz der IG Metall vom 26./27. 4. 1968 in Bamberg, Erwin Essl, Die politische Aufgabe und Verpflichtung der Gewerkschaften.
[96] Ebenda, S. 7.

figer durch Medien wie die „Bild"-Zeitung manipuliert, die alle als Störenfriede denunziere, „die die Strukturen dieser Gesellschaft im Sinne der Demokratisierung ändern wollen"[97]; und drittens fehlten in Bayern wie in Bonn genügend politisch-fortschrittliche Kräfte, die eine aufklärerische Politik betrieben. Allerdings, so Essl mit Blick auf die westdeutsche Gesellschaft der sechziger Jahre, sei dies „heute noch schwieriger als früher, weil die Repression feiner und indirekter und damit auch wirksamer geworden"[98] sei. Die Konsequenz für die Gewerkschaften könne nur lauten: „Der Macht des Kapitals muß die Macht der Arbeit entgegengesetzt werden."[99]

Die Erfahrung der Rezession hatte tiefe Spuren in der Vorstellungswelt des Bezirksvorsitzenden hinterlassen. „Wie ein Luftballon" war für ihn der Traum vom ewigen Wirtschaftswachstum geplatzt. Die Sorge, die westdeutsche Gesellschaft erlebe Ende der sechziger Jahre nicht nur eine wirtschaftliche Krise, war bei den Gewerkschaftern um Erich Essl allgegenwärtig. Dazu hatten die Entlassungen und die Verhandlungen über die Sozialpläne im Ruhrgebiet, im Saarland und in Ostbayern erheblich beigetragen. Aber das Krisengefühl speiste sich nicht nur aus dem Konjunktureinbruch und dem Blick auf die ersten, noch recht kurzen Schlangen vor den Arbeitsämtern in Dortmund, Saarbrücken, Weiden und Schwandorf. Die Krise hatte aus der Sicht der IG Metall auch eine politische Dimension. Dazu gehörte an erster Stelle die drohende Einführung der Notstandsgesetze.

Die IG Metall hatte bereits Ende der fünfziger Jahren keinen Zweifel daran gelassen, daß sie das Grundgesetz nicht durch eine „Notstandsverfassung" ergänzen wollte.[100] Unmittelbar nach Bekanntwerden der Pläne des Innenministeriums unter Gerhard Schröder (CDU) erklärte der IG Metall-Vorstand im Frühjahr 1960, jeden Versuch der Bundesregierung, elementare Grundrechte wie das Streik- und Koalitionsrecht in einer Notstandssituation beschränken zu wollen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen.[101] Der bestehende gesetzliche Rahmen reiche aus, um alle Gefahren von der Demokratie abzuwehren. Neue, restriktive Gesetze seien für den Schutz der Demokratie nicht notwendig. Es bedürfe aber, so die IG Metall, „der festen Entschlossenheit dieser demokratischen Kräfte, der politischen Reaktion entgegenzutreten und der sozialen Demokratie, die das Grundgesetz proklamiert, endlich zum Durchbruch zu verhelfen."

Im Hauptvorstand gehörte Erwin Essl von Beginn an zu den treibenden Kräften der Kampagne gegen die Notstandsgesetze. Mit Blick auf seine eigene Partei, die Sozialdemokratie, warnte er die Genossen im Bundestag, sich mit der Union zu Gesprächen über eine Änderung des Grundgesetzes an einen Tisch zu setzen, da die Pläne der Regierung gegen die freiheitlichen Gewerkschaften und im Kern gegen die Demokratie gerichtet seien.[102] Die IG Metall trafen die Pläne an einem

[97] Ebenda, S. 9.
[98] Ebenda, S. 10.
[99] Ebenda, S. 11.
[100] Ausführlich zur Diskussion um die Notstandsgesetze und die Rolle der Gewerkschaften vgl. Michael Schneider, Demokratie in Gefahr? Die Konflikte um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest 1958–1968, Bonn 1986.
[101] Merkel, Industriegewerkschaft, Dok. 39 vom 27. 4. 1960, S. 508.
[102] Ebenda, S. 507.

empfindlichen Nerv. Viele Gewerkschafter glaubten daran, durch die Notstandsgesetze ihres Widerstandsrechts beraubt zu werden. Das Jahr 1933 und die Passivität im Kampf gegen den Nationalsozialismus stand vielen Gewerkschaftern noch zu klar vor Augen, als daß sie sich nicht ein zweites Mal politisches Versagen vorwerfen lassen wollten. Deshalb waren sie auch bereit, wie es die Delegierten des Gewerkschaftstages von 1960 formulierten, „notfalls mit allen gesetzlichen Mitteln, einschließlich des Streiks"[103] die Gesetzentwürfe zu Fall zu bringen. Bei den übrigen Einzelgewerkschaften und dem DGB sorgte der radikale Ton und der Aufruf, mit den Mitteln des politischen Streiks gewerkschaftliche Ziele durchzusetzen, für erheblichen Wirbel. Im Bundesvorstand des DGB konnte die IG Metall nur eine knappe Mehrheit für ihre Position gewinnen[104], und allen voran die IG Bergbau unter Heinrich Gutermuth distanzierte sich öffentlich von der Streikforderung, da sie wie einige führende Vertreter der Bundes-SPD[105] von der Notwendigkeit einer gesetzlichen Änderung überzeugt war.

In den folgenden Jahren schwelte der Konflikt um die Notstandsgesetze innerhalb des DGB und zwischen Gewerkschaften und Parteien weiter. Die nord- und südbayerischen IG Metaller um Erwin Essl versuchten währenddessen, ihre Mitglieder auf einen strikt ablehnenden Kurs einzuschwören. Mit der Bildung der Großen Koalition 1966 erhielt die Diskussion neuen Auftrieb. Auch die SPD mit ihrem Vorsitzenden Willy Brandt und dem Fraktionsvorsitzenden Helmut Schmidt waren nun, wie Bundeskanzler Kiesinger, bereit, die Gesetzesvorlage auch gegen die Kritik der Gewerkschaften und aus den eigenen Reihen durchzusetzen. Erwin Essl und viele der SPD nahestehende IG Metall-Funktionäre aus der mittleren Oberpfalz machten keinen Hehl aus ihrer Sorge über die drohende Einschränkung ihrer Freiheitsrechte. Auf einer Konferenz der IG Metall in Teublitz protestierten die oberpfälzischen Delegierten aus Cham, Regensburg, Schwandorf und Amberg gegen jede Beschneidung ihrer freien Berufswahl und gegen die Regelungen, die zu einer „nahezu totalen Dienstverpflichtung und Zwangsarbeit" führen konnten.[106] Dem Machtmißbrauch würde damit Tür und Tor geöffnet, und wenn die Bundeswehr gegen streikende Arbeiter eingesetzt werden könne, sei die Demokratie in ihren Grundfesten gefährdet, befürchteten die IG Metaller, unter denen auch zahlreiche Vertrauensleute der Maxhütte aus Haidhof und Sulzbach-Rosenberg vertreten waren.

Zahlreiche Veranstaltungen in Amberg und Regensburg folgten dem Treffen in Teublitz. Neben der Tarifarbeit entwickelte sich die Bekämpfung der Notstandsgesetzgebung auch in den Verwaltungsstellen Regensburg und Amberg zu einem

[103] Protokoll des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland in der Kongreßhalle Berlin vom 17. bis 22. Oktober 1960, Frankfurt am Main o.J., S. 397f.; vgl. Merkel, Industriegewerkschaft, Dok. 48, S. 559–565.

[104] IGM-ZA im AdsD, DGB-Bundesvorstand 1960-G, Protokoll des DGB-Bundesvorstandes vom 9. 11. 1960.

[105] Zur Diskussion innerhalb der SPD Anfang der sechziger Jahre vgl. Schneider, Demokratie, S. 69–73 u. S. 82–98.

[106] Zum Verlauf der Konferenz vgl. Nabtal-Kurier vom 8. 9. 1967: „IG Metall bleibt beim „Nein" zu den Notstandsgesetzen"; dazu auch der Bericht über die gleiche Veranstaltung in der Burglengenfelder Zeitung vom 7. 9. 1967: „MdL Essl: Notstandsgesetzgebung würde Burglengenfeld 13 Millionen Mark kosten".

der zentralen gewerkschaftlichen Arbeitsfeldern.[107] Die oberpfälzischen IG Metall-Gewerkschafter verstanden sich als Wahrer des Bonner Grundgesetzes und als Verteidiger der sozialen Grundrechte der Arbeitnehmerschaft. Gegenüber der „politischen Reaktion", den Unternehmerverbänden und der Großindustrie, sahen sie sich strategisch in der Defensive. Von Reformeuphorie war wenig zu spüren. Die wirtschaftlichen Wachstumsschübe hatten sich zu ihrem Leidwesen nur schwer in politisches Kapital ummünzen lassen. Zwar gingen die Gewerkschafter – unabhängig von der Diskussion um die Notstandsgesetzgebung – nicht so weit, von einer allgemeinen Krise der modernen industriellen Gesellschaft zu sprechen. Doch war ihnen nichts mehr fremd als ein naiver Fortschrittsoptimismus und der Glaube an ein immerwährendes Wachstum der westdeutschen Wirtschaft. Mit markigen Worten wiesen sie die ostbayerischen Gewerkschafter ganz im Sinne Erwin Essls auf die Schattenseiten des „Wirtschaftswunders" hin: „Auch der Mensch unserer Zeit und mit ihm die moderne Arbeiterbewegung ist [...] Veränderungen unterworfen. Mit zunehmendem Wohlstand erhöht sich die Gefahr der Vermassung, aber auch die Vereinsamung unserer Menschen. Meinung, Konsum, Verhalten und Handeln des Menschen sind einer ständig wachsenden Manipulation herrschender Gesellschaftskreise ausgesetzt."[108]

Das zeigt einmal mehr: die Deutungsmuster begannen sich seit etwa Mitte der sechziger Jahre zu verändern. Die Gewerkschaftsfunktionäre in Amberg und Regensburg begannen, neue Begriffe zu benutzen, um die Gesellschaft und den Betriebsalltag ihrer Mitglieder zu beschreiben. Die Kategorie der „Entfremdung" gehörte zum Begriffskanon, um die Folgen der wirtschaftlichen Expansion und der technologischen Innovationen für die Beschäftigten zu beschreiben. „Entfremdung" oder „Vermassung" beschrieben zunächst nur das unbehagliche Gefühl an der modernen Industriegesellschaft. Beinahe schutzlos schienen Arbeiter und Angestellte den veränderten Kommunikationsbedingungen ausgeliefert zu sein, Fernseher und Massenmedien nur ein Instrument, die Arbeitnehmer von ihren eigentlichen politischen Zielen abzubringen. Der Preis, den sie für den Wohlstand zu bezahlen hatten, war demnach groß: der Verlust der Fähigkeit, über sich in der Warengesellschaft autonom zu entscheiden. Niemals zuvor in der Geschichte seien die Ausbeutungsformen subtiler und wirkungsvoller gewesen, so die Gewerkschafter, als in der westdeutschen Gesellschaft der sechziger Jahre, in der Wohlstand und Abhängigkeit so dicht beieinander lägen. Krise und Reform, Wachstum und Entfremdung bildeten den janusköpfigen Rahmen der sechziger Jahre[109]: „Der Mensch unserer Zeit lebt nicht nur in einer Welt der technischen Sensation, der Raumfahrt, der Roboter, der Elektronengehirne, unerschöpflicher Energiequellen und des Wohlstandes. Er lebt auch in einer Zeit permanenter

[107] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsberichte Amberg, Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 9f.

[108] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsberichte Amberg, Geschäftsbericht 1963 bis 1965. Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland. Verwaltungsstelle Amberg, S. 1.

[109] Zum Deutungsmuster der sechziger Jahre vgl. zum Beispiel Schönhoven, Aufbruch; Thomas Schlemmer, Hans Woller, Einleitung, in: dies., (Hrsg.), Erschließung, S. 1–5; dazu auch Matthias Frese, Julia Paulus, Karl Teppe (Hrsg.), Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch. Die 1960er Jahre als Wendezeit der Bundesrepublik (in Vorbereitung).

Unsicherheit, der Atombombe, Kriege, Zerstörung, Hunger, Elend und Armut."[110]

Die Denkfigur der „Entfremdung" war zugleich der Versuch der Selbstreflektion. Vielfach war sie für die Funktionäre die einzige Erklärung dafür, daß ihre Angebote auf so geringe Resonanz stießen. Für Erwin Essl und Wolfgang Sieler stand fest: Den Arbeitern und Angestellten in der Metallindustrie fehlte das „richtige Bewußtsein", um ihre soziale Lage richtig einschätzen und den Schluß ziehen zu können, in der Gewerkschaftsbewegung aktiv zu werden. Die Atomisierung der Gesellschaft durch die Auflösung sozialer Bindungen am Arbeitsplatz hatte dieser für die Gewerkschaften so schädlichen Entwicklung entscheidenden Vorschub geleistet. So lange die Arbeiter und Angestellten gleich einem „eindimensionalen Menschen"[111] systematisch davon abgehalten würden, zu sich selbst und zu ihrer „natürlichen" Organisation, der Gewerkschaft, zu finden, müsse die Arbeiterbewegung mit einem weiter sinkenden Organisationsgrad rechnen.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, gab es für die IG Metaller nur eine mögliche Antwort: Im modernen Kapitalismus mußten die Beschäftigten zu selbständig denkenden und handelnden Menschen ausgebildet und erzogen werden. Sie sollten selbst in die Lage versetzt werden, die Ausbeutungsstrukturen zu entschlüsseln und sie zu attackieren. „Aufklärung" und „Kritik" galten den Gewerkschaften als politisch-pädagogischer Königsweg, die lähmende Selbstzufriedenheit vieler Mitglieder, die in den Jahren des Wirtschaftswunders entstanden war, zu durchbrechen.[112] Die Begriffe „Kritik" und „Aufklärung" gehörten seit Mitte der sechziger Jahre wie „Entfremdung" und „Vermassung" in das rhetorische Arsenal der nord- und südbayerischen IG Metall-Funktionäre. Die Stoßrichtung war jedoch eine andere: „Kritik" meinte Reform und war gleichsam die Antwort auf die unterschiedlichen Auswüchse der Krise. Mit „Kritik" zielte Erwin Essl darauf ab, „den Ausbau und die Sicherung der Demokratie"[113] voranzutreiben, Erfolge und Mißerfolge der Gewerkschaftsarbeit zu überdenken und bestehende wirtschaftliche und politische Herrschaftsverhältnisse zu hinterfragen. „Kritik" bedeutete nicht nur, „die ungeheure Akkumulation privaten Kapitals in der Bundesrepublik"[114] zu bekämpfen; sie sollte zugleich eine neue Methode innergewerkschaftlicher Willensbildung und eine nach außen, in die Öffentlichkeit gerichtete politische Vorwärtsstrategie sein. Mit Blick auf die Arbeit der Verwaltungsstelle Amberg[115] in den Jahren zwischen 1966 und 1968 forderte Wolfgang Sieler, der 1. Bevollmächtigte, von seinen oberpfälzischen Mitgliedern, nicht in

[110] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsberichte Amberg, Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 1.

[111] Vgl. Herbert Marcuse, Der eindimensionale Mensch, Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied, Berlin 1967, S. 21–38.

[112] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsberichte Amberg, Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 1.

[113] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, 18. ordentliche Bezirkskonferenz der IG Metall vom 26./27.4. 1968 in Bamberg, Erwin Essl, Die politische Aufgabe und Verpflichtung der Gewerkschaften, S. 15.

[114] Ebenda, S. 6.

[115] Ein detailliertes Arbeitsprogramm auch in: DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 56/2, Arbeitsprogramm der Ortsverwaltung der Industriegewerkschaft Metall – Verwaltungsstelle Amberg – Mai 1967/April 1968.

„selbstgefällige[r] Überheblichkeit" den Erfolgen der Vergangenheit nachzutrauern, sondern selbstkritisch und ohne Scheuklappen die Situation der Gewerkschaften zu beurteilen.[116] Die Organisation könne nur überleben, wenn Mitglieder und Funktionäre zu Kritik und Selbstkritik fähig seien.

Arbeit und Freizeit

Die lokale Arbeit der IG Metall blieb von diesen neuen Tönen nicht unberührt. Schließlich mußte sie eine Antwort auf die Frage finden, wie künftig Gewerkschaftsarbeit organisiert und welche praktischen Angebote für die Gewerkschaftsmitglieder gemacht werden sollten, um die Mitglieder gegen den Sog der „massenmedialen Manipulation" zu immunisieren. Wie, so fragten die bayerischen IG Metaller, konnte die Gewerkschaft die Arbeitnehmer in einem Teil des täglichen Lebens an sich binden, der immer größere Bedeutung gewann: der Freizeit.

Mit dem Erbacher Abkommen vom Februar 1966[117] war die letzte Stufe der Arbeitszeitverkürzung auf wöchentlich 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich ausgehandelt worden. Innerhalb von zehn Jahren konnten die Gewerkschaften – mit regionalen Unterschieden und zeitlichen Verzögerungen – die Arbeitszeit um acht Wochenstunden verringern. Parallel dazu hatte sich der Anspruch auf Urlaub schrittweise erhöht. Im Tarifvertragsbereich der IG Metall hatte nun ein Arbeitnehmer über 30 Jahre 24 Tage Urlaub, bis zu seinem 30. Lebensjahr erhielt er 21 Tage.[118] Im DGB hatte die Diskussion um die „sinnvolle Freizeitgestaltung" seit dem Aktionsprogramm zum arbeitsfreien Wochenende „Am Samstag gehört Vati mir" von 1956 eine neue Stoßrichtung erhalten.[119] Die Themen Freizeitgestaltung und Familienleben gewannen immer größeren Raum. In der Düsseldorfer DGB-Zentrale war eines völlig unstrittig: Die zunehmende Freizeit der Mitglieder war nicht nur ein Problem der betrieblichen Gewerkschaftsorganisation, sondern sie führte langfristig zu „einer wesentlichen Veränderung im Zusammenleben der Menschen"[120] und damit auch für die Ortskartelle des DGB und der Einzelgewerkschaften. Wollten die Funktionäre den Zugriff auf ihre Mitglieder in diesem unorganisierten außerbetrieblichen Bereich nicht völlig verlieren, mußten sie versuchen, dieses Feld selbst zu besetzen und eine eigene „Freizeitpolitik" zu entwickeln. „Freie Zeit – meine Zeit", hieß deshalb das Motto einer großen DGB-Wanderausstellung des Jahres 1958/1959, in dem die Mitglieder aller Branchen dazu aufgerufen wurden, ihre Vorstellungen von einer „sinnvollen Freizeit" zu präsentieren.[121] Arbeitszeitverkürzung, Freizeit und Urlaub, das war die Botschaft der Aktion, bedeutete aber in den Augen der Gewerkschaften keinesfalls

[116] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsberichte Amberg, Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 2.
[117] Vgl. Industriegewerkschaft Metall, Geschäftsbericht 1965 bis 1967 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main o.J. (1968), S. 119ff.
[118] Beschäftigte unter 25 Jahren besaßen einen Urlaubsanspruch von 18 Werktagen; ebenda.
[119] Dazu Matthias Frese, „Samstags gehört Vati mir".
[120] Deutscher Gewerkschaftsbund, Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1956–1958, Düsseldorf o.J., S. 369.
[121] Vgl. dazu auch Frese, „Am Samstag gehört Vati mir", S. 97f.

das „Recht auf Faulheit" oder Müßiggang, wie die Arbeitgeberverbände immer wieder polemisch behaupteten. Aber wenigstens einmal im Jahr müsse es Arbeitnehmerfamilien möglich sein, gemeinsam Urlaub zu machen und sich nur zu erholen. Zur aktiven Freizeitgestaltung konnte der Schrebergarten gehören, die Skatrunde, der Ausflug mit dem gerade neu erworbenen Auto oder eine Reise in eines der benachbarten europäischen Länder. „Freie Zeit" wurde von den Gewerkschaften in erster Linie aus dem Blickwinkel der männlichen Erwerbstätigen betrachtet. Programm und Werbung richteten sich an den hart arbeitenden, männlichen Familienvorstand; Frauenerwerbstätigkeit und die Doppelbelastung von Frauen durch Haushalt und Beruf standen auch Ende der sechziger Jahre kaum zur Debatte.[122] Diese geschlechtsspezifische Blindheit der gewerkschaftlichen Arbeit änderte jedoch nichts an der Einsicht, daß der Urlaub ein neues, gesellschaftspolitisches Handlungsfeld war.

Die bayerische IG Metall startete deshalb zeitgleich mit der Urlaubsverlängerung im Erbacher Abkommen ein Experiment, in dessen Mittelpunkt die Urlaubsberatung stand. In der Verwaltungsstelle Amberg und der IG Metall-Domäne Maxhütte sollte ein erster Versuch gemacht werden.[123] Das Ziel war anspruchsvoll und diffus zugleich: Das – wie auch immer geartete – „Urlaubsbewußtsein" sollte gefördert, die Urlaubsplanung der Arbeitnehmer begleitet und eine individuelle Urlaubsberatung für die Gewerkschaftsmitglieder und ihre Familien angeboten werden. Das klang zunächst nach programmatischen Luftschlössern, hatte jedoch konkrete Folgen:

1966 entstand bei der Maxhütte vornehmlich auf Initiative der IG Metall-Vertrauensleute ein bundesweit viel beachteter und vorbildhafter „Studienkreis für Tourismus".[124] Eine Betriebsvereinbarung zwischen Betriebsrat und Unternehmensleitung hatte ihn ermöglicht, geleitet wurde er vom gewerkschaftsnahen evangelischen Pfarrer und Mitarbeiter an der Evangelischen Akademie in Tutzing, Paul Rieger, was führende Gewerkschafter außerordentlich begrüßten und als deutliches Zeichen der Annäherung zwischen sozialem Protestantismus und gewerkschaftlicher Sozial- und Wirtschaftspolitik bewerteten.[125] Riegers Ideen hatten schon im Vorfeld die breite Zustimmung der nord- und südbayerischen IG Metall-Mitglieder gefunden[126]: Eine „vernünftige Einstellung des einzelnen zum Urlaub und ein Abbau bestehender Vorurteile" war sein Ziel. Von den Arbeitgebern forderte er – ganz im Sinne der Gewerkschaften – eine Neubewertung des Urlaubs. Die Rationalisierung des Berufsalltages habe das Verhältnis des Menschen zur Arbeit und Freizeit radikal verändert. „Der Beruf kann nicht mehr den alleinigen Lebensinhalt geben." Die Gewerkschaft forderte Rieger deshalb auf, „in ihre Betrachtungen auch den Freizeitraum mit einzubeziehen".[127]

[122] Ebenda, S. 100.
[123] IGM-ZA im AdsD, Verwaltungsstelle Amberg, Geschäftsbericht Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 9f.
[124] Vgl. dazu den Bericht von Karl Jörg Wohlhüter, Urlaubsberatung – eine gewerkschaftliche Aufgabe, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 17 (1966), S. 690f.; folgendes nach ebenda.
[125] Nabtal-Kurier vom 14. 7. 1966: „IG Metall richtet in Amberg eine Urlaubsberatung ein".
[126] Vgl. Wohlhüter, Urlaubsberatung, S. 690.
[127] Nabtal-Kurier vom 14. 7. 1966: „IG Metall richtet in Amberg eine Urlaubsberatung ein".

Der Bedeutungswandel in der Einschätzung von Arbeit und Freizeit kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Die Selbstdefinition des Arbeiters über seine Erfahrung am Hochofen und an der Werkbank schien, so vermutete die IG Metall, ihre Prägekraft verloren zu haben. Die Arbeitnehmer begannen, einen neuen Zeitrhythmus zu entwickeln, bei dem der Betrieb nicht oder nicht mehr allein im Mittelpunkt stand. Freie Zeit zu haben, verlor den Charakter eines Luxusgutes; eine Antwort auf die Frage, was mit der neuen Zeit anzufangen sei, war damit noch nicht gefunden. Und genau darüber bemühten sich die Gewerkschafter, ihre verloren geglaubte Deutungshoheit wiederzugewinnen. Sahen die Arbeitnehmervertreter ihre Aufgabe noch bis Anfang der sechziger Jahre darin, die Arbeitszeit mit ihrer Organisation auszufüllen und zu beherrschen, bedeutete der „Kampf" um die Freizeit der Arbeitnehmer eine Auseinandersetzung mit vielen Unbekannten. Vor allem rangen die Gewerkschafter nicht mehr mit ihrem traditionellen Gegner, den Arbeitgebern, sondern mit massenmedial vermittelten, unpersönlichen Kräften der entstehenden Freizeit- und Konsumgesellschaft, deren vielschichtige Wirkungsmacht von den Gewerkschaften noch Mitte und Ende der sechziger Jahre kaum erfaßt worden war.

Der Studienkreis Tourismus bei der Maxhütte setzte ganz im Sinne des gewerkschaftlichen Reformwillens auf „Aufklärungsarbeit".[128] Bei Betriebsversammlungen und in der Betriebszeitung sollte über die Folgen des zu langen Autofahrens informiert werden. Praktische Tips für die Reise und den medizinischen Notfall wurden ebenso angeboten wie Hilfe bei der Auswahl des richtigen Reiseziels. Der Studienkreis hatte neben der unmittelbaren Beratung die Funktion, Multiplikatoren für die Urlaubsberatung auszubilden, die in den einzelnen Werken und Betriebsteilen eingesetzt werden konnten. Für die Mitarbeiter und die künftigen Urlaubsberater galt der Grundsatz: Auf die Arbeitnehmer im Betrieb darf kein Druck ausgeübt, keiner zu einer ungewollten Entscheidung überredet werden. Bei den Vorschlägen galt es, die Arbeitssituation, die nervliche und körperliche Belastung des Beschäftigten in Rechnung zu stellen. Männern, die an lauten Maschinen und stressigen Fließbändern arbeiteten, schlugen die Urlaubsexperten einen „ruhigeren Ferienplatz" vor. Auch für Familien gab es besondere Angebote. Der Studienkreis suchte für sie Ferienplätze, die für Eltern wie Kindern gleichermaßen geeignet schienen. Dazu gehörte beispielsweise ein Familiendorf am Bodensee, eine neue Einrichtung, die wesentlich mit Geldern des Landesarbeitsamtes Saar entstanden war. Kinder kämen in diesen Einrichtungen ebenso auf ihre Kosten wie ihre Eltern, die Landschaft biete Ruhe und Erholung für die strapazierten Walzwerker, und kostengünstig sei das Angebot auch. Der geplante Urlaub sollte ja die finanziellen Möglichkeiten des Ratsuchenden nicht überschreiten. Die „Aufklärungsarbeit" erreichte genau hier ihre Grenze: Denn sooft die Urlaubsberater auch betonten, sich von der Idee der „Aufklärungsarbeit" leiten zu lassen, so mußten die Arbeiter und Angestellten doch die Vorstellung, auch vor und während des Urlaubs durch gewerkschaftliche oder betriebliche Vertreter beraten oder gar an die eigenen finanziellen Grenzen erinnert zu werden, als sehr befremdlich, im äußersten Fall sogar als bevormundend empfinden. Vermutlich war

[128] Wohlhüter, Urlaubsberatung, S. 691.

das auch einer der wesentlichen Gründe dafür, daß das Projekt nach einer euphorischen Anlaufphase eineinhalb Jahre später kläglich scheiterte – an mangelnder Nachfrage.[129]

Offenkundig ging die individuelle Urlaubsberatung an den Bedürfnissen der Beschäftigten völlig vorbei. Die verantwortlichen Gewerkschaftsfunktionäre konnten sich selber nicht genau erklären, warum ihr ehrgeiziges Projekt gescheitert war. Nicht einmal im Betriebsrat und bei den verantwortlichen Arbeitnehmervertretern fand der Studienkreis die gewünschte Resonanz. Im Betriebsalltag und in den Vertrauensleutesitzungen spielte er jedenfalls keine Rolle.[130] Mit der Urlaubsberatung bemühte sich die IG Metall, ein neues gesellschaftliches Thema, das für die Mitglieder und alle Erwerbstätigen immer wichtiger wurde, zu besetzen. Sie tat dies mit dem Anspruch einer aufklärerischen Bildungsarbeit, tradierte aber – trotz aller Beteuerungen – im Kern ähnliche Erziehungsmuster wie noch in den späten fünfziger Jahren. Der Anspruch einer umfassenden Betreuung ihrer Mitglieder, das Ziel, Schutz zu bieten vor den Gefahren des Massenkonsums und des „falschen" Urlaubs, bot nur in der Form, nicht aber in der Zielsetzung eine neue Ausrichtung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit. Erwin Essls Forderung, die Gewerkschaften sollten den Menschen dabei helfen, ihren Urlaub sinnvoll zu verbringen[131], klang weniger nach „Aufklärung" als nach Bevormundung. Die zumeist jüngeren Arbeiter und Angestellten, die mit der Beratung erreicht werden sollten, aber nicht mehr im dichten gewerkschaftlichen Netzwerk aufgewachsen waren, ignorierten diese Hilfestellungen oder lehnten sie offen ab, weil sie sie nicht brauchten. Hatte Erwin Essl recht, wenn er deshalb mit anderen führenden Gewerkschaftern die „Interessenlosigkeit und Apathie der Mitglieder"[132] beklagte?

Zumindest hatten sich die Bedürfnisse der Mitglieder und Erwerbstätigen verschoben, ohne daß die Funktionäre darauf eine angemessene Antwort formulieren konnten. Im Betrieb mochte die Gewerkschaft eine verdienstvolle und nützliche Rolle spielen. Ihre Freizeit wollten sich jedoch die meisten Arbeitnehmer nicht durch sie kontrollieren oder verwalten lassen. Dafür war die Anziehungskraft der IG Metall nicht stark genug. Sie hatte zwar durch ihre tarifpolitische Strategie die Grundlage für den Lebens- und Freizeitgewinn geschaffen. Doch untergrub der Erfolg offenkundig die eigene Legitimationsbasis, in dem er mit dafür verantwortlich war, das zentrale gewerkschaftliche Arbeitsfeld, den Betrieb, als soziales und politisches Erfahrungsfeld zu relativieren und das Zeitbudget für individuelle oder familiäre zugunsten kollektiver Vergemeinschaftungsformen zu stärken.

[129] IGM-ZA im AdsD, Verwaltungsstelle Amberg, Geschäftsbericht Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 10.

[130] In der Überlieferung des Betriebsrates und der Vertrauensleute konnte sich kein Hinweis auf die Aktivität des Studienkreises finden lassen. DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 109, Protokolle des Betriebsrates.

[131] Nabtal-Kurier vom 14. 7. 1966: „IG Metall richtet in Amberg eine Urlaubsberatung ein".

[132] IGM-ZA, BR-Maxhütte, 18. ordentliche Bezirkskonferenz der IG Metall vom 26./27. 4. 1968 in Bamberg, Erwin Essl, Die politische Aufgabe und Verpflichtung der Gewerkschaften, S. 16.

Tarifpolitik

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung und einen erhöhten Freizeitausgleich war nur eines der Ziele, die trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Jahre 1966/1967 auf der tarifpolitischen Agenda gestanden hatten. Drei Forderungen gehörten zum Kernbestand der bayerischen IG Metall-Verhandlungskommission[133]: erstens die Sicherung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten, zweitens die Erhöhung der Löhne und Gehälter und drittens die Neuregelung des Ortsklassenschlüssels, der noch immer zu regional unterschiedlichen Löhnen führte. Wie schon in den Jahren zuvor gestalteten sich die Verhandlungen mit den Arbeitgebern alles andere als einfach. Nach dem Abkommen vom März 1966 zwischen VBM und IG Metall, das eine Steigerung der Löhne, Gehälter und Lehrlingseinkommen um sechs Prozent und ab April 1967 um weitere zwei Prozent vorsah, weigerten sich die Unternehmer angesichts der schleppenden Konjunkturlage, über weitere Lohnerhöhungen zu verhandeln. Ihre Verschleppungstaktik und gezielten Provokationen nahmen bewußt das Scheitern der Tarifrunde in Kauf. Nach mehreren ergebnislosen Gesprächen rief die IG Metall-Gewerkschaftsführung ihre Mitglieder für Ende Januar 1968 zur Urabstimmung auf.

Kein Zweifel: In der bayerischen Metallindustrie drohte ein Streik. Die Gewerkschafter betonten bei einer Großveranstaltung in Nürnberg, daß sie zum letzten Mittel, dem Arbeitskampf, greifen würden. Im letzten Moment lenkten die Arbeitgeber aber doch noch ein und kehrten an den Verhandlungstisch zurück. Einigen konnten sich die Tarifpartner in einem spürbar belasteten Verhandlungsklima aber lediglich über die Verbesserung der Manteltarifordnung für die Gruppe der Arbeiter, die schrittweise Beseitigung der Ortsklassengruppe Provinz A, die tarifliche Bildungsfreizeit und den bargeldlosen Zahlungsverkehr.[134] Die Frage der Lohnerhöhung blieb weiter umstritten, und es lag wie so oft bei einem Schlichter, die Lohnrunde zu entscheiden. Besonders verärgert waren Erwin Essl und Eduard Schleinkofer über die Weigerung des VBM, das bundesweit ausgehandelte Rationalisierungsschutzabkommen in Bayern zu übernehmen, das in Nordrhein-Westfalen bereits eingeführt worden war. Mit ihrer ablehnenden Haltung konnten sich die Arbeitgeber aber in den Schlichtungsverhandlungen nicht durchsetzen; auch in der bayerischen Metallindustrie trat das Rationalisierungsschutzabkommen zum gleichen Zeitpunkt wie in der gesamten Republik in Kraft. Die Gewerkschaften mußten dafür lohn- und einkommenspolitische Zugeständnisse machen, so daß die Erhöhung um vier Prozent für 1968 und eine nochmalige Anhebung ab dem 1. Januar 1969 um drei Prozent deutlich hinter ihren Forderungen zurückblieb, zumal sich die Konjunkturlage entspannte und sich die kurzzeitigen Schlangen vor den Arbeitsämtern auflösten.

Nicht weniger konfliktreich verliefen die Auseinandersetzungen zwischen der IG Metall und der oberpfälzischen Hüttenindustrie, die die Max- und die Luitpoldhütte vertraten.[135] Die Arbeitgeber der Eisen- und Stahlindustrie verfochten

[133] IGM-ZA im AdsD, Verwaltungsstelle Amberg, Geschäftsbericht Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 34.
[134] Ebenda, S. 35.
[135] Ebenda, S. 36.

eine ganz ähnliche Verhandlungsstrategie wie ihre Kollegen des VBM. Zunächst lehnten sie in der Lohnrunde von 1966 alle gewerkschaftlichen Forderungen ab.[136] Ein Kompromiß schien weiter entfernt denn je. Strittig war vor allem der von den Gewerkschaftern geforderte neue Gehaltsgruppenplan für die Angestellten. Besonders die Altersabstufung in den einzelnen Gehaltsgruppen löste bei der IG Metall und den Beschäftigten heftige Kritik aus. Nach mehreren Verhandlungsrunden konnten sich Arbeitgeber und Gewerkschaft zumindest auf eine Anhebung des Ecklohnes für Zeit- und Akkordlöhner und eine Erhöhung der Angestelltengehälter von vier Prozent einigen.[137] Die Übereinkunft im Bereich der Löhne und Gehälter blieb freilich deutlich hinter den gewerkschaftlichen Erwartungen zurück, da sie nur für einen kleinen Beschäftigtenkreis effektive Auswirkungen besaß.[138] Das war der Preis, den die IG Metall in der Rezession zahlen und den die Vertrauensleute ihren Mitgliedern vermitteln mußte. Die wirtschaftlichen Einbrüche hatten die Verhandlungsmacht der Arbeitgeber gestärkt und die Gewerkschaften in die Defensive gezwungen. Immerhin blieb die Laufzeit des Tarifvertrages auf ein halbes Jahr beschränkt und so die Möglichkeit erhalten, schon bald neu und vielleicht sogar in einem besseren wirtschaftlichen Klima zu verhandeln. Besonders die angeschlagene Luitpoldhütte hatte die Verhandlungsbasis der IG Metall-Verhandlungsdelegation immer wieder deutlich geschwächt, und sie blieb auch in den folgenden Verhandlungen das schwächste Glied in der Kette der oberpfälzischen Hüttenindustrie.[139]

Der neue Gehaltsgruppenplan für Angestellte war in den Verhandlungen noch ausgeklammert worden, stand aber weiterhin auf der Tagesordnung. Das Ergebnis, das die Angestelltenkommission den Arbeitgebern schließlich „mit viel Mühe"[140] abtrotzen konnte, entsprach zwar nur in Teilen den Vorstellungen von IG Metall und Betriebsrat, führte aber immerhin dazu, daß zumindest für einen Teil der Angestellten die umstrittene Altersstaffelung entfiel.[141] Nur noch in den ersten drei Gehaltsgruppen blieb sie erhalten, während sie in der vierten bis sechsten, den unteren Einkommensgruppen, keine Anwendung mehr fand. In diesem Bereich zählten nur noch die Beschäftigtenjahre – eine alte Forderung der Angestellten in der Maxhütte. Das Tarifabkommen für die Angestellten der oberpfälzischen Hüttenindustrie, das bei der Luitpoldhütte aber erst mit dreimonatiger Verzögerung in Kraft trat, beinhaltete eine völlig neue Einstufung aller Tarifangestellten, was trotz aller „Unzulänglichkeiten", wie die IG Metall bemerkte, bei rund 25 Prozent der Angestellten im Werk Rosenberg und im Rohrwerk zu einer effektiven Erhöhung des Grundgehaltes von etwa 73 DM im Monat führte. Peter Spies, der Betriebsratsvorsitzende der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg, zeigte sich angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen zufrieden, zumindest für die

[136] Burglengenfelder Zeitung vom 15./16. 10. 1966: „Tarifsituation der Hüttenindustrie".
[137] BWA, V 7/10, Vehandlungsergebnis vom 25. 10. 1966; folgendes nach ebenda.
[138] Nabtal-Kurier vom 28. 11. 1966: „Weihnachtsgratifikation tariflich gesichert".
[139] BWA, V 7/10, Besprechung zwischen dem Arbeitgeberverband für die Bayerischen Erzbergbau- und Hüttenbetriebe und der IG Metall vom 4. 7. 1967.
[140] IGM-ZA im AdsD, Verwaltungsstelle Amberg, Geschäftsbericht Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 37.
[141] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Betriebsversammlung, Betriebsversammlung vom 17. 11. 1967; folgendes nach ebenda.

jüngeren Angestellten diesen Erfolg errungen zu haben. Aus betrieblicher Sicht, so seine Einschätzung, waren die tarifpolitischen Jahre zwischen 1966 und 1968 keinesfalls eine Zeit der Niederlagen gewesen. Mit Nachdruck unterstrich der Betriebsratsvorsitzende in seinem Rückblick die Leistung der IG Metall, deren größten Erfolg er in der Einführung der 40-Stunden-Woche sah: „Vielen Kolleginnen und Kollegen wird vielleicht in der heutigen Zeit erst richtig klar, welche große Bedeutung [...] diesem Erfolg der IG Metall gerade jetzt zukommt. Eine weitaus größere Arbeitslosigkeit als heute wäre die Folge gewesen, wenn nicht dieser Stufenplan der Arbeitszeitverkürzung noch rechtzeitig verwirklicht worden wäre."[142]

Von weiterreichenden Zielen einer produktivitätsorientierten Umverteilung war am Ende der sechziger Jahre nicht mehr viel zu hören. Auch hier spürten die Gewerkschafter das Ende der „langen fünfziger Jahre". Die Sicherung des Erreichten gehörte zu den zentralen Zielen der gewerkschaftlichen Lohnpolitik; darüber hinaus die Angleichung an die Preisentwicklung, die Verringerung der Arbeitszeit: mehr aber war nicht durchzusetzen. So euphorisch sie sich auf gesellschaftspolitischem Gebiet gaben, so sehr waren sie in der Tarifpolitik darum bemüht, wenigstens den Status quo zu sichern und die Modernisierungsfolgen innerhalb der Eisen- und Stahlindustrie für die Beschäftigen abzumildern. Dazu gehörte auch die Forderung nach einem Rationalisierungsschutzabkommen, wie es bereits in Nordrhein-Westfalen eingeführt worden war.[143] Die Gewerkschaft in Nordbayern zeigte in den Jahren der Rezession ihren – wenn man so will – „konservativen" Charakter als „Versicherungsorganisation"[144] der Arbeitsplatzbesitzer.

Vertrauensleutearbeit

Auf anderen Feldern waren die Erfolge dagegen mit Händen zu greifen. Das galt beispielsweise für die erfolgreiche Bekämpfung des CMV, der bei den Betriebsratswahlen von 1968 im Bereich der Verwaltungsstelle Amberg 3,4 Prozent seiner Betriebsratssitze verlor und nur noch über 12 Mandate verfügte, während die IG Metall auf 146 Betriebsratssitze kam und nur knapp zwei Prozent einbüßte.[145] Die von der IG Metall mit Häme nur als „Als-Ob-Gewerkschaft CMV"[146] bezeichneten christlichen Metaller hatten ihren Zenit überschritten. Bei der Maxhütte in Haidhof und in Sulzbach-Rosenberg hatte sich das Mandatsverhältnis zwar nicht verändert – noch immer waren fünf der 23 Betriebsräte Mitglieder des CMV von Sulzbach-Rosenberg[147] – doch gab es auch hier verstärkte Anzeichen für den Ab-

[142] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Betriebsversammlung, Betriebsversammlung vom 12. 3. 1968, S. 11.
[143] Zur Diskussion vgl. Nabtal-Kurier vom 12. 11. 1968: „Neues Lohn- und Gehaltsabkommen für die Hüttenindustrie"; Burglengenfelder Zeitung vom 29. 7. 1969: „Rationalisierungsschutzabkommen für die Hüttenindustrie".
[144] Pirker, „Ende der Arbeiterbewegung", S. 50.
[145] IGM-ZA im AdsD, Verwaltungsstelle Amberg, Geschäftsbericht Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 14.
[146] Ebenda, S. 12.
[147] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 48, Niederschrift über die Stimmenauszählung der Betriebsratswahl vom 24./25./26. 4. 1968.

bau der Fronten, wie sie seit Ende der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre existiert hatten.[148]

Neben anderen dürfte einer der Gründe der erfolgreiche Ausbau des Vertrauensleutenetzes gewesen sein.[149] Am Anfang hatte der Schock der Niederlage gestanden: Mit dem Einzug der christlichen Gewerkschafter war in der Maxhütte das Monopol der IG Metall gebrochen und die organisatorische und politische Hegemonie verloren gegangen. Diese wieder herzustellen, war das ehrgeizige Ziel der Vertrauensleutearbeit. Zwar gab es seit Mitte der fünfziger Jahre Vertrauensleute der IG Metall.[150] Aber erst seit ihnen mit der christlichen Konkurrenz ein ernstzunehmender Gegner erwachsen war, wachten die beiden Ortsverwaltungen in Amberg und Regensburg richtig auf. Für die Maxhütte galt wie für die übrigen Eisen- und Stahlwerke im Westen, was Fritz Strothmann, das zuständige Vorstandsmitglied der IG Metall für die Vertrauensleute und Betriebsräte beim Gewerkschaftstag 1962 rückblickend feststellte: „Die bisherige Arbeit der Vertrauensleute litt häufig unter dem Fehlen klar abgegrenzter Wirkungsbereiche und Aufgaben. Die Mechanisierung, Hochmechanisierung und Automatisierung der Fabrikationsmethoden verändern laufend die Bedingungen an den Arbeitsplätzen. [...] Sehr oft ist dadurch den Vertrauensleuten die Wahrnehmung gewerkschaftlicher Aufgaben und die Betreuung der einzelnen Mitglieder sehr erschwert."[151] Zwei Probleme galt es für Josef Kalemba, den Vorsitzenden der Vertrauensleute bei der Maxhütte in Haidhof zu lösen: Erstens mußte er die Organisationsstruktur des Vertrauensleutekörpers den veränderten arbeitsorganisatorisch-technologischen Rahmenbedingungen der Hüttenindustrie anpassen, was angesichts der sich rasant verändernden Belegschafts- und Arbeitsplatzstruktur im Warm- und Kaltwalzwerk alles andere als einfach war. Die Einschätzung Strothmanns war also nicht aus der Luft gegriffen und entsprach den Erfahrungen der oberpfälzischen Eisen- und Stahlarbeiter. Ein zweites Problem kam für die „Maxhütterer" hinzu: die politische Herausforderung durch den CMV. Es galt, schlagkräftiger als bislang zu reagieren und verlorenes Terrain zurückzuerobern.[152]

Nach mühevollem Beginn konnte Josef Kalemba 1963 zufrieden den Vertrauensmännern und Gewerkschaftsfunktionären Bericht erstatten: Immerhin sei es gelungen, alle Betriebsteile im Vertrauensmännerkörper zu berücksichtigen und

[148] Darauf deutete bereits die verhältnismäßig zurückhaltende Wahlkampfagitation der IG Metall und des CMV hin: DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 48, An alle Arbeiter der Maxhütte (Flugblatt des CMV von 1968); DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 48, Industriegewerkschaft Metall an alle Beschäftigten der Maxhütte, (undatiert, um 1968).

[149] Die Aktenlage zur Arbeit der Vertrauensleute in der Maxhütte ist für die späten fünfziger und sechziger Jahre desolat. Im Archiv des Betriebsrates findet sich nur eine sehr bruchstückhafte Überlieferung, so daß eine ausführliche Geschichte der IG Metall-Vertrauensleutearbeit nicht möglich ist.

[150] Burglengenfelder Zeitung vom 26. 10. 1966: „Bilanz zehnjähriger Gewerkschaftsarbeit im Eisenwerk".

[151] Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.), Protokoll des 7. ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland in Essen vom 3. bis 8. 9. 1962, Frankfurt am Main o.J., S. 178.

[152] Vorstand der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit der Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt am Main 1961.

die Schulungsarbeit zu intensivieren.[153] Einmal im Monat trafen sich die Vertrauensleute unter seiner Leitung und diskutierten Fragen des Arbeits- und Sozialversicherungsrechts, der Gewerkschafts- und Wirtschaftspolitik.[154] Neben der Schulungs- und Bildungsarbeit, auf die der Hauptvorstand so großen Wert gelegt hatte, standen auch ganz praktische Probleme, die den Beschäftigten unter den Nägeln brannten, auf der Tagesordnung der Vertrauensleutesitzungen: Informationen über Urlaubsgeld, Steuererklärungen oder den bargeldlosen Zahlungsverkehr. Diese unmittelbaren Folgen der Tarifpolitik waren nicht weniger wichtig als die regelmäßigen Zwischenberichte der Tarifkommissionen, die lokale Spitzenfunktionäre den Vertrauensleuten gaben. Diesen oblag schließlich die Aufgabe, am Arbeitsplatz den Kolleginnen und Kollegen die gewerkschaftliche Strategie zu vermitteln. Sie konnten den Unmut der Belegschaft über magere Kompromißangebote und die Blockadestrategie der Arbeitgeber artikulieren[155] und damit bei der Belegschaft Punkte sammeln[156]; sie mußten aber auch damit rechnen, für schwache Verhandlungsabschlüsse oder mögliche Niederlagen verantwortlich gemacht zu werden.[157] Umso wichtiger war ihre Verankerung in allen Werksteilen, weil nur so im Ernstfall die Geschlossenheit und eine hohe Mobilisierbarkeit der Belegschaft gewährleistet war.[158] Laufende Tarifverhandlungen zählten zu solchen gewerkschaftlichen Ernstfällen, aber auch das zentrale politische Ereignis im Unternehmen, die Betriebsratswahlen.

Die IG Metall-Vertrauensleute nominierten „ihre" Betriebsräte. Die Kandidatenauswahl gehörte zu ihren vornehmsten Pflichten[159]; und die Vertrauensleute sollten dafür Sorge tragen, daß sich zwischen Betriebsräten und Gewerkschaft keine „betriebsegoistische" Kluft auftun konnte – ein Dauerproblem der Vertrauensleutearbeit[160], das bei der Maxhütte in Haidhof offenkundig nur aber eine untergeordnete Rolle spielte, da mit Richard Edenhofer ein engagierter Gewerkschafter an der Spitze des Betriebsrats stand, der die Vertrauensleutearbeit zusammen mit seinem Stellvertreter Josef Käsbauer nach Kräften unterstützte.[161]

Während die oberpfälzische Hüttenindustrie und die nordbayerischen IG Metaller in der Regel nicht im Zentrum des gewerkschaftspolitischen Interesses standen, sorgte der Aufstieg des CMV zu Beginn der sechziger Jahre im IG Metall-Hauptvorstand kurzzeitig für erhebliche Unruhe. Die Frankfurter Funktionäre

[153] Burglengenfelder Zeitung vom 29. 5. 1963: „IG Metall-Vertrauensmänner erfolgreich".

[154] Aus der Vielzahl der Veranstaltungen vgl. beispielsweise Burglengenfelder Zeitung vom 3. 4. 1965: „Mitbestimmung auch für die Großbetriebe der Metallindustrie".

[155] Nabtal-Kurier vom 26. 3. 1965: „Die IG Metall scheut auch nicht vor einem Streik zurück".

[156] Burglengenfelder Zeitung vom 23. 10. 1963: „Mit den Lohnverhandlungen unzufrieden"; Nabtal-Kurier vom 21. 11. 1963: „Eisenwerker mit den Lohnverhandlungen zufrieden"; Nabtal-Kurier vom 7. 4. 1965: „Maxhüttenarbeiter fühlen sich erheblich benachteiligt".

[157] Vgl. beispielsweise Burglengenfelder Zeitung vom 26. 9. 1967: „Gewerkschaften können nicht an den wirtschaftlichen Realitäten vorbeigehen".

[158] Burglengenfelder Zeitung vom 13. 11. 1963: „Urabstimmung abgeblasen – zugleich Warnstreiks"; vgl. ebenfalls Nabtal-Kurier vom 13. 11. 1963: „Morgen Urabstimmung im Eisenwerk Maxhütte-Haidhof".

[159] Burglengenfelder Zeitung vom 17. 3. 1965: „ Kandidatenliste der IG Metall zur Betriebsrätewahl".

[160] Vgl. dazu ausführlich Koopmann, Vertrauensleute, S. 448 ff.

[161] Burglengenfelder Zeitung vom 15. 4. 1964: „IG Metall Vertrauenskörper neu konstituiert". Aufgrund fehlender betriebsinterner Quellen kann auch diese Frage nicht ausführlicher beantwortet werden.

hielten die Betriebsratswahlen von 1965 und die Unterstützung des Vertrauensleutekörpers für so wichtig, daß sie ihren Spitzenmann, Fritz Strothmann, in das Grenzgebiet schickten.[162] Das geschäftsführende Mitglied des IG Metall-Vorstandes schärfte seinen Leuten mit Blick auf die bevorstehenden Betriebsratswahlen ein, bei der Kandidatenauswahl besonders sorgfältig und kritisch zu sein. Nur solche Männer seien für das wichtige Amt geeignet, die sich vorbehaltlos für die Gewerkschaft und für „eine Vertiefung und Verstärkung des einheitlichen Handelns aller Mitglieder der IG Metall" engagieren würden. Wenn die Gewerkschaft „Arbeits- und Lebenshilfe" sein wolle, brauche sie „starke geistige Kräfte" für die Auseinandersetzung mit den Unternehmern. Die Vertrauensleute seien Basis der Gewerkschaft und Motor für die zentrale gewerkschaftliche Aufgabe: die „Demokratie im Betrieb." Die Vertrauensleute, so Strothmann in seiner mehr als zweistündigen Rede, müßten an den Hochöfen und Walzstraßen die Diskussion über die Lage der Arbeitnehmer bestimmen, Gespräche anregen und die Probleme der Beschäftigten offen und ohne Tabus ansprechen.

Der massive Personal- und Finanzaufwand der IG Metall verfehlte seine Wirkung nicht. Der gezielte Einsatz hochkarätiger Gewerkschafter führte in Haidhof immerhin dazu, daß der CMV bei den Betriebsratswahlen von 1965 zwei seiner sieben Mandate verlor. Richard Edenhofer wurde wieder – als Listenführer der IG Metall – mit überwältigender Mehrheit zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Sein Ansehen als unbestrittener und integerer Arbeitnehmervertreter reichte bis weit in das Lager der christlichen Gewerkschafter, die ihn, wie seinen Stellvertreter und IG Metall-Gewerkschafter Käsbauer, bei der Wahl mehrheitlich unterstützten.[163] Mindestens genauso wichtig war aus gewerkschaftlicher Sicht der Erfolg beim Ausbau des Vertrauensleute-Netzwerkes in der Maxhütte: Hatten dem Vertrauensleutekörper in der Periode zwischen 1962/1964 124 Mitglieder angehört, so konnte die IG Metall die Zahl ihrer aktiven Multiplikatoren bis Ende Oktober 1966 auf 198 erhöhen.[164] „Vereinte Kraft – Großes geschafft" überschrieb Günther Spieler, der Nachfolger Josef Kalembas, die Bilanz der vergangenen zwei Jahre. Das klang übertrieben und sehr nach unkritischem Selbstlob, doch konnte es kaum einen Zweifel daran geben, daß der Ausbau der Vertrauensleutearbeit die Position der IG Metall in der Hütte deutlich gestärkt hatte und eine wesentliche Voraussetzung dafür war, daß der Rivale CMV an Einfluß verlor. Personalunionen zwischen Vertrauensleuten und Betriebsräten wurden bei den Wahlen bewußt vermieden, um die unabhängige Rolle der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper zu unterstreichen.

Für den CMV war das alles nur ein Wunschtraum. Eine kontinuierliche Schulungsarbeit seiner Mitglieder in tarifpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen fand kaum statt, die Personaldecke war dünn, und die führenden christlichen Funktionäre konnten in der Öffentlichkeit keine Breitenwirkung erzielen. Die

[162] Burglengenfelder Zeitung vom 9. 3. 1965: „IG Metall gab mit einer Vertrauensmännervollversammlung den Wahlauftakt"; folgendes nach ebenda.
[163] Burglengenfelder Zeitung vom 3. 5. 1965: „Edenhofer wieder Betriebsratsvorsitzender".
[164] Burglengenfelder Zeitung vom 26. 10. 1966: „Bilanz zehnjähriger Gewerkschaftsarbeit im Eisenwerk"; ebenfalls dazu Nabtal-Kurier vom 28. 10. 1966: „Günther Spieler wurde für drei weitere Jahre gewählt".

christlichen Arbeitnehmer zehrten von der Substanz der katholischen Arbeitnehmerbewegung und ihrer Logistik und konnten nach Meinung der IG Metall allenfalls im Vorfeld der Betriebsratswahlen eine größere politische Aktivität entfachen.[165] Eine echte Gefahr für die IG Metall waren sie auch dank der aktiven Vertrauensleute Ende der sechziger Jahre in der Maxhütte nicht mehr.

c) Rebellion und Aufbruch: Jugendarbeit im Betrieb und in der Gewerkschaft

Bei den Lehrlingen und den jungen Arbeitern und Angestellten sah dies nicht anders aus. Jugendgruppen des CMV gab es innerhalb der oberpfälzischen Eisen- und Stahlindustrie nicht, und die betrieblichen Jugendvertretungen waren fest in der Hand der IG Metall.[166] Die Jugendvertreter an der Spitze der Betriebsjugend waren aktive IG Metaller, deren gewerkschaftliche Karriere oftmals mit ihrer Wahl begann. Das galt für Fritz Mertel, den langjährigen Betriebsratsvorsitzenden, der 1946 als Jugendvertreter im Betriebsrat begonnen hatte, und das galt auch für Franz Kick, einen seiner Nachfolger, der sich seine ersten Sporen ebenfalls mit diesem Amt verdiente und schließlich über die gewerkschaftliche Jugendarbeit zu einem überregional bekannten Gewerkschafter und Betriebsrat aufstieg.

Rechtlich war ihr Aufgabenfeld durch das Betriebsverfassungsgesetz nur unzureichend beschrieben, und es hing weitgehend von den lokalen Gegebenheiten ab, wie weit sich die Betriebsjugendvertrauensleute mit ihren eigenen Zielen und Bedürfnissen Gehör verschaffen konnten.[167] Der Jugendvertreter war kein festes Mitglied des Betriebsrates und, wie ein Arbeitsrechtler urteilte, „kein eigentliches Vertretungsorgan innerhalb der Betriebsverfassung."[168] Beim DGB stießen die Forderungen, den jungen Gewerkschaftern größere Einflußmöglichkeiten zu verschaffen, in den fünfziger Jahren ebenfalls auf taube Ohren. Niemand wollte sich für ein volles Stimmrecht der Jugendvertreter einsetzen, und man sah es wohl auch nicht ungern, daß der Nachwuchs seine Anträge nicht direkt an die Betriebsleitungen stellen konnte, sondern sie über die Betriebsräte einreichen mußte.[169]

Im Gegensatz zu seiner rechtlich unsicheren Position war es bei der Maxhütte üblich, den Jugendvertreter zu allen Betriebsratssitzungen einzuladen und nicht nur zu solchen, in denen Probleme der jüngeren Beschäftigten diskutiert wurden. Anfang 1960 war er für einen Tag in der Woche von der Arbeit freigestellt, um seinen Verpflichtungen nachkommen zu können[170]: Dazu gehörte eine regelmäßige Sprechstunde für die Auszubildenden, in denen die Lehrlinge über Probleme am Arbeitsplatz und mit Vorgesetzten berichten konnten und mögliche Beschwerden

[165] IGM-ZA im AdsD, Geschäftsbericht Amberg, Geschäftsbericht der Verwaltungsstelle Amberg 1966–1968, S. 13.

[166] Die Ausführungen müssen sich auf den Bereich der IG Metall beschränken, da keine Unterlagen über die Jugendarbeit der IG Bergbau und Energie überliefert sind.

[167] Vgl. dazu auch die überzeugende Studie von Harald Schlüter, Vom Ende der Arbeiterjugendbewegung. Gewerkschaftliche Jugendarbeit im Hamburger Raum 1950–1965, Frankfurt am Main u.a. 1996, S. 358.

[168] Vgl. Reinhard Hoffmann, Über die Freistellung von Jugendvertretern, Gutachten der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg vom 28. 12. 1966; zit. nach Schlüter, Ende, S. 191, Anm. 233.

[169] Vgl. Schlüter, Ende, S. 193.

[170] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 107, Betriebsratssitzung vom 5. 9. 1960.

geprüft wurden; er besuchte regelmäßig Lehrwerkstätten und Ausbildungsplätze, unterhielt sich mit Lehrlingen, Ausbildern, Betriebsräten und Vertretern der Sozialabteilung, bearbeitete die anfallende Post, prüfte Anträge, arbeitete sich in die aktuelle Rechtsprechung ein und unterhielt Kontakte zu anderen gewerkschaftlichen Jugendvertretern. [171]

Neben dem Vorsitzenden wählten die etwa 200 Jugendlichen der Maxhütte einen Stellvertreter und einen Schriftführer sowie Ansprechpartner für die Bereiche Angestellte, Berufs- und Ausbildungsfragen, Sicherheit und Unfallschutz und Jugendbetreuung im Betrieb.[172] Die Logistik der Betriebsjugend ließ aus ihrer Sicht einiges zu wünschen übrig: Es fehle, so klagten sie noch Mitte der sechziger Jahre, an geeigneten Räumlichkeiten, um die Sprechstunden für die Angestellten in der Hauptverwaltung und in der Lehrwerkstätte abhalten zu können, und auch einfache Bürogegenstände seien nicht in ausreichender Zahl vorhanden. Ihre Handbibliothek wies ebenfalls große Lücken auf; benötigt wurden mehrere arbeitsrechtliche Fachbücher, die Auskunft über die Handlungsspielräume der betrieblichen Jugendarbeit geben sollten. Da es sich um gewerkschaftliche oder gewerkschaftsnahe Literatur handelte, konnte Arbeitsdirektor Schmidt das Geld dafür auch nur schwer abschlagen. Doch trotz mancher offenen Wünsche dürfte die Ausstattung immer noch erheblich besser als in anderen Großbetrieben gewesen sein und keinen größeren Anlaß zur Klage gegeben haben[173]; das vor allem deshalb, weil die Maxhütte auf Initiative der Jugendvertretung und der IG Metall und mit Unterstützung des Arbeitsdirektors Anfang der sechziger Jahre auf dem Werksgelände in Sulzbach-Rosenberg ein eigenes Jugendzentrum einrichtete und mit erheblichen Summen unterstützte.[174]

Die Jugendvertreter sahen ihre Aufgabe in der eines Anwalts, der für die Lehrlinge und Auszubildenden Sprachrohr war und ihre Interessen vertrat.[175] Betriebsräte und Betriebsdirektion nahmen die Jugendvertreter ernst[176]; so ernst zumindest, daß es keinen Streit darüber gab, ob sie ein Recht besaßen, an den nötigen Klärungsgesprächen teilzunehmen oder einen Vertreter zu entsenden. Was sollte beispielsweise mit Lehrlingen geschehen, die sich trotz der Unfallverordnung weigerten, in der Werkstatt die Schutzbekleidung anzulegen?[177] Welche Sanktionen waren angemessen, was mußten sich die jungen Maxhütterer gefallen lassen

[171] Offenkundig erweiterten sich im Laufe der sechziger Jahre seine Tätigkeitsfelder, und er wurde für mehr als einen Tag von der Arbeit freigestellt. Anders konnte er die anfallenden Aufgaben jedenfalls nicht erfüllen. DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 55, Aufgabenbereich des Jugendvertreters (undatiert, um 1970).

[172] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 67, Betriebsjugendvertretung an Arbeitsdirektor Schmidt vom 15. 6. 1965.

[173] Für Hamburg vgl. Schlüter, Ende, S. 371–388.

[174] IGM-ZA im AdsD, Verwaltungsstelle Amberg, Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Verwaltungsstelle Amberg, Geschäftsbericht 1963 bis 1965, S. 15.

[175] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 83, Betriebsratssitzung vom 7. 8. 1968.

[176] Dafür sprach auch, daß die Betriebsdirektion die Betriebsjugendvertretung fragte, ob sie für eine andere Jugendorganisation Werbung machen dürfe. Die Jugendvertretung lehnte dies mit dem Hinweis ab, dadurch würde es zu einer „Zersplitterung der aktiven Jugendgruppe" kommen. DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 133, Betriebsjugendvertretung an die Sozialabteilung Dr. P. vom 18. 6. 1956.

[177] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 133, Aktennotiz der Sozialabteilung vom 10. 1. 1958; folgendes nach ebenda.

und was nicht? Wie sollten sie reagieren, falls sie von ihren Vorgesetzten beschimpft oder übertrieben gemaßregelt wurden?[178]

Bei den Meistern und Vorgesetzten dominierte eine vielfach patriarchalische Vorstellung, die jungen Arbeiter erziehen und, wenn nötig, auch disziplinieren zu müssen – ganz so, wie sie es als Familienväter mit ihren Söhnen machten. Während aus den frühen fünfziger Jahren kaum Klagen überliefert sind, scheint sich weniger die Behandlung als die Sensibilität gegenüber diesem Verhalten bei den jungen Arbeitern und Angestellten verändert zu haben. Zumindest häuften sich die Beschwerden über das schlechte Klima in der Ausbildung.[179]

Groß schien allerdings die Bereitschaft der Ausbilder noch zu Beginn der sechziger Jahre nicht, über neue Konzepte und Umgangsformen nachzudenken. Zwar hörte sich der Vertreter der Betriebsleitung die Kritik der Jugendlichen an. Doch dabei blieb es in der Regel, klagte der Jugendvertreter Hermann Puff. Meistens würden die Anliegen auf „die lange Bank geschoben, so daß nichts gemacht wird", war sein bitteres Fazit. Das galt auch für die Frage, wie mit Konflikten an den Werkbänken umgegangen wurde. In der Regel hatten Widerspruch und fehlende Normerfüllung unmittelbare Sanktionen zur Folge: Der verantwortliche Ingenieur wollte beispielsweise 1962 die im dritten Lehrjahr üblichen Fahrten mit der Begründung streichen, der Lehrlingsjahrgang habe nicht genügend Leistung gezeigt.[180] Die Jugendvertreter gingen darauf hin auf die Barrikaden. Sie wollten sich ihren durch die Ausbildungsordnung gesicherten Anspruch nicht nehmen lassen und vor der Willkür der Betriebsleitung nicht kapitulieren. Ihr Protest wäre wohl aber verpufft, wenn nicht der Arbeitsdirektor ein Machtwort gesprochen und energisch darauf hingewiesen hätte, daß die Lehrfahrt mit zum allgemeinen Ausbildungsprogramm gehöre. Die Jugendvertreter brauchten diese Unterstützung; ohne sie, ohne Betriebsrat oder Arbeitsdirektor waren sie kaum in der Lage, ihre Interessen durchzusetzen oder sich gegen die Vorwürfe der Ausbilder zu wehren.

In einem Punkt war dies besonders wichtig: Bis Mitte der sechziger Jahre war es in den Lehrlingswerkstätten noch üblich, Lehrlinge mit zusätzlichen Arbeiten oder Nachsitzen zu bestrafen.[181] Hatten die Jugendvertreter und auch die Jugendlichen selbst das bislang hingenommen oder zumindest keinen lautstarken Widerspruch artikuliert, so machte sich seit Mitte der sechziger Jahre wachsende Kritik an den Zuständen in den Lehrlingswerkstätten und der Behandlung der Auszubildenden bemerkbar. Es sei besser, meinte Franz Kick in einer der Sitzungen der Jugendvertretung im Dezember 1965, die Lehrlinge, die mehrmals im Jahr „unangenehm" auffielen, „von sämtlichen Sondermaßnahmen und Begünstigungen auszuschließen. Bei kleineren Delikten ist vielleicht ein Aufsatz, der dem Berufsleben entspricht, angebracht. Wenn dieser zweimal nicht geschrieben wird, dann bekommt der Lehrling einen Verweis. Wenn ein Lehrling von den Sondermaßnah-

[178] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 133, Aktennotiz über die Beschwerde des Betriebsrates bzw. der Mitglieder der Jugendvertretung gegen Äußerungen des Herrn Obering. B. vom 7. 9. 1957.

[179] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 68, Sitzung der Jugendvertretung vom 27. 6. 1959; folgendes nach ebenda.

[180] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 68, Sitzung der Jugendvertretung vom 29. 9. 1962.

[181] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 68, Sitzung der Jugendvertretung vom 29. 12. 1965; folgendes nach ebenda.

men ausgeschlossen werden soll, dann müßten die Jugendvertreter oder mindestens der Vorsitzende mitzureden haben." Diese Vorschläge, die darauf hinaus liefen, Willkür durch ein transparentes Verfahren zu ersetzen, sollte bei der nächsten Betriebsversammlung eingebracht und mit Unterstützung des Betriebsrates durchgesetzt werden.[182] Das Thema „Strafe" in einer Betriebsversammlung anzusprechen, wäre nicht ohne Brisanz gewesen sein. Schließlich hätten die Jugendlichen einige Meister und Ausbilder und ihre Methoden öffentlich an den Pranger gestellt und den für die Betriebsdirektion und die Betriebsräte so kostbaren „Betriebsfrieden" gestört.[183]

Obwohl das Vorhaben im Sande verlief, zeigte sich daran, daß die Jugendvertreter zunehmend an Selbstbewußtsein gewannen. Sie pochten mit Nachdruck auf ihre Rechte und fanden damit immer öfter Gehör. Schon 1966 konnten die Jugendvertreter stolz melden, daß ihre Initiative an einem Punkt doch erfolgreich gewesen war. Die Sozialabteilung hatte zugestimmt, in allen Konfliktfällen einen Jugendvertreter anzuhören.[184]

Es gab jedoch noch eine andere Seite. Ähnlich wie der Betriebsrat sahen auch die Jugendvertreter ihre Aufgabe darin, die nachwachsende Arbeiter- und Angestelltengeneration zu disziplinieren. Deswegen hielten sie, wie Kicks Forderungen zeigten, Strafen auch nicht für grundsätzlich falsch. „Antiautoritär" im Sinne der Neuen Linken[185] konnte man ihr Verhalten kaum bezeichnen. Im Gegenteil: Die Forderung nach einem Besinnungsaufsatz für wiederholte Vergehen stand ganz in der Tradition der jugendpflegerischen Pädagogik der fünfziger Jahre. Disziplin und Kontrolle gehörten zum Verhaltenskodex der nachwachsenden Betriebsrats- und Gewerkschaftsfunktionäre. Es entsprach ganz diesem Bild, daß die Jugendvertreter von ihren gewählten Repräsentanten verlangten, sich im Betrieb besonders vorbildlich zu verhalten. Abweichendes Verhalten wurde kritisch beobachtet und hatte unmittelbare Konsequenzen. Damit unterschieden sich die Jugendvertreter kaum von ihren älteren Kollegen im Betriebsrat oder bei der IG Metall. Ob sie freilich die Einschätzung ihres Betriebsratsvorsitzenden teilten, nach dessen Meinung es in manchen Fällen besser sei, „die Jugendlichen körperlich zu züchtigen, als mit Strafarbeiten zu bestrafen"[186], darf wohl bezweifelt werden. Der jugendliche Reformimpuls war sicher stärker als die altväterliche Pädagogik.

Die Diskussion um die Lehrlingsausbildung drehte sich freilich nicht nur um das richtige Strafmaß für auffällige Jugendliche. Ein anderer Aspekt war mindestens genauso wichtig und beschäftigte die Jugendvertreter im Laufe der sechziger Jahre mit immer größerer Intensität: Die inhaltliche Gestaltung der Ausbildung. Hier war deutlich zu spüren, daß sich bei den jugendlichen Arbeitern und Angestellten ein Wandel vollzogen hatte, der vor allem ihr Verhältnis zur Autorität der

[182] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 67, Sitzung der Jugendvertretung vom 14. 12. 1965.

[183] So weit die überlieferten Protokolle des Betriebsrates Aussagen zulassen, wurde das Thema während der Betriebsversammlung nicht angesprochen. Zumindest gilt dies für die Berichte der Betriebsräte, ohne deren Unterstützung eine Veränderung auch nicht möglich gewesen wäre.

[184] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 67, Sitzung der Jugendvertretung vom 28. 12. 1966.

[185] Zur Bedeutung der Begriffs „antiautoritär" für die Neue Linke vgl. einführend Ingrid-Gilcher Holtey, Kritische Theorie und Neue Linke, in: dies. (Hrsg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 168–187, hier S. 181–185.

[186] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 67, Sitzung der Jugendvertretung vom 29. 12. 1965.

Vorgesetzten und ihr eigenes Selbstbewußtsein betraf, Mißstände zu benennen. Die gesamte Ausbildungspraxis stand auf dem Prüfstand. Das betraf auch den Arbeitsalltag der jungen künftigen Angestellten bei der Maxhütte. In den Büros war es üblich, den kaufmännischen Lehrlingen eine Vielzahl von Aufgaben aufzubürden, die mit ihrer Ausbildung nichts zu tun hatten. Dazu gehörte das „Brotzeitholen" für die älteren Mitarbeiter und Vorgesetzten, zu dem die Jungen angehalten wurden; dazu zählten aber auch die unterschiedlichsten „Handlangerarbeiten", die viele als unerträglich empfanden, weil sie bisweilen mit einer gewissen Demütigung einher gingen und nicht zur Ausbildung gehörten. So jedenfalls meinte die Betriebsjugendvertretung und verurteilte diese Praxis in scharfem Ton.[187]

Andere Bereiche der Ausbildung stießen ebenfalls auf zunehmenden Widerspruch. Üblich war, daß die gewerblichen Lehrlinge in einem wöchentlichen Kurs auf ihren Berufsalltag vorbereitet wurden.[188] Das Seminarprogramm setzte noch 1967 vor allem auf Frontalunterricht. Eigene Ideen der Jugendlichen waren erst für den letzten Seminartag zwischen 8.30 Uhr und 10.00 Uhr vorgesehen. Informiert wurde der Nachwuchs über die Geschichte der Maxhütte, die derzeitige wirtschaftliche Situation, über Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit und die Zukunft des Arbeitsmarktes. Der Sulzbach-Rosenberger Bürgermeister referierte über die Politik der Stadt, der Betriebsratsvorsitzende Spies über „Arbeitnehmer in der Verantwortung" und Arbeitsdirektor Schmidt über die Mitbestimmung. Ganz im Sinne einer paternalistischen Erziehungspraxis räumte der Lehrgangsplan der Unterweisung im „gute[n] Benimm" genauso viel Raum ein wie der Einführung in das Jugendschutzgesetz und die Rechte und Pflichten, die die Jugendlichen im Arbeitsalltag besaßen. Andere Themen waren erst im Laufe der sechziger Jahr hinzugekommen: Musik, der „Beat und seine Erscheinungsformen mit Schallplatten und Diskussion" stand einen Abend lang auf der Tagesordnung. Ob freilich der Ausbildungsleiter der richtige Referent dafür war, scheint eher unwahrscheinlich.

Mindestens ebenso drängend, aber wohl heikler war der Themenbereich Sexualität, wie auch die Ausbildungsleiter erkannt hatten. Allerdings bezeichneten sie diesen Bereich nicht mit dem Begriff „Sexualität". Die Beziehung zwischen Frauen und Männern sollte während des Lehrgangs unter der harmloseren Überschrift „Das andere Geschlecht" besprochen werden. Zwar fehlen genaue Unterlagen darüber, was unter diesem nur einstündigen Programmpunkt besprochen wurde. Es scheint sich aber weniger um eine unmittelbare Sexualaufklärung als um eine abstrakte Einführung in die großen Themen Frauen, Ehe und Partnerschaft gehandelt zu haben. Eine kritische Auseinandersetzung mit weiblichen und männlichen Rollen, mit Verhütung und vorehelicher Sexualität fand nicht statt, zumal auch kein auswärtiger Experte geladen war, sondern der Ausbildungsleiter selbst diesen Abschnitt übernahm.

Insgesamt ging das Ausbildungsprogramm der „Sozialpädagogische Lehrwoche" an den Erwartungen der jungen Arbeiter vorbei. Die Resonanz war „enttäu-

[187] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 67, Sitzung der Jugendvertretung vom 28. 12. 1966.
[188] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 67, Lehrgang für die gewerblichen Lehrlinge des 2. Lehrjahres vom 4.9.–9.9.1967 in Hersbruck; folgendes nach ebenda.

schend", wie die verantwortlichen Jungfunktionäre im Rückblick meinten.[189] Sie setzten deshalb alles daran, einen Ausbildungsplan für die Lehrlinge zu entwikkeln, der eine „Richtschnur und Leitlinie" für die zukünftige kaufmännische Lehrlingsausbildung sein sollte, um Fehlentwicklungen der Vergangenheit zu korrigieren.[190] Neben einer Vielzahl an Sonderleistungen regelte die betriebliche Vereinbarung drei Bereiche: Sie standardisierte den Rahmen des pädagogischen Programms, das in Zukunft nicht mehr vom Gutdünken der Ausbilder abhängig war und der Jugendvertretung ein inhaltliches Mitspracherecht zusicherte; sie verpflichtete die Jugendlichen, über ihren Ausbildungsweg ein Berichtsheft zu führen, in dem sie ihre genauen Tätigkeiten niederschreiben mußten und in das ihre Noten eingetragen wurden, und sie erläuterte die formalen Beschwerde- und Rechtsinstanzen, an die sich die Lehrlinge im Konfliktfall wenden konnten.

Dies alles ließ erkennen, daß mit dem Ausbildungsplan neue Akzente gesetzt werden sollten. Dem Lehrling wurde das Recht zugestanden, „sich mit Beschwerden über seine Berufsausbilder an den Lehrlingsbetreuer in jeder einzelnen Abteilung oder an die Personalabteilung zu wenden."[191] Sollte dies nicht möglich sein, weil die Jugendlichen zu diesen Instanzen nicht genügend Vertrauen oder die Befürchtung hatten, daß sie sich nicht mit genügendem Engagement für ihre Probleme einsetzen würden, stand ihnen der Gang zum Betriebsrat oder zur Betriebsjugendvertretung offen. Das war keine grundsätzliche Neuerung, erhielt aber durch die Vereinbarung, die jedem Jugendlichen bei seinem Eintritt in das Werk überreicht wurde, offiziellen Charakter.

In die gleiche Richtung wies die Möglichkeit, die Beurteilung der Ausbilder zu überprüfen. Die Berichte über die Qualifikationen und Fortschritte der Lehrlinge mußten schriftlich erfolgen, und die Lehrlinge hatten das Recht, die Gutachten einzusehen, was einem wichtigen Schritt zur Objektivierung und größeren Transparenz der Ausbildung gleichkam. Der Ausbilder mußte dabei seine Beurteilungskriterien offenlegen und in einem Gespräch dem Lehrling begründen. An den internen Hierarchien änderte sich damit wenig, die Ausbilder mußten aber ihr Podest verlassen und waren mehr als früher gezwungen, ihre Entscheidungen zu begründen. Kritik hatte es schon früher gegeben, jetzt aber – am Ende der sechziger Jahre – wurde ihre Autorität auch formal begrenzt und damit neue Spielregeln der Auseinandersetzungen eingeführt, die für die Lehrlinge deutlich günstiger ausfielen.

Die Reformpläne gründeten auf einer gewandelten Vorstellung von Ansprüchen und Erwartungen, die die jungen Arbeiter und Angestellten besaßen. Während in den fünfziger bis noch Mitte der sechziger Jahre von den Verantwortlichen die Notwendigkeit betont worden war, die Lehrlinge zu erziehen, ihnen „Benimm" beizubringen und sie charakterlich zu formen[192], zeichneten die neuen Richtlinien das Bild eines mündigen, kritikfähigen und selbstbewußten jungen

[189] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 67, Sitzung Jugendvertretung vom 19. 9. 1967.
[190] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 61, Entwurf eines Ausbildungsplanes für die Ausbildung der kaufmännischen Lehrlinge in der Maxhütte (undatiert, um 1969).
[191] Ebenda, S. 5.
[192] Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte (Hrsg.), Was man in der Maxhütte werden kann (undatiert, um 1965), im Besitz des Verfassers.

Erwerbstätigen, der sich gegen mögliche Ungerechtigkeiten am Arbeitsplatz zur Wehr setzen konnte und dabei lernbereit und sich seiner Verantwortung für das Unternehmen bewußt war.

Die Jugendvertreter wollten dabei aber nicht stehenbleiben. Anstoß nahmen sie etwa an dem Passus des Ausbildungsplans, der regelmäßige Zwischenprüfungen und Beurteilungen vorsah.[193] Nach Beendigung des ersten Lehrjahres standen halbjährliche, „nach Bedarf" auch häufigere Prüfungen an, deren Ergebnisse den Lehrlingen, zugleich aber auch den Eltern mitgeteilt wurden. Das sorgte bei den Jugendlichen für erhebliche Kritik: „Wir lehnen Zwischenzeugnisse und Beurteilungsbögen ab, weil die Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz durchgeführt werden muß und in diesem Gesetz keine Bestimmungen über die Erstellung von Zwischenzeugnissen enthalten sind."[194] Sie wollten ihre verbrieften Rechte keinesfalls preisgeben und sich keinen überflüssigen Kontrollen unterziehen. Sie konnten hier, aber auch in anderen Bereichen, auf ein fundiertes, arbeitsrechtliches Know-how zurückgreifen und waren gewillt, offensiv gegen Gesetzesverstöße vorzugehen. Die gewerkschaftliche Schulung und die überregionale Vernetzung der Jugendvertreter zeigten hier ihre Wirkung. Gleiches galt auch für die Gestaltung der „Sozialpädagogischen Lehrwoche". Mit ihrer Forderung nach mehr Mitsprache hatten sie sich im Ausbildungsplan bereits durchgesetzt. Jetzt sollten weitere Veränderungen folgen. Aus den Erfahrungsberichten der Teilnehmer und aus eigener Anschauung wußten sie, daß die bestehende Konzeption überarbeitungsbedürftig war.[195]

In Zukunft sollte der Lehrgang in fünf Themenblöcke aufgeteilt werden: „Jugend in Staat und Gesellschaft", „Jugend und Erwachsenenwelt", „Jugend und Betrieb", „Jugend und Politik" und „Jugend und Sexualität". Über Politik, Gesellschaft und die industrielle Arbeitswelt zu sprechen, war keineswegs neu. Neu waren allerdings mindestens zwei Punkte: Die Jugend wollte, erstens, nicht mehr passiv den mehr oder weniger spannenden Ausführungen des Bürgermeisters zuhören, sondern selbst das Wort ergreifen und über den Sinn von Politik sprechen. Unter dem Titel „Utopie und Wirklichkeit" ging es in erster Linie um die Frage, wo der einzelne junge Mensch „politisch wirksam werden" und seine demokratischen Interessen vertreten kann.[196] Es war ein ungewohntes, vielleicht erstmaliges Interesse am politischen Gespräch, an der Auseinandersetzung um die Zukunft der demokratischen Staatsform und ihrer Ausgestaltung durch die Bürger zu spüren; noch zehn Jahre zuvor hatte es soviel Interesse und Engagement nicht gegeben. Dafür war in mühevoller Kleinarbeit bei den Lehrlingswochen gekämpft worden. Jetzt zeigten sich erste Erfolge. Neu im Programm war zweitens die Behandlung des Themas Sexualität, dem die Jugendvertreter oberste Priorität eingeräumt hatten. Hier wollten sie sich nicht mehr mit verschämten Ausführungen

[193] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 61, Entwurf eines Ausbildungsplanes für die Ausbildung der kaufmännischen Lehrlinge in der Maxhütte, S. 6 (undatiert, um 1969).

[194] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Jugendvertretung, Sitzung der Jugendvertretung vom 18. 5. 1971.

[195] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Jugendvertretung, Sitzung der Jugendvertretung vom 10. 1. 1972; folgendes nach ebenda.

[196] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, SPB/SPV, Programm zur sozialpädagogischen Lehrwoche; folgendes nach ebenda.

über „Das andere Geschlecht" begnügen. Die „Pille" stand bei den Jugendlichen ganz oben auf der Tagesordnung[197]; gängige Normen und gesellschaftliche Tabus sollten überprüft, erstmals über die eigene Rolle nachgedacht und „frei" über Sexualität, über Wünsche und Ängste, Erfahrungen und Probleme diskutiert werden. Ob schon zuvor die Gespräche über „Das andere Geschlecht" zur Sexualaufklärung umfunktioniert wurden, ist mehr als fraglich. Schließlich regierten trotz des neuen Selbstbewußtseins und der Neugierde immer noch Zurückhaltung und Vorsicht, sobald ein Vertreter der Personalabteilung anwesend war. So konnte die Forderung kaum verwundern, Jugendversammlungen ohne Vertreter der „Erwachsenenwelt" durchzuführen, um eine „freie Meinungsäußerung" und „eine regere Diskussion" zu ermöglichen.[198]

Die tiefgreifenden Veränderungen, die die Lehrlinge und ihre Vertreter seit Mitte der sechziger Jahren durchlebten und die sie zu einer kritischen Masse innerhalb des Betriebes werden ließen, blieben nicht auf das Werk begrenzt. So wie die Jugendvertreter politische und gesellschaftsreformerische Impulse von außen aufnahmen, wie noch zu zeigen sein wird, so begannen sie selbst, ihren eigenen Wirkungsbereich neu zu vermessen und die dabei gemachten Erfahrungen nach außen zu tragen. Die Berufsschule war einer der Orte, wo das neue Selbstbewußtsein zuerst spürbar wurde. Im Oktober 1969 kam es unter den kaufmännischen Lehrlingen der Maxhütte, die in die Kreisberufsschule nach Sulzbach-Rosenberg gingen, zum offenen Protest gegen die Schulverwaltung:

„In der Kreisberufsschule Sulzbach-Rosenberg ist man gezwungen, die Pause folgendermaßen zu gestalten: Bei schönem Wetter muß das Schulhaus verlassen werden. Jeder Schüler muß sich auf den Pausenhof begeben. Dieser Hof ist in zwei Teile (schwarzer und roter Teer) gegliedert. Auf dem kreisförmigen, mit schwarzen Teer versehenen Weg muß man sich entgegen dem Uhrzeigersinn bewegen. Bleibt man stehen, wird man von einem Lehrer aufgefordert, sofort weiterzugehen. Auf dem gegenüberliegenden roten Platz ist man gezwungen [,] stehen zu bleiben. Diese provozierende Art von Autorität, die an dieser Stelle ausgeübt wird, sollte auf dem schnellsten Wege abgeschafft werden. Wir wollen nicht wie im Kindergarten behandelt werden, sondern wie junge, erwachsene Menschen, die wir ja auch sind!"[199]

Die Schüler hatten diese Reglementierungen lange, allzu lange hingenommen. Ende der sechziger Jahre war damit Schluß. Ähnlich wie in den Zielvorgaben der Ausbildungspläne wollten die jungen Angestellten auch hier nicht als unmündige „Kinder", sondern als gleichberechtigte Erwachsene behandelt werden. Die alten Autoritäten in der Lehrwerkstatt wurden damit ebenso in Frage gestellt wie ihre Pendants in der Schule, mit deren Bildungskonzept es nicht vereinbar war, daß 16- bis 18jährige junge Frauen und Männer Eigenständigkeit verlangten. Die Entschlossenheit der Jungen zur Veränderung basierte auf dieser negativen Erfahrung, sie war zugleich aber auch eine Reaktion auf die eklatante Krise der schulischen Ausbildung. So jedenfalls empfanden es die Lehrlinge. Für die Werkstofflehrlinge, kritisierten sie, gebe es keine eigenen Fachklassen, in denen ein ange-

[197] Vgl. dazu auch SRZ vom 26. 4. 1968: „Die Pille – eine Frage der Verantwortung".
[198] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Jugendvertretung, Sitzung der Jugendvertretung vom 22. 11. 1972.
[199] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Jugendvertretung, Situationsbericht an der Kreisberufsschule Sulzbach-Rosenberg vom 6. 10. 1969.

messener Unterricht stattfinden könne. Gleiches gelte für die Industriekaufleute, und auch die Chemielaboranten sahen erhebliche Defizite innerhalb des Lehrplanes.[200]

Die „Entdeckung", selbst für die eigenen Ziele einzustehen und bestehende Unzulänglichkeiten anzuprangern, machten viele Lehrlinge in den bewegten Jahren zwischen 1968 und 1974.[201] Auch äußerlich veränderten sich die jungen Männer. Gehörten Anzug und Krawatte, sauber gescheiteltes und kurz geschnittenes Haar, ein weißes oder dunkles, gebügeltes Hemd um 1967/1968 zum unwidersprochenen Komment und waren zumindest für ein offizielles Bewerbungsphoto selbstverständlich, so war von solchen Konformitäten bald nicht mehr viel übrig[202]: Der Scheitel war nicht mehr ganz so gerade, die Haare wurden länger, die Krawatte verschwand, und statt des gebügelten Hemdes trugen die Kandidaten der Jugendvertretungswahlen 1972 bunte Rollkragenpullover und Jeansjacken; zwei Jahre später war der Skandal vollends komplett.[203] Bis auf einen Kandidaten trugen alle schulterlange Haare und Bart. Damit hatte auch in der Maxhütte das „Schreckgespenst" der „Langhaarigen" und „Revoluzzer" Einzug gehalten. Bis es dazu kam, mußte freilich ein mühsamer und keineswegs geradliniger Weg zurückgelegt werden. Anfangs war die Erfahrung der Begrenzung fast allgegenwärtig: in der Berufsschule, der Lehrwerkstatt, im Elternhaus. Die Gleichzeitigkeit von Krise und Reform war für viele der Jugendlichen in der Jugendvertretung und innerhalb der Gewerkschaftsjugend der IG Metall prägend. Die Jugendlichen waren eingebunden in ein Korsett aus Konvention und Tradition, das sich erst langsam zu lockern begann. Überall zeigten sich ab Anfang der sechziger Jahre neben Erscheinungen stupender Verkrustung deutliche Indizien von Aufbruch und Reformfreude, die auch von den Gewerkschaften und insbesondere ihren Jugendvertretungen zur Kenntnis genommen und begrüßt wurden. Damit bekam auch die Jugendarbeit einen anderen Stellenwert und einen anderen Charakter.[204]

Zuvor hatten „Heimabende" im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Jugendarbeit gestanden, waren aber zur öden Routine verkommen. Ohne pädagogisches Konzept sollten die wöchentlichen Treffen eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung mit gewerkschaftlicher und allgemeiner Bildungsarbeit verbinden. Die Abende waren vielerorts nach dem gleichen Muster abgelaufen:

„Nach der Eröffnung des Gruppenleiters muß der Gruppenabend abrollen – mit Tempo. Es darf keine Gelegenheit zum Schlafen oder Lesen entstehen. Die amtlichen Bekanntmachungen und notwendigen Formalitäten dürfen nur einen kurzen Augenblick in Anspruch neh-

[200] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Jugendvertretung, Feststellung der Maxhüttenlehrlinge vom 10. 10. 1969; der Protest blieb auch hier nicht folgenlos, da schließlich eine Diskussion um einen Berufsausbildungsplan für Chemielaboranten in Gang gesetzt wurde. IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Berufsausbildungsplan, Aktenvermerk vom 5. 4. 1971.

[201] Vgl. dazu auch Hans-Jürgen Haug, Hubert Maessen, Was wollen die Lehrlinge?, Frankfurt am Main 1971.

[202] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen JV-Wahlen, Flugblatt Jugendvertretungswahlen 1972: „Du hast Rechte – werde aktiv".

[203] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Unterlagen JV-Wahlen, Flugblatt Jugendvertretungswahlen 1974.

[204] Vgl. dazu auch Schlüter, Ende, S. 204 ff.

men. Lockert den Abend mit dem Thema entsprechenden Liedern auf! An Anfang und Ende eines jeden Heimabends gehört ein Lied. Dabei sollte man sich die Hände reichen. – Ein Ausdruck unseres Gemeinschaftswillen."[205]

Von dieser antiquierten Form der Jugendarbeit war die IG Metall-Jugend in Sulzbach-Rosenberg Mitte der sechziger Jahre weit entfernt. Zwar traf man sich auch weiterhin zum Basteln, Wandern, Zelten, Musizieren, Fotografieren und Theaterspielen. Unverkennbar verlagerten sich aber, zumindest bei den aktiven Gewerkschaftsjugendlichen, die Interessenschwerpunkte. Neue pädagogische Ansätze und Ziele gewannen die Oberhand, allen voran die politische Bildungsarbeit.[206] Kein Wunder, denn die IG Metall hatte zu den Vorreitern der Kritik an der traditionellen Jugendarbeit gehört. Bereits 1957 hatten die Delegierten in der Diskussion um die Wiederbewaffnung gefordert, den Jugendlichen vor dem Eintritt in die Bundeswehr „sehr viel mehr demokratisches und gewerkschaftliches Gedankengut"[207] mitzugeben, um sie gegen autoritäres Denken zu immunisieren. In der Jugendarbeit sollten nicht mehr nur die Jugendpflege und die Erziehung des gewerkschaftlichen Funktionärsnachwuchses im Vordergrund stehen, sondern es sollten „gesellschaftlich und politisch gebildete, ausgereifte Persönlichkeiten"[208] gefördert werden, „die einen aus der ihnen vermittelten Übersicht und der eigenen Einsicht gewonnenen Standpunkt vertreten können und damit zugleich in die Lage versetzt sind, gewerkschaftliche Forderungen aufzustellen, zu begründen, zu verfechten und auch gewerkschaftliche Aktionen durchzuführen."[209] Man wollte soziologische und historische Themen und Fragen aufgreifen, um damit die Schulungen auch für einen größeren Kreis an jungen Gewerkschaftsmitgliedern interessant zu machen.

Es dauerte freilich einige Zeit, bis der Schritt von der Schulungsarbeit zur allgemeinen politischen Bildungsarbeit vollzogen war. Der Stufenplan, den der DGB 1958 verabschiedete und der einen Mittelweg zwischen Kaderschulung und breiter Bildungspolitik versuchte, war ein erster Schritt. Auf regionaler und lokaler Ebene dominierten noch zu Beginn der sechziger Jahre auch in der IG Metall die traditionellen Schulungskonzepte.[210] Die Themenbereiche „Arbeit", Freizeit" und „Gesellschaft" sparte man weitgehend aus – vermutlich ein Grund, warum viele Jugendliche die Veranstaltungen für Zeitverschwendung hielten. Die abstrakten Problemaufrisse zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung zogen einfach nicht.

Seit Mitte der sechziger Jahre begann sich freilich ein deutlicher Wandel auch in der lokalen Gewerkschaftsjugendarbeit abzuzeichnen. Die politische Bildungsarbeit gewann einen immer breiteren Raum. Die „Intensivierung der gewerkschaftlichen [...] Bildung"[211] besaß 1967 in den Augen führender Vertreter des Jugendausschusses der IG Metall in Sulzbach-Rosenberg bereits oberste Priorität. Die

[205] Heimabend – aber wie?, Blätter für die Heimabendgestaltung vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Nordmark, S. 6 (undatiert, um 1950), zit. nach Schlüter, Ende, S. 205.
[206] Dazu auch Schlüter, Ende, S. 393.
[207] Protokoll der 3. Ordentlichen Jugendkonferenz der IG Metall am 4./5. 5. 1956 in Nürnberg.
[208] Unsere Schulung 1957, hrsg. vom Vorstand der IG Metall, Frankfurt o.J., S. 6.
[209] Ebenda, S. 6 f.
[210] Vgl. Schlüter, Ende, S. 394 ff.
[211] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 15, Sitzung des Jugendausschusses vom 18. 11. 1967.

Schulungsarbeit, so forderten die Mitglieder des zentralen Jugendgremiums, müsse verstärkt und zielgenauer werden. Offenkundig bestanden noch erhebliche Defizite, und der amtierende Vorstand hatte, so ihr Vorwurf, noch nicht genügend Energie in die Jugend- und Bildungsarbeit investiert.

Die Vorstellungen über künftige Schwerpunkte gingen damit auch im Jugendausschuß weit auseinander. Der Vorsitzende, Franz Kick, in puncto Reformen eigentlich kein Bremser, sah sich deutlicher Kritik ausgesetzt. Seiner Ansicht nach war eine „reine Bildungsarbeit"[212], wie sie seinen Kontrahenten vorschwebte, wenig sinnvoll. Er wies darauf hin, daß die „Bildungsarbeit in letzter Zeit sehr verstärkt wurde" und die Jugendarbeit „auf die Verhältnisse" abgestimmt werden müsse. Die Jugendpflege bleibe ein entscheidender „Faktor für die Erziehung und Bildung der Jugendlichen". Mit anderen Worten: Der Politisierung der Jugendarbeit dürften die traditionellen gewerkschaftlichen Bildungsaufgaben nicht geopfert werden. Kick blieb damit seinem Kurs treu, den er bereits seit Mitte der fünfziger Jahre vertreten hatte. Er gehörte mit seinen 30 Jahren bereits zu den Ältesten innerhalb der IG Metall-Jugend, die noch mit anderen pädagogischen Zielen in der Gewerkschaft begonnen hatten. Allerdings stand Kick mit seiner Überzeugung nicht allein. Andere Jugendausschußmitglieder teilten seine Skepsis gegenüber den Forderungen nach einem ganz neuen Kurs. „Durch reine politische oder gewerkschaftliche Bildung würden die Jugendlichen vor den Kopf gestoßen. Sie sollten durch gewerkschaftliche und politische Bildung, durchsetzt mit jugendpflegerischer Bildung, für uns gewonnen werden"[213], urteilte einer seiner Mitstreiter.

Das entsprach den Vorstellungen Kicks, und es bedeutete keineswegs einen Widerspruch, die politische Bildungsarbeit zu erweitern und die jugendpflegerische Tradition aufrechtzuerhalten. Das Ergebnis war eine Mischform, wie sie sich 1967 bei der traditionellen Weihnachts- und Jahresendfeier exemplarisch zeigte. Die Jugendvertretung verzichtete auf eine „sentimentale Feier".[214] Statt dessen hatte sie im Vorfeld Gelder für die Alten und Kranken der Stadt gesammelt und konnte nun 1300 DM an Bedürftige verteilen. Auch das traditionelle Theaterstück der gewerkschaftlichen Laienspielgruppe atmete den Geist wachsender politischer Unruhe. Zur Aufführung gelangte Hans Pfeiffers „Der Abschied", die Geschichte eines japanischen Reisbauern und seines Protestes gegen Atomversuche auf den Weihnachtsinseln. „Hart und aufrüttelnd", so die Beobachter, habe das Stück des DDR-Autoren und Direktor des Leipziger „J.R. Becher Literaturinstituts" gewirkt. Es sei ein Zeichen dafür gewesen, bemerkte Arbeitsdirektor Schmidt, daß die Gewerkschaftsjugend nicht einfach nur feiern, sondern „auch auf die Probleme der Menschen in der Welt" hinweisen wolle. Damit entspreche die junge Generation ganz dem Auftrag der historischen Arbeiterbewegung, die soziale Lage der Menschen in der Welt zu verbessern.

Franz Kick, der die Feier organisiert und sie als Leistungsschau der Gewerkschaftsjugend genutzt hatte, war Traditionalist und Reformer in einem. Auf seine Initiative fanden in der Spitzermühle zahlreiche politische Veranstaltungen und

[212] Ebenda, S. 2.
[213] Ebenda, S. 4.
[214] SRZ vom 27. 12. 1967: „Die Friedensbotschaft sollte endlich Wahrheit werden".

Kurse statt, in denen die aktuelle politische Lage debattiert wurde. Die Notstandsgesetzgebung traf auf den besonders heftigen Widerspruch der jungen Metaller, und Kick stand hier an vorderster Front. „Hat die Jugend ein Recht zu demonstrieren?", fragte 1967 angesichts der Studentenproteste in Berkley, Frankfurt und Berlin die Amberger DGB-Jugend, in der die Sulzbacher eine der stärksten Fraktionen bildeten.[215] Und es bestand kein Zweifel, daß die jungen Gewerkschaftsmitglieder größte Sympathien für die rebellierenden Studenten und ihre antikapitalistischen und gesellschaftskritischen Positionen hatten. Im Frühsommer 1967 referierte das SPD-Mitglied Kick vor den Sulzbach-Rosenberger Jungsozialisten über die Gefahren der Pressekonzentration und die Medienmacht des Springer-Verlages. Er griff damit ein Thema auf, das zu einem der zentralen Agitationsfelder der Studentenbewegung gehörte.[216] Ausführlich und gut vorbereitet erläuterte der IG Metall-Jugendfunktionär die Entwicklung der Presselandschaft und die herausragende Bedeutung, die Springer vor allem mit seinem zentralen Blatt, der Bild-Zeitung, erlangt hatte.[217] „Bild", so Kick, liefere Emotionen für Millionen, trage aber nicht zur kritischen Information bei. Die Zeitung, ihre Schlagzeilen und zahlreichen Anzeigen führten zu einer „Entpolitisierung der Gesellschaft und zur Verschleierung der tatsächlichen Verhältnisse", da sie ein „falsches Bild der Wirklichkeit" zeichne. Von der Politik forderte Kick, sich unverzüglich für eine strengere Kontrolle des Medienmoguls einzusetzen und ihm die „für unsere Demokratie notwendigen Grenzen zu setzen". So weit wie Rudi Dutschke und der SDS[218] ging er freilich nicht, die beinahe zeitgleich die Enteignung des Springer-Konzerns forderten und zu außerparlamentarischen Aktionsformen, zu Besetzungen und Auslieferungsblockaden aufriefen.[219]

Kicks Analyse und Semantik entsprach aber weitgehend der studentischen Kritik. Der Siegeszug der Kritischen Theorie[220] – in popularisierter Form – machte auch vor der Maxhütte und den gewerkschaftlichen Bildungsprogrammen nicht Halt.[221] Waren die Schulungen der Gewerkschaft bislang bei der kritischen Analyse des westdeutschen ökonomischen Systems, der Entstehung und Entwicklung

[215] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 15, Sitzung des Jugendausschusses vom 19. 9. 1967; folgendes nach ebenda.

[216] Zur zeitgenössischen Diskussion vgl. Heinz Abosch, BILD-Zeitung: Ein politisches Symptom, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9 (1964), S. 711–719; Uwe Greve, Der Konzern Axel Springers. Neue Politik 12 (1967), S. 7–10; Ralf Gross, Kann die zunehmende Konzentration im Pressewesen bekämpft werden?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 16 (1965), S. 654–656; Bernd Jansen, Arno Klönne (Hrsg.), Imperium Springer: Macht & Manipulation, Köln 1968; Hans Dieter Müller, Der Springer-Konzern: Eine kritische Studie, München 1968.

[217] SRZ vom 11. 5. 1967: „Bild – eine Eintopfsuppe aus Vorurteilen"; folgendes nach ebenda.

[218] Zur Geschichte des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes SDS vgl. Willy Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund. Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994, die Studie endet allerdings bereits 1961; ebenfalls Tilmann Fichter, Siegward Lönnendonker, Kleine Geschichte des SDS. Der Sozialistische Studentenbund von 1946 bis zur Selbstauflösung, Berlin 1977.

[219] Der Spiegel vom 10. 7. 1967, Spiegel-Gespräch mit Rudi Dutschke: „Wir fordern die Enteignung Axel Springers".

[220] Aus der umfangreichen Literatur vgl. beispielsweise Bernd Leineweber, Entsetzen und Besetzen. Zur Dialektik der Aufklärung in der Studentenbewegung, in: Kraushaar, Schule, Bd. 3, S. 99–111.

[221] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, gewerkschaftliche Jugendarbeit, Material zum Stufenplan der Jugendbildungsarbeit, unvollständiger und unkorrigierter Entwurf (undatiert, um 1970).

der Arbeiterbewegung und der Implementierung des Mitbestimmungsgedankens stehen geblieben, so begann sich in den späten sechziger Jahren ihr Charakter zu verändern. Nun stand plötzlich das Subjekt, der einzelne Gewerkschafter, der bis dahin kaum eine Rolle gespielt hatte, selbst im Mittelpunkt. Das galt für den jungen Facharbeiter, aber auch – und das war ebenfalls neu – für die junge kaufmännische Angestellte und Stenotypistin. Man fragte nach Rollenbildern, wollte Klischees über Männer und Frauen überprüfen, nach dem vermeintlichen „starken" und „schwachen" Geschlecht suchen. Waren Mädchen tatsächlich „gefühlsbetont, während die Jungen durch den Verstand erfahren"?[222] Mit welchen Erwartungen waren die Jugendlichen in ihren Familien aufgewachsen? Die Mädchen mit der festen Vorgabe, Hausfrau und Mutter zu sein, während die Jungen ihre Rolle als Ernährer der Familie einübten? Mußte dies so sein? Wer bestimmte eigentlich diese „Naturgegebenheiten"?

Auf der Suche nach dem „autoritären Charakter", in dem die Ursache des Nationalsozialismus vermutet wurde, begannen die Jugendvertreter, nicht mehr nur über das „andere Geschlecht" zu diskutieren. Sie erfuhren auch etwas über kindliche und jugendliche Sexualität, über die „Unterdrückung des Sexualtriebes" und die daraus entstehenden Formen von Aggression gegen sich selbst und andere Kinder sowie über mögliche Folgen für das „Weltbild des Kindes".[223] Zugleich wurde die Situation in der eigenen Familie erstmals unter die Lupe genommen. Die popularisierten pädagogisch-psychologischen Deutungsmuster waren ein Teil des neuen Begriffs- und Gedankenamalgams, das sich unter dem Einfluß der Studentenbewegung seit den späten sechziger Jahren zu entwickeln begann. Hinzu kam ein weiterer Traditionsstrang, dessen Ursprung innerhalb der Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung selbst lag: die Frage nach „schichtspezifische[n] Faktoren"[224] sozialer Ungleichheit. Kinder aus Arbeiterfamilien, so die Vermutung, konnten zu Hause, wo sie zu Passivität und Anpassung erzogen wurden, kein „ausreichendes Stehvermögen und Selbstbewußtsein" erlernen; falls doch ein gewisses Widerstandspotential vorhanden sei, äußere es sich in „zielloser Aggressivität". Jungen und Mädchen aus unteren sozialen Schichten hatten also nicht die gleichen Bildungschancen; ihre Artikulationsfähigkeiten blieben hinter denen der oberen Schichten zurück, und das bestehende Schulsystem setze einen sozialen Selektionsprozeß fort, dem die erwerbstätigen Eltern bereits im Berufsleben ausgesetzt seien – eine Entwicklung, bei der „die herrschenden Schichten auch in der Erziehung sich ständig reproduzieren", wie es im Ausbildungsprogramm der IG Metall hieß.

APO und Gewerkschaft

Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Protestform[225] und der politischen Zielsetzung zeigten sich allerdings erst in dem Augenblick, als die betrieblich ver-

[222] Ebenda, S. 12.
[223] Ebenda, S. 10.
[224] Ebenda, S. 16; folgendes nach ebenda.
[225] Zu den Formen des Protestes und der studentischen Diskussion vgl. Theodor Ebert, Über die Methoden der außerparlamentarischen Opposition, in: Berliner Zeitschrift für Politologie 9 (1968), S. 34–54; Bernard Larsson, Demonstrationen: Ein Berliner Modell. Fotos. Entstehung der demo-

wurzelte Gewerkschaftsjugend mit Vertretern des SDS zusammenstieß. Denn es war ein großer Unterschied, ob prominente linke Gewerkschafter wie Georg Benz, der ehemalige Sekretär der IG Metall-Bezirksleitung München und seit 1964 amtierende Vorstand für Jugend, Betriebsräte und Mitbestimmung, mit Jürgen Habermas und Oskar Negt über die Rolle der Studenten in der Außerparlamentarischen Opposition (APO) diskutierten[226], oder ob vor Ort mit erheblich ungestümeren Kräften gemeinsame Aktionen durchgeführt werden sollten. Zwar träumten viele der jungen Studentenführer davon, zusammen mit Betriebsräten, Vertrauensleuten und „wirklich die Interessen der Arbeiter vertretenden Gewerkschafter", den politischen Streik aus den Hörsälen in die Betriebe zu verlagern[227], doch in der Praxis zeigten sich sehr schnell die engen Grenzen und beiderseitig falschen Erwartungen.[228]

Wie in den großen Universitätsstädten hatte sich 1967 auch in Sulzbach-Rosenberg ein Aktionsbündnis für „Demokratie und Abrüstung" gebildet. Ihr Vorbild, die bundesweit agierende „Kampagne für Abrüstung", war Teil der Ostermarschbewegung[229] gegen die Wiederbewaffnung und atomare Aufrüstung gewesen und gehörte zu den Initiatoren der Anti-Vietnamkriegsproteste.[230] Seit 1965 demonstrierten in Frankfurt und Berlin vorwiegend Studenten, Gewerkschafter, Wissenschaftler, Kirchenvertreter und Pazifisten gegen den Vietnam-Krieg[231]; auf dem Höhepunkt der Protestbewegung und kurz vor der Abstimmung über ein zweites zentrales Konfliktfeld, die Notstandsgesetzgebung, gerieten auch die jungen Sulzbach-Rosenberger Gewerkschafter in den Sog der Studentenbewegung. Bis zum Frühjahr 1968 waren politische Kundgebungen abgesehen von den traditionellen 1. Mai Aufmärschen eine Ausnahme geblieben, nach dem Tod des 26jährigen Germanistikstudenten Benno Ohnesorg, der durch eine Polizistenkugel am Rande einer Anti-Schah Demonstration in West-Berlin umgekommen war, verschärfte sich das politische Klima aber überall. Die Proteste an den Hochschulen gewannen an Intensität und Radikalität, die „bürgerlich-kapitalistische" Gesellschaft stand immer öfter im Kreuzfeuer der Kritik. Einer der Höhepunkte der APO war der heftig umstrittene „Internationale Vietnam-Kongreß", der am 17. und 18. Februar 1968 in der TU Berlin stattfand.[232] Rund 5000 Teilnehmer, darunter neben Rudi Dutschke und anderen Vertretern des SDS auch der Wirtschaftswissen-

kratischen Opposition mit Beiträgen von Herbert Marcuse u.a., Berlin 1968; Protestfibel, Formen einer neuen Kultur. Mit einem lexikographischen Anhang von Rolf-Ulrich Kaiser, Bern 1968; eine Antwort auf den studentischen Protest bei Hartmut Vogel, Demonstrationsfreiheit und ihre Grenzen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 26/68 (1968), S. 3–31.

[226] Vgl. Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcocktail 1946–1995, 3 Bde., Hamburg 1998, Bd. 2, S. 340f.

[227] Der Spiegel vom 10. 7. 1967, Spiegel-Gespräch mit Rudi Dutschke: „Wir fordern die Enteignung Axel Springers".

[228] Vgl. zusammenfassend Pavel Richter, Die Außerparlamentarische Opposition in der Bundesrepublik Deutschland 1966 bis 1968, in: Gilcher-Holtey, 1968, S. 35–55.

[229] Vgl. dazu beispielsweise: Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch, „Entwurf für Leitsätze zur Kritik autoritärer Meinungsbildung und der Rolle des Springer-Konzerns", in: Neue Kritik 8 (1967), S. 67–74.

[230] Zur Geschichte des Vietnamkrieges und seiner Gegner vgl. George C. Herring, America's longest war. The United States and Vietnam, 1950–1975, Philadelphia ^{3}1996.

[231] Vgl. Kraushaar, Schule, Bd. 1, S. 217f.

[232] Vgl. Kraushaar, Schule, Bd. 1, 297f.

schaftler Ernst Mandel und die Schriftsteller Erich Fried und Peter Weiss, nahmen an der Veranstaltung unter dem Motto: „Für den Sieg der vietnamesischen Revolution" und „Die Pflicht des Revolutionärs ist es, die Revolution zu machen" teil. Der Protest richtete sich jetzt nicht mehr nur gegen den Krieg in Vietnam. Jetzt stellten die Studenten die „Systemfrage":

„Genossen! Wir haben nicht mehr viel Zeit. In Vietnam werden auch wir täglich zerschlagen. [...] Es hängt von unseren schöpferischen Fähigkeiten ab, kühn und entschlossen die sichtbaren und unmittelbaren Widersprüche zu vertiefen und zu politisieren, Aktionen zu wagen, kühn und allseitig die Initiative der Massen zu entfalten. Die wirkliche revolutionäre Solidarität mit der vietnamesischen Revolution besteht in der aktuellen Schwächung und der prozessualen Umwälzung der Zentren des Imperialismus."[233]

Nur wenige Wochen danach rief auch der Sulzbach-Rosenberger „Jugendkreis für Demokratie und Abrüstung" zu einer Protestveranstaltung gegen den Vietnamkrieg auf. „Für Frieden und Freiheit" lautete das Motto der Kundgebung, die von den Jusos, Schülern der Gymnasien aus Sulzbach-Rosenberg und Amberg, der Evangelischen Gemeindejugend und dem CVJM sowie verschiedenen Gewerkschaften und vor allem der IG Metall-Jugend als treibende und größte Kraft getragen wurde[234]; lediglich die Junge Union und die Katholische Jugend hielten sich abseits. Organisator des Demonstrationszuges, der sich nicht nur im Inhalt, sondern auch in der Form von „klassischen" Gewerkschaftsprotesten unterschied, war Franz Kick. Aufmarschplatz war die Spitzermühle, das Zentrum der IG Metall-Jugend. Von dort aus sollte der Zug am 14. März 1968 Richtung Josefshaus ziehen, wo die Abschlußveranstaltung stattfand. Eingeladen waren dafür zwei führende Vertreter des SDS aus der benachbarten fränkischen Universität Nürnberg-Erlangen, Elmar Altvater[235] und Arnhelm Neusüß.[236] Während bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen sonst immer die öffentliche Propaganda im Mittelpunkt stand, sollte es diesmal auch Gelegenheit zur Diskussion und eine jugendkulturell angemessene musikalische Begleitung geben; nicht „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" wollten die jungen Leute hören, sondern Beat mit den beiden „Protestsängern Hardy und Cash." Begleitet wurde die Demonstration durch eine Photoausstellung über den Vietnam-Krieg im Alten Schulhaus und eine Geldsammelaktion, deren Erlös den vietnamesischen Kriegsopfern zugute kommen sollte. Der Aufruf an die Bürgerinnen und Bürger der Stadt, an der Veranstaltung teilzunehmen, unterschied sich in der Diktion deutlich von den radikalen Tönen, die in Berlin und zwei Wochen zuvor bei der Kundgebung

[233] Rudi Dutschke, „Genossen! Wir haben nicht mehr viel Zeit..." Referat auf dem Internationalen Vietnam-Kongreß in West-Berlin, in: Sybille Plogstedt (Red.), Der Kampf des Vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus – Internationaler Vietnam-Kongreß 17./18. 2. 1968, West-Berlin 1968, S. 123.

[234] SRZ vom 12. 3. 1968: „Für Frieden und Freiheit".

[235] Elmar Altvater, später Professor für Politische Wissenschaft an der FU Berlin, stand zu diesem Zeitpunkt unmittelbar vor Abschluß seiner Dissertation; vgl. dazu ders., Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität: externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus, Frankfurt am Main 1969.

[236] Arnhelm Neusüß war bereits promoviert mit einer Dissertation über: Die Theorien des utopischen Bewußtseins und der „freischwebenden Intelligenz" in der Wissenssoziologie Karl Mannheims, Marburg 1968.

der „Kampagne für Demokratie und Abrüstung" in Frankfurt[237] formuliert worden waren:

„Der Krieg in Vietnam hält mit unverminderter Härte an. Er wird von Tag zu Tag härter und grausamer. Aus Mitgefühl für die unerhörten Leiden der Menschen dieses Landes, aus Sinn für Gerechtigkeit gegenüber nationalen Anliegen eines Volkes und aus Besorgnis über die furchtbaren Gefahren, die der Menschheit aus einer Ausweitung dieses Krieges zum Weltkonflikt drohen, wenden wir uns an die für diesen Krieg Verantwortlichen beider Seiten und fordern: Macht Schluß mit diesem Krieg. Wir wenden uns aber auch an die Bürger unseres Landes, dieses sich nach Frieden sehnende Volk moralisch zu unterstützen. Viele Menschen bei uns haben den Krieg am eigenen Leib zu spüren bekommen und wissen, was es heißt, wenn unschuldige Menschen, Frauen und Kinder zwischen die Mühlsteine einer modernen Kriegsmaschinerie geraten. Tod und Vernichtung, Hunger und Seuchen, Blut und Tränen sind die traurigsten Ereignisse eines jeglichen Krieges. Dazu können und dürfen wir nicht schweigen!"[238]

Was vor allem fehlte, war die „antiimperialistische", antiamerikanische und revolutionäre Rhetorik des SDS. Gegen den Vietnam-Krieg zu protestieren, war demnach für den Jugendkreis vor allem ein Akt der Humanität, nicht ein Teil der antikapitalistischen Strategie. Aus der Erklärung sprach vor allem die pazifistische Tradition der Gewerkschaften und der evangelischen Kirche, die, wie der Weltkirchenpräsident Martin Niemöller[239], bei zahlreichen der Protestveranstaltungen mitwirkte. Auf die radikal-sozialistische Stoßrichtung war vermutlich deshalb verzichtet worden, um möglichst viele Teilnehmer für die Veranstaltung zu gewinnen. 200 Demonstranten versammelten sich schließlich vor dem Jugendheim der IG Metall und marschierten mit Transparenten und Fackeln durch Sulzbach-Rosenberg.[240] Unter ihnen befanden sich knapp 30 Studenten aus Erlangen, wie Altvater und Neusüß vermutlich Mitglieder oder Sympathisanten des SDS.

Im Gegensatz zu den vielen „Demonstrationsneulingen", die wie viele Schüler und Lehrlinge erstmals an einer Protestveranstaltung dieser Art teilnahmen, waren die Studenten viel erfahrener im Umgang mit den neuen Formen des Protests: Sie waren keineswegs gewillt, sich an die gewerkschaftliche Disziplin zu halten, wie sie bei 1. Mai-Umzügen üblich war, und ruhig wollten sie sich ebenfalls nicht verhalten. Sie skandierten lautstark wie ihre Kommilitonen an den Universitäten nun auch in Sulzbach-Rosenberg: „Keine Mark und keinen Mann für den Krieg in Vietnam", „Ami go home" oder „Leute laßt das Gaffen sein, reiht euch lieber bei uns ein". Dazu veränderten sie das gemächliche Schrittempo des Demonstrationszuges und rannten im Laufschritt und untereinander eingehakt durch die Straßen der Maxhüttenstadt. Angeblich, so die örtliche Presse, nahmen die Bürger kaum Notiz von den Studenten. Ob dies tatsächlich so war, darf bezweifelt werden, da

[237] Kraushaar, Schule, Bd. 2, S. 298f.

[238] SRZ vom 13. 3. 1969: „Frieden und Freiheit in Vietnam – Aufruf an die Bevölkerung von Sulzbach-Rosenberg".

[239] Nur wenige Wochen zuvor hatte Martin Niemöller am 29. 2. 1968 in Frankfurt das Hauptreferat auf dem Römerberg gegen den Krieg in Vietnam gehalten. Veranstalter war auch hier die „Kampagne für Demokratie und Abrüstung" gewesen. 6000 Menschen hatten sich dort unter dem Motto „Schluß mit dem Krieg in Vietnam" versammelt; vgl. Kraushaar, Schule, Bd. 2, S. 298f.

[240] SRZ vom 15. 3. 1968: „Nur 200 protestieren"; die Zahlenangaben scheinen eher zu niedrig veranschlagt, allerdings stand die Presse den Protesten nicht besonders wohlgesonnen gegenüber, so daß die Zahlenkorrektur nach unten nicht verwundern braucht; folgendes nach ebenda.

die Demonstranten mitten durch die Innenstadt zogen und es wohl zu einigen Rangeleien mit örtlichen NPD-Mitgliedern und anderen aufgebrachten Zaungästen kam.

Bei der Abschlußkundgebung traten die Probleme, die sich bereits während des Protestmarsches mit den rebellischen Studenten angedeutet hatten, offen zutage. Nachdem Franz Kick den Vietnamkrieg als „unübertroffen in seiner Grausamkeit" brandmarkte, übernahmen die Vertreter des SDS und Arnhelm Neusüß das Wort.[241] Der Krieg in Vietnam werde von den Amerikanern geführt, um das vietnamesische Volk zu vernichten. Es sei „eindrucksvoll, wie ein so kleines Volk gegen die gigantischste Kriegsmaschinerie aller Zeiten mit dem Mut der Verzweiflung kämpft", erklärte der Soziologe vor dem applaudierenden Publikum aus Studenten und jungen Arbeitern, Angestellten und Schülern. Seine uneingeschränkte Sympathie gelte deshalb dem Vietcong. Schließlich setzte der Akademiker in der Arbeiterstadt zum Rundumschlag gegen die herrschende politische Klasse, gegen die Große Koalition und Bundeskanzler Kiesinger an. Dessen Regierungserklärung sei ein Kotau vor den Amerikanern gewesen. „Herr Kiesinger scheint sich über die wirklichen Verhältnisse im unklaren zu sein, oder er versucht, den Bürgern Sand in die Augen zu streuen. In diesem Fall möchte ich Herrn Kiesinger einen Roßtäuscher nennen."

Neusüß traf genau die Stimmungslage seiner Zuhörer und konnte sich seines Erfolgs sicher sein; das galt auch für Elmar Altvater, der große Zustimmung für seine Antwort auf die Frage erhielt, welche politischen Konsequenzen aus der militärischen Aggression der Amerikaner gezogen werden müßten: Erstens eine Spendenaktion für den Vietcong; zweitens aktive Teilnahme an den Protesten gegen Unternehmen, die durch den Krieg profitierten; drittens die „Unterstützung der amerikanischen Widerstandsbewegung" und schließlich die politische Aufklärungsarbeit über die amerikanische Politik in Südostasien.

Nachdem über die meisten Punkte Konsens bestand, wollte Franz Kick die Versammlung ordnungsgemäß um 21.00 Uhr beenden. Das wollten aber die SDS-Vertreter nicht akzeptieren und übernahmen handstreichartig die Versammlungsleitung: „Wir wollen Herrn Kick die Verantwortung abnehmen", so ihre ironische Begründung, schlossen die Versammlung und beriefen sie dann wieder ein – ein oftmals praktiziertes Verfahren, um Sitzungen zu sprengen und die Versammlungsleitung zu übernehmen. Kick sah sich von den Studenten überspielt, die sich seiner Autorität als Leiter der Abendveranstaltung und des Demonstrationszuges nicht beugen wollten. Daraufhin kam es zu hitzigen Diskussionen zwischen Kick auf der einen und Altvater, Neusüß und den SDS-Aktivisten auf der anderen Seite, bei denen es offenkundig beinahe handgreiflich geworden wäre. Die Situation wurde schließlich durch die Staatsgewalt entschieden, die in der Person des örtlichen Polizeimeisters ebenfalls an Ort und Stelle war und die Studenten unter Zurufen wie „Die Polizei ist gegen Diskussionen" zur Beendigung drängte.

Das geschah schließlich auch, und die Studenten und ihre Redner zogen ab, vielleicht ahnend, daß mit den jungen Arbeitern und Angestellten der oberpfälzi-

[241] SRZ vom 16. 3. 1968: „In Sulzbach-Rosenberg ‚probte' der SDS den Aufstand"; folgendes nach ebenda.

schen Eisen- und Stahlindustrie in naher Zukunft wohl doch keine Revolution zu machen war. Die örtliche Presse tobte nach der Veranstaltung[242], und auch Franz Kick und der IG Metall-Jugend dürfte klar geworden sein: Zwischen ihnen und der APO gab es zwar in einigen politischen Fragen einen gemeinsamen Nenner – Notstandsgesetze, Pressekonzentration, Vietnamkrieg –, doch richtete sich ihre Kritik vornehmlich gegen die Verletzung allgemeiner Menschenrechte und Fehlentwicklungen der parlamentarisch-demokratischen Ordnung, während die SDS-Aktivisten das System sprengen und sich schon gar nicht durch gewachsene gewerkschaftliche Autoritäten disziplinieren lassen wollten. Es kann sein, daß es 1968 zu einer vorsichtigen Annäherung zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung in Gestalt vor allem der IG Metall kam.[243] Doch bedeutete die „Hinwendung" der Studenten zu den Organisationen der Industriearbeiter keinesfalls eine Auflösung der Trennungslinien, die zwischen beiden bestanden. Es gab zwar gemeinsame Aktionen und Bündnisse, die Vietnam-Kundgebung in Sulzbach-Rosenberg hatte jedoch die Grenzen der Kooperation deutlich gemacht. Diese waren erstens durch, oftmals unterschätzte[244], programmatische Unterschiede in der Deutung der politischen und wirtschaftlichen Nachkriegsordnung und zweitens durch die organisationskulturelle Tradition der Gewerkschaften markiert, in der spontane Aktionen und direkte Konfrontationen in der Regel nicht als geeignete Mittel der Interessenvertretung angesehen wurden. Gewerkschaftliche Autorität und Disziplin unterschied sich vielfach fundamental von den anarchischen und „antiautoriäten" Überzeugungen der Studentenbewegung.

Allerdings: Selbst wenn sich einige Gewerkschafter und Gymnasiasten aus Schwandorf, Amberg und Sulzbach-Rosenberg durch das Verhalten der Studenten abgeschreckt fühlten, so hinderte sie dies nicht daran, deren Aktionsformen teilweise zu übernehmen. Dazu gehörte der Versuch, breite Bündnisse, auch solche, die über das eigene gewerkschaftlichen Milieu hinausgingen, zu schließen. Partner waren die evangelische Jugend und die Konfirmandengruppen und nicht zuletzt der CVJM, mit dem die Gewerkschaftsjugend ein von vielen jungen Leuten aus Sulzbach-Rosenberg getragenes Bündnis gegen die Notstandsgesetzgebung und den „Faschismus" in Gestalt der NPD schmiedete.[245]

Der Politisierungsschub, der Kick und viele andere junge Gewerkschafter erfaßte, hatte in den Jahren um 1967/68 eingesetzt und war noch keineswegs abgeebbt, als die protestierenden Studenten die Fahnen schon längst eingerollt hatten.

[242] SRZ vom 16. 3. 1968: „Ein kleiner Vorgeschmack": „In Sulzbach-Rosenberg haben wir am Donnerstagabend nur einen kleinen Vorgeschmack von dem bekommen, was uns noch alles bevorstehen kann, würde man die Radikalinskis, gleich ob sie links oder rechts außen marschieren, weiter gewähren lassen. Das Endresultat könnte dann schnell wieder eine Diktatur mit Rechtlosigkeit, Vernichtung der geistigen Freiheit und der Menschenwürde sein. Wirrköpfige junge Intellektuelle spielen sich bereits als ihre Standartenträger auf. Etwas Positives hatte ihr kurzes „Gastspiel" bei uns in jedem Fall: Man weiß jetzt, mit wem man es zu tun hat. Peinlich genug für die Initiatoren der Protestaktion, daß sie das SDS-Störmanöver über sich ergehen lassen mußten. Es gereicht ihnen zur Ehre, daß sie sich gegen die Verfärbung ihrer ehrlichen Absichten wandten und sich mit denen, die am Donnerstagabend in Sulzbach-Rosenberg eine günstige Luft für ihre eigene Demonstration witterten, nicht identifizierten."

[243] Vgl. Marcia Tolomelli, 1968: Formen der Interaktion zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung in Italien und Deutschland, in: Gilcher-Holtey, 1968, S. 82–100, hier S. 93.

[244] So bei Tolomelli, Formen, in: Gilcher-Holtey, 1968, S. 99f.

[245] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 15, Sitzung des Jugendausschusses vom 21. 10. 1968.

Die Reformforderungen waren bei den jungen IG Metall-Mitgliedern nicht zuletzt deshalb auf besonders fruchtbaren Boden gefallen, weil ihre älteren Jugendfunktionäre wie Franz Kick bereits durch die Diskussion um die Notstandsgesetze politisiert und sensibilisiert worden waren. Der Protest und die radikalisierte Gesellschaftsdeutung entstanden keineswegs aus dem Nichts, sondern konnten an längere gewerkschaftliche Traditionen der Kapitalismus- und Gesellschaftskritik anknüpfen, die besonders in der IG Metall tief verwurzelt waren. Neu war vor allem, daß innerhalb der IG Metall nicht mehr nur nach dem gewerkschaftlichen Kollektiv, sondern auch nach der „Befindlichkeit" und den individuellen Erfahrungen der einzelnen Gewerkschaftsmitglieder gefragt wurde. Dazu gehörte das Thema Sexualität, die Frage nach familiärer Erfahrung und autoritärer Prägung, aber auch nach geschlechtsspezifischen Rollen- und Verhaltensmustern. Die Ansätze dafür waren erst sehr rudimentär entwickelt. Sie zeigten jedoch, daß sich mit der veränderten Pädagogik auch die nachwachsende gewerkschaftliche Klientel verändert hatte, deren Interesse zwar immer noch der historischen Bedeutung und den kollektiven Erfahrungen der Arbeiterbewegung galt, die aber auch zunehmend ihre individuellen Bedürfnisse entdeckte und nach den gesellschaftlichen Zwängen und ihrer persönlichen Entfaltungsmöglichkeit zu fragen begann. Politisch-ökonomische Deutungen dominierten – keine Frage. Doch war unschwer zu erkennen, wie folgenreich die vielfach vermittelte Lektüre reformpädagogischer und psychologischer Klassiker wie Wilhelm Reich und Sigmund Freud gewesen war. Wenn sich Jugendliche und junge Erwachsenen über „gesellschaftliche Verhältnisse" klar werden wollten, beschränkten sie sich nicht mehr nur auf die Außenanalyse des „Systems", sondern fragten auch nach dem Innenleben der eigenen Person. Welche Konsequenzen sich aus diesem Mischungsverhältnis gewerkschaftlicher Tradition und gesellschaftlichen Individualisierungsimpulsen ergeben würden, war am Beginn der siebziger Jahre noch nicht zu erkennen. Eines war aber sicher: Die gewerkschaftliche Jugendarbeit hatte sich genauso wie ihre Aktivisten und ihre Zielgruppe spürbar verändert. An neuem Selbstbewußtsein und kritischer Reflektionsfähigkeit mangelte es der jungen Generation jedenfalls nicht.

2. Vom Arbeiter zum Arbeitnehmer?

„Wie gut geht es uns doch heute im Vergleich zu früher".[246] Voller Stolz zog der kaufmännische Direktor der BBI, Georg Kramer, zum Barbarafest 1967 seine Bilanz von mehr als sechzig Jahren Braunkohlentagebau in Wackersdorf. Die bittere Not der Nachkriegsjahre sei überwunden, der soziale Aufstieg und Wohlstand jedes einzelnen Belegschaftsmitgliedes überall sichtbar. Das Wirtschaftswunder habe aus dem einfachen Arbeiter einen zufriedenen und in seiner Existenz gesicherten Bürger gemacht. Dafür hätten große Anstrengungen unternommen werden müssen. Die harte Arbeit, der Schichtbetrieb und die Krise auf dem Kohlenmarkt seien für jeden Bergmann eine enorme Belastungsprobe, die BBI sei deshalb

[246] BBB, H. 67, 1967, S. 23; die folgenden Zitate nach ebenda.

„kein Betrieb für zarte Knäblein"; ein Urteil, das vermutlich auch jeder „Maxhütterer" hätte unterschreiben können.

In Kramers Bericht spiegelt sich der Prozeß der „Entproletarisierung" der Arbeiterschaft, der Abschied von der Hungerleiderexistenz und die Teilhabe der Belegschaft an der Wohlstands- und Wachstumsgesellschaft wider. „Die Angleichung des Lebensstandards nach oben"[247], so Josef Mooser, habe die Assoziation von Arbeiterschaft und relativer Armut aufgelöst, wenn auch weiterhin strukturelle Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten bestehen blieben, wie er mit Recht behauptete. Doch hatten sich die Lebensverhältnisse der bayerischen Montanbeschäftigten tatsächlich so rasch und fundamental verändert? Gehörte die Erfahrung sozialer Mobilität tatsächlich zu den Wesensmerkmalen des Arbeiterlebens? Wie entwickelten sich Arbeiter- und Angestelltenlöhne, wie die Löhne im Vergleich zu den Löhnen in der westdeutschen Schwerindustrie? Welche neuen Arbeitsplätze wurden geschaffen, welche Qualifikationen benötigte man dafür, wer waren die Verlierer, wer die Gewinner der betrieblichen Modernisierung? Und: Was für neue Gefahren bargen die Veränderungen in sich?

a) Löhne und Gehälter

Die rasanten ökonomischen Veränderungen der oberpfälzischen Eisen-Stahl- und Braunkohlenindustrie, von denen BBI-Direktor Kramer euphorisch gesprochen hatte, waren für jeden einzelnen Beschäftigten deutlich spürbar.

Das jährliche Gesamteinkommen eines BBI-Arbeiters belief sich 1966 auf etwas mehr als 10000 DM und war damit innerhalb von zwei Jahren – parallel zur Tarifentwicklung im westdeutschen Bergbau[248] – um 14 Prozent gestiegen.[249] Der Stundenlohn der BBI-Arbeiter, der 1963/64 bei rund 3,35 DM gelegen hatte, betrug 1965/66 etwas mehr als 4 DM. In der langfristigen Perspektive werden die Veränderungen noch deutlicher: Zwischen den Geschäftsjahren 1958/1959 und 1978/1979, kurz vor Schließung des Werkes, stiegen die durchschnittlichen Gesamtbezüge von 5111 DM auf 25241 DM und die Bruttolöhne je vergütete Stunde von 1,77 DM auf 10,41 DM an.[250] Während der Anteil der Entlohnung für Überstunden und der Wert der Deputate an der gesamten Lohnsumme zurückgegangen war, waren für die Steigerung des Einkommens der Arbeiter vor allem die zusätzlichen Urlaubs-, Freizeit- und Ruhetagsvergütungen verantwortlich, die die Gewerkschaften der Unternehmensleitung in den Tarifverhandlungen abgerungen hatten.

Ihre Kollegen aus Haidhof, Fronberg und Sulzbach-Rosenberg konnten auf eine ganz ähnliche Entwicklung zurückblicken. Das verdeutlicht bereits ein erster Blick auf den Facharbeiter-Ecklohn, der zwischen 1960 und 1975 von 2,10 DM auf 7,44 DM in der Stunde anstieg[251]; der Brutto-Lohn erhöhte sich dank tarif-

[247] Mooser, Arbeiterleben, S. 227.
[248] Jahrbuch 1966/67. Hrsg. von der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum o.J., S. 124, S. 140f.
[249] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialstatistik der BBI für das Geschäftsjahr 1965/66, Lohn- und Lohnnebenkosten eines durchschnittlich angelegten Arbeiters.
[250] Bayerische Braunkohlen Industrie AG, 75 Jahre, S. 92f.; folgende Angaben nach ebenda.
[251] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1975, S. 17.

licher und betrieblicher Vereinbarungen sogar auf 11,88 DM. Während die Beschäftigten der Maxhütte noch zu Beginn der sechziger Jahre durchschnittlich mit rund 6800 DM nach Hause gingen, waren es 1975 bereits rund 24840 DM[252]; das entsprach etwa dem Niveau der benachbarten Braunkohlenbeschäftigten.

Die Zuwächse fielen in der Belegschaft unterschiedlich aus: Arbeiter konnten mit einer tariflichen Erhöhung ihrer Lohngruppen einen Zuwachs von 254 Prozent verbuchen, bei den Tarifangestellten lag er mit 245 Prozent immerhin 9 Prozentpunkte darunter; ein Hinweis auf die gleichermaßen vorhandene Annäherung wie fortbestehenden Unterschiede zwischen Arbeiter- und Angestelltenbezügen. Insgesamt profitierten beide Gruppen von den insgesamt 23 Tarifabschlüssen, die eine Vielzahl von Verbesserungen möglich machten. Dazu gehörten nicht nur die Erhöhung und Erweiterung tariflicher Zuschläge etwa für Sonntagsarbeit und Nachtschichten, sondern auch die Veränderung des Lohngruppenschlüssels, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Funktionszulagen für Meister, Produktivitätsprämien, die Einführung von Leistungsbeurteilungen für Zeitlöhner und Angestellte und der Wegfall von Leichtlohngruppen. Die Folge: Die durchschnittlichen monatlichen Tarifgehälter stiegen von 689 DM im Jahr 1960 auf 2189 DM im Jahr 1975 an.[253] Angesichts dieser Entwicklung hatten viele Arbeiter ihren Nebenverdienst in der Landwirtschaft inzwischen aufgegeben und ihr Land verkauft oder verpachtet. Unmittelbar nach dem Krieg und noch in den fünfziger Jahren hatte der landwirtschaftliche Nebenerwerb für viele einen wesentlichen Teil des monatlichen Einkommens bedeutet[254]; nicht umsonst hieß es damals: „der Verdienst auf der Max-Hütte ist nur ein Nebenverdienst". Das hatte sich mittlerweile grundlegend geändert.[255] In der Personalabteilung ging man davon aus, daß maximal noch zehn Prozent der Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft kamen und als Arbeiterbauern[256] in der Industrie tätig waren.

Die Basis der Entlohnung bildete der Facharbeiter-Ecklohn der Lohngruppe 4. Die niedrigste Lohngruppe, die ungelernten Arbeitnehmer, erhielten 86 Prozent des Facharbeiterlohnes, die höchstqualifizierten Facharbeiter 125 Prozent. Während es 1960 noch 9 tarifliche Lohngruppen für die Arbeitnehmer gegeben hatte, konnten in den Tarifverhandlungen schrittweise bis 1972 drei der Leichtlohngruppen aufgelöst werden, wovon vor allem Frauen und solche Beschäftigte profitierten, die am Ende der Lohnskala standen. Auch innerhalb der Gruppe der Facharbeiter veränderte sich die Lohngruppeneinteilung. Die zunehmend spezialisierte und differenzierte Produktion mit den erhöhten Anforderungen und Leistungsprofilen führte hier dazu, daß eine zusätzliche Lohngruppe geschaffen wurde, um den veränderten Rahmenbedingungen gerecht zu werden.

[252] Ebenda, S. 28.
[253] Ebenda, S. 23.
[254] Archiv des SOFI Göttingen, 61645, Expertengespräch mit dem Leiter der Personalabteilung der Maxhütte von Sulzbach-Rosenberg, S. 3.
[255] Archiv des SOFI Göttingen, 60632, Gespräch mit Mohr, Baethge und Lanz (Personalabteilung der Maxhütte) vom 23. 6. 1971.
[256] Zur Frage der Arbeiterbauern Andreas Eichmüller, „I hab' nie viel verdient, weil i immer g'schaut hab', daß as Anwesen mitgeht". Arbeiterbauern in Bayern nach 1945, in: Thomas Schlemmer, Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2, Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002, S. 179–268.

Allerdings, und das sollte eine Konstante der lohn- und einkommenspolitischen Entwicklung in der oberpfälzischen Montanindustrie bleiben: Trotz der immensen Lohn- und Einkommenszuwächse lagen die Beschäftigten in Sulzbach-Rosenberg, Haidhof und Wackersdorf immer noch hinter ihren Kollegen an Rhein und Ruhr. Die Differenzen waren zwar deutlich geringer geworden, doch auch zu Beginn der siebziger Jahre verdiente ein Stahlarbeiter in Gelsenkirchen oder Dortmund durchschnittlich sechs bis acht Prozent mehr als sein oberpfälzischer Kollege.[257] Die ewige Forderung einer Angleichung der Löhne und Gehälter blieb unerfüllt. Nicht nur das: auch innerhalb der bayerischen Wirtschaft machte sich ein zunehmender Bedeutungsverlust der Montanindustrie als Wirtschaftsfaktor bemerkbar. Die einstige unumstrittene Spitzenstellung innerhalb der Lohnpyramide hatten die Eisen- und Stahlindustrie und der Bergbau verloren.[258] Zu Beginn der siebziger Jahre zählte die bayerische Montanindustrie bei den Bruttowochenverdiensten der männlichen Arbeitnehmer zwar noch zu den führenden Industriezweigen, doch waren die Verdienstmöglichkeiten in der Investitionsgüterindustrie wie beim Kraftfahrzeug- oder beim Stahl- und Leichtmetallbau erheblich günstiger als in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie. Das Schlußlicht bildete – im gesamten Bundesgebiet wie auch in Bayern – die Verbrauchsgüterindustrie, die Glas- und Holz-, Schuh- und Bekleidungsindustrie, in der vielfach Frauen beschäftigt waren. Der Wandel Bayerns vom Agrar- zum Industriestaat, dessen Leitindustrien dem sekundären und tertiären Sektor angehörten[259], schlug sich auf diese Weise auch in der Veränderung der Lohn- und Einkommensverteilung nieder. Die Marschgeschwindigkeit gaben andere Industriezweige vor, die Automobil- und Chemieindustrie beispielsweise, nicht mehr die BBI und auch nicht die Maxhütte.

Konsum

Aufgrund der realen Lohnerhöhungen glichen sich auch Angestellten- und Arbeiterhaushalte in ihrer Verbrauchsstruktur weiter an, ohne daß allerdings die Unterschiede ganz verschwunden wären. Der Anteil der Ausgaben, den eine bayerische Arbeitnehmerfamilie mit mittlerem Einkommen[260] und zwei Kindern für Nahrungs- und Genußmittel ausgeben mußte, war zwischen 1958 und 1966 um weitere 7,2 Prozentpunkte auf 38,9 Prozent gesunken, bei den gehobenen Einkommen lag der Anteil jetzt bei 27 Prozent; er war allerdings langsamer zurückgegangen als bei den mittleren Einkommen. Die Ausgaben von Familien folgten in den sechziger Jahren ähnlichen Prioritäten, wie sie bereits Mitte der fünfziger Jahre sichtbar geworden waren. Allerdings hatte sich das Konsumverhalten spürbar geändert. Die Arbeiter konnten sich nun nicht nur mehr leisten, sondern auch An-

[257] Archiv des SOFI Göttingen, 61644, Gespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden von Sulzbach-Rosenberg vom 25. 6. 1971 (Interview anonymisiert).

[258] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1975, S. 342 f.

[259] Dazu ausführlich auch Erker, Sehnsucht, S. 491 f.

[260] Die Angaben beziehen sich auf den privaten Verbrauch von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen je Haushalt und Monat für das Jahr 1964 und 1966, wobei die durchschnittlichen BBI-Arbeiterlöhne mit den mittleren bayerischen Einkommensgruppen vergleichbar waren. Die Verbrauchsstruktur unterscheidet nicht zwischen Arbeiter- und Angestelltenhaushalten, sondern nur nach Einkommensgrenzen.

deres und Besseres. Konkret hieß das: Die Ernährung war kalorienhaltiger und weniger eintönig als noch zu Beginn der fünfziger Jahre. Industrielle Fertigprodukte kamen erstmals auf den Küchentisch. Die Arbeitnehmer gaben immer mehr Geld für elektrische Haushaltsgeräte, für Körperpflege, Uhren und Urlaub aus.[261] Spätestens seit Anfang der sechziger Jahre befanden sich die Arbeitnehmerhaushalte auch der mittleren Einkommen nicht mehr vor dem Tor zur, sondern bereits mitten in der Konsumgesellschaft.[262] Vor allem die Tatsache, daß sich nun auch breitere Einkommensgruppen ein Auto leisten konnten, zeigt, daß sich der Blick der Arbeitnehmer nun weniger auf „Entbehrtes, sondern [mehr] auf Begehrtes"[263] richtete.

Die Nutznießer dieser Entwicklung waren vor allem die jungen Arbeitnehmer.[264] Beinahe die Hälfte der 16 bis 23jährigen besaßen bereits zu Beginn der sechziger Jahre ein Motorrad[265], ein Fahrrad, der Jugendtraum ihrer Väter, war mittlerweile eine Selbstverständlichkeit geworden.[266] Das galt auch für andere Gegenstände, die sich die jungen Lehrlinge und angehenden Facharbeiter von ihrem eigenen Gehalt leisten konnten. Ein Auto besaß bereits jeder fünfte, ein Kofferradio nannten immerhin 34 Prozent aller Jungarbeiter in der nordbayerischen Metallindustrie ihr Eigen. Das übrige Geld gaben sie vorwiegend für Kinobesuche, abendliche Vergnügungen und für Tabak aus[267], zugleich legten sie aber großen Wert darauf, einen Teil ihrer monatlichen Ersparnisse zurückzulegen und für den Bau eines Eigenheimes zu sparen. Ein sozialer Aufstieg schien vielen keinesfalls ausgeschlossen. Mehr als 30 Prozent glaubten, zum Werkmeister aufsteigen zu können[268]; jeder fünfte meinte, es mit Hilfe von Abendkursen und Fortbildungen zum leitenden Techniker, Ingenieur oder Meister zu bringen, und nur vier Prozent sahen sich am Ende ihres beruflichen Lebens noch an der gleicher Stelle wie zu Beginn ihres Berufseintritts. Mehr als das Ziel, eine befriedigende Arbeit zu finden, galt ihnen der Wunsch, im Betrieb vorwärtszukommen und auf der Karriereleiter Schritt für Schritt emporzusteigen.[269] Sozialer Stillstand schien in der Vorstellungswelt der jungen Arbeiter ausgeschlossen. Durch Bildung, Können und Fleiß glaubten sie, sozial aufsteigen zu können – ein Grundgedanke, der viele der jungen Arbeiter, die um 1945 geboren waren, prägte. Klassengegensätze

[261] Jahrbuch 1966/67. Hrsg. von der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum o.J., S. 124 u. S. 140f.
[262] Vgl. Wildt, Beginn, S. 258.
[263] Ernest Zahn, Soziologie der Prosperität. Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen des Wohlstandes, Köln, Bonn 1960, S. 22.
[264] Nachfolgende Angaben beziehen sich auf Lehrlinge und junge Erwachsene zwischen 16–23 Jahren, die im Rahmen einer industriesoziologischen Studie u.a. in der nordbayerischen Metallindustrie befragt wurden. Zu den Unternehmen gehörten u.a. die Luitpoldhütte und die Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg, die einen wesentlichen Teil der Probanden stellten. Es scheint deshalb zulässig, die allgemeinen, nicht nach Werken unterschiedenen Untersuchungsergebnisse zumindest in ihrem Trend auch auf die bayerische Montanindustrie zu beziehen. Vgl. dazu Theodor Scharmann, Lebensplanung und Lebensgestaltung junger Arbeiter. Aus der Metallindustrie der Bundesrepublik und der Schweiz. Fragestellung, Methoden und Ergebnisse einer Befragung, Bern, Stuttgart 1967.
[265] Scharmann, Lebensplanung, S. 241 (Tabelle 109).
[266] Ebenda, S. 277 (Tabelle 189).
[267] Ebenda, S. 226 (Tabelle 79).
[268] Ebenda, S. 200 (Tabelle 33); es waren nur einmalige Nennungen erlaubt.
[269] Ebenda, S. 193 (Tabelle 22).

und die damit verbundenen starren gesellschaftlichen Schranken paßten dagegen nicht in die Vorstellungswelt der Konsumgesellschaft, viele Jugendliche erlebten tatsächlich eine partielle Annäherung an den Lebensstil anderer gesellschaftlicher Schichten.[270] Das dürfte mit ein Grund dafür gewesen sein, warum nur mehr wenige sich als klassenbewußte Arbeiter fühlten.[271]

Dem Sprung in die Unabhängigkeit waren allerdings noch immer enge Grenzen gesetzt. Mehr als fünfzig Prozent wohnten Anfang der sechziger Jahre in einem Zimmer bei den Eltern, 30 Prozent hatten im elterlichen Wohnhaus, dann zumeist mit ihrer Frau oder Verlobten, eine kleine, aber immerhin eigene Wohnung. Insgesamt konnten also mehr als 80 Prozent der jungen Arbeiter auf die Ressourcen des Elternhauses zurückgreifen, in dem zahlreiche neue Konsumgüter Einzug gehalten hatten.[272] Wer kein eigenes Radio besaß, konnte zumindest die Fußballübertragungen oder Musiksendungen bei den Eltern anhören; beinahe jede Familie verfügte über ein solches Gerät, das vielfach den Mittelpunkt des Familienlebens bildete.[273] Anders war es 1962 bei Fernsehgeräten, die noch nicht zu den Standard-Konsumgegenständen gehörten.[274] Trotzdem wuchsen immerhin bereits 47 Prozent aller Arbeiterjugendlichen Anfang der sechziger Jahre mit einem schwarz-weiß Fernseher auf, für beinahe die Hälfte aller jungen Männer hatte der Fernseher zu diesem Zeitpunkt alles Exotische verloren und war zu einem alltäglichen Konsumgut geworden.

Der Wandel der Konsumwelt und die Technisierung der Haushalte in den sechziger Jahren[275] führten allerdings nicht notwendigerweise zu einer Entlastung der Mütter von jugendlichen Arbeitern. Ihr Arbeitsaufwand in einem Vier-Personen-Haushalt stieg zwischen 1953 und 1966 sogar von wöchentlichen 69,2 Stunden auf 72,2 Stunden.[276] Davon bekamen die jungen Männer aber zumeist nichts mit. Denn Hausarbeit gehörte, auch wenn sie bei ihren Eltern wohnten, nicht zu ihren Pflichten. Viele der Veränderungen waren für sie normal geworden. Ein Staubsauger, in den fünfziger Jahren noch ein unerschwingliches Luxusprodukt, war mittlerweile in beinahe jedem nordbayerischen Arbeiterhaushalt zu finden[277]; mehr als drei Viertel besaßen eine Nähmaschine, 70 Prozent bereits einen Kühlschrank und 40 Prozent eine Waschmaschine. Mit den steigenden Löhnen veränderten sich nicht nur die Konsummöglichkeiten, sondern auch die Konsumerwartungen der jungen Arbeiter. „Proletarische Existenzen", arme Hungerleider waren sie in der Regel nicht mehr. Ihre Erwartungen orientierten sich mehr und mehr an den

[270] Vgl. auch Mooser, Arbeiterleben, S. 216.
[271] Scharmann, Lebensplanung, S. 204 (Tabelle 38).
[272] Ebenda, S. 276 (Tabelle 188).
[273] Vgl. Axel Schildt, Hegemon der häuslichen Freizeit: Rundfunk in den 50er Jahren, in: Schildt, Sywottek (Hrsg.), Modernisierung, S. 458–476.
[274] Vgl. dazu Axel Schildt, Der Beginn des Fernsehzeitalters, Ein neues Massenmedium setzt sich durch, in: Schildt, Sywottek (Hrsg.), Modernisierung, S. 477–492.
[275] Dazu Herrad Ulrike Bussemer u.a., Zur technischen Entwicklung von Haushaltsgeräten und deren Auswirkungen auf die Familie, in: Toni Pierenkemper (Hrsg.), Haushalt und Verbrauch aus historischer Perspektive, St. Katharinen 1987, S. 237–316, hier. S. 316; Iris Duchêne, Technisierungsprozesse der Hausarbeit, Pfaffenweiler 1994, S. 101.
[276] Vgl. Ernst Zander, Arbeitszeitaufwand in städtischen Haushalten, in: Haushalt und Wissenschaft 15 (1967), S. 71–81.
[277] Scharmann, Lebensplanung, S. 276 (Tabelle 188); folgende Angaben nach ebenda.

neuen Möglichkeiten, die ihnen das „Wirtschaftswunder" eröffnete: An erster Stelle stand der Traum von einem eigenen Auto. Früher galt das Fahrrad, in den fünfziger Jahren noch der Motorroller als beinah unerreichbarer Luxus. Auf die Frage, wofür sie später ihren Lohn in erster Linie ausgeben würden, gaben 28 Prozent ein Auto an[278]; Kühlschrank und Badewanne folgten mit weitem Abstand. Kein Zweifel: Eine neue männliche Arbeitergeneration wuchs heran, die den Zuwachs, nicht aber den Mangel gewohnt war. Ihr Erwartungshorizont war nicht mehr von der Weltwirtschaftskrise und den Kriegsjahren, sondern von der Prosperität der späten fünfziger und frühen sechziger Jahre geprägt. Freilich blieb ihre Arbeit beschwerlich und ihr Lehrlingsgehalt niedriger als das der angehenden Kaufleute. Sie hatten nicht aufgehört, Arbeiter zu sein und waren auch nicht in einer „nivellierten Mittelstandsgesellschaft"[279] aufgegangen. Noch war der Traum vom eigenen Auto und einem eigenen Haus lange nicht verwirklicht. Doch war vieles inzwischen selbstverständlich geworden, wovon die Väter und Großväter nicht einmal zu träumen gewagt hätten.

Belegschaftsentwicklung

Die Belegschaftsentwicklung konnte von den veränderten Rahmenbedingungen nicht unberührt bleiben. Bis Mitte der sechziger Jahre war die Zahl der Beschäftigten noch gestiegen und hatte 1966 mit 9397 Arbeitern und Angestellten ihren Höhepunkt erreicht; damals arbeiteten bei der Maxhütte 7865 gewerbliche Arbeitnehmer, 1088 Angestellte sowie 303 Auszubildende und Praktikanten.[280] Seit der Rezession von 1966/67 sank die Zahl der Beschäftigten in allen Werksteilen, allerdings in unterschiedlicher Geschwindigkeit; 1975 waren es noch 7511. Besonders schwerwiegende Verluste mußte der Eisenerzbergbau und das Werk Haidhof hinnehmen. Rationalisierung und die Stillegung von Teilbetrieben führten alleine zwischen 1966 und 1971 zu einem Abbau der Belegschaft um rund 1300 Beschäftigte. Am Sitz der Hauptverwaltung in Sulzbach-Rosenberg erfolgten die Personaleinsparungen nicht mit vergleichbarer Härte; nur 328 Stellen mußten hier den veränderten Marktbedingungen geopfert werden. Das entsprach rund acht Prozent, während Haidhof über ein Drittel seiner Belegschaft verlor. Der Rückgang traf insbesondere die Gruppe der Lohnempfänger, deren Anteil an der Gesamtbelegschaft der Maxhütte von rund 87,7 Prozent im Jahr 1960 auf etwa 82 Prozent im Jahr 1975 fiel.[281] Im gleichen Zeitraum stieg dagegen der Anteil der Angestellten von 10,1 Prozent auf 15,3 Prozent; 1960 hatte die innerbetriebliche Statistik noch 900 Angestellte gezählt, 1975 waren es 1148.

[278] Ebenda, S. 281 (Tabelle 191); die Jugendlichen durften in diesem Fall jeweils nur eine Nennung abgeben.

[279] Der Begriff Helmut Schelskys gehörte zu einem der einflußreichen soziologischen Deutungsmuster der jungen Bundesrepublik. Vgl. dazu kritisch Hans Braun, Helmut Schelskys Konzept der „Nivellierten Mittelstandsgesellschaft" und die Bundesrepublik der fünfziger Jahre, in: AfS 29 (1989), S. 199–223.

[280] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1971, S. 7; folgende Angaben nach ebenda und eigenen Berechnungen.

[281] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1975, S. 7; Angaben nach eigener Berechnung.

Das war eine Entwicklung, wie sie auch in der benachbarten Braunkohlenindustrie zu beobachten war. In den sechziger Jahren konnte man dort auch noch einen merklichen Qualifizierungs- und Mobilitätsschub der Arbeiterschaft feststellen, wie ein Vergleich der Eingruppierung zwischen 1958 und 1966 zeigt.[282] Unter der auf 1305 Arbeiter angewachsenen Belegschaft hatten vor allem die Angelernten und die Facharbeiter zugenommen, deren Anteil bis auf 29,5 beziehungsweise 35,9 Prozent angestiegen war. Der Anteil der Ungelernten sank dagegen um mehr als zwei Prozent. Die innerbetriebliche Mobilität setzte sich zumindest bis zum Vorabend des Rezessionsjahres 1967 ungebrochen fort. Sie beschleunigte sich sogar: Den Aufstieg zum gutbezahlten Facharbeiter schafften bis 1966 immerhin 525 der 1195 Arbeiter. Die Zahl der Ungelernten fiel auf nur mehr 30,8 Prozent und hatte sich damit in acht Jahren um insgesamt rund sechs Prozent reduziert.[283]

Der innere Umschichtungsprozeß, der sich bereits nach dem Krieg abgezeichnet hatte, setzte sich damit in den fünfziger und vor allem sechziger Jahren bei der BBI und der Maxhütte gleichermaßen weiter fort. Mit der Eingruppierung verringerte sich zugleich der Unterschied zwischen dem durchschnittlichen Arbeiterlohn und dem Angestelltengehalt. Von der betrieblichen Durchlässigkeit profitierten vor allem die Angelernten, weniger jedoch diejenigen, die am unteren Ende der Lohnpyramide eingruppiert waren.[284] „Das Ansteigen des Anteils der Facharbeiter", erklärte der BBI-Vorstand, sei „nicht auf Neueinstellungen zurückzuführen, sondern auf die Besetzung entsprechender Arbeitsplätze mit der vorhandenen Belegschaft. Das gleiche gilt auch für die Angestellten."[285] Dagegen gingen die Entlassungen „fast ausschließlich zu Lasten der Ungelernten", wobei die Jahre der Dienstzugehörigkeit und das ordnungsgemäße Verhalten im Betrieb neben der wirtschaftlichen Brauchbarkeit wesentliche Kriterien dafür waren, ob ein Ungelernter seinen Arbeitsplatz verlor oder nicht.

Personalabbau konnte deshalb wie bei der Maxhütte durchaus einhergehen mit innerbetrieblicher Mobilität. Der Wechsel vom Arbeiter- in den Angestelltenstatus war ein Ziel, das in den sechziger Jahren nicht mehr in unerreichbarer Ferne lag. Mit der fortschreitenden Rationalisierung einerseits und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten andererseits, vor denen die Maxhütte seit der Rezession stand, veränderte sich noch ein weiteres Merkmal der Belegschaftsstruktur: das Lebensalter. Lag das Durchschnittsalter eines Arbeiters 1960 noch bei 37 Jahren, so stieg es bis 1965 auf 39 und schließlich bis 1975 auf 40 Jahre[286] und näherte sich damit dem der Angestellten, das traditionell zwei bis drei Jahre höher lag, an. Zugleich

[282] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialstatistik der BBI für das Geschäftsjahr 1965/1966, Eingruppierung der Belegschaft; für spätere Jahre liegen keine Daten vor; folgende Angaben nach ebenda.

[283] Die Zahl der Angelernten lag nun bei 302.

[284] Im Geschäftsjahr 1963/64 waren sieben, 1964/65 waren vier und 1965/66 waren ebenfalls vier Arbeiter in das Angestelltenverhältnis übernommen worden; Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialstatistik der BBI für das Geschäftsjahr 1965/66, Belegschaftsbewegung.

[285] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959. Die Einschätzung für das Jahr 1958 treffen in gleicher Weise auch für das Jahr 1966 zu; folgendes Zitat nach ebenda.

[286] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1975, S. 9.

stellte sich ein Problem, das besonders in den Jahren nach Kriegsende den Verantwortlichen großes Kopfzerbrechen bereitet hatte, nicht mehr. Denn mit der Alterung der Belegschaft war der Anstieg der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit und damit eine sinkende Fluktuationsrate verbunden.[287] Die meisten der Arbeiter und Angestellten, die vielfach erst nach 1945 in die Oberpfalz gekommen waren, hatten sich in der Region angesiedelt und blieben nun am Ort.[288]

Wohnungsbau

Nicht ohne Stolz blickten die zuständigen Sozialpolitiker der Maxhütte 1975 auf die betriebliche Wohnungsbaupolitik zurück: „Die Situation auf dem Wohnungssektor hat sich durch die gezielten Maßnahmen innerhalb der letzten 15 Jahre so verbessert, daß es heute nur noch in wenigen Bereichen Wohnungsprobleme gibt. [...] Bis in die 60er Jahre hinein galt die Sorge dem ‚Dach auf dem Kopf'. Heute werden vornehmlich gut ausgestattete größere Wohnungen gesucht".[289] Der Unternehmensbericht war tatsächlich keine Übertreibung. Zwischen 1960 und 1975 nahm die Zahl der betrieblich geförderten Wohnungen von 1450 auf 2400 zu. Darin spiegelte sich die Antwort des Unternehmens auf die veränderte Bedürfnislage der Arbeiter wider.[290] Bis 1960 war die Zahl der Wohnungssuchenden in allen Werksteilen rapide zurückgegangen. Die Wohnungsnot, die nach dem Krieg bestanden hatte, war bis dahin vor allem durch den Bau von werkseigenen Mietwohnungen bekämpft worden. Über eigene Wohnungen oder gar Häuser verfügten die Arbeiter in der Regel nicht. Das änderte sich in den sechziger Jahren, als der finanzielle Spielraum der Maxhüttenbeschäftigten größer wurde. Das Werk gab Anschubfinanzierungen für den Bau von Eigenheimem, gewährte günstige Darlehen und förderte nach Möglichkeit die feste Ansiedlung ihrer Beschäftigen in den eigenen vier Wänden. 1975 wohnten immerhin bereits 32 Prozent aller Beschäftigten der Maxhütte in einer vom Betrieb geförderten Wohnung, während es 1960 lediglich 16 Prozent gewesen waren. Insgesamt gewährte die Maxhütte zwischen 1960 und 1975 rund 8,1 Mio. DM als Arbeitgeber-Darlehen, weitere 17 Mio. DM wurden über ein Pensionskassen-Darlehen kostengünstig zur Verfügung gestellt.

Beinahe parallel dazu nahmen die werkseigenen Wohnungen auf 180 Wohnungseinheiten ab, was vor allem zwei Gründe hatte: Erstens wurden zahlreiche Wohnungen saniert und zu größeren Wohnungen ausgebaut, um den veränderten Ansprüchen der Arbeitnehmer gerecht zu werden. Dächer wurden neu gedeckt, Innenhöfe neu gestaltet und Fassaden heruntergeputzt. Auch die Wohnungen selbst bekamen ein neues Gesicht. Die Bäder erhielten Kacheln, neue Leitungen wurden gelegt, Fenster eingebaut und die sanitären Anlagen auf einen neuen Standard gebracht, der nicht mehr an Krieg und Flüchtlingsbaracken erinnerte. Ein entscheidendes Element dieser Umgestaltung war vor allem der Einbau von neuen Toiletten, die sich in den Wohnungen und nicht mehr auf den Etagen befanden.

[287] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1974, S. 13.
[288] Archiv des SOFI Göttingen, 60633, Expertengespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden der Maxhütte Richard Edenhofer vom 24. 6. 1971, S. 6.
[289] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1975, S. 63, S. 65.
[290] Ebenda, S. 63.

Auch hier war kaum zu übersehen, daß sich mit betrieblicher Unterstützung die Lebensweisen und Alltagsgewohnheiten zwischen Arbeitern und Angestellten, die in ihren Siedlungen schon länger über ausreichende sanitäre Anlagen verfügten, in den sechziger Jahren anzugleichen begannen.

Vermögensbildung

Wichtiges Indiz für den „Abschied von der Proletarität" und zugleich Voraussetzung für den Erwerb von Eigenheimen und Privatwohnungen, waren die neu gewonnenen finanziellen Ressourcen, die sich auch und besonders markant in der Vermögensbildung der Arbeitnehmerhaushalte niederschlugen. Die Vermögenslosigkeit der Arbeiterhaushalte gehörte zu den wesentlichen Elementen sozialer Ungleichheit.[291] Erst seit Beginn der fünfziger Jahre und angestoßen vor allem durch christliche Sozialpolitiker wie den nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold[292] (CDU) oder Georg Leber[293] (SPD), den katholischen IG-Bau-Steine-Erden-Vorsitzenden und späteren Bundesverkehrs- und Verteidigungsminister, gewann das Thema Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand als Teil der allgemeinen sozialpolitischen Diskussion zunehmend an Gewicht. Zwar setzten die Sozialpolitiker von SPD und CDU unterschiedliche Akzente, im Kern ging es ihnen aber darum, „das Eigentum in seiner Bedeutung für eine freie Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung zu sichern."[294] Eine marktwirtschaftliche, auf privatem Eigentum aufbauende Sozialordnung wie die der jungen Bundesrepublik könne auf Dauer nur stabil sein, wenn die Arbeitnehmer die Eigentumsordnung akzeptierten und an ihr partizipierten. Ein zentrales Element der Vermögenspolitik bildeten aus der Sicht der sozialpolitischen Experten – neben der staatlichen Sparförderung[295] – die vermögenswirksamen Leistungen. Das „Erste Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer"[296] vom 12. Juli 1961 schuf die Grundlage dafür, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei vermögenswirksamen Leistungen bis zu einer Grenze von jährlich 312 DM von den Sozialversicherungsabgaben entlastet wurden.[297] Bei einer mindestens fünfjährigen Laufzeit konnten die Arbeitnehmer ihr Sparguthaben unterschiedlich anlegen. Man konnte die vermögenswirksamen Leistungen für neue, staatlich geförderte Sparverträge, für den Bau, den Kauf oder die Entschuldung von Eigenheimen oder für neue Darlehen verwenden. Weil die Regelungen weitgehend auf betriebliche Vereinbarungen beschränkt geblieben und tarifliche Übereinkünfte zunächst durch den Gesetzgeber ausgeschlossen waren, galt das Erste Vermögensbildungsgesetz im Großen und Ganzen als Fehlschlag. Nur 380000 Arbeitnehmer erhiel-

[291] Eine Übersicht gibt Thomas Ruf, Zur Geschichte der Vermögenspolitik nach dem Krieg, in: Bartolomäi u.a., Sozialpolitik, S. 427–440.

[292] Vgl. Karl Arnold, Worum geht es? Außenpolitik, Wiedervereinigung, Sicherheit, sozialer Fortschritt, Düsseldorf 1957.

[293] Vgl. Georg Leber, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand: ein Programm und sein Echo, Frankfurt am Main o.J.

[294] Ruf, Geschichte, S. 430.

[295] Dazu auch Frerich, Frey, Handbuch, Bd. 3, S. 138f.; vgl. G. Halbach, Das bisherige System der Sparförderung und seine Ergebnisse, in: Arbeit und Sozialordnung, 21 (1967), H. 4/5; S. 118–121.

[296] BGBl. 1961, Teil I, S. 909.

[297] Hierzu und zum folgenden vgl. Ruf, Geschichte, S. 435ff.

ten die Leistungen, die im Zuge weiterer vermögenspolitischer Gesetze im Laufe der sechziger und zu Beginn der siebziger Jahre weiter ausgedehnt wurden und eine immer größere Zahl von Arbeitnehmern erfaßte.[298]

Die Beschäftigten der Maxhütte gehörten zu der kleinen privilegierten Gruppe, die bereits in den Genuß des Ersten Vermögensbildungsgesetzes, dem sog. 312 DM Gesetz, kam. Nur wenige Jahre nach der betrieblichen Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung nutzten bis zum Jahr 1965 904 Arbeiter und 511 Angestellte die neuen Sparmöglichkeiten.[299] Das waren zwar immerhin bereits 11,4 Prozent aller gewerblichen Arbeitnehmer, doch unterschied sich das Sparverhalten und das Sparvermögen deutlich von dem der Angestellten, bei denen fast jeder zweite die vermögenswirksamen Leistungen in Anspruch nahm[300] – ein Trend, der sich überall in Westdeutschland zeigte[301] und deutlich machte, daß Sparen noch immer eine Frage des Lohn- und Gehaltszettels war.

Innerhalb der Maxhütte gab es von Werk zu Werk erhebliche Unterschiede: In Rosenberg und im Rohrwerk gehörten 18,4 Prozent bzw. 20,3 Prozent der Arbeiter zu den Sparern, in Haidhof waren es dagegen nur 6,9 Prozent, in der Erzgrube Auerbach sogar nur 1,7 Prozent. Welche Gründe dafür verantwortlich waren, ist nicht eindeutig zu klären. Vermutlich waren es fehlende Informationen und die Skepsis von Teilen der Belegschaft gegen die gesetzlichen Sparmodelle. Hinzu kam im Bergbaubereich wie in Sulzbach oder Auerbach, daß bereits andere, bergbauspezifische Sparmodelle zum Wohnungserwerb seit längerem liefen und die finanziellen Reserven auf längere Zeit festgelegt waren.

Anfangs dürften es vor allem die gut verdienenden Facharbeiter gewesen sein, die sich das Sparen „leisten" konnten. Allerdings erweiterte sich im Laufe der sechziger Jahre der Kreis der Arbeiter erheblich, die ihr Geld für den Bau eines Hauses[302] auf die hohe Kante legen konnten: 1967 waren es bereits 1172, 1969 über 2200 gewerbliche Arbeitnehmer, die das Gesetz zur Vermögensbildung in Anspruch nahmen[303]; innerhalb von fünf Jahren stieg damit der Anteil der Sparer von 11,4 Prozent auf 29,6 Prozent. Erhöht hatten sich auch die durchschnittlichen Beitragsleistungen der Arbeiter, deren Umfang der Gesetzgeber gemäß der tarifpolitischen Entwicklung angepaßt hatte: 1967 betrug das Volumen, das ein Arbeiter der Maxhütte jährlich anlegte, durchschnittlich 311 DM, bis 1969 stieg es auf etwas mehr als 320 DM an und legte zu Beginn der siebziger Jahre noch weiter zu.

[298] Das Zweite Vermögensbildungsgesetz von 1965 (BGBl. 1965, Teil I, S. 585.) dehnte den Geltungsbereich auf den öffentlichen Dienst aus, und ein Drittes Vermögensbildungsgesetz aus dem Jahr 1970 (BGBl. 1970, Teil I, S. 930) machte es möglich, die Zahl der Nutznießer auf 13,4 Mio. Arbeitnehmer im Jahr 1971 zu erhöhen. Vgl. dazu Frerich, Frey, Handbuch, Bd. 3, S. 140f.

[299] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Sozialbericht 1965/1966, S. 18.

[300] Für die Geschichte des Sparens in den sechziger und frühen siebziger Jahren fehlen noch weitergehende, vergleichende Studien. Für das 19. Jahrhundert vgl. z. B. Günther Schulz, Industriearbeiter als potentielle Sparer vom 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für bayerische Sparkassengeschichte 6 (1992), S. 149–173.

[301] Vgl. Osterland, Materialien, S. 144.

[302] Vgl. dazu auch Günther Schulz, Sparkassen und Wohnungsbaufinanzierung in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland, in: Manfred Pix (Hrsg.), Sparen – Investieren – Finanzieren. FS für Josef Wysocki, München 1997, S. 227–247.

[303] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Sozialbericht der Maximilianshütte 1969, S. 45; Angaben nach ebenda.

Bei den Angestellten war zwar der Anteil der Sparer ebenfalls angewachsen (auf 60,4 Prozent), doch blieben die Zuwachsraten hinter denen der Arbeiter weit zurück. Die Arbeiter machten also auch hier an Boden gut; aufschließen konnten sie freilich auch zu Beginn der siebziger Jahre nicht. Eine schichtspezifische Aufschlüsselung über die Verteilung der vermögenswirksamen Leistungen fehlt zwar. Doch dürften die Stichproben des Jahres 1971/1972 zumindest einen Trend deutlich machen[304]: Der Trend zum Sparen setzte sich auch in den siebziger Jahren weiter fort. Trotz sinkender Arbeitgeberanteile legten die Beschäftigten einen Teil ihrer monatlichen Gehälter und Einkommen günstig an. Allerdings blieb die soziale Ungleichheit von Arbeitern und Angestellten bestehen: Die Höhe der Sparguthaben und die Zielbeträge der abgeschlossenen Bausparverträge waren 1969 bei den Angestellten deutlich höher als bei den Arbeitern.[305] Daran konnte auch die Lohn- und Einkommensentwicklung nichts Wesentliches ändern.

Legten die Arbeitnehmer in den sechziger Jahren ihr Geld vor allem für Prämien- und Bausparen beiseite, so veränderte sich in den frühen siebziger Jahren offenkundig ihre Risikowahrnehmung und Bedürfnislage. An die Stelle von Wohnungsnot, Mangel und dem Gefühl von Heimatlosigkeit vieler Flüchtlinge war das Gefühl einer neuen Sicherheit getreten, deren Rahmen die veränderten finanziellen Ressourcen der „Wirtschaftswunderjahre" bildeten. Jetzt konnten die Beschäftigten den Blick über die früher allgegenwärtige Krisenbewältigung auf das Ende ihres Arbeitsleben richten, in dem sie die Früchte ihrer wirtschaftlichen Beschäftigung genießen wollten und nicht wie noch früher oftmals die Großelterngeneration in Altersarmut leben. Häuser oder eigene Wohnungen besaßen in den sechziger Jahren bereits viele von ihnen. Was jetzt noch fehlte und was erstmals in der Geschichte der Arbeiter zum Greifen nahe schien, galt es jetzt zu sichern: einen hart erarbeiteten Wohlstand im Alter. Die dynamische Rente hatte dafür den Grundstock geliefert[306], die tarifpolitischen Zuwächse boten zudem auf betrieblicher Ebene die Möglichkeit, ein weiteres Sicherheitsnetz zu spannen. Das Prämiensparen dominierte zwar noch lange, doch trat in den siebziger Jahren eine neue Größe hinzu: die Lebensversicherung. Bei gleichbleibender Beschäftigungslage nahmen die Ausgaben für Lebensversicherungen alleine zwischen 1971 und 1972 von rund 237000 DM auf 422000 DM und bis 1973[307] auf rund 514000 DM zu. Zeitgleich stieg der Anteil der vermögenswirksamen Leistungen pro Kopf zwar ebenfalls, allerdings nicht mit der gleichen Geschwindigkeit; 1973 lag er im Durchschnitt aller Arbeitnehmer der Maxhütte bei 530 DM.

Aus finanziellen Gründen gab es also keinen Anlaß, die Maxhütte zu verlassen, schließlich wurden hier regionale Spitzenlöhne bezahlt. 1960 arbeiteten die Arbeiter in der Regel 13 Jahre für das Unternehmen Friedrich Flicks, bis 1975 stieg die durchschnittliche Beschäftigungsdauer auf 16 Jahre, die der Angestellten von 15 auf 17 Jahre.[308] Die Einstellungsstopps in den Krisenjahren 1966/67, 1971 und

[304] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1973, S. 35.
[305] Vgl. Osterland, Materialien, S. 147.
[306] Wegweisend dazu Hans Günter Hockerts, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980.
[307] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1973, S. 31.
[308] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1974, S. 10.

1975 schlugen darin genauso zu Buche wie die rückläufige Zahl der auszubildenden Lehrlinge, die sich zwischen 1965 und 1975 von 299 auf 202 verringerte. Das war eine Entwicklung, wie sie auch in anderen Branchen und Unternehmen zu erkennen war. Auch bei der BBI stieg der Altersdurchschnitt der Belegschaft von 1958 bis 1966 um 1,9 auf 39,9 Jahre. Die Dauer der Betriebszugehörigkeit nahm um zwei Jahre zu und erreichte 1966 mit 15,7 Jahre den höchsten Wert der Unternehmensgeschichte. Wie stark die Bindung an das Unternehmen war, zeigte sich auch in anderer Hinsicht[309]: Im Geschäftsjahr 1964/65 kündigten gerade einmal 4,2 Prozent aller Arbeiter ihren Arbeitsplatz, 1965/66 waren es sogar weniger als zwei Prozent. Offenkundig gelang es beiden großen Unternehmen, die Beschäftigten über die betriebliche Sozialpolitik, den Wohnungsbau, die vermögenswirksamen Leistungen und das Gesundheitssystem dauerhaft an das Werk zu binden, wozu nicht zuletzt die regionalen Spitzenverdienstmöglichkeiten verantwortlich gewesen sein dürften.[310]

b) Arbeitszeit und Arbeitsbelastung

Daß sich die Lage der Arbeiterschaft zu bessern begann, lag sicherlich auch an der Reduzierung schwerer körperlicher Arbeit. Zwei Aspekte mögen dies exemplarisch verdeutlichen: die Verringerung der Unfallzahlen und der berufsbedingten Krankheiten sowie die Abnahme der Wochenarbeitszeit. Auf den ersten Blick scheinen sich im Hinblick auf letztere keine wesentlichen Verschiebungen vollzogen zu haben. Im Geschäftsjahr 1953/1954 betrug sie bei der BBI 51,5 Stunden, 1965/66 nur 1,5 Stunden weniger. Doch sagen die absoluten Zahlen nicht alles; in den fünfziger und sechziger Jahren fand ein tiefgreifender und für die gesamte Arbeiterschaft spürbarer Wandel statt. Die Zahl der gearbeiteten[311] Wochenstunden sank zwischen 1953/1954 und 1965/66 von 45,9 auf 37,1 Stunden. Besonders bemerkbar machte sich dabei die werkvertragliche Regelung über Ruhetage, die im gleichen Zeitraum um 12,8 Prozentpunkte anstiegen. Außerdem war die Zahl produktionsbedingter Überstunden im Tagebau seit den Jahren des Energiemangels zu Beginn der fünfziger Jahre schrittweise zurückgegangen.

In den Hüttenwerken der Maxhütte ließ sich eine ähnliche Entwicklung der Arbeitsbelastung beobachten. Die tariflich geregelte Wochenarbeitszeit sank in den sechziger Jahren schrittweise von zunächst 44 Wochenstunden im Jahr 1960 auf 40 Wochenstunden im Jahr 1966. Allerdings würde es zu kurz greifen, aus den tarifvertraglichen Regelungen auf die tatsächliche Zahl geleisteter Arbeitsstunden

[309] Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialstatistik der BBI für das Geschäftsjahr 1965/66, Belegschaftsbewegung.

[310] Zu diesem Ergebnis kommen auch der Leiter der Personalabteilung und die IG Metall-Vertrauensleute der Maxhütte. Archiv des SOFI Göttingen, 61645, Expertengespräch mit dem Leiter der Personalabteilung der Maxhütte von Sulzbach-Rosenberg vom 23. 6. 1971; Archiv des SOFI Göttingen, 61646, Gespräch mit einem Vertrauensmann der Maxhütte Sulzbach-Rosenberg (undatiert, um 1971).

[311] Die Zahl der „gearbeiteten" Stunden gibt die tarifvertragliche Arbeitszeit sowie die geleisteten Überstunden an. Die Angaben sind zu unterscheiden von der Zahl der bezahlten Stunden, die sowohl Tarif- und Sonderurlaube als auch bezahlte Feiertage und allgemeine betriebliche Ruhe umfaßt. Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialstatistik der BBI für das Geschäftsjahr 1965/66, Durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Arbeiter.

zu schließen. Diese waren in der Maxhütte wohl ebenso von der konjunkturellen Entwicklung abhängig wie in anderen Industriezweigen.[312] In der gesamten westdeutschen Industrie ging die Zahl der geleisteten Wochenarbeitsstunden aller Industriearbeiter zwischen 1958 und 1970 um durchschnittlich 2,1 Stunden zurück[313]; den deutlichsten Rückgang verbuchten die Beschäftigten der Mineralölverarbeitung oder der Chemieindustrie. Die Eisen- und Stahlindustrie lag mit einem Rückgang von 1,4 Stunden pro Woche im unteren Drittel aller Industriezweige.

Zwischen tarifvertraglich vereinbarter und tatsächlich geleisteter Arbeitszeit bestand also eine branchenspezifische Kluft, die auch von konjunkturellen Schwankungen bestimmt war. Insbesondere in den Jahren wirtschaftlicher Hochkonjunktur erhöhte sich die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden durch Überstunden, Sonderschichten und Wochenendarbeit beträchtlich[314]; ein Problem, vor dem auch die Betriebsräte der Maxhütte immer wieder warnten.[315] Bisweilen ging es wie in Haidhof sogar so weit, daß die Verdienstmöglichkeiten durch Überstunden nicht als gelegentliches Zubrot oder betriebliche Notwendigkeit betrachtet wurden, sondern als reguläre „Nebenverdienstquelle", die ein Teil der Arbeiterschaft fest eingeplant hatte. Die Hochkonjunktur der sechziger Jahre schuf hier eine eigene betriebliche Dynamik, die die tariflichen Vereinbarungen und die arbeitsrechtlichen Schutzbestimmungen außer Kraft setzen konnten.

Generell aber war die Reduzierung der Wochenarbeitszeit ein wichtiger Teil der Entlastung, die die Arbeitnehmer in den Prosperitätsjahren den Arbeitgebern abringen konnten. Ein zweiter war die Neuregelung des Urlaubsanspruchs. Vor allem zu Beginn der sechziger Jahre gelang es den Gewerkschaften, für die Beschäftigten der Eisen- und Stahlindustrie weitreichende Verbesserungen zu erzielen. Ein 30jähriger Arbeiter hatte Anfang der sechziger Jahre in der Regel 13 Werktage Urlaub.[316] Das war nur geringfügig mehr als der Urlaubsanspruch, den noch sein Vater zwanzig Jahre früher bei der Maxhütte erhalten hatte. Ein neuer Tarifabschluß zwischen 1965 und 1966, das Erbacher Abkommen, brachte die Wende. Bis 1966 erhöhte sich der Jahresurlaub auf 22, bis 1969 auf 24 Werktage.

Der Rückgang der wöchentlichen Arbeitsbelastung ging einher mit einer allgemeinen Besserung des Gesundheitszustandes der Arbeiterschaft seit Mitte der sechziger Jahre: Bei der BBI war die Zahl der unfallbedingten Ausfälle zwischen 1958 und 1966 um 2,1 Prozent, die der krankheitsbedingten Ausfälle um 2,7 Prozent zurückgegangen.[317] Mit der Schließung der Brikettfabrik war 1964 ein zen-

[312] Leider liegen in den Sozialberichten des Unternehmens keine Angaben über die Zahl der tatsächlich geleisteten Wochenarbeitsstunden vor. Aus den Statistischen Jahrbüchern läßt sich allenfalls eine Grundtendenz erkennen, da die Angaben nicht auf betriebliche Ebene bezogen sind und sich die Bezugsgrößen der Berechnung verändern; vgl. Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1969, S. 189. Da Akten aus dem Bereich der innerbetrieblichen Statistik nicht zur Verfügung standen, bleiben die Aussagen notwendigerweise ein Näherungswert.

[313] Angaben nach Osterland, Materialien, S. 64.

[314] Ebenda, S. 65.

[315] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Sitzung des Sicherheitsausschusses für das Gesamtunternehmen vom 6. 6. 1969; folgendes nach ebenda.

[316] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1975, S. 14.

[317] Bezogen auf das Jahr 1957/1958 war die Zahl der Atmungsorganschäden bis 1966 sogar um 3,3 Prozentpunkte gefallen; Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozial-

traler gesundheitsgefährdender Produktionsbereich stillgelegt worden, der vor allem für die Schädigung der Atmungsorgane bei den dort beschäftigten älteren Arbeitern mitverantwortlich gewesen war. Allein zwischen 1964 und 1966 sank die Zahl der über 50jährigen Arbeiter mit Schäden an den Atmungsorganen um knapp zwei Prozent. Generell kam die Besserung des allgemeinen Gesundheitszustandes vor allem den Arbeitern über 50 Jahre zugute.[318] Bei den krankheitsbedingten Fehlzeiten verlief die Entwicklung in die gleiche Richtung. Die durchschnittliche Dauer je Krankheitsfall sank um 4,4 Prozent. Doch während sich bei den Altersgruppen der unter 30- bis 50jährigen nur geringfügige Veränderungen ergaben, verringerten sich die krankheitsbedingten Fehlzeiten bei den älteren Arbeitern (über 50) deutlich.[319] Die niedrigere Unfall- und Krankheitshäufigkeit war vermutlich einer der Gründe für das gestiegene Pensionierungsalter der BBI-Arbeiter. Lag es im Geschäftsjahr 1958/59 noch bei 58,4 Jahren[320], so erhöhte es sich bis 1966 auf 61,1 Jahre.[321]

Daß die Zahl der unfallbedingten Ausfälle zurückging, hing eng mit dem Ausbau des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit zusammen, der auch bei der Maxhütte zu einem der vordringlichen Ziele der betrieblichen Sozialpolitik gehörte. Angesichts hoher Unfallzahlen hatten sich Betriebsleitung und Betriebsräte Mitte der fünfziger Jahre zusammen um eine intensive Aufklärung der Beschäftigten in Fragen des Arbeitsschutzes bemüht; und das nicht ohne Erfolg: Die Zahl der meldepflichtigen Betriebsunfälle sank zwischen 1960 und 1972 von 1588 auf nur mehr 262.[322] Das entsprach zwar einem bundesweiten Trend, war aber doch mehr als das, weil sich die Maxhütte vom früheren Spitzenreiter in der westdeut-

statistik der BBI für das Geschäftsjahr 1965/66, Krankmeldungen der Gesamtbelegschaft; Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959; Angaben nach eigenen Berechnungen.

318 Das galt sowohl für die Infektions- und Erkältungskrankheiten, die allerdings keine Berufskrankheiten waren, und auch für die Herz- und Kreislauferkrankungen. Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialstatistik der BBI für das Geschäftsjahr 1965/66, Krankmeldungen der Gesamtbelegschaft.

319 Zwischen 1958/1959 und 1965/1966 sank die Zahl der Krankfeiertage der über 50jährigen von durchschnittlich 51,8 Tagen auf 35,9 Tagen. Daß es sich bei dem Wert des Jahres 1957/58 um keinen statistischen „Ausreißer" handelte, zeigt die Entwicklung der Krankfeiertage zwischen 1963/1964 und 1965/1966. Hier verringerte sich die Zahl der Krankfeiertage ebenfalls spürbar von 42,1 auf 35,9 Tage im Geschäftsjahr 1965/66. Bei der Bewertung der Zahlen ist eine gewisse Vorsicht geboten, da bei den Angaben aus dem Geschäftsjahr 1958/1959 die Invaliditätsfälle nicht eigens ausgewiesen wurden. Es könnte sein, daß die Tage der Invalidisierung in die Berechnung der Krankheitstage miteinbezogen worden waren. An der grundsätzlichen Bewertung würde dies freilich nichts ändern; Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialstatistik der BBI für das Geschäftsjahr 1965/66, Krankfeierzeiten der Gesamt-Belegschaft; Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959.

320 Die Angabe bezieht sich auf die im Geschäftsjahr 1958/1959 pensionierten Arbeiter, nicht auf alle Pensionierten der BBI. Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialbericht der BBI für das Geschäftsjahr 1958/1959.

321 Das Pensionsalter der Angestellten lag im gleichen Jahr bei 58 Jahren und damit um mehr als drei Jahre unter dem der Arbeiter. Allerdings wich das Jahr 1966 von der allgemeinen Entwicklung in den sechziger Jahren deutlich ab. Denn die Pensionszeiten zwischen Arbeitern und Angestellten näherten sich zwar in den sechziger Jahren an, aber es blieb die Ausnahme, daß Angestellte im Durchschnitt früher als die Arbeiter in Rente gehen konnten. Staatsarchiv Amberg, BBI-Wackersdorf, Bergamt Amberg, 51, Sozialstatistik der BBI für das Geschäftsjahr 1965/66, Pensionierungsalter der Belegschaft.

322 DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1972, S. 13.

schen Unfallstatistik zu einem der Hüttenbetriebe mit den höchsten und erfolgreichsten Sicherheitsstandards entwickelte. Das galt sowohl für die Werke der Eisen- und Stahlindustrie als auch für die Gruben in Sulzbach und Auerbach, deren Unfallquote ebenfalls deutlich unter der der Bergbauberufsgenossenschaft lag.[323] Die Konsequenz daraus war: Die Zahl der durch Betriebsunfälle verursachten Ausfallstunden sank bei der Maxhütte von 265 300 im Jahr 1960 auf 91 158 im Jahr 1971.

Wie bei den Unternehmen der westdeutschen Eisen- und Stahlindustrie nahm auch bei der Maxhütte in wirtschaftlich schwächeren Perioden die Zahl der Kranken leicht ab, während sie in den Jahren der Vollbeschäftigung und des Booms dem allgemeinen Trend der sechziger Jahre folgend anstieg. Offenkundig, so jedenfalls bemerkten die Sicherheitsbeauftragten und einige der Betriebsräte der Maxhütte, veränderte sich mit der Hochkonjunktur auch der „Belastungsgrad" der Arbeitnehmer.[324] Während sich in den Krisenjahren um 1966 und 1967 viele Arbeitnehmer trotz leichter Verletzungen nicht geweigert hätten, ihre Arbeit fortzusetzen, führe nun ihre veränderte Marktposition dazu, sich schneller krank schreiben zu lassen und sich länger als in früheren Jahren zu kurieren. Immer häufiger würden Arbeitnehmer bis zum Beginn einer Woche krank geschrieben, obwohl sie nach Meinung einiger Sicherheits- und Arbeitsschutzexperten bereits am Wochenende wieder arbeitsfähig gewesen seien. Die Krankschreibungspraxis der zuständigen Ärzte, kritisierte die Kommission, sei zu nachsichtig und gehe zu sehr auf die Wünsche der Arbeitnehmer ein.

Trotz dieser Bedenken konnten die betrieblichen Sozialpolitiker mit einem gewissen Stolz feststellen, daß der Krankenstand der Betriebskrankenkasse der Maxhütte im Vergleich mit den Betriebskrankenkassen anderer Hüttenwerke eine bemerkenswert positive Entwicklung genommen hatte.[325] Zu Beginn der sechziger Jahre lag der Krankenstand mit etwa sechs Prozent über dem landesweiten Durchschnitt bei den Hüttenkrankenkassen. Der Ausbau des Sicherheitsleutewesens und der gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen, die bessere Schulung der Beschäftigten und die Unterstützung durch Betriebsräte und Vertrauensleute trugen mit dazu bei, die Akzeptanz von Sicherheitsbestimmungen bei der Belegschaft zu erhöhen und die Beschäftigten dazu zu ermuntern, die Angebote der Betriebskrankenkasse zu nutzen. Seit 1961/1962 näherte sich der Krankenstand der BKK Maxhütte dem der anderen westdeutschen Betriebskrankenkassen an, seit Mitte der sechziger Jahre lag er unter dem Bundesdurchschnitt. Zwar gab es auch bei der Maxhütte deutliche konjunkturelle Schwankungen, doch spätestens seit 1970 war „eine deutliche Abweichung nach unten zu beobachten", wie der Sozialbericht der Maxhütte im Hinblick auf die anderen Eisen- und Stahlunternehmen bemerkte. Mit einem Krankenstand von 6,2 Prozent lag die Maxhütte deutlich unter dem BKK-Bundesdurchschnitt von 7,6 Prozent.[326] An der Spitze stand die Au-

[323] Ebenda, S. 15.

[324] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Sitzung des Sicherheitsausschusses für das Gesamtunternehmen vom 6. 6. 1969; folgendes nach ebenda.

[325] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1975, S. 47; folgendes nach ebenda.

[326] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, BKK, Durchschnittlicher Krankenstand der BKK/MH im Vergleich zu anderen Betriebskrankenkassen 1967–1970 (undatiert).

gust-Thyssenhütte in Duisburg-Hamborn mit 8,5 Prozent und die Metallhüttenwerke in Lübeck mit 8,2 Prozent, die ebenfalls zum Flick-Konzern gehörten. Etwas weniger erfreulich fiel allerdings der Vergleich mit anderen Versicherungsträgern aus. Die Betriebskrankenkassen lagen hier traditionell über dem Niveau der allgemeinen Ortskrankenkassen.[327] Das galt auch für die Maxhütte, deren Krankenstand 1967 mit 5,1 Prozent etwas höher ausfiel als im Bund (4,9 Prozent) oder in Bayern (4,8 Prozent).

Einer der Gründe für die Unterschiede lag in den Industriebranchen, die von Betriebskrankenkassen versichert wurden und die sich in der Regel auf Großbetriebe beschränkten, in der die Arbeitsprozesse ein höheres Sicherheitsrisiko bargen. „Immerhin", hielt einer der führenden Sicherheitsexperten 1969 mit einer gewissen Genugtuung fest, trage die Belegschaft „jetzt viel lieber" als früher Arbeitsschutzmittel, die leichte Verletzungen und Unfälle vermeiden halfen und oftmals nur aus Bequemlichkeit abgelehnt worden waren.[328]

Der Betriebsratsvorsitzende von Haidhof, Richard Edenhofer, machte in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam, daß mit dem Personalabbau, der betrieblichen Umstrukturierung und Rationalisierung vielfach eine Erhöhung der Arbeitsintensität verbunden sei, die ebenfalls zu Unfällen führen konnte. Mit der Erweiterung der Stahlproduktion nehme, so Edenhofer, auch die vorgegebene Arbeitsgeschwindigkeit zu, die ebenfalls ein nicht zu unterschätzender Unsicherheitsfaktor und Gefahrenherd für alle Beschäftigte sei. Mindestens ebenso gefährlich konnte ein Punkt sein, auf den einer seiner Betriebsratskollegen hinwies: Die Umstrukturierung der Produktionsanlagen bedeutete nicht nur die Modernisierung von alten oder die Schließung von unrentablen Produktionsanlagen. Die Investitionsprogramme führten auch innerhalb der Belegschaft zu einer Umschichtung und einer Umsetzung auf neue, vielfach unbekannte Arbeitsplätze. Die Rationalisierungswelle produzierte also selbst ein eigenes Sicherheitsrisiko, das die Arbeitnehmerschaft zu tragen hatte, weil vielen, wie die Betriebsräte zu Recht befürchteten, an den neuen Arbeitsplätzen eines fehlte: die langjährige Erfahrung und die Sicherheit im Umgang mit neuen Verfahren und Arbeitsgeräten. Edenhofer warnte vor den damit verbundenen neuen Gefahren und berichtete im Sicherheitsausschuß für die Maxhütte im Juni 1969 von einem

„ganz krassen Beispiel für das Werk Haidhof [...], bei dem bei der Umsetzung von Leuten der Straße IV diese am 31.5. 22.00 Uhr noch nicht wußten, wo sie am nächsten Tag die Arbeit aufnehmen sollten. Bei diesen Leuten breitet sich dann eine verständliche Resignation aus, so daß es zu Unfällen kommen kann. Umsetzungen müßten [...] auch nach dem Gesichtspunkt der Arbeitssicherheit vorgenommen werden. Er fordert deshalb noch einmal eine Personalplanung, die mit den zuständigen Gremien festzulegen ist."

Möglicherweise hatte der ständige Anstieg der Krankenstände noch eine weitere Komponente. Denn es ist nicht ausgeschlossen, daß sich in der Entwicklung der Krankenstände auch eine wachsende Distanz der Arbeitnehmerschaft zu ihrem Arbeitsplatz ablesen läßt, der in der Bedeutung für den einzelnen Beschäftigten

[327] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1969, S. 282; Statistisches Jahrbuch für Bayern 1975, S. 264.

[328] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Sitzung des Sicherheitsausschusses für das Gesamtunternehmen vom 6. 6. 1969; folgendes nach ebenda.

nicht mehr von überragender Bedeutung war. Häufiger „krank zu sein" konnte also auch bedeuten, sich nicht mehr in gleicherweise mit seiner Arbeit und seinem Betrieb zu identifizieren und andere Kategorien wie subjektives Wohlbefinden dem kollektiven Arbeitsethos und „kollegialer Solidarität" vorzuziehen. Bei der Maxhütte war dies freilich, folgt man dieser Interpretation, weniger ausgeprägt als in anderen Großunternehmen der Eisen- und Stahlindustrie. Möglicherweise hatte dies damit zu tun, daß der Betrieb wesentliche Funktionen übernommen hatte, die die Zufriedenheit der Belegschaft auf Dauer gewährleistete. Die umfangreichen Wohnungsbau-, Konsum- und Sozialleistungen gehörten mit Sicherheit dazu und waren ein wesentliches Element der „Verbetrieblichung" des Arbeitermilieus in der Maxhüttenregion. Hinter dem steigenden Krankenstand, der sich bei der Maxhütte bis auf rund 7,3 Prozent im Jahr 1973 und bundesweit bis auf 8,8 Prozent erhöhte, verbargen sich also eine Vielzahl von technischen, ökonomischen und gesundheitspolitischen Gründen, an deren Schnittstelle die Institution der Betriebskrankenkasse der Maxhütte stand. Sie war innerbetrieblicher Integrationsmechanismus, Kontrollinstanz und Konfliktfeld zugleich.

c) Gesundheitsfürsorge und Gesundheitskontrolle: die Betriebskrankenkasse

Die Zahl der durch die BKK Versicherten erhöhte sich zwischen 1957 und 1971 von rund 9600 auf 9850.[329] Auch ihre Leistungen baute die Betriebskrankenkasse deutlich aus. Den größten Ausgabenzuwachs verzeichneten die vorbeugenden gesundheitlichen Maßnahmen und die Krankheitsfrüherkennung, die zwischen 1960 und 1969 – also noch vor der gesetzlichen Neuregelung – von 3,20 DM auf 20,82 DM jährlich pro Kopf anstiegen.[330] Unterschiedliche Kuren wurden in das Programm der BKK aufgenommen, so daß sich das Angebot von Jahr zu Jahr erweiterte und 1975 bereits 1093 Belegschaftsmitglieder an einer Kur teilnehmen konnten.[331] Andere Kuraufenthalte für die Maxhüttenarbeiter kamen hinzu, die besonders den in der Hütten- und Bergbauindustrie häufigen Herz- und Kreislauferkrankungen vorbeugen sollten und über die Leistungen der gesetzlichen Krankenkassen hinausgingen. Dazu gehörten auch andere Leistungen der BKK wie die seit 1969 gewährten Maßnahmen zur Früherkennung von Brustkrebs, die weniger der geringen Zahl weiblicher Beschäftigter der Maxhütte als den vielen mitversicherten Frauen der Stahlkocher und Bergleute zugute kamen. Bis 1975 nahmen 11 500 Frauen und 4250 Männer die Möglichkeit einer Früherkennungsuntersuchung wahr. Andere Leistungen traten im Rahmen der allgemeinen Gesetzgebung hinzu. Neben der gesundheitlichen Vorbeugung waren es vor allem die Kosten für Zahnersatz- und zahnärztliche Dienste, Arzneimittel und Krankenhausaufenthalte, die verstärkt ins Gewicht fielen.[332]

Der Leistungsausbau der Betriebskrankenkasse war in erster Linie das Ergebnis des gestiegenen Lohn- und Einkommensniveaus der Maxhüttenbeschäftigten. Da

[329] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, BKK, Niederschrift über die Vertreterversammlung der BKK-MH vom 8. 12. 1971, S. 2.
[330] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Sozialbericht 1969, S. 41.
[331] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1975, S. 44.
[332] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Sozialbericht 1969, S. 41.

sich das Ausgabenvolumen der BKK an der Höhe der Tarifabschlüsse orientierte, schlugen sich mit dem Boom der Eisen- und Stahlindustrie die Unternehmensbilanzen zugleich in den Leistungen und Beitragssätzen der Betriebskrankenkassen nieder. Die sechziger Jahre waren für alle Versicherungsträger eine Phase der Einnahmen- und Kostenexplosion zugleich. Allerdings konnten die Krankenkassen die steigenden Ausgaben für Arzneimittel, Krankenhausaufenthalte und medizinische Einzelleistungsvergütungen, die seit den sechziger Jahren immer mehr die traditionelle Pauschalvergütung ablösten und für eine Ausdehnung der ärztlichen Leistungen sorgten[333], durch steigende Einnahmen der Versicherten gegenfinanzieren. Mehr noch: Der wirtschaftliche Aufschwung machte es der BKK möglich, ein finanzielles Polster aufzubauen, das bei vielen die Vorstellung beflügelte, so wie die rasant wachsende Hüttenindustrie werde auch der Gesundheitssektor zunehmend expandieren.

Die tarifpolitische Entwicklung und die gezielten Strategien der Versicherten- und Arbeitgebervertreter, den Krankenstand als einen der wesentlichen Kostenfaktoren zu reduzieren, sorgten mit dafür, daß die BKK Maxhütte in den sechziger Jahren besser dastand und attraktiver war als ihre Konkurrenz der Allgemeinen Ortskrankenkassen.[334] 1966 konnte der Geschäftsführer der BKK zufrieden über die Vermögensentwicklung berichten. Der Einnahmeüberschuß lag im Geschäftsjahr 1966 bei rund 440400 DM. Damit erhöhte sich das Reinvermögen auf mehr als 3300000 DM und lag damit über dem gesetzlich höchst zulässigen Vermögensbetrag, den die Kassen erzielten durften. Die aktive Belegschaft hatte mit einem Einnahmeüberschuß von rund 660000 DM zu dem bemerkenswerten Ergebnis beigetragen, während der „Kostenfaktor" Rentner, die keine Beiträge mehr in die BKK einzahlten, mit etwas mehr als 222000 DM veranschlagt wurde. Die Höhe der Ausgaben für die alten, oftmals frühpensionierten Eisen- und Stahlarbeiter wurde trotz der günstigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bereits zu diesem Zeitpunkt ein Problem, dessen Tragweite man erst in Umrissen erkannte: „Bei uns ist es so", berichtete der Geschäftsführer der BKK,

„wenn wir die 222000,– DM Mehrausgaben für die Rentner ins Verhältnis setzen zu den Rentenbeiträgen, so ergibt sich, daß die Ausgaben die Einnahmen um 23,0% übersteigen, was schon eine beachtliche Summe darstellt. Hier muß natürlich aus den Beiträgen der aktiven Mitglieder zugesteuert werden. Auch ich bin der Meinung, daß dies auf Dauer für die Krankenversicherung nicht tragbar ist. Wenn früher einmal 10,0% zugesteuert werden mußten, dann hat kein Mensch davon gesprochen, aber jetzt steigert sich das von Jahr zu Jahr. Wir sehen also hier, wie die Kosten für Arzneimittel immer weiter anwachsen, Krankenhauskosten steigen, weil die Pflegesätze höher werden, so daß also der Anteil, den die Krankenkassen für die Rentner aufwenden müssen, immer mehr nach oben geht. Hier muß einmal eine Änderung eintreten."

Von einer Lösung dieser Probleme war man auch auf Bundesebene noch weit entfernt. Vielfach wurde die Kostenexplosion im Gesundheitswesen noch nicht ein-

[333] Vgl. Frerich, Frey, Handbuch, Bd. 3, S. 76; dort auch knapp zur Diskussion um die beginnende Kostenexplosion im Gesundheitswesen.

[334] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, BKK-Unterlagen, Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Vorstandes und der Vertreterversammlung der Betriebskrankenkasse Maxhütte vom 24. 5. 1967, folgendes nach ebenda.

mal als Problem erkannt. Für die Beschäftigten der Maxhütte war die finanzielle Entwicklung der BKK zunächst einmal erfreulich. Mit Überschreitung der gesetzlich zulässigen Vermögensgrenze war die BKK dazu angehalten, die Beiträge der Versicherten zu senken. Bis Ende 1968 gingen sie von 9,0 Prozent auf 8,5 Prozent für die aktive Belegschaft zurück. Die Beitragssätze lagen damit weiterhin und mit deutlichem Abstand unter denen der Allgemeinen Ortskrankenkassen und auch unterhalb des bayerischen Landesdurchschnitts.[335] Die Belegschaft der Maxhütte kam damit nicht nur in den Genuß besserer medizinischer Versorgungsleistungen der finanziell potenten BKK, sondern sie mußte darüber hinaus noch weniger als alle andere Arbeiter und Angestellten in der Region und in Bayern Geld für ihre Gesundheit ausgeben.

Eine wichtige Reform des expandierenden Sozialstaats am Ende der sechziger Jahre sollte zudem für alle Arbeiter der jungen Bundesrepublik weitreichende Folgen haben und sozialversicherungsrechtliche Ungleichheiten zwischen ihnen und der Gruppe der Angestellten beseitigen helfen: das Gesetz über die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, das der Deutsche Bundestag am 12. Juni 1969 verabschiedete.[336] Seit 1931 besaßen Angestellte einen Rechtsanspruch auf sechswöchige Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall; Arbeiter dagegen nicht. Sie erhielten lediglich – bei drei Karenztagen – ein Krankengeld in Höhe von 50 Prozent des Grundlohnes.[337] DGB, SPD und der Arbeitnehmerflügel der CDU hatten sich bereits seit den fünfziger Jahren bemüht, diese Diskriminierung der Arbeiterschaft zu beenden.[338] Nach langer, zäher parlamentarischer Debatte und mehr als zehnjähriger Diskussion schuf das Lohnfortzahlungsgesetz[339] die generelle gesetzliche Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten, nachdem in den Jahren zuvor bereits schrittweise Verbesserungen erreicht worden waren. Mit dem 1. 1. 1970 erhielten nun alle Arbeitnehmer im Krankheitsfalle durch die Arbeitgeber eine Entgeldfortzahlung in den ersten sechs Wochen ihrer Arbeitsunfähigkeit. Zudem sah das Gesetz die Lohnfortzahlung auch in den Fällen vor, in denen die Sozialversicherungsträger die vollen Kosten für Kuren und andere Heilbehandlungen übernahmen. Nicht durchsetzen konnten sich die Sozialpolitiker der SPD mit ihrem Vorschlag, die Lohnfortzahlung auch für geringfügig oder kurzfristig Beschäftigte einzuführen. Dies scheiterte am Widerstand des Arbeitgeberflügels der Union und der FDP.[340]

Bei den Versichertenvertretern in der Maxhütte löste die Entscheidung des Bundestages große Zufriedenheit aus.[341] Zwar bedauerte es Arbeitsdirektor Schmidt, daß die Präambel des neuen Gesetzes nur die ökonomische, nicht aber

[335] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1969, S. 281.
[336] Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode, 237. Sitzung vom 12. 6. 1969, S. 13141–13155.
[337] Zum folgenden vgl. Frerich, Frey, Handbuch, Bd. 3, S. 65–68.
[338] Vgl. dazu auch Albert Holler, Die Entwicklung der sozialen Krankenversicherung 1945 bis 1975, in: Bartolomäi, Sozialpolitik, S. 303–314, hier 310ff.
[339] BGBl. 1970 Teil I, S. 946.
[340] Vgl. Schneider, Kunst, S. 188–193, die die Diskussion allerdings nur aus der Sicht Helmut Schmidts und weniger aus der Perspektive der sozialdemokratischen Sozialpolitiker betrachtet.
[341] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, BKK-Unterlagen, Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Vorstandes und der Vertreterversammlung der Maxhütte vom 21. 11. 1969, S. 5.

die gesellschaftspolitische Gleichstellung der Arbeiter hervorhebe. Dieses Defizit sollte aber auf betrieblicher Ebene ausgeglichen werden. „Wir wollen das Gesetz so auslegen, wie es die Mehrheit der Arbeitnehmer versteht"[342], meinte Schmidt, der in den BKK-Sitzungen die Betriebsleitung vertrat. Finanziell bedeutete die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall eine spürbare Entlastung für die BKK, die sich vor allem in den ausbezahlten Lohnersatzleistungen auswirkte[343] und trotz rasant steigender Pflegesätze, Arzt- und Krankenhauskosten zumindest zu Beginn der siebziger Jahre ein weiteres Plus erwirtschaften konnte. Von 1969 bis 1970 wuchs das Vermögen der BKK Maxhütte von 1555600 DM auf rund 2240500 DM, wofür nicht nur die in diesem Jahr gestiegene Zahl an Überstunden, die neuen betrieblichen Lohnregelungen und Mitgliederzuwächse, sondern die durch die Arbeitgeber übernommenen Entgeldzahlungen im Krankheitsfall mitverantwortlich waren.[344]

Mit dem Lohnfortzahlungsgesetz stand zudem ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung, der zwischen Versicherten, Versichertenvertretern und Arbeitgebern immer wieder für Spannungen gesorgt hatte: die Frage der Krankenbesuche und der Kontrolle krank geschriebener Arbeitnehmer. Bislang war es innerhalb des betrieblichen Gesundheitswesens bei der Maxhütte die Regel gewesen, in „Massenvorladungen" den Gesundheitsstand arbeitsunfähiger Arbeiter zu überprüfen, wie die Versichertenvertreter beklagten.[345] Diese „Diskriminierung", so der Betriebsratsvorsitzende Edenhofer, müsse mit dem neuen Gesetz ein Ende haben, zumal Angestellte, die bei den Ersatzkassen versichert seien, sich keiner Überprüfung unterziehen müßten. Die Zahl der Vorladungen solle strikt begrenzt werden. Die Arbeitgeber dürften nie aus dem Blick verlieren, „weswegen das Lohnfortzahlungsgesetz erlassen wurde": zum Wohl, nicht zu einer weiteren Kontrolle der Arbeiter, wie Edenhofer ausführte. Auch für die Maxhütte sollten seiner Meinung nach die Regelungen gelten, die der DGB und die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BdA) für den vertrauensärztlichen Dienst beschlossen hatten. Darin war vorgesehen, in Zukunft von Vorladungen abzusehen, falls Arbeitnehmer über eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung verfügten, die „eine eindeutige bzw. problemlose Diagnose sowie einen klaren Befundbericht" des Hausarztes enthielt und „die verordnete Dauer der Arbeitsunfähigkeit mit den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft"[346] übereinstimmte. Der Vertrauensarzt sollte auch dann noch nicht tätig werden, falls eine genaue ärztliche Diagnose sich verzögerte, weil noch weitere Arztbesuche nötig waren und die vorläufige Arbeitsunfähigkeit nur wenige Tage dauerte. Edenhofer unterstrich, daß der Vertrauensarzt nun eine neue „sozialmedizinische Funktion" übernehmen sollte,

[342] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, BKK-Unterlagen, Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Vorstandes und der Vertreterversammlung der Maxhütte vom 21. 11. 1969, S. 7.

[343] Vgl. Frerich, Frey, Handbuch, Bd. 3, S. 68.

[344] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, BKK-Unterlagen, Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Vorstandes und der Vetreterversammlung der BKK Maxhütte vom 16. 10. 1970, S. 4.

[345] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, BKK-Unterlagen, Niederschrift über die gemeinsame öffentliche Sitzung des Vorstandes und der Vertreterversammlung der Maxhütte vom 21. 11. 1969, S. 5.

[346] Ebenda, S. 6.

die sich von seiner früheren, die offenkundig stärker an betrieblichen und ökonomischen Interessen gebunden war, beträchtlich unterschied.

Ende 1969 war noch offen, wie in Zukunft bei der Maxhütte der vertrauensärztliche Dienst und die Krankenbesuche organisiert werden sollten. Die Geschäftsführung der BKK, die für die Durchführung der Lohnfortzahlung verantwortlich war, und die Arbeitgeber machten bereits kurz nach der Verabschiedung des Gesetzes deutlich, daß sie keineswegs gewillt waren, alle Kontrollen aufzuheben: „Das Lohnfortzahlungsgesetz erwähnt den Krankenbesucher nicht. Es ist lediglich der vertrauensärztliche Dienst neu geregelt worden. Es wird auch künftig notwendig sein, daß wir unsere Kranken durch einen Krankenbesucher aufsuchen lassen. Auf Grund der bargeldlosen Krankengeldzahlung und durch die Einführung der Krankenscheinhefte haben wir sonst keinen Kontakt mehr zu den Kranken."[347] Es galt also, den Anspruch auf Kontrolle trotz veränderter Gesetzeslage aufrecht zu erhalten. Die Frage war nur, wie weit er reichen sollte.

Für erhebliche Verstimmung sorgte die Ankündigung des Geschäftsführers, in besonders gravierenden Fällen sich persönlich um einzelne Fälle zu kümmern und den Kranken einen Besuch abstatten zu wollen. „Bei sehr hohem Krankenstand" hielt es die BKK-Verwaltung für geboten, diesen Schritt zu machen, um einen Rückgang überdurchschnittlicher Krankenstände zu erreichen. Zwar sprachen sich auch die Betriebsräte nicht grundsätzlich gegen weitere Kontrollen aus. Sie gestanden jedoch der Krankenkasse und ihrem umstrittenen Geschäftsführer[348] nicht das Recht zu, selbst Urteile über den Gesundheitszustand von Beschäftigten der Hütte zu fällen. Dem Betriebsratsvorsitzenden Edenhofer schwebte eher eine vertrauensärztliche Praxis vor, die weniger die Kontrolle als die rechtlich geschützte Eigenverantwortung der Patienten und Arbeiter betonte. Deshalb machte er sich dafür stark, künftig „bei Bagatellerkrankungen auf die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen zu verzichten."[349] Dies erleichtere die Arbeit der Kassen und sei durch das verantwortungsbewußte Verhalten der Arbeiter gerechtfertigt, meinte Edenhofer. Der heutige Arbeiter, so seine Einschätzung, werde eine solche Vereinbarung nicht mißbrauchen. Die Diskussion um die konkrete Ausformung und Implementierung des Lohnfortzahlungsgesetzes war damit noch nicht beendet. Im Gegenteil. Noch war keine zufriedenstellende Vereinbarung über die Praxis des vertrauensärztlichen Dienstes und vor allem über die Frage der Krankenbesuche gefunden worden. Hier sah Edenhofer besonderen Handlungsbedarf. Denn eines war nicht zu übersehen: Während in den fünfziger Jahren bei vielen Betriebsräten noch das Bild einer bisweilen „unmündigen" Belegschaft dominiert hatte, die es anzuleiten und zu führen galt, so vollzog sich mit dem sozialen Wandel der Belegschaft auch ein Umdenken führender Betriebsräte. Bei ihnen herrschte nun die Vorstellung von der „Eigenverantwortung" und der „Mündigkeit" der Belegschaft, die es ihnen und namentlich den Versichertenvertreter un-

[347] Ebenda, S. 7; folgendes nach ebenda.

[348] Vgl. dazu den Bericht der Jugendvertretung über die autoritäre und unzumutbare Leitung der BKK-Geschäftsführung: DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 68, Situationsbericht der Beschäftigten der BKK unter Geschäftsführer P. (undatiert, um 1971); folgendes nach ebenda.

[349] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, BKK, Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Vorstandes und der Vertreterversammlung der BKK Maxhütte vom 9. 9. 1970, S. 12.

möglich machte, Krankenbesuchen in der alten Form zuzustimmen.[350] „Der Versicherte soll nicht den Eindruck haben, daß ihm nachgespürt wird." Diese Zeiten waren aus der Sicht des Betriebsratsvorsitzenden endgültig vorbei. Es müsse genügen, bei Unklarheiten schriftlich nachzufragen. Schließlich sei es nicht Aufgabe der Betriebskrankenkasse und ihrer Vertreter, die Diagnosen der Ärzte zu überprüfen. Dies werde auch bei den Angestellten nicht gemacht und widerspreche damit dem Grundsatz des Lohnfortzahlungsgesetzes. Die BKK-Geschäftsführung sah das anders. Sie meinte zwar ebenfalls, daß der Krankenbesucher keine „Kontrollfunktion" habe und in erster Linie dafür da sei, die Versicherten über die Leistungsansprüche, Kuren und medizinische Behandlungen zu informieren. Der Krankenbesucher sei aber „der verlängerte Arm der BKK." Die Effizienzkriterien des Unternehmens galten damit auch für ihn, und es war umstritten, wie er sich in dieser Zwitterrolle zwischen Gesundheit und Krankheit der Versicherten und dem betriebswirtschaftlichen Ziel hoher Arbeitsproduktivität und niedriger Krankenstände verhalten werde.

Die Betriebsräte und Versichertenvertreter in der BKK standen freilich vor dem gleichen Problem. Auch sie konnten nicht nur gegen zu weitreichende Restriktions- und Kontrollmechanismen protestieren. Die Mitbestimmung brachte sie in eine Zwickmühle: Sie wollten die schützende Hand über die Arbeitnehmer halten, sie waren aber durch das Mitbestimmungsgesetz zugleich in das Verfahren der gesundheitlichen Kontrolle eingebunden. Nach intensiver Diskussion schlug der Betriebsrat dem Vorstand der Maxhütte deshalb im Frühjahr 1973 Richtlinien für eine neue Institution vor, in deren Hand neben der Arbeitsplatzgestaltung auch die Gesundheitsüberprüfung erkrankter Belegschaftsmitglieder liegen sollte.[351]

Die Kommission sollte paritätisch besetzt sein. Für die Praxis der künftigen Krankenbesuche hatte der Betriebsrat einen detaillierten Fragenkatalog entwikkelt. Die Besuche sollte nicht mehr nur wie früher ein Angestellter der BKK machen, sondern neben einem Vertreter der Personal- und Sozialabteilung war vorgesehen, daß auch ein Betriebsrat während der Befragung anwesend war, die mit dem Ziel geführt wurde, zunächst die genauen Ursachen langwieriger Erkrankungen zu prüfen. Wichtig war den Betriebsräten bei der Krankheitsanalyse die Verbindung von Arbeitsplatz und Gesundheitsstand. Denn es schien ihnen plausibel, daß hohe Fehlzeiten nicht Resultat mangelnder Arbeitsmotivation, sondern Ergebnis arbeitsplatzspezifischer Belastungen waren. Auch andere Ursachen zogen sie ins Kalkül. Waren es psychologische Gründe, die den einzelnen Arbeiter belasteten, seine Arbeitsproduktivität einschränkten oder ihn krank machten? Wie sah das Verhältnis zu den Vorgesetzten und Kollegen, und wie sein genauer Arbeitsplatz aus? Lag es vielleicht daran, daß er oft als Springer arbeiten und immer wieder und immer rascher unbekannte Maschinen bedienen mußte? Ihr Analyseinstrumentarium für die Frage nach Krankheit und Gesundheit war feiner

[350] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, BKK, Niederschrift über die gemeinsame Sitzung des Vorstandes und der Vertreterversammlung der BKK vom 16. 10. 1970; folgendes nach ebenda.

[351] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Arbeitsplatzgestaltung, Betriebsrat an den Vorstand der Maxhütte über Richtlinien für ein Gespräch mit häufiger kranken Belegschaftsmitgliedern vom 3. 4. 1973; folgendes nach ebenda.

geworden, und die Mitbestimmung ermöglichte es den Betriebsräten, ihr vielfach durch die Gewerkschaften vermitteltes arbeitswissenschaftliches und psychologisches Wissen im Betrieb einzusetzen und die Definitionsgewalt über die Arbeitsfähigkeit der Autorität der BKK zu entreißen und sie, zugespitzt formuliert, zu demokratisieren.

In der konstituierenden Sitzung der Kommission für Arbeitsplatzgestaltung und Gesundheitsfürsorge am 28. August 1973 machten die Arbeitnehmer ihre Position unmißverständlich deutlich: Nur die „wirklich schwierigen Fälle" sollten behandelt und „nach Möglichkeit nicht zu viele Gespräche wegen persönlichen Gründen mit Mitarbeitern geführt werden."[352] Die Arbeitnehmervertreter waren sichtlich darum bemüht, mit der Kommission nicht unter dem Deckmantel psychologischer Beratung mehr als unbedingt nötig in den Intimitätsbereich der Beschäftigten einzudringen; eine neue, subtilere Institution zur Produktivitäts- und Leistungssteigerung sollte die Kommission auf keinen Fall sein.

Einfach zu entscheiden waren solche Fälle, in denen häufige Fehlzeiten ganz offensichtlich aus schlechten Arbeitsbedingungen resultierten. Hier war rasch beispielsweise durch bessere Belüftung oder Reduzierung der Hitze Abhilfe zu schaffen.[353] Verdächtig schien den Kommissionsmitgliedern, falls sich Fehlzeiten besonders zu Wochenbeginn oder am Wochenende häuften. In der Regel wurde die Krankenstatistik der betroffenen Personen weiterverfolgt und sie schließlich, falls keine Besserung in Sicht war, zu einem Gespräch gebeten.[354] Heikler war dagegen der Umgang mit Alkoholproblemen. Gab es solche Fälle und lag ein vertrauensärztliches Gutachten vor, wurde der Betriebsrat aktiv. Er informierte in einem persönlichen Gespräch über mögliche Konsequenzen, nämlich eine drohende Entlassung, und zeigte Auswege, Therapie oder Versetzungen auf. Bisweilen scheute er nicht davor zurück, die Ehefrau hinzuzuziehen, um den Druck zu erhöhen und auch ihr die in jeder Hinsicht prekäre Situation vor Augen zu führen.

Doch waren dies Einzelfälle. Viel häufiger kam es vor, daß Fehlzeiten durch Nebenerwerbstätigkeiten verursacht wurden. Zwar fehlen genaue statistische Erhebungen, doch spricht dafür alleine schon die Zahl der in der Kommission diskutierten Fälle.[355]

In solchen Fällen nahm man lieber höhere Kosten für die Krankenkasse in Kauf, als die zahlreichen Arbeiterbauern in der Belegschaft gegen sich aufzubringen. Man konnte es sich aber auch leisten. Der Kostendruck, der auf der Betriebskrankenkasse lastete und zu schärferen Maßnahmen gezwungen hätte, war noch erträglich. Mit steigenden Löhnen und Gehältern der Beschäftigten war ein umfassender gesundheitlicher Leistungsausbau möglich geworden, der Krankheit für

[352] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Arbeitsplatzgestaltung, Protokoll der ersten Sitzung der Kommission für Arbeitsplatzgestaltung und Gesundheitsfürsorge vom 27. 8. 1973.

[353] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, BKK, Protokoll über die 8. Sitzung der Kommission für Arbeitsplatz- und Gesundheitsfürsorge vom 12. 11. 1975.

[354] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Arbeitsplatzgestaltung, Protokoll der 3. Sitzung der Kommission für Arbeitsplatzgestaltung und Gesundheitsfürsorge vom 10. 4. 1974; IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, BKK, Protokoll über die 8. Sitzung der Kommission für Arbeitsplatz- und Gesundheitsfürsorge vom 12. 11. 1975.

[355] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, BKK, Sitzung der Kommission für Arbeitsplatzgestaltung und Gesundheitsfürsorge vom 10. 4. 1974; darin mehrere Fälle.

die Arbeiter nicht mehr zu einem sozialen Risiko werden ließ. Allerdings machten der betriebliche Umgang mit Krankheit und Gesundheit und die Verteilung gesundheitlicher Risiken zugleich deutlich, daß trotz der wohlfahrtsstaatlichen Entwicklung soziale Ungleichheiten zwischen Arbeitern und Angestellten weiterhin bestehen geblieben waren und sich erst langsam aufzulösen begannen.[356] Das galt auch für die arbeitsplatzspezifischen Gefahren, die in der Montanindustrie, an den Walzstraßen und den Stahlöfen besonders ausgeprägt waren und das Arbeitsleben und den Arbeitsrhythmus trotz zahlreicher technischer Veränderungen und Rationalisierungsmaßnahmen für die Arbeiter immer noch erheblich risikoreicher machten als für die Angestellten. Die Körperlichkeit der Arbeit blieb ein weiterhin scharf konturiertes Unterscheidungsmerkmal zwischen Arbeiter- und der Angestelltenexistenz.

Die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall markiert hier eine wichtige Zäsur. Sie führte zur Beseitigung einer lange währenden Diskriminierung und einer Angleichung der Risikoverteilung von Arbeitern und Angestellten. Sie war auch der Auftakt für die Veränderung bislang bestehender schichtspezifischer Kontrollmechanismen der Unternehmen, die im Falle der Arbeiter erheblich restriktiver waren als bei den Angestellten. Die BKK bot dafür das institutionelle Forum, die Maßnahmen zu legitimieren, sie umzusetzen, aber auch sie abzuschwächen, ihnen eine neue Form und eine neue Richtung zu geben. Motor der Veränderung waren die Betriebsräte, die freilich durch den Arbeitsdirektor, wenn nicht offen unterstützt, so doch zumindest nicht blockiert wurden.[357] Mit der Gründung der paritätischen Kommission für Arbeitsplatzgestaltung und Gesundheitsfürsorge gewann die gesundheitliche Kontrolle ein neues, wenn man so will, „freundliches" Gesicht.

d) Vom „Fremdarbeiter" zum „Kollegen"? Ausländische Beschäftigte bei der Maxhütte

Eine Beschäftigtengruppe konnte indes die Leistungen der betrieblichen Sozialfürsorge nicht in Anspruch nehmen: die ausländischen Arbeitsmigranten in der Maxhütte, die dafür in der Regel zu kurz beschäftigt waren. Der wirtschaftliche Aufschwung der jungen Bundesrepublik hatte immer mehr Arbeitskräfte erfordert, seit 1960 herrschte mit regionalen und saisonalen Unterschieden Vollbeschäftigung, und der Mauerbau von 1961 beendete zugleich die innerdeutsche Wanderungsbewegung.[358] Arbeitskräfte wurden zu einem kostbaren Gut. Die Arbeitgeberverbände befürchteten, ein Mangel an Arbeitnehmern könne zu einer Gefahr für die Konjunktur werden und ihre Stellung auf dem Markt gefährden. Deshalb drängten sie die Bundesregierung unter Konrad Adenauer, Arbeitskräfte

[356] Zutreffend dazu Mooser, Arbeiterleben, S. 225.

[357] In den Verhandlungen war Arbeitsdirektor Schmidt immer um einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen von BKK-Geschäftsführung und Betriebsräten bemüht. IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Arbeitsplatzgestaltung, Protokoll der 3. Sitzung der Kommission für Arbeitsplatzgestaltung und Gesundheitsfürsorge vom 10. 4. 1974.

[358] Zusammenfassend Thomas Bauer, Klaus F. Zimmermann, Gastarbeiter und Wirtschaftsentwicklung im Nachkriegsdeutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1996, S. 74–108.

im Ausland anzuwerben.[359] Im Dezember 1955 unterzeichneten die Bundesrepublik und Italien den ersten Anwerbevertrag. Ziel war es, „einen hohen Beschäftigungsstand der Arbeitskräfte zu erreichen und die Produktionsmöglichkeiten voll auszunutzen".[360] Die italienische Seite schrieb die Stellen aus, prüfte den gesundheitlichen Zustand der italienischen Arbeiter und unterstützte die deutschen Vertreter der Bundesanstalt für Arbeit. 50 DM war der Preis, den Unternehmen wie die Maxhütte an die Bundesanstalt für Arbeit für die Anwerbung eines italienischen Arbeiters entrichten mußten. Zu Beginn der sechziger Jahre intensivierte die Bundesregierung angesichts des bestehenden Arbeitskräftemangels ihre Bemühungen: 1960 folgten ein Anwerbeabkommen mit Spanien und Griechenland, 1961 eine Vereinbarung mit der Türkei, 1964 mit Portugal und 1968 mit Jugoslawien.[361]

In der ersten Anwerbungsphase zwischen 1955 und 1960 kamen nur wenige ausländische Arbeiter in die Bundesrepublik, bis zur Rezession des Jahres 1966/67 stieg ihre Zahl aber rasch an, so daß 1964 bereits der millionste „Gastarbeiter" in Westdeutschland begrüßt werden konnte; mehr als 130000 von ihnen lebten und arbeiteten in Bayern. Die Italiener bildeten mit 37736 die größte, die Griechen mit 25908 die zweitgrößte Gruppe angeworbener Arbeitskräfte.[362] Die Mehrheit arbeitete in der Eisen- und Metallindustrie, im verarbeitenden Gewerbe und in der Bauindustrie. Nach der Rezession verlängerte die Arbeitsvermittlung zahlreiche Arbeitsverträge nicht mehr; die Zahl der „Gastarbeiter" ging deshalb deutlich zurück, stieg aber bis zum Ölpreisschock 1973 noch einmal auf 2,3 Millionen an. Der Ausländeranteil lag bundesweit bei 10,8 Prozent. In der weltweiten Wirtschaftskrise nach 1973 beendete die Bundesregierung ihre Anwerbepolitik; neue Verträge wurden nicht mehr abgeschlossen.[363]

Bei der Maxhütte arbeiteten zu diesem Zeitpunkt insgesamt 305 ausländische Arbeiter.[364] Über 50 Prozent der Männer stammten aus der Türkei, 25 Prozent aus Spanien. Beide Bevölkerungsgruppen waren erst mit der dritten Anwerbungswelle nach 1966/1967 zur Maxhütte gekommen. Von den „Gastarbeitern" der ersten Anwerbungsphase aus Italien und Griechenland, die zu Beginn der sechziger Jahre nach Sulzbach-Rosenberg und Haidhof gekommen waren, hatten viele 1973 die Bundesrepublik bereits wieder Richtung Heimat verlassen. Nur 21 der 305 Ausländer arbeiteten 1973 bei der Maxhütte länger als 5 Jahre; 267 oder etwas mehr als 87 Prozent waren vier oder weniger Jahre in der Oberpfalz, und rund 56 Prozent erst seit 1972. Offenkundig hatte sich in der Anwerbungsphase nach 1966/1967 die Struktur der Migrantenfamilien zu verändern begonnen. 243 der „Gastarbeiter" waren verheiratet, und beinahe die Hälfte war mit ihren Familien

[359] Vgl. dazu einführend Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880–1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin 1986; Cord Pagenstecher, Ausländerpolitik und Immigrantenidentität. Zur Geschichte der „Gastarbeit" in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1994; Franziska Dunkel, Gabriella Stramaglia-Faggion, „Für 50 Mark einen Italiener". Zur Geschichte der Gastarbeiter in München, München 2000, hier S. 19–54.

[360] Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (ANBA), 1956, Anlage I, S. 52.

[361] Knapp dazu auch Thränhardt, Geschichte, S. 296ff.

[362] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für Bayern 1969, S. 135.

[363] Vgl. Dunkel, Stramaglia-Faggion, „Für 50 Mark einen Italiener", S. 35.

[364] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 212, Bericht über die Arbeit des Sozialressorts 1973, S. 8.

und Kindern nach Deutschland gekommen, während die meisten griechischen und italienischen Arbeiter, die in den späten fünfziger und sechziger Jahren nach Deutschland aufgebrochen waren, ohne Familien nach Deutschland gekommen waren und schließlich nach einigen Jahren wieder zurückkehrten.

Der Weg zur Maxhütte führte für die Italiener, Griechen, Türken und Jugoslawen über den Münchner Hauptbahnhof, der bundesweit zentralen Anlaufstelle für die Registrierung und Verteilung der „Gastarbeiter".[365] Dort nahmen sie zuerst die Vertreter der Arbeitsverwaltung und dann der Unternehmer in Empfang. Schließlich ging es mit dem Zug Richtung Oberpfalz. Die Maxhütte brachte die neuen Arbeitskräfte in eigenen Wohnheimen und Barackenlagern unter, in denen vor 1945 polnische, russische und ukrainische Zwangsarbeiter, danach Flüchtlinge gelebt hatten.[366] Die Quartiere, die eine notwendige Voraussetzung für die Anwerbung von Arbeitskräften waren, wurden durch das Arbeitsamt überprüft. Nachdem zunächst noch die nationalsozialistischen Richtlinien für die Bauarbeiterwohnheime von 1934 gegolten hatten[367], erhielt die Wohnungsfrage 1964 eine neue verwaltungsrechtliche Grundlage.[368] Die „Richtlinien für die Unterbringung italienischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland" regelte die Größe, Bauart und Qualität der Schlaf- und Tagesräume sowie die Einrichtung der sanitären Anlagen. Die Baracken mußten „wetterdicht" sein – eine Bestimmung, die offenkundig nicht selbstverständlich war –, und es mußte die Möglichkeit bestehen, die Räume ausreichend zu belüften und zu heizen. Kochstellen waren ebenso vorgesehen wie Trockenräume. Jeder Italiener hatte den Anspruch auf eine eigene Bettstelle, nicht aber auf einen eigenen Raum. In Betrieben, in denen wie bei der Maxhütte im Schichtbetrieb gearbeitet wurde, sollten die Arbeiter einer Schicht zusammen untergebracht werden, um eine ausreichende Erholung zu gewährleisten. Besonderen Wert legten die deutschen Behörden auf die Wahrung des „Anstandsgefühls". Männer und Frauen waren deshalb getrennt untergebracht. Für zehn Personen sah die Richtlinie eine Toilette vor, fünf Arbeiter sollten sich eine Waschstelle teilen. Warmes Wasser bekamen die „Gastarbeiter" Mitte der sechziger Jahre nur dann, wenn sie etwa im Stahlwerk oder unter Tage besonders schmutzige Aufgaben verrichten mußten.

Insgesamt gibt es keinen Zweifel daran, daß die ausländischen Arbeiter, die „Fremdarbeiter", wie die Betriebsräte und Beschäftigten immer wieder und ganz ungeniert sagten, extrem beengt und dürftig lebten. Privatleben gab es nicht, die hygienischen Zustände in den Unterkünften ließen ebenfalls zu wünschen übrig. Die Geschichte der italienischen Arbeiterin Elia P., die in einem Lager in München lebte, hätte sich zu Beginn der sechziger Jahre auch in Amberg oder Haidhof zu zutragen können:

[365] Eindringlich die Berichte türkischer und griechischer Gastarbeiter über ihre Ankunft in München bei Dunkel, Stramaglia-Faggion, „Für 50 Mark einen Italiener", S. 91–98.

[366] Die Unterbringung von Ausländern wurde auch in anderen Betrieben der Montanindustrie ähnlich gehandhabt; vgl. dazu auch Karl Lauschke, Menschen auf dem Bergwerk: Die Belegschaft im Wandel der Zeit, in: Glückauf-Stiftung (Hrsg.), Zeche Westfalen. Ein Jahrhundert Steinkohlenbergbau in Ahlen, Essen 2000, S. 67–89, S. 87 f.

[367] Vgl. Dunkel, Stramaglia-Faggion, „Für 50 Mark einen Italiener", S. 158.

[368] Dienstblatt der BfA 13 (1964), Nr. 22 vom 24. 4. 1964, S. 5771.

„Dann kam dazu, dass die Baracken wirklich in einem schrecklichen Zustand waren: An einem Sonntag Morgen hatten wir bemerkt, es war ja ziemlich ruhig, weil wir da nicht arbeiten mussten, wir lagen also länger im Bett, und da sahen wir Mäuse im Zimmer spazierengehen, sie liefen auch über die Betten, es war wirklich eine Zumutung. All dies zusammen hat dann zu einem Streik geführt, die Baracken hatten keinen richtigen Fußboden, es gab Löcher und Mäuse."[369]

Problematisch war nicht nur die Wohnsituation. Schwierigkeiten bereitete vor allem die Integration der Ausländer in den komplexen Arbeitsprozeß der Maxhütte. Das begann mit der Sprache. „Aufgrund der angespannten Arbeitsmarktlage", gab im Herbst 1961 die Unternehmensleitung der Belegschaft bekannt, „müssen auch wir uns mit dem Gedanken vertraut machen, Fremdarbeiter zu beschäftigen. Derzeit sind bereits einige Italiener bei uns beschäftigt, und wir erwarten, daß in naher Zukunft weitere italienische Fremdarbeiter eingestellt werden. Da diese Italiener nur mangelhaft bzw. überhaupt nicht deutsch sprechen können, ist die Verständigung bzw. das Anlernen dieser Fremdarbeiter mit großen Schwierigkeiten verbunden".[370]

Die Maxhütte war offenkundig nur mangelhaft auf die neuen Mitarbeiter vorbereitet. Italienisch sprach in der Verwaltung und in der Personalabteilung niemand, und so wußte die Betriebsleitung sich nicht anders zu helfen, als die Beschäftigten selbst um ihre Mitarbeit zu bitten. Diejenigen unter ihnen, die Italienisch sprachen, sollten sich melden und als Dolmetscher einspringen. Vielleicht, so ihre Hoffnung, hatten einige ältere Kollegen noch entsprechende Kenntnisse aus ihrer Kriegszeit.

Solche improvisierten Notmaßnahmen waren um so dringender, weil bereits nach kurzer Zeit gravierende Probleme auftraten. Niemand hatte sich im Vorfeld Gedanken darüber gemacht, wie Arbeitsweise, Schichteinteilung, Absprachen und Gerätekunde ohne ausreichende Sprachkenntnisse vermittelt werden sollten. In den Augen der Betriebsleitung und wohl auch der meisten Belegschaftsmitglieder standen die Italiener ganz in der Tradition der Zwangsarbeiter, die vor 1945 auch bei der Maxhütte tätig gewesen waren. Sie waren die „Fremdarbeiter", die für Arbeiten am unteren Ende der Lohnskala eingesetzt wurden. Teil der Belegschaft, „Maxhütterer", waren sie nicht.

Konflikte waren deshalb vorprogrammiert. Den ersten Italienern und Griechen, die in die Oberpfalz kamen, war die industrielle Welt der Eisen- und Stahlindustrie weitgehend unbekannt.[371] Viele stammten aus Süditalien und Sizilien. Sie waren arme Bauern, hatten oft keine oder nur eine schlechte schulische Bildung. Ihre Auswanderung sah die italienische Regierung nicht ungern, hatte sie doch gehofft, auf diese Weise das Problem des unterentwickelten Südens lösen zu können – eine Strategie, deren Ursprünge auf die Förderung der Arbeitsmigration seit dem 19. Jahrhundert zurückgingen.[372] Das waren keine günstigen Voraussetzun-

[369] Zit. nach: Dunkel, Stramaglia-Faggion, „Für 50 Mark einen Italiener", S. 68.
[370] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 139/2, Bekanntmachung Nr. 12/61 vom 1. 9. 1961, Beschäftigung von italienischen Arbeitskräften.
[371] Vgl. Dunkel, Stramaglia-Faggion, „Für 50 Mark einen Italiener", S. 25f.
[372] Vgl. zusammenfassend Maximiliane Rieder, Arbeitsmigration nach Deutschland. Von 1933 bis in die Gegenwart, in: Mitteilungen des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung 21 (1998), S. 195–220.

gen für die Integration in den Arbeitsprozeß, zumal für die Arbeit im Akkord, wo selbst die schlecht bezahlten Hilfstätigkeiten für die allgemeine Leistungsbilanz der Arbeitsgruppe zählten. Die deutschen Kollegen reagierten deshalb ärgerlich, wenn sich durch die Ausländer Verzögerungen im Arbeitsablauf und damit Lohnausfälle ergaben. Die ungelernten süditalienischen oder griechischen Landarbeiter mußten ein hohes Lehrgeld für ihre industrielle Unerfahrenheit zahlen. Unfälle mit den unbekannten Maschinen und heißen Öfen im Stahlwerk gab es häufig, und die Unfallgefahr für die ausländischen Arbeiter erhöhte sich noch durch häufige Versetzungen in andere Betriebsteile, in denen Arbeitskräftemangel herrschte oder Arbeiter krankheitsbedingt ausgefallen waren.

Die Belegschaft, aber auch die Betriebsräte waren weitgehend taub gegenüber Problemen dieser Art. Ihre Kritik richtete sich nicht gegen mangelhafte Sicherheitsmaßnahmen oder fehlende Schulungen. Ihnen ging es vor allem darum, welche Konsequenzen Unfälle für die Berechnung des Akkords besaßen. Ein Betriebsrat forderte deshalb nach dem Unfall eines griechischen Arbeiters, der nur aushilfsweise im Stahlwerk eingesprungen war, den dadurch entstandenen Verlust der Sicherheitsprämie nicht der Arbeitsgruppe „anzulasten".[373] Das Risiko des Ausländereinsatzes, so die Vorstellung des Betriebsrates und seiner Kollegen im Stahlwerk, dürfe nicht auf die eingespielten Crews übertragen, sondern müsse vom Unternehmen übernommen werden.

Die Vorbehalte gegenüber den italienischen Kollegen waren überall zu spüren. Die Arbeiter aus Sizilien waren kulturell „fremd" und sprachen eine fremde Sprache. Ihr Einsatz drohte nicht nur die Verdienstmöglichkeiten zu schmälern, von ihnen ging auch eine Gefahr für die Arbeitsmoral der deutschen Arbeiter aus. So glaubte man jedenfalls in der Maxhütte. In einem Protokoll über eine Betriebsratssitzung hieß es in einer später um diesen Passus korrigierten Fassung, daß die Italiener im Rahmen des Sicherheitswettbewerbes „wegen ihrer bekannt labilen Einstellung zur Arbeit und einer evtl. sich ergebenen finanziellen Schädigung von einheimischen alten und anständigen"[374] Belegschaftsangehörigen in einer gemeinsamen und von den deutschen Arbeitern getrennten Gruppe zusammengefaßt werden sollten. Ob der Vorschlag realisierte wurde, läßt sich nicht mehr mit Sicherheit sagen. Es bestand aber offenkundig nicht nur ein kultureller, sondern auch ein sozialer Konflikt zwischen einheimischen Arbeitern und „Gastarbeitern". Die Gefahr, auf die üblichen Prämien, die für besonders niedrige Unfall- und Ausfallzeiten gezahlt wurden, verzichten zu müssen, ließ manchen Beschäftigten und gewerkschaftlichen Vertrauensmann empört aufschreien. Gern gesehen waren die „Gastarbeiter" nicht.

Eine nach Ausländern und Deutschen aufgeschlüsselte Unfallstatistik fehlt. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß den Unfällen und Fehlzeiten der Italiener und Griechen größere Aufmerksamkeit geschenkt wurde als denen deutscher Arbeiter. Innerhalb des Betriebsrates waren jedenfalls die „Gastarbeiter" und ihre Einstellung zur Arbeit ein immer wiederkehrendes Thema. War die Entlassung durch die Betriebsleitung berechtigt, die einigen italienischen Gastarbeitern we-

[373] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 108, Betriebsratssitzung vom 1. 7. 1963.
[374] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 108, Betriebsratssitzung vom 5. 2. 1962.

gen zu häufiger Fehlzeiten oder eines selbst verlängerten Urlaubs kündigen wollte?[375] Welche Sanktionen waren angemessen, welche übertrieben? Es war in der Tat nicht außergewöhnlich, daß italienische Arbeiter ihren Urlaub ausdehnten und unentschuldigt der Arbeit fern blieben.[376]

Dabei war aber nicht alleine die vermeintliche „Faulheit" im Spiel. Auch logistische Schwierigkeiten dürften der Grund dafür gewesen sein, daß die italienischen Saisonarbeiter aus Sizilien den weiten und beschwerlichen Weg aus Süditalien nicht immer pünktlich zurücklegen konnten. Der Betriebsrat agierte angesichts der bestehenden Probleme und der benötigten Arbeitskräfte zurückhaltend[377]; es mußten erhebliche Verstöße gegen die Arbeitsordnung vorliegen, eher er einer Entlassung zustimmte.

Mochte sich schon darin ein gewisses Umdenken der Betriebsräte abzeichnen, so verstärkte sich dieser Trend in den sechziger Jahren. Nach einer insgesamt schwierigen Anlaufphase[378] rief der Betriebsrat 1964 die Belegschaft zu mehr Solidarität mit den ausländischen Arbeitnehmern auf. „Der Umgang mit den Gastarbeitern", so hieß es, „sollte freundlicher gestaltet und wegen der Verständigungsschwierigkeiten mit entsprechender Geduld gehandhabt werden".[379] Offenbar hatte der Aufruf und eine langsame Gewöhnung an die Gastarbeiter mit dazu beigetragen, daß die Zahl der Konflikte, die den Betriebsrat beschäftigten, langsam zurückging.[380] Wichtig war zudem, daß viele Italiener nur befristete Arbeitsverträge besaßen, die in den Jahren der Wirtschaftsrezession von 1966/1967 nicht mehr verlängert wurden. Das „Problem" der Arbeitsmigration war auf diese Weise gleichsam ökonomisch durch die Krise geregelt worden.

Erst nach 1969 warb die Maxhütte wieder ausländische Arbeiter an[381]; zunächst aus Spanien, seit 1970 vornehmlich aus der Türkei. Das Sprachproblem war auch zu Beginn der siebziger Jahr eine der entscheidenden Hürden für die Integration, und auch den neuen „Gastarbeitern" fehlte jede Erfahrung mit den Fertigungstechniken der modernen Eisen- und Stahlindustrie. Etwas anderes aber hatte sich verändert. Bis in die Mitte der sechziger Jahre gehörte „Ausländerpolitik" und Arbeitsmigration nicht zu den Themen, mit denen sich der DGB oder die IG Metall intensiver beschäftigten.[382] Mit dem Generationswechsel in den späten sechziger Jahren wurden die Gewerkschaften sensibler gegenüber ausländischen Arbei-

[375] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 140/1, Vorstand der Maxhütte an C.L. wegen Beendigung des Arbeitsverhältnisses vom 11. 6. 1963.

[376] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 140/1, Sozialabteilung an den Betriebsrat von Rosenberg vom 30. 5. 1963; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 140/2 Maxhütte an R.C. wegen unentschuldigter Fehlzeiten vom 27. 9. 1962.

[377] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 108, Betriebsratssitzung vom 27. 5. 1963.

[378] Dazu zählten auch Verwarnungen wegen angeblich „unsittlichen Verhaltens", wobei sich solche Fälle im einzelnen nicht klären lassen. Bisweilen geben die Entscheidungen des Betriebsrates den Frauen eine gewisse Mitschuld an den Vorfällen. Allerdings ist zu vermuten, daß es sich dabei oftmals um einen spezifisch männlichen Blick auf die sexuellen Übergriffe handelte, der die Frauen selbst für die männlichen Gewaltakte verantwortlich machte; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 108, Betriebsratssitzung vom 25. 6. 1962.

[379] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 108, Betriebsratssitzung vom 24. 8. 1964.

[380] Für die Jahre 1965 und 1966 lassen sich in den Betriebsratsakten kaum noch Konfliktfälle nachweisen.

[381] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 18, Gesamtbetriebsratssitzung vom 25. 7. 1969.

[382] Vgl. Dunkel, Stramaglia-Faggion, „Für 50 Mark einen Italiener", S. 252ff.

tern, und auch in den Betrieben veränderten sich Wahrnehmung und der Umgang mit den „Gastarbeitern". Diese Erfahrungen, die viele aktive Betriebsräte und Vertrauensleute in den westdeutschen Großunternehmen machten, prägten auch das 1971 verabschiedete Grundsatzpapier des DGB zur Ausländerfrage:

„Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften vertreten die gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Arbeitnehmer. Dies gilt im gleichen Umfang für die ausländischen Arbeitnehmer. Es ist daher die Aufgabe des Bundes, die soziale Integration der ausländischen Arbeitnehmer zu fördern. [...] Der Bund und die in ihm vereinigten Gewerkschaften sehen in der fremdsprachigen Gewerkschaftsarbeit einen praktischen Beitrag zur Stärkung der übernationalen und solidarischen Gewerkschaftsarbeit sowie zur Förderung der europäischen Integration."[383]

Bei programmatischen Lippenbekenntnissen blieb es nicht. Schließlich wollte man nicht nur die internationale Solidarität der Gewerkschaftsbewegung beschwören, sondern auch neue Mitglieder unter den ausländischen Arbeitnehmern werben, was bis dahin kaum erfolgreich gewesen war.[384] Im Betrieb waren es vor allem die Vertrauensleute und die gewerkschaftlich organisierten Betriebsräte, die sich nun besonders um ihre ausländischen „Kollegen" kümmerten. Was für die italienischen Arbeitsmigranten noch zu Beginn der sechziger Jahre für ausreichend angesehen worden war, galt in den siebziger Jahren als indiskutabel. Das betraf vor allem die Unterbringung der türkischen Kollegen, worüber die Betriebsräte diskutierten: „Er [ein Betriebsrat] berichtete, daß 7 türkische Kollegen Antrag auf Wohnung an der Windschnur gestellt haben. Es ist jedoch nicht zumutbar, den Kollegen diese Wohnung zuzuteilen, da diese Wohnungen in einem sehr schlechten Zustand sind. Es sollte eine entsprechende Lösung gefunden werden, damit auch den ausländischen Kollegen eine anständige Wohnung angeboten werden kann."[385]

Der Betriebsrat setzte sich hier für seine eigenen Kollegen ein, nicht für die „Gastarbeiter". Darin bestand eine der entscheidenden Veränderungen: Die türkischen Arbeitsmigranten galten, zumindest auf dem Papier und in der Wortwahl, nicht mehr als absolute Fremdkörper. Sie wurden zwar bisweilen kritisch beäugt, waren aber letztlich doch partiell akzeptierte Teile der Belegschaft. Zumindest der Betriebsrat behandelte sie so und setzte sich dafür ein, daß sie nicht schlechter gestellt wurden als ihre deutschen Kollegen. Anders als noch zu Beginn der sechziger Jahre bemühten sich die Betriebsräte auch darum, die spezifischen Probleme der „Gastarbeiter" in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Ein Beispiel mag dies näher beleuchten: Ein Betriebsrat berichtete im Herbst 1973 von einem Vorfall, bei dem ein ausländischer Arbeiter dabei erwischt worden sei, wie er einen Automaten „mit Händen und Füßen bearbeitete."[386] Wie entschied der Betriebsrat? Statt eine Verwarnung auszusprechen, prüfte er den Fall zunächst und stellte fest, daß der Arbeiter nicht in der Lage war, die Bedienungsanleitung des Automa-

[383] DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Die deutschen Gewerkschaften und die ausländischen Arbeitnehmer. Beschlüsse, Forderungen, Stellungnahmen, Empfehlungen, Düsseldorf 1987, S. 4.

[384] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 65, Aufstellung über IG Metall-Mitglieder in der Max- und der Luitpoldhütte sowie bei Siemens; die Zahl der ausländische Gewerkschaftsmitglieder war verschwindend gering.

[385] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 24, Betriebsratssitzung vom 18. 9. 1973.

[386] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 24, Betriebsratssitzung vom 17. 4. 1973.

ten zu lesen – ein alltägliches Problem für viele der türkischen und spanischen Arbeitnehmer bei der Maxhütte. Deswegen beschlossen die Arbeitnehmervertreter, von einer Verwarnung abzusehen und eine Bedienungsanleitung in der Sprache der ausländischen Beschäftigten am Automaten anzubringen. Ähnlich wie im Betriebsrat gingen die verantwortlichen Arbeitnehmervertreter und Sicherheitsbeauftragten auch in den Produktionsbereichen vor. Die Gefahr von Unfällen wegen mangelnder Sprachkenntnisse war auch zu Beginn der siebziger Jahre alles andere als behoben. Aber zumindest wollten Betriebsleitung und Betriebsrat gemeinsam verhindern, daß in Produktionsorten wie dem Rangierbetrieb, in denen mündliche Absprachen überlebensnotwendig waren, die ausländischen Arbeitnehmer völlig hilflos den Gefahren des Arbeitsplatzes gegenüberstanden.[387] Deswegen testeten sie beispielsweise zwei türkische und einen italienischen Arbeitnehmer, um die Unfallgefahr für sie und ihre deutschen Kollegen möglichst gering zu halten. Schließlich konnten die drei Arbeiter nach erfolgreich bestandenem Sprachtest ihre Arbeit fortsetzen. Diese Form der Konfliktlösung wäre zu Beginn der sechziger Jahre wohl kaum vorstellbar gewesen. Zehn, fünfzehn Jahre später gab es aber ein deutlich schärferes Problembewußtsein für die Schwierigkeiten der „Gastarbeiter". Mitten in den großen gesellschaftlichen Umbrüchen und innerbetrieblichen Modernisierungs- und Rationalisierungsschüben waren seit den späten sechziger Jahren aus den ehemaligen „Fremdarbeitern" zumindest in Ansätzen ausländische „Kollegen" geworden.

3. Unruhige Zeiten: Die Krisenjahre 1969–1976

a) Eine neue Arbeiterklasse? Gewerkschaftliche Handlungsmacht und Arbeiterbewußtsein in den Septemberstreiks von 1969

Die Nachricht breitete sich an Rhein und Ruhr wie ein Lauffeuer aus. Am Dienstag, den 2. September 1969, kurz nach neun, legten die Arbeiter der Dortmunder Westfalenhütte die Arbeit nieder – ein „wilder Streik". Bei der Frühschicht hatten ihnen die Vertrauensleute das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Betriebsdirektion mitgeteilt: Statt der geforderten 20 Pfennig waren die Arbeitgeber nur bereit, 15 Pfennig innerbetrieblicher Zulage pro Stunde zu bezahlen.[388] Das wirkte angesichts der anziehenden Konjunktur in der Eisen- und Stahlindustrie, der überwundenen Konjunkturkrise der Jahre 1966/1967 und steigender Unternehmensgewinne wie ein Schlag ins Gesicht. Die Unzufriedenheit über die Löhne, die mit den immer neuen Produktionsrekorden in der westdeutschen Stahlindustrie nicht Schritt halten konnten, war enorm: Im ersten Halbjahr 1969 konnten die Hüttenbetriebe noch einmal bei vollständiger Auslastung ihrer Produktionsanlagen das Vorjahresergebnis deutlich übertreffen; Schätzungen aus

[387] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 32, Aktenvermerk über deutsche Sprachkenntnisse im Rangierbetrieb vom 14. 8. 1973.

[388] Vgl. dazu Die Septemberstreiks 1969. Darstellung, Analyse, Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen, hrsg. vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Köln 1969, S. 57ff.

dem Spätsommer 1969, die Arbeitgebern und Gewerkschaften gleichermaßen bekannt waren, gingen von einer Steigerung von über zehn Prozent aus.[389] Zwar waren es die Investitionsgüter, die mit einer Steigerung von 14,8 Prozent in den ersten sechs Monaten des Jahres 1969 die Konjunktur belebten, doch lag die Stahlindustrie zwischen Rhein, Ruhr, Saar und Vils mit 13,9 Prozent nur unwesentlich dahinter. Zahlreiche Überstunden, Sonderschichten und Sonn- und Feiertagsarbeit gehörten zum festen Arbeitsrhythmus. Während die Unternehmer die Nachfrage kaum befriedigen und die Preise für Formstahl, Grob- und Feinbleche deutlich erhöhen konnten[390], verhinderte die langfristige tarifvertragliche Bindung, die die Gewerkschaften in den Rezessionsjahren zum Schutz der Arbeitnehmer abgeschlossen hatten, nun eine konjunkturelle Anpassung der Löhne und Gehälter an die veränderte Marktlage. Und die innerbetrieblichen Zulagen, die „zweite Lohnrunde", die vielfach erhebliche betriebliche Zuschläge zu den zentral ausgehandelten Tariflöhnen und -gehältern beinhaltete und von den Belegschaften mindestens ebenso mit Spannung erwartet wurden wie die Tarifverhandlungen, konnten mit der rasanten ökonomischen Entwicklung kaum Schritt halten. In Dortmund brachte genau diese Frage das Faß zum Überlaufen und war der Anlaß für die größte Streikwelle in der jungen Geschichte der westdeutschen Demokratie, die auch die Montanindustrie der Oberpfalz nicht unberührt ließ.

Von der Westfalenhütte griff der „wilde Streik" auf andere Hütten über. Rund 6000 Arbeiter legten am ersten Streiktag die Arbeit nieder, zogen vor das Gebäude der Hauptverwaltung und blockierten für kurze Zeit die Flure. Ihr Zorn richtete sich vor allem gegen die Unternehmer, bisweilen aber auch gegen die eigene Gewerkschaft, der man mangelnde Kampfbereitschaft und tarifpolitische Schwäche vorhielt. Am nächsten Tag zogen die Hoesch-Arbeiter mit Kumpel anderer Hütten Richtung Friedensplatz, dem Zentrum der Dortmunder Innenstadt.[391] Mehr als 10000 Arbeiter, mit Blaumann und Helm, füllten die Straßen, während die Betriebsratsvorsitzenden mit der Unternehmensleitung an einem geheimen Ort über die Forderungen nach einer Erhöhung der betrieblichen Zulage verhandelten. Die Gewerkschaften, allen voran die örtlichen IG Metall-Bevollmächtigten, waren von der rasanten Entwicklung vollkommen überrollt worden. Sie waren bei den Gesprächen über eine Lösung des Konflikts auch nicht beteiligt. Den Betriebsratsvorsitzenden oblag schließlich am Mittag des 3. Septembers die Aufgabe, den Arbeitern und Angestellten das Ergebnis der Verhandlungen mitzuteilen: Die Direktion stimmte unter dem Druck der Belegschaft den Forderungen nach höheren betrieblichen Sonderleistungen zu – ein Sieg auf ganzer Linie für die Dortmunder Arbeiter.

Innerhalb weniger Tage, ja Stunden, legten die Beschäftigten der westdeutschen Montanindustrie, beflügelt durch den raschen Sieg der Hoesch-Kollegen, die Arbeit nieder. Zehntausende Beschäftigte befanden sich im Ausstand, und das ohne gewerkschaftliche Führung. Vielfach fehlte eine eigene Streikleitung oder sie lag in den Händen der Betriebsräte oder Vertrauensleute, die mit den Arbeitgebern und

[389] DIW-Berichte 34/1969 vom 21. 8. 1969, S. 224.
[390] Vgl. Septemberstreiks, S. 19.
[391] Zu den Vorgängen in der Westfalenhütte vgl. auch Septemberstreiks, S. 58ff.; die Zitate nach ebenda.

Konzernherren verhandelten. Während die IG Metall-Führung trotz ihrer Kritik an der Form der Auseinandersetzung zumindest die Forderungen der Arbeiter für berechtigt hielt und sich mit den Streikenden solidarisierte, lehnte IG Bergbau-Chef Walter Arendt alle Kampfmaßnahmen ohne gewerkschaftliche Führung strikt ab und machte kommunistische Agitatoren für die Arbeitsniederlegungen verantwortlich.[392]

Am 8. September 1969, einem Montag, hatten bereits über 50000 Arbeiter und Angestellte in 22 Betrieben die Produktion eingestellt.[393] Die Stimmung war vielerorts gespannt, ja explosiv, als sich nach einer Woche neben dem Ruhr- und dem Saargebiet[394] auch die Beschäftigten der oberpfälzischen Hüttenindustrie der Protestwelle anschlossen. Aufgebrachte Arbeiter und Angestellte der Maxhütte in Haidhof und Sulzbach-Rosenberg verließen am Morgen ihre Arbeitsplätze, um für eine Erhöhung der Stundenlöhne zu streiken. „Wir lassen uns nicht überfahren", hieß es auf den Plakaten, die die Maxhütterer in Haidhof noch in der Nacht entworfen hatten.[395] Als erste legten die Arbeiter der Adjustage und des Kaltwalzwerkes, einer früheren KPD-Hochburg, die Arbeit nieder, dann folgten andere Abteilungen. Alle warteten gemeinsam vor dem Verwaltungsgebäude A am Werkseingang auf den technischen Direktor Knüppel. Ihm wollten sie lautstark noch einmal ihre Forderung unterbreiten, über die einige Vertrauensleute den Betriebsratsvorsitzenden Richard Edenhofer bereits am Samstag informiert hatten: die Erhöhung der Stundenlöhne um 70 Pfennig. Die Arbeit ruhte, nur ein Notdienst sorgte dafür, daß die Anlagen keinen ernsthaften Schaden nahmen. Rund 8500 oberpfälzische Stahlarbeiter befanden sich im Ausstand.

Als Knüppel schließlich eintraf, sah er sich einer Belegschaft gegenüber, die zu keinen Kompromissen bereit war. Knüppel, zugleich Sprecher des Vorstandes, wies darauf hin, daß erst in zwei Tagen über die Forderungen beraten werden könne, weil einige Vorstandsmitglieder abwesend seien und ohne sie eine Entscheidung unmöglich sei. Die Arbeiter sollten den Streik aussetzen, schließlich seien die Arbeitgeber zu Verhandlungen bereit und auch teilweise von der Berechtigung des Protestes überzeugt. Mit schönen Worten wollten sich die Haidhofer freilich nicht abspeisen lassen. Sie verweigerten die Wiederaufnahme der Arbeit und warteten auf das Ergebnis einer für den Mittag anberaumten Betriebsversammlung in Sulzbach-Rosenberg. Dort versuchte Richard Edenhofer zwar die Gemüter zu beruhigen. Er unterstützte aber nachdrücklich die Forderungen der Belegschaft und informierte die Demonstranten über Lautsprecherwagen regelmäßig über die neuesten Streikentwicklungen an der Saar und im Ruhrgebiet. Mit seinen Berichten stellte er sich selbst an die Spitze des „wilden Streiks", damit die

[392] Knapp dazu Septemberstreiks, S. 217–221; Bergmann, Gewerkschaften, Bd. 2, S. 120ff.; Handelsblatt vom 9. 9. 1969: „IG Bergbau will Treueprämie und spürbare Lohnerhöhung".

[393] Vgl. Septemberstreiks, S. 47, die Zahlenangaben schwanken; FAZ und „Welt" sprechen für den 8. 9. von rund 38000 Streikenden, vgl. dazu Die Welt vom 9. 9. 1969: „Wilde Streiks an der Saar legen den Kohlenbergbau still"; FAZ vom 9. 9. 1969: „Tarifparteien um Beilegung der wilden Streiks bemüht".

[394] Frankfurter Abendpost-Nachtausgabe vom 9. 9. 1969: „Im Saarland streikten am Montag 20000 Bergleute".

[395] Vgl. dazu Burglengenfelder Zeitung vom 9. 9. 1969: „Wilde Streiks in der Maxütte: 3600 Arbeiter fordern bis zu 70 Pfennige mehr"; folgendes nach ebenda.

Stundenlöhne, so Edenhofer, „endlich denen an Rhein und Ruhr angeglichen werden"[396] sollten – „lohnpolitische Gerechtigkeit", das war das Ziel, das die bayerische IG Metall und die Betriebsräte schon seit Jahren forderten, bislang aber nicht durchzusetzen vermocht hatten.

Um 14.00 Uhr, in Sulzbach-Rosenberg lief die Betriebsversammlung noch, ging die Frühschicht nach Hause, die Mittagsschicht kam, zog ihre Arbeitskleidung an und schloß sich ausnahmslos dem Protest an. „Wir sind alle solidarisch", erklärte ein Mitglied des Betriebsrates die Position der gewählten Arbeitnehmervertreter, die versuchten, den Streik in geregelte Bahnen zu lenken. Das war zu diesem Zeitpunkt kaum mehr nötig. Die Arbeiterschaft verhielt sich diszipliniert und ließ sich auch von einem vorbeifahrenden Bundeswehrwagen mit 30 Soldaten nicht irritieren; nur wenige besonders aufgeregte Gemüter hatten befürchtet, die Unternehmensleitung wolle den Streik mit militärischer Hilfe beenden. Streikposten wie im Ruhrgebiet waren in der Oberpfalz jedenfalls nicht nötig; zu geschlossen war die Front der Beschäftigten.

Das sollte sich freilich ändern, als am Nachmittag die Ergebnisse der Betriebsversammlung aus Sulzbach-Rosenberg bekannt wurden. Nach Rücksprache auch mit den Kollegen aus Haidhof formulierten die Beschäftigten fünf Kernforderungen[397]: Erstens die Entfristung der bestehenden Lohn- und Gehaltsverträge, zweitens die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 50 Pfennig pro Stunde, drittens eine weitere Erhöhung der Löhne und Gehälter um fünf Prozent zur Angleichung an die nordrhein-westfälischen Abschlüsse; viertens das sofortige Inkrafttreten des Tarifvertrages ohne „Bayernmonat"[398] und fünftens den sofortigen Verhandlungsbeginn der Tarifparteien. Die Betriebsleitung in Sulzbach-Rosenberg lehnte aber eine sofortige Entscheidung ab; sie sagte am Ende der turbulenten Aussprache nur zu, ab Mittwoch, also zwei Tage später, die Verhandlungen mit der IG Metall aufzunehmen. Betriebsrat und Vertrauensleute machten sich für das Kompromißangebot stark. Sie legten den Beschäftigten nahe, das Angebot zu akzeptieren, was die Arbeiter und Angestellten aus Sulzbach-Rosenberg auch taten. Sie vertrauten der Gewerkschaft und dem Wort der Unternehmer, nach der Rückkehr des Arbeitsdirektors, der erst für den Abend von einer Schiffsreise in der Oberpfalz zurück erwartet wurde, die Verhandlungen aufzunehmen.

Anders in Haidhof. Über Lautsprecher gab Richard Edenhofer kurz vor der um halb fünf angesetzten Betriebsversammlung das Ergebnis aus Sulzbach-Rosenberg bekannt. Enttäuscht, ja erzürnt reagierten die Haidhofer über die mangelnde Kampfbereitschaft ihrer Kollegen. Die „Rosenberger", so einer der Arbeiter, „sind zum größten Teil eh' nur Kuhpritscher. Die kennen keine Solidarität".[399] Die Stimmung war deshalb schon besonders aufgeheizt, als Direktor Knüppel das Wort ergriff, um über die Ergebnisse aus Sulzbach-Rosenberg zu informieren. Gleich zu Beginn versuchte er, die Beschäftigten zu besänftigen. Nicht erst am

[396] Tagesanzeiger vom 9. 9. 1969: „Wilder Streik der Maxhütte-Arbeiter".
[397] Nabtal-Kurier vom 9. 9. 1969: „Streik auch in der Oberpfalz".
[398] Der „Bayernmonat", der seit 1960 existierte, bedeutete, daß ein Tarifabschluß in Bayern immer mit einer gewissen Verzögerung nach anderen bundesweiten Übereinkünften in Kraft trat; für die Unternehmer hieß das weniger Kosten, für die Arbeiter weniger Geld als im Bundesvergleich; vgl. dazu auch Moser, Arbeitgeberverbände, S. 219f.
[399] Zit. nach Duschinger, Zierer, Glanz, S. 280; dort auch detailliert zu den Vorgängen S. 278–285.

Mittwoch, sondern bereits am Dienstag vormittag solle wieder verhandelt werden.[400] „Schließlich", so Knüppel „handelt es sich hierbei um Millionenbeträge und um Fragen von schwerwiegender Bedeutung, über die ich nicht allein entscheiden kann". Erst müsse er sich mit seinen Vorstandskollegen beraten, dann könne weiter verhandelt werden, schließlich habe der mit dem Betriebsrat und der IG Metall ausgehandelte Tarifvertrag noch eine Laufzeit von sieben Monaten.

Das war zwar richtig, doch schlug das Vorstandsmitglied einen Ton an, der kaum dazu beitrug, die Stimmung zu beruhigen. Im Gegenteil. Ein gellendes Pfeifkonzert und wüste Beschimpfungen schlugen ihm entgegen, als er sich zu dem Satz hinreißen ließ: Auch er habe als junger Mann schwer arbeiten und sich sein Geld hart verdienen müssen. „Ich muß für die Löhne und Gehälter sorgen, aber auch dafür, daß das Werk morgen existiert." Tumult brach aus, wütende Zwischenrufe machten es Knüppel beinahe unmöglich, zu Ende zu sprechen, so sehr hatte sein Auftritt die Menge empört. Erst Richard Edenhofer rettete schließlich die Situation. Er wiederholte die Forderungen der Belegschaft, mahnte die Arbeiter allerdings zur Ruhe und bestand gleichzeitig auf raschen Verhandlungen. Anders als in Sulzbach-Rosenberg gingen die Streikenden auch nach mehrmaliger Aufforderung durch den Betriebsdirektor nicht auseinander; selbst der am Abend herbeigeeilte Arbeitsdirektor erntete für die kompromißlose Unterstützung seines Vorstandskollegen nur heftigen Widerspruch und wurde schließlich niedergebrüllt.

Kein Zweifel: Seiner Autorität hatte der Auftritt schweren Schaden zugefügt. Die Nachtschicht verweigerte schließlich ebenfalls die Arbeit. Die Produktion ruhte noch, als am nächsten Morgen der Betriebsratsvorsitzende, sein Stellvertreter Käsbauer und ein weiterer Betriebsrat nach München fuhren, um mit den Arbeitgebern und den Vertretern der IG Metall über einen neuen Tarifvertrag zu diskutieren. Viele Beschäftigte, die beinahe ausnahmslos der IG Metall angehörten, waren enttäuscht, daß sich die Gewerkschaftsführung bislang so zögerlich verhalten hatte.[401] Erwin Essl, der Bezirksleiter, hielt sich mit Solidaritätsadressen zurück, lediglich der Regensburger IG Metall-Bevollmächtigte Zimmermann stattete den Demonstranten einen Besuch ab. Dafür bekundeten die sozialdemokratischen Parlamentarier Franz Sichler und Paul Simon, der Bundestagsabgeordnete des Wahlkreises, ihre Solidarität mit den Streikenden. Viele von ihnen fragten sich: Was würden die Verhandlungen im Münchner Hotel Interconti bringen? Würden ihre Forderungen akzeptiert werden? Mit welchen Gegenmaßnahmen der Arbeitgeber war zu rechnen? Am Nachmittag kam die Meldung, der bayerische CSU-Arbeitsminister Fritz Pirkl habe die „wilden Streiks" in der Oberpfalz scharf verurteilt. Sie seien eine „Bankrotterklärung der Wirtschaft und damit der Arbeitsplätze. Sie dienten auf Dauer auch dem Interesse der Arbeitnehmer in keiner Weise."[402] Das verhieß nichts Gutes und nährte Spekulationen, die bayerische Bereitschaftspolizei werde im Landkreis Burglengenfeld zusammengezogen, um im Ernstfall gegen die Arbeiter der Maxhütte vorzugehen.[403]

[400] Tagesanzeiger vom 9. 9. 1969: „Wilder Streik der Maxhütte-Arbeiter"; folgendes nach ebenda.
[401] Burglengenfelder Zeitung vom 9. 9. 1969: Nur Haidhof wird noch bestreikt".
[402] Burglengenfelder Zeitung vom 10. 9. 1969: „Pirkl verurteilt wilde Streiks".
[403] Vgl. Duschinger, Zierer, Glanz, S. 282; vgl. auch Nabtal-Kurier vom 10. 9. 1969: „Schiller appelliert an die Streikenden".

Spekulationen dieser Art gab es in den hektischen Tage des Streiks viele. Eine davon besagte, der Ausstand sei ein geschickt inszeniertes Meisterstück kommunistischer Agitation in den Betrieben der westdeutschen Schwerindustrie.[404] Die DKP versuchte tatsächlich, aus der Streikwelle Profit zu schlagen[405], und zahlreiche Gewerkschafter, die sich an die Spitze des Protestes gestellt hatten, machten aus ihrer kommunistischen Überzeugung keinen Hehl.[406] In manchen Betrieben versuchten zudem SDS- und APO-Gruppen, die Belegschaft von ihren radikalen und systemüberwindenden Zielen zu überzeugen.[407] Das scheiterte an der Saar wie im Ruhrgebiet zumeist kläglich[408], und auch in der Maxhütte handelten sich oppositionelle Studentengruppen und Ableger der DKP eine Abfuhr ein.[409] Als Mitglieder der Amberger DKP vor der Maxhütte Flugblätter verteilen wollten und Vertreter der kommunistischen „Aktion Demokratischer Fortschritt" die aufgewühlte Stimmung für einen Auftritt vor dem eigens bestellten DDR-Fernsehen auszuschlachten versuchten, wurden die wenigen Kommunisten von Maxhüttenarbeitern mit Gewalt an der Verteilung gehindert. Lapidar meinte Betriebsratsvorsitzender Edenhofer, der schon in früheren Jahren aus seiner antikommunistischen Überzeugung keinen Hehl gemacht hatte: „Es gab ein paar Watsch'n, dann waren sie wieder weg."[410]

Was die Arbeiter mehr verunsicherte als einige versprengte Kommunisten, waren die Nachrichten aus München über die laufenden Tarifverhandlungen. Am Nachmittag zeichnete sich nach beinahe siebzehnstündigen Verhandlungen der Durchbruch ab: Es solle, so erfuhren die Maxhütterer, eine Lösung für die Frage der Tarifvertragslaufzeiten und die Höhe der Stundenlöhne gegeben haben. Wie diese genau aussah, wußte in Haidhof noch niemand zu sagen. Mit Spannung sah man dem nächsten Tag entgegen. Immerhin waren von seiten der Bundesregierung deutlich positivere Töne zu hören als von der bayerischen Staatsregierung. Bundeswirtschaftsminister Karl Schiller (SPD) forderte die Streikenden zwar auf, wieder an ihre Arbeit zurückzukehren, machte aber zugleich auch deutlich, daß er ihre Forderungen billigte: „Hier geht es um unser Tarifvertragssystem schlechthin, um eine generelle Lohnbewegung vor Ablauf der Verträge. Das Ziel ist verständlich, das Mittel der wilden Streiks aber ist schädlich und schlägt auf alle zurück."[411] Das stimmte insgesamt hoffnungsvoll.

Für Mittwoch um 9.30 Uhr war der Bericht der IG Metall-Verhandlungskommission mit Erwin Essl an der Spitze in Haidhof vorgesehen. Die Botschaft, die

[404] Vgl. zum Beispiels die Berichterstattung in der FAZ vom 9. 9. 1969: „Kommunisten schreiben sich die wilden Streiks zu".

[405] Zum Scheitern dieser Versuche vgl. Die Zeit vom 19. 9. 1969: „Als die heile Welt zerbrach"; Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 9. 9. 1969: „Der Zorn der Bergleute trifft die Gewerkschaft".

[406] Ein Beispiel unter vielen vgl. Septemberstreiks, S. 161–176.

[407] Zu einem der Fälle, der auch den Vorstand der IG Bergbau und Energie beschäftigte vgl. die Vorfälle in der Schachtanlage Germania: Archiv der IG BE, 3391, September 1969 – Wilder Streik, Fortsetzung der Darstellung von Ereignissen zur Tarifbewegung 1969. Dabei ging es um den Versuch des SDS, Belegschaftsmitglieder einer Grube für ein Flugblatt zu gewinnen.

[408] Selbst Untersuchungen, die der Studentenbewegung mit sehr viel Wohlwollen gegenüberstanden, kamen nicht umhin, deren Wirkungsgrad äußerst gering zu veranschlagen; vgl. dazu Septemberstreiks, S. 229.

[409] Burglengenfelder Zeitung vom 10. 9. 1969: „Nur Haidhof wird noch bestreikt".

[410] Burglengenfelder Zeitung vom 11. 9. 1969: „Jetzt zeigen die ‚wilden' Streiker Arbeitswut".

[411] Zit. nach Nabtal-Kurier vom 10. 9. 1969: „Schiller appelliert an die Streikenden".

der Bezirksleiter aus München mitbrachte, war schon durchgesickert und ließ die Arbeiter und Angestellten in lauten Jubel ausbrechen, als Erwin Essl das Werksgelände betrat: In „schwierigen und delikaten" Verhandlungen habe man den Arbeitgebern ein Ergebnis abgetrotzt, das zu den „Besten in der Bundesrepublik"[412] zähle, erklärte Essl. Die Stundenlöhne sollten rückwirkend ab dem 1. September um 50 Pfennig in der Stunde steigen, und die Weihnachtsgratifikation wurde von 35 auf 50 Prozent des monatlichen Einkommens erhöht, was zusammengenommen eine Erhöhung des Stundenlohnes um 70 Pfennig bedeutete. Ein Sieg also auf ganzer Linie für die Beschäftigten der Maxhütte, zumal Arbeitgeber und Arbeitnehmer übereinkamen, den Verdienstausfall für die Streiktage zu ersetzen. Die Nachricht ließ die Beschäftigen zufrieden und stolz auf ihren spontanen Protest blicken: „Seit über 21 Jahren bin ich jetzt auf der Maxhütt'n", meinte ein älterer Arbeiter im Augenblick des Triumphs, „aber so ein Erfolg hab' ich noch nicht erlebt."[413] Nachdem schließlich auch Richard Edenhofer noch einige Worte an die Belegschaft gerichtet und sie für ihr diszipliniertes Verhalten ausdrücklich gelobt hatte, war der „wilde Streik" am Mittwoch vormittag gegen 10 Uhr beendet.

Was hatte sich verändert, als die Arbeiter und Angestellten wieder an ihre Arbeitsplätze in den Produktionshallen und Büroräumen zurückkehrten? Zunächst vor allem eines: Sie gingen mit mehr Lohn und Gehalt nach Hause. Der Streik war vor allem lohnpolitisch motiviert gewesen, in Haidhof wie in Sulzbach-Rosenberg. Die Beschäftigten hatten ihre Ziele durchsetzen können. Selbstbewußt waren sie in der Auseinandersetzung aufgetreten, fordernd und zum Protest gegen die unternehmerische Abwehr- und Verzögerungstaktik bereit.[414] Die kollektive Aktion deutet außerdem an, daß sich die Belegschaft der Maxhütte an einem ähnlichen Kanon (lohnpolitischer) Gerechtigkeitsvorstellungen orientierte[415]; wurden diese verletzt, konnte es leicht zu einem Autoritätsverlust der Institutionen führen, die über die Leistungs- und Güterverteilung entschieden hatten. Bislang hatte die institutionalisierte Mitbestimmung die Verteilung von Gütern und Leistungen in einer Weise geregelt, die spontane Proteste unnötig oder kontraproduktiv erscheinen ließ. Dieser Mechanismus war nun kurzzeitig außer Kraft gesetzt.

Daß der Betriebsrat nicht in den Strudel der Kritik geriet, lag vor allem daran, daß er sich an die Spitze der lohnpolitischen Bewegung setzte und sich die neuen Standards der kollektiven Gerechtigkeitsvorstellung selbst zu eigen machte – eine

[412] Burglengenfelder Zeitung vom 11. 9. 1969: „Im Eisenwerk Maxhütte ist man nunmehr zufrieden".

[413] Zit. nach Burglengenfelder Zeitung vom 11. 9. 1969: „Jetzt zeigen die ‚wilden' Streiker Arbeitswut."

[414] Zu neueren Ansätzen der historischen Streikforschung mit dem Schwerpunkt auf dem 19. und frühen 20. Jahrhundert vgl. Michael Schäfer, Streiks – Arbeitskämpfe – Konfliktregelung. Neuerscheinungen zur historischen Arbeitskonfliktforschung, in: AfS 34 (1994), S. 411–428; wenig weiterführend ist für die Zeit nach 1945 die Diskussion um den Prozeß der „Rationalisierung" von Arbeitskämpfen; vgl. ebenda, S. 427f.

[415] Vgl. dazu ausführlich Holger Lengfeld, Stefan Liebig, Industrielle Beziehungen und soziale Gerechtigkeitseinstellungen. Eine gerechtigkeitstheoretische Erklärung betrieblicher Mitbestimmung, in: Industrielle Beziehungen 7 (2000), S. 10–42, hier S. 18ff.; dazu auch Stefan Liebig, Soziale Gerechtigkeitsforschung und Gerechtigkeit in Unternehmen, München, Mering 1997; ders., Der Nutzen moralischer Gefühle: Gerechtigkeitsforschung in Organisationen, in: Industrielle Beziehungen 6 (1999), S. 214–227.

Entscheidung, mit der sich die Gewerkschaften erheblich schwerer taten. Was lohnpolitisch „gerecht" war, hing freilich von mehreren Faktoren ab, die maßgeblich für den Protestschub verantwortlich waren: „Gerechtigkeit" orientierte sich zum einen an den veränderten Rahmenbedingungen der anziehenden Konjunktur von 1968/1969, die eine tarifpolitische Erhöhung angesichts der steigenden Produktionszahlen für zwingend geboten hielt; „Gerechtigkeit" forderten die oberpfälzischen Arbeitnehmer zum anderen wegen der bestehenden Lohnstruktur, die sie im Vergleich mit anderen Hüttenarbeitern deutlich benachteiligte. Auch damit sollte endlich Schluß sein. „Gerechtigkeit" meinte allerdings nicht „Umverteilung", und der Begriff beinhaltete nicht die Forderung, die bestehenden betrieblichen Herrschaftsverhältnisse zu überdenken oder gar aufzuheben; „Gerechtigkeit" blieb eine variable Größe innerhalb der bestehenden Marktordnung, an der die Machtverhältnisse im Spiel und die Selbsteinschätzung der Akteure ablesbar war. Im Spiel sahen die Beschäftigten den Zeitpunkt gekommen, erfolgversprechend für bessere Konditionen zu streiten. Das Spiel selbst wollten sie freilich nicht ändern.

Deshalb war es auch nicht verwunderlich, daß alle Versuche, den Konflikt politisch zu instrumentalisieren, auf der ganzen Linie scheiterten. Die DKP war am Streikgeschehen völlig unbeteiligt, und ihre hilflosen Bemühungen, über Flugblattaktionen an der Eskalationsschraube zu drehen, scheiterten an der energischen Intervention sozialdemokratischer Betriebsgruppenmitglieder. Politisch klassenkämpferische oder gar antigewerkschaftliche Plakate waren auf dem Werksgelände nicht zu sehen. An der Spitze des Protests stand nach einer kurzen „wilden" Phase der Betriebsrat. Das dichte Netz der Vertrauensleute kanalisierte den Protest und verlieh ihm einen geordneten Rahmen. „Wild" war der Streik nur deshalb, weil er nicht von der IG Metall ausgerufen worden war. Ausschreitungen oder Übergriffe gegen die Konzernzentralen oder die Gewerkschaftsführung, wie sie beispielsweise im Saarland vorkamen und die gewerkschaftliche Autorität erschütterten, gab es in der oberpfälzischen Stahlindustrie nicht. Dafür war das Vertrauen der Belegschaft in ihre Gewerkschaft zu groß. Schließlich war es erst zwei Monate her, daß die IG Metall die Reform des Manteltarifvertrages, die Einführung eines bezahlten Bildungsurlaubes und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen gefordert hatte. Sie war also keineswegs untätig gewesen, unterließ es aber, wie viele der IG Metaller an der gewerkschaftlichen Basis bemängelten, den Protest engagiert zu unterstützen. Von Erwin Essl hätte man sich gewünscht, daß er nicht in der Münchner Gewerkschaftszentrale geblieben wäre, sondern der Belegschaft durch einen Besuch den Rücken gestärkt hätte. Der lohnpolitische Flächenbrand, den die Auseinandersetzungen bei Hoesch in Dortmund ausgelöst hatten, bedeutete trotz seiner Beschränkung auf unmittelbare tarifpolitische Zielsetzung mehr als nur einen Streit um ein Plus am Monatsende. Es ging auch um die gewerkschaftliche Integrationsfähigkeit und die Zukunft gewerkschaftlicher Autorität. Das galt für die IG Metall genauso wie für die IG Bergbau, die sich durch die „wilden", gewerkschaftlich nicht organisierten Streiks an ihrem Lebensnerv getroffen sahen.

Der Streik, der keiner war: Protest in Wackersdorf

Am Morgen des 1. Oktobers 1969, wenige Wochen nach Beendigung des Streiks bei der Maxhütte, bot sich vor den Toren des BBI-Verwaltungsgebäudes ein ungewohntes Bild.[416] Etwa 250 Bergarbeiter hatten sich in der Frühstückspause zwischen 9 Uhr und 9.30 Uhr versammelt, um der Gewerkschaft bei den anstehenden Tarifverhandlungen den Rücken zu stärken und der Forderung nach einer Angleichung der BBI- und der Bayernwerklöhne Nachdruck zu verleihen. „Wir stehen hinter unserer Gewerkschaft Bergbau", stand auf den Plakaten zu lesen, die die Belegschaft mit sich führte. Diszipliniert und ruhig beendeten die Arbeiter nach einer halben Stunde die Kundgebung. Georg Baierl und Adolf Fabry begrüßten die Aktion als eine „gutgemeinte, positive Sache, die völlig im Rahmen des Erlaubten" verlaufen sei und keinesfalls als Ultimatum in Richtung Arbeitgeber mißverstanden werden dürfe. Ausdrücklich hoben Fabry und Baierl die „vernünftige und solidarische Haltung" der Belegschaft hervor, die gleich nach Beendigung der offiziellen Pause wieder an ihre Arbeitsplätze zurückgekehrt war, so daß es keine Arbeitsunterbrechung gegeben hatte.

Die Spannungen des Jahres 1969 hatten neben der allgemeinen tarifpolitischen Unruhe auch eine eigene betriebliche Ursache. Bis etwa 1964/1965 hatte man in der Regel nur ein bis zwei Sitzungen gebraucht, um die Tarifverhandlungen zum Abschluß zu bringen. Bei Unstimmigkeiten wurde eine kurze Pause zur strategischen Koordinierung gemacht und anschließend rasch eine Einigung erzielt. Seit Mitte der sechziger Jahre gestalteten sich die Tarifvertragsverhandlungen komplizierter; sie dauerten länger und zogen sich nun über mehrere Runden hin. So war es auch vor dem „wilden Streik" im Herbst 1969, als die Tarifpartner bereits einmal zusammengekommen und ohne Ergebnis auseinandergegangen waren. Zufrieden hatte Vorstandsmitglied Scharf noch am 24. September 1969 festgestellt, daß „bei der Belegschaft nicht wie in anderen Werken ein wilder Streik durchgeführt worden sei."[417] Und drohend hatte er hinzu gefügt: „Dies hätte in jedem Fall die bisherige gute Zusammenarbeit zwischen Werksleitung einerseits und dem Betriebsrat bzw. der Belegschaft andererseits zerstört." Dabei standen ihm wohl Bilder der streikenden Arbeiter in Westdeutschland vor Augen, von denen sich allerdings zu diesem Zeitpunkt nur mehr ein geringer Teil im Ausstand befand.[418] Die Zuspitzung des Konflikts in anderen Regionen und Branchen[419], die Stillegung der Gruben im oberbayerischen Pechkohlenrevier, in Hausham, Penzberg und Peiting, die ersten Vorboten der wirtschaftlichen Rezession, die das Ende des Wirtschaftswunders ankündigten, all dies war auch an der „BBI-Betriebsfamilie" nicht spurlos vorübergegangen.

[416] Schwandorfer Tagblatt vom 1. 10. 1969: „Wir stehen hinter unserer Gewerkschaft Bergbau"; folgendes nach ebenda.

[417] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Niederschrift über die Tarifverhandlung am 1. 10. 1969 im Verwaltungsgebäude der BBI, S. 1; folgendes nach ebenda.

[418] Vgl. Septemberstreiks, S. 47.

[419] Zur Streikentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland vgl. Walther Müller-Jentsch, Streiks und Streikbewegung in der Bundesrepublik 1950–1978, in: Bergmann (Hrsg.), Soziologie, S. 21–71, hier S. 42–45.

Das Klima zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern war deshalb bereits frostig gewesen, als die Tarifverhandlungen am 20. September 1969 begannen.[420] Auch der Vorstand spürte, daß sich in der Belegschaft Unruhe auszubreiten begann. Die Nachrichten über den erfolgreichen Arbeiterprotest im nahen Haidhof waren auch in Wackersdorf gehört worden. Arbeitsdirektor Meisl reagierte besonders nervös auf den wachsenden Druck, der von der Belegschaft auf die Tarifpartner ausgeübt wurde. Offenbar fürchtete er nichts so sehr wie den Verlust an Handlungsautonomie der Tarifpartner und die unkontrollierte Mobilisierung und Politisierung der Belegschaft. Bei der BBI, so Meisl, sei dieser Prozeß sehr weit und damit gefährlich vorangeschritten.[421] Der Verhandlungsführer der Arbeitnehmerseite, Fabry, erläuterte gleich zu Beginn der Verhandlungen den Forderungskatalog, in dessen Mittelpunkt eine Überbrückungszulage für Arbeiter wie bei Rheinbraun von 100 DM im Monat stand.[422] Da in den Werken der Nachbarschaft, in der Maxhütte, in Stulln und in Ponholz erhebliche Zuwächse bei den Stundenlöhnen und den Sonntagsschichtzulagen erreicht worden waren, forderten die Arbeitnehmer bei der BBI Erhöhungen in der gleichen Größenordnung, zumal, so ihr Hinweis, auch außerhalb Bayerns, in Hessen, bei Preußen Elektra und in Helmstedt, die Abschlüsse in ähnlicher Höhe ausgefallen seien. Fabry war nicht nur in der Sache hart, auch der Ton, den er anschlug, hatte sich gegenüber den früheren Zeiten verändert; offenkundig färbten die Septemberstreiks und die ideologisch aufgeladene Atmosphäre der Jahre 1968/1969 ab. Erstmals fiel am Ende des Plädoyers des IG Bergbau-Funktionärs das Wort „Ultimatum", das die Gewerkschaft den Arbeitgebern setze, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Kaum hatte Adolf Fabry geendet, da ging ein Sturm der Entrüstung durch die Arbeitgeberbank. Voller Zorn verkündete Hans Meisl das Ende aller Gespräche, falls es sich bei den Forderungen tatsächlich um ein Ultimatum gehandelt haben sollte.[423] In diesem Fall sehe er in jeder weiteren Minute nur reine Zeitverschwendung. Von der Wirkung der eigenen Worte wohl selbst überrascht, machte Fabry einen halben Rückzieher. Seine Äußerung sei „nicht unbedingt ein Ultimatum und eine unbedingte Forderung" gewesen. Doch, so schränkte er im gleichen Atemzug wieder ein, sei er von den Gewerkschaftsführern eindeutig darauf festgelegt worden, nicht unter dem Ergebnis von 100 DM zu bleiben. Die Fronten waren damit verhärtet. Die beiden Vorstandsmitglieder Kramer und Scharf wiesen darauf hin, daß ein Abschluß von 70 DM oder gar 80 DM sofort machbar sei. Alles andere aber sei völlig ausgeschlossen, weil die BBI sonst zu weit vorpreschen und das Bayernwerk, bei dem die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien, unter zu großen lohnpolitischen Druck setzen würde. Eine von ihnen vorgeschlagene Stufenregelung, die sich am Abschluß des Mutterwerkes orientieren sollte,

[420] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Niederschrift über die Tarifverhandlung am 20. 9. 1969 im Verwaltungsgebäude BBI; folgendes nach ebenda.

[421] „Direktor Meisl fand es ebenfalls erfreulich, daß es nicht soweit gekommen sei, daß die Belegschaft zum Streik geschritten sei. Trotzdem bleibe die unerfreuliche Tatsache bestehen, daß die Tarifpartner unter Druck zusammengekommen seien, um vermeiden zu können, daß irgendwelche drastischen Schritte von seiten der Belegschaft vorgenommen werden könnten." Ebenda.

[422] Ebenda, S. 3 f.

[423] Ebenda, S. 4; folgendes nach ebenda.

lehnte Fabry mit dem Hinweis ab, daß sich die Belegschaft diesmal nicht mit zu klein gebackenen Brötchen abspeisen lasse und die Erhöhung direkt und umfassend sein müsse. Und mit offenem Visier fügte er hinzu: „Eine Zwischenlösung wäre auch nur möglich, wenn wir jetzt mit einem Betrag von DM 110,– abschlössen und später noch eine zusätzliche kleine Erhöhung erfolge."

Die Arbeitgeber reagierten gereizt auf die offensive Verhandlungsstrategie der Gewerkschaften. Auch sie kündigten den sprachlichen und politischen Komment auf, der bisher in allen Tarifverhandlungen gegolten hatte und setzten dem „Ultimatum" die Drohung mit „Aussperrung" der Belegschaft entgegen. Beide Begriffe hatten bis dahin nicht zum Sprachgebrauch der Tarifpartner gehört. Die Bandagen, mit denen Lohn- und Gehaltskonflikte ausgetragen wurden, waren also härter geworden. Harsch ging Direktor Kramer mit den Gewerkschaften ins Gericht: Noch bevor der „wilde Streik von Wackersdorf" vor dem BBI-Gebäude stattgefunden hatte, warf er ihnen vor, sich „dem Druck der Straße" gebeugt zu haben und damit handlungsunfähig geworden zu sein. Es dauerte etwas, bis sich die Beteiligten beruhigt hatten. Im Verlaufe der Verhandlungen konnte zwar noch keine Annäherung bei den Löhnen und Gehältern erzielt werden. Aber bei der Frage der Umstellung von der 48- auf die 42-Stundenwoche deutete sich zumindest wieder eine vorsichtige Annäherung an.

Der Termin für die nächste Verhandlungsrunde, bei der ein erneuter Einigungsversuch gemacht werden sollte, war auf den Morgen des 1. Oktober festgesetzt worden.[424] Als sich die Tarifpartner unter dem Eindruck der demonstrierenden Belegschaft versammelten, waren sie darum bemüht, rasch ein Ergebnis zu erzielen, das beide das Gesicht wahren ließ. Der grundsätzliche Streitpunkt blieb freilich bestehen: An welchen Abschlüssen sollte sich die BBI orientieren, welche Abschlüsse galten als maßgeblich oder überzogen? Adolf Fabry, der auch in dieser Sitzung das Wort für die Arbeitnehmer führte, erklärte sich nach Rücksprache mit den nordbayerischen Funktionären einverstanden, den Kompromiß des Bayernwerkes von 90 DM anzuerkennen, aber nur für den Fall, daß damit auch die Gewährung der in München vereinbarten Sonderleistungen für die Belegschaft verbunden war. Noch einmal kritisierte er die Verhandlungstaktik der Arbeitgeber, die es früher immer abgelehnt hätten, sich nach dem Bayernwerk zu richten und statt dessen immer die Entwicklung im Rheinland als Richtwert genommen hätten. Es sei der Belegschaft kaum vermittelbar, daß ausgerechnet in dem Augenblick, wo Rheinbraun ein höheres Lohnniveau erreicht habe, Verhandlungen über die niedrigeren Ergebnisse des Bayernwerkes geführt würden. Arbeitgebervertreter Kramer wollte davon nichts wissen. Zusagen über direkte Bindungen an Tarifverträge anderer Unternehmen habe es nie gegeben und werde es auch in Zukunft nicht geben.

Trotz dieser markigen Worte war der BBI-Vorstand sichtlich darum bemüht, nicht noch weiteres Porzellan zu zerschlagen. Arbeitsdirektor Meisl schlug 40 DM als pauschale Grundlohnerhöhung und eine zunächst fünf-, später achtprozentige Lohnerhöhung vor und fand damit bei den Gewerkschaften Gefallen.

[424] IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Niederschrift über die Tarifverhandlung am 1. 10. 1969 im Verwaltungsgebäude der BBI; zum folgenden nach ebenda.

Strittig blieben die Laufzeit und der Beginn des Vertrages sowie die stufenweise Anhebung. Intensiv diskutierten beide Seiten im Laufe des Tages mögliche Kompromisse, wobei sehr schnell Einigkeit über die Summe herrschte, die Meisl vorgeschlagen hatte. Als Ergebnis stand schließlich eine Erhöhung des Grundlohnes und eine Lohnanhebung von 7,5 Prozent bei einer Laufzeit bis zum 1. Dezember 1970 fest. Bei einem Durchschnittsgehalt eines BBI-Arbeiters von 1280 DM im Jahre 1969 bedeutete der Tarifabschluß eine Erhöhung auf 1325 DM. Zu Buche standen für den BBI-Arbeiter damit 11,3 Prozent Lohnzuwachs für das Jahr 1969/1970.

Die Gewerkschaften lagen damit noch über ihrem Minimalziel von ursprünglich zehn Prozent. Der tarifpolitische Sprengstoff war für den Augenblick entschärft worden. Die Forderungen der Funktionäre und der Belegschaft waren erfüllt, der kurzzeitig gefährdete Betriebsfrieden war wieder hergestellt. So sahen es auch die Arbeitgeber. Beim traditionellen Barbarafest im Dezember 1969 resümierte Vorstandsmitglied Kramer über die tarifpolitischen Auseinandersetzungen des vergangenen Jahres:

„Im Herbst hatten wir Tarifverhandlungen. Am 1. Oktober, dem Tage der Verhandlungen mit der Geschäftsleitung, haben zwischen 200 und 300 Handwerker die Brotzeitpause benutzt, um vor dem Betriebsgebäude zu demonstrieren. Diese Demonstration ging äußerst diszipliniert vor sich. Es wurde keine Minute Arbeitszeit verloren. Wir haben sie als einen Ausdruck der Disziplin, aber insbesondere dafür gewertet, daß die Belegschaft, wie es auch sein soll, hinter ihrem Betriebsrat und ihrer Interessenvertretung steht. Daß auch die Geschäftsstellenleitung diese Interessen zu würdigen versteht, wurde durch den Abschluß der Tarifvereinbarungen bewiesen. [...] Die Technik hat uns nicht nur die Arbeit erheblich erleichtert, angenehmer gemacht, sie hat uns auch den Verdienst für die Arbeit ganz erheblich verbessert. Vergleichen Sie doch den Lebensstandard von damals und heute. Daß auch die sonstigen Annehmlichkeiten von heute, die man als sozialen Fortschritt bezeichnet, Tatsachen sind, haben wir der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung und nicht zuletzt den Interessenvertretern der Arbeiter und Angestellten zu verdanken."[425]

Innerhalb zweier Monate waren scheinbar alle Konflikte gelöst. Die Gewerkschaften waren jetzt nicht mehr diejenigen, die die BBI an den Rande des Ruins bringen wollten, sondern Wegbereiter des sozialen Fortschritts und Garanten des Wachstums. Kramer machte mehr als deutlich, daß die Integrationskraft der Gewerkschaft nicht nur sozial-, sondern auch unternehmensstrategisch von essentieller Bedeutung für die Funktionsfähigkeit der Tarifordnung war. Wilde Streiks wie im September 1969 und die Eskalation tarifpolitischer Konflikte durch Arbeitskämpfe konnten aus der Sicht des Vorstandes keine vernünftige Lösung sein, und schon gar nicht für das bergmännische Milieu von Wackersdorf. Um so beunruhigender mußten die Ereignisse des Jahres 1969 auf die Manager in Wackersdorf, Sulzbach-Rosenberg und anderswo gewirkt haben. Denn ob der „Betriebsfrieden" und der Gleichschritt von Gewerkschaft und Vorstand sich so leicht wieder herstellen ließen, war durchaus fraglich. Die Rede Kramers zum Barbaratag war deshalb gleichsam ein Appell an die Belegschaft, die Reihen der Gewerkschaft wieder zu schließen.

[425] BBB, H. 75, 1969, S. 2–5, hier S. 3.

Die Septemberstreiks lösten bei den Gewerkschaften[426], aber auch in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, ein unterschiedliches Echo aus. Während eine an neo-marxistischen Theorien angelehnte Sozialforschung bald von einer „Blüte und Rekonstruktion der Arbeiterklasse im Kapitalismus"[427] sprach, reagierten die Gewerkschaften und allen voran die IG Bergbau ängstlich, ja panisch, weil sie ihren betrieblichen Führungsanspruch durch vermeintliche kommunistische Einflüsse, vor allem durch die DKP[428], gefährdet sahen. Es entsprach ganz dem Selbstverständnis der IG Bergbau und Energie und ihrer Betriebsräte in Wackersdorf, die Aktion bei der BBI von den „wilden Streiks" im Westen abzugrenzen, sich selbst an die Spitze zu stellen und damit die Kundgebung zu entschärfen – eine Taktik, die auch in Haidhof und Sulzbach-Rosenberg Erfolg gehabt hatte. Tatsächlich hatte es sich bei dem Protest auch nicht um eine offizielle gewerkschaftliche Demonstration gehandelt. Adolf Fabry konnte auf die Frage während der Tarifverhandlungen, wer denn die Verantwortlichen für die Kundgebung gewesen seien, nur ahnungslos antworten, daß sich dies seinem Kenntnisstand entzöge.[429] Dennoch konnte die IG Bergbau in den laufenden Verhandlungen das gewichtige Argument vorbringen, daß selbst innerhalb der BBI-Belegschaft, die sonst nicht für ihre anarchistische Gesinnung bekannt war, die Bereitschaft zum Streik und das Unverständnis über die unbewegliche Haltung der Arbeitgeber von Tag zu Tag wüchsen.

In der Tat fürchtete die Gewerkschaft aber, die Kontrolle über die Beschäftigten im Bergbau zu verlieren.[430] Die Unzufriedenheit hatte insgesamt in den September- und Oktoberwochen 1969 eine neue Qualität erreicht. Selbstkritisch mußte der Betriebsratsvorsitzende der BBI einräumen, die Wut und die Konfliktbereitschaft der Belegschaft völlig unterschätzt zu haben – eine Erkenntnis, die wohl gleichermaßen für den oberpfälzischen Bergbau wie die Eisen- und Stahlindustrie der Flick-Werke galt. Bisher sei es ihm und den anderen Betriebsräten immer noch gelungen, die Entwicklung im Griff zu behalten, meinte BBI-Betriebsratsvorsit-

[426] Dazu vor allem Bergmann, Gewerkschaften, Bd. 2, S. 129–146; darin wird deutlich, daß erhebliche Teile der Funktionäre den Streik als Schock wahrnahmen und von ihm völlig unvorbereitet getroffen wurden; ebenda, S. 137f.

[427] So wird argumentiert in Septemberstreiks, S. 259.

[428] In einem Flugblatt warnte die rheinische Bezirksleitung der IG Bergbau und Energie im Braunkohlenbergbau ihre Mitglieder davor, sich von kommunistischen Agitatoren täuschen zu lassen. „Wir weisen entschieden zurück die Einmischung der DKP. Der Beweis ist erbracht: die Einmischung der DKP der Flugblattaktionen in gewerkschaftliche Tariffragen bringt uns allen nur Schaden. Deshalb danken wir allen Kolleginnen und Kollegen, daß sie den Störversuchen der DKP nicht auf den Leim gegangen sind. Wir fragen: Warum tritt die DKP nicht für das Streikrecht in der DDR ein? Tatsache ist: in der DDR ist jeder Streik gesetzlich verboten. Tatsache ist: in der DDR werden Löhne und Gehälter vom Staat festgesetzt. Tatsache ist weiter: Löhne und Gehälter sind dort an gesetzte Leistungsnormen gebunden. Trotzdem ist das Realeinkommen wesentlich niedriger als bei uns. Unsere freiheitliche Tarifpolitik hat sich bewährt. Die Stärke unserer Organisation ist das Fundament unseres Erfolges." Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, IG Bergbau und Energie Frechen: Es gibt mehr Lohn und Gehalt (Flugblatt).

[429] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Niederschrift über die Tarifverhandlung am 1. 10. 1969 im Verwaltungsgebäude der BBI, S. 2; folgendes nach ebenda.

[430] Sorgenvoll berichtete Fabry zu Beginn der ersten Tarifrunde, „daß es der Gewerkschaft nach dem Übergreifen des Streiks auf Bayern große Mühe gekostet habe, die Belegschaft in Ruhe zu halten. Er habe bei allen Funktionären darauf hingewirkt, daß die Verhandlungen abgewartet würden. Auch mit dem Betriebsratsvorsitzenden Baierl habe er in dieser Hinsicht gesprochen, worauf um Verhandlung mit dem Vorstand der BBI gebeten worden sei." Ebenda.

zender Baierl. „Eine Verzögerung und geringere Lohnerhöhung als bei anderen würden die Leute nicht verstehen und in Zukunft [sich] nicht damit zufrieden geben. Er befürchte, daß er die Belegschaft dann nicht mehr in der Hand habe."[431] Für die Gewerkschafts- und Betriebsratsfunktionäre wäre das eine Katastrophe gewesen: Der Verlust an Autorität bei den Beschäftigten und der Gesichtsverlust gegenüber dem tarifpolitischen Gegner, der sich nicht mehr darauf verlassen konnte, daß Übereinkünfte auch bindend waren. Die Gewerkschaften wären damit vor einem politischen Scherbenhaufen gestanden. Weit war es bis dahin in der ersten Oktoberwoche 1969 nicht mehr gewesen. Die Tarifergebnisse täuschen darüber hinweg, daß das gewerkschaftliche Ansehen ernsten Schaden genommen hatte. Der kurzzeitige Vertrauensentzug von Teilen der Belegschaft wog schwer und machte den Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären klar, daß ihre Macht im Betrieb auf tönernem Grund stand. Adolf Fabry verglich die Krisensituation von 1969 mit der unmittelbaren Nachkriegszeit: „Er habe den Eindruck, daß zurzeit die schlechteste Stimmung herrsche seit 1945. Es wäre noch nie so schwierig gewesen, mit den Leuten zu reden."[432] Vermutlich überzeichnete Fabry die Konfliktbereitschaft der Belegschaft. Doch war die BBI-Belegschaft Ende der sechziger Jahre bereit, ihre tarifpolitischen Ansprüche lauter, selbstbewußter und massiver anzumelden als je zuvor[433] – ein Befund, der wohl auch für die Maxhütte zutrifft.

Zweierlei wird besonders deutlich: Auch das alte, traditionell streng autoritär strukturierte bergmännische Gewerkschaftsmilieu war in der Ära der „Krisen und Reformen"[434] nicht immun gegen die wachsenden sozialen und ökonomischen Spannungen[435] im Vorfeld der Ölkrise. Die ersten Haarrisse waren bereits zu Beginn der sechziger Jahre zu erkennen. Allerdings wäre es damals noch ganz unvorstellbar gewesen, daß die Arbeiter der BBI ohne die Führung der Gewerkschaften zum Protest aufgerufen hätten. Der kurze Streik von Wackersdorf deutete an, daß die Erosion des sozialen Milieus weiter vorangeschritten war. Dessen Integrationskraft war aber noch stark genug, um die Konflikte rasch einzudämmen. Schließlich fügten sich die Demonstranten rasch wieder der Führung der Gewerkschaft und ließen dem „Wackersdorfer Oktoberstreik" keine weiteren Kampfmaßnahmen folgen.

[431] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Niederschrift über die Tarifverhandlung am 1. 10. 1969 im Verwaltungsgebäude der BBI, S. 1.

[432] Archiv der IG BCE Nordbayern, Tarifverhandlungen, Niederschrift über die Tarifverhandlung am 20. 9. 1969 im Verwaltungsgebäude BBI, S. 9.

[433] Für diese Vermutung sprechen auch die Umfrageerhebungen, die im Auftrage des Deutschen Gewerkschaftsbundes über die Haltung von Gewerkschaftsmitgliedern zum Streik erhoben wurden. Waren im Herbst 1966 nur 63 Prozent aller DGB-Mitglieder überzeugt, daß ein Streik für die Durchsetzung der Forderungen das richtige Mittel sei, so waren es 1967 bereits 68 Prozent und 1968 noch einmal neun Prozentpunkte mehr, Angaben nach: Müller-Jentsch, Basisdaten, S. 208.

[434] So der Titel von Thomas Ellwein, Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik Deutschland seit den sechziger Jahren, München ^{2}1993; auch Ellwein schenkt den Septemberstreiks keine Aufmerksamkeit.

[435] Vgl. dazu Knut Borchardt, Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden?, in: Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. Hrsg. von Martin Broszat, München 1990, S. 21–33, hier S. 31 f.

b) Der Anfang vom Ende: Gewerkschaften, Betriebsräte und Unternehmer zwischen Stahlboom und Stahlkrise (1970–1976)

Von einer Krise war zu Beginn der siebziger Jahre zunächst kaum etwas zu spüren. Auch bei den Streiks war es vor allem um eine tarifpolitische Anpassung an die nach der Rezession verbesserte Wirtschaftslage gegangen. Die Maxhütte konnte voller Zuversicht in die nahe Zukunft blicken. Die Rezession schien gut überstanden, der Streik hatte kaum zu wirtschaftlichen Ausfällen geführt, und der weltweite Stahlhandel gab keinen Anlaß zur Sorge. So jedenfalls glaubte der Vorstand.[436] Arbeitsdirektor Schmidt versicherte deshalb vor den Vertrauensleuten der IG Metall, er gehe davon aus, daß sich die oberpfälzische Eisen- und Stahlindustrie im harten Wettbewerb auch im nächsten Jahrzehnt behaupten werde.[437] Zumindest die Vorjahreszahlen bestätigten ihn: Die Roheisen- und die Rohstahlproduktion zogen in ganz Westdeutschland weiter an, und auch die Spitzenergebnisse in der Walzstahlfertigung, die bereits 1968 einen Rekord erreicht hatten, wurden 1969 und 1970 noch einmal übertroffen.[438] Weltweit gingen die Experten von einer gleichsam unendlichen Nachfrage aus; überall dominierte eine grenzenlose Euphorie; Wachstum und Produktionssteigerung sollten, glaubte man den Wissenschaftlern des International Iron and Steel Institute in Brüssel, ungekannte Höhen erreichen.[439] Die rosigen Zeiten sollten eigentlich erst beginnen.

Um dafür gewappnet zu sein, hatte die Maxhütte 1968 ihr umfangreiches Investitions- und Rationalisierungsprogramm beschlossen. 75 Mio. DM betrug das Volumen, mit dem die Anlagen erneuert, die Produktivität erhöht und die Kosten langfristig gesenkt werden sollten.[440] Angesichts der guten konjunkturellen Aussichten war Arbeitsdirektor Schmidt zuversichtlich, daß keines der Horrorszenarien, die der Betriebsrat noch bei der Bekanntgabe gezeichnet hatte, Wirklichkeit würde. „Manche leitende Männer der Maxhütte", so hatte Richard Edenhofer vermutet, „stellten sich mit Sicherheit vor, sie könnten bei dieser Gelegenheit gleich einen ‚Reinigungsprozeß' durchführen."[441] Das wollte der Betriebsrat in jedem Fall mit aller Macht verhindern, und das war auch die Voraussetzung für seine und die Zustimmung der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat zu dem umfangreichen Investitionspaket. An der betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit zweifelte auch er nicht:

„Mit zunehmender Modernisierung in der verarbeitenden Industrie durch den Einsatz von Halb- und Vollautomaten wurden die Anforderungen hinsichtlich Maßhaltigkeit immer größer. Angesichts dieser Tatsache gab es gar keine andere Möglichkeit als zu investieren, selbst unter der Gewißheit, daß ein erheblicher Arbeitsplatzverlust die Folge war. Aber Mitbestimmung bedeutet auch Mitverantwortung."[442]

[436] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 19. 10. 1970, S. 14–17, hier S. 17.
[437] Nabtal-Kurier vom 16. 1. 1970: „Maxhütte wird sich auch in den siebziger Jahren behaupten".
[438] Angaben nach Statistisches Jahrbuch der Eisen- und Stahlindustrie, 1975, S. 10–17.
[439] Dazu Müller, Strukturwandel, S. 386f.
[440] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 19. 10. 1970, S. 18–20.
[441] Zit. nach Duschinger, Zierer, Glanz, S. 270.
[442] Ebenda, S. 268.

Regionaler Arbeitsmarkt

Die Kumpel aus Haidhof mußten nicht mit Entlassungen, allenfalls mit Versetzungen, schlimmstenfalls nach Sulzbach-Rosenberg, Fronberg oder Salzgitter rechnen.[443] Das klang auch deshalb nicht unrealistisch, weil die Maxhütte einen erheblichen Arbeitskräftebedarf besaß, den sie alleine aus dem inländischen Markt und mit Umsetzungen aus Haidhof nicht zu decken vermochte. Ein Arbeitskräftedefizit von 320 Arbeitnehmern bilanzierte die Maxhütte 1970. Der einheimische Arbeitsmarkt im Stadtgebiet und im Landkreis Sulzbach-Rosenberg und Amberg war „leergefegt"[444] – ein Problem von erheblicher Tragweite. Woher sollten die zahlreich benötigen Facharbeiter kommen, die die Maxhütte für die neuen und technisch modernisierten Betriebsanlagen benötigte?[445] Jetzt sollte sich die jahrzehntelange arbeitsmarktpolitische Monopolstellung rächen. Denn außer der Maxhütte gab es weit und breit kaum andere Industrieunternehmen oder mittelständische Betriebe. „Für uns", erklärte Richard Edenhofer, „wäre eine Ansiedlung von weiterer Industrie sehr willkommen, vor allem von Industrien, die viele Facharbeiter brauchen. Aber es hätte denen hier von der Maxhütte nicht geschmeckt, wenn andere Betriebe gekommen wären, die viele Facharbeiter brauchen. Für uns wäre das gut gewesen, weil das einen stärkeren Druck auf die Lohnpolitik gegeben hätte."[446] Ob die Betriebsleitung tatsächlich die Ansiedlung neuer Unternehmen bewußt verhindert hatte, wie Gerüchte kolportierten, oder ob es vor allem an der schlechten Infrastruktur der Region lag, ließ der Betriebsratsvorsitzende offen.

Eine weitere grundsätzliche Schwierigkeit machte den zuständigen Personalpolitikern bei der Hütte Sorgen. Wie sollten die vorhandenen Facharbeiter überzeugt werden, auch Arbeitsplätze in den Produktionsbetrieben anzunehmen? Abgesehen von einigen jungen Arbeitern, die oft aus der Landwirtschaft in die Industrie kamen und für die dieser Wechsel einen sozialen und finanziellen Aufstieg bedeutete, wollten viele der hochqualifizierten Facharbeiter keine Tätigkeiten mehr ausüben, die vergleichsweise laut, schmutzig und gefährlich waren. Das veränderte Selbstwertgefühl vieler, vor allem jüngerer Facharbeiter, die sich nicht mehr selbstverständlich als „Arbeiter" fühlten, machte dem Unternehmen besonders in den Jahren des Arbeitskräftemangels zu schaffen. Viele waren nicht bereit, ihren Lebensrhythmus dem Takt der Werkssirenen unterzuordnen, zumal die Arbeitsplätze vor allem in Haidhof nach den Rationalisierungsplänen des Vorstandes nicht mehr unbedingt als sicher galten.[447] Bei den jährlichen Abgängen nahmen

[443] Die Umsetzung der Rationalisierungsmaßnahmen erfolgte nach einem geregelten Verfahren, das allerdings für den einzelnen nicht immer zufriedenstellend endete. Zu den Schwierigkeiten und enttäuschten Erwartungen vgl. die Einschätzung des Betriebsratsvorsitzenden Richard Edenhofers. Archiv des SOFI-Göttingen, 60633, Expertengespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden Edenhofer vom 24. 6. 1971.

[444] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Arbeitsmaterialien Rote Mappe, Studie zur Arbeitsmarktsituation im Werk Rosenberg/Rohrwerk vom 28. 9. 1970, S. 3; zum folgenden nach ebenda.

[445] Archiv des SOFI Göttingen, 61645, Expertengespräch mit dem Leiter der Personalabteilung vom 23. 6. 1971.

[446] Archiv des SOFI Göttingen, 60633, Expertengespräch mit dem Betriebsratsvorsitzenden Edenhofer vom 24. 6. 1971, S. 9.

[447] Ebenda, S. 4 f.

die Arbeitnehmerkündigungen mit 32 Prozent die Spitzenstellung ein.[448] Für die Kündigungen waren nur bei 7,5 Prozent unzureichende Lohn- und Verdienstmöglichkeiten ausschlaggebend; wichtiger war dagegen bei rund einem Viertel die Erwartung, in einer anderen Region, möglicherweise in einer größeren Stadt und einer anderen Branche sich beruflich zu verbessern oder fortbilden zu können. Der häufigste Grund, der für mehr als die Hälfte der Kündigungen den Ausschlag gab, waren die rauhen Arbeitsbedingungen, der häufige Schichtbetrieb, die tägliche Hitze und der Staub, der die Arbeitsweise in der Hüttenindustrie prägte. Andere Berufe, so ihre Erwartungen, waren mindestens finanziell ebenso einträglich, aber weniger körperlich belastend.

Die Marktmacht der Arbeitnehmer in den Jahren der Vollbeschäftigung ließ es zu, daß die Arbeitnehmer auch Positionen ablehnen konnten, die ihnen zu beschwerlich oder ihrer Ausbildung nicht angemessen erschienen. Andere Prioritäten gewannen in diesen Jahren an Gewicht. Die Maxhütte galt manchem Arbeitnehmer in der Region nicht als die einzige berufliche Option. Es zog sie weg in andere Regionen, in der der Verdienst und die Lebensqualität höher waren. So jedenfalls vermutete ein internes Gutachten der Hütte: „Kulturelles Leben, Vergnügungsmöglichkeiten und zum Teil bessere berufliche Fortbildungsmöglichkeiten haben Vorrang", lautete das Urteil, das sich auch statistisch erhärten ließ: Zwischen 1961 und 1970 verlor die Stadt Sulzbach-Rosenberg 3,5 Prozent ihrer Wohnbevölkerung.[449]

Die regionalen und branchenspezifischen Probleme konnten auch durch die günstige Konjunkturlage nicht übertüncht werden. Und eines kam noch hinzu: Die Strukturdefizite der Maxhütte, so mußte auch Arbeitsdirektor Schmidt eingestehen, blieben trotz der günstigeren äußeren Rahmenbedingungen weiter bestehen. Die Erzvorkommen, einst das größte Pfund, mit dem die Maxhütte wuchern konnte, erschöpften sich.[450] Je stärker die Produktion angekurbelt wurde, desto größer war der Bedarf an schwedischen Erzen. Deshalb liefen die Bemühungen auf Hochtouren, das Erzfeld Leoni der Grube Auerbach neu aufzuschließen, weil man dort Erz in einer Größenordnung vermutete, mit dem die Maxhütte bis zum Beginn des 21. Jahrhundert versorgt gewesen wäre. Die ersten Ergebnisse des Rationalisierungsprogramms waren schon zu sehen: der geplante neue Elektro-Ofen für Sulzbach-Rosenberg lief bereits, die Stranggußanlage konnte getestet werden und auch in Haidhof meldeten die Ingenieure die baldige Fertigstellung der Contistraße II.

Konzentrationsprozeß

Nur Blauäugige konnten meinen, die Maxhütte könne alleine durch ihre qualitativ hochwertigen Produkte am Rande des Stahlmarktes auf Dauer und ohne fremde Hilfe existieren. Noch immer gehörte sie keinem der Walzstahlkontore an. Der Preisdruck der großen Stahlerzeuger aus dem Ruhrgebiet war trotz günstiger

[448] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Arbeitsmaterialien Rote Mappe, Studie zur Arbeitsmarktsituation im Werk Rosenberg/Rohrwerk vom 28. 9. 1970, Anlage 3.
[449] Bayerische Gemeindestatistik 1970, Bd. 4, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, S. 124.
[450] Nabtal-Kurier vom 16. 1. 1970: „Maxhütte wird sich auch in den siebziger Jahren behaupten".

Konjunkturdaten immer spürbarer geworden. Was kam dann erst in wirtschaftlich schlechten Zeiten auf die Hütte zu? Für diesen Fall ließ sich Flick 1970 auf einen folgenschweren Deal mit den Duisburger Klöckner-Werken ein, über den in der Stahlindustrie schon länger spekuliert worden war.[451] Beide Unternehmen vereinbarten eine langfristige Zusammenarbeit, die eine volle Deckung des Warmbreitbandbedarfes der Maxhütte durch Klöckner vorsah.[452] Aus der Sicht der Maxhütte lagen die Ziele auf der Hand: „Angesichts des stärker werdenden Wettbewerbs, mit dem bei kaltgewalztem Band durch die Errichtung neuer Kaltwalzwerke gerechnet werden muß, ist es lebenswichtig, daß wir das Vormaterial zu einem vergleichbaren Preis wie die Werke mit eigener Warmbanderzeugung bekommen. Die Lösung ergab sich dadurch, daß die Klöckner-Werke in Bremen eine neue Warmbandstraße bauen, die sie selbst nicht voll auslasten können. Eine Zusammenarbeit auf diesem Gebiet war darum für beide Seiten eine vorteilhafte Lösung."[453] Sogar eine noch engere Zusammenarbeit schlossen die Vertragspartner Flick und Klöckner für die Zukunft nicht aus.[454]

Was auf den ersten Blick nur wie eine verspätete Konsequenz der Rationalisierungswelle innerhalb der Eisen- und Stahlindustrie wirkte, entpuppte sich bei genauerem Hinsehen als zweischneidiges Schwert. Den Arbeitnehmern und dem Gesamtbetriebsratsvorsitzenden war es nicht wohl bei der Vorstellung, ausgerechnet mit Klöckner zusammenzuarbeiten.[455] Dort hatte man sich augenscheinlich mit dem Bau einer 5,5 Mio. DM teuren Warmbreitbandstraße übernommen. Klöckner schrieb Verluste und galt in der Branche nicht als zuverlässiger und potenter Bündnispartner. Zudem bemängelten Kunden aus der Automobilindustrie die bisweilen schlechte Qualität der Klöckner-Produkte, was dem Image der Maxhütte als zwar kleinem, doch feinem und hochwertigem Stahlproduzenten überhaupt nicht recht sein konnte. Der Entscheidungsprozeß für den Verkauf läßt sich im einzelnen nicht nachvollziehen, doch scheint er Teil einer langfristigen Strategie des Flick-Konzerns zur Kooperation mit Klöckner gewesen zu sein, in dessen Rahmen die Maxhütte nur einer von mehreren Faktoren – und sicher nicht der gewichtigste – war.[456]

Das „goldene Stahlzeitalter", von dem mancher in der Hütte träumte, war also von dunklen Schatten begleitet, die die Belegschaft bereits Ende 1970 zu spüren bekam. Die Stahlkonjunktur zeigte nämlich ernste Schwächen, der Schichtbetrieb bei der Maxhütte mußte umgestellt, weniger Schichten konnten verfahren werden. Das war aber nicht das einzige. Gravierender wirkte sich für die Beschäfti-

[451] Vgl. Duschinger, Zierer, Glanz, S. 288.

[452] Burglengenfelder Zeitung vom 7./8. 3. 1970: „Zusammenarbeit Flick-Klöckner"; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 19. 10. 1970, S. 23.

[453] MH-Zeitung 4/1970, zit. nach Duschinger, Zierer, S. 288.

[454] Ebenda.

[455] Vgl. Duschinger, Zierer, Glanz, S. 288 f.; allerdings fiel die Entscheidung für die Zusammenarbeit im Aufsichtsrat einstimmig, also auch mit den Stimmen der Arbeitnehmervertreter. DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 19. 10. 1970, S. 23.

[456] Vgl. dazu auch die Darstellung über den Verkauf von MH-Direktor Kämpfer im Aufsichtsrat, DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Sitzung des Aufsichtsrates der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 19. 10. 1970, Anlage 1.

gung der Beschluß des Vorstandes aus, das Siemens-Martin Werk früher als vorgesehen zu schließen, und nachdem die geplante Kapazitätsausweitung des Haidhofer Kaltwalzwerkes wegen schleppender Nachfrage ebenfalls ausfallen mußte, drohte nach Berechnungen des Betriebsrates 350 bis 400 Beschäftigten die Entlassung.[457] Nur umzusetzen und innerbetrieblich zu verlagern schien nicht mehr auszureichen. Die Arbeitslosigkeit drohte.

Die Stahlproduktion und die Blechwalzwerke wurden im Zuge der betrieblichen Umstrukturierungen in Haidhof stillgelegt. Der Produktionsschwerpunkt sollte im Sinne der Konzernstrategen zukünftig das Walzwerk sein, in dessen Ausbau und Modernisierung Millionen flossen.[458] Für rund 150 Mio. DM baute die Maxhütte neue Walzstraßen für Form- und Stabstahl, für Rund- und Betonstahl[459] – eine in jeder Hinsicht außergewöhnliche Summe. So spektakulär die Investitionen waren, so bitter war der Beigeschmack für einen erheblichen Teil der Beschäftigten. Rationalisierung bedeutete nicht mehr nur bessere Chancen am Markt, Rationalisierung hieß jetzt auch Abbau von Arbeitsplätzen. 364 Arbeiter wurden innerhalb eines Jahres in Haidhof entlassen, von denen die meisten zuvor im Blechwalzwerk und dem Siemens-Martin Stahlwerk beschäftigt gewesen waren.[460] Einige konnten in Sulzbach-Rosenberg oder Salzgitter Ersatzarbeitsplätze bekommen, andere ließen sich durch das Arbeitsamt in Schwandorf für neue Berufe umschulen, manche zogen in wirtschaftlich stärkere Regionen, nach Nürnberg oder München.

Die Maxhütte stand 1971 wie die gesamte Stahlindustrie vor erheblichen konjunkturellen Problemen. Wieder zeigte sich die Anfälligkeit des weltweiten Stahlmarktes, der dem Vorstandsvorsitzenden der Maxhütte Hans Hahl Anlaß zu großer Sorge gab.[461] Ein „schweres Jahr" erwarte die Maxhütte, so seine Prognose. Das Unternehmen bleibe von der allgemein schlechten Entwicklung nicht verschont. Bereits zu diesem Zeitpunkt waren sich die Vertreter der Eisen- und Stahlindustrie sicher, daß in der gesamten Bundesrepublik die Produktion von Roheisen, Rohstahl und Walzstahlerzeugnissen zurückgehen würde. Bei der Maxhütte lag die Rohstahlproduktion als wichtigster Indikator der wirtschaftlichen Lage bereits um 2,7 Prozent hinter den Vorjahresergebnissen zurück, die Auftragslage hatte sich spürbar verschlechtert, und es stand zu befürchten, daß die Dividende weiter herabgesetzt werden müsse. Seine größten Hoffnungen setzte Hahl in die „Rationalisierungsgruppe", die die Maxhütte als Teil des Flick-Konzerns zusammen mit Klöckner und der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG 1971 gegründet hatte. Damit wollten die Unternehmen ihre Kräfte bündeln, verstärkt in Forschungs- und Entwicklungsfragen zusammenarbeiten und Investitionen und Produktions-

[457] Nabtal-Kurier vom 12. 12. 1970: „Resignation und Unwillen sind im Betrieb eingezogen"; dazu auch Burglengenfelder Zeitung vom 12./13. 12. 1970: „Umstrukturierung hätte ohne Entlassungen gelingen müssen".

[458] MH-Zeitung, 4/5 1971, Interview mit Direktor Franz Brosch.

[459] Zit. nach Duschinger, Zierer, Glanz, S. 294.

[460] Burglengenfelder Zeitung vom 29. April 1971: „Maxhütten-Belegschaft verringerte sich um 348 Mitarbeiter". Die genannte Zahl bezieht sich auf die Belegschaftsentwicklung, nicht auf die durch die Stillegungsmaßnahmen betroffenen Arbeitnehmer.

[461] Burglengenfelder Zeitung vom 30. 6. 1971: „Die Maximilianshütte erwartet ein ‚schweres Jahr'".

schwerpunkte abstimmen.[462] Rationalisierungsgruppen regelten die Produktionsverteilung und künftige Spezialisierungen der Unternehmen und griffen unmittelbar und weitreichend in die unternehmerischen Entscheidungen ein.

Die Gewerkschaften beäugten diesen Konzentrationsprozeß der Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrgebiet wie auch in der Oberpfalz mit gemischten Gefühlen. Rationalisierungsgruppen bedeuteten im Kern die Schaffung nicht-staatlicher Steuerungsinstrumente für den westdeutschen Stahlmarkt, die sich den Mitbestimmungsmöglichkeiten der Montanindustrie zu entziehen drohten. Ihre Zustimmung machten sie deshalb davon abhängig, ob in den neuen Planungsgremien auch die Interessen der Arbeitnehmer berücksichtigt würden.[463] Ein Resultat der DGB- und IG Metall-Politik war die Gründung eigener Betriebsräteausschüsse innerhalb der Rationalisierungsgruppen, in denen die Arbeitnehmervertreter zusammen mit der Gewerkschaft über die folgenschweren Veränderungen auf dem Stahlmarkt diskutierten und über Strategien gegen drohende Entlassungen berieten.[464]

Schon wenige Wochen nach Gründung der Rationalisierungsgruppe wurde klar, daß die Arbeitnehmervertreter ihre gesamte Kraft und Phantasie dafür einsetzen mußten, Entlassungen und Kurzarbeit zu verhindern. Im Juli 1971 konnten Entlassungen und Kurzarbeit durch Überstundenabbau und arbeitsorganisatorische Umstellungen noch vermieden werden, im Dezember ruhte aber bereits im Stahl- und Walzwerk für mehrere Tage zwangsweise die Produktion. Lediglich im Rohrwerk lief der Schichtbetrieb ohne größere Störungen.[465] Im Landkreis ging das „Gespenst der Arbeitslosigkeit"[466] um, finanzielle Einbußen drohten angesichts ausbleibender Arbeitsstunden, und niemand war sicher, wie lange die Schwierigkeiten noch andauern würden. Die strukturellen Probleme der Überproduktion waren ja durch den Streik in der württembergischen und badischen Metallindustrie noch verschärft worden, deren Produktionsausfälle auch die Maxhütte als einen der wichtigsten Lieferanten der Automobilindustrie traf.

Erst seit Frühsommer 1972 waren die Aussichten wieder besser. Vor allem auf dem ausländischen Markt konnte die Maxhütte Boden gut machen, die Nachfrage stieg zuerst langsam, dann immer rascher an und erreichte schließlich ein Auftragsvolumen, das um 15,5 Prozent über dem des Vorjahres lag. Am Ende des Jahres 1972 erzielte die Maxhütte in Haidhof wie in Sulzbach-Rosenberg beinahe in allen Betriebsteilen Rekordergebnisse. Die Stahlindustrie schien sich erholt zu haben, weitere Rationalisierungsmaßnahmen griffen, erhöhten die Produktivität der

[462] Die „Rationalisierungsgruppen" ersetzten die großen Walzstahlkontore, deren Verträge zum 30. 6. 1971 ausgelaufen waren; vgl. dazu den Bericht von Arbeitsdirektor Schmidt in Nabtal-Kurier vom 9. 6. 1971: „Stahl-Flaute zwingt auch die Maxhütte zur Kooperation"; zusammenfassend Müller, Strukturwandel, S. 377–386; vgl. Herbert Köhler, Burkhardt Röper, Der organisatorische Wandel in der deutschen Stahlindustrie, Dortmund 1972.

[463] IGM-ZA im AdsD, 1-1/1796b, Aktenvermerk über die Besprechung mit den Arbeitnehmervertretern des Aufsichtsrats der Maxhütte vom 16. 4. 1971.

[464] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 186, Protokoll der Betriebsräte-Ausschuß-Sitzung der Rationalisierungsgruppe Nord-Süd vom 24. 11. 1972 in Düsseldorf; für die Maxhütte nahmen daran die Betriebsratsvorsitzenden Edenhofer und Kick sowie zwei weitere Betriebsräte teil.

[465] Nabtal-Kurier vom 25. 11. 1971: „Im Dezember auch Kurzarbeit im MH-Stahl- und Walzwerk".

[466] Mittelbayerische Zeitung vom 1. 11. 1971: „Im Städtedreieck geht ein Gespenst um, und dieses Gespenst heißt Angst vor Arbeitslosigkeit".

Anlagen und verringerten den Personalbedarf. Die Rohstahlmenge blieb 1973 mit 994 000 Tonnen nur knapp unter der „magischen" Millionengrenze[467], die Walzstahlerzeugung hatte ein Produktionsvolumen von rund 1,4 Mio. Tonnen, und der Umsatzerlös stieg innerhalb eines Jahres um 33,7 Prozent auf 947 Mio. DM.[468] Mit den ausgelasteten Produktionsanlagen kamen auch die Aktionäre nach dem mageren Vorjahr wieder auf ihre Kosten: Zehn Prozent Dividende waren eine stolze Bilanz, und dies um so mehr, als das „Gespenst" der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit in der Region vertrieben zu sein schien. Die Ergebnisse muteten auch deshalb erstaunlich an, da die Gesamtwirtschaft bereits durch die Folgen des Ölpreisschocks belastet war.[469] Nach dem Yom Kippur Krieg im Oktober 1973 war Öl zur politischen Waffe im Nahost-Konflikt geworden. Die Industrieländer traf die Drosselung der arabischen Rohöllieferungen an ihrer Achillesferse.[470] Das Wachstum brach ein, die Preise gingen in die Höhe, während die Zahl der Arbeitslosen anzusteigen begann; die „schärfste Rezession"[471] in der Geschichte der Bundesrepublik stand unmittelbar bevor. Während der Deutsche Bundestag über sonntägliche Fahrverbote beriet und große Teile der Wirtschaft über den stotternden Konjunkturmotor klagten, brauchte sich der für die Absatzlage zuständige Maxhüttenvorstand Peter Busch keine Sorgen zu machen. Im Aufsichtsrat berichtete er im Juni 1974 vor Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern,

„daß der seit Herbst 1972 erkennbare und im Jahr 1973 sich boomartig entwickelnde Anstieg der Nachfrage nach Stahlerzeugnissen in der gesamten Welt weiterhin ungebrochen ist und der MH auch im 1. Halbjahr 1974 hohe Versandzahlen ermöglichte. Während in früheren Konjunkturzyklen die deutsche Stahlindustrie aus betonter Rücksichtnahme auf ihre inländische Stammkundschaft die Hausseperiode in erlösmäßiger Hinsicht nicht voll ausgenutzt hat, ist sie in der derzeitigen Hochkonjunktur flexibler geworden. Dies drückte sich in einem stärkeren Export und mehrmaligen Listenpreiserhöhungen aus. [...] Zusammenfassend wurde dargelegt, daß der Absatz noch unter positiven Vorzeichen steht. Wenn keine neuen überraschenden wirtschafts- oder finanzpolitischen Ereignisse eintreten, kann das 2. Halbjahr 1974 als gelaufen betrachtet werden."[472]

Maxhütten-Vorstand Busch war sich zwar selbst keineswegs sicher, ob der weltweite Boom der Stahlindustrie und die Erfolge der Maxhütte auf dem westeuropäischen und transatlantischen Markt das Jahr 1974 überdauern würden, doch nahm er die kritischen Stimmen, die bereits den nahen Zusammenbruch der Hochkonjunktur beschworen, nicht übertrieben ernst. Schließlich, so glaubte er, hätten die Preissteigerungen für Rohöl – innerhalb eines Jahres immerhin 193 Prozent – ihren „Kulminationspunkt" überschritten, und außerdem ließen der

[467] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 210, Geschäftsbericht der Maxhütte für das Jahr 1973.

[468] Zum außerordentlich erfolgreichen Geschäftsjahr 1973 vgl. auch die Diskussion im Aufsichtsrat; DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Aufsichtsratssitzung der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 20. 6. 1974, S. 11–15; besonders bemerkenswert war, daß die Maxhütte ihre Liquidität deutlich stärken und die finanzielle Grundlage für weitere Investitionen schaffen konnte.

[469] Vgl. dazu einführend Jens Hohensee, Der erste Ölpreisschock 1973/1974, Stuttgart 1996, hier S. 109–160.

[470] Dazu auch Görtemaker, Geschichte, S. 571 ff.

[471] Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 117.

[472] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Aufsichtsratssitzung der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 20. 6. 1974, S. 4 f.

„starke Nachholbedarf des Ostblocks und der Länder der dritten Welt sowie die unterlassenen Kapazitätsausweitungen in den vergangenen Jahren eine länger anhaltende Verknappung und damit eine Fortsetzung der günstigen Absatzlage erwarten".[473] Nicht alle Stimmen im Aufsichtsrat teilten seine Prognose. Unterschiedliche Bewertungen gab es vor allem über die Frage der schwachen Inlandsnachfrage und die Einbindung der Stahlindustrie in den Sog der allgemeinen Baisse.[474] Den gestiegenen Absatzchancen auf dem weltweiten Stahlmarkt standen ja bereits 1974 Verluste auf dem traditionellen Inlandsmarkt gegenüber, die nicht nur die Maxhütte, sondern alle westdeutschen Stahlproduzenten verzeichnen mußten. Neue Konkurrenten aus asiatischen Ländern drangen auch in Deutschland auf den Markt. Zu recht warnte der Vorsitzende des Aufsichtsrates, Odilo Burkart, vor den Gefahren einer zu starken Exportabhängigkeit, falls der westdeutsche Markt weiterhin so anfällig bleibe wie bisher. Anfällig war der westdeutsche und europäische Markt Mitte der siebziger Jahre aber auch deshalb, weil die Wirtschaftspolitik der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl durch verdeckte Subventionen und protektionistische Interventionen in allen europäischen Ländern die Produktion von erheblichen Überkapazitäten gefördert hatte, für die auf dem Markt kaum Absatzchancen bestanden.[475]

Am Ende des Jahres stand trotz aller Unkenrufe eine imponierende Bilanz: 1974, so Vorstand Busch in seinem jährlichen Rückblick, sei das für die „gesamte eisenschaffende Industrie und zugleich auch für die Maxhütte erfolgreichste Stahljahr der Nachkriegszeit"[476] gewesen. Noch einmal waren die Produktionszahlen für Roheisen, Rohstahl und Walzstahlfertigungserzeugnisse in die Höhe geschnellt und hatten die Rekorde des vergangenen Jahres übertroffen[477]; der Maxhütte gelang es, erstmals in der Firmengeschichte über 1 Mio. Tonnen Rohstahl zu produzieren und das Vorjahresergebnis um 3,4 Prozent zu steigern.[478]

Krisenjahre

Doch der Erfolg trog, schlimmer noch, er wiegte die Verantwortlichen bei der Maxhütte und in der gesamten Eisen- und Stahlindustrie in eine gefährliche Sicherheit.[479] Sie erkannten die Zeichen der Zeit nicht – oder zu spät. Bereits Ende 1974 zeigten sich die Folgen von Überkapazitäten und Ölpreiskrise auch auf dem Stahlmarkt; jetzt aber mit unvermittelter Härte. Dennoch äußerte sich Vorstand Busch noch im Herbst 1974 zuversichtlich über die Zukunftsaussichten der Maxhütte. Für 1975 erwarte man ein ruhigeres Stahljahr. Mit „gewisser Sorge" verfolge der Vorstand die Auswirkungen der Automobil- und der Ölpreiskrise. Doch

[473] Ebenda, S. 6.
[474] Ebenda, S. 7
[475] Dazu aus volkswirtschaftlicher Sicht vgl. Arne Gieseck, Krisenmanagement in der Stahlindustrie. Eine theoretische und empirische Analyse der europäischen Stahlpolitik 1975 bis 1988, Berlin 1995, hier S. 20f.
[476] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Aufsichtsratssitzung der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 20. 12. 1974, S. 4.
[477] Angaben nach Statistisches Jahrbuch der Eisen- und Stahlindustrie 1975, S. 17.
[478] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 210, Geschäftsbericht 1974, S. 7.
[479] Vgl. dazu auch Müller, Strukturwandel, S. 387.

Anlaß, über eine mögliche Krise der Stahlindustrie nachzudenken, sah Busch trotz zahlreicher Indizien nicht.[480] Das sollte sich rächen.

Innerhalb kürzester Zeit brach der Markt für Eisen- und Stahlprodukte nämlich beinahe völlig zusammen.[481] Es trat ein, was viele Stahlmanager nicht glauben wollten: Die Ölkrise beendete die Träume des „goldenen Stahlzeitalters". Ende Dezember 1974 mußte Busch vor dem Aufsichtsrat der Maxhütte eingestehen, daß sich die wirtschaftliche Situation der gesamten Eisen- und Stahlindustrie und auch der Maxhütte „radikal geändert"[482] habe. Die weltweite Wirtschaftskrise schlug mit einiger Verzögerung auf die Stahlindustrie durch. Die Nachfrage nach Stahl brach ein, in Japan, den USA, aber auch in Osteuropa und auf dem inländischen Markt, der bereits durch die Krise der Automobilindustrie betroffen war. Konnte die Maxhütte dieses Defizit 1974 durch eine starke Exportorientierung ausgleichen, so traf sie nun die weltweite Wirtschaftskrise besonders hart. Der Markt war übersättigt. Rationalisierung und Modernisierung waren die einzige Chance für die Hüttenwerke, im internationalen Konkurrenzkampf bestehen zu können, sie bargen aber zugleich die Gefahr, Überkapazitäten zu produzieren, die auf dem Markt keine Abnehmer mehr fanden.[483]

Die Maxhütte befand sich in genau dieser Situation: Sie hatte hohe Summen in die Rationalisierung ihrer Produktionsanlagen investiert, die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen gesucht und damit beständig neue Höchstleistungen erzielt. Am Jahreswechsel 1974/1975 begann sich abzuzeichnen, daß die Produkte der oberpfälzischen Stahlindustrie weder auf dem inländischen noch auf dem ausländischen Stahlmarkt absetzbar waren. Das galt besonders für die USA[484], wohin die Maxhütte Produkte der Bandverzinkungsanlage kaum mehr verkaufen konnte.[485] Die Inflationserscheinungen, die Devisenknappheit auf dem internationalen Geldmarkt und der Versuch der USA und zahlreicher europäischer Länder, die einheimische Industrie durch eine restriktive Importpolitik zu schützen, erschwerten es der Maxhütte seit Winter 1974, ihre bisherige Verkaufsstrategie fortzuführen. „Ein Ausgleich der Schere zwischen steigenden Kosten und fallenden Erlösen werde im neuen Geschäftsjahr kaum möglich sein"[486], ahnte Direktor Busch. Allerdings: Das Ausmaß der Krise Ende 1974 war weder den Arbeitgebern noch den Arbeitnehmervertretern bereits voll bewußt. Noch gingen die Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes davon aus, daß es zwar zu ernsthaften Turbulenzen, „einem weiteren, empfindlichen Konjunkturabschwung" und möglicherweise auch zu Kurzarbeit kommen werde; zu mehr aber nicht.

[480] Burglengenfelder Zeitung vom 8. 11. 1974: „Maxhütte erwartet 1975 ruhiges Stahljahr".
[481] Ausführlich dazu auch Helmut Wienert, Nachfrageschwäche und Staatsintervention – zur Entwicklung der Stahlkrise seit 1975, in: Mitteilungen des RWI 34 (1983), S. 257–265.
[482] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Aufsichtsratssitzung der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 20. 12. 1974, S. 4.
[483] Vgl. Müller, Strukturwandel, S. 389.
[484] Zu den Problemen der US-Wirtschaft im System von Bretton-Woods vgl. knapp Harold James, Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft, München 1997, S. 133–160.
[485] Dazu auch die Ausführungen von Arbeitsdirektor Schmidt vor den IG Metall-Vertrauensleuten, Burglengenfelder Zeitung vom 12. 3. 1975: „In der Arbeitswelt hat sich ein Wandel vollzogen".
[486] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Aufsichtsratssitzung der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 20. 12. 1974, S. 5.

Ein halbes Jahr später spitzte sich die Lage beinahe dramatisch zu[487]: Der Preiskampf um die immer rascher abnehmende Zahl weltweiter Kunden nahm „ruinöse" Formen an. Mit allen Mitteln kämpften die Stahlmanager zwischen Rhein und Ruhr um jedes noch so kleine Stück Marktanteil, die Inlands- und Exportpreise begannen sich bereits zu nivellieren, und selbst die Produktionsdrosselung um 28,2 Prozent bei Rohstahl und 33,6 Prozent bei Walzstahl brachte bei der Maxhütte keine Entlastung.[488] Weitere Schritte waren erforderlich, und das auch deshalb, weil der süddeutsche Markt noch zusätzlich durch billige italienische Produkte in seinem Preisgefüge bedroht war. Selbst der bislang stets krisensichere Röhrenmarkt geriet unter enormen Preisdruck und in die Absatzflaute. Die Exportoffensive der italienischen Röhrenindustrie zwang die Maxhütte im Sommer 1975, exorbitante Preisnachlässe von 200 bis 300 DM pro Tonne zu gewähren. Die „Insel der Seligen"[489], wie Arbeitsdirektor Schmidt das Röhrenwerk in Sulzbach-Rosenberg nannte, war nun ebenfalls wie die anderen Werksteile in den Strudel der Weltwirtschaftskrise geraten. Rote Zahlen, bis dahin nur ein Damoklesschwert über den Köpfen der Beschäftigten und der Arbeitgeber, wurden bittere Realität. „Es müsse davon ausgegangen werden", berichtete Vorstandsvorsitzender Burkart, „daß 1975 nicht nur die auf 36 Mio. DM geschätzten Abschreibungen nicht zu verdienen sein werden, sondern daß darüber hinaus sogar noch ein erheblicher zusätzlicher Barverlust in Kauf genommen werden müsse."[490] Der Tiefpunkt der Baisse war seiner Ansicht nach noch nicht erreicht. Erst für das Frühjahr 1976 rechnete er mit einer Besserung. Werde die Krise nicht bald mittels durchgreifender staatlicher Hilfen beigelegt, gebe es eine akute „Gefährdung von Arbeitsplätzen". Die allerdings war jetzt schon real.

Bis zum Sommer 1975 waren größere Entlassungswellen zwar ausgeblieben, doch mußten in Sulzbach-Rosenberg mehr als die Hälfte der Belegschaft, in Haidhof zeitweise über siebzig Prozent kurz arbeiten. Das bedeutete erhebliche finanzielle Einbußen – ein Einschichtarbeiter erhielt bei Kurzarbeit lediglich 68 Prozent des Bruttolohnes – aber immerhin was das noch besser als eine Entlassung. „Nachhaltige Härten" sollten vermieden und trotzdem der Personalbedarf der katastrophalen Absatz- und Beschäftigungsanlage angepaßt werden. So zumindest lautete das erklärte Ziel von Arbeitsdirektor Schmidt.[491] Seine Maßgabe lautete: totaler Einstellungsstopp, damit durch die natürliche Fluktuation die Beschäftigtenzahl abnehmen konnte, und Abbau von Überstunden. Bereits innerhalb von nur sechs Monaten sank der Belegschaftsstand bis Juni 1975 um 140 Personen auf 7595 und damit um 1,8 Prozent. An der betriebswirtschaftlichen Notwendigkeit, Kurzarbeit einzuführen, bestand auch auf seiten der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat und bei den Betriebsräten keinerlei Zweifel. Ziel müsse es sein, so Richard Edenhofer, trotz der angespannten Wirtschaftslage eine Beleg-

[487] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Aufsichtsratssitzung der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 23. 6. 1975.
[488] Ebenda, S. 5.
[489] Burglengenfelder Zeitung vom 12. 3. 1975: „In der Arbeitswelt hat sich ein Wandel vollzogen".
[490] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Aufsichtsratssitzung der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 23. 6. 1975, S. 5.
[491] Ebenda, S. 9

schaft zu erhalten, „die geschult und leistungsfähig" sei.[492] Mit Kurzarbeit könne die Krise überbrückt, der Kern der Maxhütte aber erhalten bleiben. Der Betriebsratsvorsitzende verbreitete Zweckoptimismus: „Es muß ja einmal wieder aufwärts gehen." Dann brauche die Maxhütte auch die eingearbeiteten Stahlarbeiter aus Haidhof und Leonberg wieder. Entlassungen erschienen ihm alleine schon aus diesem Grund der falsche Weg. Sorgen machte ihm vor allem die aus seiner Sicht zunehmende Krisenanfälligkeit der Eisen- und Stahlindustrie. „Ich bin der Überzeugung, daß es auch wieder besser wird. Was mich aber [...] mit Bedenken erfüllt, ist das – die Talsohlen folgen in immer kürzeren Abständen aufeinander. Jetzt bin ich 23 Jahre in der Maxhütte. Fünf Krisenzeiten habe ich miterlebt. Die ersten beiden Krisen lagen acht Jahre auseinander. Und jetzt..." Deutlicher als mancher seiner Kollegen[493] erkannte er frühzeitig den Strukturcharakter der Stahlkrise. Zwar sprach er noch vorsichtig vom „Wandel der Arbeitswelt".[494] Doch spürte er offenkundig bereits, daß die Schwierigkeiten der Maxhütte noch lange nicht ihren Höhepunkt erreicht hatten.

Edenhofer sollte recht behalten. Als sich die Aufsichtsräte im Dezember 1975 zu ihrer turnusgemäßen Wintersitzung im Münchner Hotel Vier Jahreszeiten trafen, lagen die Nerven blank. Es war nicht einfach nur ein konjunktureller Abschwung, unter dem die Hüttenindustrie zu leiden hatte, sondern die „tiefgreifendste Stahlkrise der Nachkriegszeit"[495], bemerkte Direktor Busch kleinlaut. Wie viele andere Wirtschaftsmanager hatte auch er zu spät erkannt, was die Stunde geschlagen hatte. Die großen Hüttenbetriebe an Rhein, Ruhr und Saar verloren im letzten Quartal 1975 täglich zwischen 1 bis 3 Mio. DM. Radikale Produktionseinschränkungen waren die bittere und kostspielige Konsequenz. Und noch war Besserung nicht in Sicht. Vorstandsvorsitzender Odilo Burkart gab deshalb unumwunden zu, von der Entwicklung vollkommen überrascht worden zu sein. Die Wirtschaftsentwicklung habe die Befürchtungen der letzten Monate „noch weit übertroffen". Die Lage war nach seiner Einschätzung „katastrophal": Im ersten Quartal 1975 habe zumindest noch ein ausgeglichenes Ergebnis erwirtschaftet werden können. Dann habe man von Monat zu Monat mit immer größeren Preis- und Absatzschwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Der Betriebsverlust werde wohl annähernd die Grenze von 70 Mio. DM erreichen. Um ausgeglichene Monatsbilanzen vorweisen zu können, hätte die Maxhütte pro verkaufter Tonne Stahl 100 DM mehr einnehmen müssen – ein Preis, der auf dem Markt aber nicht zu erzielen war. Ohne die außerordentlichen Gewinne der Jahre 1973 und 1974 hätte man erhebliche Teile des Stammkapitals aufbrauchen müssen. Alleine im Monat Oktober 1975 betrug der Verlust 12 Mio. DM – so viel wie im gesamten, insgesamt schwachen Jahr 1971.

[492] Interview mit Richard Edenhofer in Burglengenfelder Zeitung vom 7. 3. 1975: „1800 Arbeitnehmer der Maxhütte von Kurzarbeit betroffen"; folgendes nach ebenda.

[493] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Aufsichtsratssitzung der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 23. 6. 1975, S. 12.

[494] Burglengenfelder Zeitung vom 12. 3. 1975: „In der Arbeitswelt hat sich ein Wandel vollzogen". Edenhofer referierte hier vor den IG Metall-Vertrauensleuten.

[495] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Aufsichtsratsitzung der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 22. 11. 1975, S. 5; folgendes nach ebenda.

Die Folgen für die Liquidität, so Burkart, seien „verheerend, zumal noch ein großes Investitionsprogramm abgewickelt werden" müsse. Was einst als einzige Überlebenschance der Hütte galt, wurde jetzt zu einem gefährlichen Risiko: das umfangreiche Rationalisierungs- und Modernisierungsprogramm. Zum ersten Mal wurde den meisten Aufsichtsratsmitgliedern klar, wie ernst die Lage tatsächlich war. Das Überleben der Hütte stand auf dem Spiel. Der Vorstandsvorsitzende Burkart entschloß sich deshalb dazu, seinen Kollegen reinen Wein einzuschenken: „Der Substanzverlust habe ein solches Ausmaß angenommen, daß es Jahre dauern werde, den Stand von Ende 1974 wieder zu erreichen. In der derzeitigen Situation erfolge ein echter Existenzkampf, der nur mit den trostlosen Jahren der Weltwirtschaftskrise verglichen werden könne".[496] Der Maxhütte blieb aus seiner Sicht nur eine Möglichkeit, die schweren Stürme zu bestehen: Die Arbeitsabläufe noch effizienter zu gestalten und die „notwendigen personellen Konsequenzen zu ziehen". Nicht mehr Kurzarbeit drohte den Arbeitnehmern, sondern Entlassung. Davon sprach der Vorstand jetzt ganz offen.

Das Jahr 1975 markierte tatsächlich einen tiefen Einschnitt in der Unternehmensgeschichte der Maxhütte. Das Unternehmen steckte in einer Krise, die es zu einem der Dauerpatienten der westdeutschen Stahlindustrie machen sollte. Freilich sah es 1975 auch im Westen der Republik nicht viel besser aus. Als die Stahlunternehmer Bilanz zogen, zeigte sich das ganze Ausmaß der Krise: Innerhalb eines Jahres sank die Rohstahlproduktion von 53,2 Mio. Tonnen auf 40,2 Mio. Tonnen – ein Verlust von 19,5 Prozent![497] Wie bei der Maxhütte erreichte der durch die in- und ausländische Nachfrageschwäche verursachte Produktionsausfall eine existenzbedrohende Größenordnung. Die Auslastung sank binnen Jahresfrist von 88,1 Prozent auf 64,3 Prozent.[498] Zwar erwartete man bei den großen Stahlkonzernen wie Thyssen, Mannesmann oder Klöckner für den Sommer 1976 eine zumindest kurzzeitige Erholung. Doch täuschte das nach den täglichen Hiobsbotschaften niemand mehr darüber hinweg, daß auch 1976 ein Jahr werden würde, das zu großer Hoffnung keinen Anlaß bot. Der Vorstand der Maxhütte rechnete damit,

„daß sich die seit Anfang 1975 stark gesunkenen Verkaufspreise im Laufe dieses Jahres weiter anheben lassen. Andererseits ist unverkennbar, daß die steigende Kostentendenz, so wie 1975, auch im neuen Geschäftsjahr unverändert anhält. Es ist daher noch nicht zu übersehen, inwieweit die erwarteten Erlösverbesserungen auch für die neuen Kostenerhöhungen des laufenden Geschäftsjahres einen Ausgleich bieten können. Die noch anhaltende Unterbeschäftigung und das weiterhin nicht behobene Ungleichgewicht zwischen Kosten und Preisen lassen eine befriedigende Ertragsentwicklung in 1976 nicht erwarten."[499]

Wie ernst die Krise war und welche Konsequenzen daraus gezogen werden sollten, war zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter umstritten. Im Aufsichtsrat wies der bayerische DGB-Vorsitzende und Sozialdemokrat Willi Rothe

[496] Ebenda, S. 8.
[497] Vgl. Burkhardt Röper, Spezifische konjunkturelle Schutzmaßnahmen für die Eisen- und Stahlindustrie, Dortmund 1987, S. 43.
[498] Vgl. Heinz-Jürgen Axt, Stahlkrise und westeuropäische Integration. Die Krise: Hemmnis oder Triebkraft der Verflechtung, in: PVS 19 (1978), S. 157–200, S. 168, Tab. 4.
[499] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 210, Geschäftsbericht 1975.

im Sommer 1975 darauf hin, daß er zwar die Einschätzung des Vorstandes über die wirtschaftliche Lage teile, er es aber auch für notwendig erachte, angesichts der finanz- und wirtschaftspolitischen Reformen der sozial-liberalen Bundesregierung „die Situation nicht tendenziös darzustellen".[500] Rothe wollte damit die Arbeitgeber davor warnen, wie in Tarifverhandlungen üblich, ein zu düsteres und unzutreffendes Bild der Konjunkturentwicklung zu zeichnen, um die Ansprüche der Arbeitnehmer von vorne herein zu dämpfen.

Daß Rothes Warnung nicht ganz grundlos war, zeigte sich in der Diskussion um die Einführung der Kurzarbeit. Bei zahlreichen Betriebsräten des Rohrwerkes bestand die Befürchtung, der Vorstand der Maxhütte würde die Auftragslage schlechter als notwendig darstellen, um durch das Arbeitsamt die Berechtigung für Kurzarbeit zu erhalten.[501] Merkwürdig erschien den Betriebsräten vor allem die Regelung, die Kurzarbeit nur in den Reparaturzeiten durchzuführen. Die Auftragslage könne in diesem Fall nicht so dürftig sein, war ihre Reaktion. Überhaupt bezweifelten sie, daß die geplanten Kurzarbeitsschichten zwingend erforderlich waren. Verärgert waren die Betriebsräte auch deshalb, weil der Arbeitsbereich der Angestellten, die in der Instandhaltung arbeiteten, von der Kurzarbeit ausgenommen wurde. Der zuständige Vertreter der Betriebsdirektion wies in der Diskussion mit den Betriebsräten alle Vorwürfe, das Unternehmen würde die Krise zur lohnpolitischen Bereinigung des Personalsektors nutzen, energisch zurück. Nur die Absatzprobleme der Maxhütte waren nach seinen Worten für die Kurzarbeit verantwortlich. Auch Arbeitsdirektor Schmidt hielt die Kurzarbeit für zwingend erforderlich. Er teilte keineswegs die Forderung der Betriebsräte, sondern bemühte sich ebenfalls, die Arbeitnehmervertreter davon abzubringen, sich gegen den Kurs der Betriebsleitung zu stellen. Ausführlich analysierte er im Sinne des Vorstandes die wirtschaftliche Situation und unterstrich die dringende Notwendigkeit, die Produktion zurückzuschrauben, Löhne und Gehälter einzusparen und kurz zuarbeiten. Immerhin, so Schmidt vor den Betriebsräten in Sulzbach-Rosenberg, habe der Vorstand so kurz vor dem Weihnachtsfest noch nicht wie in Haidhof eine Entscheidung darüber gefällt, ob auch im Rohrwerk die Kurzarbeit für weitere drei Monate bis zum März 1976 verlängert werden solle. Den Unmut der Betriebsräte konnte der Arbeitsdirektor nur teilweise besänftigen. Die durch den Prokuristen begründete Kurzarbeit für den Warmbetrieb des Rohrwerkes lehnten die Betriebsräte mit elf gegen acht Stimmen knapp ab; für das Werk Rosenberg gaben sie dagegen ihre Zustimmung, und auch mit der Reduzierung der Arbeitszeit im Kraftwerk zeigten sie sich einverstanden.

Die Auseinandersetzung über die Dauer und den Geltungsbereich der Kurzarbeit gehörte seit Beginn der Krise zu einem der ständigen Reibungspunkte zwischen Betriebsrat und Betriebsdirektion. Ohne die Augen vor der betriebswirtschaftlichen Realität verschließen zu wollen, war dem Betriebsrat daran gelegen, möglichst nur unumgänglichen Schichtreduzierungen zuzustimmen. Dabei kam

[500] DGB-Archiv im AdsD, BR-Maxhütte, 208, Niederschrift über die Aufsichtsratsitzung der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte vom 23. 6. 1975, S. 7.

[501] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Betriebsratsprotokolle, Betriebsratssitzung vom 18. 12. 1975.

es immer wieder zu ungewohnt heftigen Konflikten mit der Geschäftsleitung.[502] Umstritten war in der Regel immer die gleiche Frage: War die Absatzlage in den jeweiligen Betriebsteilen tatsächlich so schlecht, daß Kurzarbeit zwingend geboten schien? Darüber stritten bisweilen auch die Betriebsräte untereinander. Besonders diejenigen Arbeitnehmervertreter und Vertrauensleute taten sich mit ihrer Zustimmung zur Kurzarbeit schwer, deren Abteilungen von den Lohn- und Gehaltskürzungen durch die Drosselung der Produktion betroffen waren. Der Wunsch ihrer Klientel und die Interessen des Betriebsrates waren hier nicht immer deckungsgleich, gerade in der heiklen Frage der Kurzarbeit nicht.

Im Frühsommer 1976 erholte sich die Eisen- und Stahlindustrie kurzzeitig[503]; ein Grund für Entwarnung war dies allerdings nicht. Im Gegenteil: Die Eisen- und Stahlindustrie befand sich erst am Anfang eines umfassenden Konzentrations- und Schrumpfungsprozesses, an dessen Ende die Zahl der Beschäftigen von knapp 325 000 im Jahr 1976 auf etwas mehr als 181 000 im Jahr 1988 sank.[504] Davon war auch die Maxhütte betroffen, deren tragender Konzern, die Flick-Gruppe, bereits über eine möglichst elegante „Lösung" des Problems Maxhütte nachdachte – eine Lösung freilich, die nur aus der Sicht der Düsseldorfer Konzernstrategen ihren Reiz besaß, für die Beschäftigten und die gesamte Oberpfalz aber weitreichende Konsequenzen hatte.

Als die Maxhüttenarbeiter am Morgen des 16. August 1976 die Zeitung aufschlugen, wollten sie ihren Augen nicht trauen. Kurzarbeit und schlechte Nachrichten über die Konjunkturentwicklung waren sie bereits gewöhnt – die Lage hatte sich auch nur unwesentlich verbessert. Mit dieser Schlagzeile dürfte aber niemand gerechnet haben: „Bei der Maxhütte sind tausend Arbeitsplätze in Gefahr! Klöckner kauft ‚gewissen Prozentsatz' der MH-Aktien"[505] Bei einem Pressegespräch hatte der örtliche CSU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Aigner die Bombe platzen lassen. Um überlebensfähig zu bleiben, wolle das Unternehmen „notfalls etwa 1000 Arbeitsplätze opfern". Gleichzeitig werde die Maxhütte im Rahmen einer „Aktientransaktion" von den Klöckner-Werken aufgekauft. Hinter den Kulissen war bereits seit längerem über den Verkauf verhandelt worden. Die Verhandlungen waren allerdings zwischen den Konzerngesellschaften Flick und Klöckner ohne Beteiligung des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Maxhütte geführt worden, die nur wenige Tage vor der Öffentlichkeit über die Veränderungen in Kenntnis gesetzt worden waren.

Was beinhaltete der Vertrag? Zum 1. Januar 1977 beabsichtigen die Klöckner Werke 51 Prozent des Nominalkapitals der Maxhütte (rund 100 Mio. DM) gegen Barzahlung von 135 Mio. DM zu übernehmen, eine Kaufsumme, die noch unterhalb der jährlichen Abschreibungen des Konzerns lag. Für die anderen 49 Prozent erhielt Klöckner bis zum 1. Januar 1979 eine Vorkaufsoption.[506] Damit entstand der drittgrößte Stahlkonzern in Westdeutschland. Nicht nur deshalb, sondern

[502] IGM-ZA im AdsD, BR-Maxhütte, ungeordneter Bestand, Betriebsratsprotokolle, Betriebsratssitzung vom 14. 11. 1975.
[503] Vgl. Müller, Strukturwandel, S. 390.
[504] Angaben nach Statistisches Jahrbuch für die Eisen- und Stahlindustrie, 1989, S. 31.
[505] SRZ vom 16. 8. 1976: „Bei der Maxhütte sind tausend Arbeitsplätze in Gefahr!"
[506] Dazu die Angaben nach Handelsblatt vom 17. 8. 1976: „Klöckner kauft von Flick die Maxhütte".

auch wegen des nach allgemeiner Einschätzung von Wirtschaftsexperten günstigen Kaufpreises zeigte sich der Vorstandsvorsitzende der Klöckner Werke, Herbert Gienow, in jeder Hinsicht zufrieden.[507]

In der Stahlbranche löste der Kauf keine besondere Überraschung aus. Beide Werke arbeiteten bereits zusammen, das Bremer Klöckner Werk walzte für die Maxhütte Kaltblech, und die Maxhütte hatte sich verpflichtet, einen Teil der Bremer Hochofenproduktion abzunehmen. Flick ging es offenkundig darum, aus dem unsicheren Stahlgeschäft auszusteigen. Der Maxhütten-Verkauf war Teil einer umfassenden konzernstrategischen Umorientierung der Flick-Gesellschaft.[508] Das Hüttenwerk Lübeck hatte Flick bereits an den US-Konzern Steel verkauft, andere Beteiligungen waren ebenfalls abgestoßen worden. Noch aber rätselte die Öffentlichkeit, in welche Richtung sich der Familienkonzern verändern wollte.

Ungewöhnlich war schon der Zeitpunkt. Denn auch Klöckner hatte verlustreiche Jahre hinter sich. Größere Investitionen konnte sich das Unternehmen kaum leisten, zumal es gerade erst die Bremer Hütte auf den neuesten Stand der Technik gebracht hatte. Die große Frage aber lautete: War Klöckner überhaupt ein Partner, dem an der Zukunft der Maxhütte gelegen war, der sich für den Standort Oberpfalz und den regionale Arbeitsmarkt interessierte? Oder benutzte Klöckner die Maxhütte als günstiges Abschreibungsobjekt, um zeitgleich das Werk in Bremen finanziell abzusichern? Richard Edenhofer hatte seine Bedenken gegen eine Zusammenarbeit mit Klöckner schon zuvor deutlich gemacht. Jetzt stand der ungeliebte Partner als neuer Eigentümer vor der Türe. Und was er als Botschaft mitbrachte, dürfte nicht nur den Betriebsratsvorsitzenden, sondern die ganze Belegschaft verunsichert haben. „Wegen Überbesetzung einiger Bereiche" sei es notwendig, rund 1000 Arbeitsplätze abzubauen, meinten die zukünftigen Besitzer der Maxhütte laut einer Agenturmeldung.[509] Zwar erfolgte umgehend ein Dementi des Maxhütten-Vorstands und des Pressesprechers des Klöckner-Konzerns, der sich mißverstanden fühlte, doch konnte kaum mehr ein Zweifel daran bestehen: Das bisherige Instrumentarium, die Krise über Kurzarbeit bewältigen zu wollen, genügte nicht mehr. Der Vorstand der Maxhütte attackierte zwar in ungewohnt heftiger Weise die seiner Ansicht nach nicht zutreffenden und politisch fahrlässigen Ausführungen Aigners. Der Vorstand gestand aber auch ein: Mit der Umstrukturierung der Maxhütte „werden sich voraussichtlich strukturelle Veränderungen in den Betrieben der Maxhütte mit entsprechenden Folgen für die Personalplanung des Unternehmens ergeben."[510] Konkrete Zahlen wollte oder konnte der Vorstand noch nicht nennen. Um aber die aufgeregten Arbeitnehmer zu beruhigen, versicherte er, alle personellen Entscheidungen oder möglichen Sozialpläne „auch in Zukunft mit den dafür zuständigen Betriebsvertretern in unserem Unternehmen eingehend und rechtzeitig vorher zu beraten." Für Ruhe sorgte diese Erklärung freilich nicht. Wie auch? Schließlich trafen der Verkauf und die Pläne für mögliche Entlassungen die Arbeitnehmervertreter vollkommen unvor-

[507] SZ vom 17. 8. 1976: „Klöckner-Werke kaufen in Raten die Maxhütte".
[508] Dazu auch das Handelsblatt vom 17. 8. 1976: „Von Flick zu Klöckner".
[509] Der Neue Tag vom 17. 8. 1976: „Maxhütte: Keine Massenentlassung geplant".
[510] Presseerklärung der Maxhütte vom 16. 8. 1976, zit. nach: SRZ vom 17. 8. 1976: „Die MH bleibt dabei: Keine Entlassungen"; folgendes nach ebenda.

bereitet.[511] Zu viele Fragen waren offen geblieben. Unverständlich war es für den Amberger IG Metall-Vorsitzenden Wolfgang Sieler, daß der Aufsichtsrat, in dem ein Gewerkschafter den stellvertretenden Vorsitz bekleidete, weder über den Verkauf noch über geplante Entlassungen informiert worden war. Die IG Metall verfolgte in den hektischen Stunden nach Bekanntwerden der Verkaufs eine Doppelstrategie: Einerseits wollte sie versuchen, die Belegschaft zu beruhigen und sie nüchtern über die Sachlage zu informieren. Andererseits mobilisierte sie alle gewerkschaftlichen Kräfte innerhalb und außerhalb der Maxhütte, um die Kampfbereitschaft der Gewerkschaft zu signalisieren. Dazu gehörte die Einberufung zahlreicher Betriebs- und Vertrauensleuteversammlungen, und nicht zuletzt die Prüfung juristischer Schritte gegen den Vorstand der Maxhütte.[512]

In einem internen Gutachten untersuchte das Düsseldorfer Zweigbüro der IG Metall die Rolle der beiden Unternehmensvorstände. Darin hieß es: Entweder versuche Klöckner, durch die zielgerichtete Übertreibung der Entlassungszahlen „ein möglichst niedriges Erwartungsniveau der Belegschaft für demnächst unter seiner Regie durchzuführende Rationalisierungsmaßnahmen herzustellen." Oder der Vorstand der Maxhütte habe das „bereits beschlossene Freisetzungsprogramm den Betriebsräten und der Belegschaft bewußt verschwiegen" – ein strafrechtlich relevantes Verhalten, wie die Gewerkschaftsjuristen meinten. Ganz sicher waren sich die Berichterstatter aber nicht. Ihnen schien es deshalb ratsam, die Betriebsräte dabei zu unterstützen, die drohende Entlassung von Arbeitnehmern „abzublocken bzw. zu verzögern." Über weitere juristische Schritte sollte nur in diesem Zusammenhang beraten werden.

Bei den Gewerkschaftern schrillten die Alarmsirenen. Denn ihre Befürchtungen betrafen nicht nur kaum zu vermeidende Arbeitsplatzverluste, die immerhin noch durch Sozialpläne aufzufangen gewesen wären. Groß war aber auch die Sorge, wie die neuen Konzernherren mit der Mitbestimmung umgehen würden. Überall bestand die Angst, daß der Klöckner-Konzern daran gehen werde, das Montan-Mitbestimmungsgesetz zu umgehen und das Betriebsverfassungsgesetz zu unterlaufen. Die Stahlkrise hatte allen Beteiligten deutlich gemacht: Die „Wirtschaftswunderjahre" waren in jeder Hinsicht zu Ende. Jetzt ging es nicht mehr darum, in einer boomenden Branche das Wachstum zu steigern und die Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen. Eine sozialpartnerschaftliche Idylle, ohne harte Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hatte es weder in den fünfziger noch in den sechziger Jahren bei der Maxhütte und in der gesamten Eisen- und Stahlindustrie gegeben. Mit der Stahlkrise und ihren akuten Folgen war aber eine neue Epoche angebrochen, die die Gewerkschaften und die Betriebsräte auf allen Ebenen in die Defensive zwang.

Das merkte man auch der Erklärung an, die die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Klöckner-Werke abgaben.[513] Sie wollten den Plänen zum Kauf der Maxhütte nur dann zustimmen, wenn dreierlei gewährleistet war: Erstens müsse

[511] Amberger Zeitung vom 18. 8. 1976: „IGM von der Entwicklung völlig überrascht".
[512] IGM-ZA im AdsD, 1–1, 1796b, Vermerk über Personalfreisetzung in der Maxhütte vom 19. 8. 1976 (ungezeichnet); folgendes nach ebenda.
[513] IGM-ZA im AdsD, 1–1, 1796b, Entwurf einer Erklärung der Arbeitnehmer-Vertreter im Aufsichtsrat der Klöckner-Werke AG (undatiert, im August 1976).

die Maxhütte ein juristisch selbständiges Unternehmen bleiben, das unter die Montanmitbestimmung falle; zweitens müsse die Klöckner Werke AG alles vermeiden, was die geltenden Mitbestimmungsregelungen „beseitigen" oder „schmälern" könnte; und drittens dürfe der Ankauf der oberpfälzischen Hüttenindustrie nicht mit einem „substantiellen Abbau von Arbeitsplätzen" verbunden sein.

Wann die gewerkschaftliche Schmerzgrenze allerdings erreicht war und was genau unter dem Begriff „substantiellen Abbau" zu verstehen war, ließen nicht nur die Klöckner-Arbeitnehmervertreter offen, sondern auch der neue Arbeitsdirektor der Maxhütte, der ehemalige sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Helmut Kater, der nach dem altersbedingten Ausscheiden von Werner Paul Schmidt seit Anfang des Jahres 1976 das Amt bekleidete. Nur wenige Tage nachdem die Öffentlichkeit über den geplanten Unternehmensverkauf unterrichtet worden war, berichtete Arbeitsdirektor Kater am 21. August 1976 auf einer rasch einberufenen Betriebsräte-Vollversammlung über die aktuelle Situation der Maxhütte.[514] Dabei informierte er die Betriebsräte über die bereits seit Anfang Januar laufenden Überlegungen für eine „Personalplananalyse der Maxhütte mit Vorschlägen zur Personalanpassung an die veränderte wirtschaftliche Lage".[515] Dieses Vorhaben ging auf die Initiative der Anteilseigner im Maxhütten-Aufsichtsrat zurück und war durch den Vorstand genehmigt worden. Die Pläne zur Personalreduzierung basierten zu diesem Zeitpunkt noch auf der Grundlage der juristischen Selbständigkeit der Maxhütte und hatten, wie Kater kritisch bemerkte, „zu wenig, in einzelnen Vorstellungen viel zu wenig, arbeitswissenschaftliche Gesichtspunkte, vor allem aber arbeits- und sozialrechtliche[n] Komponenten", berücksichtigt. Der Verkauf der Maxhütte hatte nach Ansicht Katers alle Planspiele nichtig gemacht. Besonderen Wert legte der Arbeitsdirektor vor den ebenso erstaunten wie erzürnten Betriebsräten auf die Feststellung, daß man das Gutachten nicht mit einem Beschluß das Vorstandes verwechseln dürfe. Es sei deshalb auch unzutreffend, die Personaleinsparung als „vollendete Tatsache"[516] aufzufassen. Dies sei schon deshalb nicht möglich, weil die Vorschläge noch nicht mit den Arbeitnehmervertretern beraten worden seien.

Genau darüber waren viele Arbeitnehmervertreter besonders verärgert. Sie fühlten sich vom Vorstand übergangen, schlecht informiert und vor vollendete Tatsachen gestellt. Aus ihrer Sicht zeigte der Verkauf der Maxhütte an Klöckner die Grenzen der Mitbestimmung mehr als deutlich. Nicht einmal in einem Unternehmen, in dem die größten Mitsprachemöglichkeiten bestanden, verfügten die Arbeitnehmervertreter über eine gesetzliche Grundlage, die ihnen beim Verkauf der Unternehmens zumindest eine vorherige Information zusicherte. Der Verkauf war alleine eine Angelegenheit zwischen Flick als Alleininhaber aller Geschäftsanteile der Maxhütte und den Klöckner-Werken.

Kater ließ deshalb nichts unversucht, die Wogen wieder zu glätten: „Ich möchte meinerseits abschließend dazu nur noch unmißverständlich anmerken, daß – ebenso wie bei der Durchführung der praktischen Personalpolitik – bei der Ent-

[514] AdsD, SPD-UB Amberg, Ordner MH, Bericht auf der Betriebsräte-Vollversammlung vom 21. 8. 1976 in Burglengenfeld.
[515] Ebenda, S. 6.
[516] Ebenda, S. 10.

wicklung und Durchführung einer solchen Personalplanung an erster Stelle die Information, Beratung und Abstimmung mit den dafür zuständigen Betriebsräten stehen muß und stehen wird."[517] Das hörte sich gut und kompromißbereit an. Doch machte Kater auch deutlich, daß sich an den Stellenabbauplänen nichts mehr ändern ließ. Besonders betraf dies die Grube Leonie und den Erzbergbau der Maxhütte, wo nach vorsichtigen Schätzungen in naher Zukunft 350 Bergleute ihren Arbeitsplatz verlieren sollten. Mindestens genauso gravierend war das Problem der Kurzarbeit, von der weite Teile der Belegschaft in Sulzbach-Rosenberg wie in Haidhof auch im Herbst 1976 noch immer betroffen waren, und deren Ende sich nicht absehen ließ. Die Kurzarbeiter mußten nicht nur finanzielle Einbußen hinnehmen. Nach 24 Monaten war sogar der Weg in die Arbeitslosigkeit vorgezeichnet.[518] In einigen Werksteilen war das Ende dieser Zeitspanne bedrohlich nahe; danach war das Arbeitsamt berechtigt, die Zahlungen einzustellen. Nachdem alle Versuche der Hütte gescheitert waren, beim Bundesarbeitsministerium für das angeschlagene Unternehmen eine Sondergenehmigung zu erwirken[519], erhielt die Kurzarbeitsfrage zusätzliche Brisanz.

Kater war sich trotzdem sicher: Gemessen an den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen seien „die Arbeitsplätze auf Dauer bei Klöckner gesicherter als bei Flick".[520] In diesem Punkt fand er allerdings keine ungeteilte Zustimmung. In der Öffentlichkeit, bei den Betriebsräten, den Beschäftigten und der örtlichen Sozialdemokratie sah man die Dinge ganz anders. Und tatsächlich konnte es dem Klöckner-Vorstand nicht schnell genug gehen, die Entlassungspläne umzusetzen. Klöckners Vorstandsvorsitzender Gienow drängte immer wieder energisch darauf, die Maßnahmen zur Personalreduzierung noch im Jahr 1976, also vor der offiziellen Übernahme einzuleiten, „um eine Verbindung zur Klöckner-Übernahme zu verhindern".[521] Während er in der Öffentlichkeit zusammen mit Flicks geschäftsführendem Gesellschafter Eberhard von Brauchitsch verkündete, niemand verliere als Folge der Fusion seinen Arbeitsplatz[522], drängten beide hinter den Kulissen darauf, möglichst umgehend radikale Einschnitte in der Personalplanung vorzunehmen. Alle Dementis dienten offenkundig nur dazu, die Öffentlichkeit über die tatsächlichen Pläne zu täuschen.

Helmut Kater stand mit seinem Widerstand gegen die weitreichenden Pläne des Duisburger Konzerns weitgehend alleine. Daß es zu Veränderungen kommen würde, war allen Arbeitnehmern und auch dem Arbeitsdirektor klar; das hatte Kater auch vor den Betriebsräten nicht verschwiegen. Eine seriöse Personalplanung mußte nach seinen Worten die veränderte wirtschaftliche Verflechtung und die Kapazitäten der Maxhütte innerhalb des Klöckner-Konzern-Verbundes be-

[517] Ebenda, S. 11.
[518] Ebenda, S. 13.
[519] IGM-ZA im AdsD, 1–1, 1796b, Helmut Kater an Bundesarbeitsminister Walter Arendt vom 21. 7. 1976; IGM-ZA im AdsD, 1–1, 1796b, Staatssekretär Hans Eicher an Helmut Kater vom 3. 8. 1976.
[520] AdsD, SPD-UB Amberg, Ordner MH, Bericht auf der Betriebsräte-Vollversammlung vom 21. 8. 1976 in Burglengenfeld, S. 15
[521] IGM-ZA im AdsD, 1–1, 1796b, Persönliche Notiz von Helmut Kater über die Besprechung der Vorstände Maxhütte/Klöckner-Werke AG am 14. 9. 1976.
[522] SZ vom 17. 8. 1976: „Klöckner-Werke kaufen in Raten die Maxhütte".

rücksichtigen[523]; und genau das war der Punkt, an dem die Meinungen weit auseinander gingen. Vehement bestritt Kater die Notwendigkeit, Personaleinsparungen in einem Umfang durchzuführen, die über die bekannte Größenordnung hinausgingen. Nicht einmal im eigenen Vorstand bekam er Rückendeckung für seine Forderung, Entlassungen möglichst spät und erst nach dem Auslaufen der Kurzarbeit durchzuführen, während Klöckner mit dem Hinweis auf drohende „Millionenverluste" für das Unternehmen die Ausstellungen lieber heute als morgen anlaufen lassen wollte. Bitter bemerkte Kater über die Gespräche mit Klöckner:

„1. Der Vorstand von MH vertrat wiederum keine geschlossene Position. [...] 3. Es geht Flick/Klöckner eindeutig nach wie vor um die Erreichung der Zahl 1000 und mehr bei einer Personalreduzierung bei MH bis Ende des Jahres 1977. 4. In diesem Zusammenhang geht es beiden darum, sichtbar zu machen, daß diese Maßnahmen nicht mit der MH-Übernahme durch Klöckner im Zusammenhang stehen. [...] 6. Diese Gespräche und die Art ihrer Führung haben mir gezeigt, daß der Klöckner-Vorstand anstrebt, den Maxhütte-Vorstand voll zu ‚synchronisieren'."[524]

Die Aussichten für die Zukunft der Maxhütte waren alles andere als rosig. Die neuen „Herren" ließen schon nach wenigen Wochen deutlich erkennen, in welche Richtung sie steuern wollten. Der Erhalt der Arbeitsplätze war trotz aller gegenteiligen Erklärungen nicht ihr vordringliches Ziel. Katers Hoffnung, mit Klöckner würden die Arbeitsplätze sicherer, erwies sich damit als illusorisch. Die Maxhütte war zum Spielball konzernstrategischer Interessen geworden, bei der die kränkelnde, wenn auch moderne oberpfälzische Stahlindustrie nur verlieren konnte. Die Arbeitnehmervertreter, die Arbeitsdirektoren, Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschafter mußten beinahe tatenlos zusehen, wie eng die Grenzen des sozialpartnerschaftlichen Ausgleiches im Ernstfalle gezogen waren. Am 1. Januar 1977 wurde Klöckner alleiniger Eigentümer der Maxhütte. Damit hatte der Anfang vom Ende der oberpfälzischen Stahlindustrie begonnen.

[523] AdsD, SPD-UB Amberg, Ordner MH, Bericht auf der Betriebsräte-Vollversammlung vom 21. 8. 1976 in Burglengenfeld, S. 9.

[524] IGM-ZA im AdsD, 1–1, 1796b, Persönliche Notiz von Helmut Kater über die Besprechung der Vorstände Maxhütte/Klöckner-Werke AG am 14. 9. 1976.

VI. Zwischen Godesberg und Studentenprotest – die Sozialdemokratie auf dem Weg zur Volkspartei 1959–1976

1. Sozialer Wandel der ostbayerischen SPD

1963 feierte die SPD ihren 100. Geburtstag. Willy Brandt, ihr stellvertretender Parteivorsitzender, Kanzlerkandidat und junger Hoffnungsträger, sah seine Partei nur wenige Jahre nach dem Godesberger Parteitag vor dem Beginn eines neuen Zeitalters stehen. Die Sozialdemokratie habe sich zu einer „Partei des Volkes" entwickelt und „sich als praktisch-politische Kraft und als Gesinnungsgemeinschaft neu formiert. [...] Die moderne Sozialdemokratie ist tatsächlich auf dem Weg nach vorn, auf dem Weg zur entscheidenden Mitgestaltung. Dies ist die Krönung einer 100jährigen Tradition."[1] Das war nicht nur Zweckoptimismus. Tatsächlich erfuhr die Partei bereits unmittelbar nach Godesberg einen beträchtlichen Sympathiegewinn. Die SPD begann, sich zu öffnen, den Dialog mit den Kirchen zu suchen und sich als „moderne" Partei zu präsentieren, nicht mehr nur als Traditionskompanie der Arbeiterbewegung. Selbst im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz blickten die führenden Genossen mit „Genugtuung" auf „das Vertrauen breitester Volksschichten"[2], das ihnen die Wählerinnen und Wähler bei den Landtagswahlen von 1962 ausgesprochen hatten: Um 4,4 Prozentpunkte legte die Partei in der Oberpfalz im Vergleich zu den letzten Landtagswahlen zu und landete erstmals mit 31,8 Prozent deutlich über der magischen 30-Prozentmarke.[3] Die Genossen aus Ostbayern lagen damit im gesamtbayerischen Trend: Die bayerische SPD landete bei satten 35,3 Prozent, 4,5 Prozentpunkte mehr als vier Jahre zuvor. Sie lag zwar immer noch deutlich hinter der CSU (47,5 Prozent), hatte aber den Abstand von knapp 15 auf 12 Prozentpunkte verringern können.

Besonders erfolgreich waren die niederbayerischen Sozialdemokraten, die ihren Stimmenanteil um fast sechs Prozentpunkte erhöhen konnten und 26,6 Prozent erzielten. In allen Stimmkreisen Ostbayerns konnte die SPD Zuwächse verbuchen und in Regensburg mit Rudolf Schlichtinger erstmals das Direktmandat gewinnen. Der „Genosse Trend" machte auch vor der bayerischen Provinz im „Zonenrandgebiet" nicht halt. In Schwandorf und Burglengenfeld konnte die

[1] Willy Brandt vom 21. 5. 1963 zum hundertjährigen Bestehen der SPD, in: Willy Brandt, Berliner Ausgabe, Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD. Bearbeitet von Daniela Münkel, Bonn 2000, Nr. 49, S. 289–299, hier S. 298 f.

[2] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksparteitag der SPD Niederbayern/Oberpfalz 1963 in Passau, Grußwort des Bezirksvorsitzenden Franz Höhne.

[3] Vgl. dazu Mintzel, CSU-Hegemonie, S. 30; lediglich 1986 konnte die SPD dieses Ergebnis noch einmal unter den Sonderbedingungen des WAA-Konflikts erreichen.

SPD ihre starke Stellung ausbauen, sie erreichte mit 49,9 bzw. 52,4 Prozent herausragende Ergebnisse, aber auch in traditionell schwachen SPD-Regionen gab es für die SPD deutliche Stimmengewinne.[4] Eine geborene Verliererin war die SPD in Bayern jedenfalls nicht. Die lobenden Worte von Erich Ollenhauer, Willy Brandt und Herbert Wehner für die Genossen am Rande der Republik waren deshalb durchaus berechtigt: „Die letzten Landtagswahlen in Bayern und stolze Regionalerfolge in Niederbayern und in der Oberpfalz haben es bewiesen: der Aufstieg der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat Gebiete erfaßt, die man früher traditionell als die Hochburgen der CSU ansah und in denen man der Sozialdemokratischen Partei nur eine Anerkennungschance einzuräumen bereit war."[5] Für die SPD, so die Troika, sei „keine Stadt zu klein und kein Dorf zu abgelegen, um nicht auch dort um die Herzen und die Hirne der Menschen zu ringen."

Die SPD stand in Bayern Anfang der sechziger Jahre vor einem „sozialdemokratischen Frühling", dessen Höhepunkt die 37,8 Prozent bei den „Wählt Willy"[6]-Bundestagswahlen von 1972 waren. Der Abstand zur CSU betrug auch im Jahr ihres größten Erfolges noch immer 17,3 Prozentpunkte. Gemessen an den 24,8 Prozentpunkten Differenz aus dem Jahr 1961, als Willy Brandt zum ersten Mal als Kanzlerkandidat angetreten war, konnten die Sozialdemokraten jedoch auf ein erfolgreiches Jahrzehnt zurückblicken. 1961 erhielten sie bayernweit 30,1 Prozent, 1965 33,1 Prozent, 1969 34,6 Prozent und 1972 schließlich das bis in die Gegenwart unerreichte Rekordergebnis. Niemals zuvor und niemals danach hatten die Sozialdemokraten zwischen Donau und Isar, zwischen Naab und Vils mehr Grund zum Jubeln.[7] Erst 1976 brach die Partei bei den Bundestagswahlen ein und verlor fünf Prozent der Stimmen, während die CSU 60 Prozent erreichte und ihren Vorsprung auf 27,2 Prozentpunkte erhöhen konnte.

Bei Landtagswahlen gelang es der SPD bis 1966, ihre Resultate kontinuierlich auszubauen.[8] Mit 35,8 Prozent erzielte sie in diesem Jahr ihr historisch bestes Ergebnis bei Wahlen für das Maximilianeum. 1970, nach einem 16 Jahre andauernden Aufwärtstrend, büßten die bayerischen Sozialdemokraten unter der Führung von Volkmar Gabert erstmals wieder Stimmen ein; sie verloren bei den Landtagswahlen 2,5 Prozentpunkte und sanken auf 33,3 Prozent. Die CSU dagegen legte unter der Führung von Franz Josef Strauß und Ministerpräsident Alfons Goppel noch einmal zu und erreichte mit 56,4 Prozent der Stimmen ihr bestes Ergebnis der Nachkriegszeit, das sie 1974 noch einmal mit 62,8 Prozent übertreffen konnte, während die SPD mit 30,2 Prozent auf das Niveau von Ende der fünfziger Jahre zurückfiel. Die Entwicklung in der Oberpfalz unterschied sich nicht wesentlich

[4] Vgl. dazu auch für die Oberpfalz die Analysen in: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksparteitag der SPD Niederbayern/Oberpfalz 1963 in Passau, Strukturübersicht der Unterbezirke, S. 18–21.

[5] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksparteitag der SPD-Niederbayern/Oberpfalz 1963 in Passau, S. 1.

[6] Vgl. dazu aus der Innenperspektive des SPD-Wahlkampfes Albrecht Müller, Wählt Willy '72 – Siege kann man machen, Anweiler 1997.

[7] In der Oberpfalz erreichte die SPD mit 34,4 Prozent der Zweitstimmen das bis dahin beste Ergebnis ihrer Geschichte.

[8] Alle Angaben zu Landtagswahlen in Bayern nach Mintzel, CSU-Hegemonie, S. 30.

von der gesamtbayerischen. Die Blüten des „sozialdemokratischen Frühlings" wurden hier allerdings schon bei den Landtagswahlen von 1966 welk. Während die SPD bayernweit noch einmal 0,3 Prozent zulegte, verloren die Sozialdemokraten aus Regensburg, Weiden und Amberg 0,2 Prozent und erreichten 31,6 Prozent. Das war zwar angesichts der schwierigen Ausgangsbedingungen keine Katastrophe. Doch gemessen an den hochgesteckten Erwartungen konnten die Resultate nichts anderes als eine herbe „Enttäuschung"[9] sein, wie führende Genossen des Bezirksvorstandes einräumten.

Was sich 1966 erst vorsichtig angekündigt hatte, setzte sich 1970 fort[10]: Das Wachstumspotential der SPD in der Oberpfalz war ausgeschöpft, der „Genosse Trend" kehrte sich um : Die SPD erhielt in der Oberpfalz nur noch 27,2 Prozent und lag mit einem Verlust von 3,9 Prozentpunkten über dem bayerischen Durchschnitt (2,5 Prozentpunkte). Die niederbayerischen Genossen traf es noch härter, sie mußten Einbußen von 4,7 Prozentpunkten und einen Rückgang auf 24,6 Prozent hinnehmen. Bei den Landtagswahlen von 1974 setzte sich der Niedergang der SPD im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz fort: Während die CSU in der Oberpfalz mit 68,3 Prozent ein neues Rekordergebnis vermeldete, sank die SPD mit 24,2 Prozent auf ihr historisches Tief. In Niederbayern landete die SPD bei rund 23 Prozent, 72 Prozent der Wählerinnen und Wähler hatten ihre Stimme hier der CSU gegeben.

Was steckte hinter diesen dürren Zahlen? Wie veränderte sich die Partei und ihre Organisation, wie ihre Mitglieder, ihr politisches Profil und ihre Selbstdarstellung? Wie und in welcher Weise wurden die sozialdemokratischen Zentren in der bayerischen Montanindustrie von dieser Entwicklung erfaßt? Konnte die SPD dort ihre Vormachtstellung weiter ausbauen oder erlebte sie in ihren Hochburgen früher als in anderen Regionen Einbrüche? Wie veränderte die Schüler- und Studentenbewegung die Partei und welche Konflikte gab es zwischen jugendlichem Nachwuchs und etablierter Sozialdemokratie?[11] Was war schließlich geblieben von der traditionsreichen Arbeiterbewegung beim Übergang von Willy Brandt zu Helmut Schmidt?

Mitgliederentwicklung und Sozialprofil der Neumitglieder

Die Wirkung des Godesberger Parteitags beschränkte sich nicht auf den Gewinn öffentlicher Sympathie. Die Zustimmung schlug sich ganz unmittelbar auch in steigenden Mitgliederzahlen nieder. Nach der verlorenen Bundestagswahl von 1957 zählte die SPD im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz rund 14000 Mitglieder, darunter waren 1034 Frauen.[12]

[9] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksparteitag Niederbayern-Oberpfalz vom 5./6. 10. 1968 in Regensburg, S. 8.

[10] Zahlenangaben nach Mintzel, CSU-Hegemonie, S. 30.

[11] Dazu auch Dietmar Süß, Sozialdemokratischer Aufbruch – die bayerische SPD in den sechziger Jahren, Manuskript 2000.

[12] Angaben nach Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, SPD-Bezirkstag 1960, S. 10; Angaben nach ebenda.

	Oberpfalz[13]		Niederbayern		Zusammen	
	Mitglieder	Ortsvereine	Mitglieder	Ortsvereine	Mitglieder	Ortsvereine
1946	8961	6794	15755			
1948	11622	205	9381	222	21003	427
1950	7641	159	4433	170	12074	329
1951	8261	169	4811	174	13272	343
1953	8296	170	5214	178	13510	348
1954	8233	163	4955	171	13188	334
1955	8230	161	4877	166	13107	327
1957	8942	173	5019	179	13961	352
1960 (II. Quartal)	9821	164	6248	186	16069	350
1962 (IV. Quartal)	9882	171	6844	206	16726	377
1965 (IV. Quartal)	11246	201	9021	242	20267	443
1967 (IV. Quartal)	11745	215	9249	262	20994	477
1968	20193	444				

Bis zu den Landtagswahlen von 1962 konnte die SPD ihre Mitgliederzahl um 2108 erhöhen. 1965 zählte der Bezirk Niederbayern/Oberpfalz erstmals knapp über 20000 und im Rekordjahr 1972 beinahe 24000 Mitglieder. Im Bund konnte die SPD nach der Stagnation in den frühen fünfziger Jahren zuerst langsam, dann mit immer größerer Geschwindigkeit ihre Mitgliederbasis verbreitern.[14] 1957 lag sie bei 626189 Mitgliedern, 1960 bereits bei 649578, 1965 bei 710890, 1970 bei 820202 und 1972 bei etwas mehr als 954000.[15]

Woher kamen die neuen Mitglieder? Aus welchen Schichten stammten sie und welche Berufe übten sie aus? Konnte die „Traditionskompanie" auch jüngere Menschen ansprechen? War es der SPD wirklich gelungen, wie Willy Brandt behauptete, zur „Partei des Volkes" zu werden? Und spiegelte sich das Vertrauen „breitester Volksschichten", von dem der Bezirksvorstand in Regensburg gesprochen hatte, auch bei den Neueintritten in die SPD wider?

1962 verbuchte die westdeutsche Sozialdemokratie rund 35800 Beitritte.[16] Mehr als die Hälfte der Neumitglieder (54,6 Prozent) waren Arbeiter, 13,3 Pro-

[13] Tabelle zusammengestellt nach Geschäftsberichten der SPD Niederbayern/Oberpfalz 1953–1968, Angaben nach eigenen Berechnungen.

[14] Zahlenangaben nach SPD-Jahrbuch 1968/1969, S. 257.

[15] Jahrbuch der SPD 1970–1972, S. 308; kleine Einbrüche gab es im Jahr des Mauerbaus 1961, als eine Vielzahl Berliner Sozialdemokraten mit Ostberliner Wohnsitz keine Beiträge mehr zahlen konnten, und bei Beginn der Großen Koalition, die zugleich mit einer Reform der Mitgliederbeiträge zusammenfiel. Mit dem Ende der Großen und dem Beginn der sozial-liberalen Koalition stieg die Zahl der Neuaufnahmen wieder innerhalb eines Jahres um rund 26000 auf 78188; Angaben nach Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1968/1969, S. 259.

[16] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Jahrbuch 1962/1963, S. 342; folgendes nach ebenda. Dabei wurde der frühere Bezirk Hamburg-Nordwest, der in die Bezirke Landesorganisation Hamburg, Nord-Niedersachsen und Bremen aufgeteilt wurde, nicht berücksichtigt. Die sozialdemokratische Statistik ist voller Fallstricke, weil sich häufig Berechnungsgrundlagen und Bezugsgrößen verändern. Zu den Schwierigkeiten vgl. vor allem das von Josef Boyer an der Ruhr-Universität Bochum geleitete Projekt: Sozialstruktur der Parteien 1945–1990, der sich ausführlich und abwägend mit der sozialdemokratischen Mitgliederbewegung beschäftigt.

zent Angestellte und 9,2 Prozent arbeiteten als Staatsbedienstete oder im öffentlichen Dienst.[17] Der Anteil der „Selbständig Schaffenden" und der „Freien und geistigen Berufe"[18] lag mit fünf beziehungsweise 3,4 Prozent deutlich darunter und wurde sogar von weiblichen Neumitglieder übertroffen, die als Beruf „Hausfrau" (9,2 Prozent) auf ihren Mitgliedsbögen vermerkten.[19] Die SPD war also noch immer eine Partei der Arbeiterschaft, ihre Attraktivität über die „Stehkragengrenze" hinweg blieb begrenzt. Was Herbert Wehner, innerhalb der Partei für die Abteilung Organisation zuständig, mit besonderer Genugtuung verfolgt haben dürfte, war die Entwicklung der Altersstruktur der neuen Parteimitglieder. Vor allem die Gruppe der unter 40jährigen stieg langsam, aber doch deutlich an. 1962 lag ihr Anteil unter den Neumitgliedern bei 60,7 Prozent, 1955 hatte er noch bei 52,1 Prozent gelegen.[20]

Der Sklerotisierungsprozeß der SPD konnte Anfang der sechziger Jahre gestoppt werden. Eine „auffallende Verjüngung"[21], wie der SPD-Vorstand zufrieden bemerkte, begann das Gesicht der Partei zu verändern. Das galt auch für den Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz. 1962 konnte er 1250 neue Genossen begrüßen, darunter 100 Frauen.[22] Im ersten Quartal 1962 waren 60,4 Prozent der 314 Neumitglieder 40 Jahre und jünger[23]; rund 31 Prozent waren unter 35 Jahre und damit im Jusoalter. Mehr als zwei Drittel (67,5 Prozent) der neuen Mitglieder waren Arbeiter, während bei allen Mitgliedern der Arbeiteranteil in Niederbayern bei 43,5 Prozent und in der Oberpfalz bei 49,7 Prozent lag.[24] Die Zahl der Arbeiter unter den Neumitgliedern lag deutlich über ihrem Anteil an der Erwerbsbevölkerung und war in Ostbayern weitaus größer als in anderen Parteibezirken der SPD. Es konnte deshalb kaum einen Zweifel geben: Trotz anders lautender Bekundungen des Bezirksverbandes war die Partei im „Zonenrandgebiet" weit davon entfernt, die Zustimmung „breitester Volksschichten"[25] zu besitzen; sie war und blieb bis in die sechziger Jahre eine Partei der Arbeiter.

[17] Die sozialdemokratische Statistik führt als eigene Kategorie „Angestellte oder Beamte im öffentlichen Dienst". Diese nicht sehr trennscharfe Bezeichnung wird aus Mangel an Alternativen hier übernommen.

[18] Auch diese beiden Bezeichnungen „Selbständig Schaffende" und „Freie und geistige Berufe" lassen einen großen Interpretationsspielraum. Während Letztgenannte vor allem die Gruppe sozialdemokratischer Ärzte, Anwälte und Künstler umfassen konnte, blieb die Kategorie der „Selbständig Schaffenden" vor allem Händlern, Handwerkern und Kaufleuten vorbehalten. Aber auch in diesem Fall konnten die Grenzen fließend sein, so daß die Zahlen mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten sind.

[19] Die Gruppe der Rentner war unter den Neumitgliedern mit fünf Prozent vertreten.

[20] Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1954/1955, S. 192; die Angaben schließen die Altersgruppe zwischen 32 und 41 Jahren mit ein; die Bilanz dürfte deshalb noch etwas magerer ausgefallen sein, da spätere Erhebungen die Marke bei 40 Jahren zog.

[21] Jahrbuch 1962/1963 der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, S. 342.

[22] Mit einem Frauenanteil unter den Neumitgliedern von 12,5 Prozent lag ihr Anteil im Bezirksverband Niederbayern/Oberpfalz leicht unter dem Bundesdurchschnitt, der 15,5 Prozent betrug.

[23] AdsD, SPD-PV, Niederbayern/Oberpfalz, Statistische Erhebung über die berufliche und altersmäßige Gliederung der dem Parteivorstand gemeldeten Mitglieder; alle Zahlenangaben nach ebenda. Josef Boyer sei sehr herzlich für die freundlichen Hinweise und seine Datenmaterialien gedankt.

[24] Bayerisches Statistisches Jahrbuch 1964, S. 111, Tabelle 7.

[25] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksparteitag der SPD Niederbayern/Oberpfalz 1963 in Passau, Grußwort des Bezirksvorsitzenden Franz Höhne.

Bis Mitte der sechziger Jahre änderte sich daran kaum etwas. 1965 zählte der Bezirk Niederbayern/Oberpfalz 2722 neue Mitglieder.[26] Der Anteil der Arbeiter unter ihnen war nur leicht gesunken und lag mit 67 Prozent immer noch deutlich über dem anderer Parteibezirke (51,4 Prozent), in denen sich der soziale Wandel schneller vollzog.[27] Angestellte aus dem tertiären Sektor, die in den übrigen Parteibezirken etwas mehr als 16 Prozent der Neuaufnahmen ausmachten, waren in der Partei des Bezirksvorsitzenden Franz Höhne nur mit etwa neun Prozent vertreten; lediglich der Anteil der „Selbständig Schaffenden", also vor allem der Bauern und Handwerker, war um 0,3 Prozentpunkte auf sechs Prozent angestiegen und lag knapp 1,7 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt. Gemessen an der Erwerbsstruktur des Parteibezirks, in dem wie beispielsweise in der Oberpfalz rund 28 Prozent der Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft und 14,1 Prozent im Handel und Verkehr ihr Auskommen fanden[28], war die ostbayerische Sozialdemokratie noch weit von ihrem Anspruch entfernt, Volkspartei zu sein.

Grund zur Zuversicht gab neben der positiven Mitgliederentwicklung vor allem die Altersstruktur der Neueintritte. Hier setzte sich auf allen Parteiebenen das fort, was sich bereits zu Beginn der sechziger Jahre angekündigt hatte: die Verjüngung der Partei. Im Bund waren es 64 Prozent, in Niederbayern und der Oberpfalz knapp 62,5 Prozent, die 1965 bei ihrem Eintritt in die SPD nicht älter als 40 Jahre alt waren. Bis zu den frühen siebziger Jahren beschleunigte sich diese Entwicklung: Zwischen Januar 1970 und Dezember 1972 wurde die Partei von neuen Mitgliedern förmlich überrannt: Die SPD gab in diesem Zeitraum 175449 neue Parteibücher aus, darunter 43549 an Frauen (24,8 Prozent).[29] Die Neumitglieder waren jung und sie kamen wie nie zuvor aus unterschiedlichen Berufsgruppen. 1971 waren drei Viertel der Neumitglieder unter vierzig Jahre alt (1962: 60,7 Prozent); vor allem die Gruppe der unter 21jährigen wies mit 21,1 Prozent die höchsten Wachstumsraten aller Alterskohorten auf. Davon profitierte vor allem die SPD-Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten. Schließlich waren rund zwei Drittel der Beitrittsformulare von Frauen und Männern unter 35 Jahren unterschrieben, die damit automatisch zur Nachwuchsorganisation der SPD gehörten. In Niederbayern und der Oberpfalz konnten sich die Jusos über ähnlich imposante Mitgliederzuwächse freuen.[30] 66,3 Prozent der neu aufgenommenen Parteimitglieder waren unter 35 Jahre alt. Besonders groß war die Resonanz in der Altersgruppe der unter 21jährigen, die im ostbayerischen Bezirk mit einem Anteil von 29,3 Prozent wesentlich stärker war als im Bundesdurchschnitt (21,1 Prozent). Gestiegen war auch der Anteil der Frauen, er lag aber mit 17,2 Prozent (1962: 8,4 Prozent) noch immer weit unter dem Niveau der Gesamtpartei. Trotzdem galt

[26] Alle Prozentangaben zum Bezirk Niederbayern/Oberpfalz nach eigenen Berechnungen.
[27] Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1964/1965, S. 176.
[28] Statistisches Jahrbuch für Bayern 1964, S. 111, Tabelle 6; für Niederbayern fiel die Bilanz noch schlechter aus. Hier arbeiteten 39,2 Prozent der Erwerbspersonen in der Land- und Forstwirtschaft, 35,8 Prozent im produzierenden Gewerbe, 11,3 Prozent im Handel, Verkehr und bei der Nachrichtenübermittlung und 13,7 im Dienstleistungsbereich; vgl. ebenda.
[29] Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1970–1972, S. 305.
[30] Alle Angaben für den Bezirk Niederbayern/Oberpfalz nach AdsD, SPD-PV, 545, Niederbayern/Oberpfalz.

erstmals auch in Ostbayern: Die einstmals männerdominierte SPD begann, nicht zuletzt durch Willy Brandt, auch und vor allem bei jungen Frauen an Zustimmung zu gewinnen.

Mindestens genauso einschneidend wie die Verjüngung der Partei war die Veränderung ihres Sozialprofils. In Ostbayern betrug der Anteil der Arbeiter unter den Neuaufnahmen 1971 47,7 Prozent. Sechs Jahre zuvor waren es noch zwei Drittel gewesen. Zwar war ihr Anteil im Vergleich zu den übrigen Bezirksverbänden (35 Prozent) immer noch außerordentlich hoch. Doch war nicht zu übersehen, daß sich der Parteibezirk an die allgemeine Entwicklung anpaßte und nachzuholen begann, was in anderen SPD-Regionen schon seit längerem zu beobachten gewesen war: die berufliche Differenzierung der Mitgliederschaft und damit eine breitere Verankerung der Partei in der Gesellschaft. Besonders großen Zuspruch fand sie nun bei der Angestelltenschaft[31], deren Anteil sich zwischen 1965 und 1971 mehr als verdoppelte und mit rund 22 Prozent beinahe auf dem Niveau der anderen Parteibezirke lag.[32]

Damit konnte die SPD erstmals auch in Ostbayern unter der wachsenden Schicht der Angestellten und Beamten seit den späten sechziger und frühen siebziger Jahren so deutlich zulegen, daß sich die Rekrutierung dieser Schichten nicht nur der allgemeinen Expansion des tertiären Sektors anpaßte, sondern die Quote der Beamten und Angestellten unter den Neueintritten sogar noch deutlich über ihrem Anteil an der Gesamterwerbsstruktur lag.[33] Nach wie vor nur eine marginale Rolle spielten die Beschäftigten der „geistigen und freien Berufe" und die „Selbständig Schaffenden". Letztere waren mit 2,9 Prozent im Vergleich zu den Vorjahren noch weiter gesunken, während sich ihr Anteil auf Bundesebene von 4,8 Prozent (1965) auf 10,4 Prozent erhöht hatte. Von einer „Akademisierung"[34], wie sie mancherorts in Großstädten wie Frankfurt oder München zu beobachten war[35], war die Partei in der Oberpfalz jedenfalls noch genauso weit entfernt wie von einem spürbaren Vertrauensgewinn bei Landwirten, Handwerkern und Gewerbetreibenden.

[31] Vgl. Lösche, Walter, SPD, S. 152; sie nennen diese Entwicklung genauso polemisch wie unspezifisch „Verbürgerlichung". Sie meinen damit die Entwicklung der Sozialdemokratie zu einer Partei des öffentlichen Dienstes. Für die frühen siebziger Jahre ist dies allenfalls erst in Ansätzen zu erkennen.

[32] Der Angestelltenanteil unter den Neumitgliedern im Bund lag 1971 bei 24,3 Prozent; Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, 1970–1972, S. 307.

[33] Statistisches Jahrbuch für Bayern 1972, S. 126; in Niederbayern lag die Zahl der Angestellten bei 15,9 Prozent und der Beamten bei 6,8 Prozent, in der Oberpfalz bei 19,2 Prozent und 8,5 Prozent. Die Angaben der Parteistatistik beziehen sich nur auf den gesamten Bezirk, nicht auf die beiden Regierungsbezirke. Insgesamt umfaßten beide Berufsgruppen unter den Neumitgliedern rund 28,6 Prozent.

[34] Vgl. Lösche, Walter, SPD, S. 153.

[35] Vgl. Peter Glotz, Anatomie einer politischen Partei in einer Millionenstadt. Über den Zusammenhang von Mitgliederstruktur und innerparteilicher Solidarität in der Münchner SPD 1968–1974, in: APuZ 41 (1975), S. 13–37.

2. Die „zweite Bewährungsprobe": Der SPD-Bundestagswahlkampf 1965

Willy Brandt gegen Ludwig Erhard – so lautete das Duell des Bundestagswahlkampfes 1965. Wie kein Zweiter verkörperte der christdemokratische „Volkskanzler" und Nachfolger Konrad Adenauers den westdeutschen Wiederaufstieg. Seine Jahre als Wirtschaftsminister hatten ihn trotz des langen Schattens, den sein Vorgänger warf, zu einem selbst bei SPD-Anhängern populären Politiker gemacht. Sein Nimbus als „Vater des Wirtschaftswunders" und Begründer der sozialen Marktwirtschaft waren sein wichtigstes politisches Kapital, als er das Amt des Bundeskanzlers antrat. Selbst politische Fehlentscheidungen, Affären, verbale Entgleisungen und Kritik aus den eigenen Reihen konnten daran kaum etwas ändern.[36] Das machte es für die sozialdemokratische Opposition von Beginn an schwer, eine Strategie zu wählen, die es ihr erlaubte, ihre Politik der Gemeinsamkeit fortzusetzen und sich zugleich als Alternative zur Regierung Erhard zu präsentieren. Schließlich lagen Erhards Kompetenzen auf dem Gebiet der Innenpolitik, auf dem Feld also, auf dem auch die SPD ihr größtes Vertrauenskapital bei der Bevölkerung vermutete.[37] Eines mußte sie auf jeden Fall vermeiden, um das hochgesteckte, wohl auch unrealistische Wahlziel, stärkste Partei im neuen Bundestag zu werden, zu erreichen: Bei einer Zuspitzung des Wahlkampfes „Kanzler gegen Kanzlerkandidat", so die SPD-Wahlstrategen, könne die Partei nur verlieren. Der Wahlkampf müsse deshalb „von der Institution auf die Sache"[38] verlagert werden. Für die „Sache" prägten Brandt und seine Mannschaft den Begriff der „zweiten Bewährungsprobe"[39] für die Bundesrepublik Deutschland. Was war damit gemeint? Der Begriff sollte zunächst deutlich machen, daß die Sozialdemokraten die Leistungen der Regierung Adenauer und Erhard nicht mehr schmälern oder grundsätzlich verdammen wollten.[40] Die SPD ging davon ab, wie noch im Bundestagswahlkampf 1961, die Schattenseiten des ökonomischen Erfolges und den vermeintlichen Werteverlust in den „Wirtschaftswunderjahren" zu beklagen. Unter der CDU-Regierung, so ihr Argument, habe die Bundesrepublik Deutschland zwar die erste Bewährungsprobe, den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die außenpolitische Konsolidierung erfolgreich bewältigt. Allein die SPD sei in der Lage, den Anforderungen der neuen Zeit gerecht zu werden und das Land von der Industrie- in die Wissenschafts- und Dienstleistungsgesellschaft zu führen. „Modernisierung, Demokratisierung und erwachsenes Verhalten der Deutschen in der Welt", nannte Brandt die Grundpfeiler seines Programms, mit dem er die SPD als Partei des Fortschritts präsentierte. Die Förderung von Bildung, Wissenschaft und Forschung sollte die sozialdemokratische Antwort auf das Atomzeitalter

[36] Vgl. aus der Fülle an Literatur Görtemaker, Geschichte, S. 413–423; zuletzt auch umfangreich, aber tendenziös und einseitig Volker Hentschel, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, Berlin 1998.

[37] Zur SPD-Wahlkampfstrategie vgl. Herbert Wehner, Bundestagswahl 1965, o.O.o.J., S. 23.

[38] Wehner, Bundestagswahl, S. 31.

[39] Willy Brandt, Die zweite Bewährungsprobe, in: Die neue Gesellschaft 13 (1966), S. 75–84.

[40] Dazu auch Günter Struve, Kampf und die Mehrheit. Die Wahlkampagne der SPD 1965, Köln 1971, S. 79ff.

sein. Nur moderne Technik und leistungsstärkere Produktionsformen genügten aber nicht, so der SPD-Kanzlerkandidat. Die Menschen müßten gleiche Startchancen bekommen, um am Wettbewerb teilnehmen und von ihm profitieren zu können. Das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit müsse in der Gesellschaft neu verankert und zu einem der zentralen Antriebskräfte für die Politik in den sechziger und siebziger Jahre werden. Die Planungen in der Baracke zielten darauf ab, eine erste Phase des Wahlkampfes schon frühzeitig zu starten. In fünf Bundesländern wurden 1964 Bürgermeister, Landräte, Stadt- und Kreistage gewählt. Schon zu diesem frühen Zeitpunkt sollten die bundesweit einheitlichen Werbemittel der SPD erstmals eingesetzt werden. Das war die Zielvorstellung. Vor Ort und in den Regionen sah aber vieles anders aus.

Bayern gehörte zu den strategisch wichtigen Gebieten, in denen der Bundestagswahlkampf schon im Frühjahr 1964 mit den Landrats- und Bürgermeisterwahlen eröffnet wurde. Tatsächlich setzte sich der positive Trend der letzten Landtagswahlen fort: In Niederbayern stellten die Sozialdemokraten zukünftig den Landrat in Grafenau und in Passau, in Vilshofen den Bürgermeister – sensationelle Erfolge in den traditionellen CSU-Hochburgen, wie die Bezirksleitung zu recht betonte.[41] Im Landkreis Wolfstein verfehlte Franz Schumertl ebenfalls mit einem hauchdünnen Rückstand sein Ziel, und in Landshut mußte sich Andreas Schlittmeier nur knapp geschlagen geben. In der Oberpfalz gelang es der SPD, ihren Landrat Walter Haschke im „Glückauf-Landkreis" mit 56,5 Prozent und ihren Bürgermeisterkandidaten in der Stadt Burglengenfeld Willi Himmelhuber mit 56,9 Prozent durchzusetzen. Den größten Triumph feierten die Sozialdemokraten in Sulzbach-Rosenberg: Hier gelang es Hans Göth zum ersten Mal in der Geschichte der Stadt, das Amt des Bürgermeisters für die SPD zu gewinnen.

Finanziell stand die Partei im gesamten Bezirk Niederbayern/Oberpfalz auf solidem Fundament, und organisatorisch konnte sie zwischen Anfang und Mitte der sechziger Jahre ihre Plattform erheblich erweitern: Zwischen 1963 und 1965 wurden 123 Ortsvereine neu gegründet. Das Schwergewicht der Expansion lag in den niederbayerischen Diasporagebieten, und es war ganz offensichtlich, daß es einen engen Zusammenhang zwischen Organisationsdichte und Wahlerfolg gab, schließlich lagen die neuen Ortsvereine vor allem in den Regionen und Landkreisen, die bei den Bezirkstags- und Bürgermeisterwahlen außerordentlich gut abgeschnitten hatten: Im Unterbezirk Wolfstein, Wegscheid und Grafenau und im Unterbezirk Vilshofen und Landau, wo die Zahl der Ortsvereine in den Jahren 1962 bis 1965 von 22 auf 33 beziehungsweise von 21 auf 28 anstieg.[42] Durch die Zusammenlegung von Ortsvereinen und Stützpunkten, die die SPD vor allem in kleineren Märkten und Gemeinden versucht hatte aufzubauen, nahm ihre Zahl dort insgesamt um 66 zu.[43] In den industriellen Zentren und sozialdemokratischen Hochburgen konnte die Partei keine vergleichbar großen Erfolge vermelden. In Schwandorf und Amberg-Stadt sank und in Burglengenfeld stagnierte die Mitgliederentwicklung, lediglich in Sulzbach-Rosenberg mit dem neuen SPD-Bürger-

[41] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD-Bezirksparteitag 1966 in Amberg, S. 8.
[42] Ebenda. S. 22.
[43] Die Angaben beziehen sich auf die Entwicklung zwischen dem IV. Quartal 1962 und dem IV. Quartal 1965; vgl. dazu Tabelle in diesem Kapitel Mitglieder- und Neumitgliederentwicklung.

meister Hans Göth an der Spitze, gelang es der SPD, im Umkreis der Maxhütte zwei weitere Ortsvereine zu gründen und die Mitgliederbasis zu erweitern.

Ein zentrales Element der organisatorischen und logistischen Anstrengung bestand darin, daß der Parteibezirk, unterstützt durch den Parteivorstand in Bonn, neue Geschäftsstellen vor allem in solchen Regionen einrichtete, in denen die SPD nur schwach verankert war und zumeist auch keine eigenen Landtags- oder Bundestagsabgeordneten stellte. Dazu gehörte neben den bereits bestehenden Außenstellen in Parsberg und Plattling die Eröffnung neuer Büros in den niederbayerischen Städten Regen, Landshut und Straubing; das bereits bestehende Ortsvereinsbüro in Weiden wurde ausgebaut und zu einer eigenen Außenstelle aufgewertet.

Möglich wurde das vor allem durch die gestiegene Zahl der Mitglieder und die damit neu gewonnenen finanziellen Spielräume: Zwischen 1962 und 1965 erhöhte sich das Beitragsaufkommen der ostbayerischen Sozialdemokraten von rund 195000 DM auf etwa 324000 DM – eine Steigerung von 66 Prozent in drei Jahren![44] Das Plus war primär den neuen Mitgliedern und nicht einer Erhöhung des durchschnittlichen Monatsbeitrages geschuldet. Der lag mit 1,39 DM im Jahr 1965 nur drei Pfennig über dem des Jahres 1962, weniger bezahlte man in keinem anderen Parteibezirk der SPD; Franken und Rheinland-Hessen-Nassau lagen mit 1,60 DM Monatsbeitrag an vorletzter Stelle, Südbayern mit 1,67 DM ebenfalls im unteren Drittel.[45]

Die unterschiedliche regionale Wachstumsdynamik in Bayern und im Bund zeigte sich auch an anderer Stelle: Zwischen 1963 und 1965 war der Abstand der durchschnittlichen Monatsbeiträge der Gesamtpartei und des ostbayerischen Parteibezirks von 20 Pfennig auf 55 Pfennig angestiegen. Die niedrige Lohn- und Einkommensstruktur Ostbayerns, ihre schwache Wirtschaftsstruktur und der hohe Arbeiteranteil unter den SPD-Mitgliedern schlugen sich unmittelbar in den Mitgliedsbeiträgen nieder[46] und verdeutlichen einmal mehr – bei allen positiven Anzeichen – die Ausnahmestellung der SPD in Niederbayern und der Oberpfalz.

Vor Ort lag der Wahlkampf in den Händen von Ausschüssen, die in den einzelnen Landkreisen die zentrale Planung, die Öffentlichkeitsarbeit und den Rednereinsatz koordinierten und vor allem die Verbindung von regionalen Problemen mit der großen politischen Frage der „Gemeinschaftsaufgaben" herstellen sollten.[47] Erstmals hatte die SPD ein sozialwissenschaftliches Institut beauftragt, die Struktur der Wahlkreise zu erforschen, um „zu einer realistischen Einschätzung der politischen Möglichkeiten in verschiedenen Gebieten zu kommen"[48] und gezielt Kampagnen auf veränderte sozio-ökonomische Rahmenbedingungen oder

[44] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD-Bezirksparteitag 1966 in Amberg, S. 18; folgende Angaben nach ebenda.

[45] Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1964/1965, S. 231.

[46] Das galt beispielsweise auch für den Verkauf von Beitragsmarken mit höherem Wert, die in Niederbayern/Oberpfalz wohl weniger wegen der schlechten Zahlungsmoral als aus finanziellen Gründen in erheblich geringerer Stückzahl als in anderen Parteibezirken abgesetzt wurden. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD-Bezirksparteitag 1966 in Amberg, S. 18.

[47] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 52, Zur Vorbereitung der Bundestagswahl 1965 (ungezeichnet, vermutlich gemeinsames Strategiepapier des bayerischen SPD-Landesvorstandes und der Bezirksleitungen aus Franken, Südbayern und Niederbayern/Oberpfalz).

[48] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 72, Infas an Franz Höhne vom 29. 9. 1964.

die „Lockerung politischer Bindungen" abzustellen. Die Ergebnisse sollten von den Wahlkampfausschüssen und den Kandidaten genutzt, mit lokalen Statistiken und Infrastrukturdaten ergänzt und in die Auseinandersetzung mit dem konservativen Gegner eingebaut werden: Wo gab es noch Mitte der sechziger Jahre Gemeinden ohne eigene Trinkwasserversorgung, wo waren die Abwasserbeseitigung und das Straßennetz mangelhaft? Fehlten Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten? Wie ging es den alten Menschen? Gab es genügend Einrichtungen für sie oder war es schwierig, einen Platz in einem nahen Krankenhaus oder Altersheim zu bekommen?

Die infrastrukturellen Rahmenbedingungen und Bedürfnisse der Wählerinnen und Wähler konnten innerhalb der Wahlkreise stark differieren. Der Bundestagswahlkreis Burglengenfeld war mit rund 3000 km² der größte aller 248 Stimmbezirke. Er umfaßte im Westen mit der Maxhütte in Haidhof und der BBI in Schwandorf und Wackersdorf die montanindustriellen Zentren der Oberpfalz, im mittleren Teil die landwirtschaftlich dominierten Gebiete und im Osten die traditionellen Notstandsgebiete des Zonenrandgebietes, also die Landkreise Vohenstrauß, Oberviechtach, Neunburg vorm Wald, Waldmünchen und Cham. Insgesamt zählte der Bundestagswahlkreis mit seinen über 90 Prozent Katholiken neben der Stadt Schwandorf acht Landkreise und 304 Gemeinden. Von den rund 230000 Einwohnern arbeiteten etwa 43 Prozent als Selbständige[49] und 22,6 Prozent als Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, lediglich 17,6 Prozent verdienten ihren Lebensunterhalt in industriellen Betrieben, 8,3 Prozent waren Angestellte und 4,4 Prozent Beamte. Heterogener konnte der Wahlkreis kaum sein, was auch für die SPD-Organisation galt. Denn von den insgesamt 51 Ortsvereinen im gesamten Bundestagswahlkreis lagen knapp die Hälfte im Unterbezirk Burglengenfeld, in dem auch drei Viertel aller SPD-Mitglieder lebten.[50]

Die Neueinteilung der Bundestagswahlkreise[51] hatte den Wahlbezirk für die SPD noch schwieriger gemacht, zumal sie in der gesamten Region nicht über eine einzige Geschäftsstelle mit hauptamtlichem Personal verfügte. Erst im Mai 1965, also während vielerorts die Wahlkampfplanung bereits auf Hochtouren lief, erhielt der nordöstliche Teil in Cham mit Unterstützung des Parteivorstandes eine eigene Geschäftsstelle, die allerdings eine gewisse Zeit benötigte, um voll einsatzfähig zu sein.[52] Die Pläne der SPD-Wahlkampfleitung, bereits frühzeitig mit den Vorbereitungen zur Bundestagswahl zu beginnen, blieben in Burglengenfeld wie auch in anderen Parteibezirken allerdings graue Theorie.[53]

Es dauerte erheblich länger als geplant, bis die Kandidaten nominiert waren und der Apparat zu arbeiten begann. In Burglengenfeld wählte die SPD Franz Höhne, den Bezirksvorsitzenden, mit überwältigender Mehrheit zu ihrem Kandidaten für

[49] Einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Angaben nach Sozialdemokratische Partei Deutschlands, SPD-Bezirksparteitag 1966 in Amberg, S. 14.
[50] Ebenda, S. 21; vgl. ebenfalls Wehner, Bundestagswahl 1965, S. 432f.
[51] BSB, H. 264, S. 68
[52] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl 1965, Bericht zur Bundestagswahl 1965 von Heinrich Haderer vom 28. 10. 1965; folgendes nach ebenda.
[53] Vgl. Wehner, Bundestagswahl 1965, S. 39.

den Bundestag, dem er bereits seit 1949 angehörte.[54] Sein Kontrahent, gegen den er bislang in allen Wahlen den Kürzeren gezogen hatte, war der CSU-Kandidat und seit 1962 amtierende Bundesminister für die Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder, Alois Niederalt.[55] Beide kannten sich bereits seit den Bundestagswahlen 1953, als sie das erste Mal gegeneinander angetreten waren.

Anders als noch bei den Bundestagswahlen 1961, versuchte die Bezirksleitung diesmal die Wahlkämpfe besser zu koordinieren. Im Januar 1965 trafen sich deshalb alle SPD-Kandidaten aus Niederbayern und der Oberpfalz, um die gemeinsame Marschroute für die kommenden Monate abzustecken[56]: Es ging um die Aufstellung der Plakate, die Verteilung der Wahlzeitungen und den Einsatz von Diaprojektoren, Tonbändern und Filmgeräten, wobei allerdings die Inhalte weitgehend von der zentralen Wahlkampfleitung vorgegeben waren. Spielraum für eigene Überlegungen bestand vor allem im Hinblick auf die „Regionalisierung" des Wahlkampfes, von der Herbert Wehner gesprochen hatte. In allen Wahlkreisen, so vereinbarten die Kandidaten, sollten Arbeitstagungen mit verschiedenen sozialdemokratischen Zielgruppen und Funktionären stattfinden. Dazu gehörten die sozialdemokratischen Abgeordneten in den Stadt-, Kreis- und Gemeinderäten, die SPD-Bürgermeister und -Landräte, die besonders auf lokale Probleme und die Defizite der CDU/CSU-Politik aufmerksam machen sollten; ebenso gehörten auch Konferenzen mit „befreundeten Organisationen", mit der Arbeiterwohlfahrt, dem Bayerischen Lehrerverband und den Naturfreunden, und den „natürlichen Verbündeten", dem DGB und den Betriebsräten der Großbetriebe in den oberpfälzischen Industriezentren mit zum Programm. Gegenüber den Kirchen verhielt man sich passiv, aber mit den Landwirten und Selbständigen und vor allem auch den Jung- und Erstwählern wollte die SPD ins Gespräch kommen. Welchen Charakter diese Zusammenkünfte haben sollten, hing vor allem davon ab, wie groß der Finanzrahmen war, der den einzelnen Kandidaten und der Gesamtpartei zur Verfügung stand. Im Gespräch war für jeden Kandidaten, der bislang noch kein Mandat innehatte, ein Zuschuß von 1000 DM. Die von einigen Kandidaten geforderte Pauschalzuweisung von 5000 DM lehnte der Bezirksvorstand mit Blick auf die Finanzlage der Partei ab. Unklar war überdies, ob die von Herbert Wehner avisierten zusätzlichen Stellen für den Wahlkampf tatsächlich finanziert werden konnten. Insgesamt waren die Vorstellungen noch sehr vage, und noch fehlte eine genaue Kostenkalkulation.

Angesichts dieser unzureichenden Vorbereitungen lief der Wahlkampf nur schleppend an: Erste Aufrufe der Kandidaten erschienen erst im März 1965 in der Parteizeitung „Sozialdemokrat". Die Mobilisierung der Mitglieder ließ lange auch in den größeren Städten wie Burglengenfeld und Schwandorf zu wünschen üb-

[54] Regensburger Woche Nr. 40 (1965): „Sechs bewährte SPD-Kandidaten sind schon aufgestellt".

[55] Alois Niederalt, geb. 1911 in Niedermurach, katholisch, Jurist, seit 1949 in der Bayerischen Staatskanzlei und als Bayerischer Bevollmächtigter beim Bund in Bonn, zwischen 1962–1965 Minister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder.

[56] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner BW-65, Notiz zur Kandidatenbesprechung vom 23. 1. 1965 von Franz Sichler vom 18. 1. 1965; AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner BW-65, Kurzprotokoll über die Kandidatenbesprechung am 23. 1. 1965.

rig[57], und die Pressearbeit war alles andere als professionell. Immerhin konnte der Finanzrahmen des Bundestagswahlkampfes geklärt werden: Insgesamt standen der Partei 85 000 DM zur Verfügung[58]: 50 000 DM stammten aus ihren Wiedergutmachungsrücklagen, 12 000 DM aus Beiträgen von SPD-Abgeordneten, 9000 DM aus Zuschüssen des SPD-Landesverbandes und die restlichen 14 000 DM aus dem Verkauf eigener Wahlfondsmarken an die Parteimitglieder.

Besonders unterstützt wurden damit die vier Wahlkreise, die bislang keinen eigenen Abgeordneten hatten und deren Kandidaten finanziell ein besonderes Risiko eingingen. Sie erhielten 3000 DM, während den Wahlkreisen mit Bundestagsabgeordneten lediglich 2000 DM zur Verfügung gestellt wurden. Den Löwenanteil mit knapp 30 000 DM fraßen die logistischen Ausgaben des Bezirksvorstandes. 18 000 DM mußten für Filme und Plakate ausgegeben werden. Für die Wahlzeitungen, die Flugblätter und Handzettel, die in einer bis dahin ungekannten Größenordnung gedruckt wurden, mußte der Bezirk nicht aufkommen. Er war für die Verteilung verantwortlich, die Finanzierung übernahm der Parteivorstand. Die größte Auflage aller Werbemittel hatte die SPD-Wahlillustrierte „Vorn". Die Idee war neu[59]: Die Partei ließ für jeden Wahlkreis eine eigene 16seitige Zeitung mit einem überregionalen Mantel und gleich starken regionalen Innenseiten entwerfen. Eine zentrale Werbeagentur stellte die Seiten zusammen und gab dem Wahlkampf damit in allen Bundesländern ein einheitliches Format mit regionalem Akzent.[60]

Neben Willy Brandt, seinem Schattenkabinett und dem künftigen Regierungsprogramm stand vor allem der Stimmkreiskandidat und seine Region im Vordergrund.[61] „Franz Höhne", so die rund 68 000 mal verteilte Wahlbroschüre, „ist der typische Oberpfälzer: bodenständig, heimatliebend und naturverbunden. Mit Energie und Überzeugungskraft setzt er sich für die Sorgen und Nöte seiner Mitbürger ein." Er wolle sich vor allem um die Neuansiedlung von Unternehmen, den Straßenbau, den Tourismus und die Defizite im Bildungsbereich kümmern.

Der Sozialdemokrat Franz Höhne präsentierte sich den Wählerinnen und Wählern zwischen Naab und Vils als Mann aus ihrer Mitte, als Sportangler und Naturfreund, sein rotes Parteibuch war Nebensache, viel mehr zählte seine Zugehörigkeit zum oberpfälzischen Menschenschlag.[62] Um das Mißtrauen abzubauen, das Franz Höhne insbesondere auf dem Land entgegenschlug, zeigte er sich gerne im Kreise seiner Familie und als gemütlicher Privatmann. In einem doppelseitigen Portrait hatte die Werbeagentur bewußt auf historische Traditionsbestände der Sozialdemokratie verzichtet, und lediglich am unteren Bildrand war der beinahe

[57] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl 1965, Bericht zur Bundestagswahl 1965 von Heinrich Haderer vom 28. 10. 1965.

[58] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 69, Finanzierungsplan für den Bundestagswahlkampf 1965.

[59] Vgl. Wehner, Bundestagswahl 1965, S. 9.

[60] Dazu auch Struve, Kampf, S. 155.

[61] Wahlillustrierte „Vorn – Sicher ist Sicher", SPD-1965 (Kopie im Besitz des Verf.).

[62] So war auch das Flugblatt „SPD-Bundestagskandidat Franz Höhne stellt sich vor" konzipiert, in: AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Bundestagswahl 1965, Entwurf I.

aus dem Blickfeld fallende Wahlslogan „SPD vorn" zu erkennen. Insbesondere das Image der Arbeiterpartei wollte die Partei um jeden Preis abstreifen.

Neben Franz Höhne setzten die Werbephotographen vor allem auf Bürgermeister, Lehrer oder Arbeitnehmervertreter, die ausnahmslos Mitglieder der SPD waren, aber nur in ihren öffentlichen Positionen und nicht als Sozialdemokraten in Erscheinung traten. Das galt für den Landrat Walter Haschke ebenso wie für seinen Stellvertreter Paul Simon, Richard Edenhofer oder den bayernweit bekannten Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel. Es war allerdings kein Zufall, daß die SPD trotz aller Bemühungen vor allem auf ihr Personaltableau aus dem Unterbezirk Burglengenfeld zurückgreifen mußte; zu schwach und zu wenig verankert war sie in den anderen Landstrichen des Bundestagswahlkreises. Nolens volens reflektierte so die Aufmachung und Gewichtung der Wahlbroschüre zugleich die Probleme der SPD und deutete die Schwierigkeiten an, die sich für die Partei im Laufe des Wahlkampfes stellen sollten.

SPD und Katholizismus

So sehr sich die SPD in der Oberpfalz aber auch mühte: Ihr Wandel von einer kirchenfernen (Fach-)Arbeiterpartei zu einer konfessionell offenen Volkspartei, die sich um die Interessen der Bauern und des Mittelstandes ebenso kümmern wollte wie um die Anliegen der Industriearbeiter, stieß bei den umworbenen konservativ-katholischen Wählern auf Skepsis. Das galt nicht zuletzt für das nach wie vor schwierige und gespannte Verhältnis zwischen SPD und Kirche, das im Wahlkampf eine beträchtliche Rolle spielte.[63] Während die SPD auf Bundes- und Landesebene jede Gelegenheit nutzte, auf das neue Klima zwischen beiden gesellschaftlichen Kräften seit dem Godesberger Programm zu verweisen[64] und im Frühjahr 1964 erstmals sogar eine SPD-Delegation mit Fritz Erler an der Spitze den Papst in Rom besuchte[65], kam es vor Ort immer wieder zu ernsten Konflikten mit lokalen CSU-Politikern und Vertretern katholischer Laienorganisationen[66], die jedes Angebot zum Dialog als sozialdemokratisches Täuschungsmanöver denunzierten. Aus den Gesprächen, wie sie beispielsweise seit Ende der fünfziger Jahre zwischen hochrangigen katholischen Würdenträgern und SPD-Parteipolitikern stattfanden, dürfe sich keinesfalls eine Annäherung ergeben.[67] Das war die

[63] Eine genauere Untersuchung zum Verhältnis von SPD und Kirche zwischen Godesberger Parteitag und Würzburger Synode steht immer noch aus; unzureichend jüngst Stefan Ummenhofer, Hin zum Schreiten Seit' an Seit'? SPD und katholische Kirche seit 1957, Berlin 2000. Für die mühsamen Annäherungsversuche vgl. Sozialdemokatische Partei Deutschlands, Der Katholik und die SPD Bonn, 1960; Franz Klüber, Freiheitlicher Sozialismus und Katholische Gesellschaftslehre in der Begegnung, in: Die Neue Gesellschaft 11 (1964), S. 48–64; Heinz Rapp, Katholizismus und Sozialdemokratie – Entwicklung und Aspekte, in: Thomas Meyer (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus – Geistige Grundlagen und Wege in die Zukunft. München 1980, S. 63–80.

[64] Aus den vielen Gesprächen besonders für Bayern bemerkenswert Waldemar von Knoeringen: Katholische Kirche und SPD, in: spk Nr. 55 vom 10. 8. 1965.

[65] Dazu in Vorbereitung Dietmar Süß, Die Genossen beim Papst, Sozialdemokratie und Katholizismus zwischen 1957–1964.

[66] Schwandorfer Tagblatt vom 10. 11. 1965: „Religionsunterricht aus den Schulen verbannt. Scharfe Kritik an der SPD beim ersten Bildungsabend der Kath. Jugend".

[67] Vgl. Lösche, Walter, SPD, S. 308f.; für das Bistum Münster und die Frage der Schulpolitik vgl. Damberg, Abschied, S. 467–471.

Strategie der CSU: So hatte der CSU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Aigner[68] aus Amberg schon im August 1964 für eine heftige Auseinandersetzung gesorgt, als er der SPD vorwarf, sie habe bei der Trauerfeier für ihren verstorbenen Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer das Kruzifix aus dem Fraktionssaal entfernen wollen.[69] „Es geht nicht an, daß eine Delegation der SPD den Papst in Rom besucht, während an anderer Stelle versucht werde, das Kruzifix zu entfernen", so der CSU-Politiker. Die Attacke hatte die SPD an ihrer Achillesferse getroffen. Der mühsam gewobene Gesprächsfaden mit den kirchlichen Vertretern, so befürchteten die Genossen in der Bonner Baracke und in Regensburg, würde durch solche gezielten Angriffe gefährdet. Deshalb wollte man mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln gegen die Verleumdungen vorgehen. Ohne die Genossen vor Ort zu informieren, stellte die Parteiführung in Bonn deshalb Strafantrag gegen den CSU-Politiker, für den diese Auseinandersetzung eine willkommene Gelegenheit bot, die kirchenpolitische Glaubwürdigkeit der SPD zu unterminieren.[70] Für die Amberger Sozialdemokraten war die Sache besonders heikel.[71] Sie hatten zwar den Parteivorstand in Bonn informiert und in eigenen Erklärungen die falschen Anschuldigungen zurückgewiesen, doch eine gerichtliche Klärung hielten sie für kontraproduktiv. Aigner, so ihre Befürchtung, werde ein „Wahlkampfschlager für 1965" in die Hände gespielt, der die Partei in eine „unangenehme Situation" bringe. Da half es auch nichts, daß der Parteivorstand eigene Musterbriefe für katholische Geistliche entwarf, um im Bundestagswahlkampf die Gemüter der katholischen Christen zu beruhigen und zu versichern, daß die Partei an guten und engen Kontakten zur Kirche interessiert sei. Es sei „selbstverständliche Pflicht" jedes Stimmkreisbewerbers, „die Probleme, Vorstellungen und Wünsche aller bedeutsamen gesellschaftlichen Gruppen und der sie repräsentierenden Persönlichkeiten kennenzulernen", hieß es in den Schreiben.[72] „Darüber hinaus hat die Sozialdemokratische Partei in den letzten Jahren in Grundsatzfragen und in der Frage ihrer Konkretisierung einen Standort bezogen, der es, so hoffen wir, ermöglicht, die Reste trennender Barrieren der Vergangenheit abzubauen." Mitverschickt werden sollte eine Broschüre, in der der Parteivorstand die gemeinsamen Wurzeln von katholischer Soziallehre und demokratischem Sozialismus betonte. Katholische Christen könnten ihre Stimme der SPD geben, ohne ihre religiöse Heimat aufzugeben, lautete die Botschaft.

Das war gut gemeint und strategisch sinnvoll, in der Praxis wurde die Idee aber nur sehr selten aufgegriffen. Franz Höhne in Burglengenfeld verzichtete wie die

[68] Dr. Heinrich Aigner (1924–1988), katholisch, Studium der Rechtswissenschaft, seit 1954 im Bayerischen Landwirtschaftsministerium, Regierungsrat, von 1957 bis 1980 MdB.

[69] Sulzbach-Rosenberger Nachrichten vom 25. 7. 1964: „Die Integration Europas ist das vordringlichste Ziel".

[70] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 59, Gerhard Jahn an die Staatsanwaltschaft Amberg, Strafantrag gegen den Regierungsrat Dr. Aigner, MdB, vom 4. 6. 1964.

[71] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 59, SPD Ortsverein und Unterbezirk Amberg an Herbert Wehner vom 1. 6. 1964; folgendes nach ebenda; der Parteivorstand war sich jedoch keiner Schuld bewußt und nicht bereit, die lokalen Interessen weiter zu berücksichtigen; AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ortsvereine, 1964–1965, Abschrift eines Briefes an den SPD UB- und Ortsverein Amberg, undatiert.

[72] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 37, Musterbrief III für katholische Geistliche im Bundestagswahlkampf 1965.

meisten anderen SPD-Kandidaten darauf, gezielt auf die katholischen Christen, auf Laiengremien und Standesorganisationen zuzugehen. Zwar mußten die SPD-Wahlkämpfer in der Regel nicht mehr fürchten, daß offen von der Kanzel gegen sie polemisiert wurde[73], doch fehlte es an Persönlichkeiten, die den Dialog mit den Kirchen glaubwürdig führen konnten und bei denen Annäherung nicht nach Anbiederung und Taktik roch. Bei Waldemar von Knoeringen klang dies überzeugend, bei Franz Sichler oder Franz Höhne nicht. Es war deshalb kein Wunder, daß sich die eigens für den Wahlkampf entwickelte Broschüre „Katholik und Godesberger Programm" als Ladenhüter erwies, mit der an der Parteibasis niemand so recht etwas anzufangen wußte.[74]

Die Partei setzte andere Prioritäten. Diesmal ging es ihr auch darum, noch die entlegensten Winkel des Burglengenfelder Wahlkreises mit Werbemitteln zu erfassen. Das war angesichts der großen Entfernungen und schlechten Verkehrswege eine besondere Kraftanstrengung vor allem für die Ortsvereine im nördlichen und östlichen Teil des Wahlkreises. Dort konnte es vorkommen, daß ein aktiver Sozialdemokrat für 25 Gemeinden mit über 3300 Haushalten verantwortlich war und die diversen Aufrufe, Handzettel und Plakate verteilen oder aufhängen mußte – ein schier aussichtsloses Unterfangen, das selbst den engagiertesten Genossen überforderte. Leichter hatte es die Partei im organisationsstarken Unterbezirk Burglengenfeld. Dort waren nicht nur die Wege kürzer, sondern die Partei auch fester in den Kommunen und Betrieben verankert und damit auch das personelle Rückgrat so stark, daß die Arbeit auf mehrere Schultern verteilt werden konnte.[75]

Franz Höhne tourte unermüdlich durch seinen Wahlkreis. Trotz seiner starken Beanspruchung als Bezirksvorsitzender, Bundestagsabgeordneter und vielfacher Parteifunktionär, sprach er in seinem eigenen Wahlkreis bei 67 Veranstaltungen; mal waren das kleinere Parteiversammlungen, mal ein sonntäglicher Frühschoppen[76] oder eine größere öffentliche Veranstaltung mit Bonner oder Münchner Parteiprominenz. In der „heißen" Phase des Wahlkampfes zwischen August und September kamen zahlreiche Spitzengenossen nach Schwandorf, Wackersdorf, Burglengenfeld oder Cham. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag und Landesvorsitzende, Volkmar Gabert, trat fünfmal auf, sein Vorgänger Waldemar von Knoeringen, als Kultur- und Bildungspolitiker Mitglied in Willy Brandts Schattenkabinett, war bei drei Großversammlungen Hauptredner, und Herbert

[73] In den Berichten der Wahlkampforganisatoren aus den einzelnen Bundestagswahlkreisen finden sich in den überlieferten Analysen keine Hinweise auf öffentlichkeitswirksame Konflikte zwischen SPD und Klerus; AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl 1965, Berichte zur Bundestagswahl aus den Bundestagswahlkreisen Burglengenfeld, Weiden, Straubing, Passau und Pfarrkirchen.

[74] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl 1965, Bericht zur Bundestagswahl 1965 von Heinrich Haderer vom 28. 10. 1965; die Broschüre wurde lediglich 440 mal während des Wahlkampfes verteilt; an wen, kann man nicht mehr im einzelnen sagen, eine gezielte Werbestrategie gab es jedenfalls nicht.

[75] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 69, Hans Ehmann an Franz Sichler vom 31. 5. 1965, Anlage Verteilungsplan für den Landkreis Burglengenfeld.

[76] Vgl. aus der Vielzahl der Versammlungen für die Maxhüttenregion z. B. Burglengenfelder Zeitung vom 8. 9. 1965: „Frühschoppen mit der SPD".

Wehner[77] und Helmut Schmidt besuchten den Wahlkreis je einmal. Die Versammlungen waren in der Regel so geplant, daß die Parteiprominenz mindestens zwei bis drei Termine zwischen mittags und abends wahrnahm, um so innerhalb kurzer Zeit an möglichst vielen Orten präsent zu sein.[78] Auch hier gaben sich die Sozialdemokraten Mühe, ihre Großveranstaltungen auf den Geschmack ihrer neuen Zielgruppen abzustellen und publikumsfreundlicher zu gestalten. Deshalb, so Franz Sichler, sollte bei öffentlichen Kundgebungen – wie bei der CSU – eine Blaskapelle aufspielen und beim Einzug der Prominenz den „Defilee-Marsch" intonieren.[79]

Der Kanzlerkandidat aus Berlin verzichtete auf diese Form der Folklore. Willy Brandt kam im Bundestagswahlkampf 1965 zwar häufig nach Bayern und in die Oberpfalz, den Wahlkreis Burglengenfeld besuchte er aber nicht.[80] Für den konfessionslosen Lübecker gab es in den katholischen Gebieten Niederbayerns und der Oberpfalz nicht viel zu erwarten. Schon vor den Wahlen war vielen Sozialdemokraten klar, daß Brandt hier ein kalter Wind entgegenschlagen werde und er dort eher eine Bürde als ein Hoffnungsträger der Partei war. So jedenfalls sahen es die SPD-Wahlkämpfer im Bundestagswahlkreis Straubing, zu dem weite Teile Niederbayerns gehörten: „Daß die Person Brandt, wenn auch noch so untadelig und von uns geschätzt und verehrt, auch den loyalen und den unentschlossenen Wähler daran hindern werde, die SPD zu wählen, war uns Funktionären schon aus dem letzten Bundestagswahlkampf 1961 in Bayern klar."[81] In fast allen Diskussionen habe die Integrität des Kanzlerkandidaten im Vordergrund gestanden, so daß selbst „die schönste Versammlung" zu einer „Farce" geworden sei, weil niemand über das Programm der SPD, alle aber über Willy Brandt und seine Jahre im Exil reden wollten. Selbst die eigenen Parteimitglieder hätten sich von den „Verleumdungen unserer Gegner" beeinflussen lassen.

Straubing war kein Einzelfall. Von ähnlichen Fällen berichteten die Sozialdemokraten auch aus anderen Teilen des Parteibezirks, in denen die CSU versuchte, die SPD über ihren Kanzlerkandidaten zu diskreditieren.[82] Während die SPD kurz vor der Wahl mit großflächigen Plakaten und einem neuen Konzept zur Volksversicherung Punkte sammeln und die noch unentschlossenen Wähler gewinnen wollte, setzten die CSU und Strauß geschickt auf den Anti-Brandt-Effekt.[83] In Passau inserierte sie zwei Wochen vor der Abstimmung beinahe täglich

[77] Über den Wahlkampfauftritt von Herbert Wehner vgl. Sulzbach-Rosenberger Zeitung vom 9. 8. 1965: „Die SPD ist eine echte Alternative zur CDU/CSU geworden".

[78] spk Nr. 64 vom 3. 9. 1965, Anhang S. 2f.

[79] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 37, Franz Sichler an Waldemar von Knoeringen vom 14. 4. 1965.

[80] Dafür warb er im angrenzenden Weiden, das Zonenrand- und Grenzgebiet „ökonomisch und kulturell" aufzurüsten; vgl. dazu Der Neue Tag vom 8. 9. 1965: „Zonenrand- und Grenzgebiet dürfen nicht verkümmern".

[81] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl 1965, Zusammenfassender Bericht aus dem Bundestagswahlkreis 216 vom 5. 1. 1965; folgendes nach ebenda.

[82] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl 1965, Bericht über den Bundestagswahlkampf des Wahlkreises 215 (Passau), vom Oktober 1965, vgl. auch Sulzbach-Rosenberger Zeitung vom 30. 8. 1965: „F. Sackmann: Brandts Weg wäre ‚sicher' ein Rückschritt".

[83] Ähnlich auch die Berichte in: AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand,

mit dem Slogan: „Wer Hochleitner[84] wählt, wählt Brandt", in Weiden verteilte sie Flugblätter, auf denen der SPD-Kanzlerkandidat als Exilant ohne patriotische Gesinnung beschimpft und die Wahlentscheidung zur nationalen Schicksalsfrage hochstilisiert wurde: „Immer daran denken und immer davon sprechen: Wer SPD wählt – wählt zugleich Willy Brandt", hieß es dort.[85] Die Wahlkampfleitung in Regensburg war empört: Bei der CSU, so Franz Sichler, gebe es wohl „einige Schweinchen", die jeden politischen Anstand vermissen ließen. Für sie hätten Sozialdemokraten erst dann einen Wert, wenn sie tot seien.[86] Mit eigenen Flugblättern versuchte die Partei, über die „Unterstellungen und Halbwahrheiten" aufzuklären und die „hemmungslose Propaganda" anzuklagen.[87] Die CSU-Aktion hatte die Partei kalt erwischt, und es rächte sich einmal mehr, daß es der SPD an Gespür für die politische Landschaft in Bayern fehlte.

Das Wahlergebnis vom 19. September 1965 fiel ernüchternd aus, obwohl die SPD mit 39,3 Prozent ihr bestes Ergebnis in der Geschichte der Bundesrepublik erreichte. Franz Höhne erhielt in seinem Wahlkreis nur 27,6 Prozent; das waren 2,3 Prozentpunkte mehr als 1961, sein Stimmenzuwachs lag aber 0,8 Pozentpunkte hinter dem gesamtbayerischen Zuwachs (3,1 Prozent). Der „Genosse Trend" war auch an der Oberpfalz nicht völlig spurlos vorübergezogen; er hatte aber den ostbayerischen Parteibezirk nicht aus seinem Diasporaschicksal erlöst, und noch immer gab es unter den 304 Gemeinden sieben, in denen Franz Höhne nicht eine Stimme für sich gewinnen konnte.[88]

Es gab allerdings auch keinen Grund, die Köpfe hängen zu lassen.[89] In ihren industriellen Hochburgen rund um die Maxhütte und die BBI legte die Partei weiter zu; die Gewinne lagen in den Industriegemeinden wie Klardorf, Teublitz, Maxhütte-Haidhof und Sulzbach-Rosenberg mit drei bis sechs Prozent deutlich über dem Durchschnitt, in Schwandorf und Burglengenfeld fiel das Ergebnis mit Gewinnen von einem bis zwei Prozentpunkten bescheidener aus.[90] In den strukturschwachen und dünn besiedelten Gebieten des Zonenrandgebietes konnte die SPD ebenfalls Boden gut machen; den größten Sprung machten die Sozialdemokraten im Landkreis Waldmünchen, wo sie ihr Ergebnis von 16,5 Prozent auf 21,3 Prozent verbessern konnten.[91] Allerdings bestätigte sich auch hier der bayernweite Trend: Je kleiner die Gemeinden und je katholischer die Regionen waren,

Ordner Bundestagswahl 1965, Bericht von Robert Stiglmayr über den Bundestagswahlkampf im Wahlkreis 217 Pfarrkirchen (undatiert, Oktober 1965).

84 Anton Hochleitner MdL, geb. 1927 in Oberreit b. Vilshofen, Lehrer, zwischen 1957 bis 1959 Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Junglehrer, seit 1955, stellv. Vorsitzender des SPD-Bezirks Niederbayern/Oberpfalz, MdL von 1962–1982.

85 AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 37, Franz Sichler an alle Kandidaten vom 14. 9. 1965.

86 AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 37, Redemanuskript von Franz Sichler in Weiden (undatiert, Mitte Oktober 1965).

87 AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 37, Flugblatt der SPD: „Tatsächlich ... an ihren Früchten erkennt man sie!".

88 AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl 1965, Bericht zur Bundestagswahl 1965 von Heinrich Haderer vom 28. 10. 1965.

89 Vgl. dazu Struve, Kampf, 178ff.

90 Vgl. dazu BSB H. 224, S. 72; BSB H. 272a, S. 87, S. 91, S. 114.

91 BSB H. 224, S. 74; BSB 272a, S. 118.

desto schwerer tat sich die SPD und desto geringer waren ihre Zuwächse.[92] Die SPD war eine Partei der Großstädte und regionalen Zentren wie Regensburg, Weiden, Schwandorf und Passau, und ihr Wahlerfolg hing ab vom Industrieanteil, der Bevölkerungsdichte und der Durchmischung der Konfessionen. Gemeinden, in denen mehr als 80 Prozent katholische oder evangelische Christen lebten, wählten weit überdurchschnittlich CSU und auffallend selten SPD.[93]

Die Gemeindegrößenklasse, der geringe Industrieanteil und die starke Bindungskraft der Kirchen waren drei Hemmfaktoren, die es der SPD außerordentlich schwer machten, in Ostbayern zu punkten. Andere Probleme traten hinzu. Die SPD war eine Partei der Männer zwischen 30 und 45 Jahren, jüngere und ältere Frauen taten sich dagegen äußerst schwer, der Sozialdemokratie in Bayern ihre Stimme zu geben. Von 100 Frauen wählten 60 die CSU, wobei die Frauen über 60 und die 21- bis 30jährigen die eifrigsten CSU-Wählerinnen waren.[94] Die SPD konnte zwar bei allen Altersgruppen und bei beiden Geschlechtern leicht zulegen; ihre größte Attraktivität besaß sie aber für Männer mittleren Alters, deren Anteil sich seit der letzten Bundestagswahl um 4,5 Prozent erhöhte und noch über dem Zuwachs bei den männlichen Jung- und Erstwählern lag. So erfreulich dies war, so hart mußte es die Partei in den niederbayerischen und oberpfälzischen Bundestagswahlkreisen treffen, daß besonders diese Altersgruppe der erwerbstätigen Männer Ostbayern verließ, um in anderen bayerischen Regionen, allen voran Oberbayern mit der Metropole München, ihr Auskommen zu finden. „Die Bevölkerungsbewegung", so stellten die Sozialdemokraten aus dem Bundestagswahlkreis Burglengenfeld fest, „schlug sich im besonderen zu Ungunsten der SPD aus."[95] Die Zahlen des Statistischen Landesamtes bestätigten die Umfragen, die die SPD in verschiedenen Gemeinden durchgeführt hatte.[96] Die Partei von Franz Höhne mußte also doppelt hart für einen Erfolg arbeiten. Hatte sie dafür die richtige Strategie gewählt?

Wenige Wochen nach der Wahl zog die SPD Bilanz. Die Kritik der Wahlkreisleiter an der Parteiführung war heftig und deckte die Defizite des Wahlkampfes schonungslos auf. Heinrich Haderer, Wahlkampfleiter für den Stimmkreis Burglengenfeld, bemängelte die schwache Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Viele hätten die Wahlkampfillustrierte „SPD vorn" als inhaltsleer und die Inserate in den Tageszeitungen als nicht „scharf genug" empfunden.[97] Die zentrale Steuerung der Wahlwerbung durch den Parteivorstand habe die regionalen Besonderheiten beinahe vollkommen außer acht gelassen. In Zukunft, so waren sich die Wahlkreisleiter einig, müsse man sich „viel mehr auf die CSU einstellen", wenn man Erfolg haben wolle. Nach Meinung des Wahlkampfleiters für den Stimmkreis Tirschenreuth, Werner Buchholz, hatte die SPD auch auf die falschen

[92] Bayern in Zahlen 20 (1966), H. 8, S. 247.
[93] Ebenda, S, 248f.
[94] Ebenda, S. 246f.
[95] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl 1965, Bericht zur Bundestagswahl 1965 von Heinrich Haderer vom 28. 10. 1965.
[96] Bayern in Zahlen, 20 (1966), H. 7, Beilage „Wichtige Zahlen der Regierungsbezirke, der kreisfreien Städte und der Landkreise Bayerns", S. 4.
[97] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl 1965, Bericht zur Bundestagswahl 1965 von Heinrich Haderer vom 28. 10. 1965.

Themen gesetzt. Den Hauptakzent auf die Sozial- und Gesundheitspolitik zu legen, hielt er für eine krasse Fehlentscheidung des Parteivorstands.[98] „Ich glaube nicht zu übertreiben, wenn ich sage, daß von 30 Versammlungsteilnehmern 25 wohlsituiert dastehen (Auto, Haus, Grund, gesichertes Einkommen, etc.). Dieses Publikum interessiert andere Fragen." Die SPD habe sich mit den Themen Gesundheitsfürsorge und Volksrente zu sehr auf ihre klassische Wählerklientel konzentriert, ohne zu bemerken, wie sehr sich durch den Wohlstand die Bedürfnisse der Wähler verschoben hätten. Mit sozialpolitischen Themen, so glaubte Buchholz, seien die gut verdienenden Angestellten, Facharbeiter und Handwerker kaum für die SPD zu gewinnen, während andere Kritiker wie Heinrich Haderer meinten, daß große Teile der Bevölkerung von den nicht leicht verständlichen Konzepten überfordert und „zur Aufnahme und ‚geistigen' Verdauung nicht reif" gewesen seien.[99] Besonnene Selbstkritik und Analysen, wie Buchholz sie bot, waren aber die Ausnahme. Andere, wie sein Straubinger Kollege Walter Uckermann, waren besonders erregt. Er ließ sich sogar dazu hinreißen, die niederbayerischen Wählerinnen und Wähler wüst zu beschimpfen: „Wir haben es in Bayern und besonders in Niederbayern mit einem politisch vollkommen unmündigen Volk zu tun, bei dem weder eine besondere Fairness, noch eine betonte Sachlichkeit, sondern nur das gefühlsbetonte Schlagwort anspricht."[100] Deutlicher als in diesen Worten hätte sich die mentale und kulturelle Distanz der Großstadt- und Arbeiterpartei zur ländlich-agrarisch-katholischen Welt kaum zeigen können.

Was Uckermann jedoch präzis erfaßte, war ein anderes Problem: „Der Einbruch in die bäuerliche, auch die kleinbäuerliche Bevölkerung, die außerdem noch mit dem Problem des Pendlertums behaftet ist, ist nicht gelungen, weil wir weder über landwirtschaftliche Fachleute noch bäuerliche Kandidaten verfügten." Das war eines der Grundübel der ostbayerischen SPD, das es ihr beinahe unmöglich machte, die CSU ernsthaft zu gefährden. Wollte man ihr Paroli bieten, müßten in Zukunft drei Fehler vermieden werden: Erstens solle die Partei stärker auf die regionalen Besonderheiten abheben, weniger differenziert argumentieren und „gefühlsbetonte Schlagworte" einsetzen, um die eigene Position klarer darzustellen. Die CSU, so klagte Uckermann, sei näher am Puls der Bevölkerung und habe ihren Wahlkampf auf „die Mentalität unserer Bevölkerung abgestimmt" – eine Fähigkeit, die der SPD abgehe. Wenn die Partei aber hier punkten wolle, müsse, zweitens, der Wahlkampf nicht nur mit „Geld und Stelltafeln", sondern auch mit überregional bekannten Politikern bestritten werden. „Es bleibt uns unerklärlich", klagte er, „warum die Regierungsmitglieder der SPD-regierten Länder und Städte so vorsichtig behandelt werden." Drittens, so Uckermann, müsse die Partei noch mehr auf die Katholiken Rücksicht nehmen und etwa Auftritte von Brandt mit Literaten wie Günter Grass vermeiden. Die Abneigung gegen die nord-

[98] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl 1965, Werner Buchholz, Gesamtbericht über den Verlauf der Bundestagswahl 1965 im Wahlkreis 221 (undatiert, Anfang Oktober 1965); folgendes nach ebenda.

[99] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl 1965, Bericht zur Bundestagswahl 1965 von Heinrich Haderer vom 28. 10. 1965.

[100] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Bundestagswahl 1965, Walter Uckermann an den SPD Bezirk Niederbayern-Oberpfalz vom 5. 10. 1965; folgendes nach ebenda.

deutsch-evangelischen Intellektuellen war sicher eine niederbayerisch-katholische Besonderheit. Klar war aber, daß es den SPD-Strategen in Ostbayern nicht in dem erhofften Umfang gelungen war, die Wahl zu entdramatisieren[101] und die Sozialdemokratie als Partei der Zukunft und der „zweiten Bewährung" zu präsentieren.

So ernüchternd die Urteile aus dem Munde der Parteifunktionäre klangen, so gab es doch auch Erfreuliches zu vermelden. Das galt beispielsweise für die Wahlkampforganisation, die besser funktioniert hatte als in früheren Zeiten, und vor allem für die Resonanz der SPD bei jungen Leuten.[102] Wenn in Ostbayern auch noch manches im argen lag: mit Willy Brandt besaß die Partei ein jugendlicheres Gesicht, das für die nachwachsende Generation attraktiv war und das nicht mehr viel mit dem „proletarischen Charme" der Sozialdemokratie unter Erich Ollenhauer gemein hatte. In vielen Ortsvereinen war dieser neue Geist noch nicht oder erst mit großer Verzögerung angekommen, und noch waren die Jungsozialisten, die Arbeitsgemeinschaft der unter 35jährigen SPD-Mitglieder, eine Truppe fleißiger Plakatekleber. Das aber sollte sich bald ändern.

3. „Oberpfälzische Tupamaros": SPD, Jusos und die Schüler- und Studentenbewegung

Bis Mitte der sechziger Jahre fehlte den Jungsozialisten ein eigenständiges politisches Profil. Die Nachwuchsorganisation der SPD war zuständig für Wahlkämpfe und die Schulungsarbeit der jungen SPD-Mitglieder und künftigen Mandatsträger. Mit der Parteiführung bestand enge Tuchfühlung und kaum ein Dissens über politische Fragen. Politisches Gewicht besaßen sie innerhalb der Partei kaum, und sie hatten auch keinen Anteil an der programmatischen Neuausrichtung der Sozialdemokratie vor und nach Bad Godesberg. In Bayern hatten die Jusos ebenfalls einen langen „Dornröschenschlaf" gehalten. Es fehlte an politischen Ideen, an Köpfen und einer landesweiten Vernetzung der Juso-Arbeit.[103] Der wachsende Zuspruch, den die SPD bei jungen und vor allem männlichen Erwachsenen erfuhr und der sich bei Wahlen und Parteieintritten im Verlauf der sechziger Jahre zeigte, bedeutete für die SPD eine doppelte Herausforderung: Einerseits mußte sie versuchen, die neuen Jungwähler stärker zu binden und ihnen mehr Einflußmöglichkeiten auf den unterschiedlichen Ebenen der Parteiarbeit zu gewähren; andererseits wollten sich die jungen Sozialisten nicht mehr nur mit dem zufrieden geben, was ihnen die Parteiführung zubilligte. Sie hatten eigene Ziele und eigene Vorstellungen von der Welt, in der sie aufwuchsen, und viele der Erfahrungen der älteren Funktionärsschicht teilten sie nicht mehr.[104] Ähnlich wie in den Lehrlingsbetrie-

[101] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Bundestagswahl, Bericht zur Bundestagswahl 1965 des Bundeswahlkreises 214 Landshut, S. 5.

[102] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Bundestagswahl 1965, Walter Uckermann an den SPD Bezirk Niederbayern-Oberpfalz vom 5. 10. 1965.

[103] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 38, Niederschrift über die Sitzung des Landesausschusses der Jungsozialisten vom 4. 3. 1962, S. 3.

[104] Die Kölner SPD erlebte 1969 einen der ersten Aufsehen erregenden Konflikte zwischen Jusos und

ben und gewerkschaftlichen Jugendorganisationen trat eine neue Generation in die Sozialdemokratie ein, die der Partei neues Leben einhauchen und sich nicht mehr mit dem Selbstverständlichen der Traditionskompanie zufrieden geben wollte. Am Anfang stand bei vielen nur ein Unbehagen, ein schwer zu greifendes Gefühl. Doch dabei sollte es nicht bleiben.

Die Veränderungen vollzogen sich zunächst leise und unmerklich. Auf Bundesebene gab es 1967 erstmals einen gewählten Vorstand der Jungsozialisten, der sich aus der engen Umklammerung der Parteiführung lösen und eigenständig auftreten konnte.[105] Ähnlich war es auch in Bayern, wo sich mit der Wahl des 32jährigen Münchner Prädikatsjuristen, Landtagsabgeordneten und SPD-Hoffnungsträgers Rudolf Schöfberger[106] zum bayerischen Jusovorsitzenden 1967 die Gewichte ebenfalls deutlich nach links verschoben hatten. Nichts zeigte dies deutlicher als das „Haushamer Manifest" aus dem Frühjahr 1968.[107] In der Bundesrepublik, so die Überzeugung des bayerischen SPD-Nachwuchses, klaffe eine eklatante Lücke zwischen Verfassungstext und Verfassungswirklichkeit. Westdeutschland habe sich zu einem „restaurativen Besitzverteidigungsstaat spätkapitalistischer Prägung" entwickelt, das demokratische Leben sei erstarrt, ein „Klima systematischer Manipulation" begünstige autoritäres Denken in Familie, Schule, Parlament, Justiz, Verwaltung und Parteien. Die Krise der repräsentativen Demokratie war für die Jusos mit Händen zu greifen: Remilitarisierung und die Wahlerfolge der NPD gefährdeten die Existenz der demokratischen Grundordnung ebenso wie die staatliche „Duldung und Unterstützung faschistischer Systeme, [der] Verrat des europäischen Gedankens und die Unfähigkeit, den Krieg überall in der Welt zu ächten". Eine Reform an Haupt und Gliedern tue not. Das Wirtschaftswachstum, so lautete die Annahme, habe dazu geführt, zentrale gesellschaftliche Probleme zu verdrängen und „Mißstände in einem allgemeinen Nebel untergehen zu lassen." Nur Wohlstand und Sicherheit genügten nicht. Emanzipation, Selbstbestimmung, Demokratie seien Werte an sich, die in der Wohlstandsgesellschaft zu kurz gekommen und auf dem Altar des Wachstums geopfert worden seien. Die Jungsozialisten des Jahres 1968 waren nicht bereit, „wirtschaftliche Expansion und technologische Erfolge schlechthin als Bewertungsgrundlage gesellschaftlicher Zustände anzuerkennen." Deshalb galt ihre Sympathie den rebellierenden

Partei; vgl. dazu: Heiner Kockerbeck, Per Brief gefeuert. Die Auflösung des Kölner Juso-Vorstandes 1969 – ein Versuch, die Vorgeschichte zu rekonstruieren, in: Unterbezirk Köln (Hrsg.), „.... die treiben es ja auch zu weit". 75 Jahre Kölner Jusos – ein Sammelband, Dortmund 1996, S. 53–74.

[105] Ausführlich dazu Karlheinz Schonauer, Geschichte und Politik der Jungsozialisten in der SPD: Der Wandel von der braven Parteijugend zur innerparteilichen Opposition, Berlin 1991; stark politisch eingefärbt Christoph Butterwegge, Jungsozialisten und SPD. Die Widerspieglung sozioökonomischer Entwicklungslinien im Verhältnis des sozialdemokratischen Jugendverbandes zu seiner „Mutterpartei", Hamburg 1975, hier S. 40–60.

[106] Rudolf Schöfberger, geb. 1935, nach der Oberrealschule drei Jahre Postbeamter im mittleren Dienst, 1957–1963 Studium der Rechtswissenschaften und der Politischen Wissenschaft in München, 1959 Eintritt in die SPD, 1964–1967 südbayerischer Jusovorsitzender, MdL von 1968–1972, MdB von 1972–1994, Vorsitzender der bayerischen SPD von 1985–1991.

[107] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 4, „Haushamer Manifest" der bayerischen Jungsozialisten vom 26. 5. 1968; folgendes nach ebenda. Die oberbayerische Stadt Hausham hatte sich als Tagungsort angeboten, weil sich die Krise des Pechkohlenreviers zu diesem Zeitpunkt auf ihrem Höhepunkt befand und die Zechen stillgelegt wurden; vgl. dazu Drechsel, Pechkohlenrevier.

Studenten und deren Kritik am „Establishment“, und deshalb nahmen sie davon auch ihre eigene Partei nicht aus.

Mit ihr gingen die Jusos so schonungslos ins Gericht, wie es noch niemals zuvor eine Jugendorganisation der SPD getan hatte. Die Sozialdemokratie, so die Jusos, sei zwar die „heimliche Hoffnung der fortschrittlichen jungen Generation“, man sei aber von ihr „bitter enttäuscht“. Die Vorwürfe waren schwerwiegend: Mit ihrer sozialistischen Tradition habe die SPD gebrochen. Jetzt huldige sie einem opportunistischen Pragmatismus, der sich von den Grundlagen des Godesberger Programmes verabschiedet habe; sie sei „systemverhaftet“ und stabilisiere mit ihrem Eintritt in die Große Koalition den restaurativen Staat. Besonders schmerzhaft empfanden die Jusos den altklugen und patriarchalen Umgang der alten Genossen mit den Wünschen und Vorstellungen der nachwachsenden Generation. „Wir Jungsozialisten bedauern es, daß es unserer Partei noch immer an der notwendigen geistigen Beweglichkeit fehlt, um sich mit den von Teilen der jungen Generation vorgetragenen Problemen auseinanderzusetzen.“ Die Partei, so die bayerischen Junggenossen, sollte ihren politischen Stil ändern und „wieder zu einer wirkenden Kraft im Volk werden.“ Was damit gemeint war, wußte niemand so ganz genau.

Die konkreten Forderungen nahmen sich dagegen viel weniger revolutionär aus: Es ging vor allem um innerparteiliche und institutionelle Reformen, die das Ziel hatten, die Meinungs- und Willensbildung auf eine breitere Basis zu stellen und die Mandatsträger stärker an die Beschlüsse der Parteitage zu binden. Die meisten SPD-Mitglieder hätten diese Forderung unterschreiben können; anders stand es dagegen mit der Kritik an der „Macht- und Interessenverfilzung“ der mittleren Funktionärsebene, mit der Forderung nach schärferen Kontrollen sozialdemokratischer Mandatsträger und ihrer parlamentarischen Arbeit und mit der kaum verhohlenen Drohung, die innerparteiliche Disziplin aufzukündigen. „Die bayerische Sozialdemokratie wird sich in allen Lagen auf die Mitarbeit und auf die kritische Solidarität ihrer eigenen jungen Generation verlassen können. Die bayerischen Jungsozialisten werden nichts unversucht lassen, die Ideen der jungen Generation in die SPD einzubringen, und auf diese Weise mithelfen, die Zukunft der Sozialdemokratie zu sichern.“

Das „Haushamer Manifest“ stieß nicht nur in der Gesamtpartei auf Widerspruch[108], auch an der Jusobasis gab es Bedenken gegen den programmatischen Kurswechsel und die gezielten Provokationen. Der Sohn des Schwandorfer SPD-Landtagsabgeordneten Franz Sichler, Josef Sichler, selbst aktiver Juso, berichtete seinem Vater empört über die neuen Sitten in der SPD-Jugendorganisation:

„Es ist Mode geworden, daß man zu den JS [Jungsozialisten] einen Referenten vom PV einlädt, dazu einen Choreferenten [sic], der meistens sehr links steht und dann ganz einfach den Referenten des PV vor diesen jungen Leuten lächerlich macht. In diesem Falle handelt es sich um den Referenten des PV, Ernst Eichengrün und der Choreferent war N. Gansl [sic][109] aus

[108] Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Franken, Jahresbericht 1968/1969, S 45.

[109] Norbert Gansel, geb. 1940 in Kiel, Jurist, 1972–1998 MdB, amtierender Oberbürgermeister der Stadt Kiel.

Kiel ein Jünger aus Steffens-Kreis.[110] Der Vors. der JS aus Bayern, Schöfberger, versteht es geschickt, die jungen Leute mit Kraftausdrücken zu begeistern u. a. nannte er den PV und deren Vorstand Räuberbande [...] Ich fühle mich nicht ganz wohl, wenn ich Dir das mitteile und würde Dich deshalb bitten, daß dies mehr von der höheren Warte aus beobachtet werden soll und auch die Geldgeber mal mehr kontrollieren müssen, zu welchem Zweck hier die Mittel benützt werden."[111]

Dennoch erlebte die Nachwuchsorganisation der SPD seit Mitte der sechziger Jahre und noch vor dem Höhepunkt des studentischen Protests um das Jahr 1968 einen kräftigen Popularitäts- und Wachstumsschub. Viele neue Mitglieder wollten es nicht einfach dabei belassen, die monatlichen Beiträge zu bezahlen. Sie wollten aktiv mitarbeiten und hatten es satt, wie einige ostbayerische Jusos meinten, daß man „einen gutwilligen Haufen junger Leute herumkrebsen läßt, wenn man sie nicht gerade als Plakatekleber und Boten benötigt."[112] Um in Wahlkämpfen verheizt zu werden, waren sie nicht der Sozialdemokratie beigetreten. Nicht anders war die Situation in der oberpfälzischen Montanregion. Auch dort hatten die Jusos zuvor allenfalls auf dem Papier existiert, und auch dort fand jetzt häufig ein Generationswechsel statt. Das galt für die Spitze des Bezirksverbandes Niederbayern/Oberpfalz, an der seit 1967 mit Volker Schaub ein promovierter Jurist und Akademiker stand, das galt aber auch für kleinere Ortsgruppen wie in Wackersdorf oder Sulzbach-Rosenberg, wo jüngere Parteimitglieder nachrückten und mit neuem Elan an die Arbeit gingen.[113] Mancherorts wurden die Jusogruppen überhaupt erst gegründet oder bestehende, aber inaktive Gruppen wiederbelebt. Ende der sechziger Jahre gab es in beinahe allen Regionen des ostbayerischen Parteibezirks Juso-Organisationen, und das nicht nur in größeren Städten, sondern auch in Gegenden, in denen die Jugendarbeit der Partei bis dahin völlig brachgelegen hatte.[114] Ihr Zentrum lag im Herzen der oberpfälzischen Montanindustrie, vor allem im SPD-Unterbezirk Burglengenfeld.[115]

In Maxhütte-Haidhof riefen junge Arbeiter aus dem Walzwerk bereits 1968 eine „Arbeitsgemeinschaft Junger Sozialdemokraten" ins Leben, um angesichts weltweiter sozialer Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Krieg ein Zeichen für eine „bessere, friedlichere und gerechtere Zukunft für die Völker dieser Welt" zu setzen.[116] Die Jusos hatte es in der Industriegemeinde auch schon vor 1968 gege-

[110] Jochen Steffen, geb. 1922 in Kiel, hatte Philosophie, Psychologie und Soziologie studiert und war zunächst als Hochschulassistent in Kiel, später als Journalist tätig. Er gehörte zu den führenden linken schleswig-holsteinischen Landespolitikern und war seit 1968 Mitglied im SPD-Bundesvorstand; zu seinem Einfluß auf die SPD vgl. knapp Grebing, Ideengeschichte, S. 476.

[111] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 4, Josef Sichler an Franz Sichler vom 31. 5. 1968.

[112] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Jungsozialisten 1966/67, Informationsblatt der bayerischen Jungsozialisten Nr. 2 (Sommer 1967), S. 8.

[113] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Jungsozialisten 1966/67, Arbeitsgemeinschaft „Junge Sozialdemokraten" an Bezirksvorstand der SPD Niederbayern/Oberpfalz vom 20. 3. 1967: Neue Vorstandschaft der AG „JU SO" in Wackersdorf.

[114] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 42, Liste der Juso-Arbeitsgemeinschaften in Niederbayern und der Oberpfalz vom 4. 11. 1969.

[115] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Juso 1966–1967, Informationsblatt der bayerischen Jungsozialisten, Nr. 2, S. 5; im Unterbezirk, der neben Burglengenfeld auch Schwandorf und Roding umfaßte, gab es 1969 bereits in sieben Ortsvereinen aktive Juso-Gruppen.

[116] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 4, Arbeitsgemeinschaft Junger Sozialdemokraten im Ortsverein Maxhütte-Haidhof vom 19. 9. 1969.

ben; ihre wenigen Treffen hatten aber vorwiegend der Geselligkeit gedient, sie hatten Ausflüge für junge Familien oder Quizabende, aber nur selten politische Veranstaltungen organisiert.[117] Jetzt trieb sie nicht nur der Krieg in Vietnam, die Rebellion an den Hochschulen und der Ost-West-Konflikt um. Es war die unmittelbare Erfahrung der Rationalisierung und Automation in der Maxhütte, die ihnen Sorge machte, deren Ursachen und Wirkungen sie aber nun erstmals in einem größeren Zusammenhang betrachteten. „Wer kann bei all diesen Geschehnissen so ruhig, stumpf und phlegmatisch sein, daß er darüber mit anderen aufgeschlossenen Menschen nicht diskutieren will?“ Zu ihrer ersten Veranstaltung luden die jungen Sozialdemokraten deshalb den stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden der Maxhütte ein, der ihnen Auskunft über die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie und die Rationalisierungsfolgen geben sollte. Die Studenten und der Vietnamkrieg hatten also den Anstoß gegeben, über eigene Probleme nachzudenken. Die jungen Arbeiter nahmen diese „Anregung“ auf und übersetzten sie in ihre Lebens- und Arbeitssituation, in deren Zentrum auch für sie nur eines stand: die Maxhütte.

Noch war vieles Stückwerk, und die Aufrufe, die zwei 35jährige Arbeitnehmer aus Haidhof verfaßt hatten, führten nicht dazu, daß die Jusos nun von engagierten jungen Arbeitnehmern überrannt wurden. Vor allem auf junge Frauen wirkten die Veranstaltungen in Haidhof wie in ganz Bayern alles andere als attraktiv, obwohl die Jusos zu ihrer Gründungsversammlung eigens die Ehefrauen und Freundinnen eingeladen und kostenlos Kaffee und Kuchen angeboten hatten – ganz so, als hätten sie es mit Großmüttern zu tun.

Solche Anlaufschwierigkeiten gab es auch in anderen Regionen Bayerns[118], aber das belebende Element war doch unübersehbar: Die Jusos brachten neue Themen in die Partei ein und belebten die oft seelenlose Routine der Ortsvereinssitzungen bereits durch ihren Wunsch nach Diskussion. Im Zentrum standen nicht mehr nur klassische Themen wie Außen- und Deutschlandpolitik oder landespolitische Fragen, auch ethische Probleme wie Geburtenkontrolle oder die Bedingungen des Strafvollzuges setzten sie auf die Tagesordnung.[119]

Bis zum Jahr 1969 kam es in der ostbayerischen SPD nur vereinzelt zu Spannungen zwischen den Jusos und der Mutterpartei.[120] Das Verhältnis zwischen den Jungen und dem Bezirksvorstand war weitgehend harmonisch, und viele der Juso-Arbeitsgemeinschaften waren, wie der Bezirksvorsitzende Franz Sichler über „seine“ Schwandorfer Jusos wohlwollend und altväterlich meinte, „sehr partei-

[117] Burglengenfelder Zeitung vom 19. 3. 1965: „Jungsozialisten in Maxhütte-Haidhof“.

[118] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 4, Übersicht über die in Bayern vorhandenen Arbeitsgemeinschaften S. 5 (undatiert, um 1969).

[119] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Jungsozialisten 1966/67, Informationsblatt der bayerischen Jungsozialisten Nr. 2 (Sommer 1967), S. 8, folgendes nach ebenda.

[120] Dazu zählte vor allem der Streit um die Frage, ob das Mitgliedsalter für Jusos von 35 auf 25 Jahre gesenkt werden sollte, wie der Parteivorstand vorschlug. Die Absicht, die dahintersteckte, war allen Beteiligten klar: Es ging darum, kritische Teile der Jusos auf dem satzungsrechtlichen Weg aus den Jusos auszuschließen. Vgl. dazu AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 4, Bezirksvorsitzender Schaub an alle Arbeitsgemeinschaften der Jusos in Niederbayern/Oberpfalz vom 8. 1. 1968.

treu".[121] Das änderte sich spätestens mit dem Münchner Bundeskongreß im Dezember 1969.[122] Dort setzten die Delegierten ihren ehemaligen Bundesvorsitzenden und amtierenden SPD-Bundesgeschäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski[123] von der Rednerliste ab und wählten den amtierenden Juso-Vorsitzenden Peter Corterier[124] in einem Akt öffentlicher Abstrafung aus dem Amt, noch bevor er zurücktreten konnte, weil er sich geweigert hatte, genauso laut in das antikapitalistische Horn zu stoßen, wie das die jetzt studentisch geprägte linke Mehrheit von ihm verlangt hatte, die seit 1968 in immer mehr Parteibezirken die Mehrheit stellte. Neuer Vorsitzender wurde der Frankfurter Karsten D. Voigt[125], der maßgeblichen Anteil an der „Linkswende" des Verbandes besaß. Die SPD, so der Vorwurf, der bereits im Haushamer Manifest vorweggenommen worden war, habe die „sozialistische Konzeption" des Godesberger Programmes verlassen, huldige einer „Ideologie der Volkspartei" und verliere dabei die Interessen der Lohnabhängigen aus den Augen. „Zurück zur Klassenpartei" war ihre Losung. Ziel müsse die Demokratisierung aller Lebensbereiche, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung durch parlamentarische Reformen sein.[126] Den Jusos schwebte eine Doppelstrategie vor: Sie wollten einerseits als kritische Masse innerhalb der SPD für einen radikalen Kurswechsel sorgen, andererseits mit der nichtorganisierten Jugend und der außerparlamentarischen Opposition an weitreichenden Reformen arbeiten.[127]

Nicht nur in München glichen die Juso-Konferenzen mittlerweile großen politologischen und soziologischen Seminarveranstaltungen. Das Bild beherrschten die Studenten und Akademiker, die zu Tausenden in die SPD eingetreten waren. Vielen von ihnen ging es wie dem Delegierten und späteren SPD-Bundesvorsitzenden und Verteidigungsminister Rudolf Scharping, damals noch Pädagogik-Student, der rückblickend meinte: „Wenn ich daran zurückdenke, wie das 1969 in München war: zum Teil wußten wir nicht sehr genau [,] wo wir hinwollten. [...] Wir wußten viel genauer, was wir loswerden wollten. Die große Koalition mit den vorhergegangenen Debatten über die Notstands-Gesetzgebung, verbunden mit dem diffusen Gefühl, daß es so etwas geben müßte wie eine Erneuerung des Landes und Reformpolitik, die wir bei der SPD ‚verortet' hatten".[128]

[121] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 4, Franz Sichler an den Volker Schaub vom 22. 4. 1969.

[122] Vgl. Lösche, Walter, SPD, S. 274.

[123] Hans-Jürgen Wischnewski, geb. 1922, Metallarbeiter und IG Metall-Gewerkschaftssekretär, seit 1946 Mitglied der SPD, 1959–1961 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, 1966–1968 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1968–1971 Bundesgeschäftsführer der SPD, 1976–1982 Staatsminister im Kanzleramt, 1979–1982 stellvertretender Parteivorsitzender der SPD.

[124] Peter Corterier, geb. 1936, Juso-Bundesvorsitzender zwischen 1967–1969; MdB 1969–1983/1984–1987.

[125] Karsten D. Voigt, geb. 1942, Studium der Skandinavistik, Geschichte und Germanistik, Direktor der Volkshochschule Frankfurt, seit 1962 Mitglied der SPD, 1969–1972 Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, MdB 1976–1998.

[126] Zit. nach Dieter Stephan, Jungsozialisten: Stabilisierung nach langer Krise?, 1969–1973, Bonn 1979, S. 26 f.

[127] Zu den kritischen Reaktionen des SPD-Parteivorstands vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Stellungnahmen des SPD-Parteivorstandes zu den Beschlüssen des Bundeskongresses der Jungsozialisten in München vom 5.–7. Dezember 1969, Reihe Jugend, H.1, o.O. 1971, hier S. 5–7.

[128] Rudolf Scharping, Jungsozialistinnen und Jungsozialisten: Für die Zukunft der SPD unverzichtbar, in: Stephan Grüger, Klaus-Jürgen Scherer, Anja Weusthoff (Hrsg.). „Für die Zukunft der SPD

Die „Linkswende“ blieb nicht auf den Bundesvorstand und einige traditionell linke Bezirke beschränkt. Die Münchner Ereignisse wirkten auf viele Juso-Organisationen als Katalysator des Protests. Gärungsprozesse, die bereits Mitte der sechziger Jahre begonnen hatten, brachen jetzt auf und beschleunigten sich angesichts der bundesweiten Schüler- und Studentenunruhen. Aus dem diffusen Gefühl wurde seit Anfang 1970 politischer Ernst, und oftmals fehlte nur noch ein lokaler Anlaß, bis es auch an der Parteibasis zu schwerwiegenden Konflikten kam.

In Schwandorf war das nicht anders. Impulsgeber waren hier zunächst nicht die Studenten, die seit dem Wintersemester 1967/1968 an der neugegründeten Universität Regensburg studieren konnten und von denen viele aus den umliegenden oberpfälzischen und niederbayerischen Städten und Gemeinden kamen. Ausgangspunkt für die jungsozialistische „Linkswende“ war das örtliche Gymnasium, wo sich die 16- und 17jährigen Schüler mit der 1967 gegründeten Schülerzeitung „Wir – Freie und unabhängige Schülerzeitschrift des Gymnasiums Schwandorf“ erstmals ein Forum der politischen Auseinandersetzung und der Kritik an Schule, Politik und Gesellschaft schufen. Die Schülerzeitung stieß schon mit der ersten Ausgabe auf breite öffentliche Resonanz, jeder Artikel wurde kritisch beäugt.[129] Mußte eine Schülerzeitung überhaupt tagespolitische Fragen behandeln? Ging das nicht weit über den eigentlichen Zweck und die Kenntnisse der jungen Redakteure hinaus? Für die jungen Zeitungsmacher stellten sich diese Fragen nicht: Sie wollten alle Lebensbereiche und nicht nur schulische Themen behandeln. Das geschah zunächst noch sehr vorsichtig und alles andere als revolutionär.[130] Die Zeitung informierte über Mode und Sport, aber auch über das Bildungswesen der Sowjetunion, über Literatur und Reiseberichte. Dabei blieb es aber nicht. Andere Themen erhielten 1968/1969 immer mehr Raum. Dazu gehörten die Forderung nach sexueller Aufklärung und einer angemessenen Form der Sexualerziehung, die Verurteilung des Vietnam-Kriegs und die Solidarität mit dem Vietkong[131], wie es der Chefredakteur der Schülerzeitung, Rainer Zinnbauer, formulierte. Aber auch über den Zustand und die Defizite der westdeutschen Nachkriegsdemokratie dachten die Schüler nach. In Westdeutschland, so Redakteur Klaus Kaschel, seien bislang gesellschaftspolitische Reformen und eine wirkliche Demokratisierung ausgeblieben. In Schule, Betrieb und Universität seien Veränderungen zwingend erforderlich, obgleich er das parlamentarische System nicht in Frage stellte.[132]

Aus dem Kreis der Redakteure, von denen viele wie Kaschel 1969 die 13. Klasse besuchten und kurz vor dem Abitur standen, stammte wohl auch die Idee zur Gestaltung des jährlichen Studientages, der ganz im Zeichen der Theorien der „Neuen Linken“ stand. Einen Tag lang wollten die Schülerinnen und Schüler wie die protestierenden Studenten im nahen Regensburg über den „manipulierten

unverzichtbar“. 25 Jahre Juso-Linkswende (Arbeitshefte zur sozialistischen Theorie und Praxis, Sonderband Juli 1995), S. 9–15.

[129] Vgl. dazu beispielsweise: Schwandorfer Tagblatt vom 12. 4. 1967: „Aus dem Gymnasium: ‚Wir‘“; Nabtalkurier vom 12. 4. 1967: „Wir“.

[130] „Wir“ - Freie und unabhängige Schülerzeitschrift des Gymnasiums Schwandorf 1/1967.

[131] „Wir“ - Freie und unabhängige Schülerzeitschrift des Gymnasiums Schwandorf 4/1969.

[132] „Wir“ - Freie und unabhängige Schülerzeitschrift des Gymnasiums Schwandorf 2/1967.

Menschen" diskutieren.[133] Herbert Marcuse und sein „eindimensionaler Mensch" standen auch hier den jungen Leuten Pate.[134] Das Programm beinhaltete neben Beiträgen über die „unfreie Kommunikation als Manipulation an der Gesellschaft" oder die „Manipulation des Bewußtseins" auch Referate über die Grundlagen der Eugenik und die „Manipulation am Hormonhaushalt des menschliches Körpers". Medizin, Biologie, Erziehung und Politik – alle künftigen Studienfächer analysierten sie unter dem Leitbegriff des „manipulierten" und entfremdeten Menschen. Aber die Schüler wollten nicht nur über theoretische Probleme des Kapitalismus nachdenken, sie wollten zugleich nach Möglichkeiten suchen, den Teufelskreis der Manipulation zu durchbrechen und die gesellschaftlichen Herrschaftsstrukturen in Frage zu stellen.

Politisch engagierten Oberschülern wie Klaus Kaschel ging das aber nicht weit genug. Sie beteiligten sich bereits im Mai 1969 am Bayerischen Schüler- und Studentenkongreß in Regensburg, den der Kritisch-Demokratische-Schülerbund zusammen mit dem ASTA der Uni Regensburg organisiert hatte und auf dem über die „herrschaftliche Funktion von Schule und Hochschule, Widerstand und Selbstorganisation der jungen Generation"[135] diskutiert wurde. Der Kongreß und seine radikale Gesellschaftskritik verfehlten nicht ihre Wirkung. Bereits wenige Monate später gründete Kaschel zusammen mit einigen Schulfreunden den „Sozialistischen Arbeitskreis Schwandorf" (SAS), eine Initiative, die sich besonders an die Schüler des Gymnasiums und der Realschule richtete. „Revolution in den Schulen?"[136], überschrieben sie ihren Gründungsaufruf:

„In unseren Schulen zeigt sich das undemokratische Verhalten unserer ‚demokratischen Gesellschaft'. Auch in den höheren Schulen in Schwandorf (Realschulen, Gymnasium) erziehen autoritäre Lehrer zur Anpassung an unsere gesellschaftlichen Normen und somit zu Duckmäusern und Kriechern! Selbstverständlich wird den Schülern auch das Recht verwehrt, sich politisch und kritisch an der Schule zu engagieren. [...] Der Sozialistische Arbeitskreis Schwandorf (SAS), der sich aus Schülern, Lehrlingen und Studenten zusammensetzt, will versuchen, diese und andere Mißstände in unserer Gesellschaft aufzudecken und helfen, sie zu beseitigen. Da aber eine Umstrukturierung der Gesellschaft ohne Massenbasis unmöglich ist, müssen wir versuchen, diese zu schaffen."

Noch war der SAS von einer „Massenbasis" genauso weit entfernt wie von einer „Umstrukturierung der Gesellschaft"; er blieb auf eine kleine Gruppe intellektueller Jugendlicher und junger Erwachsener beschränkt, von denen einige wie Klaus Kaschel seit dem Wintersemester 1969/1970 an der Universität Regensburg Pädagogik studierten, ihren Lebensmittelpunkt aber noch in Schwandorf hatten. Kaschel, der drei Jahre zuvor in der Schülerzeitung lediglich vorsichtige Kritik an der parlamentarischen Demokratie geübt hatte, lehnte jetzt die westdeutsche

[133] Sammlung Kaschel, Gymnasium Schwandorf, Studientag der 13 a vom 20. 1. 1969; folgendes nach ebenda.

[134] Vgl. dazu auch Hans-Jürgen Haug, Hubert Maessen, Was wollen die Schüler? Politik im Klassenzimmer, Frankfurt am Main 1969; Günter Amendt (Hrsg.), Kinderkreuzzug oder beginnt der Revolution in den Schulen?, Reinbek bei Hamburg 1968.

[135] Sammlung Kaschel, Flugblatt; Stoppt die Treibjagd auf Demokraten! Aufruf zum Bayerischen Schüler- und Studentenkongreß am 3./4. 5. 1969 in Regensburg.

[136] Sammlung Kaschel, Flugblatt des Sozialistischen Arbeitskreises Schwandorf (SAS): „Revolution in den Schulen?"; folgendes nach ebenda.

„Pseudo-Demokratie" ganz im Juso-Jargon als „formale Demokratie" ab, weil sich die Mitwirkung der Bürger darauf beschränke, alle vier Jahre über Kandidaten abstimmen zu können, die in rauchigen Hinterzimmern von alten Parteifunktionären bestimmt würden.[137] Als Alternative zur parlamentarischen Demokratie schlug er die Einführung eines Rätesystems vor, dessen Träger das Proletariat aller „geistig und körperlich Abhängigen" sein sollte und dessen Ziel in der Abschaffung des Kapitalismus und der Etablierung einer demokratisch-sozialistischen Staats- und Wirtschaftsverfassung bestand, die sich aller autoritären Institutionen entledigen und das Privateigentum an Produktionsmitteln zugunsten einer Planwirtschaft abschaffen sollte.

Die rätedemokratischen Modelle und ihr antikapitalistischer Impetus besaßen für Kaschel und seine Mitstreiter gleichermaßen rebellischen Charme und theoretische Anziehungskraft. Schließlich boten sie Erklärung und Utopie in einem; erstaunlich war nur, wie schnell die Schüler aus der oberpfälzischen Industriestadt in den Sog des universitären Protests gerieten. Eine westdeutsche „Provinz" gab es in dieser Frage nicht. Es genügte den SAS-Aktivisten nicht, nur theoretischer Debattierclub zu sein. Sie wollten in Schwandorf das „spießbürgerliche System" attackieren, und dafür bot sich schon bald eine hervorragende Gelegenheit.

Nordgautag 1970

Im Herbst 1970 sollte in Schwandorf der 18. Nordgautag stattfinden.[138] Sein Initiator war der Oberpfälzische Kulturbund, in dem Heimat- und Trachtenvereine und die sudetendeutschen Gruppen organisiert waren, die sich nach 1945 in der Oberpfalz niedergelassen hatten.[139] Der Nordgautag war ein politisches und kulturelles Großereignis der Region: wichtig für die Vertriebenengruppen, aber wichtig auch für die anderen oberpfälzischen Heimat- und Trachtenvereine, für die Selbstdarstellung der Stadt und der Politik. Ministerpräsident Goppel war als Festredner vorgesehen, und für alle Kommunalpolitiker und Mandatsträger der Region waren die drei Tage der Oberpfälzer und Egerländer Heimatpflege ein Pflichttermin.

Für den SAS, von dessen Mitgliedern bereits die ersten auch bei den Jusos eingetreten waren, galt der Nordgautag als der Inbegriff der reaktionären „Pseudo-Demokratie". Im Frühjahr 1970 gründete er deshalb ein „Aktionskomitee Nordgautag", das die Bevölkerung über den angeblich reaktionären Charakter der Heimattage aufklären und davor warnen wollte, „in diesen kulturellen Taumel der Blut-und-Boden-Tradition zu verfallen, einer Tradition, die ihr Gesicht seit 40 Jahren nicht geändert hat, einer Tradition, die den Nährboden für die deutsche, faschistische Ära schuf."[140] Noch immer seien führende Ideologen, Erzieher, Be-

[137] Sammlung Kaschel, Arbeitskreis Politische Theorie des SAS vom 5. 5. 1970: Alle Macht den Räten.

[138] Vgl. dazu auch Festausgabe des Nordgaubriefs zum 18. Bayerischen Nordgautag: 10. bis 13. September 1970 in Schwandorf in der Oberpfalz, o.O.o.J.; zum Veranstaltungsprogramm vgl. ebenda, S. 14ff.

[139] Schwandorfer Tagblatt vom 2. 2. 1970: „Schwandorf erlebt im Herbst den ‚Nordgautag der Einheit'".

[140] Sammlung Kaschel, Aktionskomitee Nordgautag 1970, Informationsblatt 1 vom April 1970; folgendes nach ebenda.

amte, Richter und Wirtschaftsführer des Dritten Reiches an zentralen Schaltstellen der westdeutschen Gesellschaft zu finden, wo sie versuchten, ihre Traditionen aufrecht zu erhalten, ihre rechten Ordnungsvorstellungen weiterzuvermitteln und sich von neuem zu organisieren.[141] Es bestehe die Gefahr, daß die oberpfälzische Kulturpflege umschlage in „Selbstverherrlichung" und „Ignoranz". Von dort, so die Warnung des Aktionskomitees, sei es nur noch ein kurzer Weg „zum Haß und zur Unterdrückung anderer Völker". Auch die „Heimattümler" sollten endlich erkennen, daß das Egerland zum tschechoslowakischen Staatsgebiet gehöre. Solche deutlichen Worte war man in Schwandorf und Umgebung nicht gewohnt. Es gab allerdings auch gute Gründe für die heftigen Attacken: Ehrenpräsident und Initiator des Nordgautages war der Dichter und Mediziner Heinz Schauwecker – ein Mann mit zwei Gesichtern. In der Oberpfalz war der 1884 in Regensburg geborene Kaufmannssohn eine feste Institution. 1928 hatte er die Oberpfälzische Arbeitsgemeinschaft des Nordgautages initiiert[142], dem er bis 1960 vorstand.[143] 1952 erhielt er für seine Heimatgedichte den Nordgaudichterpreis, 1960 den ostbayerischen Kulturpreis, er war Redakteur der Heimatzeitschrift „Die Oberpfalz" und Mitarbeiter des „Heimaterzählers", der regionalhistorischen Beilage des Schwandorfer Tagblattes. Zudem war der mehrfache Ehrenbürger einer breiten Öffentlichkeit als Aktivist des Bayerischen Roten Kreuzes bekannt.[144] Weniger bekannt war das, was die SAS zu Tage brachte: daß Schauwecker als Brigadearzt beim Freikorps Epp und in der völkischen Bewegung der zwanziger Jahre aktiv gewesen war. Sein dichterisches Werk war gespickt mit nationalistischen, antidemokratischen und antisemitischen Phrasen.[145] Nach der Machtergreifung machte Schauwecker auch kein Hehl aus seiner Gesinnung und legte zusammen mit 87 weiteren deutschen Schriftstellern ein „Treuegelöbnis" auf Adolf Hitler ab. Im November 1938 erschien in einer der von ihm betreuten oberpfälzischen Heimatzeitschriften sein persönliches Glaubensbekenntnis auf den „Führer":

„Wo immer im Wald die Jungen und Alten
dem Herrgott zu danken die Hände falten
aus jedem Gebet eine Bitte spricht –
sie kleidens in tönende Worte nicht,
aber ihre Herzen stammelns in heißem Drang:
Gott segne den Führer sein Leben lang!"[146]

Schauwecker gehörte nicht zur ersten Garde der NS-Schriftsteller. Aber das Aktionskomitee hatte mit der Veröffentlichung der frühen Schriften Schauweckers ein

[141] Schwandorfer Tagblatt vom 16. 4. 1970: „Der Nordgautag und seine geistigen Väter – eine Analyse".
[142] Vgl. zur Motivation Heinz Schauwecker, Nordgautag 1932, in: Die Oberpfalz 26 (1932), S. 149–153.
[143] Heinz Schauwecker, geb. am 10. 10. 1884, gest. am 4. 6. 1977, Studium der Medizin in Erlangen; vgl. ausführlich zur Biographie Friedrich Arnold (Hrsg.), Der bayerische Nordgau: Festgabe zum 60. Geburtstag des Schirmherrn der Nordgaubewegung Regierungspräsident Dr. Josef Ulrich und des Dichterarztes Dr. Heinz Schauwecker, Amberg 1954.
[144] Vgl. dazu beispielsweise Schwandorfer Tagblatt vom 11. 10/12. 10. 1969: „Dr. Heinz Schauwecker ist 75".
[145] Vgl. Heinz Schauwecker, Das neue Teufelaustreiben, ein kräftiger Exorcismus gegen die sieben schlimmsten Teufel, München 1923; ders. Deutsche Gedichte, Nürnberg 1923.
[146] Heinz Schauwecker, „Dank", in: Die Oberpfalz, November 1938, S. 205.

Tabu gebrochen, das unangenehme Fragen nach der „braunen“ Vergangenheit eines honorigen Mitglieds der oberpfälzischen Heimatbewegung provozierte und auch implizit die Legitimität der sudetendeutschen Gebietsansprüche und die konservative Heimatrhetorik in Frage stellte. Deshalb fielen die Reaktionen der verantwortlichen Politiker und Organisatoren des Nordgautages so heftig aus; sie sahen ihre gesamte Veranstaltung an den Pranger gestellt. „Alles dummes Gerede“, urteilte der Amberger Oberbürgermeister Wolf Steiniger.[147] Es ärgere ihn maßlos, wie diese jungen Leute mit dem verdienten Oberpfälzer umgingen, und auch die örtliche Presse ließ an der „Methode sogenannter Vergangenheitsbewältigung“ kein gutes Haar. Der angegriffene Schauwecker meldete sich ebenfalls zu Wort, ohne aber zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen.[148] Er attackierte dagegen „die kleine Zahl jugendlicher Wirrköpfe und Wichtigtuer, die wohl zu den unguten Nebenerscheinungen unserer Zeit“ gehörten. Ihr „aus Heimatferne geborener Angriff“ entbehre jeder Grundlage, sei bösartig und wahrheitswidrig. Der Nordgautag sei keine politische Veranstaltung, sondern ein „kulturelles Hochfest auf dem historischen bayerischen Nordgau“, dem es um die „Pflege, Erhaltung und Förderung der angestammten Kultur“ gehe. Denn „der heimatbewusste Mensch ist seit jeher der treueste Staatsbürger“.

Es gab aber auch zurückhaltendere Töne wie die des Schwandorfer Oberbürgermeisters Pichl, der zwar die Vorwürfe zurückwies, mit den Vertretern des Aktionskomitees aber immerhin diskutieren wollte.[149] Einschüchtern ließ sich die Gruppe von all dem nicht. Im Gegenteil. Inzwischen hatten sich nämlich auch die Jusos dem Widerstand gegen den Nordgautag angeschlossen. Bis dahin waren sie die „parteitreue“ Nachwuchsorganisation der SPD gewesen, von der Franz Sichler so geschwärmt hatte. 1970 aber, nach einer Welle von Neueintritten, dominierte eine neue und selbstbewußte Generation aus Gymnasiasten, Berufsschülern und Studenten, die die Jusos aus ihrem „Dornröschenschlaf“ rissen und aus der treuen Parteijugend innerhalb kürzester Zeit einen radikalsozialistischen Richtungsverband formten. Sie boten dem „Aktionskomitee“ zunächst nur die Plattform für ihre Agitation gegen die „faschistoiden Tendenzen“ des Nordgautages[150], schließlich verschmolzen aber beide Gruppen, und der SPD-Nachwuchs wurde sehr zum Ärger der Mutterpartei selbst zur Speerspitze des Protests.[151] Vom SAS, dessen Mitglieder im Sommer 1970 beinahe geschlossen in die Jusos eingetreten waren, hatte sich die Schwandorfer SPD schon frühzeitig distanziert. Jetzt empörten sich vor allem die sudetendeutschen Sozialdemokraten über das Verhalten der Jusos und ihre Kritik am Nordgautag, der für viele von ihnen ein wichtiger Festakt war, an dessen Gestaltung sie aktiv mitwirkten und dessen Intention sie nachdrücklich unterstützten. Für sie blieb es unerklärlich, daß sich der eigene Nachwuchs gegen sie und ihre stolze Vergangenheit stellte.

[147] Nabtal-Kurier vom 14. 4. 1970: „Kritik an den Gegnern des Nordgautages“.
[148] Heinz Schauwecker, Zum 18. Nordgautag in Schwandorf, in: Der Egerländer, Juni 1970, S. 107.
[149] Schwandorfer Tagblatt vom 29. 5. 1970: „Nordgautag in alter Tradition mit neuen Akzenten“.
[150] Schwandorfer Tagblatt vom 16. 4. 1970: „Der Nordgautag und seine geistigen Väter – eine Analyse“.
[151] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, OV 1970–1973, Franz Sichler an Willi Faltenbacher, Vizepräsident für den Nordgautag im Oberpfälzischen Kulturbund, vom 13. 5. 1970.

Eines erreichte die „Jugend contra Nordgau" mit ihrem öffentlichkeitswirksamen Protest bereits nach kurzer Zeit: Die Organisatoren des Nordgautages sahen sich bereits veranlaßt, die protestierende Jugend einzuladen, um über den Sinn des Nordgautages und die zukünftige Gestaltung der Kulturarbeit zu diskutieren.[152] Eine Veränderung des Programms lehnte man aber ab.[153] Deshalb ließen Jusos und SAS auch nicht locker. Klaus Kaschel hatte inzwischen Kontakt mit der „Demokratischen Aktion" in München aufgenommen, einer Vereinigung von Studenten, Journalisten und linken Intellektuellen im Umfeld der Münchner APO, die ihnen bei weiteren Recherchen über das politische Umfeld des Nordgautags helfen sollte.[154] Sie fanden tatsächlich heraus, daß Schauwecker nach 1945 Mitglied des rechtsradikalen „Deutschen Kulturwerks Europäischen Geistes" gewesen war und in seinen Gedichten noch in den sechziger Jahren einem aggressiven Nationalismus huldigte, der im fundamentalen Widerspruch zum selbst gesteckten Ziel des Nordgautages, der „Aussöhnung mit dem Osten" stand.[155]

Zeitgleich zu den Feierlichkeiten planten Jusos und SAS ein gemeinsames Aktionswochenende gegen den Nordgautag.[156] Zuerst wollten sie während der Totenehrung demonstrieren, Flugblätter gegen die „revanchistische" Veranstaltung verteilen und eine Gegenkundgebung durchführen. Dafür mobilisierten sie in ganz Ostbayern und machten so innerhalb kürzester Zeit aus dem lokalen einen überregionalen Protest.[157] In der Regensburger Juso-Zentrale rannten die Schwandorfer Jusos offene Türen ein, da es auch dort ähnlich wie auf Bundesebene im Frühjahr 1970 eine radikale „Linkswende" gegeben hatte und der gemäßigte Vorsitzende Schaub aus seinem Amt verdrängt und durch Exponenten des linken Parteiflügels ersetzt worden war.[158]

Als der Nordgautag am 10. September in Schwandorf begann, kam es zwar zu den erwarteten Protesten der Jusos, die befürchteten Auseinandersetzungen blieben aber weitgehend aus. Heinz Schauwecker sagte seine Lesung ab und gab so den Jusos keine Möglichkeit, seine Veranstaltung zu stören. Auch die geplante Gegendemonstration entfiel, weil die Organisatoren schneller gewesen waren und die umstrittene Totenehrung vorverlegt hatten. Was blieb, war die Verteilung von Flugblättern, auf denen die Jusos die Schwandorfer Bevölkerung aufforderten, dem Nordgautag fernzubleiben. Scharf kritisierten sie darin ihre eigene Stadtratsfraktion, da diese zugestimmt hatte, „den Tag des Revanchismus" mit 6000 DM aus dem Stadtsäckel zu bezuschussen.[159] Klaus Kaschel trug zum wiederholten Mal seine Kritik vor und schreckte auch nicht davor zurück, Arbeitsminister Pirkl bei einer Podiumsdiskussion anzugreifen, weil sich die bayerische Staatsregierung nicht vom Nordgautag distanziere.[160]

[152] Nabtal-Kurier vom 26. 5. 1970: „Oberpf. Kulturbund mehr als Tradition mit neuem Namen".
[153] Schwandorfer Tagblatt vom 30. 6. 1970: „So wird der 18. Nordgautag ablaufen".
[154] Sammlung Kaschel, Kurt Hirsch an den Sozialistischen Arbeitskreis Schwandorf vom 20. 5. 1970.
[155] Sammlung Kaschel, Flugblatt des SAS und der Jungsozialisten Schwandorf zum 18. bayerischen Nordgautag (undatiert, Juli/August 1970).
[156] Sammlung Kaschel, Einladungsschreiben des 2. Bezirksvorsitzenden der Jusos Niederbayern/Oberpfalz Berndt Fischer (undatiert, vermutlich August 1970).
[157] Amberger Zeitung vom 22. Juni 1970: „Amberger Jungsozialisten entwickeln neue Initiativen".
[158] Donaubote vom 5. 5. 1970: „Jusos gegen Politik des ‚über Daumen peilen'".
[159] Regensburger Woche vom 17. 9. 1970: „Schwandorf schwelgt in Heimat".
[160] Schwandorfer Tagblatt vom 12. 9. 1970: „Nordgaugespräch mit der Jugend war einen Versuch wert".

Als das Kulturfest nach drei Tagen mit dem traditionellen Festumzug endete, gingen die jungen Sozialisten als Punktsieger aus der Konfrontation mit den Honoratioren und Parteigenossen hervor. Sie hatten der Region eine Debatte über die NS-Vergangenheit und eine überfällige Diskussion über die angesichts der Ostpolitik angemessene Form von Heimat- und Kulturpflege aufgezwungen. Selbst die jusokritische Schwandorfer Tagespresse mußte zumindest zugeben, daß Korrekturen an gängigen Heimatbildern notwendig waren, „wenn diese nicht mehr mit unserer Zeit Schritt“ hielten.[161] Mindestens genauso wichtig war aber, daß sich die Jusos und der SAS als schlagkräftiges Bündnis mit eigenem politischen Profil erwiesen hatten. Aus einer unbekannten Schülergruppe war ein politischer Faktor geworden, der mit den Jusos Einfluß auf die Stadtpolitik zu üben begann. Im Konflikt um den Nordgautag erprobte der SPD-Nachwuchs zum ersten Mal neue politische Aktionsformen und suchte gezielt die Konfrontation mit der Mutterpartei. Die innerparteiliche Dynamik, die aus der Mobilisierung des Widerstands gegen den Nordgautag entstand, kann kaum überbewertet werden. Man konnte nicht nur in der Freien Universität in Berlin gegen das „System“ und seinen autoritären Charakter demonstrieren. Neue gesellschaftspolitische Deutungsmuster und Begriffe gewannen dabei an Raum; der „Faschismus“ schien ebenso allgegenwärtig wie die bereits seit der Schulzeit bekannten Kategorien der „Entfremdung“ und „Manipulation“. Diese neue Generation klopfte jetzt an die Tür der SPD, und noch wußte die Partei nicht genau, wie sie mit den jungen Leuten umgehen sollte, denen es weder an Selbstbewußtsein noch an Radikalität oder Tatendrang mangelte. Sollte sie es gutheißen, wenn sich die Jusos in zivilem Ungehorsam übten und mit anderen Gruppen dazu aufriefen, eine NPD-Wahlkampfveranstaltung zu stören und mit einem „Sit-in“, dem ersten in der Schwandorfer Stadtgeschichte, den Marktplatz zu blockieren?[162] Für gestandene Sozialdemokraten war diese Frage nicht leicht zu beantworten.

Die Jusos störte das wenig. Sie bauten eine organisatorische Struktur auf, damit die zahlreichen neuen Mitglieder besser vernetzt werden konnten. Sie wollten als „gärendes Element“ in der SPD wirken. Das forderte jedenfalls der Juso-Kreisvorsitzende, der 27jährige Jurastudent Dietmar Zierer.[163] Man wollte auf Vereine und Verbände zugehen, die Interessen der Jugend vertreten und auf gesellschaftliche Mißstände hinweisen. In der Theorie klang das überzeugend und überfällig; was aber geschah in der Praxis?

„Randgruppenstrategie“ und „Heimkampagnen“

Nicht weit von Schwandorf entfernt lag das Jugendheim Charlottenhof. Seit 1955 arbeiteten dort in der Trägerschaft der „Nürnberger Nothilfe“, einem Gliedverband der Caritas, Heimerzieher mit männlichen Jugendlichen, die in „ihrer körperlichen, geistigen oder seelischen Entwicklung zurückgeblieben“ waren, aber „bei entsprechender individueller Behandlung und Anleitung“ wieder in den Er-

[161] Schwandorfer Tagblatt vom 16. 9. 1970: „Nach dem Nordgautag“.
[162] Nabtal-Kurier vom 22. 9. 1970: „Geschlossener Protest zwang NPD-Veranstaltung zum Rückzug“.
[163] Burglengenfelder Zeitung vom 22. 4. 1970: „Juso-Kreisverband will ‚gärendes Element‘ der SPD sein“.

werbsprozeß integriert werden sollten.[164] Schon seit längerer Zeit hielten sich aber hartnäckig Gerüchte, im Charlottenhof würden Jugendliche zur Bestrafung von der Heimleitung geprügelt.

Klagen über veraltete pädagogische Konzepte, Personalmangel und überfüllte Heime gab es aus beinahe allen bayerischen Regierungsbezirken[165], aber erst seit einigen spektakulären „Heimkampagnen"[166] der APO Ende der sechziger Jahre rückten die zum Teil katastrophalen Zustände in Jugend- und Erziehungsheimen in den Blickpunkt einer breiteren politischen Öffentlichkeit. Die Fürsorgeanstalten sollten nach dem Willen der linken Studenten und Pädagogen der Ausgangspunkt für eine „Revolutionierung des Erziehungswesen"[167] sein. Sie sollten zerschlagen, die Insassen aus den autoritären Zwängen befreit und ihr bislang unbewußtes Protestpotential in aktive Gegenwehr gegen den kapitalistischen Ausbeuterstaat und dessen Institutionen umgeformt werden.[168] Das sozial auffällige Verhalten schwererziehbarer Jugendlicher erschien so auch nicht mehr als pädagogisches, sondern als ein Problem der Klassenverhältnisse und der Deformierungen des bürgerlichen Staates. Die Randgruppen wurden für manche APO-Anhänger – zumindest für einen kurzen Augenblick – zum revolutionären Ersatzobjekt, nach dem die Agitation vor den Werkstoren der Arbeiterklasse fehlgeschlagen war.[169]

In München forderten 1969 APO-Aktivisten jugendliche Heiminsassen dazu auf, zu fliehen und in den Wohngemeinschaften der Studenten unterzutauchen.[170] In Schwandorf wählten die Jusos 1970 einen anderen Weg. Sie gingen den Gerüchten über die Übergriffe der Heimleitung des Charlottenhofs nach, trafen sich mit Jugendlichen und ehemaligen „Schützlingen" der Anstalt, interviewten sie und veröffentlichten anschließend eine eigene Dokumentation der Vorfälle. Ähnlich wie bei ihrem Protest gegen den Nordgautag waren auch diesmal die recherchierten Belege kaum zu widerlegen; ihre Aktion war besser vorbereitet als die der APO-Studenten in der Landeshauptstadt und geschickt in der Öffentlichkeit plaziert. Die Ergebnisse ihrer Recherche waren schockierend: Jugendliche berichteten von regelmäßigen Übergriffen der Erzieher.[171] Nach deren Aussagen gab es

[164] Zit. nach: Sammlung Kaschel, Sozialistischer Arbeitskreis Schwandorf, Juso Schwandorf (Hrsg.), Dokumentation Jugendheimstätte Charlottenhof bei Schwandorf und Erziehungsheim Freihöls, (undatiert, um Oktober/November 1970).

[165] Dazu vor allem Wilfried Rudloff, Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und Subkulturen 1949 bis 1973, in: Schlemmer, Woller (Hrsg.), Gesellschaft, S. 347–467, bes. S. 415–425.

[166] Christian Schrapper, Voraussetzungen, Verlauf und Wirkungen der „Heimkampagnen", in: Neue Praxis 20 (1990), S. 417–428.

[167] Flugblatt „Aktion Südfront" (München), in der LMU-München, zit. nach Rudloff, Schatten, S. 416.

[168] Eines der bekanntesten Projekte ist Ulrike Meinhof, Bambule. Fürsorge, Sorge für wen?, Berlin 1971.

[169] Vgl. zur sog. „Randgruppenstrategie" Albrecht von Bülow, Heimerziehung in der Bundesrepublik. Zum Wandel der Konzepte stationärer Erziehung, München 1987, S. 22 ff; Susanne Karstedt, Soziale Randgruppen und soziologische Theorie, in: Manfred Brusten, Jürgen Hohmeier (Hrsg), Stigmatisierung. Zur Produktion gesellschaftlicher Randgruppen, Bd. 1, Neuwied, Darmstadt 1975.

[170] Dazu vor allem Rudloff, Schatten; Der Spiegel Nr. 40 vom 30. 9. 1969: „An der Südfront".

[171] Sammlung Kaschel, Sozialistischer Arbeitskreis Schwandorf, Juso Schwandorf (Hrsg.), Dokumentation Jugendheimstätte Charlottenhof bei Schwandorf und Erziehungsheim Freihöls, (undatiert, August/September 1970), S. 4.

bereits bei „kleinsten Anlässen“ Schläge mit Stöcken, Nudelhölzern oder Gartengeräten. Körperliche „Züchtigung“, finanzielle Strafmaßnahmen und öffentliche Demütigungen gehörten zum festen Sanktionskatalog bei Verstößen gegen die Hausordnung oder Protesten gegen die Erzieher: „Ein Junge mußte als Strafe den Hauptgang des Wohnheimes mit einer Zahnbürste schrubben“, teilte einer der Heimjungen mit. Briefe und Päckchen wurden geöffnet, der Postausgang unterlag einer rigiden Kontrolle der Erzieher, die nur in Ausnahmefällen eine pädagogische Ausbildung besaßen. Viele Jugendlichen klagten über die mangelhafte medizinische Versorgung und schlechtes Essen. Die Schlafstellen waren kahl, die Gemeinschaftsräume triste, und persönliche Rückzugsräume fehlten gänzlich. Wer es wagte, seinen Unmut zu artikulieren und gegen die Zustände zu protestieren, wurde von der Heimleitung in das benachbarte, halboffene Erziehungsheim Freihöls gebracht, dessen Träger ebenfalls die „Nürnberger Nothilfe war.“ Nach Informationen der Jusos waren die Zustände hier noch schlimmer. Im Winter wurden die Räume nicht geheizt, die Jugendlichen mußten in Holzschuhen schwere körperliche Arbeit verrichten, und die Kleidung bestand „aus Lumpen und abgetragenen Armeeklamotten“. In ihrem Bericht hieß es:

„Derjenige, der keine rechte Arbeitslust zeigt, erfährt abends eine Spezialbehandlung durch Neugebauer [einer der Erzieher]. Dieser schlägt demjenigen bei der abendlichen Bettkontrolle solange mit der Taschenlampe ins Gesicht, bis er blutet. Für die Neuzugänge gibt es die sogenannte ‚Rangerausbildung‘. Der Neuling wird von einigen Zöglingen gehalten, der Stärkste von ihnen schlägt dann wahllos auf ihn ein. Diese Methode wird von Neugebauer sanktioniert.“[172]

Für die Jusos war die Sache klar: Sie forderten eine sofortige Schließung der Heime, die Entlassung aller gewalttätigen Erzieher, die Bildung eines Heimrates aus den jugendlichen Heimbewohnern und die ärztliche Untersuchung der Jugendlichen, und auch der Staatsanwalt sollte eingeschaltet werden.[173] Eine Zeitung griff die Vorwürfe auf und brachte unter der spektakulären Überschrift „Wir fühlen uns wie in der Hölle“ eine großaufgemachte Geschichte über das Jugendheim Charlottenhof, die sich weitgehend auf die Recherchen der Jusos stützte und mit der Heimleitung hart ins Gericht ging.[174] Die Zustände in der Schwandorfer Erziehungsanstalt wurden so zu einem öffentlichen, bayernweit für Aufsehen sorgenden Thema, das zu hitzigen Diskussionen zwischen Aufsichtsbehörden, Heimleitung, Kommunalpolitikern und Jusos führte. War im Charlottenhof wirklich geprügelt worden oder waren die Vorwürfe nichts als „niederträchtige“ Demagogie wildgewordener APO-Aktivisten?[175] Der SPD-Landrat Hans Schuierer, selbst noch nicht lange dem Juso-Alter entwachsen, wies die Vorwürfe energisch zurück. Er hielt die Kampagne der Jusos für überzogen und unsachlich: „Wir sollten den Erziehern, die viel für die jungen Leute tun, den Rücken stär-

[172] Sammlung Kaschel, Sozialistischer Arbeitskreis Schwandorf, Juso Schwandorf (Hrsg.), Dokumentation Jugendheimstätte Charlottenhof bei Schwandorf und Erziehungsheim Freihöls, (undatiert, August/September 1970), S. 8.

[173] Sammlung Kaschel, Resolution zur Behebung der fürchterlichen Mißstände in Charlottenhof und Freihöls (undatiert, vermutlich im Oktober 1970).

[174] AZ-Nordbayern vom 1. 10. 1970: „Wir fühlen uns wie in der Hölle“.

[175] SZ vom Dezember 1970: „In gesunder Waldluft Geldstrafen und Schläge“.

ken"[176], meinte er und stellte sich demonstrativ vor die Heimleitung. Er habe mit den Jugendlichen gesprochen, und keiner habe über körperliche Mißhandlungen geklagt, berichtete Schuierer vor dem Jugendwohlfahrtsausschuß des Kreistages, der eigens zusammengetreten war, nachdem in anderen Zeitungen des Landkreises ebenfalls über die Vorwürfe der Jusos berichtet worden war.[177] Der SPD-Landrat konnte sich dabei der parteiübergreifenden Zustimmung zu seiner Haltung sicher sein. Selbst wenn es Ohrfeigen gegeben haben sollte, so einer der Kreisräte, würden diese nicht unbedingt schaden. Schließlich sei ihm ein Fall bekannt, bei dem erst einige Schläge einen jungen Mann wieder auf den „rechten Weg" gebracht hätten.

Daß dieses pädagogische „Konzept" bei den jungen Leuten aus der SPD und ihrem Umfeld nicht viel Anklang fand, stand außer Frage. Mit schönen Worten wollten sie sich nicht vertrösten lassen. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, bedienten sie sich deshalb einer Aktionsform, wie sie schon in München, Nürnberg und in anderen größeren Städten von der APO ausprobiert worden war: des „Go-in". Jusos, SAS und Sozialarbeiter des reformpädagogischen „Nürnberger Verein für fortschrittliche Erziehung" machten sich an einem Oktobersonntag im Jahr 1970 auf zum Charlottenhof, um den Direktor zur Rede zu stellen und mit den Jugendlichen über die Situation in der Erziehungsanstalt zu diskutieren.[178] Die Veranstaltung fand unter großem Polizeiaufgebot statt, man traute den „oberpfälzischen Tupamaros" offenkundig einiges zu. Heimleiter Feistner mußte erstmals öffentlich über seine pädagogische Arbeit und die Behandlung der Jugendlichen Auskunft geben. Tatsächlich war es zu Übergriffen gekommen. Manchmal habe es „Kopfnüsse" gegeben, räumte er ein, aber „seine Jungs" verstünden seine Strafmaßnahmen. Als Entschuldigung führte Feistner nicht eine verfehlte Pädagogik oder die mangelhafte Kompetenz seiner ungeschulten Mitarbeiter an, sondern den Personalmangel, der die Erzieher einer extremen Belastung aussetze und der für das Fehlverhalten verantwortlich sei.

Die Dokumentation der Schwandorfer Jusos löste eine Lawine los. Auf Parteiveranstaltungen und in der „Bild-Zeitung" wiederholte der Juso-Kreisvorsitzende Zierer die Vorwürfe gegen die Heimleitung[179], die inzwischen auch von den zuständigen staatlichen Stellen, dem bayerischen Arbeits- und Sozialministerium und dem Sozialreferat der Regierung der Oberpfalz, überprüft wurden[180], wo man ebenfalls aufmerksamer geworden war. Auch hier hatte die Initiative der Jusos Früchte getragen. Das traditionelle Konzept „anstaltsmäßiger Zwangssozialisation"[181] in der Jugendpflege galt unter Pädagogen wie Politikern seit den frühen siebziger Jahren als reformbedürftig. Der Protest der Jusos gab den Anstoß für die überfällige Diskussion über die Zustände in den Schwandorfer Heimen. Es war aber nicht zu übersehen, daß sich die Kritik, die zunächst nur auf die beiden

[176] Mittelbayerische Zeitung vom 23. 10. 1970: „Der Jugendwohlfahrtsausschuß wird in Charlottenhof tagen".
[177] Burglengenfelder Zeitung vom 10./11. 10. 1970: „Großer Wirbel um ‚Methoden' in der Jugendheimstätte Charlottenhof entstanden".
[178] AZ-Nordbayern vom 12. 10. 1970: „Was war hier los, Herr Direktor?"; folgendes nach ebenda.
[179] Bild-Zeitung vom 10. 11. 1970: „Fausthiebe und Geldstrafen".
[180] Die Woche vom 19. 11. 1970: „Folgen eines Dokuments".
[181] Vgl. Rudloff, Schatten, S. 421.

Einrichtungen Charlottenhof und Freihöls beschränkt geblieben war, im Laufe der Auseinandersetzung erheblich radikalisiert hatte. Nach der „Linkswende“ sahen die Jungsozialisten im Streit um die Erziehungsheime immer häufiger einen Teil eines Gesellschaftskonflikts, der nach strukturellen Reformen rief. Anfangs war es um die Absetzung prügelnder Erzieher und die Beseitigung offensichtlicher Mißstände gegangen. Jetzt, Ende 1970, ging es um „die Ursache der Misere“[182]:

„Die fürchterlichen Mißstände in der ‚Fürsorge‘-Erziehung (das Wort spricht für sich), für die Charlottenhof und Freihöls nur Beispiele sind, enthüllen das spätkapitalistische System vollständig, ein System, das auf der ‚Logik des Profits‘ gründet. Das heißt, es werden nur solche Bereiche unterstützt und gefördert, die einen möglichst hohen Gewinn abwerfen. [...] Die Jungsozialisten Schwandorf, die DGB-Jugend und Die Falken werden nach dem Ende der Kampagne gegen Charlottenhof und Freihöls eine permanente Diskussion über die Belange des Gemeinwohls entfachen. Dazu gehören: soziale Gerechtigkeit, bessere Versorgung der Kranken und Alten, Sozialreform, Wissenschaftsplanung, Naturschutz, Luft- und Wasserreinigung, Raumordnung, Bekämpfung des fürchterlichen Miet- und Bodenpreiswuchers.“

Das Dokument war in mehrerer Hinsicht bemerkenswert. Es zeigte, daß zum Faschismus- und Manipulationsbegriff jetzt noch ein dritter hinzugekommen war: Das Schlagwort vom „Spätkapitalismus“.[183] Mit Hilfe antikapitalistischer Strukturreformen und durch die „Basismobilisierung“ entfremdeter und manipulierter Jugendlicher aus den Heimen sollte das herrschende System transformiert werden. Ziel, so formulierten die Jusos an anderer Stelle, war die „Ablösung der Fremdbestimmung durch Selbstorganisation der abhängig Beschäftigten“.[184] Alle drei Begriffe zusammen bildeten das theoretische Korsett der jungsozialistischen Weltsicht und ein Analyseinstrumentarium, mit dessen Hilfe alle sozialen und ökonomischen Konflikte der Vergangenheit und der Gegenwart gedeutet werden konnten. Kaum eine Rede, in der die Begriffe nicht in unterschiedlichen Variationen und in unterschiedlichen Zusammenhängen eingesetzt worden wären. In sich waren sie äußerst widersprüchlich, sie boten aber gerade durch ihren unpräzisen Charakter eine hervorragende rhetorische Waffe, die vor allem in der innerparteilichen Auseinandersetzung herangezogen werden konnte.[185] Diese jugendliche Emanzipation unter dem Deckmantel der Sozialdemokratie war zu Beginn des Jahres 1970 noch nicht voll zur Entfaltung gekommen, die Wirkung aber, die mit dem Protest gegen den Nordgautag und vor allem den Charlottenhof erzielt worden war, überraschte selbst viele Jusos. Das Medienecho auf ihre Dokumentation

[182] Sammlung Kaschel, Stellungnahme der Schwandorfer Jusos, des DGB-Kreisjugendausschusses und der Falken zum „Fall“ Charlottenhof und Freihöls (undatiert, vermutlich November/Dezember 1970); folgendes nach ebenda.

[183] Vgl. dazu auch Sulzbach-Rosenberger Zeitung vom 18. 3. 1970: „Spätkapitalistisches System radikal umfunktionieren“; außerdem: Außerordentlicher Bundeskongreß der Jungsozialisten in Hannover 11./12.12. 1971, Bundesvorstand der Jungsozialisten, Analyse der ökonomischen Verhältnisse in der Bundesrepublik, in: Freimut Duve, Der Thesenstreit um „Stamokap“. Dokumente zur Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek bei Hamburg 1973, S. 15–44.

[184] Beiträge zur Theoriediskussion, hrsg. von Georg Lührs, Berlin 1973, S. 199f.

[185] Vgl. zu den theoretischen Grundlagen auch Helga Grebing, Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II, in: dies. (Hrsg.) Geschichte der sozialen Ideen, Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S. 355–595, hier S. 470–481.

war wohlwollend, wie überhaupt die Jusos zu einem „medialen" Ereignis wurden. Schließlich kamen auch die Behörden zu dem Ergebnis, daß ein Teil der Juso-Kritik berechtigt war; sie schlossen die Fürsorgeanstalt in Freihöls und modernisierten den Charlottenhof.[186] Mit ihrer Fundamentalkritik machten sie auf gravierende Modernisierungsdefizite der Heimerziehung aufmerksam, deren Ausstattung und Personal nicht mit den veränderten Bedürfnissen und Wertvorstellungen des westdeutschen Sozialstaates Schritt gehalten hatten. Selbst wenn es einige SPD-Politiker gab, die die Juso-Kritik für übertrieben hielten, dürfte die Partei doch mit einem gewissen Stolz auf die Jusos und ihre erfolgreiche „Heimkampagne" geblickt haben, die dem SPD-Nachwuchs eine breite Welle der Sympathie bescherte.

Die Jusos und der „Osten"

Das galt für andere Politikfelder nicht in gleicher Weise. Auf Bundesebene gab es spätestens seit dem Münchner Kongreß heftige Auseinandersetzungen zwischen den Jusos und der Mutterpartei über die antikapitalistischen Thesen des SPD-Nachwuchses. War der Weg zum demokratischen Sozialismus tatsächlich, wie die Jusos meinten, nur über „systemverändernde Reformen", über die „Abschaffung der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel durch die gesellschaftliche Verfügungsgewalt" möglich?[187] War es deshalb nicht auch nötig, sich verstärkt in der Theorie und Methode des „wissenschaftlichen Sozialismus" zu schulen, um dem bürgerlichen Staat die Maske herunterzureißen und dessen häßliches, spätkapitalistisches Gesicht zu erkennen? Mußte es nicht in Zukunft eine neue Zusammenarbeit mit den Genossen im Osten geben, um den „Weltfrieden" zu sichern? Schon 1965 hatte eine Resolution des Juso-Bundeskongresses in Mannheim für Empörung gesorgt, die im Hinblick auf das deutsch-deutsche Verhältnis von „zwei deutschen Staaten mit unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung" sprach, die Regierung Erhard zum Verzicht auf den westdeutschen Alleinvertretungsanspruch aufforderte und für enge Kontakte zwischen Jusos und der FDJ eintrat.[188] Damals hatten wichtige Bezirksverbände aus Protest gegen den deutschlandpolitischen Kurswechsel die Versammlung verlassen und damit die Beschlußfähigkeit aufgehoben. 1970 war diese Position Mehrheitsmeinung geworden. Zahlreiche Juso-Delegationen fuhren nach Ost-Berlin, Neubrandenburg oder Dresden, um sich mit der FDJ zum Gedankenaustausch unter „sozialistischen Brüdern" zu treffen, und auch ein „inoffizielles" Treffen mit Walter Ulbricht am 17. Juni 1970, also am Tag des Arbeiteraufstandes von 1953, wurde von der Mehrheit des Juso-Bundesausschusses gegen den Willen der SPD-Spitze befürwortet.[189] Nicht, daß sie in der DDR eine überzeugende Alternative zum „bürgerlichen Staat" sahen, doch gab es sicher viele junge SPD-Mitglieder, die in

[186] Mittelbayerische Zeitung vom 5. 1. 1971: „Kritische Stimmen zur Situation in Charlottenhof".
[187] Vgl. dazu beispielsweise die Titelgeschichte in: Der Spiegel, Jungsozialisten in der SPD. Konflikt in der SPD, 10/1971, S. 21–33.
[188] Zit. nach Lösche, Walter, SPD, S. 270.
[189] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 42, Protokoll der Juso-Bundesvorstandssitzung vom 27./28. 6. 1970 in Hannover.

Ulbrichts Staat zumindest einen „realsozialistischen Pfahl im kapitalistischen Fleisch"[190] zu erkennen glaubten.

Auch die Amberger Jusos, an deren Spitze inzwischen mit Dieter Meiller und Bernd Fischer zwei Studenten standen, waren nicht frei von solchen Empfindungen. Die beiden Studenten fanden deshalb in den eigenen Reihen große Unterstützung für ihre Idee, im Frühjahr 1970 anläßlich von Lenins 100. Geburtstag zusammen mit Vertretern der FDJ im IG Metall-Jugendheim Sulzbach-Rosenberg ein Seminar über Leben und Werk des russischen Revolutionärs zu organisieren.[191] Ein „ideologischer Arbeitskreis" beschäftigte sich auf ihre Initiative hin bereits seit geraumer Zeit mit den Grundlagen des Marxismus. Nun wollten sie versuchen, den Leninismus von „zwei Seiten" zu untersuchen. Dafür waren ein Vertreter des SHB, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes, und „Gäste" aus der DDR vorgesehen, die Fischer bei einer Diskussionsveranstaltung kennengelernt hatte. Die Kontakte zwischen Jusos und FDJ-Vertretern gab es bereits seit längerer Zeit, und schon im Vorfeld des Seminars hatten beide Seiten verabredet, daß eine Juso-Delegation in die DDR fahren und sich über die Arbeit der SED-Jugendorganisation, das Bildungswesen und die Frage der Mitbestimmung in sozialistischen Betrieben informieren sollte.[192] Bei der Schulung in Sulzbach-Rosenberg ging es nicht nur um Theorie und Geschichte des Leninismus, sondern auch um die „Bedeutung der Aktionseinheit von Kommunisten und Sozialdemokraten". Das war ein überaus heikler Punkt, der in fundamentalem Widerspruch zur offiziellen Parteilinie stand. Es war schon fragwürdig genug, daß die sozialdemokratische Jugendorganisation sich in marxistisch-leninistischer Theorie von der FDJ schulen lassen wollte; die Frage der „Aktionseinheit" überschritt aber für viele Sozialdemokraten die Grenze des Zumutbaren.

Die führenden Parteifunktionäre erfuhren erst über Umwege von dem Inhalt des Seminars. Bezirksgeschäftsführer Franz Sichler geriet sofort in helle Aufregung. Eine Zusammenarbeit von Jusos und FDJ bedeutete nicht nur einen schweren Verstoß gegen das historische Erbe der Sozialdemokratie, sondern war angesichts der bevorstehenden Landtagswahl im Jahr 1970 ein kaum zu überbietender taktischer Fehler. Die CSU hätte sich freudig die Hände gerieben und ihre diffamierenden antisozialistischen Wahlkampfattacken bestätigt gefunden. Lenin in der Oberpfalz – das paßte in das Bild der Jusos als verlängerter Arm Moskaus, wie es CSU-Politiker so gerne zeichneten.[193] Sichler rief deshalb die Amberger Jusos und den örtlichen Parteivorstand, der die Dinge verschlafen hatte, zum Rapport. Es sei „erschütternd, wenn Vorstandsmitglieder nicht einmal die Richtlinien der Partei kennen", und „alte Hasen" die Jusos in einem so zentralen Punkt gewähren

[190] Lösche, Walter, SPD, S. 271.

[191] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 42, Protokoll über die außerordentliche Sitzung des SPD-Ortsvereins Amberg vom 6. 4. 1970 wegen des Lenin-Seminars der Juso Amberg in Sulzbach-Rosenberg; folgendes nach ebenda.

[192] BA Berlin, ZK der SED, Westabteilung, DY 30 IV/A2/10.02, Nr. 85, Bericht der Genossen Dieter B. und Theo K. über ihren Einsatz in Amberg, Weiden, Sulzbach-Rosenberg vom 9. 2.–18. 2. 1970, S. 4.

[193] Eines von vielen Beispielen Der Neue Tag vom 31. 10. 1972: „Beim Müller-Gastspiel ging es hoch her"; Neunburger Anzeiger vom 31. 10. 1972: „Jusos streben Umfunktionierung der Gesellschaft an".

ließen, kritisierte Sichler den Amberger Parteivorstand.[194] Er forderte eine rasche Aufklärung und drohte sogar mit Parteiordnungsverfahren. Hans Göth, SPD-Vorsitzender aus Sulzbach-Rosenberg, unterstützte den harten Kurs gegen die Jusos. Er berichtete von ähnlichen Auseinandersetzungen um die Anerkennung der DDR und die „spätkapitalistische Klassengesellschaft" BRD in seinem Ortsverein.[195] Die Jusos, so meinte er, müßten sich entscheiden, ob sie Kommunisten oder Sozialdemokraten sein wollten. In Sulzbach-Rosenberg werde die Partei in Zukunft härter gegen „Extremisten" vorgehen, kündigte er an. Ein Lenin-Seminar in der Spitzermühle halte er für eine Katastrophe. „Was würde die Vorstandschaft der Maxhütte dazu sagen, wenn sie erfährt, welche politische Manipulationen dort erfolgen."[196]

In der Öffentlichkeit war bis dahin noch nichts von den Planungen bekannt geworden. Manchmal würden „junge Pferde" eben gerne ausschlagen, meinte der Bezirksvorsitzende Valentin Kuhbandner. Die Veranstaltung werde abgesetzt, damit sei die Sache erledigt. Den weitgehenden Vorschlägen des Bezirksgeschäftsführers wollten die meisten Amberger Sozialdemokraten schon deshalb nicht folgen, weil sie selbst nicht ganz unschuldig an der Entwicklung waren. Man stellte zwar nach eingehender Befragung der beiden Jusos übereinstimmend fest, daß sie gegen die Richtlinien der Partei verstoßen hatten. „Eine Nachtrübung"[197] dürfe aber nicht erfolgen. Der Fall war damit erledigt – vorläufig zumindest. Denn das Seminar war zwar von der Parteiführung verhindert worden, die Jusos dachten aber gar nicht daran, ihren deutschlandpolitischen Kurs aufzugeben, ihre Kontakte zur FDJ abzubrechen und auf Parteikurs einzuschwenken. Sie vollzogen aber einen Strategiewechsel und paßten sich damit dem parteiinternen Druck an, der nach dem geplatzten Lenin-Seminar und weiteren inoffiziellen Treffen mit FDJ-Vertretern immer massiver geworden war. Der Unterbezirk hatte den beiden Juso-Arbeitsgemeinschaften mit harten Sanktionen gedroht, falls sie ihre Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht einstellten. Schließlich waren die Forderungen aus den eigenen SPD-Reihen immer lauter geworden, die „Partei von diesen Elementen zu säubern und sie dahin zu verweisen, wohin sie nämlich gehören: Zur DKP oder SED."[198] Die Jusos wollten daraufhin, wie die FDJ-Vertreter in ihren Dossiers für die Westabteilung der SED festhielten, bewußt kürzer treten, „um höhere Parteifunktionen zu erlangen" und dann eine „variablere Politik" machen zu können; aber es war auch die „Angst vor Repressalien durch die SPD-Führung", die sie zu einer Atempause zwang.[199]

[194] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 42, Protokoll über die außerordentliche Sitzung des SPD-Ortsvereins Amberg vom 6. 4. 1970 wegen des Lenin-Seminars der Juso Amberg in Sulzbach-Rosenberg, S. 2.

[195] Vgl. dazu Sulzbach-Rosenberger Zeitung vom 18. 3. 1970: „Spätkapitalistisches System radikal umfunktionieren".

[196] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, 42, Protokoll über die außerordentliche Sitzung des SPD-Ortsvereins Amberg vom 6. 4. 1970 wegen des Lenin-Seminars der Juso Amberg in Sulzbach-Rosenberg, S. 3.

[197] Ebenda, S. 4.

[198] AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Ortsvereine 1970–1973, Gerd Geismann an Valentin Kuhbandner vom 18. 3. 1970.

[199] Dazu BA Berlin, ZK der SED, Westabteilung, DY 30 IV/A2/10.02, Nr. 85, Bericht über den Ein-

Zu Sanktionen gegen den Parteinachwuchs war es seit 1968/1969 tatsächlich immer häufiger gekommen. Es war kein Einzelfall, daß die Parteiführung auch bei minder gravierenden Vorgängen Jusos mit Parteiordnungsverfahren überzog oder sie von ihren Ämtern abzusetzen versuchte. Das Prinzip „Mehr Demokratie wagen", von dem Willy Brandt gesprochen hatte, war bis zur mittleren Funktionärsebene noch nicht vorgedrungen. Der unbequeme Nachwuchs mit seinen zum Teil sehr kühnen Thesen ließ sich aber nicht einfach disziplinieren. Die Jusos sahen sich als „politische Erneuerungsbewegung der deutschen Sozialdemokratie"[200], wie es 1972 der inzwischen zum Bezirksvorstand aufgestiegene Amberger Juso Dieter Meiller formulierte. Ähnlich wie die Jungsozialisten der späten zwanziger und frühen dreißiger Jahre um Theo Haubach und Carlo Mierendorff hielten sie sich für die innerparteiliche Avantgarde. Und gerne nahmen sie dabei in Kauf, als Ketzer oder „Buhmänner der Nation" verteufelt zu werden. Ihr Ziel war ebenso klar wie hybride: Sie wollten die SPD von Grund auf verändern, sie in eine linke, demokratisch-sozialistische Partei der Lohnabhängigen verwandeln und die vielerorts ausgezehrten ostbayerischen Ortsvereine revitalisieren. Gleichsam als Sendboten des demokratischen Sozialismus traten sie an, die sozialdemokratische Politik an neuen Zielen und Wertmaßstäben auszurichten, und der Ort, an dem die antikapitalistische Theorie in die politische Praxis umgesetzt werden sollte, war die Kommune.

„Antikapitalistische Praxis": Jusos und die „Entdeckung" der Kommunalpolitik

Die Beschäftigung mit kommunalpolitischen Problemen stand schon Anfang der siebziger Jahre auf der Tagesordnung der Jusos ganz oben. Bis dahin waren es die Stadtratsfraktionen der SPD gewesen, die den politischen Kurs bestimmt hatten. Die SPD-Ortsvereine spielten dagegen als eigenständige Akteure keine tragende Rolle. Erst die Jusos brachen in dieses Kräftefeld ein und forderten eine stärkere Rückbindung der Fraktion an die Entscheidungen der Parteibasis. Das neue Selbstbewußtsein und die neuen Prioritäten, die die Jusos setzten, veränderten die SPD und ihre Kommunalpolitik. Der im Januar 1971 neu gewählte Juso-Vorsitzende in Schwandorf, Klaus Kaschel, machte das besonders deutlich: Der SPD-Nachwuchs werde sein Augenmerk vor allem auf die Gemeinde als dem „Mittelpunkt für das soziale und kulturelle Leben ihrer Bürger" werfen und sich mit den Themen Gesundheit, Miet- und Bodenrecht, Umweltschutz, der Verwaltungsreform und der Kontrolle der sozialdemokratischen Stadtratsfraktion beschäftigen.[201] Das lag ganz auf der Linie des Bundesvorstandes[202], der schon seit längerem über diese Fragen diskutierte. Obwohl einige Forderungen wie das „klassen-

satz des Genossen Dieter B. in der Zeit vom 8.–18. 6. 1970 in Amberg, Sulzbach-Rosenberg und Regensburg.

200 AdsD, SPD Bezirk Niederbayern/Oberpfalz, ungeordneter Bestand, Ordner Jusos, Rechenschaftsbericht der Jusos im Bezirk Niederbayern/Oberpfalz 1970/1972.

201 Schwandorfer Tagblatt vom 29. 1. 1971: „Grundsätze der zukünftigen Juso-Arbeit festgelegt".

202 Dazu auch Kommunalpolitik – für wen? Arbeitsprogramm der Jungsozialisten. Hrsg. von Wolfgang Roth im Auftrag der Kommunalpolitischen Konferenz der Jungsozialisten, Frankfurt am Main 1971, vgl. auch für die Jusos in Köln: Hans Gürth, Die kommunalpolitische Arbeit der Jusos in den 70er Jahren, in: Unterbezirk Köln (Hrsg.), „... die treiben es ja auch zu weit", S. 120–134.

lose Krankenhaus", die Nulltarife für den öffentlichen Personennahverkehr, einschneidende Veränderungen des Miet- und Bodenrechts oder rätedemokratische Organisationsmodelle sehr umstritten waren, mußten selbst Juso-Kritiker wie der Münchner Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel zugeben, daß die Jusos diejenigen in der Partei waren, die „den ersten Versuch eines Konzepts für die Kommunalpolitik seit 1945"[203] ausgearbeitet hatten – ein Lob, das aus seinem Munde ungewöhnlich war und sich in späteren Jahren nicht mehr oft wiederholen sollte.

In Schwandorf beobachtete Juso-Vorsitzender Kaschel sehr aufmerksam die bundesweite Diskussion, die er als ostbayerischer Delegierter aus erster Hand kannte, und informierte seine Mitglieder. Seit geraumer Zeit verfolgten sie eine eigene Idee: die Gründung eines Informationszentrums, das Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Anlaufstelle für politische Diskussionen und kulturelle Aktivitäten bieten sollte. An solchen Räumen mangelte es in Schwandorf, eine offene Jugendarbeit fehlte weitgehend, und außer den Angeboten in kirchlicher Trägerschaft gab es in der Industriestadt nicht viele Orte, an denen Jugendliche nach der Schule zusammenkommen konnten.[204] Die Jusos hatten bereits mit „Polit-Pop"-Abenden das jugendliche Musik- und Lebensgefühl aufzunehmen und in die Partei hineinzutragen versucht – und damit großen Erfolg gehabt. Wann hatte es das zum letzten Mal gegeben, daß hunderte junger Frauen und Männer ohne Parteibuch begeistert an Veranstaltungen einer SPD-Arbeitsgemeinschaft teilnahmen? Es war klar, daß nicht jeder Konzertbesucher bei den Jusos eintrat, für den SPD-Nachwuchs war es aber wichtig zu zeigen, daß Politik vor Ort nicht nur eine Sache alter Männer sein mußte und sie ihre Anliegen in die eigene Hand nehmen konnten.[205]

Dazu diente auch das Informationszentrum, das im Frühsommer 1971 mit der Unterstützung der Stadt und des Kreistages eröffnet wurde und zu einem Zentrum für „mehr soziale Gerechtigkeit auf kommunaler Ebene" werden sollte. An dieser Stätte, so hoffte Juso-Vorstandsmitglied Peter Engel, werde man Mißstände städtischer Politik aufdecken und neue Wege einer sozial und demokratisch orientierten Kommunalpolitik aufzeigen. Nicht in erster Linie die Werbung neuer Mitglieder sei das Ziel, sondern man wolle „neue Gedanken" und mehr Demokratie in die eingefahrene Stadtpolitik einbringen.

Dabei ging es um ganz praktische Probleme: Welche Ämter waren in der Stadt für welche Probleme zuständig? Wo gab es gefährliche Straßenübergänge? Waren Fußgängerwege nötig, oder brauchten Bürger Informationen über neue Gesetze der sozial-liberalen Regierung?[206] Das Juso-Büro, in dem an mehreren Tagen in der Woche Sprechstunden abgehalten wurden, erfreute sich innerhalb kürzester Zeit großer Beliebtheit. Das lag nicht zuletzt daran, daß die Jusos im Anschluß an einige Beschwerden die erste Schwandorfer Bürgerinitiative für die Beseitigung

[203] Mittelbayerische Zeitung vom 8. 5. 1971: „Erster Versuch eines Konzepts für Kommunalpolitik"; Vgl. dazu auch Grebing, Ideengeschichte, S. 472.
[204] Schwandorfer Tagblatt vom 1. 6. 1971: „Mehr soziale Gerechtigkeit auf kommunaler Ebene"; folgendes nach ebenda.
[205] Schwandorfer Tagblatt vom 8. 11. 1971: „Ein flotter Abend mit dufter Musik und Information".
[206] Schwandorfer Tagblatt vom 5. 10. 1961: „Die Jungsozialisten wollen informieren und helfen".

einer besonders gefährlichen und vielbefahrenen Straßenkreuzung initiierten, an der es schon mehrfach zu Unfällen gekommen war.[207] Ihre Pläne stießen allerdings nicht überall auf Gegenliebe, weil die verkehrsplanerische Umgestaltung nicht nur mit erheblichen Kosten verbunden war, sondern auch den Umbau oder sogar Abbruch einiger Häuser und Geschäfte nötig gemacht hätte. Bislang weigerte sich eine große Brauerei, den Kompromißvorschlägen zuzustimmen. Um ihrem Protest Nachdruck zu verleihen, starteten sie eine Unterschriftenaktion, mit der Bundesverkehrsminister Georg Leber (SPD) auf die unhaltbaren Zustände aufmerksam gemacht und die Bürger der Stadt mobilisiert werden sollten.[208] Auch das war eine neue Form politischer Willensgestaltung, die die Jusos in die SPD einbrachten. Innerhalb weniger Wochen unterschrieben mehr als 1200 Schwandorfer Bürger den Offenen Brief.[209] Selbst Bürgermeister Pichl, den die Jusos mit SPD-Stadtrat und BBI-Betriebsrat Karl Braunreiter hart kritisiert hatten[210], gab seine Unterschrift.[211] Ihr kommunalpolitisches Engagement war weit vielfältiger und origineller, als dies das öffentliche Klischee von den roten Juso-Rebellen vermuten ließ. Das galt nicht nur für die Schwandorfer, sondern auch für andere Juso-Arbeitsgemeinschaften in der Bundesrepublik, die wie in Köln Mieterbüros eröffneten, Schülern bei den Hausaufgaben halfen oder für berufstätige Mütter „Babysitter-Genossenschaften“ gründeten.[212]

In Schwandorf waren es zunächst die Jungsozialisten, die sich das Anliegen von Kindern und Jugendlichen auf ihre Fahnen schrieben und sie zu einem kommunalpolitischen Thema machten. Das war bereits bei den „Heimkampagnen“ so gewesen, das zeigte sich aber auch bei – auf den ersten Blick – weniger brisanten Fragen wie dem Bau von Kinderspielplätzen. Auch daran mangelte es in Schwandorf. Die Stadtväter hatten bis Anfang der siebziger Jahre keine Notwendigkeit gesehen, im Haushalt dafür größere Summen einzuplanen. Die Jusos nutzten eine Bürgerversammlung, um mit ihren Forderungen nach zeitgemäßen Spielmöglichkeiten an die Öffentlichkeit zu treten.[213] Als Ort schwebte ihnen ein brachliegendes Grundstück der Vereinigten Aluminium Werke vor. Hinter der Initiative stand nicht nur blinder Aktionismus. Die Studenten und angehenden Lehrer wie der Juso-Vorsitzende Kaschel oder Werner Grassl, ehemaliges Mitglied der SAS, verfolgten mit der „Aktion Kinderspielplatz“ ein konkretes pädagogisches Ziel: die „freie Entfaltung der Persönlichkeit“ und die Entwicklung sozialen Verhaltens.[214] Auch Kinder besäßen Rechte, und man dürfe ihnen nicht durch unzureichende Spielmöglichkeiten die Chance nehmen, eigene Fähigkeiten und Stärken zu entdecken. Die vorhandenen Anlagen reichten bei weitem nicht aus, die kindliche Phantasie und ihre natürliche Kreativität zu fördern.

[207] Nabtal-Kurier vom 8. 12. 1971: „Sensationsmeldung aus Bonn! Umgehung Schwandorfs doch noch 1972“.
[208] Vgl. dazu Schwandorfer Tagblatt vom 2. 7. 1971: „Brief an Verkehrsminister Leber“.
[209] Schwandorfer Tagblatt vom 5. 7. 1972: „Bereits 1200 Unterschriften“.
[210] Schwandorfer Tagblatt vom 7. 7. 1971: „Umgehungsstraße und Hubmanneck ‚zwei Paar Stiefel‘“.
[211] Nabtal-Kurier vom 9. 7. 1971: „Der OB unterschrieb den Juso-Brief“.
[212] Der Spiegel vom 10/1971: „Jungsozialisten und SPD. Konflikt in der SPD“, S. 26.
[213] Nabtal-Kurier vom 1. 3. 1972: „Jusos errichten Spielplatz“.
[214] Schwandorfer Tagblatt vom 1. 12. 1972: „Spiel der Kinder nicht als ‚nutzlose Spielerei‘ betrachten“.

Die reformpädagogische Diskussion war in der politischen Praxis angekommen. Vorgesehen war deshalb eine Anlage, die auch neuen sozialpädagogischen Ansprüchen genügte. Ein Abenteuerspielplatz, der letzte reformpädagogische „Schrei", sollte es werden. Diese Vorschläge fanden bei Eltern und den Verantwortlichen der Stadt große Zustimmung. Denn die Jusos hatten nicht nur eine gute Idee, sie griffen auch selbst zu Schaufel und Spaten. Die Bürger der Stadt rieben sich verwundert die Augen über die Aktivitäten der jungen Linken: „Die Schwandorfer Jungsozialisten haben in letzter Zeit mit ihrer Aktion Kinderspielplatz [...] einiges Aufsehen erregt. Und wenn bis dahin die Jusos als ‚Schreihälse' bezeichnet und manche wegen ihres äußeren Erscheinens von vielen ‚von oben herab' angesehen und vielleicht sogar diskriminiert wurden, so konnten sich nun doch die Eltern überzeugen, daß sich hinter dem Äußeren oft ein sehr ‚gesunder Kern' verbirgt."[215]

Schwierig gestaltete sich dagegen die Frage der Finanzierung und der rechtlichen Rahmenbedingungen. Immer wieder kamen die Arbeiten ins Stocken, weil zugesagte Hilfen der Stadt ausblieben und die Eltern sich lange nicht so engagiert am Bau beteiligten, wie sich die Jusos das erhofft hatten. Der Bau verzögerte sich über Monate und wurde seit 1973 zu einem ständigen Zankapfel zwischen Jusos und Oberbürgermeister Pichl, der auf seine Zuständigkeit für den Bau und die Aufsicht über den Spielplatz pochte und sie nicht in die Hände der Jusos geben wollte. Immer wieder traten neue Probleme auf, manchmal auch deshalb, weil die Euphorie und der politische Wille des SPD-Nachwuchses größer war als ihr technisches Vermögen, einen Spielplatz ohne Unfallgefahren zu gestalten.[216] Es sollte noch einige Zeit dauern, bis die „Aktion Kinderspielplatz" zum Abschluß gebracht werden konnte. Die Jusos waren daran nicht mehr direkt beteiligt. Ohne Zweifel war es aber ihr Verdienst, aus einem Randthema ohne Lobby ein wichtiges Anliegen der Kommunalpolitik gemacht zu haben, an dem die Stadtpolitik nicht mehr vorbei gehen konnte.[217]

Im Kampf mit der Partei: Siege und Niederlagen der jungsozialistischen Rebellion

Über das Lenin-Seminar und den Nordgautag war es – wie gezeigt – bereits 1970 zu ernsthaften Konflikten zwischen Jusos und der SPD gekommen. Diese Auseinandersetzungen spitzten sich in den folgenden Jahren zu und wurden durch den Sog der bundesweiten „Linkswende" weiter verschärft. Auch in Amberg kehrte keine Ruhe ein. Denn die Gespräche, die die FDJ-Vertreter mit den Amberger Jusos im Geheimen geführt hatten, waren den führenden Genossen nicht verborgen geblieben. Dieter Meiller und Bernd Fischer, der eine inzwischen Juso-Bezirksvorsitzender für Niederbayern und die Oberpfalz, der andere zum stellvertretenden Juso-Vorsitzenden in Bayern gewählt, drohten sogar Parteiordnungsverfahren. Der zentrale Vorwurf lautete: Mit ihrer linksextremen Politik un-

[215] Nabtal-Kurier vom 22. 3. 1972: „Sojus-Kapsel für Kreuzberg – Jusos erarbeiten die Hälfte".
[216] Nabtal-Kurier vom 25. 7. 1973: „OB: Unsachliche Kritik an der Stadt geübt"; Mittelbayerische Zeitung vom 25. 7. 1973: „Zur Mitarbeit bei Kindergartenspielplätzen sind alle aufgerufen".
[217] Schwandorfer Tagblatt vom 8. 10. 1973: „Besichtigungsfahrt zu den Kinderspielplätzen der Stadt".

terwanderten sie die SPD und mißbrauchten ihre Juso-Funktionen für die Unterstützung der DKP.[218] Es gebe, so SPD-Landtagsabgeordneter Georg Weich, „direkte Befehlsstränge aus der DDR zu Agenten und zu subversiven Kräften“.

Nachdem sich die Vorwürfe aber nicht erhärten ließen, suchten die älteren Genossen einen anderen Weg, ihren unbequemen Nachwuchs zu entmachten. Sie beschlossen, die Juso-AG für „nicht arbeitsfähig“ zu erklären, den amtierenden Vorstand abzusetzen und ihn schließlich nach ihren eigenen Vorstellungen zu besetzen.[219] Das war in jeder Hinsicht ein Verstoß gegen die Satzung, schließlich arbeiteten die Jusos zu Beginn der siebziger Jahre mehr als je zuvor. Der durchsichtige Verfahrenstrick, die Jusos auf kaltem Wege zu entmachten, war deshalb zum Scheitern verurteilt, machte aber die Spannungen zwischen den unterschiedlichen Generationen in der SPD deutlich, die sich gegenseitig Verrat am Godesberger Programm vorwarfen. Die Jungen hielten viele ältere Genossen für „verbürgerlicht“, opportunistisch, verspießt und „rechts“, während die Parteiveteranen in den Jusos eine ernste Gefahr sahen, einer Art fünfte Kolonne, die ihre antikommunistischen Urängste wiederaufleben ließ und den mühsamen Weg der SPD in die politische Mitte der Gesellschaft zu konterkarieren schien. Zur Debatte stand nichts weniger als die historische und gesellschaftspolitische Deutungshoheit über sozialdemokratische Politik. Wer die Auseinandersetzung darüber dominierte, das wußten die Parteifunktionäre nur zu gut, der besaß die Meinungsführerschaft in der Partei und konnte auch damit beginnen, die Funktionsträger in den Parteivorständen und Parlamenten auszuwechseln.

Daß dies keine Hirngespinste waren, zeigte sich in München: Dort verdrängten die Jusos den amtierenden Oberbürgermeister aus seinem Amt, sie eroberten Ortsverein um Ortsverein, erstritten in erbitterten Kämpfen die Macht innerhalb des Parteivorstandes und setzten ihren Kandidaten, Max von Heckel, als Oberbürgermeisterkandidaten durch. Das geschah zwischen 1968 und 1974, und der innerparteiliche Kleinkrieg lähmte die Partei über Jahre hinweg.[220] Die „Münchner Verhältnisse“ sorgten bundesweit für Aufsehen, waren aber innerhalb der SPD keine Seltenheit.[221] Auch in Schwandorf machten die Jusos ihrer Partei schmerzlich klar, daß es ihnen um mehr als nur den Bau von Kindergartenplätzen ging. Die „Priviligierten, Zeitungsbarone, Bodenspekulanten, Aktienmilliardäre“ fürchteten sich zu recht vor den Jusos, hieß es bei einer Veranstaltung im Herbst 1971. Deren „Vorrechte müßten beseitigt werden, wenn wir dem Bild einer menschenwürdigen Gesellschaft näherkommen wollen.“[222] Es gehe nicht um die Vergesellschaftung von Kühlschränken und Autos, wohl aber um das Eigentum, „das arbeitende Menschen in unwürdige Abhängigkeit“ bringe: Kapital und Grund-

[218] Amberger Zeitung vom 27. 10. 1971: „SPD: Die Juso in Amberg sind nicht mehr arbeitsfähig“; folgendes nach ebenda.

[219] AdsD, SPD Unterbezirk Amberg-Sulzbach-Neumarkt, Ordner Amberg, Dokumentation zur Auflösung der JUSO-AG.

[220] Vgl. dazu Hans-Jochen Vogel, Die Amtskette. Meine 12 Münchner Jahre, München 1972, S. 213–247.

[221] AdsD, SPD Bezirk Südbayern, 60, Gedächtnisprotokoll von Rudolf Mager über die Sitzung der leitenden Landes- und Bezirksgeschäftsführer der SPD am 16. 7. 1969 in Bonn; AdsD SPD Bezirk Südbayern, 114, Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 28. August 1969, S. 2 ff.

[222] Nabtal-Kurier vom 4. 11. 1971: „Jungsozialisten sind ein politischer Faktor“.

besitz. Eine Gesellschaft ohne „Ausbeutung, Unterdrückung und Klassenvorrechte" war ihr Ziel. Der Weg dorthin konnte nur über die Eroberung der Partei führen. Daß sie dieses Vorhaben mit großem Ernst betrieben und die bisherigen Schwierigkeiten nur der Auftakt für grundsätzliche, ideologische und machtpolitische Auseinandersetzungen waren, wurde bald für jeden offensichtlich.[223]

Zur Eskalation zwischen Jusos und Parteiführung in Schwandorf kam es erstmals 1972 bei der Nominierung der Stadtratskandidaten. Die Parteiführung um Josef Fretschner, der 1968 dem altgedienten Otto Kuhn als Parteivorsitzendem gefolgt war, hatte im Vorfeld eine Liste der Kandidaten beschlossen, die von der Ortsvereinsversammlung nur noch abgesegnet werden mußte – ein Verfahren, wie es seit Jahrzehnten in der Schwandorfer SPD und in vielen anderen Ortsvereinen der Republik üblich war: Der Parteivorstand beschloß, das Parteivolk nickte ab. Auf den vorderen Plätzen der Liste fanden sich bekannte Namen, die seit Jahren die SPD im Stadtrat vertraten, ein Gewerkschafter, ein BBI-Betriebsrat, ein Vertriebener, eine Vertreterin der SPD-Frauen und der Sohn Otto Kuhns als Vertreter der jüngeren Sozialdemokraten. Aktive Jusos fehlten auf den chancenreichen Plätzen. Besonders empörte sie aber das Verfahren. Der von ihnen nominierte Juso-Sektionsleiter Götz war vom Parteivorstand „aus parteiinternen Gründen" weiter hinten plaziert und der Juso-Kandidatenvorschlag durch die Parteiführung verändert worden.[224] Darin sah der Parteinachwuchs einen Akt autoritärer Willkür, eine Strafaktion und den Versuch der alten Genossen, die parteiinternen Kritiker mundtot zu machen. Vielen jungen SPD-Neu-Mitgliedern widersprach das Demokratieverständnis patriarchalisch eingefärbter sozialdemokratischer Basiseliten, die es nicht gewohnt waren, ihre Entscheidungen offen zur Diskussion zu stellen und verteidigen zu müssen. „Wenn wir die Einheitsliste annehmen, können wir uns gleich SED nennen", so einer der Jusos voller Zorn.[225]

Kampflos wollten sie das Feld allerdings nicht räumen. Sie beantragten, über jeden Kandidaten der Liste einzeln abzustimmen. Nachdem ihr Vorschlag aber mit 97 zu 60 Stimmen abgelehnt worden war, zogen sie ihre Kandidaten zurück, verließen unter Protest und wüsten Beschimpfungen den Saal, um in einem anderen Lokal über eine Anfechtung der Wahl oder die Möglichkeit einer eigenen Juso-Liste nachzudenken, während die Altgenossen sich über die Skrupellosigkeit ihres Nachwuchses empörten. Das Tischtuch zwischen beiden Parteiflügeln war zerschnitten, kein Zweifel: „Mit den Jungsozialisten", so Orts- und Kreisvorsitzender Fretschner, „gibt es nichts mehr zu besprechen".[226]

Im Kern ging es um die Frage, wer künftig die Richtlinien der Politik vorgeben würde: die Jusos, die Gymnasiasten und Berufsschüler, Studenten und jungen Arbeitnehmer, oder die älteren Parteimitglieder, die Arbeiter, Angestellten und Gewerkschafter. „Alte Zöpfe", so Peter Engel sollten endlich abgeschnitten werden

[223] Vgl. dazu Wolfgang Kraushaar, Schule, Bd. 1, S. 278; Régis Debray u. a., Der lange Marsch – Wege der Revolution in Lateinamerika. Redaktion Rudi Dutschke, München 1968; Kraushaar, 1968, S. 81–88.

[224] Zu den Vorfällen vgl. ausführlich Nabtal-Kurier vom 30. 3. 1972: „Heiße SPD-Wahlnacht".

[225] Zit. nach Schwandorfer Tagblatt vom 30./31. 3. 1972: „Mehr Demokratie".

[226] Schwandorfer Tagblatt vom 31. 3. 1972: „Die SPD Schwandorf bestimmte ihre Stadtratskandidaten".

und „fähige Leute auf aussichtsreiche Plätze" gebracht werden.[227] Ziel müsse sein, „eine Clique in der Partei" zu entmachten, allen voran die „bürgerlichen" und „rechten" Sozialdemokraten wie Josef Fretschner.

Noch waren die Machtverhältnisse nicht zugunsten der Jusos gekippt. Aber das Abstimmungsergebnis mußte der Parteiführung ebenso zu denken geben, wie einzelne Äußerungen nach dem Eklat: „Wir werden den SPD-Parteivorstand stürzen", lautete die Devise der Jusos, und ganz aussichtslos erschien dies nicht, angesichts der bereits vorhandenen 40 Prozent der Delegierten, die der Parteiführung die Gefolgschaft aufgekündigt hatten. Was sich anbahnte, waren, wie die Schwandorfer Zeitung richtig vermutete, „Münchner Verhältnisse": „So kann der Auszug der Jungsozialisten aus der SPD-Mitgliederversammlung auch nur als Demonstration und als Kampfansage gewertet werden, als Demonstration des eigenen Demokratieverständnisses und als Ankündigung, dieses Verständnis auch in die Altpartei hineinzutragen."[228]

Für ihr Vorhaben, die Wahl anzufechten, erhielten die Jusos innerhalb der Partei keine Unterstützung. Dietmar Zierer, vom Juso-Kreisvorsitzenden zum stellvertretenden SPD-Unterbezirksvorsitzenden in Burglengenfeld aufgestiegen, ein gemäßigter Linker und bekennender Kritiker der Juso-Linkswende, stellte sich mit anderen Vorstandskollegen hinter den Parteivorstand, auch wenn er selbst Zweifel daran hatte, ob die Politik der Hinterzimmer noch die richtige sei.[229]

Nach der Kandidatenaufstellung waren die Fronten klar. Die Partei kam nicht mehr zur Ruhe. Da aber 1972 Bundestagswahlen anstanden, war man bereit, die innerparteilichen Konflikte zu unterdrücken, um gemeinsam Wahlkampf für Willy Brandt zu führen.[230]

Peter Engel war inzwischen der starke Mann der Schwandorfer Jusos; akademisch gebildet, eloquent und von schneidender Intelligenz galt der im Mai 1972 neu gewählte Juso-Kreisvorsitzende neben dem Amberger Bezirksvorsitzenden Dieter Meiller als eine der schärfsten Kritiker der SPD und ihres „bürgerlichen" Kurses. Auf dem „Marsch durch die Institutionen" war Engel ein wichtiges Stück vorangekommen. Schließlich gab ihm sein Amt als Kreisvorsitzender die Möglichkeit, in allen wichtigen regionalen Parteigremien zu sprechen und die Juso-Positionen zu vertreten. Das war aber nur ein Teil der Strategie; der andere bestand darin, an der Parteibasis und in den Sektionen die Macht zu erweitern und im stillen auf das hinzuarbeiten, was sie bereits nach der Wahlnacht angekündigt hatten: den Sturz des Parteivorstandes in Schwandorf.

Zur Wahl des Ortsvereinsvorstandes präsentierten die Jusos 1973 mit dem 40jährigen Lohnbuchhalter Hans Beer einen Mann aus ihren Reihen. Beer war lange Jahre Mitglied im bayerischen Juso-Landesvorstand gewesen und machte aus seiner Kritik an der Schwandorfer Parteiführung kein Hehl. Gleichzeitig war er aber kein Juso-Funktionär und anders als Peter Engel auch für bodenständigere Sozialdemokraten wählbar. Josef Fretschner kandidierte nicht mehr. Er war durch die Auseinandersetzungen angeschlagen und sah seine kommunalpolitische Zu-

[227] Nabtal-Kurier vom 1. 4. 1972: „Notfalls eine eigene Liste".
[228] Schwandorfer Tagblatt vom 30./31. 3. 1972: „Mehr Demokratie".
[229] Schwandorfer Tagblatt vom 5. 4. 1972: „SPD-Stadtratskandidatenwahl rechtlich einwandfrei".
[230] Nabtal-Kurier vom 3. 5. 1972: „Peter Engel neuer Juso-Kreisvorsitzender".

kunft als SPD-Kreisvorsitzender. Der Kandidat des Parteivorstandes, Stadtrat Heinz Dübler, sollte sein Nachfolger werden und den Sieg der Jusos verhindern.[231] Doch die Machtverhältnisse in der Partei hatten sich innerhalb eines Jahres geändert. Die Schwandorfer SPD war von 420 auf 563 Mitglieder angewachsen, von denen 160 Jusos waren.

Bei den Vorstandswahlen fielen die Sozialdemokraten um Josef Fretschner und Franz Sichler aus allen Wolken. Peter Engel fand mit seiner Kritik an den innerparteilichen Demokratiedefiziten und dem „Opportunismus" der Parteiführung die Zustimmung der Delegierten. Zuerst setzte sich Beer in einer Kampfabstimmung gegen den Repräsentanten des „Parteiestablishments" knapp durch, dann konnten die Jusos bei den Wahlen zum 17-köpfigen Parteivorstand acht Vorstandsposten erobern und beinahe die absolute Mehrheit gewinnen – ein Ergebnis, das einem innerparteilichen Erdrutsch gleichkam und ein grandioser Erfolg für die Strippenzieher Kaschel und Engel war.[232]

Der SPD-Ortsverein war gekippt, der „Marsch durch die Parteiinstitutionen" aber noch nicht erfolgreich abgeschlossen. Denn die Mehrheit stellten die Jusos nicht. Die Stadtratsfraktion, die Bastion der Juso-Kritiker, der Kreisverband und der Unterbezirk waren in der Hand gemäßigter Sozialdemokraten, und hier waren die Jusos nicht in der Lage, ihre Positionen und Kandidaten durchzusetzen. Im Gegenteil, von dort aus liefen bereits Vorbereitungen, den Parteilinken aus Schwandorf das Wasser abzugraben. Immer wieder kam es deshalb in der Folgezeit zwischen der linken Mehrheit des Parteivorstands auf der einen und der Stadtratsfraktion, dem Kreis- und Unterbezirk auf der anderen Seite zu schweren Auseinandersetzungen[233], die die Partei lähmten. Nicht die CSU war der politische Gegner; dieser stand in den eigenen Reihen und mußte mit allen Mitteln bekämpft werden. Manchmal genügten bereits nichtige Anlässe, um handfeste Konflikte auszulösen.[234] Im Kern ging es aber immer um unterschiedliche Konzepte sozialdemokratischer Politik.

Als Peter Engel 1974 bei einer Arbeitstagung der Schwandorfer SPD zum Thema Altstadtsanierung referierte und ganz im Juso-Ton zum „organisierten Kampf der Lohnabhängigen gegen die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel" aufrief und behauptete, der „Parlamentarismus sperre die Bevölkerung von der Willensbildung aus"[235], lief die Partei Sturm. Die SPD, so Engels Intimfeind Dietmar Zierer, sei eine Partei der „linken Mitte". Die Jusoforderungen, „Systemüberwindung", „Klassenkampf", „Sozialisierung", richteten sich gegen die sozialdemokratische Bundesregierung und schadeten der Partei: „Sie sind oft ein akademischer Akt der Selbstbefriediguung wichtigtuerischer Siebengescheiter,

[231] Schwandorfer Tagblatt vom 9. 1. 1973: „Hans Beer mit neun Stimmen Mehrheit SPD-Ortsvereinsvorsitzender".

[232] Vgl. auch den Kommentar im Schwandorfer Tagblatt vom 9. 1. 1973: „Veni, vidi, vici ...".

[233] Schwandorfer Tagblatt vom 13. 2. 1973. „Das Verhältnis zum Genossen Simon war nie das beste"; Der Neue Tag vom 24. 4. 1973: „SPD-Zusammenarbeit nicht behindern".

[234] Schwandorfer Tagblatt vom 20. 12. 1973: „Mehr Politik in den kommunalen Bereich hineintragen".

[235] Schwandorfer Tagblatt vom 8. 1. 1974: „SPD-Seminar wurde zur Bühne des parteiinternen Konflikts – Diskussion von Arbeitspapieren erst spät im Mittelpunkt"; Der Neue Tag vom 8. 1. 1974: „SPD liegt im innerparteilichen ‚Krieg'".

die keine Verantwortung tragen, aber die Bevölkerung verunsichern“. Er habe es satt, daß die Jusos immer das Wort Demokratie im Munde führten, sich aber selbst nie an Parteibeschlüsse hielten. Nach den parteiinternen Diskussionen hätten „Abweichler das Maul zu halten, oder die Partei zu verlassen“.[236]

Selbst die geduldigsten Sozialdemokraten waren die radikalsozialistische Agitation langsam leid, und ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen wollte man auch in Ostbayern dem „Irrweg“ der Jusos nicht länger zuschauen.[237] Zierer und der Bundestagsabgeordnete aus Maxhütte-Haidhof, der Lehrer Paul Simon, strengten deshalb gegen Peter Engel und den SPD-Sektionsleiter Ernst Ziegler ein Ausschlußverfahren an.[238] Dabei ging es neben der jungsozialistischen System- und Parlamentarismuskritik auch um einen länger zurückliegenden Vorfall, der mit dem Attentat auf die israelische Mannschaft während der Olympischen Spiele 1972 in München zusammenhing. Ernst Ziegler hatte damals angeblich in Telegrammen aus Österreich an Peter Engel geschrieben, „die Bürgerkriegsarmee“ habe bei dem Anschlag versagt. „Werter Genosse, Flugblattaktion durchführen etc. wegen Terrorakte. Vinceremus“.[239] Waren mit der „Bürgerkriegsarmee“ deutsche Polizisten gemeint, die den Anschlag nicht verhindern konnten? Oder unterstützte er den Befreiungskampf der PLO gegen den „zionistischen Imperialisten“ Israel, und verstand er unter „Polizeimassaker“ die Erschießung der PLO-Terroristen? Das eine wie das andere wäre ein plausibler Grund für einen Ausschluß wegen parteischädigendem Verhalten gewesen. Da sich die Ereignisse nicht mehr genau rekonstruieren ließen, endete das Parteiordnungsverfahren zunächst mit einer Niederlage für den Unterbezirk. Peter Engel wurde für seine Thesen nur gerügt, Ernst Ziegler verlor für ein Jahr das Recht, Parteiämter zu bekleiden.[240] Der SPD-Ortsvereinsvorstand um Hans Beer und die Jusos sahen in den Verfahren eine Strafaktion der Parteioberen, die zwei Jungsozialisten traf, eigentlich aber gegen den linken Parteiflügel gerichtet war. Das war sicher nicht ganz falsch, denn es war offenkundig, daß der Unterbezirk schon lange nach einer Gelegenheit gesucht hatte, die Jusos zu schwächen. Wenn man sie in die Schranken wies, untergrub man gleichzeitig auch die Autorität des Schwandorfer Ortsvereins.

Die öffentliche Schlammschlacht setzte sich in den nächsten Monaten unerbittlich fort. Der Unterbezirk ließ die Entscheidung des Schiedsgerichts nicht auf sich beruhen und beantragte eine Revision des Verfahrens. Mehr als ein Jahr zogen sich die Verhandlungen hin, bis schließlich das SPD-Bundesschiedsgericht im Frühjahr 1975 die Entscheidungen der unteren Instanzen aufhob. Ernst Ziegler wurde aus der SPD ausgeschlossen und trat kurze Zeit später in die DKP ein, Peter Engel dagegen, inzwischen aus Schwandorf nach München gezogen, konnte sein Parteibuch behalten, gab es aber kurze Zeit später freiwillig zurück. Zwei Jahre nach der „Linkswende“ in Schwandorf war bei vielen Jüngeren die Euphorie über den Machtgewinn im Ortsverein verflogen. Die Ausschlußverfahren und die ständigen Querelen hatten an den Nerven gezehrt. Hans Beer, vor zwei Jahren noch der

[236] Nabtal-Kurier vom 2. 4. 1974: „Dietmar Zierer schwört Kreisverband auf ‚linke Mitte‘ ein“.
[237] Süddeutsche Zeitung vom 22. 4. 1974: „Endlich deutliche Drohung an die Jusos“.
[238] Nabtal-Kurier vom 22. 4. 1974: „Keine Solidarität mit der SPD gezeigt“.
[239] Mittelbayerische Zeitung vom 22. 4. 1974: „Vinceremus! – Vinceremus? ...“.
[240] Mittelbayerische Zeitung vom 25. 4. 1974: „Kein Parteiausschluß“.

Hoffnungsträger der Linken, gab seinen Rückzug aus der Kommunalpolitik bekannt. Besonders ihn hatten die Mitglieder der Stadtratsfraktion und Landrat Schuierer immer wieder heftig wegen seiner Sympathien für die Jusos attackiert. Er sei nicht der „Kämpfertyp", „der diese innerparteilichen Auseinandersetzungen über Jahre hinweg" aushalte, erläuterte er seinen Rückzug.[241] „Wenn mich meine Haltung als linken Sozialdemokraten ausweist, dann bin ich stolz, ein linker Sozialdemokrat zu sein", erklärte er zum Abschied unter dem tosenden Beifall der Jusos. Einen eigenen Kandidaten besaßen sie nicht mehr, und ihr jugendlicher Schwung, der sie so stark gemacht hatte, war verflogen. Viel Kredit war verspielt, und die Partei hatte alles versucht, die neuen Ideen zu unterlaufen. Ruhe sollte wieder in die SPD einkehren, und wer garantierte dies mehr als der frühere Vorsitzende Josef Fretschner? Mit großer Mehrheit wählten ihn die Delegierten in das Amt. Das jungsozialistische „Zwischenspiel" in der ostbayerischen Industriestadt, so glaubten die Beobachter, war zu Ende.

Aber die Jahre zwischen 1969 und 1975/1976 waren mehr als eine konfliktreiche Episode der Parteigeschichte gewesen. Sie veränderten Gesicht, Charakter und Programmatik der Partei. Was sich Ende der fünfziger und zu Beginn der sechziger Jahre abzuzeichnen begann, beschleunigte sich durch die vielen neuen Mitglieder: die Verjüngung und „Akademisierung" der Sozialdemokratie. In Ostbayern dauerte dieser Prozeß länger als in anderen Regionen. Hier trafen die Schüler und Studenten auf eine Sozialdemokratie, die sich in ihren Politikformen seit den späten fünfziger Jahren kaum weiterentwickelt hatte. Die Konfrontation zwischen beiden sozialdemokratischen Welten war schmerzhaft, unterschiedliche Sprache, generationelle Erfahrung und Habitus ließen kaum einen gemeinsamen Nenner finden.

Seit Mitte der sechziger Jahre veränderte sich – auch als Gegenreaktion auf die viel zitierte „Entideologisierung" der Arbeiterbewegung –, die Wirklichkeitsinterpretation einer neuen Generation sozialdemokratischer Aktivisten und Funktionäre. In ihrem Mittelpunkt standen in erster Linie die unterschiedlichen Theorieentwürfe der „neuen", vielfach marxistisch inspirierten Linken. Die stärker traditionsbewußte Arbeiterbewegung geriet in ihrem Deutungs- und Begriffsmonopol massiv unter Druck. Der Nachwuchs richtete den Blick auf die Defizite der Wirtschaftswundergesellschaft, vor denen auch viele Sozialdemokraten gerne die Augen verschlossen: den Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, die autoritäre Erziehung und Ausbildung und ein gesellschaftliches Demokratisierungsdefizit. Vieles davon war schon formuliert oder angedacht, in den Ortsvereinen aber noch lange nicht mehrheitsfähig. Die Jusos zwangen die SPD dazu, sich verstärkt um zeitgemäße Antworten auf die Modernisierung und Differenzierung der Gesellschaft zu bemühen und mit ihrem Vorhaben einer „zweiten Bewährungsprobe", von der Willy Brandt gesprochen hatte, ernst zu machen – und das auch in der eigenen Partei.

Bei der bloßen Forderung blieb es aber nicht. Mit der Übernahme wichtiger Funktionen in den Orts- und Kreisverbänden kam es innerhalb der SPD zu einem neuen Mischungsverhältnis der Träger kollektiver Sinndeutung. Mit Macht dräng-

[241] Mittelbayerische Zeitung vom 12. 1. 1975: „SPD Ortsverein zog Bilanz über die letzten Jahre".

ten die Jungen nach vorn und forderten die älteren Platzhirsche heraus. Dieser Prozeß war nicht überall so schmerzvoll wie in Schwandorf, Amberg oder München; manchmal verlief er auch friedlich, und die nachwachsende Generation wuchs ohne größere Blessuren in die Partei hinein, zu beobachten aber war die Zäsur in der ganzen Partei.[242] Der Nachwuchs brachte eine Grundskepsis gegenüber der „spätkapitalistischen" Industriegesellschaft in die Partei ein, deren soziale und ökonomische Verwerfungen vor ihrer eigenen Haustür mit dem Verkauf von Flick an Klöckner und der Krise in der Montanindustrie unmittelbar sichtbar waren. Postmaterialistische Werte gewannen dagegen an Bedeutung: Emanzipation, Gleichberechtigung, Demokratisierung, später auch die Ökologie.[243] Die Jusos hatten diese Themen nicht „erfunden", aber aufgegriffen und mit großer Hartnäckigkeit in ihrer Partei etabliert. Eine Reihe von ihnen verließ im Verlaufe der siebziger Jahre enttäuscht die SPD und fand sich in kommunistischen Splittergruppen wieder; ihre revolutionären Hoffnungen hatten sich nicht realisieren lassen, die mehr als 100 Jahre alte Sozialdemokratie hatte sich als zäher erwiesen. Der Preis, den die Partei für die Erneuerung zahlen mußte, war hoch. Jahrelang bot sie ein Bild der Zerrüttung, mehr mit sich selbst als mit dem politischen Gegner ringend. Vieles spricht dafür, daß der „sozialdemokratische Frühling" durch die gleichen „Geister" beendet wurde, die ihn selbst mit ausgelöst hatten. Die unmittelbare Wirkung der Schüler- und Studentenbewegung auf die SPD war deshalb ambivalent. Einerseits gaben sie der SPD wichtige Modernisierungs- und Reformimpulse. Andererseits zeigten sie aber nur wenig Sensibilität für die Traditionsbestände der Sozialdemokratie und verloren sich nur allzuoft ins theoretische Glasperlenspiel, dessen Relevanz begrenzt blieb und auf breite Bevölkerungsgruppen abschreckend wirkte. Selbstkritik und Kompromißbereitschaft fehlte vielen, und ihre antikapitalistische Emphase machte sie sowohl gegenüber den Vorzügen der parlamentarischen Demokratie als auch gegenüber den Schattenseiten des Staatssozialismus blind. Manche dachten, was Klaus-Uwe Benneter, Juso-Bundesvorsitzender des Jahres 1977, offen sagte und wofür ihn seine Partei schließlich ausschloß: Die Kommunisten waren Bündnispartner und Gegner zugleich, der wahre Klassenfeind aber war die CDU/CSU/FDP.[244]

Mitte der siebziger Jahre wurden viele Hoffnungen jäh beendet. Der Wechsel von Willy Brandt zu Helmut Schmidt war auch ein Wandel von der Gesellschaftsreform zur ökonomischen und sozialen Krisenbewältigung. In der Oberpfalz waren die Probleme drängender als je zuvor.[245] Bei der Maxhütte waren tausende Ar-

[242] Aus der Vielzahl an Beispielen sei hier nur auf den dritten bayerischen Parteibezik hingewiesen; AdsD, SPD Bezirk Franken, 97, SPD UB Ansbach an die Delegierten der UB-Konferenz vom 5. 3. 1974; AdsD, SPD Bezirk Franken, 97, UB Bad Kisssingen an Bezirk Franken vom 11. 11. 1974; für den Unterbezirk Köln vgl. Karl Rössel, Linker Aufbruch und rechte Reaktion. Anmerkungen zur politischen Entwicklung der Kölner Jusos in den 70er Jahren, in: Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, Unterbezirk Köln (Hrsg.), „... die treiben es ja auch zu weit", S. 75–91.

[243] Vgl. dazu auch Kraushaar, 1968, S. 249ff.

[244] Vgl. Grebing, Ideengeschichte, S. 475; Stamokap und Godesberg. Auseinandersetzung um sozialdemokratische Praxis und Theorie 1977, hrsg. von Jens Fischer, Bonn-Bad Godesberg 1977.

[245] Gemeindearchiv Wackersdorf, 821/HA, Stellungnahme des DGB zum Entwurf des Regionalplanes der Region Oberpfalz-Nord vom 13. 6. 1977; Gemeindearchiv Wackersdorf, 821/HA, Stellungnahme der IGBE-Ortsverwaltung, des BBI-Betriebsrates und der Arbeitnehmervertreter im BBI-Aufsichtsrat vom 12. 6. 1978.

beitsplätze in Gefahr, bei der BBI wußten die Kumpel schon längere Zeit, daß zu Beginn der achtziger Jahre der Braunkohlentagebau zu Ende gehen würde.[246] Ersatzarbeitsplätze waren nicht in Sicht, die strukturellen Probleme trotz zahlreicher Versprechungen nicht beseitigt.[247] So mancher Kumpel und Genosse ahnte bereits, daß die schlimmste Zeit für sie und ihre Familien, für ihre Hütten, Tagebaue und Walzstraßen erst noch kommen werde.[248] Ihre eigentliche Bewährungsprobe hatten Sozialdemokraten und Gewerkschaften noch vor sich.

[246] Mittelbayerische Zeitung vom 29./30.11. 1980: „Jaumann: Dramatik der Entwicklung ist uns bewußt"; Der Neue Tag vom 21. 11. 1980: „Delegation aus Wackersdorf bei Ministerpräsident Strauß".

[247] Gemeindearchiv Wackersdorf, 821/HA, Karl Maibaum, Präsident des Landesarbeitsamtes Nordbayern zur Strukturkonferenz bei der Bayerischen Braunkohlen-Industrie AG in Wackersdorf am 14. 6. 1977, bes. S. 6ff.; aus der Sicht der Staatsregierung vgl. ebenda, Grußansprache des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. h.c. Alfons Goppel zur Strukturkonferenz Schwandorf am 14. 6. 1977. In einer Entschließung der Strukturkonferenz wurde die bayerische Staatsregierung aufgefordert, alle „zur Abwendung der drohenden Schäden unverzüglich geeigneten Maßnahmen zu ergreifen."

[248] Gemeindearchiv Wackersdorf, 821/HA, Resolution der Versammlung vom 8. 10. 1977 im Pfarrheim Wackersdorf zum Thema „Wackersdorf 1981 – Was kommt nach der Braunkohle".

VII. Zusammenfassung

Es war Gründonnerstag, der 16. April 1987, als die Maxhütte Konkurs anmelden mußte. Bereits ein Jahr zuvor war in Haidhof das Kaltwalzwerk stillgelegt worden, die Anlagen hatte man in die USA verkauft.[1] Alle gewerkschaftlichen Protestkundgebungen hatten nichts genützt.[2] Jetzt drohte die Schließung des gesamten Standortes Haidhof und ein forcierter Stellenabbau in Sulzbach-Rosenberg, die Vorboten für das endgültige „Aus" im Sommer 2002. Die Beteuerungen der Konzernherren über die Sicherheit des Standortes hatten sich als leere Versprechungen entpuppt.[3] Eine strukturschwache Region stand vor dem wirtschaftlichen Ruin, zumal auch für die BBI außer in einigen kleineren Betrieben und der umstrittenen Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf keine Ersatzarbeitsplätze geschaffen worden waren. Vierzig Jahre nach Kriegsende boten die schwerindustriellen Zentren Ostbayerns für die Söhne und Enkel der Kumpel aus Wackersdorf, Sulzbach-Rosenberg und Haidhof keine gesicherte Existenz mehr. Die Industrieinseln waren, wie viele altindustriellen Zentren, in die Krise geraten: Die Textilindustrie Schwabens und Oberfrankens hatte bereits Ende der sechziger Jahre tausende Beschäftigte entlassen müssen, und auch im oberbayerischen Pechkohlenrevier war schon Anfang der siebziger Jahre die letzte Schicht verfahren worden. Die oberpfälzische Hüttenindustrie hatte nun mit den gleichen Strukturproblemen zu kämpfen, die auch an Rhein und Ruhr dafür sorgten, daß vielerorts buchstäblich die Lichter ausgingen. Aus dem einstigen wirtschaftlichen Hoffnungsträger der strukturschwachen Oberpfalz war spätestens mit der weltweiten Stahlkrise ein Dauerpatient am staatlichen Subventionstropf geworden.

Man darf sich aber vom bitteren Ende nicht täuschen lassen. Der Blick zurück auf die Jahre 1945 bis 1976, denen die vorliegende Untersuchung gewidmet war, zeigt nicht eine Geschichte permanenter Niederlagen, sondern tiefgehende und ambivalente Transformationsprozesse, denen die industriellen Beziehungen, die Arbeiterschaft sowie die Sozialdemokratie und Gewerkschaften unterworfen waren. Die Entwicklungslinien dieser vier Bereiche werden abschließend zusammengefaßt und vor dem Hintergrund der Sozial- und Gesellschaftsgeschichte der Nachkriegszeit diskutiert.

Ein erster Punkt betrifft die Frage der industriellen Beziehungen. Die Einführung der Montanmitbestimmung 1951 und die Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 bedeuteten für beide Großunternehmen eine Zäsur; seither schwächten sich die Ungleichgewichte zwischen den Vertretern von Kapital und Arbeit ab, der entscheidenden Rolle von Gewerkschaften und Betriebsräten beim

[1] Sammlung Schäffer, Flugblatt: „MH-Ja zur Oberpfalz, Ja zur Maxhütte" (undatiert).
[2] Sammlung Schäffer, Chronologie: „Existenzkampf der Maxhütten-Belegschaft" (undatiert).
[3] Mittelbayerische Zeitung vom 5. 10. 1985: „Arbeitsplätze abgeschrieben?".

Wiederaufbau wurde Rechnung getragen. Wie die Spielräume genutzt wurden, war allerdings unterschiedlich und hing oftmals von betriebsspezifischen und personellen Konstellationen ab. Im Laufe der fünfziger Jahre zeigte sich aber überall deutlich, was die Arbeitnehmer und ihre Vertreter durch die Mitbestimmungsgesetzgebung gewonnen hatten. Gewerkschaften und Betriebsräte waren nun zunehmend über die unternehmensstrategischen Entscheidungen und die tarifpolitischen Entwicklungen in anderen Branchen und Regionen informiert. Sie konnten auf das taktische Vorgehen der Arbeitgeber reagieren und waren selbst schneller in der Lage, Vorschläge und Kompromißangebote zu unterbreiten. Dabei erlangten die Arbeitsdirektoren eine Schlüsselstellung. Hans Meisl und Hans Zink sowie dessen Nachfolger Werner Paul Schmidt hatten von Beginn an deutlich gemacht, daß sie sich in erster Linie dem Gesamtwohl des Unternehmens verpflichtet fühlten und keinesfalls nur der verlängerte Arm des Betriebsrates sein wollten. Manche Betriebsräte hatten dagegen gehofft, die neuen, gewerkschaftsnahen Männer würden im Vorstand ausschließlich ihre Positionen vertreten. Sie waren deshalb nicht selten enttäuscht, zumal die Arbeitsdirektoren immer auch eine gewisse Distanz zu den Arbeitern im Betrieb wahrten. Bei aller Kritik im einzelnen wußten die Betriebsräte jedoch genau, was sie an den Arbeitsdirektoren hatten: einen Bündnispartner, der zu Verhandlungen und Kompromissen bereit war und ein offenes Ohr für die Belange der Belegschaft hatte.

Daß die Arbeitsdirektoren Repräsentanten der Arbeitnehmer im Vorstand, zugleich aber auch Vertreter der Arbeitgeber bei den Tarifverhandlungen waren, führte zu einer spezifisch deutschen Sonderform der Verschmelzung von Kapital und Arbeit, zum „institutionalisierten Klassenkonflikt"[4], wie Theodor Geiger bereits frühzeitig erkannt hat. Für einen französischen oder englischen Gewerkschafter in der Montanindustrie wäre jedenfalls schon die Vorstellung eines Arbeitsdirektors im Unternehmensvorstand, der möglicherweise gegen die eigene Organisation Tarifverhandlungen führt, einem Sakrileg gleichgekommen. Die kooperative Form der westdeutschen Arbeitsbeziehungen traf hier auf Unverständnis, bedeutete sie doch im Kern die grundsätzliche Anerkennung kapitalistischer Eigentumsverhältnisse.[5] Das System der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung war ein gesellschaftlicher Integrationsmechanismus, dessen Einfluß auf die Lösung sozialer Konflikte in einer marktwirtschaftlichen Ordnung kaum zu überschätzen ist. Im Rahmen der Mitbestimmung war es möglich, elementare Anliegen der Belegschaft in den unternehmerischen Entscheidungsprozeß einzuspeisen. Sie setzte die Tradition der Arbeiterschutzpolitik des späten 19. Jahrhunderts fort und paßte die seit dem Ersten Weltkrieg bestehenden betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer den veränderten politischen Rahmenbedingungen der zweiten deutschen Demokratie an. In den erheblich erweiterten Mitbestimmungsformen der Bundesrepublik bot sich den konfligierenden Interessen von Kapital und Arbeit eine institutionelle Arena, in der sie Konflikte vor ihrem Kulminationspunkt entschärfen, Kompromisse aus-

[4] Geiger, Klassengesellschaft, S. 29 f.
[5] Vgl. Ritter, Sozialstaat, S. 164 ff.

handeln und eine „wirtschaftliche Vertrauenskultur"[6] schaffen konnten. Dieser Mechanismus integrierte die Arbeitnehmervertreter in den Verteilungsprozeß der sozialen Markwirtschaft, senkte die Transaktionskosten und trug wesentlich zur politischen Stabilität und zum ökonomischen Erfolg der westdeutschen Nachkriegsdemokratie bei.[7]

Die Wirkungsgeschichte der Mitbestimmung verdeutlicht aber noch einen weiteren wichtigen Aspekt. Sie entlarvt den vermeintlichen „Mythos vom Sieg der Gewerkschaften"[8] selbst als Mythos, der die Realität nur unvollkommen beschreibt. Für die Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte waren die Mitbestimmung und auch das Betriebsverfassungsgesetz in jedem Fall große Fortschritte, da beide Gesetze ihnen Hebel in die Hand gaben, um ihren Einfluß zu erweitern. Am konkreten Beispiel von Betrieben läßt sich hier die Kluft zeigen, die gelegentlich zwischen offizieller gewerkschaftlicher Politik und der betrieblichen Praxis auftreten konnte. Dabei ist hervorzuheben, daß die Mitbestimmung nicht nur als Instrument diente, um die betriebliche Willkür vieler Unternehmer einzuschränken. Sie förderte auch die soziale Disziplinierung der Belegschaft, weil Gewerkschaften und Betriebsräte nun in betriebliche Entscheidungsprozesse einbezogen und daher stärker als zuvor in der Verantwortung standen und somit zu pragmatischem Handeln gezwungen waren. Das Interessendreieck Arbeitgeber, Belegschaft und Betriebsrat stand so im Zeichen institutionalisierter Sozialpartnerschaft, die aber nicht ohne Konflikt und Kontrolle auskam. Die Vorstellung des Unternehmens als „Familie", das zwar hierarchisch strukturiert sei, sich aber verantwortungsvoll und unermüdlich um die Belange der Betriebsangehörigen kümmere, war in den fünfziger und sechziger Jahren gleichwohl die wirkungsvollste Klammer zur Integration der unterschiedlichen Interessen von Betriebsrat, Gewerkschaft und Unternehmensleitung. Attraktiv war dieses Modell für den Betriebsrat deshalb, weil er nicht mehr nur geduldet, sondern integraler Bestandteil der Unternehmenshierachie war und seine Machtbasis ständig erweitern konnte; er vertrat zwar die Forderungen der Belegschaft, achtete aber stets darauf, das Unternehmensganze nicht aus dem Blick zu verlieren. Der Vorstand nahm die Beteiligung der Arbeitnehmer gerne hin, solange diese den Betriebsfrieden wahrten und keine überzogenen lohn- oder sozialpolitischen Forderungen stellten. Das bedeutete keineswegs, daß die industriellen Beziehungen einer sozialpartnerschaftlichen Idylle glichen. Zwischen einzelnen Branchen und Industriegewerkschaften gab es in dieser Hinsicht große Unterschiede. Während die Tarifverhandlungen für die Braunkohlenindustrie weitgehend konsensual und ohne größere Auseinandersetzungen verliefen, konnte davon in der Eisen- und Stahlindustrie keine Rede sein. Hier mußte die IG Metall den Arbeitgebern höhere Löhne und

[6] Werner Abelshauser, Vom wirtschaftlichen Wert der Mitbestimmung: Neue Perspektiven ihrer Geschichte, in: Wolfgang Streeck, Norbert Kluge (Hrsg.), Mitbestimmung in Deutschland. Tradition und Effizienz. Expertenbericht für die Kommission Mitbestimmung (Bertelsmann Stiftung/Hans-Böckler-Stiftung), Frankfurt am Main, New York 1999, S. 224–238, hier S. 234.

[7] In eine ähnliche Richtung Streeck, Kluge, Mitbestimmung, S. 239–253; Bernd Frick, Die Funktionsfähigkeit der bundesdeutschen Betriebsverfassung. Quantitative und qualitative Evidenz im Überblick, in: Industrielle Beziehungen 4 (1997), H. 3, S. 172–195.

[8] Vgl. Thum, Mitbestimmung.

Gehälter in zähen Verhandlungen abringen, und oft half nur die Drohung mit Streik, um nicht durch „Tarifflucht" oder andere Blockadestrategien der Arbeitgeber ins Hintertreffen zu geraten.

Eine besondere bayerische Note der Tarifpolitik kann man dabei kaum erkennen. Die IG Metall war insgesamt die kämpferischere Gewerkschaft, deren Politisierungsgrad und Skepsis gegenüber dem westdeutschen Industriesystem ausgeprägter war als bei den Kollegen der IG Bergbau. Beide Gewerkschaften standen aber im organisationsinternen Spannungsfeld von Zentrum und Peripherie. Konkret hieß das: Als sich in der Frühphase der Bundesrepublik der Ausbau der Tarifordnung und der Flächenverträge noch in den Anfängen befand, kam es zwischen Betriebsräten und Ortsverwaltungen auf der einen und den Bezirksverwaltungen auf der anderen Seite immer wieder zu Konflikten. Es dauerte bis zum Ende der fünfziger Jahre, bis sich der gewerkschaftliche Zentralismus durchgesetzt hatte und die machtpolitischen Gewichte innerhalb der Organisation verteilt waren. Die Zentralen setzten dabei nicht zuletzt auf den Aufbau eines Netzes von Vertrauensleuten in den Betrieben, die syndikalistischen Tendenzen der Betriebsräte entgegensteuern und die gewerkschaftliche Dominanz im Betrieb durchsetzen sollten. Das galt vor allem für den Tarifsektor, auf dem sich die Gewerkschaften massiv dafür einsetzten, betriebliche Sonderleistungen zugunsten tarifvertraglicher Regelungen zu beseitigen. Die Montan-Mitbestimmung begünstigte die gewerkschaftlichen Bemühungen um eine Zentralisierung und eine Ausweitung ihres Einflusses in den Betrieben.

Für die Belegschaft war in der Regel nur das Ergebnis der Tarifverhandlungen wichtig. Ausschlaggebend war, was der Einzelne am Ende der Woche mit nach Hause brachte. Der Betrieb sorgte für Arbeit und wachsenden Wohlstand und war Lebensmittelpunkt in der arbeitsplatzarmen Region. Die sozialpartnerschaftliche Betriebsfamilienrhetorik geriet allerdings Ende der sechziger Jahre in eine Krise. Westdeutschland erlebte 1966/1967 in den Augen der Zeitgenossen eine einschneidende Rezession, der Konjunkturmotor geriet ins Stocken, und bei der Maxhütte drohten neben Kurzarbeit auch Entlassungen. Im September 1969 erschütterten „wilde Streiks" die westdeutsche Montanindustrie. Sie waren die Antwort zehntausender Arbeiter auf die gewerkschaftliche Zurückhaltung in den Krisenjahren und die mageren Verhandlungsergebnisse in den Tarifrunden von 1969. In der Maxhütte legten die Beschäftigten den Betrieb für mehrere Tage lahm, in Wackersdorf kam es dagegen nur zu einem kurzen Warnstreik. Aber bereits dabei zeigte sich, wie verunsichert die führenden Gewerkschaftsfunktionäre waren. Sie fürchteten, die Belegschaft nicht mehr unter Kontrolle halten zu können, falls die Gewerkschaft als Verliererin aus den Tarifverhandlungen herausgehen sollte. Für die Veteranen unter ihnen muß die Erkenntnis, daß die Arbeiter sich ihrer politischen Führung entzogen, besonders schmerzhaft gewesen sein, weil das in keiner Weise in ihr Bild der harmonischen BBI-Familie paßte. Die Feststellung des IG Bergbau-Geschäftsstellenleiters Adolf Fabry, noch nie seit dem Krieg sei die Stimmung in der Belegschaft so angespannt und aggressiv gewesen wie im Jahr 1969, traf wohl nicht nur für die BBI, sondern auch für die Maxhütte zu. Seit den Septemberstreiks spürten die Gewerkschaften auf allen Ebenen, daß ihre Integrationskraft schwand. Bereits seit den sechziger Jahren konnte ihr Mitgliederzu-

wachs im Bundesgebiet wie in Ostbayern nicht mehr mit der allgemein steigenden Beschäftigungsentwicklung Schritt halten. Junge Arbeitnehmer waren immer seltener in gewerkschaftlichen Organisationen zu finden, ganz zu schweigen von Frauen, die in den männerdominierten Branchen immer schon eine Minderheit dargestellt hatten. Hinzu kam noch, daß der Bergbau insgesamt von einer weiteren schweren Krise erschüttert wurde und damit die gewerkschaftspolitischen Verhandlungsspielräume immer enger wurden.[9] Im Tarifbereich der nordbayerischen IG Bergbau war die BBI eines der wenigen Unternehmen, deren Überleben zu Beginn der siebziger Jahre nicht an einem seidenen Faden hing. Zwar war klar, daß die Produktion Anfang der achtziger Jahre wegen fehlender Tagebaufelder auslaufen würde, doch garantierte die Politik der Sozialpläne einen vergleichsweise langfristigen und „sanften" Übergang für die Beschäftigten.

An der oberpfälzischen Hüttenindustrie gingen diese Jahre weltweiter Konjunktureinbrüche und Konzentrationsprozesse nicht spurlos vorüber, auch bei der Maxhütte mußte man um die Existenz fürchten. Die Gewerkschaften erkannten, daß mit der Rezession in der Stahlbranche der Gleichschritt von Rationalisierung und Beschäftigtenexpansion dauerhaft nicht mehr funktionierte. Kurzarbeit war die Folge, und jetzt konnten auch Entlassungen und die Stillegungen von Produktionszweigen nicht mehr verhindert werden. Damit verschärfte sich der Ton in den Tarifverhandlungen, und die gewerkschaftliche Kampfbereitschaft erhöhte sich. Der Streit um den Verkauf von Flick an Klöckner 1975/1976 zeigte die Grenzen des sozialpartnerschaftlichen Konsenses und der Einflußmöglichkeiten der Arbeitnehmer auf konzernstrategische Entscheidungen. Die Mitbestimmung hatte ihre gestalterische und partizipative Kraft bei der Maxhütte zu diesem Zeitpunkt verloren. Immerhin waren in ihrem Rahmen aber eine Fülle (sozial-)politischer Interventionsinstrumtentarien geschaffen worden, die es den Arbeitnehmervertretern ermöglichten, für die Beschäftigten nach „sozialverträglichen" Lösungen zu suchen – für den „Standort" mittlere Oberpfalz eine wichtige Stütze. Gerade in ihrer längerfristigen Wirkung zeigt sich der Bedeutungswandel der Mitbestimmung: Galt sie Gewerkschaften und Betriebsräten bei ihrer Einführung als ein wichtiges Element der wirtschaftsdemokratischen Neuordnung der westdeutschen Arbeitsverfassung, entwickelte sie sich in den Krisenjahren der Hüttenindustrie zu ihrem wichtigsten Schutzmechanismus, der vor allem bei konjunkturbedingten Produktionseinbußen oder Betriebsstillegungen seine Wirkung nicht verfehlte. In langen Verhandlungen erstrittene Rationalisierungsschutzabkommen und Sozialpläne trugen zumindest dazu bei, die Folgen der Rezession für die Beschäftigten abzufedern und die Arbeitgeber an den sozialen Kosten zu beteiligen.

Die von Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit betroffenen Beschäftigten der ostbayerischen Montanindustrie waren freilich kaum mehr mit der Belegschaft der Nachkriegsjahre zu vergleichen: Deutlich sichtbar ist vor allem ein Qualifizierungsschub zu Beginn der sechziger Jahre, als die Zahl der un- und angelernten

[9] Vgl. zum Beispiel aus betrieblicher Sicht Christoph Nonn, Der Anfang vom Ende: Die Zeche Westfalen während der Bergbaukrise (1958–1969), in: Glückauf-Stiftung (Hrsg.), Zeche Westfalen. Ein Jahrhundert Steinkohlenbergbau in Ahlen, Essen 2000, S. 153–178.

Arbeiter zugunsten der Zahl der Facharbeiter signifikant zurückging. Eine der Ursachen dafür bestand in dem Rationalisierungs- und Mechanisierungsschub, der beispielsweise bei der BBI mit der Bandförderung und dem Einsatz von Großraumbaggern nicht nur die Produktivität erhöhte, sondern auch das Profil der Arbeitsplätze veränderte. Die Folge war eine zunehmend differenziertere Arbeiterschaft, die in den werkseigenen Ausbildungsstätten geschult und auf die neuen, anspruchsvolleren Tätigkeiten vorbereitet wurde. Auch andere Indikatoren deuten darauf hin, daß es angemessen ist, von den sechziger Jahren als einer sozialgeschichtlichen Umbruchsphase zu sprechen und hier das Ende der „Proletarität" zu verorten: Betrachtet man die Reallöhne der Arbeiter der ostbayerischen Montanindustrie, so ist allein zwischen 1950 und 1966 fast eine Verdoppelung zu konstatieren. Hinzu kam, daß sich in den „Wirtschaftswunderjahren" die Einkommensdifferenzen zwischen Angestellten und Arbeitern zunehmend verringerten. In immer größerem Maße war es vielen Arbeitern mit betrieblicher und staatlicher Unterstützung jetzt möglich, Teile ihres Gehaltes zu sparen oder für den Erwerb von (Wohnungs-)Eigentum oder Konsumgütern auszugeben. Besonders jüngere Arbeiter wuchsen in den späten fünfziger und sechziger Jahren mit der Erfahrung materieller Sicherheit, verbesserter Konsum- und Aufstiegsmöglichkeiten sowie krisenfester Arbeitsplätze auf – und aus den alten Arbeitermilieus heraus. Wichtig war für junge wie für ältere Arbeiter gleichermaßen, daß sich in Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs die Ressourcen der Betriebskrankenkasse erheblich vergrößerten und es damit möglich wurde, die Leistungen der betrieblichen Gesundheitsfürsorge auszubauen. Dazu zählten vorbeugende Maßnahmen gegen berufsspezifische Erkrankungen, aber auch gezielte Schutzvorkehrungen am Arbeitsplatz, so daß ein wesentliches Kriterium proletarischer Existenz, das arbeitsplatzspezifische Risiko, geringer wurde.

Schichtspezifische Unterschiede blieben dennoch weiter bestehen. Noch immer waren Arbeiter trotz verbesserten Gesundheitsschutzes und sinkender Arbeitszeiten häufiger krank und größeren Gefährdungen ausgesetzt als Angestellte, und noch immer lag ihr sparfähiges „Vermögen" unter dem der Angestellten. Die soziale Kluft zwischen Arbeitern und Angestellten war in den siebziger Jahren an vielen Stellen deutlich kleiner geworden, aufgelöst hatte sie sich nicht. Besonders in der Stahlkrise wurde offensichtlich, daß die generationsübergreifende „Erfahrungskette"[10] der Arbeiterschaft aus Krisenbewußtsein, drohender Arbeitslosigkeit und der Sorge um die Ernährung der Familien durch die außergewöhnliche Boomphase zwischen Gründung der Bundesrepublik und Ölkrise nur vorübergehend, aber nicht endgültig durchtrennt worden war. Daran konnten auch die Sicherungsinstrumente des westdeutschen Sozialstaates nur bedingt etwas ändern. Dafür machten sich innerhalb der Arbeiterschaft Umschichtungs- und Nivellierungstendenzen bemerkbar, die sich vor allem an der sukzessiven Angleichung der Löhne von un- und angelernten Arbeitskräften ablesen lassen. Welche Rolle die 1955 eingeführte analytische Arbeitsplatzbewertung bei Prozessen dieser Art

[10] Dazu auch Wolfgang Kaschuba, Volkskultur und Arbeiterkultur als symbolische Ordnungen. Einige volkskundliche Anmerkungen zur Debatte um Alltags- und Kulturgeschichte, in Lüdkte, Alltagsgeschichte, S. 191–224, hier S. 215.

spielte, ist bislang kaum erforscht. Bei der BBI zeigte sich, daß die Frage nach dem „neuen Wert der Arbeit" für die innerbetriebliche Mobilität und die Qualifikation der Arbeiterschaft von ganz erheblicher Bedeutung war. Denn eine der wesentlichen Voraussetzungen für die schrittweise Angleichung der Arbeiterlöhne war die Aufwertung der körperlichen Anstrengung zu Lasten der berufsspezifischen Ausbildung in der Entgeltstruktur des Tagebaus, für die die analytische Arbeitsplatzbewertung die Initialzündung gegeben hatte. Das Punktwertsystem kam vor allem den unteren Lohngruppen zugute, während die traditionelle Arbeiteraristokratie, bei der BBI die Handwerker, mit geringeren Lohnsteigerungen zufrieden sein mußten. In anderen Betrieben scheint diese Entwicklung ähnlich gewesen zu sein. Für ein endgültiges Urteil fehlen jedoch noch weitere branchenübergreifende Untersuchungen. Sicher ist allerdings, daß die mikropolitischen Aushandlungsprozesse, die der neuen Abeitsplatzbewertung vorausgingen, eine viel größere Bedeutung für das Binnenleben der Betriebe hatten, als bisher angenommen wird.[11] Denn die Entscheidung, welche Arbeiten besonders vergütet werden sollten, fiel in den Verhandlungen zwischen Betriebsräten, Unternehmensleitung und Belegschaft. Das Betriebsverfassungsgesetz, das den gesetzlichen Rahmen für den Bewertungsausschuß geschaffen hatte, bot also für die Arbeitnehmervertreter neben den Tarifverhandlungen eine zweite Plattform, von der aus sie stärker als bisher Einfluß auf die Gestaltung der Löhne und Arbeitsplatzstrukturen ausüben konnten. Die Richtung und Geschwindigkeit des sozialstrukturellen Wandels der Belegschaften von BBI und Maxhütte hatte auch darin eine ihrer Ursachen.

Die Bewertung der Arbeit spielte aber noch in einem anderen Zusammenhang eine zentrale Rolle für das Selbstverständnis der Belegschaft, und dabei ging es nicht nur um ihre materielle, sondern auch um ihre symbolische Bedeutung.[12] Beim Blick auf das Verhältnis von Arbeitsorganisation, Arbeiteridentität und Körperlichkeit in der Eisen- und Stahlindustrie zeigt sich auch noch in den fünfziger und frühen sechziger Jahren ein klassenspezifisches Arbeitsethos, das sich in Sprache und Gebärden, im Trinkverhalten und im Wissen um die eigene manuelle Geschicklichkeit und Arbeitsleistung ausdrückte. Für die Hierarchie innerhalb und zwischen den Crews bildete die Körperlichkeit der Arbeit ein zentrales Kriterium. „Männlichkeit" maß sich an der Belastungsintensität und Leistungsfähigkeit im Produktionsprozeß, und nur wer diese Normen erfüllte, konnte sich der Anerkennung seiner Kollegen sicher sein. Die kollektive Selbsterziehung und die internen Regulierungsmechanismen in den Arbeitskolonnen normierten damit nicht nur eine geschlechtsspezifische Form von „Vertrauen", „Solidarität" und „Kameradschaft", sondern vor allem ein ausgeprägtes habitualisiertes Arbeits- und Leistungsbewußtsein. Konflikte gab es dabei nicht nur zwischen den altgedienten und jüngeren Arbeitern, die aus dem Krieg kamen und sich nicht den gewachsenen Autoritäten und Normen unterwerfen wollten, sondern vor allem mit den zahlreichen Flüchtlingen, die in einzelnen Betriebsteilen über 30 Prozent der Belegschaft stellten. Zwar gelang es, viele Flüchtlinge über den betrieblichen

[11] Dazu beispielsweise Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, S. 132–147; Mooser, Arbeiterleben, S. 228f.; Schildt, Arbeiterschaft, S. 49f.

[12] Vgl. dazu ausführlich Kaschuba, Volkskultur, S. 201–214.

Wohnungsbau langfristig an das Werk zu binden, doch nicht alle wurden von der einheimischen Belegschaft mit offenen Armen empfangen. Die Integration von „Fremden" war auch im Betrieb ein konfliktreicher Prozeß; sie setzte sich in den sechziger und siebziger Jahren fort, als der Arbeitskräftemangel dazu zwang, ausländische Beschäftigte in die Oberpfalz zu holen. Gewerkschaften und Betriebsräte machten in dieser Frage einen Lernprozeß mit, der sie in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren deutlich sensibler werden ließ für die Probleme von Arbeitsmigranten, als dies zu Beginn der ersten Anwerbungswelle der Fall gewesen war. Anfangs sahen die Arbeitnehmervertreter in ihnen „Fremdarbeiter", wie man sie noch aus der Kriegszeit kannte, später und als Folge der konkreten Erfahrung im Betrieb und der allgemeinen gewerkschaftlichen Diskussion wurden aus den früheren „Gastarbeitern" langsam und zumindest in Ansätzen ausländische „Kollegen".

Die Jahre um 1968, in denen dieser Wandel stattfand, sind auch in anderer Hinsicht eine Zäsur. In den gewerkschaftlichen Jugendorganisationen und betrieblichen Jugendvertretungen gärte es schon länger. Die Jugendvertreter lehnten sich vor allem gegen die patriarchalischen Vorstellungen auf, die bei vielen Vorgesetzten und Meistern im Hinblick auf die richtige Erziehung der Jugend bestanden. Sie sahen sich als Anwalt der Jugendlichen und wollten nicht länger hinnehmen, daß junge Arbeiter und Angestellte von ihren Vorgesetzten zu überflüssigen Arbeiten herangezogen oder zu ungerechten Strafen verurteilt wurden. Sie prangerten aber nicht nur das Verhalten der Ausbilder in den Lehrlingswerkstätten und Berufsschulen an, sondern sie wollten die Lehrlings- und Berufsschulausbildung generell verändern. Dazu gehörte die Forderung nach stärkerer politischer Bildung genauso wie nach Sexualaufklärung; beides Bereiche, die in den wöchentlichen Kursen für Lehrlinge bis in die sechziger Jahre zu kurz gekommen waren. Die Lehrlinge und jungen Gewerkschafter erlebten Ende der sechziger Jahre einen Politisierungsschub; wie die Studenten an den benachbarten Universitäten, protestierten auch sie gegen die Notstandsgesetze, den Springer-Verlag und den Vietnamkrieg. Vor allem die IG Metall-Jugend knüpfte hier an ältere antikapitalistische Traditionen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung an, für die die Jahre um 1968 als Katalysator wirkten. Allerdings gab es deutliche Grenzen der Kooperation zwischen jungen Gewerkschaftern und den Studenten des SDS. Der revolutionären Rhetorik der Studentenbewegung konnten die jungen Arbeitnehmer nicht viel abgewinnen. Ihre Kritik richtete sich gegen einzelne Aspekte der westdeutschen Nachkriegsdemokratie, nicht gegen das „System" an sich. Aus ihrer Sicht galt es, den beginnenden „Faschismus" in Gestalt der NPD oder die Medienmanipulation durch die Bild-Zeitung zu bekämpfen, nicht aber die parlamentarische Demokratie. Den Ausschlag gaben hier vor allem organisationskulturelle Erfahrungen. Bei aller Protestbereitschaft standen die jungen Arbeitnehmer in einer gewerkschaftlichen Tradition, in der Disziplin und Autorität zentrale Bestandteile der politischen Handlungsfähigkeit ausmachten. Ohne sie waren Streiks und kollektive Aktionen kaum denkbar. Sie konnten daher auch wenig mit den teils anarchischen, teils antiautoritären oder basisdemokratischen Vorstellungen der protestierenden Studenten anfangen. Deren Hoffnungen, die jungen Arbeitnehmer für die Revolution begeistern zu können, gingen mithin von einer völ-

ligen Unkenntnis der Erfahrungen aus, die die nachwachsende Arbeiterbewegung in Betrieb und Gewerkschaft gemacht hatte.

Wichtiger als die Frage nach Gemeinsamkeiten zwischen APO und Gewerkschaftsbewegung ist aber ein anderer Aspekt: Reform und Rebellion, gesellschaftlicher Aufbruch und die Kritik an Institutionen und Autoritäten machte auch vor den Betriebstoren nicht halt. Das war nicht immer so spektakulär und öffentlichkeitswirksam wie die Studentenproteste an den großen Universitäten. Aber klar ist doch, daß ähnlich gelagerte Konflikte nicht nur das „Privileg" der akademischen Jugend waren, sondern auch die jungen Arbeitnehmer in den Großbetrieben in Atem hielten. Dabei erlebte man nicht die „Wiedergeburt des Proletariats". Mit Klassenkampf hatten die jungen Arbeitnehmer wenig im Sinn. Ihnen ging es neben den großen politischen Fragen der Zeit auch um die Ausbildung in Schule und Beruf und das als autoritär empfundene Klima am Arbeitsplatz. Die Veränderungsimpulse nahmen vor Ort eigene, organisationsspezifische Formen an. Man griff lebensweltliche Erfahrungen auf und stellte gesellschaftliche Ordnungsmuster in Frage oder versuchte, sie zumindest den eigenen Bedürfnissen anzupassen. Davon waren Industriebetriebe, Berufsschulen oder Gewerkschaftsorganisationen keinesfalls ausgenommen. Selbst die scheinbar stille „Provinz" wurde davon erfaßt. Deshalb sollte man, wenn nach der Breiten- und Tiefenwirkung der Jahre um 1968 gefragt wird, den Blick nicht nur auf die Universitäten richten. Wesentliche Wirkungsbereiche von „1968", die Dynamik und das Eigenleben fern der Metropolen und größeren Städte bleiben sonst im dunkeln. „1968" wird in dieser neuen Sicht variationsreicher, aber auch weniger der Legendenbildung preisgegeben.

Wie fruchtbar eine solche Perspektive sein kann, hat diese Arbeit am Beispiel der Diskussion um das „Ende der Arbeiterbewegung" und den Erosionsprozeß sozialdemokratischer Milieus zu zeigen versucht. Unmittelbar nach Kriegsende gelang es der SPD relativ rasch, in ihren traditionellen Hochburgen zwischen Naab und Vils wieder Fuß zu fassen. Es waren vorwiegend die alten Genossen, welche bereits vor 1933 in der Arbeiterbewegung aktiv gewesen waren, die die Partei wieder ins Leben riefen. In den Arbeiter- und Industriegemeinden der Montanindustrie kam noch ein wichtiger Faktor hinzu: die Flüchtlinge. Zahlreiche sudetendeutsche Sozialdemokraten siedelten sich mit ihren Familien in der Gegend um die Maxhütte und die BBI an und sorgten dafür, daß der Aderlaß von Verfolgung und Krieg hier größtenteils wieder kompensiert werden konnte. Allerdings wuchs wenig nach. Die SPD und ihre Vorfeldorganisationen taten sich spätestens seit Ende der vierziger Jahre schwer, neue Mitglieder zu gewinnen. Selbst in den Zentren der ostbayerischen Sozialdemokratie waren die Versuche, die alten Arbeiterkultur- und Bildungseinrichtungen wiederzubeleben, zumeist zum Scheitern verurteilt. Das lag nicht zuletzt daran, daß der Partei die Jugend fehlte und es selbst in traditionellen sozialdemokratischen Familien nicht mehr die Regel war, die Kinder in die sozialistischen Jugendorganisationen zu schicken. Vielerorts besaß die SPD in den fünfziger Jahren den Charakter eines proletarischen Altherrenclubs. Das sozialdemokratische Milieu hatte an Bindungskraft verloren, ganz aufgelöst hatte es sich allerdings nicht.

Rund um die Großbetriebe blieb die SPD die Partei der Industriearbeiter. Nichts prägte das Parteileben stärker als der Rhythmus der Hütte und des Tage-

baus. Mit der immer größeren Arbeitskräftenachfrage der Betriebe, dem Wachstum der industriell erwerbstätigen Bevölkerung und dem nach schweren Konflikten errungenen Sieg über die KPD gelang es der Sozialdemokratie, ihre Position in den umliegenden Gemeinden und Kleinstädten zu stabilisieren und sogar auszubauen. Ihre Wahlerfolge in Wackersdorf belegen das ebenso wie ihr Triumph in Sulzbach-Rosenberg, wo 1964 der Posten des Bürgermeisters erobert werden konnte. Hinter der Gleichzeitigkeit von politischem Einflußgewinn und dem Bedeutungsrückgang sozialdemokratischer Selbsthilfeorganisationen verbarg sich ein vielschichtiger Prozeß, den man vermutlich auch in anderen montanindustriell geprägten Regionen erkennen kann. Zugespitzt könnte man von einer Verbetrieblichung des sozialdemokratischen Milieus sprechen. Denn mit der Montanmitbestimmung, der Stärkung der Betriebsräte und Arbeitsdirektoren und der Expansion der betrieblichen Sozialpolitik verlor das Unternehmen seinen ursprünglichen Charakter als Rivale und Gegner der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. Durch die basisnahen Repräsentanten von Arbeitnehmerinteressen, die gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Multifunktionäre, die Mitglieder des Betriebsrates und kommunale Mandatsträger, wurde die Arbeitnehmerseite in die Unternehmen eingebunden. Zugleich konnte sie über und durch den Betrieb viele Ziele erreichen, um die sich das alte sozialdemokratische und gewerkschaftliche Netzwerk gekümmert hatte: Aus- und Weiterbildung, Wohnungsbau und Konsumladen, um nur einige Beispiele zu nennen, die nun in der Verantwortung des Betriebs und der Betriebsräte lagen. Das verbesserte die politischen Erfolgsaussichten und stärkte das Ansehen der Arbeitnehmervertreter innerhalb des Produktionsmilieus und der montanindustriellen, auf die Unternehmen fixierten Gemeinden, ließ aber gleichzeitig die Notwendigkeit sozialdemokratischer Selbsthilfe langsam überflüssig erscheinen. Natürlich spielten bei dieser Entwicklung noch andere, überregionale Faktoren wie die Expansion des Sozialstaates, die „Entproletarisierung" der Arbeiter oder die langfristige Schwächung der Arbeitermilieus bereits vor 1933 eine wichtige Rolle. Doch greift es zu kurz, die Geschichte der Arbeiterschaft nach 1945 nur unter dem Gesichtspunkt der „Erosion sozialer Milieus" zu beschreiben. Es ist unstrittig, daß sich mit dem Begriff Erosion ein zentraler Trend der komplexen Entwicklungen erfassen läßt, dem das sozialdemokratische Milieu in den sechziger und frühen siebziger Jahren ausgesetzt war. Leicht geraten dabei aber die Elemente von Kontinuität und der Geschwindigkeit und spezifischen Ausprägung der Transformationsprozesse aus dem Blick, die nicht zu den lauten Abgesängen auf das Arbeitermilieu passen.

Das betrifft vor allem das viel zitierte Schlagwort vom „Ende der Arbeiterbewegung". Das Godesberger Programm hatte den Auftakt für den programmatischen Kurswechsel der SPD gegeben, doch bis aus der Arbeiter- eine Volkspartei wurde, sollte es zumindest in der Oberpfalz und in Niederbayern noch einige Zeit dauern. Auch hier gewann die SPD viele neue Mitglieder hinzu, auch hier wurde die Partei jünger und weiblicher, doch blieb sie auch noch in den sechziger Jahren im Kern eine Partei der (männlichen) Facharbeiter, die ihren Schwerpunkt in den größeren Städten und den altindustriellen Zentren hatte. Trotz aller strukturellen Schwierigkeiten konnte sie aber auch im weitgehend katholisch-agrarischen Ostbayern die Wasser des „Genossen Trend" auf ihre Mühlen lenken, so daß in den

sechziger Jahren ein „sozialdemokratischer Frühling" ausbrach – ein Phänomen, das so für die gesamte bayerische Sozialdemokratie gilt und noch einer intensiveren Erforschung bedarf. Eine geborene Verliererin, das kann nicht oft genug betont werden, war die bayerische SPD nach 1945 nicht. Von entscheidender Bedeutung scheint dabei gewesen zu sein, daß zwischen 1968 und 1972 zahlreiche Studenten in die Partei eintraten und die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten stärkten. Die SPD erhielt damit ein neues Gesicht. Denn das für die Prägekraft sozialer Milieus zentrale Moment des Umbaus von Informationen in kollektive Wirklichkeitsvorstellungen und handlungsrelevante Deutungsmuster begann sich mit ihnen zu verändern. In den späten sechziger und frühen siebziger Jahren entstand innerhalb der SPD ganz offensichtlich ein neues Mischungsverhältnis sozialdemokratischer Leitbilder, das wesentliche Anstöße aus dem theoretischen Gemischtwarenladen der „Neuen Linken" bezog. „Spätkapitalismuskritik" und „Faschismusanalyse" wurden für den SPD-Nachwuchs die dominierenden Deutungen der westdeutschen Gesellschaftsordnung und die tragende Säule ihrer kognitiven Konstitution, die sie eng mit der Studentenbewegung verband.[13] Unabhängig davon, wie reflektiert oder stimmig sie waren: Sie prägten für mehr als ein Jahrzehnt den sozialdemokratischen Nachwuchs und das zukünftige Parteipersonal bis hinunter auf die Ebene der Ortsvereine. Ihre dynamische Kraft ließ die „alte" Arbeiterbewegung vielerorts in die Defensive geraten, denn die Jusos legten die Finger in die innerparteiliche Wunde: „Mehr Demokratie" galt es vor allem in den Basisorganisationen zu wagen, an denen der gesellschaftliche Aufbruch und die Reform der Partei weitgehend vorbeigegangen waren. Der generationelle Wandel, den die SPD in diesen Jahren erlebte, war tiefgreifend, gab der Partei wichtige Modernisierungsimpulse und führte vielerorts dazu, daß das alte, verdiente Parteipersonal teils freiwillig seinen Platz räumte, teils aber auch in harten Kämpfen aus seinen Funktionen verdrängt wurde.

Die Auseinandersetzungen waren, wie vielfach suggeriert wird, nicht auf die Großstädte beschränkt. Sie ereigneten sich – mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – auch in der ostbayerischen Provinz. In den späten sechziger und frühen siebziger Jahren kam es auch in den ostbayerischen Industrielandkreisen Burglengenfeld und Sulzbach-Rosenberg zu erheblichen und für alle Beteiligten schmerzhaften Konflikten. Deutlich werden dabei die vielfältigen Impulse, die die lokalen Parteigliederungen aus den umliegenden Gymnasien und Fachoberschulen erhielten. Sie bildeten zumindest in Schwandorf den Ausgangspunkt der Protestbewegung und sollten auch in den folgenden Jahren neben der neu gegründeten Universität Regensburg das zweite wichtige Rekrutierungsfeld der Jungsozialisten bleiben.

Die Schüler und Studenten, die nun verstärkt in die Schwandorfer SPD eintraten, verfügten als jungsozialistische Arbeitsgemeinschaft in ihrer Mutterpartei über erheblichen Einfluß. Sie drängten viele ältere Genossen aus ihren Ämtern und übernahmen im Ortsverein und in den Sektionen die führenden Funktionen. Gleichzeitig zwangen sie die Partei dazu, sich mit neuen politischen Themenfeldern wie etwa Kinder- und Jugendpolitik auseinanderzusetzen. In ihren Aktionen

[13] Vgl. Ingrid Gilcher-Holtey, Mai 68 in Frankreich, in: dies. (Hrsg.), 1968, S. 11–34, hier S. 13–17.

verschmolzen die neuen Protestformen der Studentenbewegung mit den lokalen Erfahrungen. Aus den Jusos wurde so ein Jugendverband, dessen Mitglieder sich nicht nur optisch mit langen Haaren und Lederjacke von der eher biederen Sozialdemokratie absetzten, sondern auch eigenständige Ausdrucksformen und Deutungsmuster entwickelten, die sich von den in der Mutterpartei herrschenden fundamental unterschieden.

Die Jusos betrieben nicht nur eine immer radikaler werdende, ideologieüberfrachtete Kapitalismus- und Parlamentarismuskritik, sondern „entdeckten" zugleich die Kommunalpolitik als wichtiges Handlungsfeld, das entgegen vieler Behauptungen keineswegs frei von politischen Wertentscheidungen war. Revolutionärer Habitus und aktive Mitarbeit in den Kommunen gingen oft Hand in Hand. Sie waren die zwei Seiten der gleichen Medaille und deuten auf die ambivalente Wirkung der Schüler- und Studentenbewegung für die Sozialdemokratie hin: Einerseits rissen die Jusos die SPD aus ihrem „Dornröschenschlaf", den sie in vielen Ortsvereinen und Unterbezirken hielt. Neue soziale Schichten und Tausende Mitglieder konnten in den siebziger Jahren gewonnen werden, wovon der Großteil jünger als 35 Jahre war. Die SPD erlebte dadurch auch eine Re-Vitalisierung als Programmpartei, in der intensiv über neue Antworten auf die Modernisierung und Pluralisierung der Gesellschaft gerungen wurde. Viele junge Leute standen der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft und der vorherrschenden Wachstumseuphorie skeptisch gegenüber und betonten statt dessen postmaterielle Werte, die stärker als bisher die Meßlatte sozialdemokratischer Politik sein sollten. Ihr Blick war vor allem auf die sozialen und ökonomischen Kosten und weniger auf die Chancen der Marktwirtschaft gerichtet. Das konnte der SPD angesichts der programmatischen Defizite zu Beginn der siebziger Jahre nur gut tun.

Andererseits: Die Kritik der Jungen schoß an vielen Stellen weit über das Ziel hinaus und ließ sie in ihrer systemoppositionellen Attitüde die Errungenschaften der westdeutschen Nachkriegsdemokratie nur noch verzerrt wahrnehmen. Eine beträchtliche Naivität gegenüber dem östlichen Staatssozialismus gehörte genauso dazu wie eine oft nur schwer erträgliche Arroganz, mit der sie ältere und weniger „revolutionäre" Genossen behandelten. Ihr radikaler politischer Anspruch führte nicht nur in Schwandorf zu den schwersten politischen Auseinandersetzungen, die die Partei nach dem Krieg aushalten mußte. Die Konflikte lähmten die SPD. Sie war mehr mit sich selbst als mit dem politischen Gegner beschäftigt und bot in der Öffentlichkeit ein schauerliches Bild der Zerstrittenheit. Daran hatten die Jusos wesentlichen Anteil, und womöglich lassen sich in den von ihnen ausgelösten parteiinternen Konflikten wichtige Gründe dafür finden, daß in Bayern dem sozialdemokratischen Frühling kein Sommer folgte.

Kann man vor diesem Hintergrund von einem „Ende der Arbeiterbewegung sprechen"[14]? Die „heile Welt der alten heilsgewissen Arbeiterbewegung und Arbeiter(bewegungs)kultur"[15] hatte sich überlebt. Daran konnte kein Zweifel bestehen. Leicht werden aber die Entwicklungslinien übersehen, die sich nicht so naht-

[14] Klaus Tenfelde, Vom Ende und Erbe der Arbeiterkultur, in: Miller, Wandel, S. 155–172; ders., Ende der Arbeiterkultur: Das Echo auf eine These, in: Kaschuba, Arbeiterkultur, S. 19–30.

[15] Goch, Arbeiterbewegung, S. 543.

los in dieses Deutungsschema einfügen lassen. Denn die Jahre der Kanzlerschaft Willy Brandts bedeuteten für viele der in den fünfziger Jahren sklerotisierten Ortsvereine eine Phase des Aufbruchs und der Neuorientierung, die die Geschichte der SPD bis in die neunziger Jahre entscheidend prägen sollte. Auf den Schultern der „alten Arbeiterbewegung" begann eine neue, kulturell und generationell offenere Sozialdemokratie zu entstehen, die zeitgemäße Antworten auf die Probleme der nachindustriellen Gesellschaft zu geben versuchte. Die Erosion und Transformation der westdeutschen Arbeitermilieus waren zeitgleiche, sich gegenseitig bedingende Prozesse sozialen Wandels, die nicht angemessen beschrieben werden können, wenn nur ein Aspekt betrachtet wird.

Mit der Verknüpfung einer methodisch erweiterten Arbeiter- und Unternehmensgeschichte konnte ein wichtiger Teilbereich der westdeutschen Sozial- und Gesellschaftsgeschichte erstmals näher untersucht werden. Nimmt man industrielle Beziehungen, Produktionsformen und Arbeitsorganisation sowie auch die Arbeiterschaft und die politischen Organisationen in den Blick, so erhält man eine präzisere Vorstellung davon, wie umfassend die sozialen, politischen und ökonomischen Veränderungen in den fünfziger, sechziger und frühen siebziger Jahren waren, die aus der unsicheren westdeutschen Nachkriegsordnung eine stabile Demokratie formten. Das Ende dieser „dynamischen Zeiten"[16] markieren ohne Zweifel der Ölpreisschock von 1973 und die kurze Zeit später einsetzende weltweite Stahlkrise.

Bei einer auf das Instrumentarium der Industrie- und Organisationssoziologie gestützten Analyse der Mikro- und Mesoebene politischer und ökonomischer Institutionen treten soziale und politische Spannungslinien zu Tage, deren Eigenleben und historische Wandelbarkeit oftmals unterschätzt oder nur als Teil übergeordneter Problemzusammenhänge gesehen wurden. Das gilt für die mikropolitischen Auseinandersetzungen im Betrieb wie für die Gewerkschaften und die SPD. Ein solcher Zugriff ist zu umfassend, um alle Aspekte gleichermaßen berücksichtigen zu können. Nur angedeutet werden konnte vor allem der Reproduktionsbereich, der Bereich von Familie, Geschlechterbeziehungen und Freizeitverhalten, die intensiver Erforschung bedürfte. Selbst mit diesen Einschränkungen zeigt die Studie aber, wie mit Hilfe regionaler, branchen- und milieuspezifischer Analysen die Dynamik, aber auch die Folgen und Transformationsprozesse der „Wirtschaftswunderjahre" erfaßt werden können, ohne dabei auf wohlfeile Begriffshülsen wie „Erfolgsgeschichte"[17] oder „Restaurationsstaat"[18] zurückzugreifen. „Die Arbeiterbewegung geht weiter"[19], war Eric Hobsbawms Prognose für das 21. Jahrhundert. Ob er damit recht hat? Trotz oder gerade wegen der vielen Krisen in der bayerischen Montanindustrie: Die Kumpel und Genossen aus der Oberpfalz würden ihm sicherlich zustimmen.

[16] Dazu auch Schildt, Materieller Wohlstand, in: ders. u.a., Dynamische Zeiten, S. 21–53, hier S. 52f.
[17] Vor allem Axel Schildt, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1999.
[18] Vgl. Pirker, Neuordnung; Huster u.a., Determinanten.
[19] Hobsbawm, Arbeiterbewegung, S. 10.

VIII. Anhang

1. Abkürzungsverzeichnis

1999	1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts
AbSL	Archiv des bayerischen Statistischen Landesamts
AdbL	Archiv des bayerischen Landtags
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AG	Aktiengesellschaft
APO	Außerparlamentarische Opposition
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
AZ	Abendzeitung
BA Berlin	Bundesarchiv Berlin
BAW	Bayerisches Wirtschaftsarchiv
BayHStA	Bayerisches Hauptstaatsarchiv
BBB	Bayerischer Braunkohlen Bergbau
BBI	Bayerische Braunkohlen-Industrie AG
Bd.	Band
BdA	Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
Bde.	Bände
bearb.	bearbeitet
bes.	besonders
BetriebsVG	Betriebsverfassungsgesetz
BfA	Bundesanstalt für Angestellte
BGB	Bayerischer Gewerkschaftsbund
BGBl.	Bundesgesetzblatt
BHV	Bayerischer Berg- und Hüttenmännischer Verein
BKK	Betriebskrankenkasse
BR	Betriebsrat
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSB	Beiträge zur Statistik Bayerns
BVP	Bayerische Volkspartei
CGD	Christliche Gewerkschaftsbewegung Deutschlands
CMV	Christlicher Metallarbeiterverband
CSU	Christlich-Soziale Union
CVJM	Christlicher Verein Junger Männer

DAF	Deutsche Arbeitsfront
DAG	Deutsche Angestellten Gewerkschaft
ddp	Deutscher Depeschen Dienst
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
Diss.	Dissertation
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DKBL	Deutsche Kohlen-Bergbau Leitung
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
DMV	Deutscher Metallarbeiter Verband
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FS	Festschrift
GuG	Geschichte und Gesellschaft
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
H.	Heft
HJ	Hitler-Jugend
Hrsg.	Herausgeber
IfZ	Institut für Zeitgeschichte
IG	Industriegewerkschaft
IG BCE	Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie
IGM	Industriegewerkschaft Metall
IMFS	Institut für Marxistische Forschungen und Studien
IWK	Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung
Juso	Jungsozialisten
KAB	Katholische Arbeitnehmer Bewegung
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie
LMU	Ludwig-Maximilians-Universität München
m.b.H.	mit beschränkter Haftung

Marb	Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge (seit 1970 Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung)
MdB	Mitglied des Bundestags
MdL	Mitglied des Landtags
MF	Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
MM	Münchner Merkur
Mwi	Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft (seit 1952 Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr)
MZ	Mittelbayerische Zeitung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NL	Nachlaß
NPL	Neue Politische Literatur
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NT	Neuer Tag
o.J.	ohne Jahr
OMGBY	Office of Military Government for Bavaria
OMGUS	Office of Military Government for Germany, United States
o.O.	ohne Ort
PV	Parteivorstand
PVS	Politische Vierteljahresschrift
REFA	Reichsausschuß für Arbeitszeitvermittlung (Verband für Arbeitsstudien und Betriebsorganisation)
RM	Reichsmark
S.	Seite
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHB	Sozialdemokratischer Hochschulbund
SJ	Societas Jesu
SOFI	Soziologisches Forschungsinstitut Göttingen
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
spk	Sozialdemokratische Presse-Korrespondenz
SS	Schutzstaffel der NSDAP
ST	Schwandorfer Tagblatt
StK	Staatskanzlei
SZ	Süddeutsche Zeitung
UB	Unterbezirk
U.S.	United States

VBM	Verein der Bayerischen Metallindustrie
VfSW	Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
vgl.	vergleiche
VHVO	Verhandlungen des Historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg
WAA	Wiederaufarbeitungsanlage
WAV	Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
ZA	Zentralarchiv
ZfA	Zentralblatt für Arbeitswissenschaft
ZfS	Zeitschrift für Soziologie
ZfU	Zeitschrift für Unternehmensgeschichte
zit.	zitiert

2. Quellen- und Literaturverzeichnis

a) Unveröffentlichte Quellen

Bundesarchiv, Berlin (BA)

Stiftung Parteien und Massenorganisationen der DDR
Dy 20 IV: ZK der SED, Westabteilung
BY 1: Kommunistische Partei Deutschlands

Bayerisches Hauptstaatsarchiv München (BayHStA)

MWI: Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr
MF: Bayerisches Staatsministerium der Finanzen
MArb: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung
StK: Bayerische Staatskanzlei
NL Hans Ehard
Pressearchiv

Archiv des bayerischen Landtags (AdbL)

Sitzungsprotokolle des Ausschusses für Wirtschaft 1946–1978

Staatsarchiv Amberg

Regierung der Oberpfalz
Bezirksamt Burglengenfeld
Bezirksamt Sulzbach-Rosenberg
Bergamt Amberg
Bayerische Braunkohlen-Industrie AG Wackersdorf

Archiv des bayerischen Statistischen Landesamts (AbSL)

Gemeindemappen

Stadtarchiv Burglengenfeld

Stadtarchiv Maxhütte-Haidhof

Gemeindearchiv Pirkensee
Gemeindearchiv Leonberg

Stadtarchiv Schwandorf

Stadtarchiv Sulzbach-Rosenberg

Gemeindearchiv der Verwaltungsgemeinschaft Wackersdorf-Steinberg

Archiv der IG BE, Bochum (Archiv für soziale Bewegungen)

Bestand M (Betriebsräte/Mitbestimmung)
Bestand A (Organisation)
Sammlung Norbert Ranft
Kartei Arbeitsdirektoren

Archiv IG BCE Nordbayern, Geschäftsstelle Amberg

Ordner Tarifpolitik und Tarifverhandlungen
Geschäftsberichte der IG Bergbau und Energie Verwaltungsstelle Nordbayern
Protokollbuch des Geschäftsstellenausschusses Amberg der IG Bergbau und Energie

IG BCE Süddeutschland, Geschäftsstelle München

Protokolle des Bezirksstellenausschusses Süddeutschland

Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (AdsD)

SPD-Parteivorstand
SPD-Landesverband Bayern
SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag
SPD-Bezirk Franken
SPD-Bezirk Niederbayern/Oberpfalz
SPD-Bezirk Südbayern
SPD-UB Amberg

Archiv des DGB im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn

Betriebsrat der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte
DGB-Landesverband Bayern

IG Metall-Zentralarchiv im Archiv der sozialen Demokratie, Bonn (IGM-ZA)

Betriebsrat der Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte (ungeordneter Bestand)
IG Metall-Hauptvorstand
IG Metall-Zweigbüro Büro Düsseldorf
Wirtschaftswissenschaftliches Institut (WWI)
Sammlungen Geschäftsberichte der Verwaltungsstellen

Parteiarchiv der SPD Schwandorf

Protokollbuch des SPD Ortsvereins
Protokolle der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
Protokolle des Partei- und Fraktionsausschusses der SPD Schwandorf

Archiv der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Bayern, Nürnberg

V/902: Bd. IV: Geschäftsstelle Sozialpfarrer
V/902a: Evangelische Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen
V/902b: Sozialpfarrer
Evangelischer Männerbund Rosenberg

Archiv des Soziologischen Forschungsinstituts, Göttingen

Unterlagen zur Erhebung über Experteninterviews in der Maxhütte, Sulzbach-Rosenberg: 60632, 60633, 61644, 61645, 61646

Bayerisches Wirtschaftsarchiv (BWA)

V 2: Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern
V 7: Arbeitgeberverband für die bayerischen Erzbergbau- und Hüttenbetriebe

Archiv des Instituts für Zeitgeschichte

ED 120: NL Wilhelm Hoegner
Record Group 260/OMGUS/OMGBY/
9/32–2/10–12
9/33–2/5–6
9/72–1/31
9/72–2/16
9/73–1/31
9/73–1/43
9/73–1/97
9/73–2/26
10/110–2/12
10/79–1/4
13/105–1/6
13/13/36–1/6
13/28–1/3
13/29–3/4
13/30–1/6
13/30–3/3
13/53–3/5
CO/454/1
CO/463/4
CO/475/3
72–2/16
Nürnberger Dokumente
NI-6809 F
NI 3297

Akademie der Arbeit, Frankfurt

Mitteilungen der Akademie für Arbeit

Privatsammlungen

Sammlung Klaus Kaschel
Sammlung Heiner Stubenvoll
Sammlung Heiner Schäffer
Sammlung Manfred Leiss

b) Veröffentlichte Quellen

Parlaments- und amtliche Drucksachen, Dokumentensammlungen

Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung.

Amtsblatt des Bayerischen Arbeitsministeriums.

Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland.

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt.

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge (Hrsg.), Soziale Probleme der Automation in Bayern, München 1969.

Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge. Tätigkeitsbericht 1945–1950, o.O. o.J.

Beiträge zur Statistik Bayerns.

Borsdorf, Ulrich, Niethammer, Lutz (Hrsg.), Zwischen Befreiung und Besatzung. Analysen des US-Geheimdienstes über Positionen und Strukturen deutscher Politik 1945, Wuppertal 1976.

Brandt, Willy, Berliner Ausgabe. Auf dem Weg nach vorn. Willy Brandt und die SPD. Bearbeitet von Daniela Münkel, Bd. 4, Bonn 2000.

Bundesgesetzblatt, hrsg. vom Bundesminister der Justiz.

Die Gewerkschaften und die Angestelltenfrage 1945–1949. Bearb. von Siegfried Mielke, Köln 1989 (Bd. 8 der Quellen zur Geschichte der Deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert. Begr. von Erich Matthias. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Hermann Weber).

Die Industriegewerkschaft Metall in den Jahren 1956 bis 1963. Bearb. von Felicates Merkel, Köln 1999 (Bd. 9 der Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Begr. von Erich Matthias. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Hermann Weber).

Die Industriegewerkschaft Metall in der frühen Bundesrepublik. Bearb. von Walter Dörrich und Klaus Schönhoven, Köln 1991 (Bd. 10. der Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Begr. von Erich Matthias. Hrsg. von Klaus Schönhoven und Hermann Weber).

Die Protokolle des Bayerischen Ministerrates 1945–1954. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns. Das Kabinett Hoegner I. 28. September 1945 bis 21. Dezember 1946, 2 Bde., bearbeitet von Karl Ulrich Gelberg, München 1997.

Die Septemberstreiks 1969. Darstellung-Analyse-Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen. Herausgegeben vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen, Köln 1969.

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, Sitzungsprotokolle 1949–1957, bearbeitet von Petra Weber, Düsseldorf 1993 (Bd. 8/1 der Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Vierte Reihe. Deutschland seit 1945. Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz).

Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien, Bd. 1: 1946–1948, Bonn 1999, hrsg. und bearbeitet von Willy Albrecht.

Documents on Germany under Occupation 1944–1954, selected and edited by Beate Ruhm von Oppen, London u.a. 1955.

Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, hrsg. von Ossip K. Flechtheim, 9 Bde., Berlin 1962–1971.

Mitbestimmung. Das Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichts-

räten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951, bearbeitet von Gabriele Müller-List, Düsseldorf 1984 (Bd. 1 der Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien. Vierte Reihe. Deutschland seit 1945. Herausgegeben von Karl Dietrich Bracher, Rudolf Morsey und Hans-Peter Schwarz).

Noelle, Elisabeth, Neumann, Erich Peter, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1957, Allensbach am Bodensee 1957.

OMGUS, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank. Übersetzt und bearbeitet von der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik (Hamburg), Nördlingen 1986.

Sammlung der vom alliierten Kontrollrat und der amerikanischen Militärregierung erlassenen Proklamationen, Gesetze, Verordnungen, Befehle, Direktiven, zusammengestellt von Ruth Hemken, Stuttgart 1946.

Statistisches Jahrbuch für Bayern 1947, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München o.J. (1947).

Statistisches Jahrbuch für Bayern 1952, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München o.J. (1952).

Statistisches Jahrbuch für Bayern 1954, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München o.J. (1954).

Statistisches Jahrbuch für Bayern 1958, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München o.J. (1958).

Statistisches Jahrbuch für Bayern 1964, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München o.J. (1964).

Statistisches Jahrbuch für Bayern 1968, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München o.J. (1968).

Statistisches Jahrbuch für Bayern 1972, hrsg. vom Bayerischen Statistischen Landesamt, München o.J. (1972).

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1953, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart, Köln o.J. (1954).

Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1957, hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden, Stuttgart, Köln o.J. (1958).

Stellungnahme der Bischofskommission für Wirtschaft und Gesellschaft innerhalb der Fuldaer Bischofskonferenz vom September 1960, o.O.o.J.

Verhandlungen der Deutschen Bundestags. Stenographische Berichte, Bd. 1 ff., Bonn 1950 ff.

Verhandlungen des Bayerischen Landtags. Stenographische Berichte, Bd. 1 ff., München 1946 ff.

Geschäftsberichte, Jahrbücher und Protokolle

Geschäftsbericht 1952/1953 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1954).

Geschäftsbericht 1954/1955 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1956).

Geschäftsbericht des Vorstandes 1956/1957 der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1958).

Geschäftsbericht des Vorstandes 1958/1959 der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1960).

Geschäftsbericht 1960/1961 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1962).

Geschäftsbericht 1962/1964 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1965).

Geschäftsbericht 1965/1967 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1968).

Geschäftsbericht 1968/1970 des Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main (1971).

Geschäftsbericht der Industriegewerkschaft Bau-Steine-Erde. Verwaltungsstellte Schwandorf-Cham für die Zeit vom 1. Juli 1973 bis 31. Dezember 1974, o.O.o.J.

Geschäftsbericht der Industriegewerkschaft Bergbau, Bezirk Süddeutschland, 1. 9. 1953–31. 8. 1954, o.O.o.J.

Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Bayern, Kreis Schwandorf, 1. 7. 1971–30. 6. 1974, o.O.o.J.

Geschäftsbericht des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesbezirk Bayern, Kreis Schwandorf, 1. 7. 1974–30. 6. 1977, o.O.o.J.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1950/1951, o.O.o.J.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1952/53, o.O.o.J.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1954/55, Hannover, Berlin o.J.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956/57, Hannover, Berlin o.J.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1958/59, Hannover, Berlin o.J.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1960/1961, Hannover, Berlin o.J.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1962/1963, Hannover, Berlin o.J.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1964/65, Bonn-Bad Godesberg o.J.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1966/67, Bonn-Bad Godesberg o.J.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1968/1969, Bonn-Bad Godesberg o.J.

Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1970–1972, Bonn-Bad Godesberg o.J.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Parteitagsbericht 1950, o.O.o.J.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Parteitagsbericht 1953, o.O.o.J.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Parteitagsbericht 1955, o.O.o.J.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Parteitagsbericht 1958, o.O.o.J.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, SPD-Bezirkstag 1960 in Regensburg, o.O.o.J.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Bezirksparteitag 1963 in Passau, o.O.o.J.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Bezirksparteitag 1966 in Amberg, o.O.o.J.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirk Niederbayern-Oberpfalz, Bezirksparteitag 1968 in Regensburg, o.O.o.J.

Protokoll der Außerordentlichen Generalversammlung der IG Bergbau am 30. Januar 1951 in Essen, Bochum o.J.

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. Juli 1956 in München, o.O.o.J.

Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart, o.O.o.J.

Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg, Hannover, Berlin o.J.

Protokoll des Gründungskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 12.–14. Oktober 1949 in München, Köln 1950.

Protokoll des 4. ordentlichen Bundeskongresses des DGB, Hamburg 1956 o.O.o.J.

Protokoll der 5. Generalversammlung der IG Bergbau vom 7. August bis 13. August 1955, Bochum o.J.

Protokoll des 3. Gewerkschaftstages der IG Bergbau und Energie am 9. und 10. September 1963 in der Kongreß- und Messehalle in Düsseldorf, hrsg. vom Hauptvorstand der IG Bergbau und Energie, Bochum 1963.

Protokoll des 6. ordentlichen Gewerkschaftstages der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland in der Kongreßhalle Berlin vom 17. bis 22. Oktober 1960, Frankfurt am Main o.J.

Jahrbuch 1948/49. Hrsg. vom Hauptvorstand der IG Bergbau, Bochum o.J.

Jahrbuch des deutschen Bergbaus 1952, hrsg. von Wilhelm de la Sauce u.a., Essen 1952.

Jahrbuch des deutschen Bergbaus 1956, hrsg. von Wolfgang Raack, Paul Schorn und Emil Schrödter, Essen 1956.

Jahrbuch für Bergbau, Energie, Mineralöl und Chemie 1972. Hrsg. von Christoph Brecht u.a., Essen 1972.

Festschriften

100 Jahre Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte 1853–1953, o.O.o.J.

100 Jahre Evangelischer Männerbund Sulzbach. Sonderausstellung, Sulzbach-Rosenberg 1992.

100 Jahre Industriegewerkschaft 1891 bis 1991. Vom Deutschen Metallarbeiter-Verband zur Industriegewerkschaft Metall. Ein Bericht in Wort und Bild. Hrsg. vom Vorstand der IG Metall, Köln o.J. (1991).

50 Jahre Knappenverein Wackersdorf. 1908–1958, o.O.o.J.

50 Jahre Naturfreunde in Schwandorf i.Bay. 1922–1972. Festschrift zum 50jährigen Bestehen des Touristenvereins, Ortsgruppe Schwandorf, o.O.o.J.

50 Jahre SPD Schwandorf, FS der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands-Unterbezirk Schwandorf, o.O.o.J.

50 Jahre Wiedergründung der Gewerkschaften in Regensburg 1946/1996, hrsg. vom DGB Kreis Region Regensburg, o.O.o.J.

60jähriges Jubiliäum des Knappenvereins Wackersdorf verbunden mit dem 1. Bayerischen Knappentag. 26. bis Juli 1968, o.O.o.J.

100 Jahre Eisenwerkgesellschaft Maximilianshütte 1853–1953, Sulzbach-Rosenberg 1953.

Bayerische Braunkohlenindustrie AG (Hrsg.), 50 Jahre BBI 1906–1956, München 1956.

Bayerische Braunkohlenindustrie AG (Hrsg.), 75 Jahre BBI 1906–1981, Schwandorf 1981.

Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein (Hrsg.), Deutscher Braunkohlen-Industrie-Verein 1885–1960, o.O. 1960.

Fahnenweihe mit Bergmannstreffen des Knappenverein Wackersdorf, o.O.o.J.

Festprogramm. 50 Jahre Industrie-Gewerkschaft Bergbau. Ortsverwaltung Wackersdorf, o.O.o.J.

Festschrift 50 Jahre SPD Klardorf, o.O.o.J.

Festschrift 70 Jahre Knappenverein. 20 Jahre Knappenspielmannszug. 9. bis 11. Juni 1978, o.O.o.J.

Festschrift 75 Jahre SPD-Ortsverein Schwandorf. 60 Jahre SPD-Ortsverein Schwandorf, o.O.o.J.

Festschrift 80 Jahre Knappenverein Wackersdorf. Bayerisches Knappen-Treffen 1988, o.O.o.J.

Festschrift und Programm zum 60jährigen Jubiläum des Knappenvereins verbunden mit dem 1. Bayerischen Knappentag, o.O.o.J.

Industriegewerkschaft Bergbau und Energie in Nordbayern. Geschichte der Geschäftsstelle in Amberg, o.O.o.J.

Metall und Metaller/innen in und um Regensburg. 100 Jahre IG Metall, Verwaltungsstelle Regensburg. Ausgewählt und bearbeitet von Walter Meyer, hrsg. von der Verwaltungsstelle Regensburg der Industriegewerkschaft Metall, Regensburg o.J. (1991).

40 Jahre Gewerkschaftsbund in Bayern 1947–1987, hrsg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund, Landesbezirk Bayern, München (1987).

Zeitschriften und Zeitungen

Abendzeitung (Ausgabe Nordbayern)
Burglengenfelder Zeitung
Bayernland
Bergbau und Wirtschaft
DIW-Berichte
Bild-Zeitung
Braunkohle
Donau-Kurier
Der Egerländer
Frankfurter-Abendpost
Frankfurter Allgemeine Zeitung
Die neue Gesellschaft
Der Gewerkschafter
Gewerkschaftliche Monatshefte
Handelsblatt
Herder-Korrespondenz
Heimaterzähler
Informations- und Nachrichtendienst der Bundespressestelle des DGB
Industriekurier
Jahrbuch der Bayerischen Wirtschaft
Juristische Rundschau
Kettler-Wacht
Kronacher Volksblatt
Marxistische Blätter
Mittelbayerische Zeitung
Mitteilungen der Akademie für Arbeit
Münchner Merkur
Nabtal-Kurier
Neuer Tag
Neue Juristische Wochenschrift
Neue Politik
Neue Kritik
Die Oberpfalz

Politische Bildung
Die Quelle
Regensburger Bistumsblatt
Schwandorfer Tagblatt
Sozialdemokratische Presse Korrespondenz
Soziale Welt
Der Spiegel
Stahl und Eisen
Sulzbach-Rosenberger Zeitung
Süddeutsche Zeitung
Tagesanzeiger
Das Verwaltungsarchiv
Die Volkswacht
Der Volkswirt
Die Welt
Weltwirtschaftliches Archiv
Westdeutsche Allgemeine Zeitung
Werkstatt und Betrieb
Wirtschaftswissenschaftliche Mitteilungen
Wiso-Korrespondenz
Zentralblatt für Arbeitswissenschaft

c) Literatur

Abelshauser, Werner, Die verhinderte Neuordnung? Wirtschaftsordnung und Sozialstaatsprinzip in der Nachkriegszeit, in: Politische Bildung 9 (1976), S. 53–72.

Abelshauser, Werner, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik 1945–1980, Frankfurt am Main 1983.

Abelshauser, Werner, Der Ruhrkohlenbergbau seit 1945. Wiederaufbau, Krise, Anpassung, München 1984.

Abelshauser, Werner, Die Langen Fünfziger Jahre. Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland 1949–1966, Düsseldorf 1987.

Abelshauser, Werner, Vom wirtschaftlichen Wert der Mitbestimmung: Neue Perspektiven ihrer Geschichte, in: Wolfgang Streeck, Norbert Kluge (Hrsg.), Mitbestimmung in Deutschland. Tradition und Effizienz. Expertenbericht für die Kommission Mitbestimmung (Bertelsmann Stiftung/Hans-Böckler-Stiftung), Frankfurt am Main, New York 1999, S. 224–238.

Abosch, Heinz, „BILD-Zeitung: Ein politisches Symptom, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9 (1964), S. 711–719.

Agartz, Viktor, Beiträge zur wirtschaftlichen Entwicklung 1953. Expansive Lohnpolitik, in: WWI-Mitteilungen 6 (1953), H. 12, S. 245ff.

Agartz, Viktor, Gewerkschaft und Arbeiterklasse, München ^{2}1973.

Agartz, Viktor, Expansive Lohnpolitik. Hrsg. von Hans Willi Weinzen, Berlin 1986.

Ahlberg, René, Das Proletariat. Die Perspektiven der Arbeiterklasse in der Industriegesellschaft, Stuttgart u. a. 1974.

Alheit, Peter, Alltagsleben. Zur Bedeutung eines gesellschaftlichen „Restphänomens", Frankfurt am Main 1983.

Alheit, Peter, Mühlberg, Dietrich, Arbeiterleben in den 1950er Jahren. Konzeptionen einer „mentalitätsgeschichtlichen" Vergleichsstudie biographischer Verläufe in Arbeitermilieus

der Bundesrepublik Deutschland und der DDR. Unter Mitarbeit von Kaspar Maase, Ina Merkel, Gerlinde Petzoldt und Klaus Spieler, Bremen 1990.

Alheit, Peter, Lebenswelt „Betrieb". Zur wissenssoziologischen Bedeutung der Arbeitssphäre, Frankfurt am Main 1995.

Alheit, Peter u.a., Gebrochene Modernisierung – Der langsame Wandel proletarischer Milieus. Eine empirische Vergleichsstudie ost- und westdeutscher Arbeitermilieus in den 1950er Jahren, 2 Bde., Bremen 1999.

Altvater, Elmar, Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität: Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus, Frankfurt am Main u.a. 1969.

Amendt, Günter (Hrsg.), Kinderkreuzzug oder beginnt die Revolution in den Schulen?, Reinbek bei Hamburg 1968.

Ammon, Ludwig von, Bayerische Braunkohle und ihre Verwertung, München 1911.

Anderson, Oskar, Über die Neuberechnung von Indexziffern der Lebenshaltungskosten in Deutschland, in: Weltwirtschaftliches Archiv 62 (1949), S. 171 ff.

Antrick, Otto, Die Akademie der Arbeit an der Universität Frankfurt. Idee, Werden, Gestalt, Darmstadt 1966.

Appelius, Stefan, Heine. Die SPD und der lange Weg zu Macht, Essen 1999.

Arnold, Friedrich (Hrsg.), Der bayerische Nordgau: Festgabe zum 60. Geburtstag des Schirmherrn der Nordgaubewegung Regierungspräsident Dr. Josef Ulrich und des Dichterarztes Dr. Heinz Schauwecker, Amberg 1954.

Arnold, Karl, Worum geht es? Außenpolitik, Wiedervereinigung, Sicherheit, sozialer Fortschritt, Düsseldorf 1957.

Arp, Henning, Netzwerke der Krisenregulierung. Der „Fall Maxhütte", Diplomarbeit, Universität Konstanz 1988.

Axt, Heinz-Jürgen, Stahlkrise und westeuropäische Integration. Die Krise: Hemmnis oder Triebkraft der Verflechtung, in: PVS 19 (1978), S. 157–200.

Bachmann, Herbert, Die wirtschaftlichen Aufgaben der Betriebsräte, München 1947.

Bachmeier, Roland, Die Braunkohlenlagerstätte Rauberweiher bei Wackersdorf/Oberpfalz aus montangeologischer Sicht, Erlangen 1992.

Bahr, Egon, Zwangsvereinigung: Zur Erinnerung an den April 1946 und die Gründung der SED, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 33 (1986), H. 1, S. 9–25.

Bahrdt, Hans-Paul, Die Industriearbeiter, in: Marianne Feuersenger (Hrsg.), Gibt es noch ein Proletariat?, Frankfurt am Main 1962, S. 25–33.

Balcar, Jaromír, Die Kosten der Erschließung. Kommunale Infrastrukturpolitik auf dem Land und ihre Folgen für die Gemeinden (1948–1972), in: Daniela Münkel (Hrsg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000, S. 244–277.

Baldamus, Wilhelm, Der gerechte Lohn. Eine industriesoziologische Analyse, Berlin 1960.

Balsen, Werner u.a. (Hrsg.), Erlebte Geschichte. Montanmitbestimmung in Rheinhausen und anderswo, Köln 1995.

Bargen, Harry von u.a., Vom Widerstand zur Reformbewegung? Soziale Bewegungen in Krisenregionen und -branchen. Arbeitsmaterial des IMSF 30, Frankfurt am Main 1988.

Bartolomäi, Reinhart u.a. (Hrsg.), Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen, Bonn 1977.

Bauer, A., Die Stellung der Arbeitsbewertung innerhalb des Leistungsproblems, in: ZfA 2 (1949), S. 203.

Bauer, Theresia, Süß, Winfried (Hrsg.), NS-Diktatur, DDR, Bundesrepublik. Drei Zeitgeschichten des vereinigten Deutschland, Neuried 2000.

Bauer, Thomas, Zimmermann, Klaus F., Gastarbeiter und Wirtschaftsentwicklung im Nachkriegsdeutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1996, S. 74–108.

Beck, Eugen, Arbeitsplatzbewertung und Tarifgestaltung, insbesondere im Eisenhüttenwesen, Diss., TU Aachen 1941.

Beck, Ulrich, „Jenseits von Stand und Klasse"? Soziale Ungleichheit, gesellschaftliche Individualisierungsprozesse und die Entstehung neuer sozialer Formationen und Identitäten, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.), Soziale Ungleichheiten, Göttingen 1983, S. 35–74.

Beckenbach, Niels, Treeck, Werner von (Hrsg.), Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, Göttingen 1994.

Bednarik, Karl, Der junge Arbeiter von heute – ein neuer Typ, Stuttgart 1953.

Beer, Ulrich, Die junge Generation der Gewerkschaften. Gründe und Hintergründe von Nachkriegsjugendlichen zu gewerkschaftlicher Aktivität, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7 (1956), S. 219–225.

Beiträge zur Theoriediskussion, hrsg. von Georg Lührs, Berlin u. a. 1973.

Behr, Michael, Pohlmann, Marcus, Betriebsratshandeln nach 1945. Drei Fallstudien zur Mitbestimmungspraxis Dortmunder Betriebsräte in der unmittelbaren Nachkriegszeit, Diplomarbeit, Universität Bielefeld 1987.

Behr, Wolfgang, Sozialdemokratie und Konservatismus. Ein empirischer und theoretischer Beitrag zur regionalen Parteianalyse am Beispiel der Geschichte der Nachkriegsentwicklung Bayerns, Hannover 1969.

Bergbau in der Bundesrepublik Deutschland. Herausgegeben im Auftrage der Wirtschaftsvereinigung Bergbau, Bonn-Bad Godesberg, Essen 1964.

Bergmann, Joachim (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1979.

Bergmann, Joachim, Organisationsstruktur und innergewerkschaftliche Demokratie, in: ders. (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1979, S. 210–239.

Bergmann, Joachim, Von den Septemberstreiks zur Wirtschaftskrise. Veränderte Bedingungen der gewerkschaftlichen Politik, in: ders. (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1979, S. 7–20.

Bergstermann, Jörg u. a. (Hrsg.), Systemische Rationalisierung als sozialer Prozeß. Zu Rahmenbedingungen und Verlauf eines neuen betriebsübergreifenden Rationalisierungstypus, Bonn 1991.

Berndt, Wolfgang, Zur soziologischen Standortbestimmung der Betriebsräte. Am Beispiel eines oberpfälzischen Hüttenbetriebes nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1951), Magisterarbeit, Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg o.J.

Bettien, Arnold, Arbeitskampf im Kalten Krieg. Hessische Metallarbeiter gegen Lohndiktat und Restauration, Marburg 1983.

Beyer, Andrea, Tarifpolitik in strukturschwachen Branchen. Eine empirische Untersuchung der Druckerei- und der Textilindustrie in der Bundesrepublik Deutschland, München 1991.

Beyer, Heinrich, Fehr, Ulrich, Nutzinger, Hans G. (Hrsg.), Unternehmenskultur und innerbetriebliche Kooperation: Anforderungen und praktische Erfahrungen, Wiesbaden 1995.

Beyme, Klaus von, Der Wiederaufbau. Architektur und Städtebau in beiden deutschen Staaten, München u. a. 1987.

Biedenkopf, Kurt, Mitbestimmung. Beiträge zur ordnungspolitischen Diskussion, Köln 1972.

Bieding, Fritz, Stein, Walter, Wendler, Frank, Analytische Arbeitsbewertung von Angestelltentätigkeiten: programmierte Information, Köln 1971.

Biernacki, Richard, The Fabrication of Labor. Germany and Britain 1640–1914, Berkeley u.a. 1995.

Birke, Martin, Betriebliche Technikgestaltung und Interessensvertretung als Mikropolitik. Fallstudien zum arbeitspolitischen Umbruch, Wiesbaden 1992.

Birke, Martin, Schwarz, Michael, Der Betrieb als arbeitspolitische Arena der Arbeits- und Technikgestaltung, in: Soziale Welt 41 (1990), H. 2, S. 167–182.

Blab, Wilhem, Bodenwöhr. Geschichte und kulturelle Entwicklung eines bayerischen Berg- und Hüttenortes, Bodenwöhr 1960.

Blohm, Hans, Der technische Fortschritt in der Entwicklung der deutschen Braunkohlenindustrie unter wirtschaftlichem Gesichtspunkt, in: Braunkohle, Wärme und Energie 3 (1951), H. 11/12, S. 212–220.

Böer, Karl, Technische Ausrüstung und Betriebszahlen des Neuaufschlusses Edlmannweiher der Bayerischen Braunkohlen-Industrie AG Schwandorf, in: Braunkohle 17 (1965), H. 3, S. 117–132.

Böhrs, Hermann, Leistungslohn, Wiesbaden 1959.

Boldt, Gerhard, Die Rechtsstellung des Arbeitsdirektors in dem Mitbestimmungsgesetz der Eisen und Kohle unterliegenden Unternehmen, Dortmund 1952.

Bollenbeck, Georg u.a., Arbeiterkultur – vom Ende zum Erbe?, Frankfurt am Main 1989.

Bolte, Karl-Martin, Hradil, Stefan, Soziale Ungleichheit in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen ^{6}1988.

Borchardt, Knut, Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung. Zwei, drei oder vier Perioden?, in: Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte. Herausgegeben von Martin Broszat, München 1990, S. 21–33.

Borsdorf, Ulrich, „Die Belegschaft des Hüttenwerks scheint geschlossen in den Betten zu liegen". Ein Streik für die Montanmitbestimmung, in: Lutz Niethammer u.a. (Hrsg.), „Die Menschen machen ihre Geschichte nicht aus freien Stücken, aber sie machen sie selbst", Berlin, Bonn 1984, S. 196–200.

Borsdorf, Ulrich, Der Anfang vom Ende? Die Montanmitbestimmung im politischen Kräftefeld der frühen Bundesrepublik (1951–1956), in: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB (Hrsg.), Montan-Mitbestimmung – Bestandsaufnahme und Perspektiven, Düsseldorf 1987, S. 45–57.

Bosch, Gerhard, Arbeitsplatzverlust. Die sozialen Folgen einer Betriebsstillegung, Frankfurt am Main, New York 1978.

Bosetzky, Horst, Die instrumentelle Funktion der Beförderung, in: Verwaltungsarchiv 63 (1969), S. 382–394.

Bosetzky, Horst, Mikropolitik, Machiavellismus und Machtkumulation, in: Willi Küpper, Günther Ortmann (Hrsg.), Mikropolitik. Macht und Spiele in Organisation, Opladen ^{2}1992, S. 27–37.

Bouvier, Beatrix, Zwischen Godesberg und Großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960 – 1966, Bonn 1990.

Bouvier, Beatrix, Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953, Bonn 1996.

Bovermann, Rainer, Das „rote" Rathaus. Die Sozialdemokratisierung des Ruhrgebiets am Beispiel Dortmund 1945–1964, Essen 1995.

Bovermann, Rainer, Goch, Stefan, Priamus, Heinz-Jürgen (Hrsg.), Das Ruhrgebiet – Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1945–1996, Essen 1996.

Brandt, Peter, Antifaschismus und Arbeiterbewegung. Aufbau, Ausprägung, Politik in Bremen 1945/46, Hamburg 1976.

Brandt, Peter, Betriebsräte, Neuordnungsdiskussion und betriebliche Mitbestimmung 1945–1948. Das Beispiel Bremen, in: IWK 20 (1984), S. 156–202.

Braun, Hans, Helmut Schelskys Konzept der „Nivellierten Mittelstandsgesellschaft" und die Bundesrepublik der fünfziger Jahre, in: AfS 29 (1989), S. 199–223.

Braun, Siegfried, Mitbestimmung unter Beschuß, in: Der Gewerkschafter (3) 1955, H. 6/7, S. 17f.

Braverman, Harry, Die Arbeit im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt am Main 1980.

Brenner, Otto, Fortschrittliche Betriebsverfassung – Prüfstein der Demokratie in unserer Zeit, Frankfurt am Main 1966, S. 121–132.

Brenner, Otto, Perspektiven der deutschen Mitbestimmung, Frankfurt am Main 1972.

Briefs, Götz, (Hrsg.) Mitbestimmung. Beiträge zur Problematik der paritätischen Mitbestimmung in der Wirtschaft, Stuttgart 1967.

Brock, Ditmar, Vetter, Hans-Rolf, Alltägliche Arbeiterexistenz. Soziologische Rekonstruktion des Zusammenhangs von Lohnarbeit und Biographie, Frankfurt am Main, New York 1982.

Brock, Ditmar, Vom traditionellen Arbeiterbewußtsein zum individualisierten Handlungsbewußtsein. Über Wandlungstendenzen im gesellschaftlichen Bewußtsein der Arbeiterschaft seit der Industrialisierung, in: Soziale Welt 39 (1988), S. 413–443.

Brock, Ditmar, Der schwierige Weg in die Moderne. Umwälzungen in der Lebensführung der deutschen Arbeiter zwischen 1850–1980, Frankfurt am Main, New York 1991.

Broecker, Bruno, Wirtschaftliche Mitbestimmung der Betriebsräte? Eine Frage aus dem Bereich der Wirtschaftsdemokratie, Stuttgart 1948.

Broszat, Martin, Henke, Klaus-Dietmar, Woller, Hans (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München ^{3}1990.

Broszat, Martin (Hrsg.), Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990.

Brosziewski, Achim, (Hrsg.), Mikropolitik. Referate der Tagung der Universität St. Gallen, 22.–24. 2. 1996, Dokumentation Nr. 8 der Sektion „Politische Soziologie" der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, St. Gallen 1996.

Brosziewski, Achim, Wozu Mikropolitik, in: ders., (Hrsg.), Mikropolitik. Referate der Tagung der Universität St. Gallen, 22.–24. 2. 1996, Dokumentation Nr. 8 der Sektion „Politische Soziologie" der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, St. Gallen 1996, S. 9–12.

Brüggemeier, Franz Josef, Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889–1919, München 1983.

Brüggemeier, Martin, Felsch, Anke, Mikropolitik, in: Die Betriebswirtschaft 52 (1992), H. 1, S. 133–136.

Brusten, Manfred, Hohmeier, Jürgen (Hrsg.), Stigmatisierung. Zur Produktion gesellschaftlicher Randgruppen, Bd. 1, Neuwied, Darmstadt 1975.

Buckmiller, Michael, Jacobs, Reinhard, Renners, Hannelore (Hrsg.), Arbeiterbewegung und Betrieb. Beiträge zu einer anderen Geschichte Hannovers. Für Christian Riechers (1936–1993), Hannover 1996.

Bührer, Werner, Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration 1945–1952, München 1986.

Bülow, Albrecht von, Heimerziehung in der Bundesrepublik. Zum Wandel der Konzepte stationärer Erziehung, München 1987.

Burghardt, Kirsten, Werk, Skandal, Exempel. Tabubruch durch fiktionale Modelle: Willi Forsts „Die Sünderin" (BR Deutschland 1951), München 1996.

Burns, Tom, Micropolitics. Mechanisms of Institutional Change, in: Administrative Science Quarterly 6 (1961), S. 257–281.

Burawoy, Michael, Manufacturing Consent. Changes in the Labour Process under Monopoly Capitalism, Chicago 1979.

Chandler, Alfred D., The Visible Hand. The Managerial Revolution in American Business, Cambridge/Mass. 1972.

Chandler, Alfred D., Scale and Scope. The Dynamics of Industrial Capitalism, Cambridge/Mass. 1990.

Chanteaux, Paul, Die ökonomische und soziale Entwicklung des Braunkohlen-Bergbaues in der Oberpfalz, Diss., Uni. München 1923.

Conze, Werner, Lepsius, Rainer M. (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983.

Crozier, Michel, Friedberg, Erhard, Die Zwänge kollektiven Handelns. Über Macht und Organisation, Frankfurt am Main 1993.

Dahrendorf, Ralf, Das Mitbestimmungsproblem in der deutschen Sozialforschung. Eine Kritik, München ^{2}1965.

Dahrendorf, Ralf, Die Sozialstruktur des Betriebes, Wiesbaden 1972.

Dahrendorf, Ralf, Das Elend der Sozialdemokratie, in: Merkur 41 (1987), S. 1021–1038.

Damberg, Wilhelm, Abschied vom Milieu? Katholizismus im Bistum Münster und in den Niederlanden 1945–1980, Paderborn u. a. 1997.

Däubler, Wolfgang, Das Arbeitsrecht: ein Leitfaden für Arbeitnehmer, Reinbek bei Hamburg ^{14}1995.

Deeke, Axel, Belegschaftshandeln - ein forschungspraktisches Problem, in: Forschungsmaterialien und Arbeitspapiere des Fachgebiets Soziologie der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaft an der Universität Dortmund und des Landesinstituts Sozialforschungsstelle Dortmund, Dortmund 1979, S. 220–263.

Deist, Heinrich, Die Neuordnung in der Montanwirtschaft und die Mitbestimmung in den Holding-Gesellschaften, Bochum 1956.

Deppe, Frank, Lange, Hellmuth, Lothar, Peter (Hrsg.), Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus, Frankfurt am Main 1970.

Deppe, Frank, Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945, in: ders., Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971, S. 255–300.

Deppe, Frank, Das Bewußtsein der Arbeiter. Studien zur politischen Soziologie des Arbeiterbewußtseins, Köln 1971.

Deppe, Wilfried, Drei Generationen Arbeiterleben. Eine sozio-biographische Darstellung, Frankfurt am Main, New York 1982.

Deutinger, Stephan, Eine „Lebensfrage für die bayerische Industrie". Energiepolitik und regionale Energieversorgung 1945 bis 1980, in: Thomas Schlemmer, Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 1, Die Erschließung des Landes 19949 bis 1973, München 2001, S. 33–118.

DGB-Bundesvorstand (Hrsg.), Die deutschen Gewerkschaften und die ausländischen Arbeitnehmer. Beschlüsse, Forderungen, Stellungnahmen, Empfehlungen, Düsseldorf 1987.

Dietrich, Yorck, Eigentum für jeden. Die vermögenspolitischen Initiativen der CDU und die Gesetzgebung 1950–1961, Düsseldorf 1996.

Dittberner, Jürgen, Ebbighausen, Rolf (Hrsg.), Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973.

Dobkowitz, Johannes, Die Ära Sackmann im Landkreis Roding, in: Rodinger Heimat 1 (1984), S. 43–62.

Dowe, Dieter (Hrsg.): Kurt Schumacher und der „Neubau" der deutschen Sozialdemokratie nach 1945. Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 12./13. 10. 1995, Bonn 1996.

Droege, Heinrich, Scharnagel, Horst, Straube, Gerhard (Hrsg.), „Druck mußt du machen"! Betriebsräte berichten von der Wirklichkeit hinter den Werkstoren; ein Lesebuch mit Reportagen, Berichten, Erzählungen, Reden, Gedichten, Köln 1986.

Dunkel, Franziska, Stramaglia-Faggion, Gabriella, „Für 50 Mark einen Italiener". Zur Geschichte der Gastarbeiter in München, München 2000.

Duschinger, Oskar, Zierer, Dietmar, Glanz und Elend der Maxhütte, Burglengenfeld 1990.

Dutschke, Rudi, „Genossen! Wir haben nicht mehr viel Zeit..." (Referat auf dem Internationalen Vietnam-Kongreß in West-Berlin), in: Sybille Plogstedt (Red.), Der Kampf des Vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus – Internationaler Vietnam-Kongreß 17./18. 2. 1968, West-Berlin 1968.

Duve, Freimut (Hrsg.), Der Thesenstreit um „Stamokap". Die Dokumente der Grundsatzdiskussion der Jungsozialisten, Reinbek bei Hamburg 1973.

Düwell, Kurt, Kölmann, Wolfgang (Hrsg.), Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter. Beiträge zur Landesgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Bd. 3: Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1984.

Dzielak, Willi (Hrsg.), Arbeitskampf um Arbeitsplätze. Der Tarifkonflikt 1978/79 in der Stahlindustrie, Frankfurt am Main, New York 1980 (in Zusammenarbeit mit dem Institut zur Erforschung sozialer Chancen (ISO) und der Forschungsgruppe „Stahlstreik" an der Universität Bremen).

Ebbighausen, Rolf, Kaltenborn, Wilhelm, Arbeiterinteressen in der CDU?, in: Jürgen Dittberner, Rolf Ebbighausen (Hrsg.), Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1973, S. 172–199.

Ebbighausen, Rolf, Tiemann, Friedrich (Hrsg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker, Opladen 1984.

Ebert, Konrad, das Bergbaujahr 1959/1960, in: Jahrbuch des Deutschen Bergbaus. Hrsg. von Wofgang Raack, Paul Schorn und Emil Schrödter, Essen 1960, S. 41–93.

Ebert, Theodor, Über die Methoden der außerparlamentarischen Opposition, in: Berliner Zeitschrift für Politologie 9 (1968), S. 34–54.

Edwards, Richard, Herrschaft im modernen Produktionsprozeß, Frankfurt am Main, New York 1981.

Eichmüller, Andreas „I hab' nie viel verdient, weil i immer g'schaut hab', daß as Anwesen mitgeht". Arbeiterbauern in Bayern nach 1945, in: Thomas Schlemmer, Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2, Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002, S. 179–268.

Ehm, Reiner, „Stalag XIII A" Sulzbach-Rosenberg: kein Einzellager, sondern ein Lagerkomplex, in: Das Kriegsende in Sulzbach-Rosenberg. 22. April 1945. Hrsg. vom Stadtmuseum Sulzbach-Rosenberg, Amberg 1995, S. 43–52.

Eigler, Gerhard, Braunkohle in Ostbayern. Begleitschrift zur Sonderausstellung 1984 des Stadtmuseums Nittenau (Oberpfalz), Nittenau-Bodenstein 1984.

Der Einfluß der Einkommenshöhe, der sozialen Stellung und der Gemeindegrößenklasse auf die Verbrauchsstruktur von Arbeitnehmerhaushalten, in: Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamtes 82 (1950), S. 178–181.

Der Einfluß der Miete auf die Verbrauchsstruktur in Arbeitnehmerhaushalten, in: Bayern in Zahlen 7 (1953), S. 106.

Ein Leben für die Organisation. Alois Wöhrle berichtet. Hrsg. von der IG Metall für die Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main 1983.

Eley, Geoff, Nield, Keith, Farewell to the Working Class?, in: International Labour and Working-Class History 57 (2000), S. 1–30.

Ellwein, Thomas, Krisen und Reformen. Die Bundesrepublik Deutschland seit den sechziger Jahren, München ^{2}1993.

Emmerich, Wolfgang (Hrsg.), Proletarische Lebensläufe. Autobiographische Dokumente zur Entstehung einer Zweiten Kultur in Deutschland, 2 Bde., Hamburg 1974.

Endruweit, Günter u.a. (Hrsg.), Handbuch der Arbeitsbeziehungen. Deutschland, Österreich, Schweiz, Berlin u.a. 1985.

Engelberth, Hans-Rainer, Gewerkschaften auf dem Lande. Gewerkschaftsbund und Industriegewerkschaft Metall 1945–1971. Vergleichende historische Untersuchung über einen DGB-Kreis mit Verwaltungsstelle der IG Metall (Oberbergischer Landkreis) und einen DGB-Kreis ohne Verwaltungsstellen der Einzelgewerkschaften (Landkreise Euskirchen und Schleiden), Köln 1997.

Engelhardt, Ulrich, Strukturelemente der Bundesrepublik Deutschland. Überlegungen zum Problem historischer Kontinuität am Beispiel der Betriebsverfassung, in: VfSW 69 (1982), S. 373–392.

Erd, Rainer, Verrechtlichung industrieller Konflikte. Normative Rahmenbedingungen des dualen Systems der Interessenvertretung, Frankfurt am Main, New York 1978.

Erd, Rainer, Verrechtlichte Gewerkschaftspolitik. Bedingungen ihrer Entwicklung und Veränderung, in: Joachim Bergmann (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1979, S. 143–182.

Erker, Paul, Ernährungskrise und Nachkriegsgesellschaft. Bauern und Arbeiterschaft in Bayern 1943–1953, Stuttgart 1990.

Erker, Paul, Keine Sehnsucht nach der Ruhr. Grundzüge der Industrialisierung in Bayern 1900–1970, in: GuG 17 (1991), S. 480–511.

Erker, Paul, Die Arbeiter bei MAN 1945–1950, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 546–572.

Erker, Paul, Das Bedaux-System. Neue Aspekte der historischen Rationalisierungsforschung, in: ZfU 41 (1996), S. 139–158.

Erker, Paul, Der lange Abschied vom Agrarland. Zur Sozialgeschichte der Bauern im Industriealisierungsprozeß, in: Matthias Frese, Michael Prinz (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 327–360.

Erker, Paul, Wachsen im Wettbewerb. Eine Zeitgeschichte der Continental Aktiengesellschaft (1871–1996), Düsseldorf 1996.

Erker, Paul, Aufbruch zu neuen Paradigmen. Unternehmensgeschichte zwischen sozialgeschichtlicher und betriebswirtschaftlicher Erweiterung, in: AfS 47 (1997), S. 321–365.

Erker, Paul, Industriewirtschaft und regionaler Wandel. Überlegungen zu einer Wirtschaftsgeschichte Bayerns 1945–1995, in: Maximilian Lanzinner, Michael Henker (Hrsg.), Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Forschungsperspektiven zur Geschichte Bayerns nach 1945, Augsburg 1997, S. 41–51.

Die Ernährung in Arbeitnehmerhaushalten in Bayern 1949/1951, in: Bayern in Zahlen 6 (1952), S. 321–324.

Etzel, Gerhard, Betriebsverfassungsrecht. Eine systematische Darstellung, Berlin ^{5}1995.

Euler, Hans, Stevens, Hans, Unterlagen und Anleitungen für die analytische Arbeitsbewertung, in: Werkstatt und Betrieb 81 (1948), H. 3, S. 57–60, H 4, S. 89–97.

Euler, Hans, Die betriebswirtschaftlichen Grundlagen und die Grundbegriffe des Arbeits- und Zeitstudiums, München ²1949.

Euler, Hans, Leistungs-Punktsystem-Plan. Arbeitskraft, Planung und Erzeugungssteigerung in der Eisen- und Stahlindustrie, in: Stahl und Eisen 68, H. 5/6 (1949), S. 69–83.

Faulenbach, Bernd, Arbeitnehmererfahrungen mit technologischem Wandel und Rationalisierung seit den 50er Jahren. Zu einem Versuch „kommunikativer" Arbeiterbildung in der Stahlindustrie, in: Jahrbuch Arbeit und Technik in Nordrhein-Westfalen 1985, Bonn 1985, S. 145–154.

Faulenbach, Bernd, Zu Leben und Wirken Kurt Schumachers, in: Dieter Dowe (Hrsg.), Kurt Schumacher und der „Neubau" der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, Bonn 1996, S. 26–34.

Faust, Manfred, Die Anfänge der Arbeiterbewegung im linksrheinischen Braunkohlenrevier, in: IWK 32 (1996), S. 297–339.

Feldman, Gerald D., Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989.

Fent, Edmund, Die Kohlenwirtschaft Bayern in den Jahren 1913–1923, Diss., Univ. München 1925.

Fichter, Michael, Arbeiterbewegung unter der Besatzung. Bedingungen ihrer Rekonstruktion am Beispiel Stuttgarts 1945–1946, in: Rolf Ebbighausen, Friedrich Tiemann (Hrsg.), Das Ende der Arbeiterbewegung in Deutschland? Ein Diskussionsband zum sechzigsten Geburtstag von Theo Pirker, Opladen 1984, S. 189–215.

Fichter, Michael, Aufbau und Neuordnung: Betriebsräte zwischen Klassensolidarität und Betriebsloyalität, in: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 469–549.

Fichter, Michael, Von der Volksgemeinschaft zur Sozialpartnerschaft: Betriebe und Betriebsvertretung im Raum Stuttgart, 1945–1950, in: 1999 5 (1990), S. 80–97.

Fichtl, W., Das Bayerische Oberbergamt und der bayerische Bergbau, Basel 1960.

Fischer, Georg, Vom aufrechten Gang eines Sozialisten. Ein Parteiarbeiter erzählt, Berlin, Bonn, 1979.

Fischer, Wolfram, Die Pionierrolle der betrieblichen Sozialpolitik im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert, in: Hans Pohl (Hrsg.), Betriebliche Sozialpolitik deutscher Unternehmen seit dem 19. Jahrhundert, Wiesbaden 1978, S. 34–51.

Flanders, Allan, Collective Bargaining: A Theoretical Analysis, in: British Journal of Industrial Relations 6 (1968), S. 1–26.

Frerich, Johannes, Frey, Martin, Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 3, Sozialpolitik in der Bundesrepublik Deutschland bis zur Herstellung der Deutschen Einheit, München, Wien 1993.

Frerichs, Joke, Betrieb als sozialer Prozeß – Elemente eines analytischen Konzepts, in: Heiner Minssen (Hrsg.), Rationalisierung in der betrieblichen Arena, Berlin 1991, S. 15–31.

Frerichs, Joke, Betrieb als System und Handlungsstruktur, in: Gerd Peter (Hrsg.), Arbeitsforschung, Dortmund 1991, S. 11–123.

Frese, Matthias, Betriebspolitik im „Dritten Reich". Deutsche Arbeitsfront, Unternehmer und Staatsbürokratie in der westdeutschen Großindustrie 1933–1939, Paderborn 1991.

Frese, Matthias, „Samstags gehört Vati mir". Arbeit und Freizeit von Frauen und Männern in der gewerkschaftlichen Diskussion der frühen Bundesrepublik Deutschland (1949–1965), in: Westfälische Forschungen 45 (1995), S. 73–101.

Frese, Matthias, Prinz, Michael (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996.

Frese, Matthias, Paulus, Julia, Teppe, Karl (Hrsg.), Die 1960er Jahre als Wendezeit der Bundesrepbulik. Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch, Münster 2002 (in Vorbereitung).

Frick, Bernd, Die Funktionsfähigkeit der bundesdeutschen Betriebsverfassung. Quantitative und qualitative Evidenz im Überblick, in: Industrielle Beziehungen 4 (1997), H. 3, S. 172–195.

Friedberg, Erhard, Ordnung und Macht. Dynamiken organisierten Handelns, Frankfurt am Main, New York 1995.

Friede, Kurt, Die Betriebskrankenkassen in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1974.

Friedemann, Peter, Sozialer Katholizismus im Wandel am Beispiel des Katholikentages 1949, in: Rainer Bovermann, Stefan Goch, Heinz-Jürgen Priamus (Hrsg.), Das Ruhrgebiet. Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946–1996, Essen 1996, S. 63–79.

Fürstenberg, Friedrich, Der Betriebsrat – Strukturanalyse einer Grenzinstitution, in: KZfSS 10 (1958), S. 418–429.

Fürstenberg, Friedrich, Grundfragen der Betriebssoziologie, Köln u.a., 1964.

Fürstenberg, Friedrich, Einführung in die Arbeitssoziologie, Darmstadt 1977.

Gansel, Norbert (Hrsg.) Überwindet den Kapitalismus oder Was wollen die Jungsozialisten?, Reinbeck bei Hamburg 1971.

Gaul, Dieter, Die Arbeitsbewertung in ihrer rechtlichen Bedeutung, Kassel 1957.

Geary, Dick, Labour History, the ‚Linguistic Turn' and Postmodernism, in: Contemporary European History 9 (2000), S. 445–462.

Geiger, Leo, Die grenzlandwirtschaftliche Situation der Oberpfalz im Blick der Energieversorgung, in: Veröffentlichung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte Bd. 444, Hannover 1968.

Geiger, Theodor, Die Klassengesellschaft im Schmelztiegel, Köln 1949.

Geisler, Günther, Hesse, Alfred, Die Institution des Arbeitsdirektors. Erfahrungen und Überlegungen zu einem Funktionswechsel in der Stahlkrise, in: Rudlof Judith (Hrsg.), 40 Jahre Mitbestimmung. Erfahrungen-Probleme-Perspektiven, Köln 1986, S. 179–201.

Geiss, Imanuel, Wendt, Bernd-Jürgen (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf ²1974.

Gellert, Claudius, Das Ende der Klassengesellschaft? Überlegungen zur Individualisierung sozialer Strukturen, in: Leviathan 24 (1996), S. 573–586.

Genosko, Joachim, Die ostbayerische Eisenindustrie von 1945–1986, in: Die Oberpfalz, ein europäisches Eisenzentrum, hrsg. vom Bergbau- und Industriemuseum Ostbayern Bd. 12/1, S. 391–398.

Gerneth, Alfred, Die Entwicklung der Eisenindustrie im Raum Amberg/Sulzbach-Rosenberg seit 1945 – eine wirtschaftsgeographische Untersuchung, Zulassungsarbeit, Universität Regensburg 1977.

Geyer, Martin H., Die Reichsknappschaft. Versicherungsreform und Sozialpolitik im Bergbau 1900–1945, München 1987.

Gieseck, Arne, Krisenmanagement in der Stahlindustrie. Eine theoretische und empirische Analyse der europäischen Stahlpolitik 1975 bis 1988, Berlin 1995.

Giddens, Anthony, Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt am Main ²1995.

Gilcher-Holtey, Ingrid (Hrsg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998.

Gilcher-Holtey, Ingrid, Kritische Theorie und Neue Linke, in: dies. (Hrsg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 168–187.

Gilcher-Holtey, Ingrid, Mai 68 in Frankreich, in: dies. (Hrsg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen, S. 11–43.

Glaser, Harald, „Am Hochofen schafft man nicht als Job". Arbeitserfahrungen von Völklinger Hüttenarbeitern, in: Lebenserfahrungen an der Saar. Studien zur Alltagskultur 1945–1995. Herausgegeben von Edwin Dillmann und Richard van Dülmen, St. Ingerbert 1996, S. 68–105.

Glotz, Peter, Anatomie einer politischen Partei in einer Millionenstadt. Über den Zusammenhang von Mitgliederstruktur und innerparteilicher Solidarität in der Münchner SPD 1968–1974, in: APuZ 41 (1975), S. 13–37.

Gömmel, Rainer, Die Maxhütte als größter Industriebetrieb, in: Eisenerz und Morgenglanz, Geschichte der Stadt Sulzbach-Rosenberg, Bd. 2, Amberg 1999, S. 451–462.

Görs, Dieter, Von der „Fabrikpflege" und der „Unternehmenskultur". Anmerkungen zu einigen historischen und aktuellen Aspekten, in: Walther Hindrichs, Oskar Negt (Hrsg.), Der schwierige Weg der Arbeiteremanzipation. Festschrift für Adolf Brock, Bremen 1992, S. 143–160.

Goch, Stefan, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848–1975, Düsseldorf 1990.

Goes, Georg, Arbeitermilieus in der Provinz. Geschichte der Glas- und Porzellanarbeiter im 20. Jahrhundert, Essen 2001.

Gohle, Peter, Die Aktionsgemeinschaft zwischen SPD und KPD in München nach dem Ende des Nationalsozialismus – ein Vergleich innerhalb der amerikanischen und der britischen Besatzungszone, Magisterarbeit an der LMU München 1995.

Gordon, David M. u.a., Segmented Work, Divided Workers: The Historical Transformation of Labour in the United States, New York 1982.

Gorz, André, Abschied vom Proletariat. Jenseits des Sozialismus, Frankfurt am Main 1980.

Graf, Otto, Die Lebensbedingungen von Jungarbeitern, in: Soziale Welt 1 (1950), S. 43–50.

Grasser, Walter, Hettler, Friedrich H., Der „rote Schorsch". Georg Kronawitter – ein bayerischer Politiker, Wallmoden 1998.

Grebing, Helga, Politische und soziale Probleme der Arbeiterklasse am Ende des Zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit, in: IWK 22 (1986), S. 1–20.

Grebing, Helga, Die SPD – eine Allerwelts- und Jedermann-Partei?, in: Susanne Miller, Malte Ristau (Hrsg.), Gesellschaftlicher Wandel – Soziale Demokratie – 125 Jahre SPD, Köln 1988, S. 29–42.

Grebing, Helga, Gewerkschaften: Bewegung oder Dienstleistungsorganisation – 1955 bis 1965, in: Hans-Otto Hemmer, Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990, S. 149–182.

Grebing, Helga, Von der „Traditionskompanie" zur „Staatspartei". Die Modernisierung der Sozialdemokratie in den 1950er und 1960er Jahren im regionalen Vergleich, in: Jürgen Kocka, Hans-Jürgen Puhle, Klaus Tenfelde. (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. FS für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 205–221.

Grebing, Helga, Kurt Schumacher als Parteivorsitzender und seine Kontrahenten, in: Haus der Geschichte der Bundesrepublik (Hrsg.), Kurt Schumacher und seine Politik, Berlin 1996, S. 73–89.

Grebing, Helga, Probleme einer Neubestimmung demokratisch-sozialistischer Politik nach 1945, in: Bernd Faulenbach (Hrsg.), Sozialdemokraten und Kommunisten nach National-

sozialismus und Krieg: zur historischen Einordnung der Zwangsvereinigung, Essen 1998, S. 55–68.

Grebing, Helga (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen, Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000.

Grebing, Helga, Ideengeschichte des Sozialismus in Deutschland. Teil II, in: dies. (Hrsg.), Geschichte der sozialen Ideen, Sozialismus – Katholische Soziallehre – Protestantische Sozialethik. Ein Handbuch, Essen 2000, S. 355–595.

Greve, Uwe, „Der Konzern Axel Springers", in: Neue Politik 12 (1967), S. 7–10.

Gross, Ralf, Kann die zunehmende Konzentration im Pressewesen bekämpft werden?, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 16 (1965), S. 654 ff.

Grüger, Stephan, Scherer, Klaus-Jürgen, Weusthoff, Anja (Hrsg.), „Für die Zukunft der SPD unverzichtbar". 25 Jahre Juso-Linkswende (Arbeitshefte zur sozialistischen Theorie und Praxis, Sonderband Juli 1995) o.O.

Grypa, Dietmar, Die Katholische Arbeiterbewegung in Bayern nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1963), Paderborn u.a. 2000.

Haal, Werner, Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Das Klassendenken ist stärker denn je, in: WISO-Korrespondenz 3 (1958), H. 6, S. 100–108.

Hachtmann, Rüdiger, Industriearbeit im „Dritten Reich". Untersuchungen zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in Deutschland 1933–1945, Göttingen 1989.

Hachtmann, Rüdiger, Industriearbeiterschaft und Rationalisierung. Bemerkungen zum Forschungsstand, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1996, S. 211–258.

Hachtmann, Rüdiger, Arbeitsverfassung, in: Hans Günter Hockerts (Hrsg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998, S. 27–54.

Häffner, Michaela, Nachkriegszeit in Südwürttemberg. Die Stadt Friedrichshafen und der Kreis Tettnang in den vierziger und fünfziger Jahren, München 1999.

Hahn, Thomas, Industriesoziologie als Wirklichkeitswissenschaft? Zwischen Empirie und Kult, in: Urs Jaeggi u.a., Geist und Katastrophe. Studien zur Soziologie im Nationalsozialismus, Berlin 1983, S. 174–311.

Halbach, G., Das bisherige System der Sparförderung und seine Ergebnisse, in: Arbeit und Sozialordnung, 21 (1967), H. 4/5, S. 118–121.

Hartenstein, Wolfgang, Liepelt, Klaus, Schubert, Günter, Die Septemberdemokratie – Ein Beitrag zur Soziologie der Bundestagswahl, in: Neue Gesellschaft, 5 (1958), H. 1, S. 9–20.

Hartmann, Johannes, Das Leben in Sulzbach-Rosenberg in den ersten Nachkriegsjahren, in: Das Kriegsende in Sulzbach-Rosenberg. 22. April 1945, hrsg. vom Stadtmuseum Sulzbach-Rosenberg, Amberg 1995, S. 53–76.

Hartmann, Heinz, Ein neuer Betriebsstil? Kritische Beobachtungen zu einer Veröffentlichung von Otto Neuloh, in: Soziale Welt 12 (1961), H. 3, S. 244–259.

Hauck, Roland, Sozialpolitik der Unternehmen unter dem Einfluß der Mitbestimmung der Arbeitnehmer, Köln u.a. 1963.

Haug, Hans-Jürgen, Maessen, Hubert, Was wollen die Schüler? Politik im Klassenzimmer, Frankfurt am Main 1969.

Haug, Hans-Jürgen, Maessen, Hubert, Was wollen die Lehrlinge?, Frankfurt am Main 1971.

Häußermann, Hartmut, Petrowsky, Werner, Hauseigentum, Mobilität und Belegschaftsstruktur. Eine Fallstudie bei Werftarbeitern in Bremen von 1900 bis heute, in: Axel Schildt, Arnold Sywottek (Hrsg.), Massenwohnungen und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main, New York 1988, S. 63–91.

Heimann, Siegfried, Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.),

Parteien-Handbuch, Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980. NPD-WAV, Bd. 4, Opladen 1984, S. 2025–2216.

Heimann, Siegfried, Die Sozialdemokratie: Forschungsstand und offene Fragen, in: Oskar Niedermayer, Richard Stöss (Hrsg.), Stand und Perspektiven der Parteiforschung in Deutschland, Opladen 1993, S. 147–186.

Heimatbuch der Gemeinde Leonberg. Hrsg. von der Gemeinde Leonberg/Tirschenreuth, Pressath 1995.

Heldmann, Phillipp, Das „Wirtschaftswunder" in Westdeutschland. Überlegungen zur Periodisierung und Ursachen, in: AfS 36 (1996), S. 323–344.

Hellberg, F., Stand und Entwicklung des Braunkohlenbergbaus in Deutschland, in: Braunkohle 1956, H. 21/22, S. 423–438.

Helml, Stefan, Die Maxhütte. Bergbau in Sulzbach-Rosenberg und Auerbach, Amberg u.a. 1989.

Hemmer, Hans-Otto, Stationen gewerkschaftlicher Programmatik. Zu den Grundsatzprogrammen des DGB und ihrer Vorgeschichte, in: Erich Matthias, Klaus Schönhoven (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 349–367.

Hemmer, Hans-Otto, Schmitz, Kurt Thomas (Hrsg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Von den Anfängen bis heute, Köln 1990.

Hentschel, Volker, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, Berlin 1998.

Herbert, Ulrich, Vom Kruppianer zum Arbeitnehmer, in: Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Hrsg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist". Nachkriegs-Erfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 2, Berlin, Bonn 1983, S. 233–276.

Herbert, Ulrich, Zur Entwicklung der Ruhrarbeiterschaft 1930 bis 1960 aus erfahrungsgeschichtlicher Perspektive, in: Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt bessere Zeiten". Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern, Bd. 3, Berlin, Bonn 1985, S. 19–52.

Herbert, Ulrich, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880–1980. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Berlin 1986.

Herbst, Ludolf (Hrsg.), Westdeutschand 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986.

Herrmann, Hans-Christian, Sozialer Besitzstand und gescheiterte Sozialpartnerschaft. Sozialpolitik und Gewerkschaften im Saarland 1945 bis 1955, Saarbrücken 1996.

Hesse, Jan-Otmar, Kleinschmidt, Christian, Lauschke, Karl (Hrsg.), Kulturalismus, neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte, Essen 2002.

Hession, Charles, John Maynard Keynes, Stuttgart 1986.

Heßler, Otto, „Ein Gebilde ohne Substanz". Das Ergebnis einer Umfrage über die CGD, in: Der Gewerkschafter 4 (1957), H. 4, S. 2f.

Hettinger, Thomas u.a., Die physische Belastung an Arbeitsplätzen der Eisen-Stahl-Industrie, in: Arbeit und Leistung 23 (1969), H. 11, S. 203ff.

Hettlage, Robert (Hrsg.), Die Bundesrepublik. Eine historische Bilanz, München 1990.

Hettlage, Robert, Wirtschaft als Mythos: Wirtschaftsordnung, Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsentwicklung der Bundesrepublik, in: ders. (Hrsg.), Die Bundesrepublik. Eine historische Bilanz, München 1990, S. 57–87.

Hindrichs, Wolfgang u.a., Der lange Abschied vom Malocher. Sozialer Umbruch in der Stahlindustrie und die Rolle der Betriebsräte von 1960 bis in die neunziger Jahre, Essen 2000.

Hinrichs, Peter, Um die Seele des Arbeiters. Arbeitspsychologie, Industrie- und Betriebssoziologie in Deutschland. 1871–1945, Köln 1981.

Hirz, Heinrich, 50 Jahre Braunkohlenbergbau, in: Braunkohle 1952, H. 1/2, S. 7–25.

Höcker, Lorenz, Gedinge und Akkord. Probleme des Leistungslohnes im Bergbau unter rechtlichen Blickpunkten, o.O.o.J.

Hobsbawm, Eric, Die Arbeiterbewegung – ein gescheitertes Projekt der Moderne?, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 42 (2000), S. 3–10.

Hockerts, Hans Günter, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980.

Hockerts, Hans Günter, Zeitgeschichte in Deutschland. Begriff, Methoden, Themenfelder, in: APuZ, B 29/30 (1993), S. 3–19.

Hockerts, Hans Günter (Hrsg.), Drei Wege deutscher Sozialstaatlichkeit. NS-Diktatur, Bundesrepublik und DDR im Vergleich, München 1998.

Hockerts, Hans Günter, Zugänge zur Zeitgeschichte: Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: APUZ B 28/2001, S. 15–30.

Hofbauer, Johanna, Der soziale Raum „Betrieb". Zur Strukturierung der betrieblichen Welt aus der Sicht der bourdieuschen Sozialtheorie, Berlin, Wien 1992.

Hofe, Gerhard, Betriebliche Mitbestimmung und Humanisierung der Arbeitswelt. Die Mitwirkung und Mitbestimmung des Betriebsrates bei der menschengerechten Gestaltung der Arbeit, Königstein/Ts. 1978.

Hoff, Hans vom, Die gewerkschaftlichen Aufgaben in der Wirtschaft, in: Bergbau und Wirtschaft 5 (1952), S. 535–538.

Hofmann, Werner, Industriesoziologie für Arbeiter. Klassenverhältniss und Arbeitsverfassung, Heilbronn 1988.

Hofschen, Heinz-Gerd, „Fragen der allgemeinen Politik gehören grundsätzlich nicht auf eine Betriebsversammlung". Zur Absetzung des Betriebsrates der AG „Weser" im Sommer 1953, in: Bremer Arbeiterbewegung 2 (1989), S. 14–21, und 3 (1989), S. 9–15.

Hohensee, Jens, Der erste Ölpreisschock 1973/74: die politischen und gesellschaftlichen Auswirkungen der arabischen Erdölpolitik auf die Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa, Stuttgart 1996.

Holler, Albert, Die Entwicklung der sozialen Krankenversicherung 1945 bis 1975, in: Reinhart Bartolomäi u.a. (Hrsg.), Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen, Bonn 1977, S. 303–314.

Holtmann, Everhard, Die neuen Lassalleaner: SPD und HJ-Generation nach 1945, in: Martin Broszat, Klaus-Dietmar Henke, Hans Woller (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 169–210.

Homburg, Heidrun, Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt, Management, Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin 1900–1939, Berlin 1991.

Horné, Alfred, Der beklagte Sieg. Gespräche über die Mitbestimmung, Villingen 1959.

Hörning, Karl (Hrsg.), Der „neue" Arbeiter. Zum Wandel sozialer Schichtstrukturen, Frankfurt am Main 1971.

Hradil, Stefan, Sozialstruktur in einer fortgeschrittenen Gesellschaft. Von Klassen und Schichten zu Lagen und Milieus, Opladen 1987.

Hradil, Stefan, Individualisierung, Pluralisierung, Polarisierung: Was ist von Schichten und Klassen geblieben?, in: Robert Hettlage (Hrsg.), Die Bundesrepublik Deutschland. Eine historische Bilanz, München 1990, S. 111–138.

Huhn, Michael, Ein ganz eigener Schlag. Kolonie und Bergwerk Westfalen: Leben und Arbeit in Ahlen nach 1945, Essen 1997.

Hülsdünker, Josef, Praxisorientierte Sozialforschung und gewerkschaftliche Autonomie.

Industrie- und betriebssoziologische Beiträge des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB zur Verwissenschaftlichung der Gewerkschaftspolitik von 1946–1956, Münster 1983.

Huster, Ernst-Ulrich u.a., Determinanten der Restauration 1945–1949, Frankfurt am Main 1972.

Hüttenfeuer, Der Kampf um unsere Arbeitsplätze, ausgewählt und bearbeitet von Udo Achten, Düsseldorf 1991.

Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (Hrsg.), 25 Jahre Tarifpolitik der IG Bergbau und Energie, Bochum o.J.

Industriegewerkschaft Bergbau, 1957–1960. Statt Kohlen-Krise Energiepolitik. Eine chronologische Darstellung, Bochum o.J.

Industriegewerkschaft Metall (Hrsg.), Maxhütte Vertrauenskörper. Wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze, Sulzbach-Rosenberg 1987.

Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.), Richtlinien für die Vertrauenskörper in der Industriegewerkschaft Metall, Frankfurt am Main 1955.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (Hrsg.), Klassen- und Sozialstruktur der BRD 1950–1970, Bd. 1–3, Frankfurt am Main 1973.

Institut für Sozialforschung, Betriebsklima. Eine industriesoziologische Untersuchung aus dem Ruhrgebiet, Frankfurt am Main 1955.

Institut für Sozialforschung, Mechanisierungsgrad und Entlohnungsform. Soziologische Untersuchung in der Eisen- und Stahlindustrie durchgeführt auf Wunsch der Hohen Behörden der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, o.O. 1958.

Ipsen, Gunter, Pfeil, Elisabeth, Popitz, Heinrich, Soziologische Erhebungen zum Bergarbeiter-Wohnungsbauprogramm, Schlußbericht, Dortmund 1952.

Irving, Terry (Hrsg.), Challenges to Labour History, Sydney 1994.

Jacob, Margaret C., Katznelson, Ira, „Agendas for Radical History", in: Radical History Review 36 (1986), S. 27f.

Jacobsen, Hans-Adolf, Zur Rolle der öffentlichen Meinung bei der Debatte um die Wiederbewaffnung 1950–1955, in: Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, Boppard 1975.

Jaeger, Hermann u.a., Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern, Nürnberg 1972.

Jäger, Hans, Generationen in der Geschichte. Überlegungen zu einem umstrittenen Konzept, in: GuG 3 (1977), S. 429–452.

James, Harold, Rambouillet, 15. November 1975. Die Globalisierung der Wirtschaft, München 1997.

Jansen, Bernd u.a. (Hrsg.), Imperium Springer: Macht & Manipulation, Köln 1968.

Judith, Rudolf, 25 Jahre Montanmitbestimmung. Reden und Dokumente, Frankfurt am Main 1976.

Judith, Rudolf (Hrsg.), 40 Jahre Mitbestimmung. Erfahrungen-Probleme-Perspektiven, Köln 1986.

Jung, Susanne, Die Rechtsprobleme der Nürnberger Prozesse – dargestellt am Verfahren gegen Friedrich Flick, Tübingen 1992.

Jungbluth, Adolf, Arbeitsdirektor und Betrieb. Erfahrungsbericht aus einem Hüttenwerk, München 1957.

Jungbluth, Adolf, Die soziale und wirtschaftliche Bedeutung der Arbeitsplatzbewertung, in: Stahl und Eisen 73 (1953), Nr. 7, S. 416–419.

Jürgens, Ulrich, Die Entwicklung von Macht, Herrschaft und Kontrolle im Betrieb als poli-

tischer Prozeß – eine Problemskizze zur Arbeitspolitik, in: Ulrich Jürgens, Frieder Naschhold (Hrsg.), Arbeitspolitik, Opladen 1984, S. 58–91.

Kädtler, Jürgen, Gewerkschaften und Arbeitslosigkeit. Zwischen Vollbeschäftigungsziel und selektiver Besitzstandswahrung, Göttingen 1986.

Kalbitz, Rainer, Gewerkschaftsausschlüsse in den 50er Jahren, in: Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch, Eberhard Schmidt (Hrsg.), Gewerkschaftspolitik in der Krise. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78, Berlin 1978.

Kalbitz, Rainer, Gewerkschaftliche Tarifpolitik in den Jahren des Wirtschaftswunders, in: Hans-Otto Hemmer, Kurt Thomas Schmitz (Hrsg.), Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Von den Anfängen bis heute, Düsseldorf 1990, S. 183–247.

Kampagne für Abrüstung – Ostermarsch. „Entwurf für Leitsätze zur Kritik autoritärer Meinungsbildung und der Rolle des Springer-Konzerns", in: Neue Kritik 8 (1967) S. 67–74.

Karstedt, Susanne, Soziale Randgruppen und soziologisch Theorie, in: Manfred Brusten, Jürgen Hohmeier (Hrsg), Stigmatisierung. Zur Produktion gesellschaftlicher Randgruppen, Bd. 1, Neuwied, Darmstadt 1975.

Kaschuba, Wolfgang, Volkskultur und Arbeiterkultur als symbolische Ordnungen. Einige volkskundliche Anmerkungen zur Debatte um Alltagskultur und Kulturgeschichte, in: Alf Lüdtke (Hrsg.), Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrung und Lebensweisen, Frankfurt am Main, New York 1989, S. 191–223.

Kaschuba, Wolfgang, Lebenswelt und Kultur der unterbürgerlichen Schichten im 19. und 20. Jahrhundert, München 1990.

Kaschuba, Wolfgang, Korff, Gottfried, Warneken, Bernd Jürgen (Hrsg.), Arbeiterkultur nach 1945 – Ende oder Veränderung?, Tübingen 1991.

Kasper, Joachim, Die Betriebskrankenkasse zwischen selbständigem Betrieb und unselbständigem Betriebsteil, Diss., Universität Göttingen 1993.

Kehl, Anton, Die Arbeitswelt, in: Wolfgang Benz (Hrsg.), Die Geschichte der Bundesrepublik, 4 Bde., Frankfurt am Main ²1989, Bd. 2, S. 294–325.

Keller, Peter, Grundfragen der Arbeitsbewertung, Köln ²1949.

Kern, Horst, Schumann, Michael, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein, Frankfurt am Main 1977.

Kern, Horst, Schumann, Michael, Das Ende der Arbeitsteilung? Rationalisierung in der industriellen Produktion: Bestandsaufnahme, Trendbestimmung, München 1984.

Kerr, Clark, u. a. (Hrsg.): Industrialism and industrial man, Cambridge/Mass. 1960.

Kersting, Franz-Werner, Helmut Schelskys ‚Skeptische Generation' von 1957. Zur Publikations- und Wirkungsgeschichte eines Standardwerkes, in: VfZ (50) 2002, S. 465–495.

Kießling, Bernd, Die „Theorie der Strukturierung". Ein Interview mit Anthony Giddens, in: ZfS 17 (1988), H. 4, S. 286–295.

Klee, Katja, Im „Luftschutzkeller des Reiches". Evakuierte in Bayern 1939–1953: Politik, soziale Lage, Erfahrungen, München 1999.

Kleinebeckel, Arno, Unternehmen Braunkohle. Geschichte eines Rohstoffes, eines Reviers, einer Industrie im Rheinland, Köln 1986.

Kleinschmidt, Christian, Rationalisierung als Unternehmensstrategie. Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets zwischen Jahrhundertwende und Weltwirtschaftskrise, Essen 1993.

Kleinschmidt, Christian, Welskopp, Thomas, Zu viel „Scale" - zu wenig „Scope". Eine Auseinandersetzung mit Alfred Chandlers Analyse der deutschen Eisen- und Stahlindustrie in der Zwischenkriegszeit, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1993, S. 251–297.

Kleinschmidt, Christian, Unternehmensgeschichte als Sozial- und Alltagsgeschichte, in: Frank Markowski (Hrsg.), Der letzte Schliff. 150 Jahre Arbeit und Alltag bei Carl Zeiss Jena, Berlin 1997 (Begleitband zur Ausstellung: Der letzte Schliff. 150 Jahre Arbeit und Alltag bei Carl Zeiss Jena), S. 282–301.

Klenke, Dietmar, Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik, Bonn 1992.

Kleßmann, Christoph, Betriebsräte und Gewerkschaften in Deutschland 1945–1952, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979, S. 44–73.

Kleßmann, Christoph, Politisch-soziale Traditionen und betriebliches Verhalten von Industriearbeitern nach 1945. Umrisse am Beispiel zweier Werke, in: Mentalitäten und Lebensverhältnisse. Beispiele aus der Sozialgeschichte der Neuzeit. Rudolf Vierhaus zum 60. Geburtstag, Göttingen 1982, S. 365–381.

Kleßmann, Christoph, Betriebsparteigruppen und Einheitsgewerkschaft. Zur betrieblichen Arbeit der politischen Parteien in der Frühphase der westdeutschen Arbeiterbewegung 1945–1982, in: VfZ 31 (1983), S. 272–302.

Kleßmann, Christoph, Ein stolzes Schiff und krächzende Möwen. Die Geschichte der Bundesrepublik und ihrer Kritiker, in: GuG 11 (1985), S. 476–494.

Kleßmann, Christoph, Elemente der ideologischen und sozialpolitischen Integration der westdeutschen Arbeiterbewegung, in: Ludolf Herbst (Hrsg.), Westdeutschland 1945–1955. Unterwerfung, Kontrolle, Integration, München 1986, S. 107–116.

Klitta, Georg, Das Finale des Zweiten Weltkrieges in Schwandorf: eine Dokumentation, Schwandorf 1970.

Kloten, Norbert, Die Region Amberg, Tendenzen und Möglichkeiten ihrer wirtschaftlichen Entwicklung, Luxemburg 1966.

Klotzbach, Kurt, SPD und Katholische Kirche nach 1945 – Belastungen, Mißverständnisse und Neuanfänge, in: AfS 29 (1989), S. XXXVII-XLVII.

Klotzbach, Kurt, Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965, Bonn ^{2}1996 (unveränderte Neuauflage).

Klüber, Franz, Freiheitlicher Sozialismus und Katholische Gesellschaftschaftslehre in der Begegnung, in: Die Neue Gesellschaft 11 (1964), S. 48–64.

Kocka, Jürgen, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914. Zum Verhältnis von Kapitalismus und Bürokratie, Stuttgart 1969.

Kocka, Jürgen, Die Angestellten in der deutschen Geschichte 1850–1980. Vom Privatbeamten zum angestellten Arbeitnehmer, Göttingen 1981.

Kocka, Jürgen, Puhle, Hans-Jürgen, Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. FS für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994.

Kocka, Jürgen, Geschichte und Zukunft der Arbeiterschaft und der Arbeiterbewegung, in: Karsten Rudolph u. a. (Hrsg.), Geschichte als Möglichkeit. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995, S. 90–107.

Kocka, Jürgen, New Trends in Labour Movement Historiography: A German Perspective, in: International Review of Social History 42 (1997), S. 67–78.

Köhler, Herbert W., Wesen und Wirkung der Walzstahlkontore, in: Eisen und Stahl 87 (1967), Nr. 6, S. 352–366.

„Kommt nicht in Frage, meine Herren". Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeitnehmer in der Oberpfalz – erlebt und erzählt von Richard Edenhofer. Aufgezeichnet und herausgegeben von Manfred Leiss und Hermann Novak, o.O.o.J.

Kommunalpolitik – für wen? Arbeitsprogramm der Jungsozialisten. Hrsg. von Wolfgang

Roth im Auftrag der Kommunapolitischen Konferenz der Jungsozialisten, Frankfurt am Main 1971.

Koolen, Bernhard, Die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Konzeption von Viktor Agartz zur Neuordnung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft, Köln 1979.

Koopman, Klaus, Gewerkschaftliche Vertrauensleute. Darstellung und kritische Analyse ihrer Entwicklung und Bedeutung von den Anfängen bis zur Gegenwart unter besonderer Berücksichtigung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes (DMV) und der Industriegewerkschaft Metall (IGM), 2 Bde., München 1979.

Korff, Gottfried, Volkskultur und Arbeiterkultur. Überlegungen am Beispiel der sozialistischen Maifesttradition, in: GuG 5 (1979), S. 83–102.

Korff, Gottfried, Rote Fahne und geballte Faust. Zur Symbolpolitik der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik, in: Dietmar Petzina (Hrsg.), Fahnen, Fäuste, Körper. Symbol und Kultur der Arbeiterbewegung, Essen 1986, S. 27–60.

Korff, Gottfried, History of Symbols as Social History? Ten preliminary notes on the image and sign systems of social movement in Germany, in: Marcel van der Linden (Hrsg.), The End of Labour History, in: International Review of Social History 38 (1993), Supplement 1, S. 105–125.

Korte, Hermann, Eine Gesellschaft im Aufbruch. Die Bundesrepublik Deutschland in den sechziger Jahren, Frankfurt am Main 1987.

Kötter, Hans-Wilhelm, Der Vorsitz im Aufsichtsrat der Montangesellschaften unter Herrschaft des Mitbestimmungsgesetzes der Arbeitnehmer, in: Juristische Rundschau 15 (1951), S. 449ff.

Kötter, Hans-Wilhelm, Die Bestellung des elften Mitgliedes im künftigen Aufsichtsrat der Montangesellschaften, in: NJW 11 (1951), S. 417–421.

Kotthoff, Hermann, Betriebsräte und betriebliche Herrschaft. Eine Typologie von Partizipationsmustern im Industriebetrieb, Frankfurt am Main, New York 1979.

Kotthoff, Hermann, Ochs, Peter, Mitbestimmung an der Saar. Sozialgeschichte der Mitbestimmung in den Saarhütten und im Saarbergbau, Köln 1988.

Kotthoff, Hermann, Betriebsräte und Bürgerstatus. Wandel und Kontinuität betrieblicher Mitbestimmung, München, Mering 1994.

Kotthoff, Hermann, Mitbestimmung in Zeiten interessenpolitischer Rückschritte. Betriebsräte zwischen Beteiligungsofferten und „gnadenlosem Kostensenkungsdiktat", in: Industrielle Beziehungen 5 (1998), H. 1, S. 76–100.

Kraushaar, Wolfgang (Hrsg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcoktail, 3 Bde., Hamburg 1998.

Kraushaar, Wolfgang, 1968 als Mythos, Chiffre und Zäsur, Hamburg 2000.

Krenn, Dorit-Maria, Grypa, Dietmar, „Wir sind erst Christen, dann Deutsche, dann Arbeiter". Die Christlichen Gewerkschaften in Bayern, in: Acht Stunden sind kein Tag. Geschichte der Gewerkschaften in Bayern. Katalog zur Wanderausstellung 1997/98. Haus der Bayerischen Geschichte. Hrsg. von Ludwig Eiber u.a., Augsburg 1997, S. 54–66.

Kritzer, Peter, Wilhelm Hoegner. Politische Biographie eines bayerischen Sozialdemokraten, München 1979.

Kroebel, Gerhard, Die Aufgaben der politischen und sozialen Hochschulen, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2 (1951), S. 473ff.

Kronawitter, Hildegard, Wirtschaftskonzeption und Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie in Bayern 1945–1949, München u.a. 1988.

Kulke, Ulrich, Gewerkschaftliche Tarifpolitik zur Stärkung der gewerkschaftlichen Basis, Berlin 1977.

Kunze, Otto, Reform des Unternehmensrechtes, Bochum 1953.

Küpper, Willi, Ortmann, Günther (Hrsg.), Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisation, Opladen ²1992.

Kusch, Katrin, Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1951), Mainz 1989.

Lademacher, Horst, Aufbruch oder Restauration – Einige Bemerkungen zur Interdependenz von Innen- und Außenpolitik in der Gründungsphase der Bundesrepublik, in: Imanuel Geiss, Bernd-Jürgen Wendt (Hrsg.), Deutschland in der Weltpolitik des 19. und 20. Jahrhunderts, Düsseldorf ²1974, S. 563–584.

Lanig-Heese, Claudia, Gewerkschaften in Bayern 1945 bis 1949, Marburg 1991.

Lanzinner, Maximilian, Henker, Michael (Hrsg.), Landesgeschichte und Zeitgeschichte. Forschungsperspektiven zur Geschichte Bayerns nach 1945, Augsburg 1997.

Lanzinner, Maximilian, Zwischen Sternenbanner und Bundesadler. Bayern im Wiederaufbau 1945–1958, Regensburg 1996.

Lauschke, Karl, Schwarze Fahnen an der Ruhr. Zur Politik der IG Bergbau und Energie in der Kohlenkrise, Marburg 1984.

Lauschke, Karl, „Der Dicke muß weg!". Betriebsratswahlen 1955 auf der Westfalenhütte, in: Peter Grafe, Bodo Hombach, Reinhard Grätz (Hrsg.), Der Lokomotive in voller Fahrt die Räder wechseln. Geschichte und Geschichten aus Nordrhein-Westfalen, Berlin, Bonn 1987, S. 86–95.

Lauschke, Karl, Betriebsausschüsse und gewerkschaftlicher Neubeginn in Dortmund 1945. Die Anfänge der Metallarbeitergewerkschaft im Lichte neuer Quellen, in: Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark 78 (1987), S. 125–171.

Lauschke, Karl, Entgegnung: Traditionelle und alternative Betriebsgeschichte?, in: 1999 4 (1989), S. 175–179.

Lauschke, Karl, „In die Hände spucken und ran!" Arbeiterschaft und Betriebsräte während der Nachkriegsjahre. Zugleich ein Literaturbericht, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 19 (1990), S. 313–338.

Lauschke, Karl, Industrielle Beziehungen im Betrieb nach 1945: Das Beispiel der Dortmunder Westfalenhütte, in: Werner Plumpe, Christian Kleinschmidt (Hrsg.), Unternehmen zwischen Markt und Macht, Essen 1992, S. 123–136.

Lauschke, Karl, „Wir sind heute mehr Mensch als früher". Unternehmenskultur in einem montanmitbestimmten Großbetrieb der fünfziger Jahre, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1993, S. 137–157.

Lauschke, Karl, Welskopp, Thomas (Hrsg.), Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994.

Lauschke, Karl, Mitbestimmungseliten in der Eisen- und Stahlindustrie, Das Beispiel der Arbeitsdirektoren, in: Rainer Bovermann, Stefan Goch, Heinz-Jürgen Priamus (Hrsg.), Das Ruhrgebiet – ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946–1996, Essen 1996, S. 320–334.

Lauschke, Karl, „Störenfriede" - Der Einfluß der 68er-Bewegung auf die betriebliche und gewerkschaftliche Interessenvertretung. Das Beispiel der Dortmunder ÖTV, in: Westfälische Forschungen 48 (1998), S. 333–357.

Lauschke, Karl, Menschen auf dem Bergwerk: Die Belegschaft im Wandel der Zeit, in: Glückauf-Stiftung (Hrsg.), Zeche Westfalen. Ein Jahrhundert Steinkohlenbergbau in Ahlen, Essen 2000, S. 67–89.

Lauschke, Karl, Die Hoesch-Arbeiter und ihr Werk. Sozialgeschichte der Dortmunder Westfalenhütte während der Jahre des Wiederaufbaus 1945–1966, Essen 2000.

Lauschke, Karl, Arbeitergeschichte und Unternehmensarchive, in: Archiv und Wirtschaft 33 (2000), S. 166–171.

Lebenserfahrungen an der Saar. Studien zur Alltagskultur 1945–1995. Herausgegeben von Edwin Dillmann und Richard van Dülmen, St. Ingerbert 1996.

Leber, Georg, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand: ein Programm und sein Echo, Frankfurt am Main o.J.

Lehner, Erwin, Sulzbach-Rosenberg zur Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, in: Eisenerz und Morgenglanz, Geschichte der Stadt Sulzbach-Rosenberg, Bd. 1, S. 329–368.

Lehnert, Detlef, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848–1983, Frankfurt am Main 1983.

Leiner, Wilhelm, Arbeitsbewertung und Marktlohn, Köln u.a. 1963.

Leineweber, Bernd, Entsetzen und Besetzen. Zur Dialektik der Aufklärung in der Studentenbewegung, in: Wolfgang Kraushaar (Hrsg.), Frankfurter Schule und Studentenbewegung. Von der Flaschenpost zum Molotowcoktail, 3 Bde., Hamburg 1998, Bd. 3, S. 99–111.

Lengfeld, Holger, Liebig, Stefan, Industrielle Beziehungen und soziale Gerechtigkeitseinstellungen. Eine gerechtigkeitstheoretische Erklärung betrieblicher Mitbestimmung, in: Industrielle Beziehungen 7 (2000), S. 10–42.

Lesius, Der Weg von unten! Zur Gründung christlicher Arbeiter und Angestelltengewerkschaften in Deutschland, Essen 1954.

Lichte, Rainer, Betriebsalltag von Industriearbeitern. Konflikthandeln einer Belegschaftsgruppe vor und während einer Betriebsstillegung, Frankfurt am Main, New York 1978.

Liebig, Stefan, Soziale Gerechtigkeitsforschung und Gerechtigkeit in Unternehmen, München, Mering 1997.

Liebig, Stefan, Der Nutzen moralischer Gefühle: Gerechtigkeitsforschung in Organisationen, in: Industrielle Beziehungen 6 (1999), S. 214–227.

Linden, Marcel van der (Hrsg.), The end of labour history?, in: International Review of Social History 38 (1993), Supplement 1.

Link, Werner, Die Geschichte des internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des internationalen sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1964.

Lipp, Johannes, Aus der Geschichte der Betriebskrankenkasse Girmes/Oedt, Oedt 1992.

Littmann, Friederike, Vom Notstand eines Haupttäters – Zwangsarbeit im Flick-Konzern, in: 1999 1 (1986), S. 4–43.

Lochner, Rudolph, Die Umsiedlung von Wackersdorf bei Schwandorf im bayerischen Braunkohlengebiet der Oberpfalz, in: Braunkohle 1953, H. 15/16, S. 315–322.

Lochner, Rudolph, Die Leistungen im sozialen Wohnungsbau in den Regierungsbezirken Niederbayern und Oberpfalz in Schrift, Zahl und Bild. Ein Überblick über sechs Jahre seiner Entwicklung, München 1954.

Lorenz, F.R., Arbeitsbewertung in ihren Grundzügen, in: Werkstatt und Betrieb 91 (1958), H.8, S. 470–472.

Lösche, Peter, Walter, Franz, Die SPD. Klassenpartei, Volkspartei, Quotenpartei, Darmstadt 1992.

Lösche, Peter, Von der „Solidargemeinschaft" zur „lose verkoppelten Anarchie". Die SPD nach der Vereinigung, in: Malte Ristau u.a. (Hrsg.), Tanker im Nebel. Zur Organisation und Programmatik der SPD, Marburg 1992, S. 104–119.

Lösche, Peter, Abschied von der Klassenpartei – das Ringen der SPD um die Mittelschichten, in: Dieter Dowe (Hrsg.), Referate und Podiumsdiskussion eines Kolloquiums des Ge-

sprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 12./13.10. 1995, Bonn 1996, S. 93–109.

Löwenthal, Richard, Schwarz, Hans-Peter (Hrsg.), Die Zweite Republik – 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz, Stuttgart 1974.

Lüdtke, Alf, Arbeit, Arbeitserfahrung und Arbeitspolitik. Zum Perspektivenwandel in der historischen Forschung, in: ders., Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrung und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993, S. 351–440.

Lüdtke, Alf, Eigen-Sinn. Fabrikalltag, Arbeitererfahrung und Politik vom Kaiserreich bis in den Faschismus, Hamburg 1993.

Lütge, Jürgen, Die Bedeutung des Arbeitsdirektors. Für das geltende Recht und für die bestehende Wirtschafts- und Sozialordnung, Marburg 1957.

Lutz, Burkart, Krise des Lohnanreizes. Ein empirisch-historischer Beitrag zum Wandel der Formen betrieblicher Herrschaft am Beispiel der deutschen Stahlindustrie, Frankfurt am Main, Köln 1975.

Lutz, Burkart, Schmidt, Gert, Industriesoziologie, in: Handbuch der empirischen Sozialforschung. Herausgegeben von René König, Bd. 8, Stuttgart ^{2}1977, S. 101–262.

Lutz, Burkart, Was wurde aus dem Kritikpotential der „jungen Generation" der fünfziger Jahre? Erste Überlegungen zur historischen Interpretation früher industriesoziologischer Befunde, in: Rainer Erd u.a. (Hrsg.), Kritische Theorie und Kultur, Frankfurt am Main 1989, S. 336–353.

Lutz, Ronald, Arbeitersport heute – Perspektiven einer „alternativen" Körperkultur, in: Wolfgang Kaschuba, Gottfried Korff, Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.), Arbeiterkultur nach 1945 – Ende oder Veränderung?, Tübingen 1991, S. 203–219.

Maase, Kasper, Die Kulturen in der Arbeiterbewegung und die Arbeiterbewegung in der Kultur, in: Wolfgang Kaschuba, Gottfried Korff, Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.), Arbeiterkultur nach 1945 – Ende oder Veränderung?, S. 102–121.

Mahnkopf, Birgit, Verbürgerlichung. Die Legende vom Ende des Proletariats, Frankfurt am Main, New York 1985.

Mai, Gunther, Die Ökonomie der Zeit. Unternehmerische Rationalisierungsstrategien und industrielle Arbeitsbeziehungen, in: GuG 23 (1997), S. 311–327.

Mann, Hans-Joachim, Ist die SPD noch die Partei von Godesberg? Funktion und Entstehungsprozeß des Godesberger Programms, in: Der Bürger im Staat 23 (1973), S. 18–25.

Mannheimer, Karl, Das Problem der Generationen, in: KZfSS 7 (1928), S. 157–180 und S. 309–330.

Marcuse, Herbert, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied, Berlin 1967.

Markowski, Frank (Hrsg.), Der letzte Schliff. 150 Jahre Arbeit und Alltag bei Carl Zeiss Jena, Berlin 1997 (Begleitband zur Ausstellung: Der letzte Schliff. 150 Jahre Arbeit und Alltag bei Carl Zeiss Jena).

Martens, Holger, Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Schleswig-Holstein 1945–1959, 2 Bde., Paderborn 1998.

Matthias, Erich, Schönhoven, Klaus (Hrsg.), Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984.

Maurhoff, Marlene, 100 Jahre Audi Betriebskrankenkasse Neckarsulm, Neckarsulm 1994.

Mayer, Udo, Paritätische Mitbestimmung und Arbeitsverhältnis, Köln, Frankfurt am Main 1976.

Mayer, Waldemar, Der Aufschluß Rauberweiher der Bayerischen Braunkohlen-Industrie AG Schwandorf, in: Braunkohle 1964, H. 3, S. 97–109.

Mehringer, Hartmut, Waldemar von Knoeringen. Eine politische Biographie. Der Weg vom revolutionären Sozialismus zur sozialen Demokratie, München u.a. 1989.

Mehringer, Hartmut (Hrsg.), Von der Klassenbewegung zur modernen Volkspartei. Wegmarken der bayerischen Sozialdemokratie 1892–1992, München 1992.

Meinhof, Ulrike, Bambule. Fürsorge, Sorge für wen?, Berlin 1971.

Merseburger, Peter, Der schwierige Deutsche. Kurt Schumacher: eine Biographie, Stuttgart 1995.

Metcalfe, Andrew, Sex and solidarity. Fraternity, patriarchy and labour history, in: Terry Irving (Hrsg.), Challenges to Labour History, Sydney 1994, S. 88–112.

Meyer, Holger, Faktoren unterschiedlichen Tarifverhaltens. Gesamtmetall und Gesamttextil im Vergleich, Diss., FU Berlin 1998,

Meyer, Thomas (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus – Geistige Grundlagen und Wege in die Zukunft, München 1980.

Meyer-Braun, Renate, Die Bremer SPD 1949–1959. Eine lokal- und parteigeschichtliche Studie, Frankfurt am Main u.a. 1982.

Meyer-Braun, Renate, Doch kein Ende der Arbeiterkultur nach 1945? Der Bremer Sportverein TURA – ein Beispiel für die Beharrungskraft des Arbeitermilieus in den 1950er Jahren, in: Sozial- und Zeitgeschichte des Sports 12 (1998), H. 1, S. 7 – 28.

Mielke, Siegfried, Der Wiederaufbau der Gewerkschaften: Legenden und Wirklichkeit, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979, S. 74–87.

Miller, Susanne, Ristau, Malte (Hrsg.) Gesellschaftlicher Wandel – Soziale Demokratie – 125 Jahre SPD, Köln 1988.

Minssen, Heiner, Kontrolle und Konsens. Anmerkungen zu einem vernachlässigten Thema der Industriesoziologie, in: Soziale Welt 41 (1990), S. 365–382.

Minssen, Heiner (Hrsg.), Rationalisierung in der betrieblichen Arena. Akteure zwischen inneren und äußeren Anforderungen, Berlin 1991.

Minssen, Heiner, Die Rationalität von Rationalisierung. Betrieblicher Wandel und die Industriesoziologie, Stuttgart 1992.

Minssen, Heiner, Der soziale Prozeß betrieblichen Wandels, in: Karl Lauschke, Thomas Welskopp (Hrsg.), Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994, S. 16–47.

Mintzel, Alf, Die CSU-Hegemonie in Bayern. Strategie und Erfolg. Gewinner und Verlierer, Passau 1998.

Mitbestimmung und Betriebsverfassung in Deutschland, Frankreich und Großbritannien seit dem 19. Jahrhundert: 16. Wissenschaftliches Symposium der Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, hrsg. von Hans Pohl, Stuttgart 1996.

Mölter, Holger, Die Maxhütte als größter Industriebetrieb im Raum Sulzbach-Rosenberg, Diplomarbeit, Universität Regensburg 1993.

Mommsen, Hans, Borsdorf, Ulrich (Hrsg.), Glück auf, Kameraden! Die Bergarbeiter und ihre Organisation in Deutschland, Köln 1979.

Montgomery, David, The Fall of the House of Labour. The Workplace, the State, and American Labor Activism 1865–1925, Cambridge 1987.

Mooser, Josef, Abschied von der „Proletarität". Zur Sozialstruktur und Lage der Arbeiterschaft in der Bundesrepublik in historischer Perspektive, in: Werner Conze, M. Rainer Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 143–186.

Mooser, Josef, Auflösung der proletarischen Milieus. Klassenbindung und Individualisie-

rung in der Arbeiterschaft vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik, in: Soziale Welt 34 (1983), S. 270–306.

Mooser, Josef, Arbeiterleben in Deutschland 1900–1970. Klassenlagen, Kultur und Politik, Frankfurt am Main 1984.

Mooser, Josef, Arbeiter, Angestellte und Frauen in der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft". Thesen, in: Axel Schildt, Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau, Bonn 1993, S. 362–376.

Mooser, Josef, Regionalisierung und Kontraste in der Arbeitergeschichte der 50er Jahre. Niedersachsen in der bundesrepublikanischen Perspektive, in: Bernd Weisbrod (Hrsg.), Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen, Hannover 1998, S. 197–205.

Moser, Eva, Bayerns Arbeitgeberverbände im Wiederaufbau. Der Verein der Bayerischen Metallindustrie 1947–1962, Stuttgart 1990.

Mühlberg, Dietrich, Zum Stand kulturgeschichtlicher Proletarierforschung in der DDR, in: Friedhelm Boll (Hrsg.), Arbeiterkulturen zwischen Alltag und Krieg. Beiträge zum europäischen Vergleich in der Zwischenkriegszeit, Wien u. a. 1986, S. 71–88.

Müller, Gerhard, Arbeiterleben und Arbeiterbewegung in der Oberpfalz 1848–1919, Theuern 1988.

Müller, Gloria, Mitbestimmung in der Nachkriegszeit. Britische Besatzungsmacht, Unternehmer, Gewerkschaften, Düsseldorf 1987.

Müller, Gloria, Strukturwandel und Arbeitnehmerrechte. Die wirtschaftliche Mitbestimmung in der Eisen- und Stahlindustrie 1945–1975, Essen 1991.

Müller, Hans Dieter, Der Springer-Konzern: Eine kritische Studie, München 1968.

Müller, Hans-Peter, Wilke, Manfred, Braunkohlepolitik in der Steinkohlegewerkschaft. Die Energiepolitik der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie im Vereinigungsprozeß 1990 bis 1994, Berlin 1996.

Müller-Jentsch, Walther, Streiks und Streikbewegung in der Bundesrepublik 1950–1978, in: Joachim Bergmann (Hrsg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt am Main 1979, S. 21–71.

Müller-Jentsch, Walther, Basisdaten der industriellen Beziehungen, Frankfurt am Main, New York 1989.

Müller-Jentsch, Walther (Hrsg.), Konfliktpartnerschaft. Akteure und Institutionen der industriellen Beziehungen, München, Mering 1991.

Müller-Jentsch, Walther, Mitbestimmung als kollektiver Lernprozeß. Versuch über die Betriebsverfassung, in: Karsten Rudolph u. a. (Hrsg.), Geschichte als Möglichkeit. Festschrift für Helga Grebing, Essen 1995, S. 42–54.

Müller-Jentsch, Walther, Soziologie der Industriellen Beziehungen: eine Einführung, Frankfurt am Main [2]1997.

Münkel, Daniela (Hrsg.), Der lange Abschied vom Agrarland. Agrarpolitik, Landwirtschaft und ländliche Gesellschaft zwischen Weimar und Bonn, Göttingen 2000.

Mutert, Susanne, Die bayerischen Gewerkschaften im 19. Jahrhundert. Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes (1868/69–1890), Essen 1997.

Nautz, Jürgen P., Die Durchsetzung der Tarifautonomie in Westdeutschland. Das Tarifvertragsgesetz vom 9. April 1949, Frankfurt am Main u. a. 1985.

Neuberger, Oswald, Mikropolitik. Der alltägliche Aufbau und Einsatz von Macht in Organisationen, Stuttgart 1995.

Neuloh, Otto, Die deutsche Betriebsverfassung und ihre Sozialformen bis zur Mitbestimmung, Tübingen 1956.

Neuloh, Otto, Der neue Betriebsstil. Untersuchungen über Wirklichkeit und Wirkungen der Mitbestimmung, Tübingen 1960.

Neuloh, Otto, Braun, Rudolf, Werner, Erich, Die durchlaufende Arbeitsweise. Sonntagsarbeit im Urteil der Stahlarbeiter, Tübingen 1961.

Neuloh, Otto, Vom Kirchdorf zur Industriegemeinde. Untersuchungen über den Einfluß der Industrialisierung auf die Wertordnung der Arbeitnehmer, Rastatt 1967.

Neusüß, Arnhelm, Die Theorien des utopischen Bewußtseins und der „freischwebenden Intelligenz" in der Wissenssoziologie Karl Mannheims, Marburg 1968.

Nichelmann, Volker, Der Amberger Erzbergbau und die Luitpoldhütte von 1800–1945, in: VHVO 126 (1986), S. 99–343.

Nichelmann, Volker, Die Eisenwerk-Gesellschaft Maximilianshütte im Spiegel der Amberger und Sulzbacher Presse von 1851–1920, in: VHVO 117 (1977), S. 105–175.

Nickl, Walter, Strukturanalysen der Rehabilitation bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften. Hrsg. vom Hauptverband der Gewerblichen Berufsgenossenschaften, Bonn 1970.

Nieberding, Anne, Wischermann, Clemens, Unternehmensgeschichte im institutionellen Paradigma, in: ZfU 43 (1998), S. 35–48.

Niedenhoff, Horst, 20 Jahre Montan-Mitbestimmung im Spiegel empirischer Untersuchungen, Köln 1971.

Niethammer, Lutz, Strukturreform und Wachstumspaket. Westeuropäische Bedingungen der einheitsgewerkschaftlichen Bewegung nach dem Zusammenbruch des Faschismus, in: Heinz Oskar Vetter (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975, S. 303–358.

Niethammer, Lutz, Borsdorf, Ulrich, Brandt, Peter (Hrsg.), Arbeiterinitiative 1945. Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976.

Niethammer, Lutz, Rekonstruktion und Desintegration: Zum Verständnis der deutschen Arbeiterbewegung zwischen Krieg und Kaltem Krieg, in: Heinrich August Winkler (Hrsg.), Politische Weichenstellung im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979, S. 26–43.

Niethammer, Lutz, Plato, Alexander von (Hrsg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist". Nachkriegs-Erfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 2, Berlin, Bonn 1983.

Niethammer, Lutz, Plato, Alexander von (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten". Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet, Bd. 3, Berlin, Bonn 1985.

Niethammer, Lutz, Fragen – Antworten – Fragen. Methodische Erfahrungen und Erwägungen zur Oral History, in: Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Hrsg.), „Wir kriegen jetzt andere Zeiten". Auf der Suche nach der Erfahrung des Volkes in nachfaschistischen Ländern. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet, Bd. 3, Berlin, Bonn 1985, S. 392–445.

Noé, Claus, Gebändigter Klassenkampf. Tarifautonomie in der Bundesrepublik. Der Konflikt zwischen Gesamtmetall und IG Metall vom Frühjahr 1963, Berlin 1970.

Nonn, Christoph, Der Anfang vom Ende: Die Zeche Westfalen während der Bergbaukrise (1958–1969), in: Glückauf-Stiftung (Hrsg.), Zeche Westfalen. Ein Jahrhundert Steinkohlenbergbau in Ahlen, Essen 2000, S. 153–178.

Nonn, Christoph, Die Ruhrbergbaukrise. Entindustrialisierung und Politik 1958–1969, Göttingen 2001.

Oertelius, Franz, Die Braunkohlen Industrie der Oberpfalz, München 1906.

Ohl, Heinrich, Der Sozialplan nach dem Betriebsverfassungsgesetz. Recht und Praxis kompensatorischer Leistungen für den Verlust des Arbeitsplatzes, Jur. Diss., Universität Göttingen 1976.

Oltmann, Joachim, Kalter Krieg und kommunale Integration. Arbeiterbewegung im Stadtteil Bremen-Vegesack 1945–1956, Marburg 1987.

Ortmann, Günther u.a. (Hrsg.), Computer und Macht in Organisationen. Mikropolitische Analysen, Opladen 1990.

Ortmann, Günther, Mikropolitik und systemische Kontrolle, in: Jörg Bergstermann u.a. (Hrsg.), Systemische Rationalisierung als sozialer Prozeß. Zu Rahmenbedingungen und Verlauf eines neuen betriebsübergreifenden Rationalisierungstypus, Bonn 1991, S. 99–122.

Ortmann, Günther, Macht, Spiele, Konsens, in: Willi Küpper, ders. (Hrsg.), Mikropolitik. Rationalität, Macht und Spiele in Organisationen, Opladen ^{2}1992, S. 13–26.

Ortmann, Günther, „Dark Stars" - Institutionelles Vergessen in der Industriesoziologie, in: Niels Beckenbach, Werner von Treeck (Hrsg.), Umbrüche gesellschaftlicher Arbeit, Göttingen 1994, S. 85–118.

Osterland, Martin u.a. (Hrsg.), Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD, Frankfurt am Main 1973.

Osterland, Martin, Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential. FS für Max E. Graf zu Solms-Roedelheim, Frankfurt am Main, Köln 1975.

Osterland, Martin, Innerbetriebliche Arbeitssituation und außerbetriebliche Lebensweise von Industriearbeitern, in: ders., Arbeitssituation, Lebenslage und Konfliktpotential. FS für Max E. Graf zu Solms-Roedelheim, Frankfurt am Main, Köln 1975, S. 167–184.

Osterloh, Margit, Unternehmensethik und Unternehmenskultur, Nürnberg 1988.

Osterloh, Margit, Unternehmenskultur, in: Georges Enderle u.a. (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaftsethik, Freiburg 1993, Sp. 1139–1142.

Ostertag, Adi, Arbeitsdirektoren berichten aus der Praxis, Köln 1981.

Overy, Richard J., Rationalization and the „Production Miracle" in Germany during the Second World War, in: ders., War and Economy in the Third Reich, Oxford 1994, S. 343–375.

Paasche, Johannes, Die Praxis der Arbeitsbewertung, Köln 1963.

Pach, Paul, Arbeitergesangsvereine in der Provinz. „Vorwärts" Pirkensee und „Volkschor" Maxhütte, Berlin, Vilseck 1987.

Pagenstecher, Cord, Ausländerpolitik und Immigrantenidentität. Zur Geschichte der „Gastarbeit" in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1994.

Pahl, Walther, Mitbestimmung in der Montanindustrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 2 (1951), S. 225–227.

Parisius, Bernd, Arbeiter zwischen Resignation und Integration. Auf den Spuren der Soziologie der fünfziger Jahre, in: Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Hrsg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist". Nachkriegs-Erfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 2, Berlin, Bonn 1983, S. 107–147.

Paul, Johann, Die nordrhein-westfälische Braunkohlenpolitik und der Übergang zum Tieftagebau in den 1950er Jahren, in: Geschichte im Westen 12 (1997), S. 61–78.

Peter, Gerd (Hrsg.), Arbeitsforschung? Methodologische und theoretische Reflexion und Konstruktion, Dortmund 1991.

Petzina, Dietmar, Plumpe, Werner, Unternehmensethik – Unternehmenskultur: Herausforderungen für die Unternehmensgeschichtsschreibung?, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 3/1993, S. 9–19.

Pfister, Ulrich, Plumpe, Werner, Einleitung: Plädoyer für eine theoriegestützte Geschichte von Unternehmen und Unternehmern, Westfälische Forschungen 50 (2000), S. 1–21.

Pierenkemper, Toni, Was kann eine moderne Unternehmensgeschichte leisten? Und was soll sie tunlichst vermeiden, in: ZfU 44 (1999), S. 15–31.

Pierenkemper, Toni, Hans-Günther Sohl: Funktionale Effizienz und autoritäre Harmonie in der Eisen- und Stahlindustrie, in: Paul Erker, ders. (Hrsg.), Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau. Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten, München 1999, S. 53–107.

Pierenkemper, Toni, Unternehmensgeschichte: eine Einführung in ihre Methoden und Ergebnisse, Stuttgart 2000.

Arbeiter, Management, Mitbestimmung. Eine industriesoziologische Untersuchung der Struktur, der Organisation und des Verhaltens der Arbeiterbelegschaften in Werken der deutschen Eisen- und Stahlindustrie, für die das Mitbestimmungsgesetz gilt. Unter Mitarbeit von Theo Pirker, Stuttgart 1955.

Pirker, Theo, Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, 2 Bde., München 1960.

Pirker, Theo, Die verordnete Neuordnung. Grundlagen und Erscheinungen der Restauration, Berlin 1977.

Plato, Alexander von, Nachkriegssieger. Betriebsräte im Ruhrgebiet – Eine lebensgeschichtliche Untersuchung, in: Lutz Niethammer, ders. (Hrsg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist". Nachkriegs-Erfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 2, Berlin Bonn 1983, S. 311–359.

Plato, Alexander von, „Der Verlierer geht nicht leer aus". Betriebsräte geben zu Protokoll, Berlin, Bonn 1984.

Plato, Alexander von, Lebenswelten und politische Orientierung im Revier. Zur Struktur politischen Bewußtseins bei Arbeitern und Unternehmern im Ruhrgebiet, in: Ottfried Dascher und Christian Kleinschmidt (Hrsg.), Die Eisen- und Stahlindustrie im Dortmunder Raum. Wirtschaftliche Entwicklung, soziale Strukturen und technologischer Wandel im 19. und 20. Jahrhundert, Dortmund 1992, S. 283 – 304.

Plato, Alexander von, Zeitzeugen und die historische Zunft. Erinnerung, kommunikative Tradierung und kollektives Gedächtnis, in: BIOS 13 (2000), S. 5–29.

Plogstedt, Sybille (Red.), Der Kampf des Vietnamesischen Volkes und die Globalstrategie des Imperialismus – Internationaler Vietnam-Kongreß 17./18. 2. 1968, West-Berlin 1968.

Plumpe, Werner, Betriebliche Mitbestimmung in der Weimarer Republik. Fallstudien zum Ruhrbergbau und zur chemischen Industrie, München 1999.

Pohl, Manfred, Das Bayernwerk. 1921–1996, München 1996.

Politischer Arbeitskreis des BDKJ, Diözese Passau (Hrsg.), Der junge Katholik und die SPD: man scheint uns zu brauchen ..., o.O.o.J. (1965).

Popitz, Heinrich u. a., Das Gesellschaftsbild des Arbeiters. Soziologische Untersuchungen in der Hüttenindustrie, Tübingen 1957.

Potthoff, Erich, Der Kampf um die Montan-Mitbestimmung, Köln 1957.

Pries, Ludger, Betrieblicher Wandel in der Risikogesellschaft. Empirische Befunde und konzeptionelle Überlegungen, Opladen 1991.

Prinz, Michael, Hanke, Hans H., „Man weiß nicht, was noch kommt". Zum Wandel wirtschaftlicher Zukunftsvorstellungen seit dem Ersten Weltkrieg im Spiegel bergmännischen Wohnens, in: Matthias Frese, Michael Prinz (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 35–58.

Prüser, Hermann, Werftarbeiterstreik und Absetzung des Betriebsrats. Die AG „Weser" 1952/53, in: Heinz-Gerd Hofschen, Almut Schwerd (Hrsg.), Zeitzeugen berichten. Die Bremer Arbeiterbewegung in den fünfziger Jahren, Marburg 1989, S. 57–61.

Raack, Wolfgang, Der Braunkohlenbergbau in der Bundesrepublik, Essen 1962.

Radkau, Joachim, „Wirtschaftswunder" ohne technologische Innovation? Technische Modernität in den 50er Jahren, in: Axel Schildt, Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau: die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre, Bonn 1998 (akutalisierte Studienausgabe), S. 129–154.

Ranft, Norbert, Vom Objekt zum Subjekt. Montanmitbestimmung, Sozialklima und Strukturwandel im Bergbau seit 1945, Köln 1988.

Rapp, Heinz, Katholizismus und Sozialdemokratie – Entwicklung und Aspekte, in: Thomas Meyer (Hrsg.), Demokratischer Sozialismus – Geistige Grundlagen und Wege in die Zukunft, München 1980, S. 63–80.

Rappel, Josef, Wackersdorf – Das Werden einer modernen Industriegemeinde, Amberg 1974.

REFA (Hrsg.), Methodische Grundlagen der analytischen Arbeitsbewertung, München 1956.

Rieder, Maximiliane, Arbeitsmigration nach Deutschland. Von 1933 bis in die Gegenwart, in: Mitteilungen des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung 21 (1998), S. 95–220.

Risse, Heinz Theo, Der christliche Sonntag in der „gleitenden Arbeitswoche", in: Frankfurter Hefte 12 (1957), S. 314–322.

Ristau, Malte u.a. (Hrsg.), Tanker im Nebel. Zur Organisation und Programmatik der SPD, Marburg 1992.

Ritter, Gerhard A., Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München ^{2}1991.

Ritter, Gerhard A., Tenfelde, Klaus, Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, Bonn 1992.

Ritter, Gerhard A., Arbeiter, Arbeiterbewegung und soziale Ideen. Beiträge zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, München 1996.

Ritter, Gerhard A., Der Ausbau des Sozialstaates und die Differenzierung der Sozialpolitik in der Bundesrepublik, in: ders., Soziale Frage und Sozialpolitik in Deutschland seit Beginn des 19. Jahrhunderts, Opladen 1998, S. 89–115.

Roberts, James S., Drink, Temperance and the Working Class in Nineteenth-century Germany, Boston 1984.

Rochau, Erwin, Das Bedaux-System. Seine praktische Anwendung und kritischer Vergleich mit dem REFA-System, Würzburg ^{3}1952.

Rainer, Roland, Die Behausungsfrage, Wien 1948.

Rössel, Karl, Linker Aufbruch und rechte Reaktion. Anmerkungen zur politischen Entwicklung der Kölner Jusos in den 70er Jahren, in: Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD, Unterbezirk Köln (Hrsg.), „... die treiben es ja auch zu weit". 75 Jahre Kölner Jusos – ein Sammelband, Dortmund 1996, S. 75–91.

Roth, Karl Heinz (Hrsg.), Die Wiederkehr der Proletarität. Dokumentation einer Debatte, Hamburg 1994.

Rothenburg, Heinz, Spricht unsere Publizistik den Arbeiter an? – eine Bestandsaufnahme, Berlin 1958.

Rüden, Peter von, Das Arbeitertheater zwischen politischer Aufklärung und Anpassung an den bürgerlichen Kulturbetrieb, in: ders. (Hrsg.), Beiträge zur Kulturgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung 1848–1918, Frankfurt am Main u.a. 1979, S. 223–260.

Rudloff, Wilfried, Im Schatten des Wirtschaftswunders. Soziale Probleme, Randgruppen und

Subkulturen 1949 bis 1973, in: Thomas Schlemmer, Hans Woller (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2, Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002, S. 347–467.

Ruf, Thomas, Zur Geschichte der Vermögenspolitik nach dem Krieg, in: Reinart Bartolomäi u.a., Sozialpolitik nach 1945. Geschichte und Analysen, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 427–440.

Rüther, Martin, Zwischen Zusammenbruch und Wirtschaftswunder. Betriebsrätetätigkeit und Arbeiterverhalten in Köln 1945 bis 1952, Bonn 1991.

Sachse, Carola, Schweitzer, Sylvia, Mobilität, Stabilität, Flexibilität. Arbeitsmarktstrategien von Unternehmern und Beschäftigten in Deutschland und Frankreich im 19. und 20. Jahrhundert, Essen 1996.

Saldern, Adelheid von, Häuserleben: zur Geschichte städtischen Arbeiterwohnens vom Kaiserreich bis heute, Bonn 1995.

Salz, Josef, Schwandorf zwischen den beiden Weltkriegen, in: Heimaterzähler 16 (1965), Nr. 22, S. 85 ff.

Schadow, Eberhard, Untersuchungen über die Möglichkeit der Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich in einem Betrieb der Braunkohlen-Industrie, Zulassungsarbeit, Universität Hamburg 1957.

Schäfer, Michael, Streiks – Arbeitskämpfe – Konfliktregelung. Neuerscheinungen zur historischen Arbeitskonfliktforschung, in: AfS 34 (1994), S. 411–428.

Scharf, Günter, Geschichte der Arbeitszeitverkürzung: der Kampf der Gewerkschaften um die Verkürzung der täglichen und wöchentlichen Arbeitszeit, Köln 1987.

Scharf, Jakob, Steinberg. Geschichte und Geschichten. Eine Chronik, Regenstauf 1997.

Scharf, W., Die Bandanlagen der Bayerischen Braunkohlen-Industrie Aktiengesellschaft, in: Braunkohle 1953, H. 5/6, S. 75–83.

Scharping, Rudolf, Jungsozialistinnen und Jungsozialisten: Für die Zukunft unverzichtbar, in: Stephan Grüger, Klaus-Jürgen Scherer, Anja Weusthoff (Hrsg.) „Für die Zukunft der SPD unverzichtbar". 25 Jahre Juso-Linkswende (Arbeitshefte zur sozialistischen Theorie und Praxis, Sonderband Juli 1995), o.O., S. 9–15.

Schauwecker, Heinz, Das neue Teufelaustreiben, ein kräftiger Exorcismus gegen die sieben schlimmsten Teufel, München 1923.

Schauwecker, Heinz, Deutsche Gedichte, Nürnberg 1923.

Schelsky, Helmut, Die skeptische Generation. Eine Soziologie der deutschen Jugend, Düsseldorf 1957.

Schelsky, Helmut, Industrie- und Betriebssoziologie, in: Arnold Gehlen, ders. (Hrsg.), Soziologie. Ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde, Düsseldorf, Köln 1964.

Schewe, Dieter, Hochschulreform und Hochschulexperiment, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4 (1953), S. 673–678.

Schildt, Axel, Sywottek, Arnold (Hrsg.), Massenwohnungen und Eigenheim. Wohnungsbau und Wohnen in der Großstadt seit dem Ersten Weltkrieg, Frankfurt am Main, New York 1988.

Schildt, Axel, Hegemon der häuslichen Freizeit: Rundfunk in den 50er Jahren, in: ders., Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 458–476.

Schildt, Axel, Der Beginn des Fernsehzeitalters. Ein neues Massenmedium setzt sich durch, in: ders., Arnold Sywottek, (Hrsg.), Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 477–492.

Schildt, Axel, Sywottek, Arnold (Hrsg.), Modernisierung und Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993.

Schildt, Axel, Nachkriegszeiten. Möglichkeiten und Probleme einer Periodisierung der westdeutschen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und ihrer Einordnung in die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts, in: GWU 44 (1993), S. 567–584.

Schildt, Axel, Moderne Zeiten, Freizeit, Massenmedien und „Zeitgeist" in der Bundesrepublik der 50er Jahre, Hamburg 1995.

Schildt, Axel, Ankunft im Westen. Ein Essay zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 1999.

Schildt, Axel, Siegfried, Detlef, Lammers, Karl Christian, (Hrsg.), Dynamische Zeiten: die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000.

Schildt, Axel, Materieller Wohlstand – pragmatische Politik – kulturelle Umbrüche. Die 60er Jahre in der Bundesrepublik, in: ders., Detlef Siegfried, Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten. Die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 21–53.

Schildt, Gerhard, Die Arbeiterschaft im 19. und 20. Jahrhundert, München 1996.

Schleinkofer, Eduard, 40 Jahre Tarifarbeit – 30 Jahre tarifliches Schieds- und Schlichtungswesen in Bayern. Referat anläßlich der Veranstaltung „40 Jahre Tarifarbeit - 30 Jahre tarifliches Schieds- und Schlichtungswesen in Bayern" der IG Metall Bezirksleitung München am 22. 10. 1988 in Erlangen.

Schlemmer, Thomas, Die Amerikaner in Bayern. Militärregierung und Demokratisierung nach 1945, in: Heinrich Oberreuter, Jürgen Weber (Hrsg.), Freundliche Feinde? Die Alliierten und die Demokratiegründung in Deutschland, München 1996, S. 67–99.

Schlemmer, Thomas, Aufbruch, Krise und Erneuerung. Die Christlich-Soziale Union 1945 bis 1955, München 1998.

Schlemmer, Thomas, Gesellschaft und Politik in Bayern 1949–1973. Ein neues Projekt des Instituts für Zeitgeschichte, in: VfZ 46 (1998), S. 311–325.

Schlemmer, Thomas, „Bayerns Ruhrgebiet". Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Region Ingolstadt. 1948 bis 1975. Eine Studie aus dem Projekt „Gesellschaft und Politik in Bayern" des Instituts für Zeitgeschichte, in: Theresia Bauer, Winfried Süß (Hrsg.), NS-Diktatur, DDR, Bundesrepublik. Drei Zeitgeschichten des vereinigten Deutschland, Neuried 2000, S. 181–213.

Schlemmer, Thomas, Woller, Hans (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 1, Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, München 2001.

Schlemmer, Thomas, Woller, Hans (Hrsg.), Bayern im Bund, Bd. 2, Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, München 2002.

Schlemmer, Thomas, Grüner, Stefan, Balcar, Jaromír, „Entwicklungshilfe für das eigene Land". Landesplanung in Bayern nach 1945, in: Matthias Frese, Julia Paulus, Karl Teppe (Hrsg.), Die 1960er Jahre als Wendezeit der Bundesrepbulik. Demokratisierung und gesellschaftlicher Aufbruch (in Vorbereitung).

Schlemmer, Thomas, „Eine Entwicklung amerikanischen Maßstabes". Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der bayerischen Boom-Region Ingolstadt 1948 bis 1975 (in Vorbereitung).

Schmidt, Eberhard, Die verhinderte Neuordnung 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt am Main ^{5}1974.

Schmidt, Gert, Zur Geschichte der Industriesoziologie in Deutschland, in: Soziale Welt 31 (1980), S. 257–278.

Schmidt, Rudi, Der Streik in der bayerischen Metallindustrie von 1954. Lehrstück eines sozialen Konflikts, Köln 1995.

Schmiechen-Ackermann, Detlef, Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der national-

sozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen, Bonn 1998.

Schmitthenner, Horst, Die Achtundsechziger und die Arbeiterbewegung – Anmerkungen zu einem schwierigen Verhältnis, in: Marxistische Blätter 36 (1998), H. 5, S. 62ff.

Schneider, Michael, Streit um Arbeitszeit. Geschichte des Kampfes um Arbeitszeitverkürzung in Deutschland, Köln 1984.

Schneider, Michael, Demokratie in Gefahr? Der Konflikt um die Notstandsgesetze: Sozialdemokratie, Gewerkschaften und intellektueller Protest (1958–1968), Bonn 1986.

Schneider, Michael, Demokratisierungs-Konsens zwischen Unternehmern und Gewerkschaften? Zur Debatte um Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung, in: Axel Schildt, Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau: die westdeutsche Gesellschaft der 50 Jahre, Bonn 1998 (aktualisierte Studienausgabe), S. 207–222.

Schniotalle, Rolf, Der Braunkohlenbergbau in der Bundesrepublik – seine Stellung im industrie- und energiewirtschaftlichen Gefüge, Wiesbaden 1977.

Schönhoven, Klaus, Geschichte der Gewerkschaften in Bayern: Forschungsergebnisse und Fragestellungen, in: Acht Stunden sind kein Tag. Geschichte der Gewerkschaften in Bayern. Katalog zur Wanderausstellung 1997/98. Haus der Bayerischen Geschichte. Hrsg. von Ludwig Eiber u.a., Augsburg 1997, S. 24–33.

Schönhoven, Klaus, Aufbruch in die sozialliberale Ära. Zur Bedeutung der 60er Jahre in der Geschichte der Bundesrepublik, in: GuG 25 (1999), S. 123–145.

Schrapper, Christian, Voraussetzungen, Verlauf und Wirkungen der „Heimkampagnen", in: Neue Praxis 20 (1990), S. 417–428.

Schreyögg, Georg, Unternehmenskultur: Zur Unternehmenskulturdiskussion in der Betriebswirtschaftslehre und einigen Querverbindungen zur Unternehmensgeschichtsschreibung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2/1993, S. 23–35.

Schröder, Michael, „In der vereinten Kraft muß unsere Stärke liegen!" Zur Geschichte des Bayerischen Gewerkschafts-Bundes, Köln 1985.

Schroeder, Wolfgang, Christliche Sozialpolitik oder Sozialismus. Oswald von Nell-Breuning, Viktor Agartz und der Frankfurter DGB Kongreß 1954, in: VfZ 39 (1991), S. 179–220.

Schroeder, Wolfgang, Katholizismus und Einheitsgewerkschaft. Der Streit um den DGB und der Niedergang des Sozialkatholizismus in der Bundesrepublik bis 1960, Bonn 1992.

Schroeder, Wolfgang, Einheitsgewerkschaft und Sozialkatholizismus. Zur Enttraditionalisierung der politischen Kultur in den fünfziger Jahren, in: APuZ B 45/1992, S. 43–54.

Schroeder, Wolfgang, Industrielle Beziehungen in den 60er Jahren – unter besonderer Berücksichtigung der Metallindustrie, in: Axel Schildt, Detlef Siegfried, Karl Christian Lammers (Hrsg.), Dynamische Zeiten: die 60er Jahre in den beiden deutschen Gesellschaften, Hamburg 2000, S. 492–527.

Schudlich, Edwin, Die Abkehr vom Normalarbeitstag. Entwicklung der Arbeitszeiten in der Industrie der Bundesrepublik seit 1945, Frankfurt am Main, New York 1987.

Schulz, Günther, Weihnachtsmann und Geldbriefträger? Der Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen und die Wohnungsbaupolitik des Bundes bis zum Ende der fünfziger Jahre, in: Geschichte im Westen 4 (1988), S. 151–172.

Schulz, Günther, Wohnungspolitik und Soziale Sicherheit nach 1945: Das Ende der Arbeiterwohnungsfrage, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 483–506.

Schulz, Günther, Industriearbeiter als potentielle Sparer vom 19. Jahrhundert bis zum Zweiten Weltkrieg, in: Zeitschrift für bayerische Sparkassengeschichte 6 (1992), S. 149–173.

Schulz, Günther, Wiederaufbau in Deutschland, Die Wohnungsbaupolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik 1945–1957, Düsseldorf 1994.

Schulz, Günther, Sparkassen und Wohnungsbaufinanzierung in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik Deutschland, in: Manfred Pix (Hrsg.), Sparen – Investieren – Finanzieren. FS für Josef Wysocki, München 1997, S. 227–247.

Schumann, Michael u. a., Am Beispiel der Septemberstreiks – Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse?, Frankfurt am Main 1971.

Schwarz, Hans-Peter, Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart, Wiesbaden 1981.

Schwarz, Hans-Peter, Modernisierung oder Restauration? Einige Vorfragen zur künftigen Sozialgeschichtsschreibung der Ära Adenauer, in: Kurt Düwell, Wolfgang Kölmann (Hrsg.): Rheinland-Westfalen im Industriezeitalter, Bd. 3: Vom Ende der Weimarer Republik bis zum Land Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1984, S. 278–293.

Schwarz, Hans-Peter, Adenauer. Bd. 1, Der Aufstieg. 1876–1952, München 1994.

Sichler, Franz, 75 Jahre SPD-Ortsverein Schwandorf. 60 Jahre SPD-Ortsverein Schwandorf, o.O.o.J.

Siebrecht, Fritz, Der Arbeitsdirektor im Bergbau, in: Glückauf 1952, H. 1/2, S. 21 ff.

Siedlungen des bayerischen Bergbaus, hrsg. von der Wohnungsbaugesellschaft bayerischer Kohlenbergwerke, München 1948.

Siedlungen des bayerischen Bergbaus. Ein Bericht über den Bau von Siedlungen und Wohnungen für den Bergbau und die eisenschaffende Industrie in Bayern der Jahre 1946–1949. Hrsg. von der Wohnungsbaugesellschaft bayerischer Kohlenbergwerke, München 1949.

Siegfried, Detlef, Zwischen Einheitspartei und „Bruderkampf". SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Kiel 1992.

Sinzheimer, Hugo, Der korporative Arbeitsnormvertrag. Eine privatrechtliche Untersuchung, 2 Bde., Leipzig 1907/1908.

Soell, Hartmut, Fritz Erler – Eine politische Biographie, Bonn 1976.

Springer, Herbert, Entwurf eines bergbaueigenen Verfahrens zur analytischen Arbeitsbewertung, Bochum 1964.

Stachelhaus, Burkhard, Arbeitnehmervertretung und Mitbestimmung: Die Tätigkeit des Betriebsrates auf Westfalen seit 1945, in: Glückauf-Stiftung (Hrsg.), Zeche Westfalen. Ein Jahrhundert Steinkohlenbergbau in Ahlen, Essen 2000, S. 239–259.

Staritz, Dietrich, Die Kommunistische Partei Westdeutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Bd. 3, EAP-KSP, Opladen 1983, S. 1663–1809.

Steinbach, Peter, Die Zwangsvereinigung von SPD und KPD im Jahre 1946: Eine Phase der Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokratie und Sowjetkommunismus im 20. Jahrhundert, in: Geschichte als Aufgabe. FS für Otto Büsch zu seinem 60. Geburtstag. Hrsg. von Wilhelm Treue, Berlin 1988, S. 677–707.

Struktur der Ernährungsausgaben eines Arbeitnehmerhaushaltes 1937 (Reich) und 1950/1951 (Bayern), in: Bayern in Zahlen 6 (1952), S. 323.

Streeck, Wolfgang, Kluge, Norbert (Hrsg.), Mitbestimmung in Deutschland. Tradition und Effizienz. Expertenbericht für die Kommission Mitbestimmung (Bertelsmann Stiftung/Hans-Böckler-Stiftung), Frankfurt am Main, New York 1999.

Struve, Günter, Kampf und die Mehrheit. Die Wahlkampagne der SPD 1965, Köln 1971.

Suckert, Ludwig, Braunkohle in Wackersdorf. Die wirtschaftliche Entwicklung der BBI AG, Regensburg, Weiden 1996.

Süß, Dietmar, „Glückauf in der Oberpfalz": Industriearbeiter, Gewerkschaften und Be-

triebsräte im ostbayerischen Braunkohlenrevier nach dem Zweiten Weltkrieg, Magisterarbeit an der LMU München 1998.

Süß, Dietmar, Auf dem Weg zu einer neuen Sozialordnung? Die Einführung der Montan-Mitbestimmung bei der Maxhütte 1950–1955, in: Von Erzgräbern und Hüttenleuten, hrsg. vom Stadtmuseum Sulzbach-Rosenberg 2000, S. 107–118.

Süß, Dietmar, Voreilige Grabgesänge – Stand und Perspektiven der Arbeitergeschichte in der Bundesrepublik Deutschland, in: Theresia Bauer, Winfried Süß (Hrsg.), NS-Diktatur, DDR, Bundesrepublik. Drei Zeitgeschichten des vereinigten Deutschland, Neuried 2000, S. 233–262.

Süß, Dietmar, Mikropolitik und Spiele: zu einem neuen Konzept für die Arbeiter- und Unternehmensgeschichte, in: Jan-Otmar Hesse, Christian Kleinschmidt, Karl Lauschke (Hrsg.), Kulturalismus, neue Institutionenökonomik oder Theorienvielfalt. Eine Zwischenbilanz der Unternehmensgeschichte, Essen 2002, S. 117–136.

Süß, Winfried, Der „Volkskörper" im Krieg. Gesundheitspolitik, Gesundheitsverhältnisse und Krankenmord im nationalsozialistischen Deutschland 1939–1945, München 2003 (im Druck).

Taubenberger, Bernhard, Die Viererkoalition in Bayern (1954–1957), Magisterarbeit, Universität Bonn 1997.

Tenfelde, Klaus, Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, Bonn-Bad Godesberg 1977.

Tenfelde, Klaus, Bergarbeiterkultur in Deutschland, Ein Überblick, in: GuG 5 (1979), S. 12–53.

Tenfelde, Klaus, Heinrich Volkmann (Hrsg.), Streik – Zur Geschichte des Arbeitskampfes während der Industrialisierung, München 1981.

Tenfelde, Klaus, Proletarische Provinz. Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 bis 1945, in: Martin Broszat, Elke Fröhlich, Anton Grossmann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil C, München, Wien 1981, S. 1–382.

Tenfelde, Klaus, Überholt von der demokratischen Massengesellschaft. Vom Ende und Erbe der Arbeiterkultur, in: FAZ vom 7. 3. 1988.

Tenfelde, Klaus, Vom Ende und Erbe der Arbeiterkultur, in: Susanne Miller, Malte Ristau (Hrsg.) Gesellschaftlicher Wandel – Soziale Demokratie – 125 Jahre SPD, Köln 1988, S. 155–172.

Tenfelde, Klaus, Zur Geschichte der Industriellen Beziehungen im Bergbau, in: Gerald D. Feldman, Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter, Unternehmer und Staat im Bergbau. Industrielle Beziehungen im internationalen Vergleich, München 1989, S. 7–14.

Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991.

Tenfelde, Klaus, Ende der Arbeiterkultur: Das Echo auf eine These, in: Wolfgang Kaschuba, Gottfried Korff, Bernd Jürgen Warneken (Hrsg.), Arbeiterkultur nach 1945 – Ende oder Veränderung?, Tübingen 1991, S. 19–30.

Tenfelde, Klaus, Historische Milieus – Erblichkeit und Konkurrenz, in: Michael Hettlage, Paul Nolte (Hrsg.), Nation und Gesellschaft in Deutschland. Historische Essays, München 1996, S. 247–268.

Tenfelde, Klaus, Geschichte der Arbeiter in Bayern. Grundlagen-Entwicklung-Typologie, in: Acht Stunden sind kein Tag. Geschichte der Gewerkschaften in Bayern. Katalog zur Wanderausstellung 1997/98 des Hauses der Bayerischen Geschichte. Hrsg. von Ludwig Eiber u. a., Augsburg 1997, S. 15–23.

Teschner, Manfred, Zum Verhältnis von Belegschaft und Betriebsrat, in: Die neue Gesellschaft 9 (1962), S. 445–450.

Thiede, Günther, Wandel der Ernährungskosten von 1950 bis 1954 unter dem Einfluß von Mengen-, Preis- und Qualitätsveränderungen, in: Agrarwirtschaft 4 (1955), S. 272–277.

Thiesen, Helene, Christlich-soziale Arbeitnehmerschaft und Gewerkschaftsfrage 1945–1953, Diss., Universität Bonn 1988.

Thum, Horst, Mitbestimmung in der Montanindustrie. Der Mythos vom Sieg der Gewerkschaften, Stuttgart 1982.

Thum, Horst, Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung: von den Anfängen 1916 bis zum Mitbestimmungsgesetz 1976, Köln 1991.

Tolomelli, Marcia, 1968: Formen der Interaktion zwischen Studenten- und Arbeiterbewegung in Italien und Deutschland, in: Ingrid Gilcher-Holtey (Hrsg.), 1968. Vom Ereignis zum Gegenstand der Geschichtswissenschaft, Göttingen 1998, S. 82–100.

Trabert, Ludwig, Kapazitätsüberhang – Zentralproblem der Montanunion, in: Der Volkswirt 19 (1965), S. 15–19.

Treu, Joachim, Stabilität und Wandel in der organisatorischen Entwicklung der Gewerkschaften. Eine Studie der organisatorischen Entwicklung der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Frankfurt am Main 1979.

Trinczek, Rainer, Betriebliche Mitbestimmung als soziale Interaktion. Ein Beitrag zur Analyse innerbetrieblicher Beziehungen, in: ZfS 18 (1989), S. 444–456.

Trinczek, Rainer, Zur Bedeutung des betriebshistorischen Kontextes von Rationalisierung, in: Heiner Minssen (Hrsg.), Rationalisierung in der betrieblichen Arena. Akteure zwischen inneren und äußeren Anforderungen, Berlin 1991, S. 63–76.

Trischler, Helmuth, Partielle Modernisierung. Die betrieblichen Sozialbeziehungen im Ruhrbergbau zwischen Grubenmilitarismus und Human Relations, in: Matthias Frese, Michael Prinz (Hrsg.), Politische Zäsuren und gesellschaftlicher Wandel im 20. Jahrhundert. Regionale und vergleichende Perspektiven, Paderborn 1996, S. 145–171.

Türk, Klaus, „Die Organisation der Welt": Herrschaft durch Organisation in der modernen Gesellschaft, Opladen 1995.

Unger, Ludwig, Die katholische Arbeitnehmerbewegung auf neuen Wegen – das katholische Werkvolk in der Erzdiözese Bamberg 1946–1963, Bamberg 1993.

Unterbezirk Köln der Jusos (Hrsg.), „... die treiben es ja auch zu weit". 75 Jahre Kölner Jusos – ein Sammelband, Dortmund 1996.

Verein der Bayerischen Metallindustrie, Streik oder Partnerschaft, o.O.o.J. (1954).

Vetter, Heinz Oskar (Hrsg.), Vom Sozialistengesetz zur Mitbestimmung. Zum 100. Geburtstag von Hans Böckler, Köln 1975.

Vetterli, Rudolf, Industriearbeit, Arbeiterbewußtsein und gewerkschaftliche Organisation. Dargestellt am Beispiel der Georg Fischer AG (1890–1930), Göttingen 1978.

Vogel, Hans-Jochen, Die Amtskette. Meine 12 Münchner Jahre. Ein Erlebnisbericht, München 1972.

Voigt, Rüdiger (Hrsg.), Symbole der Politik. Politik der Symbole, Opladen 1989.

Volkmann, Harald, Carl Zeiss und Ernst Abbe – ihre Leben und ihr Werk, Düsseldorf 1966.

Volmerg, Ute, Identität und Arbeitserfahrung. Eine theoretische Konzeption zu einer Sozialpsychologie der Arbeit, Frankfurt am Main 1978.

„Vorwärts immer, rückwärts nimmer!" Ein Bilderlesebuch zur Geschichte der ostbayerischen Arbeiterbewegung. Hrsg. von der Demokratischen Bildungsgemeinschaft Ostbayern e.V., Regensburg 1985.

Wagenführ, Rolf, Sozialwirtschaftliche Bilanz des Vereinigten Wirtschaftsgebietes, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 19 (1949), S. 88–104.

Wagner, Helmuth R., Eine neue Gewerkschafts-Generation, in: Akademie der Arbeit, Mitteilungen, Neue Folge 11 (Februar 1956), S. 8–28.

Weber, Hajo, Soziologie des Betriebsrates. Managementstrategien und Handlungssituationen betrieblicher Interessenvertreter, Frankfurt am Main, New York 1981.

Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Tübingen ^{5}1980.

Weck, Jochen, Der Arbeitsdirektor: seine Stellung und Funktion im Rahmen der Mitbestimmungsgesetze, Diss., Universität Münster 1994.

Wehner, Herbert, Bundestagswahl 1965, o.O.o.J.

Weinhauer, Klaus, Alltag und Arbeitskampf im Hamburger Hafen. Sozialgeschichte der Hamburger Hafenarbeiter 1918–1933, Hamburg 1994.

Weinhauer, Klaus, Arbeiterklasse ohne Arbeiterhandeln, in: 1999 8 (1993), S. 80–88.

Weinhauer, Klaus, Konflikte am Arbeitsplatz und im Quartier. Perspektiven einer sozialgeschichtlichen Erforschung von Arbeitskämpfen und Konsumentenprotesten im 20. Jahrhundert, in: AfS 38 (1998), S. 337–356.

Weisbrod, Bernd, Arbeitgeberpolitik und Arbeitsbeziehungen im Ruhrkohlenbergbau. Vom „Herr-im-Hause" zur Mitbestimmung, in: Gerald D. Feldman, Klaus Tenfelde (Hrsg.), Staat, Arbeitgeber und Gewerkschaften im Bergbau, München 1989, S. 107–162.

Weisbrod, Bernd (Hrsg.), Von der Währungsreform zum Wirtschaftswunder. Wiederaufbau in Niedersachsen, Hannover 1998.

Weitbrecht, Hansjörg, Effektivität und Legitimität der Tarifautonomie. Eine soziologische Untersuchung am Beispiel der deutschen Metallindustrie, Berlin 1969.

Wellhöner, Volker, „Wirtschaftswunder" - Weltmarkt – westdeutscher Fordismus. Der Fall Volkswagen, Münster 1996.

Welskopp, Thomas, Von der verhinderten Heldengeschichte des Proletariats zur vergleichenden Sozialgeschichte der Arbeiterschaft – Perspektiven der Arbeitergeschichte in den 1990er Jahren, in: 1999 8 (1993), H. 3, S. 34–53.

Welskopp, Thomas, Betriebliche Sozialpolitik im 19. und frühen 20. Jahrhundert. Eine Diskussion neuerer Forschungen und Konzepte und eine Branchenanalyse der deutschen Eisen- und Stahlindustrie von den 1870er bis zu den 1930er Jahren, in: AfS 34 (1994), S. 333–374.

Welskopp, Thomas, Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen und amerikanischen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren, Bonn 1994.

Welskopp, Thomas, Ein modernes Klassenkonzept für die vergleichende Geschichte industrialisierender und industrialisierter Gesellschaften. Kritische Skizzen und theoretische Überlegungen, in: Karl Lauschke, ders. (Hrsg.), Mikropolitik im Unternehmen. Arbeitsbeziehungen und Machtstrukturen in industriellen Großbetrieben des 20. Jahrhunderts, Essen 1994, S. 48–106.

Welskopp, Thomas, Der Betrieb als soziales Handlungsfeld. Neuere Forschungsansätze in der Industrie- und Arbeitergeschichte, in: GuG 22 (1996), S. 118–142.

Welskopp, Thomas, Klasse als Befindlichkeit? Vergleichende Arbeitergeschichte vor der kulturhistorischen Herausforderung, in: AfS 38 (1998), S. 301–336.

Welskopp, Thomas, Die Sozialgeschichte der Väter: Grenzen und Perspektiven der Historischen Sozialwissenschaft, in: GuG 24 (1998), S. 173–198.

Welskopp, Thomas, Arbeitergeschichte im Jahr 2000. Bilanz und Perspektiven, in: traverse 2 (2000), S. 15–30.

Weltz, Friedrich, Wie sieht der Arbeiter die Gesellschaft?, in: Die neue Gesellschaft 9 (1962), S. 439–444.

Weltz, Friedrich, Vorgesetzte zwischen Management und Arbeitern. Eine industriesoziologi-

sche Untersuchung der Situation und Vorstellungen von Arbeitern und Meistern, Stuttgart 1964.

Wenig, H., Arbeitswert und Lohnwert, in: ZfA 5 (1951), H. 1, S. 9.

Wibbe, Josef, Die Arbeitsbewertung in Deutschland, in: ZfhF, 4 (1952), H. 9, S. 135–136.

Wiedemann, Herbert, Die Rationalisierung aus der Sicht des Arbeiters. Eine soziologische Untersuchung in der mechanischen Fertigung, Köln 1967.

Wieland, Josef, Sozialpartnerschaft, betriebliche Sozialpolitik und Unternehmenskultur. Eine institutionenökonomische Analyse, in: Wittener Jahrbuch für ökonomische Literatur 1996, S. 143–160.

Wienert, Helmut, Nachfrageschwäche und Staatsintervention – zur Entwicklung der Stahlkrise seit 1975, in: Mitteilungen des RWI 34 (1983), S. 257–265.

Wiessner, Reinhard, Raumentwicklung im Zeichen einer Arbeitsmarktkatastrophe im ländlichen Raum. Krisenfolgen und Krisenbewältigung nach dem Konkurs der Maxhütte in Sulzbach-Rosenberg, Regensburg 1991.

Wildt, Michael, Am Beginn der „Konsumgesellschaft". Mangelerfahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994.

Winkhaus, Hermann, Betriebsklima und Mitbestimmung, in: Arbeit und Sozialpolitik 9 (1955), S. 101–109.

Winkler, Heinrich August (Hrsg.), Politische Weichenstellungen im Nachkriegsdeutschland 1945–1953, Göttingen 1979.

Winkler, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, Berlin, Bonn 1984.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB (Hrsg.), Montan-Mitbestimmung – Bestandsaufnahme und Perspektiven: Beiträge zur Mitbestimmungsdiskussion, Nr. 16, Düsseldorf 1987.

Wirsching, Andreas, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/1939. Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.

Wittemann, Klaus-Peter, Ford-Aktion. Zum Verhältnis von Industriesoziologie und IG Metall in den sechziger Jahren, Marburg 1994.

Wohlhüter, Karl Jörg, Urlaubsberatung – eine gewerkschaftliche Aufgabe, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 17 (1966), S. 690f.

Wohnungsbaugesellschaft bayerischer Kohlenbergwerke m.b.H. (Hrsg.), Siedlungen des bayerischen Bergbaues, München 1951.

Wolf, Reinhard, Zur Lebenssituation der Industriearbeiterfamilie. Eine Untersuchung aufgrund von Erhebungen in einer Arbeiter-Wohnsiedlung Münchens, Diss., München 1963.

Woller, Hans, Gesellschaft und Politik in der amerikanischen Besatzungszone. Die Region Ansbach und Fürth, München 1986.

Zahn, Ernest, Soziologie der Prosperität. Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen des Wohlstandes, Köln, Bonn 1960.

Zander, Ernst, Arbeitszeitaufwand in städtischen Haushalten, in: Haushalt und Wissenschaft 15 (1967), S. 71–81.

Zeitler, Peter, Neubeginn in Oberfranken. Die Landkreise Kronach und Kulmbach, Kronach 1997.

Zeitlin, Jonathan, From Labor History to the History of Industrial Relations, in: Economic History Review 40 (1987), S. 159–184.

Ziegler, Karl, Die Kohlenversorgung Bayerns und deren Rationierungs-Einrichtungen während des Krieges 1914/1918, Diss., Universität München 1920.

Ziemann, Benjamin, Das Ende der Milieukoalition. Differenzierung und Fragmentierung in

den katholischen Milieus nach 1945, in: Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung 9 (1999), H. 2, S. 89–101.

Ziemann, Benjamin, Der deutsche Katholizismus im späten 19. und im 20. Jahrhundert. Forschungstendenzen auf dem Weg zu sozialgeschichtlicher Fundierung und Erweiterung, in: AfS 40 (2000), S. 402–422.

Zimmermann, Michael, „Geh zu Hermann, der macht dat schon". Bergarbeiterinteressen im nördlichen Ruhrgebiet, in: Lutz Niethammer, Alexander von Plato (Hrsg.), „Hinterher merkt man, daß es richtig war, daß es schiefgegangen ist". Nachkriegserfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930 bis 1960, Bd. 2, Berlin, Bonn 1983, S. 277–310.

Zitzler, Gerhard, Die jüngere Entwicklung von Schwandorf unter der Berücksichtigung der Frage der künftigen Entwicklungstendenzen, Zulassungsarbeit, Universität Regensburg 1980.

Nachwort

Am Ende steht man wieder am Anfang und schaut etwas wehmütig zurück auf viele Reisen Richtung Oberpfalz und Bonn. Mit ein wenig Abstand wird dann umso eindringlicher deutlich, wie sehr wissenschaftliches Arbeiten von der Unterstützung anderer lebt. Und so hat die vorliegende Studie, die im Sommersemester 2001 an der Ludwig-Maximilians-Universität München als Dissertation angenommen und für den Druck leicht gekürzt und überarbeitet wurde, von vielen Seiten Hilfe erfahren. Mein Dank gilt vor allem dem Institut für Zeitgeschichte und seinem Direktor, Horst Möller. Er betreute die Arbeit, ermöglichte eine finanziell sorgenfreie Zeit und ließ mir zugleich genügend intellektuellen Freiraum, eigene wissenschaftliche Wege zu beschreiten. Entscheidend profitiert hat die Arbeit von dem anregenden Klima des „Bayern-Projekts", für das vor allem Projektleiter Hans Woller verantwortlich war. Ohne seine beharrliche, wohlmeinende Kritik und seine großen Mühen, aus ungestümen Manuskripten lesbare Texte zu machen, wäre manches auf der Strecke geblieben. Zusammen mit Thomas Schlemmer und Jaromír Balcar hat er mich immer wieder motiviert, neu nachzudenken und an Entwürfen zu feilen. Wie wenig selbstverständlich diese Art „positiver Verstärkung" ist, weiß man oft erst hinterher.

Unterstützung kam noch von anderen Stellen. Stellvertretend für die Archive sei vor allem die Friedrich-Ebert-Stiftung genannt, die nicht nur Teile meines Studiums unterstützt, sondern auch überbordende Kopierbegehren im Archiv der sozialen Demokratie gelassen ertragen hat. Ohne die Kooperationsbereitschaft der Mitarbeiter des DGB- und des IG Metall-Zentralarchivs im AdsD hätten zentrale Bestände nicht eingesehen werden können. Klaus Mertsching und Christine Bobzien sei dafür herzlich gedankt. Auch dem ehemaligen Arbeitsdirektor der Maxhütte, Manfred Leiss, und dem amtierenden BR-Vorsitzenden, Albert Vetter, der mir die Einsicht in das BR-Archiv gewährte, verdanke ich viel. Martin H. Geyer, der auch freundlicherweise das Zweitgutachten übernahm, gab mir ebenso wie Hans Günter Hockerts die Möglichkeit, meine Ergebnisse ausführlich zu diskutieren. Danken möchte ich aber auch den Freunden aus München, Berlin und Neuss, die mich in den Jahren auf vielfältige Weise unterstützt und meinen „proletarischen Heldengeschichten" geduldig gelauscht haben. Das gilt auch und besonders für Kutlay Arin, Renate Bihl, Daniel Maul, Claudia Moisel, Sybille Steinbacher und meinen Bruder Winfried Süß, die sich die Mühe gemacht haben, das Manuskript ganz oder in Teilen zu lesen. Ihnen und meinen Eltern, die das Projekt und die anfangs fremden sozialdemokratischen „Kumpel und Genossen" bald zu ihrer eigenen Sache gemacht haben, sei herzlich gedankt, besonders für die vielen Korrekturstunden, die ich meiner Mutter zugemutet habe.

Rosmarie Scheidhamer würde abstreiten, an der Entstehung und Fertigstellung der Arbeit in irgendeiner Form beteiligt gewesen zu sein, sie gar wesentlich begleitet und ermöglicht zu haben. Ich weiß, daß sie zumindest in diesem Punkt irrt.

München, im Mai 2002

Personenregister

Abbe, Ernst 194
Adenauer, Konrad 82, 200, 225, 236, 241, 254ff., 392
Agartz, Viktor 201, 214
Aigner, Heinrich 378, 399
Albert, Martin 255
Alheit, Peter 11
Altvater, Elmar 316ff.
Alzheimer, Alois 88
Arendt, Paul 51
Arendt, Walter 282, 353
Arnold, Karl 227, 329

Bahrdt, Hans Paul 3
Baierl, Georg 30, 78, 85, 92, 108, 110, 150, 177, 203f., 359, 363f.
Baumann, Michael 54
Becher, Johannes R. 312
Beck, Eugen 150
Beer, Hans 431, 433f.
Behmenburg 46ff.
Benneter, Klaus-Uwe 435
Benz, Georg 315
Berghoff, Hartmut 17
Bergk, Karl van 143
Blank, Theodor 228
Böckler, Hans 82f.
Bogner, Josef 88
Bosetzky, Horst 14
Boyer, Josef 389
Brandt, Willy 9, 244, 263, 289, 385–388, 391f., 397, 400ff., 405, 425, 431, 434f., 448
Brauchitsch, Eberhard von 382
Braunreiter, Karl 107, 111, 208, 427
Breitfelder, Otto 59f., 250
Brenner, Otto 189, 200, 214, 229, 269
Buchberger, Michael (Erzbischof von Regensburg) 230–234
Buchholz, Werner 403f.
Buckenleib, Josef 205, 208
Bunzel, Eugen 213ff., 217
Burkart, Odilo 88, 115, 186, 371, 375f.
Busch, Peter 371–375

Collins, John G. 23
Coppik, Rudolf 91f.
Corterier, Peter 410

Dehne, Max 23
Deist, Heinrich 242f.
Deku, Maria 69
Detter, Xaver 58
Dietz, Michael 51, 54, 56, 97, 102
Dobler, Josef 203f., 208
Donhauser, Hans 226, 228–233
Dübler, Heinz 432
Dürs, Georg 26, 30ff., 34, 36f., 45f., 51, 55, 57
Dutschke, Rudi 315

Edenhofer, Richard 41, 88, 100ff., 105, 110, 115, 249, 263, 284, 300, 336, 340f., 353ff., 357, 365f., 370, 374f., 379, 397
Ehard, Hans 112f.
Ehrenreich, Georg 229
Eisenhower, Dwight D. 22
Enderlein, Fritz 103f., 190f., 193
Engel, Peter 426, 430–433
Enzmann, Erich 27, 37f., 41, 44, 46, 95
Erhard, Ludwig 47, 82, 287, 392
Erler, Fritz 244, 254, 264, 398
Essl, Erwin 82, 89, 95f., 113, 115f., 175, 197, 212–215, 217f., 287ff., 291, 295, 355ff.
Euler, Hans 146f.
Everding, Hermann 23f.

Fabry, Adolf 180–184, 186, 191, 203f., 208f., 282, 359ff., 363f., 440
Falb, Anton 238ff.
Feuerer, Johann 110
Fischer, Bernd 423, 428
Fischer, Georg 52, 55
Flick (Familie) 26, 86
Flick, Friedrich 5, 26ff., 34, 43, 86f., 89, 98, 112, 115, 254, 368
Flick, Friedrich-Karl 379, 382, 441
Flick, Otto-Ernst 34, 89f.
Flierl (Arbeiter) 196

Fretschner, Josef 250, 265, 430ff., 434
Freud, Sigmund 320
Fried, Erich 316

Gabert, Volkmar 400
Gansel, Norbert 407
Geiger, Hugo 179
Geiger, Theodor 208, 438
Geismann, Johann 30ff., 36, 39, 41, 44, 51, 54, 56, 69ff., 98ff., 103ff., 121
Gienow, Herbert 379
Goppel, Alfons 386, 413
Göth, Hans 393f., 424
Götz, Hans 430
Grass, Günter 404
Grassl, Werner 427
Graßler, Georg 180
Grünzing, Ernst 205
Gutermuth, Heinrich 270, 289
Guthsmuth, Willi 88

Habermas, Jürgen 315
Hachtmann, Rüdiger 85
Haderer, Heinrich 403f.
Hagen, Lorenz 66, 68, 89, 112
Hahl, Hans 369
Hammer, Hans 183
Haschke, Walter 263, 265, 393, 398
Haubach, Theo 425
Hauernstein, Konrad 31, 36
Häusler, Johann 22
Heckel, Max von 429
Heine, Fritz 241f.
Herbst, Johann Georg 47f.
Himmelhuber, Willi 393
Hitler, Adolf 51, 64, 414
Hobsbawm, Eric 1, 9, 449
Hochleitner, Anton 402
Hockerts, Hans Günter 17
Hoegner, Wilhelm 114, 241, 245, 254
Höhne, Franz 59, 64, 236, 240f., 246, 254, 258, 265f., 390, 395–403.
Hoff, Hans vom 81, 203
Hudek, Viktor 250

Imig, Heinrich 90

Jaroschka, Bernard 76f.

Kaiser, Ewald 104
Kaiser, Wilhelm 55, 65
Kalemba, Josef 299, 301
Kalkbrenner, Willi 32
Käppner (Gewerkschafter) 186
Käsbauer, Josef 300, 355
Kaschel, Klaus 410ff., 416, 425ff.
Kater, Helmut 381ff.
Kern, Horst 152, 156f.
Keynes, John Maynard 180
Kick, Franz 194f., 302, 304f., 312f., 316, 318ff., 370
Kiesinger, Kurt Georg 318
Kleßmann, Christoph 12
Klobe, Rudolf 259
Knoeringen, Waldemar von 13, 101, 254, 265ff., 400
Knüppel, Helmut 353ff.
Köferl, Emil 60, 250
Köhler, Herbert W. 273
Köstelbacher, Hermann 23
Kraetsch, H. 175
Kramer, Georg 208ff., 320f., 360ff.
Kronawitter, Georg 13
Kuhbandner, Valentin 424
Kuhn, Max 250
Kuhn, Otto 249, 251f., 265f., 430
Kulzer, Johann 208

Lasalle, Ferdinand 266
Laurer, Andreas 99, 105f., 121
Lauschke, Karl 16
Leber, Georg 270, 329
Lepicek, Karl 177
Lier, Johannes 47
Löber, Werner 194

Mallia, Ernst 94, 111, 203–206, 208ff.
Mandel, Ernst 316
Marcuse, Herbert 412
Marx, Karl 180
Meiller, Dieter 423, 425, 428, 431
Meisl, Hans 19, 90–95, 107ff., 117, 145, 147, 177, 201–209, 211ff., 281, 360, 362, 438
Meißner, Ernst 24f.
Mertel, Fritz 32, 82, 88, 99f., 104f., 112ff., 126, 174, 176, 196–199, 212, 216, 218, 222, 229, 231f., 249, 302
Meyer, Holger 218
Meyer, Otto 84f., 88
Mierendorff, Carlo 425
Mooser, Josef 10f., 321
Morgenschweis, Fritz 230f.
Müller, Otto 21

Nagelmann, Josef 205
Negt, Oskar 315
Nell-Breuning, Oswald von 180, 201
Neumann, Franz 254

Neusüß, Arnhelm 316ff.
Niederalt, Alois 396
Niemöller, Martin 317
Niethammer, Lutz 10, 35

Oechsle, Richard 179
Oeckler, Georg 244f.
Ohnesorg, Benno 315
Ollenhauer, Erich 239, 241, 245, 386, 399, 405
Ortmann, Günther 15f.

Paulus, Johann 89
Pichl, Josef 256, 415, 427f.
Pickel, Georg 21
Pieck, Wilhelm 53
Piehler, Andreas 69, 72, 92, 177, 179, 205
Pilhofer, Hans 97, 250
Pirker, Theo 1f.
Pirkl, Fritz 355
Pius XI. (Papst) 223f.
Pohl, Manfred 85
Potthoff, Erich 90
Prechtl, Georg 32
Preller, Ludwig 180
Püschel, Herbert 191, 271
Puff, Hermann 304

Ranft, Norbert 90
Rappel, Josef 116
Reich, Wilhelm 320
Reusch, Hermann 196
Rieger, Paul 293
Ringelmann, Richard 88, 205
Ritscher, Wolfgang 89, 114
Ritzinger, Fritz 179, 203f.
Robl, Josef 259
Röchling (Familie) 5
Rosenberg, Ludwig 269
Rothammer, Josef 265
Rothe, Willi 376f.

Sackmann, Franz 237f.
Salat (Präses) 225
Salm, Fritz 71, 104
Schäffer, Fritz 25
Scharf, Wolfhart 203–206, 360
Scharping, Rudolf 410
Schaub, Volker 408
Schauwecker, Heinz 414ff.
Schedl, Otto 112
Scheidler, Emil 250
Schelsky, Helmut 181f.
Schelter, Hans 265
Schildt, Axel 2
Schildt, Gerhard 2
Schiller, Karl 243, 356
Schindler, Alois 225
Schleinkofer, Eduard 174f.
Schlichtinger, Rudolf 237, 257f., 385
Schlittmeier, Andreas 393
Schmeller, Theodor 205
Schmid, Carlo 264
Schmidt, Helmut 244, 289, 387, 401, 435
Schmidt, Rudi 188
Schmidt, Walter 205
Schmidt, Werner Paul 260, 265, 303, 312, 339, 344, 365, 367, 374, 376, 381, 438
Schöfberger, Rudolf 406ff.
Schönhoven, Klaus 11
Schophol, Heinrich 261
Schröder, Gerhard 288
Schuierer, Hans 419, 434
Schumacher, Kurt 61, 63ff., 71, 245
Schumann, Michael 152, 156f.
Schumertl, Franz 393
Schwellnus, Horst 185
Seidel, Hanns 111
Seidel, Heinz 112
Sichler, Franz (junior) 58, 64, 235, 237f., 240, 246, 250, 255, 263, 265, 284, 355, 400ff., 407, 409, 415, 423f., 432
Sichler, Franz (senior) 57
Sichler, Josef 407
Sichler, Lorenz 57ff., 247, 256ff., 265
Siebrecht, Fritz 90
Sieler, Wolfgang 271, 291, 380
Simbeck, Ludwig 58
Simon, Paul 355, 398, 433
Sittard, Johann 230ff.
Spieler, Günther 301
Spies, Peter 229, 276, 297, 304
Stain, Walter 174
Stalin, Josef 97, 103ff.
Steffen, Jochen 408
Steigenberger, Adolf 177
Steiniger, Wolf 415
Steuernthal, Heinrich 82, 88, 95, 99, 121
Stevens, Hans 146f.
Strauß, Franz Josef 386, 401
Strothmann, Fritz 299ff.

Tenfelde, Klaus 4f.
Terberger, Hermann 34
Trawinski, Bruno 234
Trebst, Max 249

Uckermann, Walter 404

Übler, Johann Georg 51, 55, 65
Ulbricht, Walter 103, 241, 422

Vogel (Arbeiter) 170
Vogel, Hans-Jochen 398, 426
Voigt, Karsten D. 410

Wachter, Georg 94
Wächter, Adolf 205
Wagner, Johann-Georg 150
Walz, Adolf 259
Weber, Max 11
Wehner, Herbert 241, 246, 254, 259, 386, 389, 396, 400f.
Weich, Georg 429
Weilmaier, Anton 177, 186f., 209
Weiss, Peter 316
Wellhausen, Hans 84
Welskopp, Thomas 13
Werthmann, Hermann 177
Wesemann, Fritz 34
Westphal, Johann Leopold Albert 36, 48
Wibbe, Josef 147
Wiegand, Ernst 88
Wiendl, Josef 207f.
Wildt, Michael 131
Winzinger, Josef 177
Wischnewski, Hans-Jürgen 410
Wöhrle, Alois 214
Wönner, Max 71f.
Wolf, Leonhard 205

Zeiss, Carl 194
Ziegler, Ernst 433
Zierer, Dietmar 417, 431f.
Zietsch, Friedrich 88f.
Zimmer, Karl 58
Zimmermann, Albert 263, 355
Zink, Hans 90, 94–97, 108f., 115, 174, 193, 212f., 232, 438
Zintel, Johann 30ff., 46

Veröffentlichungen aus dem Projekt „Gesellschaft und Politik in Bayern 1949 bis 1973“

Bayern im Bund, Band 1: Die Erschließung des Landes 1949 bis 1973, hrsg. von Thomas Schlemmer und Hans Woller, München 2001.

Bayern im Bund, Band 2: Gesellschaft im Wandel 1949 bis 1973, hrsg. von Thomas Schlemmer und Hans Woller, München 2002.

Bayern im Bund, Band 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973, hrsg. von Thomas Schlemmer und Hans Woller (in Vorbereitung).

Bayern im Bund, Band 4: Dietmar Süß, Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayerischen Montanindustrie 1945 bis 1976, München 2003

Bayern im Bund, Band 5: Jaromír Balcar, Politik auf dem Land. Studien zur bayerischen Provinz 1945 bis 1972 (in Vorbereitung).

Bayern im Bund, Band 6: Thomas Schlemmer, „Eine Entwicklung amerikanischen Maßstabes“. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in der Region Ingolstadt 1948 bis 1975 (in Vorbereitung).

Bayern im Bund, Band 7: Stefan Grüner, Vom Wiederaufbau zum Wirtschaftswunder? Industrie- und Strukturpolitik in Bayern 1949 bis 1973 (in Vorbereitung).